

# *„Africa – quo vadis?“*

## Entwicklungspolitik als Schauplatz des innerdeutschen Systemkonflikts

Ein Vergleich der entwicklungspolitischen Terminologien,  
Konzeptionen und Praktiken der DDR und der Bundesrepublik  
gegenüber ausgewählten afrikanischen Staaten (1957-1966)



Inauguraldissertation  
zur Erlangung der Doktorwürde  
der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg

vorgelegt von:  
Luisa Kathrin Wallenwein



## DANKSAGUNG

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 von der Philosophischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation unter dem Titel *Entwicklungspolitik als Schauplatz des innerdeutschen Systemkonflikts. Ein Vergleich der entwicklungspolitischen Terminologien, Konzeptionen und Praktiken der DDR und der Bundesrepublik gegenüber ausgewählten afrikanischen Staaten (1957-1966)* angenommen.

Mein erster Dank geht an Prof. Dr. Edgar Wolfrum, Lehrstuhl für Zeitgeschichte am Historischen Seminar Heidelberg, für seine beständige Betreuung und Förderung, die sowohl die Zeit meines Studiums als auch die Phase der Promotion umfasste und der ich viel zu verdanken habe. Außerdem bedanke ich mich bei Prof. Dr. Manfred Berg, Curt-Engelhorn-Lehrstuhl für Amerikanische Geschichte am Historischen Seminar Heidelberg, für die wohlwollende Begleitung der Arbeit.

Ein besonderer Dank geht an die Friedrich-Ebert-Stiftung für die ideelle und finanzielle Förderung meines Promotionsprojekts, das sonst nicht verwirklicht worden wäre. Auch möchte ich die Hilfsbereitschaft und Geduld, die mir während meiner Recherchearbeit von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes entgegengebracht worden ist, würdigen.

Für die kritische und umfassende Durchsicht meiner Arbeit bedanke ich mich herzlich bei Lisa Karder, Corinna Machmeier, Jasmin Meshkati, Nina Leyk, Thomas Graser sowie Lena und Anita Wallenwein. Ohne die beständige Unterstützung und Ermutigung meiner Familie und insbesondere meines Mannes Tolga Güldaglar-Wallenwein wäre die Dissertation nie fertiggestellt worden.

Zuletzt widme ich diese Arbeit meinem Vater, Dr. Klaus Wallenwein, und meiner Großmutter Hilde Wallenwein, die sicher auch promoviert hätte, wäre sie zu anderen Zeiten aufgewachsen.

Heidelberg im Juli 2021  
Luisa Kathrin Wallenwein





## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. EINLEITUNG</b> .....	<b>1</b>
1.1 NARRATIO .....	1
1.2 UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND .....	3
1.2.1 Chronologische Eingrenzung .....	4
1.2.2 Topische Eingrenzung.....	7
1.3 FORSCHUNGSSTAND: „FUROR HISTORICUS“ ODER DESIDERAT? .....	14
1.4 QUELLENLAGE UND -AUSWAHL: „GESCHICHTE, DIE NOCH QUALMT“ .....	19
1.5 METHODISCHE ÜBERLEGUNGEN .....	26
1.5.1 Hinweise zur Methodik.....	26
1.5.2 Hinweise zur Terminologie .....	29
1.6 ERKENNTNISINTERESSE .....	31
1.6.1 Prämissen .....	31
1.6.2 Zentrale Hypothesen.....	32
1.6.3 Spezifische Fragestellungen und Struktur .....	35
<b>2. „ENTWICKLUNGSPOLITIK“ IM ZEICHEN DER „HALLSTEIN-DOKTRIN“</b> .....	<b>38</b>
2.1 DIE GENESE DER „HALLSTEIN-DOKTRIN“ – EINE UMSTRITTENE VATERSCHAFT .....	39
2.2 „JURISTISCHES PRINZIP“ ODER „POLITISCHE MAXIME“?.....	43
2.3 DIE „SPIELARTEN DES DRUCKS“: ETAPPEN UND INSTRUMENTE .....	47
2.4 DIE GEFAHR DER „ÜBERDEHNUNG“: GRENZEN UND KRITIK .....	52
2.5 DAS OSTDEUTSCHE GEGENPROGRAMM: DIE „FRIEDENSDOKTRIN“ .....	55
2.6 ZUSAMMENFASSUNG .....	62
<b>3. SEMIOTIK UND SEMANTIK DES „ENTWICKLUNGSDISKURSES“</b> .....	<b>64</b>
3.1 EIN DEUTSCHER „SPRACHKRIEG“ .....	64
3.2 DIE GEBERLÄNDER .....	65
3.2.1 Die westdeutsche Sprachpraxis .....	65
3.2.2 Die ostdeutsche Sprachpraxis.....	67
3.2.3 Der Begriffsprägungsstreit um „Deutschland“ .....	68
3.3 DER PROZESS .....	69
3.3.1 „Entwicklungshilfe“ .....	69
3.3.2 „Antiimperialistische Solidarität“ .....	75
3.4. DIE ADRESSATEN.....	76
3.4.1 Der Terminus „Entwicklungsland“ .....	77
3.4.2 Der Terminus „Dritte Welt“ .....	82
3.4.3 Die Afrikaner als Individuen.....	86
3.5 ZUSAMMENFASSUNG .....	89

<b>4. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KONZEPTIONEN</b> .....	<b>93</b>
4.1 DIE MOTIVSTRÄNGE .....	93
4.1.1 Das Altruismus- und „Opfer“-Narrativ .....	94
4.1.2 Der „Marshallplan“ im Zeichen der Bündnispflicht .....	99
4.1.3 Das sicherheits- und militärpolitische Narrativ .....	105
4.1.4 Die wechselseitigen Absurditätsvorwürfe .....	110
4.1.5 Die außenhandelspolitischen Ambitionen .....	115
4.1.6 Die „Neokolonialismus“-Debatte .....	120
4.1.7 Die deutschlandpolitischen Ambitionen .....	126
4.1.8 Zusammenfassung .....	132
4.2 DAS ENTWICKLUNGSVERSTÄNDNIS .....	135
4.2.1 Die „Erfindung der Unterentwicklung“ .....	136
4.2.1.1 DAS KONZEPT DER „UNTERENTWICKLUNG“ .....	137
4.2.1.2 URSACHENZUSCHREIBUNG .....	142
4.2.1.3 ZUSAMMENFASSUNG .....	149
4.2.2 Das Konstrukt der „Entwicklung“ .....	150
4.2.2.1 FINALITÄTEN VON „ENTWICKLUNG“ .....	151
4.2.2.2 VERLAUFSFORMEN VON „ENTWICKLUNG“ .....	159
4.2.2.3 WEGE ZUR „ENTWICKLUNG“ .....	164
4.2.3 Zusammenfassung .....	177
4.3 DIE AFRIKABILDER IM ENTWICKLUNGSDISKURS .....	179
4.3.1 „Africa ante portas“: Verheißung und Schreckensbild .....	180
4.3.1.1 DIE BEDEUTUNG DER ENTKOLONIALISIERUNG .....	180
4.3.1.2 AFRIKA ALS RESSOURCENRESERVOIR .....	186
4.3.1.3 AFRIKA ALS ORT DER GEGENSÄTZE .....	188
4.3.2 Die Afrikaner als „naive Wilde“ und „berechnende Dompteure“ .....	192
4.3.2.1 INFANTILISIERUNG .....	192
4.3.2.2 UNTERWEISUNG DURCH ENTWICKLUNGSHELFER .....	194
4.3.2.3 UNGEDULD UND SELBSTÜBERSCHÄTZUNG .....	196
4.3.2.4 MANGELNDE BILDUNGSFÄHIGKEIT UND FEHLENDES ENGAGEMENT .....	204
4.3.2.5 ADAPTIERTE ZIVILISIERTHEIT UND OPPORTUNISMUS .....	210
4.3.2.6 MEDIALE PRÄSENZ .....	213
4.3.3 „Pankows Weg führt über Afrika“ .....	214
4.3.3.1 DIE GLOBALPOLITISCHE BEDEUTSAMKEIT AFRIKAS .....	214
4.3.3.2 AFRIKA UND DIE DEUTSCHE TEILUNG .....	216
4.3.3.3 DIE BEDEUTUNG DES SELBSTBESTIMMUNGSRECHTS .....	221
4.3.3.4 MEDIALE AUFFÄLLIGKEITEN .....	223
4.3.4 Zusammenfassung .....	224

<b>5. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE PRAKTIKEN.....</b>	<b>228</b>
5.1 DIE INSTITUTIONALISIERUNG DER ENTWICKLUNGSPOLITIK.....	228
5.1.1 Die „Erfindung“ der „Entwicklungshilfe“ .....	229
5.1.2 Die Institutionalisierung in der Bundesrepublik – Die „Dame ohne Unterleib“ .....	231
5.1.2.1 DIE AKTEURE .....	231
5.1.2.2 DIE INSTRUMENTE.....	237
5.1.3 Die Institutionalisierung in der DDR – Ulbricht „auch der Außenminister“ .....	240
5.1.3.1 DIE AKTEURE .....	240
5.1.3.2 DIE INSTRUMENTE.....	243
5.1.4 Zusammenfassung .....	246
5.2 DER AUF- UND AUSBAU ENTWICKLUNGSPOLITISCHER KOOPERATION .....	247
5.2.1 Ostdeutsche Handlungsspezifika .....	248
5.2.1.1 TELEGRAPHISCHER AKTIONISMUS ALS <i>CAPTATIO BENEVOLENTIAE</i> .....	248
5.2.1.2 „UNGEBETENE GÄSTE“ – OFFENSIVE BESUCHSDIPLOMATIE .....	254
5.2.1.3 HANDELPOLITISCHE UMWEGE ALS „TÜRÖFFNER“ .....	263
5.2.1.4 AUSBAU DER INSTITUTIONELLEN PRÄSENZ DURCH PERSONALOFFENSIVE .....	269
5.2.1.5 „PROPAGANDAKRIEG“ VOR ORT .....	272
5.2.2 Westdeutsche Handlungsspezifika .....	276
5.2.2.1 „OHNE SCHECKS IM BUSCH“ – DIE QUANTITATIVE DOMINANZ DER BUNDESREPUBLIK .....	276
5.2.2.2 „MIT DER GIEßKANNE“ - PRÄVENTIVER EINSATZ ALS WESTDEUTSCHES SPEZIFIKUM.....	284
5.2.2.3 „D-MARK-DIPLOMATIE“ - DIE SANKTIONIERUNG VON „FEHLVERHALTEN“ .....	290
5.2.2.4 WESTDEUTSCHE BEHÄBIGKEIT .....	300
5.2.2.5 „NICHT UNTER JEDER MODALITÄT“ - DIFFERIERENDE HANDLUNGSMUSTER BONNS .....	304
5.2.3 Übereinstimmende Handlungsmuster .....	306
5.2.3.1 „CETERUM CENSEO“ – DIE HONORIERUNG GEWÜNSCHTEN VERHALTENS .....	306
5.2.3.2 DEUTSCH-DEUTSCHE BEFINDLICHKEITEN IM „KLEINKRIEG“ .....	314
5.2.3.3 POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE KRISEN ALS CHANCE .....	322
5.2.3.4 „AUßENPOLITIK IM KORSETT?“ – DIE ROLLE DER BÜNDNISPARTNER .....	327
5.2.4 Zusammenfassung .....	336
5.3 DIE REAKTIONEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER: „WIR SIND DIE NUTZNIEßER“ .....	343
5.3.1 Unverständnis.....	344
5.3.1.1 (UN-)KENNTNIS DER EXISTENZ UND DER UNTERSCHIEDE ZWEIER DEUTSCHER STAATEN .....	344
5.3.1.2 (UN-)KENNTNIS DES WESTDEUTSCHEN ALLEINVERTRETUNGSANSPRUCHS .....	346
5.3.2 Ärger.....	348
5.3.3 Taktieren.....	353
5.3.3.1 „VERHANDLUNGSMASSE“ DEUTSCHLANDPOLITIK .....	354
5.3.3.2 FORDERUNGSHALTUNG .....	359
5.3.3.3 VERZÖGERUNGSTAKTIK.....	363
5.3.3.4 NATIONALE INTERESSEN .....	365
5.3.4 Die „Umkehrung“ der Doktrin .....	370
5.3.5 Zusammenfassung .....	377

<b>6. DEUTSCHE SELBST- UND FREMDBILDER IM ENTWICKLUNGSDISKURS .....</b>	<b>380</b>
6.1 DIE GENERELLE SIGNIFIKANZ FÜR DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER.....	381
6.2 DIE HISTORISCHEN BEZÜGE .....	386
6.2.1 Die Parallelen zwischen 1917 und 1960.....	386
6.2.2 Das Erbe der positiven deutschen Traditionslinien .....	388
6.2.3 Die Bedeutung der nationalsozialistischen Vergangenheit.....	392
6.3 DIE ÖKONOMISCHEN BEZÜGE .....	398
6.3.1 Deutschland als „Entwicklungsland“ .....	398
6.3.2 Die Überforderungsdebatte .....	403
6.3.3 „Made in Germany“ als umstrittenes Qualitätsiegel.....	406
6.4 DIE GESELLSCHAFTLICHEN BEZÜGE.....	410
6.4.1 Die unitäre Friedens- und Zivilmacht.....	410
6.4.2 Der „wahre Freund“ der Entwicklungsländer.....	414
6.4.3 Der programmatische (Anti-)Rassismus .....	421
6.4.4 Das Selbstbestimmungsrecht .....	425
6.4.5 Die defizitäre Zivilisierung .....	427
6.5 ZUSAMMENFASSUNG .....	430
<b>7. SCHLUSSBETRACHTUNG .....</b>	<b>434</b>
7.1 ERGEBNISSE .....	434
7.2 FOLGERUNGEN .....	451
7.3 AUSBLICK .....	457
7.3.1 Weiterentwicklung bis zum Grundlagenvertrag 1972 .....	458
7.3.2 Emanzipation bis zur Wiedervereinigung 1990.....	464
<b>8. QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS .....</b>	<b>470</b>
8.1 QUELLENVERZEICHNIS .....	470
8.1.1 Archivmaterialien und Quellensammlungen.....	470
8.1.2 Nachschlagewerke und Handbücher .....	471
8.1.3 Memoiren und Briefe.....	473
8.1.4 Dokumente und Internetquellen.....	474
8.1.5 Zeitungen und Zeitschriften .....	475
8.2 LITERATURVERZEICHNIS.....	476

## 1. EINLEITUNG

## 1.1 NARRATIO

Begleitet von einundzwanzig Schuss Salut und den Sirenen beflaggter Schiffe fährt der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht am 24. Februar 1965 auf der „Völkerfreundschaft“ im Hafen Alexandrias ein. Auf einem knapp fünfhundert Meter langen roten Teppich erwartet ihn Vizepräsident Ibrahim. Mit einem Sonderzug reist Ulbricht weiter nach Kairo, wo ihn Präsident Nasser persönlich am Großen Bahnhof empfängt. Im offenen Wagen fahren beide Politiker begleitet von jubelnden Menschenmassen und frenetischen „Ulbricht“-Rufen zum Präsidentenpalast. DDR-Fahnen flattern, Blumensträuße werden geworfen. Bei einem Festbankett werden unter den Klängen der DDR-Nationalhymne die höchsten Orden ausgetauscht und Nasser kündigt feierlich einen baldigen Gegenbesuch und die Eröffnung eines ägyptischen Generalkonsulats in Ostberlin an.<sup>1</sup> Die einwöchige Reise Ulbrichts im Frühjahr 1965 gleicht einem Staatsbesuch mit allen protokollarischen Ehren, wie auch die westdeutsche Botschaft in Kairo zugeben muss.<sup>2</sup> NEUES DEUTSCHLAND berichtet mit zahlreichen Bildern und Artikeln vom umjubeltem Empfang des Staatsratsvorsitzenden als „Repräsentant des neuen Deutschlands“<sup>3</sup> und titelt am 27. Februar euphorisch: „Triumph für Ulbricht und Schlag für die Hallstein-Doktrin.“<sup>4</sup> Selbst der stellvertretende ägyptische Ministerpräsident äußert in einem vertraulichen Gespräch, die DDR habe „faktisch schon neun Zehntel des Weges zu normalen diplomatischen



Abb.1: Titelseite.  
Aus: NEUES DEUTSCHLAND,  
25. Februar 1965, S.1.

<sup>1</sup> Darstellung nach: *Ulbricht wurde in Kairo programmgemäß empfangen*. In: DIE WELT, 25. Februar 1965, S.1.; *Völkerfreundschaft*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Februar 1965, S.3.; Ausführliche vorherige Darstellung des Zeitplans: *Das ist das Programm für den Staatsbesuch in der VAR*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Februar 1965, S.1.

<sup>2</sup> *Fernschreiben aus Kairo vom 2. März 1965*. In: PA/AA B35 Bd.143.

<sup>3</sup> *Der erste Repräsentant des neuen Deutschlands in der VAR begeistert empfangen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Februar 1965, S.1.

<sup>4</sup> *Triumph für Ulbricht und Schlag für die Hallstein-Doktrin*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Februar 1965, S.2.

Beziehungen zurückgelegt.“<sup>5</sup> Bonn tobt über den bisher größten außenpolitischen Erfolg Ulbrichts in der so genannten „Dritten Welt“ und ostdeutsche Zeitungen zitieren genüsslich aus den von ihnen als „Wutausbrüche[n] der Ultrapresse“<sup>6</sup> bezeichneten Artikeln. Zeitgleich führt DER SPIEGEL in einem internationalen Pressespiegel der westdeutschen Öffentlichkeit den Spott der Welt vor Augen, die sich, wie beispielsweise die TIMES, über die „Wurstelei der unseligen Deutschen“<sup>7</sup> belustigt. Gerüchte, dass sogar westdeutsche Schiffe Salut geschossen hätten, erweisen sich infolge von Nachforschungen des Auswärtigen Amts als falsch.<sup>8</sup> Dort werden Befürchtungen laut, dass bald der gesamte Nahe Osten die DDR anerkennen könnte.<sup>9</sup> Selbst Bundeskanzler Erhard bemerkt intern konsterniert, der Besuch sei nur „hauchdünn“<sup>10</sup> von einer völkerrechtlichen Anerkennung entfernt. Schon im Vorfeld hatte der SPD-Abgeordnete Mommer im Plenarsaal des Bonner Bundestags gedroht, dass dieser „keinen Pfennig Entwicklungshilfe an Länder genehmigen werde, die den Spalter der deutschen Nation als Gast empfangen.“<sup>11</sup> Rund drei Wochen später und damit wenige Tage vor dem lange erwarteten Empfang Ulbrichts, beschließt das Parlament am 17. Februar 1965 tatsächlich, die Hilfeleistungen für Ägypten zu stoppen. Die Vergabe von „Entwicklungshilfe“ scheint untrennbar mit dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik verbunden zu sein. Auch in der DDR wird der Besuch mit dem bisherigen entwicklungspolitischen Engagement Ostberlins in Zusammenhang gebracht und erklärt, die Einladung Ulbrichts sei eine logische Konsequenz und Würdigung der bereits Jahre währenden „Unterstützung“<sup>12</sup> in Form so genannter politischer, wirtschaftlicher und technischer „Solidarität.“ Darüber hinaus dominieren, wie später zu zeigen sein wird, die aus dem Ulbricht-Besuch resultierenden innerdeutschen Implikationen und Zerwürfnisse die ostdeutsche Berichterstattung, was die Bedeutung der Beziehungen zu Nordafrika für die DDR medial randständig erscheinen lässt.

---

<sup>5</sup> *Gesprächsprotokoll Bolz - Fawzi am 27. Februar 1965.* Bei: BLASIUS, 1998, S.796.

<sup>6</sup> *Wutausbrüche der Ultrapresse.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 26.02.1965, S.2.

<sup>7</sup> Internationaler Pressespiegel in: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.25.

<sup>8</sup> *Schreiben Schirmers vom 2. April 1965.* In: PA/AA B36 Bd.143.

<sup>9</sup> *Vermerk über ein Gespräch Schirmers mit dem VAR-Botschafter Mansour vor dessen Abreise zur Berichterstattung nach Kairo vom 11. März 1965.* In: PA/AA B36 Bd.143.

<sup>10</sup> *Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit den Botschaftern der Drei Mächte vom 5. März 1965.* In: AAPD 1965, Dok.112, S.458.; KILIAN spricht in diesem Kontext sogar von einem „Scherbengericht“, das der Kanzler nun über sich ergehen lassen müsse. Vgl. KILIAN, 2001, S.109.

<sup>11</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 160. Sitzung vom 29. Januar 1965, S.7878 A.

<sup>12</sup> *Bonner Offensive gegen Araber.* In: BERLINER ZEITUNG, 3. Februar 1965, S.1.

Diesem von beiden deutschen Staaten öffentlich transportierten und beständig thematisierten Spannungsfeld entwicklungspolitischen Engagements und deutschlandpolitischer Ambitionen sowie Implikationen widmet sich die vorliegende Arbeit.

## 1.2 UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND

Im Rahmen der „Entwicklungshilfe“ lassen sich die „exogene Dimension der innerdeutschen Spaltung“<sup>13</sup> und die endogenen Rückkopplungen besonders deutlich anhand der bilateralen Leistungen auf Staatsebene untersuchen: Diese sind im Gegensatz zum Engagement von Stiftungen oder Unternehmen nicht von nationalen Interessen zu lösen.<sup>14</sup> Als Wirtschaftsminister und späterer Bundeskanzler befürwortet Ludwig Erhard diese Form gegenüber der WELT ausdrücklich, da es bei multilateraler Zusammenarbeit, bei der „alle Mittel in einen Topf geworfen“<sup>15</sup> würden, nicht gesichert erscheine, „daß die erhofften [...] Wirkungen erzielt würden.“<sup>16</sup> Ob dies für die Geber- oder Empfängerseite gelte und worin diese - wenn gleich ökonomisch definierten- „Wirkungen“ bestehen, wird bezeichnenderweise nicht weiter spezifiziert. Öffentlich wird jedoch betont, dass der Staat im Gegensatz zur Privatwirtschaft nicht unbedingt marktwirtschaftliche Ziele erreichen müsse, was Raum für politische Implikationen und Zielsetzungen öffnet.<sup>17</sup> So mahnt ein Schreiben aus dem Auswärtigen Amt an Erhard vielsagend an, man dürfe sich nicht eine „derartige Möglichkeit entgehen lassen, alle zunehmend verflachenden, zentrifugalen und abschaltenden Kräfte zu binden.“<sup>18</sup> Allerdings ist schon unter Zeitgenossen umstritten, was überhaupt zur „Entwicklungshilfe“ zu zählen sei, ob beispielsweise Militärhilfe dazu gehöre und wann eher von handelspolitischen Kontakten die Rede sein müsse.<sup>19</sup> Dies gilt übrigens noch stärker für andere Geber-

---

<sup>13</sup> END, 1973, S.19.

<sup>14</sup> Daher wird von der Untersuchung der Hilfeleistungen öffentlicher oder privater Stiftungen und Unternehmen im Folgenden abgesehen. Vgl. MESSNER, 2011, S.400.

<sup>15</sup> *Entwicklungsländer sollen einfach Produktion übernehmen.* In: DIE WELT, 13. März 1961, S.8.

<sup>16</sup> *Entwicklungsländer sollen einfach Produktion übernehmen.* In: DIE WELT, 13. März 1961, S.8.; Das jeweilige Agieren in bzw. im Vorfeld internationaler Organisationen dieses Politikfelds bleibt unberücksichtigt. Dazu: WENTKER, 2007, S.117 f.; KILIAN, 2001, S.275 f.

<sup>17</sup> *Kritik an der Entwicklungshilfe.* In: DIE WELT, 25. September 1964, S.14.

<sup>18</sup> *Schreiben Freudenbergs an Wirtschaftsminister Erhard vom 8. Juni 1960.* In: PA/AA B1 Bd.121.

<sup>19</sup> „Eine der großen Schwierigkeiten ergibt sich daraus, daß niemand sagen kann, was „Entwicklungshilfe“ eigentlich ist, welche Maßnahmen man dazu rechnen kann und welche nicht.“ Vgl. *Helfen: Ja - aber mit Verstand.* In: DIE WELT, 17. Februar 1961, S.6.

länder, allen voran Großbritannien und Frankreich, die sogar Verwaltungskosten für (ehemalige) Kolonialgebiete der „Entwicklungshilfe“<sup>20</sup> zurechnen. Bereits Zeitgenossen verweisen darauf, dass eine Trennung zwischen dem Engagement privater Stiftungen und Unternehmen sowie dem Staat für die DDR nicht in vergleichbarer Form bestehe, was in den Augen westdeutscher Abgeordneter sogar einen strategischen Vorteil bedeute, da „ein östliches Stahlwerk [...] eben als Staatshilfe“<sup>21</sup> gelte, während ein westliches auch „nur als private Leistung“ wahrgenommen werden könne. Entsprechend widmet sich die vorliegende Arbeit der bilateralen Entwicklungspolitik auf staatlicher Ebene, wobei die dargestellten Differenzen in Bezug auf die ostdeutschen Strukturen berücksichtigt werden müssen.

### 1.2.1 Chronologische Eingrenzung

Als frühester *terminus post quem* lässt sich die Integration in die jeweiligen Militärbündnisse im Laufe des Jahres 1955 definieren, wonach sich laut Chruschtschow „auf dem Territorium Deutschlands zwei souveräne Staaten gebildet“<sup>22</sup> haben. Damit steht die DDR nach den Stalinnoten und der Niederschlagung des Volksaufstands vom 17. Juni weder nach außen noch nach innen noch zur Disposition und eine Phase der Stabilisierung setzt ein: Das Regime steht fortan verstärkt unter Druck, die Überlegenheit des eigenen Systems zu beweisen, was sowohl durch attraktivere Lebensbedingungen und ökonomischen Aufschwung, aber auch außenpolitische Zurkenntnisnahme erreicht werden soll. Gleichzeitig beansprucht die Bundesrepublik seit ihrer Konstituierung die Repräsentation aller Deutschen und formuliert dieses Credo explizit anlässlich des Novums zweier akkreditierter Vertretungen in Moskau im September 1955, was später als „Hallstein-Doktrin“ bezeichnet wird und das darauffolgende Jahrzehnt deutscher Außenpolitik maßgeblich bestimmt. Im selben Jahr formiert sich auf der Bandung-Konferenz die so genannte „Dritte Welt“ als betont eigenständiger Akteur zwischen den Blöcken.<sup>23</sup> In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre verbreitet sich nach dem „Sputnik“-Erfolg zunehmender Optimismus im Osten: Wenn man einen Mann ins All bringen kann, sei es nur noch eine Frage der Zeit, bis sich die Überlegenheit des Kommunismus

---

<sup>20</sup> *Entwicklungshilfe à la France*. In: DIE WELT, 6. Dezember 1962, S.9.

<sup>21</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9239 C.

<sup>22</sup> BOOZ, 1995, S.21.

<sup>23</sup> Die DDR begrüßt diese, ähnlich wie die Konferenz von Colombo 1954, als „gewaltigen Beitrag der Völker Asiens und Afrikas zur Sicherung des Friedens in der ganzen Welt.“ Vgl. SPANGER/BROCK, 1987, S.162.



in allen Lebensbereichen offenbare, so Parteifunktionär Selbmann.<sup>24</sup> Auch politisch scheint sich dies zu bestätigen: Auch wenn LEMKE und SCHOLTYSECK Ostberlin in der Frühphase lediglich „Außenbeziehungen“<sup>25</sup> statt einer eigenständigen „Außenpolitik“ zubilligen wollen, gelingt der DDR mit dem Beobachterstatus auf der Genfer Außenministerkonferenz 1959 ein erster Achtungserfolg, die diplomatische Anerkennung bleibt jedoch zunächst auf den Ostblock beschränkt.<sup>26</sup> Gleichzeitig wird deutlich, dass die neue „Ära der Koexistenz [der Blöcke] auf Kosten“<sup>27</sup> der Wiedervereinigungsperspektive gehen wird. Im selben Jahr gibt sich die DDR mit der Symbolik von Hammer, Zirkel und Ährenkranz eine neue Flagge, was den innerdeutschen Abgrenzungskurs auch symbolisch transportiert. ENGEL/SCHLEICHER charakterisieren diese Phase bis einschließlich 1959 als „Reintegrationsphase“<sup>28</sup> beider deutscher Staaten, wobei sich dieser Prozess innerhalb der jeweiligen Blöcke vollzieht. 1960 wird zum „Jahr Afrikas“, in dem der drei Jahre zuvor mit Ghana begonnene Entkolonialisierungsprozess mit siebzehn unabhängig werdenden afrikanischen Staaten seinen Höhepunkt erreicht. Zeitgleich verlagert sich die Konkurrenz der Blöcke zunehmend in die so genannte „Dritte Welt“<sup>29</sup>, wo sich infolge dieses Prozesses ein globalpolitisches Vakuum aufzutun scheint. In dieser Konsequenz ruft Ulbricht eine Art „Afrika-Offensive“<sup>30</sup> aus und hofft so, die weitgehende außenpolitische Isolation seines Lands auf globaler Ebene zu durchbrechen, während die Bonner Regierung 1961 ein eigenes Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit initiiert. Gleichzeitig wird die deutsche Teilung durch den Bau der Mauer zementiert.<sup>31</sup> BECKENBACH diagnostiziert in dieser Phase einen fundamentalen Gegensatz des „politische[n] Provisorium[s]“<sup>32</sup> der Bonner Republik und der DDR-Regierung, die er als „monolithische Blockmacht“ beschreibt. In dieser Konsequenz erscheint es sinnvoll, den

---

<sup>24</sup> STEINER, 2004, S.110 f.

<sup>25</sup> LEMKE, 2001 (A), S.63 ff.; SCHOLTYSECK, 2010, S.81.

<sup>26</sup> Die ostdeutsche Geschichtsschreibung geht davon aus, dass die gleichberechtigte Teilnahme der DDR „ihre *de facto*-Anerkennung durch die Westmächte“ bedeute. Vgl. GESCHICHTE DER AUßENPOLITIK DER DDR, Berlin (O): 1984, S.157.

<sup>27</sup> WOLFRUM, 2006, S.193.

<sup>28</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.19.

<sup>29</sup> Laut JETZLSPERGER findet dieser Prozess einen offenkundigsten Ausdruck 1962 in der Kuba-Krise, die zeige, dass Europa nicht mehr im Zentrum der Systemkonkurrenz stehe, da sich dort seit dem Mauerbau der *Status quo* verfestigt habe. Vgl. JETZLSPERGER, 2001, S.321.

<sup>30</sup> *Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps am 26. September 1960*: „Wir halten die Zeit für gekommen, da es unumgänglich wird, die Beziehungen zu allen Staaten allseitig zu normalisieren.“ Vgl. DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, Berlin (O): 1984, S.81.

<sup>31</sup> *Ulbricht vertieft den Graben*. In: DIE WELT, 23. Dezember 1957, S.1-2.

<sup>32</sup> BECKENBACH, 2008 (B), S.128.

Untersuchungszeitraum mit der Unabhängigkeit Ghanas 1957 und den sich daraufhin immer intensiver entfaltenden Bemühungen der beiden deutschen Staaten im Bereich der „Entwicklungshilfe“ zu beginnen zu lassen.

Als *terminus ante quem* kann nicht erst die offenkundige Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs durch den Grundlagenvertrag 1972 gelten, in dem „normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung“<sup>33</sup> vereinbart werden. Die „Grenzen des Wachstums“ (*Club of Rome*) der bis dato expandierenden Wohlstandsgesellschaft, die sich deutlich in der ersten Ölkrise manifestieren, führen zu massiven Differenzierungen innerhalb der so genannten „Entwicklungsländer“ und haben weltweit sinkende Fördergelder zur Folge. Außerdem gerät die als entwicklungspolitische Narrativ dominierende Modernisierungstheorie aufgrund ausbleibender Erfolge in eine Krise.<sup>34</sup> Zwar hatte erst Brandt in seiner Regierungserklärung 1969 von „zwei Staaten in Deutschland“<sup>35</sup> gesprochen, doch ENGEL/SCHLEICHER diagnostizieren bereits mit dem Amtsantritt der Großen Koalition eine „sukzessive Entschärfung“<sup>36</sup> der Abgrenzung: Macht Erhard in seiner ersten Regierungserklärung 1963 noch „die ungelöste deutsche Frage“<sup>37</sup> zum ersten Punkt seiner außenpolitischen Ausführungen, erklärt Kiesinger in seiner Antrittsrede am 13. Dezember 1966 die Entspannung als „Wille[n] zum Frieden und zur Verständigung der Völker“<sup>38</sup> zum ersten Anliegen seiner Außenpolitik. Zwar halte er am Alleinvertretungsanspruch fest, er wolle jedoch die existierenden „Gräben überwinden und nicht vertiefen.“<sup>39</sup> Dieses Vokabular der

---

<sup>33</sup> Insbesondere Artikel 4 stellt fest, dass keine der beiden Staaten den anderen international vertreten kann, demonstriert die Aufgabe des Bonner Alleinvertretungsanspruchs. Vgl. BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTES DER BUNDESREGIERUNG 155 (1972), S.1842 f.

<sup>34</sup> NUSCHELER, 1996, S.78.; Entsprechend konstatiert das HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK für die frühen siebziger Jahre das beinahe vollständige Verschwinden deutschlandpolitischer Motive. Vgl. HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK, 1975, S.729.

<sup>35</sup> Verhandlungen des Sechsten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 5. Sitzung vom 28. Oktober 1969, S.21 C.; Ulbricht bewertet diese Haltung als Zeichen der „Schwäche des westdeutschen Monopolkapitals [und als] ein Beweis für die Richtigkeit unserer Politik.“ Vgl. WENTKER, 2007, S.322.

<sup>36</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.177.

<sup>37</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 92. Sitzung am 24. Oktober 1963, S.4276 C.

<sup>38</sup> Verhandlungen des Fünften Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 80. Sitzung am 13. Dezember 1966, S.3662 A.; Bis zur Regierung Kiesinger hatte es auf Regierungsebene praktisch keine offiziellen Kontakte gegeben. So ließ Kanzler Erhard noch im Jahr 1964 mehrere Schreiben Ulbrichts ungeöffnet zurückgehen. Vgl. AdG 1964, 11007 D.; AdG 1964, 11241 A.

<sup>39</sup> Als Mittel nennt Kiesinger die Förderung der „Beziehungen mit unseren Landsleuten im anderen Teil Deutschlands.“ Ulbricht erkennt zwar in einer Rede vor dem 14. Plenum des ZK im Dezember 1966 an, dass die Regierungserklärung „im Ton ruhiger war [...] und daß es auch Nuancen gibt in Bezug auf bisherige Tabus“, aber „in der Sache“ sei kein Politikwandel Bonns erkennbar.“ Vgl. AdG 1966, 12878 D.

Entkrampfung und Annäherung sowie die versöhnlich wirkende Bezeichnung der DDR als „anderen Teil Deutschlands“ scheint den späteren „Machtwechsel“<sup>40</sup> terminologisch vorzubereiten. Ende des Jahres 1965 hatte Erhard außerdem die Nachkriegszeit für „zu Ende“<sup>41</sup> erklärt, was den allmählichen Übergang zur „Normalität“, auch im Verhältnis zu Ostdeutschland, erahnen lässt. Die DDR beantragt rund ein Jahr später selbstbewusst zum ersten Mal die Aufnahme in die Vereinten Nationen, was von der Bundesrepublik scharf kritisiert wird.<sup>42</sup> Bis 1965 wird erstere allerdings in über hundert internationale Organisationen aufgenommen.<sup>43</sup> Um 1966 scheint eine mentalitätsgeschichtliche Zäsur der Deutschlandpolitik einzusetzen, die in den Folgejahren massive politische Verschiebungen zur Folge hat.

Die beginnende Dekolonisation Afrikas und der Amtsantritt der Großen Koalition markieren die Anfangs- und Endpunkte des Untersuchungszeitraums 1957 bis 1966, die in die von PAULMANN als „Wiedereingliederung in die Welt“<sup>44</sup> bezeichnete außenpolitische Phase fällt und die Ulbricht scherzhaft auch „Hall-Steinzeit“<sup>45</sup> nennt. Dieses knappe Jahrzehnt stellt den Höhepunkt des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs sowie des ostdeutschen Versuchs, diesen international zu durchbrechen dar, wobei der Entwicklungspolitik eine zentrale Rolle zukommt, was zu zeigen gilt.

### 1.2.2 Topische Eingrenzung

LAMM/KUPPER bezeichnen die so genannte „Dritte Welt“ als einen der zentralen „Schauplätze“<sup>46</sup> des innerdeutschen Systemkonflikts. Seit den späten fünfziger Jahren wird die Bedeutung Afrikas in beiden deutschen Staaten immer wieder öffentlichkeitswirksam betont,

---

<sup>40</sup> BARING, 1982.

<sup>41</sup> Staatssekretär Carl Kartens geht rund ein Jahr später noch weiter und verkündet, die bisherige Bonner Deutschlandpolitik sei angesichts der anhaltenden staatlichen Teilung gleichsam „gescheitert“, wobei die Notwendigkeit eines völlig anders gearteten Neuanfangs in dieser Bestandsaufnahme mitschwingt. *Aus der Tagebuchaufzeichnung des Bundesministers Krone vom 14. Oktober 1966, Anm. 2.* In: DzD 1966, S.1542.

<sup>42</sup> KILIAN, 2001, S.275.

<sup>43</sup> SAEHRENDT, 2017, S.39.; BALBIER/RÖSCH, 2006, S.12.

<sup>44</sup> PAULMANN, 2004, S.72.

<sup>45</sup> *Rundfunk- und Fernsehinterview mit dem Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, über den Verlauf und die Ereignisse des Staatsbesuchs in der VAR. Gewährt dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunk-Komitees, Prof. Gerhard Eisler, am 7. März 1965.* In: DA DDR 1965, S.874.

<sup>46</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.21.

so beispielsweise durch Honecker, der Afrika schlichtweg zum „Zentrum der großen Klassenauseinandersetzungen“<sup>47</sup> erklärt, oder Bundespräsident Lübke, der nach seiner Besuchsreise 1962 euphorisch vom „Kontinent der Zukunft“<sup>48</sup> spricht. Aus Sicht des Ostblocks gilt Afrika außerdem als „schwächstes Kettenglied“<sup>49</sup> des westlichen Einflussbereichs. Dass die Fördergelder für afrikanische Staaten im Zuge der Entkolonialisierung der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre sprunghaft ansteigen, spricht ebenfalls für eine genauere Betrachtung des Kontinents. Dabei zeigt sich gerade dort ein bereits zeitgenössisch wahrgenommener „fast unlösbar erscheinender Widerspruch“<sup>50</sup> zwischen dem wachsenden Selbstbewusstsein der sich formierenden jungen Nationalstaaten<sup>51</sup>, die zunächst im Sinne des nationalen Eigeninteresses eine abwartende Haltung gegenüber beiden Blöcken anstreben, und den aus der staatlichen Teilung resultierenden innerdeutschen Be- und Empfindlichkeiten.

Um die Schnittpunkte deutsch-deutscher Entwicklungspolitik zu ermitteln, werden Länder ausgewählt, die sowohl aus ost- als auch westdeutscher Perspektive relevante Akteure darstellen. Aufgrund ihrer im Vergleich zur Bundesrepublik deutlich begrenzteren finanziellen Mittel bemüht sich die DDR verstärkt um Staaten, denen sie eine „sozialistische Orientierung“<sup>52</sup> zuschreibt, da sie sich dort am ehesten einen Anerkennungs- oder wenigstens einen Achtungserfolg ausrechnet, was auch offen thematisiert wird. Diese Haltung einzelnen Entwicklungsländer wird rückblickend durch NEUES DEUTSCHLAND als „revolutionärer Übergangsprozess zum Sozialismus, der antiimperialistische, antifeudale und antikapitalistische Umgestaltungen zum Inhalt hat“<sup>53</sup> definiert. SCHULZ zufolge habe Bonn dagegen „keine besonders ausgeprägten – historisch oder politisch bedingten Präferenzzonen“<sup>54</sup> für die

---

<sup>47</sup> zitiert nach: SPANGER/BROCK, 1987, S.171.; GROTE zufolge sei das deutsche Agieren gegenüber Lateinamerika weitestgehend unabhängig von der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus verlaufen. Vgl. GROTE, 2004, S.26.

<sup>48</sup> *Lübke mit Ergebnis der Afrika-Reise zufrieden.* In: DIE WELT, 23. Januar 1962, S.2.

<sup>49</sup> zitiert nach: BEHRENDT, 2004, S.50.

<sup>50</sup> *Deutsche Politik in Afrika.* In: DIE WELT, 3. März 1965, S.1.

<sup>51</sup> So verkündet Tanganikas Präsident NYERERE: „*We wish to live in friendship with all states and all peoples [...] We shall not allow anyone to choose any of our friends our enemies for us. It should be clear that we shall not allow anyone – whether they be from East or West [...] - to try and use our friendship for their own purposes.*“ Vgl. NYERERE, 1968, S.369.; *Deutsche Politik in Afrika.* In: DIE WELT, 3. März 1965, S.1.

<sup>52</sup> „Besonders enge Beziehungen der solidarischen Unterstützung entwickelt die DDR zu jenen national befreiten Staaten, die sich für einen sozialistischen Entwicklungsweg entschieden haben“ Vgl. AUBENPOLITIK DER DDR, Berlin (O): 1982, S.36.; Exemplarisch zum „progressiven Kurs“ Tanganikas. Vgl. *Vermerk über eine Unterredung mit dem Leiter der Afrika-Abteilung bei der Präsidents der VAR, Mohamed Fayek am 20. März 1964 in der Botschaft der DDR ins Sansibar.* In: PA/MfAA A 15069.

<sup>53</sup> *Die Aktualität der Lehre von Karl Marx.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. April 1978, S.5.; SPANGER/BROCK, 1987, S.94.

<sup>54</sup> SCHULZ, 1982, S.21.

Vergabe von „Entwicklungshilfe“ besessen. Dies ist allerdings nicht ganz richtig: Der westdeutsche Außenminister Schröder postulierte zu Beginn der sechziger Jahre fünf Kriterien, denen befreundete Nationen und damit potentielle Empfängerländer entsprechen müssten: Zunächst sollen „traditionelle Bande“<sup>55</sup> zu Deutschland bestehen und die einheimische Regierung solle „politische Unabhängigkeit“ anstreben, wobei letzteres den besagten Ländern Beziehungen sowohl zum West- als auch zum Ostblock ermöglicht. Dennoch fordert Schröder in diesem Kontext ausdrücklich „Verständnis für unsere Forderung nach der Einheit Deutschlands“ und deren Unterstützung sowie wirtschaftliche und soziale Reformen im jeweiligen Land. Ganz augenscheinlich dominieren in dieser Aufzählung die Interessen der Bundesrepublik und weniger der Förderbedarf potentieller Empfänger, da nur das letzte der genannten Aspekte die innere Verfasstheit des Landes berücksichtigt. Wählt man sowohl nach der ostdeutschen Forderung der „sozialistischen Orientierung“<sup>56</sup> als auch den Kriterien Schröders afrikanische Staaten im abgesteckten Untersuchungszeitraum aus, reduziert sich die Fallzahl dadurch, dass diese Länder auch während des Untersuchungszeitraums tatsächlich in signifikanter Weise so genannte „Entwicklungshilfe“ von beiden deutschen Staaten empfangen haben müssen. In dieser Konsequenz bleiben das portugiesische Kolonialreich, das sich erst später gewaltsam vom Mutterland ablöst, ebenso unberücksichtigt wie Algerien, das zunächst in einem blutigen Unabhängigkeitskrieg versinkt. Um der auch zeitgenössisch vom Auswärtigen Amt registrierten Heterogenität des Kontinents gerecht zu werden, werden Länder unterschiedlicher territorialer Größe, Einwohnerzahl, kultureller und politischer Orientierung in die Untersuchung integriert.<sup>57</sup>

Nach zeitgenössischer Einschätzung einer der damals auflagenstärksten westdeutschen Tageszeitungen DIE WELT spiegelten sich nirgends die „hundert Gesichter des Problems ‚Entwicklungshilfe‘ [...] klarer als im Brennglas des Nahen [...] Ostens.“<sup>58</sup> Als Ursache dafür führt der damalige Wirtschaftsminister Erhard an, dass sich hier „politische Kraftlinien verschiedenster Richtungen und unterschiedlichen Gewichts“<sup>59</sup> überkreuzten. Bereits kurz nach

---

<sup>55</sup> Diese und alle weiteren: SCHRÖDER, 1962, S.13.

<sup>56</sup> Diese vorsichtig von der ostdeutschen Seite als „sozialistische Orientierung“ charakterisierte außenpolitische Haltung wird durch Schröders Forderung nach „politischer Unabhängigkeit“ keinesfalls negiert, sondern bewegt sich im Rahmen der von der Bundesrepublik akzeptierten politischen Positionierung.

<sup>57</sup> *Ministerialdirektor Müller-Rosbach an die Ständige Vertretung der NATO in Paris*. In: AAPD 1962 Dok.441, S.1885.

<sup>58</sup> *Entwicklungshilfe von morgen*. In: DIE WELT, 29. November 1960, S.8.

<sup>59</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 164. Sitzung am 17. Februar 1965, S.8103 A.

Kriegsende erklärt der führende US-Diplomat George F. Kennan den Nahen Osten zum „Gefahrenherd Nr.1“<sup>60</sup> und begründet damit, weshalb die Deutschen ihre „natürlichen oder erworbenen Bindungen“<sup>61</sup> zu diesen Ländern schützen und festigen müssten. Eine regional herausragende Position nimmt die ehemalige britische Kolonie Ägypten mit rund 20 Millionen Einwohnern ein, die sich 1958 mit Syrien kurzfristig zur „Vereinigten Arabischen Republik“ (kurz „VAR“)<sup>62</sup> zusammenschließt. Der dort seit einem Putsch 1952 regierende General Gamal Abdel Nasser steigt in den Folgejahren zu einer der charismatischsten Führungsfiguren der „Blockfreien Bewegung“ auf. Bonn nimmt noch im selben Jahr diplomatische Beziehungen auf und eröffnet eine Botschaft in Kairo. Nasser nimmt zwar unter den kritischen Augen des Westens sozialistische Umgestaltungsmaßnahmen vor, beteuert jedoch stets seine Unterstützung für die westdeutsche Wiedervereinigungspolitik und verzichtet in dieser Konsequenz auf eine Anerkennung der DDR, womit Ägypten bzw. die VAR beinahe mustergültig sowohl der ostdeutschen Forderung nach „sozialistischer Orientierung“ als auch dem westdeutschen Credo politischer „Unabhängigkeit“ bei Anerkennung des Bonner Wunschs nach Wiedervereinigung entspricht.<sup>63</sup> Nach der Suezkrise 1956, die als Wendepunkt der ägyptischen Außenpolitik gilt, werden die Kontakte zum Ostblock immer weiter intensiviert, so dass das Land bis zum Besuch Chruschtschows 1964 zum „Zentrum der sowjetischen Entwicklungspolitik“<sup>64</sup> aufsteigt, was wachsende Sorgen im Westen erregt. Walter Ulbricht charakterisiert Ägypten im ostdeutschen Rundfunk als sozialistischen Hoffnungsträger, da das Land „den geschichtlichen Fortschritt innerhalb der ganzen arabischen Nation“<sup>65</sup> verkörpere. Die in Kairo amtierenden Botschafter Bonns warnen entsprechend ab Beginn der sechziger Jahre immer wieder eingehend vor den potentiellen Folgen ostdeutschen Engagements in Ägypten. Das Land könne zum „Einfallstor“<sup>66</sup> werden und die „Öffnung der

---

<sup>60</sup> *Gefahrenherd Nr.1: Der Nabe Osten*. In: DIE WELT, 14. Februar 1957, Das Forum der Welt.

<sup>61</sup> *Entwicklungshilfe von morgen*. In: DIE WELT, 29. November 1960, S.8.

<sup>62</sup> Die „Vereinigte Arabische Republik“, der sich kurz darauf der Jemen anschließt, besteht in dieser Form allerdings nur bis September 1961, wobei Ägypten den Titel „VAR“ bis in die siebziger Jahre weiterführt. Vgl. AdG 1958, 6882 A.

<sup>63</sup> „Es ist unsere Politik Ostdeutschland nicht anzuerkennen. [...] Wir stehen dem deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung mit großer Sympathie gegenüber.“ Vgl. „*Sie können sich doch nicht ewig erpressen lassen!*“ In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.34.; Ähnlich: *Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens vom 4. September 1964*. In: AAPD 1964 Dok.242, S.999.

<sup>64</sup> *Botschafterkonferenz vom 21. April 1964*. In: AAPD 1964 Dok.105, Anm.8, S.457.

<sup>65</sup> *Aus dem Rundfunkinterview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Eisler am 7. März 1965*. In: DzD 1965, S.266.

<sup>66</sup> *Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt am 12. Juli 1962*. In: AAPD 1962 Dok.298, S.1327.

Türen Kairos für Ulbricht die Öffnung der Türen des ganzen dritten (*sic!*) Blockes<sup>67</sup> bedeuten. Der auch entwicklungspolitisch ausgetragene Wettbewerb um die Gunst Kairos geht so weit, dass DER SPIEGEL im Frühjahr 1965 polemisiert, Nasser werde von beiden Blöcken geradezu „gefüttert.“<sup>68</sup> Die spezifisch innerdeutsche Konkurrenz kulminiert im Februar 1965 in einem Besuch Ulbrichts in der VAR, der weitreichende Konsequenzen für die ost- und westdeutsche Außen- und Entwicklungspolitik hat.

Im subsaharischen Afrika liegt das durchschnittliche Jahreseinkommen Mitte der sechziger Jahre mit etwa 350 DM weit unter dem nordafrikanischen Wert, weshalb Bonn fürchtet, gerade diese Staaten könnten zur „willfährige[n] Beute der Kommunisten“<sup>69</sup> werden. Da Ghana als erster subsaharischer Staat im März 1957 unabhängig wird und damit die Entkolonialisierung des Kontinents einleitet, erscheint eine genauere Betrachtung des Agierens der beiden deutschen Staaten gegenüber Accra notwendig. Mit knapp fünf Millionen Bewohnern ist das flächenmäßig mit der Bundesrepublik vergleichbare Land damals etwa so einwohnerstark wie die Schweiz.<sup>70</sup> NEUES DEUTSCHLAND hofft anlässlich der Unabhängigkeit im März 1957, dass die ehemalige britische Kolonie „viele[n] Völker[n] Afrikas ein Ansporn“<sup>71</sup> sein werde, ihren Platz „unter den freien Nationen“ einzunehmen, was das Ablegen kolonialer als auch kapitalistischer Strukturen impliziert. Allein 1957 erscheinen in NEUES DEUTSCHLAND mehr als siebenzig Artikel, in denen Ghana erwähnt wird, was das große Interesse an diesem Staat verdeutlicht. Interne Aktennotizen aus dem MfAA bezeichnen das Land sogar als „Sprungbrett in andere afrikanische Staaten“<sup>72</sup> und „Schwerpunktland.“<sup>73</sup> Unter dem Beifall der ostdeutschen Presse und den besorgten Augen des Westens initiiert Nkrumah Reformen und wird im Osten für seine „Aufgeschlossenheit“<sup>74</sup> gegenüber dem Sozialismus sowie seine angebliche Marx-Lektüre gelobt: Damit erscheint die Hoffnung der DDR auf eine „sozialistische Orientierung“ Ghanas erfüllt. Auch die westdeutsche Tageszeitung DIE WELT

---

<sup>67</sup> *Ägyptische Fassung des Gesprächs Nasser - Federer.* In: DIE WELT, 9. Februar 1965, S.4.; Ähnlich auch Ministerialdirektor Jansen, der Nasser als „Schlüsselfigur für die Haltung der neutralen Länder“ bezeichnet. Vgl. *Aufzeichnung des Staatssekretärs Jansen vom 14. April 1964.* In: AAPD 1964 Dok.95, S.422.

<sup>68</sup> *Tränen im Waldorf-Astoria.* In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.26.

<sup>69</sup> Angaben nach: *Mit der Gießkanne.* In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.50 f.; FRITZ, 1962, S.10.

<sup>70</sup> *Afrika blickt nach Ghana.* In: DIE WELT, 9. August 1958, S.3.

<sup>71</sup> *Ghana – ein neuer Staat.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. März 1957, S.5.

<sup>72</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 12. Oktober 1961.* In: PA/MfAA A 15867.

<sup>73</sup> *Schreiben der Handelsvertretung in Accra an Kiesewetter vom 10. Februar 1965.* In: PA/MfAA A 14391.

<sup>74</sup> *Dr. Kwame Nkrumah.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. August 1961, S.7.; *Wie die Kolonialherren bezwungen wurden.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 11. Juli 1959, S.4.

betont die Bedeutung des Lands, an dem sich infolge der neu gewonnenen staatlichen Souveränität der ganze Kontinent orientiere.<sup>75</sup> Dazu trägt auch Präsident Kwame Nkrumah bei, der ebenso wie Nasser zu den „Lichtgestalten“ der Blockfreien Bewegung gehört, weshalb DIE WELT ihn 1958 sogar „Nehru Afrikas“<sup>76</sup> bezeichnet und dem kleinen westafrikanischen Land die Rolle einer „beherrschenden Macht“<sup>77</sup> und eines „zukunftssträchtige[n] Gebiet[s]“<sup>78</sup> zuordnet. Die zunehmend sozialistische Ausrichtung besorgt Bonn.<sup>79</sup> Der Ostteil der ehemaligen britischen Kolonie, die um 1960 etwas weniger als zehn Millionen Einwohner zählt, war als Teil Togos bis 1919 außerdem deutsche Kolonie. DIE WELT betont infolgedessen, dass „kaum ein anderer afrikanischer Staat [...] in der Bundesrepublik Deutschland größere Sympathien“<sup>80</sup> genieße. Damit scheint auch die Forderung des westdeutschen Außenministers Schröder nach „traditionelle[n] Bande[n]“<sup>81</sup> zu Deutschland zumindest teilweise erfüllt. Nach der Unabhängigkeit ist Bonn außerdem einer der wichtigsten Abnehmer des zentralen Exportguts Ghanas, der Kakaobohne. Zwar will die Bundesrepublik im ersten entkolonialisierten Staat Afrikas einen Präzedenzfall in Form einer staatlichen Vertretung Ostberlins in jedem Fall verhindern, doch mit der Eröffnung der ersten ostdeutschen Handelsvertretung in der Subsahara und der ersten subsaharischen Vertretung in Ostberlin feiert die frühe DDR-Afrikapolitik ihre ersten öffentlichkeitswirksamen Erfolge.

Nach Ghana wird die ehemalige französische Kolonie Guinea als zweites subsaharisches Land am 2. Oktober 1958 unabhängig. Zuvor war die neue französische Verfassung durch eine Volksabstimmung mit sechsendneunzigprozentiger Mehrheit am 28. September 1958 abgelehnt worden.<sup>82</sup> Programmatisch verkündet Präsident Sekou Touré vor dem entscheidenden Referendum: „Wir ziehen die Freiheit in Armut dem Reichtum in der Sklaverei vor.“<sup>83</sup> Conakry, das vor seiner Unabhängigkeit enge wirtschaftliche Beziehungen zu Westeuropa unterhalten hat, gerät in eine Schieflage, als die französische Elite in den Folgewochen überstürzt die zentralen Schaltstellen in Wirtschaft und Verwaltung des Landes verlässt. Dieses machtpolitische Vakuum nutzt die DDR geschickt für sich, um Guinea durch handels-

---

<sup>75</sup> *Afrika blickt nach Ghana*. In: DIE WELT, 9. August 1958, S.3.

<sup>76</sup> „Hände weg von Afrika!“ In: DIE WELT, 23. April 1958, S.5.

<sup>77</sup> *Die letzten Kolonien*. In: DIE WELT, 20. November 1961, S.1.

<sup>78</sup> *Ein Professor im Ashanti-Kleid*. In: DIE WELT, 23. September 1959, S.3.

<sup>79</sup> *Botschafterkonferenz in Uganda vom 29. Oktober bis 3. November 1962*. In: PA/AA B3 Bd.389.

<sup>80</sup> *Die zwei Gesichter Afrikas*. In: DIE WELT, 28. September 1961, S.1.

<sup>81</sup> SCHRÖDER, 1962, S.13.

<sup>82</sup> AdG 1958, 7323 C.

<sup>83</sup> *Feindseliger Empfang de Gaulles in Westafrika*. In: DIE WELT, 27. August 1958, S.1.



und entwicklungspolitische Zusagen an sich zu binden. Bonn findet sich in einer misslichen Lage wieder, da man einerseits das „besondere Verhältnis“<sup>84</sup> zum Bündnispartner Frankreich nicht beschädigen will, andererseits aber die Anerkennung der DDR durch Präsident Sekou Touré fürchten muss. Diesem Spagat stellt sich auch Bundespräsident Lübke beim ersten Besuch des afrikanischen Kontinents durch ein westdeutsches Staatsoberhaupt 1962, wobei er auch Guinea einen Kurzbesuch abstattet.<sup>85</sup> Knapp drei Jahre zuvor hatten sich Conakry und Accra zu einer lockeren Konföderation zusammengeschlossen, was vom Auswärtigen Amt kritisch beobachtet wird. So wird in internen Aktennotizen vor einer „Einheitsfront“<sup>86</sup> der beiden „am stärksten ostorientiert[en]“<sup>87</sup> Länder Afrikas gewarnt. Die Befürchtung, Guinea und Ghana könnten sich offen dem sozialistischen Block anschließen, wird auch von der westdeutschen Presse und in Adenauers TEEGESPRÄCHEN thematisiert.<sup>88</sup> Ein Botschafteraustausch zwischen Conakry und Ostberlin im Frühjahr 1960 erscheint zunächst als diplomatischer Durchbruch der DDR in Afrika, wird aber wenig später annulliert. Rückblickend urteilt das Auswärtige Amt, dass Ostberlin dort seinen „bedeutendsten außenpolitischen Erfolg in Afrika“<sup>89</sup> habe erringen können, was durch die „behutsame und geduldige Behandlung des delikaten Falles“ durch Bonn gerade noch verhindert worden sei.

Weite Teile des heutigen Tansania sind bis 1918 als „Deutsch-Ostafrika“ deutsche Kolonie, nach dem Ersten Weltkrieg wird das Festland Tanganjika britisches Mandatsgebiet, wobei die vor der Küste liegende Insel Sansibar schon seit 1890 Protektorat des Vereinigten Königreichs ist.<sup>90</sup> Am 28. Dezember 1961 wird Tanganjika unabhängig, nimmt diplomatische Beziehungen zu Bonn auf und erscheint bis zur Unionsbildung mit Sansibar in der westdeutschen Berichterstattung stets als Musterbeispiel einer friedlichen und gemäßigten Entkolonialisierung.<sup>91</sup> Dies wird primär auf Präsident Julius Nyerere zurückgeführt, der als erster aus

---

<sup>84</sup> LAPPENKÜPER, 1997.

<sup>85</sup> *Scheußlich heißt*. In: DER SPIEGEL Nr.3/1962, S.16.

<sup>86</sup> *Präsident Jabn, Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, an Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt vom 30. April 1963*. In: AAPD 1963 Dok.157, S.509.; Dazu: *Zusammenschluss Ghana- Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. November 1958, S.5.

<sup>87</sup> *Ministerialdirektor Müller-Rosbach an die Ständige Vertretung der NATO in Paris am 9.11.1962*. In: AAPD 1962 Dok.441, S.1885.

<sup>88</sup> *Wie man fremde Studenten ködert*. In: DIE WELT, 15. Dezember 1962, Die Geistige Welt.; TEEGESPRÄCHE III, 14. Februar 1961, S.452.

<sup>89</sup> *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner*. In: PA/AA B34 Bd.389.

<sup>90</sup> „Tansania“ in: HANDBUCH DER DRITTEN WELT Bd.V, 1993, S.78 ff.

<sup>91</sup> AdG 1961, 9009 D, 9545 F.; *Für die Freiheit fiel kein einziger Schuß*. In: DIE WELT, 9. Dezember 1961, S.3.

Tanganjika stammende Student an der britischen Universität Edinburgh studiert hatte.<sup>92</sup> Der ansässige westdeutsche Botschafter Schroeder räumt dem Land aufgrund seiner deutschen Kolonialvergangenheit eine „gewisse Sonderstellung“<sup>93</sup> in der Außenpolitik ein und auch in den Berichten der WELT wird regelmäßig auf diese historische Verbindung verwiesen.<sup>94</sup> Dass diese Kolonialnostalgie auf Gegenseitigkeit beruhe, behauptet der Mitte der fünfziger Jahre erschienene Reisebericht des ehemaligen Kommandeurs der „Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika“, General Lettow-Vorbeck, der in seinem Vorwort in gewohnt markigen Worten erklärt, dass in Tanganjika das noch immer ungetrübte „Ansehen der Deutschen bei der Eingeborenenbevölkerung“<sup>95</sup> herrsche. Die DDR kann sich dagegen in der Hauptstadt Dar-ressalam zunächst nicht etablieren. Ein sozialistischer Umsturz auf der Tanganjika vorgelagerten Insel Sansibar bringt 1964 jedoch diese westdeutsche Dominanz ins Wanken und die DDR wittert die Chance eines Anerkennungsdurchbruchs. Dabei nimmt die „Entwicklungshilfe“ beider deutschen Staaten in dieser aus Bonner Sicht äußerst ernsten diplomatischen Krise eine zentrale Rolle ein.

Damit ergibt sich folgender Untersuchungsraum: Ägypten („VAR“) mit Nasser als Führungsfigur der „Blockfreien Bewegung“, Ghana und Guinea, die als erste subsaharische Staaten 1957 bzw. 1958 unabhängig werden, und infolge der kolonialen Verbindungen zu Deutschland das ehemalige „Deutsch-Ostafrika“, das heutige Tansania.

### 1.3 FORSCHUNGSSTAND: „FUROR HISTORICUS“ ODER DESIDERAT?

Der Zusammenbruch der DDR und die unvergleichbar schnelle Öffnung der Archive eines Staates, der seine Herrschaft ganz maßgeblich auf Schrifterzeugnisse stützte, hatte nicht nur den von Klaus von BEYME diagnostizierten „Gesichtsverlust“<sup>96</sup> der Sozialwissenschaften zur Folge, sondern einen regelrechten „*furor historicus*“<sup>97</sup> in Form der Aufarbeitung der „zweiten deutschen Vergangenheit.“ Jürgen KOCKAS 2008 erschienene kritische Bestandsaufnahme

---

<sup>92</sup> Dieser sei nach Darstellung der WELT einer der wenigen, die „logisch, sachlich und ohne Emotion denken“ könnten. Vgl. *Die Weißen sind unruhig*. In: DIE WELT, 17. Dezember 1964, S.3.

<sup>93</sup> zitiert nach: KILIAN, 2001, S.192.

<sup>94</sup> *Die einzige Deutsche auf Sansibar ist eine Frau*. In: DIE WELT, 3. Februar 1964, S.3.; *Für die Freiheit fiel kein einziger Schuß*. In: DIE WELT, 9. Dezember 1961, S.3.

<sup>95</sup> LETTOW-VORBECK, 1955; Klappentext.; BÄR/SCHRÖTER, 2001, S.175.

<sup>96</sup> Er begründet dies mit der mangelnde Prognosefähigkeit. Vgl. BEYME, 1994, S.184.

<sup>97</sup> SABROW, 2004, S.153.

der bisherigen DDR-Forschung, der er unter anderem „Selbstreferenzialität und Selbstisolierung“<sup>98</sup> vorwirft, hat eine Debatte über deren „Bilanz und Perspektiven“ angefacht. Dabei plädiert BANGE für eine intensivere Beschäftigung mit den auswärtigen Beziehungen Ostberlins, die er im Gegensatz zur „Stasi“ und dem Alltagsleben DDR als „*terra incognita*“<sup>99</sup> bezeichnet. TROCHE (1996) begründet diese bisherige Vernachlässigung mit der offenkundigen Abhängigkeit von Moskau.<sup>100</sup> Die äußere Handlungsfähigkeit Ostberlins wird sogar innerhalb des eigenen Blocks massiv angezweifelt: So sollen selbst Berija und Günter Mittag der DDR den Staatscharakter und Existenzfähigkeit ohne die Sowjetunion abgesprochen haben.<sup>101</sup> Außerdem existiert eine „verwirrende Vielzahl von Institutionen“<sup>102</sup> ohne echte Entscheidungskompetenz, was neben dem allgemein größeren Interesse an sozial- und mentalitätsgeschichtlichen Aspekten zu einer „Nischenexistenz“ der Forschung zur ostdeutschen Außenpolitik geführt habe. Die Phase der 1960er wurde bisher eher randständig behandelt: Laut einer Bestandsaufnahme von WEBER (1998) beschäftigen sich bis dahin nur rund drei Prozent der Forschungsarbeiten zur DDR mit den sechziger und siebziger Jahren.<sup>103</sup> Diesem thematisch wie zeitlich noch wenig beachteten Bereich widmet sich die vorliegende Dissertation. Im Folgenden werden exemplarische Studien zur ost- bzw. westdeutschen Außen- und Entwicklungspolitik seit der Wiedervereinigung resümiert. Anschließend erfolgt der Versuch, den wissenschaftlichen Stellen- und Mehrwert der Publikationen aus Ost und West vor 1990 zu bewerten.

Zunächst zur DDR-spezifischen Forschung nach 1990: Eine nüchterne Analyse der Funktionsweise des ostdeutschen außenpolitischen Apparats, allerdings unter Vernachlässigung der politischen Praxis, liefert MUTH (2000). WENTKER (2007) und SCHOLTYSECK (2003) versuchen durch eine intensive Aufarbeitung der bisherigen Studien, die stetig wiederholte Formel vom „Forschungsdesiderat DDR-Außenpolitik“ aufzubrechen. Doch diese durchaus stringenten Übersichtsdarstellungen konzentrieren sich auf das klassische außenpolitische Feld

---

<sup>98</sup> KOCKA, 2008, S.150.

<sup>99</sup> BANGE, 2004, S.492; ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.93.

<sup>100</sup> TROCHE, 1996, S.7.

<sup>101</sup> Dieses Zitat wird überliefert durch den sowjetischen Außenminister Gromyko im Kontext des Aufstands vom 17. Juni: „Die DDR? Was ist sie wert...? Sie ist ja nicht nicht einmal ein richtiger Staat.“ Vgl. IHMETUCHEL, 2010, S.28.; Günther Mittag soll 1993 geäußert haben, die DDR sei „ohne die Sowjetunion zu keinem Zeitpunkt existenzfähig“ gewesen und Breschnew soll Honecker 1970 gewarnt haben, ohne Moskau gebe es „keine DDR“. Vgl. SCHOLTYSECK, 2003, S.62 und S.30.

<sup>102</sup> SCHOLTYSECK, 2003, S.58.

<sup>103</sup> Das Interesse an Aufbau und Niedergang des Systems sei ein Grund dafür. Vgl. WEBER, 1998, S.255.

und erwähnen das entwicklungspolitische Engagement Ostberlins allenfalls beiläufig. Die Studien zum Verhältnis der DDR zu spezifischen Ländern untersuchen häufig die Beziehung zu den Blockmächten.<sup>104</sup> Paradigmatisch erscheint, dass in der Festschrift „Die verschwundene Diplomatie. Beiträge zur Außenpolitik der DDR“ (2004) kein einziger Beitrag zur Politik gegenüber Afrika verzeichnet ist. Die Publikationen zur DDR-Außenpolitik gegenüber der so genannten „Blockfreien Welt“<sup>105</sup> konzentrieren sich stärker auf die Siebziger, in denen Ostberlin auch massive Militärhilfe leistet. TROCHE (1996) skizziert auf knapp hundert Seiten recht allgemein die Kontakte zur sogenannten „Dritten Welt“ bis 1971/2, jedoch mangelt es der chronologisch angelegten Darstellung an einer theoretischen Konzeption. Außerdem stützt sich die Magisterarbeit lediglich auf eine durch den DDR-Staatsverlag veröffentlichte Quellenedition, die fast ausschließlich Texte offiziellen Charakters beinhaltet. In diesem Kontext erscheint, beispielsweise zur Nachzeichnung interner Entscheidungsfindungen, eine Fundierung durch Archivmaterial notwendig. Generell lässt sich festhalten, dass das Feld bisher keine bedeutende Rolle in der DDR-Forschung spielt. „Völlig unterbelichtet“<sup>106</sup> sind nach BISPINCK außerdem mentalitätsgeschichtliche Ansätze und auch die Mediengeschichte wird als eher randständiges und stiefmütterlich behandeltes „Forschungsdesiderat“<sup>107</sup> bezeichnet. So widmen beispielsweise PÜRER/RAABE der ostdeutschen Seite in ihrer Monographie über die deutsche Medienlandschaft nur knapp fünfzig Seiten, der westdeutschen Presse dagegen etwa vier Mal so viele.<sup>108</sup>

Die Außenpolitik der Bundesrepublik gilt im Vergleich zur DDR-Seite als relativ gut erforscht, wobei auch in diesem Kontext die Beziehungen zur sogenannten „Dritten Welt“ eine eher untergeordnete Rolle spielen. ECKERT (2015) konstatiert in diesem Zusammenhang, der Prozess der Entkolonialisierung sei von der deutschen Geschichtswissenschaft lange „verschlafen“<sup>109</sup> worden. So widmet HAFTENDORN in ihrer stringenten Analyse der deutschen Außenpolitik „zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung“ (HAFTENDORN, 2001) den Beziehungen zu den Entwicklungsländern bis zur Ölpreiskrise 1973,

---

<sup>104</sup> Darunter: BALBIER (Hrsg.), 2006: Umworbener Klassenfeind. Das Verhältnis der DDR zu den USA; LOTH, 1994: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte.

<sup>105</sup> Vgl. „ES GEHT UM UNSERE EXISTENZ.“ Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien. Hrsg. Hans-Joachim Döring. Berlin: 1999.

<sup>106</sup> BISPINCK, 2005, S.553.

<sup>107</sup> HOLZWEISSIG, 2003, S.116.

<sup>108</sup> PÜRER/RAABE, 1994.

<sup>109</sup> ECKERT, 2015, S.31.

die zu einer massiven Ausdifferenzierung der Staatengruppe führt, nicht ein Kapitel. BOOZ berücksichtigt zwar in seiner umfassenden Untersuchung der „Hallsteinzeit“ (BOOZ, 1994) die Auswirkungen der Nichtanerkennungspolitik außerhalb Europas, die konzeptionelle Rolle der „Entwicklungshilfe“ führt er allerdings nur kurz auf knapp drei Seiten aus und erwähnt diese sonst eher beiläufig.<sup>110</sup> Zur westdeutschen Entwicklungspolitik in ihrer historischen Dimension liegen grundsätzlich nur wenige Arbeiten vor. Einen hervorragenden Überblick zu den Motiven der Frühphase leistet BODEMER (1974), der allerdings aufgrund der dreißigjährigen Aktensperrfristen keinen Einblick in interne Prozesse gewähren kann. Außerdem erscheint seine Arbeit stellenweise der Sprache und den Denkmustern des Kalten Krieges verhaftet.<sup>111</sup> Ein aktuellerer Sammelband CONZES (2010) beschäftigt sich mit der „Herausforderung des Globalen in der Ära Adenauer“ und verweist, allerdings nur aufsatzartig, auf die für Bonn problematische Dekolonisation „im Schatten der Hallstein-Doktrin“ (SCHOLTYSECK, 2010, S.79).

Es existieren nur wenige vergleichende Studien (KILIAN, 2001; vor 1990: END, 1973) zu den Außenpolitiken der beiden deutschen Staaten. Dabei stehen allerdings die „klassischen“ diplomatischen Beziehungen im Mittelpunkt. Dies gilt auch für die aufschlussreiche Untersuchung der Afrikanisten ENGEL/SCHLEICHER/ROST (1998) zu den Afrikakonzeptionen der beiden deutschen Staaten. BLASIUS (1998) und JETZLSPERGER (2001) berücksichtigen zwar die Entwicklungspolitik, deren Erkenntnisse liegen allerdings nur in Ausschnitten (beispielsweise BLASIUS über die Krise in Bezug auf den Ulbricht-Besuch 1965 in Ägypten) und Aufsatzform vor. BÜSCHEL (2014) konzentriert sich bei seiner Analyse das Grundkonzept der „Hilfe zur Selbsthilfe“ für den Zeitraum ab 1960 und untersucht dessen Umsetzung durch die Praktiker vor Ort. Zur medialen Präsenz der Thematik in Ost und West existiert bisher keine Analyse. Erstaunlicherweise findet sich auch in dem über 1000 Seiten starken Werk WEBERS (2020) kein Beitrag zur Entwicklungspolitik der beiden deutschen Staaten.

Abschließend ein Blick auf die Forschung vor 1989/90: Diese hat mit dem Zusammenbruch des Regimes und der einzigartigen Öffnung der Archive selbst eine Historisierung erfahren. Dies gilt nicht nur für ostdeutsche Forschung, die als „Magd der SED“ (MÄHLERT/WILKE, 2008, S.125) das auswärtige Engagement der DDR vielfach überhöht darstellt. Aus heutiger

---

<sup>110</sup> BOOZ, 1994, S.32-34.

<sup>111</sup> So spricht BODEMER bereits im Untertitel von einer „Ideologie [...] der deutschen Entwicklungshilfe“. Vgl. BODEMER, 1974.

Perspektive eignen sich diese Publikationen hervorragend zur Erforschung der Selbstwahrnehmung und der ideologisch teils verbrämten Motivstränge und Sprache. Auch der westdeutschen DDR-Forschung, die HÜTTMANN ironisch als „De-De-Errologie“ (HÜTTMANN 2007, S.671) bezeichnet, wurden vor und nach 1990 schwere Defizite vorgeworfen.<sup>112</sup> Einige der frühesten Arbeiten stellen das ostdeutsche Engagement in Afrika überhöht und stark ideologisiert dar, wie schon die reißerischen Titel „Moskaus Faust in Afrika“ (BREYER, 1979) und „Afrika – schwarz oder rot?“ (FRITZ, 1961) zeigen. Seit den Achtzigern erscheinen jedoch einige fundierte Darstellungen, wie die sehr präzisen Publikationen des *Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik* in der Reihe „Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern.“<sup>113</sup> All diese Arbeiten leiden allerdings unter den undurchsichtigen Entscheidungsprozessen Ostberlins sowie der Unsicherheit bezüglich propagandistischer Eigenangaben zu Qualität und Quantität ihrer Aktivitäten. BELLERS (1988) geht sogar davon aus, dass erst die Anerkennungswelle die „Voraussetzungen für den systematischen Aufbau politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zur Dritten Welt“<sup>114</sup> gegeben habe und beachtet die vorherige Phase nicht. Einige wenige Studien zur auswärtigen Politik der DDR (beispielsweise END, 1973) haben dennoch relevante Erkenntnisse hervorgebracht. Dies gilt beispielsweise für die einzige Arbeit (SPANGER/BROCK, 1987), die den Umgang Bonns mit der ostdeutschen Entwicklungspolitik untersucht. Allerdings werden die ost- bzw. westdeutschen Aktivitäten in getrennten Teilen untersucht und eine Zusammenführung findet erst in einem kurzen Schlusskapitel statt. Einzelne westdeutsche Darstellungen der bundesrepublikanischen „Entwicklungshilfe“ bleiben, wie bei BODEMER bereits gezeigt, in den Sprach- und Denkmustern des Systemkonflikts verhaftet. FALK stellt zwar fest, dass „Entwicklungspolitik als Deutschlandpolitik“<sup>115</sup> eingesetzt wird, begrenzt seine Ausführungen dazu aber auf nur etwa zwei Seiten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Zugänglichkeit der Archivmaterialien, die im gewählten Untersuchungszeitraum nicht mehr der Sperrfrist unterliegen, eine kritische Prüfung dieser Beobachtungen sowie die Modifizierung und Weiterentwicklung der vorlie-

---

<sup>112</sup> Darunter die mangelnde Prognose der Wiedervereinigung und die Unterschätzung der Stasi.

<sup>113</sup> Darunter: REIME, Sibylle: Bd.VIII Schwarzafrika. Bonn: 1972.; KUPPER, Siegfried: Bd.V Arabische Staaten und Israel. Bonn: 1971.

<sup>114</sup> BELLERS, 1988, S.27.

<sup>115</sup> FALK, 1985, S.26 ff.

genden Erkenntnisse ermöglicht und notwendig erscheinen lässt. Bis dato existiert keine Untersuchung, die auf Basis der neuen Quellenlage, kombiniert mit einer Medienanalyse, kontrastiv die Entwicklungspolitiken der beiden deutschen Staaten in Afrika bis 1966 in den Mittelpunkt stellt und dabei die sprachlichen Symptome und wechselseitigen Perzeptionen integriert. Diese Forschungslücke beabsichtigt die Dissertation unter Berücksichtigung des „globalgeschichte[n] Potenzial[s] der Zeitgeschichte“<sup>116</sup> zu schließen.

#### 1.4 QUELLENLAGE UND -AUSWAHL: „GESCHICHTE, DIE NOCH QUALMT“

Die Stereotypenforschung unterscheidet nach TRAUTMANN in drei Ebenen der Wahrnehmung, zu denen die öffentliche Darstellung der exponierten Eliten in Politik, Wirtschaft und Kultur zählt, außerdem die Berichterstattung der Massenmedien und zuletzt die in der Bevölkerung vorherrschenden Bilder.<sup>117</sup> Da letztere für den Historiker kaum zuverlässig rekonstruierbar sind, beschränkt sich die vorliegende Arbeit auf die ersten beiden genannten Ebenen, da diese versuchen, meinungsbildend auf die in der Bevölkerung vorherrschenden Wahrnehmungs- und Diskursmuster zu wirken.

CIESLA bezeichnet den Kalten Krieg auch als „Zeitungskrieg“<sup>118</sup> um die Köpfe. Die Auflage der Tageszeitungen ist in den fünfziger und sechziger Jahren stark steigend.<sup>119</sup> Um den öffentlichen bzw. veröffentlichten Entwicklungsdiskurs in beiden deutschen Staaten zu rekonstruieren, werden mit NEUES DEUTSCHLAND (überregionale Ausgabe) und DIE WELT jeweils zehn Jahrgänge von 1957 bis 1966 einer überregionalen ost- bzw. westdeutschen Tageszeitung vollständig ausgewertet. Die spezifische Medienwahl hat eine Reihe von Gründen: NEUES DEUTSCHLAND ist, wie bereits die Titelseite verrät, das „Zentralorgan der SED“ und neben DIE JUNGE WELT eine der beiden der auflagenstärksten Tageszeitungen der DDR, wobei die Auflage von NEUES DEUTSCHLAND während des Untersuchungszeitraums beinahe doppelt so hoch ist.<sup>120</sup> Die Zeitungsdichte in der DDR liegt bei etwa 600 Exemplaren je 1000 Einwohner und damit fast doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik.<sup>121</sup> Die Gründe

---

<sup>116</sup> ECKERT, 2015, S.29.

<sup>117</sup> TRAUTMANN, 1991, S.14.

<sup>118</sup> CIESLA, 2009, S.55.

<sup>119</sup> SCHILDT, 1999, S.638.

<sup>120</sup> FIEDLER/ MEYEN, 2011, S.110.

<sup>121</sup> FIEDLER/ MEYEN, 2011, S.8.

dafür seien unter anderem der niedrige Preis durch die staatliche Subventionierung, die Lokalteile sowie die Orientierungs- und Informationsfunktion im SED-Regime: Teilweise habe man die Zeitung auch „von Amts wegen“<sup>122</sup> abonnieren müssen. Entsprechend muss eine „Massenwirksamkeit“<sup>123</sup> von NEUES DEUTSCHLAND angenommen werden. Auch im Ausland wird sie von den ostdeutschen Zeitungen am aktivsten rezipiert, wobei bis zur Änderung des Strafrechts am 25. Juni 1968 der Bezug von ostdeutschen Zeitungen in der Bundesrepublik mit Ausnahme von speziellen Abonnements für Regierungsstellen nicht möglich ist.<sup>124</sup> Erst ab 1971 ist dieser unbefristet möglich, in der DDR bleiben westdeutsche Presseerzeugnisse bis zum 1.1.1990 verboten. Der von Ulbricht im Frühjahr 1964 angeregte Zeitungsaustausch kommt folglich erst nach dem Untersuchungszeitraum und außerdem einseitig zustande, was die wechselseitige Wahrnehmung der Berichterstattung im „anderen Deutschland“ auf die jeweilige Regierungsebene beschränkt. Dabei existiert eine „direkte Verbindung“<sup>125</sup> zwischen der Redaktion und Verlagsleitung von NEUES DEUTSCHLAND und der Partei- und Staatsführung unter Pieck und Grotewohl: HOLZWEISSIG spricht in diesem Kontext von der „Schere im Kopf“<sup>126</sup> ostdeutscher Journalisten. Im Geleitwort zur zweiten Ausgabe vom 24. April 1946 heißt es zu den Motiven des NEUES DEUTSCHLANDS, dass man dort „für ein neues Deutschland kämpfen und arbeiten“<sup>127</sup> wolle, indem man sich für den Frieden engagiere, so dass man das Land wieder zur „Familie der anständigen Völker“ zählen könne. Als programmatisch kann in diesem Kontext auch die Namensgebung der Zeitung in Abgrenzung zur gegenwärtigen und historischen deutschen Entwicklung betrachtet werden. Mit der Berichterstattung über das Feld der „Entwicklungspolitik“ und deren Empfänger sowie der kritischen Beobachtung des westdeutschen Engagements kann dieser Zielsetzung entsprochen werden. Dass dies äußerst ausführlich geschieht, zeigt die Untersuchung, bei der festzustellen war, dass insbesondere ab dem Jahr 1960 beinahe täglich mindestens ein Artikel erscheint, der sich mit dem Themenkomplex „Entwicklungshilfe“ und „Entwicklungsländer“ befasst. Die Behauptung WENGELERS, dass dieses Politikfeld erst ab den Umbruchsbewegungen im Jahr 1968 eine größere Aufmerksamkeit entgegengebracht worden

---

<sup>122</sup> FIEDLER/ MEYEN, 2011, S.110 f.

<sup>123</sup> GOOD, 1989, S.41.

<sup>124</sup> ROTH, 1981, S.151.

<sup>125</sup> BENNING, 1997, S.45.

<sup>126</sup> HOLZWEISSIG, 2002, S.1.

<sup>127</sup> *Dem Zentralorgan „Neues Deutschland“ zum Geleit.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. April 1946, S.1.



sei, trifft im Falle der DDR nicht zu.<sup>128</sup> Rund ein Viertel der Artikel von NEUES DEUTSCHLAND zwischen 1959 und 1990 beschäftigen sich mit außenpolitischen Themen.<sup>129</sup> Dabei wird besonders gern über Staatsbesuche und weniger über den Alltag und Kultur der Menschen berichtet, was einen auffälligen Gegensatz zur sozialistischen Ideologie bildet, wonach die Arbeiterklasse im Fokus stehen müsste.<sup>130</sup> Der Blick ins Ausland scheint unverfänglicher als die Analyse inländischer Geschehnisse zu sein.

Wendet man das Kriterium der quantitativen Relevanz an verwertbaren Berichten zur untersuchten Thematik auf das deutlich breitere Angebot an auflagestarken und überregionalen westdeutschen Tageszeitungen an, sticht DIE WELT des Hamburger Springer-Verlags aufgrund der ausführlicheren Berichterstattung zur Entwicklungs- und Afrikapolitik hervor.<sup>131</sup> Bereits in der Erstausgabe wird als „Programm“ verkündet, es solle „eine Brücke geschlagen werden zu anderen Völkern.“<sup>132</sup> Dabei versteht sich die eher konservative WELT als staatstragende „nationale Zeitung“<sup>133</sup>, wie sie ab 1965 titulierte wird, was zunächst in der Absage einer Reihe renommierter Journalisten an das Blatt und wenige Jahre später im Konflikt mit der Studentenbewegung kulminiert. So verweist KRUIP auf eine Rede Springers aus dem Jahr 1967, in der dieser als ersten Grundsatz des Verlags „das unbedingten Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit“<sup>134</sup> nennt. In dieser Konsequenz wird dort besonders ausführlich über die DDR und die Folgen der deutschen Teilung berichtet. Entsprechend wird DIE WELT 1967 sogar in den USA zur „Zeitung des Jahres“<sup>135</sup> gekürt, was mit ihrem „Einsatz für Freiheit und Demokratie“ begründet wird. Die Gesamtauflage der Tagespresse steigt ab Mitte der fünfziger Jahre bis 1976 von 13,4 auf 19,6 Millionen, was auch einen Ausbau der Redaktionen und des Korrespondentennetzes impliziert.<sup>136</sup> Ein weiteres Argument, das für DIE WELT spricht, ist die Wahrnehmung dieser durch NEUES DEUTSCHLAND selbst, das die Zeitung ironisch-bissig als „die großkapitalistische Hamburger „Welt““<sup>137</sup> titulierte und regelmäßig aus deren Berichten zitierte, um dem Blatt ideologisierte

---

<sup>128</sup> WENGELER, 1995, S.679.

<sup>129</sup> FIEDLER, 2011, S.146.

<sup>130</sup> BÄBLER, 1984, S.50.

<sup>131</sup> PÜRER/RAABE sprechen in diesem Kontext von einer „thematische[n] Präferenz“ in Bezug auf die Berichterstattung über das Ausland. Vgl. PÜRER/RAABE, 1994, S.241.

<sup>132</sup> MAABEN, 1986, S.89.

<sup>133</sup> BAVENDAMM, 1999, S.301.

<sup>134</sup> KRUIP, 1999, S.111.

<sup>135</sup> KRUIP, 1999, S.12.

<sup>136</sup> PÜRER/RAABE, 1994, S.129.

<sup>137</sup> *Bonns koloniale Eroberungspolitik*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Oktober 1960, S.5.

Argumentationsmuster nachzuweisen. Selbst Ulbricht soll DIE WELT aufmerksam gelesen haben, da er sie zu den „wichtigsten Zeitungen des Klassenfeinds“<sup>138</sup> gezählt habe und auch den Akten des ostdeutschen Außenministeriums liegen regelmäßig Ausschnitte aus der Zeitung bei.<sup>139</sup> Infolge der ohnehin besonders kritischen Haltung der dem Springer-Verlag angehörigen WELT gegenüber der SED und ihrem Zentralorgan NEUES DEUTSCHLAND könnte man eine unzulässige Polarisierung der Ergebnisse durch die Quellenauswahl annehmen. Allerdings eignet sich gerade diese zunächst konfrontativ erscheinende Positionierung besonders dazu, die Darstellung von „Entwicklungshilfe“ zu vergleichen, da beide Blätter augenscheinlich auf eine klare Abgrenzung ausgerichtet sind. Dass Unterschiede allerdings weniger stark ausgeprägt sind, als man angesichts dieser Konfrontationsstellung annehmen könnte und man vielmehr überraschende Parallelen feststellen kann, spricht ebenso für die Medienwahl, wie die Tatsache, dass sich beide regelmäßig wechselseitig zitieren. Die Arbeit folgt der Auffassung LANDWEHRs, der die historische Diskursanalyse als Untersuchungsmethode der „Arten und Weisen, mit denen im historischen Prozess Formen des Wissens, der Wahrheit und der Wirklichkeit hervorgebracht werden“<sup>140</sup> definiert, die sich häufig „in sprachlicher Form“ fassen lassen, aber prinzipiell „alle Elemente soziokultureller Wirklichkeit“ umfassen. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die Entwicklungsdiskurse in beiden deutschen Staaten sowohl produktive als auch restriktive Wirkkräfte besitzen sowie bestimmte Strukturen aufweisen und auch wieder hervorbringen.<sup>141</sup> Eine besondere Rolle spielen dabei die simplifizierenden und daher besonders treffsicheren Karikaturen, wobei die Kritik ZURMÜHLs, dass dort lediglich das koloniale Zerrbild vom „dienenden halbnackten Wilden“<sup>142</sup> oder vom „lastenschleppenden Diener“ aktualisiert werde, hinterfragt werden muss: Die Autorin kritisiert damit das eigentliche Wesen der Karikatur, die ja gerade von Überzeichnung und Überspitzung lebt.

Während die Medienanalyse von DIE WELT und NEUES DEUTSCHLAND<sup>143</sup> die erste Wahrnehmungsebene untersucht, werden zur Abdeckung der zweiten Dimension exemplarische

---

<sup>138</sup> FIEDLER/ MEYEN, 2011, S.95.

<sup>139</sup> Exemplarisch: *Artikel aus DIE WELT vom 17. und 18. September 1963.* In: PA/MfAA A 15934.; *Pressespiegel über die Beziehungen zwischen BRD und VAR vom 22. April 1960.* In: PA/MfAA A 14330.; Für das Auswärtige Amt ebenfalls: *Ostdeutscher Pressespiegel vom 3. Februar 1964.* In: PA/AA B34 Bd.511.

<sup>140</sup> LANDWEHR, 2018, S.96.

<sup>141</sup> LANDWEHR, 2018, S.96.

<sup>142</sup> ZURMÜHL, 1995, S.112.

<sup>143</sup> Eine Ergänzung wird durch einzelne Verweise auf den erweiterten Pressediskurs, wie der Berichterstattung in DER SPIEGEL oder der in der BERLINER ZEITUNG, vollzogen. Vgl. TRAUTMANN, 1991, S.14.

zeitgenössische Forschungsarbeiten, Lexika und Geschichtsbücher aus Ost- und Westdeutschland herangezogen und durch die Memoiren, Kommentare und Briefe ausgewählter Akteure ergänzt. Auch Veröffentlichungen der politischen Ebene, wie die des Bundesministeriums für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) und die STENOGRAPHISCHEN BERICHTE der Bundestagsdebatten zu einschlägigen Themen und Ereignissen werden ausgewertet. Damit werden Äußerungen der westdeutschen Regierungs- sowie Oppositionsparteien gleichsam zur Kenntnis genommen und exemplarischen Reden, Beschlüssen und Verlautbarungen des SED-Regimes gegenübergestellt. Darüber hinaus wird die konkrete entwicklungspolitische Praxis im festgelegten Untersuchungs(zeit)raum ausgewertet, wobei sich die Arbeit auf Archivmaterialien sowie die bereits edierten und teils auch kommentierten Sammlungen stützt, deren Auswahl im Folgenden begründet wird. Einen ersten hervorragenden Zugriff erlauben die mit einem textkritischen Apparat versehenen AKTEN FÜR DIE AUSWÄRTIGE POLITIK DER BUNDESPUBLIK DEUTSCHLAND (AAPD), die seit 1990 im Auftrag des Außenministeriums vom Münchner Institut für Zeitgeschichte herausgegeben werden. Allerdings liegen bisher mit den Jahren 1961 bis 1966 nur für die Hälfte des Untersuchungszeitraums Bände vor, wodurch die Frühphase mit den Krisen um Ghana und Guinea sowie das „Jahr Afrikas“ 1960 nicht anhand dieser Edition nachvollzogen werden kann. Die kritische Edition DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK (DzD) geht auf eine 1951 vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen veröffentlichte Sammlung von Dokumenten über die „Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen“<sup>144</sup> zurück. Infolge der großen Nachfrage entsteht eine bis zum Zweiten Weltkrieg zurückreichende jährliche Sammlung von Dokumenten, die die „deutsche Frage“ betreffen, darunter amtliche Noten, Erklärungen, Beschlüsse sowie nicht-amtliche Reden und Interviews, die mit textkritischen Erläuterungen und Verweisen versehen ist. Diese Edition, deren zeitliche Begrenzung die Wiedervereinigung 1990 darstellt, wird vollständig für den Untersuchungszeitraum herangezogen, da sie internationale, west- und ostdeutsche Quellen unter dem Gesichtspunkt der Deutschlandpolitik vereinigt. Um an ausgewählten Beispielen die globalen Verflechtungen von „Entwicklungshilfe“ während des Ost-West-Konflikts aufzeigen zu können, wurde darüber hinaus das vom Siegler-Verlag für Zeitarhive herausgegebene ARCHIV DER GEGENWART (AdG) ausgewertet, das, allerdings

---

<sup>144</sup> *Vorbemerkungen*. In: DzD 1955, VII ff.

ohne textkritischen Apparat, in chronologischer Form Meldungen von Zeitungen und Nachrichtenagenturen aufführt. Einschränkend muss festgehalten werden, dass beide Editionen westdeutscher Provenienz sind, für den Untersuchungszeitraum nur offiziöse Äußerungen und Meldungen vereinen und somit zwar zur Nachzeichnung der (ver-)öffentlichen Meinung über „Entwicklungshilfe“ taugen, jedoch kaum zur Darstellung interner Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse, insbesondere in der DDR, geeignet sind. Ebenfalls hinzugezogen werden Adenauers berühmte TEEGESPRÄCHE, die zwischen 1950 und 1963 in einem informellen Zirkel ausgesuchter Journalisten der in- und ausländischen Presse stattfinden. Die vermutlich ab April 1951 mitstenographierten Gespräche über aktuelle innen- und außenpolitische Themen werden, anfangs von den Stenographen selbst, später von den Sekretärinnen der Schreibbüros bzw. des Chefs vom Dienst, in Maschinschrift übertragen und deren Durchschläge an verschiedene Stellen verteilt.<sup>145</sup> Auf die Schwierigkeiten der Überlieferung und Zuordnung der von Adenauer geführten Gespräche mit Journalisten verweist KÜSTERS, dessen vorzüglich kommentierte Edition zugrunde gelegt wird. Die „Teegespräche“ eignen sich aufgrund ihres vertraulichen „*off-the-record*“<sup>146</sup>-Charakters und der Möglichkeit des Erfahrungs- und Argumentationsaustauschs im kleineren Zirkel besonders gut, um den Diskurs der Bundesregierung und der von ihr geladenen Pressevertreter um und über „Entwicklungshilfe“ bis 1963 aufzuzeigen. Dasselbe gilt für den von BARING herausgegeben Briefwechsel zwischen dem von 1955 bis 1961 amtierenden Außenminister Heinrich von Brentano und Bundeskanzler Adenauer<sup>147</sup>, wobei die Korrespondenz der beiden bis ins Jahr 1964 ediert ist. Die unter anderem vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Ost-Berlin herausgegebene Sammlung DOKUMENTE ZUR AUßENPOLITIK DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK (DA DDR) dokumentiert seit der Staatsgründung 1949 in über dreißig Bänden offizielle Verlautbarungen des SED-Regimes zu diesem Politikfeld. Für den Untersuchungszeitraum wurde diese Sammlung systematisch zu allen einschlägigen Ergebnissen der Afrika- und Entwicklungspolitik ausgewertet. Einen detaillierten Einblick zur Politik gegenüber den Staaten des Nahen Ostens bietet die vom Staatsverlag herausgegebene und durch das so genannte

---

<sup>145</sup> Es erhielten u.a. der Chef vom Dienst im Bundespresseamt, der Regierungssprecher, das Vorzimmer des Bundeskanzlers sowie der Staatssekretär des Bundeskanzlersamts Durchschläge. Vgl. TEEGESPRÄCHE I, 1984, S.XX.

<sup>146</sup> TEEGESPRÄCHE III, 7. März 1960, S.221.

<sup>147</sup> *Sehr verehrter Herr Bundeskanzler*. Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964. Hrsg. BARING, 1974.

Solidaritätskomitee zusammengestellte Sammlung DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, das Dokumente für die Jahre 1956 bis 1958 umfasst. Zusätzlich werden einschlägige Reden und ZK-Beschlüsse berücksichtigt. Für diese Editionen gilt, dass es sich gleichermaßen um DDR-genuine Publikationen handelt, die ausschließlich Quellen offiziellen Charakters beinhalten, was dem Erkenntnisinteresse der öffentlichkeitswirksamen Inszenierung der „Entwicklungshilfe“ entspricht.

Dennoch taugen diese Dokumente nur bedingt zur Nachzeichnung interner Entscheidungs- und Abwägungsprozesse, weshalb gezielt Archivmaterialien des Auswärtigen Amts (PA/AA) der Bundesrepublik Deutschland und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (PA/MfAA) ausgewertet wurden. Die Beschränkung auf die Akten der jeweiligen Außenministerien erklärt sich aus der ausschließlichen Zuständigkeit für die „Entwicklungshilfe.“ Im Falle der Bundesrepublik gilt dies bis zur Gründung des BMZ 1961, wobei die zentrale Entscheidungsinstanz des Auswärtigen Amts den gesamten Untersuchungszeitraum überdauert, sowie über den direkten Kommunikationskanal zu den jeweiligen Auslandsvertretungen vor Ort verfügt, die mit der Durchführung und Validierung der „Entwicklungshilfe“ betraut sind. In der DDR wird zu keinem Zeitpunkt ein eigenes Ministerium zur Abwicklung entwicklungspolitischer Angelegenheiten begründet. Bei der Aktenauswertung wird primär die Korrespondenz der Auslandsvertretungen mit den jeweiligen Ministerien für den Untersuchungszeitraum untersucht, da diese nach Einschätzung des Auswärtigen Amts 1962 die wesentlichen „Außenorgane der deutschen Entwicklungspolitik“<sup>148</sup> darstellen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Kommunikation anlässlich einschneidiger Ereignisse gelegt, wie beispielsweise der Unabhängigkeit, die Eröffnung von Vertretungen, diplomatischer Krisen oder beschlossener Hilfsprojekte. Die auch infolge der dreißigjährigen Sperrfristen bisher zu dieser Thematik noch nicht gezielt gesichteten Akten wurden darauf untersucht, wie „Entwicklungshilfe“ im innerdeutschen Systemkonflikt eingesetzt und durch die Diplomaten und Politiker bewertet wird. Wie die Empfängerländer auf den Versuch reagieren, Deutschlandpolitik in Afrika zu betreiben, ist in Folge der Quellenauswahl nur im Spiegel der deutschen Akten und Berichterstattung zu beobachten. Diesem methodischen Problem soll durch die Verwendung persönlicher Interviews oder Wortprotokolle direkter Treffen begegnet werden.

---

<sup>148</sup> *Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Simon vom 28. November 1962.* In: AAPD 1962 Dok.465, S.1998.

Ein generelles Problem bei der Auswertung aller dargestellten Quellen sind die variierenden Zahlenangaben für entwicklungspolitische Vorhaben. Da gegebene Zusagen häufig erst im Laufe von mehreren Jahren bzw. erst nach der Prüfung geeigneter Projekte zur Auszahlung kommen, kursieren die verschiedensten Zahlen- und Mengenangaben. Nicht selten lässt sich kaum rekonstruieren, ob es sich um Zusagen oder bereits ausgezahlte Mittel handelt.<sup>149</sup> Das Ziel der vorliegenden Arbeit liegt jedoch nicht einer genauen quantitativen Aufschlüsselung und Rekonstruktion sämtlicher entwicklungspolitischen Projekte, wozu bereits einzelne Detailstudien vorliegen.<sup>150</sup> Vielmehr liegt der Fokus auf der deutschlandpolitischen Färbung der entwicklungspolitischen Debatten- und Zusagenkultur im Licht der öffentlichen Debatte.

## 1.5 METHODISCHE ÜBERLEGUNGEN

### 1.5.1 Hinweise zur Methodik

Je nach Fragestellung und Schwerpunktsetzung der Kapitel stehen bestimmte Quellen stärker im Fokus, was jeweils zu Beginn begründet wird. So lässt sich beispielsweise das Verständnis von Entwicklung kaum aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien rekonstruieren, da sich diese in der Regel mit der Kontaktinitiierung und -vertiefung oder der praktischen Umsetzung bereits beschlossener Projekte beschäftigen. Infolgedessen werden unter anderem zeitgenössische Forschungsarbeiten ausgewertet, die medial geführte Debatte um Sinn und Unsinn „Entwicklungshilfe“ untersucht und dabei potentielle Differenzen zu den eher knappen ministeriumsinternen Hinweisen zur Thematik herausgearbeitet. Dagegen bilden bei Untersuchung der entwicklungspolitischen Praxis die Akten der beiden Außenministerien die wesentliche Quelle, wobei ausgehend von der medialen Berichterstattung die öffentlichen Präsenz der Thematik und eine Chronologie der Ereignisse nachgezeichnet werden können. Durch eine solche Kombination der akten- und diskursgestützten Vorgehensweise erhofft sich die Dissertation einen neuen Zugang zum klassischen Feld der Außenpolitikforschung. Diese Vorgehensweise lässt sich auch mit der Wirkrichtung bilateraler „Entwicklungshilfe“ begründen: Diese strahlt in zwei Richtungen aus: Zum einen nach außen als Formulierung sowie Realisierung und Evaluation entwicklungspolitischer Vorhaben im je-

---

<sup>149</sup> Ein Beispiel ist die ausführliche Statistik des Ostblocks über die Jahre 1954-1961. Vgl. AdG 1963, 10611 A.

<sup>150</sup> So liefert beispielsweise BÜSCHEL (2014) einige Detailstudien.

weiligen Empfängerland, zum anderen nach innen, wo sie ein positives öffentliches „Meinungsklima“<sup>151</sup> erwirken soll. Die Arbeit soll zeigen, dass die nach innen gerichteten Ambitionen einen starken Zusammenhang zwischen „Entwicklungshilfe“ und innerdeutscher Abgrenzungspolitik im Untersuchungs(-zeit-)raum aufweisen. Um innere „Meinungsklima“ zu untersuchen, erscheint die Analyse der medialen Präsenz dieser Thematik in beiden deutschen Staaten unerlässlich. Zusätzlich gilt es, die zwischen der ersten und zweiten Ebene angelagerte Stufe der medial transportierten Außenwahrnehmung durch das „andere Deutschland“ einer systematischen Untersuchung zu unterziehen. Durch eine breit angelegte Medienanalyse wird außerdem der Gefahr begegnet, durch die ausschließliche Analyse von Politikerreden und -debatten sowie Ministeriumsakten einen reinen „Bürokratendiskurs“<sup>152</sup> abzubilden. Generell kann dabei nur das Herausarbeiten einer „Ausschnittswirklichkeit“<sup>153</sup> angestrebt werden.

Im Folgenden werden die generellen Chancen und Risiken einer Zeitungsanalyse dargestellt sowie der Umgang mit den dadurch entstehenden Schwierigkeiten erläutert. FIEDLER/MEYEN zitieren in diesem Kontext eine ehemalige Redakteurin des NEUEN DEUTSCHLAND mit den Worten: „Eigentlich können Sie sich Ihre ganze Studie sparen. Sagen Sie einfach, NEUES DEUTSCHLAND war das Zentralorgan in einer Diktatur. Fertig.“<sup>154</sup> Diese polemische Aussage zeigt, dass der Vergleich freier und unfreier Medien grundsätzlich hochproblematisch ist.<sup>155</sup> Das DDR-HANDBUCH betrachtet den „Zwang zur Herstellung einer einheitlichen Meinung, die einseitige, lückenhafte Information und der auf Dauer ermüdende Agitationsstil mit vorgegebenem Sprachschatz“<sup>156</sup> als die konstituierenden Merkmale der ostdeutschen Presselandschaft. HAACK stellt dabei die generelle „Uniformität“<sup>157</sup> der ostdeutschen Medienlandschaft heraus, wobei NEUES DEUTSCHLAND als deren „Flaggschiff“ den

---

<sup>151</sup> Auch die Förderung und Koordination entwicklungspolitischer Vorhaben anderer Trägerschaften soll so angeregt werden. Vgl. HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK, 1975, S.725.

<sup>152</sup> Die Problematik der Archivarbeit lässt sich in die Formel fassen: „*Quod non est in actis non est in mundo*“. Vgl. BUCHHOLZ, 2003, S.384.

<sup>153</sup> BANGE, 2004, S.492.

<sup>154</sup> FIEDLER/MEYEN, 2001, S.7.

<sup>155</sup> Pressefreiheit wird in der DDR-Verfassung zwar formal garantiert, im „Wörterbuch der sozialistischen Journalistik“ (1973) heißt es aber, es sei die Aufgabe der Medien „die politisch-ideologische Einheit“ zu gewährleisten. Vgl. „Medienpolitik“ In: DDR-HANDBUCH, 1985, S.880.; Pressefreiheit wird vielmehr verstanden als die „Freiheit der Arbeiterklasse, ihre Presse ungehindert herausgeben zu können und sich als kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator der sozialistischen Ideologie voll zu entfalten.“ Vgl. ALTENDORFER, 2004, S.249.; Dagegen wird „Pressefreiheit“ in der Bundesrepublik als „Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten“ definiert. Vgl. CLASSEN, 2010, S.389.

<sup>156</sup> „Medienpolitik“ In: DDR-HANDBUCH, 1985, S.880.

<sup>157</sup> HAACK, 2011, S.248 f.

Kurs vorgebe. Die Zeitung verkörpert „die offizielle Sprache der DDR“<sup>158</sup> und widmet sich der Propaganda, Agitation und Organisation.<sup>159</sup> Eine Untersuchung der „verordneten“ ostdeutschen Berichterstattung, die man auch als „Verlautbarungsjournalismus“<sup>160</sup> bezeichnen kann, steht jedoch nicht im Widerspruch zum Erkenntnisinteresse, Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der öffentlichen Darstellungsweise von Entwicklungspolitik zu zeigen. Folgt man dem Argumentationsmuster, dass infolge des Mangels an Demokratie und Freiheit in der DDR keine Gegenüberstellung der beiden deutschen Staaten möglich sei, wären sämtliche systemvergleichenden Arbeiten der vergangenen Jahrzehnte im politischen, ökonomischen oder sozialen Bereich diskreditiert.<sup>161</sup> Außerdem finden sich konkrete Anweisungen in den Akten des Außenministeriums an die Presse, etwaige Erfolge der DDR „gut aufzumachen“<sup>162</sup>, mit Bildern zu untermauern, im Ton aber „sachlich“ zu bleiben. Die gewählten Medien gelten im weiteren Sinne als „staatstragend“, was die sich daraus ergebende Vergleichsperspektive unterstützt. Allerdings muss in diesem Kontext auf die Differenz zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung hingewiesen werden, wobei letztere in historischer Dimension empirisch kaum rekonstruierbar ist. Eine „öffentliche Meinung“ existiert nach neueren Ansätzen der Kommunikationsgeschichte in dieser Form nicht, weshalb im Folgenden eher von Rezeptionsmustern oder dem dominierendem Diskurs oder Narrativ innerhalb einer Gesellschaft die Rede sein kann. Im Sinne des „*postcolonial turn*“<sup>163</sup> wird deren sprachliche Konstruktion sowie die generell „germanozentristische“ Perspektive der Entwicklungspolitik gezeigt, die teilweise von „kolonialen“ Bildern und Versatzstücken geprägt ist. Sowohl für die afrikanische Ferne als auch das weitestgehend unbekannte „andere Deutschland“ bestimmen diese verschiedenen Formen der Reduktion mangels eigener Erfahrungen „die Bilder in den Köpfen der Menschen.“<sup>164</sup> Diese Semantik soll, begleitet von einer semiotischen Analyse des verwendeten Wortmaterials, im Fokus stehen und nicht die in der Forschung bereits bekannten Stilmormen der sinnentleerten „hölzerne[n] Sprache“<sup>165</sup>

---

<sup>158</sup> BAUMANN, 2004, S.282.

<sup>159</sup> PÜRER/RAABE, 1994, S.355 ff.

<sup>160</sup> GOOD, 1989, S.23.

<sup>161</sup> Des Weiteren hat GOOD auch auf die Abhängigkeiten der westdeutschen Presse von Werbepartnern, Herausgebern usw. verwiesen. Vgl. GOOD, 1989, S.25.

<sup>162</sup> Streng vertrauliches Papier als „*Argumentation für Presse, Rundfunk, Fernsehen*“ anlässlich der (vermeintlichen) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Guinea und DDR vom März 1960. In: PA/MfAA A 14330.

<sup>163</sup> BACHMANN-MEDICK, 2010, S.184.; ZIAI, 2004, S.3 f.

<sup>164</sup> KLEINSTEUBER, 1991, S.61 ff.

<sup>165</sup> Zitiert nach: FIEDLER/MEYEN, 2001, S.7.; JUDT, 1997 (B), S.35.



auf Seiten der DDR, wie die Tendenz zu Nominalstil, Variationsarmut, Attributketten, Passivkonstruktionen und formalisierten Floskeln, auf die stellenweise ebenfalls verwiesen wird.<sup>166</sup>

### 1.5.2 Hinweise zur Terminologie

Die Dissertation verwendet bewusst den umstrittenen Begriff „Entwicklungspolitik“ oder synonym dazu den ebenfalls scharf kritisierten Ausdruck „Entwicklungshilfe“, wobei letzter stets durch ein *signum citationis* gekennzeichnet ist. Dies ist zum einen dem Untersuchungszeitraum der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre geschuldet, in dem diese Begrifflichkeiten in beiden deutschen Staaten dem aktiven oder zumindest dem passiven Wortschatz angehören. DIE WELT bezeichnet „Entwicklungshilfe“ sogar als „Lieblingwort“<sup>167</sup> der Afrikaner, wobei es allerdings heißt, jeder stelle sich anderes darunter vor. Den in diesem Kontext existierenden terminologischen Differenzen widmet sich ausführlich ein Kapitel dieser Dissertation. Der Terminus „Entwicklungszusammenarbeit“, der gegenwärtig vom Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) prononciert wird, wird im öffentlichen Sprachgebrauch bis heute eher selten verwendet.<sup>168</sup> Dieser Ausdruck soll ein nicht-hierarchisches Verhältnis der beteiligten Akteure widerspiegeln: So widmet die offizielle Internetpräsenz des Ministeriums unter der Fragestellung „Entwicklungszusammenarbeit oder Entwicklungshilfe?“<sup>169</sup> der offenbar nach wie vor strittigen Terminologie einen ganzen Absatz. Darin heißt es, die deutsche Regierung betrachte die Länder, mit denen sie entwicklungspolitisch kooperiere, „nicht als Empfänger von Hilfeleistungen, sondern als gleichberechtigte Partner“, da man die Planung, Durchführung und in vielen Fällen auch die Finanzierung gemeinsam trage. Schon in einer der ersten längeren Debatten des Deutschen Bundestages zur Entwicklungspolitik im Juni 1960 betont der Abgeordnete Kalbitzer man solle nicht von „Hilfe“, sondern lieber von „Zusammenarbeit“ sprechen und betont: „Das ist bei mir keine Stilfrage.“<sup>170</sup> Er fordert eine Beschränkung des Hilfsbegriffs

---

<sup>166</sup> Dazu: HELLMANN, 1985, S.1262.; JESSEN, 1997, S.93.

<sup>167</sup> *Aufregend nüchternes Afrika*. In: DIE WELT, 20. April 1963, Die Geistige Welt.; *Helfen – nicht erkaufen*. In: DIE WELT, 12. März 1960, Das Forum der Welt.

<sup>168</sup> WENGELER, 1995, S.699.

<sup>169</sup> Des Weiteren wird auf wirtschaftlichen Nutzen der Geberstaaten durch diese Form der Kooperation verwiesen. Vgl. <https://www.bmz.de/de/service/glossar/E/entwicklungszusammenarbeit.html> [29.8.2018]

<sup>170</sup> „Es ist keine „Hilfe“, wenn wir in Wirklichkeit ebenso aus eigenem Interesse wie im fremden Interesse handeln. [...] Nur darf man diese wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht mit der moralischen Qualität der

auf Technische Hilfe, die er als „menschliche Zusammenarbeit“ bezeichnet und von Kapitalhilfe und kurzfristiger Katastrophenhilfe auch sprachlich differenzieren will, womit er sich aber nicht durchsetzt. Der ehemalige Bundesminister Eppler kritisiert den Terminus der „Empfänger“<sup>171</sup> und fordert, eher von „Partnern“ zu sprechen, wobei fraglich erscheint, ob ein Wandel der Begrifflichkeiten auch eine Veränderung der dahinterstehenden Konzeption bedeutet. Die in dieser Arbeit synonyme Verwendung der Termini „Entwicklungsländer“ und „Empfängerländer“ sowie „Adressaten“ ohne Anführungszeichen ist der sprachlichen Varianz und besseren Lesbarkeit geschuldet. Die Dissertation verzichtet dabei ganz bewusst auf die Termini „Entwicklungszusammenarbeit“ oder „Partnerländer“, da diese zum einen während des Untersuchungszeitraums keine Relevanz im öffentlichen Sprachgebrauch haben und da die beiden deutschen Staaten, wie nachfolgend gezeigt wird, eben gerade dieses hierarchische Verhältnis prononcieren. Die darunterfallenden Narrative werden im Folgenden als „Entwicklungsdiskurs“ zusammengefasst und charakterisiert.

Neben der Bezeichnung der Adressaten und der Form der Kooperation erscheint auch die Bezeichnung der beiden Geberländer kritisch. Die Dissertation folgt der Annahme, dass aus historiographischer Perspektive bereits seit 1949 von zwei deutschen „Staaten“ gesprochen werden kann, auch wenn diese Terminologie bis zu Brandts berühmter Regierungserklärung 1969 in der Bundesrepublik keine offizielle Verwendung durch westdeutsche Regierungskreise findet. Aus sprachpragmatischen Erwägungen ist von „Ost-“ und „Westdeutschland“ ebenso die Rede, wie vom „anderen Deutschland“<sup>172</sup>, was nicht nur für die DDR, sondern je nach Kontext auch für die Bundesrepublik gelten kann. Der ebenfalls verwendete Begriff „Deutschlandpolitik“ bezeichnet nach dem HANDWÖRTERBUCH DES POLITISCHEN SYSTEMS DER BUNDESREPUBLIK die politischen „Konzeptionen und Aktionen, die sich aus der Tatsache der deutschen Teilung und insbesondere der Existenz zweier deutscher Staaten“<sup>173</sup> ergeben und zwischen dem innen- und außenpolitischen Handlungsfeld angesiedelt ist. AMOS hat in diesem Kontext darauf verwiesen, dass es sich um einen Begriff westdeutscher

---

„Hilfe“ höher werten, als sie moralisch gesehen ist. Deshalb möchte ich vorschlagen, daß man in dieser Beziehung im allgemeinen Sprachgebrauch nicht mehr das Wort „Hilfe“ verwendet, sondern von „Zusammenarbeit“ dort spricht, wo es sich um eine solche handelt.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6811 A.

<sup>171</sup> UNFRIED, 2012, S.75.

<sup>172</sup> REISE INS ANDERE DEUTSCHLAND, 1986.

<sup>173</sup> „Deutschlandpolitik“ In: HANDWÖRTERBUCH DES POLITISCHEN SYSTEMS DER BUNDESREPUBLIK, 1995, S.152.

Provenienz handelt und dass im DDR-Sprachjargon eher von „Westarbeit“<sup>174</sup> oder „Westpolitik“ die Rede gewesen sei. Im Folgenden soll der Terminus jedoch für die von beiden deutschen Staaten betriebene Politik gegenüber dem „anderen Deutschland“ stehen.

## 1.6 ERKENNTNISINTERESSE

### 1.6.1 Prämissen

Der Forschungskonzeption sind zwei Prämissen vorzuschicken: Erstens widerspricht die Arbeit WEHLERS polemischer Einordnung der DDR als bloße „sowjetische Satrapie“<sup>175</sup> ohne eigene Akteursqualität: Die DDR erfüllt wesentliche Kriterien der politikwissenschaftlichen *actor-ness*-Theorie<sup>176</sup>, wie dem Bekenntnis zu gemeinsamen Werten, der Definition einer kohärenten Politik und der Verfügbarkeit eines außenpolitischen Instrumentariums, wobei ebendies spezifisch für das Feld der Entwicklungspolitik aufgezeigt wird. Die außenpolitischen Handlungsspielräume beider deutschen Staaten mögen zu diesem Zeitpunkt begrenzt gewesen sein<sup>177</sup>, ihre generelle Handlungsfähigkeit erscheint allerdings unzweifelhaft.

Zweitens darf das Agieren der DDR nicht teleologisch als Geschichte des vorbestimmten Scheiterns betrachtet werden: Der ostdeutsche Gegenentwurf erscheint gerade während des Untersuchungszeitraums trotz mangelnder demokratischer Legitimation und ökonomischer Hemmnisse als „eine deutsche Möglichkeit“ oder, folgt man GRAF KIELMANSEGG, zumindest als „zeitweilige deutsche Wirklichkeit.“<sup>178</sup> Die Forschung zur Geschichte der DDR darf nicht nur als ein stetiger „Untergang auf Raten“<sup>179</sup> und die der Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte dargestellt werden, vielmehr muss man die „DDR als Chance“<sup>180</sup> betrachten. Diesem Grundsatz verpflichtet sich auch diese Arbeit, die im Sinne der von KLESSMANN angeregten „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“<sup>181</sup> einen punktuellen Beitrag zu der auch von WENTKER geforderten „Abgrenzungs-, Beziehungs- und Kontrastgeschichte“<sup>182</sup>

---

<sup>174</sup> AMOS, 2015, S.9.

<sup>175</sup> WEHLER, 2008, S.XV.; SCHMEITZNER, 2009, S.1042 f.

<sup>176</sup> SJØSTEDT, 1977, S.15.

<sup>177</sup> So wird Adenauer mit den Worten zitiert, außenpolitisch sei die Bundesrepublik in der Frühphase „einstweilen Objekt und weiter nichts.“ Vgl. SCHOLTYSECK, 2003, Vorwort.

<sup>178</sup> GRAF KIELMANSEGG, 2000, S.625 f.

<sup>179</sup> SABROW, 2004, S.164.; GRAY, 2005, S.18.

<sup>180</sup> So der Titel eines Sammelbands von MÄHLERT (2016).

<sup>181</sup> KLESSMANN, 2009, S.52.

<sup>182</sup> WENTKER, 2009, S.29.

zwischen DDR und Bundesrepublik unter Berücksichtigung der wechselseitigen Perzeptionen leisten möchte. Infolge geteilten Nation liegt eine „geradezu ideale Versuchsanordnung für vergleichende Studien“<sup>183</sup> vor. Diese komparatistische Perspektive bietet einen vielversprechenden Ansatz zur Aufdeckung der Selbstinszenierung der beiden national wie international konkurrierenden Staaten zueinander. Dabei wird das Streben nach „Legitimationsbeschaffung und Identitätssicherung“<sup>184</sup> als zentrales Anliegen ihrer Konsolidierungsphase begriffen. Dabei kann im Falle der sich gerade erst konstituierenden deutschen Staaten von einem „*Nation Branding*“<sup>185</sup>-Prozess auf dem Weg zur „*Nation Building*“ gesprochen werden. Allerdings soll keine klassische „Diplomatiegeschichte“ entstehen, da die auswärtigen Beziehungen beider deutscher Staaten bereits rezipiert worden sind. Das Ressort der Entwicklungspolitik bietet neben der bisher noch eher randständigen Forschungslage weitere Vorzüge. Eine themenbezogene Komparatistik erscheint auch dahingehend sinnvoll, da eine Geschichte der Außenbeziehungen der beiden deutschen Staaten in ihrer Frühphase infolge der jeweiligen Determinationskraft des „anderen Deutschlands“ kaum möglich erscheint.<sup>186</sup> So bezeichnet SABROW den Versuch der „Identitätsgewinnung“<sup>187</sup> durch Außenabgrenzung als ein spezifisches Phänomen dieser Phase der deutschen Teilung.

### 1.6.2 Zentrale Hypothesen

Da sich beide deutsche Staaten als „Friedens“- und „Zivilmächte“<sup>188</sup> verstehen, eignet sich die praktisch-karitativ angelegte „Entwicklungshilfe“ als „operatives Element“<sup>189</sup> infolge ih-

---

<sup>183</sup> Will man dagegen die USA und UdSSR vergleichen, wird dies durch massive historische, soziale oder gesellschaftliche Differenzen erschwert. Vgl. HOCKERTS, 1993, S.125.

<sup>184</sup> BECKENBACH, 2008 (B), S.128.

<sup>185</sup> SAEHRENDT, 2017, S.7.

<sup>186</sup> BANGE, 2004, S.492.; JARAUSCH, 2004, S.30.; FRANCOIS konstatiert dabei eine „Dialektik der geteilten Vergangenheit.“ Vgl. FRANCOIS, 2004, S S.325.

<sup>187</sup> SABROW, 2011, S.31.; Dabei folgt die Arbeit der These HOFMANNs, der als zentrale „Axiome“ der frühen Außenpolitik beider deutscher Staaten neben der Integration in das jeweilige Bündnissystem den eigenen Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Kontakte nennt, wobei er die jeweilige Abgrenzungstendenz als „Staatsräson“ charakterisiert. Vgl. HOFMANN, 2001, S.171.

<sup>188</sup> So wird im GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (1949) die „Führung eines Angriffskriegs“ (Art. 26 (1) GG) verboten und die Präambel verpflichtet die Bundesrepublik darauf, „dem Frieden der Welt zu dienen.“ Auch die Präambel der DDR-VERFASSUNG (1949) formuliert als Aufgabe, „die Freundschaft mit allen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern.“

<sup>189</sup> BODEMER, 1974, S.90.

rer humanitären Ausprägung besser als die konventionelle Außenpolitik zur öffentlichkeitswirksamen Inszenierung, Abgrenzung und Selbstlegitimation nach innen wie außen.<sup>190</sup> Dies hat verschiedene Gründe: Zum einen befindet sich das Politikfeld zwischen den „zwei Spannungsfeldern“<sup>191</sup> des ökonomischen Nord-Süd-Konflikts und des politischen Ost-West-Konflikts und stellt dabei zumindest *per definitionem*, die Interessen Dritter in den Vordergrund, deren Wohlwollen erst noch gewonnen werden soll. Im Gegensatz zur konventionellen Außenpolitik, welche idealtypisch als grenzüberschreitend, macht-, „werte- und interessenorientiert“<sup>192</sup> definiert wird, suggeriert die „Entwicklungshilfe“ dagegen zumindest eine gewisse Form der Uneigennützigkeit. Zum anderen ist dieses noch junge und erst während des Untersuchungszeitraums entstehende Politikfeld habituell und institutionell weniger starr, weshalb flexibler und selbstbestimmter agiert werden kann als in der klassischen Außenpolitik, die stärker durch Rücksichten auf Verbündete oder konkrete Abhängigkeiten determiniert ist. So lässt sich für Europa ab Mitte der fünfziger Jahre eine gewisse Erstarrung im Zuge der abgeschlossenen Blockintegration diagnostizieren. In dieser Situation scheint es am ehesten gegenüber den gerade unabhängig werdenden Staaten Afrikas möglich, außenpolitisch an Profil zu gewinnen. Als „Musterknabe[n] des jeweiligen Weltblocks“<sup>193</sup> streben beide deutsche Staaten nach einer schrittweisen Emanzipation in Form internationaler Wahrnehmung und Handlungsfähigkeit, da ein systemstabilisierender Effekt nach innen und außen angenommen wird.

Außerdem findet die klassische Außenpolitik in den Augen der Öffentlichkeit gewöhnlich meist weit entfernt auf dem diplomatischen Parkett zwischen Regierungsvertretern statt. Entwicklungspolitik scheint dagegen durch konkrete und regionale Projekte sowie interkulturelle Kontakte deutlich unmittelbarer auf den Alltag der Menschen zu wirken. Auch birgt das Politikfeld der „Entwicklungshilfe“ insbesondere aus Sicht der DDR eine deutlich geringe Gefahr des Scheiterns als der Wettstreit mit der Bonner Republik um Wirtschaftskraft und Lebensstandard im Inland, da man hier mit relativen geringen Mitteln einen möglichst

---

<sup>190</sup> NYE spricht von „*soft power*“ durch „kulturelle Anziehungs- und Überzeugungskraft“. Vgl. NYE, 2004, o.S.; SAEHREND, 2017, S.8 ff.; „Die Präsentation eines Landes im Ausland ist Ausdruck des nationalen Selbstverständnisses.“ Vgl. REYELS, 2009, S.148.; Auch KRÜGER-POTRATZ spricht von einer der „zentralen Loyalisierungsstrategien“ zur Ausfüllung eines „existentiellen Vakuums.“ Vgl. KRÜGER-POTRATZ, 1991, S.1.

<sup>191</sup> *Entwicklungshilfe im Spannungsfeld*. In: DIE WELT, 28. April 1965, S.18.

<sup>192</sup> ROOS, 2017, S.7.; Damit sollen nicht die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Eigeninteressen der Geberländer bestritten werden, diese werden öffentlich aber weniger stark betont. So bezeichnet NUSCHELER Entwicklungspolitik als „von Moral tiefend, von Interessen geleitet“ Vgl. NUSCHELER, 1996, S.432 ff.

<sup>193</sup> SABROW, 2004, S.159.

hohen Effekt erzielen kann. Aus all diesen Gründen erscheint dieses Politikfeld geradezu als „Paradefall symbolischer Politik“<sup>194</sup> mit einem daraus resultierenden hohen Legitimationspotential. Die prestige- und identitätsstiftende Wirkung von „Entwicklungshilfe“ kommt der Bundesrepublik infolge ihres betont provisorischen Charakters entgegen, wobei dies gleichermaßen für die in ihrer Existenzberechtigung beständig in Frage gestellte DDR gelten kann.<sup>195</sup>

Der Kalte Krieg impliziert eine auch schon von Zeitgenossen wahrgenommene umfassende „geistige Auseinandersetzung“<sup>196</sup> der verschiedenen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme. Da die „Entwicklungshilfe“ alle diese Ebenen reflektiert und wie in einem „Schmelztiegel“ vereint, sind deutliche Auswirkungen der innerdeutschen Konkurrenz auf dieses Politikfeld zu erwarten. Das Ziel beider deutscher Staat ist es dabei jeweils, die „Überlegenheit“ des eigenen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Systems zu demonstrieren und dieses im besten Fall global zu exportieren. Der angenommene funktionale Zusammenhang zwischen Außenwahrnehmung und innerer Akzeptanz steigert in diesem Kontext die imaginierte Bedeutung der Entwicklungsländer für beide Seiten. Für die DDR erscheint der Abgrenzungskurs wichtiger als für sämtliche andere Blockstaaten, die die „marktwirtschaftlich-demokratische Alternative“<sup>197</sup> allgegenwärtig ist. Der dem Politikfeld inhärente zukunftsorientierte Impetus entfaltet außerdem im Zuge des Kalten Kriegs eine besondere Wirksamkeit als potentieller Beitrag zur Durchsetzung im globalen Systemkonflikt. Dieser wird sowohl sprachlich (Kapitel 3) als auch konzeptionell (Kapitel 4 und 6) sowie praktisch (Kapitel 5) ausgetragen und kulminiert in der von deutschlandpolitischen Bekenntnissen und Wohlverhalten abhängigen Vergabe und Verweigerung entwicklungspolitischer Leistungen sowie einem von dieser Konkurrenz maßgeblich geprägten Entwicklungsdiskurs. Während Ostberlin durch entwicklungspolitisches Engagement versucht, „das Ansehen der DDR“ aufzuwerten und die diplomatische Anerkennung zu erreichen, um diese auf „andere Staaten [...] auszudehnen“<sup>198</sup>, beabsichtigt die Bundesrepublik ebendies mit komplementären Mitteln zu verhindern bzw. für sich selbst herbeizuführen. Die Ursachen, Ausprägungen,

---

<sup>194</sup> WESEL, 1991, S.67 ff.

<sup>195</sup> *Das Provisorium der Nation*. In: DIE WELT, 13. August 1960, S.1 f.; Anerkennung und Selbstverwirklichung bilden außerdem gemäß des Psychologen Abraham Maslow die höchsten Stufen der von ihm entwickelten „Bedürfnispyramide“.

<sup>196</sup> FRITZ, 1962, S.6 f.

<sup>197</sup> SCHOLTYSECK, 2003, S.46.

<sup>198</sup> *Informationspapier vom 3. Dezember 1958*. In: PA/MfAA A 11245.

Wechselwirkungen und Folgen der deutsch-deutschen „Negativinteraktion“<sup>199</sup> werden für alle drei Ebenen einer vergleichenden Analyse unterzogen.

Während bisher lediglich eine „Verquickung“<sup>200</sup> von Entwicklungs- und Deutschlandpolitik diagnostiziert wurde, geht diese Arbeit infolge der identitätsstiftenden Funktion und den sprachlichen, konzeptionellen sowie praktischen Auswirkungen davon aus, dass „Entwicklungshilfe“ in seiner konstituierenden Phase quasi ausschließlich als „Deutschlandpolitik“<sup>201</sup> fungiert. Dabei erhofft sich die Arbeit durch die Verklammerung sprachlicher und mentalitätsgeschichtlicher Aspekte mit der Analyse konkreter auswärtiger Aktivitäten eine neue Perspektive zur Erforschung der in der gegenwärtigen historischen Debatte bisweilen als „verstaubt“ geltenden Außenbeziehungen.

### 1.6.3 Spezifische Fragestellungen und Struktur

Zur Überprüfung der Hypothesen werden kleinteiligere Fragestellungen zu den terminologischen, konzeptionellen und praktischen Konsequenzen dieser Konfliktexternalisierung entwickelt, die wiederum die Struktur der einzelnen Kapitel vorgeben. Zu Beginn jedes Abschnitts wird eine die jeweilige Fragestellung aufgreifende These aufgestellt, die anhand des Quellenmaterials kritisch geprüft und abschließend gegebenenfalls modifiziert wird.

Nachdem das Erkenntnisinteresse einschließlich einschlägiger Prämissen sowie dem Forschungs- und Quellenstand und methodischer Überlegungen (Kapitel 1) dargestellt worden ist, widmet sich das nachfolgende Kapitel dem dominierenden außenpolitischen Axiom des Untersuchungszeitraums, der so genannten „Hallstein-Doktrin“ (Kapitel 2). Dabei soll untersucht werden, ob die „Entwicklungshilfe“ in einer Art evolutionärem Prozess durch den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch vereinnahmt wird oder ob diese ideengeschichtlich von Anfang an als eines ihrer wesentlichen Elemente und Handlungsfelder feststeht. Insbesondere soll der Frage nachgegangen werden, ab welchem Zeitpunkt ein funktionaler Zusammenhang der beiden Konzepte festzustellen ist und wie die DDR damit umgeht. Zur Überprüfung der eingangs behaupteten besseren Eignung der „Entwicklungshilfe“ zur

---

<sup>199</sup> BRUNS, 1985, S.378.

<sup>200</sup> BODEMER, 1974, S.27 und 33.

<sup>201</sup> So glaubt man im Auswärtigen Amt, dass „wirtschaftliche Angebote“ eine besondere Rolle im Konkurrenzverhältnis um die Entwicklungsländer spielten. Vgl. *Instruktion für den neu ernannten Botschafter in Tanganjika vom 11. Mai 1965. Merkblatt „Ostblock-Aktivität.“* In: PA/AA B34 Bd.366.

deutschlandpolitischen Inszenierung und Abgrenzung widmen sich die nachfolgenden Kapitel dem Versuch, diesen Kurs terminologisch, konzeptionell und praktisch nachzuweisen. Dabei wird zunächst der Frage nachgegangen, ob im Entwicklungsdiskurs eine „Sprachspaltung“<sup>202</sup> (Kapitel 3) zwischen Ost und West diagnostizierbar ist. Im Mittelpunkt stehen dabei die Selbstzuschreibungen und wechselseitigen Bezeichnungen der beiden deutschen Staaten als Geberländer sowie ein Vergleich der Termini für das eigene Engagement und das des „anderen Deutschlands“ sowie das für die jeweiligen Adressaten. Ziel dieses Kapitels ist es, die sprachlichen Symptome und terminologischen Auswüchse der von beiden deutschen Staaten beanspruchten Deutungshoheit im Entwicklungsdiskurs aufzuzeigen. Darauf folgend wird untersucht, ob sich die entwicklungspolitischen Konzeptionen tatsächlich so stark unterscheiden, wie der sprachlich und medial inszenierte Abgrenzungskurs vermuten lässt. Dabei soll zunächst der Frage nachgegangen werden, ob und inwiefern sich die öffentlich propagierten eigenen Motive und die dem „anderen Deutschland“ zugeschriebenen Beweggründe (Kapitel 4.1) für das entwicklungspolitische Engagement unterscheiden. Anschließend wird untersucht, ob die ost- und westdeutschen Ideen von „Entwicklung“ (Kapitel 4.2) tatsächlich so stark differieren, wie man infolge der Konkurrenzsituation annehmen könnte. In diesem Kontext soll untersucht werden, welche Kon- und Divergenzen bei den jeweils angeführten Symptomen und Ursachen der „Unterentwicklung“ vorliegen. Ebenso werden die imaginierten Finalitäten und Verlaufsformen von „Entwicklung“ sowie die dazu einzuleitenden Schritte einem kritischen Vergleich unterzogen. Danach rücken die Adressaten (Kapitel 4.3) in den Fokus, wobei zum einen untersucht werden soll, welche generelle Bedeutung den „Entwicklungsländern“ für die „deutsche Frage“ zugeschrieben wird. Außerdem wird überprüft, inwiefern sich die medial transportierten Narrative über Afrika und Afrikaner im Entwicklungsdiskurs gleichen bzw. unterscheiden. Nach der Darstellung dieser terminologisch und konzeptionell ausgetragenen Abgrenzungsversuche soll in einem weiteren Kapitel die entwicklungspolitische Praxis untersucht werden, um die eingangs behauptete größere Flexibilität des Politikfelds aufgrund geringerer institutioneller Hemmnisse zu überprüfen. Dazu werden zunächst die zentralen Akteure und Instrumente skizziert (Kapitel 5.1) und untersucht, ob und inwiefern die Existenz des „anderen Deutschlands“ bei der Begründung des Politikfelds in Ost und West eine Rolle spielt. Danach wird darauf eingegangen, ob

---

<sup>202</sup> *Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Rede des Genossen Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. Juni 1970, S.4.



bestimmte Muster in der Vorgehensweise der beiden deutschen Staaten (Kapitel 5.2) existieren. Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, wer das Instrument der „Entwicklungshilfe“ wirkungsvoller einzusetzen vermag, wobei der kritische Begriff „Erfolg“<sup>203</sup> in diesem Kontext primär geberspezifisch als „Überflügelung des anderen Deutschlands“ im Empfängerland verstanden wird. Auch soll untersucht werden, ob die deutschlandspezifische Politisierung positive oder negative Effekte für die Empfängerländer hat und wie diese damit umgehen (Kapitel 5.3). Abschließend werden die auf Basis der entwicklungspolitischen Terminologie, Konzeptionen und Praktiken deutlich gewordenen Selbst- und Fremdbilder beider deutscher Staaten als Geber von „Entwicklungshilfe“ (Kapitel 6) und die damit einhergehenden wechselseitigen Zuschreibungen und Vorwürfe charakterisiert, systematisiert und kontrastiert. Die Arbeit schließt mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse (Kapitel 7.1) und der Stellungnahme zu den anfangs aufgestellten Hypothesen (Kapitel 7.2) sowie einem kurzen Ausblick auf die Weiterentwicklung des Politikfelds nach 1966 (Kapitel 7.3).

---

<sup>203</sup> UNFRIED spricht sich dagegen gegen Messen von Erfolg bzw. Misserfolg aus. Vgl. UNFRIED, 2012, S.74.

## 2. „ENTWICKLUNGSPOLITIK“ IM ZEICHEN DER „HALLSTEIN-DOKTRIN“

Eine der bedeutendsten westdeutschen Diplomaten der Nachkriegszeit, Wilhelm Grewe, vormals Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, konstatiert bereits 1979 ironisch in seinen Memoiren, dass eine der großen „politische[n] Kontroversen“<sup>1</sup> der Nachkriegszeit „im [W]esentlichen nur noch Historiker“ beschäftigt: Das Zeitalter der Nichtanerkennungspolitik im Zeichen der „Hallstein-Doktrin“ scheint bereits Ende der siebziger Jahre, in der zwar nicht die „Legitimität“<sup>2</sup>, wohl aber die Realität zweier deutscher Staaten international längst unumstritten ist, zu einem bestenfalls antiquarischer Betrachtung geeigneten Fossil herabgesunken zu sein. So haben sich zeitgenössische Akteure, die Medien sowie die historische Forschung bereits ausführlich an der „Hallsteinzeit“<sup>3</sup> abgearbeitet. Einen bemerkenswerten Sonderfall stellt in diesem Kontext die Rolle der so genannten „Entwicklungshilfe“ dar: Zwar konstatieren beinahe sämtliche Publikationen zur westdeutschen Außen- und Entwicklungspolitik, letztere habe bis zur Regierung Brandt im Zeichen des Alleinvertretungsanspruchs gestanden, dies geschieht allerdings, worauf der Forschungsbericht bereits verwiesen hat, eher beiläufig und erfährt in den meist als Gesamtdarstellungen angelegten Arbeiten keine systematisch angelegte Betrachtung.<sup>4</sup>

Im Folgenden soll dagegen die konzeptionelle Implementierung der „Entwicklungshilfe“ als „Hebel“<sup>5</sup> des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs sowie des ostdeutschen Versuchs ihrer Unterlaufung dargestellt werden. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob die „Entwicklungshilfe“ in einer Art evolutionärem Prozess schrittweise durch die „Hallstein-Doktrin“ vereinnahmt wurde oder ob diese ideengeschichtlich von Anfang an als eines ihrer wesentlichen Handlungsfelder aktiver beziehungsweise reaktiver Ausprägung feststand. Dazu werden zunächst auf Basis der bisherigen Forschung die Namensgebung und Genese (Punkt 2.1) sowie die Argumentationsmuster (Punkt 2.2) als maßgeblicher außenpolitischer Handlungsrahmen skizziert. Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, ob die Entwick-

---

<sup>1</sup> GREWE schreibt, diese würden konstatieren, „daß diese Politik ihre erstrebten Ziele letztlich nicht erreicht“ habe. Er sieht dennoch keinen Grund dafür, diese deswegen „für von vorneherein verfehlt zu halten.“ Vgl. GREWE, 1979, S.262.

<sup>2</sup> KIELMANSEGG, 2000, S.625.

<sup>3</sup> EXEMPLARISCH: BOOZ, 1995.; KILIAN, 2001.; GRAY, 2003.; DAS GUPTA, 2004.; TROCHE, 1996.

<sup>4</sup> So stellen SCHNEPPEN, 1999; JETZLSPERGER, 2001 und BLASIUS, 1998 in ihren Arbeiten zu den beinahe zeitgleich verlaufenden Krisen in Sansibar und Ägypten zwar die „Entwicklungshilfe“ als ein Instrument der „Hallstein-Doktrin“ dar, behandeln diese jede infolge ihres Forschungsdesigns stets in Ausschnitten und mit Fokus auf die konkrete Praxis vor Ort.

<sup>5</sup> TETZLAFF, 1978 B, S.29.

lungsländer oder „Entwicklungshilfe“ im unmittelbaren Entstehungskontext der Doktrin explizite Erwähnung finden oder ob implizite Verweise nachweisbar sind. Darauf folgend werden die im Rahmen der Doktrin vorgesehenen und diskutierten Etappen und Instrumente (Punkt 2.3) dargestellt, die zeitgenössisch vorgebrachte Kritik (Punkt 2.4) aufgezeigt sowie das Agieren der ostdeutschen Regierung (Punkt 2.5) beleuchtet. Als Quellengrundlage dienen neben den Akten der beiden deutschen Außenministerien die zeitgenössische sowie nachträgliche Bewertung durch beteiligte Akteure sowie einschlägige Reden, Debatten und die Berichterstattung in Ost und West. So können sowohl interne Prozesse als auch die mediale Darstellung und öffentliche Wahrnehmung nachgezeichnet werden. Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, ob die DDR in einer Art „umgekehrte[r] Hallstein-Doktrin“ einen direkten Konnex zu den Entwicklungsländern und der Entwicklungspolitik formuliert. In diesem Kapitel ist infolge der konfrontativ angelegten „Hallstein-Doktrin“ eine starke westdeutsche Perspektivierung unvermeidlich, da die DDR so in die Rolle des „Reakteurs“ gedrängt werden sollte. Diesem Umstand wird allerdings durch die kontrastive Analyse des ostdeutschen Agierens begegnet.

## 2.1 DIE GENESE DER „HALLSTEIN-DOKTRIN“ – EINE UMSTRITTENE VATERSCHAFT

Am 18. September 1959 betont Heinrich von Brentano in einem Brief an Adenauer, es gebe überhaupt keine „Hallstein-Theorie“ und bezeichnet schon die Verwendung des Begriffs als „reichlich albern.“<sup>67</sup> Allerdings hatte er bereits knapp zwei Jahre zuvor die wesentlichen Axiome des später in der Öffentlichkeit als „Hallstein-Doktrin“ bekannten Prinzips in muster-gültiger Weise gegenüber dem Kanzler skizziert:

„Es handelt sich, auf eine kurze Formel gebracht, um das Problem, wie wir reagieren sollen, wenn einer der Staaten, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhalten, sich zur Anerkennung der sogenannten DDR und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Regierung in Pankow entschließt“<sup>68</sup>

So ist die Existenz der „Hallstein-Doktrin“, wenn man von gelegentlich floskelhaften Abrücken, das primär einen verbindlichen Automatismus („Doktrin“) oder die Urheberschaft

---

<sup>6</sup> *Wozu Goethe herhalten muss.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Juni 1965, S.7.

<sup>7</sup> „Es gibt keine Hallstein-Theorie.“ Vgl. *Brief vom 18. September 1959.* In: BARING, 1974, S.222.

<sup>8</sup> *Brief vom 27. September 1957.* In: BARING, 1974, S.217.

Hallsteins leugnen soll, unzweifelhaft.<sup>9</sup> Umstritten scheint vielmehr ihre „Vaterschaft“, was sich an der evolutionären Begriffsprägung, aber auch der Vielzahl der beteiligten Akteure manifestiert: Knapp drei Jahre nach dem innenpolitisch kontrovers diskutierten Moskaubesuch Adenauers, der den eigentlichen Kontext für die Genese der Doktrin bildet, prägt der FAZ-Reporter Joachim Schwelien in seinem Artikel vom 5. Juli 1958 in Anlehnung an die „Monroe-Doktrin“ des US-amerikanischen Isolationismus die Fügung „Hallstein-Grewe-Doktrin“<sup>10</sup>, die im Pressediskurs relativ schnell zur „Hallstein-Doktrin“ verkürzt wird. Für diese terminologische Reduktion ist nicht nur sprachlicher Pragmatismus, sondern auch der Bekanntheitsgrad der genannten Akteure verantwortlich, von denen Staatssekretär Walter Hallstein aufgrund seiner exponierten Position im Auswärtigen Amt einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gewesen sein wird. Der spätere Bundesaußenminister Schröder bedauert in einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk 1963, dass sich diese Fügung „eingebürgert“<sup>11</sup> habe. Nicht durchgesetzt dagegen hat sich die vom vorherigen Außenminister selbst vorgeschlagene Bezeichnung „Brentano-Theorie“<sup>12</sup> als Variation der „Hallstein-Doktrin.“ Als eigentlicher Architekt gilt schon unter Zeitgenossen der aus Hamburg stammende Jurist Wilhelm Grewe, der ab 1955 die Politische Abteilung des Auswärtigen Amts leitet. DER SPIEGEL kommentiert die einseitige Namensgebung nach Hallstein sarkastisch, dieser habe mit ihr soviel zu tun gehabt, „wie Hindenburg mit dem Sieg bei Tannenberg.“<sup>13</sup> Grewe zufolge habe sich Hallstein lediglich zur „Patenschaft“<sup>14</sup> bekannt, da er als Staatssekretär den entsprechenden Runderlass an die Auslandsvertretungen unterzeichnet habe. Er selbst hege nicht den Wunsch, als „der eigentliche Autor“<sup>15</sup> zu gelten und habe dies auch gegenüber Hallstein deutlich gemacht, ohne dass dieser darauf näher eingegangen sei. Grewe ist es auch, der ironisch die Umbenennung in „Mao-Tse-Tung-Doktrin“<sup>16</sup> vorschlägt, um zu akzentuieren, dass die Nichtanerkennungspolitik keine spezifische „Erfindung“ der Bundesrepublik

---

<sup>9</sup> So ereifert sich auch Brentano in dem besagten Schreiben an den Kanzler lediglich darüber, dass der Grundsatz „nicht von Herrn Hallstein erfunden“ sei und leugnet ihn nicht als grundsätzlichen Bestandteil der deutschen Außenpolitik. Vgl. *Brief vom 18. September 1959*. In: BARING, 1974, S.222.

<sup>10</sup> *Bleibt Polen offen?* In: FAZ vom 5.7.1958.

<sup>11</sup> AdG 1963, 10889 A.

<sup>12</sup> In einem Brief an Adenauer vom Herbst 1959 unterscheidet Brentano die „Hallstein-Theorie“, wonach „die Bundesregierung keine Beziehungen zu solchen Staaten unterhält, die die DDR als souveränen Staat anerkennen“, wobei die „Brentano-Theorie“ die „Entschlossenheit Bonns, eine Anerkennung der DDR durch solche Staaten, die bisher diplomatische Beziehungen nur zur Bundesrepublik unterhalten hätten, als unfreundlichen Akt zu registrieren und entsprechend zu beantworten“ bedeute. Vgl. BARING, 1974, S.221 f.

<sup>13</sup> *Bratpfanne vor der Sonne*. In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.29.

<sup>14</sup> GREWE, 1979, S.254.

<sup>15</sup> GREWE, 1979, S.255.; *Runderlass Hallsteins vom 16. Januar 1956*. In: PA/AA B2 Bd.92.

<sup>16</sup> GREWE, 1960, S.162.

ist. Allein die Umstände der Namensgebung und die daran beteiligten Akteure und durch sie verantworteten Ressorts lassen also keinen expliziten spezifischen Konnex zur Entwicklungspolitik erkennen.<sup>17</sup>

Den unmittelbaren Kontext für die Genese der Doktrin bildet der Entschluss zum Botschaf-  
teraustausch mit Moskau im September 1955, wodurch das Novum zweier akkreditierter  
deutscher Diplomaten in einer Stadt entsteht. Die Befürworter des Botschaf-  
teraustauschs argumentieren, Bonn müsse an normalen Beziehungen zur Sowjetunion als Siegermacht in-  
teressiert sein, da dies entscheidend zur Überwindung der deutschen Teilung beitragen  
könne. In Folge dieses Arrangements entlässt der Kreml rund zehn Jahre nach Kriegsende  
die letzten deutschen Kriegsgefangenen. Die Forschung hat gezeigt, dass die Freilassung  
zwar ohnehin geplant war, aber auch auf die geschickte Einbettung dieser Konzession in die  
Verhandlungen verwiesen.<sup>18</sup> Diese „Heimkehr der Zehntausend“<sup>19</sup> stärkt Adenauers Popu-  
larität wie kaum ein anderes Ereignis seiner politischen Laufbahn, dennoch ist der Botschaf-  
teraustausch besonders aufgrund seiner Implikationen gegenüber der DDR innenpolitisch  
heftig umstritten. Die Glaubwürdigkeit des als Verfassungsauftrag fixierten Alleinvertre-  
tungsanspruchs scheint in dieser Situation vor der nationalen wie internationalen Öffentlich-  
keit gefährdet. Laut Präambel des Grundgesetzes ist mit der Gründung der Bundesrepublik  
auch für „jene Deutschen [...], denen mitzuwirken versagt war“<sup>20</sup>, gehandelt worden und  
darüber hinaus bleibt das „gesamte deutsche Volk“ aufgefordert, „in freier Selbstbestim-  
mung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Entsprechend hatte Adenauer  
die Bundesrepublik in seiner Regierungserklärung vom 21. Oktober 1949 zur „alleinige[n]  
legitimierte[n] staatliche[n] Organisation des deutschen Volkes“<sup>21</sup> erklärt. Dies zeigt das Sen-  
dungsbewusstsein der Bundesrepublik zur Durchsetzung des eigenen Staats- und Gesell-  
schaftsmodells.<sup>22</sup> Die sechs Jahre später formulierte „Hallstein-Doktrin“ ist als „Operationa-  
lisierung“<sup>23</sup> und konzentrierte Form der „Publizierung“<sup>24</sup> des bereits 1949 akzentuierten Al-

---

<sup>17</sup> Wenn man von der Tatsache, dass das Außenministerium an der Formulierung beteiligt war, absieht.

<sup>18</sup> WETTIG, 2005, S.197.

<sup>19</sup> HOFFRICHTER / SCHIEBL, 2014, S.338 ff.; GRAY, 2005, S.17.

<sup>20</sup> GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND vom 23. Mai 1949.

<sup>21</sup> Verhandlungen des Ersten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 13. Sitzung am 21.Ok-  
tober 1949, S.308 D.

<sup>22</sup> HOFMANN, 2001, S.172.

<sup>23</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.286.; BOOZ spricht von einer „operationalisierte[n] und veröffentlichte[n] Ma-  
xime.“ Vgl. BOOZ, 1995, S.48.

<sup>24</sup> KILIAN, 2001, S.26.

leinvertretungsanspruchs zu betrachten. Egon Bahr bilanziert in seinen Memoiren rückblickend ironisch, man habe „mit juristischen Formeln den Krieg nachträglich gewinnen oder sich an seinen Folgen vorbeimogeln“<sup>25</sup> wollen. Die DDR kann in den Folgejahren zunächst ausschließlich diplomatische Beziehungen innerhalb der sozialistischen Staatenwelt aufbauen, mit denen die Bundesrepublik folglich keine entsprechenden Kontakte unterhält. Der Bundesrepublik gelingt es auch, in fast sämtliche Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vorzurücken.<sup>26</sup> Diese Ausschließlichkeitspraxis wird durch den Moskauer Fall 1955 erstmals durchbrochen und durch Kritiker wie den SPD-Vorsitzenden Ollenhauer als „Stärkung der Position von Pankow“<sup>27</sup> interpretiert. Indem Adenauer die Moskauer Doppelvertretung zu einer dem Kriegsausgang geschuldeten Sondersituation deklariert, soll die Gefahr einer globalen Anerkennungswelle eingedämmt werden, die die deutsche Teilung als weltpolitisch anerkanntes Faktum quasi zementieren würde. Entsprechend warnt der Kanzler am 22. September 1955 in einer Regierungserklärung:

„Ich muss unzweideutig feststellen, daß die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch dritte Staaten, mit denen sie offizielle Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt ansehen würde, da er geeignet wäre, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen.“<sup>28</sup>

Dieser Wortlaut stellt die erste öffentliche Bekundung des später als „Hallstein-Doktrin“ bekannten Grundsatzes dar, weshalb BOOZ den Tag der Regierungserklärung als ihre „eigentliche Geburtsstunde“<sup>29</sup> bezeichnet. Allerdings ist zu konstatieren, dass kein verbindlich fixierter Wortlaut der Doktrin existiert, die zu formellen sowie informellen Anlässen in unterschiedlicher Form und Abstufungen, aber mit recht identischem semantischem Kern formuliert wird. GRAY betont in diesem Zusammenhang, dass die Presse in einem Prozess der „kalkulierten Unklarheit“<sup>30</sup> bewusst instrumentalisiert worden sei, um das Abschreckungspotential zu erhöhen, während KILIAN die Flexibilität und die damit verfolgte Intention der „dezidierten Abschreckung“<sup>31</sup> hervorhebt. Die berühmte Fügung „unfreundlicher Akt“ wird erstmals im Gutachten des Rechtsberaters des Auswärtigen Amts, Erich Kaufmann, zur Souveränitätserklärung der DDR im Frühjahr 1954 verwendet: Demnach begehe ein Staat, der

---

<sup>25</sup> BAHR, 1996, S.195.

<sup>26</sup> STEIN, 2011, S.51 ff.

<sup>27</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 102. Sitzung am 23.September 1955, S.5656 C.

<sup>28</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 101. Sitzung am 22. September 1955, S.5647 A.

<sup>29</sup> BOOZ, 1995, S.29.

<sup>30</sup> GRAY, 2005, S.20 f.

<sup>31</sup> KILIAN, 2001, S.25.

diplomatische Beziehungen zu Bonn unterhalte, mit der Anerkennung der DDR einen „*acte peu amical*“.<sup>32</sup>

Zur „Vaterschaft“ der Doktrin lässt sich resümieren, dass sie von Adenauer öffentlich verkündet, von Brentano außenpolitisch eingefordert, von Hallstein intern verbreitet und von Grewe maßgeblich konzipiert wurde, die im Übrigen alle Juristen und mit der Außenpolitik der Bundesrepublik als Bundeskanzler, Staatssekretär oder Mitarbeiter befasst waren. Allerdings ist festzustellen, dass die erste öffentliche Verkündung im Zuge des Botschafteraustauschs ebenso wenig wie die Namensgebung und die Akteure einen direkten Konnex zur „Entwicklungshilfe“ vermuten lassen.

## 2.2 „JURISTISCHES PRINZIP“<sup>33</sup> ODER „POLITISCHE MAXIME“?

KILIAN zufolge stellt nicht die Regierungserklärung vom 22. September, sondern die einige Wochen darauf in Bonn tagende Botschafterkonferenz vom 8. Dezember 1955 das eigentliche „Geburtsdatum der Hallstein-Doktrin“<sup>34</sup> dar. Er argumentiert, dass dort erstmals ihre Grundlagen detailliert schriftlich fixiert und begründet worden seien. Taucht in diesem Kontext ein direkter Bezug zur „Entwicklungshilfe“ auf? In seinen Memoiren skizziert Wilhelm Grewe retrospektiv die rechtlichen und politischen Grundsätze, wie er diese in auf der Konferenz dargelegt habe. Da sein Referat in Hallsteins entscheidendem Runderlass vom 16. Januar 1956 als Argumentationshilfe an alle westdeutschen Auslandsvertretungen versendet wird, kann angenommen werden, dass diese Formeln in den deutschen Auslandsvertretungen aktiv rezipiert und gegebenenfalls sogar direkt zitiert worden sind. Konsequenterweise stützen sich die nachfolgenden Ausführungen auf Grewes Aufzeichnungen, wobei auf eine juristischen Maßstäben entsprechende Darlegung zugunsten der historisch-kritischen Schilderung und Einordnung verzichtet wird.<sup>35</sup> Zunächst verweist Grewe auf die bereits thematisierte verfassungsrechtliche Selbstverpflichtung der Bundesrepublik zum Einheitsstreben, wobei eine Anerkennung der Spaltung Deutschlands, wie sie die Regierung Brandt/Scheel ein knappes Jahrzehnt später als vorübergehende Notwendigkeit betrachtet, als klarer Wi-

---

<sup>32</sup> END, 1973 S.34 ff.

<sup>33</sup> GREWE, 1960, S.162.

<sup>34</sup> KILIAN, 2001, S.22.; *Runderlass Hallsteins vom 16. Januar 1956*. In: PA/AA B2 Bd.92.

<sup>35</sup> Insbesondere: GREWE, 1979, S.741 sowie GREWE, 1960, S.138 ff.; *Referat Wilhelm Grewes vom 8. Dezember 1956*. In: PA/AA B2 Bd.92.

derspruch begriffen wird. Auf Basis der so genannten „Kernstaattheorie“, wonach das Deutsche Reich nach der Kapitulation und der alliierten Besetzung „ein Staat mit eigenen Staatsangehörigen und ein Rechtssubjekt“<sup>36</sup> geblieben sei, beansprucht die Bundesrepublik dessen Fortsetzung unter Verweis auf historische wie staatsrechtliche Kontinuitäten. Der DDR wird dagegen die Staatsqualität unter Hinweis auf die Missachtung des Selbstbestimmungsrechts abgesprochen: Beim ostdeutschen Regime handele es um ein „von der sowjetischen Besatzungsmacht gestützter und gesteuerter Befehlsapparat“<sup>37</sup> ohne Rückhalt in der Bevölkerung und angewiesen auf die sowjetische Militärpräsenz, wohingegen die westdeutsche Regierungsgewalt aus freien Wahlen hervorgegangen und diesen beständig unterworfen sei. Damit erhebt Grewe neben den gängigen und wenig umstrittenen Kriterien staatlicher Qualität wie Gebiet, Bevölkerung und Herrschaftsgewalt die demokratische Legitimation zum entscheidenden Faktor der Staatsbildung.<sup>38</sup> Dönhoff erklärt in DIE ZEIT, man leugne nicht die Existenz des anderen Staates, wohl aber die „Rechtmäßigkeit seiner Regierung.“<sup>39</sup> Dazu ist zu bemerken, dass die Bundesrepublik bei konsequenter Befolgung dieses Grundsatzes nicht nur keine Beziehungen zu einer ganzen Reihe von Entwicklungsländern hätte aufnehmen dürfen, sondern dass nach dieser Definition generell mit autoritären Systemen und Staaten wie Russland, Spanien oder Portugals kein Botschafteraustausch hätte stattfinden dürfen. Grewe ist sich dieser Problematiken durchaus bewusst und bezeichnet, vermutlich um derartigen Argumentationen vorzubeugen, die Reduzierung der Hallstein-Doktrin auf ein „juristisches Prinzip“ für falsch: Sie sei vielmehr eine „politische Maxime.“<sup>40</sup> Zementiert und gleichsam expandiert wird dieser durch den Grundsatz der Pariser Verträge, in denen sich alle NATO-Staaten zur Nicht-Anerkennung der DDR verpflichten.<sup>41</sup> Nach Auffassung der Bundesregierung erkennen Staaten, die diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik pflegen oder anstreben, den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch gleichermaßen implizit

---

<sup>36</sup> *Erste Hamburger Tagung der Deutschen Völkerrechtler vom 16./17. April 1947.* In: DzD 1964, S.12.

<sup>37</sup> So unterliege das Politbüro der SED der „weitgehenden Weisungs- und Kontrollbefugnissen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und ihrer Zentralorgane.“ Vgl. GREWE, 1960, S.145.

<sup>38</sup> GREWE, 1960, S.142.

<sup>39</sup> *Leitartikel von M. Gräfin Dönhoff: Deutsches Dilemma.* In: *Die Zeit* Nr.11 vom 12. März 1965. In: DzD 1965, S.273.

<sup>40</sup> So muss auch GREWE konstatieren: „Da es in der heutigen Staatenwelt zahlreiche anerkannte Staaten gibt, deren Regierungen einer demokratischen Legitimierung entbehren, ist es auch unwahrscheinlich, daß auch diese Doktrin als Rechtssatz durchsetzen wird.“ Vgl. GREWE, 1960, S.142 f. sowie 162.

<sup>41</sup> „Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands betrachten die Regierungen die Regierung der Bundesrepublik als die einzige frei und gesetzlich konstituierte deutsche Regierung, die infolgedessen das Recht hat, in internationalen Angelegenheiten als Vertreter für Deutschland zu sprechen.“ Vgl. GREWE, 1960, S.139.



an. Außerdem bedeute eine Anerkennung der DDR „politisch und psychologisch die Anerkennung der Teilung Deutschlands.“<sup>42</sup> Um den Widerstand im östlichen Teil Deutschlands moralisch zu stärken, sei es signifikant, weltweit das „Bewusstsein für die Anomalie der Teilung“ im In- und Ausland aufrechtzuerhalten.

Das Ausbleiben globaler Anerkennung, auch durch die „nichtpaktgebundene Welt“<sup>43</sup> der Entwicklungsländer, werde die Konsolidierung des unerwünschten Systems untergraben, so eine geheime Aufzeichnung des Referats II im Auswärtigen Amts vom Juli 1963. Eine der Hauptaufgaben der jeweiligen Auslandsvertretungen vor Ort sei daher „die Bekämpfung der sowjetzonalen Politik einer internationalen Aufwertung Pankows“, die nach interner Einschätzung mit „viel Energie und Zähigkeit“ verfolgt werde: „Die Zone muß im Zustand der politischen Quarantäne verbleiben“, so die Hauptforderung des Papiers. Diese Argumentation wird über viele Jahre hinweg auch öffentlich artikuliert und aktualisiert: So erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Erler auf dem Flüchtlingskongress der SPD in Sindelfingen am 7. März 1964, man dürfe im Ausland keinesfalls durch unbedachte Äußerungen den Eindruck erwecken, „daß die Deutschen sich mit der Teilung ihres Landes abgefunden hätten.“<sup>44</sup> DIE WELT vergleicht den Versuch, einen zweiten deutschen Staat zu etablieren, mit den separatistischen Bewegungen während der Weimarer Republik und spricht sogar von „Vaterlandsverrat.“<sup>45</sup> Sei die DDR erst international anerkannt, könne sie sich außerdem angesichts der Bonner Forderungen nach freien Wahlen auf völkerrechtliche Schutznormen, wie das Gebot der Nicht-Einmischung berufen, so Grewe.<sup>46</sup> Die „Hallstein-Doktrin“ verfolge demnach das Defensivziel, „das politische Gewicht der DDR zu verringern“<sup>47</sup> sowie das Offensivziel, das politische Gewicht der Bundesrepublik als „Sprecher des gesamten deutschen Volkes“ zu erhöhen. Auch betont das beigelegte Referat Freiherr von Lupins, eine „Handelsoffensive des Ostblocks“<sup>48</sup> könne die bisherige „Domäne der westliche Welt“ gegenüber den „unentwickelten Ländern“ gefährden, womit zumindest die Entwicklungsländer explizit

---

<sup>42</sup> GREWE, 1979, S.741.

<sup>43</sup> Ergebnis sei, „daß die Skepsis der Deutschen in der SBZ gegenüber den Erfolgchancen des Regimes weiterhin vorherrschend sind.“ Vgl. *Aufzeichnung des Referats II 1 vom 27. Juni 1963*. In: AAPD 1963 Dok.251, S.830 f.

<sup>44</sup> *Aus der Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der SPD, Erler, auf dem Flüchtlingskongress der SPD in Sindelfingen am 7. März 1964*. In: DzD 1964, S.333.

<sup>45</sup> *Der Kampf um die Fahne*. In: DIE WELT, 7. November 1959, S.1.

<sup>46</sup> GREWE, 1960, S.152.

<sup>47</sup> GREWE, 1979, S.741.; Ähnlich auch Schröder, der äußerte, es müsse verhindert werden, dass „Pankow mehr und mehr, etwa auf der internationalen Szenerie in Erscheinung trete.“ Vgl. AdG 1963, 10889 A.

<sup>48</sup> *Referat des Freiherrn von Lupin bei der Botschafterkonferenz vom 8.-10. Dezember 1955*. In: PA/AA B2 92.

benannt werden. Entsprechend fordert Außenminister Schröder später immer wieder öffentlich, alle wirtschaftlichen Kräfte aufzuwenden, um einen Einflussverlust Bonns infolge der flächendeckenden Anerkennung der DDR zu verhindern.<sup>49</sup> Diese Aussage öffnet auch Räume für die so genannte „Entwicklungshilfe“ als eines dieser Instrumente, ohne dass diese explizit genannt würde. Nach BRZENZINSKI besitzt die Bundesregierung eine beinahe autonome Entscheidungsgewalt in Bezug auf die potentielle Normalisierung der internationalen Beziehungen Ostdeutschlands: Vollziehe Bonn diesen diplomatischen Akt mit der DDR, würden die übrigen Staaten der Welt der „deutschen Führung“<sup>50</sup> folgen. Allerdings ist innerhalb der Bundesrepublik umstritten, ob der betont provisorische Charakter der Bundesrepublik die Glaubwürdigkeit des Alleinvertretungsanspruchs erschwere, was im Gegensatz zu dessen eigentlicher Ausrichtung stehe. So kritisiert Bundestagspräsident Gerstenmaier gegenüber dem SPIEGEL, diese „Inkonsequenz“<sup>51</sup> der Gründerväter sei zumindest mitverantwortlich für den ständigen Rechtfertigungszwang als einziger legitimer Vertreter im Ausland wahrgenommen zu werden: Er persönlich hätte ein „Definitivum“ bevorzugt. DIE WELT kommentiert dagegen, die Bundesrepublik werde im Ausland in der Regel zwar als „dauerhaftes politisches Gebilde“<sup>52</sup> begriffen, aber gerade dies wirke sich negativ auf das Verständnis für das Einheitsstreben aus. Grewe bezeichnet die Doktrin trotz all dieser Schwierigkeiten explizit als „Waffe“<sup>53</sup> der westdeutschen Wiedervereinigungspolitik. Er konstatiert, dass Verhandlungen zwischen zwei völkerrechtlich gleichberechtigten deutschen Staaten nie zur Einheit führen würden, „da nicht erwartet werden könne, daß der eine Verhandlungspartner einer Lösung zustimmt, die seinem politischen Selbstmord gleichkommt.“ Daher sei der diplomatische Durchbruch Ostberlins mit Hilfe der Doktrin zu verhindern oder zumindest so lange wie möglich zu erschweren. Ähnlich charakterisiert Gerstenmaier im SPIEGEL-Gespräch anlässlich der Kairo-Krise im März 1965, die Hallstein-Doktrin als ein „politisches Instrument im Dienst der Wiedervereinigung. Kein perfektes Instrument, aber eines der besten, die wir einstweilen haben.“<sup>54</sup> Das Problem sei weniger die „Hallstein-Doktrin“, sondern ihre „zögernde Anwendung“<sup>55</sup>, bilanziert zeitgleich DIE WELT.

---

<sup>49</sup> *Aus der Rede des Bundesministers Schröder auf dem 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover am 16. März 1964.* In: DzD 1964, S.423.

<sup>50</sup> *Artikel von T. Brzenzinski: Mit kleinen Schritten zur ewigen Teilung? Vom 16. Dezember 1964.* In: Die Welt, 16. Dezember 1964, In: DzD 1964, S.1226.

<sup>51</sup> *„Wir leben ständig in der Gefahr der Erpressung.“* In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.37.

<sup>52</sup> *Niemand spricht mehr vom Land der Dichter und Denker.* In: DIE WELT, 8. September 1960, S.3.

<sup>53</sup> GREWE, 1979, S.741.

<sup>54</sup> *„Wir leben ständig in der Gefahr der Erpressung.“* In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.37.

<sup>55</sup> *Der Besuch in Kairo.* In: DIE WELT, 24. Februar 1965, S.3.

Im unmittelbaren Begründungszusammenhang der „Hallstein-Doktrin“ wird kein Zusammenhang zur „Entwicklungshilfe“ konstruiert. Allerdings wird die Bedeutung der Anerkennung der DDR im Ausland, auch explizit in den Entwicklungsländern, zumindest als Teil der allgemeinen Problemstellung erkannt, wobei allerdings hinzugefügt werden muss, dass dies systematisch erst Anfang der sechziger Jahre geschieht. Dass dabei auch wirtschaftliche Mittel eine Rolle spielen könnten, wird öffentlich thematisiert, ohne dass die „Entwicklungshilfe“ dabei explizit genannt wird.

### 2.3 DIE „SPIELARTEN DES DRUCKS“: ETAPPEN UND INSTRUMENTE

Wie genau die Bundesregierung im Fall der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch ein Drittland reagieren würde, bleibt in Adenauers wegweisender Regierungserklärung vom September 1955 noch offen. Außenminister von Brentano präzisiert rund ein Jahr später, allerdings noch wenig spezifisch, man werde die Beziehungen zu dem entsprechenden Staat „einer Überprüfung unterziehen.“<sup>56</sup> Ebenso unklar erscheint, welche Ereignisse und Verfahren neben dem Austausch diplomatischer Vertreter als völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch einen Drittstaat zu interpretieren sind. „Eindeutig“<sup>57</sup> als Anerkennung zu werten sind nach Grewe die Einrichtung konsularischer Beziehungen unter Erteilung des Exequatur oder der Abschluss eines bilateralen Regierungsvertrags, der nicht explizit die Anerkennung ausschließt.<sup>58</sup> In Folge der offenbar auch in der westdeutschen Öffentlichkeit vorherrschenden Unklarheiten, sieht sich DIE WELT im Zuge der Nahostkrise 1965 veranlasst, ihre Leserschaft über die terminologischen und politischen Nuancen der Anerkennungsfragen aufzuklären. Unter der Überschrift „Aus dem Wörterbuch der Diplomaten“<sup>59</sup> differenziert der Artikel die Abstufungen zwischen Konsulat, Generalkonsulat und Botschaft und geht auch auf das umstrittene Exequatur ein, das als eine „Art Schmerzgrenze“<sup>60</sup> für Bonn be-

---

<sup>56</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTER. 155. Sitzung am 28. Juni 1956, S.8422 A.

<sup>57</sup> GREWE, 1960, S.148.

<sup>58</sup> Ein Konsulat ist im Gegensatz zu Botschaft nicht die Vertretung der Regierung, sondern der Verwaltung eines Staates. Es werden hauptsächlich wirtschaftliche Interessen vertreten. Zu den konsularischen Aufgaben gehören u.a. Passausgabe, Bearbeitung von Visumsanträgen und Hilfe für eigene Staatsangehörige vor Ort. Vgl. „Konsul“ In: WÖRTERBUCH ZUR POLITIK, 2004, S.381.

<sup>59</sup> *Aus dem Wörterbuch der Diplomaten*. In: DIE WELT, 25. März 1965, S.2.

<sup>60</sup> Er spricht auch vom politischen „Persilschein“ gegenüber der Bundesregierung. Vgl. KILIAN, 2001, S.116.

## Aus dem Wörterbuch der Diplomaten

Vom Exequatur bis zum Agrément — Nur Botschaften verbürgen volle diplomatische Beziehungen

Von unserem Korrespondenten

tra. Bonn, 24. März

Was bedeutet Exequatur, was heißt Exterritorialität, was ist eine *de facto*- und was eine *de jure*-Anerkennung? Was sind die Aufgaben, Pflichten und Rechte eines Botschafters, welche Privilegien genießt ein Konsul und auf welcher Rangstufe steht innerhalb der Skala der vielfältigen internationalen Kontaktmöglichkeiten eine Handelsvertretung? Diese Fragen tauchen seit der Nahost-Krise immer häufiger auf.

Botschaften allein verbürgen noch wie vor mit wenigen Ausnahmen volle diplomatische Beziehungen zwischen zwei Staaten. Der Botschafter ist beim jeweiligen Staatsoberhaupt akkreditiert. Er stellt die politischen Beziehungen her, den Verkehr zwischen Regierung und Regierung, er allein oder sein Vertreter wird beim Außenminister oder Regierungschef vorstellt, protestiert und überreicht Noten. Eine seiner Hauptaufgaben besteht in der politischen Berichterstattung an das Auswärtige Amt in der Heimat.

Botschafter genießen Exterritorialität, die jede Behinderung der diplomatischen Tätigkeit durch Eingriffe der

Polizei des Gastlandes ausschließen soll. Nicht nur der Missionar, auch seine Familie, seine Mitarbeiter und deren Familien gelten als exterritorial. Die Unantastbarkeit erstreckt sich auch auf die Wohngebäude. Diplomaten sind vor jeder Verhaftung oder Festnahme sicher. Zu den diplomatischen Privilegien gehört auch die Befreiung von Steuern und Zöllen.

Gesandtschaften sind aus der Mode gekommen. Die Bundesrepublik ist lediglich noch in Port-au-Prince auf Haiti durch einen Gesandten vertreten. Nach dem Wiener Reglement von 19. März 1815 sollten die Staaten sich in kleineren Ländern durch Gesandte vertreten lassen, nur die Großmächte Botschafter auszusenden. Längst sind aber auch kleinere Staaten dazu übergegangen, ihre Gesandtschaften in Botschaften umzuwandeln. Aufgaben, Pflichten und Rechte des Gesandten unterscheiden sich in keiner Weise von denen eines Botschafters.

Konsulate sind nach dem noch heute im wesentlichen gültigen Konsulargesetz des Norddeutschen Bundes aus dem Jahre 1867 berufen, die Handels-, Verkehrs- und Schifffahrtsinteressen der

Bundesrepublik wahrzunehmen und zugleich einzelnen deutschen Staatsangehörigen Rat und Beistand zu gewähren. Sie leisten Rechtshilfe bei Verhaftungen und unterstützen hilfsbedürftige Bürger ihres Landes im Ausland. Vor allem sind sie zur Erzielung von Pässen und Sichtvermerken betugt.

Ein Konsul kann Ehen schließen, Geburten und Sterbefälle beurkunden, Testamente vollstrecken und Erbschaftsverträge beglaubigen. Die deutschen Konsulate sind auch Musterungsbehörde für die Schiffe der Bundesmarine in ihrem jeweiligen Bezirk. Der Konsul übt Polizeigewalt über diese Schiffe aus.

Im Unterschied zum Botschafter gilt der Konsul nicht als exterritorial. Er genießt aber ähnliche steuer- und rechtliche Privilegien. Dagegen untersteht er der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaates. Wird vor Ernennung eines Botschafters das Agrément (Einverständnis) der fremden Regierung eingeholt, so bedarf es zur Bestallung eines Konsuls des Exequatur (er möge ausüben). Amtiert ein Konsul ohne Exequatur wie der Generalkonsul der Zone in Burma, so wird damit beson-

dere unterstrichen, daß die Aufnahme konsularischer Beziehungen auf keinen Fall eine internationale Anerkennung bedeutet, weder *de jure* (rechtlich) noch *de facto* (faktisch).

Generalkonsulate werden nur an besonders wichtigen Plätzen unterhalten. Ihre Stellung unterscheidet sich nicht von der der normalen Konsulate. Wahlkonsulate und Wahlviskonsulate hat die Bundesrepublik in etwa 160 Städten der Welt. Auch sie dienen in erster Linie der Förderung der Wirtschaftsbeziehungen und gewähren deutschen Staatsangehörigen Rechtsschutz. Wahlkonsule sind Ehrenämter auf Widerruf, sie können deutsche Staatsangehörige, aber auch Ausländer sein.

Handelsvertretungen werden gewöhnlich nur dort errichtet, wo ein Staat weder durch eine Botschaft noch durch Konsulate vertreten ist. So gibt es Handelsvertretungen der Bundesrepublik in Warschau, Sofia, Budapest, Bukarest und Helsinki. Da auch sie zur Ausübung ihrer Aufgaben gewisse Sonderrechte bedürfen, genießen sie wie die Botschaften und Konsulate das Kurier- und Chiffrierverrecht. Die deutsche Handelsvertretung in Helsinki übt auch konsularische Aufgaben aus. Die Handelsvertretung in Rumänien soll demnächst ähnliche Konsularrechte erhalten.

Abb.2: Aus dem Wörterbuch der Diplomaten. Aus: DIE WELT, 25. März, 1965, S.2.

zeichnet werden kann. Dagegen implizierten Handelsabkommen, der Austausch von Handelsvertretungen oder technische Kontakte unter „ausdrücklichem Vorbehalt der Anerkennung“ keine Anerkennung, so Grewe. Dazwischen existiere allerdings eine Grauzone mit konsularischen Beziehungen ohne Exequatur, dem Empfang staatlicher Handelsdelegationen auf Regierungsebene sowie der Teilhabe an multilateralen Verträgen und Konferenzen. Auch zahlreiche informelle Beziehungen auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene könnten von der Öffentlichkeit als stillschweigende, so genannte *de facto*-Anerkennung wahrgenommen werden, wobei der Interpretationsrahmen hier sehr weit gesteckt sei und von verschiedenen Akteuren unterschiedlich bewertet werden könne.<sup>61</sup> Allerdings warnt Grewe ausdrücklich vor dieser Deutung.<sup>62</sup> Diese Vorstufen und ihre partielle Intransparenz führen dazu, dass die DDR nach den anfänglich vergeblichen Bemühungen um diplomatische Beziehungen in den Folgejahren einen „Kampf um das Vorfeld“<sup>63</sup> beginnt. Angesichts des „wachsende[n] Fatalismus bezüglich der Möglichkeit, über den klassischen Weg diplomatischer Verhandlungen [...] die Wiedervereinigung zu erreichen“<sup>64</sup>, werden also andere Instrumentarien erwogen. Allerdings finden in der Denkschrift Grewes entwicklungspolitische Beziehungen und Kontakte noch keine explizite Erwähnung. Die später vorgenommene Untersuchung

<sup>61</sup> Grewe warnt vor der Verwendung des Begriffs „*de facto*-Anerkennung“ da dieser rechtlich nicht gültig und daher nicht wirksam sei. GREWE, 1960, S.147.

<sup>62</sup> GREWE, 1960, S.147.

<sup>63</sup> KILIAN, 2001, S.25.

<sup>64</sup> BODEMER, 1974, S.54.

der entwicklungspolitischen Praxis der DDR zeigen, dass entsprechende Angebote und Vereinbarungen meist durch Handelsdelegationen transportiert und getroffen werden, die, folgt man Grewes Argumentation, der „Grauzone“ staatlicher Anerkennung angehören: Somit setzt die DDR offenbar bewusst in dieser von Unklarheiten und Unsicherheiten geprägten Zone an. Die allgemeine Nicht-Erwähnung potentieller west- und ostdeutscher „Entwicklungshilfe“ im unmittelbaren Entstehungskontext der „Hallstein-Doktrin“ ist darauf zurückzuführen, dass das gesamte Politikfeld 1955 selbst im Westen noch „in den Kinderschuhen“ steckt: Die Bundesrepublik verabschiedet erst im Juli 1956, knapp neun Monate nach der Botschafterkonferenz, einen Antrag der SPD-Fraktion, der Haushaltsmittel in Höhe von 50 Millionen DM als „Förderungsmaßnahmen für unterentwickelte Länder“<sup>65</sup> vorsah. Nach einhelliger Meinung der Forschung gilt dies als Startschuss einer genuin westdeutschen Entwicklungspolitik. Bemerkenswert erscheint, dass schon in dieser ersten längeren Bundestagsausprache zur so genannten „Entwicklungshilfe“ mit dem Handlungsbedarf angesichts ostdeutscher Aktivitäten argumentiert wird. So betont der SPD-Abgeordnete Kreyszig, die Bundesrepublik müsse sich darum bemühen, in diesem Politikfeld „Boden zu gewinnen und eine gute Figur zu machen“:

„Ich sage das deshalb, weil wir [...] wissen, daß die Deutsche Demokratische Republik durch ihre Vertreter sehr aktiv und nachhaltig arbeitet, und es unseres Erachtens höchste Zeit wird, diesen Ländern zum Bewusstsein zu bringen, daß es Deutsche gibt, die in der Bundesrepublik wohnen und, glaube ich, mehr Anspruch haben, Deutschland in diesen Ländern zu vertreten.“<sup>66</sup>

In der DDR ist man zu diesem Zeitpunkt zwar bereits um das Wohlwollen der Entwicklungsländer bemüht, doch geschieht dies bis dahin eher durch Vertreter der Handels- und Kulturpolitik, weshalb die Möglichkeit entwicklungspolitischer Kontakte zwischen der DDR und Drittländern in den Erwägungen Grewes nicht auftauchen. Allerdings wird die „Entwicklungshilfe“ wenige Jahre später durch das Auswärtige Amt explizit zum Instrument der „Hallstein-Doktrin“ erklärt: Ein konkretes Abstufungsprogramm findet sich paradigmatisch im so genannten „Mobilmachungs-Plan“<sup>67</sup> vom 17. Juli 1964, der von der Abteilung II des Auswärtigen Amts auf Weisung von Bundesaußenminister Schröder erarbeitet wurde und dessen unterschiedliche Stadien nach Grewe als „Spielarten des Drucks“<sup>68</sup> bezeichnet werden

---

<sup>65</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 150. Sitzung am 20. Juni 1956, S.8005 D.

<sup>66</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 138. Sitzung am 23. März 1956, S.7130 C.

<sup>67</sup> Diese und ff.: *Aufzeichnung der Politischen Abteilung II vom 17. Juli 1964*. In: AAPD 1964 Dok.202, S.856 ff.

<sup>68</sup> GREWE unterscheidet diplomatischen, wirtschaftlichen und finanziellen sowie „propagandistischen Druck.“ Vgl. GREWE, 1965, S.25 ff.

können. Solche Etappen hatte er auf der Botschafterkonferenz 1955 noch nicht ausgeführt, sondern lediglich die Notwendigkeit einer flexiblen Reaktion betont. Diese anlässlich der bevorstehenden Kairoer Blockfreien Konferenz erarbeitete Denkschrift des Auswärtigen Amtes beschäftigt sich mit den möglichen Reaktionen der Bundesregierung auf sich verdichtende Beziehungen zwischen der DDR und Drittländern und entwickelt praktische Handlungsanweisungen. Als Kontaktformen gelten neben amtlichen Kontakten, die von Handelsvertretungen über die Höherstufung bisher bestehender Vertretungen bis zur Errichtung einer Botschaft reichen, auch Besuchsreisen und Glückwunschartikeln sowie öffentliche Erklärungen. Als mögliche „Gegenmaßnahmen“ werden sanktionäre politische sowie wirtschaftliche Maßnahmen, aber auch „positive Interventionen“ aufgeführt. Zu den ersten beiden gehören öffentliche Erklärungen, die Abberufung des Auslandsvertreters, der Abbruch der diplomatischen und konsularischen Beziehungen sowie die Einstellung von „Entwicklungshilfe“ oder der Handelsbeziehungen. Als positiv verstärkende Maßnahmen werden konkret die „Gewährung von Entwicklungshilfe“, Besuchsreisen führender Vertreter der Bundesrepublik sowie die „besondere Pflege der Beziehungen zu dritten Ländern unter besonderer Berücksichtigung der politischen Gesichtspunkte, die für diese von Bedeutung sind“, subsumiert. Zwar wird betont, dass kein „schematisches Vorgehen“ für jeden Einzelfall vorgegeben werden könne, da die Ausgangslage in allen Ländern unterschiedlich sei und dass der „Mob.-Plan“ auch nicht für den Falle eines „Anerkennungs-,Erdrutsches“ konstruiert worden sei. Allerdings werden darauffolgend Handlungsempfehlungen für folgende „Hauptfälle“ konstruiert:

Sollte kein Kontaktausbau zur DDR zu erwarten sein, solle die Bundesregierung diese Haltung durch enge Kontakte und Aufklärung über den eigenen deutschlandpolitischen Standpunkt, beispielsweise in Form von Erklärungen und Gesprächen, bestärken. Sollten erste Anzeichen für den Ausbau der Kontakte zur DDR bestehen, empfiehlt das Strategiepapier explizit „größere Wirtschaftshilfe“<sup>69</sup> oder die „Entsendung von Persönlichkeiten“, wie Bundespräsident oder -minister. Im Falle einer zu erwartenden „Aufwertung der Zone“ wird je nach Fall unterschieden: Bei der Einrichtung von Handelsvertretungen könnte im Vorfeld der in Bonn akkreditierte Vertreter des Drittlands in das Auswärtige Amt zitiert und entsprechende Demarchen an die Auslandsvertretungen gesendet werden. Sollte die entsprechende

---

<sup>69</sup> *Aufzeichnung der Politischen Abteilung II vom 17. Juli 1964.* In: AAPD 1964 Dok.202, S.859.

Vertretung dennoch eröffnet werden, wird empfohlen, den westdeutschen Botschafter zeitweise nach Bonn zu berufen und eine Erklärung zur „Nicht-Anerkennung“ der DDR vom Drittland einzufordern. Bei der Ankündigung einer konsularischen Vertretung solle die „Reduzierung oder Einstellung unserer Wirtschaftshilfe“ und der Handelsbeziehungen sowie die Unterstützung politischer Gegner des Drittlands angedroht werden. Im Falle der Herstellung konsularischer oder diplomatischer Beziehungen empfiehlt das Auswärtige Amt, diese Drohungen wahr zu machen und außerdem die diplomatischen Beziehungen zum jeweiligen Land zu prüfen. Die stärkste Sanktion stellt der Abbruch der diplomatischen Beziehungen dar, der mit allen übrigen Maßnahmen verbunden werden könne und der 1957 gegenüber Jugoslawien und 1963 gegenüber Kuba tatsächlich vollzogen worden ist.<sup>70</sup> Dieser in militärischer Manier als „Mobilmachungs-Plan“ bezeichnete Maßnahmenkatalog stellt die als „Wirtschaftshilfe“ bezeichnete entwicklungspolitische Förderung ausdrücklich in den Dienst der „Hallstein-Doktrin“ und fordert konkret die stärkere präventive Ausprägung dieses Instrumentariums, um den „good will“ der Entwicklungsländer gegenüber dem westdeutschen Alleinvertretungsanspruch zu sichern. Allerdings ist zu konstatieren, dass dieser Maßnahmenkatalog erst 1964, also rund drei Jahre nach Gründung eines eigenen Bundesministeriums für „Entwicklungshilfe“ und beinahe zehn Jahre nach der ersten Verkündung der „Hallstein-Doktrin“ entsteht. Offensichtlich wird damit das erst ab Ende der Fünfziger entstehende und ab Anfang der Sechziger institutionalisierte Politikfeld durch die bewusst flexibel formulierte „Hallstein-Doktrin“ vereinnahmt und in Form gegossen, was bereits erprobte politische Praxis ist. Staatssekretär Lahr glaubt, deren Schlagkraft sei ganz maßgeblich dem Umstand zu verdanken, „daß die ‚Entwicklungsländer‘ bei einer Anerkennung der SBZ den Wegfall der Entwicklungshilfe fürchten müssen.“<sup>71</sup> KILIAN interpretiert die grundsätzliche Dynamik und Flexibilität als wesentliche Ursache des langanhaltenden „Erfolgs“<sup>72</sup> der Doktrin. Dazu kann ergänzt werden, dass die im Rahmen der Doktrin zu ergreifenden Maßnahmen offen für sich verändernde politische Gegebenheiten sind und somit einem stetigen Erweiterungs- und Anpassungsprozess unterliegen.

So lässt sich feststellen, dass ein konkreter Maßnahmenkatalog der „Hallstein-Doktrin“ erst 1964 durch den „Mobilmachungsplan“ des Auswärtigen Amtes formuliert wird, in der auch

---

<sup>70</sup> Mit Belgrad werden, im Gegensatz zu Kuba, die Handelsbeziehungen aufrechterhalten. In Havanna nimmt Frankreich die Interessen der BRD wahr. Vgl. BOOZ, 1995, S.47.

<sup>71</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 18. Juli 1962.* In: AAPD 1962 Dok.292, S.1302.

<sup>72</sup> Er argumentiert primär damit, dass Drittstaaten in Bezug auf die zu erwartenden Maßnahmen in der Schwebe gehalten worden seien. Vgl. KILIAN, 2001, S.30.

die „Entwicklungshilfe“ als präventiv-belohnendes, aber auch sanktionär-bestrafendes Mittel implementiert wird. Dies scheint der bereits vom Architekten Grewe als gefährdete „Grauzone“ der Anerkennung herausgestellten Kontakte auf handels- und kulturpolitischer Basis geschuldet zu sein, die beide deutsche Staaten durch das sich dafür anbietende Feld der Entwicklungspolitik zu nutzen.

## 2.4 DIE GEFAHR DER „ÜBERDEHNUNG“: GRENZEN UND KRITIK

Im Folgenden soll exemplarisch die zeitgenössisch vorgebrachte Kritik an der „Hallstein-Doktrin“ aufgezeigt werden, die innerhalb der Bundesrepublik vorgebracht wird, bevor in einem weiteren Schritt auf die Haltung der DDR eingegangen wird. Im Mittelpunkt soll auch hier die deutsch-deutsche Bewertung der „Entwicklungshilfe“ als eines ihrer Instrumente stehen. Schon ihr Architekt Grewe warnt vor einer „Überdehnung“<sup>73</sup>, bei der „jede Form der bloßen Berührung mit der DDR zu einer Frage der Anerkennung oder Nicht-Anerkennung“<sup>74</sup> gemacht werde. Rückblickend kritisiert er, gerade dies sei häufig missachtet und mit „Kanonen auf Spatzen“<sup>75</sup> geschossen worden. So könnten Wirtschafts-, Kultur- und Sportbeziehungen, wie sie die Bundesrepublik selbst zur DDR pflege, anderen Staaten nicht versagt bleiben, da man von diesen unmöglich eine härtere Haltung einfordern könne, als man selbst vertrete. Die innerdeutschen Kontakte, beispielsweise im Zuge des so genannten „Interzonenhandels“, gefährden ohnehin die Glaubwürdigkeit des Alleinvertretungsanspruchs im Ausland.<sup>76</sup> Grewe warnt darüber hinaus davor, eine völlige Isolation der DDR herbeiführen zu wollen: Dies sei gegenüber „den Einwohnern der Ostzone [...] nicht zu verantworten.“<sup>77</sup> Die Teilnahme der DDR an multilateralen Verträgen im technischen Bereich (beispielsweise Seenotfunk, Eisenbahnverkehr) durch Sachverständige *ad personam*, also durch nicht-staatliche Vertreter, sei aus pragmatischen Gründen ebenfalls zu dulden: Denn das Prinzip der Nicht-Anerkennung ändere nichts „an der Tatsache, daß mitten in Europa ein großes Territorium mit 17 Millionen Einwohnern existiert, das wirtschaftlich für viele andere Länder interessant ist, das verkehrspolitisch für manche Länder sogar mehr als interessant, nämlich für den Transitverkehr geradezu unentbehrlich ist.“<sup>78</sup>

---

<sup>73</sup> GREWE, 1979, S.253.

<sup>74</sup> Er meint damit beispielsweise Sport- und Kulturbeziehungen. Vgl. GREWE, 1979, S.742.

<sup>75</sup> KILIAN, 2001, S.374.

<sup>76</sup> END, 1973, S.36.

<sup>77</sup> GREWE, 1979, S.742.

<sup>78</sup> GREWE, 1960, S.142.



DER SPIEGEL spricht sogar von einer „Blechschild-Doktrin“<sup>79</sup> und einer „unbegreifliche[n] Selbstbeschneidung“, der „der diplomatischen Erpressung Vorschub“ leiste. Auch in der späteren Forschung wird diese Position vertreten, wenn SCHOELLGEN betont, die Doktrin habe die gesamte Bonner Außenpolitik der früheren Nachkriegszeit gelähmt und blockiert und BODEMER die diplomatische Selbstisolierung Bonns kritisiert.<sup>80</sup>

Einen zweiten Streitpunkt stellen der Sanktionsmechanismus und sein potentieller Automatismus dar. Grewe betont bereits auf der Botschafterkonferenz 1955, Bonn müsse stets flexibel reagieren, um den nationalen Interessen nicht nachhaltig zu schaden und die eigene Handlungsfähigkeit zu erhalten. Dieser Vorsatz wird regelmäßig von den politischen Akteuren aktualisiert: So betont Gerstenmaier anlässlich der Kairokrise 1965, die Doktrin dürfe „kein Glaubenssatz eines Christen“<sup>81</sup> sein und auch Dönhoff warnt vor der „Erstarrung der Doktrin zum Dogma.“<sup>82</sup> So glaubt Willy Brandt rückblickend, die Doktrin sei beinahe „westdeutsche Beihilfe zum Alleinvertretungsrecht Ulbrichts“<sup>83</sup> gewesen und sei „recht undifferenziert“<sup>84</sup> angewendet worden. Allerdings beweist besonders der „Mobilmachungsplan“ des Auswärtigen Amts 1964, dass die öffentlich zwar permanent abgelehnten Automatismen intern durchaus entwickelt und diskutiert werden. Karl Carstens lobt sogar deren unentbehrliche Orientierungs- und Handlungsfunktion „wenn plötzlich alles ins Wanken gerät“<sup>85</sup> und gibt einer solchen Außenpolitik den Vorzug vor einem Verhalten, „das in einer unsystematischen Prüfung der jeweiligen Lage und einem Handeln nach einem angeblichen jeweiligen Interesse besteht.“

Einen dritten Grenzfall bilden die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, der im Rahmen der so genannten „Geburtsfehlertheorie“<sup>86</sup> behandelt wird: So pflegt Bonn mit diesen zunächst keine diplomatischen Beziehungen, da diese die DDR anerkennen und im Gegensatz zu Moskau auch nicht zur Überwindung der deutschen Spaltung beitragen könnten, so die westdeutsche Sichtweise. In den frühen Sechzigern setzt sich in Teilen der CDU und FDP die Überzeugung durch, dass die osteuropäischen Länder „durch ihre Zwangszugehörigkeit zum sowjetischen Imperium“<sup>87</sup> gar keine andere Wahl gehabt hätten, als die DDR

---

<sup>79</sup> *Die Blechschild-Doktrin*. In: DER SPIEGEL Nr.13/1960, S.18.

<sup>80</sup> SCHOELLGEN, 2004, S.84.; BODEMER, 1974, S.131.

<sup>81</sup> „Wir leben ständig in der Gefahr der Erpressung.“ In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.34.

<sup>82</sup> „Erstarrung der Doktrin zum Dogma“. In: DIE ZEIT am 5.2.1965.

<sup>83</sup> *Hallstein-Doktrin: Durchlöcherter Anspruch*. In: DER SPIEGEL Nr.17/1970, S.31.

<sup>84</sup> *Rede des Bundesaußenministers Brandt am 20. Mai 1969*. In: DEUTSCHE GESCHICHTE 1962-1983. Bd.I, S.225.

<sup>85</sup> CARSTENS, 1971, S.21.

<sup>86</sup> GREWE, 1979, S.252.

<sup>87</sup> *Gute Hoffnung*. In: DER SPIEGEL Nr.16/1965, S.40.

anzuerkennen und dass diese infolgedessen von der „Hallstein-Doktrin“ auszunehmen seien. So sei besonders die Annäherung an Polen infolge der Verbrechen des Nationalsozialismus eine „eminente politische Aufgabe“<sup>88</sup>, betont Erich Mende. Für Marion Dönhoff verhindert diese Praxis eine aktive Ostpolitik, was Grewe wenig glaubhaft bestreitet.<sup>89</sup> Als „Zwischenlösung“ werden ab 1963 westdeutsche Handelsmissionen in Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien eingerichtet, bevor 1967 die „Geburtsfehlertheorie“<sup>90</sup> erstmals wirklich zum Einsatz gelangt und diplomatische Beziehungen mit Bukarest aufgenommen werden.

Ein vierter Kritikpunkt sind die zunehmenden Verflechtungen zwischen Wirtschafts- und Außenpolitik, die die Inanspruchnahme ökonomischer Druckmechanismen durch die Doktrin mit sich bringt. So karikiert DIE WELT anlässlich der Kairo-Krise den deutschen Michel am Steuer der schwerfälligen und durch den Stander als Diplomatenwagen ausgewiesenen „Hallstein-Limousine“, die zwischen diesen beiden Pfeilern droht ins Schleudern zu geraten. Die Gefahr durch (General-)Konsulate und Handelsmissionen langfristig unterlaufen zu werden, ist insbesondere in den sechziger Jahren stets präsent. In diesem Kontext wird kritisiert, die Differenzierung wirtschaftlicher und politischer Kontakte erscheine infolge der staatlichen Handelspolitik der DDR paradox und stelle den eigentlichen Schwachpunkt der Doktrin dar.<sup>91</sup> Dazu ist zu konstatieren, dass „Entwicklungshilfe“ das Konfliktpotential durch das ihr genuine „Zwitterwesen“ wirtschaftlicher und politischer Kooperation weiter ansteigen lässt. Zuletzt wird die grundsätzliche Ausrichtung der „Hallstein-Doktrin“ als, wie Grewe selbst einen FAZ-Artikel ironisch zitiert, „Lederjackendiplomatie“<sup>92</sup> kritisiert, mit der man im Ausland Empörung erzeuge. Gerstenmeier erinnert allerdings daran, dass es angesichts der deutschen



**Achtung, Schneeglätte!**

Zeichnung: Eicha (Copyright DIE WELT)

Abb.3: Achtung, Schneeglätte!  
Aus: DIE WELT, 2. März 1965, S.2.

<sup>88</sup> *Vizekanzler Mende am 30. November 1963*. In: DzD 1964, S.201.

<sup>89</sup> „Erstarrung der Doktrin zum Dogma“. In: DIE ZEIT am 5.2.1965; dagegen GREWE: „Die Hallstein-Doktrin hatte ja nichts mit Antikommunismus und ostpolitischer Passivität zu tun.“ Vgl. GREWE, 1979, S.263.

<sup>90</sup> LAPPENKÜPER, 2008, S.23.

<sup>91</sup> KILIAN, 2001, S.36.

<sup>92</sup> GREWE, 1979, S.258 in Anspielung auf Jürgen Tern. In: FAZ, 19. Oktober 1957.

Teilung nicht das Hauptziel der Bonner Außenpolitik sein könne, „*everybody's Darling*“<sup>93</sup> zu sein. Interne Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes belegen, dass man keinen „anderen Weg zur Isolierung Pankows“<sup>94</sup> kenne und verweist auf die Erfolge dieser Taktik. Generell zeigt sich, dass sich die Kritik meist auf die als problematisch betrachtete Verflechtung von Wirtschafts- und Außenpolitik bezieht und dabei einen Konnex zur „Entwicklungshilfe“ aufweist, da dieses Politikfeld eben diese Aspekte vereint. Allerdings sind die Meinungen darüber geteilt, ob die „Entwicklungshilfe“ die Schlagkraft der Doktrin erhöhe oder durch die Gefahr der Unterlaufung schwäche. DIE WELT kommentiert 1965 recht positivistisch, dass die „Hallstein-Doktrin“ durch die „Dosierungsmöglichkeiten der Entwicklungshilfe zu einem nuancenreicheren Instrumentarium geworden“<sup>95</sup> sei. In der Forschung wird auch die gegensätzliche Position vertreten, wenn beispielsweise REICHARDT behauptet, die „Hallstein-Doktrin“ habe sich „negativ auf die [...] Hilfeleistungen an die Entwicklungsländer“<sup>96</sup> ausgewirkt. Ob dies tatsächlich der Fall ist, wird noch untersucht. Kritikern, die die „Hallstein-Doktrin“ als „veraltetes Zeug“<sup>97</sup> über Bord werfen wollen, hält Außenminister Schröder während der Sansibarkrise 1964 ihre vermeintliche „Alternativlosigkeit“ entgegen:

„Es wird gelegentlich gesagt: ‚Schafft doch diese Doktrin ab, werft das über Bord, das ist doch alles veraltetes Zeug.‘ Ich habe eigentlich noch niemanden gefunden, der mir auseinandergesetzt hätte, wie eigentlich die Deutschlandpolitik von dem Augenblick an aussehen soll, in dem sich Pankow international etabliert hat oder hätte.“ (*Lebhafter Beifall*)<sup>98</sup>

Die Konkurrenz zweier deutscher Botschafter würde noch stärker zur Erpressung einladen, so der allgemeine Tenor.

## 2.5 DAS OSTDEUTSCHE GEGENPROGRAMM: DIE „FRIEDENSDOKTRIN“

Im Gegensatz zu den Westmächten stellen Moskau und Ostberlin die Staatsqualität Westdeutschlands nicht in vergleichbarer Form in Frage, obwohl sie gegen deren Konstituierung

---

<sup>93</sup> „Wir leben ständig in der Gefahr der Erpressung.“ In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.42.

<sup>94</sup> *Aufzeichnung des Referats II 1 vom 27. Juni 1963.* In: AAPD 1963, Dok.251 vom 29. Juni 1963, S.831 f.

<sup>95</sup> *Später, aber kühner Entschluß.* In: DIE WELT, 8. März 1965, S.1.

<sup>96</sup> REICHARDT, 2006, S.32 f.

<sup>97</sup> *Aus der Rede des Bundesministers Schröder auf dem 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover am 16. März 1964.* In: DzD 1964, S.423.

<sup>98</sup> *Aus der Rede des Bundesministers Schröder auf dem 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover am 16. März 1964.* In: DzD 1964, S.423.

und Eingliederung in das westliche Sicherheitssystem ebenfalls heftig protestieren.<sup>99</sup> Verantwortlich für die deutsche Teilung erscheinen in dieser Konsequenz ausschließlich die Westmächte.<sup>100</sup> Als ideologisches Gegenmodell zur westdeutschen „Kernstaatstheorie“ fungiert die so genannte „Debellationstheorie“, nach der das Deutsche Reich am 8. Mai 1945 unwiederbringlich untergegangen sei. Entsprechend weisen ostdeutsche Staatsrechtler den Fortbestand des Deutschen Reiches als aus Restaurationswünschen entsprungene „Fiktion“<sup>101</sup> und „pseudojuristische Zweckkonstruktion“ zurück und betonen, dass zwei deutsche Nachfolgestaaten entstanden seien: Die kapitalistische Bundesrepublik und die sozialistische DDR, wobei letztere von Ulbricht anlässlich der Ratifizierung des Staatsvertrags im Sinne der „Kontinuitätstheorie“<sup>102</sup> zum „rechtmäßige[n] deutsche[n] Staat, dessen Politik die Zukunft Deutschlands verkörpert“<sup>103</sup> stilisiert wird. Allerdings wird dieser ostdeutsche Alleinvertretungsanspruch nicht realpolitisch eingefordert, sondern dient lediglich als konstitutives und legitimatorisches Selbstbild. Im Zuge der von Chruschtschow seit 1955 aktiv propagierten „Zweistaatentheorie“ weist die DDR Wiedergutmachungsforderungen Israels oder eine Schuldenübernahme des Deutschen Reiches dezidiert zurück und deklariert diese zu Aufgaben der Bundesrepublik, in der sich die negativen deutschen Traditionslinien nahtlos fortsetzten. Auch wenn die DDR-Hymne mit der Zeile „Auferstanden aus Ruinen“ historische Kontinuitäten proklamiert, scheint dies nur für die als positiv bewerteten Traditionslinien, wie die Arbeiterbewegung oder die Revolution von 1848, zu gelten.<sup>104</sup> Zum eigenen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit geben sich DDR-Repräsentanten eher wortkarg: Es heißt lediglich, man habe im Gegensatz zu Bonn die „Lehren aus der Geschichte,

---

<sup>99</sup> Dies sei ein „aggressives Komplott der imperialistischen Weltmächte mit dem wiedererstandenen Imperialismus der Bundesrepublik.“ Vgl. DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Berlin (O): 1984, S.37.; *Sammlung mehrerer Protestnoten vom 29. März 1956*. In: PA/MfAA A 12617.

<sup>100</sup> „Die westdeutsche Bundesrepublik ist das Ergebnis der von den drei Westmächten betriebenen Politik der militärischen Blockbildung gegen die Länder des Sozialismus.“ *Die Moskareise der westdeutschen Regierungsdelegation*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. September 1955, S.1.

<sup>101</sup> *Aufsatz von G. Riege: Staatsbürgerschaft und nationale Frage vom Januar 1964*. In: DzD 1964, S.12.; *H. Krüger: Adenauer „Identitätstheorie“ und die völkerrechtliche Stellung der DDR*. In: DzD 1957, S.701.

<sup>102</sup> WOLFRUM, 2007, S.14.

<sup>103</sup> *Unsere Politik verkörpert die Zukunft Deutschlands*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. September 1955, S.1.

<sup>104</sup> OBERREUTER führt an, dass sowohl Ulbrich als auch Heuss diese Traditionslinie von 1848 beanspruchten. Vgl. OBERREUTER, 2002, S.126.

insbesondere aus den zwei Weltkriegen<sup>105</sup> gezogen und sei durch den Siegeszug des Sozialismus auf „gereinigtem Boden“<sup>106</sup> entstanden. Inwiefern diese historisch teilweise verbrämten (Dis-)Kontinuitätsnarrative den west- bzw. ostdeutschen Entwicklungsdiskurs prägen, wird noch dargestellt.

Die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau wird in NEUES DEUTSCHLAND als Anerkennung der Nachkriegsrealitäten grundsätzlich befürwortet und als „faktisches Eingeständnis der völkerrechtlichen Existenz zweier deutscher Staaten“<sup>107</sup> interpretiert. In unmittelbarer Reaktion auf Adenauers Regierungserklärung bezeichnet Ulbricht die später als „Hallstein-Doktrin“ bezeichnete Maxime am 26. September 1955 als „lächerliche imperialistische Drohung“<sup>108</sup> und begründet deren Aussichtslosigkeit mit der Tatsache, dass die Weltmächte China und Sowjetunion die DDR bereits anerkennen. Sie wird außerdem als „das großdeutsche Tor zum dritten Weltkrieg“<sup>109</sup> charakterisiert, wengleich gelegentlich befriedigt festgestellt wird, dass diese, wie angesichts der Belgrader Blockfreien Konferenz „kreischend in den Angeln gegen die Pfosten“ schlage. Bolz bezeichnet die Doktrin sogar als eine „sich zersetzende Leiche“<sup>110</sup>, für deren Aufrechterhaltung durch Bonn selbst er als DDR-Repräsentant sich schäme. Entsprechend erscheint Außenminister von Brentano als ordensgeschmückter General im napoleonischen Stil, der im Stehschritt und erhobenem Kopf einer aggressiven Bonner Außenpolitik voranmarschiert und gar nicht merkt,



Abb.4: Titellose Karikatur.

Aus: NEUES DEUTSCHLAND, 14.9.1961, S.4.

<sup>105</sup> Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps am 26. September 1960: „Wir halten die Zeit für gekommen, da es unumgänglich wird, die Beziehungen zu allen Staaten allseitig zu normalisieren“ Vgl. DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Berlin (O): 1984, S.80.

<sup>106</sup> Rede des stellvertretenden Außenministers Winzer auf der 14. Tagung des ZK der SED am 25. November 1961. In: DzD 1961, S.983.; Gerne wird in diesem Kontext die juristische Bilanz der Entnazifizierung als „anerkannte historische Tatsache“ charakterisiert. Vgl. *Nazi- und Kriegsverbrechen werden von den Völkern nicht vergessen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. September 1964, S.4.

<sup>107</sup> „Welcher Deutsche müßte nicht aus ganzem Herzen wünschen, daß durch die Normalisierung der Beziehungen zwischen der deutschen Bundesrepublik und der Sowjetunion ein Anfang zu gutnachbarlicher Zusammenarbeit gemacht wird.“ Vgl. *Die Moskareise der westdeutschen Regierungsdelegation*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. September 1955, S.1.; *Vor Bonner Erpressern darf kein souveräner Staat zurückweichen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. Februar 1968, S.6.

<sup>108</sup> AdG 1955, S.5377.

<sup>109</sup> *Die große Realität*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. September 1961, S.4.

<sup>110</sup> *Ulbricht in Kairo verabschiedet*. In: DIE WELT, 3. März 1965, S.4.

## 2. „Entwicklungspolitik“ im Zeichen der „Hallstein-Doktrin“

dass er seinen vermeintlich gefährlichen „Bluthund“, die „Hallstein-Doktrin“, nur noch kopflos hinter sich herzieht. Anlässlich des Kairobesuchs Ulbrichts 1965 erscheint die Doktrin als „Knüppel“, mit dem der als Räuber dargestellte Ludwig Erhard einem arglos um die Ecke kommenden Araber auflauert. Kurz danach witzelt Ulbricht, die „Hallstein-Doktrin“ sei bereits „in der älteren Hall-Steinzeit nicht sehr wirkungsvoll“<sup>111</sup> gewesen und demonstriere gegenwärtig lediglich den „Grad der Verkalkung und Erstarrung“ der Bonner Außenpolitik. Sie wird außerdem öffentlich als „Fiktion von einem Ausschließlichkeitsanspruch“<sup>112</sup>, „diplomatisches Schrumpfgermanentum“ oder „Ausschließlichkeitsanmaßung“ betitelt. NEUES DEUTSCHLAND polemisiert unter Anspielung auf Goethe unter der Überschrift „Hallstein-Doktrin“:

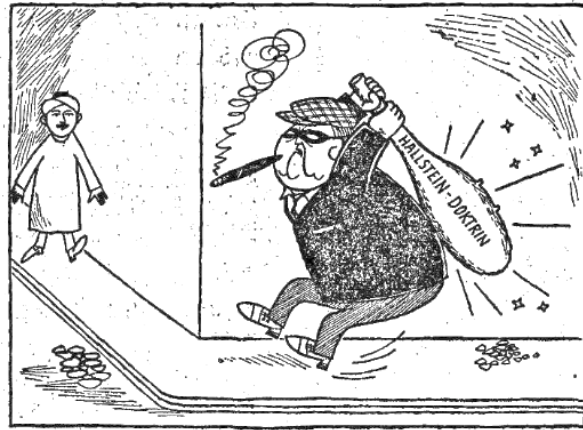


Abb.5 Aua.

Aus: NEUES DEUTSCHLAND, 9. Februar 1965, S.7.

„in der älteren Hall-Steinzeit nicht sehr wirkungsvoll“<sup>111</sup> gewesen und demonstriere gegenwärtig lediglich den „Grad der Verkalkung und Erstarrung“ der Bonner Außenpolitik. Sie wird außerdem öffentlich als „Fiktion von einem Ausschließlichkeitsanspruch“<sup>112</sup>, „diplomatisches Schrumpfgermanentum“ oder „Ausschließlichkeitsanmaßung“ betitelt. NEUES DEUTSCHLAND polemisiert unter Anspielung auf Goethe unter der Überschrift „Hallstein-Doktrin“:

„Vom Wahnsinn gab er die einfache Definition: daß er darin bestehe, wenn man von der wahren Beschaffenheit der Gegenstände und Verhältnisse, mit denen man es zu tun habe, weder Kenntnis habe, noch nehmen wolle [...]’ Achtung, Bonner Pressechase, wichtiges Goethewort für Kanzler. Chef zeigen. Wird dankbar sein.“<sup>113</sup>

Die Teilnahme der DDR an der Genfer Gipfelkonferenz vom Juli 1955 wird rückblickend, übrigens auch gegenüber den Entwicklungsländern, als „*de-facto*-Anerkennung“<sup>114</sup> Ostberlins durch die Westmächte gedeutet. In seiner Rede vor dem diplomatischen Korps 1960, die als „Kampferklärung“ an den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch bezeichnet werden kann, verkündet Ulbricht programmatisch:

„Wir haben keine umgedrehte so genannte ‚Hallstein-Doktrin.‘ Wir fordern von keinem Lande, daß es seine normalen Beziehungen zur westdeutschen Bundesrepublik lockert oder abbricht.“<sup>115</sup>

<sup>111</sup> Aus dem Rundfunkinterview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Eisler am 7. März 1965. In: DzD 1965, S.265.

<sup>112</sup> Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR zur Errichtung eines Generalkonsulats in Kairo am 15. September 1959. In: DzD 1959, S.207.; *Diplomatisches Schrumpfgermanentum*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 30. März 1965, S.7.; Erklärung des Ministers Bolz vor der Volkskammer der DDR am 19. November 1964. In: DzD 1964, S.1124.

<sup>113</sup> *Hallstein-Doktrin*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. März 1965, S.2.

<sup>114</sup> Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR zur Errichtung eines Generalkonsulats in Kairo am 15. September 1959. In: DzD 1959, S.207.

<sup>115</sup> Aus der Rede des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960. In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Berlin (O): 1960, S.81.

Nach dieser Darstellung respektiere die DDR die Autonomie von Drittländern, während sich Bonn erpresserisch und völkerrechtswidrig in deren innere Angelegenheiten einmische. So proklamiert der Staatsratsvorsitzende anlässlich der Kairokrise 1965, man habe im Gegensatz zu Bonn nicht vor, Kairo mit der „deutschen Frage“ zu behelligen, weil dies „unfair“<sup>116</sup> sei. Auch bestehe keinesfalls der Wunsch, die Beziehungen zwischen Kairo und Bonn zu verschlechtern, so Ulbricht. Der DKB-Abgeordnete Schirmer charakterisiert die „Hallstein-Doktrin“ in diesem Kontext sogar explizit als „Gefährdung des Weltfriedens“<sup>117</sup> und Verletzung der UN-Charta, da ihr die Konzeption zugrunde liege, dass die DDR als Staat gar nicht existiere und deren Gebiet folglich annektierbar sei. Damit wird der in der „Hallstein-Doktrin“ liegende Alleinvertretungsanspruch zu einem Annexionsanspruch stilisiert. In Abgrenzung dazu bezeichnet Ulbricht die DDR als „erste[n] deutsche[n] Friedensstaat“<sup>118</sup> und formuliert in dieser Konsequenz für alle „friedliebenden Kräfte“ in Ost- und Westdeutschland einen impliziten umgekehrten Alleinvertretungsanspruch.<sup>119</sup> In diesem Kontext sieht Ulbricht auch die Förderung der „jungen Nationalstaaten“<sup>120</sup>, insbesondere in Afrika, als Teil der „guten humanistischen Tradition“, die ausschließlich durch die DDR verkörpert werde. Dabei spiele die politische Unterstützung, aber auch die Vermittlung von „notwendigen Kenntnissen“ in den Bereichen Wirtschaft und Verwaltung eine zentrale Rolle. Dabei betont der Staatsratsvorsitzende schon 1960, dass Handelsbeziehungen „allein nicht mehr genügen“<sup>121</sup> würden und erklärt „normale diplomatische Beziehungen“ zum langfristigen Ziel der ostdeutschen Außenpolitik. Das DDR-HANDBUCH bezeichnet in diesem Kontext das entwicklungspolitische Engagement als Mittel der Auseinandersetzung „im Zeichen der friedlichen Koexistenz“<sup>122</sup>, was wiederum als „Grundsatz sozialistischer Außenpo-

---

<sup>116</sup> *Interview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht für die Zeitung Al Abram am 23. Februar 1965.* In: DzD 1965, S.219.

<sup>117</sup> *Erklärung des Abg. Schirmer (DKB) im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der DDR am 4. Februar 1965.* In: DzD 1965, S.138.; *Aufsatz von W. Poeggel: Die Tarnung der Bonner Annexionspolitik gegenüber der DDR als nationale Wiedervereinigung vom Juni 1965.* In: DzD 1965, S.615.

<sup>118</sup> „Niemand kann übersehen, daß somit die DDR die rechtmäßige Vertreterin der friedlichen Interessen der großen Mehrheit der deutschen Nation geworden ist.“ Vgl. *Aus der Rede des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960.* In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, Berlin (O): 1984, S.81

<sup>119</sup> Ähnlich begreift sich Ulbricht auch bei seinem Besuch in Kairo als „Vertreter des ganzen friedliebenden deutschen Volkes.“ Vgl. *Aus dem Rundfunkinterview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Eisler am 7. März 1965.* In: DzD 1965, S.265.

<sup>120</sup> *Aus der Rede des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960.* In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Berlin (O): 1960, S.81.

<sup>121</sup> *Aus der Rede des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960.* In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Berlin (O): 1960, S.81.

<sup>122</sup> „Friedliche Koexistenz“ In: DDR-HANDBUCH, 1985, S.482.

litik“ vom friedlichen Mit- und Nebeneinander von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen gelte. Hier ist also ein direkter Bezug zur Entwicklungspolitik als ein Instrument auf dem Weg zur globalen Anerkennung der DDR zu erkennen.

Knapp zehn Jahre nach Adenauers wegweisender Regierungserklärung anlässlich des Botschafteraustauschs mit Moskau verkündet der DDR-Staatsratsvorsitzende als „friedliche Alternative zur berüchtigten, aggressiven Bonner-Hallstein-Doktrin“<sup>123</sup> in einer programmatischen Rede vor dem Kreml, die so genannte „Deutsche Friedensdoktrin“, die in einem Memorandum am 13. Juli 1964 an 85 Regierungen verschickt wird. Diese Ziele nach eigener Darstellung auf die „Anerkennung der Realitäten, so wie sie sich nach dem zweiten [sic:] Weltkrieg entwickelt haben“<sup>124</sup> und solle den neutralen Staaten ermöglichen, „ihre Beziehungen zu beiden deutschen Staaten zu normalisieren und damit einen Beitrag [...] zur Sicherung des Friedens zu leisten“<sup>125</sup>. Damit wird Drittländern die Argumentationslinie angeboten, Beziehungen zu beiden deutschen Staaten anzustreben und damit sogar der deutschen Spaltung entgegenzuwirken. Schon vor dem diplomatischen Korps hatte Ulbricht betont, es gehe „primär auch nicht um die Frage der Anerkennung der DDR, sondern um die Frage der Sicherung des Friedens“<sup>126</sup> und die DDR wolle auch das Verhältnis zu den Ländern normalisieren, die „aus diesen oder jenen Fehlschlüssen heraus“ enge Beziehungen zur Bundesrepublik pflegten. Denn nur auf dieser Basis könnten „gleichberechtigte Verhandlungen“ zu langfristigen Überwindung der Teilung geführt werden. Im Interview mit dem STERN am 28. November 1963 beschuldigt der Staatsratsvorsitzende die „Hallstein-Doktrin“, „die Verständigung der deutschen Staaten und damit [...] eine Wiedervereinigung unmöglich zu machen.“<sup>127</sup> Während diese eine „Doktrin der nationalen Spaltung des deutschen Volkes und der imperialistischen Bevormundung und Arroganz gegenüber anderen Völkern“<sup>128</sup> sei, stehe die „Deutsche Friedensdoktrin“ für das Ziel des „nationalen Zusammenschlusses und der fried-

---

<sup>123</sup> *Aus dem Aufsatz des stellvertretenden Außenministers Winzer: Eine neue Etappe der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR.* In: DzD 1964, S.795.; *Memorandum der Regierung der DDR an die Regierungen von 85 Staaten vom 13. Juli 1964.* In: DzD 1964, S.819 ff.

<sup>124</sup> *Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht auf der Kundgebung im Kreml am 12. Juni 1964.* In: DzD 1964, S.717.

<sup>125</sup> *Aus dem Aufsatz des stellvertretenden Außenministers Winzer: Eine neue Etappe der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR.* In: DzD 1964, S.795.

<sup>126</sup> *Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960.* In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, Berlin (O): 1984, S.82.

<sup>127</sup> *Interview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit dem „Stern“ vom 28. November 1963.* In: DA DDR 1963, S.181.

<sup>128</sup> *Erklärung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vor der Volkskammer der DDR vom 1. September 1964.* In: DzD 1964, S.921.



lichen Überwindung der Spaltung Deutschlands sowie der Nichteinmischung.“ Die Bemühungen der DDR um einen Ausbau ihres diplomatischen Netzwerkes demonstrieren ab Anfang der sechziger Jahre eine Verlagerung von der direkten Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik in die „Peripherie“<sup>129</sup>, um den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch dort zu unterlaufen. LAMM/KUPPER haben in diesem Kontext die Bedeutsamkeit der internationalen Anerkennung für die SED als Teil der Systemkonsolidierung herausgestellt.<sup>130</sup> In Anspielung auf die so genannte „Geburtsfehlertheorie“ kritisiert der stellvertretende DDR-Außenminister Winzer, dass Bonn darauf ziele, die osteuropäischen Staaten „von der DDR zu trennen [...] und sie zur Duldung und sogar Anerkennung der feindseligen Politik gegenüber der DDR zu veranlassen.“ Die Einrichtung der dortigen Handelsvertretungen habe die westdeutsche „Alleinvertretungsanmaßung selbst ad absurdum“<sup>131</sup> geführt, so ein zeitgenössisches Geschichtsbuch der DDR.

Ostberlin akzentuiert öffentlich immer wieder die mangelnde langfristige Effektivität der „Hallstein-Doktrin“ und Chruschtschow nennt diese laut DER SPIEGEL sogar den Versuch, „mit einer Bratpfanne die Sonne zu verdecken“<sup>132</sup>. Sie wird als politischer Anachronismus und alter „Alleinvertretungszopf“<sup>133</sup> abgekanzelt. Besonders die Einbeziehung der westdeutschen „Entwicklungshilfe“ wird als Verfallserscheinung interpretiert: „Die sogenannte Hallstein-Doktrin verfehlt immer mehr ihre Wirkung. Auch Drohungen mit ökonomischen Repressalien sind ein ungeeignetes Mittel, sie wirksamer zu machen“<sup>134</sup>, so NEUES DEUTSCHLAND. Ab Mitte der sechziger Jahre kann eine weiter verschärfte Abgrenzungstendenz auf Seiten der DDR festgestellt werden: So führt Gerhard Kegel, leitender Mitarbeiter des Zentralkomitees und enger außenpolitischer Berater Ulbrichts, auf der konstituierenden Sitzung des ostdeutschen Rats für Gesamtdeutsche Fragen am 13. Januar 1966 schließlich eine Dreistaatentheorie aus, wonach nicht nur die DDR und die Bundesrepublik sondern auch Westberlin ein eigenes Staatsvolk besäßen, was Erich Mende stellvertretend für die Bundesregierung ablehnt.<sup>135</sup> Ähnlich hatte sich Ulbricht bereits im April 1965 in einer Rede vor dem

---

<sup>129</sup> SCHOLTYSECK, 2003, S.25.

<sup>130</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.51.

<sup>131</sup> In den Dokumenten zur Außenpolitik der DDR findet sich ab 1964 im Sachverzeichnis die Bezeichnung „Alleinvertretungsanmaßung, Hallstein-Doktrin“ Vgl. GESCHICHTE DER AUßENPOLITIK DER DDR, Berlin (O): 1984, S.203 f.; Ähnlich auch: *Artikel von Professor Krüger: Bonn bestätigt Bankrott der Hallstein-Doktrin durch Regierungsverordnung vom 6. Mai 1964.* In: DzD 1964, S.541.

<sup>132</sup> *Bratpfanne vor der Sonne.* In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.29.

<sup>133</sup> *Die Dienstanweisung des Herrn Scheel.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 12. Januar 1970, S.5.

<sup>134</sup> *Erfolg für die DDR - Schwere Niederlage für Bonn.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Februar 1964, S.2.

<sup>135</sup> AdG 1966 12334 B.

Zentralkomitee geäußert.<sup>136</sup> Wenige Tage später spricht Kegel der Bundesrepublik sogar ihre Konföderationsfähigkeit ab, da kaum Gemeinsamkeiten bestünden, Bonn sich der Anerkennung der DDR verweigere und auch nicht von seinem „törichten, aggressiven und völkerrechtswidrigen Alleinvertretungsanspruch“<sup>137</sup> ablasse. Generell lässt sich mit BENSER feststellen, dass sich beide deutsche Staaten darauf berufen, die Interessen des gesamten deutschen Volks zu vertreten, während sich die DDR eher auf politische, die Bundesrepublik stärker auf legitimatorische Argumente bezieht.<sup>138</sup>

## 2.6 ZUSAMMENFASSUNG

Abschließend ist zu konstatieren, dass weder die Namensgebung noch die Genese der Doktrin 1955 einen expliziten Konnex zum Feld der „Entwicklungshilfe“ besitzen, da dieses Politikfeld in den späten Fünfzigern erst initiiert und institutionalisiert wird. Außerdem formieren sich die als „Entwicklungsländer“ bezeichneten Staaten ebenfalls erst in dieser Phase als „Dritte Kraft“ und erhalten durch die Entkolonialisierung Afrikas in den sechziger Jahren zunehmende Bedeutung, wobei das Gewicht dieser Gebiete bereits 1955 mitbedacht wird. END spricht von einer „innenpolitisch motivierten Außenpolitik“<sup>139</sup> in dieser Phase, was entsprechend auf die Entwicklungspolitik übertragen werden kann. Allerdings tauchen schon in dieser Frühphase der Doktrin Bezüge zur Handels- und Kulturpolitik auf, die als eine Art „Grauzone“ deklariert wird und an die der DDR angesichts ausbleibender diplomatischer Erfolge zunehmend anknüpft, was im Kapitel zur entwicklungspolitischen Praxis (Kapitel 5) an mehreren Fallbeispielen aufgezeigt wird. Infolge der dezidierten Flexibilität erscheint auch die Bezeichnung als „Doktrin“, was eine starre Formelhaftigkeit impliziert, unpassend. Die Einflechtung der „Entwicklungshilfe“ als ein „Instrument“ für und wider die „Hallstein-Doktrin“ ist also nicht von Anfang an intendiert, wird dann aber zunehmend berücksichtigt und später sogar explizit angeordnet, wie die Aktennotizen des Auswärtigen Amtes aus den Jahren 1963 und 1964 demonstrieren. Es ist infolge der frühen Bundestagsdebatten zur „Entwicklungshilfe“ auch wahrscheinlich, dass die Nichtanerkennungspolitik katalysatorisch auf die Institutionalisierung dieses Politikfelds in beiden deutschen Staaten wirkt. Die Feststellung REICHARDTS, wonach sich die Doktrin „negativ auf die solidarischen Hilfeleistungen

---

<sup>136</sup> Ulbricht spricht von „drei deutschen Staaten“. In: DIE WELT, 29. April 1965, S.2.

<sup>137</sup> AdG 1965 12559 I.

<sup>138</sup> BENSER, 2009, S.34.

<sup>139</sup> END, 1973, S.45.

an die Entwicklungsländer und nationalen Befreiungsbewegungen<sup>140</sup> auswirke, erscheint damit nicht haltbar. Die generelle Existenz der Bundesrepublik wird damit von Seiten Ostberlins nicht in Frage gestellt. Die von Ulbricht in diesem Kontext formulierte „Deutsche Friedensdoktrin“, die einen ideellen Alleinvertretungsanspruch für alle „friedliebenden Kräfte“ in Deutschland proklamiert, appelliert insbesondere an die Entwicklungsländer, ihre Neutralität auch in Form gleichberechtigter diplomatischer Beziehungen zu beiden deutschen Staaten zu verwirklichen. So würden diese aus Sicht der DDR einen Beitrag zur internationalen Entspannung und langfristigen Lösung der „deutschen Frage“<sup>141</sup> zu leisten, wodurch sie auch durch entwicklungspolitische Unterstützung motiviert werden sollen.

---

<sup>140</sup> REICHARDT, 2006, S.32 f.

<sup>141</sup> *Schreiben des MfAA an die Handelsvertretung in Accra vom 12. Januar 1962.* In: PA/MfAA A 15867.

### 3. SEMIOTIK UND SEMANTIK DES „ENTWICKLUNGSDISKURSES“

#### 3.1 EIN DEUTSCHER „SPRACHKRIEG“

Auf der 13. Tagung des Zentralkomitees im Juni 1970 diagnostiziert Ulbricht rückblickend eine „Sprachspaltung“ zwischen Ost- und Westdeutschland: Die humanistische Sprache in der Tradition Goethes und Lessings, wie sie in der DDR praktiziert würde, stünde einer „vom Imperialismus verseuchten und von den kapitalistischen Monopolverlagen manipulierten Sprache“<sup>1</sup> der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik gegenüber. Auch auf westdeutscher Seite wird eine solche Differenz registriert und stellenweise sogar zu einer Art „Sprachkrieg“<sup>2</sup> mit eschatologischen Ausmaßen stilisiert. Die Forschung hat bereits gezeigt, dass zwar keine DDR-genuine Varietät des Deutschen, wohl aber eine differierende „öffentliche Sprachgebrauchsvariante“<sup>3</sup> existierte, die sich primär auf stilistischer und lexikalischer Ebene manifestiert. HELLMANN spricht in diesem Kontext von zwei „Kommunikationsgesellschaften“<sup>4</sup>, die eine „Phase der Auseinandersetzung“ durchleben, die von der „Macht der Rhetorik“<sup>5</sup> geprägt sei. Die Wortschatzdifferenzen betragen allerdings nur etwa drei Prozent und betreffen in erster Linie das politisch-ideologische Kernvokabular, auf das sich im Übrigen auch Ulbricht bei seiner Rede bezieht.<sup>6</sup>

Entsprechend prüft das nachfolgende Kapitel, ob und inwiefern sich die Systemkonkurrenz der beiden deutschen Staaten im Diskurs um und über „Entwicklungshilfe“ niederschlägt. Als Quellengrundlage dienen neben den Akten der Außenministerien öffentliche wie nicht-öffentliche Verlautbarungen zentraler Akteure, die Tagespresse sowie einschlägige zeitgenössische Wörterbücher. Dabei sollen auch mögliche Differenzen zwischen öffentlichem und

---

<sup>1</sup> *Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Rede des Genossen Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. Juni 1970, S.4.

<sup>2</sup> So das Vorwort des Nachschlagewerks „SBZ von A bis Z“, 1953 f., S.4: „Die Sprache der sowjetzonalen Öffentlichkeit ist vom Kauderwelsch des kommunistischen Regimes schon heute in einem Maße überfremdet, daß sie dem westdeutschen Leser kaum ohne ein Wörterbuch verständlich ist.“ Vgl. HELLMANN, 2001, S.59.; Otto B. Roegesles Diktum von der „satanischen Schöpfung einer Gegenwelt“ Vgl. HELLMANN, 2008, S.127.

<sup>3</sup> HELLMANN, 2008, S.138.; Weitere: HELLMANN, 1985; SCHLOSSER, 1999; WEIBGERBER, 2010.

<sup>4</sup> HELLMANN, 2008, S.127.

<sup>5</sup> VON OPPEN, 2015, S.185.

<sup>6</sup> „Wenn wir zum Beispiel von Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung sprechen, dann meinen wir eben echte Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung. Wenn jedoch manche politischen Führer in Bonn von Gleichberechtigung sprechen, dann verstehen sie darunter Unterwerfung der DDR.“ Vgl. *Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Rede des Genossen Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees auf der 13. Tagung des Zentralkomitees.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. Juni 1970, S.4.; HELLMANN, 1985, S.1262.

nicht-öffentlichem Sprachgebrauch herausgearbeitet werden. Dabei wird ein „Terminologiepluralismus“<sup>7</sup> der von JESSEN als „Fahnenwörter“<sup>8</sup> eingeordneten Begrifflichkeiten erwartet. Bei der Überprüfung möglicher terminologischer Differenzen und Gemeinsamkeiten werden die Selbst- und Fremdbezeichnungen der Geberländer selbst (Kapitel 3.2), des politischen Prozesses (Kapitel 3.3) sowie der Adressaten (Kapitel 3.3) untersucht, wobei bei Letzteren zwischen Kollektiv- und Individualbezeichnungen unterschieden wird.

## 3.2 DIE GEBERLÄNDER

### 3.2.1 Die westdeutsche Sprachpraxis

Karl Carstens, bis 1966 Staatssekretär des Auswärtigen Amts, hält die „terminologische Auseinandersetzung“<sup>9</sup> mit dem Ostblock für signifikant und widmet der Regierungssprache in seinen politischen Memoiren ein ganzes Kapitel, wobei er insbesondere auf die amtlichen Bezeichnungen der beiden deutschen Staaten eingeht. So ordnet er innerhalb des Auswärtigen Amts an, nicht von „Ostdeutschland“<sup>10</sup> sondern stattdessen konsequent von „Mitteldeutschland“, „(Sowjet)-Zone“, „Pankow“ oder der „sowjetischen Besatzungszone“ (SBZ) zu sprechen. Die Selbstbezeichnung „Deutsche Demokratische Republik“ und das Kürzel „DDR“ sollen lediglich mit dem Zusatz „so genannt“<sup>11</sup> oder in Anführungszeichen verwendet werden. Erich Mende rät sogar ganz von dieser Terminologie ab, da in jedem dieser Worte „eine geschichtliche Lüge“<sup>12</sup> stecke. Dies wird auch in den westdeutschen Auslandsvertretungen wahrgenommen. Dabei rät allerdings Bonns Botschafter in Conakry, solche Begrifflichkeiten und vor allem den Terminus „Mitteldeutschland“<sup>13</sup> in entsprechendem Aufklärungsmaterial über das „andere Deutschland“ nicht zu verwenden: Man kenne „Pankow“

---

<sup>7</sup> WÜLKER, 1990, S.255.

<sup>8</sup> JESSEN, 1997, S.60.; Die Bedeutung der Wortwahl vergleicht der Philologe KLEMPERER mit „Arsendosen“, die „unbemerkt verschluckt [...] keine Wirkung zu tun [scheinen], und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da“, was insbesondere im politischen Kontext bedeutsam erscheint. Vgl. KLEMPERER, 1996, S.27.

<sup>9</sup> Kapitel 8 „Die Sprache der Regierung.“ In: CARSTENS, 1971, S.222-229, hier: S.227.; Ebenso: *Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 13. Mai 1963*. In: PA/AA B34 Bd.409.

<sup>10</sup> Unter „Ostdeutschland“ werden dagegen Schlesien, Pommern und Ostpreußen verstanden.

<sup>11</sup> Nach einem Drahtbericht der Botschaft Conakry hat der „Präsident der sogenannten DDR“ den Präsidenten der Republik Guinea zu einem Besuch eingeladen. Vgl. *Bericht der Botschaft in Conakry vom 22. August 1959*. In: PA/AA B34 Bd.86.

<sup>12</sup> BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG vom 14. Dezember 1964.; Auch zeitgenössische politische Wörterbücher, wie „SBZ VON A BIS Z“ (1953 f.) führen bis Ende der Sechziger das Lemma „DDR“ nicht.

<sup>13</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 4. Januar 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

hier nur als „Ostdeutschland.“ Die verschiedenen Begrifflichkeiten wirken im Ausland wohl verwirrend und werden in dieser Konsequenz als problembehaftet und kleinkariert kritisiert. Carstens ereifert sich darüber, dass auch innerhalb der „Bundesrepublik Deutschland“, so die amtliche Selbstbezeichnung durch den Parlamentarischen Rat, die von der DDR gebrauchten Formeln „BRD“, „westdeutsche Bundesrepublik“ oder nur „Bundesrepublik“ verwendet würden. Dies sei eine „schwer zu begreifende Nachlässigkeit“<sup>14</sup> und außerdem Indiz für die seiner Einschätzung nach gegenwärtig vorherrschende sprachprägerische Dominanz des Ostens. Der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger warnt noch 1974 vor der „nicht ungefährliche[n] Abkürzung BRD“, da so der Terminus „Deutschland“ aus dem politischen Bewusstsein verschwinden könne.<sup>15</sup> In den Akten des Auswärtigen Amtes ist tatsächlich nicht von der „DDR“ die Rede, dagegen ist eher allgemein vom „Osten“<sup>16</sup> oder dem „Ostblock“ die Rede, in Variation mit Phrasen der „ostzonalen“<sup>17</sup> Präsenz, „SBZ“, „Zone“ oder „Sowjetzonenrepublik.“ Die Medien spiegeln diese sprachlichen Empfehlungen und Befindlichkeiten dagegen nur partiell wieder. DIE WELT verwendet entgegen Carstens Mahnung allerdings regelmäßig die Begriffe „Bundesrepublik“<sup>18</sup> oder „westdeutsch“<sup>19</sup>, was der abgrenzerischen Eindeutigkeit und nachrichtenbedingten Knappheit geschuldet sein mag. In Bezug auf die DDR bewegt sie sich dagegen weitestgehend innerhalb der vom Auswärtigen Amt verbreiteten sprachlichen Direktiven und spricht sogar gelegentlich entgegen dem allgemeinen aktiven Sprachgebrauch programmatisch von „Mitteldeutschland.“<sup>20</sup> Für die ostdeutsche Regierung tauchen neben „Pankow“, „Sowjetzone“ und dem Kürzel „SBZ“ gelegentlich Komposita und Fügungen auf, die auf die fehlende Legitimität, das autoritäre

<sup>14</sup> CARSTENS, 1971, S.228.; Vgl. dazu: *Erklärung der Regierung der DDR am 13. Oktober 1960*. In: DZD 1960, S.418.

<sup>15</sup> HAHN, 1995, S.314.

<sup>16</sup> Exemplarisch: *Brief Franz-Josef Strauß' an von Brentano vom 9. Dezember 1960*. In: PA/AA B1 Bd.121; *Ausarbeitung „Die außenpolitische Aufgabe der Entwicklungspolitik“ vom 8. Dezember 1960*. In: PA/AA B1 Bd.121.

<sup>17</sup> Exemplarisch: *Drahtbericht aus Kairo an das Auswärtige Amt vom 6. Januar 1959*. In: PA/AA B1 Bd.113.; *Fernschreiben aus Dar-es-Salaam vom 8. Februar 1964*. In: PA/AA B150 Bd.22.

<sup>18</sup> „Die Bundesrepublik hat mehr Anziehungskraft als die Zone.“ Vgl. *Bonn blickt gelassen nach Afrika*. In: DIE WELT, 4. Februar 1964, S.3.; „Wie sieht das Ausland die Bundesrepublik?“ Vgl. *Sie verlassen Deutschland nachdenklich*. In: DIE WELT, 9. September 1961, S.3.

<sup>19</sup> beispielsweise „westdeutsche Industrie“ Vgl. *Die Zone verstärkt ihre Aktivität in Kairo*. In: DIE WELT, 4. Januar 1963, S.4.; Allerdings ist festzustellen, dass die Adjektive „westdeutsch“ bzw. „ostdeutsch“ eher vermieden oder als „Deutsche [...] aus Ost und West“ umschrieben werden. Vgl. *Der hässliche Deutsche*. In: DIE WELT, 21. April 1962, S.1.

<sup>20</sup> In dieser Terminologie schwingt auch die Nicht-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mit. Vgl. *Teilnahme an Jugendweibe in Mittdeutschland geht zurück*. In: DIE WELT, 10. Februar 1959, S.2.; *Sie verlassen Deutschland nachdenklich*. In: DIE WELT, 9.9. 1961, S.3.

Einparteiensystem (beispielsweise „Ulbricht-Regime“ oder „SED-Regime“<sup>21</sup>) und eine mangelnde Souveränität (beispielsweise Gebilde „von Moskaus Gnaden“<sup>22</sup> oder „Ulbrichts Pseudostaat“<sup>23</sup>) verweisen. In den Entwicklungsländern selbst scheint infolgedessen eine Art „Babylonische Sprachverwirrung“ vorzuliegen: So berichtet der westdeutsche Botschafter 1960 aus Guinea, man könne dort mit Begriffen wie „SBZ“ nichts anfangen, sondern spreche weiter konsequent von „Ostdeutschland“<sup>24</sup>, was trotz anders lautender Direktiven aus Bonn nicht zu ändern sei.

#### 3.2.2 Die ostdeutsche Sprachpraxis

Auf ostdeutscher Regierungsebene und in ihrem „Zentralorgan“ dominiert neben den von Carstens erwähnten Begrifflichkeiten das Wortfeld „Westdeutschland“<sup>25</sup>, wobei diese Termini im Gegensatz zu „Bundesrepublik Deutschland“ weniger einen gesamtdeutschen Anspruch transportieren. Auch in den Akten des Außenministeriums ist meist von „Westdeutschland“<sup>26</sup> oder der „Bonner Regierung“ die Rede. NEUES DEUTSCHLAND verwendet dagegen die Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ im Untersuchungszeitraum allerdings gelegentlich und sieht von den zur Zeit der doppelten Staatsgründung üblichen Anführungszeichen und dem Zusatz „so genannt“<sup>27</sup> ab. Ulbricht wiederum spricht anlässlich seines Kairobesuchs abfällig von der „so genannten BRD.“<sup>28</sup> Das Zentralkomitee konstruiert 1962 komplementär zur „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR) die Fügung

---

<sup>21</sup> *Nassers Affront*. In: DIE WELT, 3. Februar 1965, S.3.; „Auftrag Ulbricht erfüllt.“ In: DIE WELT, 3. März 1965, S.3.

<sup>22</sup> *Kuli-Aufstand. Von Telemann*. In: DER SPIEGEL Nr. 43/1959, S.91.

<sup>23</sup> So der Abgeordnete Guttenberg. Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 87. Sitzung am 5. November 1959, S.4753 D.

<sup>24</sup> *Bericht der Botschaft aus Conakry vom 4. Januar 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>25</sup> So spricht Ulbricht beispielsweise von der „Bonner Regierung“, „Westdeutschland“ und dem „westdeutschen Bundestag.“ Vgl. *Aus der Erklärung des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, auf der Pressekonferenz in Berlin am 19. Juli 1960*. In: DZD 1960, S.69 und 76.; Teilweise tauchen die Termini hintereinander in ergänzender Erklärung auf: „Die Bundesrepublik Deutschland, das heißt Westdeutschland [...]“ Vgl. *Nasser: Schuld ist der Bonner Imperialismus*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. März 1965, S.7.

<sup>26</sup> *Informationspapier vom 3. Dezember 1958*. In: PA/MfAA A 11245.; *Kurzbericht über die Haltung der VAR aus Kairo an das MfAA vom 22. April 1960*. In: PA/MfAA A 14330.; *Auszug aus einem Aktenvermerk über eine Unterredung zwischen Botschaftsrat Dr. Tomala, Genossen Helmbert und Seyfert vom 3. Februar 1964*. In: PA/MfAA A 15069.

<sup>27</sup> beispielsweise „Verfassung für die sogenannte ‚Bundesrepublik Deutschland‘“ Vgl. *Besatzungsstatut in der Präambel*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Februar 1949, S.2.

<sup>28</sup> *Rundfunk- und Fernsehinterview mit dem Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, über den Verlauf und die Ereignisse des Staatsbesuchs in der VAR. Gewährt dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunk-Komitees, Prof. Gerhard Eisler, am 7. März 1965*. In: DA DDR 1965, S.873 f.

„Deutsche Bundesrepublik“<sup>29</sup> (DBR), was in den ostdeutschen Medien gemäß der Zweistaatenlehre aktiv rezipiert wird. Diese Bezeichnung habe sich sogar bis in die Entwicklungsländer verbreitet, so die ostdeutsche Darstellung: Entsprechend zitiert NEUES DEUTSCHLAND Nehru, der auf der Belgrader Blockfreien Konferenz im September 1961 tatsächlich von der „DDR“ und der „DBR“<sup>30</sup> gesprochen haben soll. Diese Wendung ist in den Akten allerdings nicht nachweisbar, was für ihren ideologisiert-künstlichen Charakter spricht. In politischen Reden und Stellungnahmen, noch häufiger allerdings in der Presse, tauchen meist diffamierende Umschreibungen wie „Satellit der USA“<sup>31</sup>, „Bonner Revanchisten“ oder „westdeutscher Militarismus“ als Synonyme für die Bundesregierung auf, wohingegen die Wortwahl der Auslandskorrespondenz deutlich pragmatischer und sachlicher wirkt. Ostdeutsche Regierungsakten sprechen sich für eine eindeutige „Sprachregelung“<sup>32</sup> aus, auch was die Bezeichnung der Auslandsvertretungen angeht.

#### 3.2.3 Der Begriffsprägungsstreit um „Deutschland“

Exemplarisch erscheint der Begriffsprägungsstreit um den Terminus „Deutschland“, mit dem die Bonner Regierung nicht nur das eigene Staatsgebiet, sondern auch die Bevölkerung der DDR unter Ausschluss der autoritären Regierung meint.<sup>33</sup> DIE WELT verwendet das Wortfeld „Deutschland“<sup>34</sup> ganz selbstverständlich und unkommentiert für die Bundesrepublik, während NEUES DEUTSCHLAND und das ostdeutsche Außenministerium offenbar beide deutsche Staaten und deren Teilungsproblematik darunter fassen.<sup>35</sup> HELLMANN konstatiert einen „sprachliche[n] Alleinvertretungsanspruch“<sup>36</sup> der Bundesrepublik, der allerdings auch für die DDR gelten kann: So deklariert Ulbricht die DDR zur „rechtmäßige[n] Vertreterin

---

<sup>29</sup> ROESLER, 2006, S.392 f.; In NEUES DEUTSCHLAND taucht allein 1960 „deutsche Bundesrepublik“ etwa drei Mal häufiger auf als „Bundesrepublik Deutschland“ auf.

<sup>30</sup> *Bonn - ein Jahr danach*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 13. August 1962, S.4.

<sup>31</sup> *Aus der Erklärung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vor der Volkskammer der DDR am 4. Oktober 1960*. In: DzD 1960, S.361.; *Memorandum der Regierung der DDR an alle Staaten der Anti-Hitler-Koalition vom 1. August 1960*. In: DzD 1960, S.121.; *Bonner Revanchisten wollen sich mit Betrug retten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. Oktober 1960, S.2.

<sup>32</sup> *Schreiben der Handelsvertretung aus Accra vom 21. September 1963*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>33</sup> Adenauers Regierungserklärung vom 21. Oktober 1949 formuliert den Anspruch, „alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes“ und somit auch „verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutschen, die in der Sowjetzone leben“ zu sein. Vgl. Verhandlungen des Ersten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTS. 13. Sitzung am 21. Oktober 1949, S.308 D.

<sup>34</sup> *Die Deutschen sind in Afrika nicht mehr so beliebt*. In: DIE WELT, 30. April 1958, S.3.

<sup>35</sup> beispielsweise „Die DDR, das ist die Basis für den Friedenskampf in Deutschland.“ Vgl. *Seite an Seite gegen Atomkrieger*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. Juli 1958, S.1.; *In Colombo weben heute zwei deutsche Fabnen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Februar 1962, S.7.; *Informationspapier vom 3. Dezember 1958*. In: PA/MfAA A 11245.; *Aktenvermerk über ein Gespräch mit Außenminister Adjei vom 15. Mai 1962*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>36</sup> HELLMANN, 2001, S.71.



der friedlichen Interessen der großen Mehrheit der deutschen Nation“<sup>37</sup> in Ost und West. WOLFRUM verweist darauf, dass dies auch zunehmende eine „gefühlsmäßige Distanz zur DDR“<sup>38</sup> bedeute, wonach man sich als „Staatsnation“ vom betont provisorischen Charakter immer weiter abgrenze. Beide deutsche Staaten differenzieren explizit zwischen der Bevölkerungsmehrheit und den Vertretern von Politik und (Staats-)Wirtschaft. Auch in den Akten des Auswärtigen Amtes ist regelmäßig von „Deutschland“<sup>39</sup> die Rede, wenn vom eigenen Engagement oder aber von der Teilungsgeschichte die Rede ist. Gegen Ende des Untersuchungszeitraums grenzt sich die DDR jedoch von dieser gesamtdeutschen Idee sprachlich wie politisch ab, wie das Staatsbürgerschaftsgesetz (1967), die neue Verfassung (1968), die von „einem sozialistischen Staat deutscher Nation“<sup>40</sup> ausgeht, oder die seit Beginn der Siebziger nur noch instrumentell gespielte Nationalhymne demonstrierten. Gesteigert wird diese Tendenz durch die Verfassungsänderung 1974, die sich vom ethnisch-kulturellen Nationenbegriff ablöst, den Terminus „deutsch“ aus dem entscheidenden Artikel tilgt und an dessen Stelle ein klassenspezifisches Verständnis setzt, womit sich die DDR endgültig von der Idee einer einheitlichen Nation löst.<sup>41</sup>

## 3.3 DER PROZESS

### 3.3.1 „Entwicklungshilfe“

Bei seinem Indienbesuch im Februar 1960 differenziert Chruschtschow „zwei verschiedene Arten des Herangehens“<sup>42</sup> im Bereich der Entwicklungspolitik. Seine Unterscheidung zwischen „Hilfe und ‚Hilfe‘“<sup>43</sup> spiegelt sich auch in der diskursiven Konkurrenz der ost- und

---

<sup>37</sup> *Aus der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht auf dem Empfang für das Diplomatische Korps.* In: DzD 1960, S.320.

<sup>38</sup> WOLFRUM 2006, S.287.

<sup>39</sup> Exemplarisch: *Ansprache Schroeders bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens am 13. Dezember 1962.* In: PA/AA B34 Bd.366.; *Aufzeichnung Steltzners vom 6. Februar 1964.* In: PA/AA B150 Bd.22.

<sup>40</sup> „*Nation und nationale Frage*“. In: DDR-HANDBUCH, 1985, S.925.

<sup>41</sup> „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern.“ Vgl. VERFASSUNG DER DDR (1974), Art.1 (1). Vgl. <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html#KAPITEL%201-1> [22.5.2020]

<sup>42</sup> *Hilfe und „Hilfe“.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Februar 1960, S.7.

<sup>43</sup> Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten streben dahin, daß unsere wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit diesen Ländern die Beschleunigung der Entwicklung der ehemaligen Kolonien und Halbkolonien fördert, daß sie ihre nationale Unabhängigkeit festigt. Hingegen benutzen gewisse Kreise im Westen Ihre ‚Hilfe‘ als Instrument einer neuen Kolonialpolitik, als Mittel zur Gewährleistung der Interessen des Monopolkapitals und zur ‚Vertiefung der politischen Spaltung der Welt in feindliche Gruppierungen.“ Vgl. *Hilfe und „Hilfe“.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Februar 1960, S.7.

westdeutschen Begriffsprägungsversuche für den politischen Prozess wieder. Der Unionsabgeordnete Deist spricht in diesem Kontext sogar von einer „babylonische[n] Sprachverwirrung.“<sup>44</sup> Obwohl bereits vor der Wiedervereinigung auf entsprechende lexikalische Differenzen verwiesen wurde, findet sich das Lemma „Entwicklungshilfe“ weder in dem grundlegenden Nachschlagewerk WÖRTER UND WORTGEBRAUCH IN OST UND WEST (1992), noch im Wörterbuch SPRACHE IN DER DDR (2000) und auch nicht in Epplers kleinem Nachschlagewerk zum öffentlichen Sprachgebrauch (2009).<sup>45</sup>

Ein zeitgenössisches politisches Wörterbuch aus der Bundesrepublik definiert „Entwicklungshilfe“ als Summe aller Maßnahmen, die „von nationalen und internationalen Organisationen einzelner Industriestaaten und von privater Seite“<sup>46</sup> für die so genannten „Entwicklungsländer“ geleistet werden. Bereits zu Beginn der Sechziger setzt eine sprachkritische Auseinandersetzung mit dem Terminus „Entwicklungshilfe“ ein, der sogar durch die STUTTGARTER ZEITUNG zum „Wort des Jahres 1960“<sup>47</sup> gekürt werden sollte. Auch DIE WELT konstatiert 1961, das Schlagwort sei aus dem politischen Sprachgebrauch nicht mehr wegzudenken.<sup>48</sup> Kanzler Adenauer gebraucht den Ausdruck während seiner TEEGESPRÄCHEN allerdings nur höchst widerwillig.<sup>49</sup> Dagegen wird er in der Korrespondenz zwischen den Auslandsvertretungen und dem Auswärtigen Amt durchgehend und mit größter Selbstverständlichkeit verwendet.<sup>50</sup> Der SPD-Abgeordnete Kalbitzer kritisiert allerdings vor dem Deutschen Bundestag, dass „Handel mit Afrika [...] noch keine Entwicklungshilfe [sei]. Die Hamburger handeln schon 300 Jahre mit Afrika und haben sich dabei [im Gegensatz zu den Entwicklungsländern] gut entwickelt.“<sup>51</sup> Nicht jede Form des wirtschaftlichen Kontakts zu den jungen Nationalstaaten, der durchaus zu marktüblichen und kommerziellen Konditionen erfolge, könne gleichsam zur „Entwicklungshilfe“ stilisiert werden. Der Terminus

---

<sup>44</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 147. Sitzung am 8. März 1961, S.8332 D.

<sup>45</sup> FAULWEITTE/LIEBSCHER, 1981.; SPRACHE IN DER DDR, 2000.; EPPLER 2009.

<sup>46</sup> Ergänzend heißt es, nachdem sich reine Kapitalhilfe in Form von Zuschüssen, Preisgarantien und günstigen Krediten als unzureichend erwiesen hätten, setze man auf eine stärkere Kombination mit Technischer Hilfe in Form von Ausbildung und Beratung. „Entwicklungshilfe“ in: GESELLSCHAFT UND STAAT, 1971, S.116.

<sup>47</sup> WENGELER, 1995, S.683.

<sup>48</sup> *Schwerpunkte*. In: DIE WELT, 30./31. März 1961, S.1.

<sup>49</sup> „Von den Amerikanern mehr oder weniger genötigt, machen wir in Entwicklungshilfe – ich gebrauche einmal diesen Ausdruck!“ Vgl. TEEGESPRÄCHE III, 14. Februar 1961, S.455.

<sup>50</sup> Exemplarisch: *Schreiben Freudenbergs an Wirtschaftsminister Erhard vom 8. Juni 1960*. In: PA/AA B1 Bd.121.; *Privatschreiben Schroeders an Steltzner vom 5. Mai 1961*. In: PA/AA B34 Bd.366.; Synonym dazu auch gelegentlich der Begriff „Wirtschaftshilfe“. Vgl. *Fernschreiben aus Kairo vom 1. März 1965*. In: PA/AA B36 Bd.143.

<sup>51</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9207 A.

„Hilfe“ wird öffentlich auch infolge seiner Einseitigkeit kritisiert, da dieser einen aktiven Part suggeriere, der „Hilfe“ gewähre, und ein passives Gegenüber, das diese empfangen. In diesem Sinne fordert DIE WELT bereits 1961 den Übergang „Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik“<sup>52</sup>, die darüber hinaus einen langfristigen Charakter im Gegensatz zur kurzfristigen „Krisen“- oder „Katastrophenhilfe“ impliziere. Eine weitere Differenz liege darin, von gleichsam „blinder“ Kapitalzufuhr und den immer gleichen Entwicklungskonzepten abzusehen und stattdessen, wie es DIE WELT ausdrückt, „mit Verstand“<sup>53</sup> zu helfen. Eine vergleichbare Debatte ist in den Akten der Auslandskorrespondenz dagegen nicht nachweisbar. Während „Entwicklungshilfe“ nur Aktivitäten des Geberlands erfasst, bilden stärkere Flexibilität, Individualität, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen fußende Systematisierung sowie mehr Eigenverantwortung der Empfänger die wesentlichen Distinktionsmerkmale zur „Entwicklungspolitik.“<sup>54</sup> Die BROCKHAUS-ENZYKLOPÄDIE (1968) konstatiert, dass sich dieser Begriff seit 1964 in der Öffentlichkeit immer stärker durchgesetzt habe, da die darunter subsumierten Maßnahmen „von der Politik nicht zu trennen“<sup>55</sup> seien. Auch Gerhard Fritz, bis Anfang 1964 stellvertretender Vorsitzender des zuständigen Bundestagsausschusses, spricht lieber von Entwicklungspolitik, da die darunterfallenden Praktiken „über eine bloße Hilfe weit hinaus“<sup>56</sup> gingen. Diese sprachkritische Differenzierung tritt allerdings nicht sofort in den allgemeinen Sprachgebrauch über, auch wenn sie medial sowie in Forschungsarbeiten in regelmäßigen Abständen thematisiert wird. Im Untersuchungszeitraum ist in der Bundesrepublik in der Regel von „Entwicklungshilfe“ die Rede, der zu Beginn gelegentlich und ab Mitte der sechziger Jahre immer häufiger auftauchende Terminus „Entwicklungspolitik“<sup>57</sup> wird weitestgehend synonym verwendet. Selbst 1977 verweist ein westdeutsches politisches Wörterbuch unter dem Lemma „Entwicklungspolitik“<sup>58</sup> noch kommentarlos auf „Entwick-

<sup>52</sup> *Helfen: Ja - aber mit Verstand.* In: DIE WELT, 17. Februar 1961, S.6.

<sup>53</sup> Darunter wird erstens die Berücksichtigung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der jeweiligen Empfänger subsumiert. Außerdem müssen zweitens die langfristigen Effekte geprüft und bei der Neugestaltung involviert werden. Drittens müssten die Empfänger in Planung, Durchführung und Evaluation der Projekte angemessen miteinbezogen werden. Vgl. *Helfen: Ja - aber mit Verstand.* In: DIE WELT, 17. Februar 1961, S.6.

<sup>54</sup> So definiert auch NOHLEN „Entwicklungspolitik“ als „die Summe aller Mittel und Maßnahmen [...], die von Entwicklungsländern und Industrieländern [...] ergriffen werden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern.“ Vgl. LEXIKON DRITTE WELT, 2000, S.224.

<sup>55</sup> „*Entwicklungspolitik.*“ In: BROCKHAUS ENZYKLOPÄDIE IN ZWANZIG BÄNDEN. Bd.5, 1968, S.584.

<sup>56</sup> FRITZ, 1962, S.V.

<sup>57</sup> Dies ist auch im Auswärtigen Amt der Fall, wobei häufiger von „Entwicklungshilfe“ gesprochen wird. Vgl. *Ausarbeitung „Die außenpolitische Aufgabe der Entwicklungspolitik“ vom 8. Dezember 1960.* In: PA/AA B1 Bd.121.

<sup>58</sup> „*Entwicklungspolitik.*“ In: SACHWÖRTERBUCH DER POLITIK, 1977, S.229.

lungshilfe.“ Dieses Verhältnis kehrt sich in späterer Zeit um, wobei in gegenwärtigen einschlägigen Lexika das Lemma „Entwicklungshilfe“<sup>59</sup> in der Regel nicht mehr auftaucht. Für den Bundestagsabgeordneten Kalbitzer geht auch dies nicht weit genug: Um den Kooperationsaspekt stärker zu betonen, fordert er bereits 1963, „Hilfe“ nicht durch „Politik“, sondern stattdessen durch die Formel „Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse“<sup>60</sup> zu ersetzen. Diese nochmalige semantische Erweiterung betont einerseits, dass der Kontakt über das Gebiet der nationalstaatlichen Politik hinausgeht und auch multilaterale sowie Nicht-Regierungsorganisationen erfasst. Andererseits wird der symbiotische Effekt für Industrie- und Entwicklungsländer sowie die als gleichwertig betrachtete Aktivität beider Seiten hervorgekehrt. Nach BODEMER soll diese Betonung partnerschaftlicher Zusammenarbeit den „Almosencharakter“<sup>61</sup>, der den sonst üblichen Begrifflichkeiten inhärent sei, vermeiden und dem Selbstbewusstsein der neuen afrikanischen Staaten entgegenkommen. Dieser Erkenntnis folgt auch die symptomatische Benennung des verantwortlichen Bundesministeriums in „Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.“<sup>62</sup> Doch dieser Terminus erfährt als „neuzzeitliche[r] Bonner Euphemismus“<sup>63</sup> auch durch die ostdeutsche Presse und bis in die Gegenwart scharfe Kritik. ZURMÜHL konstatiert trotz dieser sprachlichen „Sensibilisierung“<sup>64</sup> einen nach wie vor vorherrschenden „kolonialen Blick im entwicklungspolitischen Diskurs“, wobei eine Veränderung des Sprachgebrauchs noch keine Veränderung des Weltbilds impliziere. LEPENIES wirft dem Terminus sogar eine bewusste Verschleierung der der Entwicklungspolitik stets „innewohnenden Machtstrukturen“<sup>65</sup> vor, da der elementare Unterschied von Geber und Empfänger unterschlagen werde, wohingegen „Entwicklungshilfe“ diese „Dichotomie“ und Asymmetrie wenigstens klar offenbare.

---

<sup>59</sup> So existiert im WÖRTERBUCH ZUR POLITIK (2004) kein Eintrag mehr zu „Entwicklungshilfe.“ Unter „Entwicklungspolitik“ heißt es: „Im Unterscheid zum älteren Begriff Entwicklungshilfe, der im Wesentlichen auf die Tätigkeit der Geberländer oder Geberorganisationen gerichtet war, erfasst die E. das Tun und Lassen der Industrie- und der Entwicklungsländer und die für die Entwicklung oftmals entscheidenden internationalen Rahmenbedingungen [...]“ Vgl. „Entwicklungspolitik.“ In: WÖRTERBUCH ZUR POLITIK, 2004, S.198.

<sup>60</sup> *Spekulationen über Afrikas Zukunft*. In: DIE WELT, 29. November 1963, Die Geistige Welt.; FALK, 1985, S.113.

<sup>61</sup> BODEMER, 1974, S.223.; *Aus der Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der SPD, Erler, auf dem Flüchtlingskongress der SPD in Sindelfingen am 7. März 1964*. In: DzD 1964, S.333.: *Bundesregierung und Bundestag bejagen Entwicklungshilfe*. In: DIE WELT, 23. Juli 1960, S.2.

<sup>62</sup> BELLERS, 1988, S.5.; seit 1993 „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.“

<sup>63</sup> FALK, 1985, S.113.

<sup>64</sup> ZURMÜHL, 1995, S.97.

<sup>65</sup> LEPENIES, 2009, S.34.

Konsequenterweise muss eingeräumt werden, dass auf sprachlicher Ebene keine DDR-genuine „Entwicklungshilfe“ existiert. Ulbricht verweist in seiner Rede vor dem Zentralkomitee 1970 auf das Phänomen, dass mittlerweile „sogar gleiche Wörter [...] oftmals nicht mehr die gleiche Bedeutung“<sup>66</sup> hätten. Im öffentlichen wie nicht-öffentlichen Diskurs wird „Entwicklungshilfe“ und die damit verbundene Praxis ausschließlich als „ausbeuterische Praxis“ und „Propagandalosung“<sup>67</sup> des Westens charakterisiert. In dieser Folge erschienen die Ausdrücke „Entwicklungshilfe“ oder „Hilfe“<sup>68</sup> in der Regel nur in ironisierter Form mit dem Zusatz „so genannt“ oder in Anführungszeichen. BECKENBACH bezeichnet die DDR in diesem Kontext sogar als „Sprachregime.“<sup>69</sup> Allerdings muss konstatiert werden, dass an dieser Stelle im Sinne Foucaults nur der „herrschende Diskurs“, also der offiziell „erwünschte Gebrauch“<sup>70</sup> dargestellt wird und keine verbindliche Aussage darüber getroffen werden kann, ob und inwiefern der Terminus „Entwicklungshilfe“ für das eigene Engagement im nicht-öffentlichen Diskurs der DDR Verwendung findet, wobei in DAS GROBE LEXIKON DES DDR-ALLTAGS (2003), das sich die Darstellung der Alltagssprache zur Aufgabe gemacht hat, kein entsprechendes Lemma existiert. Der „Monopolisierung“<sup>71</sup> parteikonformer Definitionen mit Hilfe der durch den Staatsverlag herausgegebenen Veröffentlichungen steht die „Kunst der doppelten Zunge“<sup>72</sup> gegenüber: Demnach ist es denkbar, dass die Bürger der DDR auch im Bereich der Entwicklungspolitik zwischen dem offiziellen Parteicode und einer in beiden Teilen Deutschlands verständlichen Alltagssprache zu „switchen“ vermochten. Dafür spricht auch, dass NEUES DEUTSCHLAND den offiziösen Sprachgestus zwar insgesamt einhält, jedoch gelegentlich selbst den Terminus „Entwicklungshilfe“ für das Engagement der Sowjetunion oder anderer sozialistischer Verbündeten gebraucht. Häufig ist zur Abgrenzung von der westlichen Praxis durch Beifügung eines positiv besetzten Adjektivs von „wirklicher“ oder „echte[r] Entwicklungshilfe“<sup>73</sup> die Rede. In der Korrespondenz zwischen den

---

<sup>66</sup> *Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Rede des Genossen Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. Juni 1970, S.4.

<sup>67</sup> *Indien ist um eine Erfahrung reicher.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. August 1960, S.5.

<sup>68</sup> *Aus dem Aufsatz des stellvertretenden Außenministers Schwab: Zehn Jahre Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen imperialistische Unterdrückung.* In: DzD 1959, S.90.

<sup>69</sup> Er definiert dabei Ideologie als Zusammenwirken von Sprache und Denkmustern, die zur Erzielung politischer Ziele eingesetzt werden. Vgl. BECKENBACH, 2008 (A), S.120.

<sup>70</sup> HELLMANN, 1985, S.1263.; Ähnlich BERGSDORF, der vor der Gleichsetzung von „Sprachlenkung“ und „Menschenlenkung“ warnt und konstatiert, dass die DDR formal, was den offiziellen Sprachgebrauch angehe, sehr erfolgreich gewesen sei. Vgl. BERGSDORF, 1994, S.32.

<sup>71</sup> HELLMANN, 1985, S.1262 f.

<sup>72</sup> WINDMÖLLER, 1980, Kapitel 12.

<sup>73</sup> Die afrikanischen Völker, [...] brauchen [...] gewaltige, echte, uneigennützigte Entwicklungshilfe. Das große Beispiel, das die Sowjetunion mit dem Bau des Assuanstaudamms gibt, zeigt ihnen, wo allein sie diese Hilfe

Auslandsvertretungen und dem Außenministerium ist in Bezug auf das eigene Engagement meistens von „Hilfe“<sup>74</sup> die Rede, was primär mit sprachpragmatischen Gründen der Verknappung im Telegrammstil erklärt werden kann.

Das KLEINE POLITISCHE WÖRTERBUCH (1967) definiert „Entwicklungshilfe“ als „in den kapitalistischen Ländern gebräuchliche Bezeichnung für die Gesamtheit der aus diesen Staaten in junge Nationalstaaten fließenden finanziellen und materiell-technischen Leistungen und Warenlieferungen.“<sup>75</sup> Dadurch sicherten die „imperialistischen Monopole“ im Sinne des „Neokolonialismus“ ihre ökonomische Überlegenheit und politische Einwirkungsmöglichkeit in den ehemaligen Kolonialstaaten. Dies erreichten sie primär dadurch, dass sie die „pro-imperialistischen Kräfte“<sup>76</sup> in den jeweiligen Empfängerstaaten stärkten, um kurzfristig die „Annäherung“ und langfristig ein Bündnis mit dem sozialistischen Lager zu verhindern. Durch die „Gewährung bzw. Verweigerung“ übe der Westen Druck auf die Empfängerländer aus. Die globalpolitische Bedeutung dieses Instruments sei eminent: Das WÖRTERBUCH DER AUßENPOLITIK UND DES VÖLKERRECHTS (1980) bezeichnet „Entwicklungshilfe“ in dieser Konsequenz als „eines der wichtigsten Mittel zur Erreichung außen- und gesellschaftspolitischer, ökonomischer und militärisch-strategischer Ziele des Neokolonialismus.“<sup>77</sup> Anlässlich der Belgrader Blockfreien Konferenz 1961 diagnostiziert NEUES DEUTSCHLAND, die „wäßrigen Phrasen von der ‚Wirtschaftshilfe ohne politische Bedingungen für die unterentwickelten Länder‘ lösten sich in einen widerlichen, klebrig-feuchten Dunst auf“<sup>78</sup>, der die wahren Absichten der Bonner Regierung offenbare. Auch die Studie von SPRÖTE/HAHN (1965) spricht nicht von westdeutscher „Entwicklungshilfe“, sondern formelhaft von der „staatsmonopolistische[n] Förderung der neokolonialistischen Expansion des westdeutschen Monopolkapitals.“<sup>79</sup> Die ostdeutschen Wissenschaft erklärt dessen Entstehung mit den Um-

---

ohne knechtende, ihre Unabhängigkeit wieder einschränkende Bedingungen erhalten können.“ Vgl. *Von Accra nach Tunis - ein großes Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 30. Januar 1960, S.7.

<sup>74</sup> So sei die DDR „[...] darauf bedacht, Hilfe zu leisten.“ Vgl. *Aktenvermerk über eine Besprechung mit dem Leiter der Abteilung Afrika Büttner vom 11. März 1960*. In: PA/MfAA A 14330.; In Guinea werde von Seiten der DDR „Hilfe dringend benötigt.“ Vgl. *Analyse der Faktoren, die die Herstellung diplomatischer Beziehungen der DDR zur Republik Guinea beeinflussen vom 20. Juli 1960*. In: PA/MfAA A 15896.

<sup>75</sup> „Entwicklungshilfe.“ In: KLEINES POLITISCHES WÖRTERBUCH, 1967, S.172.

<sup>76</sup> „Entwicklungshilfe.“ In: WÖRTERBUCH DER AUßENPOLITIK UND DES VÖLKERRECHTS, 1980, S.151.

<sup>77</sup> „Entwicklungshilfe.“ In: WÖRTERBUCH DER AUßENPOLITIK UND DES VÖLKERRECHTS, 1980, S.150.

<sup>78</sup> *Die große Realität*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. September 1961, S.4.

<sup>79</sup> SPRÖTE/HAHN, 1965.

wälzungen der internationalen Beziehungen zugunsten des Sozialismus, wodurch die Monopole gezwungen seien, nach „neuen Formen“<sup>80</sup> ökonomischer Ausbeutungsmechanismen zu greifen.

#### 3.3.2 „Antiimperialistische Solidarität“

Im offiziellen Sprachgebrauch der DDR heißt das eigene entwicklungspolitische Engagement „antiimperialistische Solidarität“ oder gelegentlich auch „sozialistische Bruderhilfe.“<sup>81</sup> Diese Ideologisierung durch sozialistische Schlagwortverkettung und Attribuierung besitzt zweierlei Funktion: Zum einen die Abgrenzung zur westdeutschen Praxis, worauf die ostdeutsche Regierung größten Wert legt. Zum anderen werden sogleich potentielle Adressaten als „sozialistische Bruderstaaten“ präzisiert sowie die intendierten Motive und Ziele offenlegt, die dem „wissenschaftlichen Weltbild“ des Sozialismus entsprechen: Durch dieses Instrument soll ein „antiimperialistisches Bündnis“<sup>82</sup> zwischen den sozialistischen und jungen Staaten bzw. den „nationalen Befreiungsbewegungen“ geschmiedet werden. Nach JESSEN kommt legitimationsdefizitären Systemen wie der DDR einer solchen „symbolischen Integration“<sup>83</sup> durch sprachliche Muster eine nach außen abgrenzend-differenzierende und nach innen systemstabilisierende Bedeutung zu. Denn im Gegensatz zur westdeutschen „Entwicklungshilfe“ beruhe die „antiimperialistische Solidarität“ auf der „Grundlage der Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung und des gegenseitigen Vorteils“<sup>84</sup> und sei frei von ausbeuterischen und bevormundenden Strukturen. Die Ziele, wie Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus sowie Stärkung der Souveränität, werden nach dezidiert empfangerspezifischen Interessen formuliert. NEUES DEUTSCHLAND ereifert sich in diesem Kontext darüber, dass im westdeutschen Entwicklungsdiskurs Begriffe der Arbeiterbewegung, wie „internationale Solidarität [...] mißbraucht und in den Dienst der Monopole gestellt“<sup>85</sup> würden. Während in NEUES DEUTSCHLAND beinahe jeder Kontakt zu den so genannten „Entwicklungsländern“ als Indiz für die internationale „antiimperialistische Solidarität“ gezählt wird,

---

<sup>80</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.593.

<sup>81</sup> Gelegentlich ist umschreibend vom „Opfer für die schnellere Entwicklung der noch schwächeren Bruderländer“ die Rede. Vgl. *Peter Florin: Die internationale Stellung der DDR und ihre Außenpolitik*. In: DZD 1958, S.1302.

<sup>82</sup> „*Antiimperialistisches Bündnis*.“ In: WÖRTERBUCH DER AUßENPOLITIK UND DES VÖLKERRECHTS, 1980, S.44 f.

<sup>83</sup> JESSEN, 2011, S.135.

<sup>84</sup> „*Entwicklungshilfe*.“ In: WÖRTERBUCH DER AUßENPOLITIK UND DES VÖLKERRECHTS, 1980, S.151 f.; „*Antiimperialistisches Bündnis*.“ In: WÖRTERBUCH DER AUßENPOLITIK UND DES VÖLKERRECHTS, 1980, S.44 f.

<sup>85</sup> *Sie helfen Kolonialherren*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Dezember 1960, S.4.; So betrachtet der DGB „Entwicklungshilfe“ als „Form der internationalen Solidarität.“ Vgl. *Wir helfen*. In: DIE WELT, 1. April 1960, S.1.

warnen der SPD-Abgeordnete Kalbitzer, einer der Wortführer eines kritischen „Entwicklungshilfe“-Begriffs, davor, jeglichen kommerziellen Kontakt zu einem Entwicklungsland mit einem „moralische[n] Mäntelchen“<sup>86</sup> der „Entwicklungshilfe“ zu umhängen. Dies offenbart auf Seiten der Bundesrepublik ein sowohl sprach- als auch prozesskritisches Bewusstsein in Abgrenzung zum „anderen Deutschland“. Auffällig erscheint in diesem Kontext, dass in den Akten der Auslandskorrespondenz dieses ideologisierte Vokabular kaum Verwendung findet, vielmehr ist von „Hilfe“ oder „Unterstützung“<sup>87</sup> die Rede, was mit der verkürzten Kommunikation auf Telegrammebene erklärt werden kann.

Die spezifisch ostdeutschen Termini „antiimperialistische Solidarität“ oder „sozialistische Bruderhilfe“ finden in der Bundesrepublik keine aktive Verwendung. Sie werden weder ausführlich rezipiert, so wie es in NEUES DEUTSCHLAND für „Entwicklungshilfe“ geschieht, noch finden sie bei der Beschreibung des ostdeutschen Engagements Verwendung. Die westdeutschen Medien und Regierungsakten verwenden sowohl für das eigene als auch für das DDR-genuine Engagement in der Regel die Termini „Entwicklungshilfe“ oder auch nur „Aktivität“.<sup>88</sup> Dies dient einerseits der allgemeinen Verständlichkeit und Vergleichbarkeit, da unter den in der DDR verwendeten und recht unspezifischen Schlagworten beinahe jeder auswärtige Kontakt Ostberlins fallen kann. In diesem Kontext belustigt sich DIE WELT über das ostdeutsche sprachliche Abgrenzungsgebaren, das zu „Vokabeln, die in keinem Wörterbuch stehen“<sup>89</sup> führe. Andererseits demonstriert die Verweigerung, das ideologische Vokabular zu verwenden, die Ablehnung des Systems, dem man keine eigene Formulierungskraft und Handlungsfähigkeit nach außen zugesteht.

#### 3.4. DIE ADRESSATEN

Die terminologische Auseinandersetzung betrifft nicht nur das Vokabular zur Bezeichnung der Geberstaaten oder des politischen Prozesses, sondern auch das zur Charakterisierung der Adressaten. Als Kollektivbezeichnungen werden exemplarisch der in beiden deutschen Staaten am häufigsten verwendeten Terminus „Entwicklungsland“ bzw. „Entwicklungsländer“

---

<sup>86</sup> *Staatliche Entwicklungshilfe ist gute Sicherheitspolitik.* In: DIE WELT, 2. März 1963, Das Forum der Welt.

<sup>87</sup> Exemplarisch: *Analyse der Faktoren, die die Herstellung diplomatischer Beziehungen der DDR zur Republik Guinea beeinflussen vom 20. Juli 1960.* In: PA/MfAA A 15896.; *Vermerk Kiesewetters über eine Unterredung mit dem Vizepräsidenten Hanga vom 20. März 1964.* In: PA/MfAA A 15069.

<sup>88</sup> Auch ist gelegentlich von „wirtschaftlichen Angebote[n]“ der DDR die Rede. Vgl. *Merkblatt „Ostblock-Aktivität“ bei: Instruktion für den neu ernannten Botschafter in Dar-es-Salaam vom 11. Mai 1965.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>89</sup> *Vokabeln, die in keinem Wörterbuch stehen.* In: DIE WELT, 28. August 1961, S.3.



sowie die höchst umstrittene Formel „Dritte Welt“ untersucht. Abschließend stehen die Bezeichnungen der Afrikaner als Individuen im Entwicklungsdiskurs im Fokus.

#### 3.4.1 Der Terminus „Entwicklungsland“

BOOZ behauptet, Bonn habe die Bezeichnung „Entwicklungsländer“ nur für diejenigen Staaten verwendet, die keine diplomatischen Beziehungen zur DDR pflegten.<sup>90</sup> Würde ein Staat nicht als solcher kategorisiert, existiere folglich keine Notwendigkeit zur „Entwicklungshilfe.“ Dies stünde in diametralem Gegensatz zur Position der Vereinten Nationen, wonach „*alle* Staaten, [...] deren jährliches Pro-Kopf-Einkommen nicht mehr als 25% des Einkommens der hochentwickelten Industrieländer beträgt“<sup>91</sup>, so genannte „Entwicklungsländer“ sind. Wurde dieser Terminus in der Bundesrepublik tatsächlich auf solche Länder beschränkt, die sich global- und deutschlandpolitisch im Sinne Bonns positionierten und wurden sozioökonomische Kriterien dem nachgeordnet?

Ein zeitgenössisches politisches Lexikon aus der Bundesrepublik definiert „Entwicklungsländer“<sup>92</sup> allein durch historische, wirtschaftliche, medizinische und administrative Symptome, die entweder alle oder zumindest zu mehreren auftreten.<sup>93</sup> Gemeinsam sei den Ländern allerdings der „weit unter dem Durchschnitt“<sup>94</sup> der Industrieländer liegende Lebensstandard. Der Artikel demonstriert weder sprachkritisches Bewusstsein, noch wird die (außen-)politische Ausrichtung als Distinktionsmerkmal benannt. Es wird lediglich auf die Heterogenität der darunter subsumierten Staaten verwiesen, die beispielsweise meist ehemalige Kolonien seien, zu denen gegenwärtig aber auch europäische Staaten wie Griechenland zählten. Der im Westen zeitgenössisch vielrezipierte Sozialwissenschaftler SALIN unterscheidet vier Haupttypen von Entwicklungsländern nach ökonomischem sowie innenpolitischem Entwicklungsstand und -potential.<sup>95</sup> Auf die Rolle der außenpolitischen Orientierung geht

---

<sup>90</sup> BOOZ, 1995, S.69.

<sup>91</sup> HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK, 1975, S.723; Zu den Industriestaaten zählen in diesem Kontext die USA, Australien, EG-Staaten und Japan.

<sup>92</sup> „*Entwicklungsländer*.“ In: GESELLSCHAFT UND STAAT, 1971, S.116 f.

<sup>93</sup> Darunter fallen eine koloniale Vergangenheit, ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen, monokulturelle agrarwirtschaftliche Prägung, niedrige Lebenserwartung, eine geringe Alphabetisierungsrate und mangelhafte Verwaltungsordnungen. Außerdem werden eine ungleiche Einkommensverteilung, ein starkes Bevölkerungswachstum, hohe Säuglingssterblichkeit, eine niedrige Spar- und Investitionsquote und ein häufig autoritärer Regierungsstil genannt.

<sup>94</sup> „*Entwicklungsländer*.“ In: GESELLSCHAFT UND STAAT, 1971, S.116 f.

<sup>95</sup> Typ 1: „Zonen bleibenden Agrikulturstands“; Typ 2: „Zonen potentieller Industrialisierung mit passiver Bevölkerung und wenig Eigenkapital“; Typ 3: „Zonen potentieller Industrialisierung mit passiver Bevölkerung und großen Horten“; Typ 4: „Zonen potentieller Industrialisierung mit aktiver Bevölkerung und wenig Eigenkapital“ Vgl. SALIN, 1959, S.415 ff.

dagegen Adenauer in seiner Regierungserklärung am 29. Oktober 1957 ein, wenn der Kanzler vielsagend betont, die Bundesrepublik werde überall „Entwicklungshilfe“ leisten „wo der Wille zur Freiheit und Selbstständigkeit lebendig ist.“<sup>96</sup> In einem SPIEGEL-Interview reagiert Bundesminister Scheel 1962 ausweichend auf die Frage, ob auch Ländern, die die DDR anerkennen, „Entwicklungshilfe“ durch Bonn gewährt werden könne.<sup>97</sup> Auf den Einwand des Reporters, dass es doch auch „Not hinter dem Eisernen Vorhang“ gebe, verweist Scheel auf das Unverständnis des Steuerzahler für solche Hilfeleistungen: „Das hat uns gerade noch gefehlt, daß wir mit unseren Steuergroschen Staaten unterstützen, die uns das primitivste Recht auf Selbstbestimmung für unseres eigenes Volks abstreiten. Nee, wissen Se...“<sup>98</sup> Außerdem fehlten aufgrund mangelnder Kontakte auch die logistischen Möglichkeiten zur „Entwicklungshilfe“ für solche Staaten.<sup>99</sup> Ähnlich konstatiert auch DIE WELT, geholfen werden könne nur solchen Ländern, die sich durch „Achtung der Rechte des Westens“<sup>100</sup> hervortäten. Diplomatische Beziehungen zur DDR bilden ganz offensichtlich eine „rote Linie“. Schwieriger erscheint dies allerdings bei solchen Staaten, die Kontakte unterhalb der Regierungsebene zur DDR unterhalten. So betont von Brentano, dass man zwar „Hilfe ohne politische Bedingungen“ geben wolle, dass dies aber nicht bedeutete, dass man die „politische Haltung“ der (potentiellen) Empfänger nicht genau beobachte: „Unser Interesse an Ländern, [...] in denen wir beobachten, daß ihr Verhältnis zu uns von einer übereinstimmenden Beurteilung der weltpolitischen Vorgänge bestimmt wird, ist größer als bei den anderen, die den entgegengesetzten Weg gehen.“<sup>101</sup> Dass zur „Beurteilung der weltpolitischen Vorgänge“ auch die Haltung zur deutschen Teilung zählt, wird zwar nicht explizit ausgesprochen, muss den Zeitgenossen jedoch klar gewesen sein. Der wirtschaftspolitische Flügel in der Bundesrepublik sorgt sich zudem, man könne „auf den weniger aussichtsreichen Entwicklungsländern sitzen bleiben.“<sup>102</sup> Wer für die Bundesrepublik als förderungswürdig erscheinen will,

---

<sup>96</sup> *Regierungserklärung Bundeskanzler Adenauers vor dem 3. Deutschen Bundestag am 29. Oktober 1957.* In: DzD 1957, S.1809.

<sup>97</sup> „Die Frage hat sich noch nicht gestellt. Sie ist auch so abstrakt nicht zu beantworten. Da müßte ich schon ein konkretes Beispiel haben. Jede Antwort würde in den Bereich der Spekulation gehören.“ Vgl. *Milliarden in den Busch?* In: DER SPIEGEL Nr.20/1962, S.28.

<sup>98</sup> *Milliarden in den Busch?* In: DER SPIEGEL Nr.20/1962, S.28.

<sup>99</sup> „Während wir jedoch in der nicht zum Sowjetblock gehörenden Welt die Möglichkeit zur Hilfe haben - unabhängig vom jeweiligen Regierungssystem in den betreffenden Ländern -, fehlen zum Ostblock ohne unsere Schuld alle Verbindungen, die zur Gewährung von Förderungsmaßnahmen notwendig sind.“ Vgl. *Milliarden in den Busch?* In: DER SPIEGEL Nr.20/1962, S.28.

<sup>100</sup> *Helfen oder schenken?* In: DIE WELT, 21.3.64, S.2.

<sup>101</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am Mai 1961, S.9223 C.

<sup>102</sup> *Spielt Bonn mit falschen Zahlen?* In: DER SPIEGEL Nr.25/1961, S.25.

muss also offenbar nicht Distanz zur DDR wahren, sondern auch möglichst über eine wirtschaftspolitisch aussichtsreiche Ausgangslage, wie Zugang zu Rohstoffen, verfügen. Empfänger entwicklungspolitischer Leistungen aus dem Ost- und Westblock werden innerhalb der Bundesrepublik sowohl öffentlich als auch in den internen Akten des Außenministeriums während des Untersuchungszeitraums in der Regel als „Entwicklungsländer“ bezeichnet. Dieser Terminus sowie die oft synonym verwendete Formel „unterentwickelte Länder“<sup>103</sup> erfahren als pejorative und unzulängliche Zuschreibungen jedoch regelmäßig Kritik. So erinnert der SPD-Abgeordnete Schmid am 15. Januar 1958 vor der Beratenden Versammlung des Europarats daran, dass in der Vergangenheit „wir im Verhältnis zu diesen Völkern [...] die unterentwickelten waren.“<sup>104</sup> Das BMZ schlägt 1963 sogar gegenüber dem Auswärtigen Amt die Sprachregelung vor, statt „Entwicklungsländer“<sup>105</sup> lieber die regionalen Bezeichnungen der Kontinente (Afrika, Asien, Lateinamerika) zu verwenden, was sich allerdings nicht durchsetzt. SALIN bezweifelt 1959 öffentlich die in diesen Bezeichnungen implizierte allgemeine Entwicklungsfähigkeit aller Länder und glaubt, es sei „noch lange nicht gesagt, dass ein unterentwickeltes Land sich immer in Entwicklung befindet oder befinden wird.“<sup>106</sup> Er rät entsprechend dazu, einen solchen Staat lieber als „potentielles Entwicklungsland“ zu bezeichnen. Die zeitgenössische westdeutsche Presse verfolgt in Teilen einen ähnlichen Ansatz, fordert aber, man solle positivistisch von „entwicklungsfähigen Ländern“<sup>107</sup> oder von „neue[n] oder werdende[n] Nationen“<sup>108</sup> sprechen. Dabei schwingt in diesen Zuschreibungen die „Industriation“<sup>109</sup> als zu erreichende Norm mit, wobei der gegenwärtige Zustand des jeweiligen Lands als unbefriedigend eingestuft wird. So tritt bisweilen die Vorstellung zutage, als existierten Staaten, die, so der Bundestagsabgeordnete von Mühlen, „auf

---

<sup>103</sup> TEEGESPRÄCHE II, 9. Juni 1956, S.99.; Außenminister von Brentano „[...] Ländern, die man früher einmal in einem, wie ich glaube, sehr unangebrachten Hochmut als ‚unterentwickelt‘ bezeichnet hat.“ Vgl. Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestags. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 155. Sitzung am 28. Juni 1956, 8417 C.; *Ausarbeitung „Die außenpolitische Aufgabe der Entwicklungspolitik“ vom 8. Dezember 1960.* In: PA/AA B1 Bd.121.; *Schreiben an das Referat III A3 vom 21. April 1964.* In: PA/AA B34 Bd.511.

<sup>104</sup> Er bezieht sich dabei vor allem auf „die Völker des Orients.“ Vgl. *Erklärung des Abgeordneten Schmid (SPD) am 15. Januar 1958 vor der Beratenden Versammlung des Europarats.* In: DzD 1958, S.127.

<sup>105</sup> *Staatssekretär Labr an Staatssekretär Vialon, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 29. Juli 1963.* In: AAPD 1963, Dok.248, Anm.3, S.823.

<sup>106</sup> SALIN, 1959, S.404.

<sup>107</sup> So auch Adenauer. Vgl. *Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 29. Oktober 1957.* In: DzD 1957, S.1809.

<sup>108</sup> *Wenn Hilfe Gefahr bringt.* In: DIE WELT, 9. April 1964, S.3; *Werden farbige Cäsaren die Macht ergreifen?* In: DIE WELT, 21. Juni 1960, S.2.

<sup>109</sup> AFRIKA UND DIE DEUTSCHE SPRACHE, 2004, S.120 f.

keine kulturelle Tradition zurückblicken<sup>110</sup> könnten, während Kalbitzer vor allem das globalpolitische Krisenpotential dieser Länder zum Kriterium macht. Ludwig Erhard spricht lieber von den „so genannten ‚Entwicklungsländern‘“<sup>111</sup> und bemängelt die unzureichende Differenziertheit des Terminus. Obwohl diese Kritikpunkte öffentlich regelmäßig akzentuiert werden, tauchen die Formeln „Entwicklungsländer“ oder „unterentwickelte Länder“ beständig in den Medien und der politischen Diskussion auf und den gelegentlich formulierten Sprachempfehlungen wird kaum Folge geleistet.

Auch NEUES DEUTSCHLAND demonstriert sprachkritisches Bewusstsein, wenn von „den sogenannten Entwicklungsländern“<sup>112</sup> die Rede ist. Im KLEINEN POLITISCHEN WÖRTERBUCH (1967) existiert dieses Lemma nicht, erst in der dritten überarbeiteten Auflage von 1978 findet der Terminus Eingang. Dies könnte der Befürchtung geschuldet sein, diese Länder könnten sich quasi „automatisch“ zu Industrieländern kapitalistischer Prägung entwickeln. Außerdem wird dieser Begriff, ähnlich wie „Entwicklungshilfe“ als westdeutsches „Herrenmenschen-Vokabular“<sup>113</sup> empfunden, wie NEUES DEUTSCHLAND es nennt. Das WÖRTERBUCH DER AUßENPOLITIK UND DES VÖLKERRECHTS (1980) definiert „Entwicklungsländer“ als „generalisierende Bezeichnung für ehemals koloniale, halbkoloniale oder abhängige Länder.“<sup>114</sup> Die distinktiven ökonomischen Merkmale wie landwirtschaftliche Prägung, geringes Pro-Kopf-Einkommen, mangelhafte Alphabetisierung und ein starkes Bevölkerungswachstum, sind mit den westdeutschen Kriterien identisch. Nach FAULWETTER/LIEBSCHER (1981) seien für die Bundesrepublik weniger diese sozioökonomischen Merkmale als vielmehr „militärstrategische Erwägungen und eigene Rohstoffinteressen“<sup>115</sup> von Bedeutung, so dass Bonn in dieser Konsequenz sogar Israel als „Entwicklungsland“ betrachte. Neben der „logischen Unzulänglichkeit“<sup>116</sup> des Begriffs, da jedes Land sich entwickele, wird, ähnlich wie in

---

<sup>110</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 119. Sitzung am 23. Juni 1960, S.6892 A.; „Die weltpolitischen Ereignisse der 50er Jahre sind gezeichnet durch Krisen: in Korea, Indochina, Suez, Tibet, in den letzten Jahren Kuba, Kongo, Algerien und Angola. Aus dieser Aufzählung, die Ihnen allen ja geläufig ist, wollen Sie bitte ersehen, daß diese Länder, die allesamt, so unterschiedlich sie auch im Einzelnen sind, als Entwicklungsländer bezeichnet werden [...]“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9202 B.

<sup>111</sup> „Wir müssen auch damit rechnen, daß diese Länder, die heute generell „Entwicklungsländer“ genannt werden, ohne daß der Ausdruck eine absolute Aussage über die im Einzelnen sehr differenzierten Verhältnisse zulässt [...]“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6805 A.

<sup>112</sup> *Richters Partnerschaft mit Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Juni 1960, S.5.

<sup>113</sup> *Blutige Entwicklungshilfe*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Februar 1961, S.1.

<sup>114</sup> „Entwicklungsländer.“ In: WÖRTERBUCH DER AUßENPOLITIK UND DES VÖLKERRECHTS, 1980, S.152 f.

<sup>115</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.594.

<sup>116</sup> GRUNDFRAGEN DES ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPFES, Berlin(O): 1974, S.449.

der Bundesrepublik, die mangelnde Differenzierung der darunter subsumierten Länder kritisiert. So monieren SPRÖTE/HAHN, den Unterschieden in ökonomischer, kultureller sowie innen- und außenpolitischer Entwicklung werde keine Beachtung geschenkt.<sup>117</sup> Allerdings wird der Ausdruck „Entwicklungsland“ nicht nur in quasi-ironischer Abgrenzung als westdeutsches Vokabular in Anführungszeichen oder dem Zusatz „so genannt“ zitiert, sondern auch ganz selbstverständlich in den Berichten über das eigene Engagement oder die Aktivitäten der besagten Länder verwendet, und auch die Fügung „unterentwickelte Länder“<sup>118</sup> erscheint in Regel ohne Anführungszeichen. Häufig existieren sogar beide Verwendungsweisen nebeneinander oder es ist ganz allgemein von „arabischen“ oder „afrikanischen Staaten“<sup>119</sup> die Rede. Im Gegensatz zur westdeutschen Seite wird an keiner Stelle problematisiert oder überhaupt thematisiert, dass in den meisten Fällen diplomatische Beziehungen oder entwicklungspolitische Kontakte zum „anderen Deutschland“ bestehen. Allerdings macht das ostdeutsche Erklärungsmuster in ideologischer Form die andauernde „Abhängigkeit vom Imperialismus“<sup>120</sup> für die Strukturdefizite dieser Länder verantwortlich. Diese „extreme Reduktion der Komplexität“<sup>121</sup> erscheint symptomatisch für den Sprachgebrauch totalitärer Systeme. Die DDR unterscheidet in diesem Duktus drei Typen von Entwicklungsländern: Der „kapitalistische Entwicklungsweg“ zeichne sich durch die politische und wirtschaftliche Dominanz der „nationalen Bourgeoisie“, erste „kapitalistische Produktionsweisen“ der Industrie und starker „imperialistischer Abhängigkeit“<sup>122</sup> nach außen aus. Als entgegengesetzter Typus werden Staaten „sozialistischer Orientierung“ bezeichnet, die sich in einer „Übergangstape zum Sozialismus in Gestalt einer tiefgreifenden, revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft im Interesse der Volksmassen unter deren aktiven Teilnahme“<sup>123</sup> befänden. Typische Kennzeichen seien der „Übergang der Macht in die Hände fortschrittlicher Kräfte“<sup>124</sup>, Agrarreformen und Verstaatlichungsmaßnahmen zur Entmachtung der „nationalen Bourgeoisie“ und ein enges außenpolitisches Bündnis zu den etablierten sozialistischen Staaten. In einer dritten und besonders umworbenen Gruppe von Ländern tobe ein „Kampf um die

---

<sup>117</sup> SPRÖTE/HAHN, 1965, S.6.

<sup>118</sup> „Forcierung der Bonner Kolonialpolitik gegenüber den unterentwickelten Ländern“ Vgl. *Atomwaffenfraktion im SPD-Vorstand geht bis zur letzten Konsequenz*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. November 1960, S.2.

<sup>119</sup> *Die Misere der bürgerlichen Ideologien*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Januar 1957, S.2.; *Leitungsvorlage zur Reise einer offiziellen DDR-Delegation nach Ostafrika vom 4. Januar 1964*. In: PA/MfAA A 15069.; *MfAA-Aktennotizen vom 20. September 1963*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>120</sup> „Entwicklungsländer.“ In: WÖRTERBUCH DER AUßENPOLITIK UND DES VÖLKERRECHTS, 1980, S.152.

<sup>121</sup> BERGSDORF, 1994, S.23.

<sup>122</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.114 f.; REIME, 1972, S.8.

<sup>123</sup> AFRIKA IM ANTIMPERIALISTISCHEN KAMPF, Berlin (O): 1978, S.17.

<sup>124</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.133.

Festlegung des künftigen Entwicklungsweges.<sup>125</sup> Nach FAULWETTER/LIEBSCHER sollen die Länder von Typ 2 und 3 besonders gefördert werden.<sup>126</sup> Besonders gute Chancen errechnet sich die DDR in Ländern außenpolitisch prosozialistischer Ausrichtung mit wachsendem National- und Klassenbewusstsein und schlechter Wirtschaftslage, wo die „Grundlagen der ausbeutenden Bourgeoisie“<sup>127</sup> relativ schwach ausgeprägt seien. Auch für die DDR spielt die außenpolitische Orientierung offenkundig eine maßgebliche Rolle. Dies demonstriert auch der programmatische Aufsatz Peter Florins zur ostdeutschen Außenpolitik, wonach kein Land „die großen Vorteile der sozialistischen Zusammenarbeit“<sup>128</sup> genießen könne, wenn dieses „der Sache des Sozialismus“ schade, indem es beispielsweise die Kooperation mit dem Osten ablehne oder sich an einer „Kampagne“ des Westens gegen den Sozialismus beteilige.

#### 3.4.2 Der Terminus „Dritte Welt“

In den Untersuchungszeitraum fällt auch die Verbreitung der zu Beginn der fünfziger Jahre geprägten Formel „Dritte Welt.“ Diese erscheint wohl erstmals in einem Artikel Alfred Sauvys in der Zeitung *L'Oberservateur* als „*Tiers Monde*“<sup>129</sup> am 14. August 1952 und bildet eine Analogie zum rechtlosen „*Tiers État*“ im vorrevolutionären Frankreich.

Die Empfänger von „Entwicklungshilfe“ werden im medialen und politischen Diskurs der Bundesrepublik nach „Entwicklungsländer“ am zweithäufigsten als Staaten der „Dritten Welt“ bezeichnet. Diese Fügung steht in erster Linie für die „Gesamtheit der Staaten Afrikas, Asiens und Süd- und Mittelamerikas“<sup>130</sup> und erscheint weitestgehend mit den nach sozio-ökonomischen Kriterien bestimmten „Entwicklungsländern“<sup>131</sup> identisch. Allerdings verweist der Terminus auch auf den Versuch, „einen ‚Dritten Weg‘ der Blockfreiheit zwischen Washington und Moskau zu entwerfen.“<sup>132</sup> Die außenpolitische Solidarisierung und selbstverordnete Neutralität im Ost-West-Konflikt bilden neben der zusätzlichen semantischen Aufladung die Hauptdistinktionsmerkmale im Vergleich zum eher allgemeinen Terminus

---

<sup>125</sup> „Entwicklungsländer.“ In: KLEINES POLITISCHES WÖRTERBUCH, 1978, S.208 f.

<sup>126</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.600.

<sup>127</sup> *Die sozialistische Weltrevolution und der Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die nationale und soziale Befreiung.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1964, S.5.

<sup>128</sup> Peter Florin: *Die internationale Stellung der DDR und ihre Außenpolitik.* In: DzD 1958, S.1302.

<sup>129</sup> WENGELER, 1995, S.685.

<sup>130</sup> „Dritte Welt.“ In: SACHWÖRTERBUCH DER POLITIK, 1977, S.204 f.

<sup>131</sup> So führt auch das zeitgenössische Wörterbuch *Gesellschaft und Staat* beide Begriffe hinter einem Lemma als gleichbedeutend an. Hinter dem Lemma „Entwicklungsländer“ wird „Dritte Welt“ in Klammern angeführt. Letzteres bildet kein eigenes Lemma. Vgl. „Entwicklungsländer.“ In: GESELLSCHAFT UND STAAT, 1971, S.116.

<sup>132</sup> HANDBUCH DER DRITTEN WELT Bd.I, 1982, S.13.

„Entwicklungsländer.“<sup>133</sup> Die Fügung verweist außerdem auf das ungeheure Potential gleichsam als „Dritte Kraft“ der Weltpolitik aufzutreten und wird in diesem Sinne auch von den Ländern der „Blockfreien Bewegung“ als positive Selbstbezeichnung verwendet.<sup>134</sup> Ein sprachkritischer Umgang mit diesem Terminus ist im Untersuchungszeitraum nicht festzustellen und etabliert sich erst zu Beginn der siebziger Jahre. Die dann am häufigsten formulierte Kritik besagt, dieser „missglückte Begriff“<sup>135</sup> vereinige in unzulänglicher Weise grundverschiedene Länder und impliziere zudem als „Residualkategorie“<sup>136</sup> den „letzten Platz“ auf einer Art „Weltrangliste“<sup>137</sup> nach der „ersten“ kapitalistischen und „zweiten“ kommunistischen Welt. Diese Hierarchie beziehe sich sowohl auf die Wirtschaftskraft als auch auf die weltpolitische Bedeutsamkeit, die deutlich hinter den beiden Blockmächten rangiere. In dieser Konsequenz schlagen die Vereinten Nationen 1970 sogar als Differenzierung eine „Vierte Welt“<sup>138</sup> vor, die infolge extremer Armut und massiver staatlicher Steuerungsprobleme von den übrigen Ländern abgeschnitten sei. Nach Ende des Kalten Krieges ist eine „Monosemierung“ des Terminus zu konstatieren, wobei der Aspekt der Systemalternative zugunsten der rein ökonomischen Definition schwindet. So kann auch MENZELS Formel vom „Ende der Dritten Welt“<sup>139</sup> verstanden werden.

DIE WELT tritt einem „Dritten Weg“ im Untersuchungszeitraum recht skeptisch gegenüber. Zwar wird das Recht auf einen außenpolitischen Neutralismus und den Zusammenschluss zu einer Interessensgemeinschaft keineswegs verneint. Andererseits wird den so genannten „Neutralen“ oder „nichtengagierten Völkern“<sup>140</sup> unterstellt, sie seien lediglich ein „Block der Unzufriedenen“<sup>141</sup> und primär durch die Bindeglieder „Armut“<sup>142</sup> und „Angst“ miteinander verbunden. Man fürchtet außerdem, dass charismatische Führungsgestalten wie Nehru, Tito oder Nasser erfolgreichen „Seelenfang“<sup>143</sup> betreiben und diese außenpolitisch schwer kalkulierbare Gruppe weiter anschwellen lassen könnten. Außenminister von Brentano äußert vor

---

<sup>133</sup> FALK verweist in diesem Kontext auf die spätere Bildung der „Gruppe 77“. Vgl. FALK, 1985, S.17.

<sup>134</sup> HANDBUCH DER DRITTEN WELT Bd.I, 1982, S.11.

<sup>135</sup> HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK 1975, S.723.

<sup>136</sup> HANDBUCH DER DRITTEN WELT Bd.I, 1982, S.12.

<sup>137</sup> WENGELER, 1995, S.686.

<sup>138</sup> Darunter fallen 25 Länder, fast alle auf dem afrikanischen Kontinent, darunter Guinea und Tansania. Vgl. HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK, 1975, S.723 f.

<sup>139</sup> MENZEL, 2009, S.27.

<sup>140</sup> *Abreibung für die Neutralen*. In: DIE WELT, 15.September 1961, S.3.

<sup>141</sup> *Der Block der Unzufriedenen*. In: DIE WELT, 5. Februar 1958, S.1 f.

<sup>142</sup> *Wenn die Armut und die Angst nicht wären...* In: DIE WELT, 2.9.1961, S.5.

<sup>143</sup> *Was wollen die Neutralen?* In: DIE WELT, 16. September 1960, S.3.

der Ernst-Reuter Gesellschaft am 25. April 1957 in Berlin die Befürchtung, die Entwicklungsländer könnten „über einen Neutralismus in den Satellitenstatus“ geraten.<sup>144</sup> DIE WELT betont zwar, man blicke äußerst „gelassen“<sup>145</sup> auf die zunehmende Orientierung Afrikas an der „Blockfreien Bewegung“, diese Haltung finde aber ihre Grenzen in Prozessen, die zur Anerkennung der DDR führen könnten. So wird Nasser anlässlich des Ulbricht-Besuchs im Februar 1965 vorgeworfen, „unter dem Deckmantel der Ungebundenheit“<sup>146</sup> den Staatsratsvorsitzenden in Wahrheit als den „Sprecher der deutschen Nation“ anerkannt zu haben. Eine Einordnung Europas als „dritte Kraft“<sup>147</sup> schließt von Brentano kategorisch aus. WESEL unterstellt der Begriffsprägung „Dritte Welt“ sogar unterschwellige Bedrohungskonnotationen zum „Dritten Reich.“<sup>148</sup>

Im offiziellen Sprachgebrauch der DDR wird „Dritte Welt“ im Untersuchungszeitraum nur sehr selten, teilweise kleingeschrieben, und in der Regel in Anführungszeichen verwendet.<sup>149</sup> In den einschlägigen DDR-Wörterbüchern dieser Zeit taucht das Lemma überhaupt nicht auf, ebenso wenig im DDR-HANDBUCH (1985).<sup>150</sup> Berichtet NEUES DEUTSCHLAND von den Empfängern ostdeutscher „Entwicklungshilfe“, ist vielmehr allgemein von den „Entwicklungsländern“ oder den „nichtpaktgebundenen“ und „national befreiten Staaten“<sup>151</sup> die Rede. Die Fügung wird in NEUES DEUTSCHLAND knapp in Form einer nachgeschobenen Anmerkung der Redaktion als „Sammelbegriff für die nichtpaktgebundenen Staaten, insbesondere die befreiten Nationalstaaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas“<sup>152</sup> definiert. Im ostdeutschen Sprachgebrauch tauchen eher umständliche Umschreibungen, wie „Asien, Afrika und Lateinamerika“<sup>153</sup> sowie ideologisierte Phrasen wie „befreundete“, „progressive“, „fortschrittliche“, „national befreite Staaten“ auf. Mit Genuss zitiert NEUES DEUTSCHLAND im internationalen Pressespiegel eine polnische Zeitung, wonach die Bundesrepublik unter

---

<sup>144</sup> Rede des Bundesministers von Brentano vor der Ernst-Reuter Gesellschaft in Berlin am 25. April 1957. In: DzD 1957, S.640.

<sup>145</sup> Bonn blickt gelassen nach Afrika. In: DIE WELT, 4. Februar 1964, S.3.

<sup>146</sup> Gamal Abdel Nassers neue Freundschaft. In: DIE WELT, 3. März 1965, S.5.

<sup>147</sup> Brentano: Europa ist keine dritte Kraft. In: DIE WELT, 5. Oktober 1959, S.2.

<sup>148</sup> WESEL, 1991, S.71 f.

<sup>149</sup> Erst ab Anfang der Sechziger ist die Fügung in NEUES DEUTSCHLAND überhaupt verzeichnet, später dann etwas häufiger. Vgl. *Das Erdöl und die „dritte Welt“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 7. April 1974, S.6.

<sup>150</sup> Lediglich das Lemma „Dritte Kraft“ ist als Reformkonzept des Sozialismus verzeichnet. Vgl. *„Dritte Kraft.“* In: DDR-HANDBUCH, 1985, S.312.

<sup>151</sup> So auch der Ulbricht: „Der deutsche Imperialismus ist bestrebt, mit Hilfe wirtschaftlicher Kontrolle der befreiten Länder und des politischen Drucks diese Länder in imperialistischer Abhängigkeit zu halten.“ Vgl. *Bericht Ulbrichts auf der 11.Tagung des ZK der SED vom 15./17.12.1960*. In: DzD 1960, S.619.; „Entwicklungsländer.“ In: WÖRTERBUCH DER POLITIK UND DES VÖLKERRECHTS, 1980, S.153.

<sup>152</sup> *Leipzig – Hochburg des Welthandels*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. September 1964, S.7.

<sup>153</sup> STORKMANN, 2008, S.131.



„Dritter Welt“ generell „Staaten zweiter Klasse“<sup>154</sup> verstehe. Bereits Mitte der Sechziger charakterisiert NEUES DEUTSCHLAND das Konzept eines „dritten [sic!] Wegs“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus als „utopische kleinbürgerliche Auffassung.“<sup>155</sup> Entsprechend konstatiert wenige Jahre später die DDR-Afrikawissenschaft: „Es gibt keine ‚dritte Welt‘, keinen ‚dritten Weg‘, die Klassenfragen rücken immer mehr in den Vordergrund.“<sup>156</sup> Im Zuge des in der DDR vorherrschenden deterministischen Geschichtsverständnisses und bipolaren Weltbilds würden sich die jungen Nationalstaaten entweder dem kapitalistischen oder aber dem sozialistischen Block anschließen. Die DDR scheint den Neutralismus der „Dritten Welt“ positivistisch als Übergangsstufe, idealerweise zum Sozialismus, zu begreifen. So bezeichnet ein in der DDR ausgebildeter Afrikaner in einem Gespräch mit einem WELT-Journalisten die gegenwärtigen Politiker wie Lumumba und Touré als nützlich „für den ersten Schritt.“<sup>157</sup> Nach der endgültigen Lösung von den Kolonialherren brauche man allerdings „andere Führer.“ Die „auf die Sicherung des Weltfriedens gerichtete“ Blockfreie Bewegung wird zunächst grundsätzlich als „antiimperialistische Kraft“<sup>158</sup> positiv beurteilt. Allerdings fürchtet die DDR ähnlich wie Bonn, einen Verlust der neutralen Staaten an den anderen Block und warnt davor, Nichtpaktgebunden könne auch ein „Tarnmantel für die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus“<sup>159</sup> sein. Des Weiteren wird „eine gewisse Inkonsistenz“<sup>160</sup> der dezidiert neutralen Staaten kritisiert, da sie bis dato nur diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik unterhalten und damit „gewollt oder nicht eine Unterstützung des Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland“<sup>161</sup> leisteten. In einer programmatischen Rede vor dem diplomatischen Korps am 26. September 1960 fordert Ulbricht zur Verwirklichung „wahrer Neutralität“, diese „Diskriminierung“<sup>162</sup> der DDR zu beenden und

<sup>154</sup> *Unannehmbar für souveräne Staaten.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. Februar 1967, S.5.

<sup>155</sup> „Gewiß gibt es verschiedene Wege des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft [...], aber der Grundgehalt des Sozialismus ist eine Sache, und der Grundgehalt des Kapitalismus ist eine andere Sache.“ Vgl. *Die sozialistische Weltrevolution und der Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die nationale und soziale Befreiung.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1964, S.5.

<sup>156</sup> USCHNER/ WEIDEMANN, 1970, S.547.

<sup>157</sup> *Rote Garde für den Schwarzen Erdteil.* In: DIE WELT, 11. April 1960, S.3.

<sup>158</sup> „Die Mehrzahl der afrikanischen Staaten schloss sich der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit in Erkenntnis der Notwendigkeit an, eine gemeinsame außenpolitische Konzeption des Kampfes um die Sicherung der errungenen Unabhängigkeit, die Erhaltung des Friedens sowie gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus [...] zu bilden. [...] Damit wurden diese Staaten objektiv zu einer antiimperialistischen Kraft.“ Vgl. GESCHICHTE AFRIKAS Bd.1, Berlin (O): 1984, S.8 f.

<sup>159</sup> AFRIKA IM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF, Berlin (O): 1978, S.310.

<sup>160</sup> Die Gründe dafür seien das teilweise noch dominierende „Klassenwesen“ in den Entwicklungsländern und die angedrohten „ökonomischen Repressalien“ Bonns. Vgl. *Aus dem Aufsatz des stellvertretenden Außenministers Schwab: Zehn Jahre Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen imperialistische Unterdrückung.* In: DzD 1959, S.90 f.

<sup>161</sup> *Aus der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht auf dem Empfang für das Diplomatische Korps.* In: DzD 1960, S.320.

<sup>162</sup> *Aus der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht auf dem Empfang für das Diplomatische Korps.* In: DzD 1960, S.321.

gleichrangige diplomatische Beziehungen zu beiden deutschen Staaten zu unterhalten. Das MfAA bringt in diesem Zusammenhang die Idee und Begrifflichkeit der „Kollektivanerkennung“<sup>163</sup> ins Spiel. Ansonsten seien die besagten neutralen Staaten maßgeblich mitverantwortlich für die ausbleibende Annäherung der beiden deutschen Staaten und sogar das Scheitern der Wiedervereinigung. Außenminister Bolz geht sogar noch weiter und behauptet, wer keine gleichberechtigten Beziehungen zu beiden deutschen Staaten pflege, gefährde „Frieden und Sicherheit“<sup>164</sup> auf globaler Ebene. Der CDU-Abgeordnete Majonica lehnt die Anerkennung der DDR als Verwirklichung der Blockfreiheit in einem Artikel im Industriekurier vom 2. Juni 1964 explizit ab und wertet diese Handlung sogar als „Aufgabe“<sup>165</sup> der neutralen Position, da so eine Kräfteverschiebung zugunsten des Ostblocks geschehe.

#### 3.4.3 Die Afrikaner als Individuen

Nachdem die Kollektivbezeichnungen der staatlichen Empfänger skizziert worden sind, wird nun auf die sprachliche Darstellung der von Entwicklungspolitik konkret betroffenen Individuen eingegangen. Dabei findet infolge der geographischen Spezialisierung der Arbeit eine ausschließliche Konzentration auf die Bewohner des afrikanischen Kontinents statt.

In DIE WELT kritisieren 1960 in der Bundesrepublik lebende afrikanische Studenten, dass in den Zeitungen und Illustrierten des Landes ein „unrichtiges oder unvollständiges Bild“<sup>166</sup> ihres Kontinents und insbesondere seiner Bewohner transportiert werde. Diese undifferenzierte Sichtweise scheint auch für die ostdeutsche Berichterstattung gelten zu können: In der medialen wie politischen Öffentlichkeit beider deutscher Staaten wird der ethnischen, religiösen und kulturellen Diversität kaum Rechnung getragen. Üblicherweise ist in verallgemeinerter Weise von „Afrikanern“, „Negern“, „Farbigen“ oder „Schwarzen“ die Rede, die häufigste (Minimal-)Spezifizierung ist es, diese als Angehörige eines bestimmten Staats (beispielsweise „Ghanaer“) auszuweisen, wobei Unterschiede zwischen verschiedenen Volks-, Religions- oder Gesellschaftsgruppen kaum thematisiert werden. Kritik an dieser pauschalisierten Darstellung wird lediglich singular geäußert, wobei dies auf westdeutscher Seite in

---

<sup>163</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 25. März 1964.* In: PA/MfAA A 15867.

<sup>164</sup> *Erklärung des Ministers Bolz vor der Volkskammer der DDR am 19. November 1964.* In: DzD 1964, S.1125.

<sup>165</sup> *Artikel des Vorsitzenden des Außenpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Majonica: Die deutsche Frage vom 2. Juni 1964.* In: DzD 1964, S.635.

<sup>166</sup> „Geld allein genügt nicht.“ In: DIE WELT, 3. Mai 1960, S.5.

selbstkritischer Weise, auf ostdeutscher Seite dagegen ausschließlich in Bezug auf das „andere Deutschland“ geschieht.<sup>167</sup> In der Bundesrepublik setzt Mitte der sechziger Jahre ein sprachkritisches Bewusstsein in Bezug auf den zunehmend als pejorativ empfundenen Terminus „Neger“<sup>168</sup> ein, der dann zunehmend durch „Farbiger“ oder „Schwarzer“ oder die Nationalitätsbezeichnungen abgelöst wird. Die Anfänge dieses Prozesses sind im bereits diagnostizierten Nebeneinander der beiden Termini und vereinzelt Kritiken zu finden. So kritisiert Wischnewski bereits 1961 vor dem Bundestag die pauschalisierende Praxis der westdeutschen Medien scharf und fordert eine sprachliche Differenzierung nach nationaler Zugehörigkeit:

„Wir lesen auch in den Zeitungen immer noch von ‚Negern‘ und von ‚Schwarzen‘. Wir sollten bereit sein, diese Worte aus unserem Vokabularium zu streichen. Wir wollen Europäer und Deutsche genannt werden, und die Menschen in Afrika wollen als Afrikaner oder Tunesier, Senegalesen usw. bezeichnet werden. Wir sollten darauf Rücksicht nehmen.“<sup>169</sup>

YEO hat in diesem Kontext darauf verwiesen, dass der Terminus „Neger“<sup>170</sup> ausschließlich rassistisch und nicht national, kulturell oder religiös geprägt sei und bei seiner Entstehung zunächst als wertfrei gegolten und erst durch das Zeitalter des Kolonialismus seine abwertende Bedeutung erhalte habe. Dass dieser Begriff auch in der DDR trotz der selbstverständlichen Verwendung im Laufe der Zeit einen negativen Beigeschmack erhalten haben muss, demonstriert die zunehmende Verwendung des Terminus in Anführungszeichen als Zitat des vermeintlich rassistischen westdeutschen Diskurses. Bis Mitte der siebziger Jahre ist außerdem ein deutlicher Rückgang der Verwendungshäufigkeit festzustellen. Allerdings wäre angesichts der rigorosen Abgrenzung von der kolonialen Vergangenheit des Deutschen Reichs im Falle der DDR auch eine stärkere sprachliche Progressivität in diesem Kontext zu erwarten. ARNDT/HORNSCHIEDT konstatieren, dass die Aufarbeitung der kolonialistisch geprägten Sprache im Vergleich zur Sprache zur Zeit des Nationalsozialismus noch immer als „rudimentär“<sup>171</sup> und „defizitär“ zu bezeichnen sei. FAULSTICH geht sogar so weit von einer „kollektiven Amnesie“<sup>172</sup> zu sprechen, da die Kolonialzeit einerseits nur wenige Jahrzehnte

---

<sup>167</sup> „Es gibt keine Schwarzen. Es gibt Bantu und Haussa und Massai und Sudanis und Kikuyu. Es gibt die verschiedensten Stämme und Völker [...]“ Vgl. *Rebellen nach zwei Seiten*. In: DIE WELT, 26. März 1960, Die Geistige Welt.; „Geld allein genügt nicht.“ In: Die Welt, 3. Mai 1960, S.5.; So sei im Westen „die differenzierte Geschichte Afrikas und seiner reichen Kulturen in die dunklen Kerker des Vergessens verbannt.“ Vgl. *Der Riese Afrika reckt seine Glieder*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. September 1960, S.5.

<sup>168</sup> WENGELER, 1995, S.707.

<sup>169</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 147. Sitzung am 8. März 1961, S.8351 B.

<sup>170</sup> YEO, 2001, S.121.

<sup>171</sup> AFRIKA UND DIE DEUTSCHE SPRACHE, 2004, S.23.

<sup>172</sup> FAULSTICH, 2008, S.69.

gedauert habe und man noch an der sprachlichen Bewältigung zweier autoritärer deutscher Regime arbeite. Sowohl DIE WELT als auch NEUES DEUTSCHLAND akzentuieren in beinahe allen Berichten über Afrika die differierende Hautfarbe der Bewohner als distinktives Merkmal. In diesem Kontext bemerkt August Wegener gegenüber Adenauer, dass so selbst die beiden verfeindeten Blöcke miteinander verbunden seien, da „die Roten [...] glücklicherweise auch weiß“<sup>173</sup> seien, woraufhin der Kanzler mahnte, das dürfe man „in Gegenwart von Chruschtschow nicht sagen!“ NEUES DEUTSCHLAND versucht dagegen sehr viel stärker die für seine Leserschaft exotisch anmutende Hautfarbe in ausdrücklich positive Kontexte einzubetten, wenn beispielsweise von „schwarzen Freunden“<sup>174</sup> die Rede ist. Die Termini „Farbiger“ und „Neger“<sup>175</sup> tauchen in beiden Zeitungen konstant während des gesamten Untersuchungszeitraums und sogar im selben Text parallel auf, stellenweise sogar als diffamierend anmutender Kollektivsingular.<sup>176</sup> Zwar scheint in der westdeutschen Bevölkerung schon ein sprachkritisches Bewusstsein gegenüber diesen Begrifflichkeiten einzusetzen, dem im medialen Diskurs allerdings noch nicht entsprochen wird.<sup>177</sup> Auch in NEUES DEUTSCHLAND wird beispielsweise Du Bois als „der große amerikanische Negergelehrte“<sup>178</sup> bezeichnet oder die Solidarität mit der „Neger-Bewegung“<sup>179</sup> in Amerika verkündet, ohne dass Hinweise auf eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Wortfeld erkennbar sind. Allerdings wird bei kritischen Berichten über die westdeutsche Praxis der Terminus häufig in Anführungszeichen gesetzt, offensichtlich um die Zitation des offenbar doch als problematisch erachteten Begriffs zu suggerieren.<sup>180</sup> Paradoxerweise wird die Verwendung der Begrifflichkeit in westdeutschen Schulbüchern scharf kritisiert.<sup>181</sup> Eine Veränderung der Sprachpraxis ist dennoch auch

<sup>173</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.487.

<sup>174</sup> *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>175</sup> *Immer noch werden Farbige im Film karikiert*. In: DIE WELT, 23. Januar 1962.; *Militärterror gegen Südafrikas Neger*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. April 1960, S.1.

<sup>176</sup> So schreibt NEUES DEUTSCHLAND in Bezug auf die Rassendiskriminierung in den USA: „Sein ganzes Leben lang ist der Neger vom Galgen bedroht.“ Vgl. *1000 Dollar oder ein Jahr Gefängnis*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Oktober 1956, S.6.

<sup>177</sup> „Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß es Farbige heißt.“, so eine Kellnerin zu einem WELT-Reporter, der über eine Bar für in Deutschland stationierte Afroamerikaner berichtet. Vgl. *Gespräche in einer Neger-Bar: „Sie behandeln uns wie Kinder“*. In: DIE WELT, 29. Dezember 1960, S.3. Im selben Artikel ist jedoch konsequent von „Negern“ die Rede.

<sup>178</sup> *Es brennt in ganz Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. August 1956, S.5.

<sup>179</sup> *Vielseitiger Union-Verlag*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. März 1965, S.4.

<sup>180</sup> So heißt es beispielsweise, der Westen lasse „die ‚Neger‘, für sich schuften, um die Schätze des Landes erst zu heben und dann zu verkaufen.“ Vgl. *Die weiße Herrenrasse und die Afrikaner*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. April 1960, S.4.

<sup>181</sup> „Erst wird den Afrikanern (stets als „Neger“ bezeichnet) rassische Minderwertigkeit [...] bescheinigt.“ Vgl. *Die weiße Herrenrasse und die Afrikaner*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. April 1960, S.4.

im ostdeutschen Diskurs nicht zu erkennen. Ebenso ist in beiden deutschen Staaten stereotyp von „Eingeborene[n]“<sup>182</sup> oder „Stämme[n]“<sup>183</sup> die Rede, wobei deren Repräsentanten als „Häuptlinge“ bezeichnet werden. Dies suggeriert primitive und sogar präkoloniale Gesellschaftsstrukturen, für die die Terminologie der kontinentaleuropäisch geprägten Staatenlehre von „Bürger“ und „Nationen“ inadäquat erscheinen müssen.<sup>184</sup> Diese Abgrenzungstendenz ließ sich allerdings nicht durchgängig feststellen, bricht aber gleichsam als Indikator für das Verhaften in kolonialen Denkmustern immer wieder symptomatisch hervor.

### 3.5 ZUSAMMENFASSUNG

In Bezug auf die Geberländer lässt sich feststellen, dass im Untersuchungszeitraum erhebliche Empfindlichkeiten in Bezug auf die wechselseitigen staatlichen Bezeichnungen bestehen, auf die auf Regierungsebene allerdings konsequenter als in den Medien Rücksicht genommen wird. Der Anteil diffamierender Charakterisierungen des „anderen Deutschlands“ ist in NEUES DEUTSCHLAND ungleich höher als in DIE WELT, beiden ist jedoch der selektive „Deutschland“-Begriff gemeinsam, der zwar einen gesamtdeutschen Anspruch, jedoch jeweils unter Ausschluss der konträren Regierung, formuliert. Während auf ostdeutscher Seite selbstverständlich und sachlich auch von der „Bundesrepublik“ oder „Westdeutschland“ gesprochen wird, verweigern sich die westdeutschen Politiker und auch DIE WELT bis Ende der Sechziger weitestgehend der Staatlichkeit suggerierenden Bezeichnung „DDR.“ Der Springer-Verlag behält die so genannten „Tüttelchen“<sup>185</sup> sogar bis 1989 bei. HELLMANN hat zu Recht darauf verwiesen, dass es selbst 1978 noch Diskussionen im Bundestag um „das kommunistische Kürzel BRD“<sup>186</sup> gegeben hat. ZAHLMANN stellt ironisch fest, dass man so alarmistisch reagiere, als könne das eine vermeintlich falsche Wort oder Bild<sup>187</sup> die DDR in ihren Grundfesten erschüttern. Beide deutsche Staaten setzen sich sprachkritisch mit dem entwicklungspolitischen Prozess auseinander, was sowohl nach innen wie nach außen wirkt.

---

<sup>182</sup> *Vom Urvalddorf auf den Bobrturm.* In: Die Welt, 20. November 1961, S.3.; *Neue Unruhen in Afrika. Ausnahmerecht in Njassaland.* In: DIE WELT, 4. März 1959, S.5.; *Standardwerk über die Völker Afrikas.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. Mai 1961, S.4

<sup>183</sup> *Moskaus Vorstoß in Afrika.* In: DIE WELT, 28. April 1960, S.2.; *Afrikas leuchtender Stern verblasst.* In: Der Spiegel Nr.17/1964, S.85.; *Tanganjika zwischen gestern und morgen.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. April 1963, S.9.; *Bildung ist ein Zaubervort.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Oktober 1960, S.7.

<sup>184</sup> ZURMÜHL, 1995, S.88.

<sup>185</sup> HAHN, 1995, S.296.

<sup>186</sup> HELLMANN, 2008, S.251.

<sup>187</sup> ZAHLMANN, 2001, S.94.

Innerhalb der Bundesrepublik dominiert trotz beständiger interner Sprachkritik während des Untersuchungszeitraums der Terminus „Entwicklungshilfe“, der jedoch weitestgehend synonym zum weniger umstrittenen Begriff „Entwicklungspolitik“ verwendet wird. Um ein nicht-hierarchisches Verhältnis der partnerschaftlichen und langfristig angelegten Kooperation mit symbiotischen Effekten zu betonen, wird innerhalb der westdeutschen Forschung ab Beginn der sechziger Jahre für „Entwicklungszusammenarbeit“<sup>188</sup> plädiert. In der DDR konzentriert sich das sprachskeptische Bewusstsein in externalisierter Form auf die westdeutsche Begrifflichkeit, in der Bundesrepublik setzt man sich dahingegen nur mit der eigenen Terminologie kritisch auseinander. Auf lexikalischer Ebene existiert der Terminus „Entwicklungshilfe“ innerhalb der DDR nur in abgrenzender Absicht zur Charakterisierung der westlichen „ausbeuterischen Praxis“, wohingegen sich die Bundesrepublik der Auseinandersetzung mit der ostdeutschen Terminologie vollständig verweigert. BERGSDORF identifiziert die auf ostdeutscher Seite betriebene „Sinnveränderung beibehaltener Worte des Gegners“<sup>189</sup> als typisches Mittel autoritärer Systeme. Erstaunlich erscheint, dass sich das Auswärtige Amt strenger als die ostdeutschen Behörden an die offiziell verordneten Sprachcodes hält, da in den ostdeutschen auch das eigene Engagement fast nie mit dem ideologischen Vokabular, sondern eher mit der pragmatischen Wendung „Hilfe“ beschrieben wird.

In beiden deutschen Staaten existiert offenkundig die Vorstellung, dass bestimmte Staaten hinter einem spezifischen Entwicklungsideal zurückstehen, was die normativen Fügungen „Entwicklungsländer“, „unterentwickelte Länder“<sup>190</sup> und „rückständige Länder“<sup>191</sup> demonstrieren. Beide Seiten kritisieren zwar diese Termini, verwenden sie aber gleichermaßen konstant im gesamten Untersuchungszeitraum. Die außenpolitische Haltung dieser Länder spielt entgegen der von BOOZ behaupteten westdeutschen Begrenzung der Bezeichnung „Entwicklungsländer“<sup>192</sup> auf solche Staaten, die Distanz zur DDR wahren, keine gesonderte Rolle für Bonn. Deutlich wichtiger erscheint diese Frage für die DDR, die auf dieser Basis verschiedene Gruppen von „Entwicklungsländern“ differenziert und eigene Bezeichnungen für diese kreiert, die sich im öffentlichen Sprachgebrauch aber kaum wiederfinden. Dagegen

---

<sup>188</sup> Ob mit der sprachlichen Veränderung auch ein Bewusstseinswandel verbunden ist, bleibt fraglich.

<sup>189</sup> BERGSDORF, 1994, S.27.

<sup>190</sup> TEEGESPRÄCHE II, 9. Juni 1956, S.99.; *Erklärung des Abgeordneten Meyer (Frankfurt) (SPD) in der Beratenden Versammlung des Europarats am 22. Januar 1960*. In: DzD 1960, S.108.; *Statt Rüstung — Hilfe für unterentwickelte Länder*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Juli 1960, S.5.

<sup>191</sup> *Das sind ihre Wirtschaftspraktiken zur Ausplünderung der Völker*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Oktober 1960, S.5.

<sup>192</sup> BOOZ, 1995, S.69.

verweisen westdeutsche Publikationen eher auf sozio-ökonomische und innenpolitische Kriterien. In beiden deutschen Staaten zählen alle Länder der „Dritten Welt“ als Entwicklungsländer, was allerdings nicht umgekehrt gilt.<sup>193</sup> In der DDR klingt „zwischen den Zeilen“ an, man erwarte infolge der dezidierten Neutralität der Blockfreien eine gewisse Sympathie für den Sozialismus, was auf westdeutsche Seite scharf zurückgewiesen wird. Da ein Weg zwischen den beiden Blöcken im sozialistischen Weltbild maximal als Übergangsphase zum Sozialismus denkbar erscheint, ist die Fügung „Dritte Welt“ in der DDR deutlich geringer frequentiert als in der Bundesrepublik, die dem Neutralismus auch deutlich skeptischer und weniger optimistisch gegenübersteht. Diese Vorbehalte werden durch die Forderung Ulbrichts bestärkt, die Neutralität der Entwicklungsländer sei durch die Anerkennung beider deutscher Staaten zu verwirklichen. Die von der Regierung beanspruchte Deutungshoheit sowie deren Sprachempfehlungen wie -verwendungsweisen als eine Art „Sprachpolizei“<sup>194</sup> sollen die offiziöse Einschätzung „verbindlich“ und „glaubhaft“ machen. Ob der Versuch, bestimmte Begriffe innerhalb der Bevölkerung einem „staatstragenden Sinne festzuschreiben“<sup>195</sup> geglückt ist, bleibt fraglich.

Die Darstellung der Afrikaner als Individuen ist sowohl im west- als auch ostdeutschen Entwicklungsdiskurs recht undifferenziert und kann der ethnischen, kulturellen wie gesellschaftlichen Diversität des Kontinents nicht gerecht werden. Die parallele und noch weitestgehend unkritische Verwendung der Termini „Neger“<sup>196</sup> und „Farbige“ zeugen von einem sprachlichen Übergangsstadium, in der sprachkritisches Bewusstsein zwar in Grundzügen vorhanden, aber noch ohne nachhaltige Auswirkungen auf die sprachliche Praxis ist. Die unterschiedliche Handhabung der Termini „Entwicklungshilfe“, der als Begriff des „Klassenfeinds“ deklassiert wird, und die selbstverständliche Verwendung von „Entwicklungsländer“ in der DDR erscheint erstaunlich. Während der Entwicklungsbegriff im Fall der „Entwicklungshilfe“ zwangsläufig pejorativ erscheint, da nur die „Entwicklung“<sup>197</sup> zu einer neuen Form der Kolonie möglich sei, gilt dies offenbar nicht gleichermaßen für „Entwicklungslän-

---

<sup>193</sup> Damit wird darauf angespielt, dass im Westen auch die Länder des Ostblocks, die ideologisch der so genannten „zweiten Welt“ zugeordnet werden, als „Entwicklungsländer betrachtet werden. Vgl. *„Entwicklungshilfe.“* In: SACHWÖRTERBUCH DER POLITIK, 1977, S.227.

<sup>194</sup> ROESLER, 2006, S.389.

<sup>195</sup> LÜDTKE, 1997, S.20.

<sup>196</sup> In der DDR wird der Terminus „Neger“ als Teil des westdeutschen Entwicklungsdiskurses kritisiert, gleichzeitig stilisiert man sich selbst zur antirassistischen progressiven Deutschland, verwendet diesen Begriff aber paradoxerweise selbst regelmäßig.

<sup>197</sup> Zum unterschiedlichen Entwicklungsverständnis in Ost und West vgl. Kapitel 4.2.

### 3. Terminologische Konsequenzen

der.“ Diesen steht es offenbar frei, den „richtigen“ Entwicklungsweg in Form von Kooperation mit dem sozialistischen Block einzuschlagen. Entscheidend für diese unterschiedliche Verwendungsweise scheint der in den Augen der DDR durch den Westen missbräuchlich verwendete Terminus „Hilfe“ zu sein. Dafür spricht im Übrigen auch die Verwendung des Begriffs „Entwicklungshelfer“ nur in Anführungszeichen und ausschließlich für die westdeutschen Akteure.<sup>198</sup> Beide deutsche Staaten scheinen auch auf sprachlicher Ebene eine Art „Alleinvertretungsanspruch“ zu artikulieren und einzufordern.

---

<sup>198</sup> *„Entwicklungs“-Wölfe ohne Lammfell.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 30. Oktober 1963, S.2.; *Auf frischer Tat ertappt.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1961, S.2.



## 4. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KONZEPTIONEN

### 4.1 DIE MOTIVSTRÄNGE

LACHMANN konstatiert in seiner Untersuchung zur Ausprägung von Entwicklungspolitik, es gebe generell „keine historische Evidenz, die zeigt, dass über einen längeren Zeitraum Gubernationen helfen, ohne [...] eine korrespondierende Gegenleistung zu erwarten“<sup>1</sup>, wobei diese politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Provenienz sein könne. In einem programmatischen Aufsatz diagnostizieren die DDR-Wissenschaftler FAULWETTER/LIEBSCHER einen „unüberbrückbaren Gegensatz“<sup>2</sup> zur westdeutschen „Entwicklungshilfe“ und konstatieren, deren Beweggründe und Ziele seien einander ebenso „diametral entgegengesetzt“ wie die beiden „sich antagonistisch gegenüberstehenden Gesellschaftssysteme.“ Durch die DDR-genuine neologistische Fügung „antiimperialistische Solidarität“ wird diese Differenzierung auch sprachlich vollzogen. Nachfolgend werden die öffentlich propagierten Motive ost- und westdeutscher „Entwicklungshilfe“, denen offenbar begriffsprägende Funktion zugeschrieben wird, auf narrative Kon- sowie Divergenzen untersucht. Als Quellengrundlage dienen dabei öffentliche Reden und Verlautbarungen, die versuchen, das eigene Engagement zu legitimieren und das gegnerische zu diskreditieren. Auch die Presse, die das Für und Wider von „Entwicklungshilfe“ leidenschaftlich diskutiert, wird einer intensiven Analyse unterzogen. Die Akten der beiden deutschen Außenministerien werden ebenfalls berücksichtigt, allerdings werden dort kaum Debatten über die eigenen und die dem „anderen Deutschland“ zugeschriebenen Motive geführt, die über außen- und deutschlandpolitische Begründungsmuster hinausgehen. Generell wird der Frage nachgegangen, ob die im vorherigen Kapitel herausgearbeiteten terminologischen Differenzen tatsächlich so starke Unterschiede in den jeweils öffentlich propagierten Motiven und wechselseitigen Charakterisierungen zur Folge haben, wie der sprachlich vollzogene Abgrenzungskurs vermuten lässt. Dabei soll auch die Behauptung von ENGEL/SCHLEICHER geprüft werden, wonach die Motive bei der DDR stärker ideologisiert erscheinen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> LACHMANN, 2010, S.7.

<sup>2</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.600.

<sup>3</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.228.

#### 4.1.1 Das Altruismus- und „Opfer“-Narrativ

Auch wenn Adenauer und auch Scheel betonen, „Entwicklungshilfe“ sei „keine karitative Sache“;<sup>4</sup> sondern eine „absolut politische Aufgabe“, zeichnet sich der westdeutsche Entwicklungsdiskurs während der Initiationsphase durch eine starke Betonung moralisch-ethischer Motive aus. Nach PAEFFGEN äußern sich in einer zeitgenössischen Befragung rund 50 Prozent der Bevölkerung entsprechend.<sup>5</sup> Als wegweisend erscheint in diesem Kontext Kennedys Inaugurationsrede vom 20. Januar 1961, in der dieser das entwicklungspolitische Engagement schlicht als „die richtige Sache“<sup>6</sup> charakterisiert. Wirtschaftsminister Erhard demonstriert ein solches altruistisches Sendungsbewusstsein, wenn er vor dem Bundestag von einer „sittliche[n] Verpflichtung des deutschen Volkes“<sup>7</sup> spricht. Gelegentlich wird das Politikfeld, nicht nur von Vertretern der Kirche, als Gebot der christlichen Nächstenliebe charakterisiert.<sup>8</sup> So inszeniert man sich so als „Anwalt der in Not, Ungerechtigkeit und Abhängigkeit lebenden Menschen“<sup>9</sup> in den Entwicklungsländern. Den Christdemokraten als regierende Partei kann zumindest eine gewisse Nähe zu diesen Motiven unterstellt werden. Auch der Sozialdemokrat Brandt argumentiert: „Nichts ist natürlicher, als daß ein Mensch dem anderen hilft, daß ein Volk das andere unterstützt.“<sup>10</sup> FALK moniert kritisch, dieser altruistisch-humanistische Impetus verleihe dem Politikfeld den Eindruck „moralischer Unantastbarkeit“<sup>11</sup> und Kalbitzer spricht sogar vom „frommen Selbstbetrug.“<sup>12</sup>

<sup>4</sup> TEEGESPRÄCHE III, 25. Januar 1961, S.426 f.; „Die Entwicklungshilfe ist auf gar keinen Fall eine karitative Angelegenheit, etwa das Stricken wollener Socken für arme Heiden.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTER. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6824 C.

<sup>5</sup> Nach einer Umfrage von Infratest aus dem Jahr 1964 begreifen weitere 3% „Entwicklungshilfe“ als „Wiedergutmachung“, 10% nennen politische Motive, wie Engagement gegen den „Kommunismus“, 2% nennen wirtschaftliche Motive, während 23% keine Angabe machen oder „Entwicklungshilfe“ ablehnen. Vgl. PAEFFGEN, 1976, S.453.

<sup>6</sup> Demnach leiste der Westen Hilfe „not because the Communists may be doing it, [...] but because it is right.“ Vgl. INAUGURATIONSREDE KENNEDYS am 20. Januar 1961. Vgl. <http://www.inaugural.senate.gov/swearing-in/addresses> [29.8.2018]

<sup>7</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTER. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6806 A.; Ähnlich auch: *Rede des Bundesministers von Brentano auf dem 10. Parteitag der CDU am 25. April 1961*. In: DzD 1961, S.663.; Ähnlich prononciert DIE WELT, „Entwicklungshilfe“ gebe der gesamten westlichen Politik „erst den moralischen Halt“<sup>7</sup> und bedeute „etwas Richtiges“ zu tun. Vgl. *Hilfe*. In: DIE WELT, 23. Juni 1960, S.1.; „Ich will ins Ausland, um etwas Richtiges zu schaffen.“ In: DIE WELT, 20. März 1961, S.3.

<sup>8</sup> FRITZ, 1962, S.5.; Zur kirchlichen Sichtweise: DÜWELL, 1993, S.447-458.

<sup>9</sup> DÜWELL, 1993, S.457.

<sup>10</sup> *Aus der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, auf der Maikundgebung in Berlin am 1. Mai 1961*. In: DzD 1961, S.717.

<sup>11</sup> Er kritisiert diese auch als „Verarmungshilfe“. Vgl. FALK, 1985, S.8 f.

<sup>12</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTER. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6811 A.

Die ebenfalls vorherrschende Argumentation, Deutschland trage Mitverantwortung für die Schäden der Kolonialzeit und müsse dafür eine Art „Ausgleich“<sup>13</sup> leisten, weist in der Bundesrepublik ambivalente Strukturen auf. Es wird weniger auf die eigene, weiter zurückliegende koloniale Vergangenheit Deutschlands verwiesen, sondern vielmehr eine allgemeine Verantwortung des Westens proklamiert. So herrscht einerseits ein „schlechte[s] Gewissen“<sup>14</sup> angesichts der nicht zu übersehenden Probleme, an anderer Stelle wird wiederum klar gestellt, dass Kolonialismus nicht stets als „Sündenbock“<sup>15</sup> für Afrika Probleme herhalten und „Entwicklungshilfe“ ergo nicht als „Ablaßhandel“<sup>16</sup> verstanden werden dürfe. Adenauer bemerkt dazu kritisch gegenüber Journalisten, er sei sich keiner moralischen Schuld bewusst und konstatiert lapidar: „Ich habe ihm [den Afrikanern, *Anm. d. Verf.*] die Farbe nicht gegeben.“<sup>17</sup> Erhard hält dem entgegen, es sei schließlich „nicht allein das Verdienst der Lebenden unter uns, daß es uns gut geht“<sup>18</sup>, ebenso wenig sei es die Schuld der Afrikaner, dass sie in Armut lebten. Eine von PAEFFGEN zitierte Studie zur Haltung der westdeutschen Bevölkerung zur „Entwicklungshilfe“ von 1965 zeigt, dass rund die Hälfte der Bundesbürger die Meinung Erhards teilt, 39 Prozent aber unentschieden sind und sogar sieben Prozent den Afrikanern eine Mitverantwortung für ihre Situation geben.<sup>19</sup> In dieser Frage scheiden sich in der westdeutschen Öffentlichkeit offenbar die Geister. Auch die deutsche Kollektivschuld am Holocaust und zwei Weltkriegen spielen dabei eine wichtige Rolle.<sup>20</sup> Im Auswärtigen Amt glaubt man sogar, dass die Deutschen „mit dem unbehobenen Schuldkomplex belastet [...] eher für die Ideen der Entwicklungshilfe ansprechbar [seien] als andere Völker.“<sup>21</sup> Die 1967 erschienene und wegweisende psychoanalytische Schrift der Mitscherlichs „Die Unfähigkeit zu trauern“ erklärt die manische Verdrängung des nationalsozialistischen Traumas durch „Ungeschehenmachen im Wirtschaftswunder“<sup>22</sup> zum Massenphänomen und postuliert die

---

<sup>13</sup> BÜSCHEL, 2008, S.360.

<sup>14</sup> *Die Gretchen-Frage: Afrika*. In: DIE WELT, 18. Januar 1961, S.3.

<sup>15</sup> *Gefahr im freien Afrika*. In: DIE WELT, 27. Januar 1964, S.3.

<sup>16</sup> *Entwicklungshilfe ist kein Ablaßhandel*. In: DIE WELT, 16. Juni 1961, Die Geistige Welt.

<sup>17</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.483.

<sup>18</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6805 A.

<sup>19</sup> *Haltungen, Einstellungen, Meinungen der deutschen Bevölkerung gegenüber der Entwicklungshilfe. Meinungsumfrage der Infratest im Auftrag des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn, München, April 1965*, S.100. Vgl. PAEFFGEN, 1976, S.448.

<sup>20</sup> BÜSCHEL, 2008, S.360.

<sup>21</sup> *Schreiben Freudbergs an Wirtschaftsminister Erhard vom 8. Juni 1960*. In: PA/AA B1 Bd.121.

<sup>22</sup> MITSCHERLICH, 1994, S.25.

Entstehung einer „apolitisch konservative[n] Nation.“<sup>23</sup> Das durch den Nationalsozialismus zerstörte Ansehen Deutschlands sei erst dann wieder hergestellt, wenn „die von Deutschland ausgehenden geistigen Kräfte auch für andere Menschen eine Bereicherung [...] sind“<sup>24</sup>, so eine These der Denkschrift. Im Anschluss daran kann die Überlegung angeführt werden, dass externalisierte Wohltätigkeit in Form von „Entwicklungshilfe“ ebendies leiste und als eine Art moralische „Wiedergutmachung“<sup>25</sup> die Rückkehr als Akteur in die internationalen Beziehungen nachhaltig unterstütze.

Die DDR führt ebenfalls altruistische Argumente an, allerdings sind diese stark ideologisch gefärbt. So bezeichnet Ulbricht in seiner programmatischen Rede vor dem diplomatischen Korps am 26. September 1960 das eigene entwicklungspolitische Engagement als „humanistische Pflicht und Gebot der internationalen Solidarität.“<sup>26</sup> Diese Berufung auf das antifaschistische Selbstkonzept kann sogar als quasireligiöse „Staatskultur“<sup>27</sup> oder „Zivilreligion“ mit stark integrativem Charakter charakterisiert werden. Die auf westdeutscher Seite gelegentlich vorgebrachten christlichen Motive finden erwartungsgemäß keine Entsprechung, bieten jedoch eine breite Angriffsfläche: NEUES DEUTSCHLAND kritisiert, „das echte Solidaritätsgefühl christlicher Menschen“<sup>28</sup> in der Bundesrepublik werde zugunsten des „politischen Geschäfts“<sup>29</sup> missbraucht. Auch hier wird zwischen Regierungsvertreter und Bevölkerungsmehrheit explizit unterschieden. Der westdeutsche Entwicklungshelfer sei eine Mischung aus „Kolonialherr, Militär und Missionar“<sup>30</sup>, so NEUES DEUTSCHLAND. Dabei sei es doch „eine geschichtliche Tatsache“<sup>31</sup>, dass die Defizite der Entwicklungsländer auf die Kolonialherrschaft zurückgingen, für deren Genese, Legitimierung und Aufrechterhaltung gerade die Kirche maßgeblich mitverantwortlich gewesen sei. „Die Agenten des politischen

---

<sup>23</sup> MISCHERLICH, 1994, S.18.

<sup>24</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 14. März 1964, S.5459 B.

<sup>25</sup> WIETERS, 2012, S.219.

<sup>26</sup> Er spricht hier insbesondere von den „Befreiungsbewegungen.“ Vgl. *Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960.* In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, S.80.

<sup>27</sup> FAULENBACH, 1993, S.757.

<sup>28</sup> *Kleider machen keine neuen Leute.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. März 1960, S.5.

<sup>29</sup> „Sie sagen Gott und meinen ‚Kattun‘, sagten realistisch denkende Engländer schon vor hundert Jahren zu dieser Sorte von Kolonialpharisäern.“ Vgl. *Mit Gott im Kampf um neue Märkte.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 11. November 1960, S.2.

<sup>30</sup> Dabei handele es sich um die „alte, unheilige Dreieinigkeit.“ Vgl. *Kleider machen keine neuen Leute.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. März 1960, s.5.

<sup>31</sup> *Neue Kleider machen keine neuen Leute.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. März 1960, S.5.

Klerikalismus“ hätten „ihre Missionskutte“<sup>32</sup> nun gegen ein ziviles und humanitär anmutendes „Dress“ eingetauscht, womit sie im entwicklungspolitischen Kontext als verschleiender „ideologischer Überbau“ erscheinen. Eine Kolonialschuld oder historische Verantwortung infolge der deutschen Geschichte werden innerhalb der „Doktringesellschaft“<sup>33</sup> nicht als Verpflichtung zum eigenen entwicklungspolitischen Engagement verstanden. Im Gegenteil argumentiert Chruschtschow 1959 vor den Vereinten Nationen, die Kolonialmächte stünden infolge ihrer in der Vergangenheit erwirtschafteten Profite sogar in der Pflicht, „Entwicklungshilfe“ zu leisten.<sup>34</sup> Damit erscheint diese als eine Art des „Schadenersatz“<sup>35</sup>, der selbstverständlich und praktisch einklagbar sei. Die sozialistischen Staaten dagegen trügen keine Verantwortung für den Kolonialismus und die daraus resultierende „gegenwärtige prekäre Lage der Entwicklungsländer“<sup>36</sup>, so FAULWETTER/LIEBSCHER. Entsprechend leiste die DDR „Entwicklungshilfe“ nicht in wiedergutmachender, sondern in selbstloser Absicht. REICHARDT betont noch Jahrzehnte später, „Solidarität und Gerechtigkeit, Hilfe und Unterstützung für Entwicklung und gegen Unterentwicklung“<sup>37</sup> seien die zentralen Beweggründe der Solidaritätsbewegung in der DDR gewesen.

In engem Zusammenhang mit diesem moralisch-ethischen Argumentationsmuster steht das Narrativ der „Entwicklungshilfe“ als distributives „Opfer“<sup>38</sup>, das für beide deutsche Staaten gleichermaßen kennzeichnend ist. Dies taucht in der Bundesrepublik bereits in der Debatte um das erste größere entwicklungspolitische Engagement 1956 auf und Erhard gebraucht dieses Narrativ so häufig wie kaum ein anderer, so dass DER SPIEGEL Nr. 27/1960 ironisch ein „Opfer-Frühstück“<sup>39</sup> ausruft. So warnt der Wirtschaftsminister den Bundestag, man könne den erwirtschafteten Wohlstand nicht allein „in Gänze verfrühstücken.“<sup>40</sup> Notwendig seien finanzielle „Opfer“ in Form von Steuergeldern und Spenden. Kalbitzer betont, dass sich aus der westdeutschen Wirtschaftskraft globale „Verpflichtungen“ ergeben würden, die

<sup>32</sup> *Neue Kleider machen keine neuen Leute.* In NEUES DEUTSCHLAND, 2. März 1960, S.5.

<sup>33</sup> WOLFRUM, 1999, S.32.

<sup>34</sup> *Erklärung des Ministerpräsidenten Chruschtschow vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 18. September 1959.* In: DzD 1959, S.237 f.; BELLERS, 1988, S.28.

<sup>35</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.597.

<sup>36</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.598.

<sup>37</sup> REICHARDT, 2006, S.29.

<sup>38</sup> *Die Gretchen-Frage: Afrika.* In: DIE WELT, 18. Januar 1961, S.3.; *Nüchterne Entwicklungshilfe.* In: DIE WELT, 8. August 1962, S.7.; TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.486.; *Erklärung des Abgeordneten Schneider (Bremerhaven) (DP) am 30. Juni 1960.* In: DzD 1960, S.1309.; *Opfer-Frühstück.* In: DER SPIEGEL Nr.27/1960, S.14 ff.

<sup>39</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 138. Sitzung am 23. März 1956, S.7132 B.; *Opfer-Frühstück.* In: DER SPIEGEL Nr. 27/1960, S.14 f.

<sup>40</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6807 C.

in der Phase des Wiederaufbaus zunächst berechtigterweise nicht erfüllt werden konnten, die aber auf Dauer nicht ignoriert werden könnten.<sup>41</sup> KORFF spricht dabei von einer Art „internationale[n] Sozialhilfe.“<sup>42</sup> Dass Bonn einerseits den Wiederaufbau so schnell gemeistert habe und andererseits außenpolitisch eine „Ohne mich“-Haltung vertrete, bezeichnet DIE WELT ironisch als „Schizophrenie des Deutschen.“<sup>43</sup> Ein Wirtschaftsvertreter äußert dagegen kritisch, diese Mittel würden keineswegs „aus dem Überfluß geschöpft“<sup>44</sup> sondern ergäben sich aus „Konsum- und Investitionsverzicht.“ Zeitweise wird sogar über eine Erhöhung der Körperschaftssteuer um vier bis fünf Prozent in Form einer „Entwicklungsabgabe“<sup>45</sup> diskutiert. Dabei offenbart sich gelegentlich ein konsumkritischer und postmaterialistischer Tenor, wie bei Gerhard Fritz<sup>46</sup> oder Bundespräsident Lübke, der in seiner Antrittsrede 1959 zu bedenken gibt, „welche Summen allein in der Bundesrepublik jährlich für Tabak und alkoholische Getränke ausgegeben“<sup>47</sup> würden. Angesichts dieser Beträge bezeichnete er die für „Entwicklungshilfe“ aufzubringenden „Opfer“ als geringen Preis für den „Fortbestand unserer Zivilisation.“<sup>48</sup> Ähnlich argumentiert auch Adenauer, der hofft, dieses „Opfer“ werde sich in fernerer Zukunft als „fruchtbar“ erweisen und das „Fundament für ein friedliches Miteinander der Völker bilden.“<sup>49</sup> Jeder Entwicklungshelfer erbringe „ein persönliches, menschliches Opfer“<sup>50</sup>, indem er vor Ort aktiv sei und dabei, zumindest temporär, auf eine möglicherweise gut bezahlte und sichere Anstellung im Inland verzichte. Auch in den Medien findet sich dieses aufopfernde und philanthropische Bild westdeutscher Helfer.<sup>51</sup> Dabei

---

<sup>41</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 150. Sitzung am 20. Juni 1956, S.8005 D.

<sup>42</sup> KORFF, 1998, S.41.

<sup>43</sup> *Um einen deutschen Beitrag.* In: DIE WELT, 28. Februar 1959, S.1.

<sup>44</sup> *Die Entwicklungshilfe drängt.* In: DIE WELT, 14. Januar 1960, S.8.

<sup>45</sup> *Opfer.* In: DIE WELT, 9. Juli 1960, S.7.

<sup>46</sup> Wir haben kein Recht auf Fernsehapparate oder kurze Arbeitszeiten, solange andere an Hunger sterben.“ Vgl. FRITZ, 1962, S.5.

<sup>47</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 80. Sitzung am 15. September 1959, S.4378 C.

<sup>48</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 80. Sitzung am 15. September 1959, S.4378 B.

<sup>49</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 3. Sitzung vom 29. Oktober 1957, S.25 C.

<sup>50</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6838 C.

<sup>51</sup> So berichtet DIE WELT trotz vieler bürokratischer und persönlichen Hürden von vielen motivierten Bewerbern. Vgl. *Wie man Entwicklungshelfer wird.* In: DIE WELT, 21. April 1965, Mensch und Umwelt.; *Hunderte bieten ihre Hilfe an.* In: DIE WELT, 21. Mai 1963, S.3.

sieht sich die Bundesregierung verpflichtet zu betonen, dass „Entwicklungshilfe“ nur zu einem geringen Anteil „geopfert“ sei und dass der größte Teil Kredite oder Garantien seien.<sup>52</sup> NEUES DEUTSCHLAND polemisiert gegen dieses Narrativ der Selbstlosigkeit und gesteht Bonn lediglich „Opfer für eine Stärkung des Westens“<sup>53</sup> zu. Außerdem wird an das Leid erinnert, das die Entwicklungsländer als Kolonien erlebt haben, was die Stilisierung der Entwicklungspolitik zu „Opfergaben“ ad absurdum führen soll.<sup>54</sup> Nichtsdestotrotz bezeichnet auch DDR-Außenminister Bolz das eigene Engagement als „Opfer“<sup>55</sup>, das im Zeichen der internationalen Solidarität als Beitrag zum sozialistischen Aufbauprojekt erbracht werden solle. Dies sei zur „Erzwingung der friedlichen Koexistenz“, so die paradox anmutende Formulierung, dringend erforderlich und wird in dieser Phase des sozialistischen Aufbaus vermutlich noch eher akzeptiert als in den achtziger Jahren.

Das „Opfer“-Narrativ scheint in beiden deutschen Staaten dazu zu fungieren, Ausgaben für nicht-inländische Zwecke zu legitimieren und artikuliert außerdem eine gewisse Erwartungshaltung gegenüber den Empfängern, die diese „Gaben“ dankbar zu schätzen wissen sollten. Hier klingt ein auf beiden Seiten existierender „*do ut des*“<sup>56</sup>-Gedanke an, der in der Bundesrepublik durch eine Debatte um postmaterialistischen Konsumverzicht zugunsten der Entwicklungsländer begleitet wird.

#### 4.1.2 Der „Marshallplan“ im Zeichen der Bündnispflicht

Westdeutsche Medien und Politiker stellen „Entwicklungshilfe“, besonders während ihrer Initiationsphase, häufig in die Tradition des Marshallplans, wodurch Analogien zur deutschen Nachkriegssituation hergestellt werden.<sup>57</sup> So argumentiert Adenauer 1960: „Uns ist geholfen worden, als wir darniederlagen, mit allen Mitteln des Marshall-Plans [...]. Jetzt, da wir helfen können, wollen wir es tun.“<sup>58</sup> Die Dankbarkeit gegenüber den Amerikanern, die

---

<sup>52</sup> Bonn: *Größer Teil der Entwicklungshilfe ist für den Steuerzahler nicht verloren*. In: DIE WELT, 13. April 1965, S.11.

<sup>53</sup> Tarnmantel „Entwicklungshilfe“. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Juni 1961, S.6.

<sup>54</sup> N. S. Chruschtschow beantwortet Fragen von Journalisten aus aller Welt. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Oktober 1963, S.4.

<sup>55</sup> Aus der Rede des Ministers Bolz in Ost-Berlin am 24. März 1965. In: DzD 1965, S.325.

<sup>56</sup> VOGES, 2005, S.94.; BODEMER, 1974, S.99.

<sup>57</sup> Vgl. dazu der Beitrag Kalbitzers in der Debatte um die ersten 50 Millionen DM aus dem Jahr 1956: „Wir sollten geben, weil man uns gegeben hat.“ Vgl. Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 150. Sitzung am 20. Juni 1956, S.8005 D.; BRAUN, 1978, S.37; HEIN, 2006, S.38.

<sup>58</sup> Alles andere erscheint als „unterlassene Hilfeleistung“: „Es ist eine moralische Frage, weil genauso, wie der einzelne Mensch dem anderen helfen muß, wenn er in Not ist, auch ein Volk dem anderen helfen muß.“ Vgl. *Ausführung des Bundeskanzlers Adenauer vor Führungsgremien der CDU in Bonn am 16. November 1960*. In: DzD 1960, S.494.; Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 138. Sitzung am 23. März 1956, S.7132 B.

für den Wiederaufbau Europas ebenfalls „Opfer“<sup>59</sup> erbracht hätten, sowie die eigene Erfahrung von Hilfe in der Not verpflichteten zur „Fortführung der Gedanken Marshalls mit neu verteilten Rollen“<sup>60</sup>, so Wischniewski noch rund sieben Jahre später. Auch Repräsentanten der Entwicklungsländer, wie der ghanaische Präsident Nkrumah, verwenden diese Metaphorik, wenn sie mehr Unterstützung fordern: Auch der Bundesrepublik sei schließlich von außen „seinerzeit auf die Beine geholfen“<sup>61</sup> worden. Gelegentlich wird „Entwicklungshilfe“ auch mit den amerikanischen „Care-Paketen“<sup>62</sup> verglichen, wobei von Brentano diese Form der vorübergehenden Krisenhilfe ablehnt und stattdessen eine „dauernde Aufgabe“<sup>63</sup> erwartet. Ludwig Erhard findet 1961, die „Schonzeit“<sup>64</sup> der Deutschen sei nun vorüber: Ermöglicht durch das „Wirtschaftswunder“ vollzieht die Bundesrepublik zu Beginn der Sechziger einen Rollenwechsel vom passiven „zu Helfenden“ in die aktive Geberrolle. Darüber herrscht ein weitestgehend parteiübergreifender Konsens.<sup>65</sup> Die Nachkriegsreminiszenzen dienen einerseits der moralischen Rechtfertigung, andererseits impliziert die Idee eines neuen „Marshallplan[s] für Entwicklungsländer“<sup>66</sup> auch eine bestimmte Vorgehensweise. Dieses Narrativ impliziert die Vorstellung von einer Wiederholbarkeit der europäischen Entwicklung. Außerdem wird eine planmäßige, primär kreditgestützte und langfristige-nachhaltige Form der Hilfe suggeriert, der der Nimbus des Erfolgs und des symbiotischen Nutzens für Geber- und Nehmerseite anhaftet.<sup>67</sup> Entsprechend berichtet Adenauer über ein Gespräch mit dem ägyptischen Arbeitsminister, der sich vom schnellen deutschen Wiederaufbau beeindruckt gezeigt habe und auf ähnliche Entwicklungen im eigenen Land hoffe.<sup>68</sup> KORFF

<sup>59</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6807 C.

<sup>60</sup> BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTS DER BUNDESREGIERUNG 29 (1967), S.503.

<sup>61</sup> *Nkrumah gegenüber Staatssekretär Labr.* In: AAPD 1964 Dok.116, S.499.

<sup>62</sup> *Entwicklungshilfe auf Gegenseitigkeit.* In: DIE WELT, 3. März 1962, S.5.

<sup>63</sup> *Brentano: Entwicklungshilfe eine dauernde Aufgabe.* In: DIE WELT, 15. Januar 1961, S.1.

<sup>64</sup> *Wer soll das bezahlen?* In: DIE WELT, 4. März 1961, S.1.

<sup>65</sup> VOGES, 2005, S.105.; Siehe auch den fünften Punkt aus des 10. CDU-Parteitag: Vgl. *Aus dem Kölner Manifest des CDU-Parteitages am 27. April 1961.* In: DzD 1961, S.698.

<sup>66</sup> „Da wäre es eine gute Sache, wenn überlegt würde, [...] ob man in den Entwicklungsländern nicht das tun könnte, was die Amerikaner zum Aufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege getan haben, d. h. in den Entwicklungsländern einen „Marshallplan“ zu praktizieren. Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9208 A.; „*Marshallplan*“ für Entwicklungsländer. In: DIE WELT, 23. Januar 1960, S.8.

<sup>67</sup> „Ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg die Marshallplanhilfe [...] dient heute die Entwicklungshilfe beiden Seiten, den Gebenden und Nehmenden.“ Vgl. *Mit der Gießkanne.* In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.48.; GROTE, 2004, S.29.; So beseitige deutsche Trockenmilch den „Eiweißmangel“ im Empfängerland, während die Bundesrepublik ihren „Eiweißüberschuß“ sinnvoll anlegen könne. Der Export von Nahrungsmitteln aus einem Industrieland in ein agrarisch geprägtes Entwicklungsland wird in keiner Weise als problematisch erachtet. Vgl. *Deutsche Milch für Afrika und Asien.* In: DIE WELT, 25. Mai 1961, S.9.

<sup>68</sup> TEEGESPRÄCHE II, 5. November 1956, S.165.



erklärt in diesem Kontext treffend die Kolonialpolitik zwar zum „Vater“<sup>69</sup>, den europäischen Wiederaufbau aber zur „Mutter“ der „Entwicklungshilfe.“

NEUES DEUTSCHLAND wettert dagegen, „allein die Bezeichnung“ der westlichen „Entwicklungshilfe“ als „Marshallplan“ demonstriere die „Überheblichkeit der westdeutschen Imperialisten.“<sup>70</sup> In Wahrheit sollten die Empfänger unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Unterstützung in den eigenen Militärblock integriert werden.<sup>71</sup> Auch wenn einzelne staatliche Projekte als für die Entwicklungsländer vorbildlich erachtet werden, finden sich im entwicklungspolitischen Diskurs der DDR erstaunlicherweise keine expliziten Reminiszenzen an die eigene Nachkriegsnot und die sowjetischen Verdienste beim Wiederaufbau.<sup>72</sup> Nur die „politische Stunde Null“<sup>73</sup> und die Entscheidung für den Sozialismus werden gelegentlich thematisiert. Dies mag dem deterministischen Geschichtsverständnis geschuldet sein, wonach die Überwindung des Faschismus und die erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus gesetzmäßig verlaufen und dieser Prozess weniger von außen gesteuert, sondern vielmehr maßgeblich durch die „werkstätigen Kräfte“<sup>74</sup> im Inneren herbeigeführt worden sei. Auch die Erinnerung an Vertreibung, Flucht, Vergewaltigungen und Demontagepolitik soll möglicherweise vermieden werden. Es wird lediglich in regelmäßigen Abständen auf den Beitrag Moskaus zur Errichtung des ersten deutschen Friedensstaats durch die „Arbeiterklasse“<sup>75</sup> verwiesen, der nun wiederum den Entwicklungsländern wohlwollend gegenüberstehe. Auch wird daran erinnert, dass die Sowjetunion die größten menschlichen „Opfer“ im Zweiten Weltkrieg erlitten habe, wofür die DDR ihr „Dankbarkeit“<sup>76</sup> und „Freundschaft“ schulde. Ein expliziter

---

<sup>69</sup> KORFF, 1998 S.39.

<sup>70</sup> *Alte Rezepte der Bonner Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. September 1960, S.2.

<sup>71</sup> „Die Absicht wird in die Formel gekleidet, man müsse [...] die „Hilfsaktionen“ aller kapitalistischen Staaten koordinieren, das heißt, unter amerikanisches Kommando stellen.“ Vgl. *USA versuchen die Quadratur des Kreises*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Februar 1960, S.7.

<sup>72</sup> So werden beispielsweise die Erfahrungen beim Aufbau des ostdeutschen Bildungssektors als nachahmungswürdig für die Entwicklungsländer erachtet. Vgl. *DDR bereit zur Mitarbeit in Entwicklungsorganisation*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. August 1966, S.7.

<sup>73</sup> „Auch wir standen 1945 vor der Frage: Wie soll es weitergehen? Angesichts unserer Erfahrungen [...] haben wir uns entschlossen, die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus auf deutschem Boden zu verwirklichen [...]“ Vgl. *Erklärung des Abg. Schirmer (DKB) im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der DDR am 4. Februar 1965*. In: DzD 1965, S.130.

<sup>74</sup> „[...] daß unser Aufbauwerk objektiv ein unlösbarer Bestandteil jenes universalen historischen Prozesses ist, in dem die Völker selbst ihre Existenzbedingungen und Lebensformen umwälzen.“ Vgl. *Erklärung des Abg. Schirmer (DKB) im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der DDR am 4. Februar 1965*. In: DzD 1965, S.130.

<sup>75</sup> „Die Befreiung vom Joch des Faschismus und die uns durch die Sowjetunion gewährte politische, wirtschaftliche und kulturelle Hilfe haben wesentlich dazu beigetragen, daß die Arbeiterklasse in unserem heutigen Friedensstaat ihrer geschichtlichen Aufgabe gerecht werden konnte [...]“ Vgl. *Dem 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entgegen!* In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. August 1957, S.1.

<sup>76</sup> *15 Jahre Befreiung*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Mai 1960, S.1.

Konnex zwischen dem Wiederaufbau der DDR und der nun im Sinne einer „Bündnisloyalität“ zu erbringenden „Entwicklungshilfe“ wird allerdings nicht formuliert. So soll möglicherweise der Eindruck vermieden werden, die Sowjetunion übe Druck aus, dem die DDR infolge mangelnder Souveränität nachgeben müsse. Stattdessen bezieht man sich eher unverbindlich auf in stereotyper Weise wiederholte ideologische Formeln, die eine Interessengemeinschaft mit allen „vom Imperialismus unterdrückten Kolonien und Länder[n]“<sup>77</sup> proklamieren.

Die Nachkriegsreminiszenzen im westdeutschen Entwicklungsdiskurs werden im Laufe der sechziger Jahre mehr und mehr durch die gegenwärtigen Spannungen des Kalten Krieges überlagert, was zu einer gesteigerten Erwartungshaltung der Amerikaner gegenüber Bonn führt.<sup>78</sup>

In diesem Kontext bezeichnet FALK „Entwicklungshilfe“ als ein „Kind des Kalten Krieges.“<sup>79</sup> Auch Kalbitzer bekennt in der ersten Großen Anfrage zur Entwicklungspolitik am 5.

Mai 1961, Kennedy habe „in dieser Frage Dampf gemacht.“<sup>80</sup> Adenauer wird in den

TEEGESPRÄCHEN noch deutlicher und konstatiert, man werde zur „Entwicklungshilfe“ de facto „mehr oder minder genötigt.“<sup>81</sup> Die

Betonung eines externen „Zwang[s]“<sup>82</sup> besitzt wohl auch wahltaktische Gründe, um die Ausgaben vor den eigenen Anhängern und potentiellen Wählern zu legitimieren. In An-

lehnung an KORFFS Einschätzung, dass „Entwicklungshilfe“ kein Thema sei, durch das sich Wählerstimmen gewinnen ließen, kann davon ausgegangen werden, dass bei größeren



Zeichnung: Hilde (Copyright DIE WELT)  
 ... und dann hat er mir herzlich die Hand gedrückt ...“

Abb.6: „... und dann hat er mir [...]“  
 Aus: DIE WELT, 21. Februar 1961, S.2.

<sup>77</sup> USCHNER/WEIDEMANN, 1970, S.543.

<sup>78</sup> VOGES, 2005, S.106.

<sup>79</sup> FALK, 1985, S.21.

<sup>80</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung vom 5. Mai 1961, S.9204 A; Tatsächlich bildet die „Entwicklungshilfe“ bei der ersten Begegnung zwischen von Brentano und dem US-Präsidenten einen Schwerpunkt der Gespräche. Vgl. *Bonn ist zu langfristiger Hilfe für die Entwicklungsländer bereit*. In: DIE WELT, 18. Februar 1961, S.1.

<sup>81</sup> TEEGESPRÄCHE III, 14. Februar 1961, S.455.

<sup>82</sup> *Die Welt wandelt sich*. In: DIE WELT, 29. Dezember 1962, S.7.

Investitionen potentielle Wähler eher verstimmt werden könnten:<sup>83</sup> Der Verweis auf einen äußeren Druck kann dabei sowohl erklärend als auch legitimierend wirken. In diesem Kontext karikiert DIE WELT von Brentano nach dem ersten Treffen mit Kennedy mit gebrochenem rechtem Arm, wobei er gegenüber Adenauer betont, der US-Präsident habe ihm lediglich „herzlich die Hand gedrückt.“<sup>84</sup> Bei einer anschließenden Pressekonferenz erklärt von Brentano, dass die Westdeutschen „auf diesem Gebiet noch wesentlich mehr tun sollten und tun müssten als in der Vergangenheit.“<sup>85</sup> Die Stufe des „sanfte[n] Druck[s]“<sup>86</sup> unter Truman, der in seiner wegweisenden Inaugurationsrede 1949 befreundete Nationen lediglich zur Mitwirkung eingeladen hatte, erscheint spätestens 1961 überwunden.<sup>87</sup> Mit der Begründung, dass die prosperierende Bundesrepublik keinen nennenswerten militärischen Beitrag zur „Verteidigung des Westens“ leiste, fordert der Vize-Außenminister Dillon im SPIEGEL-Interview 1961 kompensatorisch explizit einen deutlich größeren wirtschaftlichen Engagement in Form von „Entwicklungshilfe.“<sup>88</sup> Diese Praxis gilt als „Burden-Sharing“<sup>89</sup> und Teil des deutsch-amerikanischen „Lastenausgleichs.“ So haben die Amerikaner schließlich hohe Stationierungskosten in Europa.<sup>90</sup> DER SPIEGEL Nr. 25/1961 karikiert „Uncle Sam“, der den „deutschen Michel“ mit Wohlstandsbauch kopfüber an den Füßen hält und Geld aus seinen übervollen Taschen schüttelt. Dieser streckt hilflos die Hände von sich, vermag aber nichts gegen



Abb.7: *Annäherung der Standpunkte.* Aus: DER SPIEGEL Nr.25/1961, S.28.

<sup>83</sup> KORFF, 1998, S.38.; Ähnlich auch Brandt in einem Fernsehinterview am 13. März 1961: „Das wird im Wahlkampf keine größere Rolle spielen; aber es wird erwähnt werden.“ Vgl. *Fernsehinterview des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, für die Sendereihe „Meet the Press“ der „National Broadcasting Company“ am 13. März 1961.* In: DzD 1961, S.434.

<sup>84</sup> *Kommuniqué über Besprechungen zwischen Präsident Kennedy und Bundesminister von Brentano in Washington.* In: DzD 1961, S.338.

<sup>85</sup> *Aus der Pressekonferenz des Bundesministers von Brentano in Bonn am 20. Februar 1961.* In: DzD 1961, S.352.

<sup>86</sup> „We invite other countries to pool their technological resources in this undertaking.“ Vgl. INAUGURATIONSREDE TRUMANS am 20. Januar 1949 Vgl. <http://www.inaugural.senate.gov/swearing-in/address> [29.8.2018]

<sup>87</sup> *Memorandum der Regierung der Vereinigten Staaten an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 17. Februar 1961.* In: DzD 1961, S.336.

<sup>88</sup> „Einige Länder mögen etwas mehr tun, andere etwas weniger. Offensichtlich würde Deutschland zu der Gruppe gehören, die etwas mehr tut, da vor allem die deutschen Militärausgaben, verglichen mit denen anderer Länder, kleiner sind.“ Vgl. *Spielt Bonn mit falschen Zahlen?* In: DER SPIEGEL Nr. 25/1961, S.22.

<sup>89</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.279.; Vgl. auch: *Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrates I. Klasse von Stechow am 4. Januar 1962.* In: AAPD 1962 Dok.4, S.34, Anm.41, S.35.

<sup>90</sup> BODEMER, 1974, S.39.

den größeren Amerikaner auszurichten, wobei die sarkastische Bildunterschrift „Annäherung der Standpunkte“ die Kompromisslosigkeit Washingtons in dieser Frage demonstriert. Auch Adenauer soll sich gegen die Einordnung Bonns als „Befehlsempfänger“<sup>91</sup> Washingtons in dieser Frage gestäubt haben. Die vermeintlich hohen Leistungen Großbritanniens und Frankreichs, die Verwaltungskosten für (ehemalige) Kolonialgebiete der „Entwicklungshilfe“<sup>92</sup> zurechnen, eignen sich dazu, vor der deutschen Öffentlichkeit ein stärkeres Engagement zu fordern.<sup>93</sup> Dieser Rechtfertigungszwang zeigt sich besonders deutlich in den ganzseitigen Anzeigen, die das BMZ 1964 in der NEW YORK TIMES und der WASHINGTON POST schalten lässt, um die Angemessenheit des eigenen Engagements darzustellen frei nach dem Motto: „Deutschland leistet seinen Teil – und mehr.“<sup>94</sup>

Dies bietet wiederum der DDR Gelegenheit, das „Opfer“-Narrativ auf Bonn anzuwenden. Die Bundesrepublik erscheint in NEUES DEUTSCHLAND als „Opfer“ der Amerikaner, deren Absicht es sei, Gelder für die „als Entwicklungshilfe getarnte neokolonialistische Politik herauszupressen.“<sup>95</sup> In Bonn herrsche infolgedessen vor dem Besuch von US-Repräsentanten „eine Stimmung wie in einem Haushalt, in dem man den Gerichtsvollzieher erwartet.“ Das „*Burden-Sharing*“ in Form von „Entwicklungshilfe“ wird, auch wenn dieser Terminus nicht explizit verwendet wird, als erzwungene Kompensation amerikanischer Stationierungskosten interpretiert, wohingegen betont wird, dass die DDR „als Verbündeter“<sup>96</sup> der Sowjetunion schon längst keine solchen Zahlungen mehr leisten müsse. Nach Darstellung von NEUES DEUTSCHLAND sei Washington auch der Ansicht, Bonn müsse sich auch an den „Geschäftsunkosten“<sup>97</sup> beteiligen, wenn „westdeutsche Monopole“ in den Entwicklungsländern Profite machten. Am deutsch-amerikanischen Dissens in dieser Frage werde außerdem der bereits beginnende Zerfall des imperialistischen Lagers deutlich: So sträube sich die Bundesrepublik dagegen, durch ihre „Entwicklungshilfe“ die konkurrierenden amerikanischen „Warenexporte“ in Gebiete zu subventionieren, „in denen der westdeutsche Imperialismus selber

---

<sup>91</sup> MOLT, 2017, S.236.

<sup>92</sup> *Entwicklungshilfe à la France*. In: DIE WELT, 6. Dezember 1962, S.9.

<sup>93</sup> 1960: Großbritannien 1,16% BIP, Frankreich 2,6% BIP. Vgl. *28 Milliarden Dollar für Entwicklungshilfe*. Die Welt, 14. März 1960, S.1.; „Da vergleichbare Länder wie Frankreich und Großbritannien jährliche Leistungen von drei bis fünf Milliarden Mark aufbringen, steht die Bundesregierung von einem Dilemma.“ Vgl. *Staatliche Entwicklungshilfe ist gute Sicherheitspolitik*. In: DIE WELT, 2. März 1963, Das Forum der Welt.

<sup>94</sup> *23 Milliarden DM Entwicklungshilfe*. In: DIE WELT, 4. August 1964, S.4.

<sup>95</sup> *Bonn wird zu NATO-Kasse gebeten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. November 1960, S.2.

<sup>96</sup> *Bonn wird zu NATO-Kasse gebeten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. November 1960, S.2.

<sup>97</sup> *Tarnmantel „Entwicklungshilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Juni 1961, S.6.

Fuß zu fassen gedenkt.“<sup>98</sup> Diese Wertung erscheint exemplarisch für das ostdeutsche Bedürfnis, alle globalen Prozesse in die marxistische Krisentheorie einzuordnen. Dass die Bundesrepublik allerdings nicht nur „Opfer“, sondern durchaus auch willfähriger Vollstrecker sei, kritisiert eine Karikatur vom Mai 1964, in der der westdeutsche Verteidigungsminister von Hassel dem unter anderem mit Orden für Kriegsverbrechen für Guernica ausgezeichneten Generalbevollmächtigten der Bundeswehr Trettner sein Verständnis von „Entwicklungshilfe“ erklärt: Er tausche mit den Amerikanern lediglich „Menschenmaterial“ für den Einsatz im Vietnamkrieg gegen Atomwaffen.



Von Hassel: „Sehen Sie, Trettner, so stelle ich mir Entwicklungshilfe vor: Wir schicken uns Menschenmaterial nach Südvietnam, und die Amerikaner geben uns dafür Atombomben.“  
Zeichnung: Prof. Beier-Rüchtmann

Abb.8: Titellose Karikatur.

Aus: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Mai 1964, S.6.

#### 4.1.3 Das sicherheits- und militärpolitische Narrativ

BODEMER bezeichnet für die sechziger Jahre außenpolitische Motive als „dominierend“<sup>99</sup> gegenüber den „komplementär“ angelegten ethisch-moralischen Argumentationen. So betrachtet die SPD die ungleiche Verteilung des Wohlstands als Gefahr für den Weltfrieden, wogegen auch mit „Entwicklungshilfe“ allokativ vorgegangen werden könne.<sup>100</sup> So warnt der SPD-Abgeordnete Deist, es sei „unmöglich, daß in dieser engen Welt die Industrieländer als Inseln des Wohlstands in einem Meer von Elend und Armut auf die Dauer bestehen.“<sup>101</sup> Daher müsse die „Entwicklungshilfe“ mit derselben Sorgfalt behandelt und vergleichbaren Mitteln ausgestattet werden wie das Verteidigungsressort, schlussfolgert Kalbitzer.<sup>102</sup> Mit ähnlichen Metaphern warnt auch US-Präsident Johnson 1965, dass „die Flut der Unruhe an

<sup>98</sup> Ähnlich wird auch Konkurrenzverhalten gegenüber Großbritannien stilisiert. Vgl. *USA versuchen die Quadratur des Kreises*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Februar 1960, S.7.

<sup>99</sup> BODEMER, 1974, S.47.

<sup>100</sup> *Erläuterung des Parteivorstands der SPD zur Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus vom 1. Februar 1960*. In: DzD 1960, S.261.

<sup>101</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.5837 D.

<sup>102</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 25. Sitzung vom 10. April 1962, S.1020 A.

unsere eigenen Küsten branden wird.“<sup>103</sup> Während in dieser Lesart das entwicklungspolitische Engagement als langfristige und globale „Sicherheitspolitik“<sup>104</sup> eher distributiv zur Entschärfung des Nord-Süd-Konflikts fungiert, dient sie nach Adenauer dem „Kampf gegen den Kommunismus“<sup>105</sup> und wird sogar als „Trojanisches Pferd“<sup>106</sup> charakterisiert, mit dem weitergehende strategische Ziele erreicht werden sollten. Adenauer verwendet drastische Bilder, wenn er „Entwicklungshilfe“ als „Damm [...] gegen die kommunistische Überflutung“<sup>107</sup> bezeichnet: So werden die Bedeutsamkeit und Dringlichkeit dieses Politikfelds verdeutlicht. Bereits 1956 empfiehlt Staatssekretär Hallstein den Einsatz Technischer Hilfe, um zu verhindern, dass in den Entwicklungsländern „ein Vakuum entsteht, das auszufüllen der Ostblock sicher kein politisches und wirtschaftliches Mittel scheuen würde.“<sup>108</sup> Entsprechend konstatiert das Auswärtige Amt in internen Akten klar als ersten Grundsatz: „Entwicklungspolitik ist Außenpolitik“<sup>109</sup> und in einer Ausarbeitung aus dem Jahr 1960 heißt es, diese spiele eine entscheidende Rolle dabei, die „geistig-ideologische Auseinandersetzung“<sup>110</sup> mit dem Osten zu gewinnen. Diesem Ziel seien alle der „Entwicklungshilfe“ zugerechneten Teilbereiche, wie Bildungs- und Kulturpolitik, unterzuordnen.<sup>111</sup> Auch das HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK (1975) bekennt freimütig, das Politikfeld beabsichtige die „Immunsierung [...] gegen antiwestliche, kommunistische Bewegungen im Inneren und gegen sowjetische [...] Einflüsse.“<sup>112</sup> Gerstenmaier spricht sogar von einem „ein Stück *Containment*-Politik“ und dem „Versuch, den Vormarsch des Kommunismus in der Dritten Welt einen Riegel

<sup>103</sup> *Fernsehansprache des Präsidenten Johnson am 7. Mai 1965*. In: DzD 1965, S.554 f.; Schon Kennedy hatte zuvor erklärt: „If a free society cannot help the many who are poor, it cannot save the few who are rich.“ Vgl. INAUGURATIONSREDE KENNEDYS am 20. Januar 1961. Vgl. <http://www.inaugural.senate.gov/swearing-in/addresses> [29.8.2018]

<sup>104</sup> Bundesminister Scheel proklamiert seit der Eröffnung der zweiten Deutschen Afrika-Woche 1962 regelmäßig „Entwicklungshilfe“ „sei nichts anderes als weltweite Sozialpolitik, und diese wiederum ist eine moderne Form der Sicherheitspolitik.“ Vgl. „*Entwicklungshilfe ist Sozialpolitik*.“ In: DIE WELT, 22. Juli 1964, S.12.; Dazu kommentiert das Auswärtige Amt bereits 1962 in internen Dokumenten, für eine solche globale „Sozialpolitik“ fehle es angesichts der Kosten im Verteidigungsressort an Mitteln. Vgl. *Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Simon vom 28. November 1964*. In: AAPD 1962 Dok.465, S.1998.

<sup>105</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.482.

<sup>106</sup> FREY, 2005, S.344.

<sup>107</sup> *Ausführung des Bundeskanzlers Adenauer vor Führungsgremien der CDU in Bonn am 16. November 1960*. In: DzD 1960, S.494.; Ähnlich auch Truman in seinen Memoiren über das „Point IV-Program“: „It was consistent with our policy of preventing the expansion of Communism in the free world.“ Vgl. TRUMAN, 1956, S.246 f.

<sup>108</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 138. Sitzung am 23. März 1956, S.7131 D.

<sup>109</sup> *Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Simon vom 28. November 1962*. In: AAPD 1962 Dok.465, S.1998.

<sup>110</sup> *Ausarbeitung „Die außenpolitische Aufgabe der Entwicklungspolitik“ vom 8. Dezember 1960*. In: PA/AA B1 Bd.12.

<sup>111</sup> *Vermerk von Scherpenbergs vom 5. Dezember 1960*. In: PA/AA B1 Bd.12.

<sup>112</sup> HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK, 1975, S.729.

vorzuschieben.<sup>113</sup> Albrecht von Kessel vergleicht die „Entwicklungshilfe“ noch weitergehend mit Bismarcks Sozialpolitik, die seinerzeit in einer Doppelstrategie von Druck und Angeboten dem Sozialismus die Grundlage entziehen sollte.<sup>114</sup> Im Auswärtigen Amt werden in dieser Konsequenz 1962 drei Ziele formuliert: Zunächst sollen „die westliche Position gestärkt“<sup>115</sup> und „östliche Infiltration“ verhindert werden. Als dritten Punkt wird gefordert, „die Anerkennung von Pankow zu verhindern.“ Entsprechend bezeichnet MATTHIS Antikommunismus als „Leitmotiv“<sup>116</sup> der bundesrepublikanischen Afrika- und Entwicklungspolitik. Auch das Kabinett bekundet im Dezember 1960, dass man „aus politischen Gesichtspunkten heraus“<sup>117</sup> entscheiden werde, welche Länder und Projekte bevorzugt mit „Entwicklungshilfe“ bedacht werden sollen. Die Politisierung der Vergabekriterien wird in der Bundesrepublik selbst von den höchsten Stellen offen thematisiert. Diese Praxis sei zwar „unklug“<sup>118</sup>, aber unvermeidlich, so DIE WELT. Bundespräsident Lübke bezeichnet Entwicklungshelfer dabei als „friedliche Soldaten Deutschlands.“<sup>119</sup> In Adenauers Rede zur Verleihung Ehrenbürgerschaft der Sophia-Universität in Tokio am 31. März 1960 regt dieser sogar an, dass ein Teil der durch Rüstungsbegrenzungen eingesparten Mittel fortan für die „Entwicklungshilfe“ verwendet werden könnte, was die imaginierte Bedeutung als Instrument der Sicherheitspolitik demonstriert.<sup>120</sup> Interne Aktennotizen aus dem Auswärtigen Amt belegen, dass „der Herr Bundeskanzler“ betone, „daß die Entwicklungsfragen in erster Linie unter außenpolitischen Gesichtspunkten behandelt werden“<sup>121</sup> sollen.

Diese Analogien zum verteidigungs- und militärpolitischen Sektor bieten wiederum der DDR Angriffsfläche: So berichtet NEUES DEUTSCHLAND, die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ zielt auf die Sicherung von „Rohstoffquellen, Absatzmärkte[n] und strategische Punkte[n]“<sup>122</sup> für den Kriegsfall und sei nichts anderes als verdeckte militärische Aufrüstung.

---

<sup>113</sup> BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTS DER BUNDESREGIERUNG 30 (1961); FALK, 1985, S.26.

<sup>114</sup> *Kreise der Außenpolitik*. In: DIE WELT, 9. Januar 1963, S.3.

<sup>115</sup> *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner*. In: PA/AA B34 Bd.389.

<sup>116</sup> MATTHIS, 1998, S.170.; SCHWARZ verweist auf die von Adenauer in diesem Kontext herausgestellten globalpolitischen „Interdependenzen.“ Vgl. SCHWARZ, 2010, S.31.

<sup>117</sup> *Richtlinien für die Entwicklungshilfe*. In: DIE WELT, 31. Dezember 1960, S.4.

<sup>118</sup> *Hilfe auf Befehl?* In: DIE WELT, 20. Juni 1964, S.9.

<sup>119</sup> „Frieden und Freiheit werden nicht nur durch militärische Anstrengungen garantiert, sondern auch durch die Wirtschaftskraft, welche die freien Länder zu entwickeln vermögen.“ Vgl. *Lübke mahnt zur Wachsamkeit*. In: DIE WELT, 2. Januar 1964, S.1.; *Entwicklungshelfer verabschiedet*. In: DIE WELT, 16. Juli 1964, S.2.

<sup>120</sup> *Rede des Bundeskanzlers Adenauer in der Sophia-Universität in Tokio am 31. Januar 1960*. In: DzD 1960, S.640.

<sup>121</sup> *Vermerk von Scherpenbergs vom 5. Dezember 1960*. In: PA/AA B1 Bd.21.

<sup>122</sup> *Was will Bonns Generalstab in Afrika?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Dezember 1960, S.5.; Vgl. „Entwicklungshilfe.“ In: WÖRTERBUCH DER AUßENPOLITIK UND DES VÖLKERRECHTS, 1980, S.151.

Dass die DDR selbst Militärhilfe leistet, wird dagegen nicht öffentlich thematisiert.<sup>123</sup> Die Verbindungen zwischen Entwicklungs- und Rüstungspolitik zeigten sich paradigmatisch in der personellen Besetzung des BMZ, wo ein ehemaliger Mitarbeiter des Krupp-Konzerns Staatssekretär sei.<sup>124</sup> Die als „Entwicklungshilfe“ deklarierten Ausrüstungslieferungen dienten nicht nur nach außen zur Militarisierung der westlichen Blocks, sondern würden auch durch die örtliche „Bourgeoise“ zur gewaltsamen Unterdrückung einer sozialistischen Revolution im Inneren missbraucht. Winzer unterstellt der Bundesrepublik in diesem Kontext, sie interagiere gezielt in nichtpaktgebundenen Staaten, um diese auf einen kapitalistischen Entwicklungsweg „zu drängen.“<sup>125</sup> Dazu sei Bonn jedes Mittel recht, wie unfaire Preispolitik, „Boycott“ oder sogar „Sabotage, wobei man sich entweder „reaktionärer Kräfte“ im jeweiligen Staatsapparat bediene, aber auch vor militärischer Intervention nicht zurückschrecke. Bonn mache sich durch diese „Mörder- und Räuberhilfe“<sup>126</sup> schuldig. So zeigt eine Karikatur aus NEUES DEUTSCHLAND den bundesrepublikanischen „Entwicklungshilfe“-Apfel, aus dem sich, durch einen Schlangenbeschwörer angelockt, ein großer Wurm erhebt. Dieser trägt die Züge Adenauers sowie Stahlhelm und Colt, was die Tarnung militärischer Aufrüstung durch scheinbar zivile „Entwicklungshilfe“ symbolisiert. Die von innen offenbar faulende Apfel weckt Reminiszenzen an den Sündenfall: Wer auf die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ hereinfalle, werde aus dem „Paradies“ vertrieben und gebe sich dem Verderben preis. Programmatisch werden westdeutsche Entwicklungshelfer als „Neokolonialistenkorps“<sup>127</sup> bezeichnet. Allerdings werden außenpolitische Ambitionen auch im Begründungszusammenhang des ostdeutschen Engagements deutlich. Meist verweisen ostdeutsche Medien und Politiker sogar noch im selben Atemzug, in dem politische Absichten dementiert werden, auf die Bedeutung des eigenen Engagements



Abb.9: *Bonner Entwicklungshilfe!*  
Aus: NEUES DEUTSCHLAND, 13. Januar 1961, S.1.

<sup>123</sup> BRUNNER, 2015, S.68.

<sup>124</sup> *Krupp-Interessenvertreter wird Staatssekretär.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. Dezember 1969, S.7.

<sup>125</sup> *Bericht des Ministers Winzer auf der 12. Tagung des ZK der SED über Fragen der Außenpolitik der DDR am 17. April 1966.* In: DzD 1966, S.538.

<sup>126</sup> *Mörder- und Räuberhilfe.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Februar 1961, S.1.

<sup>127</sup> *Neokolonialistenkorps.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Juni 1963, S.2.



für den Sozialismus und den „Frieden.“<sup>128</sup> Zur Stärkung des eigenen Lagers sollen außerdem primär sozialistische Entwicklungen in den Empfängerländern unterstützt werden, so NEUES DEUTSCHLAND.<sup>129</sup> In einem Aufsatz zur „internationalen Stellung der DDR“ von 1958 bezeichnet Peter Florin, der bis 1966 Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK ist, es als „Hauptaufgabe“ aller auswärtigen Kontakte auf „die Entstehung günstiger internationaler Bedingungen zu wirken, die den Sieg des Sozialismus im Innern erleichtern und gewährleisten.“<sup>130</sup> Je mehr sich das sozialistische Prinzip international durchsetze, desto stärker erhöhe sich auch das internationale Gewicht der DDR, so Florin. Als ein Instrument zur Förderung dieser Prozesse erscheint auch die „Entwicklungshilfe“ an entsprechende Länder bzw. dort agierende Gruppierungen. Dabei erscheint es schwierig, zwischen ideologischen und realpolitischen Interessen der sozialistischen Außenpolitik zu unterscheiden.<sup>131</sup> In diesem Kontext ist auf eine Äußerung Johannes R. Bechers zu verweisen wonach der Friede „die Fortsetzung des Krieges gegen den Faschismus mit anderen Mitteln, vor allem mit ideologischen Mitteln“<sup>132</sup> sei. Als eines dieser Mittel kann offenbar durchaus die „Entwicklungshilfe“ taugen.

Vereinzelt dementieren westdeutsche Politiker, wie der SPD-Abgeordnete Meyer eine anti-kommunistische Motivation der „Entwicklungshilfe“, müssen jedoch im gleichen Atemzug zugeben, es sei „umso besser“<sup>133</sup>, wenn die Eindämmung des Kommunismus eine „Nebenwirkung“ sei. DIE WELT thematisiert nicht nur offen die handlungsantreibende globalpolitische Ausrichtung der Entwicklungspolitik im Ost-West-Konflikt, sondern rechtfertigt diese auch. Der „schicksalhafte Konkurrenzkampf mit dem Kommunismus“<sup>134</sup> erfordere eben den Einsatz aller wirtschaftlichen Möglichkeiten. Eine engere Koordination und die „Aufteilung der Gebiete“<sup>135</sup> könne gleichsam als ziviles „zweites Bein“<sup>136</sup> der NATO fungieren. Als wirt-

<sup>128</sup> *Freies Afrika im Blickpunkt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1960, S.4.

<sup>129</sup> „Wir unterstützen den nationalen und kolonialen Befreiungskampf, [...] weil unsere uneigennützigste Hilfe dazu beiträgt, daß die Arbeiterklasse sowie jene anderen [...] Kräfte gestärkt werden, die in diesen Ländern bei entsprechenden Voraussetzungen den Übergang zum Sozialismus vollziehen werden.“ Vgl. *Frieden und Sozialismus werden triumphieren*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1960, S.4.

<sup>130</sup> Peter Florin: *Die internationale Stellung der DDR und ihre Außenpolitik*. In: DzD 1958, S.1295.

<sup>131</sup> SCHOLTYSECK, 2003, S.83.

<sup>132</sup> ERLER, 1994, S.233.

<sup>133</sup> Bonn würde „Entwicklungshilfe“ aus moralischen Erwägungen auch dann leisten, „wenn es auf dieser Erde keine einzigen Kommunisten gäbe.“ Vgl. *Erklärung des Abgeordneten Meyer (Frankfurt) (SPD) in der Beratenden Versammlung des Europarats am 22. Januar 1960*. In: DzD 1960, S.108.

<sup>134</sup> „Marshallplan“ für Entwicklungsländer. In: DIE WELT, 23. Januar 1960, S.8.

<sup>135</sup> AdG 1961, 9028 B.

<sup>136</sup> *Gemeinsame Entwicklungshilfe*. In: DIE WELT, 11. Juni 1959, S.11.

schaftliches Schwergewicht innerhalb des westlichen Bündnisses könne man sich der welt-politischen Verantwortung nicht dauerhaft entziehen. BMZ-Staatssekretär Vialon hält die sicherheitspolitische Färbung auch für durchaus zulässig: Man könne den Entwicklungslän- dern klar zeigen, „für welche sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Lösungen die Bun- desrepublik eintrete.“<sup>137</sup> Man dürfe die „Entwicklungshilfe „allerdings auch nicht zu einem bloßen politischen „Kampfmittel“ degradieren, das nur davon abhalten solle, „im roten Reich zu fischen oder sich gar zum Bad hineinzubegeben.“ Bis zum Ulbricht-Besuch in Ägypten 1965 erfährt dieser globalpolitische Motivkomplex in der Bundesrepublik nur ver- einzelt öffentliche Kritik. Dagegen wird auch der „Entwicklungshilfe“ des Ostblocks, unter anderem von Brentano vorgeworfen, sie sei zu einem großen Teil getarnte „Militärhilfe.“<sup>138</sup>

#### 4.1.4 Die wechselseitigen Absurditätsvorwürfe

Beide deutsche Staaten bescheinigen der „Entwicklungshilfe“ des jeweils „anderen Deutsch- lands“ regelmäßig Widersinnigkeit. Die Bundesrepublik streut in diesem Kontext massive Zweifel an der Authentizität und Qualität des ostdeutschen Engagements. So bezeichnet Adenauer die „Entwicklungshilfe“ des gesamten Ostblocks als groß angelegten „Bluff“<sup>139</sup> und behauptet, die gegebenen Zusagen könnten überhaupt nicht eingehalten werden, „ohne die Lage im eigenen Land zu gefährden.“ Strauß will der Hilfe des Ostens lediglich „psycho- logische Wirksamkeit“<sup>140</sup> zugestehen und glaubt, der Westen sei „viel smarter“ bei dem Ver- such, politisches Kapital aus dem eigenen Engagement zu schlagen. Immer wieder wird auch in den westdeutschen Medien hervorgehoben, dass sich die „Entwicklungshilfe“ des Ost- blocks quantitativ wie qualitativ nicht mit den Leistungen des Westens messen ließe.<sup>141</sup> Hier- bei tauchen die unterschiedlichsten Zahlen- und Verhältnisangaben auf. So berichtet DIE WELT 1964, man selbst erbringe 0,6 Prozent, der Ostblock „nach westlichen Berechnun- gen“<sup>142</sup> dagegen nur 0,1 Prozent des BIP. Außerdem seien rund 60 Prozent der westlichen Hilfeleistungen nicht zurückzuzahlen, während der Osten überwiegend zwar günstige, aber

---

<sup>137</sup> Vialon: *Kein Geld für Feinde*. In: DIE WELT, 17. Mai 1963, S.2.

<sup>138</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9222 C.

<sup>139</sup> TEEGESPRÄCHE II, 9. Juni 1956, S.99.

<sup>140</sup> *Schreiben Franz-Josef Strauß' an von Brentano vom 9. Dezember 1960*. In: PA/AA B1 Bd.21.

<sup>141</sup> „[...] wo der gesamte Weste 8,7 Milliarden Dollar- der Osten etwa 200 Millionen – für diesen Zweck ein- setzt.“ Vgl. *Von Bandung zum Himalaja*. In: DIE WELT, 31. Dezember 1962, Die Geistige Welt; *Planfieber in Afrika*. In: DIE WELT, 6. Oktober 1959, S.7.; Die westliche „Entwicklungshilfe“ der vergangenen sechs Jahre sei „fünfzehnmal so groß“ wie die des Ostens. Vgl. *Brücke Afrikas*. In: DIE WELT, 10. März 1961, S.7.

<sup>142</sup> *Entwicklungsländer sollen sich kompromissbereit zeigen*. In: DIE WELT, 19. Mai 1964, S.11.

dennoch rückzahlbare Kredite gewähre.<sup>143</sup> Als der westdeutsche Botschafter 1960 über eine Währungsreform in Guinea berichtet, spekuliert er, die primitiv wirkenden Banknoten ohne Wasserzeichen seien mit höchster Wahrscheinlichkeit Ostproduktionen.<sup>144</sup> Mit besonderem Genuss und Schadensfreude vermeldet die westdeutsche Presse außerdem Pannen und Probleme sowjetischer und ostdeutscher „Entwicklungshilfe“, die bestenfalls als „dilettantisch“<sup>145</sup> bezeichnet werden könne. So berichtet DER SPIEGEL Nr.40/1965 unter Bezugnahme auf den amerikanischen Journalisten Victor Lasky, dass eine von Moskau im Rahmen der „Entwicklungshilfe“ gestiftete, aber unangekündigte Zementlieferung während der Regenzeit als riesiger Betonklumpen in einem Hafen Burmas habe versenkt werden müssen. Ein burmesischer Politiker soll ironisch bemerkt haben, sein Land verfüge nun ebenfalls über Zementvorkommen, man brauche nur das Hafenbecken „auszubaggern.“<sup>146</sup> Man belustigt sich auch über die Errichtung einer Radiostation auf einem eisenhaltigen Berg Guineas.<sup>147</sup> Interne Aktennotizen konstatieren „Verzögerungen“ und „Unzulänglichkeiten des gelieferten Materials“<sup>148</sup>, was sogar die anfängliche Ostorientierung Guineas ins Wanken gebracht habe. So seien beim Bau eines ägyptischen Kraftwerks die ursprünglich veranschlagten Kosten um ein Vielfaches überschritten worden und Materiallieferungen gar nicht oder nur verspätet eingetroffen.<sup>149</sup> Auch die Planung und Durchführung des im Mai 1964 begonnenen Wohnungsbauprojekt *Slum-Clearing* auf Sansibar verlaufen chaotisch: Es gibt Verständigungsschwierigkeiten, Kostenkalkulationen müssten über den Haufen geworfen und fehlende Baumaterialien sogar eigens aus der DDR eingeschifft werden. So Ostberlin importiere paradoxerweise große Mengen Sand und Kalk anstatt einheimische Bestände zu nutzen.<sup>150</sup>

<sup>143</sup> *Entwicklungshilfe im Spannungsfeld*. In: DIE WELT, 28. April 1965, S.18.

<sup>144</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 7. März 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>145</sup> Ähnlich: Die Schenkung einer Rübenzucker-Raffinerie an Indonesien, wo nur Rohrzucker existiere. Vgl. *Der häßliche Russe*. In: DER SPIEGEL, Nr.40/1965, S.110 ff.; Reaktion auf den Bestseller von LEDERER/BURDICK, *The Ugly American* über das Versagen amerikanischer „Entwicklungshilfe“ aus dem Jahr 1958.

<sup>146</sup> Ein neu errichtetes Luxushotel sei wegen fehlender Klimaanlage und defekten Aufzügen ebenso unbenutzbar wie das Krankenhaus, in dem die Entbindungsstation direkt neben der Abteilung für ansteckende Krankheiten liege. Vgl. *Der häßliche Russe*. In: DER SPIEGEL, Nr.40/1965, S.110 ff.

<sup>147</sup> *Der häßliche Russe*. In: DER SPIEGEL, Nr.40/1965, S.110 ff.; Dazu NEUES DEUTSCHLAND: „Die Entwicklung einer Rundfunkstation, die die DDR im unabhängigen Guinea baut, wird als wahrhaft freie Stimme Afrikas den Kampf gegen die Reste des Kolonialismus und die Bestrebungen der Neokolonialisten beschleunigen helfen.“ Vgl. *Freies Afrika im Blockpunkt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1960, S.4.

<sup>148</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Allardt*. In: AAPD 1962 Dok.384, Anm. 14, S.1659.

<sup>149</sup> *Zone gab ägyptischen Auftrag zurück*. In: DIE WELT, 14. September 1962, S.10.

<sup>150</sup> Außerdem wird berichtet, eine von der DDR und CZR gemeinschaftlich produzierte Getreidemühle sei bei ihrer Inbetriebnahme in Ägypten „buchstäblich in sämtliche Bestandteile“ zerfallen. Vgl. *Der häßliche Russe*. In: DER SPIEGEL, Nr.40/1965, S.112 f. und 117.; Auch NEUES DEUTSCHLAND thematisiert den Import einer Reihe von Baustoffen in die Entwicklungsländer, beschuldigt dafür aber die ehemaligen Kolonialländer: „Alle Baustoffe müssen nach Guinea eingeführt werden — außer Sand. Wasser. Lehm. Es gibt reiche Walder, aber keine Sägewerke, es gibt Erze, aber keine Metallaufbereitung — alle Rohstoffe wurden herausgeschleppt, dann

BÜSCHEL spricht ironisch von „Plattenbauten auf Sansibar.“<sup>151</sup> NEUES DEUTSCHLAND erwähnt diese Probleme allerdings nicht, sondern berichtet lediglich vom Empfang Kiesewetters „unter begeistertem Beifall der Zehntausende auf dem benachbarten Bauplatz.“<sup>152</sup> Eine SPIEGEL-Karikatur versinnbildlicht mit der Lieferung von Pelzen nach Zentralafrika, einer der heißesten Regionen der Erde, die völlige Sinnentleerung östlicher „Entwicklungshilfe“ durch den Export landestypischer „Überschussprodukte.“<sup>153</sup> Der Spott über sowjetische Projekte impliziert bereits, dass es sich mit der Entwicklungspolitik des „kleinen Bruders“ DDR nicht viel besser verhalten könne: Ostberlin werden gebetsmühlenartig mangelnde Planungs- und Durchführungskompetenzen diagnostiziert. Zu diesen finanziellen und organisatorischen Missständen kämen auch personelle Probleme: Aufgrund unzureichender Qualifikation soll Ägypten 1965 sogar die Hilfe von DDR-Technikern abgelehnt haben, so DIE WELT.<sup>154</sup> Auch mit der Qualität der meist verspätet fertig gestellten Anlagen und Produkte seien die Entwicklungsländer oft höchst unzufrieden: Hoher Kraftstoffverbrauch, Materialfehler, ständige Reparaturarbeiten und fehlende Ersatzteile runden das desolate Bild ostdeutscher „Entwicklungshilfe“ ab. Nicht viel besser verhalte es sich mit den so genannten „Fachkräften“: So sei ein ostdeutscher Bauleiter über Kairo in die Bundesrepublik geflohen. Dem ostdeutschen Handelsvertreter in Guinea bescheinigt der westdeutsche Botschafter befriedigt eine gewisse „protokollarische Hemdsärmeligkeit.“<sup>155</sup> Außerdem würden einzelne entwicklungspolitische Gaben der Bundesrepublik durch die DDR zweckentfremdet. So berichtet der Schweizer Journalist Daniel Roth gegenüber Adenauer über mehrere von Bonn gestifteten Krankenwagen an Ghana und Guinea. Die aus der DDR prompt entsandten Techniker hätten Medikamente und Verbandmaterial verteilt und die



Eine Ladung Pelzmützen für Zentralafrika Politiken, Kopenhagen

Abb.10: *Eine Ladung Pelzmützen für Zentralafrika.*  
Aus: DER SPIEGEL NR. 40/1965, S.120.

verarbeitet und teuer wieder im Lande verkauft.“ Vgl. *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>151</sup> BÜSCHEL, 2014, S.462.; Eine ausführliche Darstellung des Projekts bei: BÜSCHEL, 2014, S.452 ff.

<sup>152</sup> *Präsident Karume würdigt DDR-Hilfe*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 13.2.1965, S.1.

<sup>153</sup> KILIAN, 2001, S.35.

<sup>154</sup> *Kairo will keine Zonen-Techniker*. In: DIE WELT, 4. Mai 1965, S.1.

<sup>155</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 20. August 1964*. In: PA/AA B34 Bd.494.

westdeutschen Wagen dafür benutzt. Adenauer kommentiert diese Episode lapidar: „Ich halte alles für möglich.“<sup>156</sup> Außerdem wird behauptet, dass die im Zuge der ostdeutschen „Entwicklungshilfe“ ins Ausland gelieferten Güter und Medikamente im DDR-Inland fehlten, was die Unzufriedenheit im eigenen Lande sogar noch verstärkte und somit ins Gegenteil der beabsichtigten Wirkung umschlug. Dies alles offenbarte der Weltöffentlichkeit „die Misere der Zonenwirtschaft“<sup>157</sup>, freut sich DIE WELT. In diesem Sinne gereiche die versagende ostdeutsche „Entwicklungshilfe“ der DDR nicht nur zum Schaden, sondern treibe die Empfänger sogar buchstäblich noch „in die Arme“ Bonns. So schätzt auch der in Daressalam tätige Botschafter Schroeder 1965, dass die Verbindungen zwischen Sansibar und der DDR durch „enttäuschende[n] Erfahrungen mit der Entwicklungshilfe der DDR“<sup>158</sup> geschwächt worden seien. Ähnlich vermutet auch der Journalist Bretholz, ein in der „Sowjetzone“ ausgebildete Afrikaner käme höchstwahrscheinlich als „Antikommunist“ in sein Land zurück, was Adenauer mit dem Ausspruch, dies sei ein „guter Gedanke“<sup>159</sup>, kommentiert. Trotz dieser betont selbstgefälligen bis herablassenden Haltung in der Bundesrepublik wird „Ulbrichts Liebeswerben um den Schwarzen Erdteil“<sup>160</sup> kritisch beobachtet und die westdeutsche Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen vor einer „friedlichen Eroberung Afrikas“<sup>161</sup> durch die DDR gewarnt. Dabei wird nicht nur über die Besuchsreisen ostdeutscher Repräsentanten, sondern auch über die Gründung entsprechender Institutionen intensiv berichtet.<sup>162</sup> Hier zeigt sich eine gewisse „Schizophrenie“ im entwicklungspolitischen Diskurs der Bundesrepublik, der zwischen Ignoranz, Relativierung und Spott einerseits und einem trotz anderweitiger Darstellung implizit existierendem Bedrohungsgefühl zu schwanken scheint. NEUES DEUTSCHLAND gibt sich im Gegensatz dazu davon überzeugt, dass von der hervorragenden Qualität der nach Afrika exportierten Produkte „ein größer werdender Einfluß für die Sache des Sozialismus“<sup>163</sup> ausgehe. Die so genannte „Entwicklungshilfe“ der Bundesrepublik sei jedoch in Wahrheit „Schrott“<sup>164</sup>: Bonn betreibe lediglich seine industrielle und

---

<sup>156</sup> TEEGESPRÄCHE III, 19. Juni 1960, S.291.

<sup>157</sup> *Zone gab ägyptischen Auftrag zurück.* In: DIE WELT, 14. September 1962, S.10.

<sup>158</sup> *Gespräch des Bundesministers Schröders mit dem amerikanischen Außenminister Rusk vom 2. Juni 1965.* In: AAPD 1965 Dok.228, Anm.9, S.958.

<sup>159</sup> TEEGESPRÄCHE III, 14. Februar 1961, S.456.

<sup>160</sup> *Ulbrichts Liebeswerben um den Schwarzen Erdteil.* In: DIE WELT, 7. April 1963, S.3.

<sup>161</sup> *... als sei der Wohlstand ausgebrochen.* In: DIE WELT, 9. Mai 1960, S.3.

<sup>162</sup> So vermeldet beispielsweise DIE WELT 1960 die Gründung des Afrika-Instituts an der Leipziger Universität, wo ausgesuchte „Kader“ durch Sprach- und Kulturstudien für den auswärtigen Dienst ausgebildet werden sollen. Vgl. *Zone bildet Fachleute für Afrika und Asien aus.* In: DIE WELT, 26. März 1960, S.1.

<sup>163</sup> *Freies Afrika im Blickpunkt.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1960, S.4.

<sup>164</sup> *„Hilfe“ mit Schrott.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. Dezember 1960, S.1.

massenkonsumbedingte „Abfallbeseitigung“ ins Ausland. So würden ausgediente und veraltete Maschinen mit der rassistisch motivierten Begründung nach Afrika geliefert, dass diese „dem Niveau der Bevölkerung und der ‚Führungskräfte‘“<sup>165</sup> entsprächen. Besonders hitzig kommentiert NEUES DEUTSCHLAND die Weihnachtsaktion eines westdeutschen Kaufhausunternehmens 1960, beim Erwerb eines neuen Anzugs ein mitgebrachtes Exemplar mit 25 DM zu vergüten und nach Afrika zu spenden:

„Das ist wenigstens mal eine anständige Unternehmerinitiative zur bundesdeutschen ‚Entwicklungshilfe‘, nicht wahr? Sind sie nicht geradezu philanthropisch, diese braven Unternehmer? Sorgen sich so rührend darum, wie man den armen unterentwickelten Negern echte Peek und Cloppenburgs in den Urwald liefern kann? Zugegeben, die Anzüge sind nicht mehr nagelneu, aber immerhin: Anzug ist Anzug. Mit Glasperlen und Spiegeln können sie heutzutage die Afrikaner nicht mehr blenden. Nun versuchen sie ihr Geschäft unter anderem mit alten Anzügen. [...] Biete alten Anzug — übernehme dafür sämtliche Vorkommen an Gold, Uran, Kakao usw. Das sieht diesen Halsabschneidern ähnlich.“<sup>166</sup>

Ironisch schlägt NEUES DEUTSCHLAND vor, auch alte Schuhe zu spenden, warnt aber vor einem eventuellen „Tritt in den Allerwertesten.“ Der Vergleich zum betrügerischen Handel mit „Glasperlen und Spiegeln“ gegen Bodenschätze stellt „Entwicklungshilfe“ in die Tradition des Kolonialismus. Zudem verweigere sich Bonn absurderweise einer Reform seiner Außenhandelsstrukturen, die für die missliche Lage der „Dritten Welt“ maßgeblich mitverantwortlich seien. Anstatt durch eine Umgestaltung dafür zu sorgen, dass sich die Entwicklungsländer durch Handel selbsttätig helfen können, behalte Bonn die bisherigen Strukturen bei, allerdings mit der grotesken Begründung, man benötige diese Einnahmen zur Mittelschöpfung für „Entwicklungshilfe.“<sup>167</sup> Polemisch vergleicht NEUES DEUTSCHLAND die Bundesrepublik mit einem „Wegelagerer, der einen Passanten um die ganze Barschaft ‚erleichtert‘ und ihm schließlich etwas Kleingeld für die Heimfahrt ‚leiht.‘“<sup>168</sup> Bonn unternehme alles, „um die ökonomische Entwicklung der ehemals kolonialen Länder mit Hilfe [...] der ‚Entwicklungshilfe‘ aufzuhalten.“ Es werde nicht nur „wirkliche“ Unterstützung versagt, sondern auch bewusst Schaden zugefügt: Die Förderung der Agrarwirtschaft werfe die Länder „auf Jahre“<sup>169</sup> zurück, außerdem würden Zusagen nicht eingehalten oder bewusst verzögert. Auch eigene Industriezweige der Entwicklungsländer würden durch die Konkurrenzprodukte aus

<sup>165</sup> „Hilfe“ mit Schrott. In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. Dezember 1960, S.1.

<sup>166</sup> Halsabschneider. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.2.

<sup>167</sup> „Er [Der Präsident des BDI, *Anm. d. Verf.*] begründete die angebliche Notwendigkeit der westdeutschen aggressiven Außenhandelspolitik, die zu einer wachsenden Verschuldung eines großen Teils der Handelspartner Westdeutschlands geführt hat, mit den Worten, daß ‚die nationalen und internationalen Gemeinschaftsaufgaben vor allem die Verteidigung und die Entwicklungshilfe beträchtliche Überschüsse der Handelsbilanz‘ verlangten.“ Vgl. Erhard: *Weltmarkt muß Konzernen gehören*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. April 1964, S.1.

<sup>168</sup> *Die Kolonialmacht der EWG*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. August 1962, S.5.

<sup>169</sup> *Neokolonialistische „Entwicklungshilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Mai 1967, S.8.

der Bundesrepublik zerstört oder erst gar nicht ermöglicht.<sup>170</sup> Die wachsende Verschuldung der Entwicklungsländer sei ebenfalls auf die entwicklungspolitische Praxis des Westens zurückzuführen, der ausschließlich „Knebelkredite“ zu unfairen Konditionen anbiete.<sup>171</sup> NEUES DEUTSCHLAND moniert außerdem, dass der westdeutschen „Entwicklungshilfe“ das „geistige Leitbild“<sup>172</sup> fehle, da das Christentum als „Bannerträger“ des Kolonialismus längst diskreditiert und allein die „Jagd nach dem Maximalkredit“ kein ausreichendes Identifikationsangebot sei. Selbstkritik findet sich auf der ostdeutschen Seite kaum, auch wenn die Aktenkorrespondenz durchaus massive organisatorische Probleme erahnen lässt: So beklagt beispielsweise der Leiter der ostdeutschen Vertretung in Conakry, er müsse sich „von morgens bis abends mit zahllosen Kleinigkeiten“ beschäftigen, was ihn von seiner eigentlichen „politischen Funktion“<sup>173</sup> abhalte: So gebe es nicht einen Mitarbeiter, „der in der Lage ist, ein Telefon zu bedienen oder irgendeinen Besucher, der mit der geringsten Kleinigkeit ankommt, einen entsprechenden Bescheid zu geben.“ Auch habe man den Ägyptern hundert Studienplätze angeboten, „ohne dass ein einziger gefahren sei.“ Über derlei Probleme wird in den Medien nichts bekannt.<sup>174</sup> So zitiert MEYEN eine Kindergärtnerin, die sich zur Berichterstattung in Ostdeutschland mit den Worten äußert, es habe eben „nichts Negatives passieren [dürfen] im Sozialismus. Ich glaube, die hätten sogar ein Erdbeben verschwiegen.“<sup>175</sup> Auch SCHABOWSKI bemerkt dazu rückblickend ironisch, im real existierenden Sozialismus gebe es nun mal „keine Fehler“<sup>176</sup>, auch nicht in der Entwicklungspolitik.

#### 4.1.5 Die außenhandelspolitischen Ambitionen

BODEMER und GROTE diagnostizieren vor allem für die fünfziger Jahre eine „Prävalenz exportpolitischer Motive“<sup>177</sup> im entwicklungspolitischen Diskurs der Bundesrepublik. So kommen in den Medien häufig Vertreter der Industrie- und Finanzbranche zu Wort, die einen „Wettlauf der Wirtschaft“<sup>178</sup> um die „Märkte von morgen“<sup>179</sup> erwarten. Dabei demonstriert

---

<sup>170</sup> *Westliche „Entwicklungshilfe“ vernichtete Brasiliens pharmazeutische Industrie.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 22. März 1964, S.6.

<sup>171</sup> FAULWEITER/ LIEBSCHER, 1981, S.596.

<sup>172</sup> *Die Misere der bürgerlichen Ideologien.* In: DAS NEUE DEUTSCHLAND, 27. Januar 1957, S.2.

<sup>173</sup> *Vermerk über Gespräch mit einem leitenden Mitarbeiter der Kulturabteilung in der VAR vom 30. September 1959.* In: PA/MfAA A 12770.

<sup>174</sup> *Schreiben der ostdeutschen Handelsvertretung in Conakry an das MfAA vom 11. März 1960.* In: PA/MfAA A 15896.

<sup>175</sup> MEYEN, 2003, S.44.

<sup>176</sup> SCHABOWSKI, 2005, S.58.

<sup>177</sup> BODEMER, 1974, S.59.; GROTE, 2004, S.24 f.

<sup>178</sup> *Afrika denkt an die Zukunft.* In: DIE WELT, 6. Juni 1963, S.11.

<sup>179</sup> *Märkte von morgen verlangen ihr Recht.* In: DIE WELT, 18. April 1959, S.8.

die Benennung des zuständigen Akteurs als „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“<sup>180</sup> symptomatisch diese handelspolitische Motive. Entsprechend äußert auch ein Vorstandsmitglied der *Deutschen Bank AG* gegenüber dem Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL: „Das Entwicklungsland von heute ist der Kunde von morgen.“<sup>181</sup> MESSNER definiert sogar polemisch, „Entwicklungshilfe“ sei, „wenn man andere Länder in die Lage versetzt, bei uns zu kaufen.“<sup>182</sup> In der Bundesrepublik wird regelmäßig öffentlich diskutiert, welche Rolle Staat und Wirtschaft dabei spielten, wobei der SPD-Abgeordnete Kalbitzer für mehr staatliche „Entwicklungshilfe“, der AEG-Vorstand Schmitt in gegenübergestellten Plädoyers für ein stärkeres Engagement des Unternehmertums argumentieren.<sup>183</sup> Neben Exportförderung und Rohstoffzugänglichkeit könne die Industrie in Zeiten der Vollbeschäftigung auch durch „Gastarbeiter“<sup>184</sup> aus Entwicklungsländern profitieren, schlägt DIE WELT 1960 vor. Wirtschaftsminister Erhard erhofft sich durch handelspolitische Kontakte den „Export des westlichen Lebensmodells.“<sup>185</sup> Ein institutionelles Indiz ist die Lieferbindung eines Teils der Kapitalhilfe an deutsche Waren, wodurch nicht das auf dem Weltmarkt günstigste Angebot ausgewählt werden kann. DER SPIEGEL meldet, dass diese Beschränkung auf 25 Prozent innerhalb der Bundesrepublik teilweise als zu gering erachtet werde.<sup>186</sup> Adenauer kritisiert dagegen, dass man sich zu stark an „der Entwicklung unserer eigenen Wirtschaft“<sup>187</sup> ausrichte und von Brentano verkündet emphatisch vor dem Bundestag, dass man keine Markteroberungspolitik betreibe.<sup>188</sup> Eine spätere westdeutsche kapitalismuskritische Publikation karikiert einen dicken Weißen in Anzug und mit selbstzufriedener Mine sowie Zigarre, der einen dünnen schwarzen Mann, der ohne Schuhe auf allen Vieren krabbelt, vor seinen Karren gespannt hat. Er trinkt den Afrikaner wie einen Ackergaul mit ein wenig „Entwicklungshilfe“ und lässt sich mit seinen Säcken voller Profite ziehen. Dass

---

<sup>180</sup> BELLERS, 1988, S.5.

<sup>181</sup> *Mit der Gießkanne*. In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.51.; Auch ein Vertreter der Berliner Bank AG erklärt gegenüber DIE WELT, „Entwicklungshilfe“ habe dafür zu sorgen, „daß wir in diesen Ländern auch noch in 10 und 20 Jahren unsere Maschinen verkaufen“ können. Vgl. *Entwicklungshilfe braucht Pioniergeist*. In: DIE WELT, 25. März 1961, S.10.;

<sup>182</sup> MESSNER, 2001, S.365.

<sup>183</sup> *Staatliche Entwicklungshilfe ist gute Sicherheitspolitik*. Und *Ohne Beteiligung der privaten Unternehmer geht es nicht*. In: DIE WELT, 2. März 1963, Das Forum der Welt. Ergänzt werden diese Artikel durch den Beitrag *Jedes Land braucht eine andere Hilfe*. von Prof. Walter Frielingsdorf

<sup>184</sup> *Farbige Arbeitskräfte für die Industrie empfohlen*. In: DIE WELT, 7. JULI 1960, S.1.

<sup>185</sup> LOEFFLER, 2010, S.133.

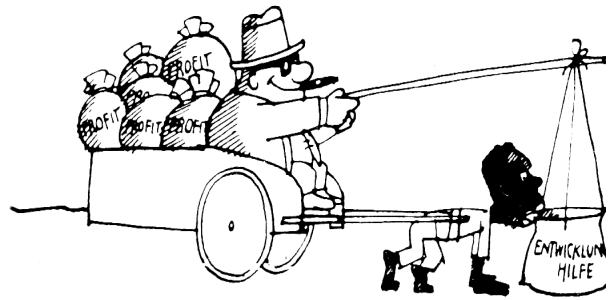
<sup>186</sup> Es stoße auf Unverständnis, dass teilweise „nicht einmal auf eine Beteiligung deutscher Firmen“ bestanden werde. Vgl. *Mit der Gießkanne*. In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.62.

<sup>187</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. MÄRZ 1961, S.483.

<sup>188</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6827 C.



der Afrikaner in der Lage zu sein scheint, diese schwere Last zu tragen, symbolisiert dessen eigentliche Kraft, die aber vom Westen gebändigt und für eigene Zwecke ausgenutzt erscheint. Die Bildunterschrift „Sogar die Entwicklungshilfe macht uns reicher“ wirft Bonn mangelnde Bereitschaft zur uneigennützigten Hilfe und



Unser Wirtschaftssystem ist einmalig. Sogar die Entwicklungshilfe macht uns reicher.

Abb.11: *Unser Wirtschaftssystem ist einmalig [...].*  
Aus: ENTWICKLUNGSPOLITIK - HILFE  
ODER AUSBEUTUNG? 1978, S.145.

Gewinnschöpfung vor. Willy Brandt kritisiert diese Praxis viele Jahre später mit der berühmten Formel von der „Bluttransfusion vom Kranken zum Gesunden.“ So treten nach ersten konjunkturellen Schwankungen zu Beginn der Siebziger diese exportpolitischen Motive noch stärker in den Vordergrund.<sup>189</sup> Die Konzeption „Entwicklungshilfe durch Handel“<sup>190</sup> entbindet außerdem mit der Argumentation, dies sei auch im Interesse der Empfänger, die „keine Geschenke“<sup>191</sup> wollten, den Staat von seiner Rolle.

Ein ähnliches Bild der westdeutschen „Entwicklungshilfe“ entwirft auch die DDR: Demnach würden nur diejenigen Projekte durch Bonn gefördert, die den „Monopolen bessere Ausgangsbedingungen“<sup>192</sup> zur Ausbeutung verschafften, beispielsweise durch Ausbau der Infrastruktur oder Ausbildungshilfe. Dabei gehe es nur um die Entwicklung der eigenen „notleidenden“ Wirtschaft, frei nach dem Motto: „Entwicklungshilfe? Ja, aber vorwiegend für die westdeutschen Industriekonzerne selbst!“<sup>193</sup> Auf die Interessen der Entwicklungsländer nehme man in der Bundesrepublik nicht einmal „die allerleiseste Rücksicht.“<sup>194</sup> So entfremde die Adenauer-Regierung als „Maklerbüro“ die durch Steuermittel bestrittene „Entwicklungshilfe“, um daraus Aufträge für die eigene Industrie zu machen, was als „Ausdruck

<sup>189</sup> MESSNER, 2011, S.395.

<sup>190</sup> *Entwicklungshilfe durch Handel.* In: DIE WELT, 3. Oktober 1964, S.12.

<sup>191</sup> *Afrika will keine Geschenke.* In: DIE WELT, 29. September 1960, S.10.; So Beyer: „Dabei haben uns deren Minister und Ministerpräsidenten immer wieder gesagt, daß es unsere erste Aufgabe sein müsse, ihrer eigenen Produktion größere Absatzmöglichkeiten zu schaffen.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 111. Sitzung am 4. Mai 1960, S.6249 D.

<sup>192</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.594.; So legt NEUES DEUTSCHLAND für eine programmatische Überschrift Kanzler Erhard überspitzte Äußerungen in den Mund. Vgl. *Erhard: Weltmarkt muß Konzernen gehören.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. April 1964, S.1.

<sup>193</sup> *Hilfe mit Fußangeln.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. März 1965, S.7. „Wenn Bonn von Entwicklungshilfe spricht, [...] meint es Profit.“ Vgl. *Die ‚Entwicklungshilfe‘ – ein lukratives Geschäft.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. Juli 1964, S.2.

<sup>194</sup> *Alte Rezepte der Bonner Neokolonialisten.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. September 1960, S.2.

der Fäulnis des modernen Kapitalismus“<sup>195</sup> charakterisiert wird: Insbesondere der CDU/CSU-Fraktion wirft man vor, für Entwicklungsprojekte vorgesehene Mittel im Haushalt für die eigene Wahlkampfkasse zweckzuentfremden. So demonstrierte die Absicht, Kleingewerbe sowie Handwerk statt großer Industrialisierungsprojekte zu fördern, das Interesse am Fortbestand ungünstiger Handelsstrukturen.<sup>196</sup> Die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ komme außerdem nicht der Bevölkerungsmehrheit, sondern nur einer korrupten Elite zugute, die als örtliche „Bourgeoisie“ für die Aufrechterhaltung dieser Strukturen und damit auch für den Profit der deutschen Industrie Sorge.<sup>197</sup> Bei entwicklungspolitischen Bauprojekten würden auch keine einheimischen Fachkräfte herangezogen, die Afrikaner selbst dürften nur einfachste Aufgaben ausführen, um so die Abhängigkeit von westlichen Technikern zu erhalten.<sup>198</sup> Dabei wird das Bild einer in mehrfacher Hinsicht für die einheimische Wirtschaft schädlichen Entwicklungspolitik der Bundesrepublik gezeichnet.

Dahingegen verweist NEUES DEUTSCHLAND bei einem eigenen Schulbauprojekt in Guinea ausdrücklich darauf, dass im Rahmen dieses Programms afrikanische Facharbeiter entsprechend ausgebildet und involviert würden.<sup>199</sup> Als gewichtigster Unterschied zum westdeutschen Pendant erscheint die Rolle, die dem Warenaustausch zugebilligt wird. Die DDR verstehe „wirkliche Entwicklungshilfe“ primär als fairen Handel zwischen gleichberechtigten Partnern. Man importiere schließlich nicht nur traditionelle landwirtschaftliche Erzeugnisse, sondern auch die Produkte der „jungen aufblühenden Industrien“<sup>200</sup>, so NEUES DEUTSCHLAND. Dies biete den jungen Staaten per se „sicheren Absatz, Stabilität und klare Perspektive“<sup>201</sup> und somit die Entwicklungsmöglichkeiten, die ihnen im Handel mit dem Westen versagt blieben. Die so auch für Ostberlin wichtigen Devisen werden freilich nicht erwähnt. Damit vertritt die DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik eine sehr breite Definition von „Entwicklungshilfe“, zu der nicht nur Kapital- oder Technische Hilfe, sondern auch die Außenhandelspolitik zählt. Paradoxerweise wirft die DDR ausgerechnet Bonn eine solche Praxis vor: Der Umfang westdeutscher „Entwicklungshilfe“ sei häufig völlig undurchsichtig, da

---

<sup>195</sup> *Kolonialmanieren*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. September 1962, S.2.; „*Entwicklungshilfe*“ wurde CDU-Wahlhilfe. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. November 1962, S.2.

<sup>196</sup> *Was Bonn unter „Entwicklungshilfe“ versteht*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Februar 1965, S.1.

<sup>197</sup> *Was will Bonns Generalstab in Afrika?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Dezember 1960, S.5.

<sup>198</sup> *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>199</sup> „Wir können unsere Achtung und Freundschaft den afrikanischen Völkern nicht besser beweisen, als wenn wir ihnen helfen, sich selbst technische Kenntnisse anzueignen, die ihnen bisher verschlossen blieben.“ Vgl. *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>200</sup> *Olympia weltoffenen Handels*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. März 1968, S.4.

<sup>201</sup> *Handel mit DDR bedeutet sicheren Absatz, Stabilität und klare Perspektive*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1969, S.4.

man in quasi-betrügerischer Absicht für offizielle Statistiken auch kommerzielle Handelskredite hinzuzähle, so NEUES DEUTSCHLAND.<sup>202</sup> Dass davon nicht nur Entwicklungsländer, sondern gleichsam die DDR von ostdeutscher Entwicklungspolitik profitieren kann und soll, zeigt sich an der permanenten Wiederholung der Formel vom „gegenseitigen“ oder „beiderseitigen Vorteil.“<sup>203</sup> Auch in seiner programmatischen Rede vor dem diplomatischen Korps betont Ulbricht, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit erfolge „auf der Grundlage des beiderseitigen Nutzens.“<sup>204</sup> So besäßen beispielsweise die Ägypten gewährten Kredite auch „positive Seiten für den Kreditgeber“<sup>205</sup>, da sie Aufträge an die heimische Wirtschaft bringe und außerdem in von der DDR benötigten Waren zurückgezahlt würden. MAC CON ULADH verweist in diesem Kontext auf die Äußerung eines Funktionärs im ostdeutschen Staatssekretariat für Hochschulwesen aus dem Jahr 1956, wonach die ausländischen Studenten „von heute“ die „Auftraggeber der deutschen Wirtschaft von morgen“<sup>206</sup> seien, um dann noch schnell als eine Art ideologischen Pflichterfüllung deren Bedeutung für die „Völkerfreundschaft“ nachzuschieben. Dennoch bedeutete das Engagement der DDR in dieser Angelegenheit „eine Anstrengung“ und sei als solche zu würdigen, so Bolz kurz nach dem Kairo-besuch Ulbrichts. Generell habe enge Kooperation mit den Entwicklungsländern auch „für alle Werktätigen Vorteile“<sup>207</sup>, da das sozialistische Weltsystem erstarke und mehr Rohstoffreservoirs zur Verfügung stünden. Die genauen Distinktionskriterien zum marküblichen Handel erfahren jedoch in der ostdeutschen Öffentlichkeit keine Darstellung. Stattdessen konzentriert sich NEUES DEUTSCHLAND auf die ökonomischen Auswirkungen der Bonner „Entwicklungshilfe“, die als argumentativer Vorwand für die Schröpfung der westdeutschen Arbeiterschaft missbraucht und teilweise sogar durch private Vereine getarnt werde.<sup>208</sup> Entsprechend erfährt Erhards Vorstoß aus dem Jahr 1959, kurzfristig auf Arbeitszeitkürzungen zu verzichten, um den dabei anfallenden Ertrag als „Entwicklungshilfe“ weiterzugeben, scharfe Kritik.<sup>209</sup> Das Gedankenspiel einer monatlichen Abgabe von vier DM wird sogar mit

<sup>202</sup> Die „Entwicklungshilfe“ – ein lukratives Geschäft. In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. Juli 1964, S.2

<sup>203</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.598.; *Handel mit DDR bedeutet sicheren Absatz, Stabilität und klare Perspektive.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1969, S.4.; *Peter Florin: Die internationale Stellung der DDR und ihre Außenpolitik.* In: DzD 1958, S.1303.

<sup>204</sup> *Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960.* In: Die DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, S.80.

<sup>205</sup> *Aus der Rede des Ministers Bolz in Ost-Berlin am 24. März 1965,* In: DzD 1965, S.325.

<sup>206</sup> MAC CON ULADH, 2005, S.178.

<sup>207</sup> *Schneller voran durch internationale Arbeitsteilung.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. März 1960, S.6.

<sup>208</sup> „Man versucht der ganzen Sache einen privaten Charakter zu geben und gründete deshalb schon vor Jahren die Deutsche Afrikagesellschaft [...]“ Vgl. *Afrikawoche gegen Afrika.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Oktober 1960, S.2.

<sup>209</sup> *Richters Partnerschaft mit Neokolonialisten.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Juni 1960, S.5.

kolonialistisch-rassistischem Vokabular als „Hottentotten-Steuer“<sup>210</sup> bezeichnet. Dabei wird explizit zwischen der „echte[n] Arbeitersolidarität“<sup>211</sup> der Bevölkerung und den ausbeuterischen Absichten des „Finanzkapitals“ differenziert. Die SED richtet in diesem Kontext sogar ein Schreiben an die westdeutsche SPD, in der sie diese zur Distanzierung von dieser Praxis aufruft.<sup>212</sup> Unter dem „Rauchschleier von Humanität, Freiheit und christlicher Nächstenliebe“<sup>213</sup> solle menschliches Mitgefühl, Verzichtsmoralität und Spendenbereitschaft erzeugt werden. In Anspielung auf Goethes *Das Göttliche*, einer Ode an die Humanität, betont NEUES DEUTSCHLAND, die „Entwicklungshilfe“ sei keinesfalls so „hilfreich, edel und gut“<sup>214</sup>, wie sie es vorgebe.

Allerdings erheben auch westdeutsche Medien gegenüber der DDR vergleichbare Vorwürfe. So berichtet DER SPIEGEL, Ostberlin habe bei einem Bauvorhaben auf Sansibar nicht einmal den von den Arbeitern geforderten Tageslohn von 70 Cent zahlen wollen, was zu Streiks und Bauverzögerungen geführt habe.<sup>215</sup> Dass ausgerechnet der Staat der „Arbeiter und Bauern“ solch menschenunwürdige Arbeitsbedingungen bei Entwicklungsprojekten pflegen soll, zielt darauf, den ostdeutschen Ausbeutungsvorwurf zu demontieren.

#### 4.1.6 Die „Neokolonialismus“-Debatte

Der durch die DDR in beinahe jeder öffentlichen Äußerung angeführte und stereotyp wiederholte „Neokolonialismus“<sup>216</sup>-Vorwurf gegenüber der Bundesrepublik artikuliert, die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ diene lediglich dazu, die ökonomische und politische Abhängigkeit der jungen Nationalstaaten auch nach der formalen staatlichen Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten. Dabei diene dieses Politikfeld als „Blumenkranz, mit dem der Bundeswirtschaftsminister die neokolonialistischen Gelüste der westdeutschen Monopole zu verbrämen“<sup>217</sup> suche, so NEUES DEUTSCHLAND. Dies demonstrierte exemplarisch die im Westen

---

<sup>210</sup> *Hottentotten-Steuern*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. Juli 1960, S.2.

<sup>211</sup> „Eure Solidaritätsgroschen sollen dazu benutzt werden, die Expansion des westdeutschen Finanzkapitals [...] in die afrikanischen Länder zu unterstützen. [...] Ihr lehnt jede Kolonialpolitik ab.“ Vgl. *Offener Brief des Bundesvorstands des FDGB an den Bundesvorstand des DGB vom 10. Januar 1961*. In: DzD 1961, S.62.

<sup>212</sup> *Schreiben des ZK der SED an die Mitglieder der SPD am 24. Mai 1962*. In: DzD 1962, S.562.

<sup>213</sup> *Einmischung mittels „Hilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Februar 1965, S.5.

<sup>214</sup> *Tarnmantel „Entwicklungshilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Juni 1961, S.6.

<sup>215</sup> *Der hässliche Russe*. In: DER SPIEGEL, Nr.40/1965, S.112 f. und 117.

<sup>216</sup> „Mit dem Wort ‚Entwicklungshilfe‘ werden in der westlichen Propaganda Absichten maskiert, die man sich beim richtigen Namen zu nennen scheut. Allgemein fallen heutzutage darunter Maßnahmen imperialistischer Staaten, die dazu dienen sollen, wirtschaftlich schwachentwickelte Länder in kolonialer Abhängigkeit zu halten. Wo man früher von Kolonialpolitik sprach, wird heute ‚Entwicklungshilfe‘ gesagt und damit der Neokolonialismus getarnt.“ Vgl. *Tarnmantel „Entwicklungshilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Juni 1961, S.6.

<sup>217</sup> *Indien ist um eine Erfahrung reicher*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. August 1960, S.5.

übliche Projektbindung, die als Bevormundung und „Hilfe mit Hintergedanken“<sup>218</sup> kritisiert wird. In den Akten des ostdeutschen Außenministeriums wird auch explizit empfohlen, diesen Vorwurf in Afrika zu verbreiten.<sup>219</sup> NEUES DEUTSCHLAND bezeichnet wirtschaftliche Abhängigkeit und Expansion sowie „politische Knebelung“<sup>220</sup> als die drei wesentlichen Grundsätze, der die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ verpflichtet sei. So titelt die Zeitung anlässlich einer entsprechenden Veröffentlichung am 5. April 1961: „Bonner Neokolonialismus bewiesen“<sup>221</sup> und bezeichnet Scheel wenig später sogar als „Kolonialminister.“<sup>222</sup>

In einer anlässlich des Ulbricht-Besuchs in Kairo veröffentlichten Glosse, versucht NEUES DEUTSCHLAND durch die ideologisierte Interpretation westdeutscher Politikerzitate zu entlarven, was Bonn „wirklich“ unter „Entwicklungshilfe“ verstehe. So zeige eine Aussage Gerstenmaiers, in der er ökonomische gegenüber politischen Vergabekriterien als „zweitrangig“ bezeichnet haben soll, dass Bonn politische „Zugeständnisse abkaufen“ und das „Selbstbestimmungsrecht einschränken oder gar liquidieren“<sup>223</sup> wolle. Ein beliebtes argumentatorisches Mittel ist es, westdeutsche Politiker zu zitieren und deren Aussagen „in ehrliches Deutsch“<sup>224</sup> zu übersetzen, also ideologisiert zu interpretieren. So bedeute die Aussage Scheels, die wirtschaftliche Struktur der ehemaligen Kolonien durch „Entwicklungshilfe“ stärken und in die „Wirtschaftsstruktur der freien Welt“ einordnen zu wollen, in Wahrheit Folgendes: „Nachdem wir schon nicht die politische Unabhängigkeit der kolonial unterdrückten Völker verhindern konnten, wollen wir sie doch wenigstens auf den kapitalistischen Entwicklungsweg zwingen und sie als Objekte imperialistischer Ausbeutung behalten.“

Der DKB-Abgeordnete Schirmer erklärt sogar, die Bundesrepublik behandle die afrikanischen Staaten wie „westdeutsche Protektorate.“<sup>225</sup> Die Brisanz dieser Thematik wird durch

---

<sup>218</sup> *Hilfe mit Hintergedanken.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. April 1965, S.3.

<sup>219</sup> Exemplarisch in Ghana: *Schreiben an die Handelsvertretung in Accra vom 12. Januar 1962.* In: PA/MfAA A 15867.; *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 9. Januar 1964.* In: PA/MfAA A 15867.

<sup>220</sup> *Nackter Neokolonialismus.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. März 1967, S.2.

<sup>221</sup> „Der Ausschuß für Deutsche Einheit übergab der Öffentlichkeit eine Dokumentation mit dem Titel „Bonn — Feind der Völker Afrikas und Asiens“. Anhand umfangreichen Tatsachenmaterials wird nachgewiesen, daß sich die Bonner Regierung unter dem Deckmantel der sogenannten „Entwicklungshilfe“ an der Ausbeutung der von den Kolonialisten unterdrückten Völker beteiligt und nach eigenen Kolonien strebt.“ Vgl. *Bonner Neokolonialismus bewiesen.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. April 1961, S.2.

<sup>222</sup> *Die Kolonialmacht der EWG.* In: DAS NEUE DEUTSCHLAND, 10. August 1962, S.5.

<sup>223</sup> *Was Bonn unter „Entwicklungshilfe“ versteht.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Februar 1965, S.1.

<sup>224</sup> Fortfolgend: *Erklärung des Abg. Schirmer (DKB) im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der DDR am 4. Februar 1965.* In: DzD 1965, S.132.

<sup>225</sup> *Erklärung des Abg. Schirmer (DKP) im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der DDR am 4. Februar 1965.* In: DzD 1965, S.138.

kriegerische Metaphern und Vergleiche untermalt, die beispielsweise einen „Griff nach Afrika“<sup>226</sup> evozieren. Dabei dominiert das Narrativ von „Entwicklungshilfe“ als „Tarnmantel“<sup>227</sup> sowie ihre Charakterisierung als „Schlinge“<sup>228</sup> oder „vergoldete Ketten einer neuen Unterdrückung.“<sup>229</sup> Der westdeutsche Neokolonialismus trage auch „die Tarnkappe des Antikommunismus.“<sup>230</sup> Gelegentlich wird „Bonns unsichtbares Kolonialreich“<sup>231</sup> beschworen, das mittels „Entwicklungshilfe“ stabilisiert und expandiert werde. Andererseits betreibe die Bundesrepublik eine „Kolonialpolitik ohne Kolonien“<sup>232</sup>, wobei diese Fügung die Widersinnigkeit dieses ganzen Unterfangens demonstrieren soll. Dass ab 1967 mit Hans-Jürgen Wischnewschi ein Sozialdemokrat an der Spitze des BMZ steht, diene eben dieser Verschleierungstaktik.<sup>233</sup> Den westdeutschen Repräsentanten wird in diesem Kontext unterstellt, sie trauerten der alten kolonialen Ordnung nach, die „eben ‚doch eine Ordnung‘ gewesen sei“ und vor allem die Springer-Presse sehne sich danach, die „Ordnung der Sklaverei und Peitsche endlich wiederhergestellt zu sehen.“<sup>234</sup> So berichtet NEUES DEUTSCHLAND auch, Bonn zeige insbesondere für „die ehemaligen kaiserlich-deutschen afrikanischen Kolonien“<sup>235</sup> ein besonderes Interesse und sei dort, wie beispielsweise in Tanganjika, sehr stark engagiert: Damit wird ein Restaurationsvorwurf konstruiert. Dieser kann sich dabei auf kontroverse Aussagen stützen, wie der des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Außenhandel Reinhold Bender, der für die Bundesrepublik die treuhänderische Verwaltung afrikanischer Kolonien gefordert habe.<sup>236</sup> Gerstenmaiers Bewertung des Zeitalters des Kolonialismus als eine „Epoche [...] der kulturellen Leistung“<sup>237</sup> und Zivilisierung spielt der ostdeutschen Argumen-

<sup>226</sup> *Bonns koloniale Eroberungspolitik*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Oktober 1960, S.5.

<sup>227</sup> *Tarnmantel „Entwicklungshilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Juni 1961, S.6.; Ähnlich auch Florin, wonach die imperialistische Politik „durch neue Formen getarnt“ sei. Vgl. *Peter Florin: Die internationale Stellung der DDR und ihre Außenpolitik*. In: DzD 1958, S.1294.

<sup>228</sup> „Entwicklungshilfe“ als „[...] Schlinge, die man beliebig anziehen kann und mit der das betroffene Land immer stärker gewürgt wird.“ Vgl. *Safari-Zeit ist um*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 31. März 1961, S.7.

<sup>229</sup> *Die deutsch-afrikanische Gesellschaft*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. März 1961, S.2.; „[...] ihnen neue, weniger sichtbare Ketten anzulegen.“ *Tarnmantel „Entwicklungshilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Juni 1961, S.6.;

<sup>230</sup> *Alte Rezepte der Bonner Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. September 1960, S.2.

<sup>231</sup> *Bonns unsichtbares Kolonialreich*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. August 1965, S.6.

<sup>232</sup> REIME, 1972, S.12.

<sup>233</sup> „Entwicklungshilfe“ - *Teil des Bonner Neokolonialismus*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. April 1967, S.6.

<sup>234</sup> *Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. März 1966, S.6.

<sup>235</sup> *Das sind ihre Wirtschaftspraktiken zur Ausplünderung der Völker*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Oktober 1960, S.5.

<sup>236</sup> BÄR/SCHRÖTER, 2001, S.175.

<sup>237</sup> GERSTENMAIER, 1960, S.11.

tation in die Hände. FAULWETTER/LIEBSCHER charakterisieren die westliche „Entwicklungshilfe“ außerdem als „Mittel der Erpressung“<sup>238</sup>, da Bonn diese bei missliebigen Ereignissen stoppe und der „Konterrevolution“ nutzbar mache. Der DDR als Staat der Arbeiter und Bauern, in dem die „Herrschaft der Monopole beseitigt“ sei, seien solche „neokolonialen Bestrebungen wesensfremd“<sup>239</sup>, so NEUES DEUTSCHLAND. Adenauer wird in einem Memorandum an die UN-Vollversammlung 1961 mit Hilfe eines Zitats aus dem Jahr 1927, in dem er „mehr Raum [...] und daher Kolonien“<sup>240</sup> fordert, als „koloniallüsterner Revanchist“ dargestellt. Die imperialistische Vorstellung, Europa sei „zu klein“<sup>241</sup> geworden, lebe außerdem im „Eurafrika“<sup>242</sup>-Gedanken der gerade gegründeten EWG und den assoziierten Gebieten weiter. NEUES DEUTSCHLAND fasst die Vorwürfe mustergültig zusammen: Die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ sei „ein „Bastard“ zwischen Geschäft, politischer und militärischer Expansion.“<sup>243</sup>

Als eine Art „Gegenmittel“ erscheint in diesem Kontext das eigene Engagement, das nun „auf den Plan“<sup>244</sup> tritt und dessen „Uneigennützigkeit [...] zum Anziehungspunkt“ avanciere. Mit der Kritik politischer Ambitionen des „Neokolonialismus“ befindet sich die DDR übrigens erstaunlicherweise auf einer Linie mit dem Vatikan.<sup>245</sup> Allerdings erscheint die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ in der DDR nicht nur als Weiterführung der wilhelmistischen Weltmachtspolitik und „Großmannssucht“, sondern auch in der Tradition nationalsozialistischer Expansionspolitik. Entsprechend wird das Politikfeld sprachlich in diese Tradition ge-

---

<sup>238</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.594.

<sup>239</sup> *Sie helfen Kolonialherren*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Dezember 1960, S.4.

<sup>240</sup> *Memorandum der Deutschen Demokratischen Republik an die XVI. UNO-Vollversammlung vom 28. September 1961*. In: DA DDR 1961, S.199.

<sup>241</sup> *Was will Bonns Generalstab in Afrika?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Dezember 1960, S.5.

<sup>242</sup> „Als die westeuropäischen Kolonialmächte [...] bei der Gründung der EWG 16 afrikanische Kolonien durch „Assoziierung“ an den „Gemeinsamen Markt“ anschlossen, lief den westdeutschen Imperialisten das Wasser im Munde zusammen. Endlich ging es wieder hinein in das direkte koloniale Geschäft, wenn auch den anticolonialistischen Zeitläufen ‚angepaßt‘ in abgewandelten Formen. [...] Die aus den westdeutschen Steuerzahlern herausgepreßte Summe von 840 Millionen D-Mark als Beitrag zum sogenannten Entwicklungsfonds, d. h. Kolonialfonds der EWG, war sozusagen die Eintrittskarte der westdeutschen Monopole [...]“ Vgl. *Die Kolonialmacht der EWG*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. August 1962, S.5.; *Ähnlich auch: Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR am 10. April 1957*. In: DzD 1957, S.591.

<sup>243</sup> *Entwicklungshilfe der Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 22. Juni 1963, S.5.

<sup>244</sup> *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>245</sup> Die Enzyklika *Mater et Magistra* von Papst Johannes XXIII (1961) warnt, wer durch „Entwicklungshilfe“ politischen Einfluss nehmen wolle, gefährde den Weltfrieden durch den Versuch „eine neue Form von Kolonialherrschaft aufzurichten [...]“. Vgl. [http://w2.vatican.va/content/john-xxiii/de/encyclicals/documents/hf\\_j-xxiii\\_enc\\_15051961\\_mater.html](http://w2.vatican.va/content/john-xxiii/de/encyclicals/documents/hf_j-xxiii_enc_15051961_mater.html) [5.10.2018]

rückt, indem Außenminister Bolz 1964 westdeutsche Entwicklungshelfer als „Reichsarbeitsdienst für die Tropen“<sup>246</sup> verunglimpft und Staatssekretär Vialon als „Judenmörder von Riga“<sup>247</sup> tituliert wird. Zur Unterstützung dieser Argumentation werden Personalkontinuitäten herausgestellt, wie beispielsweise Hasso von Etdorf, der im Außenministerium des Dritten Reichs Pläne für ein deutsches Kolonialreich in Afrika ausgearbeitet haben soll, und nun im Auswärtigen Amt für „Entwicklungshilfe“ zuständig sei.<sup>248</sup>

Eine korrespondierende Charakterisierung der ostdeutschen „Entwicklungshilfe“ auf westdeutscher Seite kann dagegen nicht nachgewiesen werden. Das lässt die Intention vermuten, das ostdeutsche Engagement nicht als ernstzunehmende Gefahr darzustellen, sondern zu einer zu vernachlässigenden „Nichtigkeit“ zu relativieren. Kiesinger schreibt allerdings Moskau und seinen „Satellitenstaaten“ eine neue Form des Kolonialismus in Europa zu, der weit aus „schlimmer und brutaler“<sup>249</sup> als der historische Kolonialismus sei, von den dort lebenden „Völker[n]“ per se abgelehnt werden müsste. Um einen wirksamen „Damm“<sup>250</sup> dagegen zu bauen, sei eine enge entwicklungspolitische Kooperation der westlichen Geberländer notwendig, so Adenauer. Bedenken, dies könnte Reminiszenzen an die Ära des Kolonialismus hervorrufen, als sich die Staaten Europas den afrikanischen Kontinent aufteilten, wischt der Kanzler vom Tisch: „Da können sie das Geld ja zurückweisen.“<sup>251</sup> In Anlehnung an die Marx'sche Formel spricht DIE WELT vom „Gespenst des ‚Neokolonialismus‘“<sup>252</sup>, das in Afrika fälschlicherweise umgehe. Im Gegenzug wird der Sowjetunion „Neokolonialismus“<sup>253</sup> in Osteuropa vorgeworfen. Das ostdeutsche Narrativ wird folglich aufgenommen und in einen anderen Kontext gebettet umgedeutet.

<sup>246</sup> *Erklärung des Ministers Bolz vor der Volkskammer der DDR am 19. November 1964.* In: DZD 1964, S.1124.

<sup>247</sup> „Er ordnete zum Beispiel an, daß den in der Sowjetunion von den Nazis ermordeten Juden das Vermögen geraubt wird und einschließlich herausgebrochener Goldzähne und der vor der Ermordung abgelegten Kleidung der faschistischen Kriegswirtschaft zuzuführen ist.“ Vgl. *Hilfe für imperialistische Bastionen.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Februar 1965, S.5.

<sup>248</sup> *Bonn setzt die Kolonialpolitik fort.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 30. November 1963, S.5.; *Beweise gegen Vialon übergeben.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Oktober 1964, S.2.

<sup>249</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestag. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 156. Sitzung am 29. Juni 1956, S.8526 D.

<sup>250</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. MÄRZ 1961, S.484.

<sup>251</sup> *Helfen: Ja - aber mit Verstand.* In: DIE WELT, 17. Februar 1961, S.6.; TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.484.

<sup>252</sup> *Afrika denkt an die Zukunft.* In: DIE WELT, 6. Juni 1963, S.11.; *Wohin treibt der Schwarze Erdteil?* In: DIE WELT, 27. Januar 1962, Das Forum der Welt.

<sup>253</sup> „Wenn Rußland dem Westen Kolonialismus vorwirft - uns trifft dieser Vorwurf des Kolonialismus schon lange nicht mehr -, dann kann mit gleichem Recht entgegengehalten werden, daß auch der Osten Kolonialismus betreibt [...]“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 38. Sitzung am 2. Juli 1958, S.2192 D.



Ein Memorandum an die Vereinten Nationen am 5. Oktober 1961 bezeichnet den „Neokolonialismus“-Vorwurf als „völlig absurd“<sup>254</sup>, von Brentano nennt es „Geschwätz.“<sup>255</sup> Als „Freund der jungen Völker“ verfolge man keine politischen Ziele und man werde schließlich nur dort tätig, „wo man diese Mithilfe von uns will.“<sup>256</sup> Auch dass man Bündnispartner, insbesondere Paris, in dieser Hinsicht unterstütze, verneint von Brentano.<sup>257</sup> Dagegen konstatiert DER SPIEGEL Nr.49/1964, man habe entwicklungspolitische Projekte bisher weniger nach ihrem Entwicklungspotential als vielmehr nach ihrem „politischen ‚Sex-Appeal‘“<sup>258</sup> ausgewählt. Bonn scheint auf eine werbewirksame Präsenz zu zielen, um ostdeutsches Engagement vor Ort zu verhindern oder zu relativieren. Eine westdeutsche Karikatur aus den siebziger Jahren zeigt den Westen als kleinen, berechnenden Zirkusdompteur, der den gutgläubigen „Dritte Welt“-Löwen dazu bringen will, durch den „Entwicklungshilfe“-Reifen zu springen, - notfalls auch mit Peitschengewalt. Gehorcht der Löwe, landet er im Wasserkessel ökonomischer und politischer Abhängigkeit. Die Darstellung als „König der Tiere“, der durch einen kleinen und dicklich wirkenden Zirkusdirektor zum „Stubentiger des Westens“ domestiziert und als solcher dressiert werden soll, demonstriert die der „Dritten Welt“ prinzipiell zugeschriebene Bedeutung. Auch wenn die DDR stets betont, sie leiste im Gegensatz zu Bonn „uneigennützig Hilfe“<sup>259</sup> ohne politische Implikationen, erscheint dieses



Abb.12: Titellose Karikatur.  
Aus: ENTWICKLUNGSPOLITIK – HILFE  
ODER AUSBEUTUNG? 1978, S.234.

<sup>254</sup> Memorandum der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen am 8. Oktober 1961. In: DzD 1961, S.649.

<sup>255</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTER. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9224 A.

<sup>256</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTER. 147. Sitzung am 8. März 1961, S.8351 C.

<sup>257</sup> „Es wäre irrig anzunehmen, dass irgend jemand oder gar die deutsche Bundesregierung durch eine solche Entscheidung irgendwelche koloniale Engagements hätte eingehen wollen.“ Vgl. Rede des Bundesministers von Brentano vor der Ernst-Reuter Gesellschaft in Berlin am 25. April 1957. In: DzD 1957, S.640.

<sup>258</sup> Mit der Gießkanne. In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.56.

<sup>259</sup> DDR mit Afrika und Asien gegen Neokolonialismus. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1960, S.7.; Erklärung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vor der Volkskammer der DDR vom 1. September 1964. In: DzD 1964, S.921.

Argumentationsmuster nicht stringent: Wie bereits dargestellt wurde, tauchen auch im Begründungszusammenhang des eigenen Engagements handels- und sicherheitspolitische Motive auf.

##### 4.1.7 Die deutschlandpolitischen Ambitionen

Auf westdeutscher Seite werden die genuin deutschlandpolitischen Motive der „Entwicklungshilfe“ in Politik und Medien offen thematisiert. In einer Zeit, in der man um die Selbstbestimmung des deutschen Volkes kämpfte, sei es besonders wichtig, durch „Entwicklungshilfe“ „neue Freunde“<sup>260</sup> gewinnen, um die eigene Freiheit zu schützen und günstige Ausgangsbedingungen für eine mögliche Wiedervereinigung zu schaffen, so der allgemeine Tenor. Auf dem Deutschen Überseetag am 7. Mai 1962 in Hamburg verkündet Scheel vier Kriterien, die bei der Auswahl der Projekte berücksichtigt werden müssten. Auf die möglichst schnelle Wirksamkeit folgt als zweiter Punkt „die Strahlkraft des Projekts für das freie Deutschland.“<sup>261</sup> Die Effekte für die wechselseitigen „Wirtschaftsbeziehungen“ und die „beispielhafte Wirkung“ des Projekts im Empfängerland selbst runden die Auflistung ab. Jedes dieser Kriterien spiegelt primär die Interessenlage Bonns in Form von schnell initiierten, repräsentativen, ökonomisch für die Bundesrepublik nachhaltigen und mustergültigen Projekten wider. Dies diene der langfristigen Gewinnung wahrer Bündnispartner und sei somit ein „Axiom der modernen Weltpolitik.“<sup>262</sup> So fordern eine Reihe von CDU-Abgeordneten in einer Stellungnahme vom 27. Februar 1962, unter anderem mit Hilfe der Entwicklungspolitik im Ausland den „deutschen Rechtsanspruch“<sup>263</sup> der Alleinvertretung zu stärken und auf diesem Wege für Unterstützung zu werben. DER SPIEGEL Nr.49/1964 zitiert einen namentlich nicht genannten westdeutschen Botschafter in Afrika, der die deutschlandpolitische Zielsetzung der gesamten Bonner Afrikapolitik, zu der auch die „Entwicklungshilfe“ zählt, offen bekennt und auf den Punkt bringt: „Wenn die Regierung hier während meiner Arbeit die Zone nicht anerkennt, habe ich mein Ziel erreicht.“<sup>264</sup> Entsprechend bezeichnet BODE-

---

<sup>260</sup> *Erklärung des Abgeordneten Schneider (Bremerhaven) (DP) am 30. Juni 1960.* In: DzD 1960, S.1309.

<sup>261</sup> *Entwicklungshilfe jetzt behutsamer.* In: DIE WELT, 8. Mai 1962, S.9.

<sup>262</sup> *Rübel gegen Dollar.* In: DIE WELT, 29. November 1957, S.1.

<sup>263</sup> *Stellungnahme von evangelischen Abgeordneten der CDU zum Tübinger Memorandum am 27. Februar 1962.* In: DzD 1962, S.191.

<sup>264</sup> *Mit der Gießkanne.* In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.59.

MER die Nichtanerkennung der DDR in einem Drittland als „Kriterium ‚erfolgreicher‘ Entwicklungspolitik.“<sup>265</sup> Diese Presseberichte werden übrigens in der DDR zur Kenntnis genommen und rezipiert: So führt der DKB-Abgeordnete Schirmer in seiner Erklärung vor der Volkskammer ebendiesen Artikel an und kommentiert, das Selbstbestimmungsrecht werde von der Bundesrepublik missbraucht.<sup>266</sup>

Ein weiteres Indiz für die nationalstaatlichen Interessen ist die vom Auswärtigen Amt intern gepflegte Ablehnung einer weiteren Multilateralisierung der „Entwicklungshilfe“, wie sie beispielsweise die USA unter Verweis auf die stärkere Wirksamkeit durch systematischen Einsatz und die Entlastung der Einzelstaaten vorschlägt. Staatssekretär Lahr verweist dabei zum einen auf den Rechtfertigungszwang vor dem deutschen Steuerzahler, der wissen wolle, „was für sein Land herausspringt.“<sup>267</sup> Abschreckend erscheinen außerdem die „Aussicht auf einen wahrscheinlich monströsen Verwaltungsapparat“, zu dem die Bundesrepublik zwar einiges beitragen müsse, aber wenig selbst entscheiden könne. Am wichtigsten erscheinen von Lahr jedoch der „bilaterale Nutzen“ in Form eines Ansehenserfolgs im Ausland und die Aufrechterhaltung der „Hallstein-Doktrin“, die durch die mit der Multilateralisierung der „Entwicklungshilfe“ einhergehenden Anonymisierung wegfallen würde. Durch die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ könne man die Empfängerländer politisch und wirtschaftlich so „attraktiv“<sup>268</sup> zu gestalten, dass sie gleichfalls als „Schaufenster des Westens“ im Ausland fungieren könnten, so DIE WELT. „Rentabilitätsdenken“<sup>269</sup> müsse angesichts der Konkurrenz zum Ostblock zurückgestellt und hin und wieder sogar „offensichtliche Verschwendungen“ in Kauf genommen werden. Bundespräsident Lübke verkündet noch Mitte der Sechziger explizit, „Entwicklungshilfe“ trage indirekt zur deutschen Wiedervereinigung bei und sei „Teil des Ringens um die Freiheit.“<sup>270</sup> Die deutschlandpolitische Färbung der dient wohl auch der öffentlichen Rechtfertigung, da die Höhe der Zuwendungen in der Bevölkerung umstritten ist. Gerstenmaier argumentiert, dass der „Wandel der Welt“ in Form der Entspannungspolitik auch einen „Wandel der Methoden“<sup>271</sup> in der Wiedervereinigungspolitik

---

<sup>265</sup> BODEMER, 1974, S.106.; So konstatiert ein Journalist 1961 gegenüber Adenauer, die bisherigen entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bundesrepublik hätten bisher „diplomatischen Missionen“ geähnelt. Vgl. TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.483.

<sup>266</sup> *Erklärung des Abg. Schirmer (DKB) im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der DDR am 4. Februar 1965.* In: DzD 1965, S.132 f.

<sup>267</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 18. Juli 1962.* In: AAPD 1962 Dok.292, S.1302.

<sup>268</sup> *Gebote der Entwicklungshilfe.* In: DIE WELT, 16. Februar 1961, S.1.

<sup>269</sup> *Afrika will keine Geschenke.* In: DIE WELT, 29. September 1960, S.10.

<sup>270</sup> *Lübke gegen Kürzung der Entwicklungsgelder.* In: DIE WELT, 28. April 1965, S.1.

<sup>271</sup> *Gerstenmaier für die Hallstein-Doktrin.* In: DIE WELT, 30. März 1965, S.2.

erfordere. Er bezeichnet es sogar als „nationale Aufgabe“, mit größerem materiellen Einsatz am „wirtschaftlich-sozialen Wettkampf zwischen Ost und West“ teilzunehmen, wenn dadurch die Lösung der deutschen Frage zu erwarten sei. So hofft das Auswärtige Amt durch Entwicklungspolitik eine „möglichst langfristige Bindung dieser Ländern an die Bundesrepublik und den Westen zu erzielen.“<sup>272</sup> Selbst Scheel sieht sein eigenes Ressort in der Pflicht und konstatiert, in der „schweren außenpolitischen Lage“ könne Bonn gar „nicht darauf verzichten, die Entwicklungshilfe als ein wichtiges Instrument ihrer Gesamtaußenpolitik einzusetzen“<sup>273</sup>, zumal dieses „zu einem entscheidenden Faktor in dem Ringen um die neutrale Welt“ avanciert sei. Man müsse als „geteiltes Volk“ schließlich „alle Möglichkeiten in Anspruch nehmen, um seine schwere Stellung zu behaupten, auch die Mittel der Entwicklungspolitik“<sup>274</sup>, so der Minister. Komme bestimmten entwicklungspolitischen Projekten in Folge ihrer Größe, Kosten und Lage internationale Aufmerksamkeit zu, könne Bonn mit einer werbewirksamen Präsenz ostdeutsches Engagement in diesen Ländern entweder vollständig verhindern oder zumindest zu marginalisieren, glaubt Staatssekretär Carstens. Dieses „Junktum“<sup>275</sup> zwischen Deutschland- und Entwicklungspolitik zeigt sich besonders deutlich in der Erklärung Erhard am 29. November 1961 vor dem Bundestag, wonach „Entwicklungshilfe“ zwar „ohne politische Bedingungen“ gewährt werden solle, man aber beachten müsse, „daß das deutsche Volk es nicht verstehen würde, wenn wir in eine Entwicklungspartnerschaft mit Staaten träten, die unser Selbstbestimmungsrecht nicht anerkennen.“<sup>276</sup> TETZLAFF bezeichnet die „Entwicklungshilfe“ in diesem Kontext als „Hebel westlicher Block- und bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik.“<sup>277</sup> DIE WELT veröffentlicht 1961 unter dem Titel „Gebote der Entwicklungshilfe“<sup>278</sup> mehrere Forderungen des späteren Bonner Diplomaten H. W. Graf Finckenstein: Neben den Postulaten, den Neutralismus der Entwicklungsländer akzeptieren und eine zentrale Bundesbehörde zu schaffen, kommt Finckenstein indirekt auf den Zusammenhang zur Deutschlandpolitik zu sprechen: „Wer um Verständnis für die eigene Sache werben will, muß auch Verständnis für die Probleme der Umworbene zeigen.“

<sup>272</sup> Ausarbeitung „Die außenpolitische Aufgabe der Entwicklungspolitik“ am 8. Dezember 1960. In: PA/AA B1 Bd.121.

<sup>273</sup> Stellungnahme zur Bildung eines „Entwicklungsministeriums“ vom 11. Oktober 1961. In: PA/AA B1 Bd.21.

<sup>274</sup> „Entwicklungshilfe wirkt langfristig“. In: DIE WELT, 25. Februar 1965, S.2.

<sup>275</sup> PAEFFGEN, 1974, S.56.

<sup>276</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 5. Sitzung vom 29. November 1961, S.29 D.

<sup>277</sup> TETZLAFF, 1978 B, S.29.

<sup>278</sup> Gebote der Entwicklungshilfe. In: DIE WELT, 16. Februar 1961, S.1 f.

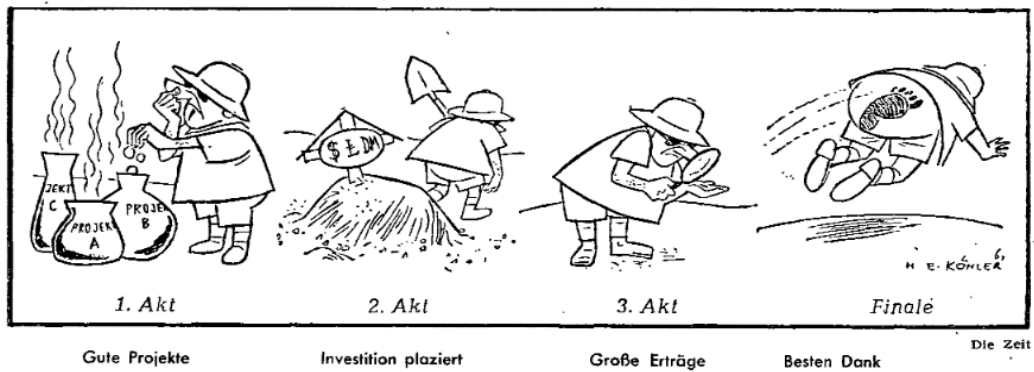


Abb.13: *Titellose Karikatur*. Aus: DER SPIEGEL Nr.20/1962, S.30.

Ziel sei demnach ein wechselseitiges Einverständnis zum beiderseitigen Nutzen. Man erwartet von Empfängern von „Entwicklungshilfe“ zumindest eine gewisse Form „Dankbarkeit“<sup>279</sup> statt „Vorwürfe[n] und neue[n] Forderungen“<sup>280</sup>. Doch so „selbstlos“<sup>281</sup>, wie DIE WELT es suggeriert, sind die Leistungen Bonns nicht. „Dankbarkeit“ impliziert wohl eine gewisse Reziprozität in Form politischen Wohlverhaltens, obwohl der CDU-Abgeordnete Gewandt nach einer Afrikareise erklärt, Neutralität sei „das Äußerste“<sup>282</sup>, was die Bundesrepublik erwarten könnten. Darin steckt eine unverhohlene Drohung, keine engeren Kontakte mit der DDR aufzubauen. DIE WELT warnt in diesem Kontext davor, dass auch ökonomisch als „unsinnig“<sup>283</sup> zu betrachtende Projekte infolge des politischen Drucks gefördert würden. In diesem Kontext erscheint in DER SPIEGEL eine sarkastisch untertitelte Karikatur, in der ein Safarikluft gekleideter Europäer Geld in „stinkende“ Projekte steckt, die keine Erträge erwirtschaften, woraufhin er „zum Dank“ aus dem Land geworfen wird. Carstens gibt dagegen zu bedenken, die Verweigerung eines Hilfsprojekts könne größere politische Auswirkungen haben als der mit seiner Durchführung verbundene ökonomische Schaden.<sup>284</sup> Darunter fallen auch engere Kontakte des Lands zur DDR. Ein Entzug oder Vergabestopp dürfe infolge der zu erwartenden innen- wie außenpolitischen Kontroversen nur dann ergriffen werden, wenn er sich nach sorgfältiger Prüfung als „unumgänglich“<sup>285</sup> erweise.

Diese deutschlandpolitische Färbung der „Entwicklungshilfe“ erfährt innerhalb der Bundesrepublik bis zur Krise um den Ulbricht-Besuch, wenn überhaupt, eher halbherzige Kritik. So

<sup>279</sup> „Geld allein genügt nicht.“ In: DIE WELT, 3. Mai 1960, S.5.

<sup>280</sup> *Hilfe auf Befehl?* In: DIE WELT, 20. Juni 1964, S.9.

<sup>281</sup> *Entwicklungshilfe – aber wie?* In: DIE WELT, 8. April 1959, S.7.

<sup>282</sup> „Afrika braucht menschliche Hilfe.“ In: DIE WELT, 14. September 1960, S.2.

<sup>283</sup> *Afrika denkt an die Zukunft*. In: DIE WELT, 6. Juni 1963, S.11.

<sup>284</sup> CARSTENS, 1971, S.27.

<sup>285</sup> CARSTENS, 1971, S.28

fordert der SPD-Abgeordnete Erler in einer Rundfunkansprache im Februar 1960, zwar „Hilfe ohne politische Bedingungen“<sup>286</sup>, lehnt jedoch gleichzeitig jegliche, auch indirekte „Hilfestellung für kommunistische Organisationen“ ab. Ironisch werden westdeutsche Entwicklungshelfer mit Weihnachtsmännern verglichen, die „ihren Gabensack auszuschütten, wo immer ein Staat mit der Anerkennung Pankows droht.“<sup>287</sup> Schon den afrikanischen Kinder würde indoktriniert. So zeigt DIE WELT einen in der afrikanischen Steppe umhereilenden Weihnachtsmann, der „Entwicklungshilfe“ in seinem Sack trägt. Eine afrikanische Mutter scheint aus einem östlichen Propagandablättchen ihren Kindern vorzulesen und unterscheidet den bösen „Knecht Ruprecht“, der vom Westen komme und „Karl Marx“ der die Geschenke des Ostens bringe. Bundestagsvizepräsident Dehler kritisiert die daraus resultierende Erpressbarkeit und Korrumpierung, wohingegen Gerstenmaier glaubt, diese Gefahr sei durch zwei deutsche Botschafter nicht gebannt, sondern im Gegenteil noch weitaus größer, da man sich wechselseitig ausspielen könne.<sup>288</sup> Auch der Vorstoß Erhards, beide Blöcke könnten ohne ideologische Auseinandersetzung dem „notleidenden Teil der Menschheit“<sup>289</sup> helfen, verbleibt unkonkret und blass. Diese Aussagen scheinen eher den affirmativ-deklaratorischen Charakter von Lippenbekenntnissen zu haben.



Abb.14: „Kommt er von Westen [...]“:  
Aus: DIE WELT, 2. Dezember 1961, S.2.

Die innerdeutsche Konkurrenz um einzelne Staaten zeigt sich teilweise schon an der Anordnung der Berichterstattung: So ist die Meldung, dass Kairo einen Ausbau des Handels mit der DDR plane, von einem Artikel begleitet, der den Nahen Osten zum „Schwerpunkt“<sup>290</sup>

<sup>286</sup> *Ansprache des Abgeordneten Erler (SPD) im Südwestfunk am 6. Februar 1960.* In: DzD 1960, S.284.

<sup>287</sup> *Tränen im Waldorf-Astoria.* In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.26.; Auch DER SPIEGEL polemisiert, es brauche nur jemand „mit Beziehungen zu Pankow winken, und schon greifen wir in die Tasche.“ Vgl. „Wir leben ständig in der Gefahr der Erpressung.“ In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.38.

<sup>288</sup> *Bericht des Bundestagsvizepräsidenten Dehler über die Tätigkeit des Arbeitskreises I am 26. März 1961.* In: DzD 1961, S.489.; „Wir leben ständig in der Gefahr der Erpressung.“ In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.38.

<sup>289</sup> *Erhard fordert Hilfe für Entwicklungsländer.* In: DIE WELT, 14. März 1959, S.1.

<sup>290</sup> *Schwerpunkt für die Entwicklungshilfe. und Kairo baut Handel mit Zone aus.* In: DIE WELT, 30. November 1960, S.8.; Ähnlich auch *Gespräch in Bonn über Assuan-Staudamm und Erste Bauphase mit sonjetischer Hilfe* In: DIE WELT, 27. Dezember 1958, S.2.

westdeutscher „Entwicklungshilfe“ deklariert. Einem Bericht über die guineische Botschaf-teraffäre folgt die Meldung, dass das Nachbarland Ghana ebenfalls eine „Sowjetzonendelegation“<sup>291</sup> begrüßt habe. Der Leser muss einen diplomatischen Durchbruch der DDR befürchten und gleichzeitig das westdeutsche Gegenengagement im Bereich der „Entwicklungshilfe“ wahrnehmen und würdigen.

Auch NEUES DEUTSCHLAND bilanziert 1966 polemisch, auf so genannte „Hilfe“ aus Bonn könne nur hoffen, wer sich der dortigen Politik „bedingungslos unterwirft, wer den westdeutschen Monopolen das Land öffnet [...] und damit einverstanden ist, daß Bonn auch den Finger an den Atomdrücker bekommt.“<sup>292</sup> Die „wäßrigen Phrasen“<sup>293</sup> von Hilfe ohne politische Bedingungen lösten sich langsam aber sicher „in einen widerlichen, klebrig-feuchten Dunst“ auf. Zwar betont Ulbricht die DDR helfe „ohne jegliche politische Bedingung“<sup>294</sup>, laut dem DDR-HANDBUCH dient aber die ostdeutsche „Entwicklungshilfe“ bis 1972 hauptsächlich dazu, die Empfänger zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu bewegen.<sup>295</sup> Zu diesen deutschlandpolitischen Motiven äußert sich schon 1959 in aufschlussreicher Weise der stellvertretende DDR-Außenminister Schwab:

„Es ist klar, je enger und je fester unsere Beziehungen zu anderen Staaten sind, je mehr und je besser die Völker und Regierungen dieser Länder unseren Standpunkt verstehen und unterstützen, um so mehr wird es möglich sein, die Bonner Regierung an den Verhandlungstisch zu zwingen und auch die Westmächte zum Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland zu zwingen.“<sup>296</sup>

In dieser Darstellung dient der deutschlandpolitisch motivierte Einsatz der „Entwicklungshilfe“ langfristig der internationalen Entspannung. Möglicherweise geht die DDR-Führung davon aus, durch den außenpolitischen Prestigegewinn die mangelnde innere Akzeptanz des Systems kompensieren und ihr globalpolitisches Gewicht auch innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft steigern zu können. Da die grundsätzliche Notwendigkeit, „Entwicklungshilfe“ zu leisten, keiner kontroversen Debatte unterliegt, scheint dieses Politikfeld zur Herstellung von Kohärenz geeignet. Die angenommene langfristige Überlegenheit des Sozi-

---

<sup>291</sup> *Abbruch der Beziehungen erwartet.* In DIE WELT, 9. März 1960, S.2.; *Ghana legt sich nicht fest.* In: DIE WELT, 9. März 1960, S.2.

<sup>292</sup> *Neokolonialisten.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. März 1966, S.1.

<sup>293</sup> *Die große Realität.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. September 1961, S.4.

<sup>294</sup> *Erklärung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vor der Volkskammer der DDR am 1. September 1964.* In: DzD 1964, S.921.

<sup>295</sup> „Entwicklungshilfe.“ In: DDR-HANDBUCH, 1985, S.360.

<sup>296</sup> *Aus dem Aufsatz des stellvertretenden Außenministers Schwab: Zehn Jahre Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen imperialistische Unterdrückung.* In: DzD 1959 III, S.90.

alismus könne durch enge globale Verflechtungen, auch mit den Entwicklungsländern, demonstriert werden. Für die Bundesrepublik erscheint es offensichtlich, dass die DDR kein wirkliches Interesse an einer nachhaltigen inneren „Entwicklung“ der Empfänger habe, sondern „ideologische Ziele“<sup>297</sup>, primär die eigene Anerkennung, verfolge. So werden die ostdeutschen Handelsvertretungen, die sich bis 1963 unter anderem in Ghana, Guinea und Ägypten befinden, als „getarnte Auslandsbastionen“<sup>298</sup> bezeichnet, während die ostdeutschen Techniker als „Trojanische Pferde“<sup>299</sup> gelten, die in quasi-geheimer Anerkennungsmission den afrikanischen Kontinent bereisten. Außenminister von Brentano wirft dem Osten in seiner Regierungserklärung am 30. Juni 1960 sogar vor, mit der „Entwicklungshilfe“ die neu errungene Freiheit der Entwicklungsländer nicht zu unterstützen, sondern diese „systematisch auszuhöhlen und zu zerstören.“<sup>300</sup>

#### 4.1.8 Zusammenfassung

Bei der Untersuchung der wechselseitigen Definitions- und Abgrenzungsversuche der entwicklungspolitischen Motive werden einige Differenzen des ost- und westdeutschen Entwicklungsdiskurses deutlich. VON OPPEN hat bereits auf die dem Entwicklungsdiskurs inhärente Paradoxie verwiesen, der ideologisch geprägt sei und den jeweiligen politischen Interessen „diene und diese zugleich verschleierte.“<sup>301</sup> Während die eigenen Kriegs- und Noterfahrungen in der Bundesrepublik unter Hinweis auf die nun wieder erlangte wirtschaftliche Prosperität als moralisches wie politisches Argumentationsmuster fungieren und von Analogien zum „Marshallplan“ begleitet werden, gilt dies nicht gleichermaßen für die DDR. Da sie die eigene Konstituierung und Entwicklung als deterministischen und primär intrinsischen Prozess betrachtet, sind solche historischen Analogien ebenso wenig belegbar, wie der Verweis auf bündnispolitische Verpflichtungen, den die Bundesrepublik aus wahltaktisch-legitimatorischen Gründen häufig bemüht. Die im Westen gelegentlich angeführten christlichen Motive erfahren im Osten erwartungsgemäß keine Entsprechung, sondern werden lediglich als „Verschleierungstaktik“ kritisiert: Während Bonn eine Mitverantwortung für koloniale Schäden anerkennt und als handlungsantreibend empfindet, lehnt die DDR diese Argumentation für sich selbst ab: Diese negative Traditionslinie wird allein der Bundesrepublik

---

<sup>297</sup> „Entwicklungspolitik.“ In: BROCKHAUS ENZYKLOPÄDIE IN ZWANZIG BÄNDEN. Bd.5, 1968, S.585.

<sup>298</sup> *Ulbrichts Liebeswerben um den Schwarzen Erdteil.* In: DIE WELT, 7. April 1963, S.3.

<sup>299</sup> *Der Einzug der trojanischen Pferde in den Schwarten Erdteil.* In: DIE WELT, 11. Juli 1961, S.5.

<sup>300</sup> *Regierungserklärung, abgegeben von Bundesminister von Brentano am 30. Juni 1960.* In: DzD 1960, S.1257.

<sup>301</sup> VON OPPEN, 2015, S.185.



angelastet. Schließlich ist festzustellen, dass die Bundesrepublik deutlich kritischer zwischen Handels- und Entwicklungspolitik unterscheidet, während in der DDR dagegen stetig proklamiert wird, Handel sei die „beste Hilfe.“ Hier zeigt sich bereits das Kalkül der DDR, grundsätzlich jeden, auch zu marktüblichen Konditionen bestehenden Kontakt zu Entwicklungsländern, zur uneigennütigen Hilfe zu stilisieren, was wiederum eher einen geringen Umfang der „Hilfe“ vermuten lässt. Generell lässt sich festhalten, dass die Bundesrepublik eine grundsätzlich selbstkritischere Haltung gegenüber eigenen handels-, außen- und deutschlandpolitischen Motiven pflegt, wohingegen sich die DDR auf die Kritik der westdeutschen Spielart, beispielsweise als Fortsetzung wilhelmistischer oder nationalsozialistischer Expansionspolitik beschränkt. Dies scheint infolge der „verordneten Berichterstattung“ nicht weiter erstaunlich, bemerkenswert ist jedoch, dass sich ostdeutsche Presse und Politiker generell überwiegend auf die „Entwicklungshilfe“ des „Klassenfeinds“ konzentrieren und das eigene Engagement sowohl quantitativ als auch informativ eher randständig thematisieren. Dass sich die DDR stärker als die Bundesrepublik in Abgrenzung zum „anderen Deutschland“ begreift, wird auch an der Tatsache deutlich, dass sich Adenauer bei seinen Regierungserklärungen sehr viel seltener auf die Existenz Ostberlins beruft, als Pieck in seinen Ansprachen.<sup>302</sup> Entsprechend spricht GIBAS von einer geradezu „zwanghaften Fixierung der politischen Elite“<sup>303</sup> Ostdeutschlands auf das Agieren Bonns. So dominiert im Westen im Sinne des „Wir sind wieder wer“-Gefühls die Thematisierung des eigenen entwicklungspolitischen Engagements, wohingegen das ostdeutsche Politikfeld in der Regel als marginaler „Aktionismus“ ohne ernst zu nehmende Folgen erscheint. FALK spricht in diesem Kontext auch von dem „Weg zur Weltgeltung“<sup>304</sup> über Entwicklungspolitik. Diese allerdings nicht immer konsequent befolgte „verordnete Nichtigkeit“ des Politikfelds demonstriert, dass der DDR keine internationale Akteursqualität zugebilligt werden soll, wobei die betont gelassene Relativierung gelegentlich von skeptisch bis panisch anmutender Überempfindlichkeit überlagert wird.

Entgegen der scharfen Abgrenzungsterminologie existieren allerdings auch zahlreiche diskursive Analogien, die sich wiederum in einzelnen kleinteiligeren Facetten unterscheiden. Auf beiden Seiten dominieren in den Akten außenpolitische und wirtschaftliche Argumente. So charakterisierten beide deutsche Staaten „Entwicklungshilfe“ als altruistisches „Opfer“,

---

<sup>302</sup> GIBAS, 2004, S.76.

<sup>303</sup> GIBAS, 2004, S.82.

<sup>304</sup> FALK, 1985, S.30.

das im Westen individuell als Steuerlast und persönlicher Verdienst, im Osten dagegen eher als solidarische Verpflichtung des Kollektivs in Erscheinung tritt. Es erscheint zunächst erstaunlich, dass das „Opfer“-Narrativ in der wirtschaftlich prosperierenden Bundesrepublik häufiger artikuliert wird als in der DDR, deren Lebensstandard und ökonomische Möglichkeiten deutlich geringer sind, wodurch entwicklungspolitisches Engagement stärker als zu legitimierende „Last“ erscheinen müsste. Andererseits manifestiert sich darin der Gedanke, dass Wohlstand verpflichtend wirke, als symptomatischer Charakterzug der modernen westlichen Massenkongsumgesellschaft, was sich auch im Bonner Grundgesetz widerspiegelt.<sup>305</sup> Damit wird auf beiden Seiten an das Verständnis und die Geberbereitschaft der Bevölkerung appelliert sowie die implizite Erwartung eines dankbaren Empfängers artikuliert. BÜSCHEL charakterisiert „Entwicklungshilfe“ in diesem Kontext als „reziproke Gabe.“<sup>306</sup> Entsprechend mahnt ein Vorstandsmitglied der AEG in DIE WELT, „Entwicklungshilfe“ dürfe nicht als „Einbahnstraße“<sup>307</sup> verstanden werden: „Leistung bedingt Gegenleistung“, beispielsweise in Form einer intensiven wirtschaftlichen Austauschs, der sich auch für die Bundesrepublik rentiere. Allerdings äußert sich Adenauer skeptisch, „ob wir je etwas davon wieder sehen werden.“<sup>308</sup> Beide deutsche Staaten unterstellen sich wechselseitig „Entwicklungshilfe“ zur „Tarnung“ nationalstaatlicher Interessen zu missbrauchen. Während die DDR in diesem Kontext die stereotyp wiederholte Formeln vom „Bonner Neokolonialismus“ zur Aufrechterhaltung ökonomischer und politischer Abhängigkeit und militärischen Aufrüstung bemüht, diagnostiziert die Bundesrepublik eine verdeckte Anerkennungsoffensive der DDR. Beide deutsche Staaten scheinen mit ihrer „Entwicklungshilfe“ auch global- wie deutschlandpolitische Implikationen zu verfolgen, wobei deutliche Unterschiede im öffentlichen Umgang damit zu verzeichnen sind: Während die Stärkung des westlichen Lagers durch Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik überwiegend gebilligt bis ausdrücklich befürwortet wird, dementiert die DDR eigene globalpolitische Interessen oder formuliert diese nur implizit. Dies weist darauf hin, dass Ostberlin keinesfalls als außenpolitisch weisungsgebunden gegenüber Moskau erscheinen will, wohingegen Bonn „*Burden-Sharing*“ als „Pflichtübung“ gegenüber Washington anführt. Ähnlich verhält es sich mit den deutschlandpolitischen Implikationen, die in der Bundesrepublik offensiv formuliert und medial gerechtfertigt werden,

<sup>305</sup> Art.14 (2) GG: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

<sup>306</sup> BÜSCHEL, 2009, S.104.; Ähnlich konstatiert auch UNFRIED, dass die Grenzen zwischen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik in dieser Konsequenz fließend seien. Vgl. UNFRIED, 2012, S.77.

<sup>307</sup> *Entwicklungshilfe auf Gegenseitigkeit*. In: DIE WELT, 3. März 1962, S.5.

<sup>308</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.486.

wohingegen sie auf ostdeutscher Seite in ideologische Formeln gefasst und eher „zwischen den Zeilen“ zu erkennen sind. Auf beiden Seiten dominiert die außen- und sicherheitspolitische Motivik allerdings in den Regierungsakten. Die These ENGEL/SCHLEICHERS, wonach die ostdeutschen Motive deutlich stärker ideologisch geprägt seien, lässt sich zwar für das Vokabular, aber weniger für die eigentliche Argumentation bestätigen, da die sicherheits- und deutschlandpolitischen Implikationen auf Seiten der Bundesrepublik deutlich offener und häufiger artikuliert, aber auch kritisiert werden.<sup>309</sup> Ökonomische Interessen thematisieren beide Seiten recht offen, allerdings nutzt die DDR die regelmäßigen Äußerungen westdeutscher Industrievetreter in der Tagespresse zur Disqualifizierung der Bonner „Entwicklungshilfe“ als Rohstoffkonfiszierung und Exportsubvention. Infolgedessen beanspruchten beide Staaten für sich, im Gegensatz zum anderen Deutschland „wirkliche Hilfe“ zu leisten: Dazu wird der Gegenseite mangelnde Kompetenz und minderwertige Qualität diagnostiziert, die größeren Schaden als Nutzen für die Empfänger bedeuteten. Außerdem unterstellt man sich wechselseitig unwürdige Arbeitsbedingungen und „Schröpfung“ der Bevölkerung. Beide Seiten hoffen von der in ihrer Darstellung versagenden „Entwicklungshilfe“ der Gegenseite legitimationsstiftend profitieren zu können.

## 4.2 DAS ENTWICKLUNGSVERSTÄNDNIS

Anlässlich des Botschafteraustauschs mit Moskau verweist der SPD-Vorsitzende Ollenhauer 1955 vor dem Bundestag darauf, dass zwischen den „Vorstellungen und Praktiken dieser SED-Diktatur in der Zone“<sup>310</sup> in Bezug auf Staat, Gesellschaft und Wirtschaft und denen der westdeutschen Sozialdemokratie ein fundamentaler Gegensatz existiere, wofür er den Beifall und die Zustimmung des ganzen Hauses erhält. Die These grundsätzlich divergierender Gesellschaftsentwürfe wird in beiden deutschen Staaten regelmäßig öffentlich akzentuiert. BECKENBACH konstatiert sogar graduelle „Konturen einer jeweils eigenen Mentalität“<sup>311</sup> mit deutlichen „mentale[n] Differenzen.“<sup>312</sup> Auch der Abschlussbericht des BMZ nach der Wiedervereinigung kommt in diesem Kontext zu dem Schluss, die DDR habe die Probleme der Entwicklungsländer „überwiegend in den Kategorien des globalen Systemwettbewerbs

---

<sup>309</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.228.

<sup>310</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 115. Sitzung am 2. Dezember 1955, S.6159 B.

<sup>311</sup> Dabei handelte es sich um eine „arbeiterschaftliche“ in der DDR und eine „differenzierte“ in der Bundesrepublik. Vgl. BECKENBACH, 2008 (B), S.129.

<sup>312</sup> BECKENBACH, 2008 (A), S.99.

und der Ost-West-Auseinandersetzung<sup>313</sup> wahrgenommen. In dieser Konsequenz kann angenommen werden, dass solche Differenzen auch auf die jeweiligen Entwicklungskonzeptionen ausgestrahlt haben. Dabei ist „Entwicklung“ kein „wertneutraler Begriff“<sup>314</sup>, sondern vielmehr normativ, nicht-statisch und stark von kollektiven Werten geprägt. BÜSCHEL verweist darauf, dass „kaum irgendwo auf der Welt [...] so stark um vermeintlich ‚gute‘ Entwicklungspolitik gerungen [worden sei] wie in den beiden deutschen Staaten.“<sup>315</sup> Das vorliegende Kapitel prüft entsprechend, ob und inwiefern die Narrative von „Unterentwicklung“ und „Entwicklung“ für potentielle Empfänger von „Entwicklungshilfe“ im öffentlichen medialen, politischen sowie wissenschaftlichen Diskurs Ost- und Westdeutschlands kon- bzw. divergieren. Dabei wird angenommen, dass sich die Konzeptionen infolge der ihnen zugrundeliegenden differenten Normativitätsentwürfe weniger in ihren Erscheinungsformen, sondern vielmehr in den empfohlenen Überwindungsstrategien sowie Zielperspektiven unterscheiden. Als Quellengrundlage dienen primär öffentliche Reden und Verlautbarungen, zeitgenössische Forschungsarbeiten und Lexikaeinträge sowie die mediale Darstellung. Aus der Auslandskorrespondenz lassen sich kaum Narrative von und über „Entwicklung“ ableiten, da dort primär die Durchführung oder Verhandlung bereits beschlossener oder in Aussicht gestellter Projekte thematisiert werden. Auch findet dort keine Debatte über das Wesen von „Unterentwicklung“ oder Möglichkeiten seiner Überwindung statt.

##### 4.2.1 Die „Erfindung der Unterentwicklung“

Die Idee der „Unterentwicklung“ ist signifikant mit Trumans zweiter Inaugurationsrede verbunden, in der er „*a bold new program [...] for the improvement and growth of underdeveloped areas*“<sup>316</sup> fordert. ESTEVA proklamiert ironisch die „Erfindung der Unterentwicklung“<sup>317</sup> durch das so genannte „Point IV Program“ des US-Präsidenten am 20. Januar 1949: „Damals wurden zwei Milliarden Menschen plötzlich unterentwickelt.“ Als wesentliche Indikatoren von „Un-

---

<sup>313</sup> BMZ-INFORMATIONEN 1/1991, S.1.

<sup>314</sup> BRAUN, 1978, S.19.

<sup>315</sup> BÜSCHEL, 2014, S.25.

<sup>316</sup> Dabei handelt es sich um den vierten Punkt seines außenpolitischen Entwurfs. Vgl. INAUGURATIONSREDE TRUMANS am 20. Januar 1949. Vgl. <http://www.inaugural.senate.gov/swearing-in/addresses> [23.4.2019]

<sup>317</sup> ESTEVA, 1993, S.90 f.; Ähnlich DIRMOSE, der „Unterentwicklung als „gedankliche Innovation der Nachkriegszeit“ bezeichnete. DIRMOSE, 1991, S.16.; SACHS erklärte Trumans Rede sogar zur „Eröffnungsansprache zu jener Aufholjagd des Südens gegenüber dem Norden“, die die Spaltung zwischen den beiden Hemisphären allerdings eher noch vertieft habe. Vgl. SACHS, 1992, S.26.

terentwicklung“ benennt Truman in seiner wegweisenden Erklärung Armut, Hunger, Krankheit und primitive wirtschaftliche Strukturen.<sup>318</sup> DIE WELT diagnostiziert bereits zehn Jahre später, der Terminus habe „eine eindrucksvolle Auslegung und Ausweitung erfahren“ und verweist dabei polemisch auf den in Bonn ansässigen Botschafter Indiens, der in einem Vortrag gesagt haben soll: „Ich [...] könnte ihr Land [die Bundesrepublik, *Anm. d. Verf.*] als unterentwickelt ansehen, weil Sie noch nicht die Fähigkeit entwickelt haben ‚still‘ zu sein.“<sup>319</sup> Die um „Entwicklungshilfe“ geführten Diskussionen und damit einhergehenden Ratschläge und Empfehlungen werden durch die betroffenen Nationen offenbar zumindest teilweise mit Misstrauen bis Verärgerung zur Kenntnis genommen. Dabei erscheint schon eine Definition von „Unterentwicklung“ schwierig, da entweder nur das Phänomen selbst, aber auch seine Ursachen und Überwindungsmöglichkeiten, zu denen eine Vielzahl von Theorienkonglomerate existieren, beschrieben werden können. Dabei wird insbesondere darauf eingegangen, ob und inwiefern die Truman’schen Strukturdefizite auch in der DDR prägend erscheinen und ob darüber hinaus weitere, möglicherweise divergierende Vorstellungen von „Unterentwicklung“ kursieren.

##### 4.2.1.1 Das Konzept der „Unterentwicklung“

###### a) Welthunger

Sowohl in der ost- als auch westdeutschen Öffentlichkeit wird „Unterentwicklung“ primär mit materieller Armut gleichgesetzt, meist unter Verweis auf das „Welternährungsproblem“, was als „multiperspektivisches Phänomen und multidisziplinäres Forschungsfeld“<sup>320</sup> gilt. Massiv präsent ist die „Hunger“-Thematik im und ab dem Jahr 1959 in der Bundesrepublik, was die häufigen Zeitungsmeldungen<sup>321</sup>, die Gründung der mit dem programmatischen Namen „Brot für die Welt“ versehenen Wohlfahrtsorganisation sowie die Antrittsrede Lübkes demonstrieren, in der er den „Kampf gegen den Hunger“<sup>322</sup> als das gegenwärtig „vordringlichste Problem“ der Weltpolitik bezeichnet. Eine tiefgreifende Analyse der Hungers-thematik

---

<sup>318</sup> „More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. Their food is inadequate. They are victims of disease. Their economic life is primitive and stagnant.“ Vgl. INAUGURATIONSREDE TRUMANS am 20. Januar 1949. Vgl. <http://www.inaugural.senate.gov/swearing-in/addresses> [23.4.2019]

<sup>319</sup> *Unterentwickelt*. In: DIE WELT, 1. Juli 1959, S.3.

<sup>320</sup> STALLMANN, 2019, S.35.

<sup>321</sup> So widmet DIE WELT der Thematik im April sogar eine ganze Themenseite. Vgl. *Hunger*. In: DIE WELT, 11. April 1949, Das Forum der Welt.; *Hunger*. In: DIE WELT, 1. Oktober 1959, S.7.

<sup>322</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 80. Sitzung am 15. September 1959, S.4378 B.

im Kontext des deutschen Katholizismus bis 1979 liefert STALLMANN.<sup>323</sup> Angesichts der voranschreitenden Entkolonialisierung ab Ende der fünfziger Jahre soll offenbar an die humanitäre „Opfer“-Bereitschaft der Bevölkerung appelliert werden, weshalb wohl besonders häufig Politiker auf diese Problematik verweisen.<sup>324</sup> So veröffentlicht DIE WELT ab dem 19. Oktober 1963 eine mehrteilige Reihe mit dem Titel „Vom Hunger zum Wohlstand“<sup>325</sup>, der sich mit dem westdeutschen Wiederaufbau beschäftigt. Da vielen Deutschen Mangel Erfahrungen aus dem Krieg und den „Hungerwintern“ nicht fremd sind, wirkt diese Argumentation sowohl verständnissichernd als auch mobilisierend, weshalb WIETERS das Ernährungsproblem auch als „mediale Kommunikationsstrategie“<sup>326</sup> bezeichnet. Kennedy fordert wenige Jahre später einen gemeinsamen „Befreiungskampf gegen den Hunger“<sup>327</sup>, hinter dem sogar „alle [anderen] Weltprobleme“ zurücktreten müssten: Keine Nation könne sich vor der Bewältigung dieser Aufgabe sicher fühlen. Die sprachliche Militarisierung dieses humanitären Ressorts verweist auf die Dringlichkeit dieser Aufgabe und in dieser Konsequenz wird konstant ein implizites Bedrohungsgefühl genährt: So fürchtet DIE WELT angesichts der enormen Steigerung der chinesischen und sowjetischen Nahrungsmittelproduktion, diese Erfolge könnten zum „Köder“<sup>328</sup> für die Entwicklungsländer werden, frei nach dem Motto: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing.“ An die Fragilität der eigenen Prosperität erinnert auch Lübke, der unheilvoll fragt, was passieren werde, „wenn die hungernden Massen, organisiert durch zerstörerische Ideologien, aufstehen und die wohlhabenden Völker zum Kampf um das Brot zwingen?“<sup>329</sup> Der Welthunger erscheint in der Bundesrepublik als unkalkulierbare Gefahrenquelle, der man schon aus Gründen des Selbstschutzes entgegentreten müsse.

---

<sup>323</sup> STALLMANN, 2019.

<sup>324</sup> So betont beispielsweise Kalbitzer, dass die Industriestaaten infolge ihrer „technischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen“ eine entsprechende Verantwortung trügen. Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestags. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9203 A.

<sup>325</sup> *Vom Hunger zum Wohlstand*. In: DIE WELT, 19. Oktober 1963, S.3.

<sup>326</sup> Außerdem fungiere es als „Chiffre für moralische Empörung.“ Vgl. WIETERS, 2012, S.216.

<sup>327</sup> *Kennedy: Wir müssen die Schlacht gegen den Hunger gewinnen*. In: DIE WELT, 5. Juni 1963, S.1.; Ähnlich sein Nachfolger Lyndon B. Johnsons, der einen „totalen Krieg gegen die Armut“ ausruft. Vgl. *Krieg gegen die Armut*. In: DIE WELT, 3. Februar 1964, S.9.

<sup>328</sup> *Hunger*. In: DIE WELT, 1. Oktober 1959, S.7.

<sup>329</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 80. Sitzung am 15. September 1959, S.4378 C.; Ähnlich auch: *Aus der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, auf der Maikundgebung in Berlin am 1. Mai 1961*. In: DzD 1961, S.717.

Auch die ostdeutsche Regierung und NEUES DEUTSCHLAND verweisen im Untersuchungszeitraum regelmäßig auf die Hungerproblematik in den Entwicklungsländern, allerdings dezidiert als „politisches Problem.“<sup>330</sup> Allerdings wird diesem Phänomen nur Bedrohungspotential für den imaginierten Verursacher, den kapitalistischen Westen, zugeschrieben: Dessen Lebensstandard gründe schließlich auf „Hunger und Elend“<sup>331</sup> der Entwicklungsländer. Die Entbehrungen der Bevölkerungsmehrheit erscheinen in dieser Konsequenz als quasi-unentbehrliche Keimzelle für eine sozialistische Revolution, deren baldiger Ausbruch durch die DDR optimistisch erwartet wird.<sup>332</sup> So erinnert Alfred Norden, langjähriges Mitglied des Politbüros, daran, dass auch die ostdeutsche Bevölkerung und ihre engsten Verbündeten bis vor wenigen Jahren selbst „Elend, Hunger, Krise, Ausbeutung [und] moralische Erniedrigung“<sup>333</sup> haben erleiden müssen. Die sozialistische Umgestaltung habe jedoch dafür gesorgt, dass diese Erfahrungen nur noch „historische Rückerinnerungen“ seien und ebenso werde es sich in naher Zukunft auch in den Entwicklungsländern verhalten. Da Armut und Hunger einerseits als Voraussetzung eines sozialistischen Entwicklungswegs und andererseits als ein durch planbare Schritte, wie einen Fünfjahresplan, bezwingbares Phänomen empfunden werden, sind diese nicht wie in der Bundesrepublik in einen naturgewaltähnlichen „Subjektstatus“<sup>334</sup> erhoben. NEUES DEUTSCHLAND proklamiert vielmehr, die „marxistisch-leninistische Weltanschauung“ ermögliche es den Menschen „über das zu triumphieren, was ihn früher in Furcht und Schrecken versetzte: Elend, Hunger, Krise, Ausbeutung.“<sup>335</sup> Als Begleiterscheinungen und weitere Indikatoren materieller „Unterentwicklung“ werden sowohl in Ost als auch West Wohnungsnot, mangelnde Hygiene und damit zusammenhängende Krankheiten und Sterblichkeitsraten thematisiert.<sup>336</sup> Die sich stark ähnelnden Formeln von

---

<sup>330</sup> Exemplarisch: *Stellungnahme der Regierung der DDR zur Tagesordnung der XVII. Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 19. November 1962*. In: DzD 1962, S.1445.; *Indien ist um eine Erfahrung reicher*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. August 1960, S.5.; STALLMANN, 2019, S.37.

<sup>331</sup> „[...] daß der relativ hohe Lebensstandard in Westdeutschland nicht zuletzt auf die ungeheuren kolonialen Profite zurückzuführen ist und ihm Hunger und Elend [...] in den sogenannten „Entwicklungsländern“ gegenüberstehen.“ Vgl. *Der kleine und der große Mord*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Januar 1961, S.4.

<sup>332</sup> „Diese [...] Krise [...] ist vielmehr der Verfall des ganzen kapitalistischen Systems und äußert sich auf allen Gebieten.“ Vgl. *Der kleine und der große Mord*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Januar 1961, S.4.

<sup>333</sup> *Frieden und Sozialismus werden triumphieren*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1960, S.5.

<sup>334</sup> WIETERS, 2012, S.219.; Vgl. dazu „Der Standpunkt des Kommunismus ist bis auf den heutigen Tag durch die Erwartung Karl Marxens charakterisiert, daß sich alle Probleme der Menschheit durch Technisierung und Sozialisierung lösen lassen.“ Vgl. *Mehret euch nicht!* In: DER SPIEGEL Nr.15/1962, S.

<sup>335</sup> *Frieden und Sozialismus werden triumphieren*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1960, S.5.

<sup>336</sup> „Es sind Verhältnisse, wie sie Friedrich Engels für die Stadt Manchester des 19. Jahrhunderts beschrieben hat.“ Vgl. *Der Mensch und seine Städte. Zum Weltgesundheitsstag 1966*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. April 1966, S.13.

„Chaos, Hunger, Seuchen“<sup>337</sup> oder „Rückständigkeit, Elend [und] Krankheit“<sup>338</sup> weisen insgesamt auf die 1973 durch Weltbankpräsident McNamara entworfene Konzeption entwürdigender „absoluter Armut“<sup>339</sup> voraus und entsprechen damit auch der Truman'schen Definition.

#### b) Strukturdefizite

„Unterentwicklung“ tritt in beiden deutschen Staaten nicht nur als Mangel lebensnotwendiger Güter in Erscheinung, sondern auch in Form defizitärer ökonomischer und staatlicher Infrastruktur, was in Folge der dabei festzustellenden großen Übereinstimmungen nur summarisch skizziert wird. In Anlehnung an SALIN wird „Unterentwicklung“ in beiden deutschen Staaten normativ als Rückstand gegenüber der eigenen zur „Norm“<sup>340</sup> erhobenen Entwicklung verstanden, wobei für den staatlichen Dienstleistungssektor üblicherweise fehlende Elektrizitäts- und Wasserversorgung sowie Rechtsunsicherheit geschildert werden.<sup>341</sup> Häufig werden auch das insuffiziente Gesundheits- und Bildungssystem, insbesondere in Form von Kindersterblichkeit und Analphabetismus thematisiert.<sup>342</sup> In NEUES DEUTSCHLAND wird dies allerdings regelmäßig in einem direkten Zusammenhang mit dem Kolonialismus, der dafür verantwortlich sei, gestellt.<sup>343</sup> Die Zeitung formuliert in diesem Kontext ein Bildungsideal, wonach in einer von der FDJ gestifteten Schule in Guinea junge Frauen neben Lesen

---

<sup>337</sup> *Ungeduld*. In: DIE WELT, 13.8.1963, S.1

<sup>338</sup> *Hilfe und „Hilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Februar 1960, S.7

<sup>339</sup> „*But absolute poverty is a condition of life so degraded by disease, illiteracy, malnutrition, and squalor as to deny its victims basic human necessities.*“ Vgl. McNamaras Nairobi-Rede vom 24. September 1973 Vgl. <http://documents.worldbank.org/curated/en/930801468315304694/pdf/420310WP0Box0321445B01PUBLIC1.pdf> [ 28.10.2016]

<sup>340</sup> SALIN definiert „Unterentwicklung“ als Phänomen, wonach „ein Land weniger entwickelt ist als ein anderes oder dass es hinter seinen eigenen Möglichkeiten zurückgeblieben ist oder dass es hinter einer Norm, hinter der ‚normalen‘ Entwicklung im Rückstand ist.“ Vgl. SALIN, 1959, S.404 f.; KONTROVERSE BEGRIFFE erklärt, der Terminus impliziere, dass ein Land „daß jedes Land in der Lage ist, diese Norm zu erreichen.“ Vgl. WENIGELER, 1994, S.680.

<sup>341</sup> So berichtet DIE WELT, „Überfälle und Einbrüche gehören in Kenia zum Alltag.“ Vgl. *Mit der Freiheit kommt noch nicht das Paradies*. In: DIE WELT, 11. Dezember 1963, S.3.; *Der Mensch und seine Städte. Zum Weltgesundheitsstag 1966*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. April 1966, S.13; *Afrika trommelt: Freiheit!* In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Januar 1960, S.7.

<sup>342</sup> *Analphabetismus wächst*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. Juni 1963, S.12.; *Hier bin ich, nun helf mir*. In: DIE WELT, 23. Dezember 1964, S.3.; „[...] daß [...] jährlich rund 10 Millionen Menschen sterben, weil die primitivsten medizinischen Medikamente und die hygienischen Vorkehrungen fehlen.“ Vgl. *Schneller voran durch internationale Arbeitsteilung*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. März 1960, S.6.

<sup>343</sup> „Viele Afrikaner sind infolge der Kolonialpolitik der kapitalistischen Staaten noch Analphabeten.“ Vgl. *Sender für freies Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Juli 1960, S.3.



und Schreiben primär „Hygiene, [...] Nähen und Stricken, prinzipielle Fragen des Staatsaufbaus, Kochen und landwirtschaftliche Kenntnisse“<sup>344</sup> erlernen sollten. Dabei werden weltanschauliche Fragen und Kenntnisse praktischer Haushaltsführung in rassistisch anmutender Weise vermengt. Als ökonomische „Norm“ erscheint auf beiden Seiten der eigene Industrialisierungsgrad, weshalb die Dominanz des meist monokulturellen landwirtschaftlichen Sektors als Hauptmerkmal wirtschaftlicher „Unterentwicklung“<sup>345</sup> bezeichnet wird. ZIAI diagnostiziert in diesem Kontext ironisch die Beschränkung des „*bomo mensura*“<sup>346</sup>-Satzes auf den eigenen Stand. Ungleiche Einkommensverhältnisse, eine niedrige Investitions- und Sparquote sowie niedriges Pro-Kopf-Einkommen runden das Bild ab.<sup>347</sup>

In politischer Dimension ist dagegen eine eindeutige Differenz auszumachen: So wird in der Bundesrepublik das nach der Unabhängigkeit regelmäßig zu beobachtende „Hineinrennen in [...] Diktaturen“<sup>348</sup> kritisiert. Während im Westen mangelnde Demokratisierung und der Hang zu autoritären Systemen als Indikatoren politischer „Unterentwicklung“ erscheinen, gilt dies auf ostdeutscher Seite für ausbleibende sozialistische Reformen. Dies zeige sich paradigmatisch in der mangelnden Beteiligung der Bevölkerung „an der Produktion und Verteilung von Produkten“<sup>349</sup>, so NEUES DEUTSCHLAND.

Es lässt sich festhalten, dass die beiden deutschen Staaten neben den von Truman benannten Merkmalen materieller Armut und primitiver wirtschaftlichen Strukturen, auch defizitäre staatliche Infrastruktur sowie politische Kriterien zur Feststellung staatlicher „Unterentwicklung“ gebrauchen, wobei nur bei Letzterem größere Differenzen deutlich werden.

---

<sup>344</sup> *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>345</sup> So erklärte Erhard, die Entwicklungsländer seien infolge der monokulturellen Agrarwirtschaft „den Zufälligkeiten und Widrigkeiten des Weltmarktes ausgeliefert.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6804 C.

<sup>346</sup> ZIAI, 2004, S.4.; Deren Ausprägung wurde durch die DDR im Abstand der jeweiligen industriellen Produktivität von Industrie- und Entwicklungsländern bemessen. Vgl. SPRÖTE/HAHN, 1965, S.14

<sup>347</sup> Paradigmatisch zeigt sich das westdeutsche Verständnis von „Unterentwicklung“ in einem Bericht über den Nahen Osten: „Ein Bevölkerungswachstum, das jeden wirtschaftlichen Fortschritt zu überrollen droht; Analphabetentum und mangelnde Wirtschaftsgesinnung; Bodenerosion und Wassernot; Monokulturen mit ihrer Krisenempfindlichkeit; Mißernten oder Absatzsorgen; religiöse Faktoren und Aberglauben; neue Staatsgebilde und feindliche Nachbarn; innenpolitische Labilität und außenpolitische Aversionen; [...] Ziellosgigkeit der Plangläubigkeit; Mangel an Initiative oder Maßlosigkeit; Verkehrsprobleme und Energiesorgen; Kapitalarmut und Devisenmangel; Erfolge und Fehlinvestitionen: Die Kette reißt nicht ab.“ Vgl. *Entwicklungshilfe von morgen*. In: DIE WELT, 29. November 1960, S.8.

<sup>348</sup> *Ungeduld*. In: DIE WELT, 13. August 1963, S.1.

<sup>349</sup> *Interview mit Juan Torres*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Oktober 1970, S.5.

#### 4.2.1.2 Ursachenzuschreibung

##### a) Bevölkerungswachstum

Beide deutsche Staaten führen „Unterentwicklung“ auf endogene und exogene Kausalfaktoren zurück, wobei zunächst exemplarisch das auf beiden Seiten häufig thematisierte Phänomen des Bevölkerungswachstums als potentielle innere Ursache ausgeführt werden soll. Obwohl NOHLEN/NUSCHELER kritisieren, Bevölkerungswachstum könne „Unterentwicklung“ sowohl bedingen als auch aus ihr resultieren, diese aber nicht erklären, vermittelt die westdeutsche Berichterstattung einen anderen Eindruck: Die hohe Geburtenrate erscheint maßgeblich mitverantwortlich für das Ernährungsproblem und erschwere dessen effektive Bekämpfung, so der an Malthus erinnernde Tenor. So gibt der SPD-Abgeordnete Deist zu bedenken, dass das Bevölkerungswachstum die mühsamen Fortschritte der Nahrungsproduktion amortisiere und damit fälschlicherweise den Eindruck von Stillstand erwecke.<sup>350</sup> Wenig später erhebt DER SPIEGEL „Überbevölkerung“ sogar zum Titelthema und warnt unter der programmatischen Überschrift „Mehret euch nicht!“<sup>351</sup> vor den möglichen Konsequenzen. Dabei wird das Bevölkerungswachstum des Ostblocks und der Entwicklungsländer explizit als „politische Waffe“ bezeichnet, welches globale „Machtverschiebungen“<sup>352</sup> herbeiführen könne. Bundespräsident Lübke erklärt bereits 1959 das „unvermeidliche Heranwachsen von Milliarden hungernder Menschen, die leicht eine Beute kommunistischer Ideen werden können“<sup>353</sup> zur „Schicksalsfrage unserer Zeit.“ Diese Bedrohungsszenarien erreichen die Bundesrepublik paradoxerweise ausgerechnet Anfang der Sechziger auf dem Höhepunkt des eigenen „Babybooms.“<sup>354</sup> Dieser Furcht begegnet DER SPIEGEL ironisch mit dem Vorschlag, man könne „Menschenexport nach anderen Planeten und Sonnensystemen“<sup>355</sup> erforschen. Auch in der ostdeutschen Öffentlichkeit wird das Bevölkerungswachstum der Entwicklungsländer als problematisch erachtet, allerdings erscheint dieses Phänomen nicht als eigentliche

---

<sup>350</sup> „Es besteht kein Zweifel darüber [...], daß wir zwar insgesamt in diesen Ländern eine Steigerung von Produktion und Verbrauch haben; aber wenn man die Steigerung auf die wachsende Bevölkerung umrechnet, ergibt sich, daß diese Länder auf der Stelle treten.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6831 D.

<sup>351</sup> *Mehret euch nicht!* In: DER SPIEGEL Nr.15/1962, S.60.

<sup>352</sup> „Der Westen wird also um kaum eine halbe Milliarde, der Ostblock und die Entwicklungsländer hingegen werden um je 1,4 oder gar um je 1,6 Milliarden Menschen zugenommen haben.“ Vgl. *Mehret euch nicht!* In: DER SPIEGEL Nr.15/1962, S.61.

<sup>353</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTTE. 80. Sitzung am 15. September 1959, S.4378 B.

<sup>354</sup> RÖDDER, 2004, S.27.

<sup>355</sup> *Mehret euch nicht!* In: DER SPIEGEL Nr.15/1962, S.66.

Ursache, sondern eher als Begleiterscheinung der „Unterentwicklung.“<sup>356</sup> HARTMANN beschreibt in diesem Kontext die ambivalente Haltung gegenüber bevölkerungspolitischen Strukturmaßnahmen und begründet diese mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.<sup>357</sup> NEUES DEUTSCHLAND gibt sich dagegen überzeugt, dass gegenwärtig nur „Disproportionen“<sup>358</sup> zwischen der Bevölkerungszahl und deren Versorgung bestünden, die, wie das „Welt-ernährungsproblem“, durch planbare Schritte überwunden werden könnten. Die malthusianischen Anklänge der Bundesrepublik werden dagegen scharf kritisiert: Der als „Vulgärökonom“<sup>359</sup> titulierte Malthus habe eine reaktionäre und gefährliche „Pseudotheorie“<sup>360</sup> geschaffen, die lediglich dazu diene, Krieg und Armut zur Aufrechterhaltung des *Status Quo* zu rechtfertigen. NEUES DEUTSCHLAND witzelt außerdem, „Malthus würde sich im Grabe umdrehen“<sup>361</sup>, wüsste er von den enormen Fortschritten Chinas bei der Nahrungsmittelproduktion, die sein Theorem längst widerlegt hätten. Dies habe gezeigt, dass die Versorgung der Bevölkerung von den jeweils gegebenen „sozialen und ökonomischen Bedingungen“<sup>362</sup> abhängt. Eine Dämpfung der Geburtenrate, auf die Bonn langfristig hoffe, dient in dieser Argumentation dazu, die Bundesrepublik als Anhänger eines reaktionären Weltbilds zu diffamieren.<sup>363</sup>

#### **b) Soziokulturelle Faktoren**

Als weitere potentielle innere Ursachen von Unterentwicklung erscheinen in der westdeutschen Öffentlichkeit soziokulturelle Eigenheiten, wie das Verhafteten in Traditionen sowie das vermeintliche Fehlen „der richtigen wirtschaftlichen Einstellung.“<sup>364</sup> Das fehlende innere Zusammengehörigkeitsgefühl, was auch als Mangel an „Staatsbewusstsein“<sup>365</sup> bezeichnet wird,

---

<sup>356</sup> „Die Entwicklung wird jedoch [...] durch folgenden Umstand kompliziert. Der ökonomisch aktive Teil der Bevölkerung ist in den meisten dieser Länder relativ gering. Unter den Bedingungen des anhaltenden Bevölkerungswachstums hat dieser Anteil die Tendenz zum Sinken.“ Vgl. SPRÖTE/HAHN, 1965, S.19 f.; *Bildung ist ein Zauberwort*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Oktober 1960, S.7.

<sup>357</sup> HARTMANN, 2016, S.98 f.

<sup>358</sup> *Arbeit und Brot für 3,4 Millionen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. Juni 1966, S.11.

<sup>359</sup> *Den USA kann geholfen werden*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Juni 1958, S.5.

<sup>360</sup> Daran knüpfe unmittelbar Keynes an, der durch den staatlich betriebenen Bau „nutzloser Pyramiden“ oder durch „unsinnige Erdarbeiten“ Vollbeschäftigung schaffen wolle. Vgl. *Den USA kann geholfen werden*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Juni 1958, S.5.; *Ein Blick ins Jahr 2000*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Oktober 1960, S.5.

<sup>361</sup> *Vom „Sputnikfeld“ zum Getreidegarten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Januar 1959, S.5.

<sup>362</sup> *Arbeit und Brot für 3,4 Millionen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. Juni 1966, S.11.

<sup>363</sup> So berichtet NEUES DEUTSCHLAND im Bonner Staat und seiner Politik triumphiere „die Menschenverachtung.“ Vgl. *Der große und der kleine Mord*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. November 1961, S.4.

<sup>364</sup> *Entwicklungsbilfe – ein Faß ohne Boden?* In: DIE WELT, 23. Mai 1960, S.7.

<sup>365</sup> *Junge Staaten im Werden*. In: DIE WELT, 17. Februar 1960, S.1.

sei verantwortlich für politische Instabilität. In Anlehnung an SALIN<sup>366</sup>, der einen Zusammenhang zwischen Klimazonen und dem Arbeitswillen der Bevölkerung postuliert, diagnostiziert DIE WELT mangelnde Planungs- und Durchführungskompetenzen, die teilweise explizit als „Ziellosigkeit, Mangel an Initiative oder Maßlosigkeit“<sup>367</sup> bezeichnet werden. Laut einer Infratest-Umfrage vom April 1965 gehen rund 20% der Bundesbürger davon aus, dass die „niedrige Zivilisationsstufe“<sup>368</sup> und die „Mentalität der Völker“ mitursächlich für „Unterentwicklung“ seien. So wird die indigene Kultur in ein klares Subordinationsverhältnis zur eigenen gesetzt. Zwar stellt Passivität nicht die Ursache, sondern vielmehr die Folge von „Unterentwicklung“<sup>369</sup> dar, DIE WELT vermittelt jedoch über weite Teile ein anderes Bild: Es erscheint, als leiste die Bevölkerungsmehrheit zu wenig, während die Elite exzessiv konsumiere: Viele der Gelder aus der „Entwicklungshilfe“ versickerten spurlos in den Taschen korrupter Politiker und ihrer Klientel, die dann die Gelder schnellstens außer Landes schafften.<sup>370</sup> So berichtet der Journalist Wolfgang Bretholz gegenüber Adenauer, der ghanaische Präsident Nkrumah kaufe sich Helikopter und Rolls-Royce, während beim Volk kaum Hilfe ankomme.<sup>371</sup> Die westdeutsche Liefer- und Projektbindung scheine das nicht verhindern zu können, andererseits könne man auch nicht „zu jeder Mark oder jedem Dollar einen Aufseher hinstellen.“<sup>372</sup> Entsprechend wird regelmäßig die verfehlte Regierungspolitik der Entwicklungsländer für das Scheitern von Projekten und das Aufrechterhalten von „Unterentwicklung“ verantwortlich gemacht. So berichtet DIE WELT, Indien habe „Milliarden“<sup>373</sup> in Bewässerungsanlagen investiert, die bei ausbleibendem Monsun völlig nutzlos seien. Berichte über derartige Fehlinvestitionen, Korruption und Amtsmissbrauch werden von NEUES DEUTSCHLAND auch angeführt, aber lediglich als Beweis für den Rassismus Bonns

---

<sup>366</sup> SALIN, 1959, S.412 ff.

<sup>367</sup> Insgesamt fehle es an Innovations- und Investitionsfähigkeit. Dieser Konnex zwischen Entwicklungspotential und Kultur kann bis auf Max Weber und seine programmatische Abhandlung zu Protestantismus und dem „Geist des Kapitalismus“ (1904) zurückverfolgt werden. Vgl. *Entwicklungshilfe von morgen*. In: DIE WELT, 29. November 1960, S.8.

<sup>368</sup> *Haltungen, Einstellungen, Meinungen der deutschen Bevölkerung gegenüber der Entwicklungshilfe. Meinungsumfrage der Infratest im Auftrag des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn, München, April 1965, S.99*. Zitiert nach: PAEFFGEN, 1976, S.447.

<sup>369</sup> NOHLEN/NUSCHELER, 1992, S.39.

<sup>370</sup> „Der Erfolg der Entwicklungspolitik hängt vom gegenseitigen Vertrauen ab.“ In: Die Welt, 2. Januar 1964, S.9.

<sup>371</sup> TEEGESPRÄCHE III, 14. Februar 1961, S.454.

<sup>372</sup> TEEGESPRÄCHE III, 14. Februar 1961, S.454.; Allerdings betont DIE WELT, diese Probleme entbänden nicht „von der Pflicht, vorausplanend zu helfen.“ Vgl. *Helfen oder schenken?* In: DIE WELT, 21. März 1964, S.2.

<sup>373</sup> *Indien hungert, weil es arm ist*. In: DIE WELT, 11. April 1959, Das Forum der Welt.

angeführt.<sup>374</sup> Berichte über die Verschwendung oder das Scheitern östlicher „Entwicklungshilfe“ sind im Untersuchungszeitraum nicht nachweisbar. Soweit überhaupt von Stamestradiationen berichtet wird, stehen diese mit den sozialistischen Zielen, wie Antimperialismus und Unabhängigkeit von den ehemaligen Kolonialherren, im Einklang. So wird beispielsweise der äthiopische „Negus“, ein traditioneller Herrscher, als „einer der ersten anti-imperialistischen Kämpfer und Führer Afrikas“<sup>375</sup> bezeichnet. Bei Problemen handele es sich lediglich um Startschwierigkeiten, vor allem beim Aufbau staatlicher Stellen, die in diesem frühen Stadium nach der Entkolonialisierung natürlich seien. Man werde in dieser entscheidenden Phase den jungen Ländern mit „Rat und Tat“<sup>376</sup> zur Seite stehen, so NEUES DEUTSCHLAND in deutlich optimistischer Manier.

#### c) Geographische Faktoren

Schwierige ökologische Ausgangsbedingungen, wie „Bodenerosion und Wassernot“<sup>377</sup> sowie klimatische Faktoren, die beispielsweise Missernten zur Folge haben, werden diesseits und jenseits des „Eisernen Vorhangs“ thematisiert. Laut einer von PAEFFGEN angeführten Infratest-Umfrage betrachten 1965 rund ein Drittel aller befragten Bundesbürger geographische und klimatische Gegebenheiten als entscheidende Ursache von „Unterentwicklung.“<sup>378</sup> Dagegen verweist NEUES DEUTSCHLAND darauf, dass die sozialistischen Systeme trotz vergleichbarer „außerordentlich schlechter Startbedingungen“<sup>379</sup> innerhalb weniger Jahre ihren Entwicklungsrückstand hätten aufholen können. Als Ursache anhaltender Unterentwicklung lässt die ostdeutsche Seite geographische Faktoren nicht gelten, da sie lediglich den Umgang damit als entscheidend erachtet. Sowohl ost- als auch westdeutsche Medien verweisen häufig auf die enormen Bodenschätze Afrikas, die im Widerspruch zur „Unterentwicklung“ des

---

<sup>374</sup> „Kein Wunder, daß ein auf diese Weise ausgepowertes Land heute noch all die Züge wirtschaftlicher Unterentwicklung aufweist, auf die manche westdeutsche Blätter hämisch herabblicken und die sie dann noch mit den politischen Qualitäten der führenden Persönlichkeiten [...] in Verbindung zu bringen suchen.“ Vgl. *Das freie Guinea baut eine eigene Wirtschaft auf*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. April 1960, S.7.; „Da schicken diese Neger den guten weißen Onkel home, und plötzlich stehen sie da, frei zwar, nicht mehr ausgeplündert und endlich Herr im eigenen Haus, aber was haben sie nicht? Repräsentative Institutionen“ Vgl. *Die Tage der Gaukler*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. Juli 1960, S.4.

<sup>375</sup> *Der „Löwe von Juda“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Januar 1961, S.4.

<sup>376</sup> *Rat und Tat für die Nationalstaaten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 13. August 1963, S.7.

<sup>377</sup> *Entwicklungshilfe von morgen*. In: DIE WELT, 29. November 1960, S.8.

<sup>378</sup> *Haltungen, Einstellungen, Meinungen der deutschen Bevölkerung gegenüber der Entwicklungshilfe. Meinungsumfrage der Infratest im Auftrag des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn, München, April 1965, S.99*. Zitiert nach: PAEFFGEN, 1976, S.447.

<sup>379</sup> *Wir wollen auf Erden glücklich sein*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Dezember 1965, S.5

Kontinents stünden.<sup>380</sup> DIE WELT glaubt, es fehle häufig lediglich an Techniken und Kenntnissen, um diesen „Reichtum nutzbar zu machen.“<sup>381</sup> NEUES DEUTSCHLAND nimmt solche Äußerungen wiederum zum Anlass, Bonn Ausbeutungsabsichten nachweisen zu wollen.<sup>382</sup> Allerdings zeigt sich immer wieder, dass beide Seiten den Mangel an Kapital und „*Know-How*“ als elementare Ursache für ökonomischen Rückstand begreifen.<sup>383</sup> WÜLKER, ehemalige westdeutsche Staatssekretärin, gibt in diesem Kontext zu bedenken, dass durch entsprechende Transferleistungen im Rahmen der „Entwicklungshilfe“ neue Abhängigkeiten geschaffen würden, die im Gegensatz zu den immer wieder angeführten Forderungen nach Eigeninitiative stünden.<sup>384</sup>

#### d) Kolonialismus

Als exogene Ursache von „Unterentwicklung“ betrachten beide deutsche Staaten die koloniale Vergangenheit und deren Spätfolgen. Im Fall der DDR handelt es sich um das dominierende Narrativ und wird sogar zum definitorischen Distinktionsmerkmal erhoben, wenn Minister Bolz „Unterentwicklung“ gegenüber einer indischen Zeitung als „das vom Kolonialismus zurückgelassene Erbe der Rückständigkeit“<sup>385</sup> beschreibt. Die konfliktbeladenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen wie politischen Strukturen, die in der Bundesrepublik als endogene Probleme ausgemacht werden, erscheinen in dieser Konsequenz ausnahmslos als die „bösen Hinterlassenschaften der Kolonialherren.“<sup>386</sup> Exemplarisch werden willkürliche Grenzziehungen und die daraus resultierenden Stammeskonflikte und Unausgewogenheiten sowie die in der Kolonialzeit initiierte monokulturelle Landwirtschaft angeführt. Diese dominierten demnach bis in die Gegenwart, beispielsweise in Form nachteiliger Positionen im

---

<sup>380</sup> „Dabei sind die Schätze des Kontinents sagenhaft. Von dort bezieht die kapitalistische Welt 40 Prozent ihres Chroms, 81 Prozent ihres Kobalts [...]“ Vgl. *Der Riese Afrika reckt seine Glieder*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. September 1960, S.5.

<sup>381</sup> *Der Rebell von Conakry*. In: DIE WELT, 13. November 1959, S.3.

<sup>382</sup> *Bonn will Afrika als Rohstoffquelle und Militärstützpunkt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. März 1965, S.6.

<sup>383</sup> *Entwicklungsländer brauchen Kapital*. In: DIE WELT, 31. Januar 1957, S.5; „Von den sozialistischen Ländern erhielt Indien [...] technisches „*Know-how*“ (Internationaler Fachausdruck für die Vermittlung technologischer Kenntnisse und Fertigkeiten) [...]“ Vgl. *Wirtschaftsprobleme des neuen Indien (I)*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Mai 1964, S.7.

<sup>384</sup> WÜLKER, 1990, S.255.

<sup>385</sup> *Interview des Ministers Bolz für die indische Zeitschrift „Links“ am 19. März 1961*. In: DzD 1961, S.477.

<sup>386</sup> *Um Afrikas Einbeit*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. Mai 1963, S.7.; *36 Länder mahnen die EWG*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Juli 1962, S.5.; *Eine neue Phase der Außenwirtschaft der DDR*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1965, S.3.

Welthandelssystem durch die agrarwirtschaftliche Prägung der Entwicklungsländer. „Imperialismus“ und „Unterentwicklung“ werden als gleichwertige und „gemeinsame Feinde“<sup>387</sup> bezeichnet. Die westliche „Entwicklungshilfe“ wird ebenfalls als Ursache von „Unterentwicklung“ ausgemacht, da diese zur Aufrechterhaltung dieser Strukturen beitrage.<sup>388</sup> Besonders harsche Kritik erfährt die EWG mit ihren Außenzöllen als „Verschwörung der Milliarden“<sup>389</sup> und neue „Kolonialmacht.“<sup>390</sup> Diese insgesamt dependenztheoretische Sichtweise, wonach die Entwicklungsländer als „Peripherie“ durch das die Industrieländer übervorteilenden Handelssystem in ihrer Entwicklung dauerhaft gehemmt würden, deutet auf die durch Andre Gunder Frank 1969 im „Metropolen-Satelliten-Modell“ angestellten Überlegungen voraus. FRANK konstatiert infolge seiner Lateinamerikastudien die „Entwicklung der Unterentwicklung“<sup>391</sup> als ein „historisches Produkt“ der vergangenen und gegenwärtigen Handels- wie Politstrukturen: Entsprechend definiert NEUES DEUTSCHLAND „Unterentwicklung“ bereits 1960 als eine Summe von „künstlichen Rückständigkeiten.“<sup>392</sup> Allerdings konstatiert FRANK, „dass weder die Vergangenheit noch die Gegenwart der unterentwickelten Länder in irgendeiner Hinsicht der Vergangenheit der jetzt entwickelten Länder“<sup>393</sup> entspreche, was einen wesentlichen Unterschied zum ostdeutschen Entwicklungsdiskurs ausmacht. Dass kein deckungsgleicher Nachvollzug des eigenen Wegs möglich erscheint, beweisen im Laufe der Sechziger die anhaltende ökonomische Stagnation und ausbleibende sozialistische Umwälzungen.

Auch im westdeutschen Diskurs erscheint der Kolonialismus als mitverantwortlich für die Entwicklungsdefizite Afrikas.<sup>394</sup> Allerdings wird betont, dieser könne nicht zum alleinigen „Sündenbock“<sup>395</sup> für die „Unterentwicklung“ eines ganzen Kontinents gemacht werden, wodurch „Entwicklungshilfe“ einzig zur „koloniale[n] Wiedergutmachung“<sup>396</sup> oder einer

---

<sup>387</sup> „Wir haben alle gemeinsame Feinde: den Imperialismus und die Unterentwicklung.“ Vgl. *Hand in Hand werden wir siegen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 22. Januar 1963, S.4.

<sup>388</sup> Bonn solle „die ökonomische Entwicklung der ehemals kolonialen Länder mit Hilfe [...] der ‚Entwicklungshilfe‘“ aufhalten. Vgl. *Die Kolonialmacht der EWG*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. August 1962, S.5.

<sup>389</sup> *Verschwörung der Milliarden. Eine neue Phase der EWG-Politik (I)*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 7. Juni 1962, S.5.

<sup>390</sup> *Kolonialmacht der EWG*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. August 1962, S.5.; *36 Länder mahnen die EWG*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Juli 1962, S.5.

<sup>391</sup> FRANK, 1969, S.30 ff.

<sup>392</sup> *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>393</sup> FRANK, 1969, S.30 ff.

<sup>394</sup> So der SPD-Abgeordnete Deist: „Diese Länder befanden sich jahrhundertlang in Not und Elend, und sie führen es — zu einem großen Teil mit Recht — auf die Kolonialzeit zurück.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6831 B.

<sup>395</sup> *Gefahr im freien Afrika*. In: DIE WELT, 27. Januar 1964, S.3.

<sup>396</sup> *Entwicklungshilfe auf Gegenseitigkeit*. In: DIE WELT, 3. März 1962, S.5.

„Reparation“<sup>397</sup> degradiert würde. So gibt von Brentano in einer Rede vor dem Bundestag am 23. Juni 1960, im „Jahr Afrikas“, sogar zu bedenken, dass man bei aller berechtigten Kritik am Kolonialismus nicht vergessen dürfe, was die kolonialen Mutterländer „in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in diesem Bereich der Welt geleistet“<sup>398</sup> hätten. Das Verständnis der jungen Nationalstaaten für solche Aussagen dürfte relativ gering gewesen sein. Entsprechend bieten solche Aussagen „Steilvorlagen“ für die ostdeutsche Presse. Die für die Entwicklungsländer problematische Situation im Welthandel erfährt, soweit sie überhaupt thematisiert wird, eher kleinteilige Kritik in der Bundesrepublik.<sup>399</sup> So fordert Wischnewski statt einer Umstrukturierung des internationalen Handels sogar von den Entwicklungsländern eine „Anpassung [...] an die Weltmarktsituation.“<sup>400</sup> Die EWG-Strukturen werden verteidigt und darauf verwiesen, dass der Gemeinsame Außentarif unter dem des Commonwealth liege.<sup>401</sup>

In der westdeutschen Öffentlichkeit wird „Unterentwicklung“ regelmäßig zu einem unentzerrbaren „*circulos vitiosus*“<sup>402</sup> stilisiert und auch in der DDR ist gelegentlich von einem „Teufelskreis“<sup>403</sup> die Rede, allerdings ausschließlich in Bezug auf außenwirtschaftliche Abhängigkeit. Da diese äußeren Rahmenbedingungen planmäßig überwunden werden könnten, erscheint die Stilisierung zu einem ausweglosen „Teufelskreis“ paradox und emphatisierend. Während in der Bundesrepublik der Kolonialismus einer von vielen Kausalfaktoren ist, gilt dieser im ostdeutschen Diskurs als eigentliche Ursache, die alle übrigen Erscheinungsformen der „Unterentwicklung“, wie Hunger, Krankheit sowie ökonomische wie politische Krisen zur Folge habe.

---

<sup>397</sup> WENGELER, 1995, S.694.

<sup>398</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 119. Sitzung am 23. Juni 1960, S.6881 C.

<sup>399</sup> So glaubte der CDU-Abgeordnete Birrenbach, schon ein „relativ geringer Abbau des landwirtschaftlichen Schutzes“ werde helfen. Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6818 A.

<sup>400</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 15. Sitzung, am 19. Februar 1964, S.5283 C.

<sup>401</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 111. Sitzung am 4. Mai 1960, S.6238 A.; Darüber hinaus Scheel: „Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft kann jedenfalls als eines der Positiva der Assoziation mit den afrikanischen Ländern [...] buchen, daß [...] nicht etwa eine Verstärkung der Abhängigkeitsverhältnisse eingetreten ist, sondern praktisch sind fast alle bis dahin abhängigen Gebiete in der Zwischenzeit selbständig geworden.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9234 B.

<sup>402</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6819 A; *Was kostet Afrika?* In: DIE WELT, 2. Juli 1960, S.7:

<sup>403</sup> „Auch der Handel mit den sozialistischen Ländern spielt eine wichtige Rolle, indem er den Entwicklungsländern hilft, aus dem Teufelskreis herauszukommen.“ Vgl. *Gewerkschaftseinheit gegen Monopolpolitik*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Dezember 1964, S.7.



#### 4.2.1.3 Zusammenfassung

Abschließend muss konstatiert werden, dass sich die Narrative von „Unterentwicklung“ in Ost- und Westdeutschland ähneln und mit den von Truman benannten Strukturdefiziten weitestgehend konvergent sind, was die DDR selbst nicht öffentlich so propagiert. Dabei gilt materielle Armut, primär in Form von „Hunger“, als HAUPTERSCHEINUNGSFORM. Der Abgeordnete Deist benennt bereits 1960 als Hauptprobleme „Elend“<sup>404</sup>, „Armut“, „Unterernährung“, „Unwissenheit“ sowie das Bevölkerungswachstum, was NOHLEN/NUSCHELER später mit der prägnanten Formel „Unterentwicklung = Hunger + Krankheit + Unwissen“<sup>405</sup> zusammenfassen. Über die Truman'schen Kriterien hinaus werden auf beiden Seiten auch die staatliche und politische Infrastruktur thematisiert, wobei erstmals Differenzen auftreten: Während in der Bundesrepublik autoritäre Strukturen als rückständig bewertet werden, gilt dies in der DDR für ausbleibende sozialistische Umgestaltung. Zwar unterscheiden sich die Erscheinungsformen von „Unterentwicklung“ kaum, wohl aber deren Bewertung: So wird in den westdeutschen Medien „Welthunger“ als „globale Bedrohung“ und „gigantische“ bis kaum lösbare Aufgabe begriffen. In der DDR erscheint „Hunger“ zwar als bedauerliches, aber infolge der kapitalistischen Strukturen natürliches Phänomen, das im Sinne des historischen Materialismus sogar die Voraussetzung zur Mobilisierung der Massen im Sinne einer sozialistischen Umgestaltung sei. Außerdem erweckt die ostdeutsche Berichterstattung im Gegensatz zum beinahe fatalistisch anmutenden Tenor im Westen den Eindruck, man könne das Problem mit Hilfe der sozialistischen Staaten innerhalb einer überschaubaren Zeit durch planmäßiges Vorgehen überwinden. Noch stärkere Differenzen sind bei den Kausalfaktoren von „Unterentwicklung“ zu konstatieren: Während in der Bundesrepublik ein ganzes Bündel sowohl exogener als auch endogener Faktoren zu einem „Teufelskreis“ stilisiert werden, erklärt die DDR den Kolonialismus und das daraus resultierende Welthandelssystem zur eigentlichen Ursache von „Unterentwicklung.“ Phänomene, die im Westen als innere Hemmnisse betrachtet werden, gelten in dieser Konsequenz im Osten lediglich als Symptome und Spätfolgen des Kolonialismus. Exemplarisch zeigt sich dies bei der Bewertung des für die Entwicklungsländer typischen Bevölkerungswachstums. Geographische oder soziologische

---

<sup>404</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6830 C f.

<sup>405</sup> NOHLEN/NUSCHELER, 1993, S.31 f.

Faktoren werden in der DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik nicht als Ursachen zugelassen, während verfehlte Staatspolitik oder Korruption in NEUES DEUTSCHLAND gar nicht erwähnt werden.

Generell lässt sich festhalten, dass „Unterentwicklung“ in beiden deutschen Staaten als Akkumulation geographisch-klimatischer, ökonomischer sowie politisch-gesellschaftlicher Strukturdefizite wahrgenommen wird, deren recht konvergente Erscheinungsformen sich in ihrer Bewertung und Ursachenzuschreibung unterscheiden.

#### 4.2.2 Das Konstrukt der „Entwicklung“

Der Terminus „Entwicklung“ hat besonders seit den frühen Neunzigern scharfe Kritik erfahren: So erklärt SACHS das „quallige amöben-gleiche“<sup>406</sup> Wort zu einer „geistige[n] Ruine“<sup>407</sup>, die „ausgehöhlt bis auf ein leeres Plus“ aus dem politischen Sprachgebrauch zu eliminieren sei. DIRMOSER zählt „Entwicklung“ zu einem der „unsäglichen Konglomeratbegriffe“<sup>408</sup>, während ESTEVA sogar trotz der von ihm herausgestellten „Polysemierung“ von einer „unbegrabene[n] Leiche, die gefährlich die Luft verpestet“<sup>409</sup> spricht. Neben Gehalt- und Konturlosigkeit kritisiert man die dem Begriff inhärente säkulare „Heilsgeschichte“<sup>410</sup>, welche semantisch durch die jeweils vorherrschenden ethischen und politischen Überzeugungen geprägt und keinesfalls „wertneutral“<sup>411</sup> sei. Das auf der Auswertung von NEUES DEUTSCHLAND und DIE WELT zwischen 1949 und 1974 beruhende sprachwissenschaftliche Lexikon WÖRTER UND WORTGEBRAUCH IN OST UND WEST (1992) konstatiert lediglich, „Entwicklung“<sup>412</sup> beschreibe in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche oder soziale Prozesse. „Entwicklung“ muss demnach als Prozess verstanden werden, der nach einem externen Anstoß autonom verläuft und sich damit vom

---

<sup>406</sup> SACHS, 1992, S.31.

<sup>407</sup> Er bezeichnet „Entwicklung“ auch als „Denkmal einer abdankenden Ära.“ Vgl. SACHS, 1992, S.25 ff.

<sup>408</sup> DIRMOSER, 1991, S.13.

<sup>409</sup> ESTEVA, 1993, S.89.

<sup>410</sup> STOCKMANN, 2009, S.1.

<sup>411</sup> BRAUN, 1978, S.19.

<sup>412</sup> Weitere nachgewiesene Verwendungsweisen sind geistig-pädagogischer, biologischer, physikalischer oder technisch-wissenschaftlicher Art. „Entwicklung.“ In: WÖRTER UND WORTGEBRAUCH IN OST UND WEST Bd.1, 1992, S.437 f.; Band III des GROBEN BROCKHAUS (1953) führt unter „Entwicklung“ nur (kultur-) wissenschaftliche, biologische und militärische Verwendungsweisen auf. Vgl. „Entwicklung.“ In: DER GROBE BROCKHAUS Bd.III (1953), S.587 ff.

Transitiven zum Intransitiven entwickelt.<sup>413</sup> Dies gilt als „Schlüsselkonzept für die grundlegende Transformation der politischen Geographie der Welt.“<sup>414</sup> Ob darüber hinaus semantische und verwendungsspezifische Differenzen der Entwicklungskonzeptionen in beiden deutschen Staaten vorliegen, soll anhand idealtypischer Finalitätsentwürfe, Verlaufsformen sowie den Instrumenten zu deren Herbeiführung untersucht werden. Dabei werden die im Rahmen von „Entwicklungshilfe“ ergriffenen bzw. diskutierten Zielperspektiven, Vorgehensweisen und Maßnahmen exemplarisch skizziert und dem innerdeutschen Vergleich unterzogen, wobei sowohl die extern vom Geberland zu vollziehenden Schritte als auch die den Empfängerländern empfohlenen Verhaltensweisen Berücksichtigung finden. Zunächst sollen die Gemeinsamkeiten herausgestellt werden, bevor zu den Differenzen und deren Ursachen kritisch Stellung genommen wird.

#### 4.2.2.1 Finalitäten von „Entwicklung“

##### a) Beschleunigte Nachahmung

In beiden deutschen Staaten wird intensiv über die Entwicklungsperspektiven des afrikanischen Kontinents diskutiert, wobei stellenweise durchaus ein paternalistischer Unterton hervorbricht: So formuliert Gerstenmaier in Bezug auf die Ziele der jungen afrikanischen Staaten vielsagend, dass hier „der Europäer, der Amerikaner, der Weiße, wenn er Afrika und seine Menschen liebt, vor einer schweren Frage“<sup>415</sup> stehe, so als gebühre deren Beantwortung ausschließlich auswärtigen Mächten. Dabei wird den Entwicklungsländern die grundsätzliche „Imitation“ der historischen Entwicklung Europas empfohlen. BENDIX formuliert 1969 rückblickend das im Untersuchungszeitraum global vorherrschende Entwicklungsverständnis mustergültig als „Typus des sozialen Wandels“<sup>416</sup>, der auf die industrielle Revolution Englands zurückgehend „im wirtschaftlichen und politischen Fortschritt einiger Pioniergesellschaften und den darauffolgenden Wandlungsprozessen der Nachzügler“ bestehe. LEPENIES bezeichnet „Entwicklung“ als graduell verlaufenden „Transformations-“ und „Anpassungsprozess“<sup>417</sup> sowie „institutionalisierte Besserwisseri.“ Entsprechend konstatiert DIE WELT

---

<sup>413</sup> LEPENIES, 2009, S.38.

<sup>414</sup> ECKERT, 2015, S.31.

<sup>415</sup> GERSTENMAIER, 1960, S.12.

<sup>416</sup> BENDIX, 1969, S.506 f.

<sup>417</sup> LEPENIES, 2009, S.33 ff.

1961, die Entwicklungsländer befänden sich „heute in der Situation Deutschlands und Europas zur Mitte des 19. Jahrhunderts.“<sup>418</sup> Allerdings seien gegenwärtig die notwendigen Kenntnisse verfügbar, um diesen Prozess stark beschleunigt nachzuvollziehen. Dabei wird der Bundesrepublik die Rolle zugewiesen, die England im 19. Jahrhundert als „Europas großer Lehrmeister“<sup>419</sup> innegehabt habe. Dieser Prozess ist jedoch in der westdeutschen Öffentlichkeit auch über den Untersuchungszeitraum hinaus nicht unumstritten. So fragt DIE WELT mit euroskeptischem Unterton, „mit welchem Recht“<sup>420</sup> die Europäer ihre Staats-, Recht- und Denksysteme auf die Entwicklungsländer übertragen, wo völlig andere Traditionen und Sitten vorherrschten. Entsprechend werden die „von oben geplanten“ Entwürfe zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau kritisiert, die vielfach auch zu ehrgeizig seien und Enttäuschungen vorprogrammieren würden.<sup>421</sup> Diverse Metaphern des „großen Sprungs“<sup>422</sup> und „Zahlenmystik“ unterstreichen den allerdings trotzdem stets mitschwingenden Optimismus. In diesem Kontext zitiert FALK einen aus den siebziger Jahren stammenden Ausspruch des Verlegers Burda, der moniert, die Entwicklungsländer wollten, das, „was wir in sechzig Jahren und zwei Weltkriegen erarbeitet haben, [...] in rund fünf Jahren für sich kassieren.“<sup>423</sup> Paradoxerweise wird aber auch genau dies gefordert: So proklamiert Deist, Afrika solle die Entwicklung, „die in Europa hundert Jahre gebraucht hat, in zehn Jahren zu durchlaufen“<sup>424</sup>, während auch NEUES DEUTSCHLAND dies als für den „Verlauf des weltrevolutionären Prozesses [...] von erheblicher und grundsätzlicher Bedeutung“<sup>425</sup> bezeichnet: Die Entwicklungsländer betrachteten dabei die Staaten des Ostens als „Vorbilder.“<sup>426</sup> Dabei werden allerdings fremde Kulturen „ins jeweilige eigene Schema [...] gedrängt.“<sup>427</sup> Aus dem Jahrhundert der

---

<sup>418</sup> *Entwicklungshilfe ist kein Ablaßhandel*. In: DIE WELT, 16. Juni 1961, Die Geistige Welt.; Ähnlich auch Brentano vor dem Bundestag: „Wir sind uns bewußt, daß sich in unseren Ländern zu einem früheren Zeitpunkt eine ähnliche Entwicklung vollzogen hat wie in diesen Ländern.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9217 C.

<sup>419</sup> *Entwicklungshilfe ist kein Ablaßhandel*. In: DIE WELT, 16. Juni 1961, Die Geistige Welt.; WÜLKER, 1990, S.251.

<sup>420</sup> *Mit Ethnologen ginge es besser*. In: DIE WELT, 27. Oktober 1961, S.7.; *Entwicklungshilfe von morgen*. In: DIE WELT, 29. November 1960, S.8.

<sup>421</sup> *Kritik an der Entwicklungshilfe*. In: DIE WELT, 25. September 1964, S.14.

<sup>422</sup> PETERSSON, 2009, S.97.

<sup>423</sup> FALK, 1985, S.7.

<sup>424</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung vom 22. Juni 1960, S.6831 B.

<sup>425</sup> USCHNER/WEIDEMANN, 1970, S.543.

<sup>426</sup> *Die Misere der bürgerlichen Ideologien*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Januar 1957, S.2.

<sup>427</sup> BÄBLER, 1984, S.50.

Industrialisierung werden schnell „Jahrtausende“<sup>428</sup> oder gar Jahrmillionen, die der Kontinent zurückliege. Teilweise wird der Eindruck erweckt, Afrika tauche gerade erst aus seiner bisherigen „Geschichtslosigkeit“<sup>429</sup> auf. Julius Nyerere soll in diesem Kontext geäußert haben, es gebe „von allen Verbrechen des Kolonialismus kein schlimmeres“, als die Afrikaner glauben zu machen, ihre Kultur sei inferior.<sup>430</sup> Die Darstellung, Afrika sei wirtschaftlich und gesellschaftlich noch in einem traditionellen „vortechnischen Zustand“<sup>431</sup>, suggeriert, der Kontinent befände sich in einer quasi-steinzeitlichen Phase, was der strukturellen Heterogenität allerdings nicht gerecht zu werden scheint. Entsprechend berichtet DIE WELT über die Absicht, die „Entwicklung vom Steinzeit- zum Atomzeitaltermenschen [...] in einem Menschenleben [zu] durchlaufen“<sup>432</sup>, während NEUES DEUTSCHLAND reziprok dazu einzelnen südamerikanischen Stämmen die „Kulturstufe der Steinzeit“<sup>433</sup> attestiert. Obwohl man einerseits über die „neuromantischen Träumereien“<sup>434</sup> des Westens spottet, vertritt man offensichtlich kein anderes Modell. Teilweise entsteht gar der Eindruck, die Entwicklungsländer müssten sich entscheiden zwischen „Industriestaat oder Kartoffelacker.“<sup>435</sup> Die Vorstellung eines Stufenprozesses wird 1960 durch den US-amerikanischen Ökonom ROSTOW in dem als Schlüsseldokument der Modernisierungstheorie geltenden „*Non-Communist Manifest*“<sup>436</sup> dargelegt. Dieser hatte selbst zugegeben, dass es ihm mehr um ein der Wählerschaft und politischen Elite nachvollziehbares Konzept gehe als um ein minutiöses wissenschaftliches Konzept.<sup>437</sup> Zwar bezeichnet NEUES DEUTSCHLAND Rostow infolge seines kapitalistischen Finalitätsentwurfs als „theoretische Null“<sup>438</sup> und Repräsentant eines „zurückgebliebene[n]

---

<sup>428</sup> „Wir müssen Jahrtausende nachholen“ In: DIE WELT, 15. September 1962, Die Geistige Welt.; NEUES DEUTSCHLAND sprach beispielsweise in Bezug auf Afrika von „mittelalterlicher Rückständigkeit.“ Vgl. *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>429</sup> *Auf der Suche nach Tradition*. In: DIE WELT, 16. April 1962, S.1.

<sup>430</sup> GÖLTENBOTH, 1993, S.127.

<sup>431</sup> *Entwicklungshilfe auf Gegenseitigkeit*. In: DIE WELT, 3. März 1962, S.5.

<sup>432</sup> „Wir müssen Jahrtausende nachholen“ In: DIE WELT, 15. September 1962, Die Geistige Welt.; *Vom Urvalddorf auf den Bobrturm*. In: DIE WELT, 20. November 1961, S.3.

<sup>433</sup> *Bei südamerikanischen Steinzeitjägern zu Gast*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. September 1958, S.9.; Paradoxerweise werden solche Vergleiche der westdeutschen Springer-Presse als „Goebbels-Terminologie dieses Ultra-Blattes“ kritisiert. Vgl. „Die weißen Söldner sind keine Gangster“ behauptet Springers „Welt am Sonntag“ In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. Dezember 1964, S.1.

<sup>434</sup> *Alte Rezepte der Bonner Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. September 1960, S.2.

<sup>435</sup> *Hilfe und „Hilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Februar 1960, S.7.

<sup>436</sup> ROSTOW, 1960.

<sup>437</sup> PETERSSON, 2009, S.97.

<sup>438</sup> „Warum noch Krisen in der kapitalistischen Welt? Gar nicht nötig! Man erfinde einfach eine Theorie, die schon in ihren Voraussetzungen keine Krisen zuläßt und schon wird es keine Krisen mehr geben.“ Vgl. *Der Null einen Doktorhut!* In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. Mai 1960, S.4.

Denken[s]<sup>439</sup>, dennoch scheint die Idee eines Stadienprozesses, allerdings mit differierender Zielperspektive, durchaus geteilt worden zu sein. Paradigmatisch demonstrieren dies die Bemessung unterschiedlicher „Entwicklungsstadien“<sup>440</sup> und die Einordnung der sozialistischen Staaten „auf einer hohen Stufe“<sup>441</sup> dieses Prozesses. Auch die eigenen gesellschaftlichen Strukturen werden auf die afrikanischen Gesellschaft übertragen, wenn bei einem Bericht über Sansibar konstatiert wird, die Afrikaner seien „mit den Arbeitern und werktätigen Bauern identisch [...], die Inder und Araber mit dem Klein- und Mittelbürgertum.“<sup>442</sup> Die bereits thematisierten westdeutschen Analogien zum Marshallplan<sup>443</sup> und „Wirtschaftswunder“<sup>444</sup> werden kritisiert, obwohl auch für die DDR die eigene Staatswerdung als vorbildlich gilt: So heißt es in einem Bericht über Ausbildungshilfe, ähnliche Prozesse seien eine „wichtige Voraussetzung des industriellen Aufschwungs der DDR“<sup>445</sup> gewesen. Während auf ostdeutscher Seite lediglich die Überwindung des Kolonialismus als Distinktionsmerkmal zur historischen Entwicklung Europas thematisiert wird, existiert in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zwar eine grundsätzlich differenziertere, aber häufig nur beiläufig ausgeführte Konzeption. Allerdings werden daraus nirgends nennenswerte Konsequenzen für die praktische Entwicklungszusammenarbeit aufgezeigt und am grundsätzlichen Konzept der nachholenden und beschleunigten Entwicklung wird festgehalten.<sup>446</sup> In diesem Kontext stilisieren sich beide deutsche Staaten, zumindest partiell, zu Vorbildern für die Entwicklungsländer. Es scheint insbesondere für die DDR erstaunlich, dass weniger von der Sowjetunion als Entwicklungsvorbild die Rede ist. Entsprechend kann hier von einer „Anti-Geschichte“<sup>447</sup>

---

<sup>439</sup> *Umdenken*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Oktober 1962, S.1.

<sup>440</sup> „Im Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit durchlaufen diese Staaten verschiedene Entwicklungsstadien, die sich voneinander vor allem durch das erreichte Niveau der Produktion, der Arbeitsproduktivität in den Zweigen der nationalen Wirtschaft, den Charakter und Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse und die Art und Weise ihrer Eingliederung in die bestehende Weltwirtschaft unterscheiden.“ Vgl. SPRÖTE/HAHN, 1965, S.8.

<sup>441</sup> *Schneller voran durch internationale Arbeitsteilung*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. März 1960, S.6.

<sup>442</sup> *Impressionen in Sansibar*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. Dezember 1964, S.6.

<sup>443</sup> „Marshallplan“ für Entwicklungsländer. DIE WELT, 23. Januar 1960, S.8.; f.; *Ansprache des Bundesministers Lemmer im HR am 24. Januar 1961*. In: DzD 1961, S.223.

<sup>444</sup> VAN DER LAAK, 2010, S.166.

<sup>445</sup> *DDR bereit zur Mitarbeit in Entwicklungsorganisation*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. August 1966, S.7.

<sup>446</sup> So werden Differenzierungen in der Regel in einem Satz und recht tautologisch abgehandelt, beispielsweise „Der Aufbau ging dann so rasch voran, weil die westeuropäischen Völker technisch und wirtschaftlich geschult waren und sie gewohnt waren, die Früchte ihrer Arbeit sofort wieder zu investieren.“ Vgl. *Entwicklungshilfe – ein Faß ohne Boden?* In: DIE WELT, 23. Mai 1960, S.7.; „Was die Entwicklungsländer von den hochindustrialisierten Ländern unterscheidet, ist [...] die völlig andere Ausgangslage. Sowohl der politische als auch der wirtschaftliche Unterbau sind nicht vergleichbar. [...]“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6813 B.

<sup>447</sup> VON OPPEN, 2015, S.186.

gesprochen werden, da die Vergangenheit des afrikanischen Kontinents damit als grundsätzlich defizitär bewertet und dem eine positiv konnotierte Zukunftsutopie gegenübergestellt wird, die am eigenen Vorbild orientiert ist. So bezeichnet DIE WELT 1962 sogar insbesondere das Schwabenland als realistisches Modell „für die Entwicklungsmöglichkeiten Afrikas“<sup>448</sup> und verweist dabei auf die landwirtschaftlich ausgerichteten sowie klein- und mittelständischen Betriebe, die von einem entwicklungspolitisch geförderten Besuchsprogramm durch mehrere Afrikaner besichtigt worden seien. Äquivalent dazu stilisiert sich die DDR in Sachen Industrialisierung zum Vorbild, was aus modernisierungstheoretischer Sicht konsequent erscheint.<sup>449</sup> Überhaupt hätten es die Entwicklungsländer heute durch die Existenz des Ostblocks wesentlich leichter als die Sowjetunion und seine Verbündeten in Europa während ihrer Aufbauphase.<sup>450</sup> Teure Geschenke, wie eine Kamera, sollen die Afrikaner vom Reichtum und der Nachahmungswürdigkeit der DDR überzeugen, unkt DIE WELT, frei nach dem Motto: „Wenn wir unsere Kapitalisten vertrieben haben, werden wir auch so reich sein.“<sup>451</sup>

#### **b) Wirtschaftswachstum und Industrialisierung**

Grundsätzlich gilt ökonomisches Wachstum als Zielperspektive, weshalb „Entwicklungshilfe“ in beiden deutschen Staaten auch gelegentlich „Wirtschaftshilfe“<sup>452</sup> oder „Wachstumshilfe“ genannt wird. BODEMER spricht in diesem Kontext sogar von einer „Fetischisierung des Wachstums.“<sup>453</sup> Nach westdeutscher Darstellung teilen auch die Repräsentanten der Empfängerländer diese Auffassung.<sup>454</sup> Dies soll mit Hilfe schnellstmöglicher Industrialisierung erreicht werden, weshalb in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums primär pres-

---

<sup>448</sup> *Zehn Afrikaner bereisten das Schwabenland.* In: DIE WELT, 14. August 1962, S.2.; An anderer Stelle wurde auf die Entwicklung Kaliforniens mit seinen teilweise problematischen klimatischen Verhältnissen verwiesen, woran sich Afrika orientieren könnte. Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTS. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6832 D.

<sup>449</sup> *DDR bereit zur Mitarbeit in Entwicklungsorganisation.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. August 1966, S.7.

<sup>450</sup> „Die asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder befinden sich hinsichtlich der Erlangung von Hilfe in einer viel günstigeren Lage als die Sowjetunion vor vierzig Jahren.“ Vgl. *Hilfe und „Hilfe“.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Februar 1960, S.7.

<sup>451</sup> *Rote Garde für den Schwarzen Erdteil.* In: DIE WELT, 11. April 1960, S.3.

<sup>452</sup> *Echte Wirtschaftshilfe für junge Länder.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 13. Januar 1966, S.6.; *Zweierlei Wirtschaftshilfe für Guinea.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. März 1960, S.2.; *Entwicklungshilfe auf Gegenseitigkeit.* In: DIE WELT, 3. März 1962, S.5.

<sup>453</sup> BODEMER, 1974, S.366.

<sup>454</sup> So bezeichnet der spätere ghanaische Premier Busia in „DIE WELT“ die Schaffung wirtschaftlichen Wohlstands als Hauptaufgabe der Entwicklungshilfe. Vgl. *Werden farbige Cäsaren die Macht ergreifen?* In: DIE WELT, 21. Juni 1960, S.2.

tigeträchtige und öffentlichkeitswirksame Großprojekte wie „Fabriken, Häfen, Wasserkraftwerke [und] Brücken“<sup>455</sup> als Indikatoren herangezogen werden, um den Fortgang der „Entwicklung“ eines Landes zu bemessen. BÜRKI konstatiert in seiner Untersuchung zum Ethnozentrismus und Afrikabild in der NZZ, LE MONDE und DIE WELT ironisch die Gleichsetzung von „Zivilisierung“<sup>456</sup> mit „Industrialisierung.“ Im Rahmen der „Entwicklungshilfe“ werden Industrieanlagen in der Regel fast „schlüsselfertig“ geliefert. So impliziert dieser Transfer, dass den Afrikanern keine eigenständige Modernisierung zugetraut wird.<sup>457</sup> Durch eine Mechanisierung der Landwirtschaft solle zunächst die Rohstoffproduktion gesteigert werden, was den Hunger bekämpfen und gemeinsam mit entwicklungspolitischen Zuwendungen die monetären Grundlagen für die weitere Initialisierung industrieller Verarbeitungsweisen schaffen solle.<sup>458</sup> In der Bundesrepublik kursiert die Überzeugung, die Technisierung werde die als Indikator von „Unterentwicklung“ erachtete hohe Geburtenrate automatisch dämpfen, was NEUES DEUTSCHLAND scharf kritisiert.<sup>459</sup> In modernisierungstheoretischer Manier hoffen beide Seiten, die erwünschte politische Entwicklung in sozialistischer bzw. demokratischer Perspektive werde sich quasi automatisch durch die Entstehung einer modernen Industriegesellschaft ergeben.<sup>460</sup> WENGELER kritisiert diese Annahmen als „unkritisch.“<sup>461</sup>, während GRONEMEYER die moderne „Arbeitsgesellschaft“ als Ziel nachweist, die die von lokalen Traditionen geprägte Subsistenzwirtschaft ablösen solle. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler ALMOND nimmt diese Annahmen 1969 mit seiner Theorie der

---

<sup>455</sup> *DDR ist ein bedeutender Faktor des Friedens.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 12. Juni 1965, S.4.; *Interview des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Leuschner für die Zeitung „Neues Deutschland“ am 22. Februar 1964.* In: DzD 1964, S.268.; *DIE WELT wandelt sich.* In: DIE WELT, 29. Dezember 1962, S.7.; „Die erfolgreiche ökonomische Entwicklung jedes Landes aber ist nur auf dem Wege der Industrialisierung möglich.“ Vgl. *Hilfe und „Hilfe“.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Februar 1960, S.7.; „Langfristig ist dieser Situation nur durch Industrialisierung abzuhelfen.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 196, S.6817 C.

<sup>456</sup> BÜRKI, 1977, S.13.

<sup>457</sup> KORFF, 1998, S.42.

<sup>458</sup> *Mali feiert seine Unabhängigkeit.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 22. September 1964, S.7.; Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 64. Sitzung am 25. Februar 1959, S.3428 B.

<sup>459</sup> Schon unter Kennedy wird die Möglichkeit von „Geburtenkontrolle“ erwogen. Vgl. *Kennedy: Wir müssen die Schlacht gegen den Hunger gewinnen.* DIE WELT, 5. Juni 1963, S.2.; So glaubt DER SPIEGEL, dies werde „à la longue auch [...] niedrige Geburtenzahlen“ exportieren. *Mehret euch nicht!* In: DER SPIEGEL Nr.15/1962, S.60 ff.; So zeige die Verteilung von Antirezeptiva im Rahmen der US-amerikanischen „Entwicklungshilfe“ Ende der Sechziger, dass man sich auf diesem Wege „künftigen sozialen Zündstoff vom Halse halten“ wolle. Vgl. *Die politische Pille.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. November 1968, S.15.

<sup>460</sup> So bezeichnen SPRÖTE/HAHN „politische Unabhängigkeit“ als wichtigstes Ziel von „Entwicklung“, die allerdings erst durch ökonomische Selbstständigkeit erreicht werden könne. Vgl. SPRÖTE/HAHN, 1965, S.8.; Ähnlich auch Busia, der glaubt, aus wirtschaftlichem Wohlstand werde sich das „Gleichgewicht der politischen Kräfte“ quasi automatisch ergeben. Vgl. *Werden farbige Cäsaren die Macht ergreifen?* In: DIE WELT, 21. Juni 1960, S.2.

<sup>461</sup> WENGELER, 1995, S.691.; GRONEMEYER, 1991, S.43.



„*Performance capabilities*“ auf, in der er die Entwicklung verschiedener politischer Systemtypen je nach Bewältigung entsprechender Mobilisierungs- und Partizipationskrisen konstatiert. Dessen Finalitätsentwurf einer stabilen Demokratie stellt freilich eine genuin westliche Imagination dar.<sup>462</sup> SACHS kommentiert diese adaptive und transformative Konzeption mit seiner polemischen Anthologie „Wie im Westen so auf Erden“<sup>463</sup>, wonach man den Entwicklungsterminus durch „Assimilation“ ersetzen könne. Ab Beginn der sechziger Jahre setzt in der Bundesrepublik ein kritischer Umgang mit dem Industrialisierungsparadigma und eine gewisse Ernüchterung ein. Hauptkritikpunkt ist die mangelnde Wirksamkeit, teilweise mit drastischen Bildern von Milliarden Entwicklungsgeldern, die „wie Schnee unter der Sonne“<sup>464</sup> schmelzen. Auch die Formel vom sprichwörtlichen „Tropfen auf den heißen Stein“<sup>465</sup> wird häufig verwendet. Hauptursache sei die mangelhafte Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten. So berichtet DIE WELT über „die modernste Aluminiumfabrik der Welt“<sup>466</sup>, die aber „mitten im Urwald“ errichtet worden sei. Solche großen Industrieanlagen, die im Westen entwickelt und anschließend „schlüsselfertig“ verschickt werden, seien auf dem Weltmarkt außerdem nicht konkurrenzfähig, so DIE WELT bereits 1959.<sup>467</sup> Auch wird beanstandet, Afrika brauche „nicht nur Maschinen“<sup>468</sup> oder die „vollautomatisierten Mammutwerke“<sup>469</sup>, sondern „menschliche Hilfe.“<sup>470</sup> Einzelne Stimmen warnen vor der Zerstörung afrikanischer Traditionen, zunächst durch die Kolonialisierung und nun durch „Industrialisierung und Verstädterung.“<sup>471</sup> Es sei überhaupt ein falsches Konzept, jedem Land „künstliche industrielle Gebilde von oben aufzupropfen“<sup>472</sup>, so Scheel. In den „Teegesprächen“<sup>473</sup> wird sogar die Befürchtung geäußert, die sozialen Folgen könnten einen sozialisti-

---

<sup>462</sup> „Die grundlegenden Anpassungsprobleme des Systems werden durch angemessene strukturelle und kulturelle Anpassungsprozesse gelöst [...] und Kapazitäten entwickelt, die es vorher nicht besaß.“ Vgl. ALMOND, 1969, S.216.; So erklärt Erhard gegenüber US-Präsident Johnson die „Schaffung stabiler Verhältnisse“ zum ersten Ziel westdeutscher Entwicklungshilfe. Vgl. *Bundeskanzler Erhard an Präsident Johnson vom 8. Mai 1963*. In: AAPD 1964 Dok.123, S.516.

<sup>463</sup> SACHS, 1993.; BÜSCHEL, 2008, S.345.

<sup>464</sup> *Von Bandung zum Himalaja*. In: DIE WELT, 31. Dezember 1962, *Die Geistige Welt*.

<sup>465</sup> *Planfieber in Afrika*. In: DIE WELT, 6. Oktober 1959, S.7.

<sup>466</sup> *In Kamerun träumt man von der großen Eisenbahn*. In: DIE WELT, 20. Januar 1963, S.2.

<sup>467</sup> *Planfieber in Afrika*. In: DIE WELT, 6. Oktober 1959, S.7.

<sup>468</sup> *Ungeduld*. In: DIE WELT, 13. August 1963, S.1.; Ähnlich auch „Mit Geld, mit der Errichtung von Stahlwerken ist es kaum getan.“ Vgl. *Wenn Hilfe Gefahr bringt*. In: DIE WELT, 9. April 1964, S.3.

<sup>469</sup> *Keine Auflagen für Entwicklungsländer*. In: DIE WELT, 11. Oktober 1959, S.8.; *Neue Phase der Entwicklungshilfe*. In: DIE WELT, 12. September 1962, S.2.

<sup>470</sup> *Entwicklungshilfe braucht Pioniergeist*. In: DIE WELT, 25. März 1961, S.10.

<sup>471</sup> *Rebellen nach zwei Seiten*. In: DIE WELT, 26. März 1960, *Die Geistige Welt*.

<sup>472</sup> *Bundesregierung und Bundestag bejahren Entwicklungshilfe*. In: DIE WELT, 23. Juli 1960, S.2.

<sup>473</sup> TEEGESPRÄCHE III, 14. Februar 1961, S.455.

schen Entwicklungsweg begünstigen. Entsprechend fordert Lübke 1963 gegenüber ausländischen Stipendiaten statt „Stahlwerke[n]“ deutlich stärker als bisher die landwirtschaftliche Entwicklung und die klein- bis mittelständischen Unternehmen zu fördern.<sup>474</sup> Dass auch finanzpolitische Erwägungen dabei eine Rolle spielen, wird allerdings nicht öffentlich artikuliert. Chruschtschow bezeichnet die Förderung der Landwirtschaft dagegen als Versuch, „die vom Kolonialismus geschaffene verzerrte internationale Arbeitsteilung zu verewigen.“<sup>475</sup> Eine erfolgreiche Entwicklung sei „nur auf dem Wege der Industrialisierung“<sup>476</sup> möglich, woran die DDR im gesamten Untersuchungszeitraum unkritisch festhält, wie die 1965 mit Ägypten getroffenen Vereinbarungen paradigmatisch demonstrieren, die die Lieferung kompletter Anlagen für die Textilindustrie, chemische Industrie, das Hüttenwesen und die Elektrifizierung vorsehen.<sup>477</sup> Während das Industrialisierungsparadigma in der westdeutschen Öffentlichkeit in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums immer häufiger problematisiert und ein Abrücken davon gefordert wird, beschränkt sich die ostdeutsche Seite auf die Kritik dieses Umdenkens und vollzieht keinen vergleichbaren Paradigmenwechsel. Hier ist ein recht monolineares Entwicklungsverständnis zu konstatieren, dem eine zumindest pluralistische Debatte in der Bundesrepublik gegenübersteht.<sup>478</sup> Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik werden die panafrikanischen Visionen als vielversprechendes Modell gelobt, wenngleich Gerstenmaier diese in paternalistischer Manier als „Träume Sekou Tourés und Nkrumahs“<sup>479</sup> relativiert: Diese bestimmten noch nicht die Politik und „in den Hütten“ oder im „Busch“ gehe es primär um die Erfüllung lebenswichtiger Bedürfnisse.

#### c) Wechselseitige Diffamierungskampagnen

Grundsätzlich werfen sich die beiden deutschen Staaten wechselseitig ein falsches Entwicklungsverständnis vor. In dieser Konsequenz kritisieren FAULWETTER/LIEBSCHER nicht das

---

<sup>474</sup> Bundespräsident mahnt Stipendiaten. In: DIE WELT, 18. Juli 1963, S.2.

<sup>475</sup> AdG 1960, 8220 A.; Ähnlich auch: „Daß die Verhinderung oder zumindest die Verlangsamung der Industrialisierung der Entwicklungsländer den westlichen Monopolen ‚nur zum allgemeinen Besten‘ gereicht, ist auch keine Neuigkeit.“ Vgl. *Alte Rezepte der Bonner-Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. September 1960, S.2.

<sup>476</sup> AdG 1960, 8220 A.; *Die Entwicklungsländer sollten „ihre industrielle Entwicklung auf dem letzten, modernsten Stand der industriellen Erzeugung durchführen“* Vgl. *Die Misere der bürgerlichen Ideologien*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Januar 1957, S.2.

<sup>477</sup> Neben der „Industrialisierung in der VAR, die auch durch eine engere technische Zusammenarbeit und Ausbildung von Fachkräften unterstützt werden soll, werden keine weitere Entwicklungsziele dezidiert ausformuliert. Vgl. *Interview des stellvertretenden Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Weiß, für die Zeitung Neues Deutschland am 20. März 1965*. In: DzD 1965, S.304 f.

<sup>478</sup> DETTMAR, 1989, S.46.

<sup>479</sup> GERSTENMAIER, 1960, S.9.; *AFRIKA IM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF*. Berlin (O): 1978, S.208.

grundsätzlich geteilte Industrialisierungsvorhaben des Westens, sondern nur die selektive, „brennpunktartig[e]“<sup>480</sup> Umsetzung in Form industrieller „Enklaven“. So werde die ganzheitliche „Entwicklung“ eines Landes zugunsten einer anhaltenden strukturellen Heterogenität und Importabhängigkeit bewusst verzögert.<sup>481</sup> In der Bundesrepublik angestellte Überlegungen, nur nicht vergleichbar im eigenen Land herstellbaren Produkten einen vereinfachten Marktzugang zu gewähren<sup>482</sup>, werden ebenfalls thematisiert: Dies demonstriere, ebenso wie die Förderung der Landwirtschaft, dass man als „Entwicklung“ nur begrüße, wenn diese den „Bedürfnissen des [...] Großkapitals“ entspreche, der eigenen heimischen Industrie keinen Schaden zufüge und die Durchsetzung des sozialistischen Entwicklungsweges zumindest versuche zu verzögern.<sup>483</sup> Generell versuche der Westen stets „technische Heilmittel für gesellschaftliche Probleme“<sup>484</sup> zu finden, so NEUES DEUTSCHLAND. In der Bundesrepublik wird dagegen eine Reduzierung des ostdeutschen Entwicklungsbegriffs auf punktuelle Krisenbewältigung moniert, die nur einen möglichst „spektakulärer[en]“<sup>485</sup> Effekt anpeile statt auf langfristige Entwicklung ziele. Während man sich in der DDR deutlich häufiger und detaillierter der Kritik der westdeutschen Entwicklungskonzeption widmet, geschieht dies auf bundesrepublikanischer Seite selten und eher beiläufig: Vielmehr scheint man die „Entwicklungshilfe“ und die dahinterstehenden Konzeptionen des „anderen Deutschlands“ mit „Nichtbeachtung“ abzustrafen.

#### 4.2.2.2 Verlaufsformen von „Entwicklung“

##### a) Planungsnarrative

Eine erste größere Differenz manifestiert sich in der genuin ostdeutschen Vorstellung von „Entwicklung“ als staatlich planbaren Vorgang. Die häufig thematisierten Fünfjahrespläne

---

<sup>480</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.595.

<sup>481</sup> So berichtet NEUES DEUTSCHLAND über die „Diskriminierung seitens der westlichen Großmächte [..], insbesondere auf Gebieten, in denen Ägypten besonders importabhängig ist, wie z. B. Getreide, Medikamente“, was sich durch intensiverte Handelskontakte mit der DDR entscheidend verbessert habe. Vgl. *Der Handel mit der DDR hilft den Bandung-Staaten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Februar 1958, S.7.

<sup>482</sup> *Industriestaaten sollen mehr Fertigwaren aus den Entwicklungsländern einführen*. In: DIE WELT, 22. November 1963, S.11.; *Konkurrenz aus jungen Staaten*. In: DIE WELT, 6. November 1962, S.10.

<sup>483</sup> Es solle keine ernstzunehmende „Konkurrenz“ in den Entwicklungsländern erwachsen. Vgl. *Alte Rezepte der Bonner-Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. September 1960, S.2.; Scheel selbst habe dies deutlich gemacht und sich danach „gefühlvoll ans Herz [gegriffen], um das Scheckbuch festzuhalten“, so NEUES DEUTSCHLAND. Vgl. *Der Tatarin von Bonn*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Oktober 1962, S.7.

<sup>484</sup> *Strategische Niederlage*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 22. September 1968, S.5.

<sup>485</sup> So Birrenbach: „Das liegt aber ganz einfach daran, daß die Sowjetunion ihren Einsatz an politischen Brennpunkten und oft unter ganz dramatischen Umständen vornimmt.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6814 D.

und stellenweise detailliert beschriebenen Staatsvorhaben, deren Unterstützung die DDR proklamiert, demonstrieren mustergültig die Übertragung der vielzitierten ostdeutschen „Planungswut“<sup>486</sup> auf den entwicklungspolitischen Sektor. Dagegen kommentiert DIE WELT paradoxerweise trotz „Marshallplan“-Analogien, „Entwicklung“ lasse sich nur bedingt oder gar „nicht forcieren“<sup>487</sup>, vielmehr bietet die vermeintlich blinde „Plangläubigkeit“<sup>488</sup> des Ostens Anlass zum Spott und wird gleichsam zu einem Indikator für dessen „Unterentwicklung“ erhoben. Dem eher dirigistischen ostdeutschen Entwicklungsverständnis steht ein semantisch offenerer Entwurf im Westen gegenüber: „Entwicklung“ wird mehrheitlich ohne explizite Nennung eines Urhebers oder Ziels als allgemein prozesshafte Veränderung verstanden.<sup>489</sup> So betont Scheel die grundsätzliche Offenheit der „afrikanischen Entwicklung“<sup>490</sup>, die durch eine bedachte Außenpolitik allerdings von außen beeinflusst werden könne, wie die Forderungen nach einer „globalen Entwicklungsplanung“ oder Geberabsprachen demonstrieren.<sup>491</sup> Die aus dieser nur bedingten Steuerbarkeit resultierenden Unsicherheiten lassen die zunächst anhaltende Persistenz von Armut, Bürgerkrieg und Diktatur fürchten.<sup>492</sup> So spricht Adenauer lieber von „Fortentwicklung“<sup>493</sup>, um die erwünschte positive Finalität auch sprachlich zu fixieren. Eine solche Differenzierung erscheint im ostdeutschen Sprachduktus nicht notwendig, da nach sozialistischen Prinzipien geplante und gelenkte Entwicklungen „grundsätzlich positiv“<sup>494</sup> verlaufen. So proklamiert NEUES DEUTSCHLAND regelmäßig, die Entkolonialisierung werde „unvermeidlich im Sozialismus enden“<sup>495</sup>, da der

<sup>486</sup> *Fünfjahrplan für ägyptische Industrie*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 7. März 1957, S.5.; *Besuch des Assuan-Staudamms*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Februar 1957, S.5.; *Begegnung mit Ghanas Werktätigen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. April 1965, S.7.

<sup>487</sup> *Neue Phase der Entwicklungshilfe*. In: DIE WELT, 12. September 1962, S.2.

<sup>488</sup> *Entwicklungshilfe von morgen*. In: DIE WELT, 29. November 1960, S.8.

<sup>489</sup> HELLMANN konstatiert Bedeutung 1a) treffe eher auf die Bundesrepublik 1b) eher auf die DDR zu. Vgl. dazu 1: „a) [...] Voranschreiten in einem Prozess [...] b) [...] Fördern nach einer bestimmten Zielvorstellung.“ Vgl. „Entwicklung.“ In: WÖRTER UND WORTGEBRAUCH IN OST UND WEST Bd.1, 1992, S.437 f.

<sup>490</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 108. Sitzung am 6. April 1960, S.5951 A.

<sup>491</sup> „Globale Entwicklungsplanung nötig“. In: DIE WELT, 31.10.1962, S.10.; Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, 9223 C.; Deist betont, lediglich die „Entwicklung der Selbstbestimmung dieser Völker“ fördern zu wollen. Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 200. Sitzung am 1. März 1957, S.11341 A

<sup>492</sup> *Ungeduld*. In: DIE WELT, 13. August 1963, S.1.; *Afrika – Kontinent für Diktatoren?* In: DIE WELT, 21. September 1963, S.3.

<sup>493</sup> TEEGESPRÄCHE III, 14. Februar 1961, S.454.

<sup>494</sup> „Entwicklung“ In: WÖRTER UND WORTGEBRAUCH in Ost und West Bd.1, 1992, S.437.; *Ein Blick ins Jahr 2000*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Oktober 1960, S.5.; Dies kann nach SACHS als „geschichtsteologische[s] Glaubensbekenntnis“ bezeichnet werden. Vgl. SACHS, 1992, S.27.

<sup>495</sup> SPRÖTE/HAHN, 1965, S.7.; *Die Misere der bürgerlichen Ideologien*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Januar 1957, S.2.

Marxismus-Leninismus das einzige wahre „geistige Leitbild“ sei, wobei an einigen Stellen relativierend hinzugefügt wird, dies werde wohl „nicht sofort und auf vielen verschlungenen Pfaden“<sup>496</sup> geschehen. Dies trägt offensichtlich den stagnierenden oder dem Westen zuneigenden Entwicklungen in einzelnen Ländern Rechnung und soll potentielle Zweifel der Leserschaft zerstreuen. Diese Fortschrittsüberzeugung scheint dem Entwicklungsterminus per se inhärent.<sup>497</sup> Sicher erscheint auch das Scheitern des Westens und der Bundesrepublik mit seiner erpresserischen Afrika- wie Entwicklungspolitik.<sup>498</sup> Im Gegensatz zum geschichtsoptimistischen Offizialdiskurs der DDR existiert auf westdeutscher Gegenseite keine prädestinierte Finalität afrikanischer Entwicklung, was sich partiell in Unsicherheiten und Ängsten niederschlägt. So wird beinahe mit quasi-erhobenen Zeigefinger gemahnt: „Mit der Freiheit kommt noch nicht das Paradies.“<sup>499</sup> Andererseits wird die Hoffnung auf ein mit dem Westen verbündetes und bestenfalls demokratisches Afrika regelmäßig artikuliert und entsprechende Bemühungen angemahnt.

#### **b) Evolution oder Revolution?**

Westdeutsche Politiker warnen stets, Afrika müsse sich geordnet und Stück für Stück entwickeln. Eine Übersteigerung des Tempos könnte „unorganisch[e]“<sup>500</sup> Entwicklungen zur Folge haben. Von Brentano betont in diesem Kontext, man wolle schließlich „die Evolution fördern und nicht unabsichtlich und guten Willens eine revolutionäre Entwicklung einleiten.“<sup>501</sup> Zu rasche Entscheidungen und Veränderungen werden eher kritisch betrachtet.<sup>502</sup> Außenminister Schröder warnt 1965, man lebe in einer Welt „voller gefährlicher revolutionärer und gewalttätiger Entwicklungen.“<sup>503</sup> Solche Mahnungen erscheinen angesichts der gleichzeitig geforderten beschleunigten Nachahmung paradox. Entsprechend kritisiert NEUES DEUTSCHLAND dies als mangelndes Interesse an einem wirklichen Vorankommen

---

<sup>496</sup> *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>497</sup> WENGELER, 1995, S.683.

<sup>498</sup> „Seine Bemühungen [...] sind zwar gefährlich, aber sie werden letztlich [...] scheitern“ Vgl. *Sie helfen Kolonialherren*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Dezember 1960, S.4.

<sup>499</sup> *Mit der Freiheit kommt noch nicht das Paradies*. In: DIE WELT, 11. Dezember 1963, S.3.

<sup>500</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6813 B.

<sup>501</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9218 B.; Ähnlich auch der Truman'sche Ansatz von „Evolution als Mittel gegen Revolution.“ Vgl. ESTEVA, 1993, S.97.

<sup>502</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 119. Sitzung am 23. Juni 1960, S.6881 C.

<sup>503</sup> *Rede des Bundesministers Schröder auf dem 13. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf am 30. März 1965*. In: DzD 1965, S.340.

der Entwicklungsländer.<sup>504</sup> Aus westdeutscher Sicht soll mit Hilfe der Entwicklungspolitik der „Übergang aus der vorindustriellen Zeit in das Zeitalter der Technik ohne soziale oder politische Katastrophen“<sup>505</sup> gewährleistet werden. In diesem Kontext definiert Scheel „Entwicklung“ als Form der „sozialen Evolution“<sup>506</sup>, während Kalbitzer diese als „sozialrevolutionäre Umwälzung“<sup>507</sup> charakterisiert, die allerdings durch entwicklungspolitische Unterstützung „auf friedlichem Wege“ gehalten werden sollte. Im Gegensatz dazu steht das revolutionäre Entwicklungsverständnis, das in NEUES DEUTSCHLAND propagiert wird. In diesem Kontext werden Unruhen und Umstürze als quasi unumgänglich erachtet. So werden die auf revolutionärem Wege erreichten Errungenschaften Chinas oder anderer sozialistischer Staaten als vorbildlich für die Entwicklungsländer bezeichnet.<sup>508</sup> Außerdem werde auf diesem Wege „Unterentwicklung“ deutlich rascher überwunden, so NEUES DEUTSCHLAND: „Die Schnelligkeit, mit der der ökonomische Rückstand aufgeholt wird, hängt daher in erster Linie [...] von jedem Volk selbst“<sup>509</sup> und von „dem vom Volk gewählten Weg ab.“ Um diese Entwicklung einzuleiten, erscheint für NEUES DEUTSCHLAND auch Gewalt gerechtfertigt: „Afrika muß den Afrikanern gehören, selbst wenn sie ihr Eigentum mit Gewalt nehmen müssen.“<sup>510</sup> Dem in der westdeutschen Öffentlichkeit stets angemahnten evolutionären, geordneten und schrittweisen Prozess steht eine revolutionär bis gewaltsame Konzeption im Osten gegenüber, die dennoch am Narrativ staatlicher Entwicklung als Stufenfolge festhält.

#### c) Individuelle oder kollektive Strategie?

Zu Beginn der Sechziger werden in der Bundesrepublik Warnungen laut, „Entwicklung“ nicht nach „Schablonen“<sup>511</sup> zu betreiben oder „Wunderrezepte nach vorgeprägtem Muster“ zu propagieren. Die geographischen, gesellschaftlichen und kulturellen Eigenheiten jedes Empfängerlandes müssten zunächst erforscht werden, um auf dieser Grundlage sinnvolle Pläne fassen zu können, so DIE WELT.<sup>512</sup> Ein optimales und universal geltendes Entwick-

---

<sup>504</sup> *Alte Rezepte der Bonner Neokolonialisten.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. September 1960, S.2.

<sup>505</sup> *Staatliche Entwicklungshilfe ist gute Sicherheitspolitik.* In: DIE WELT, 2. März 1963, Das Forum der Welt.

<sup>506</sup> *Bundesregierung und Bundestag bejahren Entwicklungshilfe.* In: DIE WELT, 23. Juli 1960, S.2.

<sup>507</sup> *Staatliche Entwicklungshilfe ist gute Sicherheitspolitik.* In: DIE WELT, 2. März 1963, Das Forum der Welt.

<sup>508</sup> *Chinas atemberaubendes Tempo.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. September 1958, S.5.

<sup>509</sup> *Die sozialistische Weltrevolution und der Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die nationale und soziale Befreiung.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1964, S.5.

<sup>510</sup> *Accra: Afrika gehört den Afrikanern.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. Dezember 1958, S.5.

<sup>511</sup> *Gebote der Entwicklungshilfe.* In: DIE WELT, 16. Februar 1961, S.1.

<sup>512</sup> *„Globale Entwicklungsplanung nötig.“* In: DIE WELT, 31. Oktober 1962, S.10.

lungskonzept existiere demnach nicht, sondern müsse immer den individuellen Begebenheiten angepasst werden. In diesem Kontext mahnt der CDU-Abgeordnete Martin, diese Länder müssten zu „einer Entwicklung ihrer eigenen afrikanischen oder asiatischen Persönlichkeit“<sup>513</sup> gelangen, allerdings nicht ohne in einem Nachsatz darauf zu verweisen, dass dieser „unsere[r] Grundkonzeption von Kultur“ entsprechen müsse, um eine „Partnerschaft“ zu ermöglichen. Auch an anderer Stelle wird das Zugeständnis innerer und äußerer Selbstbestimmung, wonach alle afrikanischen Staaten „ihre eigenen Erfahrungen sammeln und ihre eigenen Entscheidungen treffen“<sup>514</sup> müssten, durch die im Folgesatz formulierte Sanktionsdrohung gleichsam aufgehoben: Man werde sich Konsequenzen vorbehalten und treue Bündnispartner bei der Mittelvergabe favorisieren. Als „wahre Entwicklung“ wird demnach eine Entwicklung im Sinne der eigenen Blockzugehörigkeit definiert und akzeptiert. Gelegentlich werden den kommerziellen Entwicklungsmöglichkeiten transnationaler europäischer Großunternehmen (beispielsweise Shell) auf dem rohstoffreichen Kontinent ein so hoher Stellenwert eingeräumt, so dass die Fragen nach Entwicklungspotential der Erzeugerländer selbst offen verbleibt.<sup>515</sup> Der von BÜSCHEL konstatierte „paternalistisch-autoritäre Habitus“<sup>516</sup> und das Selbstbestimmungsrecht stehen dabei im ständigen Widerstreit: So will man Afrika einerseits „das Recht zu eigenen Spielarten der Demokratie zugestehen“<sup>517</sup> und sich von der „Übertragung europäischer Denkmodelle“ lossagen, andererseits die Demokratieförderung nach westlichem Vorbild beibehalten.<sup>518</sup> Allerdings ist festzustellen, dass diese Überlegungen zunächst wenig Einfluss auf die entwicklungspolitische Praxis haben, die für sämtliche Länder relativ identisch die Technisierung der Landwirtschaft und (gemäßigte) Industrialisierung vorsieht. Vergleichbare Aussagen über einen je nach Land differenziert zu konzipierenden Entwicklungsweg sind für die DDR im Untersuchungszeitraum nicht nachweisbar. Vielmehr scheint Entwicklung als kollektiver und universaler Prozess betrachtet worden zu sein, der von einzelnen Staaten bereits durchlaufen worden sei und von den Ent-

---

<sup>513</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 119. Sitzung am 23. Juni 1960, S.6989 B.

<sup>514</sup> *Die zwei Gesichter Afrikas*. In: DIE WELT, 28. September 1961, S.2.

<sup>515</sup> *Die Ölwohle aus Afrika*. In: DIE WELT, 18. November 1961, S.7.

<sup>516</sup> BÜSCHEL, 2008, S.358.

<sup>517</sup> *Afrika – Kontinent für Diktatoren?* In: DIE WELT, 21. September 1963, S.3.

<sup>518</sup> DIE WELT erklärt offen, westdeutsche „Entwicklungshilfe“ ziele auch darauf, die politische Entwicklung der Empfängerländer „zu lenken, zu beeinflussen, mitzugestalten“. Solche Formulierungen sind freilich ein „gefundenes Fressen“ für das ostdeutsche „Neokolonialismus“-Narrativ. Vgl. *Entwicklungshilfe braucht Pioniergeist*. In: DIE WELT, 25. März 1961, S.10.

wicklungsländern auf demselben Weg (beispielsweise Bodenreform, Kollektivierung) nachvollzogen werden solle. Entsprechend geht die DDR stärker davon aus, dass im Zuge von „Entwicklung“ bereits vorhandene Anlagen nur noch zur Ausprägung kommen müssen, während die Bundesrepublik ein stärker transferierendes Konzept vertritt.<sup>519</sup> Der dort zwar geführten, aber ohne praktische Konsequenzen bleibenden Kontroverse um individuell anzupassende Entwicklungskonzeptionen, in der paternalistische Versatzstücke mehr oder minder offen zu Tage treten, steht ein unkritisches monolithisch-kollektivistisches Verständnis in der DDR gegenüber.

#### 4.2.2.3 Wege zur „Entwicklung“

Dass das Kommuniqué über eine Zusammenkunft Johnsons und Erhard 1964 „Entwicklungshilfe“ als „von lebenswichtiger Bedeutung“<sup>520</sup> bewertet, demonstriert, dass den „Entwicklungsländern“ bis zum Ende des Untersuchungszeitraums ohne äußere Hilfe keine eigenständige Entwicklung zugetraut wird. Umstritten erscheint allerdings, auf welche Art und Weise diese erfolgen müsse. So fragt DIE WELT im Frühjahr 1959: „Entwicklungshilfe – aber wie?“<sup>521</sup> und auch NEUES DEUTSCHLAND beschäftigt sich regelmäßig mit der Frage, „auf welchem Wege“<sup>522</sup> diese erfolgreich implementiert werden könne.

#### a) Welthandel

In beiden deutschen Staaten wird der Zusammenhang zwischen globalen Handelsstrukturen und „Entwicklungshilfe“ diskutiert. In der westdeutschen Öffentlichkeit dominiert bis Anfang der Sechziger die klassisch-liberalistische Überzeugung, wonach „*aid by trade*“<sup>523</sup> als aktive Teilhabe am freien Welthandel allen beteiligten Kräften die aussichtreichsten Entwicklungsperspektiven biete, womit Erhards Konzeption „Wohlstand für alle“ gleichsam global interpretiert werden kann. Relativ schnell verbreitet sich allerdings Skepsis gegenüber diesem symbiotisch imaginierten „Allheilmittel“: Die Einnahmeausfälle der Entwicklungsländer in-

---

<sup>519</sup> STOCKMANN, 2009, S.1.

<sup>520</sup> *Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Bundeskanzler Erhard und Präsident Johnson in Washington am 12. Juni 1964.* In: DzD 1964, S.686.

<sup>521</sup> *Entwicklungshilfe – aber wie?* In: DIE WELT, 8. April 1959, S.7.

<sup>522</sup> *Die sozialistische Weltrevolution und der Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die nationale und soziale Befreiung.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1964, S.5.

<sup>523</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9207 D.; *Freier Handel hilft allen.* In: DIE WELT, 8. Mai 1965, S.9.



folge sinkender Rohstoffpreise und Agrarprotektionismus seien stets höher als die gleichzeitig erhaltene Hilfe, so DIE WELT bereits 1961.<sup>524</sup> Zu dieser freihandelspolitischen Ernüchterung kommt die Furcht vor einer steigenden Attraktivität des Sozialismus, der die deterministische Planbarkeit bestimmter Fortschritte suggeriert. Das im Marxismus propagierte „Befehlsrecht“<sup>525</sup> komme außerdem der afrikanischen Tendenz zu autoritären Strukturen entgegen, die auf entsprechende Traditionen mit „Stammeseigentum und absolute[r] Befehlsgewalt“<sup>526</sup> zurückgeführt wurde, behauptet DIE WELT. Besonders anfällig seien die ehemaligen französischen Kolonien, da in Frankreich selbst traditionell starke linke Kräfte vorherrschten, so die Befürchtung. Allerdings hofft die Zeitung, dass der so genannte „Schatten“, die Attraktivität des Antikolonialismus-Konzepts für Afrika, „immer fahler werden [werde], je mehr die grelle Lampe des ‚Kolonialismus‘, die ihn geworfen hat, verlischt.“<sup>527</sup> Auch Scheel versucht zu beruhigen und versichert, dass die politischen Repräsentanten der Entwicklungsländer „sehr pragmatisch“<sup>528</sup> seien und ihre erste Aufgabe in der Verbesserung des Lebensstandards und weniger in ideologischen Fragen sähen. Trotz der zähneknirschend registrierten grundsätzlichen Attraktivität der sozialistischen Befreiungsideologie für diese Länder, vermutet DIE WELT im Kollektivsingular, dass „der junge Afrikaner [...] im Grunde seines Wesens nicht zum Kommunismus“<sup>529</sup> neige: Lange genug habe er unter kolonialer Herrschaft „obrigkeitsstaatlicher Befehlsgewalt“ unterstanden und gerade erst die Freuden des Privateigentums kennengelernt, als dass er darauf schon wieder verzichten wolle. Dennoch wird zunehmend die Umstrukturierung der internationalen Handelsbeziehungen diskutiert, damit die Entwicklungsländer durch ungehinderten und zu angemessenen Preisen erfolgenden Export einen eigenständigen Beitrag zur Stabilisierung ihres Landes leisten können.<sup>530</sup> So soll „Entwicklungshilfe“ nicht nur wirksamer gestaltet, sondern auch langfristig substituiert werden können.<sup>531</sup> Zollpräferenzen oder Subventionsstopps im Rahmen der

---

<sup>524</sup> *Die andere Seite der Entwicklungshilfe.* In: DIE WELT, 16. Dezember 1961, S.7.; Ähnlich Wischniewski, der Preissteigerungen für importierte Fertigwaren moniert. Vgl. Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 16. November 1962, S.2174 C.

<sup>525</sup> *Rebellen nach zwei Seiten.* In: DIE WELT, 26. März 1960, Die Geistige Welt.

<sup>526</sup> *Moskaus Vorstoß in Afrika.* In: DIE WELT, 28. April 1960, S.2.

<sup>527</sup> *Gibt es eine Front der Farbigen?* In: DIE WELT, 6. September 1960, S.2.

<sup>528</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9232 C.

<sup>529</sup> *Rebellen nach zwei Seiten.* In: DIE WELT, 26. März 1960, Die Geistige Welt.

<sup>530</sup> So könne man auch der „Gefahr des Staatskapitalismus“ entgegenwirken, so DIE WELT. Vgl. *Entwicklungsländer sollen einfache Produktion übernehmen.* In: DIE WELT, 13.3.1961, S.8.

<sup>531</sup> „Wir wollen doch nicht auf ewige Zeiten Entwicklungshilfe zahlen, sondern wir wollen von Anfang an die Weichen so stellen, daß unser Ziel dahin geht, die augenblickliche Entwicklungshilfe, die augenblickliche Ent-

EWG seien dabei als „indirekte Entwicklungshilfe“<sup>532</sup> zu verstehen. Erhard fordert darüber hinaus einen Strukturwandel der heimischen Wirtschaft von einfachen Waren, deren Produktion den Entwicklungsländern gleichsam „überlassen“ werden sollte, zugunsten zukunftsfähiger „hochentwickelte[r] Fertigungen.“<sup>533</sup> Dass so wiederum ein hierarchisiertes und für die Handelsbilanz der Entwicklungsländer defizitäres Verhältnis geschaffen würde, wird allerdings nicht thematisiert. Westdeutsche Befürchtungen und Mahnungen, dass auch „Entwicklungshilfe“ von der Leistungsfähigkeit des gegenwärtigen Wirtschaftssystems abhängt, dem ohne Zollbarrieren und Subventionen ganze Produktionszweige wegfallen könnten, werden von der DDR bereitwillig aufgegriffen.<sup>534</sup> Diese Debatte erscheint angesichts des selbst angeregten Strukturwandels widersinnig und impliziert, entwicklungspolitische Transferleistungen könnten reizvoller als der Verzicht auf Steuereinnahmen und Arbeitsplätze erschienen sein. Den eher halbherzig vorgebrachten Forderungen nach einer grundlegenden Welthandelsreform in der Bundesrepublik folgen im Untersuchungszeitraum keine nachhaltigen nennenswerten Initiierungsversuche.

Aus ostdeutscher Sicht ist die ökonomische „Diskriminierung“<sup>535</sup> der Entwicklungsländer nur durch verstärkten Austausch mit den sozialistischen Staaten zu durchbrechen. Dass die konzeptionellen wie praktischen Grenzen zwischen „Handel“ und „Entwicklungshilfe“ in der DDR fließend sind, wurde bereits dargestellt.<sup>536</sup> Chruschtschow betont 1960 gegenüber

---

wicklungspolitik durch völlig normale Handelsbeziehungen abzulösen.“ Vgl. Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 16. November 1962, S.2174 B.; *Entwicklungshilfe durch Handel*. In: DIE WELT, 3. Oktober 1964, S.12.

<sup>532</sup> „Mehr Selbsthilfe der Entwicklungsländer“. In: DIE WELT, 10. April 1964, S.12.; *Märkte von morgen verlangen ihr Recht*. In: DIE WELT, 18. April 1959, S.8.

<sup>533</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6805 C.; Ähnlich auch Scheel, der Strukturreformen der Landwirtschaft forderte: „Es geht einfach darum, daß wir [...] die Wirtschaftsstruktur unseres eigenen Landes auf diese weltweite Evolution einrichten. Das ist nötig, [...] damit sie selber keinen Schaden erleidet.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6825 A.; So fordert auch EWG-Kommissar Rochereau, man solle „einfache arbeitsintensive Fertigungen“ den Entwicklungsländern „überlassen.“ Vgl. *Freier Handel hilft allen*. In: DIE WELT, 8. Mai 1965, S.9.

<sup>534</sup> So verweist von Brentano darauf, „im Rahmen der Leistungsfähigkeit“ helfen zu wollen. Vgl. *Aus der Pressekonferenz des Bundesministers von Brentano in Bonn am 20. Februar 1961*. In: DzD 1961, S.352.; *Aus der Studie des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, W. Jaksch: Westeuropa, Osteuropa, Sowjetunion. Perspektiven wirtschaftlicher Zusammenarbeit vom 11. Februar 1965*. In: DzD 1965, S.181.; *Erhard: Weltmarkt muß Konzernen gehören*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. April 1964, S.1.

<sup>535</sup> *UdSSR gegen Diskriminierung im internationalen Handel*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 7. Juni 1963, S.7.; „Der aufnahmefähige Markt der Deutschen Demokratischen Republik bietet den Überseeländern eine gesicherte Absatzperspektive nicht nur für traditionelle Landesprodukte, sondern auch für Erzeugnisse der sich entwickelnden jungen nationalen Industrie.“ Vgl. *Aus der Rede des Ministerpräsidenten Stophs zur Eröffnung der Leipziger Jubiläumsmesse am 27. Februar 1965*. In: DzD 1965, S.237

<sup>536</sup> So konstatiert das DDR-HANDBUCH, Handelsbeziehungen würden auch „die Bedeutung von Entwicklungshilfe zugemessen.“ Vgl. DDR-HANDBUCH, 1985, S.361 f.

NEUES DEUTSCHLAND, der Weltmarkt sei durch das Auftreten des Westens „verzerrt“ und biete keine wahren Entwicklungschancen<sup>537</sup> Die hier anklingende Etablierung eines separierten sozialistischen Markts weist auf die von Andre Gunder Frank 1969 geforderte Dissoziation aus dem kapitalistisch geprägten Welthandelssystem voraus. Zur Struktur dieses Separatmarkts wird die auf David Ricardo zurückgehende Idee der „internationalen Arbeitsteilung“ zum wechselseitigen Vorteil verwiesen. Zwar wird proklamiert, die Entwicklungsländer würden ebenso wie die sozialistischen Staaten im Zuge der symbiotisch fungierenden „sozialistische[n] internationale[n] Arbeitsteilung“<sup>538</sup> vom technischen und wirtschaftlichen Fortschritt profitieren, ihre genaue Rolle bleibt jedoch unklar.<sup>539</sup> Nach Ricardos Argumentation müssten die Entwicklungsländer infolge ihrer sozialen und klimatischen komparatistischen Kostenvorteile in der Rolle des Rohstoffproduzenten verbleiben, während die industrielle Produktion den derzeitigen Industriestaaten vorbehalten sei. Die vage Aussage, „jeder nach seinen Fähigkeiten, und jedem nach seinen Bedürfnissen“<sup>540</sup>, könnte ebendiese (zumindest vorerst) beizubehaltende Stellung als Rohstofflieferant implizieren. Dies entspricht im Übrigen auch den Erkenntnissen über die tatsächlichen Handelsstrukturen zwischen der DDR und den Entwicklungsländern, wonach Ost-Berlin hauptsächlich Rohstoffe importiert und Fertigwaren exportiert, obwohl sie ebendiese Austauschbeziehungen auf dem Weltmarkt scharf kritisiert. DIE WELT kommentiert, der Osten wolle lediglich „Engpässe in der eigenen Rohstoffversorgung“<sup>541</sup> schließen, überschüssige Industrieprodukte absetzen und politische Kooperationen vorantreiben. Da dieser „nur mit kleiner Münze“ und qualitativ minderwertiger Ware helfe, empfiehlt DIE WELT Gelassenheit, was angesichts des ganzseitigen Beitrags jedoch eher bemüht wirkt. Während Bonn eher halbherzig und von Ängsten um die eigene Wirtschaftslage und ostdeutsche Konkurrenz geplagt eine Umstrukturierung des Welthandels diskutiert, ohne sich dezidiert für die Verwirklichung konkreter Maßnahmen einzusetzen, empfiehlt die DDR ein separates Handelsforum zwischen Ostblock- und Entwicklungsländern. Allerdings wird auf keiner Seite ein glaubwürdiges und nachhaltiges Gegenkonzept zu der bisher für die Entwicklungsländer zementierte und defizitäre Rolle als Rohstofflieferant und Fertigwarenimporteure entworfen.

<sup>537</sup> *Hilfe und „Hilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Februar 1960, S.7.

<sup>538</sup> *Schneller voran durch internationale Arbeitsteilung*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. März 1960, S.6.

<sup>539</sup> *Peter Florin: Die internationale Stellung der DDR und ihre Außenpolitik*. In: DzD 1958, S.1303.; *Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960*. In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, S.80.

<sup>540</sup> *Schneller voran durch internationale Arbeitsteilung*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. März 1960, S.6.

<sup>541</sup> *Der Ostblock hilft mit kleiner Münze*. In: DIE WELT, 7. Februar 1961, S.7.

## b) Technische Hilfe

Den im Rahmen der Technischen Hilfe entsandten Akteuren wird in beiden deutschen Staaten eine entscheidende Rolle zugemessen, da die Vermittlung von „Know-How“ als Investition in Autonomie bedeute, „richtig zu helfen.“<sup>542</sup> Der Journalist Schulze-Vorberg äußert in diesem Kontext gegenüber Adenauer, die Probleme der Entwicklungsländer seien allein „mit Milliarden nicht zu lösen.“<sup>543</sup> So sollen deutsche Experten in Kooperation mit örtlichen Behörden Pläne erarbeiten, Projekte durchführen und evaluieren sowie Einheimische zur autonomen Weiterführung anleiten. Adenauer erachtet die gesamten entwicklungspolitischen Ausgaben überhaupt nur für verantwortbar, sofern die richtigen Menschen mit der Umsetzung vor Ort betraut seien und fragt im Rahmen der TEEGESPRÄCHE, übrigens nur wenige Monate vor der Gründung des BMZ: „Aber wo kriegen Sie die Leute her?“<sup>544</sup> Die Personalproblematik beschäftigt auch die westdeutsche Presse: So unterscheidet DIE WELT abenteuerlustige „Pioniere“<sup>545</sup>, die aus bürgerlichen und materialistischen Strukturen ausbrechenden „Außenseiter“ und die „Idealisten“, die als persönliches „Opfer“ auf die „Bequemlichkeiten des europäischen Lebens“<sup>546</sup> verzichteten. Allerdings existiere auch eine Gruppe, welche in Analogie zu den übrigen Kategorien als die „Desillusionierten“ bezeichnet werden könne. Demnach gehörten diese Menschen „nicht zu den besten Kräften“ und besäßen wegen mangelnder Qualifikationen kaum eine Chance auf dem inländischen Arbeitsmarkt. Deren Einsatz sei nicht nur wenig sinnvoll, sondern auch „gefährlich“<sup>547</sup>, da sie infolge von Frustration und unzureichender Expertise kontraproduktiv und rufschädigend auftreten könnten. Ähnlich diagnostiziert BÜSCHEL mangelnde interkulturelle Kompetenzen und stellt

---

<sup>542</sup> DIE WELT verweist dabei auf ein chinesisches Sprichwort: „Gib einem Menschen einen Fisch. Er kann sich einen Tag ernähren. Lehr ihn das fischen. Er hat bis an das Ende seiner Tage zu essen.“ Vgl. *Helpen oder schenken?* In: DIE WELT, 21. März 1964, S.2.; In diesem Tenor fordert auch Gerhard Fritz, den Entwicklungsländern nicht nur „Brot“ zugeben, sondern sie dazu in die Lage zu versetzen, dass diese sich ihr tägliches Brot selbst erwirtschaften können. Vgl. FRITZ, 1962, S.5.; „Diese Länder werden [...] vor allem auch technische Fachkräfte, Ingenieure und Wissenschaftler brauchen, die die einheimische Intelligenz auszubilden imstande sind.“ Vgl. *Die Misere der bürgerlichen Ideologien*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Januar 1957, S.2.; *Mit Weltniveau zur Leistungsschau*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. Februar 1963, S.5.; FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.599.

<sup>543</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.483.

<sup>544</sup> Der angesprochene Journalist Schulze-Vorberg vermag darauf keine Antwort, sondern äußert lediglich sarkastisch, anderenfalls könne man den Afrikanern „die Maschinengewehre direkt [liefern]; vielleicht bringen sie sich gegenseitig um.“ Damit habe sich das Problem, geeignetes Personal zu finden, gelöst. Vgl. TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.483.

<sup>545</sup> *Geld allein genügt nicht*. In: DIE WELT, 6. Oktober 1961, S.2.

<sup>546</sup> *Lübke: Jugend in die Entwicklungsländer*. In: DIE WELT, 9. März 1964, S.1.

<sup>547</sup> *Geld allein genügt nicht*. In: DIE WELT, 6. Oktober 1961, S.1.

die Technische Hilfe in die „direkte Tradition kolonialer Zivilisierungsmissionen.“<sup>548</sup> In diesem Kontext kann auch eine Äußerung Gerstenmaiers aus dem Jahr 1960 angeführt werden, wonach die westliche „Entwicklungshilfe“ als „eine der größten Kulturaufgaben unserer Zeit“<sup>549</sup> gelten könne. Allerdings berge übersteigter Idealismus eine Reihe von Gefahren: Man brauche „keine Abenteurer, keine Phantasten und Träumer [...], die die blaue Blume der Romantik suchen oder kühn die Welt erobern wollen“<sup>550</sup>, so DIE WELT. Dennoch appelliert Lübke noch Jahre später zur Mobilisierung potentieller Entwicklungshelfer paradoxerweise exakt an diese Abenteuerlust.<sup>551</sup> Dies hängt wohl zum einen mit dem chronischen Mangel an qualifizierten Freiwilligen zusammen, andererseits demonstriert dieser Appell das Verhafteten in Klischees vom Aufbruch in eine von der Zivilisation weitestgehend unberührte Wildheit. MAB diagnostiziert in diesem Kontext einen Widerspruch zwischen den antiquiert wirkenden Narrativen zur Mobilisierung und den eigentlich präferierten hochprofessionalisierten Fachkräften.<sup>552</sup> Die Ziele seien unter anderem die Vermittlung von klassischen bürgerlichen Tugenden, wie Pünktlichkeit, Tüchtigkeit oder Gemeinschaftssinn. Scheel mahnt in Sachen Personalpolitik, jeder Entwicklungshelfer müsse eine soziokulturelle Spezialschulung erhalten, um „ein Gespür für die Verhältnisse und Verhaltensweisen in den Entwicklungsländern“<sup>553</sup> zu entwickeln. Fehlschläge seien am häufigsten auf unzureichende Vertrautheit mit örtlichen Gepflogenheiten und individuelle Unzulänglichkeiten zurückzuführen, wozu DIE WELT sarkastisch bemerkt: „Mit Ethnologen ginge es besser.“<sup>554</sup> Die meisten west-

---

<sup>548</sup> BÜSCHEL will an Entwicklungshelfern eine „fatale Überzeugung von der eigenen westlichen Kultur“ und „Glauben an die eigenen zivilisatorischen Fähigkeiten“ bei gleichzeitiger „Geringschätzung indigenen Wissens und lokaler Verhältnisse“ erkennen. Vgl. BÜSCHEL, 2009, S.101 bzw. 104.

<sup>549</sup> GERSTENMAIER, 1960, S.11.

<sup>550</sup> *Entwicklungshilfe braucht Pioniergeist*. In: DIE WELT, 25. März 1961, S.10.; In einer Fernsehpresskonferenz am 30. Juni 1961 verglich ein Journalist das amerikanische Friedenskorps mit einem „Kinderkreuzzug“, was von Brentano zwar kritisierte, aber Probleme zugab, wenn zwar „redliche, aber vielleicht etwas romantische, versponnene, etwas abenteuerlustige Menschen“ aktiv seien. Vgl. *Aus der Fernsehpresskonferenz mit Bundesminister von Brentano am 30. Juni 1961*. In: DzD 1961, S.1114.

<sup>551</sup> „Die Bewährung, die ihr sucht, das Abenteuer, das Euch lockt, die fremden Länder, die Euch faszinieren, warten auf Euch“, so Lübke auf der Kundgebung zum fünfjährigen Bestehen von „Misereor“ am 8. März 1964 in Köln. Vgl. *Lübke: Jugend in die Entwicklungsländer*. In: DIE WELT, 9. März 1964, S.1.

<sup>552</sup> MAB, 2006, S.82.

<sup>553</sup> *Klein-Afrika an der Werra*. In: DIE WELT, 24. September 1963, S.3.; *Scheel: Nicht nur Fachleute*. In: DIE WELT, 3. März 1964, S.2.; Ähnlich auch: „Ein Entwicklungshelfer ist kein Hanswurst; er will keinen ‚Kinderkreuzzug‘ unternehmen. Die Anforderungen sind zu hoch.“ Vgl. *Wie man Entwicklungshelfer wird*. In: DIE WELT, 21. April 1965, Mensch und Umwelt.

<sup>554</sup> Die dabei dominierenden Formen der Wissensvermittlung werden im Kontext der Selbst- und Fremdbildern dargestellt. Vgl. *Mit Ethnologen ginge es besser*. In: DIE WELT, 27. Oktober 1961, S.7.

deutschen Helfer stammen aus dem bürgerlich-christlichen Mittelstand und auch die ostdeutschen Akteure seien als „Relikte des Bildungsbürgertums“<sup>555</sup> anzusehen. Allerdings hätten die geringe Bezahlung und berufliche Unsicherheiten überwiegend unqualifizierte Bewerber zur Folge. Ein Antrag der SPD-Fraktion vom Juni 1961 zur Verbesserung der sozialen Absicherung verläuft im Sand und auch Wischnewski muss vor dem Bundestag „eine Reihe von Unzumutbarkeiten“<sup>556</sup> einräumen. Den Akteuren wird allerdings durch ihre exponierte Position eine besondere Verantwortung im Ost-West-Konflikt zugeschrieben: So bezeichnet Lübke die Entwicklungshelfer kämpferisch als „friedliche Soldaten Deutschlands.“<sup>557</sup> DIE WELT proklamiert, deren „selbstlose Tat“<sup>558</sup> demonstriere im Gegensatz zu den nur „klingende[n] Worte[n]“ der Sozialisten das wahre Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung. Fast, als wolle man die geringe Bezahlung entschuldigen, heißt es ebenso patriotisch, diese Menschen wollten „dienen [...] und nicht verdienen.“<sup>559</sup>

Der CDU-Abgeordnete Gewandt gibt in diesem Kontext selbstkritisch zu bedenken, dass in der DDR deutlich mehr junge Menschen dazu bereit seien.<sup>560</sup> Die als hoch motiviert geltenden Kaderkräfte werden als Bedrohung betrachtet.<sup>561</sup> Allerdings wird der Terminus „Entwicklungshelfer“ durch NEUES DEUTSCHLAND nur in Anführungszeichen und für die westdeutschen Akteure verwendet: So würden sich beispielsweise Beauftragte der IG Farben oder der NATO als „Entwicklungshelfer“ ausgeben, die jedoch wie „Entwicklungs“-Wölfe ohne Lammfell<sup>562</sup> auf die Aufrechterhaltung von Abhängigkeiten oder einen Putsch zielten.<sup>563</sup> Außenminister Bolz bezeichnet die westdeutschen Entwicklungshelfer sogar als „Reichsarbeitssdienst für die Tropen“, hält den jungen Westdeutschen aber immerhin zugute, dass diese „aus den besten Beweggründen“<sup>564</sup> handelten und unfreiwillig zu „Werkzeugen des Imperi-

---

<sup>555</sup> BÜSCHEL, 2008, S.343 f.

<sup>556</sup> „Es scheint mir auch völlig unmöglich zu sein, daß man einem Mann, der harte Arbeit als Tierarzt in den Tropen leisten muß, in diesen GAWI-Vertrag einen Jahresurlaub von 18 Tagen hineinschreibt, während der Diplomat, der in der Botschaft 100m nebenan sitzt, einen Urlaubsanspruch von nahezu 2,5 Monaten hat.“ Vgl. Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTTE. 49. Sitzung am 16. November 1962, S.2175 D.

<sup>557</sup> *Entwicklungshelfer verabschiedet.* In: DIE WELT, 16. Juli 1964, S.2.

<sup>558</sup> *Entwicklungshilfe braucht Pioniergeist.* In: DIE WELT, 25. März 1961, S.10.

<sup>559</sup> *Wie man Entwicklungshelfer wird.* In: DIE WELT, 21. April 1965, Mensch und Umwelt.

<sup>560</sup> „Afrika braucht menschliche Hilfe.“ In: DIE WELT, 14. September 1960, S.2.

<sup>561</sup> *Geld allein genügt nicht.* In: DIE WELT, 6. Oktober 1961, S.2.

<sup>562</sup> *Entwicklungs“-Wölfe ohne Lammfell.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 30. Oktober 1963, S.2.

<sup>563</sup> *Der Atomtod im Entwicklungsgeschäft.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. April 1961, S.2.; *Auf frischer Tat ertappt.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1961, S.2.; *Bonn am Putsch gegen Ceylon beteiligt?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Februar 1962, S.5.

<sup>564</sup> *Erklärung des Ministers Bolz vor der Volkskammer der DDR am 19. November 1964.* In: DzD 1964, S.1124.

alismus“ würden. Diese Analogie zur nationalsozialistischen Zwangsverpflichtung junger Arbeitskräfte steht paradigmatisch für den bereits nachgewiesenen Versuch, die Entwicklungspolitik in die Tradition des Nationalsozialismus zu stellen. Von BÜSCHEL angeführte faschistische Ausfälle westdeutscher Praktiker vor Ort stützen dieses Argumentationsmuster.<sup>565</sup> Es wird außerdem behauptet, die im Rahmen der westdeutschen Technischen Hilfe in der Bundesrepublik ausgebildeten Fachkräfte würden einer Art „imperialistischer Gehirnwäsche“<sup>566</sup> unterzogen, die sie zu willfährigen Werkzeugen des Westens umpole. Die eigenen Akteure werden in der Regel als „entsandte Fachleute“ oder „Experten“ im Rahmen der „wissenschaftlich-technischen Hilfe“ bezeichnet, die „keine Mühe“<sup>567</sup> bei den umfangreichen Vorhaben scheuten. Dabei sei das Hauptauswahlkriterium die „ideologische Festigkeit.“<sup>568</sup> Die ins Ausland entsandten Kräfte würden mit „Siegesgewissheit“<sup>569</sup> in Bezug auf den Sozialismus auftreten. NEUES DEUTSCHLAND konstatiert, eine ostdeutsche Besonderheit sei, dass man größten Wert auf die Ausbildung einheimischer Kräfte lege und Expertise teile anstatt sie vorzuenthalten.<sup>570</sup> Außerdem biete allein der Sozialismus die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen dafür, „daß der technische Fortschritt tatsächlich der ganzen Menschheit zugute“ komme:

„Nur im sozialistischen Lager sind ein echter technisch-wissenschaftlicher Gedankenaustausch und eine internationale Kooperation realisierbar. Hier können gemeinsame technische Normen erarbeitet werden, die es gestatten, durch den technischen Fortschritt die Überlegenheit der sozialistischen Welt augenfällig zu machen und den Imperialismus in der Sphäre der materiellen Produktion zu schlagen. Auf dieser Grundlage ist es auch erst möglich, den unterentwickelten Ländern echte Entwicklungshilfe zu gewähren.“<sup>571</sup>

Der Bundesrepublik wird damit die Befähigung, „echte Entwicklungshilfe“ zu leisten auch auf dem technischen Sektor abgesprochen. Dennoch betrachten auch DDR-Afrikawissenschaftler die Überwindung der „Unterentwicklung „als breite und gewaltige Aufgabe.“<sup>572</sup> Da

---

<sup>565</sup> BÜSCHEL, 2010, S.34.

<sup>566</sup> „Die Studenten und Praktikanten [...]sollen als „Gegenleistung“ für ihr Studium in Westdeutschland dem westdeutschen Imperialismus in ihren Heimatländern als Stütze für seine neokolonialistische Politik dienen.“ Vgl. *Für die Bibel nahmen sie unser Land*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Oktober 1960, S.2.

<sup>567</sup> *Helle Häuser verdrängen Slums in Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. August 1964, S.7

<sup>568</sup> BÜSCHEL, 2008 S.334.

<sup>569</sup> ZAHLMANN, 2001, S.95.

<sup>570</sup> „Den größten Eindruck auf die Afrikaner aber macht, daß alle unsere entsandten Fachleute keine Mühe scheuen, die Verwirklichung der Hilfsprojekte im Wohnungsbau und im Gesundheitswesen mit der Ausbildung afrikanischer Spezialisten zu verbinden. Sehr rasch wurden ungelernte Afrikaner zu geschickten Betonlegern, die mit Mixer, Karre und Schaufel umzugehen wissen. Mit Recht leuchten Freude und Stolz aus ihren Augen.“ Vgl. *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>571</sup> *Sinnbild soliden Schaffens*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. April 1961, S.5.

<sup>572</sup> SPRÖTE/HAHN, 1965, S.10.

die ostdeutschen Akteure jedoch unter Berücksichtigung der „politischen Gesetzmäßigkeiten“<sup>573</sup> aktiv seien, könnten „die afrikanischen Arbeiter und ihre Freunde aus der DDR [gemeinsam] aller Probleme Herr“<sup>574</sup> werden, so die optimistisch-verklärende Darstellung. Stolz wird berichtet, „Geologen unserer volkseigenen Betriebe“ seien in der ghanaischen Glasfabrikation, ostdeutsche „Spinnereifachleute“ im Irak und Ingenieure in Guinea und Sansibar, so dass die DDR dort „im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit“<sup>575</sup> stehe. Probleme, Fachkräfte zu finden oder auszubilden, sind nicht rekonstruierbar, ebenso wenig wie Probleme vor Ort: Der sozialistische Mensch sei eben „an sich tolerant.“<sup>576</sup> Auch hier ist die Tendenz erkennbar, sich auf die Kritik der westdeutschen Praxis unter Differenzierung von Staats- und Individualkalkül zu konzentrieren, wobei man faktisch über die eigenen Akteure, außer recht unspezifischen Erfolgsmeldungen, wenig erfährt, während in der Bundesrepublik Debatten über die Rekrutierungs- und Schulungsprobleme den entwicklungspolitischen Diskurs über die Praktiker vor Ort bestimmen. Die der Technischen Hilfe zugeschriebenen Bedeutsamkeit kann auch den in beiden deutschen Staaten mehr oder minder offen zutage tretenden Sparzwängen zugeschrieben werden, welche in der DDR deutlich stärker ausgeprägt sind, jedoch nicht öffentlich thematisiert werden.

#### c) Innere Reformen

Während Technische Hilfe und eine mögliche Reform der Handelsbeziehungen paradigmatisch für die von der Geberseite zu ergreifenden Maßnahmen zur Implementierung von „Entwicklung“ stehen, werden auch die dafür auf Empfängerseite zu ergreifenden Struktur-reformen diskutiert. Im Folgenden werden für die jeweiligen Phasen der Initiation, Stabilisierung und Weiterführung von „Entwicklung“ exemplarische Handlungsempfehlungen diskutiert und einem systematischen Vergleich unterzogen.

Eine durch beide deutsche Staaten wiederholt vorgebrachte Forderung sind Infrastrukturverbesserungen, darunter der Verkehrswege, des Wohnungsbaus, der Wasser- und Strom-

---

<sup>573</sup> *Sinnbild soliden Schaffens*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. April 1961, S.5.

<sup>574</sup> *Helle Häuser verdrängen Slums in Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. August 1964, S.7.

<sup>575</sup> *Freies Afrika im Blickpunkt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1960, S.4.; *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10; *Helle Häuser verdrängen Slums in Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. August 1964, S.7.

<sup>576</sup> BÜSCHEL, 2010, S.38.



versorgung sowie des Schul- und Gesundheitssystems als Voraussetzung für „Entwicklung.“<sup>577</sup> Der im Rahmen der „Entwicklungshilfe“ erbrachte Kapital- und Technologietransfer könne dabei im Sinne Rostows als „Initialzündung“<sup>578</sup>, „Unterstützung“<sup>579</sup> wirken. BODEMER spricht in diesem Kontext von einem „Katalysator“<sup>580</sup>, der Eigenanstrengung aber nicht ersetzen könne. AEG-Vorstandsmitglied Schmitt beschwört in einem Leitartikel in DIE WELT „Rostow in Reinform“, wenn er das Fehlen ausländischen Kapitals und privaten Unternehmertums als Entwicklungshemmnis charakterisiert.<sup>581</sup> Dieser Elite könne eines Tages eine „Tochtergesellschaft des weltweit arbeitenden Konzerns in die Hände gelegt werden.“<sup>582</sup> In diesem Punkt tun sich Differenzen auf: So wirft NEUES DEUTSCHLAND Bonn vor, mithilfe dieser einheimischen Elite das kapitalistische Wirtschaftssystem und dessen Abhängigkeitsverhältnisse exportieren bzw. stabilisieren zu wollen.<sup>583</sup> Anstelle privaten Unternehmertums werde der Staat als zentraler „Entwicklungsmotor“ betrachtet, was eine wesentliche Differenz zu Rostows Theorem bildet. Nach ostdeutscher Darstellung sei der „staatliche Sektor“ die wesentliche „ökonomische Basis“<sup>584</sup> von „Entwicklung“, was durch regelmäßige Berichte über Staatsprojekte, wie Fabriken, Druckereien und Rundfunkstationen bestärkt werde, welche die DDR fördere. Sarkastisch heißt es, Scheel lege „Falle[n]“<sup>585</sup> aus, indem er das Verbot von Verstaatlichungen in bevormundender Weise zur Voraussetzung westdeutscher „Entwicklungshilfe“ mache. In beiden deutschen Staaten wird der Ausbau der Infrastruktur gefordert, wobei sich Differenzen in Bezug auf die durchführende Akteure offenbaren: Während die Bundesrepublik im Sinne der liberalen Marktwirtschaft die Förderung

---

<sup>577</sup> So berichtet NEUES DEUTSCHLAND, es müssten „unmittelbare Voraussetzungen für den Bau von Industrierwerken, Krankenhäusern, Schulen oder Wohnungen“ geschaffen werden. Vgl. *Freies Afrika im Blickpunkt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1960, S.4.

<sup>578</sup> Dabei werden auch an dieser Stelle, wie so häufig, Vergleiche zum Marshallplan für Europa gezogen. Vgl. *Entwicklungshilfe – ein Faß ohne Boden?* In: DIE WELT, 23. Mai 1960, S.7.; *Die Entwicklungshilfe drängt*. In: DIE WELT, 14. Januar 1960, S.8.

<sup>579</sup> *Hilfe und „Hilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Februar 1960, S.7.

<sup>580</sup> BODEMER, 1974, S.223 ff.

<sup>581</sup> *Ohne Beteiligung der privaten Unternehmer geht es nicht*. In: DIE WELT, 2. März 1963, Das Forum der Welt.; „Die für eine industrialisierte Gesellschaft so eminent wichtige Mittelschicht fehlt ganz.“ Vgl. *Entwicklungshilfe ist kein Ablaßhandel*. DIE WELT, 16. Juni 1961, Die Geistige Welt.; *Die andere Seite der Entwicklungshilfe*. In: DIE WELT, 16. Dezember 1961, S.7.

<sup>582</sup> *Vom Urwalddorf auf den Bobrturm*. In: DIE WELT, 20. November 1961, S.3.

<sup>583</sup> *Scheels Falle blieb leer*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Dezember 1963, S.7.; „Der private Kapitalexpert erscheint ihm als ein besonders geeignetes Mittel, den staatlichen Wirtschaftssektor in den jungen Nationalstaaten zu schwächen, diesen Staaten eine kapitalistische Wirtschaftsstruktur aufzuzwingen und langfristige Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen.“ Vgl. *Hilfe mit Hintergedanken*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. April 1965, S.3.

<sup>584</sup> *Freies Afrika im Blickpunkt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1960, S.4.; Seine Wirtschaftshilfe dient vor allem der Industrialisierung, der Entwicklung des staatlichen Sektors dieser Länder.“ Vgl. *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>585</sup> *Scheels Falle blieb leer*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Dezember 1963, S.7.

privater Unternehmerinitiative befürwortet, spricht sich die DDR für staatliche Planwirtschaft aus.

Ist „Entwicklung“ erst einmal in Gang gesetzt, sei es erforderlich diesen Prozess durch Massenkonsum weiterzuführen, so das Theorem Rostows. In diesem Kontext äußert Tanganjikas Präsident Nyerere, man müsse bei der Bevölkerung „Wünsche wecken“<sup>586</sup>, die über die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen („Salz und Zucker, ein Hemd und eine Hose“) hinaus auf langlebige Konsumgüter („vor allem Transistorradios“) zielten. Auch DIE WELT betrachtet Konsum von „Dinge[n], die sie nicht gerne verlieren möchten,“ als zuverlässigen Stabilisator gegen Umstürze: „Da sie sie [die Güter, *Anmerk. d. Verf.*] in ihrem neuen Staat erhalten haben, werden sie vermutlich bereit sein, diesen neuen Staat zu verteidigen.“<sup>587</sup> REMPE verweist in diesem Kontext darauf, dass afrikanische Praktikanten in entsprechenden Ausbildungsprogrammen der EWG bewusst dem „*European Way of Life*“<sup>588</sup> nähergebracht worden seien. Vergleichbare Töne sind in der ostdeutschen Öffentlichkeit angesichts der problematischen eigenen Versorgungslage mit Konsumgütern nicht nachweisbar. Vielmehr kritisiert man, Afrika erfahre eine „Überschwemmung mit Luxusgütern“<sup>589</sup>, was das Kapitel für notwendige Investitionen in die eigene Wirtschaft entzöge. Damit wird suggeriert, der Bundesrepublik gehe es um die (weitere) Entwicklung von Abhängigkeitsstrukturen. Infolgedessen stellt das Narrativ einer Massenkongsumgesellschaft in den Entwicklungsländern eine westdeutsche Genuitat dar. Über die Entwicklungschancen der eigenen Länder urteilen afrikanische Staatsmänner wie Nyerere oder Touré optimistisch, wobei DER SPIEGEL letzteren mit dem Ausspruch zitiert, sein Land werde in naher Zukunft „die Epoche der Mechanisierung überspringen und gleich die Automatisierung einführen.“<sup>590</sup> Die Geberländer teilen diese positive Grundhaltung in der Frühphase ebenfalls.<sup>591</sup> Diese Haltung transportiert auch NEUES DEUTSCHLAND, wenn der algerische Politiker Ben Bella zitiert wird, der proklamiert,

<sup>586</sup> *Afrikas leuchtender Stern verblasst*. In: DER SPIEGEL Nr.17/1964, S.85.

<sup>587</sup> *Junge Staaten im Werden*. In: DIE WELT, 17. Februar 1960, S.2.

<sup>588</sup> REMPE, 2009, S.227.

<sup>589</sup> „Aus Westdeutschland, Italien und Belgien kamen und kommen immer noch zollfrei (!) mehr Kühlschränke, Schreibmaschinen, Kleinradios und Mopeds als Produktionsausrustungen. Das Vorhandensein solcher Produkte auf dem afrikanischen Markt verschlingt einen Teil des Nationaleinkommens: es entzieht einen bedeutenden Teil des Nationalvermögens den Investitionen, die die Naturreichtumer fördern könnten.“ Vgl. „*El Mondjabid*“ *klagt die EWG an*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 7. Juni 1963, S.6.

<sup>590</sup> *Mit der Gießkanne*. In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.51.; Ähnlich auch Tansanias Präsident Nyerere, der die „Stammesgesellschaft in eine Gesellschaft des 20. Jahrhunderts umformen“ will. Vgl. *Afrikas leuchtender Stern verblasst*. In: DER SPIEGEL Nr.17/1964, S.85.; „Optimismus trifft man in Zentralafrika fast noch häufiger als Sonne und Urwald.“ Vgl. *Keiner hat Angst vor der neuen Zeit*. In: DIE WELT, 29. Juni 1957, Die Geistige Welt.

<sup>591</sup> REMPE, 2018, S.334.

dass sein Land „in einigen Jahren zu einem modernen Staat, einem Industriestaat“<sup>592</sup> geworden sein werde. Allerdings transportieren die westdeutschen Medien auch kritische Stimmen aus den Entwicklungsländern, die sich davon distanzieren, „Nachhänger der Weißen“<sup>593</sup> zu sein. Von Brentano konstatiert sogar, dass in Teilen der westdeutschen Bevölkerung die Überzeugung herrsche, die Afrikaner seien mit ihrer derzeitigen Lage recht zufrieden und wünschten gar keine Veränderung.<sup>594</sup> Sowohl DIE WELT als auch NEUES DEUTSCHLAND tendierten dazu, die zunächst als „eindrucksvolles Beispiel“ gepriesenen Fortschritte, beispielsweise in Form „moderne[r] Fabriken“ zu relativieren: Häufig finden sich in der Berichterstattung Zusätze wie „für afrikanische Verhältnisse“<sup>595</sup>, die eine unüberwindliche technologische „*gap*“ suggerieren. Der „Entwicklung“ Afrikas scheint immer eine gewisse Inferiorität im Vergleich zur Superiorität der Europäer anzuhaften.<sup>596</sup> Infolgedessen wird vielfach und über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg, wenn auch nur beiläufig, suggeriert, eine erfolgreiche „Entwicklung“ sei nur durch externe Hilfe möglich.<sup>597</sup> Überhaupt werden fast ausschließlich Schritte und Aktivitäten zur Herbeiführung von „Entwicklung“ thematisiert, die die Geberländer betreffen bzw. unentbehrlich erschienen lassen. Dies erscheint besonders für den dezidiert geschichtsoptimistischen und antirassistischen Anspruch der DDR erstaunlich und impliziert die unterschwellige Persistenz einer nicht öffentlich artikulierbaren Entwicklungsskepsis.

---

<sup>592</sup> *Ben Bella: Algerien wird im Kampf um Sozialismus siegen.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. November 1964, S.1.

<sup>593</sup> „Wir stellen selbst genug dar.“ Vgl. *Wir wollen keine Mulatten als Enkel.* In: DIE WELT, 20. Juli 1964, S.3.

<sup>594</sup> So fragten sich westdeutsche Bürger teilweise, warum man „diese Leute, die vielleicht da unter der Sonne liegen und denen es dabei doch gar nicht so schlecht geht — vielleicht sind sie glücklicher als wir; sie arbeiten nicht viel [...]“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6821 D.

<sup>595</sup> *Die zwei Gesichter Afrikas.* In: DIE WELT, 28. September 1961, S.2.; „Es geht alles verblüffend schnell für afrikanische Verhältnisse.“ Vgl. *Aus dem Tagebuch einer Reise.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Juni 1960, S.8.; „[...] für afrikanische Verhältnisses entwickeltes Schul- und Gesundheitssystem“ Vgl. *Was geht in Ghana vor?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. März 1966, S.7.

<sup>596</sup> ZURMÜHL, 1995, S.64 f.

<sup>597</sup> „[...] sollte es auch möglich sein, wirtschaftlich schwachen Gebieten [...] mit ausländischer Hilfe eine Existenzgrundlage zu geben.“ Vgl. *Die letzten Kolonien.* In: DIE WELT, 20. November 1961, S.1.; „Mit Hilfe der Maschinen aus, der DDR konnte der Zuckerrübenanbau [...] wesentlich erweitert werden“ Vgl. *Schneller voran durch internationale Arbeitsteilung.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. März 1960, S.6.; „Wichtige Schlüsselvorhaben der wirtschaftlichen Entwicklung wurden mit Hilfe der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder in Angriff genommen oder schon vollendet.“ Vgl. *Echte Wirtschaftshilfe für junge Länder.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 13. Januar 1966, S.6.

Größere Übereinstimmungen zeigen sich wiederum in der Intention von „Entwicklungshilfe“, sich selbst im Zuge „wirtschaftliche[r] Eigendynamik“<sup>598</sup> langfristig „überflüssig“<sup>599</sup> zu machen, was Rostows Theorem des selbsttragenden Wachstums („*self-sustained growth*“)<sup>600</sup> entspricht. Um diese Stabilisierung von „Entwicklung“ zu erreichen, sei „Hilfe zur Selbsthilfe“<sup>600</sup> der einzig qualifizierte Weg, was sowohl Forderungen an die Geber- und Empfängerländer bedeute. Schon Truman betont in seiner als „Geburtsurkunde“ der Entwicklungspolitik geltenden Inaugurationsrede diesen Ansatz, der über den Untersuchungszeitraum hinaus unumstritten bleibt. „Entwicklungshilfe“ sollte die Empfänger dazu „befähigen, den Übergang aus der vorindustriellen Zeit in das Zeitalter der Technik“<sup>601</sup> selbst herbeizuführen, so auch Kalbitzer. Dies müsse intern mit eigener Kraft vorangetrieben werden, wobei Drittstaaten lediglich die notwendigen Methoden und Instrumente vermitteln könnten. Ludwig Erhard betont in diesem Kontext, man könne „selbstverständlich auf die Dauer nur demjenigen helfen können, der bereit und willens ist, sich selbst zu helfen“<sup>602</sup> und eine „echte[n] Partnerschaft“ aufzubauen. Bemerkenswerterweise interpretiert Wischnewski „Hilfe zur Selbsthilfe“ auch als „Selbsthilfe“<sup>603</sup> Bonns in globalpolitischer Hinsicht. Entwicklung wird als von oben eingeleiteter Prozess verstanden, dessen Erfolg aber ganz erheblich von der Unterstützung und Weiterführung „von unten“ abhängt: Dies steht nicht, wie REMPE kontrastiert, im Gegensatz zum modernisierungstheoretischen Ansatz, sondern ist von Anfang an dort implementiert.<sup>604</sup>

<sup>598</sup> „Globale Entwicklungsplanung nötig“. In: DIE WELT, 31. Oktober 1962, S.10.

<sup>599</sup> „Selbstentwicklung [...] das Ziel jeder gesunden Entwicklungspolitik.“ Vgl. *Entwicklungshilfe auf Gegenseitigkeit*. In: DIE WELT, 3. März 1962, S.5.

<sup>600</sup> BÜSCHEL, 2014, S.15 f.; Büschel verweist auch darauf, dass dieses Konzept auch durch die Afrikaner selbst großen Zuspruch erfahren habe. Vgl. BÜSCHEL, 2014, S.17.

<sup>601</sup> *Staatliche Entwicklungshilfe ist gute Sicherheitspolitik*. In: DIE WELT, 2. März 1963, Das Forum der Welt.; „Die Entwicklungshilfe muß die Förderung der Selbsthilfe und des eigenen Aufbauwillens der Entwicklungsländer zum Inhalt haben, nicht die Gewährung von Geschenken, [...]“ Vgl. Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 6. Sitzung am 6. Dezember 1961, S.80 A.

<sup>602</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6805 B.

<sup>603</sup> „[...] daß die Entwicklungspolitik eine zwingende Notwendigkeit, letzten Endes Hilfe zur Selbsthilfe ist, d. h. auf weite Sicht auch Hilfe für die Bundesrepublik selbst.“ Vgl. Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 49. Sitzung am 16. November 1962, S.2168 D.

<sup>604</sup> REMPE, 2018, S.334.

Im ostdeutschen Sprachduktus wird diese Konzeption als Unabhängigkeit von den ehemaligen Kolonialherren zwar grundsätzlich geteilt, allerdings mit einer anderen Formel gefasst.<sup>605</sup> So prägt Ulbricht in seiner vielzitierten Rede vor dem diplomatischen Korps im September 1960 den Grundsatz: „Afrika den Afrikanern.“<sup>606</sup> NEUES DEUTSCHLAND bezeichnet diesen Ausspruch und „Jede Unterstützung der jungen Nationalstaaten!“<sup>607</sup> als „die kürzesten und prägnantesten Formeln, auf die sich die Außenpolitik der DDR [...] bringen läßt.“<sup>607</sup> Dies demonstriert Autonomie und die Achtung der territorialen Integrität sowie des Gebots der Nicht-Einmischung. In der Berichterstattung von NEUES DEUTSCHLAND werden Afrikaner sogar selbst mit diesen Worten zitiert.<sup>608</sup> Im Gegensatz zur DDR ist der Westen von der nachhaltigen Umsetzung dieses Konzepts nicht überzeugt. So werden regelmäßig mehr Engagement und Eigeninitiative der Entwicklungsländer gefordert.<sup>609</sup> Generell wird der Eindruck vermittelt, „Entwicklungsländer könnten mehr tun.“<sup>610</sup> Vergleichbare Kritik ist in der ostdeutschen Öffentlichkeit nicht nachweisbar. Auch wenn die DDR zur Abgrenzung von der in der Bundesrepublik häufig verwendeten Formel der „Hilfe zur Selbsthilfe“ mit „Afrika den Afrikanern“ eine eigene Formel entwickelt, stimmen die dahinterstehenden Intention zur Förderung von Eigenständigkeit überein, wobei nur im Westen Kritik an der unzureichenden Umsetzung durch die Empfängerländer nachweisbar ist.

#### 4.2.3 Zusammenfassung

Bei den Finalitäten von „Entwicklung“ sind kaum Differenzen nachweisbar. So fordern beide deutsche Staaten die beschleunigte Adaption und Assimilation an bestimmte durch sie selbst bereits vollzogene Entwicklungsstufen, wobei sie sich oft selbst als direkte Vorbilder betrachten. Dadurch erscheint „Entwicklung“ als dezidiert eurozentristisches Konzept, das

---

<sup>605</sup> Gelegentlich wird der Terminus „Selbsthilfe“ auch in der DDR verwendet: „Selbsthilfe‘ entwickelt die Menschen.“ Vgl. *Bildung ist ein Zauberwort*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Oktober 1960, S.7.; „[...] Überall im Lande entsteht in Selbsthilfe in Monaten, ja in Wochen, was die Menschen als Notwendigstes brauchen und was die britischen Kolonialherren Jahrzehnte lang nicht errichten ließen.“ Vgl. *Tanganjika zwischen gestern und morgen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. April 1963, S.9.

<sup>606</sup> „In einer kurzen Erklärung für die Presse versichert Herbert Warnke [...], daß der FDGB und die DDR überhaupt das Prinzip ‚Afrika den Afrikanern‘ vertreten.“ Vgl. *FDGB-Delegation jetzt in Ghana*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. März 1960, S.5.

<sup>607</sup> *Sie helfen Kolonialherren*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Dezember 1960, S.4.

<sup>608</sup> So ein Bericht über Demonstrationen in Tunis: „Durch die Straßen der Stadt hallte es tausendstimmig: ‚Afrika den Afrikanern‘, ‚Keine Atombombenversuche in der Sahara.‘“ Vgl. *DDR grüßt Afrikas Völkerkonferenz*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Januar 1960, S.1.

<sup>609</sup> *Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Präsident Johnson und Bundeskanzler Erhard in Washington vom 21. Dezember 1965*. In: DzD 1965, S.1020.

<sup>610</sup> *Entwicklungsländer könnten mehr tun*. In: DIE WELT, 16. April 1963, S.9.; *Diplomatenwagen als Negertaxi*. In: DIE WELT, 15. August 1959, S.3.

genuin afrikanische Entwicklungsmodelle von vornherein ausschließt. Mit DIOP kann dabei von der „Hautfarbe der Aufklärung“<sup>611</sup> gesprochen werden, die eine Universalisierung der durch sie propagierten Werte vertritt. Erstes Ziel ist die Industrialisierung, wobei erwartet wird, dass sich dann die politischen Strukturen, die sich ebenfalls jeweils am eigenen System orientieren, als Folge der Industriegesellschaft quasi automatisch ergeben würden. Man wirft sich wechselseitig ein falsches Entwicklungsverständnis vor, von punktueller Krisenbewältigung bis zur Orientierung an nationalen Interessen. Allerdings weisen auch diese Gemeinsamkeiten partielle Differenzen auf, wie die genuin westdeutsche Debatte um eine Abkehr vom Industrialisierungsparadigma, wenngleich diese folgenlos bleibt. Größere Unterschiede zeigen sich in Bezug auf die idealtypischen Verlaufsformen: „Entwicklung“ erscheint im ostdeutschen Diskurs als staatlich planbarer, dirigistischer und teleologischer Prozess, der in geschichtsoptimistischer Perspektive und auf revolutionärem Wege zwangsläufig zum Sozialismus führen werde. Dem gegenüber steht ein offenes, nur bedingt lenkbares Verständnis im Westen gegenüber, das sich gleichermaßen in Ängsten manifestiert und Mahnungen zum organischen, geordneten, friedlichen und evolutionären Verlauf zur Folge hat. Zuletzt ist darauf zu verweisen, dass im westdeutschen Diskurs regelmäßig die Individualität dieses Prozesses für jedes Land betont wird, während in der DDR ein recht kollektivistisches Entwicklungsverständnis vorliegt. Zu den von den Geberländern zu ergreifenden Maßnahmen zur Implementierung nachhaltiger Entwicklung zählen auf beiden Seiten eine Veränderung der gegenwärtigen Handelsstrukturen sowie der Einsatz Technischer Hilfe, wobei differierende Auffassungen über die genaue Umsetzung existieren. Während auf westdeutscher Seite die Debatte über Subventions- und Protektionismus-Abbau von Ängsten um die eigene wirtschaftliche Prosperität überschattet wird, begreift man auf ostdeutscher Seite die Initiierung eines sozialistischen Separatmarkts als alternativlos. Für beide Seiten gilt die Technische Hilfe als besonders bedeutsam. In der Bundesrepublik wird offen über Rekrutierungs- und Ausbildungsprobleme diskutiert, wohingegen die ostdeutsche Presse ein unkritisches, aber relativ vages Bild der eigenen Akteure zeichnet und häufig nur bei der Kritik der westdeutschen Praktiker verbleibt. Von den Entwicklungsländern werden Infrastrukturmaßnahmen und Eigeninitiative erwartet, was durch die relativ synonym verwendeten Formeln „Hilfe zur Selbsthilfe“<sup>612</sup> und „Afrika den Afrikanern“ terminologisch ausgedrückt wird.

---

<sup>611</sup> DIOP, 2006, S.45.

<sup>612</sup> BÜSCHEL verweist auf die damit einhergehenden Paradoxien zwischen Fremd- und Selbsthilfe, (mangelnder) Planbarkeit und einem Hierarchiegefälle von Helfern und Hilfsbedürftigen. Vgl. BÜSCHEL, 2014, S.178 ff.

### 4.3 DIE AFRIKABILDER IM ENTWICKLUNGSDISKURS

DDR-Ministerpräsident Stoph konstatiert 1964 vor der Volkskammer, dass beide deutsche Staaten eine „diametral entgegengesetzte Haltung“<sup>613</sup> zu Afrika und der Entkolonialisierung pflegten. Ähnlich erklärt Ulbricht diesen Prozess bereits 1960, im so genannten „Jahr Afrikas“, zum entscheidenden „Prüfstein“<sup>614</sup>, an dem sich der „unterschiedliche Charakter der beiden deutschen Staaten“ zeigen werde. Ob sich die Existenz dieser zwar öffentlich proklamierten, aber nicht weiter ausgeführten Differenzen tatsächlich belegen lässt, wird im Folgenden geprüft. Dabei wird ebenfalls untersucht, ob die ostdeutschen Afrikabilder dem in der DDR öffentlich proklamierten und programmatischen Antirassismus und Egalitätsanspruch entsprechen. Außerdem wäre zu erwarten, dass im Westen aufgrund der pluralistischen Gesellschaftsordnung differenzierte Vorstellungen und Entwürfe des „Anderen“ existieren. Dazu werden die dem ost- bzw. westdeutschen Entwicklungsdiskurs inhärenten Narrative über Afrika und Afrikaner als potentielle sowie konkrete Empfänger von „Entwicklungshilfe“ einem systematischen Vergleich unterzogen, bevor auf die durch beide deutsche Staaten vorgebrachte Einschätzung der grundsätzlichen Bedeutung Afrikas für die „deutsche Frage“ eingegangen wird. Als Quellengrundlage dienen dabei primär öffentliche Reden und Verlautbarungen sowie die Berichterstattung in Ost und West, da sich aus den Regierungsakten nur wenig über das Afrikabild schließen lässt: Lediglich die Bedeutung Afrikas für die „deutsche Frage“ und Einschätzung der örtlichen Regierungsvertreter sind ableitbar. Da mit den Bewohnern des afrikanischen Kontinents, abgesehen von den gelegentlichen Besuchen politischer Repräsentanten, während des Untersuchungszeitraums nur in seltensten Fällen direkte Begegnungen stattfinden, stellt die Zeitungsberichterstattung die dominierende Informationsquelle für die deutsche Bevölkerung in Ost und West dar. Dies gilt insbesondere für die „abgeschlossene Gesellschaft“<sup>615</sup> der DDR, aber auch für die Bundesrepublik, deren direkte Erfahrungen mit „Ausländern“ sich im Untersuchungszeitraum fast ausschließlich auf „Gastarbeiter“ aus dem südwestlichen bzw. südöstlichem Europa beschränken.

---

<sup>613</sup> *Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten Stoph vor der Volkskammer der DDR am 24. September 1964.* In: DzD 1964, S.1023.

<sup>614</sup> *Aus der Erklärung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vor der Volkskammer der DDR am 4. Oktober 1960.* In: DzD 1960, S.368.

<sup>615</sup> POUTRUS kommentiert dazu ironisch, die DDR sei eher als „Ausreiseland“ und weniger als „Einwanderungsland“ bekannt. Vgl. POUTRUS, 2005, S.124.

### 4.3.1 „Africa ante portas“: Verheißung und Schreckensbild

#### 4.3.1.1 Die Bedeutung der Entkolonialisierung

Beide deutsche Staaten begrüßen die Entkolonialisierung aus- und nachdrücklich in der Öffentlichkeit. Die verbreitete Annahme, dieser Prozess sei „in seiner Relevanz von den Zeitgenossen [...] weitgehend ignoriert worden“<sup>616</sup> und dessen Bedeutung „von der bundesdeutschen Politik kaum erkannt“<sup>617</sup> worden, bewahrheitet sich nicht: Bereits in der Frühphase erklärt der SPD-Abgeordnete Meyer 1958 im Bundestag unter dem Beifall aller Fraktionen:

„Wir freuen uns über jedes Land, das den Kolonialismus in welcher Form er sich auch immer repräsentieren mag, abschüttelt und in junger Freiheit einen berechtigten Platz im Rate der Völker einnimmt.“<sup>618</sup>

Damit befindet sich Bonn auf einer Linie mit dem damaligen US-Vizepräsidenten Nixon. Der hatte 1957 nach einer Afrikareise in einem amtlichen Dokument die vollständige Unabhängigkeit aller afrikanischen Staaten gefordert, woraufhin DIE WELT pathetisch titelt: „Amerika entdeckt Afrika.“<sup>619</sup> Allerdings schwingt in der Bundesrepublik stets auch die Besorgnis vor einer möglichen Radikalisierung mit, wenn dazu gemahnt wird, einen „Platz im Rate der Völker“ einzunehmen, was die Hoffnung auf einen geordneten Prozess impliziert. Beide deutsche Staaten scheinen bereits relativ früh von der Irreversibilität der beginnenden Entkolonialisierung auszugehen: Bundestagspräsident Gerstenmaier konstatiert 1960, die „politische Karte Afrikas“<sup>620</sup> müsse nun völlig neu gezeichnet werden. Entsprechend gelten die noch verbliebenen Kolonien als „verlorene Posten“<sup>621</sup> und DIE WELT verkündet ein Jahr später gleichsam prophetisch: „Die Epoche des Kolonialismus ist zu Ende.“<sup>622</sup>

---

<sup>616</sup> ECKERT verweist dabei auf einen Ausspruch Mommers, wonach dieses Feld im Zuge des Wiederaufbaus kaum Aufmerksamkeit in der Bundesrepublik erhalten habe. Vgl. ECKERT, 2015, S.30

<sup>617</sup> MOLT, 2017, S.17.

<sup>618</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTER. 38. Sitzung vom 2. Juli 1958, S.2181 C.; Dazu Kiesinger: „Sicher, auch wir begrüßen jede Geburt einer neuen freien Nation in der Welt der ehemaligen Kolonialherrschaft. Nur, glaube ich, neigt man gelegentlich dazu, dazu, die Schwierigkeiten und Gefahren des Übergangsstadiums zu unterschätzen.“ Vgl. Ebd., S.2196 B f.

<sup>619</sup> *Amerika entdeckt Afrika*. In: DIE WELT, 12. Mai 1957, S.1 f.

<sup>620</sup> GERSTENMAIER, 1960, S.7.

<sup>621</sup> *Die letzten Kolonien*. In: DIE WELT, 20. November 1961, S.2.; *Bonns koloniale Eroberungspolitik*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Oktober 1960, S.5.

<sup>622</sup> *Die letzten Kolonien*. In: DIE WELT, 20. November 1961, S.2.; Dabei wurde die Entkolonialisierung mit dem „Aufstieg der Arbeiterklasse in Europa“ verglichen, der nicht nur „unvermeidlich“ sondern auch ein großes „Glück“ gewesen sei. *Die Gretchen-Frage: Afrika*. In: DIE WELT, 18. Januar 1961, S.3.



Anlässlich des 100. Gründungstags der Internationalen wird die Entkolonialisierung 1964 in NEUES DEUTSCHLAND als „eine der bedeutsamsten Erscheinungen unserer Epoche“<sup>623</sup> bezeichnet, die „unmittelbar nach der Schaffung des sozialistischen Weltsystems“ rangiere. Dieser Prozess wird in Anlehnung an Chruschtschow auch als „nationale Befreiungsrevolution“<sup>624</sup> bezeichnet. Die vom zentralen Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften der DDR herausgegebene Schrift *Afrika im antiimperialistischen Kampf* vertritt das marxistische Geschichtsverständnis, nach dem sich der Sozialismus zwangsläufig durchsetzen werde. Demnach haben sich den fünfziger und sechziger Jahren die „internationalen Kräfteverhältnisse [...] ein weiteres Stück zuungunsten des Imperialismus verändert.“<sup>625</sup> Der Entkolonialisierungsprozess führe zwangsläufig zur Etablierung des Sozialismus in den „befreiten Staaten“, so der allgemeine Tenor.

Das Narrativ des Jahrs 1960 als „Schicksalsjahr“<sup>626</sup> und „Jahr Afrikas“<sup>627</sup> ist in beiden deutschen Staaten omnipräsent, wobei in der DDR sprachkritisch bemerkt wird, man solle lieber vom „Jahr der Befreiung“ sprechen, da auch Asien und Lateinamerika in Bewegung seien. Die Hoffnung Bonns, dass die Entkolonialisierung gewaltfrei verlaufe, gilt in NEUES DEUTSCHLAND als Versuch, die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit aufrecht zu erhalten, wodurch die Unabhängigkeit nur als erster Schritt erscheint, die ohne weitere Loslösungsprozesse „keinen Pfifferling wert“<sup>628</sup> sei. Zur Verdeutlichung der vermeintlich gefährdeten Lage der jungen Nationalstaaten werden Vergleiche mit dem Naturreich aufgestellt, die teilweise an die nationalsozialistische Wirt-/Parasit-Metaphorik erinnern. So werden die

---

<sup>623</sup> *Die sozialistische Weltrevolution und der Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die nationale und soziale Befreiung.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1964, S.5.; „Die nationale Befreiungsbewegung ist ein wichtiger Bestandteil der Weltrevolution.“ Vgl. *Stellungnahme zur Erklärung der kommunistischen Arbeiterparteien.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Dezember 1960, S.5.

<sup>624</sup> *Wer den nationalen Befreiungskampf wirklich unterstützt.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Juli 1963, S.5.; *Erklärung des Ministerpräsidenten Chruschtschow vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 18. September 1959.* In: DzD 1959 III, S.237.

<sup>625</sup> AFRIKA IM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF. Berlin (O): 1978, S.1.

<sup>626</sup> „Wir müssen Jahrtausende nachholen“ In: DIE WELT, 15. September 1962, Die Geistige Welt.

<sup>627</sup> *Der Riese Afrika reckt seine Glieder.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. September 1960, S.5.; *Das afrikanische Jahr.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.; „Das Jahr Afrikas.“ In: DIE WELT, 9. Mai 1960, S.8.; *Das afrikanische Jahr.* In: DIE WELT, 24. September 1960, S.1 f.

<sup>628</sup> „Sie tun dies in der Hoffnung, damit einen Übergangszustand zu schaffen, der es ihnen ermöglichen könnte, die zu kontrollieren und ihre ökonomischen Positionen, ihre Rohstoffquellen und Absatzmärkte, zu erhalten.“ Vgl. *Auf jede Frage eine Antwort.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Dezember 1958, S.4.

Kolonialmächte mit „Schlupfwespen“ gleichgesetzt, die ihre „Eier“ in den ehemaligen Kolonien hinterließen, deren „Larven den Wirt von innen auffressen.“<sup>629</sup> Die in der ostdeutschen Öffentlichkeit regelmäßig vorgebrachte Behauptung, die jungen afrikanischen Staaten seien nach Ansicht Bonns „zu Unrecht in die Welt gekommen“<sup>630</sup>, kann allerdings nicht belegt werden: Stattdessen begrüßen beide Seiten diesen Prozess, wobei sich ostdeutsche Repräsentanten und Medien stets bemühen zu betonen, dass auf die Entkolonialisierung auch die wirtschaftliche wie politische Loslösung erfolgen müsse und die Ereignisse damit in das deterministische sozialistische Geschichtsbild einordnen.

Den globalpolitischen Umwälzungen scheint allerdings ein gewisses Bedrohungspotential inhärent, das in der grundsätzlichen Befürwortung dieses Prozesses implizit mitschwingt. Dies wird vor allem im Westen thematisiert. So warnt man im Bundestag vor „unheilvollen Eruptionen“<sup>631</sup> und dass kein „Schlafmittel“<sup>632</sup> die nun erwachten Nationen wieder zur Ruhe bringen könne. Interne Aktennotizen des Auswärtigen Amtes demonstrieren die dort vorherrschende Überzeugung, der Ostblock sehe 1960 seine „Stunde in Afrika“<sup>633</sup> gekommen und versuche die jungen unabhängigen Staaten gegen den Westen „aufzuhetzen“ und einen „Keil“ zwischen alte Partner zu treiben. Das stark ausgeprägte „Unabhängigkeitsbewusstsein“<sup>634</sup> sowie die Armut bei gleichzeitiger politische Unerfahrenheit lassen Afrika als permanenten Krisenherd erscheinen, der durch innere wie äußere „Kämpfe, Blutvergießen, Tod“<sup>635</sup> erschüttert werde. Vor allem die Kongokrise nimmt ab Mitte 1960 einen großen Raum in der Berichterstattung ein und wird zum Beweis dafür angeführt, dass die Entkolonialisierung zumindest latent gewaltsam verlaufe. So diagnostiziert DIE WELT mit Bedauern eine Affinität zu autoritären Strukturen in Afrika und evoziert das Schreckensbild eines „Kontinent[s] für Diktatoren“<sup>636</sup> und „farbige[r] Caesaren.“ Dafür werden sowohl historische Faktoren,

<sup>629</sup> *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.; Ähnlich auch: *Bruder Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 11. August 1962, S.12.

<sup>630</sup> *Aufsatz des stellvertretenden Außenministers Winzer: Bonns Außenpolitik der Erpressung des Kriegs vom März 1961*. In: DzD 1961, S.376.

<sup>631</sup> „Es ist [...] von ausschlaggebender Bedeutung, ob wir darauf vertrauen können, daß sich die in Bewegung und in Erregung geratenen Völker zu den Prinzipien der freien Welt bekennen, oder ob sie der Anarchie [...] oder besser der Unordnung totalitärer Diktaturen verfallen.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6805 B.

<sup>632</sup> *Bonn und Afrika*. In: DIE WELT, 8. Februar 1960, S.2.

<sup>633</sup> *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner*. In: PA/AA B34 Bd.389.

<sup>634</sup> GERSTENMAIER, 1960, S.8.

<sup>635</sup> *Buschfeuer*. In: Die Welt, 4. Januar 1963, S.1.; *Die Welt wandelt sich*. In: Die Welt, 29. Dezember 1962, S.7.; *Gefahr im freien Afrika*. In: Die Welt, 27. Januar 1964, S.3.; *In Leopoldville regieren Chaos und Hass*. In: Die Welt, 18. Juli 1960, S.3.

<sup>636</sup> *Afrika – Kontinent für Diktatoren?* In: Die Welt, 21. September 1963, S.3.; *Werden farbige Cäsaren die Macht ergreifen?* In: DIE WELT, 21. Juni 1960, S.2.

wie repressive Stammestraditionen als auch pragmatische Erwägungen angeführt, wonach die Zentralisierung und Monopolisierung aller verfügbaren Ressourcen eine rasche „Aufbauarbeit“<sup>637</sup> im Sinne einer „Entwicklungsdiktatur“ ermöglichen. BÜRKI führt an, dass diese Regime als „notwendiges Übel“<sup>638</sup> gelten und außerdem Reminiszenzen zum aufgeklärten Absolutismus als Übergangsphase stilisiert werden. Da sich der Ostblock unter Führung der Sowjetunion als „Vorkämpferin der Farbigen“<sup>639</sup> inszeniere und autoritäre Regime als „Diktatur des Proletariats“ protegiere, fürchtet man in der Bundesrepublik, die entkolonialisierten Staaten Afrikas könnten sich diesem anschließen. So warnt DIE WELT bereits 1959 davor, dass „der andere Strand des Mittelmeeres morgen vielleicht schon“<sup>640</sup> Europa feindlich gegenüberstehen könnte. Adenauer treibt dieses Schreckensbild mit ethnisch-rassistisch geprägten Metaphern auf die Spitze, wenn er eine Zukunft entwirft, in der die „freie Welt“<sup>641</sup> nur noch aus einem „kleine[n] Häufchen von Weißen“ bestehe, das als „ganz kleine Insel“ von einem „Meer von Kommunismus“ umgeben sei. Auch in der Bemerkung, dass wohl bald jeder afrikanische Präsident „einen Cadillac und eine weiße Sekretärin“<sup>642</sup> besitzen werde, schwingt die Verunsicherung angesichts einer möglichen Verkehrung der bisherigen Machtverhältnisse mit. Kriegerische Metaphern, Formeln und Vergleiche, von einem sich formierenden Afrika oder einer „Attacke der Entwicklungsländer“<sup>643</sup> emphasize den Eindruck, dass nicht nur Wohlstand, sondern auch Leib und Leben der Europäer auf dem Spiel stünden. Die Furcht vor einer Ausbreitung des Sozialismus in Afrika wird mit archaisch-dramatischen Bildern vom „Buschfeuer“<sup>644</sup>, das einen „Weltbrand“ auslösen könne, gefasst, während die Konkurrenz mit dem Ostblock zum „Ringens“<sup>645</sup> oder „Kampf“ um den Kontinent

---

<sup>637</sup> *Afrika – Kontinent für Diktatoren?* In: DIE WELT, 21. September 1963, S.3.

<sup>638</sup> BÜRKI, 1977, S.112 f.

<sup>639</sup> *Die letzten Kolonien.* In: DIE WELT, 20. November 1961, S.2.

<sup>640</sup> *Nordafrika wendet sich gegen Europa.* In: DIE WELT 19. Mai 1959, S.4.; *Rebellen nach zwei Seiten.* In: DIE WELT, 26. März 1960, Die Geistige Welt.; *Wohin treibt der Schwarze Erdteil?* In: DIE WELT, 27. Januar 1962, Das Forum der Welt.

<sup>641</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.482.; Ähnlich auch Bundespräsident Lübke: „Was wird sich ereignen, wenn die hungernden Massen, organisiert durch zerstörerische Ideologien, aufstehen und die wohlhabenden Völker zum Kampf um das Brot zwingen?“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 80. Sitzung am 15. September 1959, S.4378 C.

<sup>642</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.483.

<sup>643</sup> *Afrika formiert sich.* In: DIE WELT, 27. Mai 1963, S.1.; *Attacke der Entwicklungsländer.* In: DIE WELT, 16./17. November 1960, S.11.; *Entwicklungsländer im Angriff.* In: DIE WELT, 6. November 1962, S.10.; *Gibt es eine Front der Farbigen?* In: DIE WELT 6. September 1960, S.1f.

<sup>644</sup> *Buschfeuer.* In: DIE WELT, 4. Januar 1963, S.1.

<sup>645</sup> *Planfieber in Afrika.* In: DIE WELT, 6. Oktober 1959, S.7.; *Kampf um Afrika?* In: DIE WELT, 6. November 1959, S.1.

dramatisiert wird. Noch schärfer pointieren diese Frontstellung zeitgenössische westdeutsche Sachbücher, wie „Schwarze Haut im Roten Griff“<sup>646</sup> oder „Afrika – Schwarz oder Rot?“<sup>647</sup> Zusätzlich zur Blockauseinandersetzung thematisiert DIE WELT mehrperspektivisch den sozialismusinternen Wettstreit zwischen dem chinesischen „rote[n] Drache[n]“ und dem „sowjetische[n] Bär.“<sup>647</sup> Die Bedrohung, dass einer der jungen afrikanischen Staaten enge Beziehungen zur DDR pflegen könnte, beschreibt der Presseattaché der westdeutschen Botschaft in Lagos gegenüber DER SPIEGEL mit folgenden Worten: „Wir kämpfen hier. Wir sind an der Front, wir fühlen uns belagert.“<sup>648</sup> Außenminister von Brentano stilisiert in diesem Kontext einen direkten Zusammenhang zur „Entwicklungshilfe“ und mahnt, sollten die entwicklungspolitischen Beiträge nicht bald spürbar steigen, könnte Bonn bald „die Rechnung hierfür präsentiert werden, deren Begleichung alsdann sehr wahrscheinlich erheblich teurer zu stehen komme.“<sup>649</sup>

Dass die Entkolonialisierung durchaus konfliktbehaftet verlaufen könne, macht auch NEUES DEUTSCHLAND deutlich, wenn darunter die „komplizierte Beseitigung aller Spuren“ des Kolonialismus definiert wird. Die Gefahr des vom Westen gefürchteten „neue[n] Kubas“<sup>650</sup> in Form Sansibars wird hoffnungsfroh aufgenommen und mit kriegerischen Guerilla-Metaphern gearbeitet, wenn die Entkolonialisierung „einem Dschungelkampf mit Angriffen aus dem Hinterhalt, Rückzügen, Ausfällen und vielfach verzahnten Fronten“<sup>651</sup> gleichgesetzt wird. Dabei wird der afrikanische Kontinent häufig als „Riese“ charakterisiert, der „seine

---

<sup>646</sup> ITALIAANDER, 1962.; SCHATTEN: 1961.

<sup>647</sup> *Wohin treibt der Schwarze Erdteil?* In: DIE WELT, 27. Januar 1962, Das Forum der Welt.

<sup>648</sup> *Mit der Gießkanne.* In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.59.

<sup>649</sup> 124. Kabinettsitzung am 12. Oktober 1960. TOP 2 Entwicklungshilfe.

<sup>650</sup> *Aufzeichnung de Ministerialdirektors Jansen vom 7. April 1964.* In: AAPD 1964 Dok.86, S.392 f. „Die Vielfältigkeit, der Umfang und die Periodizität der revolutionären Welle in den ehemaligen Kolonien, das phantastische Drängen nach Freiheit bei den Völkern Asiens und Afrikas lassen den Gedanken zu, daß in der Zukunft neue Kubas in Afrika, in Lateinamerika und in Asien entstehen werden.“ Vgl. *Die sozialistische Weltrevolution und der Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die nationale und soziale Befreiung.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1964, S.5.

<sup>651</sup> *Das afrikanische Jahr.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

Ketten gesprengt<sup>652</sup> habe. So erscheint auch im ostdeutschen Diskurs das unabhängig werdende Afrika als sich neu formierende Kraft, dessen „starke[n] Fäuste[n]“<sup>653</sup> durchaus bedrohlicher Charakter zugeschrieben wird: Allerdings nur für die durch den Westen repräsentierte „alte Ordnung“, die nun um ihre „letzte Rückzugslinie“<sup>654</sup> fürchten müsse. So karikiert NEUES DEUTSCHLAND unter dem Titel „Afrika richtet sich auf“<sup>655</sup>, wie der bisher offensichtlich als Sklave barfuß und gefesselt gehaltene „Riese Afrika“ sich energisch von seinen Fesseln löst und die winzigen Kolonialherren, erkennbar an ihrer hellen Haut-



Abb.15: *Afrika richtet sich auf.*  
Aus: NEUES DEUTSCHLAND,  
12. Dezember 1958, S.5.

farbe, Safari-Tracht und Peitsche, mühelos abzuschütteln vermag. Die aus diesem offenbar unerwarteten Ereignis erwachsende Furcht ist den „neokolonialistischen Zwergen“ an Mimik und Gestik deutlich anzusehen. Die in NEUES DEUTSCHLAND regelmäßig angeführten Zitate westdeutscher Eliten sollen diese Panikstimmung des Westens belegen.<sup>656</sup> Mit Hilfe programmatischer Überschriften wie „Afrika gegen Bonn“<sup>657</sup> wird eine spezifische Frontstellung stilisiert, während Titel wie „Die DDR begrüßt Afrika“<sup>658</sup> oder „Afrika-Konferenz dankt der DDR“ ein herzliches Einvernehmen mit dem eigenen Staat demonstrieren. FIEDLER/MEYEN zitieren in diesem Kontext einen damaligen ostdeutschen Journalisten, der die

<sup>652</sup> *Safari-Zeit ist um.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 31. März 1961, S.7.; *Der Riese Afrika reckt seine Glieder.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. September 1960, S.5.; „Der Riese zeigt keine Neigung, sich durch goldseidene Schnüre fesseln zu lassen, nachdem er die alten Ketten abgeworfen hat. Er greift nach der Substanz der Freiheit, anstatt sich mit ihrem papiernen Schein zufriedenzugeben.“ Vgl. *Alte Rezepte der Bonner Neokolonialisten.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. September 1960, S.2.

<sup>653</sup> *Afrikas starke Fäuste.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Dezember 1958, S.5.; *Afrika ist mobilisiert.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. Januar 1958, S.1.; *Afrika auf dem Marsch.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1959, S.5.

<sup>654</sup> *Auf jede Frage eine Antwort.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Dezember 1958, S.4.; Ebs. Afrika als „letzte[s] Bollwerk des Kolonialismus“ *Afrika steht auf.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Februar 1959, S.5.

<sup>655</sup> *Afrika richtet sich auf.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 12. Dezember 1958, S.5.

<sup>656</sup> „Ein amerikanischer Professor umschrieb den Sinn dieser ‚Entwicklungshilfe‘ in der westdeutschen Zeitung ‚Deutscher Merkur‘ mit den Worten, man komme nicht herum ‚um die Furcht, daß politisch etwas Schreckliches passieren könnte, falls man diesen Ländern nicht Milliarden geben würde.“ Vgl. *Tarnmantel ‚Entwicklungshilfe‘.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Juni 1961, S.6.

<sup>657</sup> *Afrika gegen Bonn.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. März 1960, S.1.; *Adenauer erklärt Afrika den Krieg.* In: NEUES DEUTSCHLAND 12. Juli 1959, S.1.; *Bonn bedroht ganz Afrika.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 31. März 1961, S.7.; *Afrika gegen Bonner Atomversuche.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. April 1958, S.5

<sup>658</sup> *Die DDR begrüßt Afrika.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1959, S.5.; *Afrika-Konferenz dankt der DDR.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Juni 1960, S.7.

Berichterstattung über die Entwicklungsländer in der wenig später folgenden „Anerkennungsphase“ ab 1969 ausdrücklich als „kurios“ bezeichnet: „Wer die DDR anerkannte, sollte absolut positiv dargestellt werden. Selbst die finstersten Länder.“<sup>659</sup> Selbst langjährige regime-treue Redakteure wie Lothar Killmer sollen nach seiner Darstellung über diese Berichterstattung „stinksauer“ gewesen sein. Dabei ist festzustellen, dass diese positivistische und unkritische Darstellung bereits in der Phase des Kampfes um Anerkennung flächendeckend und quasi-prophylaktisch betrieben wird. Die DDR-Afrikawissenschaften interpretieren die Geschwindigkeit der Entkolonialisierung als Beweis für die „tiefe Krise des imperialistischen Systems“<sup>660</sup> und ordnen diese damit in das sozialistische deterministische Geschichtsbild ein. Eine weitere, wenn auch nicht ernstzunehmende Gefahr gehe von der nun weitestgehend entmachtenden Landeselite aus, die vorerst in ihre „Luxusvillen“<sup>661</sup> zurückgezogen, an der „Reaktion“ arbeiteten. So wolle die Bundesrepublik Afrika zum künftigen militärischen „Aufmarschraum“<sup>662</sup> gegen das „südliche sozialistische Lager“ machen, wobei die Fremdenlegion als deren „Vorhut“ betrachtet wird.

Während die DDR die Entkolonialisierung fast ausschließlich zur Bedrohung des Westens stilisiert, scheint im westdeutschen Diskurs der Wohlstand der nördlichen Hemisphäre und der Industriestaaten grundsätzlich bedroht, wobei allerdings auch die Gefahr des Westens globalpolitisch ins Hintertreffen zu geraten, regelmäßig akzentuiert wird. Die vermutlich existierenden Unsicherheiten in Bezug auf die globalpolitischen Umwälzungen sollen durch die ostdeutsche Officialinterpretation als historischer Determinismus kanalisiert und in geschichtsoptimistischer Weise uminterpretiert werden, indem die Entkolonialisierung in den globalen Kontext der zu erwartenden sozialistischen Weltrevolution eingebettet wird.

#### 4.3.1.2 Afrika als Ressourcenreservoir

In beiden deutschen Staaten wird Afrika regelmäßig als enormes Ressourcenreservoir dargestellt, wobei insbesondere die Erdöl- und Metallvorkommen, Baumwolle, Früchte, Kakao-

---

<sup>659</sup> Dabei wird die Stimmung der Journalisten mit der Frage „Solchen Scheiß soll ich schreiben?“ beschrieben. Vgl. FIEDLER/ MEYEN, 2011, S.121.

<sup>660</sup> USCHNER/WEIDEMANN, 1970, S.544.; „[...] wird die nationale Befreiungsbewegung [...] wachsen, den Imperialisten neue Schläge versetzen, den Zerfall des Kolonialsystems beschleunigen und immer mehr ein entscheidender Faktor der Revolution werden.“ Vgl. *Die sozialistische Weltrevolution und der Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die nationale und soziale Befreiung*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1964, S.5.

<sup>661</sup> *Sieg über Nabils und Paschas*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Juli 1957, S.5.

<sup>662</sup> *Was will Bonns Generalstab in Afrika?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Dezember 1960, S.5

und Kaffeebohnen thematisiert werden.<sup>663</sup> Allerdings ist zu konstatieren, dass NEUES DEUTSCHLAND mit diesem Narrativ weniger offensiv umgeht und kaum zum Titel oder Aufhänger seiner Berichte machte, vermutlich um sich von dem selbst gegenüber dem Westen beständig vorgebrachten Vorwurf möglicher „Ausbeutungsabsichten“ zu distanzieren. Dennoch ist regelmäßig von den sagenhaften „Schätzen des Kontinents“<sup>664</sup> und beispielsweise in Bezug auf die ägyptische Baumwolle



„Darin haben wir mehr Erfahrung!“ Zeichnung: Arndt

Ab.16: „Darin haben wir mehr Erfahrung!“ Aus: NEUES DEUTSCHLAND, 28. April 1964, S.1.

von „weiße[m] Gold“ die Rede. In der westdeutschen Tagespresse kommen regelmäßig Wirtschaftsvertreter zu Wort, die offen die Hoffnung äußern, nun in den zuvor den kolonialen Mutterländern vorbehaltenen Märkten Fuß fassen zu können. Auch Reminiszenzen an die Entdeckung und Besiedelung Amerikas werden geweckt, wenn von einem „Pionierzeitalter [...] wie vor 400 oder 500 Jahren“<sup>665</sup> räsoniert wird. Im Westen fürchtet man indessen, der Ostblock könne diese „bedrohten Schatzkammern“<sup>666</sup> für sich einnehmen und Europa von seiner „afrikanischen Rohstoffbasis“<sup>667</sup> abschneiden. Im ostdeutschen Entwicklungsdiskurs wird im Zusammenhang mit den Ressourcenvorkommen stets der „Neokolonialismus-Vorwurf“<sup>668</sup> vorgebracht, wonach der Westen „in den Vorstellungen des vorigen Jahrhunderts“ lebe, als „europäische Abenteurer Stammeshäuptlinge bestechen und sich auf afrikanischem Boden festsetzen konnten.“<sup>669</sup> Bonns Afrikapolitik erscheint damit gleichermaßen antiquiert wie enteignend: Entsprechend zeigt eine Karikatur aus NEUES DEUTSCHLAND

<sup>663</sup> *Die Woge des Öls ist nicht aufzuhalten.* In: DIE WELT, 19. September 1959, S.7.; *Die bedrohten Schatzkammern.* In: DIE WELT, 20. August 1960, S.7.; *Lukrative Kakaobohnen.* In: DIE WELT, 8. Oktober 1959, S.7.; *De Gaulle, Afrika und die deutschen Monopole.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. September 1958, S.5.; „Der afrikanische Kontinent liefert heute 98 Prozent aller Diamanten, 80 Prozent des Kobalts, 75 Prozent des Sisalhanfes, 70 Prozent des Palmöls, 70 Prozent des Kakaos, 60 Prozent des Goldes. 35 Prozent der Phosphate, 30 Prozent des Chroms und Mangans, 20 Prozent des Kupfers und 15 Prozent des Kaffees, und die Entwicklung des Kontinents hat kaum begonnen.“ Vgl. *Es brennt in ganz Afrika.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. August 1956, S.5.

<sup>664</sup> *Der Riese Afrika reckt seine Glieder.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. September 1960, S.5.; *DDR-Flagge in Alexandria.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Januar 1960, S.2.

<sup>665</sup> *Entwicklungshilfe braucht Pioniergeist.* In: DIE WELT, 25. März 1961, S.10.

<sup>666</sup> *Die bedrohten Schatzkammern.* In: DIE WELT, 20. August 1960, S.7.

<sup>667</sup> *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner.* In: PA/AA B34 Bd.389.

<sup>668</sup> *Bonn will Afrika als Rohstoffquelle und Militärstützpunkt.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. März 1965, S.7.

<sup>669</sup> *Alte Rezepte der Bonner Neokolonialisten.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. September 1960, S.2.

Kanzler Erhard, der mit der obligatorischen Zigarre unter Zuhilfenahme seines Wohlstandsbauchs die Tür des Welthandels zuhält und den sehr viel dünneren Afrikaner mit den Worten „Darin haben wir mehr Erfahrung!“ aussperrt: In den Händen hält Erhard Palmen und Ölfässer, wobei er die damit erwirtschafteten Profite den Herkunftsländern augenscheinlich vorenthalten und diesen quasi „stehlen“ will. Gleichzeitig wird behauptet, dass Europa mit dem Argument, Afrika in die Weltwirtschaft integriert und mit Hilfe der Entwicklungspolitik die Lebensqualität seiner Menschen verbessert zu haben, Anspruch auf deren „Rohstoffkammer[n]“<sup>670</sup> erhebe.

#### 4.3.1.3 Afrika als Ort der Gegensätze

Sowohl im west- als auch ostdeutschen Diskurs wird regelmäßig der Kontrast zwischen dem eigentlichen Rohstoffreichtum und der Armut beschworen, häufig in Form bettelnder Kinder und verdorrter Landschaftszweige.<sup>671</sup> Man spricht, wie PAEFFGEN bereits für die Debatten im Bonner Bundestag gezeigt hat, regelmäßig vom „Afrika der Gegensätze“<sup>672</sup> und fasst diese Bipolarität im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne in programmatisch-überspitzte Bilder von „Fabriken im Busch“<sup>673</sup>, „Universitäten im Urwald“ und großen Industriewerken „in anscheinend unberührter Wildnis.“ Teilweise gibt man sich zudem „erstaunt, wie viel zivilisiertes, modernes und technisches Leben“<sup>674</sup> bereits in den urbanen Gebieten anzutreffen sei: So berichtet DIE WELT, dass zwar im Rahmen der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten noch „Häuptlinge und Sultane in bunter Samttoga und silbernen Helm[en]“<sup>675</sup> am Präsidenten vorbeiritten, auf den hinter der Tribüne allerdings „ein Citroën oder ein Land Rover“ warte. Die Zeitung beklagt in diesem Kontext die langsam voranschreitende „Entzauberung“<sup>676</sup> des Kontinents, dessen Bild sowohl im west- als auch ostdeutschen Diskurs von einer gewissen Kolonialromantik durchhaucht scheint. Neben der tropischen Flora, Fauna und Tierwelt sowie traditionellen Stammesritualen wie Kriegertanz und Opferzeremonien stehen immer wieder exotisch-bunte Körperbemalung und -schmuck im Mittelpunkt

<sup>670</sup> *Die weiße Herrenrasse und die Afrikaner.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. April 1960, S.4.

<sup>671</sup> *Wenn die Weißen gehen.* In: DIE WELT, 5. März 1960, Die Geistige Welt; *Winterreise an den Nil.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. Februar 1958, S.7.; *Schreiben der Handelsvertretung aus Accra vom 29. Oktober 1963.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>672</sup> PAEFFGEN, 1976, S.218.; *Schomburgk aus Afrika zurück.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. Januar 1957, S.4.

<sup>673</sup> *Vom Urwalddorf auf den Bobrturm.* In: DIE WELT, 20. November 1961, S.3.; *Traum von der afrikanischen Kindheit.* In: DIE WELT, 13. Januar 1964, S.7.; *Schomburgk aus Afrika zurück.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. Januar 1957, S.4.

<sup>674</sup> *Die Welt wandelt sich.* In: DIE WELT, 29. Dezember 1962, S.7.

<sup>675</sup> *In Kamerun geht die Sorge um.* In: DIE WELT, 8. Januar 1960, S.3.

<sup>676</sup> *Die Welt wandelt sich.* In: DIE WELT, 29. Dezember 1962, S.7.



der Berichterstattung.<sup>677</sup> Häufig schildern Korrespondenten, teilweise ohne selbst vor Ort gewesen zu sein, in stereotypen Bildern die „Steppen und Wüsten“<sup>678</sup> und „Grassavannen und Urwälder[n]“ sowie ein exotisches urbanes Zentrum mit Gewürzmärkten, bunten Gewändern und überquellenden Verkaufsständen.<sup>679</sup> Wenn die ostdeutsche Tageszeitung über die „schönste Popeline“<sup>680</sup> und die Fülle der „Lebensmittel, Früchte und Zigaretten“, die bereits auf den örtlichen Märkten Ägyptens verfügbar seien, schwärmt, könnte dies bei der Leserschaft möglicherweise unfreiwillige Vergleiche zur eigenen, nicht immer unproblematischen Versorgungslage geweckt haben. So werden beispielsweise Papayas als „gurkenähnliche Früchte“<sup>681</sup> an „plumpen, kandelaberartigen Ästen“ mit einem Geschmack wie „Wassermelone, Ananas und Mango“ beschrieben. DIE WELT unterstellt dem afrikanischen Kontinent in diesem Kontext regelmäßig eine Art „Geschichtslosigkeit“<sup>682</sup>, dem NEUES DEUTSCHLAND ironisch zustimmt, um darauf zu verweisen, dass sämtliche Zeugnisse alter afrikanischer Hochkulturen in westliche Museen „verschleppt“<sup>683</sup> oder zerstört worden seien. Gerstenmaier hebt in diesem Kontext hervor, dass die Existenz alter hoher Kulturen in Afrika zwar unfraglich sei, es jedoch zweifelhaft sei, ob sich diese „mit der weißen messen“<sup>684</sup> könne und in der heutigen Weltlage adäquate Handlungsmodelle biete.

Auch das Klima wird in Ost und West beständig thematisiert. So berichtet NEUES DEUTSCHLAND von einer „unerträglich“ hohen Luftfeuchtigkeit, die dazu führe, dass draußen aufgehängte Wäsche „an einem windstillen Tag einfach nicht trocknet“<sup>685</sup> und dass Regenfälle die ungepflasterten Straßen in einen unpassierbaren Morast verwandelten und durch Hausdächer drängen. So impliziert der Leserschaft die Bequemlichkeit und den Komfort des eigenen

---

<sup>677</sup> „Lendenschurz und Brustbemalung, in den Fäusten die Speere und wildes Geschüttel der Glieder, [...] ekstatische Schreie [...]“ Vgl. *Aufregend nüchternes Afrika*. In: DIE WELT, 20. April 1963, Die Geistige Welt.

<sup>678</sup> *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>679</sup> Exemplarisch hierfür: „Der Duft der Gewürznelken erfüllt noch immer die belebten Gassen des Hafenviertels von Sansibar. Wie eh und je quellen die Stände am alten Fruchtmarkt der Stadt von Bananen, Apfelsinen, Ananas und anderen tropischen Früchten über, [...] Wir Besucher [...] sind wie all unsere Vorgänger gefangen von dem Reiz der von Kokospalmen, Nelken und Mangobäumen bestimmten Landschaft im Indischen Ozean.“ Vgl. *Impressionen in Sansibar*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. Dezember 1964, S.6.

<sup>680</sup> *Sieg über Nabils und Paschas*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Juli 1957, S.5.

<sup>681</sup> *Als Gast im Lande der Acholi*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Mai 1958, S.7.

<sup>682</sup> *Auf der Suche nach Tradition*. In: DIE WELT, 16. April 1962, S.1.

<sup>683</sup> „Die Abgesandten der Imperialisten [...] behaupten, die Afrikaner besäßen keine Kultur. Zeugnisse hoher Kultur findet man wirklich nur noch selten in Afrika. Europäische und amerikanische Museen und Privatsammler haben sie zu Hunderten verschleppt, soweit die Landsknechte der Kolonisatoren sie nicht zerstörten.“ Vgl. *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>684</sup> GERSTENMAIER, 1960, S.12.

<sup>685</sup> *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.; *Impressionen in Sansibar*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. Dezember 1964, S.6.

Lebens in der DDR. DIE WELT sieht sich 1962 infolge des in der westdeutschen Gesellschaft offensichtlich verhaftenden kolonialen Bilds vom „Traum von den Tropen“<sup>686</sup> dazu veranlasst, speziell Frauen über das oft harte und trostlose Leben dort aufzuklären: Dabei wird in ebenfalls stereotyper Weise vor riesigen Insekten, wilden Tieren sowie diebischen und unzuverlässigen Hausbediensteten gewarnt und konstatiert, dass Kolonialromantik „nur im Film“ existiere. Dieses romantisierte Afrikabild bleibt dennoch in beiden deutschen Staaten über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg weitestgehend konstant und erfährt in NEUES DEUTSCHLAND sogar poetische Übersteigerung: So beschwört das 1960 erschienene Gedicht des ostdeutschen Lyrikers und Funktionärs Walter Stranke mit archaisch-verbrämten und romantisierten Bildern von „Ketten“, „Feuer“ und „Fäusten“ das Ende des Kolonialismus und den Beistand aller „Arbeiterherzen“ der DDR, die die „Gedanken der Väter“ als ideologischen Rückhalt für die Bewältigung der gegenwärtigen Probleme anbieten.

#### AFRIKA

Gewaltige Stille der Ströme,  
gewaltiges Rauschen der Wälder,  
gewaltiger Herzschlag des Menschen:  
Ich schau in dein schwarzes Gesicht.

Es glänzen die sehnigen Leiber  
im Schnee deiner Baumwollfelder,  
doch über die Ballen gebieten  
die Herren im Schaukelstuhl.

Sie nahmen aus deinen Händen  
die Früchte der Kaffeeplantagen,  
die glitzernden Diamanten,  
das Erz, um dir Ketten zu schmieden.  
Sie schwelgten in deinen Schwielen,  
sie schändeten deine Schönen  
und ließen die Kinder den Fliegen  
und hofften auf dein Vergessen.

[...]

Es glüht schon ein jedes Sandkorn  
vom Atlasgebirge bis Kapstadt  
und Trommeln der Sonne ertönen  
am Senegal, Niger und Kongo.  
O zeige die blitzenden Zähne,  
die Fäuste, in Feuer gehärtet,  
die Träume, die alle ermuntern,  
die Fahne, die alle vereint.

Wir stehen an deiner Seite  
mit allem, was wir besitzen:  
Der Kraft unsrer Arbeiterhände,  
der Glut unsrer Arbeiterherzen,  
den großen Gedanken der Väter  
und Plänen, die wir vollenden,  
den Qualen, die wir erlitten,  
und Sorgen um alle Kinder.

Wir grüßen dich, schwarzer Bruder,  
und bringen dir unsere Waffen:  
Die Liebe — und eine Milliarde  
in Stürmen gestählter Gefährten.  
Wir reichen bis tief in die Schächte  
und hoch an das Meer der Gestirne  
und wissen, in Stunden des Zornes  
reifen die Stunden der Siege.

Aus: NEUES DEUTSCHLAND, 30. Juli 1960, S.10.

---

<sup>686</sup> Dieser besteht aus „Hängematten, Orchideen, schwarze oder braune Diener, Machete [...] Drinks auf der Veranda.“ Vgl. *Urwald-Romantik gibt es nur im Film*. In: DIE WELT, 22. September 1962, Die Geistige Welt.

Dabei wird das romantische Kolonialbild mit dem Aufbegehren der Ausgebeuteten im Sinne des marxistischen Determinismus kombiniert. Vergleichbare emphatische-lyrische Töne sind für DIE WELT nicht nachweisbar. Allerdings verwenden beide Tageszeitungen häufig die Metapher der „Buschtrommel“<sup>687</sup> oder „Tam-Tams“<sup>688</sup>, was Traditionsverbundenheit und Zivilisationsferne, aber auch den kriegerischen Charakter des Kontinents hervorhebt. So titelt NEUES DEUTSCHLAND im Januar 1960: „Afrika trommelt Freiheit“<sup>689</sup> und interpretiert dessen Dröhnen ideologisch als Ruf: „Imperialisten, verlaßt Afrika! Afrika muß frei sein!“<sup>690</sup> Die Beschreibung traditioneller Tänze, die sogar als „sexualpantomimisch“ bezeichnet werden, taucht ebenfalls beinahe leitmotivisch auf. Explizit wird darauf verwiesen, dass die Tänzer oder auch die zuschauenden Frauen (halb-)nackt seien, was ein archaisches und sexualisiertes Bild evoziert, was DAVIS in Bezug auf die Darstellung der Afrikaner im westdeutschen Fernsehen kritisiert.<sup>691</sup> Auch die in einigen afrikanischen Kulturkreisen übliche Polygamie scheint große Faszination auf die deutsche Leserschaft in Ost und West auszuüben.<sup>692</sup> Beinahe belustigt berichtet DIE WELT über die in der westdeutschen Bevölkerung anzutreffenden Afrikabilder, die sich unter anderem darin äußerten, dass so mancher farbige Student sich habe fragen lassen, müsse ob es noch „Menschenfresser“<sup>693</sup> in seinem Herkunftsland gebe. Häufig wird der „Aberglaube“ als Entwicklungshemmnis charakterisiert: So besitze man, teilweise durch entwicklungspolitische Förderung, moderne Traktoren, die allerdings nicht zum Einsatz kämen, da viele „Häuptlinge“<sup>694</sup> diese Maschinen aus Misstrauen und Achtung vor ihren Vorfahren, die in der Erde begraben lägen, nicht benutzen wollten. Außerdem gebe es „Medizinmänner“ oder sogar „Zauberer“<sup>695</sup>, denen Einheimische mehr vertrauten als den in den Industriestaaten ausgebildeten Ärzten. DIE WELT fasst das paradoxe Nebeneinander von Armut und Reichtum, Modernisierung und Traditionsverhaftung in die treffenden Formeln „Die zwei Gesichter Afrikas“<sup>696</sup> und „Afrika schreckt und lockt.“ Auch

---

<sup>687</sup> *Ghana – ein neuer Staat in Afrika.* In: DIE WELT, 6. März 1957, S.3.

<sup>688</sup> *In Togo dröhnen die Tam-Tams.* In: DIE WELT, 27. April 1960, S.3.

<sup>689</sup> *Afrika trommelt Freiheit.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Januar 1960, S.7.

<sup>690</sup> *Das afrikanische Jahr.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>691</sup> DAVIS, 1991, S.99.; *In Kamerun geht die Sorge um.* In: DIE WELT, 8. Januar 1960, S.3.

<sup>692</sup> *Afrikanische Frauen für Abschaffung der Polygamie.* In: DIE WELT, 24. Juli 1959, S.4.; *Eine Frau aus Guinea.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 13. Juni 1961, S.7.; *Als Gast im Land der Acholi.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Mai 1958, S.7.

<sup>693</sup> *Bestaunt wie im Zirkus.* In: DIE WELT, 1. Februar 1960, S.3.

<sup>694</sup> *Afrika blickt nach Ghana.* In: DIE WELT, 9. August 1958, S.3.

<sup>695</sup> *In Kamerun geht die Sorge um.* In: DIE WELT, 8. Januar 1960, S.3.; *Bildung ist ein Zauberwort.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Oktober 1960, S.7.; *Hexenwahn wie im Mittelalter.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Januar 1962, S.2.

<sup>696</sup> *Die zwei Gesichter Afrikas.* In: DIE WELT, 28. September 1961, S.1f.; *Afrika schreckt und lockt.* In: DIE WELT, 4. Januar 1958, S.7.

NEUES DEUTSCHLAND erwähnt die „Gegensätze“<sup>697</sup>, mit denen die afrikanischen Staaten konfrontiert seien. Allerdings interpretiert man diese lediglich als bald zu überwindende Spätfolgen des Kolonialismus und stellt die Thematisierung dieser Differenzen in der Bundesrepublik als Beweis für die Zerfallserscheinungen des Westens dar.<sup>698</sup>

### 4.3.2 Die Afrikaner als „naive Wilde“ und „berechnende Dompteure“

Zunächst ist hervorzuheben, dass sich die Forschung zu Fremdheit in der DDR fast ausschließlich auf die in Ostdeutschland zumindest zeitweise lebenden Ausländer konzentriert hat und in der Regel die historischen Ursachen von Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern untersucht.<sup>699</sup> Im Folgenden soll dagegen die öffentliche Darstellung der in der „Fremde“ verbleibenden Afrikaner als (potentielle) Empfänger ost- bzw. westdeutscher „Entwicklungshilfe“ im Mittelpunkt stehen.

#### 4.3.2.1 Infantilisierung

In beiden deutschen Staaten werden Afrikaner als potentielle oder konkrete Empfänger von „Entwicklungshilfe“ an vielen Stellen infantilisiert. So bezeichnet DIE WELT Naivität sogar als Teil ihres „natürlichen Wesens“<sup>700</sup>, wobei schon die Annahme, dass die Herkunft ein bestimmtes Verhalten determiniere, rassistische Züge trägt. Selbst in internen Regierungsakten findet sich der Hinweis, „daß die Afrikaner die Mentalität von Kindern hätten, die leicht Kurzschlusshandlungen begingen.“<sup>701</sup> ZURMÜHL verweist in diesem Kontext darauf, dass Hegel Afrika in seinen „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“ 1882 als „Kinderland“<sup>702</sup> bezeichnet habe, was sich in dieser Infantilisierung fortzusetzen scheint. Dabei werden regelmäßig haarsträubende Anekdoten berichtet, wie dass ein afrikanischer Analphabet auf das „Zauberwort ‚Stipendium‘“<sup>703</sup> hin nach Deutschland gereist sei und geglaubt habe, dort kostenfrei und umgehend zum Arzt ausgebildet zu werden. In einem anderen Fall sei ein junger Afrikaner überzeugt gewesen, ein selbstverständliches Anrecht auf Studienför-

---

<sup>697</sup> „Afrika der Gegensätze.“ Vgl. *Schomburgk aus Afrika zurück*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. Januar 1957, S.4.

<sup>698</sup> *Afrika sollte die DDR anerkennen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Oktober 1960, S.2.: *Bonn möchte Westeuropa beherrschen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. Januar 1960, S.6.

<sup>699</sup> Paradigmatisch dafür der Sammelband BEHREND/S/LINDENBERGER/POUTRUS, 2001.

<sup>700</sup> *Sind Farbige geborene Schauspieler?* In: DIE WELT, 26. Januar 1960, S.6.

<sup>701</sup> *Botschafter Blankenborn, Paris, an das Auswärtige Amt am 27. November 1962*. In: AAPD 1962 Dok.460, S.1976 f.

<sup>702</sup> ZURMÜHL, 1995, S.19.

<sup>703</sup> *Hier bin ich, nun helf mir*. In: DIE WELT, 23. Dezember 1964, S.3.

derung in Deutschland zu haben, da sein Vater „Stammeshäuptling“ sei. Diese passiv-rezeptive Erwartungshaltung fasst DIE WELT in die Formel „Hier bin ich, nun helft mir.“<sup>704</sup> Berichte über die Selbstverständlichkeit, mit der entwicklungspolitische Leistungen in einigen Fällen eingefordert worden sein sollen, verursachen vermutlich neben Belustigung auch Unmut bei der westdeutschen Leserschaft.

Auch die ostdeutsche Presse neigt zur Infantilisierung der Afrikaner, wenn beispielsweise konstatiert wird, diese müssten erst einmal „lernen, mit industriellen, einfachen Werkzeugen umzugehen“<sup>705</sup> und würden die in den Industrieländern gefertigten Fabriken mit kindlich anmutender Neugier „bestaunen.“ Außerdem werden sansibarische Politiker und Beamte in dem von der DDR gestifteten „Haus der Freundschaft“ in politischen und wirtschaftlichen Fragen unterwiesen und bedanken sich dafür artig. Beim Anblick der afrikanischen Führungsriege, die sich wie „Schüler, die lernen wollen, [...] lerneifrig auf die Hocker hinter die Pulte geklemmt“<sup>706</sup> habe, fühlt sich NEUES DEUTSCHLAND sogleich an Johannes R. Bechers „Hier wird gelernt“ erinnert. Die Zitation dieses die Kaderausbildung in der Sowjetunion pathetisch feiernden Gedichts, „als stünd’ Genosse Lenin mittendrin“, suggeriert die dort ebenfalls vermittelte weltanschauliche Schulung.

Ähnlich vergleicht auch DIE WELT politische Repräsentanten mit Kindern, die im Zuge eines entwicklungspolitischen Projekts wie „eine Schulklasse“<sup>707</sup> frontal unterrichtet würden. Ausführlich wird die westdeutsche Öffentlichkeit über die Ausbildung einer Art „afrikanischer Kader“ als „rote Garde“ im Zuge der ostdeutschen „Entwicklungshilfe“ berichtet. Diesen würde ein völlig verzerrtes Bild von den sozialen und materiellen Strukturen des Landes vermittelt. So zitiert ein WELT-Korrespondent aus einem persönlichen Gespräch mit einem Kongolesen, der in der DDR ausgebildet wird: „Die ‚DDR‘ ist der beste Staat, den es unter Gottes Sonne gibt. Hier fahren die Arbeiter in SIM-Limousinen, tafeln in den vornehmsten Hotels Kaviar und Krimsekt. Die Armen wohnen in den Villen der Reichen. [...] Alle einfachen Leute werden Professoren, Minister und Direktoren.“<sup>708</sup> Auf die Einwände des Journalisten muss er zugeben, dass noch nicht alle Armen diesen Lebensstil führten, aber spätestens in einigen Jahren sei dies der Fall, denn „die Berliner Genossen haben es uns gesagt.“ Auch

---

<sup>704</sup> *Hier bin ich, nun helft mir.* In: DIE WELT, 13. Dezember 1964, S.3.

<sup>705</sup> *Frieden und Sozialismus werden triumphieren.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1960, S.5.

<sup>706</sup> *Impressionen in Sansibar.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. Dezember 1964, S.6.

<sup>707</sup> Als einzige Ausnahme für die Entwicklungsländer wird der indische Ministerpräsident Nehru aufgeführt. Vgl. *Wenn die Armut und die Angst nicht wären ...* In: DIE WELT, 2. September 1961, S.5.

<sup>708</sup> *Rote Garde für den Schwarzen Erdteil.* In: DIE WELT, 11. April 1960, S.3.

in den Akten der Auslandsvertretungen wird regelmäßig thematisiert, dass eine große Unsicherheit und Desinformation in Bezug auf globalpolitische Vorgänge, selbst in höchsten Regierungskreisen, vorliege, auf die man mit einer Informationskampagne reagieren müsse.<sup>709</sup>

#### 4.3.2.2 Unterweisung durch Entwicklungshelfer

Grundsätzlich scheint diese Infantilisierungstendenz auch für die Beschreibung des Verhältnisses zwischen Entwicklungshelfern und Afrikanern in beiden deutschen Staaten kennzeichnend zu sein. So bezeichnet der Direktor des westdeutschen Instituts für Tropenlandschaft es als Hauptaufgabe der in seiner Einrichtung ausgebildeten Entwicklungshelfer, als „Lehrmeister“<sup>710</sup> aufzutreten. BARTH charakterisiert Entwicklungsprojekte in diesem Kontext als „Zivilisierungsmissionen“<sup>711</sup>, bei denen europäische Kultur- wie Zivilisationswerte an die als „rückständig“ betrachteten und infolgedessen entmündigten Partner vermittelt werden würden. Damit erscheinen die Probleme Afrikas als durch gute (An-)Leitung überwindbar. Ähnlich spricht auch der spätere Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Wischnewski über die „Aufgabe des Unterweisens, Vormachens und Beraters“<sup>712</sup>, wobei er jedoch im selben Atemzug die „Anerkennung der Gleichberechtigung“ fordert: Der Entwicklungshelfer solle nicht wie ein „Vorgesetzter“<sup>713</sup> sondern wie ein „helfender, anleitender Kamerad“ auftreten. Scheel warnt in diesem Kontext sogar, jede Form der Hilfe sei zunächst einmal „Ausdruck einer Überlegenheit [...]“, die sich nicht selten in Arroganz äußert.<sup>714</sup> Auch der FDP-Abgeordnete von Mühlen mahnt, von „einem Dozieren und einem Besser-Wissen-Wollen“<sup>715</sup> abzusehen. Dennoch wird in der westdeutschen Öffentlichkeit explizit und offen ein stark patriarchalisches Verhältnis stilisiert, wenn beispielsweise konstatiert wird, dass Afrika in jüngster Vergangenheit „das Recht, das jeder Jüngling gegenüber seinem Vater beansprucht, [wahrgenommen habe, *Anm. d. Verf.*] durch eigene Fehler eigenen Erfahrungen zu sammeln.“<sup>716</sup> GROTE spricht in diesem Kontext ironisch von

---

<sup>709</sup> Exemplarisch in Bezug auf Guineas Präsidenten Touré: *Bericht der Botschaft aus Conakry vom 4. Januar 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>710</sup> *Klein-Afrika an der Werra*. In: DIE WELT, 24. September 1963, S.3.

<sup>711</sup> BARTH, 2005, S.201.; SCHROEDER, 2005, S.16.

<sup>712</sup> *Friedenskorps - eine Aufgabe auch für uns?* In: DIE WELT, 11. März 1961, Das Forum der Welt.

<sup>713</sup> *Eine G.m.b.H. für den Frieden*. In: DIE WELT, 20. Juni 1963, S.3.

<sup>714</sup> *Mit der Gießkanne*. In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.65.

<sup>715</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestags. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 119. Sitzung am 23. Juni 1960, S.6893 C.

<sup>716</sup> *Helfen oder schenken?* In: DIE WELT, 21.3.64, S.2.

einer „neuen Herrenrasse der Techniker“ und bescheinigt der frühen westdeutschen „Entwicklungshilfe“ „schulmeisterliches Verhalten.“<sup>717</sup> Als Alternative zur Ausbildung in der Bundesrepublik, wo sich die afrikanischen Studenten ohnehin „selber nicht behaglich“<sup>718</sup> fühlten, rät DIE WELT, lieber Fachkräfte vor Ort ausbilden. Das akademische Studium mit technologisch hoch entwickeltem Gerät und sterilen Praxen nütze dem späteren afrikanischen „Buschzahnarzt“ schließlich wenig, so die Zeitung wörtlich. Noch deutlicher offenbart sich diese Haltung in der von DIE WELT zitierten Aussage eines englischen Verwaltungsbeamten in Tanganjika, wonach es die Afrikaner aus der Kolonialzeit gewohnt seien, mit der Strenge eines Vaters erzogen zu werden, wo es schon einmal eine „Tracht Prügel“<sup>719</sup> für ungebührliches Verhalten setze. Dieses sprachlich festgeschriebene Unterordnungsverhältnis offenbare sich vor allem im Umgang mit „abtrünnigen“ Entwicklungsländern, die wie Sklaven „Schläge, Huftritte und Wasserwerferstrahle“<sup>720</sup> zu befürchten hätten.

NEUES DEUTSCHLAND kommentiert solche Imaginationen hämisch und nimmt diese zum Anlass, die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ zur rassistisch motivierten neokolonialistischen Ausbeutungspraxis zu stilisieren:

„So ist das also: Der ‚weiße Mann‘ übernimmt dank seiner rassistischen Höherwertigkeit die Leitung und Planung, er läßt die rechtmäßigen Besitzer des Landes, die ‚Neger‘, für sich schuften, um die Schätze des Landes erst zu heben und dann zu verkaufen.“<sup>721</sup>

Allerdings konstatiert BÜSCHEL, dass auf beiden Seiten der deutschen „Experten“<sup>722</sup> rassistische Ausfälle stattfinden und verweist darauf, dass ein ostdeutscher Entwicklungshelfer nach seinem Aufenthalt in Sansibar herablassend berichtet haben soll, dass die Menschen dort „wie Tiere leben.“<sup>723</sup> Bei diesen Animalisierungen handelt es sich um ein genuin koloniales Narrativ.<sup>724</sup> DIE WELT ist davon überzeugt, dass den Afrikanern im Prinzip erst durch „Entwicklungshilfe“ ein „menschenwürdiges Leben“<sup>725</sup> ermöglicht werde, was impliziert, dass dies gegenwärtig nicht der Fall sei.

---

<sup>717</sup> GROTE, 2004, S.29.

<sup>718</sup> *Wenn Hilfe Gefahr bringt.* In: DIE WELT, 9. April 1964, S.3.

<sup>719</sup> *Die deutsche Legende in Afrika.* In: DIE WELT, 26.1.1957, Die Geistige Welt.

<sup>720</sup> *Blutige Entwicklungshilfe.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Februar 1961, S.1.

<sup>721</sup> *Die weiße Herrenrasse und die Afrikaner.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. April 1960, S.4.

<sup>722</sup> BÜSCHEL, 2008, S.349.

<sup>723</sup> *Bericht über den Aufenthalt in der Volksrepublik Sansibar vom 12./26. Januar 1965, verfasst am 9. Februar 1965.* Zitiert nach: BÜSCHEL, 2008, S.338.

<sup>724</sup> ZURMÜHL, 1995, S.23.

<sup>725</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6827 C. *Entwicklungshilfe braucht Pioniergeist.* In: DIE WELT, 25. März 1961, S.10.; Ähnlich auch: *Aus der Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der SPD, Erler, auf dem Flüchtlingskongress der SPD in Sindelfingen am 7. März 1964.* Vgl. In: DzD 1964, S.333.

Ebendiese Haltung wirft NEUES DEUTSCHLAND der Bundesrepublik öffentlich vor, wenn beispielsweise angeführt wird, dass westdeutsche Sach- und Schulbücher Afrikaner angeblich animalisiert als „schmatzende Affen“<sup>726</sup> darstellten. Mahnungen in Bezug auf das eigene Engagement und das Auftreten der DDR-Akteure sind für den ostdeutschen Entwicklungsdiskurs, der öffentlich stets die unproblematische und gleichberechtigte Zusammenarbeit vor Ort betont, dagegen erwartungsgemäß nicht nachweisbar. Allerdings verweist BÄBLER darauf, dass die Berichte von DDR-Entwicklungshelfern die Europäer als aktive Lehrende beschrieben, während die Afrikaner meist mit passiven Verbformen und als passiv Empfangende geschildert würden.<sup>727</sup> Diese Tendenz ist auch in der Berichterstattung von NEUES DEUTSCHLAND nachweisbar: So würden FDJ-Aktivistinnen Experten für ein Projekt „nach Guinea entsenden, die Spezialarbeiten leiten und vor allem junge Guinesen ausbilden“<sup>728</sup>, während diese sich dieses Projekt schon lange „wünschen“ würden, um endlich über die Grundfragen praktischer Haushaltsführung bis politischer Gestaltung lernen zu können. Einen gleichberechtigten und unbefangenen Umgang mit afrikanischen Repräsentanten schildert Ulbricht anschaulich auf dem 6. FDGB-Kongress im November 1963 unter großer Heiterkeit der Delegierten, wo er berichtet, dass er auf die Frage eines einfachen afrikanischen Gewerkschaftsführers nach seinem Gewerkschaftsbuch dieses selbstverständlich sogleich vorgezeigt habe: „Warum nicht?“<sup>729</sup> Dieser habe nicht glauben können, dass tatsächlich ein Gewerkschaftsmitglied in Regierungsverantwortung sei, da dies in seinem Herkunftsland bislang undenkbar sei. Dass der Staatsratsvorsitzende sich gegenüber einem nicht einmal namentlich genannten afrikanischen Gewerkschafter sofort ausweist, soll der Leserschaft wechselseitige Achtung und Solidarität akzentuieren.

#### 4.3.2.3 Ungeduld und Selbstüberschätzung

Im westdeutschen Diskurs zeichnen sich die afrikanischen Empfänger von „Entwicklungshilfe“ durch eine kindlich anmutende „Ungeduld“<sup>730</sup> aus, die sich unter anderem darin offenbare, dass man „gleich vom Esel auf den Cadillac umsteigen“<sup>731</sup> wolle. Dazu kommentiert

---

<sup>726</sup> *Die weiße Herrenrasse und die Afrikaner*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. April 1960, S.4.

<sup>727</sup> BÄBLER, 1984, S.81.

<sup>728</sup> *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>729</sup> *Diskussionsrede des Genossen Ulbricht auf dem 6. FDGB-Kongress*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. November 1963, S.4.

<sup>730</sup> *Ungeduld*. In: DIE WELT, 13. August 1963, S.1.

<sup>731</sup> *Junge Staaten im Werden*. In: DIE WELT, 17. Februar 1960, S.2.



DIE WELT zynisch: „Ein Fahrrad tut es doch auch.“ Für den gesamten Untersuchungszeitraum sind Äußerungen nachweisbar, wonach die Entwicklungsländer ihre teilweise impertinent vorgebrachten „Maximalforderungen“<sup>732</sup> einschränken und Geduld, Genügsamkeit sowie Kompromissfähigkeit an den Tag legen sollten. So berichtet DIE WELT 1962, ein nicht näher spezifiziertes afrikanisches Land habe der Bundesrepublik großzügigerweise mitgeteilt, dass es „bereit“ sei, unsere Hilfe „anzunehmen“<sup>733</sup>, wenn der vorgesehene Geldbetrag mehr als verdoppelt, auf jegliche Projektbindung oder Prüfung verzichtet und das Geld in „Schecks, bar auf die Hand“ übergeben würde. Die Empörung der Leserschaft über eine solche „Hilfe auf Befehl“<sup>734</sup> scheint nach diesen Zeilen sicher. Entsprechend fragt DIE WELT säuerlich, ob man sich „jeder ihrer Launen“<sup>735</sup> beugen müsse, nur weil engere Kontakte zum Osten zu befürchten seien. In Bezug auf Guinea ärgert man sich, daß Sekou Touré „die Hand zurückgewiesen hat, die ihm freundlich entgegenstreckt wurde“<sup>736</sup>, wodurch dieser undankbar und irrational handelnd erscheint. Auch infolge längerer Wartezeiten von der Zusage bis zur tatsächlichen Durchführung eines Projekts, scheinen Vertreter der Entwicklungsländer stellenweise die Geduld zu verlieren. So geht aus internen Regierungsakten hervor, dass der ghanaische Minister Edusei im Gespräch mit westdeutschen Vertretern „eine sofortige klare Antwort“<sup>737</sup> in Bezug auf die Finanzierung eines Hotels in Accra verlangt habe, was scharfe Kritik erfährt. Viele Afrikaner übersähen überhaupt in kindlicher Weise, dass der Wohlstand Europas auf der „harten Arbeit vieler Generationen“<sup>738</sup> beruhe, so der allgemeine Tenor. Allerdings treffe die Bundesrepublik an diesen übersteigerten Erwartungen eine gewisse Mitschuld, da diese das „Echo auf zu optimistische deutsche Reden über Entwicklungshilfe“<sup>739</sup> und den eigenen erfolgreichen Wiederaufbau seien, so DIE WELT. Eine weitere Gefahr sei, Entwicklungsländer zu Großprojekten zu ermutigen, zu denen aber nicht in ausreichendem Maße Gelder zur Verfügung stehen. Diese erwiesen sich dann als „Faß ohne Boden“<sup>740</sup> und würden zwangsläufig scheitern. Solche „Planlosigkeit“<sup>741</sup> sei sogar

---

<sup>732</sup> *Entwicklungsländer sollen sich kompromissbereit zeigen.* In: DIE WELT, 19. Mai 1964, S.11.; *Schmücker mahnt Entwicklungsländer: Bei Forderungen maßhalten.* In: DIE WELT, 10. September 1964, S.13.; *Und nun zur Kasse...* . In: DIE WELT, 17./18. Juni 1964, S.15.

<sup>733</sup> *Entwicklungshilfe auf Gegenseitigkeit.* In: DIE WELT, 3. März 1962, S.5.

<sup>734</sup> *Hilfe auf Befehl?* In: DIE WELT, 20. Juni 1964, S.9.

<sup>735</sup> *Die Gretchen-Frage: Afrika.* In: DIE WELT, 18. Januar 1961, S.3.

<sup>736</sup> *Sekou Touré.* In: DIE WELT, 7. März 1960, 1960, S.1.

<sup>737</sup> *Botschafter Lüders Accra, an das Auswärtige Amt vom 10. Januar 1962.* In: AAPD 1962 Dok.15, Anm. 9, S.106.

<sup>738</sup> *„Der Erfolg der Entwicklungspolitik hängt vom gegenseitigen Vertrauen ab.“* In: DIE WELT, 2. Januar 1964, S.9.

<sup>739</sup> *Afrika-Woche im Oktober.* In: DIE WELT, 23. Mai 1960, S.2.

<sup>740</sup> *Schwerpunkte.* In: DIE WELT, 30./31. März 1961, S.1.

<sup>741</sup> *300 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe?* In: DIE WELT, 9. September 1963, S.1.

schädlicher als Korruption für die Beziehungen zwischen Afrika und dem Westen. Auch in den Regierungsakten wird Unmut deutlich, wenn sich der westdeutsche Botschafter in Guinea über die Kontakte des hiesigen Präsidenten zur DDR empört, dieser fühle sich offenbar als „Gralshüter“<sup>742</sup> einer „neuen“ Außenpolitik, wobei als „heiliger Gral“ in diesem Kontext wohl das Recht auf eine souveräne und ausgeglichene Haltung zwischen den Blöcken verstanden werden kann.

NEUES DEUTSCHLAND interpretiert die westdeutschen Mahnungen an die Entwicklungsländer, Maß zu halten, als rassistische Anmaßung, wonach die Afrikaner die ihnen „ziemende Bescheidenheit“<sup>743</sup> und den ihnen gebührenden Abstand zum „europäischen Herren“ einhalten sollten. Die einzig anzutreffende „Ungeduld“<sup>744</sup> in Afrika betreffe dagegen die tatsächliche Verwirklichung der politischen wie wirtschaftlichen Unabhängigkeit.<sup>745</sup> Wenn über „Forderungen“ der Entwicklungsländer berichtet wird, erscheinen diese angesichts des ihnen im Zuge des Kolonialismus erfahrenen Leids als berechtigt und werden außerdem ausschließlich gegenüber dem dafür verantwortlichen Westen vorgebracht.<sup>746</sup> Des Weiteren beziehen sich die in der ostdeutschen Öffentlichkeit transportierten Forderungen weniger auf konkrete materielle Leistungen im Zuge von „Entwicklungshilfe“ sondern vielmehr auf die Gewährung von ideellen Werten wie Freiheit, Frieden und Unabhängigkeit.<sup>747</sup> Damit erscheint wiederum die von der DDR erbrachte „Entwicklungshilfe“ als selbstlose und aus eigenem Antrieb erbrachte Leistung, die die Entwicklungsländer weder einfordern noch erwarten und wofür dem ostdeutschen Staat und seiner Bevölkerung infolgedessen besondere Dankbarkeit entgegengebracht würde.

Während die Afrikaner als potentielle bzw. konkrete Empfänger von „Entwicklungshilfe“ im westdeutschen Diskurs vielfach als Träger einer kindlich-naiven Erwartungshaltung und überzogener Forderungen erscheinen, werden diese zwar auch in den ostdeutschen Medien infantilisiert, allerdings eher in Bezug auf ihre weltanschaulichen Kenntnisse, wodurch sie

---

<sup>742</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 28. Dezember 1959.* In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>743</sup> *Bonns koloniale Eroberungspolitik.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Oktober 1960, S.5.

<sup>744</sup> *Ghana – ein neuer Staat.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. März 1957, S.5.

<sup>745</sup> Auch Gerstenmaier erkennt einen „Widerspruch“ zwischen der staatlichen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien konstatiert. Vgl. GERSTENMAIER, 1960, S.10.

<sup>746</sup> So heißt es über den Sudan: „Ein Land mit allen Möglichkeiten, künstlich in seiner Entwicklung aufgehalten, künstlich von Kolonialherren verkrüppelt, die alles andere im Auge hatten als die Interessen des Landes und seiner Bevölkerung.“ Vgl. *Zu Gast im Land der Acholi.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Mai 1958, S.7.

<sup>747</sup> *Afrika ruft: Weg mit den Kolonien.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. April 1959, S.7.; *Ganz Asien und Afrika sollen Friedenszone werden.* In: NEUES DEUTSCHLAND 3. Januar 1958, S.5.

primär als politische „Schüler“ oder „Lehr-  
linge“<sup>748</sup> des Ostens erscheinen, die durch adä-  
quate Anleitung und Schulung schnell aus ihrer  
jetzigen Position herauswachsen würden: Dies  
soll auch durch entwicklungspolitische Leistun-  
gen, beispielsweise Stipendien, Ausbildungspro-  
gramme und wissenschaftlichen Austausch ge-  
schehen. Ähnlich wie im ostdeutschen Diskurs  
wird Afrikanern auch in westdeutschen Medien  
politischer Lernbedarf attestiert, allerdings in  
deutlich drastischerer Form: Infolge mangelnder  
Regierungs- und Steuerungsfähigkeiten



Abb.17: Überfahren.  
Aus: DIE WELT, 11. Juli 1960, S.2.

rechnet DIE WELT mit „unausbleiblichen Schwierigkeiten“<sup>749</sup> in Form dauerhafter politischer und wirtschaftlicher Krisen. So zeigt eine Karikatur aus DIE WELT einen Afrikaner im Kongo, der mit seinem „Unabhängigkeits-Mofa“ einen anhand seiner Safarimütze erkennbaren Europäer umgefahren hat und sich mit den Worten entschuldigt, er habe erst seit wenigen Tage den Führerschein. Diese „strukturelle Inferiorität“<sup>750</sup> wird primär auf die „Unge-  
duld“ der Afrikaner zurückgeführt. Der westdeutsche Entwicklungsdiskurs vermittelt den Eindruck, als hätten zumindest Teile Afrikas ihre Unabhängigkeit „überstürzt“<sup>751</sup> erlangt und seien für die daraus resultierende Verantwortung noch „nicht reif.“<sup>752</sup> So zitiert DIE WELT einen englischen Verwaltungsbeamten in Tanganjika, der Liberalismus als etwas „für gebildete Leute“ bezeichnet und glaubt, die Afrikaner könnten mit ihrer neuen Freiheit gar nichts anfangen, „weil sie dafür einfach noch nicht reif sind, um sie zu verstehen.“<sup>753</sup> Eine Ursache dafür sei, dass die Afrikaner bisher, so DIE WELT wörtlich, nur „das Gehorchen gewohnt“<sup>754</sup> gewesen seien. Selbst politischen Führungsfiguren wie dem ghanaischen Präsidenten Nkrumah und dem sansibarischen Politiker Karume werden in internen Aufzeichnungen des

<sup>748</sup> So berichtet NEUES DEUTSCHLAND über einen Deutschen Journalistenkongress, wo auch in der DDR ausgebildete afrikanische Journalisten teilnehmen über die Aufgaben der Presse, die „Lehrer und Erzieher sein“ müsste und lehren müsste, „die objektiven Gesetzmäßigkeiten richtig zu erkennen und in wahrhafter Freiheit aktiver Gestalter seines Lebens zu sein.“ Vgl. *Mitgestalter unserer Zeit*. NEUES DEUTSCHLAND, 17. Dezember 1961, S.3.

<sup>749</sup> *Spekulationen über Afrikas Zukunft*. In: DIE WELT, 28. November 1963, Die Geistige Welt.

<sup>750</sup> ZURMÜHL, 1995, S.64 f.

<sup>751</sup> *Die letzten Kolonien*. In: DIE WELT, 20. November 1961, S.1.

<sup>752</sup> *Nicht reif?* In: DIE WELT, 9. April 1960, S.3.

<sup>753</sup> *Die deutsche Legende in Afrika*. In: DIE WELT, 26.1.1957, Die Geistige Welt.

<sup>754</sup> *Die Pistole gehört zum Eßbesteck*. In: Die Welt, 19. Januar 1960, S.3.

Auswärtigen Amts und der Presse attestiert, sie seien politisch unbedarft und ließen sich mehr von „Emotionen als von klarem politischen Denken“<sup>755</sup> lenken. Eine Karikatur vom 28. Juni 1960 mit dem rassistisch anmutenden Titel „Souveränität in Schwarz-Weiß“ suggeriert, dass die neu gewonnene Freiheit letztendlich zu Zivilisationsverlust und chaotischen bürgerkriegsähnlichen Zuständen führe werde, sobald die „Kolonialherren“ aus dem Land vertrieben seien. Entsprechend betont die Zeitung, dass der Kolonialismus „nicht in allen Teilen Afrikas gleichermaßen als Unterdrückung empfunden worden“<sup>756</sup> sei. Die durch DIE WELT offenbar hoch geschätzten Sekundärtugenden, wie Pflichterfüllung, Sauberkeit, Ruhe und Ordnung, finde man nur noch in den noch kolonial regierten afrikanischen Staaten, während in den unabhängigen Gebieten Schmutz, Nachlässigkeit und gesellschaftlicher Zerfall regierten.<sup>757</sup> Das afrikanische Regierungshandeln wird auch mit dem Spiel „Häuptling und Indianer“ verglichen und behauptet, dass sie den Staatsapparat lediglich als „Spielzeug“<sup>758</sup> betrachteten, „das glitzert und dessen Möglichkeiten locken, aber das zugleich un-



**Souveränität in Schwarz-Weiß**  
Zeichnung: Hicks (Copyright DIE WELT)

Abb.18: *Souveränität in Schwarz-Weiß*.  
Aus: DIE WELT, 28.6.1960, S.2.

heimlich ist und vor dem sie sich fürchten.“ Dies evoziert wiederum koloniale Reminiszenzen an den betrügerischen Handel mit Glasperlen und Flitter, bei dem die Ureinwohner nur verlieren könnten.<sup>759</sup> Dass die Zeiten, als sich die Europäer diese Naivität zunutze machen konnten, nun vorüber seien, konstatiert DIE WELT bereits 1957, als ein Afrikaner mit affenähnlichen Zügen in Lendenschurz und Stammeschmuck die glitzernden Gaben des im Safari-Stils gekleideten Europäers als rückständig

<sup>755</sup> *Aufzeichnung der Politischen Abteilung I vom 19. September 1963*. In: AAPD 1963 Dok.347, S.1147.; *Scheidung in Ostafrika?* In: DIE WELT, 15. Mai 1964, S.3.

<sup>756</sup> *Wohin treibt der Schwarze Erdteil?* In: DIE WELT, 27. Januar 1962, Das Forum der Welt.

<sup>757</sup> „Ein niedergelassener Schlagbaum, daneben eine Hütte, in der ein Dutzend leere Bierflaschen auf dem Fußboden liegen, [...] der afrikanische Polizist, der die Grenze bewacht, liegt in einem zerrissenen Khakihemd und einer kurzen, ölbeschmierten Hose im Schatten der Hütte im Schlaf. [...] dann zehn Minuten später, eine andere Welt. Eine große, saubere Polizeistation. Hochgewachsene afrikanische Polizisten in tadellos sitzenden Uniformen [...] Hier regiert England.“ Vgl. *Lagos – die hässliche, die freundliche Stadt*. In: DIE WELT, 23. Januar 1960, S.3.

<sup>758</sup> *Die Pistole gehört zum Eßbesteck*. In: DIE WELT, 19. Januar 1960, S.3.

<sup>759</sup> „Der Afrikaner liebt die Farben, den harmlosen Unfug, das Glitzern von Sonne und Gold, er hat Sinn für Kunst und Musik [...]“ Vgl. *Keiner hat Angst vor der neuen Zeit*. In: DIE WELT, 29. Juni 1957, Die Geistige Welt.

„Sie sind wohl von gestern; was mein Stamm braucht, sind ferngelenkte Raketen und mit nuklearen Sprengköpfen...!“



Abb.19: „Sie sind wohl von gestern [...]“:  
Aus: DIE WELT, 22. Juni 1957, S.1.

ablehnt und stattdessen in einer Art „neuen Naivität“ hoch technisierte Militärhilfe fordert. Damit werden sowohl die westliche Handels- und Entwicklungspolitik aber auch die überzogene Erwartungshaltung der Afrikaner kritisiert und durch die spöttische Aussage, der Europäer sei „wohl von gestern“, das Verhältnis zwischen „unterentwickelter“ und „entwickelter“ Gesellschaft gleichsam verkehrt. Außerdem wird der

Mangel an Verantwortungsgefühl und Objektivität afrikanischer Politiker beklagt, der sich vor allem daran zeige, dass jeder Misserfolg im Bereich der „Entwicklungshilfe“ dem Geber, jeder Erfolg aber der eigenen Kraft zugeschrieben werde.<sup>760</sup> Eine Neigung zum Amtsmissbrauch zeige sich häufig schon im Kleinen: So habe der afrikanische Chauffeur der deutschen Botschaft in Südafrika nebenher seinen „Diplomatenwagen als Negertaxi“<sup>761</sup> benutzt, so die provokante Formulierung. Dabei wird Afrika gelegentlich sogar als wenig hilfsbedürftig charakterisiert: So berichtet DIE WELT 1961, es gebe dort „keinen Mangel an Fahrzeugen“<sup>762</sup> und man begegne beinahe an jeder Ecke einem Mercedes-Fabrikat. In dieser Schilderung schwingt Kritik an einer möglichen Verschwendung entwicklungspolitischer Gelder mit. Korruption und Vetternwirtschaft auf allen gesellschaftlichen Ebenen sind mediale Dauerbrenner in der westdeutschen Berichterstattung über Entwicklungsländer. Gelegentlich klingt sogar die koloniale und ursprünglich durch den britischen Schriftsteller Rudyard Kipling (1899) erstmal proklamierte Formel „white man's burden“<sup>763</sup> an, wonach die Europäer zum Wohl der Allgemeinheit die Regierung in den Kolonien geführt und „Zivilisierungsmissionen“<sup>764</sup> vorangetrieben hätten. Als neue „Bürde“ gilt indessen die unsichere Lage der afrikanischen Staaten und die ständige Gefahr eines Kurswechsels zugunsten des Ostblocks.<sup>765</sup> Im März 1960 verkehrt DIE WELT diese Formel zur Belastung Afrikas durch den Ostblock,

<sup>760</sup> *Helfen: Ja - aber mit Verstand.* In: DIE WELT, 17. Februar 1961, S.6.

<sup>761</sup> *Diplomatenwagen als Negertaxi.* In: DIE WELT, 15. August 1959, S.3.

<sup>762</sup> *Nichts interessiert in Ghana mehr als der starke Mann.* In: DIE WELT, 21. Oktober 1961, S.13.

<sup>763</sup> *Hilfe.* In: DIE WELT, 23. Juni 1960, S.1.

<sup>764</sup> BARTH, 2005, S.202.

<sup>765</sup> *Die Ölwooge aus Afrika.* In: DIE WELT, 18. November 1961, S.7.

der den Kontinent zum Vorposten ausbauen und damit stärker in den Kalten Krieg involviere wolle, zur Bürde des „schwarzen Mannes.“<sup>766</sup> Wie als Reaktion zitiert NEUES DEUTSCHLAND kurz darauf hämisch aus der Kirchenzeitung des Kölner Erzbistums, die empfiehlt, „zum Wohle der schwarzen Menschen (!)“ keine Unabhängigkeit in Afrika zu gewähren, „wenn an Stelle der toleranten Kolonialverwaltung (!) die maßlose Herrschaft einiger schwarzer Negerhäuptlinge in Schlips und Zylinder tritt.“<sup>767</sup> Die Haltung, wonach die Kolonialherrschaft „zum Wohl“ der Afrikaner gewesen sei, wird durch die Ironisierung der Aussagen, dass Farbige auch „Menschen“ seien und dass die Kolonialverwaltung schließlich „tolerant“ gewesen sei, disqualifiziert. Außerdem wird das Narrativ der „Bürde des weißen Mannes“<sup>768</sup> uminterpretiert, da die Kolonialzeit die Afrikaner belastet habe und deren Spätfolgen immer noch nachwirkten. Des Weiteren berichtet NEUES DEUTSCHLAND, die westdeutsche Elite sei davon überzeugt, Wahlen seien dort als würde man „Schafe in einen Stall treiben und sie auf einmal meckern lassen.“<sup>769</sup> Dass den Afrikanern in der Bundesrepublik selbst die Fähigkeit zur demokratischen Teilhabe abgesprochen werde, wird vielfach rezipiert und als Beweis für den Bonner Rassismus angeführt. Dagegen transportiert NEUES DEUTSCHLAND keine offene Kritik am afrikanischen Regierungshandeln. Die auf politischer wie wirtschaftlicher Ebene entstandenen Schwierigkeiten resultierten vielmehr aus den ehemaligen kolonialen sowie neuen neokolonialistischen Abhängigkeiten und seien nicht der gegenwärtigen Regierung anzulasten, so wie dies durch den Westen geschehe.<sup>770</sup> Wenn über politische Probleme mit Afrika berichtet wird, dann nur in Bezug auf das imperialistische Lager, das um seine Positionen besorgt sei und die von ihnen hinterlassenen Schäden, mit denen Afrika nun zu kämpfen habe.<sup>771</sup> Im ostdeutschen Diskurs dominiert außerdem das Narrativ der souverän auftretenden und unter den zugegebenermaßen schwierigen Umständen rational agierenden afrikanischen Politiker. So wird beispielsweise das Regierungshandeln Nyereres als „richtig, gut und vernünftig“<sup>772</sup> bezeichnet und die Afrikaner, vom Spitzenpolitiker bis zum „Mann

<sup>766</sup> *Des schwarzen Mannes Bürde.* In: DIE WELT, 10. März 1960, S.3

<sup>767</sup> *... und Kardinalsblatt predigt Bonner Kolonialismus.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1960, S.7.

<sup>768</sup> *Ugandas Präsident an Kennedy: Sie erreichten Eisernen Vorhang.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 30. Mai 1963, S.7.

<sup>769</sup> *Bonn's koloniale Eroberungspolitik.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Oktober 1960, S.5.

<sup>770</sup> „Kein Wunder, daß ein auf diese Weise ausgepowertes Land heute noch all die Züge wirtschaftlicher Unterentwicklung aufweist, auf die manche westdeutsche Blätter hämisch herabblicken und die sie dann noch mit den politischen Qualitäten der führenden Persönlichkeiten [...] in Verbindung zu bringen suchen.“ Vgl. *Das freie Guinea baut eine eigene Wirtschaft auf.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. April 1960, S.7.

<sup>771</sup> *Washington um Stützen in Afrika besorgt.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. Januar 1956, S.5.; *Afrika über USA-Politik erbittert.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. Dezember 1964, S.7.

<sup>772</sup> *Nützliche Gespräche in Tanganjika.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Dezember 1962, S.7.; *Bildung ist ein Zauberwort.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Oktober 1960, S.7.; *Als Gast im Lande der Aholi.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Mai 1958, S.7.

auf der Straße, als „klug“, wortgewandt, aufgeklärt wie politisiert charakterisiert. Auch der Kontakt zwischen ostdeutschen Delegationen und den „fleißigen und intelligenten Menschen Guineas“<sup>773</sup> verlaufe freundlich und persönlich und der ebenso kluge, wie reiche und schöne „Bruder Afrika“ in einem in NEUES DEUTSCHLAND abgedruckten Gedicht besungen.<sup>774</sup> In der westdeutschen Darstellung würden dagegen die Bezeichnungen „klug“<sup>775</sup> und „intelligent“ für blutige Militärs wie den Kongolesen Mobotu missbraucht, der für Massenerschießungen verantwortlich sei, die nach Aussage von NEUES DEUTSCHLAND mit „SS-Massakern“ vergleichbar seien.

In DIE WELT äußern sich tatsächlich deutlicher weniger Artikel lobend über die Regierungsfähigkeit afrikanischer Politiker und, falls dies doch geschieht, wird dies in der Regel recht schnell wieder relativiert: So werden einerseits die „Würde“<sup>776</sup> und die „vorbildlichen Manieren“ afrikanischer Repräsentanten in den Organisationen der Vereinten Nationen hervorgehoben, wobei es bemerkenswert erscheint, dass die guten Umgangsformen offensichtlich der Erwähnung bedürfen. Gleichzeitig wird angemerkt, dass dieselben Politiker und Diplomaten infolge ihrer Unerfahrenheit noch zu „zögerlich“ und gehemmt agierten, wodurch das zuvor geübte Lob gleichsam abgeschwächt wird. Generell dominiert im westdeutschen Diskurs ein pessimistisches Bild des afrikanischen Regierungshandelns und deren Steuerungsfähigkeit, so dass die Afrikaner als politische Unsicherheitsfaktoren erschienen. NEUES DEUTSCHLAND führt diese Darstellung regelmäßig als Beweis für den Bonner Rassismus und Neokolonialismus an und zeigt die Afrikaner deutlich positivistischer als politische „Lehrlinge“, die Begleitung und Beratung durch die sozialistischen Staaten bedürften. Allerdings offenbart sich auch in diesem Kontext die Tendenz der ostdeutschen Presse, der Kritik am westdeutschen Diskurs größeren Raum einzuräumen als der eigenen Sichtweise, die sich auf recht wenige verkürzte und mit ideologischem Vokabular und Inhalten überfrachtete Formeln reduzieren lässt. Während Afrikaner in der westdeutschen Darstellung die eigenen Fähigkeiten meist überschätzen und überzogene Forderungen erheben, proklamiert die ostdeutsche Afrikawissenschaft das Gegenteil: So würden diese ihre eigene Leistungsfähigkeit „unterschätzen“<sup>777</sup>,

<sup>773</sup> *Vielfältige Beziehungen mit der Republik Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Dezember 1965, S.7.

<sup>774</sup> „Ich grüße dich, dunkelhäutiger Bruder Afrikaner von Kenia, vom Kongo, von Rhodesien oder wo du lebst auf dem heißen Erdteil. [...] Alle werden sehen, wie schön du bist, wie reich du bist, wie klug du bist und wie stark du bist. Du bist eine Hoffnung der Welt, wie die Jugend die Hoffnung der Älteren ist, junges Afrika.“ Vgl. *Bruder Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 11. August 1962, S.12.

<sup>775</sup> *Schlächter*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. März 1961, S.5.

<sup>776</sup> *Afrikaner – selbstsicher in der UNO*. In: DIE WELT, 12. Oktober 1960, S.5.

<sup>777</sup> SPRÖTE/HAHN, 1965, S.10.

während der Grad der politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Westen überschätzt würde: Die sozialistischen Staaten könnten wegfallende westliche Förderung schließlich hervorragend ersetzen. Es sei außerdem „verblüffend, mit welcher Intensität die Jugend in den befreiten Ländern Afrikas lernt und in welcher kurzen Zeit sie Wissen aufnimmt“<sup>778</sup>, so die Zeitung anlässlich einer Reportage über Guinea.

#### 4.3.2.4 Mangelnde Bildungsfähigkeit und fehlendes Engagement

Die Springerpresse scheint den Afrikanern kaum eigenständige Technik- oder Kulturleistungen zuzutrauen. So fragt DIE WELT in einem literarischen Beitrag kritisch „Können Afrikaner wie Kafka schreiben?“<sup>779</sup> und anlässlich der Nominierung zweier Afrikaner für den Friedens- bzw. Literaturnobelpreis 1961 lautet die ungläubig wirkende Schlagzeile: „Nobelpreis für einen Neger?“<sup>780</sup> Auch findet die Zeitung das Fehlen einer einheitlichen afrikanischen Protestbewegung gegen die Apartheid nicht weiter verwunderlich, da ein solches Unterfangen selbst „bei belesenen, gebildeten, zivilisierten Völkern“<sup>781</sup> schwierig sei, was impliziert, dass es vielen Afrikanern an eben diesen Eigenschaften fehle. BARTH stellt fest, dass vor allem die europäische Aufklärung als trennendes Dispositiv herausgestellt wird.<sup>782</sup> Sowohl kulturell als auch technologisch würden die Afrikaner gegenwärtig im besten Fall Europa „kopieren“<sup>783</sup>, was infolge fehlender kreativer Eigenleistungen lediglich zu einer „reproduktiven Assimilation“ führen könne. Die Afrikaner seien sich dessen durchaus bewusst: So zitiert ein Afrika-Korrespondent in DIE WELT die Worte seines farbigen Chauffeurs bei einer Reifenpanne in gebrochener, kindlich gebrochener Sprache: „Du sagen, was machen. Ich nur fahren. Du weißer Mann. Du machen Maschinen. Du wissen, wie geht.“<sup>784</sup> Es wird sogar bezweifelt, ob die vom Westen im Zuge der „Entwicklungshilfe“ gestifteten Fabriken langfristig ohne ausländische Expertise weitergeführt werden könnten, wobei explizit vor einer Übernahme dieser Aufgabe durch den Ostblock gewarnt wird.<sup>785</sup> Generell könnten Afrikaner

---

<sup>778</sup> *Eine Schule für Guinea.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.; Ähnlich auch: „Es ist beeindruckend, mit welchem Eifer, welcher Diszipliniertheit und stillen Intensität gerade diese Dorfkinder sich über die roh zusammengesetzten Bänke beugen und lernen, lernen.“ Vgl. *Bildung ist ein Zaubervort.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Oktober 1960, S.7.

<sup>779</sup> *Können Afrikaner wie Kafka schreiben?* In: DIE WELT, 1. Oktober 1964, S.8.

<sup>780</sup> *Nobelpreis für einen Neger?* In: DIE WELT, 8. August 1961, S.6.

<sup>781</sup> *Fingerzeig Gottes?* In: DIE WELT, 13. April 1960, S.1.

<sup>782</sup> BARTH, 2004, S.218.

<sup>783</sup> *Wo stehen wir?* In: DIE WELT, 9. Januar 1959, S.1.; *Können Afrikaner wie Kafka schreiben?* In: DIE WELT, 1. Oktober 1964, S.8.

<sup>784</sup> *Die Pistole gehört zum Eßbesteck.* In: DIE WELT, 19. Januar 1960, S.3.

<sup>785</sup> *In Kamerun träumt man von der großen Eisenbahn.* In: DIE WELT, 20. Januar 1963, S.2.



selbst mit dem durch die Industriestaaten an sie weitergegebenen technologischen Fortschritt nicht angemessen umgehen und verstünden es beispielsweise, die in Europa fabrizierten Automobile, Galionsfiguren der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, innerhalb kürzester Zeit zu ruinieren, so DIE WELT.<sup>786</sup> Der schlechte Umgang mit „des Deutschen liebstes Kind“ kränkt und verärgert offenbar zugleich, was die Personifizierung der Automobile als „Opfer [...], umhobst von gar nichts begreifenden Wesen“<sup>787</sup> demonstriert. Dabei wird auch das Klischee des unverständigen, aber ständig gut gelaunten Afrikaners bedient. Obwohl in solche Vorurteile über Farbige in Bezug auf die US-amerikanische Gesellschaft kritisiert werden, existieren in der westdeutschen Presse beinahe identische Charakterisierungen.<sup>788</sup>

Ähnliche Bilder evoziert auch NEUES DEUTSCHLAND: Afrikaner werden vielfach optimistisch, singend, tanzend, fröhlich und sorglos geschildert, trotz der Vielzahl der noch zu bewältigenden Probleme.<sup>789</sup> Allerdings wird trotz des Lernwillens und Arbeitseifers ein Mangel an den von den Deutschen üblicherweise geschätzten weiteren Sekundärtugenden, wie Pünktlichkeit und Disziplin bemängelt. So berichtet NEUES DEUTSCHLAND schmunzelnd über das „heilige Donnerwetter“<sup>790</sup>, das ein Bezirksschulrat der Aschanti-Region losgelassen habe, als er Dorflehrer und Schüler um halb neun „seelenruhig“ vor der Schule sitzend angetroffen habe, obwohl der Unterrichtsbeginn auf acht Uhr festgeschrieben sei. NEUES DEUTSCHLAND versteht es außerdem, dies ebenfalls dem Kolonialismus und seinen Unterdrückungsmethoden anzulasten, der die Afrikaner in eine „passive Abwehrhaltung“ gedrängt habe, „in der sie sich, wo es eben ging, kleine Ersatzfreiheiten stahlen. Wer mit der Peitsche zur Arbeit getrieben wird, ist nicht freiwillig pünktlich.“<sup>791</sup> Auch in Bezug auf das Klischee der „Sauberkeit“ der Afrikaner ist der ostdeutsche Entwicklungsdiskurs ambivalent: Obwohl

---

<sup>786</sup> „Sie stellen keine Autos her, aber sie stiegen mit johlendem Vergnügen ein und es gelingt den meisten Chauffeuren in ganz kurzer Zeit den robusten Motor zur Strecke zu bringen.“ Vgl. *Aufregend nüchternes Afrika*. In: DIE WELT, 20. April 1963, Die Geistige Welt

<sup>787</sup> *Aufregend nüchternes Afrika*. In: DIE WELT, 20. April 1963, Die Geistige Welt

<sup>788</sup> Man distanziert sich von der Darstellung der Farbigen in US-amerikanischen Filmen als „kauerwelschend“ und „gutmütig“ und fordert stattdessen eine „lebensgetreue Beschreibung“. Vgl. *Immer noch werden Farbige im Film karikiert*. In: DIE WELT, 23. Januar 1962, S.3.

<sup>789</sup> *Mangonuß und Trommelschlag*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. September 1960, S.4.; So wird beispielsweise über Frauen berichtet, die nach stundenlanger Arbeit in brütender Hitze mit Steinlasten auf dem Kopf in einen spontanen Gesangs- und Tanzchor einstimmten. Vgl. *Bildung ist ein Zaubervort*. In: NEUES DEUTSCHLAND 15. Oktober 1960, S.7.

<sup>790</sup> *Bildung ist ein Zaubervort*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Oktober 1960, S.7.

<sup>791</sup> *Bildung ist ein Zaubervort*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Oktober 1960, S.7.

NEUES DEUTSCHLAND mehrfach lobend die Vermittlung von Kenntnissen zur Säuglingspflege und „Hygiene“<sup>792</sup> berichtet, werden ähnliche Projekte der westdeutschen SPD verspottet: Die Partei habe sich wohl englische Wohltätigkeitsvereine des vergangenen Jahrhunderts zum Vorbild genommen, bei denen „Ladys Taschentücher mit frommen Sprüchen besticken ließen, um den armen Völkern Afrikas Kultur beizubringen“<sup>793</sup>, so die Zeitung.

Die in der westdeutschen Öffentlichkeit den Afrikanern zugeschriebene Arbeitshaltung trägt ambivalente Züge: So monieren einzelne Berichte eine pauschale Arbeitsunlust, die beispielsweise damit begründet wird, dass viele Afrikaner „zu stolz“<sup>794</sup> seien oder infolge der hohen Geburtenrate keine ausreichende Erziehung erfahren hätten. Dabei sind einige bemerkenswerte Parallelen zwischen der Deutschen Kolonialzeitung des Kaiserreichs und der Berichterstattung aus beiden deutschen Staaten der sechziger Jahre festzustellen.<sup>795</sup> Bundespräsident Lübke formuliert dabei sogar die explizite Hoffnung, die vermeintliche „Scheu vor körperlicher Arbeit“<sup>796</sup> mit Hilfe der westdeutschen Entwicklungspolitik abbauen zu können. Dass diese Absicht allerdings auch ins genaue Gegenteil umschlagen könne, zeigt DER SPIEGEL,

der 1964 über die Untätigkeit einiger in Deutschland ausgebildeter Studenten und Praktikanten berichtet, so dass der „arbeits-scheue, modisch gekleidete Heimkehrer“<sup>797</sup> mittlerweile als „Been-to“<sup>798</sup> zur „afrikanischen Witzfigur“ avanciert sei. Dass Arbeit und Engagement nicht „das Hauptanliegen seines Lebens“<sup>799</sup> seien, impliziert auch der Bericht über das „Nickerchen“<sup>800</sup> eines Afrikaners inmitten einer politischen Diskussion mit Vertretern des westdeutschen Ge-



... meistens faul: Nigerianische „Been-To“-Karikatur

Abb.20: He's a ,BEEN TO':  
Aus: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.59

<sup>792</sup> *Blumen für Frauen in aller Welt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. März 1961, S.7.; *CSSR-Ärzte helfen in Afrika und Asien*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. März 1961, S.5.

<sup>793</sup> *Kultur und Politik in unserer Zeit*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. November 1960, S.1.

<sup>794</sup> *Ungeduld*. In: DIE WELT, 13. August 1963, S.1.

<sup>795</sup> SCHUBERT, 2008, S.273 f.

<sup>796</sup> *Lübke: Jugend in die Entwicklungsländer*. In: DIE WELT, 9. März 1964, S.1.

<sup>797</sup> *Mit der Gießkanne*. In: DER SPIEGEL NR.49/1964, S.48.

<sup>798</sup> DETTMAR, 1989, S.89.

<sup>799</sup> Zitiert nach: BÜSCHEL, 2008, S.346.

<sup>800</sup> *Und was bedeuten die Farben Schwarz-Rot-Gold?* In: DIE WELT, 7. Oktober 1963, S.16.

berlands. Entsprechend zitiert DER SPIEGEL Tanganjikas Präsidenten Nyerere, der sich darüber beschwert, dass „nachmittags um halb drei“<sup>801</sup> nur noch die indischen und europäischen Mitarbeiter in den Verwaltungs- und Regierungsbüros vorzufinden seien. Den Afrikanern wird auch mangelnde Eigeninitiative und eine Art Nehmermentalität vorgeworfen, nach der Geberländer wie selbstverständlich „zur Kasse“<sup>802</sup> gebeten würden. Solche Darstellungen vermitteln den Eindruck, dass der Entwicklungshelfer als „*homo laborans*“<sup>803</sup> oder „*homo oeconomicus*“<sup>804</sup> sein Wissen bereitwillig teile, während zumindest Teile der Afrikaner die „fatale Neigung“<sup>805</sup> besäßen, sich auf solchen entwicklungspolitischen Transferleistungen auszurufen und Eigeninitiative zu vermeiden. Man könnte in diesem Kontext sogar die Formel vom Bild des afrikanischen „*homo inoeconomicus*“ prägen. GRONEMEYER spricht ironisch vom „weißen Kreuzzug gegen den schwarzen Müßiggang.“<sup>806</sup> Generell dominiert der Eindruck, die Afrikaner agierten unselbstständig und seien stark hilfsbedürftig.<sup>807</sup> So äußert sich ein westdeutscher Entwicklungshelfer gegenüber DER SPIEGEL über die kognitiven Fähigkeiten seiner Schützlinge abfällig und behauptet: „Wenn sie gelernt haben, daß man eine Schraube rechts herum anzieht, kommen sie nicht darauf, daß man sie links herum löst.“<sup>808</sup> Die grundsätzliche Bildungsfähigkeit scheint so grundsätzlich in Frage gestellt, so dass der Artikel sogar von „Spiegelbild-Intelligenz“ spricht. Bei einem Ausbildungsprogramm der EWG für afrikanische Beamte in den sechziger Jahren sollen die Ausbilder kaum Vertrauen in die Fähigkeiten ihrer Praktikanten besessen und diese intellektuell sogar mit zurückgebliebenen Kindern verglichen hätten.<sup>809</sup> Ganz ähnlich zitiert SCHÜLE in einer Studie zu afrikanischen und vietnamesischen Arbeitern in einem Leipziger Betrieb ostdeutsche Mitarbeiter, wonach die ausländischen Arbeitskräfte wirkliche Arbeit „nicht gewöhnt“<sup>810</sup> gewesen seien und nicht einmal gewusst hätten, „wo sie das Toilettenpapier hinschmeißen“ sollten. Die mangelnde Vertrautheit mit europäischen Konventionen wird mitunter zur „geistigen Beschränktheit“

---

<sup>801</sup> *Afrikas leuchtender Stern verblasst*. In: DER SPIEGEL Nr.17/1964, S.81.

<sup>802</sup> *Und nun zur Kasse...* . In: DIE WELT, 17./18. Juni 1964, S.15.

<sup>803</sup> GRONEMEYER, 1991, S.29.; MAB, 2006, S.84.

<sup>804</sup> MAB, 2006, S.84.

<sup>805</sup> *Entwicklungshilfe auf Gegenseitigkeit*. In: DIE WELT, 3. März 1962, S.5.

<sup>806</sup> GRONEMEYER, 1991, S.15

<sup>807</sup> BÜSCHEL, 2008, S.345.

<sup>808</sup> *Mit der Gießkanne*. In: DER SPIEGEL NR.49/1964, S.50.

<sup>809</sup> REMPE, 2009, S.215.

<sup>810</sup> SCHÜLE, 2003, S.287.

stilisiert. Die Afrikaner erscheinen vielfach gar nicht in der Lage, sich eine eigene „Existenzgrundlage“<sup>811</sup> zu schaffen. Daraus resultieren eine paternalistische Fürsorgementalität und entsprechende „Superioritätsempfindungen.“<sup>812</sup> Bundesaußenminister von Brentano äußert in diesem Kontext, dass weite Teile der westdeutschen Bevölkerung trotzdem nicht die Notwendigkeit eines stärkeren Engagements in den Entwicklungsländern sähen: So fragten sich viele unter Aktivierung von Klischees, warum man „diese Leute, die vielleicht da unter der Sonne liegen und denen es dabei doch gar nicht so schlecht geht — vielleicht sind sie glücklicher als wir; sie arbeiten nicht viel [...]“<sup>813</sup> aus diesem Dasein herausreißen solle. Dies impliziert, dass diese keine Veränderung ihrer derzeitigen Lage wünschten. Andererseits wird über vor Kraft, Arbeitswillen und Fleiß strotzende Afrikaner berichtet, die bei entwicklungspolitischen Projekten stark engagiert seien und die DIE WELT sogar als „Preußen Afrikas“<sup>814</sup> bezeichnet. Habe man ihnen einmal die Funktionsweise der im Zuge der „Entwicklungshilfe“ gelieferten Maschinen erklärt, finde teilweise eine regelrechte „Verschmelzung zwischen Mensch und Maschine“<sup>815</sup> statt. Trotz der durchaus positiven Bewertung dieses Sachverhalts schwingt in dieser Darstellung auch eine Enthumanisierung zur reinen Arbeitsmaschine mit.

Die ostdeutsche Berichterstattung akzentuiert zwar den Fleiß und die „Begeisterung, Klugheit und Tatkraft“<sup>816</sup> der Afrikaner im „Kampf gegen Elend, Unwissenheit und Krankheit.“<sup>817</sup> Allerdings scheint dies erst durch die herausragende Arbeit der ostdeutschen Entwicklungshelfer angeleitet bzw. voll zur Entfaltung gebracht zu werden. So übernehmen Afrikaner bei ostdeutschen Entwicklungsprojekten vor allem die physisch anspruchsvollen Arbeiten und werden von NEUES DEUTSCHLAND als „muskulöse Gestalten“<sup>818</sup> geschildert, die „mischen, schleppen, mauern“ und unter Aufsicht ostdeutscher Entwicklungshelfer die Pläne des DDR-Baustabes ausführen. Im Gegensatz zur eigenen unkritisch geschilderten

---

<sup>811</sup> „[...] sollte es auch möglich sein, wirtschaftlich schwachen Gebieten [...] mit ausländischer Hilfe eine Existenzgrundlage zu geben.“ *Die letzten Kolonien*. In: DIE WELT, 20. November 1961, S.1.

<sup>812</sup> GRONEMEYER, 1991, S.16.

<sup>813</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6821 D.

<sup>814</sup> *Aufregend nüchternes Afrika*. In: DIE WELT, 20. April 1963, Die Geistige Welt

<sup>815</sup> *Keiner hat Angst vor der neuen Zeit*. In: DIE WELT, 29. Juni 1957, Die Geistige Welt.

<sup>816</sup> *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>817</sup> „Die Menschen führen ihn aus eigener Kraft, doch es hilft ihnen dabei eine stattliche Anzahl hervorragender Fachkräfte aus der DDR.“ Vgl. *Helle Häuser verdrängen Slums in Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. August 1964, S.7.

<sup>818</sup> *Impressionen in Sansibar*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. Dezember 1964, S.6.

Praxis verweist NEUES DEUTSCHLAND in Abgrenzung dazu regelmäßig auf die von der westdeutschen Intelligenz vermeintlich geäußerten rassistischen Zweifel an den Geisteskräften der Afrikaner.<sup>819</sup> So schwankt die Charakterisierung der Afrikaner in beiden deutschen Staaten zwischen eigener Kraft und starker Passivität, die der externen Anleitung und Hilfestellung bedürfen.

Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt die Darstellung der nordafrikanischen bzw. arabischen Bevölkerung und Repräsentanten dar, die im Gegensatz zu den Vertretern der subsaharischen Staaten häufig als berechnend, distinguiert und hochgebildet erscheinen. KRÄMER verweist in diesem Kontext auf die „Rassifizierung“<sup>820</sup> des afrikanischen Kontinents mit der Differenzierung des durch westlichen Einfluss zivilisierteren „weißen Nordafrikas.“ Dies gilt insbesondere für den ägyptischen Präsidenten Nasser, der in DIE WELT als gleichsam faszinierende wie widersprüchliche Persönlichkeit erscheint und dessen stolzes bis hochmütiges Auftreten häufig thematisiert wird. So lächle Nasser „wie ein Filmstar in Hollywood, bewusst, mit blitzenden Zähnen“<sup>821</sup> und schreite „federnd, wie ein gezähmtes Raubtier, mit betont jugendlicher Spannkraft.“ Dieser animalisierende Vergleich mit einer Raubkatze demonstriert die berechnende und bedrohliche Geschmeidigkeit, mit der Nasser zwischen den beiden Blöcken agiert: Obwohl er Amerika „beleidigt“ und die Sowjetunion „verhöhnt“ habe, bringe er auf geschickte Weise beide dazu, beträchtliche „Entwicklungshilfe“-gelder in sein Land zu pumpen. Man müsse mit ihm wie „mit einem klugen orientalischen Großkaufmann“<sup>822</sup> verhandeln, rät DIE WELT: „Kühl, zäh, zu gewissen Einsätzen bereit, aber stets auf Deckung bedacht.“ Auch NEUES DEUTSCHLAND charakterisiert das ägyptische Volk als „stolz“, allerdings nur in Bezug auf „die ersten erfolgreichen Schritte in eine bessere Zukunft“<sup>823</sup>, worunter in erster Linie sozialistische Umgestaltungsmaßnahmen und große Infrastrukturprojekte verstanden werden. Kritik am Auftritt und Agieren Nassers wird nicht transportiert, er wird lediglich als „entschlossen“ oder „selbstbewusst“ gelobt. Hochmütig und berechnend träten in Ägypten lediglich die westdeutschen Diplomaten auf.<sup>824</sup>

<sup>819</sup> So sei es nur in der Bundesrepublik möglich, „daß ein Rassenhetzer und Faschist wie Prof. Dr. med. F: v. Bormann ungestraft seine Hetztiraden verbreiten kann, wie z. B. in der *Nation Europa* 2/1959: ‚... die Neger sind weniger intelligent als die Europäer‘ [...]“ Vgl. *Afrika und die zwei deutschen Staaten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. Dezember 1959, S.7.

<sup>820</sup> KRÄMER, 2019, S.130 f.

<sup>821</sup> *Wir lassen uns von jedem helfen*. In: DIE WELT, 1. Februar 1960, S.3.

<sup>822</sup> *Wir lassen uns von jedem helfen*. In: DIE WELT, 1. Februar 1960, S.3.

<sup>823</sup> *Mit unserer FDGB-Delegation am Nil*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Dezember 1957, S.5.; *Araber und Deutsche*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Februar 1965, S.3.

<sup>824</sup> *Deutsche Außenpolitik*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. Januar 1959, S.1.

#### 4.3.2.5 Adaptierte Zivilisiertheit und Opportunismus

Ein besonders für den westdeutschen Entwicklungsdiskurs kennzeichnendes Narrativ ist die vermeintlich adaptive Zivilisiertheit der Afrikaner. Dieses „dünne Netz“<sup>825</sup> reiße vor allem dann, wenn keine sofortige Bedürfnisbefriedigung stattfindet oder bei der Berührung mit der traditionellen Kultur und das sogar nach langen Auslandsaufenthalten. So berichtet DIE WELT über einen aus Nigeria stammenden promovierten Absolventen einer Londoner Universität, der bei einem Besuch in Afrika von den dort erklingenden „Buschtrommeln“ aus einem wissenschaftlichen Diskurs in den nächtlichen Dschungel gelockt worden sei. Dort habe er den „europäischen Anzug mit dem [traditionellen] weißen Gewand“<sup>826</sup> vertauscht und sei mit anderen „Stammesfreunden“<sup>827</sup> um ein Feuer getanzt. Die aufgeklärt-säkularisierte Zivilisation Europas erscheint damit nur oberflächlich adaptiert, wonach selbst der studierte Afrikaner im Kern immer der um das Feuer tanzende Wilde verbleibt. Diese Darstellung findet sich häufig bei Angehörigen der Bildungselite, die beispielsweise erst das Flugzeug mit „einem Zauber besprechen“<sup>828</sup> ließen, ehe sie es zur Reise „nach London, Moskau oder Paris“ bestiegen. Der Glaube an einen Konnex zwischen Fortschrittlichkeit und Magie zeigt dass den Afrikanern mangelnde Ratio unterstellt wird.<sup>829</sup> So werden kulturell assimilierte Afrikaner verspottet, was wiederum eine implizite Furcht vor deren Aufstieg und Gleichstellung demonstriert.<sup>830</sup> Dass diese Vorstellung auch in den Köpfen der eigenen Bevölkerung fest verankert gewesen sein könnte, suggeriert DIE WELT, die 1962 über einen Fall berichtet, wonach ein deutscher Schulleiter einen aus Kamerun stammenden Studenten einer Schulfest verwiesen habe, da er diesen als „nicht gesellschaftsfähig“<sup>831</sup> eingeordnet habe. Dass afrikanische Politiker bei Staatsempfängen westliche Kleidung tragen, scheint für die west-

<sup>825</sup> *Wohin treibt der Schwarze Erdteil?* In: DIE WELT, 27. Januar 1962, Das Forum der Welt; Ähnlich: *Afrika blickt nach Ghana*. In: DIE WELT, 9. August 1958, S.3.

<sup>826</sup> „Wir müssen Jahrtausende nachholen“ In: DIE WELT, 15. September 1962, Die Geistige Welt.

<sup>827</sup> „Wir müssen Jahrtausende nachholen“ In: DIE WELT, 15. September 1962, Die Geistige Welt; Ähnlich auch *Traum von der afrikanischen Kindheit*. In: DIE WELT, 13. Januar 1964, S.7.

<sup>828</sup> „Wir müssen Jahrtausende nachholen“ In: DIE WELT, 15. September 1962, Die Geistige Welt.

<sup>829</sup> BÜRKI, 1977, S.104.

<sup>830</sup> DETMAR, 1989, S.139.

<sup>831</sup> *Afrikaner war „nicht gesellschaftsfähig.“* In: DIE WELT, 25. September 1962, S.14.

deutsche Presse bis zu Beginn der sechziger Jahre noch durchaus bemerkens- und berichtenswert.<sup>832</sup> Auch bei der Beschreibung von Guineas Präsidenten Touré verweist DER SPIEGEL fasziniert auf die traditionellen „Schmucknarben“<sup>833</sup> auf dessen Gesicht. LEUCHT / MENNE haben für die Bundesrepublik ausführlich den Spott über die so genannten „Hosenneger“<sup>834</sup> beleuchtet.

Ähnlich fasziniert äußert sich auch NEUES DEUTSCHLAND über Anzug tragende Afrikaner und deren Sprachkenntnisse sowie das selbstbewusste Auftreten und gepflegte Äußere einer Araberin, die „wie eine Pariserin“<sup>835</sup> aussehe. NEUES DEUTSCHLAND kommentiert in diesem Zusammenhang ironisch, mit Hilfe der europäischen so genannten „Zivilisation“ habe man es immerhin „fertiggebracht, über dreißig Millionen Menschen zu töten“<sup>836</sup> und stellt damit die Fragwürdigkeit dieses „Eurozentrismus“ heraus. Außerdem dienen in der Bundesrepublik vorgebrachte Bedenken gegenüber der „Zivilisiertheit“<sup>837</sup> afrikanischer Politiker dem Narrativ vom Neokolonialismus und Rassismus des Westens. Über die in der DDR ausgebildeten afrikanischen Fachkräfte dominiert das Bild, wonach diese vollständig gewandelt und „als andere Menschen“<sup>838</sup> in ihre Herkunftsländer zurückkehrten. Von traditionellen Überbleibseln ist in diesem statischen Menschenbild keine Rede mehr: Sie erscheinen als technisch wie sozialistisch geschulte Lehrlinge, die nun die Aufbauarbeit im eigenen Land vorantreiben sollen. Dagegen berichtet MAC CON ULADH über erhebliche bürokratische Hürden gegen binationale Ehen und wohnliche Segregation in der DDR, wovon auch einige ehemalige Stipendiaten aus den Entwicklungsländern betroffen gewesen seien.<sup>839</sup> Auch habe selbst in Studentenwohnheimen eine Segregation zwischen deutschen und ausländischen Studierenden stattgefunden.

---

<sup>832</sup> So findet es der FDP-Abgeordnete Mischnik „interessant“, dass fast alle asiatischen und afrikanischen Politiker, übrigens bis auf die Vertreter Ghanas, bei der 48. Tagung der Interparlamentarischen Union in Warschau 1959, in europäischer Kleidung auftraten. In einem ähnlichen Duktus schildert Die Welt gerne die Details „Der guineische Präsident war zu der Pressekonferenz in einem dezent gestreiften dunklen Anzug erschienen, zu dem er eine rot-schwarz-gestreifte Krawatte trug.“ Das einzige traditionelle Überbleibsel sei ein kleines unauffälliges Fellkappchen, so DIE WELT. Vgl. *Touré: Alle finden bei uns Platz*. In: DIE WELT, 21. November 1959, S.2.

<sup>833</sup> *Der Elefant*. In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.15.

<sup>834</sup> LEUCHT / MENNE, 2006, S.287 ff.

<sup>835</sup> *Winterreise an den Nil*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. Februar 1958, S.7.; *Afrika kennt seine Freunde und Feinde*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. April 1961, S.6.

<sup>836</sup> *Ich bin wieder zuhause...*. In: NEUES DEUTSCHLAND 5. Juni 1960, S.6.

<sup>837</sup> So soll der *Industriekurier* Guineas Präsidenten Sekou Touré als „Gernegroß und einigermaßen zivilisierten Herrscher über Analphabeten und Fetischgläubige“ bezeichnet haben. Vgl. *Kein echtes Bedürfnis?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Dezember 1960, S.8.

<sup>838</sup> „Wir kehren als andere Menschen zurück“. In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. Mai 1961, S.1.

<sup>839</sup> MAC CON ULADH, 2005, S.206 sowie S.185.

In der westdeutschen Öffentlichkeit werden den Afrikanern als Empfänger von „Entwicklungshilfe“ an vielen Stellen politischer sowie ideologischer Opportunismus diagnostiziert, je nachdem, welcher Block höhere „Entwicklungshilfe“ anbiete. So konstatiert der Bundestagsabgeordnete Blachstein, zumindest in Nordafrika niemanden getroffen zu haben, der wirklich „eine Neigung zum Kommunismus“<sup>840</sup> besitze. Damit erscheinen engere Kontakte zum Ostblock rein zweckbestimmt. DIE WELT konstatiert mit „kolonialem Blick“<sup>841</sup>, viele der afrikanischen Politiker seien offenbar zu rasch „aus dem Urwald auf das politische Parkett gelangt.“<sup>842</sup> Entsprechend wird auch gefürchtet, dass die Afrikaner trotz massiver „Entwicklungshilfe“ durch den Westen für diesen keine treuen Bündnispartner abgeben könnten. So karikiert DIE WELT eine aus ihrer Hütte voller amerikanischer Hilfsgüter stürmende afrikanische Familie, die einer sowjetischen Weltraumsonde am Nachthimmel euphorisch zujubelt. Zum einen scheint man die wissenschaftlich-technologische Überflügelung durch die Sowjetunion und den Einfluss dieses Prozesses auf die gegenwärtig jungen und blockfreien Nationalstaaten zu fürchten. Andererseits erscheinen die Afrikaner in dieser Darstellung als einfach zu blendende und schnell manipulierbare „Wilde“, die an einem Tag dem westlichen Hilfsgüterflugzeug, am anderen der sowjetischen Sonde einen Stammestanz aufführen. NEUES DEUTSCHLAND witzelt darüber, dass die afrikanischen Staaten den westlichen Imperialisten „aus ganz begreiflichen Gründen [...] politisch nicht zuverlässig genug sind“<sup>843</sup> und gibt sich selbstsicher in Bezug auf den Durchbruch des Sozialismus. Politische Kurswechsel zum Westen wurden nicht als politischer Opportunismus, sondern als „Putsch“ bewertet, was einen zeitweisen Rückschlag in diesem Land bedeute und



Abb.21: *Entwicklungshilfe aus Ost und West.*  
Aus: DIE WELT, 8. August 1961, S.2

<sup>840</sup> *Nordafrika wendet sich gegen Europa.* In: DIE WELT, 19. Mai 1959, S.4; Ähnlich auch GERSTENMAIER: „Die Leute wollen keine Kommunisten werden [...] . Sie wollen so schnell wie möglich auch materiell und organisatorisch unabhängig werden.“ Vgl. GERSTENMAIER, 1960, S.10.

<sup>841</sup> ZURMÜHL, 1995.

<sup>842</sup> *Der „Hochmut“ der jungen Völker.* In: DIE WELT, 21. März 1960, S.1.

<sup>843</sup> *Afrikawoche gegen Afrika.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Oktober 1960, S.2.



außerdem die Aggressivität des in der Bedrängnis stehenden westlichen Lagers demonstrierte.

#### 4.3.2.6 Mediale Präsenz

Zuletzt ist festzustellen, dass in beiden untersuchten Medien fast ausschließlich Vertreter der politischen wie ökonomischen Elite zu Worte kamen, wie beispielsweise Minister, Firmene Mitarbeiter oder Delegierte in internationalen Organisationen.<sup>844</sup> Dies scheint insbesondere für NEUES DEUTSCHLAND erstaunlich, da entgegen der stets beschworenen Solidarität mit der einfachen Bevölkerung aus Arbeitern und Bauern, diese dort kein Forum findet. So kritisiert die Zeitung regelmäßig den vermeintlich „falschen“ Fokus der westdeutschen Berichterstattung, die „von der jungen Arbeiterklasse Afrikas [...] nicht einmal Notiz“<sup>845</sup> nehme. So konstatiert NEUES DEUTSCHLAND zwar 1960, Afrikas Arbeiterklasse sei „in den Vordergrund getreten“<sup>846</sup>, scheint daraus aber keine medialen Konsequenzen zu ziehen und so kommen neben so genannten „Großhäuptlingen“<sup>847</sup> maximal afrikanische Gewerkschaftsvertreter zu Wort.<sup>848</sup> Einerseits wird Teilen der politischen Elite zwar unterstellt als afrikanische „Agenten der Imperialisten [...] für chromblitzende Autos ihre Brüder“<sup>849</sup> zu verkaufen, andererseits wird den Angehörigen der Führungsschicht breiter Raum in der Berichterstattung eingeräumt.<sup>850</sup> Diesen werden dann vorzugsweise Zitate zugeschrieben, die in Vokabular, Argumentation und Aussage in einem solchen Maße dem ostdeutschen Gesellschafts- und Weltbild entsprechen, dass die Authentizität dieser Zitate fraglich erscheint. Dies lässt sich freilich weder überprüfen noch belegen, dennoch drängt sich bei Berichten darüber, dass in einer Diskussionsrunde von Teilnehmern aus den Entwicklungsländern die Intentionen der westlichen „Entwicklungshilfe“ „entlarvt [...]“, indem sie darauf hinwies, daß der Westen ja nur ‚helfe‘, weil er Angst habe, daß sich die jungen Völker Asiens und Afrikas für den Kommunismus entscheiden könnten“<sup>851</sup> schon infolge der verwendeten Terminologie

---

<sup>844</sup> „Mahmoud Beledi, der frühere Generaldirektor der Handelskammer von Alexandria [...]“ Vgl. *DDR-Flagge in Alexandria*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Januar 1960, S.2.; „So sagte der marokkanische Delegierte Mohammed Boucetta im UNO-Plenum: [...]“ Vgl. *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>845</sup> *Alte Rezepte der Bonner Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. September 1960, S.2.

<sup>846</sup> *Afrika trommelt Freiheit*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Januar 1960, S.7

<sup>847</sup> *Als Gast im Land der Acholi*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Mai 1958, S.7.

<sup>848</sup> „Wir sprengen unsere Ketten“. In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. Mai 1960, S.3.

<sup>849</sup> *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>850</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.82.

<sup>851</sup> *Für die Bibel nahmen sie unser Land*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Oktober 1960, S.2.

der Eindruck auf, der Verfasser habe bei der Formulierung sowohl sprachlich als auch argumentativ „nachgeholfen.“ Noch deutlicher zeigt sich dies bei der Zitation libanesischer Kaufleute, die sich 1960 in lupenreinem DDR-Jargon über die derzeitigen Welthandelsstrukturen geäußert haben sollen:

„Wenn aber die sozialistischen Länder unsere ökonomischen Bedürfnisse nach Maschinen, Chemikalien oder Textilien befriedigen können, kaufen wir selbstverständlich bei ihnen. Hier haben wir es in jedem Fall mit seriösen Handelspartnern zu tun, die keine politischen Forderungen stellen. Sie verfügen über ein festes Absatzgebiet, das keinen periodischen Marktschwankungen unterliegt. Im Handel mit der UdSSR, der DDR und anderen sozialistischen Ländern sehen wir die beste Möglichkeit, uns eine größere Unabhängigkeit vom imperialistischen Wirtschaftseinfluß zu verschaffen.“<sup>852</sup>

### 4.3.3 „Pankows Weg führt über Afrika“

In einer Bundestagsdebatte über die mögliche Vertiefung der Beziehungen zu den Entwicklungsländern am 22. Juni 1960 stellt Heinrich von Brentano die provokante Frage in den Raum: „Was kümmert uns das? Afrika, Asien das ist alles sehr weit [...]“<sup>853</sup> Dies sei wenigstens die Stimmung weiter Teile der westdeutschen Bevölkerung, so der Bundesaußenminister, um diese Haltung dann einer scharfen Kritik zu unterziehen: Infolge der globalpolitischen Interdependenzen verursache schließlich jede Entwicklung, auch in Afrika, „Reflexe bei uns.“ Welche Bedeutung dem Kontinent öffentlich für die Lösung der „deutschen Frage“ beigemessen wird, soll im Folgenden untersucht werden. Dabei soll insbesondere auf die in der westdeutschen Presse regelmäßig geäußerte Befürchtung, dass „Pankows Weg“<sup>854</sup> zur Erzwingung der globalen de facto Anerkennung „über Afrika“ führe, eingegangen werden.

#### 4.3.3.1 Die globalpolitische Bedeutsamkeit Afrikas

Sowohl im ost- als auch westdeutschen Diskurs treten die Entwicklungsländer als neue „Globalplayer“ auf, deren Bedeutsamkeit nicht unterschätzt werden dürfe. Dabei ist allerdings zu konstatieren, dass sich insbesondere die Berichterstattung in DIE WELT bis 1960 durch eine relative Unbeteiligtheit an den Ereignissen in Afrika auszeichnet: Es existieren wenig und eher randständige Berichte über Vorkommnisse auf dem Kontinent, was den Eindruck vermittelt, dies sei die Sache der verbündeten Kolonialstaaten.<sup>855</sup> Innerdeutsche Belange, wie

---

<sup>852</sup> *Freies Afrika im Blickpunkt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1960, S.4.

<sup>853</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6821 D.

<sup>854</sup> *Pankows Weg führt über Afrika*. In: DIE WELT, 7. März 1960, S.3.

<sup>855</sup> Eine Ausnahme bildet schon vor 1960 die Berichterstattung über Indien, dem großes internationales Gewicht zugebilligt wird. Vgl. *Wenn Nebra sich erhebt, schweigen selbst die Kommunisten*. In: DIE WELT, 1. September 1959, S.3.

beispielsweise die Genfer Gipfelkonferenz, stehen dagegen wochenlang im Fokus der Berichterstattung. Dies ändert sich mit der in Fahrt kommenden Entkolonialisierung ab 1959 und 1960 schlagartig: So verkündet Scheel im Juni diesen Jahres öffentlich, es werde einmal derjenige „das Gesicht der Welt bestimmen, dem es gelingt, die Völker Asiens und Afrikas zu seinen Freunden zu machen.“<sup>856</sup> In den Akten des Auswärtigen Amtes finden sich insbesondere anlässlich politischer Krisen gesammelte Presseartikel aus Afrika, was demonstriert, dass deren Einschätzung und Bewertung der Lage als bedeutsam erachtet werden.<sup>857</sup> Dass sich in den Entwicklungsländern der Kalte Krieg entscheiden könne, glauben nach Darstellung von DIE WELT auch die Vereinigten Staaten: So habe Nixon den Kontinent bereits anlässlich der Unabhängigkeit Ghanas mit dem vom Bürgerkrieg zerrütteten China der dreißiger Jahre verglichen und damit das Schreckensbild eines winzigen von kommunistischen Erdteilen eingeschlossenen Europas evoziert, um die Notwendigkeit gemeinsamer Kraftanstrengungen herauszustellen.<sup>858</sup> Ein amerikanischer Delegierter soll sogar geäußert haben, es gebe „für den Rest der Welt keine Hoffnung“<sup>859</sup>, wenn die Entwicklungsländer sozialistisch würden, während der stellvertretende US-Außenminister Bowles dramatisch von einem „Kampf der Titanen“<sup>860</sup> spricht. Auch DDR-Außenminister Bolz erklärt 1964 vor der Volkskammer 1964, dass der Einfluss der Entwicklungsländer auf die Lösung internationaler Konflikte groß sei und weiter anwachsen werde.<sup>861</sup> LAMM/KUPPER sprechen den Entwicklungsländern speziell für die DDR eine „Schrittmacherrolle“<sup>862</sup> im Kampf gegen den deutschen Alleinvertretungsanspruch zu. Neben der ideologischen Interpretation der Entkolonialisierung als Beweis für die Krise des Kapitalismus suggeriert NEUES DEUTSCHLAND im Gegensatz zum westdeutschen Diskurs, die eigentliche weltpolitische Bedeutsamkeit Afrikas ergebe sich erst infolge der engen Kooperation mit den sozialistischen Staaten: So wird regelmäßig

---

<sup>856</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6827 D.; Ähnlich auch Kalbitzer: „Aus dieser Aufzählung, die Ihnen allen ja geläufig ist, wollen Sie bitte ersehen, daß diese Länder, die allesamt, so unterschiedlich sie auch im einzelnen sind, als Entwicklungsländer bezeichnet werden, heute den wesentlichen Ausschlag in der weltpolitischen Auseinandersetzung geben.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9202 B.

<sup>857</sup> *Pressespiegel vom März 1965*. In: PA/AA B34 Bd.143.

<sup>858</sup> *Amerika entdeckt Afrika*. In: DIE WELT, 12. Mai 1957, S.2.; „Die Kommunisten wissen genau, daß für sie die Kontrolle über Afrika gleichbedeutend wäre mit der Herrschaft über die ganze Welt.“ Vgl. „*Afrika – ein Hauptziel Moskaus*“. In: DIE WELT, 19. März 1957, S.4.

<sup>859</sup> *Gemeinsame Entwicklungshilfe*. In: DIE WELT, 11. Juni 1959, S.11.

<sup>860</sup> „*Kampf der Titanen um die Entwicklungsländer*.“ In: DIE WELT, 15. März 1961, S.4.

<sup>861</sup> *Erklärung des Ministers Bolz vor der Volkskammer der DDR am 19. November 1964*. In: DzD 1964, S.1122.

<sup>862</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.64.

das „gemeinsame Vorgehen“<sup>863</sup> als entscheidend bezeichnet oder die Unterstützung der DDR oder des gesamten Ostblocks für afrikanische Initiativen hervorgehoben, die in dieser Konsequenz globalpolitische Signifikanz erhalten. Dass sich die „heißen Kriege im Kalten Krieg“<sup>864</sup> in den Entwicklungsländern, beginnend 1950 mit dem Koreakrieg, abspielen, demonstriert die Verlagerung des globalen Systemkonflikts vom durch den Blockkonflikt nachhaltig erstarrten kontinentaleuropäischen Zentrum in die deutlich beweglichere (post-)kolonialistische Peripherie, die auch in den beiden deutschen Staaten wahrgenommen wird. NATO-Generalsekretär Stikker bringt im Juni 1961 „das Schicksal der freien Welt“ in einen direkten Zusammenhang mit der deutschen Teilung, über die „eines Tages genauso in Südostasien, im Kongo oder in Kuba“<sup>865</sup> bestimmt werden könne. Dieses Narrativ wird in der Folgezeit in verschiedenen Variationen durch ost- wie westdeutsche Akteure bemüht.

#### 4.3.3.2 Afrika und die deutsche Teilung

Spätestens seit dem Mauerbau steht die westdeutsche Politik einer potentiellen Lösung der „deutschen Frage“ auf dem Weg von Verhandlungen der Siegermächte bzw. im europäischen Kontext resigniert bis pessimistisch gegenüber. Die weitere Verhärtung der Blöcke bis zur Kubakrise und die anhaltende kommunikative „Eiszeit“ zwischen ost- und westdeutscher Regierung lässt es möglich bis wahrscheinlich erscheinen, dass die Fragen um Berlin und ein geeintes Deutschland eines Tages sogar vor der UN-Generalversammlung verhandelt werden könnten, so zumindest der offiziöse Tenor: Die steigende Präsenz und expandierende quantitative Macht der Entwicklungsländer in den internationalen Organisationen stärke deren globalpolitisches Gewicht, weshalb um deren „good will“<sup>866</sup> und „Verständnis“<sup>867</sup> für die jeweilige Sichtweise in Bezug auf die „deutsche Frage“ geworben werden müsse. Dieses Prinzip ist nach BODEMER als „do-ut-des-Standpunkt“<sup>868</sup> zu bezeichnen. Entsprechend

---

<sup>863</sup> *Arabische, afrikanische Staaten und DDR müssen gemeinsam handeln.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. Dezember 1961, S.7.; *DDR mit Afrika und Asien gegen Neokolonialismus.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1960, S.7.; *Afrika und DDR haben gleiche Interessen.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. November 1963, S.1.

<sup>864</sup> GREINER, 2006.

<sup>865</sup> *Aus der Rede des Generalsekretärs der NATO, Stikker, vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in Bonn am 26. Juni 1961.* In: DzD 1961, S.1075 f.

<sup>866</sup> FRITZ, 1962, S.8.; Scheel betont in diesem Kontext, man brauche „Freunde in der Welt“, wenn man diese herbeiführen wolle. Vgl. *Scheel befriedigt über Entwicklungsbilfe.* In: DIE WELT, 15. Februar 1964, S.2.

<sup>867</sup> *Kampf um Afrika?* In: DIE WELT, 6. November 1959, S.2.; *Aus der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Erler, auf dem 11. Parteitag der SPD in Karlsruhe am 23. November 1964.* In: DzD 1964, S.1139 f.

<sup>868</sup> BODEMER, 1974, S.99.

charakterisiert TETZLAFF die Afrikapolitik als „nach außen projizierte nationale Deutschland-Politik im globalen Rahmen des Ost-West-Konflikts.“<sup>869</sup> In diesem Kontext kann der zwischen 1961 und 1964 stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für „Entwicklungshilfe“ Gerhard Fritz zitiert werden, der äquivalent zu Stikker geäußert haben soll, „in jenen Dörfern in Afrika entscheide sich letzten Endes auch unser deutsches Schicksal, auch das Schicksal jener Menschen, die in der Ostzone noch nicht in Freiheit leben können.“<sup>870</sup> In diesem Tenor fürchtet auch Guineas Präsident Touré, sein Besuch der DDR könne „die Spaltung Deutschlands vertiefen“<sup>871</sup>, weshalb er laut Aktenaufzeichnungen des Auswärtigen Amts darauf verzichten will. Um Touré für die westdeutsche Position zu gewinnen, sollten ihm vor allem „die menschliche Seite“<sup>872</sup> der Teilungsfolgen deutlich gemacht werden, empfiehlt daraufhin der westdeutsche Botschafter in Conakry.

Wie stark die DDR um die Unterstützung der Entwicklungsländer bemüht ist, demonstriert die positivistische Interpretation deutschlandpolitischer Krisen gegenüber Pressevertretern aus den Entwicklungsländern: So wird die Kündigung des Abkommens über innerdeutschen Handel 1960 gegenüber dem Ausland als Niederlage der Bundesrepublik dargestellt.<sup>873</sup> Ulbricht fordert im selben Jahr die diplomatische Anerkennung beider deutscher Staaten durch möglichst viele Länder, was seiner Darstellung nach „für die Wiedervereinigung Deutschlands von Nutzen“<sup>874</sup> sei: So würde eine gleichberechtigte Verhandlungsposition geschaffen, die Voraussetzung für Gespräche über die Einheit sei. In der Bundesrepublik wird dieses Ansinnen als taktisches Kalkül interpretiert: Die DDR wolle das Ende der westlichen Nichtanerkennungspolitik durch eine erdrückende Anzahl diplomatischer Beziehungen zu anderen Staaten erzwingen, was die so genannte „Hallstein-Doktrin“ realitätsfremd erscheinen lasse. Dies sei im Übrigen ein historisch verbürgtes Muster leninistischer Außenpolitik, so

---

<sup>869</sup> TETZLAFF, 1978 B, S.28.

<sup>870</sup> GROTE, 2004, S.30 zitiert FRITZ, 1962, S.4.

<sup>871</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 14. November 1959.* In: PA/AA B34 Bd.86.

<sup>872</sup> *Schreiben der Botschaft in Conakry vom 30. Oktober 1959.* In: PA/AA B34 Bd.86.; Im Falle Tanganikas warnt das Auswärtige Amt, man solle man jegliche Gespräche zur „Deutschlandfrage“ nur „in vorsichtiger Form führen.“ Vgl. *Schreiben an die Botschaft in Daressalam vom 22. Februar 1962.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>873</sup> „Resultat [...] wird sein, daß eine Reihe westdeutscher Industriezweige für dauernd ihren Markt bei uns verlieren, weil wir diese Erzeugnisse selbst herstellen werden.“ Vgl. *Die DDR ist ein großer Magnet für uns.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Oktober 1960, S.1.

<sup>874</sup> *Aus der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht auf dem Empfang für das Diplomatische Korps.* In: DzD 1960, S.321.; Ähnlich auch: „Eine Resolution der Afro-Asiatischen Konferenz gegen Imperialismus und Neokolonialismus und für Abrüstung sowie eine entsprechende Aktivität der Völker wären jedoch eine Hilfe für das deutsche Volk seine nationalen Ziele zu erreichen.“ Vgl. *DDR mit Afrika und Asien gegen Neokolonialismus.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1960, S.7.

DIE WELT: Während die Sowjetunion in der Vergangenheit intensiv den asiatischen Kontinent umworben habe, betreibe Ulbricht nun das gleiche Spiel in Afrika.<sup>875</sup> Für die „Regelung des Deutschlandsproblems“ halten auch ostdeutsche Diplomaten die Unterstützung der Entwicklungsländer für unerlässlich.<sup>876</sup> So empfiehlt das MfAA anlässlich der Vertiefung der Kontakte mit Ghana, kurz nach dem Mauerbau, die Haltung der Regierung „zur Existenz zweier deutscher Staaten“<sup>877</sup> abzuklären. Die Ziele werden dabei wie nachfolgend festgelegt: Es sei festzustellen,

- „a) daß es auf dem Territorium der deutschen Nation zwei deutsche Staaten gibt.
- b) daß die afrikanischen Staaten nicht neutral sind, solange sich nicht beide deutsche Staaten gleich anerkennen.“<sup>878</sup>

Gleichzeitig wird die Aussondierung entwicklungspolitischer Kontakte empfohlen, was den funktionalen Zusammenhang von Hilfe und Übereinstimmung in deutschlandpolitischen Fragen suggeriert. Auch wird angeregt, dass durch die ostdeutschen Vertretungen in Afrika Vorträge zur DDR-Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der „deutschen Frage“<sup>879</sup> veranstaltet werden sollten. Beide deutsche Staaten betonen die grundsätzliche Bedeutsamkeit der Entwicklungsländer zur Herbeiführung einer Lösung in der so genannten „deutschen Frage“, doch während Bonn mit Hilfe dieser Argumentation am Alleinvertretungsanspruch festhält, verweist Ostberlin darauf, dass erst die gleichberechtigte Anerkennung beider deutscher Staaten, auch durch die Entwicklungsländer, die Voraussetzungen für entsprechende Verhandlungen schaffe. Gemeinsam ist dagegen beiden deutschen Staaten die Überzeugung, wonach über die Wiedervereinigung quasi „im Busch“ entschieden werden könne. In dieser Konsequenz wird anlässlich deutschlandpolitischer Krisen und Ereignisse, wie beispielsweise dem Mauerbau 1961, die Haltung der Entwicklungsländer durch die ost- wie westdeutsche Presse aufmerksam registriert und kommentiert. Eine als geheim eingestufte Aktennotiz des *Auswärtigen Amtes* vom Juli 1963 geht davon aus, „daß es kaum einen Bereich gibt, in dem wir das Selbstwertgefühl des Zonenregimes empfindlicher treffen können als in der Anerkennungsfrage.“<sup>880</sup> Die ostdeutsche Bevölkerung verfolge die Bemühungen ihrer Regierung vor allem in der „nicht-kommunistischen Welt“ mit größtem Interesse,

---

<sup>875</sup> *Ulbrichts Liebeswerben um den Schwarzen Erdteil*. In: DIE WELT, 7. April 1963, S.3.; *Pankows Weg führt über Afrika*. DIE WELT, 7. März 1960, S.3.

<sup>876</sup> *Aktenvermerk über ein Gespräch mit Außenminister Adjei vom 15. Mai 1962*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>877</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 12. Oktober 1961*. In: PA/MfAA A 15867.

<sup>878</sup> *Schreiben des MfAA an die Handelsvertretung in Accra vom 26. April 1962*. In: PA/MfAA A 15867.

<sup>879</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 27. Februar 1961*. In: PA/MfAA A 15867.

<sup>880</sup> *Aufzeichnung des Referats II 1 vom 29. Juli 1963*. In: AAPD 1963 Dok.251, S.831.

so die Annahme. Allerdings ist in diesem Kontext zu bemerken, dass dabei primär die führenden Repräsentanten der „Blockfreien Bewegung“ wie Nehru, Nasser, Sukarno oder Nkrumah zu Wort kommen und seltener, wenn überhaupt, Stellungnahmen aus kleineren afrikanischen Staaten nachweisbar sind.<sup>881</sup> Die Vorstellung, dass eine öffentliche Positionierung Nassers in der Berlinfrage entscheidend sein könnte, erscheint aus heutiger Sicht wenig nachvollziehbar, wird damals allerdings medial durchaus impliziert.<sup>882</sup> So zitiert NEUES DEUTSCHLAND gerne Führer der Blockfreien wie Nkrumah und Nehru, die kurz nach Beginn des Mauerbaus gefordert haben, „Tatsachen des Lebens“<sup>883</sup> wie die Existenz zweier deutscher Staaten global anzuerkennen. Ähnlich konstatiert auch DIE WELT erleichtert, dass im Schlusskommuniqué der Kairoer Konferenz 1964 nicht von „zwei deutschen Staaten“<sup>884</sup> die Rede gewesen sei. Dabei ist festzustellen, dass die westdeutsche Presse im Gegensatz zu NEUES DEUTSCHLAND auch die Stimmen aus den Entwicklungsländern, die in der „deutschen Frage“ eine konträre Haltung einnehmen und sich zugunsten der Anerkennung zweier deutscher Staaten aussprechen, transportiert und kritisch kommentiert: So berichtet DIE WELT säuerlich über die Dankesworte, die Nasser an die Sowjetunion richtet und DER SPIEGEL polemisiert, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und einer Vielzahl von Entwicklungsländern sei bisher nicht aus Furcht vor der „Hallstein-Doktrin“, sondern infolge der Wertschätzung der westdeutschen „Entwicklungshilfe“ unterblieben.<sup>885</sup> Auf beiden Seiten existiert die Sichtweise, wonach die Lösung der „deutschen Frage“ im „Interesse der ganzen Welt“<sup>886</sup> und entsprechend auch im Interesse Afrikas sei, da dies erstens die internationale Entspannung voranbringe und künftigen weltpolitischen Krisen, insbesondere um Berlin, vorbeuge. So zitiert DIE WELT aus einer ägyptischen Broschüre, in der die „deutsche Frage“ explizit als „Vulkan“<sup>887</sup> bezeichnet wird, der jederzeit explodieren und der Welt einen neuen Krieg bescheren könne. Im Auswärtigen Amt empfiehlt man regelmäßig, ausländische Politiker über den Standpunkt der Bundesrepublik in der Deutschlandfrage

---

<sup>881</sup> Anlässlich der Kairoer Blockfreienkonferenz 1964 heißt es beispielsweise, Sukarno sei froh darüber, dass es den „imperialistischen Mächte[n]“ nicht gelungen sei, „die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls zur Provozierung eines Konflikts“ zu nutzen. Vgl. *Bonn - ein Jahr danach*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 13. August 1962, S.4.

<sup>882</sup> *Nasser hält sich in der Berlin-Frage noch zurück*. In: DIE WELT, 27. Juli 1961, S.3.

<sup>883</sup> *Nkrumah: Friedensvertrag - DDR anerkennen Nehru: DDR ist eine Tatsache des Lebens [...]*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. September 1961, S.7.

<sup>884</sup> *Deutschland-Frage in Kairo ausgeklammert*. In: DIE WELT, 12. Oktober 1964, S.1.

<sup>885</sup> *Nasser dankte der Sowjetunion*. In: DIE WELT, 11. Januar 1960, S.4.; *Punkt 27*. In: DER SPIEGEL Nr.38/1961, S.76 ff.

<sup>886</sup> *Rede des Bundeskanzlers Adenauer in der Sophia-Universität in Tokio am 31. Januar 1960*. In: DzD 1960, S.640.

<sup>887</sup> *„Die deutsche Frage – ein Vulkan.“* In: DIE WELT, 5. Mai 1960, S.3.

zu informieren und explizit Bedauern über Kontakte zur DDR zu äußern.<sup>888</sup> Das ostdeutsche Außenministerium wiederum begrüßt ausdrücklich Nkrumahs Äußerung auf der zweiten Konferenz blockfreier Staaten in Kairo 1964, wonach die „deutsche Frage“ nicht „wie ein Damokles-Schwert über der zivilisierten Menschheit“<sup>889</sup> hängen dürfe. Die anhaltende Nichtanerkennung der DDR steigere „gewollt oder ungewollt“<sup>890</sup> die „Kriegsgefahr“, da man so automatisch den westdeutschen Militarismus stütze, so Ulbricht. Zweitens belaste die Frage, mit welchem „Deutschland“ nach der Unabhängigkeit Kontakte geknüpft werden sollten, die afrikanischen Staaten, die „möglichst mit allen Seiten gut Freund“<sup>891</sup> sein wollten und durchaus dringlichere Probleme zu bewältigen hätten.

Die Haltung gegenüber Afrika wird auch im Westen als „Gretchen-Frage“<sup>892</sup> bezeichnet. Während die Bundesrepublik sich dieser Argumentation bedient, um die Illegitimität eines ostdeutschen Separatstaats hervorzustellen, empfehlen ostdeutsche Politiker, dieses Dilemma, durch die Anerkennung beider deutscher Staaten aufzulösen. Dies führt auch Ulbricht nach seinem skandalumwitterten Ägyptenbesuch 1965 zu der paradox anmutenden Formulierung, es sei „vom Nil und den Pyramiden aus ganz besonders deutlich zu erkennen“<sup>893</sup> gewesen, dass es insbesondere der westdeutsche Alleinvertretungsanspruch sei, der einseitig die Wiedervereinigung verhindere. Afrika wird auch zum Ort der öffentlichen Demütigung des Westens charakterisiert, wo dieser „zähneknirschend“<sup>894</sup> die „warme[n] Dankesworte“ an den Ostblock infolge der entwicklungspolitischen Unterstützung registrieren müsse. Dabei könnten die Entwicklungsländer und die DDR auch ökonomisch voneinander profitieren: So zitiert eine Aktennotiz den ghanaischen Handelsvertreter in Ostberlin, der betont, dass Ghana viele Rohstoffe, aber nicht die nötigen Fachkräfte besitze, wohingegen die DDR „über reichliche Fachkräfte, aber ungenügende Rohstoffe verfüge.“<sup>895</sup> Damit ergibt sich das Bild einer symbiotischen Beziehung, von denen beide profitieren können.

<sup>888</sup> Schreiben des Auswärtigen Amtes an die Botschaft in Dar-es-Salaam vom 22 Februar 1962. In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>889</sup> Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR zur Zweiten Konferenz blockfreier Staaten in Kairo am 10. Oktober 1964. In: DzD 1964, S.1044.

<sup>890</sup> Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960. In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, S.82.

<sup>891</sup> Deutsche Politik in Afrika. In: DIE WELT, 3. März 1965, S.1.

<sup>892</sup> Die Gretchen-Frage: Afrika. In: DIE WELT, 18. Januar 1961, S.3.

<sup>893</sup> Aus dem Rundfunkinterview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Eisler am 7. März 1965. In: DzD 1965, S.268.

<sup>894</sup> Das afrikanische Jahr. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>895</sup> Vermerk über ein Gespräch mit Mensab-Bonsu vom 10. September 1963. In: PA/MfAA A 15934.



### 4.3.3.3 Die Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts

Als entscheidende „Elementarkraft“<sup>896</sup> und verbindendes Glied mit Afrika wird das Selbstbestimmungsrecht und die häufige Divergenz von „Volks- und Staatsgrenzen“<sup>897</sup> angeführt, die auch in Afrika häufig nicht zusammenfielen, so Gerstenmaier. So könne man dieses für sich selbst nur dann authentisch einfordern, wenn man auch das Unabhängigkeitsstreben in Afrika nachhaltig unterstütze. Der CDU/CSU-Abgeordnete Birrenbach proklamiert darüber hinaus, man könne auf diesem Wege deutlich machen, dass das westdeutsche Anliegen „kein nationales, sondern ein europäisches und gleichzeitig ein eminent menschliches“<sup>898</sup> sei. Sein Fraktionskollege Majonica bezeichnet es gar als „widersinnig“<sup>899</sup>, würden sich die afrikanischen Staaten zugunsten der DDR positionieren und damit gegen ein Recht aussprechen, „dem sie selbst ihre staatliche Existenz verdanken.“ Lübke fordert ein Jahr später ausländische Stipendiaten der Humboldt-Stiftung ausdrücklich dazu auf, in ihren Herkunftsländern offensiv „für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen einzutreten.“<sup>900</sup> Wischnewski mahnt darüber hinausgehend, man könne nur „Verständnis für die eigenen Probleme“<sup>901</sup>, also die deutsche Teilung, erwarten, wenn man „Verständnis für die Probleme des anderen“ aufzeige. Allerdings Gerstenmaier wirbt dafür, dass sich die Afrikaner zunächst mit ihren eigenen Problemen befassen müssten, die für sie dringlicher seien, als die „Wiedervereinigung Deutschlands“<sup>902</sup> oder der „Ost-West-Konflikt.“ Neben der Warnung, den neutralen Kurs der Blockfreien zu akzeptieren, liegt darin auch die Aufforderung, sich entwicklungspolitisch zu engagieren. Ein menschenwürdiges Leben wird als Teil des Selbstbestimmungsrechts erfasst, was den Konnex zwischen Deutschlandpolitik und „Entwicklungshilfe“ klar erkennen lässt. Deutlicher formuliert dies der SPD-Fraktionsvorsitzende Erler, wonach man für die eigene deutschlandpolitische Position nur dann Unterstützung erwarten könne, „wenn wir uns ihrer Sache mit den uns zugänglichen bescheidenen Mitteln anzunehmen bereit sind.“<sup>903</sup> Darunter kann auch die politische Unterstützung entsprechender Initiative der

---

<sup>896</sup> *Aus der Denkschrift des Vorsitzenden des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Schütz: Reform der Deutschlandpolitik vom 23. September 1965.* In: DzD 1965, S.815.

<sup>897</sup> GERSTENMAIER, 1960, S.7.

<sup>898</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6812 C.

<sup>899</sup> *Artikel Majonicas (CDU/CSU): Der Spaltervertrag und die Neutralen vom 7. August 1962.* In: DzD 1962, S.908.

<sup>900</sup> *Bundespräsident mahnt Stipendiaten.* In: DIE WELT, 18. Juli 1963, S.2.

<sup>901</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 147. Sitzung am 8. März 1961, S.8348 C

<sup>902</sup> GERSTENMAIER, 1960, S.10.

<sup>903</sup> *Aus der Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der SPD, Erler, auf dem Flüchtlingskongress der SPD in Sindelfingen am 7. März 1964.* In: DzD 1964, S.333.; Dies floss in den achten Punkt der Entschließung des 11. SPD-Parteitages am 26. November 1964 ein: „Das deutsche Volk braucht Vertrauen und Solidarität auch über den Kreis

Entwicklungsländer in internationalen Organisationen, beispielsweise zur weiteren Entkolonialisierung zählen. Bekenntnisse zur Solidarität mit der westdeutschen Position zur so genannten „deutschen Frage“ sind in beinahe jeder Erklärung über Zusammentreffen mit afrikanischen Politikern zu finden und koinzidieren mit der Absichtserklärung, mehr „Entwicklungshilfe“ zu leisten. Paradigmatisch demonstrieren dies die Kommuniqués der Afrikareise Lübkes 1962 nach Liberia, Senegal und Guinea: Darin betonen die afrikanischen Gastgeber entweder allgemein „Verständnis für die besonderen Probleme Deutschlands“<sup>904</sup> oder sprechen sich explizit zugunsten der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk aus, insbesondere in Bezug auf Berlin. Gleichzeitig wird die Vertiefung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in Aussicht gestellt oder entsprechende Geschenke werden direkt übergeben.<sup>905</sup> So hat der Bundespräsident für Guinea ein Fischereiforschungsboot im Gepäck, wohnt der Grundsteinlegung für einen Lehr- und Musterbetrieb für Fleischverwertung bei und sagt Hilfe für die Bekämpfung tropischer Krankheiten zu. In der DDR poltert man wiederum öffentlich, die Bundesrepublik verstehe unter „Selbstbestimmung“ nicht anderes „als die Liquidierung der Deutschen Demokratischen Republik.“<sup>906</sup> Dagegen sei allein die Gründung des „ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaats als Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts „gegen die Herrschaft des deutschen Imperialismus und Militarismus“<sup>907</sup> zu betrachten. So betont NEUES DEUTSCHLAND angesichts der stetig mehr werdenden unabhängig werdenden Staaten Afrikas, dass deren Recht auf „Selbstbestimmung stets die volle Unterstützung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik“<sup>908</sup> genieße. Im März 1960 widmet die Zeitung der Frage „Was ist Selbstbestimmung wirklich?“ eine gesamte Seite und versucht entsprechende Forderungen Adenauers als „Neokolonialismus“ und „Heuchelei“ zu entlarven, wobei in diesem Kontext auch

---

der engeren Bündnispartner hinaus. Da Solidarität nur auf Gegenseitigkeit beruhen kann, muß das deutsche Volk auch aus diesem Grunde bereit sein, seinen Anteil an der großen weltpolitischen Aufgabe zu erfüllen, den Entwicklungsländern dabei zu helfen, sich aus eigener Kraft ein menschenwürdiges Leben erarbeiten zu können.“ Vgl. *Entschließung des 11. Parteitages der SPD in Karlsruhe zu Deutschland und Europas Sicherheit am 26. November 1964*. In: DzD 1964, S.1148.

<sup>904</sup> *Kommuniqué über den Staatsbesuch des Bundespräsidenten Lübke in der Republik Guinea am 18. Januar 1962*. In: DzD: 1962, S.51.; *Kommuniqué über den Staatsbesuch des Bundespräsidenten Lübke in der Republik Senegal am 21. Januar 1962*. In: DzD 1962, S.64.

<sup>905</sup> *Kommuniqué über den Staatsbesuch des Bundespräsidenten Lübke in der Republik Liberia am 15. Januar 1962*. In: DzD 1962, S.38.; *Aus der Mitteilung des Auswärtigen Amtes über den Staatsbesuch des Präsidenten Keita in der Bundesrepublik Deutschland*. In: DzD 1962, S.631.

<sup>906</sup> *Erklärung des Abg. Schirmer (DKB) im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der DDR am 4. Februar 1965*. In: DzD 1965, S.133.

<sup>907</sup> *Aus der Erklärung der Regierung der DDR zur Zweiten Konferenz blockfreier Staaten in Kairo am 24. Oktober 1964*. In: DzD 1964, S.1091.

<sup>908</sup> *Die DDR begrüßt Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1959, S.5.

Bonns Umgang mit der Entkolonialisierung Afrikas in die Argumentation eingebunden wird.<sup>909</sup> Der stellvertretende ostdeutsche Ministerpräsident Leuschner verkündet nach der Rückkehr von einer Südostasienreise in NEUES DEUTSCHLAND, dass er in allen Ländern „Zustimmung und Unterstützung in den Grundthesen unserer Deutschlandpolitik“<sup>910</sup> erfahren habe. Es sei außerdem „ein stolzes Gefühl zu wissen, daß die DDR in diesen Ländern zu einem festen und klar umrissenen Begriff geworden ist.“<sup>911</sup> Man habe nicht nur für die Existenz zweier deutscher Staaten, sondern auch für die Forderung nach der Herstellung gleichwertiger Beziehungen Verständnis gefunden.

#### 4.3.3.4 Mediale Auffälligkeiten

Abschließend ist zu bemerken, dass es angesichts der überragenden Bedeutung, die den jungen afrikanischen Staaten zugeschrieben wird, verwunderlich erscheint, dass die Namen ihrer Repräsentanten auf beiden Seiten gelegentlich falsch geschrieben wurden oder Städte in andere Länder verlegt werden.<sup>912</sup> Teilweise wird sogar angenommen, dass alle Afrikaner dieselbe Sprache sprächen, was mangelndes Differenzierungsvermögen demonstriert.<sup>913</sup> Ähnlich spottet NEUES DEUTSCHLAND über den westdeutschen „Hochschuldienst“, der Accra kurzerhand von Ghana nach Nigeria gelegt habe: Diese Unkenntnis und Ignoranz demonstrierten, dass „gewisse Mitarbeiter dieses Blattes selbst einer kleinen geistigen Entwicklungshilfe bedürftig“<sup>914</sup> seien und dass kein wahres Interesse an den Entwicklungen in Afrika bestehe, so der bissige Kommentar. Allerdings ist festzustellen, dass solche Fehler nur selten und in der Frühphase der Entkolonialisierung vorkommen und im Laufe des Untersuchungszeitraums ganz verschwinden. Diese Falschinformationen demonstrieren außerdem die „Überforderung“ mit der „neuen Welt“ in Form eines ganzen Kontinents, über den man wenig weiß und der nun ins Zentrum der Blockauseinandersetzungen rücken könnte.

---

<sup>909</sup> „Wer das Prinzip der Selbstbestimmung ernst nimmt, muß auch die nationale Befreiungsbewegung unterstützen. Bonn tut das Gegenteil und entlarvt damit sein Gerede von Selbstbestimmung wiederum als Lüge.“ Vgl. *Was ist Selbstbestimmung wirklich?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. März 1960, S.5.

<sup>910</sup> *Interview des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Leuschner für die Zeitung „Neues Deutschland“ am 22. Februar 1964.* In: DzD 1964, S.267 f.

<sup>911</sup> *DDR vertiefte Freundschaft mit Südostasien.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Februar 1964, S.1.

<sup>912</sup> beispielsweise „Seku Ture“ statt „Sekou Touré“ Vgl. *Guinea unabhängige Republik.* In: DIE WELT, 3. Oktober 1958, S.5.

<sup>913</sup> DETTMAR, 1989, S.177 ff.

<sup>914</sup> *Entwicklungshilfe.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Januar 1963, S.12.

Bemerkenswerterweise wird die grundsätzliche Bejahung der deutschlandpolitischen Bedeutsamkeit der Entwicklungsländer auch stellenweise wieder relativiert: So bezeichnet es Ulbricht trotz seiner beständigen Bemühungen um die Gunst der Entwicklungsländer als „unanständig und unfair“<sup>915</sup>, diese Staaten mit den innerdeutschen Streitigkeiten zu „belästigen.“ Dies spiegelt wohl den Versuch wider, eine gewisse weltmännische Gelassenheit und Souveränität demonstrieren. Auch DIE WELT gibt sich relativ unbeeindruckt und berichtet, in der Bundesrepublik würde teilweise die Haltung vertreten, dass man „doch nicht jedem Negerhäuptling nachlaufen“<sup>916</sup> müsse. Ähnlich relativierend glaubt auch Ulbricht, die DDR „existiert und entwickelt sich so oder so“<sup>917</sup>, unabhängig vom Ausmaß ihrer diplomatischen Kontakte. Besonders häufig sind diese beinahe trotzig wirkenden Relativierungen in Situationen anzutreffen, in der ein politischer Dämpfer entweder gerade geschehen ist oder man einen solchen für die nahe Zukunft befürchteten muss. DIE WELT bemerkt schon Ende der Fünfziger recht selbstkritisch, dass die Deutschen immer erwarteten, dass sich die jungen Nationalstaaten mit der deutschen Teilung beschäftigten, im Gegenzug aber kaum etwas über die Probleme Afrikas wüssten.<sup>918</sup> Weiterhin wird die Frage aufgeworfen, ob die Probleme der deutschen Spaltung nicht „zu komplex“<sup>919</sup> seien und ob man überhaupt erwarten dürfe, dass die übrige Welt sich permanent damit auseinandersetze.

#### 4.3.4 Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass beide deutsche Staaten den Prozess der Entkolonialisierung ausdrücklich begrüßen und insbesondere die Bedeutung des Jahres 1960 hervorheben. Dabei wertet die DDR die Entkolonialisierung in ideologischer Perspektive als Symptom für die einsetzende Krise des westlichen Kapitalismus und als Fortsetzung der Vorgänge seit 1917. Während in der Bundesrepublik in beschwichtigender Manier beständig die Gewaltfreiheit beschworen wird, erinnert man in der ostdeutschen Öffentlichkeit daran, dass dies nur der erste Schritt auf dem, möglicherweise auch gewaltsamen Weg zur endgültigen Unabhängigkeit sein könne, die erst durch eine sozialistische Umwälzung vollends erreicht sei. Die westlichen Forderungen nach Gewaltfreiheit werden wiederum als Interesse

---

<sup>915</sup> *Aus dem Rundfunkinterview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Eisler am 7. März 1965.* In: DzD 1965, S.266.

<sup>916</sup> *Der „Hochmut“ der jungen Völker.* In: DIE WELT, 21. März 1960, S.1.

<sup>917</sup> *Aus der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht auf dem Empfang für das Diplomatische Korps.* In: DzD 1960, S.321.

<sup>918</sup> *Kampf um Afrika?* In: DIE WELT, 6. November 1959, S.2.; *Die Sorgen der anderen.* In: DIE WELT, 28. Mai 1957, S.1-2.

<sup>919</sup> *Heimat, deine Sterne...* In: DIE WELT, 27. Dezember 1960, S.12.

an der Aufrechterhaltung von (post-)kolonialen Abhängigkeitsstrukturen kritisiert. Während in der westdeutschen Öffentlichkeit das Schreckensbild eines Afrikas unter sozialistischer Führung kursiert, befürchtet man im Osten eine durch westliche Waffenexporte militärisch hochgerüstete Elite, die eben eine solche Umwälzung gewaltsam verhindern könne. Sowohl in der westdeutschen als auch der ostdeutschen Öffentlichkeit wird der Kontinent als gewaltiges Ressourcenreservoir dargestellt, wobei entsprechende Charakterisierungen des Westens im Osten sogleich als „lüsterne“ und „neokolonialistische“ Ausbeutungsabsichten gewertet werden. Das Bild vom „Kontinent der Gegensätze“, wo Armut und Reichtum, Landwirtschaft und Industrialisierung sowie Aberglauben und Aufklärung nebeneinander existierten, findet sich dies- und jenseits des „Eisernen Vorhangs“ ebenso wie die generelle Aufbruchsstimmung und spannungsvolle Erwartung, die in fast allen Berichten mitschwingt.

Während beim Afrikabild viele Parallelen existieren, die sich lediglich in der Bewertung der Gewaltfreiheit und den jeweiligen „Schreckensbildern“ unterscheiden, weist die Darstellung der Afrikaner als Empfänger von „Entwicklungshilfe“ größere Differenzen auf. So wird im Westen offen Kritik an einer vermeintlich passiv-rezeptiven Erwartungshaltung der Afrikaner geübt, die teilweise in impertinenten Forderungen und ungeduldigem Unverständnis kulminiert. Die ostdeutsche Presse spricht lediglich von nachvollziehbarer „Ungeduld“ bei der Verwirklichung der tatsächlichen Unabhängigkeit. Die Bundesrepublik berichtet regelmäßig über Pannen, Korruptionen und den Mangel an Sekundärtugenden bei der Durchführung von Hilfsprojekten, wobei den Afrikanern zumindest implizit eine mangelnde Reife zur Staatsführung unterstellt wird. Dabei wird das Bild vom „*homo inoeconomicus*“ geprägt, der überfordert sei, sich selbst überschätze oder aber sich auf den Hilfeleistungen aus dem Ausland „ausruhe“. Solche Probleme existieren in der öffentlichen Darstellung des Ostens nicht oder werden als bloße Startschwierigkeiten, „Kinderkrankheiten“, individuelles Versagen bzw. Sabotage einer mit dem Westen kollaborierenden Landeselite charakterisiert. Diese These, wonach sich in der Bundesrepublik differenzierte „Entwürfe des Fremden“ zeigten, muss dahingehend modifiziert werden, dass sich diese „Differenziertheit“ primär in einem kritischeren Bild der Afrikaner auszeichnet, das stellenweise jedoch klar koloniale Versatzstücke offenbart. Im Gegensatz dazu erscheint es in der ostdeutschen Öffentlichkeit, als würden die Afrikaner ihre Handlungsmöglichkeiten unterschätzten, während sie ihre Abhängigkeit vom Westen überschätzten. Dabei werden diese auf beiden Seiten in beinahe kolonial-stereotyper Manier als kraftvoll, fleißig und genügsam geschildert. Ein für den westdeut-

schen Entwicklungsdiskurs kennzeichnendes Narrativ ist die vermeintlich adaptive Zivilisiertheit der Afrikaner, die sich in westlichem Auftreten und Kleidung erschöpfe und beim „Klang von Buschtrommeln“ wieder abfalle. Von traditionellen Überbleibseln ist im statischen Menschenbild, das in der ostdeutschen Öffentlichkeit kursiert, dagegen keine Rede. Die Afrikaner als Nutznießer ostdeutscher Entwicklungspolitik erscheinen vielmehr als technisch wie sozialistisch geschulte Lehrlinge, die nun gezielt die Aufbauarbeit im eigenen Land vorantreiben. Gemeinsam ist den beiden deutschen Staaten das Narrativ der notwendigen externen Anleitung durch Entwicklungshelfer als eine Art „Lehrmeister“. Dabei erscheinen die Afrikaner wiederum infantilisiert als „Schüler“, wobei dies in der DDR besonders auf politische Fragen bezogen wird. Der Westen kritisiert diese Praxis als unzulässige Indoktrinierung und unterstellt den Afrikanern politischen Opportunismus, der sich insbesondere in der Annahme von Hilfsangeboten aus Ost und West zeige. Eine generelle Ausnahme bildet die Darstellung der Nordafrikaner: In der westdeutschen Presse erscheinen diese vielfach distinguiert, berechnend und hochgebildet und auch im ostdeutschen Diskurs wird das stolze Auftreten zur Kenntnis genommen, wenngleich weniger kritisch kommentiert. Generell kommen sowohl in Ost als auch West fast ausschließlich Repräsentanten der gebildeten Elite zu Wort, wobei NEUES DEUTSCHLAND diesen gerne ideologische Aussagen in den Mund zu legen scheint.

Beide deutsche Staaten messen Afrika eine erhebliche Bedeutung für die „deutsche Frage“ bei, da dessen Ausrichtung als neuer „Globalplayer“ als entscheidend für die Auseinandersetzung der Blöcke bewertet wird. In der DDR wird diese Einschätzung jedoch dahingehend relativiert, dass sich die Bedeutung des Kontinents erst aus der Kooperation mit den sozialistischen Staaten ergebe. Beide Staaten teilen die Einschätzung, dass infolge der zementierten Lage in Europa, insbesondere nach dem Mauerbau, Afrika den entscheidenden Ausschlag für die internationale Etablierung zweier deutscher Staaten geben könne. Dabei kursiert die Vorstellung, dass die UN-Generalversammlung eines Tages über die deutsche Teilung verhandeln und entscheiden könne. Das Selbstbestimmungsrecht wird dabei als verbindender Faktor zwischen Afrika und den beiden deutschen Staaten stilisiert, wobei man in der Bundesrepublik argumentiert, dass Afrika infolge der Missachtung dieses Rechts durch das ostdeutsche Regime keine näheren Kontakte mit der DDR pflegen könne. Während in der ostdeutschen Presse lediglich Stimmen aus Afrika zu Wort kommen, die sich für die Anerkennung beider deutschen Staaten aussprechen, berichtet die westdeutsche Presse sowohl über Befürworter als auch Kritiker des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs. Einig

#### 4. Entwicklungspolitische Konzeptionen

sind sich beide deutsche Staaten jedoch in der Einschätzung, dass man in den Entwicklungsländern dringlichere Probleme als die Haltung gegenüber der deutschen Teilung habe, wobei dies in der DDR auffällig häufig nach Fehlschlägen der eigenen Bemühungen vor Ort geschieht. Dabei werden außerdem unterschiedliche Rückschlüsse gezogen: Während die DDR empfiehlt, dieses Dilemma durch die Anerkennung beider deutscher Staaten aufzulösen, warnt die Bundesrepublik vor eben diesem Schritt mit Hinweis auf die Illegitimität der ostdeutschen Regierung.

## 5. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE PRAKTIKEN

Im Folgenden werden exemplarisch die Auswirkungen der innerdeutschen Konkurrenz auf die entwicklungspolitischen Praktiken beider Staaten untersucht. Ein erster Teil (Kapitel 5.1) charakterisiert knapp globalpolitisch die Entstehung des Politikfelds sowie die in beiden deutschen Staaten an der Ausformulierung und Durchführung beteiligten Akteure und Instrumente. Darauf folgend wird exemplarisch die konkrete politische Praxis gegenüber Ghana, Guinea, Sansibar bzw. Tansania sowie Ägypten untersucht (Kapitel 5.2), wobei sowohl die Phasen der Kontaktaufnahme und -vertiefung als auch die der entwicklungspolitischen Förderung und diplomatischer sowie wirtschaftlicher Krisensituationen berücksichtigt werden. Dabei werden etwaige Faktoren herausgestellt, die den „Erfolg“ einer der beiden deutschen Staaten begünstigen oder erschweren, wobei dies geberspezifisch als „Überflügelung des anderen Deutschlands“ im Empfängerland verstanden wird, beispielsweise durch verdichtete Beziehungen oder eine politische Positionierungen zugunsten Bonns bzw. Ostberlins. Hierbei wird nicht nach chronologischen oder regionalen Gesichtspunkten vorgegangen, sondern vielmehr eine nach Handlungsmustern orientierte Darstellung angestrebt, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten im *modus operandi* der DDR und der Bundesrepublik aufzeigen zu können, wobei auf zeitliche und örtliche Differenzen bzw. Entwicklungen verwiesen wird. In einem letzten Abschnitt (Kapitel 5.3) werden die Reaktionen der Empfängerländer auf die deutschlandpolitischen Ambitionen und Verwicklungen im Spiegel der deutschen Quellen skizziert und erläutert. Als Quellengrundlage dienen primär Aktenbestände der beiden deutschen Außenministerien sowie einschlägige Reden, Interviews und Debattenbeiträge. Die Untersuchung der Berichterstattung in der ost- und westdeutschen Presse dient zum einem der Nachzeichnung chronologischer Abläufe und zum anderen zur Analyse der öffentlichen Darstellung und Wahrnehmung.

### 5.1 DIE INSTITUTIONALISIERUNG DER ENTWICKLUNGSPOLITIK

Das folgende Kapitel untersucht, ob und inwiefern die Existenz des „anderen Deutschlands“ oder deutschlandpolitische Erwägungen bereits bei der Institutionalisierung der Entwicklungspolitik und ihrer Instrumente implizit oder explizit eine Rolle spielen. Dabei wird vermutet, dass die institutionelle Flexibilität auf beiden Seiten eine wesentliche Voraussetzung für die spätere deutschlandpolitische Prägung des Politikfelds darstellt.



### 5.1.1 Die „Erfindung“ der „Entwicklungshilfe“

US-Präsident Harry S. Truman verkündet in der Inaugurationsrede zu seiner zweiten Amtszeit am 20. Januar 1949 als vierten Punkt seiner außenpolitischen Ambitionen das „Urkonzept“<sup>1</sup> westlicher Entwicklungspolitik. Das in dieser Konsequenz als „*Point Four*“ bezeichnete Programm kann als globalpolitisches Pendant zum zeitgleich erfolgreich praktizierten *European Recovery Program* verstanden werden. Während der europäische Wiederaufbau stärker monetär-ökonomisch ausgerichtet ist, soll dieses Vorhaben primär technische Hilfe für „*underdeveloped areas*“<sup>2</sup> weltweit bereitstellen. Dies sei möglich, da die Wissensbestände des Westens im Gegensatz zu den materiellen Ressourcen unerschöpflich und somit unbegrenzt transferierbar seien, so Truman.<sup>3</sup> Auf diese Weise könne die vom US-Präsidenten im Kontext dieser Rede nicht weiter spezifizierte „Gefahr“<sup>4</sup> gebannt werden, die von der Armut dieser Länder für sich selbst und wohlhabendere Gebiete ausgehe. In seinen Memoiren stellt Truman wenige Jahre später explizit den Zusammenhang zur *Containment-Policy* her: „It [*The Point IV Programm, A.d.Verf.*] was consistent with our policy of preventing the expansion of Communism in the free world.“<sup>5</sup> DIE WELT vergleicht „*Point Four*“, was sie lapidar als „Dollarhilfe“<sup>6</sup> bezeichnet, sogar mit der Sozialgesetzgebung Bismarcks, die die Gefahren der Sozialdemokratie bannen solle. Bereits die „Geburt“ der Entwicklungspolitik ist offenkundig unmittelbar mit der globalen Systemkonkurrenz zwischen Ost und West verbunden. Ein politisches Lexikon aus dem Jahr 1971 verweist rückblickend ebenfalls ganz selbstverständlich auf die Politisierung dieses Politikfelds im Zuge des Ost-West-Konflikts.<sup>7</sup> In dieser Konsequenz bezeichnet TETZLAFF die Entwicklungspolitik ironisch eine „Nachkriegserfindung der USA zur Absicherung westlicher Globalinteressen.“<sup>8</sup> Auch die Papst-Enzyklika „*Mater et Magistra*“ im Jahr

<sup>1</sup> KORFF, 1998, S.40.

<sup>2</sup> „*Point Four was conceived as a world-wide, continuing program of helping underdeveloped countries to help themselves through sharing of technical information already tested and proved in the United States.*“ Vgl. TRUMAN, 1956, S.246 f.

<sup>3</sup> „*The material resources which we can afford to use for the assistance of other peoples are limited. But our imponderable resources in technical knowledge are constantly growing and are inexhaustible.*“ Vgl. INAUGURATIONSREDE TRUMANS am 20. Januar 1949. Vgl. <http://www.inaugural.senate.gov/swearing-in/addresses> [23.4.2019]

<sup>4</sup> „*Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas.*“ Vgl. INAUGURATIONSREDE TRUMANS am 20. Januar 1949. Vgl. <http://www.inaugural.senate.gov/swearing-in/addresses> [23.4.2019]

<sup>5</sup> TRUMAN, 1956, S.246 f.

<sup>6</sup> „Wie Bismarck als erster in seiner Sozialgesetzgebung erkannte, daß es im [...] Eigeninteresse der Wohlhabenden war, einen Teil des Volkseinkommens an weniger Begünstigte abzugeben, so ist Amerika zu der Einsicht gelangt, [...] daß es einen Teil seines Reichtums anderen Nationen abgeben muß, wenn es nicht selbst in Gefahr geraten soll.“ Vgl. *Ein Damm aus 26 Milliarden Dollar*. In: DIE WELT, 3. Oktober 1959, DFdW.

<sup>7</sup> „Seit dieser Zeit wetteifern die westlichen und östlichen Industrienationen in der Gewährung von Entwicklungshilfe, wobei sich beide Seiten einen stärkeren politischen Einfluß auf die jungen Staaten erhoffen.“ Vgl. „*Entwicklungshilfe*“ In: GESELLSCHAFT UND STAAT, 1971, S.116.

<sup>8</sup> TETZLAFF, 1978 B, S.28 f.

1961 demonstriert die wachsende Wahrnehmung des jungen Politikfelds: So bezeichnet Papst Johannes XXIII. die Hilfe für die Entwicklungsländer als „eine der größten unserer Zeit gestellten Aufgaben.“<sup>9</sup> Präsident Kennedy verleiht der Thematik neuen Auftrieb und trägt maßgeblich zur Ausrufung der ersten „Entwicklungsdekade“<sup>10</sup> im September desselben Jahres durch die UN-Generalversammlung bei. Seine Bündnispartner ermahnt der US-Präsident regelmäßig zu mehr Engagement, was die westdeutschen Medien beinahe inflationär wiedergeben.<sup>11</sup> Dabei argumentiert der Präsident, dass die USA als militärische Schutzmacht nicht auch noch allein das Feld der Entwicklungspolitik bestellen könne, auf dem auch die Bündnispartner aktiv werden müssten. Die Vorzugsbehandlung solcher Empfängerländer, die „einer äußeren oder inneren kommunistischen Bedrohung ausgesetzt“<sup>12</sup> sind, wird durch Kennedy völlig offen eingefordert. Er ist es auch, der die „Peace Corps“ initiiert. Diese charakterisiert NEUES DEUTSCHLAND bedrohlich als „Gruppe von Spione[n] und Putschisten“<sup>13</sup>, die von den „Imperialisten“ in die Welt entsendet würden. DIE WELT zeigt Kennedy in diesem Kontext als lebendig gewordene Freiheitsstatue, die statt Fackel einen schrillenden Wecker in Form einer Weltkugel trägt und mit großen Schritten voranschreitet. Der Weckruf reißt die übrigen Nationen aus ihrem Schlummer, auch den „deutschen Michel.“ Dies kann als Aufbruch in den globalpolitischen Fragen, auch im Bereich der „Entwicklungshilfe“, verstanden werden.



Abb.22: *Das große Wecken.*  
Aus: DIE WELT, 31.1.1961, S.2.

<sup>9</sup> ENZYKLIKA „MATER ET MAGISTRA“. Vgl. [http://w2.vatican.va/content/john-xxiii/de/encyclicals/documents/hf\\_j-xxiii\\_enc\\_15051961\\_mater.html](http://w2.vatican.va/content/john-xxiii/de/encyclicals/documents/hf_j-xxiii_enc_15051961_mater.html) [29.7.2019] Vgl. dazu: STALLMANN, 2019, S.83 f.

<sup>10</sup> KORFF, 1998, S.40.; So wendet sich auch dieser Präsident in seiner Inaugurationsrede 1961 direkt mit einem Hilfeversprechen an „those peoples in the huts and villages across the globe struggling to break the bonds of mass misery.“ Vgl. INAUGURATIONSREDE KENNEDYS am 20. Januar 1961. Vgl. <http://www.inaugural.senate.gov/swearing-in/addresses> [29.8.2018]

<sup>11</sup> Kennedy: *Wir müssen die Schlacht gegen den Hunger gewinnen.* In: DIE WELT, 5. Juni 1963, S.1.; „Auf uns allein gestellt, können wir Amerikaner nicht überall auf der Welt Gerechtigkeit schaffen, können wir nicht dafür sorgen, daß Ruhe auf der Welt herrscht, oder für die gemeinsame Verteidigung der Welt aufkommen.“ Vgl. *Rede Kennedys am 4.7.1962 in Philadelphia.* In: DzD 1964, S.358.

<sup>12</sup> *Kennedy will strengere Maßstäbe an die Auslandshilfe legen.* In: DIE WELT, 3. April 1963, S.4.

<sup>13</sup> *Abenteurer Brandt steht am Pranger.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Mai 1961, S.2.

## 5.1.2 Die Institutionalisierung in der Bundesrepublik – Die „Dame ohne Unterleib“

### 5.1.2.1 Die Akteure

Der erste entwicklungspolitische Debattenbeitrag im Bundestag datiert auf das Jahr 1951, bei dem eine einmalige Hilfe für Indien, das unter einer Hungersnot leidet, gefordert wird.<sup>14</sup> Schon dabei wird daran erinnert, dass ohne schnelle Hilfe von außen nach dem Krieg „große Teile der Bevölkerung in Deutschland verhungert“<sup>15</sup> wären. Dennoch lehnt die Mehrheit der Abgeordneten die als Antrag an die Bundesregierung formulierte Initiative ab. 1952 stellt dann das Bundeswirtschaftsministerium 500.000 DM aus den Mitteln des ERP-Programms für das Technische Hilfsprogramm der Vereinten Nationen zur Verfügung.<sup>16</sup> Vier Jahre später werden auf einen Antrag von SPD-Fraktion 50 Millionen DM für bilateral angelegte entwicklungspolitische Projekte bewilligt.<sup>17</sup> BRAUN bezeichnet dieses Ereignis als „Beginn der deutschen Entwicklungspolitik.“<sup>18</sup> Der Abgeordnete Kreyszig argumentiert in diesem Kontext, es sei im Interesse der Bundesrepublik, „Boden zu gewinnen und eine gute Figur zu machen“, da man wisse, dass die DDR auf dem Gebiet „sehr aktiv und nachhaltig“ arbeite. Es sei daher „höchste Zeit“, nun „diesen Ländern zum Bewußtsein zu bringen, daß es Deutsche gibt, die [...] mehr Anspruch haben, Deutschland in diesen Ländern zu vertreten.“<sup>19</sup> Das Konkurrenzverhältnis zur DDR wird im Plenum offen und widerspruchlos thematisiert. Hier zeigt sich, dass bereits die frühesten entwicklungspolitischen Leistungen öffentlich mit der Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der DDR begründet werden. Bemerkenswerterweise ist es ausgerechnet Staatssekretär Hallstein, der im Juni 1955 vor dem Plenum des Bundestags fordert, auch „technische Hilfe“<sup>20</sup> zur Abwehr von Aktivitäten des Ostblocks einzusetzen. Seit 1957 nehmen die entwicklungspolitischen Debattenbeiträge im Bundestag deutlich zu: Während in der ersten Wahlperiode (1949-53) nur ein Beitrag verzeichnet ist, sind es in der zweiten Wahlperiode (1953-7) neun, in der dritten Wahlperiode (1957-61) drei-

<sup>14</sup> Verhandlungen des Ersten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 150. Sitzung am 8. Juni 1951, S.5948 D.; Eine Zeittafel zur Genese der westdeutschen Entwicklungspolitik bei: MOLT, 2017, S.14 f.

<sup>15</sup> Verhandlungen des Ersten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 150. Sitzung am 8. Juni 1951, S.5950 B.

<sup>16</sup> GROTE, 2004, S.25.; BODEMER, 1974, S.29.; ECKERT, 2015, S.35.

<sup>17</sup> *Aufzeichnungen vom 14. August 1956*. In: PA/AA B1 Bd.21.

<sup>18</sup> BRAUN, 1978, S.34.

<sup>19</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 138. Sitzung am 23. März 1956, S.7130 C.

<sup>20</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 86. Sitzung am 14. Juni 1955, S.7131C.

Big und ab 1961 werden fast fünfzig Beiträge gezählt, die auch qualitativ als immer ausführlicher und tiefergehend zu bewerten sind.<sup>21</sup> Als Reaktion auf die im Jahr 1960 siebzehn unabhängig werdenden afrikanischen Staaten beschließt der Bundestag im Juni desselben Jahres nach einer ausführlichen Debatte ein Gesetz zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland, speziell zu den Entwicklungsländern.<sup>22</sup> Außenminister von Brentano formuliert in dieser Sitzung mehrere Grundsätze, in denen das Konkurrenzverhältnis zum Ostblock thematisiert wird: So sollen Zusagen nicht unter politischen Bedingungen gegeben werden und die Annahme von Hilfe aus dem Ostblock sei kein Grund, deutsche Hilfe zu versagen.<sup>23</sup> Statt der Schaffung eines eigenen Ministeriums rät der Außenminister dem Kanzler zur Einrichtung einer Abteilung im Auswärtigen Amt mit „einem Direktor und vier bis fünf Referenten.“<sup>24</sup> Im selben Jahr einigt sich das Kabinett auf das so genannte „Entwicklungshilfegesetz“<sup>25</sup>, das die Gewährung langfristiger Kredite als Kapitalhilfe in Höhe von 1,5 Milliarden DM vorsieht. Ab 1961 übernimmt die KfW als so genannte „Entwicklungsbank“<sup>26</sup> die Durchführung der finanziellen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Man spricht von der Bundesrepublik als „verspätet[m] Geber“<sup>27</sup> oder „Nachzüglerin“<sup>28</sup>, die mit dem eigenen Wiederaufbau und der europäischen Versöhnung beschäftigt gewesen sei, danach aber relativ schnell zu einem der vier wichtigsten Geberländer neben den USA, Frankreich und Großbritannien aufgestiegen sei. Das neue Politikfeld ist in dieser Phase keineswegs eigenständig konstituiert, sondern essentieller Bestandteil der Außen- und Wirtschaftspolitik. Bis Oktober 1961 ist die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts hauptverantwortlich, bis dort eine eigene Abteilung für Entwicklungspolitik neu geschaffen wird, während das Bundeswirtschaftsministerium die Kapitalhilfe koordiniert. Die vom Kabinett beschlossenen Richtlinien werden durch einen interministeriellen Lenkungsausschuss mit rotierendem Vorsitz umgesetzt.<sup>29</sup> Dabei wird auch die Rolle des diplomatischen Diensts diskutiert, von dem Kalbitzer jedoch glaubt, dieser sei für entwicklungspolitische Arbeit nicht geeignet,

<sup>21</sup> ENTWICKLUNGSPOLITISCHE DEBATTENBEITRÄGE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG, 1985.

<sup>22</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung vom 22. Juni 1960, S.6804 ff.

<sup>23</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung vom 22. Juni 1960, S.6818 C.

<sup>24</sup> Brief von Brentanos an Adenauer vom 29. November 1960. In: PA/AA B1 Bd.121.

<sup>25</sup> Milliarden für Entwicklungshilfe. In: DIE WELT, 13. Oktober 1960, S.1.

<sup>26</sup> Dieser Schritt geschieht nicht ohne Sorge vor Ausfällen und man überlegt sogar laut, ob man daher nicht gleich zu „Geschenken“ übergehen solle. Vgl. KfW wird Entwicklungsbank. In: DIE WELT, 19. April 1960, S.9.

<sup>27</sup> BODEMER, 1974, S.27 und 33.

<sup>28</sup> MOLT, 2017, S.19.

<sup>29</sup> JETZLSPERGER, 2001, S.326.

da sie ihre Hauptaufgabe darin sähen, „Partys mit den anderen diplomatischen Vertretungen“<sup>30</sup> zu feiern. Um dieses „Vakuum“ der Entwicklungspolitik zu schließen und sicherzustellen, dass bereitgestellte Mittel schnell und sinnvoll abgerufen werden können, wird der Ruf nach einer zentralen Koordinationsstelle unter Führung eines „starken Mann[es]“<sup>31</sup> immer lauter. Zunächst ist die Einsetzung eines Staatssekretärs für den Bereich der „Entwicklungshilfe“ im Gespräch.<sup>32</sup> Nach der Bundestagswahl 1961, bei der das Politikfeld infolge des alles überschattenden Mauerbaus kaum eine Rolle gespielt hatte, beansprucht die FDP einen „hinreichenden Einfluß auf die Außenpolitik“<sup>33</sup> und schwankt zwischen der Neuschaffung eines „Europa-“ und eines „Entwicklungshilfe“-Ministeriums, bis am 14. November 1961 das „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (BMZ) konstituiert wird. In einem Brief an von Brentano spricht Adenauer im April 1961 davon, durch diesen Schritt „Ordnung in das ganze Chaos“<sup>34</sup> bringen zu wollen. Dabei plagen den Kanzler Personalsorgen. Er wolle keinen reinen Ökonomen, „der nur verdienen will“<sup>35</sup>, aber auch keinen, der „nur Kultur bringen“ wolle, so der Regierungschef: Er brauche jemanden, dem „beides am Herzen liegt, aber das Wirtschaftliche nur, soweit es nicht übertrieben ist.“ DER SPIEGEL diagnostiziert „Koalitionsarithmetik“<sup>36</sup>, als die Leitung schließlich dem FDP-Politiker Walter Scheel übertragen wird. Das Auswärtige Amt und das Bundeswirtschaftsministerium befürchten durch die Neuschaffung des Ministeriums eine Aushöhlung ihrer bisherigen Kompetenzen. Infolge der ressorttypischen Abneigung gegen möglichen Kompetenzverlust stehen Außen- und Wirtschaftsministerium dem BMZ kritisch gegenüber. Am 12. Oktober 1961 notiert Staatssekretär Lahr schließlich resigniert, dass die Schaffung des Ministeriums wohl „beschlossene Sache“<sup>37</sup> sei und dass sich „das Auswärtige Amt keine Mühe zu machen brauche [...] hiergegen etwas zu unternehmen.“ Er bewertet dabei das Politikfeld als „entscheidenden Faktor im Ringen um die neutrale Welt“<sup>38</sup>, weshalb das Außenministerium wei-

<sup>30</sup> *Bundesregierung und Bundestag bejahren Entwicklungshilfe.* In: DIE WELT, 23. Juli 1960, S.2.

<sup>31</sup> Die Hamburger Handelskammer wünscht sich dafür explizit eine starke Persönlichkeit, ähnlich wie Paul G. Hoffmann es als Koordinator des Marshallplans gewesen war. Vgl. „*Starker Mann*“ für *Auslandshilfe*? In: DIE WELT, 12. Januar 1961, S.8.

<sup>32</sup> *Staatssekretär für Entwicklungshilfe.* In: DIE WELT, 31. Dezember 1960, S.7.

<sup>33</sup> *FDP verlangt hinreichenden Einfluß auf die Außenpolitik.* Die Welt, 23. Oktober 1961, S.1.

<sup>34</sup> Brief Nr. 227 vom 1. April 1961. In: ADENAUER. RHÖNDORFER AUSGABE. 1959-1961, S.259.

<sup>35</sup> TEEGESPRÄCHE III, 14. Februar 1961, S.455.

<sup>36</sup> *Entwicklungshilfe. Kreuz und quer.* In: DER SPIEGEL Nr.8/1964, S.49.

<sup>37</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr am 12. Oktober 1961.* In: AAPD 1961 Dok.430, S.1719.

<sup>38</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr am 12. Oktober 1961.* In: AAPD 1961 Dok.430, S.1720.

ter dafür zuständig sein müsse. Auch Wirtschaftsminister Erhard begreift das BMZ als „Versuch, ihn [...] herauszudrängen“<sup>39</sup>, was während der Koalitionsverhandlungen zu einem handfesten Streit mit Adenauer führt. Anstatt den gegenwärtig bereits vorherrschenden „Kompetenz-Wirrwarr“<sup>40</sup> zu beseitigen, werde noch eine weitere Stelle geschaffen, die Zuständigkeiten für sich beanspruche, so Erhard. Das BMZ sei folglich nicht mehr als „Dornen ohne Rose“<sup>41</sup>, moniert er im Interview mit der WELT. Man bestärke mit der Schaffung dieses Ministeriums im Ausland außerdem fälschlicherweise die „Illusion“<sup>42</sup> unbegrenzter finanzieller Möglichkeiten. Es geht im Übrigen auch auf Erhards Verlangen zurück, dass das Ministerium nicht „Entwicklungsministerium“<sup>43</sup> sondern „Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ getauft wird: In dieser Bezeichnung soll der Primat der Ökonomie, Erhards eigenem Ressort, verdeutlicht werden.

Doch auch nach Gründung des BMZ verbleiben trotz des beständig beschworenen „Kollektialprinzip[s]“<sup>44</sup> essentielle Mitsprache- und Durchführungsrechte bei Außen- und Wirtschaftsministerium, so dass Erhard das neu geschaffene Bundesministerium in gewohnt markiger Manier als „Dame ohne Unterleib“<sup>45</sup> bezeichnen kann. Auch MESSNER spricht von einem „ministerielle[n] Wasserkopf“<sup>46</sup> mit massiven „Koordinations- und Kohärenzprobleme[n]“, während KORFF ein „Mandat ohne Macht“<sup>47</sup> diagnostiziert. Das neue Ministerium sitzt zwar dem Lenkungsausschuss als Entscheidungsgremium vor, beschäftigt aber anfangs gerade einmal 34 Beamte und 14 Angestellte.<sup>48</sup> Ganz zu Beginn stehen dem frisch ernannten Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht einmal eigene Büroräume zur Verfügung, so dass er nach eigenen Schilderungen im Restaurant des Bundestags seine Konsultationen

---

<sup>39</sup> Dieser Bereich sei „sehr stark außenpolitischer Natur.“ Eine außenpolitische Profilierung betrachtet Erhard zu Vorbereitung seiner späteren Kanzlerschaft als unerlässlich. Vgl. *Lübke schlägt Adenauer vor. Streit mit Erhard beigelegt*. In: DIE WELT, 7. November 1961, S.2.

<sup>40</sup> GROTE, 2004, S.28.

<sup>41</sup> *Erhard gegen Entwicklungsminister*. In: DIE WELT, 20. Oktober 1961, S.2.

<sup>42</sup> *Erhard gegen Entwicklungsminister*. In: DIE WELT, 20. Oktober 1961, S.2.

<sup>43</sup> *Scheel will loyale Zusammenarbeit*. In: DIE WELT, 21. Dezember 1961, S.2.

<sup>44</sup> *Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Simon vom 28. November 1962*. In: AAPD 1962 Dok.465, S.1998.

<sup>45</sup> *Erhard gegen Entwicklungsminister*. In: DIE WELT, 20. Oktober 1961, S.2.; *Staatssekretär Carstens an Bundeskanzler Adenauer am 6. November 1961*. In: AAPD 1961 Dok.483, S.1909 f.

<sup>46</sup> MESSNER, 2011, S.398.

<sup>47</sup> KORFF, 1998, S.41.

<sup>48</sup> GROTE, 2004, S.32.; Scheel verweist in diesem Kontext gerne auf das amerikanische Pendant mit 12000 Beschäftigten. Vgl. *Scheel will 280 Planstellen*. In: DIE WELT, 2. Januar 1962, S.2.; *Kabinett für Entwicklungsgesellschaft. Entscheidung steht unmittelbar bevor*. In: DIE WELT, 10. Februar 1962, S.7.

abhalten muss. Scheel nimmt es mit Humor: „Ich residiere vorläufig in einem Wohnwagen“<sup>49</sup>, erklärt er gegenüber der WELT. Man kann also von einem „improvisierte[n] Anfang“<sup>50</sup> ausgehen. Selbst der bescheidene Evaluierungsanspruch des BMZ zur „Beobachtung der Wirkung der deutschen Entwicklungshilfe im Ausland“ wird durch den Nachsatz, dass dies im „Einvernehmen mit den beteiligten anderen Bundesministerien“<sup>51</sup> geschehe, geschmälert. Noch wenige Wochen zuvor hatte Scheel das Ministerium, dem er nun selbst vorsteht, bemerkenswerterweise als Zeichen „administrativer Verschwendung“<sup>52</sup> abgelehnt und dies mit mangelnden Entscheidungskompetenzen begründet.

Der im Auswärtigen Amt verantwortliche Staatssekretär Lahr arbeitet in den Folgejahren beständig gegen eine Kompetenzausweitung und befürwortet die Alternative einer Bundesbehörde für „Entwicklungshilfe“ unter gemeinsamer Leitung von Wirtschafts- und Außenministerium. Seiner Ansicht nach verbessere sich die Lage durch die Gründung des BMZ keinesfalls, sondern sie sei sogar „erheblich [ver]kompliziert“<sup>53</sup> worden. Statt die schmale Ausstattung des BMZ auszubauen, solle lieber der funktionierende Apparat und das erfahrene Personal in den „Altministerien“ genutzt werden. Lahr warnt, dass man so die Entwicklungspolitik „aus ihren natürlichen Zusammenhängen“ herausreißt, was eine widernatürliche „Zweiteilung der Außenpolitik“ bedeute. In internen Papieren argumentiert der Staatssekretär explizit mit den deutschlandpolitischen Verstrickungen, die die Beziehung zu den blockfreien Staaten prägten: Die Durchsetzung des eigenen Standpunkts in dieser Frage sei nur dann erfolgreich, wenn das Auswärtige Amt „das Instrument der Entwicklungshilfe in der Hand behält.“<sup>54</sup> Als „undenkbar“, „abwegig“ und „Kuriosa“ werden gar die Ideen des BMZ zur Einrichtung eigener Auslandsmissionen für „Entwicklungshilfe“ zurückgewiesen, da dies den Botschafter von seiner Haupttätigkeit entbinden würde. Lahr moniert gegenüber Außenminister Schröder, dass jede Konzession dazu genutzt würde, um in „ewigen Querelen“ noch „weitere Ansprüche“<sup>55</sup> zu stellen und den „Primat des Auswärtigen Amts“ zu untergraben. Entsprechend stoßen die Versuche Scheels, den Lahr spöttisch, „Herr BMZ“<sup>56</sup> nennt, die Zuständigkeiten und personellen Ressourcen seines Ressorts auszuweiten, in den

<sup>49</sup> *Die neuen Minister suchen nach Büroräumen.* In: DIE WELT, 16. November 1961, S.2.

<sup>50</sup> MOLT, 2017, S.52.

<sup>51</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 26. April 1962.* In: AAPD 1962 Dok.186, S.840.

<sup>52</sup> *Stellungnahme zur Bildung eines „Entwicklungsministeriums“ vom 11. Oktober 1961.* In: PA/AA B1 Bd.21.

<sup>53</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 20. September 1963.* In: AAPD 1963, Dok.369, S.1261.

<sup>54</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 20. September 1963.* In: AAPD 1963, Dok.369, S.1261.

<sup>55</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 13. März 1965.* In: AAPD 1965 Dok.127, S.514.

<sup>56</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 20. September 1963.* In: AAPD 1963, Dok.369, S.1261.

Folgejahren immer wieder auf heftige Proteste. So konstatiert der Staatssekretär 1962 angesichts der anvisierten 190 Stellen im BMZ „ein groteskes Missverhältnis“ zwischen dem Stellenplan und eigentlichem Aufgabengebiet. Jede Personalausweitung wird, auch noch Jahre später, als unnötige bürokratischen Aufblähung kritisiert, weil, so wörtlich, „die vom BMZ beabsichtigten Tätigkeiten nicht nur überflüssig sind, sondern geradezu schädlich zu werden drohen.“<sup>57</sup> Da bei den „Höflichkeitsbesuche[n]“<sup>58</sup> des Bundespräsidenten oder hochrangiger Bundesminister in die Entwicklungsländern häufig Zusagen oder Absprachen getroffen werden, die materielle wie organisatorische Konsequenzen für die Entwicklungspolitik haben, bittet Minister Scheel Außenminister Schröder im November 1963 um eine Beteiligung seines Ministeriums, was bisher abgelehnt worden war.<sup>59</sup> Auch der Vorstoß Scheels, dass im BMZ eigene Analysen und Vorschläge für zukünftige Projekte erarbeitet werden sollten, wird vom Auswärtigen Amt unter Verweis auf das eigene Initiativrecht in Bezug auf die Technische Hilfe und das des Wirtschaftsministeriums in Bezug auf die Kapitalhilfe abgekanzelt.<sup>60</sup> Das Außenministerium hält über den gesamten Untersuchungszeitraum die Schlüsselposition mit der „Aufstellung außenpolitischer Grundsätze“<sup>61</sup>, der Planung und Durchführung aller Projekte sowie der Beobachtung der „politischen Wirkungen“ im Empfängerland und der Verhandlungsführung bei Treffen mit deren Repräsentanten inne. Wichtigster Grundsatz sei dabei die „Wahrung der außenpolitischen Gesichtspunkte bei allen Maßnahmen der Entwicklungshilfe.“ Das Auswärtige Amt besitzt außerdem mit seinem Weisungsmonopol über die Auslandsvertretungen den zentralen Kommunikationskanal, so dass diese intern sogar als „Außenorgane der deutschen Entwicklungspolitik“<sup>62</sup> bezeichnet werden. Die Bekämpfung „politischer Aktivitäten der SBZ“<sup>63</sup> wird dabei als eine ihrer Hauptaufgaben definiert, wie zahlreiche Telegramme und Berichte zwischen dem Auswärtigen Amt und den Auslandsvertretungen demonstrieren. Lediglich die Betreuung etwaiger Praktikantenpro-

<sup>57</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Labr vom 13. März 1965.* In: AAPD 1965, Dok.127, S.517.

<sup>58</sup> *Bundesminister Scheel an Bundesminister Schröder vom 21. November 1963.* In: AAPD 1963 Dok.420, S.1454.

<sup>59</sup> Schröder bringt in seinem Schreiben zwar Verständnis für diese Bitte auf, entgegnet aber, dies gelte auch für viele andere Ressorts und würde nun das BMZ stärker beteiligt, könnten „prompt Wünsche auch anderer Häuser“ aufkommen, denen man nicht entsprechen könne. Vgl. *Bundesminister Schröder an Bundesminister Scheel vom 9. Dezember 1963.* In: AAPD 1963 Dok.457, S.1572.

<sup>60</sup> Selbst der allgemeine Koordinierungsanspruch Scheels wird unter Verweis auf die Zuständigkeit des interministeriellen Ausschusses abgelehnt. Vgl. *Aufzeichnung des Staatssekretärs Labr vom 26. April 1962.* In: AAPD 1962 Dok.186, S.840.

<sup>61</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Labr vom 26. April 1962.* In: AAPD 1962 Dok.186, S.842, Anm.10.

<sup>62</sup> *Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Simon vom 28. November 1962.* In: AAPD 1962 Dok.465, S.1998.

<sup>63</sup> Exemplarisch: *Schreiben des Auswärtigen Amts an die Botschaft in Dar-es-Salaam vom 22. Februar 1962.* In: PA/AA B34 Bd.366.



gramme sowie die Bewerbungs-, Ausbildungs- und Betreuungsvorgänge für Entwicklungshelfer werden dem neuen Ministerium zugestanden, aber mehr als die recht leere und offen formulierte Absichtserklärung, man wolle mit dem BMZ „eng zusammenarbeiten“<sup>64</sup>, kann man sich im Außenministerium bis 1962 nicht abringen. Je nach Ausrichtung des Projekts sind auch weitere Bundesministerien, wie beispielsweise das Verkehrs- oder Ernährungsministerium beteiligt. Der Bundesrechnungshof kann in seinem Bericht im Jahr 1964 den „Kompetenzwirrwarr“ kaum in Worte fassen und deckt auf, dass insgesamt 15 Ministerien, 17 Behörden und acht Institute mit 231 Referaten und 992 Beamten im Bereich „Entwicklungshilfe“ tätig seien.<sup>65</sup> Die Folge seien unkoordinierte Einzelvorhaben, worüber sich Tanganjikas Präsident Nyerere beklagt: „Wir haben ja überall irgendjemanden oder irgendetwas. Das kommt nirgends richtig zum Tragen.“<sup>66</sup> Infolge anhaltender Beschwerden hält Kanzler Erhard am 23.12.1964 in Bezug auf die zukünftige Kompetenzaufteilung fest:

„Für die Grundsätze, die Planung und die Koordinierung der Entwicklungspolitik ist das BMZ zuständig. [...] Aufgabe des BMWi ist die Planung und Durchführung der Kapitalhilfe-Projekte unter Nutzbarmachung des fachlichen Wissens der übrigen Ressorts. [...] außerdem, *Anm. d. Verf.*] ist das BMZ für Technische Hilfe (im weiteren Sinne) zuständig. [...] Das AA hat die Zuständigkeit für alle politischen Fragen. Grundsätze und das Programm der Entwicklungspolitik sind vom BMZ und AA einvernehmlich zu erarbeiten. Die Entscheidung über die einzelnen Hilfsmaßnahmen bedarf der Zustimmung des AA. Es hat hinsichtlich dieser Maßnahmen ein Vorschlagsrecht.“<sup>67</sup>

Obwohl Erhard hier dem BMZ mehr Kompetenzen in Bezug auf die Planung und Durchführung, insbesondere der Technischen Hilfe, zudenkt, verbleibt die Kapitalhilfe beim Bundeswirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt erhält mit der abschließenden Zustimmung eine Art nachgeschobenes Vetorecht für sämtliche Projekte.

### 5.1.2.2 Die Instrumente

In seiner Regierungserklärung am 22. Juni 1960 benennt Erhard verschiedene bilaterale Instrumente der Bundesrepublik:<sup>68</sup> Bei der Kapitalhilfe vergibt die *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW) zinsgünstige Kredite über einen längeren Zeitraum, im Regelfall über zehn Jahre und länger. Diese sind in der Regel projektgebunden und dienen meist der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben, wobei sichergestellt sein werden sollte, dass die geförderten Vorhaben

<sup>64</sup> *Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Simon vom 28. November 1962.* In: AAPD 1962 Dok.465, S.1998.

<sup>65</sup> *Mit der Gießkanne.* In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.55.

<sup>66</sup> *Mit der Gießkanne.* In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.61.

<sup>67</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Labr vom 13. März 1965.* In: AAPD 1965, Anm.1, Dok.127.

<sup>68</sup> *Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE.* 118. Sitzung am 22. Juni 1960 S.6804.; HEIN, 2006, S.48 ff.

„wirtschaftlich und technisch gesund“<sup>69</sup> seien und sich in eine „sinnvolle Gesamtkonzeption“ einfügten. Eine Ausnahme stellen die in der Frühphase ebenfalls gewährte Unterstützung wirtschaftlicher Jahrespläne und so genannter Rahmenczusagen dar, wobei meist anlässlich einer Besuchsreise ein bestimmter Betrag ohne genauen Verwendungszweck vereinbart wird.<sup>70</sup> Die darauf folgenden oft langwierigen und für alle Seiten unbefriedigenden Verhandlungen sollen nach Aussage Scheels vermieden werden, indem es ab 1962 stärker projektgebundene Finanzierung geben soll, zu denen die Vorlagen von den Empfängerländern selbst oder in Kooperation mit deutschen „Experten“ vorgelegt werden.<sup>71</sup> Neben der gesteigerten Effizienz nütze diese Vorgehensweise auch der außenpolitischen Performance gegenüber Ostdeutschland, indem prestigeträchtige Objekte mit einem „Bonner Stempel“ versehen werden könnten, so Scheel. In den westdeutschen Medien wird diese Projektbindung, die von den Entwicklungsländern regelmäßig als Einmischung in innere Angelegenheiten kritisiert wird, vehement verteidigt. So dürfe der zahlende Staat den „Anspruch erheben, zu wissen, wofür dieses Geld verwendet“<sup>72</sup> werde, was „zur selbstverständlichen Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns“<sup>73</sup> gehöre. In einigen Fällen ist die Kreditgewährung auch durch eine Lieferbindung an deutsche Waren und Exportgarantien gekoppelt.<sup>74</sup> Im Jahr 1965 sind rund 60 Prozent der westdeutschen Kapitalhilfe davon betroffen, wovon DIE WELT sich einen „Demonstrationseffekt“<sup>75</sup> erhofft, der zur Förderung außenpolitischer Ziele beitragen könne. DER SPIEGEL kritisiert in diesem Kontext ironisch, viele Bundesminister würden bei ihren Reisen in Entwicklungsländer „ihre Trinksprüche mit einem Scheck-Konfetti“ abschließen. Ein Kreditbesuch in Bonn nach „Schema F“ wird folgendermaßen geschildert:

„Händeschütteln mit protokollgerechter Bundesprominenz auf dem Regierungsflugfeld [...] Einheitsfrühstück beim Bundespräsidenten oder Kanzler, Begrüßung durch Außenminister und Wirtschaftsminister mit anschließender diskreter Kreditvermittlung, danach Pressekonferenz („Beabsichtigen Sie, diplomatische Beziehungen zu Pankow aufzunehmen?“) und schließlich Cocktailparty mit Frühstücksdirektoren von Industrie und Handel. [...] Abschlußkommuniqué: „Der Besuch diente der Vertiefung der traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern.“<sup>76</sup>

Die Frage der „diplomatischen Beziehungen zu Pankow“ erscheint dabei als entscheidender Faktor für die Gewährung westdeutscher Hilfe.

<sup>69</sup> JETZLSPERGER, 2001, S.326.; AdG 1962, 9686 A.

<sup>70</sup> *Bonn ändert die Entwicklungspolitik.* In: DIE WELT, 11. September 1962, S.7.

<sup>71</sup> SCHULZ, 1982, S.20.

<sup>72</sup> *Entwicklungshilfe auf Gegenseitigkeit.* In: DIE WELT, 3. März 1962, S.5.

<sup>73</sup> *Entwicklungshilfe auf Gegenseitigkeit.* In: DIE WELT, 3. März 1962, S.5.

<sup>74</sup> Eine Ausnahme stellen Zahlungsbilanzprobleme des Geberlandes dar. Vgl. JETZLSPERGER, 2001, S.326.

<sup>75</sup> *Kein Verzicht auf Lieferbindung.* In: DIE WELT, 16. Februar 1965, S.9.

<sup>76</sup> *Entwicklungshilfe: Die hohle Hand.* In: DER SPIEGEL Nr.31/1961, S.17.

„Technische Hilfe“ umfasst unentgeltliche Unterstützung in Form der „Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Wissensgebiete“<sup>77</sup> Dazu gehören Ausbildungsprojekte, Expertenbesuche und zur Verfügung gestellte Gerätschaften. Dabei können Fachkräfte in die entsprechenden Länder entsandt oder Stipendien für Aus- und Weiterbildungsprojekte in der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt werden. Diese Praxis wird in der Bundesrepublik als „geistige Entwicklungshilfe“<sup>78</sup> bezeichnet. Die Finanzierung von „Bildungsreisen“ afrikanischer Politiker nach Deutschland, um die örtlichen Industrie- und Verwaltungsstrukturen kennenzulernen, versteht man als „Entwicklungshilfe im kleinen.“<sup>79</sup> Dabei sollen sich die Afrikaner „an Ort und Stelle selbst ein Bild machen können, wo die wahren Ursachen der deutschen Spaltung zu suchen“<sup>80</sup> seien, so DIE WELT. Auch hier erfahren entwicklungspolitischer Anspruch und deutschlandpolitische Belehrungsabsicht eine bemerkenswerte Vermengung.

Der Vorstandsvorsitzende der Ferrostaal AG regt an, stärker privatwirtschaftliche Unternehmen einzubinden: „Wenn der Osten die Entwicklungshilfe zu einem Instrument des Kalten Krieges“<sup>81</sup> mache, müsse man ein dezidiertes Gegenmodell zu den staatswirtschaftlich agierenden Ostblockstaaten verfolgen. Der Staat könne beispielsweise durch Steuererleichterungen und Garantien für Investitionen eine Steigerung des privatwirtschaftlichen Engagements in den Entwicklungsländern herbeiführen.<sup>82</sup> In diesem Sinne schlägt Bundesminister Scheel die Einführung von Steuerfreibeträgen für die Einkünfte aus Kapitalanlagen in den Entwicklungsländern sowie Abschreibungserleichterungen vor. Vorstöße, wie beispielsweise die Kaffeesteuer zu reduzieren oder ganz abschaffen oder gar die Einkommenssteuer zur Mittelschöpfung zu erhöhen, sind nach Ansicht der WELT nur wenig sinnvoll. So sei der zu erwartende Steuerausfall deutlich höher als der Erlös, auf den die Erzeugerländer hoffen könnten.<sup>83</sup> Gerade, was die Technische Hilfe angeht, wird auch immer wieder eine Teilfinanzierung durch die Entwicklungsländer selbst erwogen.<sup>84</sup> Der von 1963 bis 1966 amtierende Verteidigungsminister von Hassel zählt im Gegensatz zu vielen seiner Ministerkollegen auch

<sup>77</sup> HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUBENPOLITIK, 1975, S.735.

<sup>78</sup> *Zehntausend Deutsche gingen 1961 in die Entwicklungsländer.* In: DIE WELT, 8. Januar 1962, S.12.

<sup>79</sup> *Zehn Afrikaner bereisten das Schwabenland.* In: DIE WELT, 14. August 1962, S.2.

<sup>80</sup> *Bonn verstärkt Werbung in den Entwicklungsländern.* In: DIE WELT, 3. Mai 1959, S.3.

<sup>81</sup> *Die Entwicklungshilfe drängt.* In: DIE WELT, 14. Januar 1960, S.8.

<sup>82</sup> *Junge Staaten brauchen Hilfe.* In: DIE WELT, 1. Februar 1959, S.7.

<sup>83</sup> „*Abbau der Kaffeesteuer keine Hilfe.*“ In: DIE WELT, 18. Januar 1961, S.13.; *Opfer-Frühstück.* In: DER SPIEGEL Nr.27/1960, S.16.

<sup>84</sup> *Eine G.m.b.H. für den Frieden.* In: DIE WELT, 20. Juni 1963, S.3.

Militärhilfe zur „Entwicklungshilfe“, denn „ohne gewisse Machtmittel können [...] Regierungen die lebensnotwendige innenpolitische Stabilität in ihren Ländern nicht herstellen [...]“<sup>85</sup>, was als Grundlage für die Entfaltung der entwicklungspolitischen Wirkung notwendig sei.

### 5.1.3 Die Institutionalisierung in der DDR – Ulbricht „auch der Außenminister“

#### 5.1.3.1 Die Akteure

Im Gegensatz zur Bundesrepublik verfügt die DDR von Beginn an über ein eigenes Außenministerium, das infolge mangelnder Entscheidungsbefugnisse lediglich als „untergeordnetes Organ“<sup>86</sup> des Politbüros bezeichnet werden kann, womit wenigstens der „Anschein von Souveränität“ vermittelt werden sollte. Unmittelbar nach der Staatsgründung 1949 beschränken sich die diplomatischen Kontakte der DDR zu den Entwicklungsländern auf die sozialistischen Staaten China, Korea, Mongolei und Vietnam. JUDI verweist darauf, dass Ostberlin über eine aussichtsreichere Startposition als Bonn verfügt habe, die durch das Besatzungsstatus zumindest formal noch stärkere Einschränkungen als die zumindest formal souveräne DDR gehabt habe.<sup>87</sup> Im Zuge des aufflammenden Koreakriegs 1950 und des Vietnamkonflikts 1953 sind dies die ersten Länder, die unentgeltliche Hilfslieferungen der DDR erhalten.<sup>88</sup> 1952 wird die *Kammer für Außenhandel* (KfA) gegründet, die sich für eine Intensivierung der Handelsbeziehungen insbesondere zu den Entwicklungsländern stark macht. In der Folgezeit verdichten sich auch die außenwirtschaftlichen Kontakte zu Ägypten, mit dem 1953 ein Abkommen über Handels- und Zahlungsverkehr abgeschlossen wird. Im Folgejahr gelingt es der DDR dort eine Industrieausstellung durchzuführen.<sup>89</sup> Ulbricht verkündet während des IV. SED-Parteitag im April 1954 die globalen Ambitionen seiner Regierung, die bereit sei, „normale diplomatische, konsularische und Handelsbeziehungen mit allen Ländern herzustellen.“<sup>90</sup> Bereits hier wird eine schrittweise Vorgehensweise entwickelt, bei der Handels- und Kulturbeziehungen im Mittelpunkt stehen. Nur wenige Tage zuvor, am 25. März, hatte die Sowjetunion verlautbaren lassen, die DDR besäße die Freiheit, „nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ zu entscheiden.<sup>91</sup> Diesen

---

<sup>85</sup> zitiert nach: Entwicklungspolitik – *Hilfe oder Ausbeutung?* 1978, S.117.

<sup>86</sup> SCHOLTYSECK, 2003, S.71 sowie S.74.

<sup>87</sup> JUDI, 1997 (A), S.502.

<sup>88</sup> SPANGER /BROCK, 1987, S.160.

<sup>89</sup> END, 1973, S.79.

<sup>90</sup> PROTOKOLL DES IV. PARTEITAGS DER SED. Berlin (O): 1954. S.28.

<sup>91</sup> Tatsächlich bleibt jedoch die Souveränität Ostberlins, wie auch Bonns, bis zum „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ 1991 eingeschränkt.

neu gewonnenen „Handlungsspielraum“ will Ulbricht offenbar zunächst in den Außenbeziehungen zu sozialistischen Bewegungen verwirklichen. Die DDR habe die Aufgabe, „allen Ländern, die einen gerechten nationalen Befreiungskampf führen und Opfer einer Aggression geworden sind, zu unterstützen“<sup>92</sup>, so seine These. Die kurz darauf tagende Bandung-Konferenz im April 1955 rückt die Entwicklungsländer als Ganzes stärker in den Fokus Ostberlins: So veröffentlicht NEUES DEUTSCHLAND beinahe tägliche ausführliche Meldungen über die Konferenz und schließlich auf der Titelseite ein Telegramm Otto Grotewohls, der das Treffen als „einen bedeutsamen Beitrag zur Minderung der Spannungen und zur Festigung des Friedens“<sup>93</sup> bezeichnet. In den Folgejahren beschränken sich die ostdeutschen Aktivitäten jedoch in erster Linie auf die verbale Ebene. Unzählige Erklärungen, Reden und Telegramme verurteilen den Kolonialismus und bekunden den Befreiungsbewegungen die „unerschütterliche Solidarität“ der ostdeutschen Regierung und Bevölkerung, ohne dass konkrete politische Schritte erfolgen. Lediglich das Handelsnetzwerk wird weiter ausgebaut, so dass bis 1958 fünfzehn langfristige Handels- und Zahlungsabkommen mit afrikanischen und asiatischen Ländern bestehen, wobei medial stets der große Vorteil für die Entwicklungsländer und die Uneigennützigkeit der DDR hervorgehoben wird.<sup>94</sup> In den gleichen Zeitraum fallen erste größere Besuchsreisen in die Region, wie die des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rau, unter anderem nach Indien und Ägypten.<sup>95</sup> Als wegweisend für den Konnex zwischen ostdeutscher Außen- und Entwicklungspolitik erweist sich der 1958 in der Zeitschrift *Einheit* erschienene Aufsatz Peter Florins, der bis 1966 Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK ist. Als „Hauptaufgabe“ sozialistischer Außenpolitik bezeichnet er, auf „die Entstehung günstiger internationaler Bedingungen zu wirken, die den Sieg des Sozialismus im Innern erleichtern und gewährleisten.“<sup>96</sup> Je mehr sich das sozialistische Prinzip international durchsetze, desto stärker erhöhe sich das internationale Gewicht der DDR, so Florin. In diesem Kontext kann die „Entwicklungshilfe“ als wertvolles Instrument imaginiert werden. Im Zuge der beginnenden Dekolonisation verdichten sich die Kontakte nach Afrika: So schließt Ostberlin mit Guinea bereits kurz nach der Unabhängigkeit ein Handelsabkommen, das die Bereitstellung Technischer Hilfe in Form von Expertensendungen nach Conakry und die Qualifizierung von Studenten und Fachkräften aus Guinea

<sup>92</sup> PROTOKOLL DES IV. PARTEITAGS DER SED. Berlin (O): 1954. S.35.

<sup>93</sup> *Die Welt blickt auf Bandung*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 19.4.1955, S.1.

<sup>94</sup> *Der Handel mit der DDR hilft den Bandung-Staaten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28.2.1958, S.7.; SPANGER/BROCK, 1987, S.163.

<sup>95</sup> *Heinrich Rau besucht Ägypten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 25.10.1955, S.1.

<sup>96</sup> *Peter Florin: Die internationale Stellung der DDR und ihre Außenpolitik*. In: DzD 1958, S.1295.

in der DDR vorsieht. Im Gegenzug wird die Lieferung von Früchten und Kaffeebohnen vereinbart.<sup>97</sup> Um die nun immer dichter werdenden Kontakte zu koordinieren, wird kurz darauf, im Jahr 1959, im *Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten* (MfAA) eine vierte außereuropäische Abteilung geschaffen, die ausschließlich für Afrika zuständig ist.<sup>98</sup> Am 4. Januar 1960 beschließt das Politbüro schließlich einen „Perspektivplan zu weiteren Beziehungen zu den afrikanischen Staaten“, was als eigentliche „Geburtsstunde“<sup>99</sup> ostdeutscher Afrika-Politik gilt. Es wird jedoch keine eigene Institution geschaffen, die mit dem *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (BMZ) vergleichbar ist. Das Politbüro steuert die entwicklungspolitischen Aktivitäten der verschiedenen Ministerien, die in diesem Teilbereich tätig werden, was DIE WELT zu dem Ausspruch verleitet, „in Wirklichkeit“ sei Ulbricht „auch der Außenminister.“<sup>100</sup> Zu den beteiligten Akteuren zählen unter anderem die Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten, für Außenhandel, Nationale Verteidigung, für Volksbildung und Hochschulwesen. Außerdem pflegen die Abteilungen Industriegewerbe, Land- und Forstwirtschaft und Gesundheit Kontakte mit Entwicklungsländern.<sup>101</sup> Als Schlüsseldokument gilt in diesem Kontext Ulbrichts Rede vor dem diplomatischen Korps im September 1960. Er würdigt darin das Prinzip der Blockfreiheit, fordert jedoch von den nichtpaktgebundenen Staaten, dieses Prinzip „auch Deutschland gegenüber nunmehr zu verwirklichen, indem sie [...] die gleichen normalen Beziehungen mit jedem von ihnen [den beiden deutschen Staaten, *Anm. d. Verf.*] unterhalten“<sup>102</sup> Einseitige diplomatische Beziehungen zu Bonn seien eine Diskriminierung und nach Außenminister Bolz „Parteinahme für den Staat der deutschen Militaristen.“<sup>103</sup> Ulbricht lobt den bis dahin erfolgten Ausbau des ökonomischen Beziehungsnetzes der DDR, doch dies könne „allein nicht genügen. Wir halten die Zeit für gekommen, [...] die Beziehungen zu allen Staaten zu normalisieren [...], d.h. normale politische und diplomatische Beziehungen aufzunehmen.“<sup>104</sup> Diese Zielsetzung wird offen und direkt proklamiert. Neben den Ministerien existieren eine Reihe gesellschaftlicher Organisationen, die sich entwicklungspolitisch engagieren. Das wichtigste unter ihnen ist das im Juli 1960 gegründete

<sup>97</sup> *Regierungsabkommen mit Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. November 1958, S.2.

<sup>98</sup> WENTKER, 2007, S.178; PREUBINGER/PODEVINS, 1999, S.378.

<sup>99</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.96 f.

<sup>100</sup> *In Wirklichkeit ist Ulbricht auch der Außenminister*. In: DIE WELT, 19./20. April 1962, S.3.

<sup>101</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.214; END, 1973, S.86.

<sup>102</sup> DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Berlin (O): 1984, S.81.

<sup>103</sup> *Ohne Schecks im Busch*. In: SPIEGEL Nr.18/1961, S.56.

<sup>104</sup> DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Berlin (O): 1984, S.81.

„Komitee der DDR für Solidarität mit den Völkern Afrikas“ (*Solidaritätskomitee*). Diese Organisation, an der unter anderem die FDJ und der FDGB beteiligt sind, vergibt unentgeltliche Hilfe und bezieht seine Mittel aus Spenden. Diese „freiwilligen Beiträge“ sind jedoch eher als staatlich erhobene Zwangsabgaben einzuordnen. Von 1970 bis 1979 sollen es eigenen Angaben zufolge 1,4 Milliarden DM gewesen sein.<sup>105</sup> Ins Jahr 1961 fällt die Gründung der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft, was das zunehmende Interesse an der Kooperation mit den jungen Nationalstaaten demonstriert.<sup>106</sup> Damit beginnt um 1960 eine neue Qualität der ostdeutschen Anerkennungsoffensive.

### 5.1.3.2 Die Instrumente

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten empfiehlt in einem Strategiepapier zur Entwicklung politischer und diplomatischer Beziehungen der DDR die Einsetzung von Experten, den Aufbau gesellschaftlicher Organisationen und die Verstärkung der Ausbildungs- und Forschungszusammenarbeit als bevorzugte Mittel.<sup>107</sup> Diese unentgeltliche Zuwendungen sind weitestgehend mit der Technischen Hilfe Bonns vergleichbar. Dazu gehören in erster Linie die Entsendung ostdeutscher Experten und Berater ins Ausland sowie die Ausbildungshilfe, bei der Studenten und Praktikanten an ostdeutschen Fach- und Hochschulen oder in vor Ort aufgebauten Musterbetrieben qualifiziert werden. Bereits 1951 kommen die ersten afrikanischen Studenten, elf Nigerianer, in die DDR. Bis 1981 sind nach DDR-Angaben über 18.000 Studenten aus fast hundert Ländern zu Gast, davon rund ein Drittel aus Afrika.<sup>108</sup> Die Bildungshilfe erkennt auch DIE WELT als besondere „Stärke“ des ostdeutschen Engagements an. So übertrafen im Jahr 1958 die Stipendienangebote an arabische Studenten die der Bundesrepublik um ein Vielfaches: Hier existiere ein ganz erheblicher Nachholbedarf für Bonn, warnt DIE WELT.<sup>109</sup> Dem Sektor der personellen Hilfe kommt „quantitativ [...] die größte Bedeutung“<sup>110</sup> zu, so auch die einhellige Meinung der Forschung. Die Aufenthalte ostdeutscher Experten variieren demzufolge zwischen projektbezogenen kürzeren bis hin zu mehrjährigen Präsenzen vor Ort. Eine weitere Form der unentgeltlichen Unterstützung sind

---

<sup>105</sup> So SCHULZ, 1985, S.67.; Weitere wichtige gesellschaftliche Organisationen sind die FDJ-Brigaden der Freundschaft und Das Deutsche Rote Kreuz der DDR. Vgl. SPANGER/ BROCK, 1987, S.216 ff.

<sup>106</sup> NEUES DEUTSCHLAND prognostiziert für den Gründungstag eine „große historische Erinnerungskultur.“ Vgl. *Die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. März 1961, S.1.

<sup>107</sup> PA/MfAA A 145353, zitiert nach: ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.96 f.

<sup>108</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.237; DOLEZAL, 1983, S.9.

<sup>109</sup> *Umworbene arabische Studenten*. In: DIE WELT, 24. Dezember 1958, S.3.

<sup>110</sup> SCHULTZ, 1986, S.11.

kostenfreie Warenlieferungen sowie medizinische Hilfe. Diese Leistungen werden teilweise aus öffentlichen Mitteln finanziert, ein großer Teil wird jedoch durch Massenorganisationen wie dem *Solidaritätskomitee* erbracht.<sup>111</sup> So existieren in zeitgenössischen ostdeutschen Veröffentlichungen zur Thematik teilweise präzise Auflistungen einzelner Lieferungen, die das Engagement Ostberlins dokumentieren.<sup>112</sup>

Die DDR-Kapitalhilfe dient in der Regel der Finanzierung des Aufbaus von Industriebetrieben und deren technischer Ausrüstung, besonders mit ostdeutschen Maschinenbauprodukten. Laut DDR-HANDBUCH sind die Konditionen in der Regel „ungünstiger“<sup>113</sup> als die der Bundesrepublik, was die Laufzeit, Karenzzeit und Verzinsung betrifft. Nach eigenen Angaben vergibt die DDR zwischen 1954 und 1969 Kreditzusagen in Höhe von 577,3 Millionen Dollar an „Entwicklungsländer.“ In diese Summe werden jedoch nicht nur langfristige Regierungskredite mit niedriger Verzinsung (2,5 bis 3%), sondern auch kommerzielle Handelskredite mit kürzerer Laufzeit und höheren Zinsen (bis zu 6%) gezahlt.<sup>114</sup> Letztere gelten nach Definition der OECD nicht als „Entwicklungshilfe.“<sup>115</sup> Die ostdeutsche Kapitalhilfe muss innerhalb einer festgelegten Frist (meist acht bis dreizehn Jahre) durch Exportaufträge an ostdeutsche Unternehmen ausgeschöpft werden. Diese Lieferbildung gilt aus Sicht der WELT als angreifbare „Schwäche.“<sup>116</sup> Hier habe die Bundesrepublik ihre Chance, attraktiver aufzutreten, da deren Kredite nur zu einem geringen Teil an deutsche Warenlieferungen gebunden seien.<sup>117</sup> Ob die öffentlich verkündeten Zusagen durch die DDR tatsächlich in dieser Höhe erfüllt worden sind, ist allerdings kaum nachvollziehbar.

Außenminister Winzer betont, besonders mit solchen Staaten Handel treiben zu wollen, die „auf dem nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg nach voller wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit streben.“<sup>118</sup> In diesem Sinne betrachtet die DDR auch den Außenhandel als integralen Bestandteil der klassischen „Entwicklungshilfe“ („*aid by trade*“) und betont, dies sei ganz im Interesse der Entwicklungsländer, die nach „Handel und keine[r] Hilfe“<sup>119</sup> verlangten. Das deutschlandpolitische Kalkül wird dabei offen thematisiert: Kontakte zu den

---

<sup>111</sup> GRAEWE, 1998, S.86.

<sup>112</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.586

<sup>113</sup> Entwicklungshilfe“ In: DDR-HANDBUCH, 1985, S.361.

<sup>114</sup> Entwicklungspolitische Kredite, die gegenwärtig von der Weltbank vergeben werden, haben Laufzeiten von bis zu vierzig Jahren, zehnjährige Tilgungsfreiheit und Zinsen unter einem Prozent.

<sup>115</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.223, DOLEZAL, 1983, S.57.

<sup>116</sup> *Afrika will keine Geschenke.* In: DIE WELT, 29. September 1960, S.10.

<sup>117</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.223.

<sup>118</sup> DREI JAHRZEHNTE AUBENPOLITIK DER DDR, 1979, S.666.

<sup>119</sup> *Zitat Nkrumahs.* In: PA/MfAA A 14369, Blatt 1.



jungen Nationalstaaten dienten der „Festigung der ökonomischen Grundlagen des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaats“ und dem Kampf gegen die „aggressive Alleinvertretungsanmaßung der Bundesrepublik.“<sup>120</sup> Im Mittelpunkt stehen dabei langfristige Handels- und Zahlungsabkommen, die dem Grundsatz des gegenseitigen Vorteils entsprechen sollen. So bieten Verträge über den langfristigen Import von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten eine stabile Grundlage für die Versorgung der eigenen Bevölkerung. Langfristige Exportvereinbarungen sind außerdem für die planmäßige Auslastung der ostdeutschen Betriebe von Vorteil.<sup>121</sup> Der DDR-Außenhandel wird so zum reaktiven Instrument im Ost-West-Konflikt: So nehmen die Handelskontakte mit Guinea nach einer Krise 1960 ab, während sich der Handel mit Ägypten nach Ulbrichts Besuch 1965 mehr als verdoppelt. Allerdings nehmen die Handelskontakte zu Entwicklungsländern nie mehr als 5% des Gesamtaußenhandels ein.<sup>122</sup>

**Tab.1: Eigenanhaben der DDR zum Außenhandel 1960-1966** <sup>123</sup>  
(in Millionen DM)

	1960		1962		1964		1966		1968	
	<i>Exp.</i>	<i>Imp.</i>	<i>Exp.</i>	<i>Imp.</i>	<i>Exp.</i>	<i>Imp.</i>	<i>Exp.</i>	<i>Imp.</i>	<i>Exp.</i>	<i>Imp.</i>
Ägypten	131,6	130,1	101,4	70,1	64,8	79,4	172,3	95,7	153,8	116,1
Algerien	0,2	0,2	*	*	4,9	*	2,8	0,1	7,7	0,6
Ghana	4,7	2,3	10,9	9,5	17,2	15,3	11,0	20,4	*	*
<b>Guinea</b>	23,2	15,2	5,2	12,3	9,2	8,2	17,3	9,9	10,6	5,2
Tansania	*	*	*	*	*	*	5,9	5,2	3,0	2,1

\* keine Angabe

<sup>120</sup> DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Berlin (O): 1984, S.39.

<sup>121</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.101 f.

<sup>122</sup> DREI JAHRZEHNTE AUBENPOLITIK DER DDR. 1979, S.303 f.

<sup>123</sup> *Eigene Darstellung.* Angaben nach: *Statistisches Jahrbuch der DDR.* Bei: DREI JAHRZEHNTE AUBENPOLITIK DER DDR, 1979, S.667 und S.690 f.

### 5.1.4 Zusammenfassung

Bereits die Genese des Politikfelds ist untrennbar mit dem Systemkonflikt auf globaler Ebene verbunden, wenn Truman Auslandshilfe als Teil der „*Containment*“-Politik begreift und Kennedy mehr Engagement der Bündnispartner im Zuge eines transatlantischen „*Burden-Sharing*“ fordert.<sup>124</sup> Sowohl in der DDR als auch der Bundesrepublik werden ab Beginn der fünfziger Jahre vereinzelt entwicklungspolitische Hilfsprojekte beschlossen, wobei auf beiden Seiten deren Notwendigkeit von Beginn an mit der Existenz und Auseinandersetzung des „anderen Deutschlands“ begründet wird. Dabei wächst die öffentliche Präsenz der Thematik bis und ab 1960 immer weiter. Mit der Ulbricht-Rede vor dem diplomatischen Korps 1960 und der Gründung des BMZ 1961 ist ein fast zeitgleicher Kulminationspunkt des jungen Politikfelds erreicht, der in der Bundesrepublik zur Etablierung eines eigenen Bundesministeriums führt, wohingegen in der DDR keine vergleichbare zentrale Stelle geschaffen wird, sondern die Zuständigkeit im MfAA verbleibt. Allerdings ist das BMZ während des gesamten Untersuchungszeitpunkts trotz schrittweisem Personal- und Kompetenzausbau nicht mehr als eine Art Koordinierungsstelle: Alle politischen Entscheidungen verbleiben beim Auswärtigen Amt, das mit den Auslandsvertretungen auch den wesentlichen Kommunikationskanal zu den Entwicklungsländern besitzt, während der finanziell-ökonomische Primat beim Bundeswirtschaftsministerium liegt. Dabei wird die Auffassung, dass Entwicklungspolitik „ein neuer, selbstständiger Zweig der Regierungspolitik sei und neben die klassischen Elemente Außenpolitik und Wirtschaftspolitik zu treten habe“<sup>125</sup>, scharf abgelehnt. Beide deutsche Staaten setzen mit der Kapitalhilfe und Technischen Hilfe strukturell die gleichen Instrumente ein, wobei sich diese sowohl in Qualität als auch Quantität substantiell unterscheiden: Während die ostdeutsche Kapitalhilfe in der Regel an ostdeutsche Lieferungen gebunden ist, sind die westdeutschen Pendant dahingehend flexibler gestaltet, allerdings stärker an bestimmte Projekte gebunden. Generell ist festzuhalten, dass die DDR im Bereich der Technischen Hilfe und Bildungspolitik besonders stark engagiert ist, was von der Bundesrepublik kritisch beobachtet wird.

Dabei lässt sich feststellen, dass zunächst die grundsätzliche Institutionalisierung des Politikfelds im Zeichen der Ost-West-Auseinandersetzung stattfindet, wobei diese in der Bundesrepublik mit der Neuschaffung des BMZ klarere Konturen vorweist. Dennoch verbleibt die

---

<sup>124</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.277 ff.

<sup>125</sup> Diese sei eine in der Nachkriegszeit entstandene „neue Spielart der Außenpolitik und internationalen Wirtschaftspolitik“, die auf den „spezifischen Tatbestand der Entwicklungsländer“ abgestimmt sei, so Staatssekretär Lahr. Vgl. *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 20. September 1963*. In: AAPD 1963, Dok.369, S.1260.

Entwicklungspolitik in beiden deutschen Staaten unter dem Entscheidungsmonopol der jeweiligen Außenministerien, was die These der institutionellen Flexibilität zumindest in Teilen bestätigt. Diese muss allerdings differenzierend bewertet werden: Das BMZ erkämpft sich im beständigen Widerstreit mit dem Wirtschafts- sowie Außenressort schrittweise neue Kompetenzen auf dem Weg zu mehr Emanzipation und einem höheren Grad der „Professionalisierung“<sup>126</sup>, was vor allem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre deutlich wird. Das Ministerium verbleibt jedoch im gesamten Untersuchungszeitraum unter dem politischen und ökonomischen Primat der anderen beiden Ministerien, was eine geringe Eigenständigkeit des Politikfelds impliziert. Andererseits scheint hier ein selbstbewusstes und eigenbestimmteres praktisches Auftreten auf dem „Nebenfeld“ der auswärtigen Politik möglich, da sich dieses nur indirekt auf die ehemaligen Alliierten auswirkt und außerhalb der klassischen Blockpolitik stattfindet. Dies ist auch einer der Gründe, warum das Auswärtige Amt jeden Kompetenzverlust verbissen bekämpft. Die von Bonn als Stärke imaginierte Projektbindung des „Bonner Stempels“ erweist sich dahingehend als gravierender Nachteil. Die ostdeutsche Entwicklungspolitik erscheint dagegen flexibler, da sie zentral im Außenministerium verwaltet wird, wodurch die Kommunikationskanäle verkürzt und administrative Entscheidungsprozesse beschleunigt werden. Zwar ist das Politikfeld intern stark gelenkt, doch bedeutet dies extern eine größere Flexibilität gegenüber den Entwicklungsländern und der Bundesrepublik. Häufig sind die ostdeutschen Angaben zum ostdeutschen Engagement eher vage und undifferenziert. Dies entspricht dem bereits sprachlich festgestellten Bedürfnis, Definition in erster Linie in Abgrenzung zur Bundesrepublik zu erfahren. So führt Ulbricht das Konkurrenzverhältnis zu Bonn im Begründungszusammenhang des Engagements an, dennoch erscheint die ostdeutsche Ausrichtung dahingehend offener, dass es der DDR in erster Linie um handelspolitische Kontakte und eine generelle globale Etablierung, auch, aber nicht nur gegenüber der Bundesrepublik, zu gehen scheint, was nicht nur propagandistisch, sondern auch realpolitisch effizient erscheint.

### **5.2 DER AUF- UND AUSBAU ENTWICKLUNGSPOLITISCHER KOOPERATION**

Im Folgenden wird untersucht, wie die beiden deutschen Staaten die Kontakte zu Ghana, Guinea, Tanganjika und Sansibar bzw. Tansania und Ägypten auf- und ausbauen und ihr

---

<sup>126</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.284.

Beziehungsgeflecht schrittweise über die Etablierung entwicklungspolitischer Kontakte verdichten. Beim Versuch, bestimmte Handlungsmuster zu rekonstruieren wird zum einen mit der Medienberichterstattung gearbeitet, zum anderen mit edierten und auch bisher uneditierten Akten der beiden deutschen Außenministerien gearbeitet.

Dabei wird angenommen, dass sich die Bundesrepublik in einer dominierenden Position befindet, da meist schon politische Kontakte aus der Phase vor der Unabhängigkeit bestehen, ihre Staatsqualität global unumstritten und ihre hohe ökonomische Potenz bekannt ist, was sie für die Entwicklungsländer nicht nur als Handelspartner, sondern auch als Geber von „Entwicklungshilfe“ besonders attraktiv macht. FRANCOIS behauptet infolgedessen grundsätzlich einen stärkeren Einfluss Bonns auf die Ostberliner Außenpolitik als umgekehrt, was auch für die entwicklungspolitische Praxis geprüft werden soll.<sup>127</sup> Auch die Einschätzung, wonach der ostdeutsche Eigenanteil an jeglichen Erfolgen in der Regel eher gering und dem politischen Druck Moskaus oder widrigen wirtschaftlichen Umständen geschuldet ist, soll kritisch hinterfragt werden.<sup>128</sup> Denn die Entkolonialisierung bietet für die DDR die Chance sich als fast ebenso junger Staat in einer Art „Interessengemeinschaft“ zu solidarisieren und neue Optionen in Abgrenzung von den ehemaligen Kolonialmächten, mit denen Bonn eng verbunden ist, anzubieten. Wer sich hier stärker zu profilieren vermag und unter welchen Umständen, soll geprüft werden. Dabei werden zunächst ostdeutsche Handlungsspezifika (5.2.1) skizziert, dem westdeutsche Muster (5.2.2) gegenübergestellt und anschließend auf Gemeinsamkeiten (5.2.3) in der Vorgehensweise beider deutscher Staaten eingegangen.

### 5.2.1 Ostdeutsche Handlungsspezifika

#### 5.2.1.1 Telegraphischer Aktionismus als *captatio benevolentiae*

Zu allen erdenklichen Anlässen, wie Geburtstagen oder Jahrestagen, werden durch Ostberlin Glückwünsche und Solidaritätsbekundungen in die ganze Welt versendet, was im Westen aufmerksam registriert wird. DIE WELT unkt bereits im Mai 1960, es müsse im ostdeutschen Außenministerium wohl ein riesiger Terminkalender existieren, „auf dem jeder nur denkbare

---

<sup>127</sup> FRANCOIS, 2004, S.329.

<sup>128</sup> TROCHE, 1996, S.45.; Ähnlich auch SCHOLTYSECK, wonach die DDR „gegen die Hallstein-Doktrin kein Wirksames Gegenmittel“ gefunden hätte. Vgl. SCHOLTYSECK, 2003, S.99.

Anlaß für das Verschicken von Glückwunschartikeln, Besuchsankündigungen und Einladungen vermerkt<sup>129</sup> sei: Wenigstens auf diesem Gebiet sei die „zum Gesetz erhobene Planerfüllung gewährleistet“<sup>130</sup>, so der spöttisch-bissige Kommentar. Tatsächlich erscheint die offensive Glückwunsch- und Telegrammdiplomatie paradigmatisch für das ostdeutsche Agieren gegenüber den Entwicklungsländern: So formuliert NEUES DEUTSCHLAND regelmäßig formelhaft und standardisiert gestaltete „Grüße“<sup>131</sup> an einzelne afrikanische Staaten oder Konferenzen der nichtpaktgebundenen Welt. SCHABOWSKI hat darauf verwiesen, dass diese stereotypen Berichterstattungsformen zum „Dauerrepertoire“<sup>132</sup> des ostdeutschen Journalisten gehörten. Auf diesem Wege werden erste, zunächst meist einseitige, Kommunikationskanäle initialisiert, die wiederum die Basis für weitreichendere Kooperationen im Bereich der „Entwicklungshilfe“, bereiten. Das Auswärtige Amt spricht in diesem Kontext spöttisch von einem „obligaten Anbiederungstelegramm.“<sup>133</sup> LAMM/KUPPER bewerten diese als eine „in mehrfacher Hinsicht von der internationalen Praxis abweichenden Art der Handhabung“<sup>134</sup>, um international Aufmerksamkeit zu erregen und Vertrauen aufzubauen.

Ersten Anlass dazu bildet, wie im Falle Ghanas im März 1957, die Unabhängigkeit, zu der in stereotyper Weise, meist durch Ministerpräsident Grotewohl, „die besten Glückwünsche“<sup>135</sup>, gemeinsam mit dem Interesse nach ganzheitlicher Entwicklung der wechselseitigen Beziehungen „im Geiste der Freundschaft und Zusammenarbeit“ artikuliert werden. Diese Schreiben werden in der Regel zeit- und wortgleich in der ostdeutschen Presse, meist sogar auf der Titelseite, veröffentlicht, was den unmittelbaren Eindruck eines globales Interaktions- und Wahrnehmungsfelds der DDR vermittelt.<sup>136</sup> Allerdings bedeutet Schnelligkeit nicht, dass man auch realpolitisch zum Zuge kommt: Das ostdeutsche Kooperationsangebot wird zunächst von Ghana ignoriert, wohingegen die Bundesrepublik trotz langsameren postalischen

<sup>129</sup> ... als sei der Wohlstand ausgebrochen. In: DIE WELT, 9. Mai 1960, S.3.

<sup>130</sup> In Wirklichkeit ist Ulbricht auch der Außenminister. In: DIE WELT, 19./20. April 1962, S.3.

<sup>131</sup> „Die DDR begrüßt die bevorstehende Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten in Kairo und ist gewiß, daß sie positive Beschlüsse faßt, die den Frieden stärken und die Verständigung fördern [...]“ Vgl. *Zur 2. Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 13. August 1964, S.5.; *DDR grüßt Afrikas Völkerkonferenz*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Januar 1960, S.1; *DDR grüßt Freiheitskampf Afrikas*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. April 1962, S.5.

<sup>132</sup> SCHABOWSKI, 2005, S.58.

<sup>133</sup> *Instruktion für den neu ernannten Botschafter in Tanganjika vom 11. Mai 1965. Merkblatt „Ostblock-Aktivität.“* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>134</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.66 ff.

<sup>135</sup> So das Telegramm an Kwame Nkrumah. In: DA DDR 1956, S.390.

<sup>136</sup> *DDR grüßt Ghana*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. März 1957, S.1.; Schon am Tage zuvor war die ostdeutsche Leserschaft über die das bevorstehende „Ereignis von großer politischer Bedeutung“ und die Geschichte sowie wirtschaftliche Lage des westafrikanischen Landes auf einem halbseitig großformatigen Artikel inklusive Landkarte aufgeklärt worden. Vgl. *Ghana – ein neuer Staat*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. März 1957, S.5.

Agierens bereits 1957 eine Botschaft in Accra einrichten kann. 1960 wird ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik abgeschlossen, in dessen Rahmen Ausbildung und Experteneinsätze vorgesehen sind, was den ersten entwicklungspolitischen Einsatz Bonns in Ghana darstellt.<sup>137</sup> Das aufmerksame und schnelle, aber dennoch erfolglose Agieren Ostberlins gegenüber Ghana als erstem unabhängig werdenden afrikanischen Staat demonstriert paradigmatisch die Umsichtigkeit, mit der die ostdeutsche Außenpolitik der Entkolonialisierung von Anfang an entgegentritt. Oft schließen sich daran Briefwechsel an, wie zwischen Winzer und dem ghanaischen Außenminister Bot-sio.<sup>138</sup> Das MfAA empfiehlt und organisiert 1962 sogar solche Briefwechsel zwischen mehreren ostdeutschen und ghanaischen Politikern, bei denen die jeweiligen Briefpartner fein säuberlich systematisiert und zugeteilt werden. Dies wird als eine „Sondermaßnahme [...] zum Abschluss eines deutschen Friedensvertrages“<sup>139</sup> bezeichnet, was eine überzogen anmutende Bedeutungszuschreibung Afrikas für die Lösung der „deutschen Frage“ demonstriert. Dabei kommunizieren die ostdeutschen Behörden meist rascher als die Konkurrenten aus Bonn, was auch durchaus von Erfolg gekrönt ist: So führt das rasche Agieren Ostberlins beispielsweise nach der Unabhängigkeit Guineas am 2. Oktober 1958 dazu, dass die erste „deutsche Delegation“ aus Ostberlin nach Conakry reist: Diese übergibt unter Leitung des Sonderbeauftragten Stibi ein Schreiben, welches einem internen Informationspapier des MfAA zufolge, das Interesse an der Herstellung diplomatischer Beziehungen ausdrückt, nebst der „Bereitschaft [...] auch auf anderen Gebieten gute Beziehungen herzustellen“<sup>140</sup>, was entwicklungspolitisches Engagement impliziert. Bei den im Kontext dieser Delegationsreise ausgehandelten Kultur-, Handels- und Zahlungsvereinbarungen handelt es sich infolge der ostdeutschen Reaktionsschnelligkeit überhaupt um die ersten internationalen Abkommen der neu gegründeten Republik Guinea. Entsprechend euphorisch fallen die Würdigung in NEUES DEUTSCHLAND sowie die interne Einschätzung des MfAA aus, wonach die DDR durch ihr schnelles Handeln „zweifelloos ein gutes Ansehen erworben und eine gute Grundlage für ihre weitere Tätigkeit in Guinea geschaffen“<sup>141</sup> habe. Allerdings bietet nicht nur die

---

<sup>137</sup> AdG 1960, S.8147.

<sup>138</sup> *Handelsvertretung Accra am 1. Juni 1965 über „Stand der konsularischen Beziehungen DDR – Ghana“*. In: PA/MfAA C 401/74.

<sup>139</sup> *Schreiben des MfAA vom 14. Dezember 1962*. In: PA/MfAA A 15867.

<sup>140</sup> *Informationspapier vom 3. Dezember 1958*. In: PA/MfAA A 11245.

<sup>141</sup> *Informationspapier vom 3. Dezember 1958*. In: PA/MfAA A 11245.; *Verträge mit der DDR festigen die Unabhängigkeit Guineas*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. November 1958, S.5.; *Das Abkommen mit Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. November 1958, S.5.

Unabhängigkeit eines Staats Gelegenheit, sich mit Glückwunschschriften bei der jeweiligen Regierung vorzustellen bzw. in Erinnerung zu bringen: Vielmehr verschicken ostdeutsche Stellen zu beinahe jeder erdenklichen Gelegenheit wie Geburtstagen von Staatsoberhäuptern, Nationalfeiertagen oder Konferenzen entsprechende Telegramme und Memoranden, in denen recht stereotyp die Weiterführung des Kampfes gegen die (neo-)kolonialistische „Unterdrückung“<sup>142</sup> gefordert und der „Beistand“<sup>143</sup> der DDR versprochen wird. Darin ist meist auch ein Passus zur „deutschen Frage“ zu finden, der beispielsweise für die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen oder die Herstellung gleichwertiger diplomatischen Beziehungen plädiert. Der westdeutsche Botschafter in Accra, Lüders, berichtet erbost, dass sich die DDR in den einschlägigen Tageszeitungen der Regierungspartei *Ghanaian Times* und *Evening News* „besonderen Ansehens“<sup>144</sup> erfreue und beinahe täglich lobend erwähnt werde, beispielsweise wenn wieder einmal ein Glückwunschtelegramm aus Pankow eintreffe. Das Auswärtige Amt bescheinigt diesem telegraphischen Aktionismus zähneknirschend, dass dieser „in nicht ungeschickter Weise eine angebliche Interessengleichheit zwischen Pankow und den afro-asiatischen Ländern“<sup>145</sup> suggeriere, während Außenminister Schröder in einem Rundschreiben warnt, diese Memoranden gingen häufig Hand in Hand mit „günstigen Wirtschaftsangeboten“<sup>146</sup> und erhielten dadurch erst ihre eigentliche Schlagkraft. Tatsächlich werden zur erfolgreichen Initiierung des Kommunikationsprozesses mit den Entwicklungsländern, wenn auch zunächst in Form recht unspezifischer und stereotyper Solidaritätserklärungen wie im Falle Ghanas 1957 oder Guineas 1958, zukünftige entwicklungspolitische Fördermaßnahmen als *captatio benevolentiae* in Aussicht gestellt. Die Antwortschreiben aus Afrika, die gemäß den diplomatischen Konventionen verschickt werden, um Ostberlin für seine Glückwünsche und Informationsschreiben zu danken und ansonsten als quasi inhaltsentleert bezeichnet werden müssen, werden wiederum in NEUES DEUTSCHLAND „ausgeschlachtet“ und erscheinen oft wortwörtlich unter stereotypen Überschriften wie

<sup>142</sup> *Kommuniqué über die 28. Sitzung des Staatsrates der DDR am 10. Juni 1963*. In: DzD 1963, S.381.

<sup>143</sup> So beispielsweise anlässlich der Gründung der Organisation der Afrikanischen Einheit: „Die Regierung der DDR wird auch künftig alles tun, um die Völker Afrikas im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus und für den sozialen Fortschritt zu unterstützen.“ Vgl. *DDR-Griße zum Tag der Befreiung*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Mai 1964, S.2.; Detaillierte Auflistung bei: LAMM/KUPPER, 1976, S.66 f.

<sup>144</sup> *Botschafter Lüders, Accra, an das Auswärtige Amt am 10. Januar 1962*. In: AAPD 1962 Dok.15, S.107.

<sup>145</sup> *Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Luedde-Neurath vom 6. Oktober 1964*. In: AAPD 1964 Dok.275, S.1126 ff.

<sup>146</sup> *Rundschreiben des Bundesministers Schröder vom 3. September 1964*. In: AAPD 1964, Dok.241, S.994.

„Danktelegramme aus Afrika“<sup>147</sup> oder „Afrika dankt unserer Republik.“<sup>148</sup> WOLLE konstatiert dazu lapidar, dass sich der „Umfang der schriftlichen Darlegung“<sup>149</sup> meist in umgekehrten proportionalen Verhältnis zur realpolitischen Bedeutsamkeit verhalte. Jede erdenkliche Kleinigkeit erscheint als globaler Achtungserfolg, so dass beispielsweise die Meldung über das Verlesen eines ostdeutschen Grußtelegramms auf einer afrikanisch-asiatischen Konferenz einen beinahe halbseitigen Bericht einnimmt.<sup>150</sup> Diese Vorgehensweise entspricht der „Politik der ganz kleinen Schritte“<sup>151</sup>, wonach jeder noch so winzige und vermeintliche Positionsgewinn „als notwendiger Schritt auf dem langen, beharrlich verfolgten Weg“ behandelt wird. Auf diese Weise werde den eigenen Bürgern fälschlicherweise eine wachsende internationale Wertschätzung und Stellung ihres Staates „vorgegaukelt“<sup>152</sup>, so der Vorwurf der WELT schon 1961. Allerdings ist zu konstatieren, dass die DDR beispielsweise im Falle Sansibars 1964, auch in Folge ihres schnellen Reaktionsvermögens, durchaus realpolitische Erfolge verbuchen kann: Nachdem die kleine ostafrikanische Insel 1963 von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen worden war, erfährt Sansibar am 11. Januar 1964 einen Machtwechsel, als eine afrikanisch-nationalistische sowie prokommunistische Bewegung unter der Führung Abeid Karumes die arabisch dominierte Regierung stürzt und die „Volksrepublik Sansibar und Pemba“<sup>153</sup> ausruft. Noch am selben Tag gratuliert Ulbricht via Telegramm und erkennt den Inselstaat zum 14. Januar an. Einige Tage später wird die Anerkennung durch die DDR auf Radio Sansibar verkündet, was das NEUE DEUTSCHLAND begeistert aufnimmt.<sup>154</sup> Am 29. Januar erhält der Staatsratsvorsitzende wiederum ein bahnbrechendes Schreiben, in dem Sansibar seinerseits als erstes Land der Dritten Welt der DDR die Anerkennung ausspricht, was im Inland ein triumphales Presseecho zur Folge hat.<sup>155</sup> Eine

---

<sup>147</sup> „Der Präsident der Republik Guinea, Sekou Toure, dankte dem Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, in einem Telegramm „für die freundschaftlichen Wünsche, die von der Bevölkerung und der Regierung der DDR anlässlich des Jahrestages der Republik Guinea übermittelt worden sind.“ Vgl. *Danktelegramme aus Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 11. Oktober 1960, S.7.

<sup>148</sup> „Mit großer Freude haben führende Repräsentanten der afrikanischen Werktätigen die Nachricht aufgenommen, daß in Berlin ein Komitee der DDR für die Solidarität mit den Völkern Afrikas gegründet worden ist.“ Vgl. *Afrika dankt unserer Republik*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Juli 1960, S.5.

<sup>149</sup> WOLLE, 2001, S.138.

<sup>150</sup> *DDR solidarisch mit Afrika und Asien*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 12. April 1960, S.5.

<sup>151</sup> FÄBLER, 2005, S.149.; GRAY spricht von einer „Schritt-für-Schritt-Strategie“, Vgl. GRAY, 2005, S.18

<sup>152</sup> *Im Wettlauf um die Gunst der Völker*. In: DIE WELT, 14. Januar 1961, Das Forum der Welt.

<sup>153</sup> Am 10.12.1963 hatte Ulbricht übrigens noch ein Glückwunschtelegramm an Sultan Ben Abdulla anlässlich der Proklamation der Unabhängigkeit geschickt. Vgl. *Zeittafel*. In: DA DDR 1963, S.636.

<sup>154</sup> *Glückwunsch über Radio Sansibar*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Januar 1964, S.5.

<sup>155</sup> „In (gegenseitiger) Erwidern erkennen wir die DDR an. Senden Sie dringend eine diplomatische Mission nach Afrika.“ Vgl. *Telegramm aus Sansibar an Ulbricht vom 26 Januar 1964*. In: PA/MfAA A 15069; *Regierung Sansibars erkennt DDR an*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 30. Januar 1964, S.1.



knappe Woche später, am 8. Februar, ist der DDR-Sonderbeauftragte Fritsch vor Ort, um sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, um dann das Agrément zur Eröffnung der ersten Botschaft der DDR in der Dritten Welt entgegennehmen zu können.<sup>156</sup> Präsident Karume verweist während späterer Streitigkeiten um die Beziehungen zur Ostberlin mehrfach darauf, dass die DDR schließlich einer der ersten Staaten gewesen sei, die Sansibar anerkannt hätten.<sup>157</sup> Die Reaktionsschnelligkeit wird im Ausland offenbar geschätzt und in diesem Fall auch honoriert. Die Bundesrepublik hatte dem Putsch zunächst abwartend gegenübergestanden. Erst nachdem die ostdeutsche Presse triumphal die Anerkennung durch Sansibar verkündet hat, wird Bonn aktiv und bietet Gespräche an, auch über mögliche „Entwicklungshilfe.“<sup>158</sup> DIE WELT fürchtet, Sansibar sei bereits „fest in roter Hand“<sup>159</sup> und ein „Tor zur Subversion Ostafrikas.“<sup>160</sup> Die Insel lehnt Hilfe ohne vorherige Anerkennung ab, was NEUES DEUTSCHLAND hämisch kommentiert: „Sansibar weist Bonn zurecht. [...] Weder die Argumente der Bundesrepublik noch die Mark der westdeutschen Monopole haben die kleine Insel gefügig gemacht.“<sup>161</sup> Bis April treffen drei ostdeutsche Experten für ein geplantes Wohnungsbauprojekt der DDR in Sansibar ein, was selbst dem Auswärtigem Amt den anerkennenden Vermerk abverlangt, „wie schnell die Sowjetzone in Sansibar gehandelt habe.“<sup>162</sup> Abschließend ist zu konstatieren, dass selbstverständlich auch die Bundesrepublik telegraphischen Kontakt mit den neu entstehenden Staaten pflegt, die DDR allerdings schneller agiert. Auf die spezifischen Gründe für die telegraphische Zurückhaltung Bonns, wie im Falle Sansibars, wird noch eingegangen. Während des gesamten Untersuchungszeitraums lässt sich die DDR von der relativen Einseitigkeit dieser Kommunikation, die außer relativ nichtssagenden Danktelegrammen in den meisten Fällen keine unmittelbaren Folgen hat, nicht entmutigen und hält unermüdlich an ihrer Strategie fest, jede „Zur-Kennntnisnahme“ ihres Staates in der nationalen Presse zu zelebrieren. Die noch recht unspezifischen Hilfs- und Solidaritätsaussichten scheinen als Katalysator für die Weiterentwicklung der Beziehungen gedacht zu sein, wobei die Herstellung eines Kommunikationskanals auf Regierungsebene die Grundlage für die Aushandlung entsprechender Abkommen bietet.

<sup>156</sup> Eine Chronologie der Ereignisse unter: *Zeittafel*. In: DA DDR 1964, S.1123 f.

<sup>157</sup> Daher sei auch niemand in der Lage, „die Bande der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen unseren Ländern zu zerbrechen.“ Vgl. *Aktenvermerk über eine Unterredung mit Karume vom 23. April 1964*. In: PA/MfAA A 15069.

<sup>158</sup> „*Deutsches Verhalten gegenüber Sansibar aus amerikanischer Sicht*“ vom 3. April 1965. In: PA/AA B34 Bd.22.

<sup>159</sup> *Sansibar: Fest in roter Hand. Tanganjika: Hafen des Friedens?* In: DIE WELT, 21. Januar 1964, S.3.

<sup>160</sup> *Scheidung in Ostafrika?* In: DIE WELT, 15. Mai 1964, S.3.

<sup>161</sup> *Sansibar weist Bonn zurecht*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26.2.1964, S.5.

<sup>162</sup> „*Deutsches Verhalten gegenüber Sansibar aus amerikanischer Sicht*“ vom 3. April 1965. In: PA/AA B34 Bd.22.

### 5.2.1.2 „Ungebetene Gäste“ – Offensive Besuchsdiplomatie

Guineas Präsident Sekou Touré verteidigt 1960 gegenüber dem Botschafter der Bundesrepublik die Kontakte seines Landes zur DDR damit, dass sich die erste ostdeutsche Delegation kurz nach der Unabhängigkeit „unaufgefordert und unangemeldet“<sup>163</sup> in Conakry eingefunden habe und ganze 40 Tage geblieben sei. Eine solche „Überrumpelungstaktik“ wird Ostberlin wiederholt zum Vorwurf gemacht: So beruft sich auch Kairo angesichts der Proteste des westdeutschen Botschafters Federer über den Empfang einer ostdeutschen Regierungsdelegation 1964 darauf, diese habe sich gewissermaßen „unerwartet auf dem Flugplatz in Kairo eingefunden.“<sup>164</sup> Federer bemerkt dazu säuerlich, dass diese „ungebetenen Gäste“ sogar von Nasser persönlich empfangen worden seien, sei doch wiederum höchst ungewöhnlich. Solche Behauptungen scheinen von den ansässigen Behörden wohlkalkuliert gegenüber den nörgelnden Bonner Vertretern vorgebracht worden zu sein. TROCHE verweist in diesem Kontext auch auf die ungeplante Verlängerung eines „Tankstopps“ Grotewohls auf über fünf Tage in Indien.<sup>165</sup> Grundsätzlich ist in Bezug auf die ostdeutsche Vorgehensweise zu konstatieren, dass die Eröffnung von Regierungskontakten via Telegramm meist Hand in Hand mit einer Einladung nach Ostberlin oder, wie im Falle Guineas 1958, dem Vorschlag einer Delegationsentsendung, geht, so dass diese keineswegs so überraschend eingetroffen sein kann, wie es manche Vertreter aus den Entwicklungsländern offenbar gerne gegenüber Bonn behaupten. Die westdeutsche Botschaft in Conakry berichtet 1959, dass Touré zu einer Reise nach Osteuropa regelrecht „gedrängt“<sup>166</sup> werde und dass sich die Vertreter der „SBZ“ darum bemühten, einen Besuch, wenigstens des Parlamentspräsidenten oder eines anderen Ministers, in Ostdeutschland zu erreichen. Dass die ostdeutschen Vertreter allerdings tatsächlich häufig zur Überraschung der Gegenseite versuchen, die vorher eher unverbindlich formulierten Verbalbekundungen zur Vertiefung der Beziehungen rasch zu verwirklichen, demonstriert ein Telegramm der westdeutschen Botschaft aus Conakry im

<sup>163</sup> Die Ostdeutschen seien auch die ersten gewesen, die ihm „eine Einladung nach Berlin“ übermittelt hätten. Er sei dennoch nach Bonn gefahren. Vgl. *Aufzeichnungen Schroeders über eine Unterredung mit Touré am 7. März 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>164</sup> *Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens vom 4. September 1964*. In: AAPD 1964 Dok.242, S.998.; Ähnlich auch in Bezug auf Guinea: Vgl. *Schreiben der ostdeutschen Handelsvertretung in Conakry an das MfAA vom 11. März 1960*. In: PA/MfAA A 15896.

<sup>165</sup> TROCHE, 1996, S.28.

<sup>166</sup> *Telegramm der Botschaft in Conakry vom 2. November 1959*. In: PA/AA B34 Bd.89.

Jahr 1964: Darin wird angeprangert, dass der neue Leiter der ostdeutschen Handelsvertretung in einer Art „Überrumpelungsversuch“<sup>167</sup> verschiedene westliche Botschafter unaufgefordert persönlich aufgesucht habe, allerdings bislang nicht vorgelassen worden sei. Auch im Zuge der Botschafteraffäre 1960 versucht die DDR nach Darstellung von Guineas Präsident Touré, Fakten zu schaffen. So melden Nachrichtenagenturen am 5. März 1960 die Sensation, wonach die Regierungen von DDR und Guinea diplomatische Beziehungen und einen Botschafteraustausch vereinbart hätten.<sup>168</sup> Guinea wäre damit das erste nichtkommunistische Land, das die DDR offiziell anerkennt. Allerdings betont Guineas Präsident Touré kurz darauf im SPIEGEL-Interview, der eigentliche Zweck des Besuchs Contés in Ostberlin sei gewesen, einen geplanten Besuch Tourés in der DDR abzusagen.<sup>169</sup> Daneben habe Conté lediglich den Auftrag gehabt, die „grundsätzliche Bereitschaft unseres Staates anzukündigen, zu einem noch nicht zu vereinbarem Termin den Botschafteraustausch vorzunehmen.“<sup>170</sup> Aber selbst dies habe lediglich eine quasi unbedeutende „Rangerhöhung“ für den örtlichen Vertreter der DDR bedeuten sollen. Eine Akkreditierung sei zu keinem Zeitpunkt vorgesehen gewesen. Touré wirft Ostberlin in diesem Kontext vor, diese „erste Fühlungnahme“ sogleich als „*fait accompli*“ veröffentlicht zu haben, und verteidigt sich: „Jeder macht mal Fehler oder wird Opfer von Indiskretionen.“<sup>171</sup> Auch von Brentano betont vor dem Bundestag, Touré sei von der Meldung diplomatischer Beziehungen „völlig überrascht“<sup>172</sup> gewesen. Ein Hinweis darauf, dass Guinea wirklich „überrumpelt“<sup>173</sup> worden sein könnte, ist, dass der Botschafteraustausch zunächst nicht in den inländischen Medien vermeldet wird und der Diplomat sofort nach Guinea zurückberufen wird.<sup>174</sup> Das Auswärtige Amt bezeichnet die Ereignisse rückblickend als „plumpes Täuschungsmanöver.“<sup>175</sup> DIE WELT glaubt in ähnlicher Manier, der Vorfall sei eine „in der Diplomatie einzigartigen Groteske“<sup>176</sup>, die beweise,

<sup>167</sup> Der britische, amerikanische wie französische Botschafter hätten Kampf nicht empfangen. *Bericht der Botschaft Conakry vom 20. August 1964*. In: PA/AA B 34 Bd.494.

<sup>168</sup> AdG 1960, 8274 C.

<sup>169</sup> Diesen Besuch hatte Touré im Dezember 1959 in Aussicht gestellt. Vgl. *Schreiben Büttners an die Botschaft der DDR in China vom 16. August 1960*. In: PA/MfAA A 14330.

<sup>170</sup> *Der Elefant*. In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.16.; *Reichards Telegramm vom 25. März 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>171</sup> Schließlich sei er der Präsident eines noch sehr jungen und in der internationalen Diplomatie unerfahrenen Staates. Vgl. *Der Elefant*. In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.16.

<sup>172</sup> *Erklärung des Bundesministers von Brentano vor dem Dritten Deutschen Bundestag am 8. April 1960*. In: DzD 1960, S.716.

<sup>173</sup> *Aufzeichnungen zur Guinea-Krise am 13. März 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>174</sup> „Kommen Sie sofort [...]“ Vgl. Handschriftliche Notiz auf *Schreiben der ostdeutschen Vertretung an das MfAA vom 11. März 1960*. In: PA/MfAA A 14330.; *Telegramm ins MfAA vom 12. März 1960*. In: PA/MfAA A 14330.

<sup>175</sup> *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner*. In: PA/AA B34 Bd.389.

<sup>176</sup> ... als sei der Wohlstand ausgebrochen. In: DIE WELT, 9. Mai 1960, S.3.

dass Ostberlin nicht einmal vor „gefälschten oder doch im eigenen Sinne stark korrigierten“ Dokumenten zurückschrecke. Man wisse nicht, ob die Verkündung der diplomatischen Beziehungen „ein gleichermaßen aus der Gier nach Anerkennung entstandener Irrtum [...] oder ein ausgemachter Bubenstreich“<sup>177</sup> gewesen sei. Außerdem wird berichtet, dass die ostdeutschen Handelsvertretungen im Afrika generell versuchten, Besuchsreisen nach Bonn zu verhindern, wenn auch wenig erfolgreich.<sup>178</sup> Dass diese „Überredungs- und Überrumpelungstaktik“ auch ins Gegenteil umschlagen kann, konstatiert das Auswärtige Amt befriedigt im Falle Ghanas im September 1964: So habe der stellvertretende Ministerpräsident Scholz bei seinem Besuch durch seinen „Überrumpelungsversuch“<sup>179</sup> in Sachen Anerkennungsfrage wichtige Sympathien verloren, so dass Nkrumah gegenüber dem westdeutschen Botschafter ein „unerfreuliches Nachspiel“ für die DDR angekündigt habe. Auf ostdeutscher Seite wird generell versucht, stets „an noch einflussreichere Persönlichkeiten [...] heranzukommen“<sup>180</sup>, um diesen die eigenen „Argumente“ darzulegen. Auch sollten verstärkt Einladungen an führende Minister ausgesprochen werden und führende ostdeutsche Politikerpersönlichkeiten direkte Gespräche mit der Regierungsspitze herbeiführen.<sup>181</sup>

Ähnlich wie bei der Telegrammkorrespondenz, macht die DDR auch von dem Instrument persönlicher Kontakte intensiver Gebrauch als die Bundesrepublik und erhebt dies internen Aktenaufzeichnungen zufolge zur konsequenten politischen Praxis. KILIAN vergleicht diese mit einer Art „Postwurfsendung“<sup>182</sup>, die regelmäßig zu erfolgen habe. Dabei vertritt man die Ansicht, „daß eine Einladung in die DDR ein gewissen Höhepunkt in der Pflege der Kontakte“<sup>183</sup> bedeute und dass dieses Instrument systematisch und mit Bedacht eingesetzt werden sollte. Im Auswärtigem Amt warnt man, dass die Annahme einer solchen Einladung de facto einer „völkerrechtlichen Anerkennung“<sup>184</sup> gleichkomme und man dies verhindern

---

<sup>177</sup> Ulbrichts Liebeswerben um den Schwarzen Erdteil. In: DIE WELT, 7. April 1963, S.3.

<sup>178</sup> Telegramm aus Conakry vom 6. November 1959. In: PA/AA B34 Bd.86.; Das ostdeutsche Außenministerium bezeichnet die Vorwürfe als „Hetzkampagne“. Vgl. Schreiben Büttners an die Botschaft der DDR in China vom 16. August 1960. In: PA/MfAA A 14330.

<sup>179</sup> Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 30. Oktober 1964. In: AAPD 1964, Dok.302, Anm.12., S.1202.

<sup>180</sup> Brief der Handelsvertretung Ghanas an das MfAA vom 16. September 1962. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>181</sup> Exemplarisch mit Nkrumah. Vgl. Brief der Handelsvertretung Ghanas an das MfAA vom 16. September 1962. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>182</sup> KILIAN, 2001, S.109.

<sup>183</sup> Schreiben der Handelsvertretung Ghanas an das MfAA vom 12. Januar 1962. In: PA/MfAA A 15867.

<sup>184</sup> Telegramm des Auswärtigem Amtes vom 1. September 1959. In: PA/AA B34 Bd.86.

müsse. Man fürchtet insbesondere, dass ein Besuch medial und „politisch als Anerkennung“<sup>185</sup> durch den Ostblock ausgeschlachtet werden könnte. So spricht im Falle Guineas der Bundespräsident im September 1959 eine Einladung Tourés in die Bundesrepublik aus, um die Annahme „einer Einladung der SBZ“<sup>186</sup> zu verhindern.

Besonders augenscheinlich demonstriert dies das „Tanzziehen“<sup>187</sup> um Tansania nach der Unionsbildung am 26. April 1964. Tanganjikas Präsident Nyerere, der bisher ausschließlich diplomatische Beziehungen zu Bonn unterhalten und die Bundesrepublik bereits 1961 besucht hatte, wird Präsident der Union.<sup>188</sup> Der vormalige sansibarische Präsident Karume, unter dem Sansibar wenige Monate zuvor als erster afrikanischer Staat die DDR anerkannt hatte, bekleidet das Amt des Vizepräsidenten der Union. In der darauf folgenden und knapp drei Monate andauernden „heißen Phase“ diplomatischer Unklarheiten um die künftige Haltung der Union zur DDR bzw. Bundesrepublik reisen nach Aufzeichnungen des Auswärtigen Amts „fünf führende SBZ-Politiker“<sup>189</sup> nach Sansibar, wohingegen nur eine westdeutsche Delegation unter Innenminister Höcherl Tanganjika besucht habe. Vizepräsident Karume versichert gegenüber den ostdeutschen Vertretern mehrfach, die diplomatischen Beziehungen zur DDR blieben unverändert und erklärt diese laut MfAA sogar zum Teil der Unionsbedingungen: „Wenn Tanganjika nicht bereit ist, die DDR anzuerkennen, dann lassen wir lieber die Union zerbrechen.“<sup>190</sup> Ein britischer Diplomat kommentiert süffisant, dass hier wohl „der Schwanz mit dem Hund wedelt.“<sup>191</sup> Tatsächlich dauern die Verhandlungen meh-

<sup>185</sup> *Aufzeichnungen des Auswärtigen Amts vom 26. September 1959.* In: PA/AA B34 Bd.86.

<sup>186</sup> *Vermerk des Auswärtigen Amts vom 29. September 1959.* In: PA/AA B34 Bd.86.

<sup>187</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 16. Juli 1964.* In: AAPD 1964, Dok.201, S.854.

<sup>188</sup> Vom 24. bis 26. Januar 1961 besucht Nyerere die Bundesrepublik und wird dabei vom Bundespräsidenten, Bundeskanzler, Bundestagspräsident, Bundeswirtschaftsminister sowie Staatssekretären des Auswärtigen Amts empfangen. Vgl. AdG 1961, 8888 G.; *Hilfe für Tanganjika.* In: DIE WELT, 26. Januar 1962, S.4.

<sup>189</sup> Darunter der stellvertretende Außenminister Kiesewetter (19. - 31. März 1964), der stellvertretende Ministerratsvorsitzende Scholz (28. April - 5. Mai 1964) und der Sonderbeauftragte der DDR, Gyptner, der am 17. Mai 1964 einen Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Unterstützung zwischen der DDR und Sansibar unterzeichnet. Vgl. dazu: PA/MfAA A 15069.

<sup>190</sup> „Die Union würde auf keinen Fall auf Kosten [...] der internationalen Beziehungen Zansibars erfolgen.“ Vgl. *Aktenvermerk über eine Unterredung mit Karume vom 23. April 1964.* In: PA/MfAA A 15069; So auch der Bericht des stellv. Ministerratsvorsitzenden Scholz nach seinem Besuch in Sansibar im Mai 1964: „Exzellenz Karume versichert, daß auch die neu gegründete Vereinigte Republik [...] die Außenpolitik [...] der Volksrepublik Sansibar unverändert fortsetzen wird und daher die diplomatischen Beziehungen, die zwischen der Volksrepublik Sansibar und der DDR aufgenommen wurden, weiter bestehen werden.“ Vgl. AdG 1964, 11211 C.

<sup>191</sup> *Der Überraschungscoup des Julius Nyerere.* In: DIE ZEIT, 1. Mai 1964.

re Monate, bis die DDR ihre Botschaft auf Sansibar schließen muss, wofür sie als Kompensation aber ein Generalkonsulat auf dem Festland erhält.<sup>192</sup> Dieses so genannte „Kairoer Modell“ hatte bis dahin auf dem afrikanischen Kontinent nur in der VAR existiert und war bei seiner Einrichtung 1959 nur aufgrund der in Ägypten beständig Anstoß erregenden deutsch-israelischen Sondersituation zähneknirschend akzeptiert worden. Die Wiederholung eines solchen Zugeständnisses soll nach Willen der Bundesregierung, wie Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes belegen, in Tansania unter allen Umständen verhindert werden: „Danach gäbe es auf dem afrikanischen Kontinent kein Halten mehr“<sup>193</sup>, so die Befürchtungen im Bonner Außenministerium. Entsprechend warnt der Bundeskanzler, dass ein ostdeutsches Generalkonsulat „den Interessen des deutschen Volks widerspricht [...], weil jede Aufwertung von außen den Weg“<sup>194</sup> zur Wiedervereinigung erschwere. Es scheint jedoch offensichtlich, dass die Schnelligkeit und Intensität, mit der nicht nur telegraphisch, sondern auch durch persönliche Besuche und schnelle „Entwicklungshilfe“ die Beziehungen zu Sansibar gestärkt werden sollten, einen wesentlichen Teil zum Ausbau des ostdeutschen Beziehungsnetzwerkes beitragen: So notiert Kiesewetter nach seiner Rückkehr aus Sansibar in seinem Bericht an das MfAA vom 7. April 1964, die schnelle Entsendung der Experten habe dort gehörigen „Eindruck gemacht“<sup>195</sup> und empfiehlt darüber hinaus regelmäßige Reisen des in Sansibar derzeit ansässigen ostdeutschen Botschafters nach Tanganjika.<sup>196</sup> Kiesewetters Besuch hat wiederum den Zweck, weitere Wünsche in Bezug auf die „Entwicklungshilfe“<sup>197</sup> entgegenzunehmen und staatliche Beziehungen, wenn möglich, zu festigen, wobei hierbei ganz selbstverständlich ein funktionaler Zusammenhang angenommen wird. Diese „Reaktionsschnelligkeit“ wird offenbar in den Entwicklungsländern geschätzt, wenn beispielsweise Sekou Touré anlässlich der „Botschafteraffäre“ 1960 darauf verweist, dass schließlich die „Ostdeutschen als Erste hier gewesen“<sup>198</sup> seien. Dass sich die besuchten Länder durch die ausgedehnte ostdeutsche Besuchspolitik „beachtet, ernst genommen und respektiert“<sup>199</sup> fühlen, registriert auch das Auswärtige Amt: Ministerialdirektor Krapf notiert 1964, es stehe für

<sup>192</sup> „Tanzania will go no further than downgrade the east german embassy in zanzibar to a consulate general in Dar es salaam.“ Vgl. *Verschlüsseltes Fernschreiben aus Daressalam vom 4. Februar 1965*. In: PA/AA B34 Bd.606

<sup>193</sup> *Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtigen Amt vom 1. Mai 1964*. In: AAPD 1964 Dok.118, S.504.

<sup>194</sup> *Schreiben des Bundeskanzlers vom 11. Februar 1965*. In: PA/AA B34 Bd.606

<sup>195</sup> *Information Kiesewetters über seine Besuchsreise vom 19. bis 31. März 1964*. In: PA/MfAA A 15069.

<sup>196</sup> Das MfAA bittet allerdings auch noch um Geduld bei der Prüfung und Bewilligung weiterer Maßnahmen. Vgl. *Stophs Schreiben an Hanga vom 24. Februar 1964*. In: PA/MfAA A 15069.

<sup>197</sup> *Direktive für die Reise Kiesewetters in Begleitung von Experten nach Sansibar vom 6. März 1964*. In: PA/MfAA A 15069

<sup>198</sup> *Aufzeichnungen Schroeders über eine Unterredung mit Touré am 7.3.1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>199</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 16. Juli 1964*. In: AAPD 1964, Dok.201, S.854.

ihn außer Frage, dass dieses Instrument von Bonn bisher weder unter geographischen noch unter zeitlichen Aspekten zweck- oder planmäßig eingesetzt worden sei. Dabei erfahren die knapp sechswöchige Besuchsreise von Bundestagspräsident Gerstenmeier im Jahr 1960, der dort nach eigenen Angaben über hundert Reden gehalten haben soll, sowie die Besuche Lübkes 1962 in Liberia, Guinea und dem Senegal viel öffentliches Lob.<sup>200</sup> So heißt es aus der westdeutschen Botschaft in Conakry, der Besuch des Bundespräsidenten habe ganz entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Beziehungen „in den letzten Jahren besonders erfreulich verbessert“<sup>201</sup> hätten, was sich auch im Bereich der „Entwicklungshilfe“ zeige. Doch mit Ausnahme dieser prominenten Besucher „verirren“ sich andererseits recht wenige hohe westdeutsche Repräsentanten nach Afrika, wohingegen fast alle DDR-Delegationen mindestens einen stellvertretenden Minister in ihren Reihen präsentieren können.<sup>202</sup> Zwar ist dies primär auf die gouvernementalen Strukturen der DDR zurückzuführen, die sich durch eine ganze Reihe von Stellvertretern für alle leitenden Ämter auszeichnet, doch verfehlt dies seine Wirkung in den besuchten Ländern nicht. Entsprechend optimistisch gibt sich der in Accra ansässige Vertreter der DDR 1962 davon überzeugt, „daß bei systematischer Arbeit [...] in absehbarer Zeit eine Veränderung unseres Status erreicht werden kann“<sup>203</sup> und schlägt den Besuch von Persönlichkeiten „höherer Ebene“ in Ghana vor. Die DDR nutzt außerdem offensiv Gewerkschaftsvertreter, um Kontakte zu knüpfen. Im Falle Guineas scheint diese Vorgehensweise besonders aussichtsreich zu sein, da Präsident Touré selbst Präsident des afrikanischen Gewerkschaftsbundes ist. So räumt DIE WELT dem Besuch des ostdeutschen Gewerkschaftsvorsitzenden Warnke im Februar 1960 eine besondere Rolle bei der Vorbereitung des Botschafteraustauschs ein.<sup>204</sup>

Dass eine deutschlandpolitisch motivierte Krise auch durch den kurzfristig anberaumten Besuch eines Diplomaten, der nicht aus der ersten Regierungsrunde stammt, erfolgreich gelöst werden kann, beweist die Guineareise des Leiters der Politischen Abteilung II im Auswärtigen Amt, Hasso von Etzdorf. Anlass ist die so genannte „Botschafteraffäre“ im Frühjahr 1960 um den vermeintlich ersten diplomatischen Vertreter eines nicht-sozialistischen Staats

<sup>200</sup> *Gerstenmaier aus Afrika zurück*. In: DIE WELT, 22. August 1960, S.2.; *Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stechow am 13. November 1962*. In: AAPD 1962 Dok.441, S.1885.

<sup>201</sup> *Undatiertes Schreiben zur Einstellung Guineas zur Deutschlandfrage*. In: PA/AA B34 Bd.494.

<sup>202</sup> KILIAN, 2001, S.40ff.; Bundespräsident Lübke besucht während seiner zehnjährigen Amtszeit Afrika drei Mal. HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUBENPOLITIK, 1975, S.325 f.; ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.38.

<sup>203</sup> *Brief Heiderichs an Lessing vom 29.5.1962*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>204</sup> Es wird vermutet, dass er sogar die Meldungen über eine westdeutsche Beteiligung an den französischen Bombenversuchen lanciert hat, da die entsprechende Protestnote genau zum Ende seines Besuchs bei der UNO eintrifft. Vgl. *Pankovs Weg führt über Afrika*. In: DIE WELT, 7. März 1960, S.3.

in Ostberlin.<sup>205</sup> In Bonn schlägt die Nachricht ein wie eine Bombe. Im Auswärtigen Amt wird rückblickend konstatiert, dass in diesem Moment „das Gebäude der sog. Halsteindoktrin [*sic!*] drohte, ins Wanken zu geraten.“<sup>206</sup> Dieses Ereignis und der „erfreuliche Ausgang der Krise“ hätten erheblichen Einfluss auf die Stellung der Bundesrepublik in ganz Afrika gehabt. Gegenüber dem westdeutschen Botschafter erklärt Guineas Präsident zunächst, es handele sich um ein Missverständnis: Da er die diplomatischen Beziehungen nicht autorisiert habe, könne er sie aber auch nicht dementieren. Bonns Botschafter Schroeder kommentiert, Touré spekuliere darauf, Zeit zu gewinnen und wolle die Reaktion Bonns ausloten.<sup>207</sup> Das Kabinett ermächtigt daraufhin den Außenminister am 9. März 1960 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sollte Conakry binnen kürzester Zeit kein eindeutiges Dementi abgeben, was NEUES DEUTSCHLAND als „dumm“ sowie „unverschämte[s] Drei-Tage-Ultimatum“<sup>208</sup> bezeichnet. Daraufhin reist der hochrangige Mitarbeiter des Auswärtigen Diensts Hasso von Etzdorf nach Guinea, um die Situation in einem persönlichen Gespräch mit Touré zu entschärfen, wobei es ihm am 3. April 1960 gelingt, eine die gesamte Affäre beschließende amtliche Erklärung auszuhandeln, die Außenminister von Brentano wenige Tage später vor dem Bundestag verliest:

„Seine Exzellenz Sekou Touré, Präsident der Republik Guinea, hat [...] Dr. Hasso von Etzdorf [...] zu einer Aussprache empfangen. Bei dieser Gelegenheit hat der Präsident bestätigt, dass im Gegensatz zu den Behauptungen, die von gewissen Presseorganen verbreitet worden sind, diplomatische Beziehungen zwischen der Republik Guinea und den Behörden Ostdeutschlands nicht bestehen.“<sup>209</sup>

BLASIUS berichtet in diesem Kontext von einer Anekdote, wonach Hasso von Etzdorf zur Besiegelung der Absprache eine goldene Armbanduhr von seinem Handgelenk genommen habe und diese Touré geschenkt haben soll.<sup>210</sup> Dass diese Erklärung Guineas im Wortlaut in den westdeutschen Zeitungen erscheint, demonstriert die Bedeutsamkeit, der diesem Ereignis zugeschrieben wird. Ein Sprecher der Sozialdemokraten erklärt gegenüber der Presse:

<sup>205</sup> „Die Nachrichten über die angebliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Guinea und [...] der so genannten DDR, haben uns veranlasst, um eine Klärung nachzusehen.“ Vgl. *Interview des Bundesministers von Brentano für den Hessischen Rundfunk am 7. April 1960*. In: DZD 1960, S.709.

<sup>206</sup> *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner*. In: PA/AA B34 Bd.389.

<sup>207</sup> *Telegramm aus Conakry vom 7. März 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>208</sup> *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* 47 (1960), S.459. *Abbruch der Beziehungen angedroht! Unverschämtes Drei-Tage-Ultimatum*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. März 1960, S.1.

<sup>209</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestags. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 110. Sitzung am 8. April 1960, S.6123 D f.

<sup>210</sup> BLASIUS, 1999, S.96.





Abb.23: *Schwarzer Peter*.  
Aus: DIE WELT, 12. April 1960, S.3.

„Die Blamierten sind jetzt die Pankower.“<sup>211</sup> DIE WELT zeigt Ulbricht in diesem Kontext als gescheiterten Safari-reisenden mit Tropenhut, der offenkundig aus der hinter ihm liegenden Hütte „Guinea“ vertrieben worden ist. Gepäck besitzt der Reisende nicht, die Koffer, möglicherweise mit „Entwicklungshilfe“ gefüllt, könnte er zurückgelassen zu haben. Ratlos und beschämt verdrückt Ulbricht eine Krokodilträne, in der rechten Hand hält er eine Karte, scheinbar mit dem Portrait Tourés. Der wortspielerische Titel verweist auf das Kartenspiel „Schwarzer Peter“<sup>212</sup>, in dem derjenige verliert, der die letzte Karte, den so genannten „schwarzen Peter“, in der Hand hält.

Im Wettstreit um Guinea hat Ulbricht also „ausgespielt“ und steht nun öffentlich als Verlierer da. In der offiziellen DDR-Darstellung hat es den kurzfristigen Botschafteraustausch rückblickend im Übrigen nie gegeben. So führt eine tabellarische Übersicht über die diplomatische Beziehungen der DDR aus dem Jahr 1976 zu den afrikanischen Staaten bei Guinea lediglich den 9. September 1970 und gibt keinen Hinweis aus die Verwirrungen im Jahr 1960.<sup>213</sup> In der GESCHICHTE DER AUßENPOLITIK DER DDR (1984) heißt es, dass die „Absicht Guineas, mit der DDR normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen“<sup>214</sup> infolge von „massivem politischen Druck und ökonomischer Erpressung der Regierung der BRD“ nicht habe verwirklicht und „in Kraft gesetzt“ werden können. Interne Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes belegen, dass man auch infolge dieser Ereignisse erkannt hat, dass man durch wohl dosierte Besuche „Saulus in Paulus“<sup>215</sup> verwandeln könne und rät vor allem zu einer stärkeren Besuchsaktivität des Bundesministers für wirtschaftliche Entwicklung Scheel. Die „In-Aussichtnahme eines prominenten Besucherdienstes“ sei in jedem Falle „unerlässlich, um die Existenz und das Potential der Bundesrepublik Deutschland zu dem jeweils

<sup>211</sup> *Beziehungen zu Guinea wieder normal*. In: DIE WELT, 9. April 1960, S.2.

<sup>212</sup> Die vermeintliche Träne Ulbrichts könnte in diesem Kontext auch die beim Kartenspiel oft übliche Strafe eines schwarzen Strichs oder Punkts im Gesicht sein.

<sup>213</sup> AFRIKA IM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF. Berlin (O): 1978, S.354.; REIME, 1972, S.18.

<sup>214</sup> GESCHICHTE DER AUßENPOLITIK DER DDR, 1984, S.165.

<sup>215</sup> Diese Einschätzung wird anlässlich des Euphrat-Damm-Projekts und einer geplanten Reise Scheels nach Damaskus geäußert. Vgl. *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 6. Dezember 1962*. In: AAPD 1962 Dok.470, S.2024 ff.

nützlichsten Zeitpunkt im Ausland unmittelbar in Erinnerung zu rufen<sup>216</sup>, so die Einschätzung des Ministerialdirektors Krapf. Ministerialdirektor Müller-Roschach erklärt den Erfolg Etzdorfs und der Besuchsdiplomatie im Allgemeinen übrigens mit der „besondere[n] Vorliebe der Afrikaner für den direkten persönlichen Kontakt, der auf ihre Entscheidungen oft von größerem Einfluß ist als politische oder juristische Argumente.“<sup>217</sup>

Trotz dieser Bekundungen ändert sich unmittelbar nur wenig an der besucherischen Trägheit der Westdeutschen. Als Anfang 1965 die Einladung Ulbrichts nach Kairo öffentlich wird, sagt Bundesminister Scheel sogar einen seit langem geplanten Besuch in die VAR ab, was im offenen Gegensatz zu den vormals formulierten Vorsätzen steht.<sup>218</sup> Auch die beständig und jahrelang von Botschafter Federer und bereits seinem Vorgänger Weber angemahnte Einladung Nassers in die Bundesrepublik erfolgt nicht, wobei stets auf die aus Israel zu erwartende Kritik verwiesen wird.<sup>219</sup> Bundestagspräsident Gerstenmeier wirft dem Auswärtigen Amt in diesem Kontext sogar grobe „Untätigkeit“<sup>220</sup> vor. Während die DDR mit Hilfe kurzfristig anberaumter und durchgeführter sowie „prominent“ besetzter Besucherdelegationen ihre Kontakte zu den Entwicklungsländern ausbaut, gelingt es der Bundesrepublik trotz anders lautender Forderungen und Erkenntnisse nicht, dieses Instrument langfristig erfolgreich in ihr eigenes Krisenrepertoire zu implementieren.

Im Übrigen wird das Instrument der Besuchsreise auch von den Afrikanern bewusst eingesetzt. So sagt der ghanaische Präsidenten Nkrumah eine Einladung nach Wittenberg ab, als er 1965 eine Annäherung an Bonn erreichen will und drängt wiederum darauf, seinen bereits lange verhandelten Besuch in der Bundesrepublik zu verwirklichen. Im Auswärtigen Amt kommentiert man, es sei „offensichtlich“, dass Nkrumah „den doppelten Zweck“ erfolge,

---

<sup>216</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 16. Juli 1964.* In: AAPD 1964, Dok.201, S.854.; *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach vom 21. Dezember 1962.* In: AAPD 1962 Dok.495, S.2093 ff.; von Brentano zur „Guinea-Krise“: „Es hat sich als richtig erwiesen, dass wir nicht übereilt gehandelt haben.“ Vgl. *Erklärung des Außenministers von Brentano am 8. April 1960.* In: DzD 1960, S.718.

<sup>217</sup> Entsprechend sprach er sich auch im Dezember 1962 angesichts der zu befürchteten Eröffnung der ghanaischen Handelsvertretung in Ostberlin für die Entsendung einer westdeutschen Delegation nach Accra aus. Vgl. *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach vom 21. Dezember.* In: AAPD 1962 Dok.495, S.2094.

<sup>218</sup> *Tränen im Waldorf-Astoria.* In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.30.

<sup>219</sup> *Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt vom 28. Juni 1962.* In: AAPD 1962 Dok.268, S.1184 ff., insbes. S.1186.; *Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens vom 23. Oktober 1964.* In: AAPD 1964 Dok.295, S.1184.; Alternativ wird eine Reise Nassers durch mehrere europäische Staaten, darunter auch die Bundesrepublik, erwogen, um Tel Aviv nicht zu sehr vor den Kopf zu stoßen. Vgl. *Gespräch des Bundeskanzlers Erhard, mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, vom 4. November 1964.* In: AAPD 1964 Dok.312, S.1238.

<sup>220</sup> „Ich habe kein Verständnis dafür, dass ihr Amt offenbar jede Initiative in dieser Sache bis jetzt unterlassen hat.“ Vgl. *Bundestagspräsident Gerstenmaier an Bundesminister Schröder vom 11. Januar 1965.* In: AAPD 1965, Dok.10, S.51.; Zur Einladung: *Botschafter Schroeder an Bundeskanzler Erhard vom 9. November 1964.* In: AAPD 1964 Dok.315, S.1247; AAPD 1965 Dok.40, S.199.

seine internationale Position „aufzuwerten und gleichzeitig sein Hilfeersuchen bei der deutschen Regierung persönlich zu vertreten.“<sup>221</sup>

### 5.2.1.3 Handelspolitische Umwege als „Türöffner“

Über ökonomische Kontakte versucht die DDR diplomatische Beziehungen „durch die Hintertür“<sup>222</sup> herzustellen, so KILIAN. Handelsbeziehungen stehen für eine pragmatische Kooperation im beiderseitigen Interesse und haben *per se* zunächst keine politischen Implikationen, was sich Ostberlin zu eigen machen will. Diese ökonomisch orientierte Vorgehensweise kann als „zweites Bein“<sup>223</sup> der DDR-Außenpolitik gegenüber den Entwicklungsländern bezeichnet werden. Dabei stellen Handelskontakte auch eine Vorstufe zur entwicklungspolitischen Kooperation dar bzw. teilweise verschimmen infolge der oft mangelnden Unterscheidung, die speziell für die ostdeutsche Seite gilt, die Grenzen. Ulbricht hatte in seiner programmatischen Rede vor dem diplomatischen Korps am 26. September 1960 verkündet, die bereits erfolgreich hergestellten Handelsbeziehungen reichten ab nun nicht mehr aus und es sei an der Zeit, intensiv auf politische bzw. diplomatische Kontakte zu drängen.<sup>224</sup> Damit erklärt er die ökonomischen Kontakte zur Vorstufe und quasi „Türöffner“<sup>225</sup> für vertiefte Kontakte auf der politischen Ebene. Dieser Weg hatte allerdings schon deutlich früher begonnen: So wird im Auswärtigen Amt bereits im Dezember 1955 eine „Handelsoffensive des Ostblocks gegenüber den unterentwickelten Ländern“<sup>226</sup> konstatiert, wobei die „Handelshilfe“, die bisher „eine Domäne des Westens“ gewesen sei, eine besondere Gefahr darstelle. Entsprechend verschickt das Ministerium eine Warnung an sämtliche diplomatischen Auslandsvertretungen. Nach der Ansprache Ulbrichts 1960 intensiviert die DDR diese Bemühungen und verdoppelt die handelspolitischen Kontakte zu den Entwicklungsländern zwischen den Jahren 1963 und 1969.<sup>227</sup> Dabei wird unter anderem Ghana zu einem der Schwerpunktländer in Afrika: Während das Land 1961 noch den neunten Rang bei den Exporten der DDR einnimmt, klettert Ghana bis 1965 auf Platz fünf.

<sup>221</sup> *Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 16. August 1965*. In: PA/AA B34 Bd.573.

<sup>222</sup> KILIAN, 2001, S.110.

<sup>223</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.76.

<sup>224</sup> *Aus der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht auf dem Empfang für das Diplomatische Korps*. In: DzD 1960 III, S.320.

<sup>225</sup> TROCHE, 1996, S.31.

<sup>226</sup> *Konferenz der Missionschefs vom 8. bis 10. Dezember 1955*. In: PA/AA B2 Bd.92.

<sup>227</sup> KUPPER, 1971, S.90.

**Tab.2: Rangliste der DDR-Exporte in ausgewählte Entwicklungsländer in den Jahren 1961 – 1966**<sup>228</sup>

in Millionen DM

1961	1962	1963	1964	1965	1966
1. Ägypten	1. Indien	1. Indien	1. Indien	1. Ägypten	1. Ägypten
2. Indien	2. Ägypten	2. Ägypten	2. Ägypten	2. Indien	2. Indien
...	...	...	...	...	....
5. Guinea	6. <u>Ghana</u>	5. <u>Ghana</u>	7. <u>Ghana</u>	5. <u>Ghana</u>	7. Guinea
...	...	...	...	...	...
9. <u>Ghana</u>		9. Marokko			

Am 19. Oktober 1961 treten das erste längerfristige Handels-, Zahlungsabkommen, ein Abkommen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie ein Kulturabkommen mit fünfjähriger Laufzeit zwischen Accra und Ostberlin in Kraft.<sup>229</sup> Dies ist das bis dahin größte entwicklungspolitische Vorhaben der DDR in Afrika. Es wird auch vereinbart, das Volumen des Warenaustauschs in den Folgejahren weiter zu steigern. Die DDR verpflichtet sich zur Abnahme einer großen Menge ghanaischer Kakaobohnen.<sup>230</sup> Außerdem wird unentgeltliche Hilfe in Form von Projektzuschüssen und Expertenaustausch vereinbart. Ägypten ist über den gesamten Zeitraum Spitzenreiter im Handel mit der DDR: In Kairo war bereits Mitte der fünfziger Jahre eine ostdeutsche Handelsvertretung eröffnet worden. Im selben Jahr installiert die DDR einen „Sonderbevollmächtigten für den Nahen Osten“, was eine Schwerpunktbildung zugunsten Ägyptens demonstriert.<sup>231</sup> Im November 1955 findet mit dem Empfang des Handelsministers Rau durch Nasser erstmals ein Treffen auf höchster Regierungsebene statt. Im Rahmen dieses Besuchs wird ein langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen geschlossen, das die Aufwertung der bestehenden DDR-Handelsmission mit konsularischen Rechten und die Einrichtung einer ägyptischen Vertretung in Ostberlin vorsieht.<sup>232</sup> Während Ägypten 1955 nur knapp vier Prozent der DDR-Außenhandelsbilanz mit Entwicklungsländern ausmacht, verdreifacht sich dieser Anteil bis 1960 auf 12,4 Prozent.<sup>233</sup> Hier ist der Ausbau von ökonomischen zu politischen Beziehungen besonders augenscheinlich.

<sup>228</sup> *Eigene Darstellung*. Zahlen nach: LAMM/ KUPPER, 1976, S.125.

<sup>229</sup> *List of the most important economic relations between the German Democratic Republic and the Republic of Ghana*. In: PA/MfAA C 401/74.

<sup>230</sup> „Beide Abkommenspartner werden [...] sicherzustellen, daß die gegenseitigen Warenlieferungen zwischen den beiden Ländern in größtmöglichem Umfang durchgeführt werden.“; Die DDR gewährt Ghana außerdem einen langfristigen Kredit über 500.000 Ghana-Pfund, der jedoch an ostdeutsche Warenlieferungen gebunden ist. Vgl. DA DDR 1961, S.334 ff.

<sup>231</sup> *Schreiben der Handelsvertretung in Kairo vom 23. März 1959*. In: PA/MfAA A 15199.; Weitere Abkommen: PA/MfAA C 401/74.

<sup>232</sup> DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, Berlin (O): 1984, S.56.

<sup>233</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.254.

Die DDR geht bei allen untersuchten Fallbeispielen nach einem „Dreiphasenmodell“<sup>234</sup> vor, was DER SPIEGEL als „Pankows Umwege zur Anerkennung“<sup>235</sup> bezeichnet: Eine erste Phase diene der „Anknüpfung und allmählichen Ausgestaltung von Handelsbeziehungen.“ Im Rahmen dieser Verträge importiere Ostberlin meist landesspezifische Produkte wie Kakaobohnen aus Ghana, Gewürznelken aus Sansibar und Baumwolle aus Ägypten und bietet im Gegenzug Maschinen sowie elektronische Geräte an. So liefert beispielsweise Guinea landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Zitrusfrüchte, Bananen oder Kaffee und bezieht im Gegenzug industrielle und chemische Erzeugnisse aus der DDR, darunter Zweiräder und Glas.<sup>236</sup> Diese Handelskontakte sind für die jungen Nationalstaaten oft von existentieller Bedeutung. So verkündet Guineas Präsident Touré im SPIEGEL-Interview: „Wir treiben Handel mit jedem und nehmen Investitionen von allen Seiten an, wenn sie unseren Interessen entsprechen.“<sup>237</sup> Im Zuge der Affäre um die vermeintliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR betont er, die Regierung habe „an das Zugeständnis gedacht“<sup>238</sup> und begründet dies unter anderem mit der Tatsache, dass die DDR dem Land kurz nach der Unabhängigkeit eine ganze Reihe von Bananen abgekauft habe.<sup>239</sup> Im Rahmen des dabei abgeschlossenen Handels- und Kulturabkommens wird auch die Expertenentsendung und Ausbildung von Studenten vereinbart, was nach Einschätzung der Bundesrepublik „zu Bedenken Anlass“<sup>240</sup> gebe. DIE SÜDDEUTSCHE ZEITUNG weist in diesem Kontext darauf hin, dass die DDR immerhin die zweitwichtigste Industriemacht des Ostblocks sei und dass die Westmächte und sogar die Bundesrepublik selbst mit ihr handele.<sup>241</sup> Die Bundesregierung befindet sich hier in einem Dilemma: Infolge des Interzonenhandels steht es ihr schlecht an, den Handel mit der DDR zu kritisieren. Erhard appelliert dennoch noch 1965 an die Verbündeten, ihre Solidarität mit Bonn durch „Zurückhaltung im Handel mit der DDR“ zu beweisen. Der Interzonenhandel besäße „politische Funktion“<sup>242</sup> und verliere durch zunehmende Handelskontakte Ostberlins an Wirksamkeit. Außerdem notiert Staatssekretär Carsten im August 1963, dass

---

<sup>234</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.37.

<sup>235</sup> *Der Elefant*. In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.18.

<sup>236</sup> AdG 1962, 9756 C.

<sup>237</sup> *Frankreichs Zeit in Afrika ist abgelaufen*. In: DER SPIEGEL Nr.5/1959, S.46.

<sup>238</sup> Fußnote 3 bei: *Erklärung des Bundesministers von Brentano vor dem 3. Deutschen Bundestag am 8. April 1960*. In: DzD 1960 II, S.717 f.

<sup>239</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 20. November 1958*. In: PA/AA B34 Bd.89.

<sup>240</sup> *Bericht des Konsulats in Dakar vom 20. November 1958*. In: PA/AA B34 Bd.80.

<sup>241</sup> *Probe auf die Hallstein-Doktrin. Leitartikel von H. Reiser*. In: *Süddeutsche Zeitung Nr.29 vom 3. Februar 1965*. In: DzD 1965, S.228, Anm.2.

<sup>242</sup> AdG 1965, 12059 A.

man Handelsvertretungen hinnehmen müsse.<sup>243</sup> Der Vorsitzende des Ministerrats Willi Stoph dagegen bezeichnet den Handel der DDR mit dem Westen als „Beitrag zur Minderung der Spannungen.“<sup>244</sup> Dass Bonn dagegen Einwände hat, erfährt wiederum scharfe Kritik.<sup>245</sup> Angesichts der zu erwartenden baldigen Eröffnung einer ghanaischer Handelsvertretung in Ostberlin wird in internen Aufzeichnungen des Auswärtigen Amts empfohlen, den gesamten „Vorgang herunterzuspielen.“<sup>246</sup> Dies sei „Reflex“ der bereits bestehenden ökonomischen Kontakte und solle besser gar nicht oder nur knapp beachtet werden, beispielsweise in Form einer „amtliche[n] Erklärung des Bedauerns.“ Außerdem könne man bezugnehmend auf eigene Gespräche mit Ghana proklamieren, dass dies keine Anerkennung impliziere. Das bewusste Relativieren und Herunterspielen ist ein Kennzeichen des westdeutschen Umgangs mit sich verdichtenden ökonomischen Beziehungen zwischen Ostberlins und Afrika und steht in einem paradoxen Widerspruch zu den beständigen Warnungen vor einer wie auch immer gearteten Kooperation mit „der Zone“. So betont man gerne, man zähle selbst zu den wichtigsten Handelspartnern vieler afrikanischer Länder, wohingegen die DDR hauptsächlich wirtschaftliche Verpflichtungen innerhalb des Ostblocks erfüllen müsse.<sup>247</sup> Allerdings spiegeln die Handelsbeziehungen der DDR auch den Stand der außenpolitischen Beziehungen wieder: So steigt die Exportquote der DDR in die VAR nach dem legendären Ulbricht-Besuch nach eigenen Angaben im Vergleich zum Vorjahr um 54 Prozent, der Import um 30 Prozent.<sup>248</sup> In den Folgejahren sind die Handelsumsätze Bonns und Ostberlins mit Kairo fast gleichauf.<sup>249</sup>

Eine zweite Phase, nachdem ein „Brückenkopf“<sup>250</sup> erst erstritten wurde, dient der „intensive[n] Förderung angebahnter Kontakte zur Vorbereitung politischer Einflussnahme.“<sup>251</sup> Zur Abwicklung des geschlossenen Handelsvertrags beantragt die DDR die Einrichtung einer ortsansässigen Handelsvertretung als ständiges Büro. So richtet die DDR 1959 nach Ab-

<sup>243</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 16. August 1963.* In: AAPD 1963, Dok.306, S.1036.

<sup>244</sup> AdG 1965, 12727 A.

<sup>245</sup> *Erklärung des Ministers Bolz vor der Volkskammer der DDR am 19. November 1964.* In: DzD 1964, S.1125.

<sup>246</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Rosbach vom 21. Dezember 1962.* In: AAPD 1962 Dok.495, Anm.10, S.2095.; „Das Schreiben gibt [...] eine schriftliche Bestätigung, dass eine ghanaische Handelsvertretung in Berlin errichtet werden soll.“ Vgl. *Handelsvertretung in Ghana an das MfAA vom 13. Februar 1963.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>247</sup> DOLEZAL, 1983, S.35.

<sup>248</sup> *Aus der Rede des Ministers Balkow zur Eröffnung der Leipziger Herbstmesse am 4. September 1965.* In: DzD 1965, S.789.

<sup>249</sup> WENTKER, 2007, S.285.

<sup>250</sup> SCHNEPPEN, 1999, S.416.

<sup>251</sup> *Der Elefant.* In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.18.

schluss des Handels- und Kulturabkommens mit Ghana dort die erste ostdeutsche Handelsvertretung im subsaharischen Afrika ein.<sup>252</sup> Da die DDR Staatshandel betreibt, handelt es sich dabei streng genommen bereits um eine Staatsvertretung, deren Etablierung die Bundesrepublik gemäß der „Hallstein-Doktrin“ verhindern will. Außerdem stattet Ostdeutschland seine Auslandsvertretungen personell deutlich stärker aus als die Bundesrepublik.<sup>253</sup> Das Ziel wird dabei offen gegenüber der Regierung bekannt: So äußert der ostdeutsche Gesandte Heiderich gegenüber Ghanas Außenminister, sein „Auftrag“ sei es, „die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu vertiefen.“<sup>254</sup> Diese Vorgehensweise scheint durchaus Blüten zu treiben. So erklärt ein ghanaischer Regierungsvertreter gegenüber dem westdeutschen Botschafter in Bezug auf die baldige und durch Bonn stark kritisierte Eröffnung einer Handelsvertretung in Ostberlin, man könne der DDR „nach 4 1/2 Jahren freundschaftlicher Zusammenarbeit [...] auf wirtschaftlichem Gebiet [...] diese kleine Geste nicht mehr aufhalten.“<sup>255</sup> Die Eröffnung einer ostdeutschen Handelsvertretung in Afrika bietet die Basis für die dritte Phase: Die „verstärkte politische Tätigkeit mit dem Ziel der völkerrechtlichen Anerkennung.“<sup>256</sup> Dabei betätigt sich die Vertretung zunehmend im konsularischen Aufgabenbereich und baue regen Kontakt zu ansässigen Regierungs- und Verwaltungskreisen auf. Nach und nach würden sichtbare Privilegien angestrebt, was TROCHE einen „Kampf um Wimpel und Flaggen“<sup>257</sup> nennt. Häufig drängt die DDR auf die Einrichtung einer Gegenvertretung in Ostberlin. Als Ghana im Frühjahr 1963 erste positive Signale in diese Richtung sendet, wird das entsprechende Schreiben sofort nach Ostberlin weitergeleitet: Schon tags darauf beginnt eine hektische Korrespondenz über die Umsetzung.<sup>258</sup> Um Accra eine schnelle Einrichtung der Handelsvertretung in der DDR zu ermöglichen, schlägt das MfAA sogar vor, keine Miete zu verlangen. Dabei betont Winzer gegenüber Stoph, dies sei schließlich „die erste offizielle Vertretung eines Staates Schwarzafrikas in unserer Republik“<sup>259</sup> und

---

<sup>252</sup> Eine Auflistung der „sowjetzonalen Vertretungen im Ausland“ in: *Schreiben der Botschaft in Accra vom 25. Januar 1963*. In: PA/AA B34 Bd.473.

<sup>253</sup> In Ägypten sind es rund 120 DDR-Beamte und 20 BRD-Beamte. Vgl. *Gespräch des Ministerialdirigenten Böker mit dem ägyptischen Außenminister Fawzi in Kairo vom 9. Oktober 1964*. In: AAPD 1964 Dok.280, S.756.

<sup>254</sup> *Aktenvermerk über ein Gespräch mit Außenminister Adjei vom 15. Mai 1962*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>255</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Rosbach vom 21. Dezember 1962*. In: AAPD 1962 Dok.495, S.2095, Anm.10.

<sup>256</sup> *Der Elefant*. In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.18.

<sup>257</sup> TROCHE, 1996, S.17

<sup>258</sup> So werden ab Mitte Februar 1963 in einer Vielzahl von Telegrammen die personelle und technische Ausstattung, mögliche Standorte und die Kosten diskutiert. Vgl. PA/MfAA A 15934.

<sup>259</sup> *Brief Winzers an Stoph vom 19. Februar 1963*. In: PA/MfAA A 15934.

diese solle „als Beispiel wirken, um andere afrikanische Länder zu veranlassen, einen ähnlichen Schritt zu tun.“<sup>260</sup> Allzu hohe Kosten könnten dagegen abschreckend wirken. Interne Aktennotizen des MfAA empfehlen, den ghanaischen Handelsvertreter inoffiziell wie einen „Botschafter“<sup>261</sup> zu behandeln. Dies wird auch an den Feierlichkeiten zum ghanaischen Nationalfeiertag 1964 in Ostberlin deutlich, der, „wie eine[r] diplomatische Vertretung“<sup>262</sup> angemessen, mit Einladungen an Regierungsspitzen, einer im Fernsehen übertragenen Rede, großzügiger Beflaggung und Hymnengesang gefeiert worden sei. Im Gegenzug will man zukünftig ähnliche Privilegien für die eigene Vertretung in Ghana als „Gewohnheitsrecht“ einfordern. So werden den Vertretungen in der DDR weiterreichende Privilegien zu verleihen, um zu einem späteren Zeitpunkt eine reziproke Behandlung der eigenen Vertretungen im Ausland fordern zu können. Entsprechend wird der ägyptischen Vertretung in Ostberlin 1958 die Diplomatenkennzeichnung ihrer Wagen gestattet sowie Rechte im Kurier- und Chiffrierrecht zugesprochen in der Absicht, dies später auch für die ostdeutschen Niederlassungen einzufordern.<sup>263</sup>

Mit der offiziellen Aufwertung zu Generalkonsulaten, wie in Tansania und Ägypten, ist die DDR nur noch einen Schritt von einer diplomatischen Vertretung entfernt. Wie im Falle der VAR genießt ein DDR-Generalkonsul häufig schon diplomatische Privilegien wie Immunität und Abgabefreiheit. Auch in Ghana und Guinea wird dies durch das MfAA angestrebt, allerdings zunächst ohne Erfolg.<sup>264</sup> Das ägyptische Generalkonsulat dient dabei offenbar als zentrale Aktionsbasis mit dem Auftrag, Handelsvertretungen mit konsularischen Rechten auf dem ganzen Kontinent vorzubereiten.<sup>265</sup> Dabei wird die rasche und zuverlässige „Einhaltung der Handelsverpflichtungen“<sup>266</sup> als entscheidendes Instrument zur Stärkung des eigenen außenpolitischen Gewichts und der Haltung der Entwicklungsländer zur „Deutschlandfrage“ betrachtet und immer wieder mahnend eingefordert.

---

<sup>260</sup> *Auflistung des MfAA vom 11. September 1963.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>261</sup> *Brief Frischs an die Handelsvertretung in Accra vom 24. September 1963.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>262</sup> *Schreiben des MfAA an die Handelsvertretung in Accra vom 14. Juli 1964.* In: PA/MfAA 15867.

<sup>263</sup> *Schreiben an die Handelsvertretung in Kairo vom 2. Januar 1958.* In: PA/MfAA A 12770.; Dabei sei insbesondere die Kontaktpflege zu den Eliten in Verwaltung und Regierung bedeutsam. Vgl. *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 8. Januar 1964.* In: PA/MfAA A 15867.

<sup>264</sup> „Der nächste Schritt zur Durchbrechung der Hallstein-Doktrin in der Republik Guinea ist die Umwandlung der Handelsvertretung der DDR in ein Generalkonsulat.“; „Um der diplomatischen Anerkennung näherzukommen, wäre die Errichtung des Generalkonsulats der DDR in Accra ein realer Schritt.“ Vgl. *MfAA-Notizen vom 27. Juli 1965.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>265</sup> *Schreiben an die ostdeutsche Vertretung in der VAR am 8. Dezember 1958.* In: PA/MfAA A 11245.

<sup>266</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 15. Oktober 1962.* In: PA/MfAA A 15867.



#### 5.2.1.4 Ausbau der institutionellen Präsenz durch Personaloffensive

Generell ist festzustellen, dass die DDR ihre Auslandsvertretungen deutlich stärker ausstattet als die Bundesrepublik.<sup>267</sup> Klagen über die personelle Unterlegenheit sowie Ausrüstungsprobleme ziehen sich wie ein roter Faden durch die gesamte westdeutsche Botschaftskorrespondenz nach Bonn.<sup>268</sup> So entrüstet sich der in Guinea ansässige Botschafter säuerlich über die Stärke der ostdeutschen Handelsvertretung in Conakry, die 1964 schätzungsweise bis zu 26 Personen zähle und in einer „zweistöckigen, modernen und sehr repräsentativen“<sup>269</sup> Villa mit rund zwanzig Zimmern untergebracht sei, was eine geradezu eifersüchtige Beobachtung der „anderen deutschen Vertretung“ impliziert. Man selbst müsse sich dagegen mit einer ohnehin spät eröffneten „Miniaturvertretung“<sup>270</sup> zufriedengeben. Auch der in Kairo ansässige Botschafter Weber moniert, die ostdeutschen Vertretungen könnten durch „beträchtlich mehr Beamte [...] im wirtschaftlichen und politischen Leben Kairos an jeder möglichen Stelle“<sup>271</sup> präsent sein und so eine Art Brückenkopf für den gesamten arabischen Raum ausbauen. Daraus könne Ostberlin am Ende „politische Münze“ schlagen, vermutet die westdeutsche Botschaft. Das innerdeutsche Personalkonkurrenzverhältnis hat beinahe absurd anmutende Auswüchse: So fordert Federer anlässlich der Reise eines DDR-Sonderbotschafters dringend mehrere Mitarbeiter des Auswärtigen Amt zur „Verstärkung oder auf ‚zufälliger Durchreise‘“<sup>272</sup> nach Kairo und argumentiert dabei mit Finanzkraft der Bundesrepublik, die solch eine kurzfristige Reaktion durchaus erlaube. Offenkundig sollen die westdeutschen „Minderwertigkeitskomplexe“ auf diesem Gebiet diskret behandelt werden, während die ostdeutschen Vertretungen stets „mit Argusaugen“ beobachtet werden: 1964, ein Jahr vor Ulbrichts legendärem Kairobesuch, stehen nach Aufzeichnungen des Auswärtigen Amts tatsächlich um 120 bis 130 Beamte der DDR nur zwanzig Beschäftigten in der Botschaft der

---

<sup>267</sup> *Gespräch des Ministerialdirigenten Böker mit dem ägyptischen Außenminister Fawzi in Kairo vom 9. Oktober 1964.* In: AAPD 1964 Dok.280, S.756.; BLASIUS, 1998, S.756.

<sup>268</sup> So übt der westdeutsche Botschafter nicht nur Kritik am „bisherigen Funktionieren unserer Entwicklungshilfe“, sondern bemängelt auch fehlende Möbel, Schreibmaterial und Passformulare. Vgl. *Privatschreiben Schroeders an Steltzner vom 5. Mai 1961.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>269</sup> *Schreiben der Botschaft Conakry an das Auswärtige Amt vom 10. Januar 1964* sowie *Bericht der Botschaft Conakry über neuen Leiter „der hiesigen Handelsvertretung der SBZ“ vom 20. August 1964.* In: PA/AA B34 Bd.494.

<sup>270</sup> *Aufzeichnungen zur Guinea-Krise am 13. März 1960.* In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>271</sup> *Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem ägyptischen Botschafter Sabri vom 30. Januar 1964.* In: AAPD 1964 Dok.32, Anm.4, S.160.

<sup>272</sup> Federer will die „hiesige Zonenvertretung an die Wand spielen“, fügt aber hinzu seine Botschaft müsste dazu erheblich besser ausgestattet sein – „personell wie sachlich.“ Vgl. *Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens vom 4. September 1964.* In: AAPD 1964 Dok.242, S.1000.

Bundesrepublik gegenüber.<sup>273</sup> Dieses Missverhältnis erscheint umso größer, wenn man die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ägypten und der Bundesrepublik heranzieht sowie die jeweils repräsentierten Bürger. Der ägyptische Botschafter entgegnet entsprechenden Einwänden aus Bonn ausweichend, dass einer Personalaufstockung der westdeutschen Vertretung schließlich nichts entgegenstehe und jeder „weitere deutsche Beamte [...] jederzeit mit offenen Armen aufgenommen“<sup>274</sup> würde, was auch Spielraum für mehr ostdeutsche Vertreter lässt. Außerdem moniert er vielsagend, es gebe es ja auch in Bonn einen Missionsvertreter, der sich „Botschafter“ nenne und weitaus größere Privilegien genieße als die Ostdeutschen in der VAR. Infolge der Sonderrolle der Israel-Mission scheinen Bonn gerade gegenüber der VAR in dieser Frage die Hände gebunden. Die ostdeutschen Vertreter vor Ort zielen permanent auf die Ausweitung ihres bisherigen Personenlimits und stellen entsprechende Anträge bei den ansässigen Behörden, die dem in der Regel eher kritisch gegenüberstehen. Daher empfiehlt der in Accra tätige Mitarbeiter der ostdeutschen Handelsvertretung gegenüber dem MfAA eine „Verzögerungstaktik“<sup>275</sup> bei der Mitteilung von Personalbesetzungen, um unleidige Diskussionen und Fragen zu vermeiden. Gleichzeitig bestätigen die ostdeutschen Akten, dass es keine nennenswerten Probleme bei der Wahrnehmung der konsularischen Aufgaben gegeben habe, da bis zum Sommer 1965 „die Interessen von DDR-Bürgern“<sup>276</sup> noch nie hätten vertreten werden müssen: Entsprechend könne man aber auch keine Aussage darüber treffen, ob Accra die Durchführung dieser Aufgaben durch die Handelsvertretung akzeptiere. Dies steht in einer bemerkenswerten Diskrepanz zum beständigen Bemühen um die Ausweitung des Personenlimits und spricht für die rein symbolische Bedeutung dieser Maßnahme. Im Zuge der „Hinhaltetaktik“ beschwert sich die ostdeutsche Handelsvertretung in Kairo beim MfAA, dass man von ägyptischer Seite immer wieder Versprechungen zum Privilegienausbau mache, „praktische Schritte“ aber hinter den Erwartungen zurück- oder ganz ausblieben.<sup>277</sup> Die ägyptische Seite agiere regelrecht „ängstlich“ und wolle nicht einmal in beschränkten öffentlichen Bereichen wie der Zollverwaltung „publik werden lassen, dass der DDR bestimmte [...] Rechte gegeben“ werden. Man vermutet im MfAA den Druck

<sup>273</sup> *Gespräch des Ministerialdirigenten Böker mit dem ägyptischen Außenminister Fawzi vom 9. Oktober 1964.* In: AAPD 1964 Dok.280, S.1145.

<sup>274</sup> *Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem ägyptischen Botschafter Sabri vom 30. Januar 1964.* In: AAPD 1964 Dok.32, S.162.

<sup>275</sup> *Popp an das MfAA am 18. Oktober 1965.* In: PA/MfAA C 401/74.

<sup>276</sup> *Handelsvertretung Accra am 1. Juni 1965 über den „Stand der konsularischen Beziehungen DDR – Ghana.“* In: PA/MfAA C 401/74.

<sup>277</sup> *Schreiben der Handelsvertretung in Kairo vom 8. Juni 1958.* In: PA/MfAA A 12770.

Westdeutschlands dahinter, die die „Eindeutigkeit der staatlichen Beziehungen“ verhindern wolle. Auch Termine und Treffen würden häufig verschoben oder platzten kurzfristig, worüber sich die ostdeutschen Auslandsvertreter intern beschwerten: So habe sich ein Abteilungsleiter im ägyptischen Außenministerium verleugnen lassen, er sei auf Auslandsreise in Marokko, was sich als Lüge entpuppt habe.<sup>278</sup> Auch diplomatische Nachlässigkeiten und protokollarische Verzögerungen von Seiten der Bundesrepublik, wie die zögerliche Ernennung eines Botschafters, bieten für die DDR die Chance, hier erfolgreich aktiv zu werden.<sup>279</sup> Demgegenüber nutzen die westdeutschen Behörden vor Ort diplomatische Krisen, wie 1960 um den vermeintlichen guineischen Botschafter in Ostberlin, um beim Auswärtigen Amt Anträge nicht nur zur Personalaufstockung, sondern auch zur verbesserten technischen Ausstattung ihrer Botschaft zu fordern, da die Ereignisse gezeigt hätten, dass die bisherige Ausrüstung der „politische[n] Bedeutung des Postens [...] nicht angemessen“<sup>280</sup> sei. Selbst an Möbeln, Schreibmaterial und Passformularen fehle es.<sup>281</sup> Davon zeugt auch die Bitte des in Ghana tätigen Botschafters Lüders vom Oktober 1962, der in einem Schreiben nach Bonn fordert, endlich mit einem Telex-Gerät, wie es die Amerikaner, Russen, Briten, Niederländer und Engländer längst besäßen, ausgestattet zu werden.<sup>282</sup> Auch eine Auflistung der offiziell und inoffiziell tätigen Mitarbeiter in den ostdeutschen Vertretungen wird von der westdeutschen Botschaft in Accra nach Bonn geschickt mit der Bitte um Verstärkung.<sup>283</sup>

So kann man zum einen Versäumnisse und Zurückhaltung auf Seiten des Auswärtigen Amts bei gleichzeitigem „Übereifer“ Ostberlins diagnostizieren, das diese „Schwäche“ Bonns erkennt und dort ansetzt. Mit einem großen Personalapparat und einer damit verbundenen stärkeren Präsenz wird offenbar zum einen versucht, eine fehlende wirtschaftliche oder globalpolitische Kraft durch ein „starkes Auftreten“ zu kompensieren. Auf der anderen Seite kann auf diesem Weg vor der eigenen Bevölkerung und im Ausland die eigene weltpolitische Bedeutsamkeit anhand des hohen Personalschlüssels demonstriert werden. Dies gehört

<sup>278</sup> *Aktenvermerk über die Kontakte mit Vertretern des Außenministeriums der VAR vom 24. August 1959.* In: PA/MfAA A 12770.

<sup>279</sup> *Die Deutschen sind in Afrika nicht mehr so beliebt.* In: DIE WELT, 30. April 1958, S.3.

<sup>280</sup> So beantragt der westdeutsche Botschafter unter anderem Klimageräte, eine Erweiterung der Telephonanlage, einen zweiten PKW, Schreibmaschinen, Infomaterial über die so genannte „SBZ“, Landkarten der Bundesrepublik, Bilderbücher, Lesebücher und Möbel, insgesamt 40 Titel. Vgl. *Schreiben Schroeders vom 9. April 1960.* In: PA/AA B34 Bd.149.; Ähnliche Klagen über personelle Unterlegenheit werden 1964 vermeldet. Vgl. *Bericht der Botschaft in Conakry vom 20. August 1964.* In: PA/AA B34 Bd.494.

<sup>281</sup> *Schreiben Schroeders vom 5. Mai 1963.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>282</sup> Tatsächlich wird wenige Tage später die Anmietung der entsprechenden Apparaturen genehmigt. Vgl. Botschaftsrat I. Klasse Hartlieb, Moskau, an Ministerialdirektor Raab vom 15. Februar 1962. In: AAPD 1962 Dok.79, S.1640.; Ähnlich auch: *Schreiben der Botschaft in Conakry vom 9. April 1960.* In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>283</sup> *Schreiben der Botschaft in Accra vom 25. Januar 1963.* In: PA/AA B34 Bd.473.

ebenso wie der schrittweise Ausbau der Handelsbeziehungen und damit verbundenen Institutionen zur ostdeutschen „Politik der kleinen Schritte“ auf dem Weg zur internationalen Anerkennung, zunächst in Form von Wahrnehmung und Aktionismus.

### 5.2.1.5 „Propagandakrieg“ vor Ort

Sobald die DDR über eine Auslandsvertretung verfügt, beginnt sie mit antiwestlicher Öffentlichkeitsarbeit, was als Teil des „Nation Branding“<sup>284</sup> verstanden werden kann. So wird durch die Botschaft in Sansibar das finanzierte Propagandablatt *News of the Illustrated Weekly from the German Democratic Republic* vertrieben.<sup>285</sup> Solche zusammengestellten Zeitungsartikel und Broschüren untermauern die Beziehungen zu Afrika ideologisch und verfolgen das Ziel, „das gegenseitige Verständnis [...] zu fördern.“ Ein Sitzungsprotokoll des Politbüros aus dem Jahr 1965 formuliert als Schwerpunkte der ostdeutschen Auslandspropaganda die „Weiterführung der polemischen, offensiven Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie und Politik des westdeutschen Monopolkapitals“ mit folgenden Zielen:

- „a. Das Aufzeigen der ständigen Störenfriedrolle Bonns. [...] b. die Entlarvung der abenteuerlichen Kriegspläne Bonns. [...] c. Bonn ist der Spalter der deutschen Nation [...]
- d. Die Bonner Regierung ist ein extremer Verfechter des Neokolonialismus [...]
- e. Die Bonner Regierung und die westdeutschen Rüstungsmonopole sind die Hauptverbündeten des USA-Imperialismus [...] f. das Aufzeigen des Wesens der nationalistischen, neonazistischen, revanchistischen Entwicklung in Westdeutschland [...]
- g. die Entlarvung der Hallstein-Doktrin.“<sup>286</sup>

Die DDR versucht durch ihre Auslandspropaganda offensiv den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch zu bekämpfen und das Bild der Bundesrepublik politisch in Verruf zu bringen. Im DDR-HANDBUCH wird diese als „materieller Bestandteil der [ostdeutschen] Außenpolitik“<sup>287</sup> und charakteristische „Form der Selbstdarstellung“ in Abgrenzung zur Bundesrepublik bezeichnet. Auch auf diesem Weg versucht die DDR ihre fehlende ökonomische Stärke wettzumachen und die eigene Position wenigstens ideologisch zu stärken. Die so genannte „Aufklärungsarbeit“<sup>288</sup> wird in vielfältigen Schreiben an die ostdeutschen Auslandsvertretungen beschworen. Ziel sei es, „Nachrichten und Kenntnisse über die DDR“<sup>289</sup> zu

---

<sup>284</sup> SAEHRENDT, 2017, S.7 ff.

<sup>285</sup> *Mit der Gießkanne*. In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.61.

<sup>286</sup> zitiert nach: ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.161.

<sup>287</sup> „Auslandspropaganda“ In: DDR-HANDBUCH, 1985, S.102.

<sup>288</sup> *Schreiben des MfAA an die Handelsvertretung in Accra vom 1. März 1962*. In: PA/MfAA A 15867.; *Schreiben des MfAA an die Handelsvertretung in Accra vom 12. Januar 1962*. In: PA/MfAA A 15867.; *Schreiben Fritschs an Winzer vom 27. September 1963*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>289</sup> *Informationspapier vom 3. Dezember 1958*. In: PA/MfAA A 11245.

verbreiten und somit „westdeutschen Verleumdungen [...] zuvorzukommen und die Wahrheit über das Deutschlandproblem“ öffentlich zu machen. Außerdem solle gezeigt werden, dass die Bundesrepublik außer „großen Versprechungen“<sup>290</sup> nichts betreibe, außer ihre Ausbeutungsstrukturen auszuweiten, so die Notizen Kiesewetters anlässlich eines Treffens mit einem sansibarischen Kabinettsmitglied. Die Kampagnen sollten sich nicht nur an Regierungskreise, sondern auch dezidiert an die „Bevölkerung“<sup>291</sup> richten, denen dabei ein Interesse an der „Deutschlandfrage“ unterstellt wird. So empfiehlt das MfAA der ghanaischen Handelsvertretung im Januar 1964, Kontakte zu Persönlichkeiten zu suchen, die „aufgrund ihrer Stellung [...] und engen Kontakte zu breiten Kreisen der Bevölkerung bei der Popularisierung der DDR von Nutzen sein können.“<sup>292</sup> Des Weiteren versucht man anlässlich des fünfzehnjährigen Bestehens der DDR den Fernsehauftritt eines ostdeutschen Vertreters im ghanaischen Staatsfernsehen zu organisieren.<sup>293</sup> Es erscheint durchaus evident, dass die Bundesrepublik vor größeren außen- und entwicklungspolitischen Erfolgen der DDR eine Reihe negativer Presse im entsprechenden Empfängerland erfährt. Ein typischer Vorwurf ist die Mitwirkung Bonns am Algerienkrieg Frankreichs: Kurz vor der Botschafteraffäre 1960 wird der Bundesrepublik die Unterstützung des Algerienkriegs und Mitwirkung an den Atombombentests in der Sahara vorgeworfen.<sup>294</sup> Außerdem dienten „Bundeswehrsoldaten [...] in Uniformen der Fremdenlegion“<sup>295</sup> im Algerienkrieg auf französischer Seite. Trotz sofortiger Dementis Bonns, die die Vorwürfe als „ungeheuerlich und frei erfunden“<sup>296</sup> geißeln, fürchtet man einen Ansehensverlust in Afrika. Dieser „teuflische Plan“ könne nicht „im Kopf des schwarzen Präsidenten“<sup>297</sup> entstanden sein, mutmaßt DIE WELT: Die Initiative müsse von „den Kommunisten“ ausgegangen sein. Ein Sprecher des Auswärtigen Amts stellt prompt eine Verbindung zur „Entwicklungshilfe“ an Guinea her, indem er öffentlich bedauert, dass diese Behauptungen von einem Land ausgingen, das bisher sehr großzügig von der Bundesrepublik mit Wirtschaftshilfe bedacht worden sei.<sup>298</sup> Das Auswärtige Amt vermutet, eine

---

<sup>290</sup> *Vermerk Kiesewetters über eine Unterredung mit Vizepräsident Hanga am 20. März 1964.* In: PA/MfAA A 15069.

<sup>291</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 15. Oktober 1962.* In: PA/MfAA A 15867.

<sup>292</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 9. Januar 1964.* In: PA/MfAA A 15867.

<sup>293</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 16. Juli 1964.* In: PA/MfAA A 15867.

<sup>294</sup> *Protestnote Guineas an die Vereinten Nationen vom 5. März 1960.* In: PA/AA B34 Bd.149.; *Bericht der Botschaft in Conakry vom 19. August 1959.* In: PA/AA B34 Bd.86.

<sup>295</sup> *Bonn: Ungeheuerliche Verleumdung.* In: DIE WELT, 5. März 1960, S.1.; *Aus der Erklärung des MfAA der DDR zur Unterstützung des französischen Kolonialkriegs in Algerien durch die Regierung der BRD vom 13.11.1958.* In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, 1984, S.75.

<sup>296</sup> AdG 1960, 8275 C.

<sup>297</sup> *Sekou Touré.* In: DIE WELT 7. März 1960, 1960, S.1.

<sup>298</sup> *Bonn: Ungeheuerliche Verleumdung.* In: DIE WELT, 5. März 1960, S.1.

DDR-Delegation habe diese Gerüchte gezielt in Guinea verbreiten, um den Boden für den Ausbau der Beziehungen zu bereiten.<sup>299</sup> Nur zwei Tage später landet die DDR mit der Verkündung, ein Botschafteraustausch mit Guinea habe stattgefunden, ihren bis dahin größten außenpolitischen Coup in Afrika. Dies lässt sich nicht allein auf Propagandaarbeit zurückführen, doch stehen die „ideologische Offensive“ und der Botschafteraustausch in einem auffälligen zeitlichen Zusammenhang und scheint die Positionierung zugunsten der DDR wenigstens zu unterstützen. Die Botschaften der Bundesrepublik beobachten entsprechend aufmerksam eine mögliche „Präsenz“<sup>300</sup> ostdeutscher Positionen in der Auslandspresse.

Ein weiteres beliebtes Motiv ist der Vorwurf der wirtschaftlichen Kooperation mit dem Apartheitsregime in Südafrika.<sup>301</sup> Die Positionierung der Mehrheit der afrikanischen Staaten ist eindeutig. Allein auf der Gipfelkonferenz von Addis Abeba sagen dreißig afrikanische Staats- und Regierungschefs dem südafrikanischen Apartheitsregime „den Kampf“<sup>302</sup> an, darunter Tanganjika, Algerien, Ghana, Guinea und Ägypten. Entsprechend fürchtet der westdeutsche Botschafter in Accra als im August 1963 ein westdeutscher Kredit über 100 Millionen DM an Südafrika bekannt wird, dass nun die „Frage der Eröffnung einer Handelsvertretung in Ostberlin bald wieder aktuell werden dürfte.“<sup>303</sup> Im gleichen Jahr sprechen sich die Vereinten Nationen in mehreren Resolutionen für wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika aus.<sup>304</sup> Tanganjika kündigt im Oktober 1963 den Abbruch der Handelsbeziehungen zu Pretoria an.<sup>305</sup> Die trotzdem stattfindende Handelskooperation Bonns mit Pretoria wird in der DDR-Auslandspropaganda immer wieder bemüht, so dass DIE WELT sogar von einem „Propagandakrieg hinter den Kulissen“<sup>306</sup> im „Wettlauf um die Gunst der Völker“<sup>307</sup> spricht. KILIAN nennt diese Beziehungen sogar die „Achillesferse der Bonner Afrikapolitik.“<sup>308</sup> Man ärgert sich darüber, dass man sich „anschwärzen“<sup>309</sup> lassen müsse und warnt davor, „Terrain

---

<sup>299</sup> AdG 1960, 8274 C.

<sup>300</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry über Besuch einer SBZ-Regierungsdelegation vom 4. September 1964.* In: PA/AA B34 Bd.494.

<sup>301</sup> *Brief Frischs an Winzer vom 27. September 1963.* In: PA/MfAA A 15934.; Nach einem gescheiterten Attentat auf Nkrumah macht Ulbricht in einem Brief sogar „imperialistische Mächte“ für diesen Anschlag verantwortlich. Vgl. *Zeittafel.* In: DA DDR 1962, S.592 f.

<sup>302</sup> *Westberlin im Busch.* In: DER SPIEGEL Nr.39/1963, S.79.

<sup>303</sup> *Aufzeichnung der Politischen Abteilung I vom 19. September 1963.* In: AAPD 1963, Dok.347, S.1147, Anm. 6.

<sup>304</sup> AdG 1963, 10728 D, S.10734 A und 10750 A.

<sup>305</sup> *Schreiben der Botschaft in Accra an das Auswärtige Amt vom 4. Oktober 1963.* In: PA/AA B34 Bd.409.

<sup>306</sup> *Bonn verstärkt Werbung in den Entwicklungsländern.* In: DIE WELT, 3. Mai 1959, S.3.

<sup>307</sup> *Im Wettlauf um die Gunst der Völker.* In: DIE WELT, 14. Januar 1961, Das Forum der Welt.

<sup>308</sup> KILIAN, 2001, S.193.

<sup>309</sup> *Heimat, deine Sterne...* In: DIE WELT, 27. Dezember 1960, S.12.

zu verlieren.“ Im Februar 1963 droht ein Bonner Regierungssprecher sogar, die „Entwicklungshilfe“ einzustellen, sollte dieser „Verleumdungsfeldzug“ fortgeführt werden. Er argumentiert, dass die Hilfe zwar „ohne politische Auflagen und unter Respektierung der Neutralität“<sup>310</sup> gewährt werde, aber dass letztere von Seiten Ghanas nicht mehr gegeben sei. In diesem Kontext kritisiert DIE WELT die Zurückhaltung der Bundesrepublik bei der Öffentlichkeitsarbeit im Ausland und diagnostiziert, es sei mehr „Leuchtreklame“<sup>311</sup> nach außen notwendig. So würden schließlich auch durch die DDR keine Kosten und Mühen gescheut, um Polemiken gegen Bonn als Hort „der Revanchisten und Faschisten“<sup>312</sup> und Erfolgsmeldungen aus Ostberlin zu verbreiten. Die westdeutsche Botschaft muss in Bezug auf die Veröffentlichungen der ostdeutschen Handelsvertretung auch gegenüber Bonn konstatieren, dass deren „Qualität und Aufmachung [...] geschickt“<sup>313</sup> seien. So würden beispielsweise Leserbriefe mit ghanaischen Pseudonymen mit scharfer Kritik an der Bundesrepublik gedruckt, die in Wahrheit, so die Einschätzung der westdeutschen Botschaft, von den Mitarbeitern der Handelsvertretung selbst geschrieben worden seien. Man fürchtet in diesem Kontext insbesondere einen Einfluss auf die jüngere Bevölkerung und vergleicht die Vorgehensweise der DDR sogar mit der Wirksamkeit der nationalsozialistischen Propaganda. Auch Außenminister von Brentano fordert in einem Vortrag vor dem *Council on Foreign Relations* in New York am 15. Februar 1961 mehr Aktivität und Selbstvertrauen auf diesem „äußerst realen Kampffeld des ‚Kalten‘ Krieges“<sup>314</sup>, das er als „psychologische Kriegsführung“ bezeichnet. Er warnt davor, sich für die propagandistische Auseinandersetzung mit dem Osten „zu vornehm“ zu sein: „Wenn die Bewohner eines jungen Staatswesens auf primitivste sowjetische Propaganda hereinfließen und ihr folgen, dann nutzt uns unsere ganze gute Erziehung nichts mehr [...].“ Trotz anders lautender Forderungen bleibt die Aktivität der Bundesrepublik relativ schwach. Man appelliert eher an die afrikanische Seite, die „Propagandameldungen der SBZ nicht mehr unbesehen“<sup>315</sup> zu übernehmen und verweist darauf, dass alles, was die deutsche Teilung betreffe, als „Lebensfrage“ angesehen werde. Als der in Accra ansässige westdeutsche Bot-

<sup>310</sup> *Die Bundesregierung warnt Ghana*. In: DIE WELT, 21. Februar 1963, S.1.

<sup>311</sup> *Bonn für „etwas Leuchtreklame“*. In: DIE WELT, 22. August 1959, S.4.

<sup>312</sup> *Auslandspropaganda der Zone ist recht erfolgreich*. In: DIE WELT, 17. April 1959, S.3.

<sup>313</sup> *Schreiben der Botschaft in Accra vom 25. Januar 1963*. In: PA/AA B34 Bd.473.

<sup>314</sup> *Aus dem Vortrag des Bundesministers von Brentano vor dem „Council on Foreign Relations“ in New York am 15. Februar 1961*. In: DzD 1961, S.316.

<sup>315</sup> *Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes vom 12. August 1965*. In: PA/AA B34 Bd.573.

schafter Lüders vorschlägt, „vierzehntägig ein auf Matrize vervielfältigtes Nachrichtenblatt“<sup>316</sup> über die Ereignisse und Zustände in der Bundesrepublik herauszugeben, wird dies von Bonn abgelehnt: Man setze nicht auf Verstärkung der „politische[n] Aufklärungsarbeit, um „unerwünschte Reaktionen von ghanaischer Seite zu vermeiden.“ Schwerpunkt solle die Ansprache der Bildungselite sein, die man mit einem auf Matrize vervielfältigten „Blättchen“ nicht zu erreichen glaube. Anstatt Broschüren zu verteilen, werden Einladungen politischer Prominenz in die Bundesrepublik empfohlen. So reisen 1961 zwei Brüder des ägyptischen Präsidenten Nasser vierzehn Tage lang durch die Republik, um die örtlichen Industrieanlagen zu besichtigen und um „politische Informationsgespräche“ zu führen. Dabei seien mit den beiden auch Fragen wie „Verlangt das Selbstbestimmungsrecht nicht die Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands?“<sup>317</sup> diskutiert worden, so DIE WELT, die die Effektivität dieser Vorgehensweise versucht hervorzuheben. Die westdeutschen Medien erkennen durchaus an, dass es der DDR gelinge, ihr vergleichsweise geringeres Engagement durch gezielten Einsatz und entsprechende propagandistische „Ausschlachtung“<sup>318</sup> aufzuwerten. Die erfolgreiche Propagandamaschinerie sei allerdings auf die Einheit von Wirtschaft, Politik und Kultur und deren zentrale Steuerung im sozialistischen System zurückzuführen. Jeder Mitarbeiter einer ostdeutschen Handelsmission sei „in erster Linie ein Propagandist für den Zonenstaat und nur in zweiter Linie Wirtschaftsfachmann.“<sup>319</sup> In dieser Hinsicht sei Ostberlin gegenüber Bonn eindeutig im Vorteil.<sup>320</sup> Allerdings gibt der Journalist Georg Schröder gegenüber Adenauer zu bedenken, dass bei einer stärkeren Publizität der westdeutschen „Entwicklungshilfe“ an einzelne Länder auch die Forderungen an Bonn steigen würden: „Wenn man das tut, schreibt sofort der Nachbarneger: Ich habe nichts gekriegt!“<sup>321</sup>

### 5.2.2 Westdeutsche Handlungsspezifika

#### 5.2.2.1 „Ohne Schecks im Busch“ – Die quantitative Dominanz der Bundesrepublik

Bonn behält in allen untersuchten Fällen letztendlich die Oberhand und kann eine diplomatische Anerkennung der DDR revidieren oder von vornherein verhindern. Dies ist – wenig

---

<sup>316</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Rosbach vom 6. Oktober 1962.* In: AAPD 1962 Dok.379, S.1640.

<sup>317</sup> *Brüder Nassers in Deutschland.* In: DIE WELT, 10. Juli 1961, S.2.

<sup>318</sup> *Helfen wir genug?* In: DIE WELT, 16. Juli 1960, S.7.

<sup>319</sup> *Bonn verstärkt Werbung in den Entwicklungsländern.* In: DIE WELT, 3. Mai 1959, S.3.

<sup>320</sup> FRITZ, 1962, S.217 ff.

<sup>321</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.485.



überraschend - auch auf die größere wirtschaftliche Potenz der Bundesrepublik zurückzuführen.<sup>322</sup> Im Folgenden wird exemplarisch die quantitative Leistungsfähigkeit der beiden deutschen Staaten im Bereich der „Entwicklungshilfe“ verglichen, und die These vertreten, dass diese in einem funktionalen Zusammenhang zu den später darzustellenden Strategien der Prävention, Honorierung und Sanktionierung steht.

#### a) Ost- und westdeutsche Angaben im Vergleich

Während die Bundesrepublik bis Ende der Sechziger rund 60 Millionen Menschen mit einem BIP von etwa 570 Millionen DM repräsentiert, stehen dem die 17 Millionen DDR-Bürger mit einem deutlich kleineren BIP von etwa 130 Millionen DM gegenüber.<sup>323</sup> Trotz des beständigen Kompetenzgerangels mit dem Auswärtigen Amt und Bundeswirtschaftsministerium wächst der Etat des BMZ kontinuierlich: Von rund 317 Millionen DM im Jahr 1962 klettert er bis 1969 auf über 2 Milliarden DM, was fast eine Versiebenfachung innerhalb von nur 5 Jahren bedeutet und die wachsende Bedeutung des Politikfelds symbolisiert. Die von der UNO geforderten 0,7 Prozent des BIP werden im Untersuchungszeitraum allerdings durch Bonn nie erreicht: Die Spitzenwerte liegen in den Jahren 1962 und 1964 bei knapp 0,45 Prozent.<sup>324</sup>

**Tab.3: Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Jahren 1962-1969<sup>325</sup>**

(in Millionen DM)

Jahr	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Etat	317,7	751,6	749,9	962,4	1.425,1	1621,4	2.032,0	2163,1

Aufgrund der mangelnden Unterscheidung zwischen kommerziellen und entwicklungspolitischen Kontakten und der Vielfalt der jeweils daran beteiligten Akteure gibt es kaum verlässliche Angaben über die tatsächliche Höhe der ostdeutschen „Entwicklungshilfe.“ LAMM/KUPPER sprechen von einem „Schleier der Geheimhaltung“<sup>326</sup>, was diese angeht. Erst

<sup>322</sup> Diese wird auch die DDR dokumentiert und mit dem eigenen Engagement, beispielsweise in Guinea, verglichen. Vgl. *Aktenvermerk über ein Gespräch mit dem Leiter der Afrika-Abteilung Büttner vom 11. März 1960*. In: PA/MfAA A 14330.

<sup>323</sup> Zahlen nach: END, 1973, S.112.

<sup>324</sup> SCHULZ, 1982, S.15 f.

<sup>325</sup> *Eigene Darstellung*. Zahlen nach: BMZ, JOURNALISTEN-HANDBUCH ENTWICKLUNGSPOLITIK 1981.

<sup>326</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.21.

im Jahr 1982 erteilt die DDR der OECD - im Übrigen als erstes RGW-Mitglied - Auskünfte.<sup>327</sup> Dabei wird angegeben, im vorangegangenen Jahr Leistungen in Höhe von 0,78% des BIP erbracht zu haben. In diese Berechnung wird der Dienstleistungssektor jedoch nicht einbezogen: Rechnet man diesen ein, entspricht die ostdeutsche „Entwicklungshilfe“ nur noch etwa 0,48% des BIP. Doch die DDR-Statistik berücksichtigt dabei auch kommerzielle Handelskredite mit kürzerer Laufzeit und höherem Zinssatz, die nach Definition der OECD keine „Entwicklungshilfe“ darstellen.<sup>328</sup> Infolge dieser Problematiken sind die folgenden Daten zeitgenössischen Veröffentlichungen des BMZ entnommen, das beständig versucht, die Höhe und Empfänger ostdeutscher Hilfeleistungen zu rekonstruieren, um entsprechend zielgerichtet darauf reagieren zu können. Die Bundesrepublik leistet laut BMZ von 1954 bis 1964 etwa 26 Milliarden DM „Entwicklungshilfe“, bei der DDR sollen es im gleichen Zeitraum etwa 0,3 Milliarden DM gewesen sein, was nur einem Bruchteil des westdeutschen Engagements entspricht.<sup>329</sup> Auch global spiegelt sich dieses Verhältnis wieder: Der Westen erbringt nach Angaben des BMZ bis 1963 rund 98 Prozent aller entwicklungspolitischen Leistungen, der Osten hingegen nur etwa 2 Prozent.<sup>330</sup> Ähnlich schlägt ein OECD-Bericht vom 13. März 1962 rund 95 Prozent der weltweit erbrachten „Entwicklungshilfe“ im Jahr 1960 den OECD-Ländern zu.<sup>331</sup> Nach eigenen Angaben leistet der Ostblock zwischen Juli 1954 und Dezember 1957 rund 1,9 Milliarden US-Dollar an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe an Nicht-Ostblock-Staaten, wovon die Sowjetunion mit 1 Milliarde Dollar mehr als die Hälfte dieser Leistungen erbracht habe. Diese seien primär an sechs Länder gegangen, wovon Ägypten mit insgesamt 480 Millionen US-Dollar am meisten erhalten habe.<sup>332</sup> Im Vergleich dazu leisten die Vereinigten Staaten nach Angaben des US-Handelsdepartments allein im Jahr 1957 Auslandshilfe in Höhe von 5,1 Milliarden US-Dollar.<sup>333</sup> Der ganze Ostblock

---

<sup>327</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.205; so auch: GRAEWE, 1998, S.85.

<sup>328</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.223, DOLEZAL, 1983, S.57.

<sup>329</sup> ENTWICKLUNGSPOLITIK I/12, S.6.

<sup>330</sup> ENTWICKLUNGSPOLITIK I/1, S.10.

<sup>331</sup> AdG 1962, 9738 A.

<sup>332</sup> Weitere Empfänger seien Jugoslawien, Indien, Indonesien, Syrien, Afghanistan. Vgl. AdG 1958, 6827 I.

<sup>333</sup> AdG 1958, 7043 f.; Nach einer Aufstellung der Amerikaner erhält Ägypten zwischen 1954 und 1961 615 Millionen Dollar, Ghana 182 Millionen Dollar, Guinea 110 Millionen Dollar. Tanganjika und Sansibar sind infolge ihrer kolonialen Abhängigkeit in dieser Zeit keine Empfänger. Vgl. AdG 1962, 9738 B.

helfe faktisch nur „mit kleiner Münze“<sup>334</sup> und dessen seien sich auch die afrikanischen Politiker bewusst, kommentiert DIE WELT.<sup>335</sup> Adenauer glaubt sogar, die entwicklungspolitischen Zusagen aus dem Osten seien „zu einem erheblichen Teil Bluff.“<sup>336</sup> Dies könne dem Westen zum Vorteil gereichen: So empfiehlt man im Auswärtigen Amt, dass Bonn erst nach „etwaigen Enttäuschungen, die Sansibar mit dem Ostblock und der SBZ“<sup>337</sup> gemacht habe, seine „Fühler“ ausstrecken sollte, um das Land langfristig an sich zu binden.

Ob die jeweils durch die DDR gemachten entwicklungspolitischen Zusagen tatsächlich in entsprechender Höhe erfüllt worden sind, ist ebenfalls kaum nachvollziehbar. DIE WELT behauptet, viele Versprechen würden nicht eingehalten werden.<sup>338</sup> Walter Ulbricht selbst betont regelmäßig, „nach Kräften“<sup>339</sup> helfen zu wollen, was auch als impliziter Hinweis auf die begrenzteren Handlungsmöglichkeiten der DDR verstanden werden kann. So begründen ghanaische Regierungskreise 1962 gegenüber der ostdeutschen Handelsvertretung in Accra, eine weitere Aufwertung sei aufgrund der „noch recht starke[n] ökonomische[n] Bindungen zu Westdeutschland“<sup>340</sup> nicht möglich, wobei in dieser Formulierung mitschwingt, dass sich dies unter Umständen bald ändern könnte. Die ökonomische Übermacht Bonns wird auch von den ostdeutschen Medien wahrgenommen und gewarnt, dass daraus erst die besondere Kraft und Gefahr des „westdeutschen Neokolonialismus“<sup>341</sup> entspringe. Im Vergleich dazu erscheine das eigene Engagement „ungenügend“<sup>342</sup>, so eine Aktennotiz 1965. Da Ostberlin wie in Ghana meist nur ein größeres Projekt finanzieren kann, spottet der SPIEGEL, die DDR sei „ohne Schecks im Busch.“<sup>343</sup> Dennoch sei das mediale „Echo“<sup>344</sup>, das oft „beinahe dem umgekehrten Verhältnis“ entspreche, enttäuschend. Franz Josef Strauß kritisiert in diesem Kontext in einem Brief an von Brentano auch die westdeutschen „Entwicklungshilfe“, da „Umfang der von uns gewährten Hilfe und der politische Ertrag [...] in einem umgekehrten

<sup>334</sup> *Der Ostblock hilft mit kleiner Münze.* In: DIE WELT, 7. Februar 1961, S.8.

<sup>335</sup> *Afrika denkt an die Zukunft.* In: DIE WELT, 6. Juni 1963, S.11.

<sup>336</sup> TEEGESPRÄCHE II, 9. Juni 1956, S.99.

<sup>337</sup> *„Deutsches Verhalten gegenüber Sansibar aus amerikanischer Sicht“ vom 3. April 1965.* In: PA/AA B34 Bd.22.

<sup>338</sup> *Der Ostblock hilft mit kleiner Münze.* In: DIE WELT, 7. Februar 1961, S.8.; ENTWICKLUNGSPOLITIK I/1, S.10.

<sup>339</sup> *Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960.* In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, S.81.; Ähnlich sieht auch der stellvertretende ostdeutsche Außenminister Winzer die DDR als Fortführerin des „echten Humanismus, der Menschenliebe und Völkerfreundschaft“ Vgl. *Aufsatz des stellvertretenden Außenministers Winzer: Bonns Außenpolitik der Erpressung des Kriegs vom März 1961.* In: DZD 1961, S.373.

<sup>340</sup> *Brief der Handelsvertretung in Ghana an das MfAA vom 16. September 1962.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>341</sup> *Erklärung des Abg. Schürmer (DKB) im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer der DDR am 4. Februar 1965.* In: DZD 1965, S.131.

<sup>342</sup> *Schreiben des MfAA an die Handelsvertretung in Accra vom 28. Januar 1965.* In: PA/MfAA A 15867.

<sup>343</sup> *Ohne Schecks im Busch.* In: DER SPIEGEL Nr.18/1961, S.56.

<sup>344</sup> *Brücke Afrikas.* In: DIE WELT, 10. März 1961, S.7.

proportionalen Verhältnis<sup>345</sup> stünden und man keine „umfassende Konzeption“ habe. Diese Kritiken geben bereits einen ersten Hinweis darauf, dass die DDR mit ihren begrenzteren Mitteln dennoch sehr geschickt vorzugehen scheint, wobei Strauß dies als „psychologische Wirksamkeit“ bezeichnet.

### **b) Kultur- und Bildungspolitik als „Ice-Breaker“**

Es gelingt der DDR bei allem untersuchten Fallbeispielen trotz ihrer deutlich geringeren ökonomischen Leistungsfähigkeit im Bereich der Entwicklungspolitik die Bundesrepublik in Bedrängnis zu bringen. Die Kultur- und Bildungspolitik scheint dabei eine zentrale Rolle als eine Art „Ice-Breaker“ zu spielen. Die „kulturelle Potenz“ der DDR wird insbesondere seit Mitte der sechziger Jahre immer systematischer als „Werkzeug der DDR-Anerkennungspolitik“<sup>346</sup> eingesetzt. So fördert Ostberlin beispielsweise Ausstellungen, die Übersetzung von Literatur in die Landessprache sowie Freundschaftsspiele. Bei sportlichen Begegnungen ließen die ostdeutschen Mannschaften bewusst auch einmal die Afrikaner gewinnen, so dass die Enttäuschung der Afrikaner bei einem Wettkampf gegen Vertreter der Bundesrepublik umso größer sei, moniert DIE WELT.<sup>347</sup> Im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit fördert Ostberlin auch die Ausbildung afrikanischer Journalisten in der DDR sowie den Austausch von Rundfunk- und Filmmaterial, so geschehen in Guinea. Besonders engagiert ist Ostberlin im Bereich der Bildungspolitik in Form von Stipendien und dem Austausch von Lehrkräften. Insbesondere die Kooperation auf Presseebene soll nach Willen des Außenministeriums „den westdeutschen Verleumdungen über die DDR“<sup>348</sup> zuvorkommen und „die Wahrheit über das Deutschlandproblem“ verbreiten helfen. Ostberlin versucht auch auf diesem Weg, seine eigene wirtschaftliche Inferiorität zu kompensieren.<sup>349</sup>

Diese Taktik fruchtet auch in Ghana, obwohl sich die Bundesrepublik dort schon seit 1959 entwicklungspolitisch engagiert und darüber hinaus zu den wichtigsten Handelspartnern des Landes gehört.<sup>350</sup> So glückt Ostberlin mit dem „Blitzbesuch“ des ghanaischen Präsidenten Kwame Nkrumahs 1961 ein erster Achtungserfolg, dem auf entwicklungspolitischem Gebiet

---

<sup>345</sup> Schreiben Franz-Josef Strauß' an von Brentano vom 9. Dezember 1960. In: PA/AA B1 Bd.21.

<sup>346</sup> SAEHRENDT, 2017, S.38 ff.

<sup>347</sup> *Nichts interessiert in Ghana mehr als der starke Mann.* In: DIE WELT, 21. Oktober 1961, S.13.

<sup>348</sup> *Informationspapier des MfAA vom 3. Dezember 1958.* In: PA/MfAA A 11245.

<sup>349</sup> SCHLEICHER, 2010, S.49.

<sup>350</sup> AdG 1960, 8147 D.

lediglich die Zusage vorausgegangen war, die „Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Staaten bei der Industrialisierung“<sup>351</sup> prüfen zu wollen. Im Vorfeld wird dem ghanaischen Präsidenten durch Ostberlin die Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität angeboten. Bedingung ist allerdings die persönliche Entgegennahme.<sup>352</sup> Nkrumah ist dann der erste afrikanische Staatsmann, der Ostberlin besucht. DER SPIEGEL spricht in diesem Kontext empört von „Hochschulkolonialismus“<sup>353</sup>, der von langer Hand geplant und vorbereitet worden sei: Bereits ein Jahr zuvor waren die Bedingungen dazu ausgelotet worden, wobei im ostdeutschen Außenministerium intensiv eruiert wird, ob der ghanaische Präsident „ein Verfechter“<sup>354</sup> der DDR sei und welchen politischen „Nutzen“ er für Ostberlin haben könnte. Während seiner Osteuropareise im August 1961 unternimmt der Präsident einen nur knapp vierstündigen Abstecher in die DDR, wobei die Kürze des Besuchs aus der sich auf zwei Seiten erstreckenden Berichterstattung des NEUEN DEUTSCHLAND nicht hervorgeht.<sup>355</sup> Ein Indiz für den inoffiziellen Charakter des Besuchs ist auch die Tatsache, dass kein Kommuniqué existiert.<sup>356</sup> Es ist wohl ein vom Westen in Aussicht gestellter Kredit zur Finanzierung des Volta-Staudamms, der einen offiziellen Staatsbesuch noch verhindert.<sup>357</sup> Beim Empfang im Amtssitz des DDR-Ministerpräsidenten, der in der ostdeutschen Presse minutiös geschildert wird, lobt Nkrumah ausdrücklich das bisherige Engagement Ostdeutschlands.<sup>358</sup> Der in den Akten vermerkte Wunsch Nkrumahs, „wenn auch nur für eine halbe Stunde, Westberlin zu besuchen“<sup>359</sup>, kann ihm gerade noch ausgedrückt werden. Generell bilanziert man im ostdeutschen Außenministerium recht zufrieden, der Besuch habe Nkrumah „die ganze Kompliziertheit des deutschen Problems“<sup>360</sup> vor Augen geführt. In den

---

<sup>351</sup> Außerdem wird Ausbildungshilfe für einige wenige ghanaische Studenten und Facharbeiter gewährt. Vgl. *Erklärung des Presseamts beim Ministerpräsidenten vom 25. Februar 1959 über die Beziehungen zwischen der DDR und der Republik Ghana*. In: DA DDR 1959, S.363.

<sup>352</sup> *Schreiben der Handelsvertretung in Accra an das MfAA vom 1. August 1960*. In: PA/MfAA A 14389, Blatt 53.

<sup>353</sup> *Obne Schecks im Busch*. In: DER SPIEGEL Nr.18/1961, S.58.

<sup>354</sup> Die ostdeutsche Handelsvertretung warnt vor dem Erstarken der „westdeutschen Aktivität“, mit der zur Verhinderung des Besuchs gerechnet werden müsse. Vgl. *Schreiben des MfAA an die Handelsvertretung in Accra vom 1. April 1960*. In: PA/MfAA A 14389, Blatt 64.

<sup>355</sup> Vgl. *Zeittafel*. In: DA DDR 1961, S.485. Ein vom Westen in Aussicht gestellter Kredit zur Finanzierung einer Brücke über dem Volta-Fluss verhindert wohl einen offiziellen Staatsbesuch. Vgl. AdG 1960, 8589 A.

<sup>356</sup> *Schreiben der Botschaft in Conakry vom 9. August 1961*. In: PA/AA B34 Bd.237.

<sup>357</sup> AdG 1960, 8589 A.

<sup>358</sup> *Ghanas Präsident Nkrumah in der DDR-Hauptstadt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. August 1961, S.1 f.

<sup>359</sup> „Es sei in keiner Weise vertretbar, die Zielstellung und den Charakter der Reise in den sozialistischen Ländern mit einem Besuch Westberlins zu belasten und zu verwischen.“ Vgl. *Schreiben Botschaft der DDR in der Tschechoslowakischen sozialistischen Republik an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vom 4. August 1961*. In: PA/MfAA A 14389, Blatt 3 und 4.

<sup>360</sup> *Schreiben Botschaft der DDR in der Tschechoslowakischen sozialistischen Republik an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vom 4. August 1961*. In: PA/MfAA A 14389, Blatt 3 und 4.

Akten ist auch davon die Rede, dass die Verleihung der Ehrendoktorwürde ein „Vorwand, Dr. Nkrumah nach Berlin zu bekommen“<sup>361</sup> gewesen sei, dessen Besuch als „Anerkennung unserer Republik“ vor der Weltöffentlichkeit ausgewertet werden könne. Auf der Belgrader Blockfreien Konferenz einen Monat später spricht sich Nkrumah sogar öffentlich für die Anerkennung zweier deutscher Staaten aus. Es sei „überfällig“<sup>362</sup>, dass man die „Tatsachen der Nachkriegsordnung“ anerkenne. Diese öffentliche Positionierung einer der Führungsfiguren der Blockfreien Bewegung hat auch das deutlich stärkere entwicklungspolitische Engagement Bonns nicht verhindern können: Die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Humboldt-Universität scheint in diesem Fall von entscheidender Bedeutung für den Besuch Nkrumahs in Ostberlin und einen ersten Achtungserfolg der DDR gewesen zu sein.

### c) Finanz- und Reformdruck auf Bonn

Außenminister Schröder ist der Meinung, dass der Bestand des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs ganz wesentlich darauf zurückzuführen sei, dass man in beträchtlicher Höhe „Hilfe anbieten“<sup>363</sup> könne. Auch die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG erklärt, nur die wirtschaftliche Potenz der Bundesrepublik und das stetige Bedürfnis der Entwicklungsländer nach Hilfe habe das Überleben der Doktrin so lange ermöglicht.<sup>364</sup> Dass weniger die Überzeugung vom „nichtstaatlichen Charakter der SBZ“ als vielmehr die westdeutsche Wirtschaftskraft eine Anerkennung der DDR trotz entwicklungspolitischer Kooperation verhindern, bestätigen auch interne Einschätzungen des Auswärtigen Amts besonders in Bezug auf Accra und Kairo.<sup>365</sup> So fordert Botschafter Federer ein der Finanzkraft entsprechendes selbstbewusstes Auftreten Bonns in Afrika: Man müsse sich schließlich nicht verstecken.<sup>366</sup> Dennoch fehlt es gerade in Konkurrenz zur DDR an dieser Selbstüberzeugung: Entsprechend konstatiert Staatssekretär Lahr im August 1964 bedrückt, dass die DDR in der jüngsten Vergangenheit

---

<sup>361</sup> Schreiben des MfAA an die Handelsvertretung in Accra vom 18. September 1961. In: PA/MfAA A 14389, Blatt 7.

<sup>362</sup> DDR – Tatsache des Lebens. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3.9.1961, S.5.; Der DDR-Staatsrat triumphiert am 7. September: „Sich der erpresserischen Hallstein-Doktrin widersetzend sprachen sich die führenden Staatsmänner der meisten Teilnehmerstaaten für die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten [...] aus.“ Auch Indonesiens Präsident Sukarno hatte sich Nkrumahs Haltung angeschlossen, die auch von Nehru vertreten wird. Vgl. *Aus dem Kommuniqué der 12. Sitzung des Staatsrats der DDR am 7. September 1961*. In: DA DDR 1961, S.191.

<sup>363</sup> Rundschreiben des Bundesministers Schröder vom 4. September 1964. In: AAPD 1964 Dok.241, S.996.

<sup>364</sup> Probe auf die Hallstein-Doktrin. Leitartikel von H. Reiser. In: *Süddeutsche Zeitung Nr.29 vom 3. Februar 1965*. In: DzD 1965, S.228, Anm.2.

<sup>365</sup> Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Oncken vom 30. Oktober 1964. In: AAPD 1964, Dok.302, S.1202.

<sup>366</sup> Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens vom 4. September 1964. In: AAPD 1964, Dok.242, S.999 f.

„ohne allzu große[n] Anstrengungen [...] eine beträchtliche Wirkung“<sup>367</sup> erreicht habe. Sie zielt geschickt auf „Einbruchstellen“<sup>368</sup> in Afrika, die die internationale Akzeptanz der „Hallstein-Doktrin“ zum Bröckeln bringen würde. Daraus ergeben sich für Lahr zwei „Leitgedanken“ für die Ausgestaltung der westdeutschen Entwicklungspolitik: Zunächst müssten die finanziellen Mittel aufgestockt werden, um eine Erosion des Alleinvertretungsanspruchs zu verhindern. Zweitens müsse man sich von dem „immer krasser werdenden Perfektionismus“ losmachen, die eine den hohen bürokratischen Hürden geschuldete Verlangsamung bedeute, und die Entwicklungspolitik „noch stärker als bisher von außenpolitischen Gesichtspunkten“ aus betreiben. Entsprechend wird auch medial eine schnellere Bearbeitung und Abwicklung entwicklungspolitischer Anfragen und Projekte gefordert, frei nach dem Motto: „Wer schnell gibt, gibt doppelt!“<sup>369</sup> Dies macht deutlich, dass die ostdeutsche Vorgehensweise trotz ihres geringen wirtschaftlichen Umfangs einen erheblichen Reform- und Finanzdruck auf die Bundesrepublik ausübt und eine tendenziell stärkere außenpolitische Motivierung befördert. Die DDR ist sich dieser Stärke durchaus bewusst und will diese aufrechterhalten. Als sich die Durchführung eines Projekts in Ghana 1962 verzögert, verweist der ansässige Leiter der Handelsvertretung darauf, dass „wenn hier nicht sehr schnell eine Veränderung eintreten wird, unser Ansehen eine kaum wieder gutzumachende Einbuße erleiden wird.“<sup>370</sup>

Zusammenfassend zeigt sich, dass im Gegensatz zur Bundesrepublik, die großzügiger entwicklungspolitische Zuwendungen verteilen und diese durch eine ausgedehnte Handelspolitik flankieren kann, der DDR deutlich weniger Mittel zur Verfügung stehen. Die genaue Höhe ist kaum rekonstruierbar, zeitgenössische und auch rückblickende Darstellungen aus dem Westen gehen teilweise von einem vierzig bis achtzig Mal höheren Etat Bonns aus.<sup>371</sup> Allerdings wird durch die gezielten „Nadelstiche“ der DDR, besonders im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik, ein erheblicher finanzieller wie (reform-)politischer Druck auf die Bundesrepublik ausgeübt. Ostberlin schafft es stellenweise mit und trotz seinen deutlich kleineren Mitteln die wirtschaftlich viel stärkere Bundesrepublik in Bedrängnis zu bringen. Die Effizienz ist folglich auf ostdeutscher Seite deutlich höher zu bewerten, wenngleich die Effektivität im Sinne diplomatischer Beziehungen auf sich warten lässt. Die Bundesrepublik

<sup>367</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 13. August 1964.* In: AAPD 1964 Dok.231, S.966.

<sup>368</sup> EIKEL, 1999, S.455.

<sup>369</sup> *Schnelle Hilfe.* In: DIE WELT, 3. November 1960, S.7.

<sup>370</sup> *Brief Heiderichs an Lessing vom 29. Mai 1962.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>371</sup> ENTWICKLUNGSPOLITIK I/1, S.10.

erscheint damit ein wenig in der Rolle des sagenhaften „König Midas“: Die Finanzkraft ermöglicht eine breit aufgestellte Entwicklungspolitik, andererseits drohen Erstarrung und Unsicherheit bis hin zur Erpressbarkeit.

### 5.2.2.2 „Mit der Gießkanne“ - Präventiver Einsatz als westdeutsches Spezifikum

Die DDR ist in der Regel schneller im Bereich des telegraphischen Kontakts und tritt auch personell stärker auf, was von der Bundesrepublik äußerst kritisch beobachtet wird. So bemüht DIE WELT im März 1965 zur Charakterisierung des ostdeutschen Agierens die sprichwörtliche Formel „Ich bin schon da!“<sup>372</sup> und moniert, es genüge nicht, den Wettstreit mit der DDR auf politischem oder ökonomischem Gebiet für sich zu entscheiden: Bonn müsse schon verhindern, „daß Ostberlin überhaupt am Start erscheint.“<sup>373</sup> Diese präventiv angelegte Taktik wird im Folgenden skizziert und ihre Folgen exemplarisch analysiert.

#### a) Strategische Überlegungen

Ein Strategiepapier des Auswärtigen Amts aus dem Jahr 1962 nennt zur Ausrichtung der „Entwicklungshilfe“ zwei wesentliche Motive, die ganz im Zeichen einer vorbeugenden Strategie stehen:

„[Man solle sich entwicklungspolitisch engagieren,] um einer Drohung des betreffenden Landes zu begegnen, sich sonst dem Ostblock zuzuwenden; [...] um in dem betreffenden Land besonderen, den Westen drohenden Gefahren, beispielsweise eines Umsturzes durch linksradikale Kräfte, zu begegnen.“<sup>374</sup>

Dem präventiven Einsatz von „Entwicklungshilfe“ wird dabei eine entscheidende Rolle zugeschrieben. Länder, die „einen der Schwerpunkte verstärkter kommunistischer Tätigkeit“<sup>375</sup> in Form auswärtiger Kontakte darstellen, müssten „Gegenmaßnahmen des Westens“ erfahren ebenso wie Staaten, in denen sich linksgerichtete Bewegungen offenbarten. Die Staatssekretäre Lahr und Carstens warnen Kanzler Erhard 1963 ausdrücklich davor, bei dieser Vorgehensweise einzelne Regionen und Länder zu vernachlässigen.<sup>376</sup> Dabei entwickeln sie

---

<sup>372</sup> *Für deutsche Nahost-Politik*. In: DIE WELT, 4. Dezember 1957, S.2.

<sup>373</sup> *Deutsche Politik in Afrika*. In: DIE WELT, 3. März 1965, S.2.

<sup>374</sup> *Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Bindewald vom 13. Februar 1962*. In: AAPD 1962 Dok.71, Anm.1, S.366.

<sup>375</sup> *Staatssekretär Labr an Staatssekretär Hopf, Bundesministerium der Verteidigung, am 14. Dezember 1962*. In: AAPD 1962 Dok.486, S.2068 f.; So veranlasst Staatssekretär Carstens angesichts der drohenden Übernahme eines Werftbaus in Alexandria durch die Sowjetunion im Januar 1962, den Ägyptern ein verlockendes Kapitalhilfeangebot der Bundesregierung zu unterbreiten. Vgl. *Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 5. Januar 1962*. In: AAPD 1962 Dok.6, S.51.; *Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt vom 21. Februar 1962*. In: AAPD 1962, Dok.86, S.426.

<sup>376</sup> *Aufzeichnung der Staatssekretäre Carstens und Labr vom 13. September 1963*. In: AAPD 1963, Dok.334, S.1116.



die Idee einer „weltweite[n] Entwicklungspolitik“ mit Ausnahme des Ostblocks. Nach eigenen Angaben leistet die Bundesrepublik zwischen 1954 und 1964 Hilfe in Höhe von rund 26 Milliarden DM an rund 89 Länder.<sup>377</sup> Allein 1964 gibt es rund 380 Projekte in knapp dreißig verschiedenen afrikanischen Ländern, bis 1967 werden sogar rund vierzig Empfängerländer auf dem Kontinent gezählt. Adenauer bezeichnet diese Mittelverteilung offen als „grobe[n] Unfug“<sup>378</sup>



Der Entwicklungengel

Abb.24: *Der Entwicklungengel*.  
Aus: DER SPIEGEL Nr.49/ 1964, S.47.

und auch in der Presse wird das breit angelegte Vergabeverfahren als „Gießkannenprinzip“<sup>379</sup> kritisiert. Bundespräsident Lübke wird im SPIEGEL sogar als „Entwicklungengel“ karikiert. Dieser schwebt im Frack über den Wolken und gießt wahllos und in dünnen Strahlen „DM“ auf die Erde. Er scheint in bester Absicht und mit quasi-göttlichem Auftrag zu hoffen, dass auf diesem Wege Wohlstand und damit Freundschaft mit dem Westen in den Empfängerländern sprießen, beachtet aber mit halb geschlossenen Augen überhaupt nicht, wohin das Geld eigentlich fließt. DER SPIEGEL konstatiert ironisch: „Niemand wird vergessen, wenig wird erreicht.“<sup>380</sup> Dieses „Gießkannenprinzip“ kann als flächendeckende Prävention einer sozialistischen Ausrichtung verstanden werden und soll insbesondere einer (engeren) Kooperation mit der DDR vorbeugen. DER SPIEGEL spricht an anderer Stelle auch vom „System des Pfefferstreuers.“<sup>381</sup> Im Jahresbericht für 1964 charakterisiert sich das BMZ mit Verweis auf diese Strategie selbst als entscheidenden Akteur der Außen- und Wiedervereinigungspolitik:

<sup>377</sup> Diese recht hohe Summe setzt sich aus zahlreichen Komponenten zusammen. So sind mehr 11 Milliarden DM Kredite und Investitionen deutscher Unternehmen und etwa 9 Milliarden DM Regierungskredite und Beteiligungen an multilaterale Organisationen. Von den übrigen 5,5 Milliarden DM werden ca. 3,5 Milliarden DM als Wiedergutmachung an Israel geleistet, was bemerkenswerterweise ebenfalls als „Entwicklungshilfe“ verstanden wird, und nur knapp 2 Milliarden DM entsprechen als „Technische Hilfe“ dem klassischen entwicklungspolitischen Grundverständnis. Angaben nach: ENTWICKLUNGSPOLITIK, I/5, S.3 f.

<sup>378</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. MÄRZ 1961, S.485.

<sup>379</sup> *Mit der Gießkanne*. In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.47.

<sup>380</sup> *Mit der Gießkanne*. In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.47.

<sup>381</sup> *Milliarden in den Busch*. In: DER SPIEGEL Nr.20/1962, S.29.

„Die besondere politische Lage Deutschlands und das von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung in den beiden getrennten Teilen Deutschlands angestrebte Ziel der Wiederherstellung der staatlichen Einheit haben [...] die Entwicklungspolitik der Bundesregierung stark beeinflusst. Die Bundesregierung ist bestrebt, die Entwicklungsländer für eine gegenüber dem deutschen Anliegen verständnisvolle Haltung auch durch Mittel ihrer Entwicklungshilfe zu gewinnen.“<sup>382</sup>

Das BMZ selbst betrachtet die entwicklungspolitische Kooperation explizit als ein Instrument der Wiedervereinigungspolitik, Bundesminister Scheel bezeichnet gegenüber dem Außenminister im Juli 1965 sein eigenes Ministerium sogar selbstironisch-überspitzt als „Gehilfen des Auswärtigen Amts bei der Durchführung deutscher Außenpolitik.“<sup>383</sup> Mit dieser Selbstzuschreibung kann allerdings geschickt für die personelle und finanzielle Stärkung des eigenen Ressorts argumentiert werden: Das BMZ scheint mit dieser Rolle also keineswegs unzufrieden zu sein und nutzt die Notwendigkeit eines präventiven Agierens strategisch klug zum Ausbau der anfangs sehr knappen personellen Ausstattung und finanziellen Mittel. Vielen Zeitgenossen erscheint diese Präventivstrategie sowohl nachhaltig und auch zweckmäßig. So fordert der Bundestagsabgeordnete Kalbitzer im Mai 1961 vor dem Bundestag, Entwicklungspolitik dürfe „keine Reaktion“<sup>384</sup>, sondern müsse immer „eine Aktion sein.“ Durch den präventiven Einsatz können einerseits „alte Freundschaften“<sup>385</sup> gepflegt und gefestigt werden, andererseits „neue Freunde“ in Form gerade unabhängig gewordener Staaten gewonnen werden. In dieser Konsequenz müsse das Engagement „wie ein breiter Fächer“<sup>386</sup> weit gestreut werden.

### b) Zögerlicher Beginn in Ghana

Die Umsetzung der Präventivstrategie beginnt allerdings recht zögerlich und konzeptionell eher defizitär: Als Ghana als erstes afrikanisches Land im März 1957 unabhängig wird, wird zwar noch im selben Jahr die Botschaft der Bundesrepublik in Accra eingerichtet, doch erst rund zwei Jahre später wird ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, in dessen Rahmen Ausbildungshilfe und Experteneinsätze vorgesehen sind, abgeschlossen.<sup>387</sup> Die Idee eines präventiven Einsatzes, um Kontakt mit der DDR vorzubeugen,

---

<sup>382</sup> DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM JAHRE 1964. Bonn, 1965, S.5f.

<sup>383</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Labr vom 13. März 1965.* In: AAPD 1965, Dok.127, Anm.24, S.519.

<sup>384</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestags. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9203 A.

<sup>385</sup> *Die Entwicklungshilfe drängt.* In: DIE WELT, 14. Januar 1960, S.8.

<sup>386</sup> *Helfen: Ja - aber mit Verstand.* In: DIE WELT 17. Februar 1961, S.6.

<sup>387</sup> Infolge eines bemerkenswerten Zufalls unterhält Hessen seit 1958 besonders enge Beziehungen zu Accra: Als das Auswärtige Amt versäumt, für eine in Frankfurt/Main zwischengeladete ghanaische Regierungsdelegation einen protokollarischen Empfang zu arrangieren, springt ein hessischer Staatssekretär ein.<sup>387</sup> Daraus

scheint in dieser Phase noch nicht erwogen worden zu sein: So finden sich keine entsprechenden Aufzeichnungen und die Entkolonialisierung steht noch am Anfang, wodurch zum einen die Brisanz der Thematik, aber auch das Agieren Ostberlins in diesem Bereich noch nicht absehbar sind. Allein die Existenz westdeutscher Förderung kann den Ausbau der Kontakte zur DDR allerdings nicht automatisch zu unterbinden, wie ebenfalls das Beispiel Ghana zeigt: So gelingt Ostberlin fast zeitgleich zum westdeutschen Vertrag eine erste Annäherung in Form einer Handelsvereinbarung im Februar 1959. Dabei handelt die ostdeutsche Regierungsdelegation auch aus, dass Studenten und Facharbeiter aus Ghana zur Ausbildung in die DDR entsendet werden. Außerdem werden die „Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Staaten bei der Industrialisierung Ghanas“<sup>388</sup> geprüft. Am 24. Februar 1959 kann Ostberlin sogar mit der Handelsvertretung in Accra eine erste DDR-Präsenz in der Subsahara zu etablieren, was einen bemerkenswerten Ansehenserfolg darstellt. Der in Accra tätige Botschafter Lüders konstatiert daraufhin, dass „die damit gegebene Gefahr einer Anerkennung der SBZ durch Ghana“<sup>389</sup> ein hinreichender Grund für das gesteigerte Interesse der Bundesrepublik an den weiteren Entwicklungen des Landes sein müsse und dringender Handlungsbedarf, auch im Bereich der Entwicklungspolitik, bestehe.

### c) **Systematisierung gegenüber Guinea und Tanganjika**

Möglicherweise infolge dieser Erfahrungen geht das Auswärtige Amt gegenüber Guinea deutlich systematischer vor: Bereits die Entsendung der ersten ostdeutschen Delegation nach Conakry im Oktober 1958 wird im Auswärtigen Amt misstrauisch beobachtet: Man fürchtet, in Guinea könne der erste Durchbruch des Ostblocks in Afrika erfolgen.<sup>390</sup> Daraufhin reist am 19. Oktober der westdeutsche Konsul aus Dakar nach Conakry und stellt Tourè die Anerkennung und wirtschaftliche Unterstützung durch die Bundesrepublik in Aussicht, sollte das Land keine diplomatischen Beziehungen zu Ostberlin aufnehmen. Unterstützt wird dieses entwicklungspolitische Angebot durch politische Schritte: Nach Tourès Zusage schickt Adenauer am 30. Oktober 1958 ein Telegramm nach Conakry, in dem er Guinea anerkennt

---

folgen Einladungen hessischer Politiker, die als Gastgeschenke Stipendien und Zuschüsse für Projekte mitbringen. DER SPIEGEL witzelt, in Ghana bilde sich eine „Drei-Staaten-Theorie“, wonach deutschsprachige Gäste gefragt würden, ob sie „aus der Bundesrepublik, aus der DDR oder aber aus Hessen“ kämen. Vgl. *Immer neue Kunden*. In: DER SPIEGEL Nr.39/1964, S.81; AdG 1960, 8147 D.

<sup>388</sup> *Erklärung des Presseamts beim Ministerpräsidenten vom 25. Februar 1959 über die Beziehungen zwischen der DDR und der Republik Ghana*. In: DA DDR 1959, S.363.

<sup>389</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Rosbach vom 6. Oktober 1962*. In: AAPD 1962 Dok.379, S.1638.

<sup>390</sup> EIKEL, 1999, S.455.

und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ankündigt. Auch werde bald ein Sonderbotschafter zur Aushandlung potentieller „Entwicklungshilfe“ nach Guinea gesandt.<sup>391</sup> Die Hoffnung Tourés auf diese entwicklungspolitische Unterstützung der finanzstarken Bundesrepublik könnte von entscheidender Bedeutung für die zunächst ausbleibende Annäherung an die DDR gewesen sein und kann damit als erste Erfolg der Bonner Präventivstrategie gewertet werden. Auch zwei Jahre später bei der Affäre um einen vermeintlichen Botschafter Guineas in der DDR empfiehlt der westdeutsche Botschafter Reichard nach einem Gespräch mit Regierungsvertretern, um eine „Anerkennung der SBZ wenn möglich zu verhindern“ müsse man „auf wirtschaftlichem Gebiet schnell und konkret“<sup>392</sup> handeln. Dies zeigt, dass auch in Krisensituationen der „worst case“ durch präventiven entwicklungspolitischen Einsatz verhindert werden soll.

Ähnlich agiert Bonn auch gegenüber Tanganjika, das seit seiner Unabhängigkeit am 9. Dezember 1961 einen der größten Empfänger westdeutscher „Entwicklungshilfe“ in Ostafrika darstellt. Damals werden 35 Millionen DM Kapitalhilfe vereinbart, außerdem Technische Hilfe im Wert von 5,6 Millionen DM und es werden mehrere Küstenwachboote und Flugzeuge sowie militärische Ausbildungshilfe bereitgestellt.<sup>393</sup> Im Jahr 1964 werden Tanganjika insgesamt 45 Millionen DM Kapitalhilfe und 41,5 Millionen DM Technische Hilfe aus Bonn zugesagt.<sup>394</sup> Neben London ist Bonn auch der zweitgrößte Handelspartner des Landes.<sup>395</sup> Nach dem sozialistischen Umsturz auf der vorgelagerten Insel Sansibar wird Tanganjika nochmals, scheinbar in vorbeugender Absicht, großzügige Ausrüstungs- und Ausbildungshilfegewährt.<sup>396</sup> Bis 1965 beläuft sich das westdeutsche Engagement auf rund 130 Millionen DM und Tanganjika erhält damit nach Einschätzung des Auswärtigem Amtes mehr als „irgendein anderes Land in Afrika südlich der Sahara.“<sup>397</sup> Noch vor der Unabhängigkeit war durch die Bundesrepublik ein Konsulat eröffnet worden, das Ende 1961 in eine Botschaft

<sup>391</sup> AdG 1958, 7371 D.; *Der Elefant*. In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.20.

<sup>392</sup> *Reichards Telegramm vom 25. März 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>393</sup> ENTWICKLUNG UND ENTWICKLUNGSPOLITIK IN OSTAFRIKA, 1965, S.108.; *Afrikas leuchtender Stern verblasst*. In: DER SPIEGEL Nr.17/1964, S.92.

<sup>394</sup> Davon werden 20,4 Millionen DM für landwirtschaftliche Projekte und 5,6 Millionen DM für Ausbildungen gewährt. Auch der Ausbau der Eisenbahn wird mit 9 Millionen DM unterstützt. Vgl. ENTWICKLUNGSPOLITIK I/2, S.4 ff.

<sup>395</sup> So importiert die BRD 1961 Waren im Wert von 54,08 Millionen DM, während sich die Exporte auf 15,18 Millionen DM belaufen. Vgl. *Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes vom 29. Dezember 1961*. Bei: ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.151.

<sup>396</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker (Entwurf) vom 14. Januar 1965*. In: AAPD 1965, Dok.16, Anm.4., S.72.

<sup>397</sup> *Gespräch des Bundesministers Schröders mit dem tansanischen Außenminister Kambona vom 29. Januar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.45, Anm.12, S.217.

umgewandelt wird.<sup>398</sup> Diese hat die explizite Weisung, eine Etablierung der DDR in Tansania zu verhindern.<sup>399</sup> Hier wird erneut der präventive Ansatz Bonns bei der Streuung der „Entwicklungshilfe“ deutlich, wobei dieser offensiver als noch in der Frühphase angelegt ist. 1962 schlägt Minister Scheel ein System „wandernder Schwerpunkte“<sup>400</sup> vor, um flexibel auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich tatsächlich, dass rund zwei Drittel der Leistungen rund zehn Spitzenempfängern, darunter Ghana, Tansania, Kenia, Uganda und Ägypten zugutekommen.<sup>401</sup> Entsprechend kann zwar ein infolge der Finanzkraft breit gestreutes „Gießkannenprinzip“ mit präventivem Ansatz bei der Bundesrepublik diagnostiziert werden, das je nach aktueller Entwicklung verschiedene Schwerpunktländer besonders bedenkt. Verhindert werden soll zum einen eine generelle sozialistische Orientierung und insbesondere Kooperation oder Vertiefung bestehender Kontakte mit der DDR. Während der Präventivansatz generelle Zustimmung erfährt, wird die breite Anlegung als „Gießkannenprinzip“ in der Öffentlichkeit immer wieder kritisiert. Der Vorsitzende der Jungdemokraten Raichle glaubt, es sei die „Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin“<sup>402</sup> die Bonn zu dieser Streuung zwingt: Er proklamiert ganz offen, die Bundesrepublik „zahlt für die Nichtanerkennung der DDR.“ Eine vergleichbar breit angelegte präventive Taktik ist für die DDR aufgrund der geringeren Mittel weder umsetzbar noch zielführend. Ostberlin verteilt die Mittel deutlich konzentrierter dort, wo eine Hinwendung zum Sozialismus möglich erscheint, was auch ideologisch dem später zum Verfassungsauftrag erhobenen Ideal der Unterstützung von „Befreiungsbewegungen“ entspricht. Bis 1969 erhalten rund fünfzehn Länder rund drei Fünftel aller entwicklungspolitischen Zuwendungen.<sup>403</sup> Schwerpunktländer sind unter anderem Ägypten, Ghana, Guinea und Sansibar.<sup>404</sup>

---

<sup>398</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.152.

<sup>399</sup> *Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen vom 13./15. Mai 1963*. In: AAPD 1963 Dok.166, S.534.

<sup>400</sup> *Entwicklungshilfe jetzt behutsamer*. In: DIE WELT, 8. Mai 1962, S.9.; BODEMER, 1974, S.198 ff.

<sup>401</sup> GROTE, 2004, S.33.; ENTWICKLUNGSHILFE AN AFRIKA, 1970, S.40 f.

<sup>402</sup> *Artikel des stellvertretenden Landesvorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten in Baden-Württemberg Raichle: Wider das Dogma des Alleinvertretungsanspruchs vom 9. September 1966*. In: DzD 1966, S.1319.

<sup>403</sup> WENTKER, 2007, S.278.

<sup>404</sup> DREI JAHRZEHNTE AUBENPOLITIK DER DDR, 1979, S.659.

### 5.2.2.3 „D-Mark-Diplomatie“ - Die Sanktionierung von „Fehlverhalten“

Der „Mobilmachungsplan“ des Auswärtigen Amts aus dem Jahr 1964 empfiehlt für den Fall sich intensivierender Beziehungen zur DDR, „Entwicklungshilfe“ auch systematisch zu entziehen: Durch den sanktionären Wegfall von Hilfeleistungen könne der „*good will*“<sup>405</sup> der betroffenen Länder zugunsten des Alleinvertretungsanspruchs besonders nachhaltig sichergestellt werden. Augstein diagnostiziert in diesem Kontext eine mehrperspektivische Strategie, die er als „D-Mark-Diplomatie“<sup>406</sup> bezeichnet: „Mit der Zuckerrübe locken“, also „Entwicklungshilfe“ anbieten und „mit dem Stock drohen“, also Entzug dieser Hilfe. Innerhalb des Auswärtigen Amts gibt es sogar Forderungen, sämtliche Hilfen an eine deutschlandpolitische „Wohlverhaltensklausel“<sup>407</sup> zu knüpfen. Dabei ermöglicht erst die wirtschaftliche Potenz Bonns die Wirksamkeit dieses Instruments: Denn nach Einschätzung des CDU-Bundestagsabgeordneten Gewandt fürchten die Entwicklungsländer den Verlust westdeutscher Kredite und Technischer Hilfe deutlich mehr als eine Abberufung der Diplomaten im klassischen Stil der „Hallstein-Doktrin“<sup>408</sup> oder den Verlust der meist geringeren Hilfeleistungen des Ostens. Mit einem Einspringen des Ostblocks sei infolge der geringeren ökonomischen Mittel und anhaltenden wirtschaftlichen Probleme ohnehin kaum zu rechnen, so Staatssekretär Carstens.<sup>409</sup> Entsprechend gibt es im ostdeutschen Außenministerium Warnungen, bei der Kontaktausweitung behutsam vorzugehen, damit die Bundesrepublik „von den konkreten Absichten“<sup>410</sup> nichts erfahre. Die in den Jahren zuvor bereits mehrfach erprobte westdeutsche Praxis erfährt eine immer stärker werdende Systematisierung. Die Strategie weist verschiedene Stufen auf, abhängig vom jeweiligen Agieren des Empfängerlands, die im Folgenden exemplarisch herausgearbeitet werden.

#### a) Erste Stufe: Verzögerungstaktik

Nach einem Attentat auf Präsident Nkrumah am 1. August 1962 gerät das westliche Lager zunehmend unter Druck. Nkrumah, der seit 1957 Ministerpräsident ist, hatte ab 1960 den

<sup>405</sup> *Aufzeichnung der Politischen Abteilung II vom 17. Juli 1964*. In: AAPD 1964, Dok.202, S.856 ff.

<sup>406</sup> *D-Mark-Diplomatie (West)*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.20.

<sup>407</sup> Diese bestehe darin, dass Bonn „Entwicklungshilfe nur an solche Staaten zu geben bereit sei, die das deutsche Interesse an Nichtanerkennung der Zone respektieren.“ Vgl. *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach vom 5. Februar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.56, S.256 f.; *Aktennotizen des MfAA vom 20. September 1963*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>408</sup> Er betont auch, dass kein Land, das sich gegen die „Lebensinteressen“ des deutschen Volkes ausspreche, „Entwicklungshilfe“ erhalten dürfe. Vgl. Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 167. Sitzung vom 24. Februar 1965, S.8365 D.

<sup>409</sup> *Runderlass des Staatssekretärs Carstens vom 18. Juni 1964*. In: AAPD 1964 Dok.171, S.688 ff.

<sup>410</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Acra vom 25. März 1964*. In: PA/MfAA A 15867.

Ausbau seiner autoritären Herrschaft begonnen.<sup>411</sup> Insbesondere der Botschaft der Bundesrepublik wird in ghanaischen Medien vorgeworfen, im Vorfeld von den Anschlagplänen Kenntnis gehabt zu haben. Staatssekretär Lahr weist daraufhin den in Accra ansässigen Botschafter Lüders an, der ghanaischen Regierung mitzuteilen, dass man die Anschuldigungen als „besonders unfreundlichen Akt“<sup>412</sup> verstehe und dass man unter diesen Umständen „das freundschaftliche Verhältnis in der bisherigen Weise“ nicht weiterführen könne. Man befürchtet allerdings gleichzeitig eine „engere Anlehnung an den Ostblock“<sup>413</sup> und eine „prokommunistische Kampagne.“<sup>414</sup> Lüders empfiehlt daraufhin konkret die Zurückstellung der sich im Prüfungs- und Bearbeitungsvorgang befindlicher Projekte:

„Es ist augenblicklich nicht vertretbar, mit der gleichen Großzügigkeit wie bisher Wirtschafts- und Entwicklungshilfe für Ghana zu gewähren.“<sup>415</sup>

Die Durchführung des Volta-Brückenbau-Projekts, das anstelle des ursprünglich geplanten Straßenbauvorhabens zwischen Tema und Accra anvisiert worden war und wofür 20 Millionen DM Kapitalhilfe eingeplant sind, solle um mindestens zwei Monate verzögert werden. Der im Auswärtigen Amt zuständige Staatssekretär Lahr notiert daneben handschriftlich „*r[ichtig]*“<sup>416</sup> und tatsächlich erfolgt die Grundsteinlegung erst deutlich später als ursprünglich geplant erst im April 1964.<sup>417</sup> Allerdings wird dabei zwischen Kapitalhilfe und Technischer sowie Bildungshilfe stark differenziert: So empfiehlt Lüders, die beiden letzteren Bereiche von einer möglichen Verzögerung unberührt zu lassen, da insbesondere „das Erlebnis eines längeren Aufenthalts in westlichen Ländern erfahrungsgemäß stärker ist als alle östliche Propaganda.“<sup>418</sup> In den Akten des Auswärtigen Amts findet sich im Dezember 1960 der Aufsatz

---

<sup>411</sup> Neben dem Parteivorsitz übernimmt er nach einer Verfassungsänderung, die ihm zu Präsidenten macht, 1961 auch den Oberbefehl über das Heer. Er lässt nach und nach einen Einparteiensstaat errichten, die Opposition unterdrücken, das Parlament faktisch ausschalten und sich sämtliche staatliche Behörden zentralisiert unterstellen. Vgl. AdG 1966, 12400 A.

<sup>412</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Rosbach vom 6. Oktober 1962.* In: AAPD 1962 Dok.379, S.1637, Anm.2.

<sup>413</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Rosbach vom 6. Oktober 1962.* In: AAPD 1962 Dok.379, S.1638.; Man diagnostiziert eine „pro-östliche Einstellung Nkrumahs.“ Vgl. *Aufzeichnung der Politischen Abteilung I vom 19. September 1963.* In: AAPD 1963, Dok.347, S.1147.

<sup>414</sup> *Ghana beschuldigt Bonn und die USA des Attentats auf Nkrumah.* In: DIE WELT, 19. September 1962, S.4.

<sup>415</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Rosbach vom 6. Oktober 1962.* In: AAPD 1962 Dok.379, S.1638.

<sup>416</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Rosbach vom 6. Oktober 1962.* In: AAPD 1962 Dok.379, S.1638, Anm.6.

<sup>417</sup> *Staatssekretär Lahr, z.Z. Accra, an Bundesminister Schröder, z.Z. Santiago de Chile vom 30. April 1964.* In: AAPD 1964 Dok.116, S.497 ff.

<sup>418</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Rosbach vom 6. Oktober 1962.* In: AAPD 1962 Dok.379, S.1639.

„Die außenpolitische Aufgabe der Entwicklungspolitik“, in dem betont wird, es sei entscheidend, „die Menschen in den Entwicklungsländern für den Westen zu gewinnen“<sup>419</sup>, woraus sich für die Bildungshilfe und die Öffentlichkeitsarbeit eine besondere Bedeutung ergebe.

**b) Zweite Stufe: Androhung des Entzugs**

Als sich die Eröffnung der bereits seit 1959 im Gespräch befindlichen ghanaischen Handelsvertretung in Ostberlin Ende 1962 abzeichnet, erhält die ghanaische Regierung aus Bonn ein *Aide-mémoire*, das diesen Akt als Verletzung der „lebenswichtigen Interessen“ der Bundesrepublik kritisiert und einen direkten Zusammenhang zur „Entwicklungshilfe“ in einem quasi-bedrohlichen Ton konstruiert:

*„Such an attitude towards the vital question of the German people would inevitably weaken the goodwill in the Federal Republic of Germany to develop and strengthen mutual economic co-operation, particularly, as the Federal Government has to bear public opinion in mind.“<sup>420</sup>*

Schon ein Jahr zuvor hatte Bonns Botschafter auch mit einer „erheblichen Reduzierung des Kakao-Exportes nach Deutschland“<sup>421</sup> im Falle der Anerkennung Ostberlins gedroht. Als man dort schließlich die Eröffnung der ghanaischen Vertretung vermelden kann, wird der westdeutsche Botschafter Reichhold zur Berichterstattung nach Bonn bestellt.<sup>422</sup> Dies kann der ersten klassischen Stufe der „Hallstein-Doktrin“ zugeordnet werden. Nachdem die Kredithilfe zuvor nur verzögert werden sollte, wird in einer weiteren Eskalationsstufe mit der tatsächlichen Sperrung eines erst kürzlich vereinbarten 20 Millionen DM-Kredits gedroht.<sup>423</sup> Das Auswärtige Amt konstatiert, dass „die Auswirkungen [...] sicherlich auf allen Gebieten unserer gegenseitigen Beziehungen zu spüren sein, nicht zuletzt auch auf dem der Entwicklungshilfe.“<sup>424</sup> Auf jede „irgendwie geartete Aufwertung dieses Regimes“<sup>425</sup> sei entsprechend scharf zu reagieren. Kurz darauf fliegt der ghanaische Außenminister nach Bonn und lässt in einem gemeinsamen Kommuniqué versichern, dass die Handelsvertretung lediglich wirt-

---

<sup>419</sup> *Die außenpolitische Aufgabe der Entwicklungspolitik*. In: PA/AA B1 Bd.21.

<sup>420</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Rosbach vom 21. Dezember 1962*. In: AAPD 1962 Dok.495, Anm.5, S.2093.

<sup>421</sup> *Botschafter Lüders, Accra, an das Auswärtige Amt vom 5. Dezember 1961*. In: AAPD 1961 Dok.534, S.2120.

<sup>422</sup> *Aufzeichnung der Politischen Abteilung I vom 19. September 1963*. In: AAPD 1963 Dok.347, S.1149.

<sup>423</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.216.

<sup>424</sup> *Aufzeichnung der Politischen Abteilung I vom 19. September 1963*. In: AAPD 1963 Dok.347, Anm.3, S.1146.

<sup>425</sup> *Vermerk des Staatssekretärs Labr vom 15. August 1964*. In: AAPD 1964 Dok.233, S.971.



schaftliche Aufgaben wahrzunehmen habe und „daß nicht daran gedacht sei, ihr diplomatischen oder konsularischen Status zu verleihen.“<sup>426</sup> Allein die Androhung von entwicklungspolitischen Sanktionen sowie das Verzögern von Projekten scheint effektiv zu sein. Im ostdeutschen Außenministerium stellt man daraufhin einen Maßnahmenkatalog auf, um die Lage zu beruhigen. So soll unter anderem Material zusammengestellt und Vertreter aus dem „Dunstkreis Nkrumahs“<sup>427</sup> übergeben werden, das den Eindruck erweckt, dass Bonn sich mit der Einrichtung der Vertretung bereits „abgefunden habe.“ Auch persönliche Geschenke an Nkrumah werden diskutiert.

### c) **Dritte Stufe: Verwirklichung des Entzugs**

Noch offensiver war Bonn zwei Jahre zuvor im Zuge der Botschafteraffäre gegenüber Guinea vorgegangen. Nach der zeitweise Zurückbeorderung des westdeutschen Botschafters fordert Adenauer schon vor der entscheidenden Kabinettsitzung öffentlich den Abbruch der „Entwicklungshilfe“ in markigen Worten: „Zunächst mal: nichts geben! Wir hatten doch allerhand schon zugesagt.“<sup>428</sup> In einem Brief spricht sich auch von Brentano für eine harte Reaktion gerade gegenüber „einem Land wie Guinea“ aus, um potentielle Nachahmer abzuschrecken:

„Wenn wir ausgerechnet von einem Land wie Guinea einen so dreisten Akt hinnehmen, dann können wir mit Gewissheit damit rechnen, daß man unsere Politik nicht mehr für konsequent und nicht mehr für glaubwürdig hält. Und dann werden nach dem Grundsatz, daß böse Beispiele gute Sitten verderben, andere das gleiche tun; und wir haben uns dann selbst die Hände gebunden.“<sup>429</sup>

Das Kabinett ermächtigt am 9. März 1960 den Außenminister zusätzlich zum Stopp entwicklungspolitischer Leistungen zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sollte Conakry kein eindeutiges Dementi abgeben.<sup>430</sup> Mit einer „Solidaritätsreaktion“<sup>431</sup> anderer Staaten rechnet das Auswärtige Amt maximal im Falle Ghanas. Schon einen Tag später ru-

---

<sup>426</sup> Allerdings ist in der offiziellen Vereinbarung der DDR von der Einrichtung von „Handelsvertretungen mit konsularischen Rechten“ die Rede. Vgl. AdG 1963, 10848 B.

<sup>427</sup> *Brief Frisbys an Winzger vom 27. September 1963.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>428</sup> TEEGESPRÄCHE II, 7. März 1960, S.221.; NEUES DEUTSCHLAND kommentiert, Bonns Verhalten entlarve den „heuchlerischen Charakter seiner Beteuerungen über die angebliche Bereitschaft zur Hilfeleistung ohne politische Bedingungen“, die lediglich dem „Imperialismus“ diene. Vgl. *Erklärung der Regierung der DDR zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Guinea am 10. März 1960.* In: DzD 1960 I, S.504.

<sup>429</sup> BARING, 1974, S.284 f.

<sup>430</sup> BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTS DER BUNDESREGIERUNG 47 (1960), S.459.

<sup>431</sup> *Aufzeichnungen zur Guinea-Krise am 13. März 1960.* In: PA/AA B34 Bd.149.

dert Touré in einem SPIEGEL-Interview öffentlich zurück, in dem er die Botschafterernennung einen bedauerlichen „Fehler“<sup>432</sup> nennt und sich selbst als „Opfer“ einer voreiligen und übergriffigen Vorgehens- und Darstellungsweise Ostberlin bezeichnet. Doch die Bundesregierung pocht auch auf ein Dementi auf diplomatischer Ebene. So reist der Leiter der Politischen Abteilung II, Hasso von Etzdorf, als Sonderbotschafter zu weiteren Gesprächen nach Conakry. Rückblickend bilanziert das Auswärtige Amt, dass dieses „unkonventionelle Mittel einer improvisierten Sondermission“<sup>433</sup> den entscheidenden Ausschlag gegeben habe. Außenminister von Brentano betont derweil das Interesse Bonns, weiter am „Aufbau [...] mitzuwirken“<sup>434</sup>, womit er auf die bereits angedrohte Aussetzung der „Entwicklungshilfe“ anspielt. Am 8. April kann er schließlich vor dem Bundestag eine Erklärung Tourés verlesen:

„Seine Exzellenz Sekou Touré, Präsident der Republik Guinea, hat [...] bestätigt, dass im Gegensatz zu den Behauptungen, die von gewissen Presseorganen verbreitet worden sind, diplomatische Beziehungen zwischen der Republik Guinea und den Behörden Ostdeutschlands nicht bestehen.“<sup>435</sup>

In diesem Fall ist die Androhung des Entzugs entwicklungspolitischer Leistungen, allerdings infolge der höheren Eskalationsstufe in Form eines Kabinettsbeschlusses, in Kombination mit einem angekündigten Abbruch diplomatischer Beziehungen ausreichend, um die Aufwertung der DDR zu revidieren. Im Auswärtigen Amt glaubt man, dass ein Vollzug des angedrohten Abbruchs der DDR genützt hätte und bewertet die stufenweise Vorgehensweise als klaren „politischen Erfolg.“<sup>436</sup>

Der Fall Tansania zeigt allerdings, dass die Sanktionierungsstrategie sich auch kurzfristig gegen die Bundesrepublik wenden kann. Das Auswärtige Amt erwägt in diesem Kontext sogar, „deutsche[n] Unternehmer[n] von Investitionen“<sup>437</sup> dort abzuraten, „solange wir dies aus außenpolitischen Gründen nicht wünschen.“ Als Nyerere nach der Unionsbildung entgegen den ausdrücklichen Interessen Bonns die Einrichtung eines ostdeutschen Generalkonsulats in Daressalam am 19. Februar 1965 verkündet, ist sich das Kabinett bei der Frage eines Entzugs von Hilfeleistungen uneinig: Besonders Scheel und von Hassel fürchten, dass Nyerere in einer „Trotzreaktion“ die DDR anerkennen könnte. Man einigt sich schließlich auf einen Kompromiss: Am 14. Februar beschließt das Kabinett die Entstellung der westdeutschen

<sup>432</sup> *Der Elefant*. In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.16.

<sup>433</sup> *Diplomatische Korrespondenz vom 8. April 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>434</sup> „Die Nachrichten über die angebliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Guinea und [...] der so genannten DDR, haben uns veranlasst, um eine Klärung nachzusehen.“ Vgl. *Interview des Bundesministers von Brentano am 7. April 1960*. In: DzD 1960, S.709.

<sup>435</sup> *Erklärung des Bundesministers von Brentano am 8. April 1960*. In: DzD 1960, S.718.

<sup>436</sup> *Diplomatische Korrespondenz vom 8. April 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>437</sup> *Schreiben an das Referat III A 3 vom 21. April 1965*. In: PA/AA B34 Bd.511.

Militärhilfe in Höhe von 40 Millionen DM<sup>438</sup> und die knapp sechzig Berater werden bereits drei Tage später ausgeflogen, was in Daressalam Bestürzung auslöst.<sup>439</sup> Zwar fällt keine Entscheidung über die Technische Hilfe und Kapitalhilfe, doch dies hängt wie ein Damoklesschwert über Nyerere. Unter diesem Druck verkündet er am 1. März auf jede Form von „Entwicklungshilfe“ von Bonn verzichten zu wollen.<sup>440</sup> Eine diplomatische Anerkennung der DDR bleibt zwar aus, am 23. März nimmt jedoch der erste Generalkonsul der DDR Gottfried Lessing in Daressalam seinen Dienst auf.<sup>441</sup> Nyerere betont gegenüber dem westdeutschen Botschafter, dass er „sein Ansehen vor sich selbst, Afrika und der Welt“<sup>442</sup> verliere, würde er nun nicht auch auf die übrige „Entwicklungshilfe“ aus der BRD verzichten. Als „Retourkutsche“ die DDR anzuerkennen, schließt er allerdings aus. Der in Bonn ansässige Botschafter Tansanias soll dazu gegenüber Schroeder geäußert haben, es handele sich nur um eine „Geste“, die die Bundesregierung als „Angebot zu weiteren Verhandlungen“ betrachten solle. Außenminister Kambona betont, Bonn müsse lernen, dass man sich keine Bedingungen stellen lasse und „daß den Afrikanern ihre Unabhängigkeit wichtiger ist als Hilfe.“<sup>443</sup> Er wirft der Bundesregierung außerdem mangelnde Dankbarkeit und Verständnis vor: „Acht Monate lang“<sup>444</sup> habe er Verhandlungen um deutsche Befindlichkeiten geführt, um nun von Bonn bestraft zu werden. Man ziehe sogar in Betracht, andere afrikanische Länder vor der „Entwicklungshilfe“ Bonns zu warnen. Der Stopp betrifft allerdings nur die bis jetzt nicht abgerufene Kapitalhilfe in Höhe von 41 Millionen DM sowie zukünftige Technische Hilfe. Bereits begonnene und zugesagte Projekte werden planmäßig zu Ende geführt.<sup>445</sup> Dieser Schritt zeigt Wirkung: Einen knappen Monat später widerruft Nyerere seine Ankündigung und am 20. Mai erfolgt ein entsprechender Kabinettsbeschluss in Bonn.<sup>446</sup>

<sup>438</sup> „Das Bundeskabinett hat in der Sitzung vom 24. Februar beschlossen, die militärische Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe an Tansania einzustellen und die dort tätige deutsche Luft- und Marineberater-Gruppe zurückzuberufen.“ Vgl. *Pressemitteilung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Beziehungen zu Tansania*. In: DzD 1965, S.230.; AdG 1965, 11724 B.; *Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtige Amt vom 17. Mai 1965*. In: AAPD 1965 Dok.209, S.845.

<sup>439</sup> *Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtige Amt vom 18. Februar 1965*. In: AAPD 1965, Dok.98, S.408 ff.

<sup>440</sup> *Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtige Amt vom 18. Februar 1965*. In: AAPD 1965, Dok.98, Anm.13, S.411.

<sup>441</sup> Er erhält jedoch keine Exequatur. Vgl. *Legationsrat Enders, Daressalam, an das Auswärtige Amt vom 14. Juni 1965*. In: AAPD 1965 Dok.250, S.1046.

<sup>442</sup> *Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtige Amt vom 18. Februar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.98, Anm.13, S.411.

<sup>443</sup> *Nyerere deutet Einlenken an*. In: DIE WELT, 3. März 1965, S.1.

<sup>444</sup> *Tansania wirft Bonn Undank vor*. In: DIE WELT, 3. März 1965, S.5.

<sup>445</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 2. März 1965*. In: AAPD 1965 Dok.101, S.425.

<sup>446</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Blech vom 30. April 1965*. In: AAPD 1965 Dok.195, S.775 f.

Nicht einmal ein halbes Jahr später, im November 1965, bezeichnet Tansanias Minister für Wohnungsbau die Beziehungen zu Bonn als „wieder völlig normal.“<sup>447</sup> In diesem Fall katalysiert der Sanktionsmechanismus die Bundesrepublik zumindest kurzfristig ins politische Aus und die DDR kann ihr Ziel eines Generalkonsulats in Daressalam durchsetzen, ohne jedoch die diplomatische Anerkennung zu erreichen.

#### d) Vierte Stufe: Flankierende Maßnahmen

Den „Höhe- und Wendepunkt“<sup>448</sup> der westdeutschen Sanktionierungsstrategie stellt der Fall Ägypten dar. Dort gerät Bonn infolge seiner Unterstützung Israels Anfang 1965 in eine bedrängte Lage, in der Kairo mit einer Einladung an Walter Ulbricht droht. Am 12. Februar, wenige Tage vor dem nicht mehr zu verhindernden Besuch, verkündet Bundeskanzler Erhard die flexible Anwendung der „Hallstein-Doktrin“:

„Ulbricht ist nicht irgendjemand. Wenn ich es vom Standpunkt des deutschen Volkes sagen darf, es ist der bestgehasste Mann in Deutschland [...]. Das ist nicht zu bagatellisieren. Wir empfinden diese Einladung als feindseligen Akt. [...] Die Bundesregierung kann, wo und wann immer in der Welt feindselige Akte dieser Art vorgenommen werden, die gegen die vitalen Lebensinteressen des deutschen Volkes verstoßen, nicht umhin, ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu diesen Ländern neu zu überprüfen.“<sup>449</sup>

Dabei gehe es nicht um „einen Fetisch, sondern um das Leben und die Zukunft von 17 Millionen deutschen Menschen“<sup>450</sup>, so Erhard. In einem ersten Schritt werden der westdeutsche Botschafter zeitweise nach Bonn berufen sowie ein geplanter Besuch des Entwicklungshilfeministers Scheel abgesagt. Über das weitere Vorgehen debattiert das Kabinett knapp 13 Stunden lang, was DER SPIEGEL ironisch als „Bonner-Marathon-Palaver“<sup>451</sup> im Stile eines Shakespearestücks beschreibt. Hallstein plädiert für den diplomatischen Bruch mit Ägypten, auch wenn Nasser die DDR ausdrücklich nicht anerkenne.<sup>452</sup> Scheel, Schröder und von Hassel warnen, dies könne in einer ostdeutschen „Alleinvertretungsrealität“<sup>453</sup> enden. Der Dip-

---

<sup>447</sup> AdG 1965, 12183 A.

<sup>448</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.290.

<sup>449</sup> *Aus der Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vor dem Verein der Auslandspresse in Bonn vom 12. Februar 1965.* In: DzD 1965, S.185 f.

<sup>450</sup> *Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vor dem Vierten Deutschen Bundestag vom 17. Februar 1965.* In: DzD 1965, S.207 f.

<sup>451</sup> „Ob's edler im Gemüt, die Pfeil' und Schleudern des wütenden Geschicks erdulden [...]“ Vgl. *Nahost-Krise: Acht zu acht.* In: DER SPIEGEL Nr.11/1965, S.25.

<sup>452</sup> „Es ist unsere Politik, Ostdeutschland nicht anzuerkennen und wir haben diese Politik bisher noch nicht geändert“ Vgl. *Tränen im Waldorf-Astoria.* In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.34.

<sup>453</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 2. März 1965.* In: AAPD 1965 Dok.101, S.423 f. Auch US-Botschafter McGhee fürchtet, Nasser mit einer solchen Reaktion „in die Hände der Kommunisten“ zu zwingen.

lomat Abrecht von Kessel befürwortet zwar diplomatisch in der „Funktion eines reinen Beobachterpostens“<sup>454</sup> präsent zu bleiben, die „Entwicklungshilfe“ aber einzuschränken. Es sei völlig unverständlich, warum ein westdeutscher Botschafter abberufen werde, wenn in demselben Land „ein Mann namens Müller oder Schulze behauptet, er sei der Botschafter einer angeblich demokratischen deutschen Republik.“<sup>455</sup> Der stellvertretende DDR-Außenminister Winzer frohlockt über den „Katzenjammer der Spalter in Bonn“ und NEUES DEUTSCHLAND sieht „Hallsteins Doktrin [schon] in der Sackgasse.“<sup>456</sup> Fünf Tage später, am 17. Februar 1965, verkündet Erhard: „Wir werden unsere Wirtschaftshilfe einstellen. Politische Schritte behalten wir uns vor.“<sup>457</sup> Etwa 70 Millionen DM der noch nicht eingelösten Kapitalhilfe von 1961 werden nun gesperrt. Doch da die bereits bewilligte, noch nicht ausbezahlte Kapitalhilfe bereits zu 97,7% verplant ist, erhält der Beschluss erst für die Zukunft echtes Gewicht.<sup>458</sup> Bedenken äußert Außenminister Schröder bei der Technischen Hilfe. Es sei schließlich „ein Unterschied, ob man Investitionshilfe einstellt oder etwa Schulen oder Lehrwerkstätten schließt.“<sup>459</sup> Über diese Projekte solle fallweise entschieden werden. Die in Ägypten tätigen deutschen Rüstungsexperten werde man „mit leichter Hand lösen.“<sup>460</sup> Nasser hatte ironischerweise nur kurz zuvor gegenüber dem SPIEGEL behauptet, überhaupt keine echte Unterstützung von Deutschland zu erhalten.<sup>461</sup>

Der Außenminister befürchtet angesichts der Israel-Politik der Bundesrepublik eine Kettenreaktion der Solidarität in der arabischen Welt und will die geschlossene Position der Staatengemeinschaft aufweichen.<sup>462</sup> So stellt das Auswärtige Amt bereits im Januar 1965 einen Antrag über 285 Millionen DM „Sofort-Hilfe“ für diejenigen arabischen Staaten, die sich von Kairo distanzieren.<sup>463</sup> Dieser Betrag entspricht rund der Hälfte der geplanten Kapitalhilfe

---

Vgl. *Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit den Botschaftern der Drei Mächte vom 5. März 1965*. In: AAPD 1965 Dok.112, S.459.

<sup>454</sup> *Nassers Affront*. In: DIE WELT, 3. Februar 1965, S.3.

<sup>455</sup> *Nassers Salami*. In: DIE WELT, 17. Februar 1965, S.3.

<sup>456</sup> *Hallsteins Doktrin in der Sackgasse*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3.2.1965, S.7.

<sup>457</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 164.Sitzung am 17. Februar 1965, S.8104 D.

<sup>458</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 22. Februar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.88, S.364 f.

<sup>459</sup> *Wie beim Ehebruch*. In: DER SPIEGEL Nr.10/1965, S.23.

<sup>460</sup> Sie sollen durch bessere Angebote abgeworben werden. Vgl. *Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard vom 9. November 1964*. In: AAPD 1964 Dok.315, S.1247.

<sup>461</sup> Wenn Sie mir 10 Pfund schenken, nenne ich das Hilfe. Wenn Sie mir aber 10 Pfund geben und sie später mit Zinsen zurückfordern, dann ist das eine Anleihe. [...] „Nennen Sie das Hilfe? Es ist Handel!“ Vgl. *Tränen im Waldorf-Astoria*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.36.

<sup>462</sup> „Die Kommunisten hätten dann größere Möglichkeiten zur Einflussnahme und Infiltration. Auch der SBZ würde ein größeres Betätigungsfeld eröffnet werden“ Vgl. *Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee vom 2. März 1965*. In: AAPD 1965 Dok.100, S.417

<sup>463</sup> *Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1965*. In: AAPD 1965, Dok.32, S.174 f.

für das laufende Jahr. Diese Hilfe solle ohne „Projektbindung und ohne Begutachtung der wirtschaftlichen Notwendigkeit“<sup>464</sup> vergeben werden. Sie dient allein dem außenpolitischen Zweck, die arabischen Staaten von einer Distanzierung von Bonn abzuhalten. Zwar sollen diejenigen Länder, die die Bundesrepublik stetig unterstützen, mehr Leistungen „erhalten als „unsichere Kantonisten“, aber auch gerade diese müssten bedacht werden, um durch den potentiellen Entzug ein Druckmittel in der Hand zu haben. Doch der Plan geht nicht auf: Jordanien, Algerien und Syrien lehnen die angebotenen Gelder überraschend ab.<sup>465</sup> Während die Bundesregierung den Stopp künftiger „Entwicklungshilfe“ für Kairo bereits vor Ulbrichts Besuch beschlossen hat, bleiben die diplomatischen Konsequenzen zunächst offen. Unterstützt von Altkanzler Adenauer strebt Erhard als flankierende Maßnahme die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel an.<sup>466</sup> Bereits zu Beginn der sechziger Jahre gibt es dazu Überlegungen, doch fürchtet man, Kairo würde dies mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR beantworten und damit den Durchbruch Pankows zur internationalen Anerkennung vorantreiben.<sup>467</sup> Die „Hallstein-Doktrin“ erscheint in diesem Kontext als eine Art „Bumerang“<sup>468</sup>, der die deutsch-israelische Annäherung verhindert. Doch der Ulbricht-Besuch bietet die Gelegenheit, die Beziehungen zu Tel Aviv in einem sanktionären Kontext zu normalisieren. Am 7. März 1965, eine Woche nach der Rückkehr Ulbrichts aus Kairo, verkündet Erhard in einer Regierungserklärung, diplomatische Beziehungen zu Israel anzustreben.<sup>469</sup> Er betont, dieser Schritt richte sich „gegen keinen arabischen Staat.“<sup>470</sup> Am 12. Mai 1965 werden diplomatische Beziehungen zu Tel Aviv offiziell hergestellt, was zu weiteren Verwicklungen mit den arabischen Staaten führt.

---

<sup>464</sup> Dies und ff.: *Verhältnis von Außen- und Sicherheitspolitik* 5. Februar 1965. Zitiert nach: BODEMER, 1974, S.122.

<sup>465</sup> *Aufzeichnung des Ministerdirektors Böker vom 19. März 1965*. In: AAPD 1965 Dok.134, S.542 f.; *Tränen im Waldorf-Astoria*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.31.

<sup>466</sup> *Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard vom 9. November 1964*. In: AAPD 1964 Dok.315, S.1246 f.

<sup>467</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 74. Sitzung am 8. Mai 1963, S.3517 B.; Bereits seit 1963 gibt es durch Adenauer initiierte streng geheime Gespräche zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die von Schröder allerdings als „verfrüht“ abgelehnt werden. Vgl. *Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar vom 5. April 1963*. In: AAPD 1963 Dok.142, S.318.

<sup>468</sup> *Tränen im Waldorf-Astoria*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.27.

<sup>469</sup> *Runderlass des Staatssekretärs Carstens vom 19. Mai 1965*. In: AAPD 1965 Dok.203, S.812 f.

<sup>470</sup> *Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Lage im Nahen Osten vom 7. März 1965*. In: DzD 1965, S.264.

### e) Chancen und Gefahren der Sanktionierungsstrategie

Infolge des von der Bundesrepublik während des Untersuchungszeitraums immer stärker systematisieren Sanktionsmechanismus erscheint der Entzug entwicklungspolitischer Zuwendungen zunächst als kurzfristig durchaus effektives Instrument, um die deutschlandpolitischen Interessen gegenüber den Entwicklungsländern anstelle oder in Kombination mit diplomatischen Maßnahmen wirksam durchzusetzen. Dies gilt nicht nur gegenüber dem jeweils direkt betroffenen Staat, sondern fungiert gleichzeitig als Abschreckung gegenüber allen anderen, was auch auf ostdeutscher Seite so wahrgenommen wird.<sup>471</sup> Laut Gerstenmaier liege der „konstruktive Wert“ der „Hallstein-Doktrin“ ebendort, wo auch der Wert der Atombombe liege: „in der Abschreckung.“<sup>472</sup> Allerdings dürfe diese Drohung nicht an Glaubwürdigkeit verlieren und daher, wenn auch nur gelegentlich, Anwendung finden. Die realpolitische Wirksamkeit des (deutschland-)politischen Drucks entfaltet sich dabei vor der eigentlichen Tragfähigkeit des Entzugs, da dieser erst für bis dahin noch nicht zugesagte oder angelaufene Projekte gilt. Diese Taktik wird teilweise mit honorierenden Zuwendungen gekoppelt, wie im Falle Ägyptens und Guineas.<sup>473</sup> Allerdings gerät die Bundesrepublik bei dem Versuch, den Alleinvertretungsanspruch durch entwicklungspolitische Sanktionen aktiv zu verteidigen in einen reaktiven Modus, der abhängig vom Agieren der DDR und der Entwicklungsländer ist.<sup>474</sup> Die westdeutsche Presse spricht dabei explizit von „Gegenmaßnahmen“<sup>475</sup>, beispielsweise in Form von Krediten und Einladungen. Entsprechend klassifizieren ENGEL/SCHLEICHER die „Hallstein-Doktrin“ als „faktische Einschränkung der operativen Handlungsmöglichkeiten“<sup>476</sup> Bonns. Als bedrohliches Menetekel am Horizont erscheint immer das „Werben“<sup>477</sup> der Gegenseite. BOOZ beschreibt die Reaktionen Bonns als nervös und unbeholfen, denn „jede Initiative Pankows muss schon im Ansatz pariert werden.“<sup>478</sup> Auch der DER SPIEGEL schimpft, man könne sich doch nicht „von Ulbricht vorschreiben lassen,

---

<sup>471</sup> So glaubt man 1963, dass die „Drohungen Westdeutschlands weniger gegen Ghana selbst gerichtet sind, als vielmehr gegen andere Staaten, die dem Beispiels Ghanas folgen könnten.“ Vgl. *Aktennotizen des MfAA vom 20. September 1963*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>472</sup> „Wir leben ständig in der Gefahr der Erpressung.“ In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.37.

<sup>473</sup> Auf dem Höhepunkt der Guinea-Krise verkündet von Brentano öffentlich das Interesse Bonns an ungestörten Beziehungen zu allen afrikanischen Ländern, um an deren „Aufbau [...] mitzuwirken“, was als Honorierung oder Sanktionierung der jeweiligen Haltung verstanden werden kann. Vgl. *Interview des Bundesministers von Brentano für den Hessischen Rundfunk am 7. April 1960*. In: DzD, 1960, S.709.

<sup>474</sup> Ähnlich beschreibt SCHROEDER viele westdeutsche Entscheidungen als „Reflex“ auf die DDR als mögliche Alternative. Vgl. SCHROEDER, 2001, S.105.

<sup>475</sup> *Kampf um Afrika?* In: DIE WELT, 6. November 1959, S.1.

<sup>476</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.149.

<sup>477</sup> *Entwicklungshilfe – aber wie?* In DIE WELT, 8. April 1959, S.7.

<sup>478</sup> BOOZ, 1998, S.38 f.

in welchem Bananenwinkel wir unser Geld aus dem Fenster werfen.“<sup>479</sup> Die beständige Entzugsdrohung produziert ein „Unsicherheitsgefühl“<sup>480</sup>, das langfristig die Beziehungen der Entwicklungsländer zu Bonn belastet. In dieser Konsequenz kritisiert JETZLSPERGER, die „Entwicklungshilfe“ sei als Instrument der „Hallstein-Doktrin“ ungeeignet.<sup>481</sup> Grewe glaubt hingegen, dass diese Praxis richtig sei, solange die Wiedervereinigung noch greifbar erscheine, was Mitte der sechziger Jahre allerdings in immer weitere Ferne rückt.<sup>482</sup> Insbesondere im Nahen Osten wirkt sich diese Praxis infolge der komplizierten Beziehungen zu Israel nachteilig für Bonn aus. Die DDR kann sich während des Untersuchungszeitraums dennoch (entwicklungs-)politisch etablieren und die Bundesrepublik „vor sich hertreiben“ ohne selbst entwicklungspolitisch sanktionär aufzutreten. Diese Vorgehensweise Bonns wird von DDR außerdem medienwirksam als Beweis für die „neokolonialistischen“ Absichten des Westens ausgeschlachtet und unterstützt die Darstellung, dass Ostberlin im Gegensatz zu Bonn „der wahre Freund“<sup>483</sup> der Entwicklungsländer sei.

### 5.2.2.4 Westdeutsche Behäbigkeit

Eine weitere zentrale Beobachtung während des gesamten Untersuchungszeitraums ist die Schwerfälligkeit der Bonner Entwicklungspolitik, was in einem bemerkenswerten Gegensatz zum geradezu panischen Aktionismus der Botschaften vor Ort steht. So fürchtet DIE WELT bereits 1960, insbesondere die Stellen in Bonn hätten „zu lange geschlafen“<sup>484</sup>, Ostberlin agiere deutlich schneller und könne so kleinste, „aber atmosphärisch trotzdem bedeutende“<sup>485</sup> Gelegenheiten nutzen, um seinen deutschlandpolitischen Anliegen Gehör zu verschaffen. Schon 1961 glaubt man im Auswärtigen Amt, dass Bonn sein „Vertrauensverhältnis zu den afrikanischen Staaten“<sup>486</sup> durch diese zögerliche Haltung „verspielt“ habe. Der hohe administrative Aufwand wird bei den Empfängern laut SPIEGEL mit folgenden Worten

---

<sup>479</sup> *Ausgerechnet Bananen*. In: DER SPIEGEL Nr. 12/1960, S.12.

<sup>480</sup> BODEMER, 1974, S.123.

<sup>481</sup> Diese sei nur als langfristige Sicherheitspolitik im „Nord-Süd-Konflikt“ sinnvoll. Vgl. JETZLSPERGER, 2001, S.322, S.357

<sup>482</sup> GREWE, 1974, S.261.

<sup>483</sup> So wird Touré von ostdeutscher Seite im Falle einer Sanktionierung versprochen, dass die DDR „alles, was in unserer Macht stünde“ tun würde. Vgl. *Streng vertraulicher Vermerk über den Besuch Kurellas bei Touré am 25. März 1960*. In: PA/MfAA A 14330.

<sup>484</sup> *Zweierlei Deutsche in Havanna*. In: DIE WELT, 31. Dezember 1960, S.3.

<sup>485</sup> *Schwerfällige Diplomatie*. In: DIE WELT, 15. Januar 1965, S.3.

<sup>486</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf am 7. Januar 1961*. In: AAPD 1961 Dok.8, S.33. *Ähnlich auch: Staatssekretär an Scherpenberg an Bundeskanzler Adenauer am 6. Februar 1961*. In: AAPD 1961 Dok.25, S.145.



kritisiert: „Wenn wir alle Ihre Fragebögen beantworten könnten, bräuchten wir keine Entwicklungshilfe mehr.“<sup>487</sup> Im Kontrast zu dieser bürokratisch bedingten Verlangsamung stellt man immer wieder mit Sorge fest, „daß die Ostzone in ihrem Bemühen um Anerkennung [...] sehr tätig gewesen ist.“<sup>488</sup> So warnt die Botschaft der Bundesrepublik in Conakry, der Einfluss der ostdeutschen Vertreter sei „überall zu verspüren“<sup>489</sup> und man könne das durch die verzögerte Eröffnung der westdeutschen Botschaft „verlorene Terrain nur in geduldiger und langwieriger Arbeit zurückgewinnen.“ DER SPIEGEL kritisiert ebenfalls, dass dieser „angeblich nicht existierende Staat“<sup>490</sup> sich international immer weiter vernetze und die Bundesrepublik nicht angemessen gegensteuere. Schuld daran sei in erster Linie die „schwerfällige Diplomatie“<sup>491</sup> des Bonner Regierungsapparats.

So beschwert sich der westdeutsche Botschafter in Accra Lüders im Januar 1962 beim Auswärtigen Amt, dass die seit längerer Zeit in Aussicht gestellte „Entwicklungshilfe“ für Ghana noch immer nicht realisiert worden sei. Er berichtet von einem Gespräch mit Präsident Nkrumah, der darüber „lebhaft enttäuscht“ sei und konstatiert habe, dass ihm „diese Haltung der Bundesrepublik [...] zu denken gäbe und er sich in Zukunft danach richten werde.“ Lüders interpretiert diese Formulierung als Indiz dafür, dass Nkrumah sich „mit dem Gedanken trägt, die SBZ anzuerkennen.“ Er macht dafür in erster Linie die Langwierigkeit bei der konkreten Umsetzung entwicklungspolitischer Versprechungen verantwortlich. So sei bereits im April 1960 ein Rahmenabkommen zum Ausbau der Landwirtschaft, Infrastruktur und Industrie Ghanas zugesagt worden. Nun, nach über anderthalb Jahren, sei außer der Einrichtung eines Büros nichts weiter Nennenswertes passiert.<sup>492</sup> Sollte sich bei der Regierung der Gedanke verfestigen, dass aus Bonn keine schnelle Verwirklichung zu erwarten sei, dann existiere kein „gewichtiges Gegeninteresse“<sup>493</sup> mehr, was die Anerkennung der DDR verhindern könnte, so Lüders. Er habe außerdem ernst zu nehmende Hinweise, dass Nkrumah Gespräche mit dem in Accra ansässigen ostdeutschen Handelsvertreter Heiderich führe. In Folge dieses Telegramms kommt nun doch Bewegung in die Sache und knapp vier Wochen später kann die Bewilligung einer Anleihe über 20 Millionen DM für ein Straßenbauprojekt

<sup>487</sup> *Milliarden in den Busch?* In: DER SPIEGEL, Nr.20/1962, S.31.

<sup>488</sup> *Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens vom 4. September 1964.* In: AAPD 1964 Dok.242, S.998.

<sup>489</sup> *Schreiben der Botschaft in Conakry vom 18. August 1959.* In: PA/AA B34 Bd.89.

<sup>490</sup> *Ausgerechnet Bananen.* In: DER SPIEGEL Nr. 12/1960, S.12.

<sup>491</sup> *Schwerfällige Diplomatie.* In: DIE WELT, 15. Januar 1965, S.3.

<sup>492</sup> Allerdings will die Bundesregierung in der westdeutschen Öffentlichkeit und anderen potentiellen Empfängerländern den Eindruck vermeiden, als verbürge sie sich für diese Summe. Vgl. *Botschafter Lüders Accra, an das Auswärtige Amt vom 10. Januar 1962.* In: AAPD 1962 Dok.15, S.105, Anm.4.

<sup>493</sup> *Botschafter Lüders Accra, an das Auswärtige Amt vom 10. Januar 1962.* In: AAPD 1962 Dok.15, Anm.6, S.105.

zwischen Accra und der Hafenstadt Tema übermitteln werden.<sup>494</sup> Auch der westdeutsche Botschafter in Tanganjika fordert eine schnelle und großzügige Verwirklichung entwicklungspolitischer Zusagen. Außer einiger Kommissionen, die „lange Berichte über größtenteils schon bekannte Dinge“<sup>495</sup> produziert hätten, sei nicht viel geschehen, so dass er über „das bisherige Funktionieren unserer Entwicklungshilfe“ recht „enttäuscht“ sei und sich durch viele kritische Nachfragen in der Defensive sehe.

In einem ähnlich gelagerten Fall mahnt der in Kairo ansässige Botschafter Weber, das in einem langen Prozess erworbene Vertrauen Ägyptens durch die zunehmend als „schleppend empfundene Behandlung“<sup>496</sup> diverser entwicklungspolitischer Projekte zu verspielen. Dabei geht es im Juli 1962 unter anderem um das so genannte „Boghadi-Abkommen“ zum Bau eines Euphrat-Staudamms, zu dem Bonn schon ein Jahr zuvor Kapitalhilfe in Aussicht zugesagt habe, ohne dass es seither zu wirklichen Fortschritten gekommen wäre. Auch das Energiegewinnungskonzept der „Kattara-Senke“, für das bereits zweieinhalb Jahre zuvor Technische Hilfe vereinbart worden war, komme ebenso wie die Einrichtung eines Polytechnikums im Zuge der Bildungshilfe nur schleppend voran. Im Dezember 1962 muss man auch im Auswärtigen Amt bekennen: „Die Sache liegt im [A]rgen.“<sup>497</sup> Kairo schließe daraus auf „Desinteresse“ und „Gleichgültigkeit“ der Bundesrepublik, so Weber. Er mahnt, dass dieses „Vakuum“ der DDR nicht verborgen bleibe und dieser die Möglichkeit biete, „die guten Beziehungen zwischen der VAR und der Bundesrepublik Keile zu treiben und die eigene Position aufzuwerten.“ Dies geschehe in erster Linie durch Besuchsreisen, wie beispielsweise durch Scholz im Juli 1962, bei denen „Entwicklungshilfe“ in Aussicht gestellt würde: Ägypten befinde sich wirtschaftlich in einer so ernsten Lage, dass es sich nach Ansicht Webers nicht leisten könne, „angebotene Wirtschaftshilfe auszuschlagen.“<sup>498</sup> Im Falle der Botschafteraffäre um Guinea habe es sich nach Einschätzung von Brentanos dagegen als richtig erwiesen, „daß wir nicht übereilt gehandelt haben“<sup>499</sup>, und zunächst eine Lösung auf Verhandlungswege gesucht und auch gefunden worden sei. Ein Grund für diese „administrative[n] Reibungsverluste“<sup>500</sup> auf Seiten der Bundesrepublik sind bürokratische Hemmnisse,

<sup>494</sup> *Botschafter Lüders Accra, an das Auswärtige Amt vom 10. Januar 1962.* In: AAPD 1964 Dok.202, Anm. 14, S.107.

<sup>495</sup> *Schreiben Schroeders vom 5. Mai 1963.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>496</sup> *Botschafter Weber Kairo, an das Auswärtige Amt am 12. Juli 1962.* In: AAPD 1962 Dok.298, S.1325.

<sup>497</sup> *Botschafter Weber Kairo, an das Auswärtige Amt am 12. Juli 1962.* In: AAPD 1962 Dok.298, Anm.7, S.1326.

<sup>498</sup> *Botschafter Weber Kairo, an das Auswärtige Amt am 12. Juli 1962.* In: AAPD 1962 Dok.298, S.1327.

<sup>499</sup> *Erklärung des Bundesministers von Brentano vor dem Dritten Deutschen Bundestag am 8. April 1960.* In: DzD 1960 II, S.716.

<sup>500</sup> FÄBLER, 2005, S.157.

die teilweise zu einer defizitärer Informations- und Handlungslage führen. Die für die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ symptomatischen Projektbindungen verursachen regelmäßig „Bearbeitungsstaus“ im BMZ. Um die Dringlichkeit des eigenen Anliegens zu demonstrieren, bedienen sich die westdeutschen Vertreter vor Ort gerne des Arguments sich verdichtender Beziehungen zur DDR. Da es stellenweise keine oder nicht ausreichend geprüfte Vorhaben für die Förderungsmittel gibt, wird nach einer Bewilligung teilweise regelrecht „krampfhaft“<sup>501</sup> nach Projekten gesucht. Das Auswärtige Amt beschwert sich über diese systemisch bedingte „Verlangsamung“<sup>502</sup>, die den deutschlandpolitischen Ambitionen Bonns nachhaltig schade. Das Zeitmanagement erfährt von verschiedenen Parteien Kritik. So wird einerseits davor gewarnt, überstürzte Zusagen zu erteilen: „Besser ordentlich, als zu schnell.“<sup>503</sup> An anderer Stelle wird moniert, viele bereits geprüfte und für sinnvoll erachtete Projekte würden unnötig lang auf eine Zusage warten: Schnellere Zusagen bedeute nicht automatisch „Geld zum Fenster hinaus[zu]schmeißen.“<sup>504</sup> Auch Bundespräsident Lübke kritisiert die „entsetzlich langwierige Behandlung“ der Anträge und macht die Vielzahl der beteiligten Ministerien dafür verantwortlich.<sup>505</sup> Die Staatssekretäre Carstens und Lahr schlagen im September 1963 sogar vor, dass, wohlgemerkt, dem Außenminister ein entwicklungspolitischer Sonderfonds in Höhe von 20 Millionen DM zur Verfügung stehen sollte, über den er ohne „Beteiligung der übrigen Ressorts“ verfügen könne, um „unabhängig von dem üblichen langwierigen Verfahren in besonders eiligen und politischen wichtigen Fällen schnell handeln zu können“<sup>506</sup> Denn nur „wer rasch gibt, gibt doppelt.“<sup>507</sup> Dieses Vorhaben findet, wenn auch in abgewandelter Form, nach dem Ulbricht-Besuch tatsächlich Anwendung, als den Staaten im Nahen Osten, die sich von Nasser distanzieren, kurzfristig zu verwirklichende Zuwendungen ohne weitere Prüfung angeboten werden. Die „Entwicklungshilfe“ der DDR ist dagegen in der Regel nicht projektgebunden und durch geringere bürokratische Auflagen

---

<sup>501</sup> In diesem Tenor: Verhandlungen des Dritten Deutschen. Bundestages, STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6832 D.; Von 35 Millionen DM BRD-Kapitalhilfe an Tanganjika wird 1964 nur ein Teil aufgrund fehlender Projekte abgerufen. Vgl. *Afrikas leuchtender Stern verblasst*. In: DER SPIEGEL Nr.17/1964, S.91.

<sup>502</sup> Dies und das folgende: *Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 13. August 1964*. In: AAPD 1964 Dok.231, S.966 f.

<sup>503</sup> *Auswärtiges Amt fordert mehr Geld für Entwicklungsländer*. In: DIE WELT, 2. Oktober 1959, S.2.

<sup>504</sup> *Wir müssen sofort helfen*. In: DIE WELT, 1. März 1961, S.9.

<sup>505</sup> *Lübke stellt sich hinter die Entwicklungsländer*. In: DIE WELT, 21.Dezember 1963, S.2.

<sup>506</sup> *Aufzeichnungen der Staatssekretäre Carstens und Lahr vom 13. September 1963*. In: AAPD 1963 Dok.334, S.1116.

<sup>507</sup> *Aufzeichnung der Politischen Abteilung II vom 17. Juli 1964*. In: AAPD 1964 Dok.202, S.861.

und den Zentralismus deutlich schneller realisierbar.<sup>508</sup> Die westdeutsche Behäbigkeit offenbart sich jedoch nicht nur in der schleppenden Verwirklichung entwicklungspolitischer Vorhaben, sondern in der im Vergleich zur DDR oft zögerlichen Reaktion auf besucherischer oder telegraphischer Ebene bei politischen Entwicklungen, wie der Unabhängigkeit Guineas oder des Umsturzes auf Sansibar.

### 5.2.2.5 „Nicht unter jeder Modalität“ - Differierende Handlungsmuster Bonns

Generell ist festzustellen, dass die Bundesrepublik gegenüber den Entwicklungsländern unterschiedlich streng bzw. nachsichtig reagiert. So kursieren regelmäßig Warnungen, ein stark differierendes Agieren könne den westdeutschen Interessen in Afrika nachhaltig schaden. So akzeptiert man im Falle Ägyptens die Einrichtung des ostdeutschen Generalkonsulats 1959 ohne größere Proteste: Staatssekretär Carstens spricht lediglich von einem „Gefühl des Unbehagens“<sup>509</sup> und Adenauer weist das Auswärtige Amt an, Ruhe zu bewahren. Die Bonner Republik wirkt angesichts dieses ostdeutschen Stellungsgewinns „verblüfft.“<sup>510</sup> Eine Stellungnahme der Bundesregierung vom September 1959 spricht sogar von „einen für beide Seiten befriedigen Verlauf“<sup>511</sup>, da Kairo immerhin erklärt habe, weiter an seiner Politik der Nichtanerkennung festzuhalten. Konkrete Sanktionen bleiben aus: Selbst die Reise Erhards nach Kairo wird nicht abgesagt. Lediglich DER SPIEGEL zürnt kurz über die „voluminöse sowjetzonale Vertretung.“<sup>512</sup> Als einige Jahre später angesichts der Unionbildung von Sansibar und Tanganjika die Einrichtung eines DDR-Generalkonsulats als Kompensation für die wegfallende „DDR-Botschaft“ im Gespräch ist, reagiert Bonn deutlich gereizter. Außenminister Schröder lehnt diesen Vorschlag harsch ab und fordert harte Konsequenzen, da man ansonsten womöglich international als „Papiertiger“<sup>513</sup> erscheinen werde. Die von ihm in diesem Kontext geforderte Einstellung auch laufender entwicklungspolitischer Projekte wird vom Kabinett jedoch nicht beschlossen. Man fürchtet, so erzeuge man den Eindruck, „dass

---

<sup>508</sup> *Protokoll über die Errichtung der Handelsvertretung Ägyptens in der DDR aus dem Jahr 1958.* In: PA/MfAA A 12770.; *Kurzinformation über die neueste Entwicklung auf Sansibar und Bericht des Genossen Paul Scholz vom Mai 1965.* In: PA/MfAA A 15069.

<sup>509</sup> *Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem ägyptischen Botschafter Sabri vom 30. Januar 1964.* In: AAPD 1964 Dok.32, S.160.

<sup>510</sup> *Kairo versichert: Keine konkrete Vereinbarung mit Grotewohl.* In: DIE WELT, 10. Januar 1959, S.2.

<sup>511</sup> Fußnote 2 bei: *Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR zur Errichtung eines Generalkonsulats in Kairo am 15. September 1959.* In: DzD 1959, S.206 f.

<sup>512</sup> *Die Blechschild-Doktrin.* In: DER SPIEGEL Nr.13/1960, S.18.

<sup>513</sup> *Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtige Amt vom 17. Mai 1965.* In: AAPD 1965, Dok.209, Amn.15, S.843.

wir den starken Nasser schonen und den schwachen Nyerere schlugen.“<sup>514</sup> Der zeitgleiche Besuch Ulbrichts in Ägypten setzt Bonn gehörig unter Druck, einen „Dominoeffekt“<sup>515</sup> zu verhindern. Allerdings werden die militärische Hilfe und künftige Zusagen für Tansania vorübergehend gestoppt. Aufgrund der zeitgleichen Krisen in Ostafrika und dem Nahen Osten will Schröder gegenüber Tansania Härte demonstrieren und offenbar „ein Exempel statuieren.“<sup>516</sup> Auf die im Bundestag öffentlich eingebrachte Kritik, dass man die „Hallstein-Doktrin“ offenbar nun gegenüber den Staaten, „bei denen man es riskieren kann“<sup>517</sup>, konsequent anwende, reagiert der Außenminister ausweichend, aber ohne klaren Widerspruch: Sein Credo sei es stets, die Anwendung so flexibel zu handhaben, dass man „den höchstmöglichen Effekt für die Wahrung der deutschen Lebensinteressen“ erzielen könne. Erst der triumphale Empfang Ulbrichts, der sogar von Kanzler Erhard als „hauchdünn“<sup>518</sup> von einer *de facto*-Anerkennung Ostberlins entfernt interpretiert wird, führt zu einer ernsten Krise der Beziehungen. Dass sich Außenminister Schröder in diesem Kontext dafür ausspricht, unbürokratische und schnelle Hilfen für die arabischen Staaten zur Verfügung zu stellen, die sich von Kairo distanzieren, kommentiert OSTERHELD diese Vorgehensweise bissig mit den Worten: „Streng nur mit den Kleinen.“<sup>519</sup> TETZLAFF bewertet dies als „peinliche Ambivalenzen der Bonner Afrikapolitik.“<sup>520</sup> Auch anlässlich der Botschafteraffäre mit Guinea 1960 hatte der damalige Außenminister von Brentano, davor gewarnt, sich von „[so]einem Land“<sup>521</sup> vorführen zu lassen und gewarnt, dies würde die Glaubwürdigkeit des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs zerstören und Nachahmer auf den Plan rufen. Guinea hat mit dem Botschafteraustausch möglicherweise einen „Testballon“<sup>522</sup> fliegen lassen, ist dann aber von der heftigen Reaktion überrascht worden. Als innerhalb des Auswärtigen Amtes die Idee aufkommt, ein ostdeutsches Generalkonsulat zu akzeptieren, sollte Guinea dies vorschlagen, lehnt der zuständige Staatssekretär diese Idee ab. So findet sich in den Akten der handschriftliche Kommentar, wonach er diesbezüglich „starke Bedenken“<sup>523</sup> habe. Rückblickend lobt das

<sup>514</sup> *Gesandter Knoke, Paris, an das Auswärtige Amt vom 17. Februar 1965.* In: AAPD 1965 Dok.83, S.342.

<sup>515</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.170.

<sup>516</sup> SCHNEPPEN, 1999, S.416.

<sup>517</sup> *Erklärungen des Bundesministers Schröder auf Fragen des Abg. Kobut (FDP) in der Fragestunde des 4. Deutschen Bundestages am 10. März 1965.* In: DzD 1965, S.271.

<sup>518</sup> *Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit den Botschaftern der Drei Mächte vom 5. März 1965.* In: AAPD 1965 Dok.112, S.458.

<sup>519</sup> OSTERHELD, 1992, S.192.

<sup>520</sup> TETZLAFF, 1978 (B), S.35.

<sup>521</sup> BARING, 1974, S.284 f.

<sup>522</sup> TROCHE, 1996, S.36.

<sup>523</sup> *Aufzeichnungen zur Guinea-Krise am 13. März 1960.* In: PA/AA B34 Bd.149.

Auswärtige Amt 1962 paradoxerweise die eigene „behutsame und geduldige“ Vorgehensweise gegenüber Guinea im Zuge der Botschafternennung: Dies habe Bonn sogar den Ruf eingebracht, „die Haltung kleinerer Länder zu respektieren.“<sup>524</sup>

Augstein proklamiert, die Bundesregierung müsse „Ulbrichts Diplomaten [...] ertragen lernen“, jedoch „nicht überall, nicht unter jeder Modalität.“<sup>525</sup> Diese Formel charakterisiert symptomatisch die Vorgehensweise der Bundesregierung, die politisch und ökonomisch gewichtigere Länder wie Kairo angesichts sich verdichtender Beziehungen mit Ostberlin weniger harsch behandelt als Ghana, Guinea und Tansania. Das ostdeutsche Außenministerium charakterisiert dieses Agieren als völkerrechtswidrig und „Bestandteil jener aggressiven imperialistischen Bonner Politik, die darauf gerichtet ist, jeden Beitrag zur Entspannung und zur friedlichen Koexistenz zu verhindern.“<sup>526</sup> Auch innerhalb des Auswärtigen Amts kursieren Warnungen, dass schon die Vergabe von „Entwicklungshilfe“ an andere Staaten häufig ein „Neidgefühl“<sup>527</sup> bei den leer ausgegangenen Länder erzeuge und dass man auch dahingehend sensibel agieren solle.

### 5.2.3 Übereinstimmende Handlungsmuster

#### 5.2.3.1 „Ceterum censeo“ – Die Honorierung gewünschten Verhaltens

##### a) Ostdeutsche Praxis gegenüber Ägypten und Sansibar

Der Abschlussbericht des BMZ aus dem Jahr 1991 zur „Abwicklung“ der ostdeutschen Entwicklungspolitik stellt fest, dass die DDR im gesamten Zeitraum ihres Bestehens mit rund hundert Ländern entsprechende Beziehungen unterhalten habe.<sup>528</sup> GOLZ hat darauf verwiesen, dass man aus Sicht der späten achtziger Jahre den Kurs der DDR gegenüber dem Ausland durchaus als „Erfolg“<sup>529</sup> betrachten könne, da Ostberlin ein weltweit umspannendes Netz diplomatischer Beziehungen aufgebaut habe. Die Auswahl der Länder und der Umfang, mit dem diese bedacht worden seien, seien zeitlich sehr verschieden und hätten sich vorrangig an den „politischen Vorgaben und Prinzipien [...], nach denen die Führung der SED ihre internationale Politik“<sup>530</sup> gestaltet habe, orientiert. Diese ideologische Ausrichtung bildet auf

---

<sup>524</sup> *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner*. In: PA/AA B34 Bd.389.

<sup>525</sup> *D-Markt Diplomatie (West)*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.20.

<sup>526</sup> Dies erklärt das MfAA angesichts der simultanen harten Vorgehensweise der Bundesregierung gegenüber Ceylon 1964, für das vorübergehend die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ eingestellt wird. Vgl. *Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR am 20. Februar 1964*. In: DzD 1964, S.262.

<sup>527</sup> *Schreiben der Botschaft in Daressalam vom 6. Januar 1962*. In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>528</sup> BMZ-INFORMATIONEN 1/1991, S.1.; TROCHE, 1996, S.7.

<sup>529</sup> GOLZ, 2003, S.328.

<sup>530</sup> BMZ-INFORMATIONEN 1/1991, S.1.

den ersten Blick einen Kontrast zum zuvor dargestellten präventiven Ansatz Bonns, der möglichst überall Kontakte zum „anderen Deutschlands“ durch ein eher breit gefächertes Engagement von vornherein verhindern will. Beide Vorgehensweisen sind jedoch klar deutschlandpolitisch motiviert und spiegeln die jeweiligen außenpolitischen Zielsetzungen wider. Ein zeitgenössisches ostdeutsches Geschichtsbuch skizziert diese in Bezug auf die DDR folgendermaßen:

„1. Solidarische Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus. [...] 3. Unterstützung der [...] Politik der Nichtpaktgebundenheit. 4. Hilfe bei der Festigung der politischen und [...] ökonomischen Unabhängigkeit“<sup>531</sup>

Langfristig zeigt sich die Honorierung „ökonomische[r] Unabhängigkeit“ und „Nichtpaktgebundenheit“ durch die DDR im Falle Ägyptens. Nach Schätzungen der OECD erhält Nordafrika rund zwei Drittel der gesamten ostdeutschen „Entwicklungshilfe“ für Afrika, wobei Kairo über viele Jahre hinweg den größten Empfänger darstellt.<sup>532</sup> Seit dem Sieg der ägyptischen Revolution 1952, die die DDR als „gewaltigen Impuls für die antiimperialistische Bewegung“<sup>533</sup> begrüßt, wird ein immer engermaschigeres Beziehungsnetz zu Kairo aufgebaut. Die Unterstützung so genannter „Befreiungsbewegungen“ erscheint dabei nach Ulbricht als „humanistische Pflicht und Gebot der internationalen Solidarität.“<sup>534</sup> So schließt Ostberlin im März 1953 als erstes Abkommen mit einem Entwicklungsland eine Handels- und Zahlungsvereinbarung mit Ägypten.<sup>535</sup> Bis einschließlich 1961 fördert die DDR eine Reihe von Projekten wie ein Wärmekraftwerk, eine Baumwollspinnerei sowie die Einrichtung von Hochspannungsleitungen im Gesamtwert von rund 36 Millionen US-Dollar.<sup>536</sup> Außerdem werden Beschlüsse zur Steigerung des Warenaustauschs und zur Kooperation der Rundfunkanstalten geschlossen.<sup>537</sup> Nasser selbst verteidigt seine im Westen stark kritisierte Einladung an Ulbricht für das Frühjahr in einem SPIEGEL-Interview mit der vielsagenden Aussage, die

<sup>531</sup> GESCHICHTE DER AUßENPOLITIK DER DDR. Berlin (O): 1984. S.380.

<sup>532</sup> ENTWICKLUNGSHILFE AN AFRIKA, 1970, S.46.

<sup>533</sup> DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, Berlin (O): 1984, S.38.

<sup>534</sup> DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Berlin (O): 1984, S.80.

<sup>535</sup> Kupper sieht in dem Abkommen eine Reaktion Kairo auf das Luxemburger Abkommen zur Wiedergutmachung an Israel. Vgl. KUPPER, 1971, S.30.

<sup>536</sup> Interview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht für die Zeitung „Al Abram“ vom 23. Februar 1965. In: DzD 1965, S.220.

<sup>537</sup> Im Jahr 1961 soll das Volumen gegenüber 1960 um 40% gesteigert werden, beispielsweise Export von Maschinen, Glas und Keramik sowie den Import von Baumwolle und Südfrüchten. Vgl. *Kommuniqué über die Wirtschaftsverhandlungen und den Abschluss eines Abkommens über den Warenaustausch für 1961 zwischen den Regierungen der DDR und der VAR*. In: DA DDR 1960, S.521.; *Abkommen zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der DDR und dem Rundfunk und Fernsehen der VAR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Rundfunks und Fernsehen vom 2. August 1962*. In: DA DDR 1962, S.547.

Ostdeutschen seien immer „sehr nett“<sup>538</sup> gewesen, was nicht nur die Wahrnehmung, sondern auch den Erfolg der ostdeutschen Honorierungstaktik demonstriert.

DDR-Sonderbotschafter Hohmann bietet im September 1964 einen Kredit über 200 Millionen DM zur Unterstützung des Zweiten Fünfjahresplans an. Zwar betont NEUES DEUTSCHLAND, dieses Angebot erfolge „uneigennützig und ohne jede politische Bedingung“<sup>539</sup>, doch wahrscheinlich fordert die DDR im Gegenzug eine baldige Einladung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht. Die erst im Januar 1965 geschlossenen entwicklungspolitischen Abkommen zur Ausrüstungs-, Kredit- und Technischen Hilfe unterstützen diesen Eindruck.<sup>540</sup> Auch die DDR scheint für ihr Engagement politisch honorierende Gegenleistungen in einer „*do ut des*“-Mentalität zu erwarten. Während seines Besuchs stellt Ulbricht sogar indirekt die Kompensation ausfallender westdeutscher „Entwicklungshilfe“ in Aussicht: Man müsse angesichts der aktuellen Ereignisse „überlegen, wie die Zusammenarbeit zwischen VAR und DDR [...] verbessert werden kann.“<sup>541</sup> Kurz darauf wird ein Kredit über rund 300 Millionen DM vereinbart. Außerdem werden fünf Abkommen zur kulturellen, wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit abgeschlossen.<sup>542</sup> In der westdeutschen Botschaft vermutet man, dass Ulbricht als „Gegenleistung“<sup>543</sup> noch ein weiteres „politisches Zugeständnis“ über den Staatsbesuch hinaus erwarte, wenigstens in Form eines Generalkonsulats in Ostberlin. Die Honorierung explizit deutschlandpolitisch relevanter Ereignisse wird auch im Falle Sansibars augenscheinlich: Der DDR-Ministerrat bewilligt am 11. April 1964, wenige Wochen nach der durch Sansibar verkündeten Anerkennung der DDR, ein umfassendes entwicklungspolitisches Hilfsprogramm.<sup>544</sup> Darunter fallen unter anderem ein Kredit über 10 Millionen DM und eine Schenkung im Wert von 5 Millionen DM. Außerdem werden der Bau von 150 Wohnungen („*Slum-Clearing-Project*“), die technische Ausrüstung einer Nachrichtenagentur und die Einladung einer Regierungsdelegation nach Ostberlin beschlossen. Entspre-

<sup>538</sup> *Tränen im Walldorf-Astoria*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.34 f.

<sup>539</sup> *Zusammenarbeit wahrer Freunde am Nil*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Februar 1965, S.7.

<sup>540</sup> *Zeittafel*. In: DA DDR 1965, S.960.

<sup>541</sup> zitiert nach: BLASIUS, 1998, S.766; ebenso: *Deutsch-britische Regierungsbesprechung vom 8. März 1965*. In: AAPD 1965 Dok.116, Anm.26. S.475.

<sup>542</sup> Die DDR verpflichtet sich unter anderem zur Lieferung von Anlagen und Ausrüstung für die chemische Industrie, Textilindustrie, Metallurgie und Elektrifizierung. Außerdem wird die Entsendung von Experten für Landwirtschaft und Industrie beschlossen. Im wissenschaftlichen Bereich wird ein vermehrter Austausch von Lehrkräften, Studenten und Lehrmaterialien vereinbart. Vgl. *Gesprächsprotokoll vom 28. Februar zwischen Nasser und Ulbricht* bei: BLASIUS, 1998, S.798 f.

<sup>543</sup> *Fernschreiben aus Kairo vom 1. März 1965*. In: PA/AA B36 Bd.143.

<sup>544</sup> im Wortlaut: ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.158.



chend hofft Kiese Wetter, durch dieses Projekt „den Politikern Ostafrikas vor Augen führen“<sup>545</sup> zu können, wie sich die DDR engagiere, um so ihr internationales Ansehen aufzuwerten. Weiterhin entsendet man Lehrer und Ärzte und vergibt zwanzig Stipendien. Kiese Wetter empfiehlt in diesem Kontext, die Insel zwar „vorrangig“<sup>546</sup> und mit „größte[r] Aufmerksamkeit“ zu behandeln, aber auch Mittel für andere Länder beiseite zu stellen, damit sich die Hilfe an Sansibar „politisch [in ganz Afrika] bezahlt machen“ könne. DIE ZEIT fürchtet, dass die Insel zum einem „Schaufenster des Ostens“<sup>547</sup> werden könnte. Im „Tausziehen im Tansania“ versucht Bonn ganz bewusst die DDR auszustechen, wie die Konkurrenz auf dem Wohnungsbausektor zeigt. Darüber berichtet DER SPIEGEL Nr.47/1964:

„Beide wollen je 5000 Neger-Lehmhütten abreißen und durch Eigenheime deutscher Machart ersetzen; die Westdeutschen eingeschossig in der Tanganjika-Hauptstadt Daressalam, die Ostdeutschen zweigeschossig auf Sansibar.“<sup>548</sup>

Sowohl das ostdeutsche *Slum-Clearing*-Projekt auf Sansibar als auch das westdeutsche Vorhaben auf dem Festland sind auf fünf Jahre angelegt und kosten etwa 200 Millionen DM.<sup>549</sup> Im Auswärtigen Amt fordert man, dass dieses Projekt „aus Wettbewerbsgründen besonders forciert“<sup>550</sup> werden müsse. Auch der Bau eines Krankenhauses und einer Schule sowie die Lieferung von zehn LKW der Marke Mercedes-Benz werden in Aussicht gestellt.<sup>551</sup> Entwicklungshilfeminister Scheel bezeichnet bei seinem Besuch im Januar 1965 die Frage einer möglichen DDR-Vertretung als „lebenswichtiges Problem“<sup>552</sup> und das Auswärtige Amt bietet die Übernahme der ostdeutschen Projekte als „Geschenk“<sup>553</sup> an. Das Ziel sei die DDR möglichst weit und schnell „zurückzudrängen und dann womöglich auszuschalten.“<sup>554</sup> Nach der über-

<sup>545</sup> *Vermerk Kiese Wetzters über ein Gespräch mit Vizepräsident Hanga vom 20. März 1964.* In: PA/MfAA A15069.

<sup>546</sup> *Information Kiese Wetzters über seinen Besuch in der VR Sansibar vom 19. bis 31. März 1964.* In: PA/MfAA A 15069.

<sup>547</sup> *Sansibar – ein Schaufenster des Ostens?* In: DIE ZEIT, 17.4.1964.

<sup>548</sup> *Sachsen im Busch.* In: DER SPIEGEL Nr.47/1964, S.134.

<sup>549</sup> Eine genaue Auflistung des ostdeutschen Hilfsprogramms: Entwurf über Abkommen zwischen DDR und Sansibar über „Hilfe und gegenseitige Unterstützung“ In: PA/MfAA A 15069.; Im Gegensatz zum ostdeutschen Projekt verläuft das Westdeutsche planmäßig ohne größere Pannen: „Der Bauleiter des DDR-Projekts auf Sansibar, hat [...] Kummer: Er kann den Plan nicht erfüllen. Die ersten 150 seiner Häuser, die schon vor vier Monaten fertig sein sollten, stehen immer noch nur im Rohbau, weil die schwarzen Maurer-Brigaden seit Wochen streiken.“ Vgl. *Sachsen im Busch.* In: DER SPIEGEL Nr.47/1964, S.143.

<sup>550</sup> *„Deutsches Verhalten gegenüber Sansibar aus amerikanischer Sicht“ vom 3. April 1965.* In: PA/AA B34 Bd.22.

<sup>551</sup> *Bericht der deutschen Botschaft in Tanganjika nach Bonn vom 12. Mai 1964.* In: PA/AA B34 Bd.511.; *Schreiben an das Auswärtige Amt vom 29. Juni 1964.* In: PA/AA B34 Bd.511.

<sup>552</sup> „Darüber hinaus hätten wir mit dem Angebot, sämtliche SBZ-Entwicklungshilfeprojekte auf Sansibar zu übernehmen [...] ein starkes Druckmittel in der Hand.“ *Gespräch des Bundesministers Schröders mit dem tansanischen Außenminister Kambona vom 29. Januar 1965.* In: AAPD 1965 Dok.45, S.214 f.

<sup>553</sup> *Fernschreiben vom 20. Mai 1965 an die deutsche Botschaft in Tanganjika.* In: PA/AA B34 Bd.511.

<sup>554</sup> *Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt vom 20. Mai 1964.* In: PA/AA B34 Bd.511.

raschenden schnellen Unionsbildung versucht auch Ostberlin mit dem am 17. Mai 1964 geschlossenen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Unterstützung und Erweiterung der Zusammenarbeit“<sup>555</sup> die Verbindungen weiter zu festigen. Das Politbüro der SED bewilligt einen 25 Millionen DM-Kredit für Industrieanlagen und im Juni 1964 wird ein Abkommen zur Unterstützung des Gesundheitswesens geschlossen. Die DDR bietet auch für Projekte auf dem Festland Kapitalhilfe an und übergibt im Juli 1964 ein Fotolabor. Die bereits auf der Insel vollzogene Aufwertung der DDR soll offenbar durch eine Ausweitung des Engagements auch auf das Festland erweitert werden. Beim Besuch des stellvertretenden Vorsitzenden des DDR-Ministerrats Paul Scholz betont dieser, dass die DDR seine entwicklungspolitische Unterstützung „in verstärktem Maße“<sup>556</sup> fortsetzen werde. Ganz explizit wird im Kommuniqué formuliert, dass die diplomatischen Beziehungen zur DDR auf Unionsebene übertragen und weiter bestehen würden.<sup>557</sup> Zahlreiche Akten des MfAA verweisen auf die verstärkte und beschleunigte Aktivität auf entwicklungspolitischem Gebiet.<sup>558</sup> Auch als sich die innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Ghana 1965 zuungunsten Nkrumahs verschieben, empfiehlt die örtliche Handelsvertretung „umgehend Maßnahmen auf wirtschaftliche Gebiete“<sup>559</sup>, um den über viele Jahre erarbeiteten Status nicht zu gefährden.

Nicht nur inneren Reformen, sondern auch Beschlüssen und Ereignissen, die das Wohlwollen oder eine Form der Aufwertung oder Anerkennung gegenüber der DDR suggerieren oder einen Affront gegenüber Bonn bedeuten, wird durch entwicklungspolitischen Zuwendungen Rechnung getragen. Dort, wo eine Aufwertung der DDR wahrscheinlich erscheint oder sogar bereits erfolgt ist, werden gezielt Mittel eingesetzt, um diese Entwicklungen zu fördern und zu belohnen.

### **b) Westdeutsche Praxis gegenüber Guinea und Tanganjika**

In einem Strategiepapier des Auswärtigen Amts zur Ausrichtung entwicklungspolitischer Förderung aus dem Jahr 1962 findet sich ebenfalls ein Passus, der für die Bundesrepublik die Strategie der entwicklungspolitischen Honorierung empfiehlt. So wird sich unter anderem dafür ausgesprochen, mehr „Entwicklungshilfe“ für solche Staaten bereitzustellen, die

---

<sup>555</sup> *Zeittafel*. In: DA DDR 1964, S.1139.

<sup>556</sup> AdG 1964, 11211 C.

<sup>557</sup> *Kommuniqué über den Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Scholz in Sansibar am 5. Mai 1964*. In: DzD 1964, S.540.

<sup>558</sup> *Schreiben Winzers an den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Apel vom 8. Juli 1964; Schreiben Winzers an den Leiter des Büros des Politbüros Genosse Otto Schön vom 16. Juli 1964; Winzers Vorlage für das Politbüro vom 16. Juli 1964*. Alle in: PA/MfAA A 15070.

<sup>559</sup> *Schreiben der Handelsvertretung in Accra an Kiesenwetter vom 10. Februar 1965*. In: PA/MfAA A 15687.

„für das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands“<sup>560</sup> eingetreten seien. Auch DIE WELT fordert, bewährte „Freunde“<sup>561</sup> zu bevorzugen: Das deutsche Volk erbringe dieses „Opfer“ schließlich für den Erhalt und die Verbreitung der westlichen Ideale und habe für die „Feinde dieser Ordnung [...] nichts [...] übrig.“<sup>562</sup> Entsprechend honoriert auch die Bundesrepublik deutschlandpolitisches Wohlverhalten entwicklungspolitisch. Dazu werden die öffentlichen Äußerungen der Regierungsvertreter ebenso „überwacht“<sup>563</sup> wie persönliche Kontakte. So soll ein Besuch von Guineas Präsident Touré in der DDR 1959 dadurch verhindert werden, dass Gespräche angeboten werden, „insbesondere die [Frage] der Entwicklungshilfe“<sup>564</sup> betreffend. Außenminister von Brentano verspricht öffentlich auf dem Höhepunkt der Botschafteraffäre im März 1960, bei einer für Bonn befriedigenden Lösung Guinea „bei seiner Entwicklung in Freiheit und Selbstständigkeit zu helfen.“<sup>565</sup> So erhält das Land nach der tatsächlich im Sinne Bonns gelösten Botschafteraffäre großzügige entwicklungspolitische Zuwendungen und auch das Handelsvolumen soll zunehmen: Noch am 7. Juli 1960 werden ein jährlicher Warenaustausch von 25 Millionen DM und eine Bürgschaft in Höhe von 50 Millionen DM beschlossen.<sup>566</sup> Im nächsten Jahr wird ein größeres Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit geschlossen.<sup>567</sup> So sollen allein 1962 rund 50 Millionen DM Kapitalhilfe für Infrastruktur und Wasserversorgung fließen. Außerdem werden ein Musterbetrieb für Fleischverwertung und Muster-Räucherplätze aufgebaut. Bonn finanziert auch einen Forschungsfischkutter, Veterinärstationen und Straßenbau-Spezialisten.<sup>568</sup> Des Weiteren werden dreißig guineische Praktikanten in der Bundesrepublik ausgebildet.<sup>569</sup> Für das Jahr 1963 meldet Guinea dann Wünsche an, die mit einem Wert von etwa 20 Millionen

<sup>560</sup> *Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Bindewald vom 13. Februar 1962.* In: AAPD 1962 Dok.71, Anm.1, S.366.; Der westdeutsche Botschafter in Tanganjika hofft, dass das Land nach Erreichung der eigenen Entwicklungsziele auch die „Probleme unseres Volks wohlwollend prüfen“ werde. Vgl. *Ansprache Schroeders bei Übergabe seines Beglaubigungsschreibens am 13. Dezember 1962.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>561</sup> Enttäuschte Freunde seien im Gegensatz zu gewieften Händlern, „die ein besseres Angebot von der Konkurrenz annehmen“ kaum zurückzugewinnen. Vgl. *Bonn und Afrika.* DIE WELT, 8. Februar 1960, S.2.

<sup>562</sup> *Vialon: Kein Geld für Feinde.* In: DIE WELT, 17. Mai 1963, S.2.

<sup>563</sup> So wird beispielsweise positiv hervorgehoben, dass Ghanas Außenminister bei seiner Rede vor der UNO „das Deutschlandproblem nicht erwähnte.“ Vgl. *Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Hase vom 12. Oktober 1961.* In: AAPD 1961 Dok.432, S.1725.

<sup>564</sup> *Telegramm vom 7. September 1959 an die Botschaft in Conakry.* In: PA/AA B34 Bd.86.

<sup>565</sup> *Interview des Bundesministers von Brentano für den Hessischen Rundfunk am 7. April 1960.* In: DzD 1960, S.710.

<sup>566</sup> AdG 1960, 8550 C.

<sup>567</sup> AdG 1961, 9117 B.

<sup>568</sup> *Scheußlich heiß.* In: DER SPIEGEL Nr.3/1962, S.17.; Auch der Besuch des Bundespräsidenten Lübke in Guinea 1962 und der Gegenbesuch Tourés zwei Jahre später bezeugen die Pflege der Beziehungen. Im gleichen Jahr wird ein eigener guineischer Botschafter nach Bonn entsandt, zuvor war der Botschafter in Paris auch für die Bundesrepublik zuständig gewesen.

<sup>569</sup> AdG 1962, 9623 A.

DM nach Einschätzung des Auswärtigen Amts „in keinem rechten Verhältnis zur bisherigen zivilen Entwicklungshilfe stehen.“<sup>570</sup> Dies macht deutlich, dass diese Honorierung deutschlandpolitischen Wohlverhaltens durchaus auch eingefordert wird. Schon 1960 berichtet der westdeutsche Botschafter aus Conakry, Guinea erwarte mehr als „ein paar Stipendien und Experten“, sondern vielmehr Unterstützung beim geplanten „völligen Umbau seiner Wirtschaft.“<sup>571</sup> Interne Aufzeichnungen des Auswärtigen Amts rechtfertigen höhere Zuwendungen formelhaft mit der Ausschaltung linker „Extremisten“<sup>572</sup>, was einerseits auf sozialistische Strömungen innerhalb Guineas, aber auch als Anspielung auf Einflussnahme durch die DDR verstanden werden kann.

Auch im Falle Tansanias versucht die Bundesrepublik durch eine Ausweitung des entwicklungspolitischen Engagements die bisherige Haltung von Präsident Nyerere zu honorieren und eine Übertragung auf Unionsebene zu erreichen. Am 26. April 1964 bilden Sansibar, das kurz zuvor die Anerkennung der DDR verkündet hatte, und Tanganjika, traditioneller Bündnispartner Bonns, gemeinsam „Tansania.“ DIE ZEIT spricht vom „Überraschungscoup des Julius Nyerere“, wobei zur globalpolitischen Bedeutung verschiedene Deutungsmuster vorliegen: Während DIE WELT von einem „Schachzug gegen die Kommunismus“ spricht, diagnostiziert die FAZ einen „Ruck nach links.“<sup>573</sup> Das Auswärtige Amt gibt sich indes überzeugt davon, dass sich herausstellen wird, „daß unsere Entwicklungshilfe von größerer Qualität ist als die der SBZ.“<sup>574</sup> In diesem Kontext vermittelt Verteidigungsminister von Hassel im Juli 1964 ein Abkommen zur Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe.<sup>575</sup> Auch die Konkurrenz auf dem Wohnungsbausektor fällt in diese Phase. Die Herabstufung der ostdeutschen Botschaft auf Sansibar solle dadurch erreicht werden, dass man anbiete, „sämtliche SBZ-Entwicklungsprojekte [...] zu übernehmen oder die Unionsregierung in die Lage zu versetzen, diese weiterzuführen.“<sup>576</sup> Auch im Falle Ägyptens vermutet das ostdeutsche Außenministerium, die Bundesrepublik habe 1961 ein Kapitelhilfeangebot an die Voraussetzung geknüpft, dass

<sup>570</sup> *Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen vom 13./15. Mai 1963.* In: AAPD 1963 Dok.166, S.533.

<sup>571</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 7. März 1960.* In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>572</sup> *Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Kahle vom 18. Juni 1962.* In: AAPD 1962 Dok.254, S.1131.

<sup>573</sup> Vgl. Pressspielgel in: *Der Überraschungscoup des Julius Nyerere.* In: DIE ZEIT, 1.5.1964.

<sup>574</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Labr vom 13. August 1964.* In: AAPD 1964 Dok.231, S.967.

<sup>575</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 11. August 1964.* In: AAPD 1964 Dok.228, Anm.4, S.957.

<sup>576</sup> Dies sei allerdings ein vorsichtig zu handhabendes Druckmittel. „Notfalls“ werde man ein Konsulat auf Sansibar zumindest zeitweise akzeptieren, falls die von Carstens im Juli 1964 formulierten Konditionen eingehalten würden, wie die Nicht-Erteilung des Exequaturs, die Beschränkung der Amtsgewalt und Reisetätigkeit auf die Insel, ein Propagandaverbot gegen Bonn sowie ein öffentliches Eintreten der Union für den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch. Vgl. *Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker (Entwurf) vom 14. Januar 1965.* In: AAPD 1965 Dok.16, Anm.20., S.75.

keine diplomatischen Beziehungen zur DDR hergestellt würden und die Rechte und Namensgebung ostdeutscher Vertretungen möglicherweise beschnitten würden. Man spricht dabei von einem gefährlichen „Junktin“<sup>577</sup>, das auf eine Spaltung zwischen der DDR und dem Nahen Osten ziele.

Generell zeigt sich, dass die DDR versucht ihre mangelnde ökonomische Potenz durch Konzentration auf einige wenige Schwerpunktländer wettzumachen, was einen klaren Gegensatz zum breit angelegten „Gießkannenprinzip“ Bonns darstellt. Dabei stehen vorzugsweise kleine Länder wie Sansibar oder Guinea im Fokus, wo Ostberlin „mit ihrem massierten Angebot mehr Eindruck macht als in größeren Ländern“<sup>578</sup>, so die zeitgenössische Analyse im Westen. Fast zwei Drittel aller ostdeutschen Kreditzusagen fallen in die Jahre zwischen 1965 und 1969, also unmittelbar vor der Anerkennungswelle an knapp fünfzehn Länder.<sup>579</sup> Allerdings ist ein Kausalzusammenhang kaum haltbar, da insbesondere die generelle Entspannungspolitik maßgeblich zur Erosion des Alleinvertretungsanspruchs beigetragen hat. Lediglich der Aspekt, dass diese Länder zu den frühesten Staaten der Anerkennungswelle gehören, kann hier angeführt werden. Die Honorierung politischen Wohlverhaltens in einer Art entwicklungspolitischer „Prämie[n]“<sup>580</sup> weist bei beiden deutschen Staaten unterschiedliche Facetten auf: Zum einen werden bereits vollzogene Schritte, wie (anti-)sozialistische Bewegungen, die (Nicht-)Gestattung von Vertretungen und deren personellen Aus- bzw. Rückbau sowie politische Auf- und Abwertungen belohnt. Gleichzeitig versucht man im Sinne eines „vorausseilenden Gehorsams“, wie beispielsweise nach der Unionsbildung zu Tansania, durch weitere Zuwendungen das bereits erworbene Wohlwollen beizubehalten und auf höherer Ebene auszubauen. Zuletzt werden politische Schritte, die eine Aufwertung des eigenen Staats bzw. einen Schlag für „das andere Deutschland“ bedeuten, durch weitere Zuwendungen oder sogar Kompensationsangebote versucht herbeizuführen bzw. zu honorieren. Besonders eindrucksvoll gelingt dies der DDR in Ägypten, wo der Staatsratsvorsitzende Ulbricht mit seinem Besuch 1965 einen „Schlag für die Hallstein-Doktrin“<sup>581</sup> erzielen kann. Die Entwicklungsländer entwickeln in Folge dieser Taktik auf eine Forderungshaltung. Genscher

<sup>577</sup> *Streng vertraulicher Bericht Gryptners an Otto Winzger vom 17. April 1961.* In: PA/MFAA A 12770.

<sup>578</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Labr vom 13. August 1964.* In: AAPD 1964 Dok.231, S.966 f.

<sup>579</sup> LAMM /KUPPER, 1976, S.117.

<sup>580</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.48.

<sup>581</sup> *Triumph für Ulbricht und Schlag für die Hallstein-Doktrin.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 27.02.1965, S.2.

bezeichnet rückblickend in Anspielung auf Cato die jeweilige Berücksichtigung der deutsch-landpolitischen Lage treffend als „*ceterum censeo*“<sup>582</sup> der auswärtigen Kontakte, was im Falle der Entwicklungspolitik für beide deutsche Staaten gelten kann.

### 5.2.3.2 Deutsch-Deutsche Befindlichkeiten im „Kleinkrieg“

#### a) Eine „Frage der Beflaggung“

Die innerdeutsche Konkurrenz um die Gunst und Repräsentation in den Entwicklungsländern nimmt teilweise absurde Züge an, so dass TROCHE von einem „Kleinkrieg um Wimpel und Fahnen“<sup>583</sup> spricht, der insbesondere von der Bundesrepublik leidenschaftlich bis verbissen ausgetragen wird. KILIAN wirft der westdeutschen Seite in diesem Kontext eine gewisse Form der „Provinzialität“ vor und spricht vom einem erbitterten „Grabenkrieg.“<sup>584</sup>

Ostdeutsche Auslandsvertretungen in Afrika fordern immer wieder das Beflaggungsrecht bei den örtlichen Behörden ein.<sup>585</sup> Der westdeutschen Öffentlichkeit werden medial in regelmäßigen Abständen genaue Auflistungen der ostdeutschen Botschaften, (General-)Konsulate und Handelsvertretungen vermeldet, wobei dem jedoch meist der nach wie vor beruhigende Abstand zur diplomatischen Präsenz der Bundesrepublik gegenübergestellt wird.<sup>586</sup> Dabei werden insbesondere die Beflaggung der Gebäude und Dienstwagen der Delegationen des „anderen Deutschlands“ kritisch beobachtet. DIE WELT empört sich über die irreleitende und „missbräuchliche Verwendung“<sup>587</sup> der Bundesflagge durch DDR-Vertretungen im Ausland. Die Haltung, „Was ist denn schon eine Fahne? [...] Wir haben so viele Fahnen in den letzten Jahrzehnten gehabt [...]“<sup>588</sup> wird dabei scharf kritisiert und auf die freiheitlichen Werte und Ideale verwiesen, die die Bundesflagge im Gegensatz zum „Spalteremblem“<sup>589</sup> symbolisiere. Das Recht zur Flaggenführung gilt allgemein als Indiz dafür, dass eine Vertretung „zur

---

<sup>582</sup> „Man weiß nicht, woran man ist.“ In: DER SPIEGEL Nr.48/1977, S.59.; Auch zeitgenössisch heißt es, bei der Vergabe aller Mittel sei immer die „Gesamtheit der politischen und wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der einzelnen Länder zu Bundesrepublik“ zu berücksichtigen. Vgl. AdG 1962, 9686 A.; TETZLAFF, 1978 (B), S.32.

<sup>583</sup> TROCHE, 1996, S.17; Auch KILIAN stellt die „Absurdität“ heraus. Vgl. KILIAN, 2001, S.36.

<sup>584</sup> KILIAN, 2001, S.210.

<sup>585</sup> Exemplarisch in Ghana: *Aktenvermerk über ein Gespräch mit Außenminister Adjei vom 15. Mai 1962*. In: PA/MfAA A 15934.; *Schreiben an die Handelsvertretung in Accra vom 25. Oktober 1962*. In: PA/MfAA A 15867.; *Schreiben des ostdeutschen Generalkonsuls an das MfAA vom 18. März 1960*. In: PA/MfAA A 14330.

<sup>586</sup> So besitze die DDR in den untersuchten Ländern im Februar 1965 je ein Generalkonsulat in Ägypten und Tansania, eine Handelsvertretung mit konsularischen Rechten in Ägypten und Guinea sowie eine Handelsvertretung in Ghana. Vgl. *Die Auslandsvertretungen Ostberlins*. In: DIE WELT, 23. Februar 1965, S.2.

<sup>587</sup> *Ghana legt sich nicht fest*. In: DIE WELT, 9. März 1960, S.2.

<sup>588</sup> *Der Kampf um die Fahne*. In: DIE WELT, 7. November 1959, S.1.

<sup>589</sup> *Ghana legt sich nicht fest*. In: DIE WELT, 9. März 1960, S.2.

Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse<sup>590</sup> zugelassen sei. In diversen Berichten der westdeutschen Auslandsvertretungen wird diese Problemlage thematisiert. So empört sich die Bonner Botschaft in Accra darüber, dass die „am ersten Stock angebrachte, überdimensionale Fahne“ am „repräsentativen Gebäude“<sup>591</sup> der ostdeutschen Handelsvertretung von weit her „gut zu erkennen“ sei. Wenigstens sei der Leiter der ostdeutschen Einrichtung der „englischen Sprache nicht mächtig“, so das beruhigende Fazit des Berichts. Der Konflikt darum, wer wo und wie beflaggen darf, wird stellenweise sogar zur Existenzfrage verklärt. So mahnt Erich Mende: „Überall dort, wo die Bundesrepublik ihre Flagge streicht, wird die Spalterflagge Ulbrichts hochgezogen werden.“<sup>592</sup> Ein Verzicht auf das Zeigen der Fahne im Ausland, um innerdeutschen Dissens zu vermeiden, sei auch daher undenkbar. Im Kontext des Fahnenstreits um die Olympischen Spiele in Rom 1960 empört sich DIE WELT, man werde nicht einfach würdelos „ein Pappschild mit der Aufschrift ‚Deutschland‘ vor sich hertragen.“<sup>593</sup> Das Führen eines Standers am Wagen der ostdeutschen Vertretung nimmt einen mehreren Monate dauernden Telegrammwechsel zwischen der westdeutschen Botschaft in Conakry und dem Auswärtigen Amt ein, da man einen „Präzedenzfall“<sup>594</sup> befürchtet.

#### **b) Umstrittene Amtsbezeichnungen**

Nicht nur die Ausstattung und Beflaggung, sondern auch die Titel der jeweiligen Einrichtung und Akteure werden kritisch beobachtet. So dokumentiert DIE WELT insbesondere in Ägypten einen erbitterten „Stellungskrieg“ zwischen „Deutsche[n] und Deutsche[n] am Nil.“<sup>595</sup>

---

<sup>590</sup> *Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 2. Oktober 1959.* In: PA/AA B34 Bd.89; Ähnlich auch: *Schreiben der Botschaft in Conakry vom 10. Januar 1964.* In: PA/AA B34 Bd.494.

<sup>591</sup> *Schreiben der Botschaft in Accra vom 25. Januar 1963.* In: PA/AA B34 Bd.473.

<sup>592</sup> *Aus der Rede des Bundesvorsitzenden der FDP, Mende, auf dem 16. Bundesparteitag der FDP in Frankfurt am 2. März 1965.* In: DzD 1965, S.312.

<sup>593</sup> *Der Kampf um die Fahne.* In: DIE WELT, 7. November 1959, S.1.

<sup>594</sup> *Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 5. Oktober 1959.* In: PA/AA B34 Bd.89.; *Bericht der Botschaft in Conakry vom 19. August 1959.* In: PA/AA B34 Bd.89.; *Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 2. Oktober 1959.* In: PA/AA B34 Bd.89.

<sup>595</sup> *Deutsche und Deutsche am Nil.* In: DIE WELT, 5. Juni 1964, S.3.

Dabei „belauern“ sich die deutschen Vertretungen gegenseitig „wie zwei feindliche Brüder.“<sup>596</sup> KILIAN vergleicht die Konkurrenz der beiden deutschen Staaten im Ausland mit einem „Tom und Jerry-Spiel.“<sup>597</sup> Regelmäßig berichten die Botschaften nach Bonn über politische Stellungsgewinne und -verluste der DDR im Ausland.<sup>598</sup>

Auch das Personal wird kritisch beäugt: So beurteilt die westdeutsche Botschaft in Conakry die Sprachkenntnisse und Umgangsformen der ostdeutschen Vertreter und recherchiert deren Lebensläufe.<sup>599</sup> Besonders verdrießlich blickt man auf das DDR-Generalkonsulat in Ägypten, das in einem „prächtigen Botschaftsgebäude mit Marmorsäulen“<sup>600</sup> residiere und mit einem Staatswappen als Marmorschild am schmiedeeisernen Tor geschmückt sei. Im Gegensatz zum mürrischen Pförtner der westdeutschen Botschaft empfangen den Besucher dort ein „adrettes Mädchen“<sup>601</sup>, so der anklagende Bericht. Pikiert betrachtet die westdeutsche Botschaft auch die „für uns allmählich unerträgliche[n] Formen“ der Aktionen des „*self-styled ambassador of Pankow*“<sup>602</sup> Kiesewetter, wie zahlreiche Schreiben Botschafter Webers aus Kairo nach Bonn beweisen. Er habe zunächst „Beauftragter der DDR-Regierung in den arabischen Ländern“<sup>603</sup> geheißen, nun nenne er sich eigenmächtig „Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter und Beauftragter der DDR-Regierung in der VAR“ oder „Botschaftsrat“<sup>604</sup> und sei damit rein dem Titel nach von einem regulären Botschafter kaum zu unterscheiden. Man fürchtet, dass dessen selbstbewusstes Gebaren die noch recht unerfahrenen Diplomaten der gerade unabhängig gewordenen Staaten „überfahren“<sup>605</sup> werde. Nach Protesten der westdeutschen Seite muss er sich schließlich wieder „Beauftragter“<sup>606</sup> nennen. Ähnlich bezeichne sich der Leiter der ostdeutschen Handelsvertretung in Conakry zu Unrecht „Generalkonsul.“<sup>607</sup> Auch, dass sich die ostdeutschen Handelsvertretungen im Ausland

<sup>596</sup> *Zweierlei Deutsche in Havanna*. In: DIE WELT, 31. Dezember 1960, S.3.

<sup>597</sup> KILIAN, 2001, S.240.

<sup>598</sup> „Politisch hat die Sowjetzone im letzten Jahr keinen neuen Boden gewinnen können.“ Vgl. *Schreiben der Botschaft Conakry an das Auswärtige Amt vom 10. Januar 1964*. In: PA/AA B34 Bd.494.; Bitte Bonns, die „Situation genauestens zu beobachten“ und Änderungen unverzüglich zu melden. Vgl. *Instruktion für den neu ernannten Botschafter in Tanganjika vom 11. Mai 1965*. Merkblatt „Ostblock-Aktivität.“ In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>599</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 18. August 1959*. In: PA/AA B34 Bd.89.

<sup>600</sup> *Im Wettlauf um die Gunst der Völker*. In: DIE WELT, 14. Januar 1961, Das Forum der Welt.

<sup>601</sup> *Deutsche und Deutsche am Nil*. In: DIE WELT, 5. Juni 1964, S.3.

<sup>602</sup> *Staatssekretär Carstens an Botschafter Weber, Kairo, vom 4. Dezember 1963*. In: AAPD 1963 Dok.448, Anm.4, S.1541.; *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf am 20. September 1962*. In: AAPD 1962, Dok.360, S.1548.

<sup>603</sup> *Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem ägyptischen Botschafter Sabri vom 30. Januar 1964*. In: AAPD 1964, Dok.32, S.32.

<sup>604</sup> *Vermerk über die 2. Direktive für den Generalkonsul in der VAR vom 1. Oktober 1959*. In: PA/MfAA A 12770.

<sup>605</sup> *Staatssekretär Carstens an Botschafter Weber, Kairo, vom 4. Dezember 1963*. In: AAPD 1963 Dok.448, Anm.4, S.1541.

<sup>606</sup> KILIAN, 2001, S.111.

<sup>607</sup> *Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 2. Oktober 1959*. In: PA/AA B34 Bd.89.



gelegentlich „Botschaft“ nennen, wird registriert, um zugleich bei Protest bei den örtlichen Behörden einzulegen.<sup>608</sup> So berichtet auch DER SPIEGEL, dass die ostdeutsche Handelsvertretung in Conakry unter „*Ambassade d'Allemagne*“<sup>609</sup> im örtlichen Telefonbuch verzeichnet sei. Diese Nachlässigkeiten werden mit dem „Mangel an protokollarischen Erfahrungen“<sup>610</sup> erklärt, was wiederum das „Gewohnheitsrecht“ begünstige. Gegenüber dem ostdeutschen Außenministerium mahnen die örtlichen Behörden im Streit um Titel und Amtsbezeichnungen allerdings eine geduldige Vorgehensweise an.<sup>611</sup>

Besonders haarsträubend erscheint der scharfe Protest der westdeutschen Botschaft anlässlich einer ostdeutschen Kranzniederlegung am Grabe des deutschen Tropenarztes Billharz anlässlich seines 100. Todestages auf dem Friedhof der deutschen Gemeinde in Kairo im Mai 1962. Da deren Schleifen offenbar mit den Titeln des „Bevollmächtigten der Regierung der DDR in der VAR“<sup>612</sup> und des „Präsidenten der deutsch-arabischen Gesellschaft in der DDR“ versehen sind, erregen diese besonderen Widerwillen. Der Botschaftsrat schildert in seinem Bericht an das Auswärtige Amt den gesamten Vorgang wie einen Kriminalfall, wobei unklar sei, ob ägyptische Stellen an der Kranzniederlegung „beteiligt“ gewesen seien. Man erwäge nun, wegen „Missbrauchs [der] Grabstätte für SZB-Propaganda“ Protest einzulegen. Einen Tag später meldet er:

„DDR-Kränze wurden gestern [...] durch ägyptischen Gärtner vom Grabe entfernt und in Friedhofsschuppen untergestellt. Das Grab wurde mit neuem Kranz in Bundesfarben geschmückt. Heute Morgen versuchte ein SBZ-Vertreter, sich erneut Zugang zum Friedhof zu verschaffen. [...] Er verweigerte Mitnahme angebotener Kränze bzw. Kranzschleife und kündigte an, sich über „Grabschändung“ beschweren zu wollen.“<sup>613</sup>

Von einer offiziellen Beschwerde rät das Auswärtige Amt ab: „Wir wollen uns nicht vor ausländischer Regierung und Öffentlichkeit mit SBZ am Grabe eines vor 100 Jahren verstorbenen Deutschen herumschlagen.“<sup>614</sup> Im Gegenzug wird nach einem Einbruch in die Wohnung eines Mitarbeiters der ostdeutschen Handelsvertretung das „kapitalistische Ausland“<sup>615</sup>, allen voran die Bundesrepublik, verdächtigt. Das MfAA empfiehlt sicherheitshalber alle

<sup>608</sup> *Schreiben der Botschaft in Accra vom 25. Januar 1963.* In: PA/AA B34 Bd.473.

<sup>609</sup> *Wenn der Teufel kommt.* In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.16.

<sup>610</sup> *Schreiben der Botschaft in Conakry vom 19. August 1959.* In: PA/AA B34 Bd.89

<sup>611</sup> *Brief Botsios an Winzger vom 9. Mai 1963.* In: PA/MfAA C 401/74.; *Brief Botsios an Winzger vom 10. Mai 1964.* In: PA/MfAA C 401/74.

<sup>612</sup> *Botschaftsrat I. Klasse Gnodtke, Kairo, an das Auswärtige Amt vom 9. Mai 1962.* In: AAPD 1962 Dok.201, S.909 f.

<sup>613</sup> *Botschaftsrat I. Klasse Gnodtke, Kairo, an das Auswärtige Amt vom 9. Mai 1962.* In: AAPD 1962 Dok.201, Anm.2, S.909.

<sup>614</sup> *Botschaftsrat I. Klasse Gnodtke, Kairo, an das Auswärtige Amt vom 9. Mai 1962.* In: AAPD 1962 Dok.201, Anm.3, S.910.

<sup>615</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 31. Dezember 1963.* In: PA/MfAA A 15867.

Schlüssel tauschen zu lassen. In den Akten finden sich auch Berichte über „Ohrenzeuge[n]“<sup>616</sup> westdeutscher Telefonate mit afrikanischen Vertretern, auf deren Angebote man reagieren müsse. Als der Botschafter Reichhold aus Accra abberufen wird, frohlockt man in der dort ansässigen ostdeutschen Vertretung, dies sei auf dessen Versagen gegenüber der DDR-Aktivität vor Ort zurückzuführen: Bonn wolle nun wohl eine „profiliertere[n] Diplomaten“<sup>617</sup> nach Accra schicken, um „uns Paroli zu bieten.“

### c) Persönliche Kontakte

Dieser Kleinkrieg nimmt teilweise absurde Züge an: So berichtet der westdeutsche Botschafter aus Conakry, er habe sich bei der Verabschiedung des guineischen Präsidenten am Flughafen vor den ostdeutschen Vertretern in der Formation platziert, um die Dominanz der Bundesrepublik zu demonstrieren.<sup>618</sup> Die westdeutsche Botschaft meldet nach Bonn anlässlich des Ulbricht-Besuchs die Vertreter sämtlicher Drittstaaten, die dem Empfang beige-wohnt haben.<sup>619</sup> Auch vergleicht man die Feierlichkeiten mit vorherigen Staatsbesuchen, wobei man zu dem beruhigenden Fazit kommt, dass beim Besuch des tunesischen Präsidenten sogar schulfrei gewesen sei, das Flaggenverhältnis wird „acht zu eins“<sup>620</sup> eingeschätzt. Die jubelnde Menge sei auf LKW herbeigeschafft worden und habe „offensichtlich keine rechte Vorstellung davon [...], wer Ulbricht ist und woher er kommt.“<sup>621</sup> Der ganze Besuch wird zur inszenierten Propagandaveranstaltung erklärt. Auch persönliche Kontakte von DDR-Vertretern mit politischen Repräsentanten der Entwicklungsländer vor Ort werden von den westdeutschen Vertretungen vor Ort quasi „mit dem Feldstecher“<sup>622</sup> beobachtet. Die Treffen und Kontakte der „sowjetzonalen Vertreter“ werden genauestens dokumentiert und nach Bonn gemeldet.<sup>623</sup> So berichtet der Botschafter in Conakry erleichtert, dass beim Empfang

---

<sup>616</sup> *Auszug aus Aktenvermerk über eine Unterredung zwischen Botschaftsrat Dr. Tomala, Genossen Helmbert und Seyfert vom 3. Februar 1964.* In: PA/MfAA A 15069,

<sup>617</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 21. April 1964.* In: PA/MfAA A 15867.

<sup>618</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 20. August 1964.* In: PA/AA B34 Bd.494.

<sup>619</sup> *Schreiben aus Kairo vom 13. März 1965.* In: PA/AA B36 Bd.143.

<sup>620</sup> *Brief des W. Oppenboffs über seine Eindrücke vom Besuch in Kairo vom 6. Februar 1965.* In: PA/AA B36 Bd.143.

<sup>621</sup> *Fernschreiben aus Kairo vom 24. Februar 1965.* In: PA/AA B36 Bd.143.

<sup>622</sup> So soll man in der westdeutschen Botschaft in Conakry die Aktivitäten der „SBZ“-Vertretung „genauestens beobachten“ und unverzüglich nach Bonn melden. Vgl. *Instruktion für den neu ernannten Botschafter in Tansania vom 11. Mai 1965. Merkblatt „Ostblock-Aktivität.“* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>623</sup> *Schreiben der Botschaft in Accra vom 25. Januar 1963.* In: PA/AA B34 Bd.473.

einer ostdeutschen Regierungsdelegation 1964 nur Vertreter des Ostblocks anwesend gewesen seien.<sup>624</sup> Der westdeutsche Botschafter telegraphiert im April 1965 aus Accra voller Befriedigung, dass eine ostdeutsche Delegation über zwei Stunden im allgemeinen Wartezimmer auf eine Audienz bei Nkrumah habe warten müssen, während er nach nur zweiminütigem Warten im VIP-Wartesaal sofort vorgelassen worden und mit großem „Vergnügen [...] an den Herren aus Pankow“<sup>625</sup> vorbeigeschritten sei. Nkrumah habe ihm gegenüber betont, dass dies ganz bewusst geschehen sei. Dass die ostdeutschen Vertreter deshäufigeren warten gelassen werden, bestätigen auch die Berichte an das MfAA: So heißt es, Tanganjikas Außenminister Kambona sei erst mit einer dreiviertel Stunde Verspätung zu einem Termin mit einer ostdeutschen Delegation aufgetaucht.<sup>626</sup> Als ein anderes Treffen sogar platzt, vermutet man, dass „die westdeutsche Botschaft in Daressalam hinter dieser Aktion“<sup>627</sup> stecke und will mit Kambona ein Treffen von Tanganjika vereinbaren.

Persönliche Kontakte zwischen „Deutschen und Deutschen“ vor Ort existieren nach Angaben der westdeutschen Diplomaten nicht, wohingegen auch von einem „Grußverhältnis“<sup>628</sup> der Vertretungen in Conakry berichtet wird. Aus Guinea vermeldet der westdeutsche Botschafter säuerlich, dass Vertreter der „SBZ“<sup>629</sup> bei einer Dinnerveranstaltung aufgetaucht seien, ohne dass diese auf der offiziellen Gästeliste gestanden hätten. Ein WELT-Korrespondent berichtet sogar, in Kairo gebe es eine inoffizielle „Zonengrenze“<sup>630</sup> und Restaurants würden von den Ostberliner Repräsentanten oft fluchtartig bei Eintritt Westdeutscher verlassen, woraus man schließt, die DDR-Regierung verbiete den direkten Kontakt.

#### **d) Ostdeutscher Pragmatismus**

AUGSTEIN fragt im Frühjahr 1965 kritisch, ob es sich lohne, „den Detektiv zu spielen und nachzumessen, welche Gebäude Ulbricht bewohnt, was er isst und trinkt, wie breit sein Teppich und sein Bett ist.“<sup>631</sup> Auch heißt es medial immer wieder, Bonn blicke „gelassen nach

<sup>624</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry über Besuch einer SBZ-Regierungsdelegation vom 4. September 1964.* In: PA/AA B34 Bd.494.

<sup>625</sup> *Botschafter Steltzer, Accra, an das Auswärtige Amt vom 9. April 1965.* In: AAPD 1965 Dok.176, S.701.

<sup>626</sup> *Vermerk über ein Gespräch mit Außenminister Kambona am 3. April 1964 in Sansibar.* In: PA/MfAA A 15069.

<sup>627</sup> *Aktenvermerk über eine Reise von Botschafter Fritsch und Genosse Köhler am 20. April 1964 nach Daressalam.* In: PA/MfAA A 15069.

<sup>628</sup> KILIAN, 2001, S.88.

<sup>629</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 28. Dezember 1959.* In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>630</sup> *Wenn Deutsche aus Ost und West sich am Nil begegnen...* In: DIE WELT, 24. Juni 1958, S.10.

<sup>631</sup> *D-Mark Diplomatie.* In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.20.

Afrika<sup>632</sup> und sei sich der eigenen Überlegenheit sicher. Diese ambivalente Haltung der Bundesrepublik zwischen kritischer Beobachtung und betonter Gelassenheit wird in der DDR beinahe belustigt zur Kenntnis genommen. So frohlockt der Ostberliner Oberbürgermeister Ebert 1965, Bonn setze vergeblich, „Himmel und Hölle in Bewegung“, um die „angebliche Nichtexistenz des deutschen Staates der Arbeiter und Bauern zu beweisen.“<sup>633</sup> Ulbricht bedankt sich nach seinem Empfang in Kairo sogar regelrecht bei der Bundesrepublik: „Ohne die enorme propagandistische Vorbereitung durch Bonn hätte mein Besuch in der VAR in der Welt längst nicht ein solches Aufsehen erregt.“<sup>634</sup> Bonn mache sich außerdem ungläubwürdig und lächerlich, dass die Vergabe von „Entwicklungshilfe“ von der „Teppichlänge“ beim Empfang ostdeutscher Würdenträger abhängig sei, so NEUES DEUTSCHLAND anlässlich des Ulbricht-Besuchs 1965. In einer Karikatur versucht Kanzler Erhard den roten Teppich für den Empfang Ulbrichts, der „zu lang“ sei, sogar abzubeißen, nachdem er diesen mit einem Zollstock nachgemessen habe. Er droht dabei in der menschenleeren Wüste fast umzufallen, da er mit einem Fuß seine „Wohlstandszigarre“ festhält, während im Hintergrund feierlich die Flagge der DDR und Ägyptens über dem feierlichen und gut besuchten Empfang in Kairo wehen. Dies demonstriert die Kleinkariertheit und Absurdität, die der Bundesrepublik in diesem Kontext von der DDR unterstellt wird. Diese Aufgeregtheit steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zur quantitativen Dominanz des Westens und demonstriert die schwelende Angst vor einer Zerbrechlichkeit des Alleinvertretungsanspruchs in den Entwicklungsländern. Allerdings nimmt man in den ostdeutschen Vertretungen vor Ort durchaus verärgert zu Kenntnis, „dass von westdeutscher Seite alles versucht“<sup>635</sup> werde, um

eine für die DDR „günstige Entwicklung zu verhindern [oder] zumindest zu verzögern.“ Dabei pflegen die ostdeutschen Diplomaten eine pragmatische Vorgehensweise,

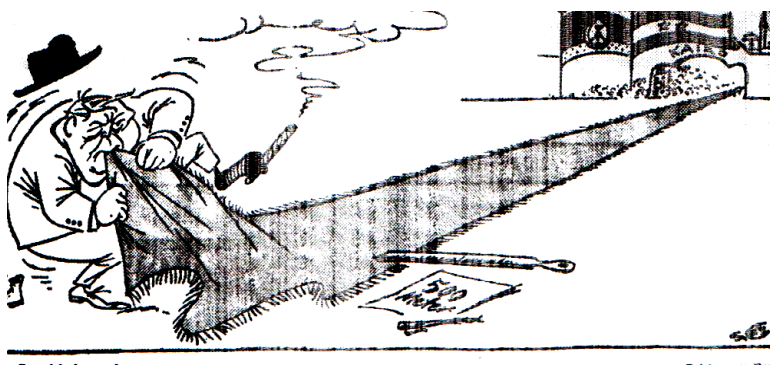


Abb.25: „Der Teppich ist zu lang“. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26.2.1965 S.7

<sup>632</sup> Bonn blickt gelassen nach Afrika. In: DIE WELT, 4. Februar 1964, S.3. Mit besten Empfehlungen

<sup>633</sup> Rede des Oberbürgermeisters von Ost-Berlin, Ebert, auf der 21. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig am 6. März 1965. In: DzD 1965, S.257.

<sup>634</sup> Vertreter des ganzen deutschen Volkes. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. März 1965, S.3.

<sup>635</sup> Brief der Handelsvertretung in Ghana an das MfAA vom 7. Februar 1963. In: PA/MfAA A 15934.

in der der faktische Beziehungsausbau im Fokus steht und die „äußere Form“<sup>636</sup> eine zweitrangige Rolle einnimmt. Als im März 1964 die ostdeutsche Handelsvertretung in eine Wirtschafts- und Handelsmission umgewandelt wird, beeilt sich das MfAA eine entsprechende Liste aufzusetzen, in der die gewünschten Privilegien penibel aufgelistet sind, wie Funkgenehmigung Wappen und Inschrift am Amtsgebäude, das Führen eines Standers am Fahrzeug und diplomatische Rechte der Mitarbeiter.<sup>637</sup> Die Bedeutung des Symbolischen ist offenbar auch der ostdeutschen Seite überaus wichtig. So beschwert man sich darüber, dass die Vertretung in Accra anlässlich nationaler Feiertage nicht die Flagge hissen dürfe, was der ghanaische Außenminister zwar als „Fehlentscheidung“<sup>638</sup> bedauert, aber keine Zusage für eine veränderte Handhabung in der Zukunft erteilt. Zu einem Eklat kommt es, als im Sommer 1962 auf einer Werbetafel für die Leipziger Messe verkündet wird, dass Anmeldungen in der „*German Democratic Embassy*“<sup>639</sup> entgegengenommen würden: Der Leiter der Handelsvertretung Heiderich wird daraufhin sogar ins ghanaische Außenministerium berufen und entschuldigt diese Formulierung mit einem „Fehler durch mangelhafte Kontrolle eines Delegates.“ Heiderich verdächtigt die westdeutsche Botschaft, das Plakat bei den ghanaischen Behörden bemängelt zu haben und für die Vorladung verantwortlich zu sein. Der DDR-Vertreter Bierbach in Ägypten berichtet 1961 befriedigt ins MfAA, dass er an der Eröffnung eines Jugendfestivals teilgenommen habe und dabei begrüßt und behandelt worden sei wie der westdeutsche Botschafter. Zufrieden bilanziert er: „Damit war es ein weiteres Mal möglich, in Anwesenheit des diplomatischen Vertreters der Westzone die Existenz der DDR und die Tätigkeit ihrer Vertretung in der VAR im diplomatischen Korps sichtbar zu demonstrieren.“<sup>640</sup> Er habe vor, weiter öffentlichkeitswirksam bei jeder Gelegenheit in Erscheinung zu treten. Außerdem wird großen Wert darauf gelegt, dass die ostdeutschen Vertretungen mit Wappen und Fahnen, „die von der Straße aus sichtbar sind“<sup>641</sup> ausgestattet werden. Ostberlin beobachtet nicht in einer vergleichbar alarmistischen Manier die westdeutschen Auslandspräsenzen und -vertreter, da sie die generelle Existenz der Bundesrepublik und ihre

---

<sup>636</sup> *Vermerk über eine Unterredung mit dem Leiter der Afrika-Abteilung bei der Präsidentschaft der VAR, Mohamed Fayek am 20. März 1964 in der Botschaft der DDR ins Sansibar.* In: PA/MfAA A 15069.

<sup>637</sup> Dazu gehören unter anderem auch die Befreiung von Steuern sowie die Unverletzlichkeit der Dienstgebäude und des Briefverkehrs Vgl. *Winzgers Brief an Außenminister Botsio vom 21. Februar 1964.* In: PA/MfAA C 401/74.

<sup>638</sup> *Aktenvermerk über ein Gespräch mit Außenminister Adjei vom 15. Mai 1962.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>639</sup> *Heiderich an MfAA am 31. Juli 1962.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>640</sup> *Bericht Bierbachs vom 6. Januar 1961.* In: PA/MfAA A 12770.

<sup>641</sup> *Schreiben des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten an den stellv. Außenminister Schwab am 2. November 1958.* In: PA/MfAA A 12770.

Wahrnehmung in der Welt grundsätzlich akzeptiert, wenngleich sie beständig bemüht ist, gleichzuziehen oder ihr bestenfalls sogar den Rang abzulaufen. Damit erscheint sie grundsätzlich gelassener und pragmatischer als die immer wieder in Alarmbereitschaft stehende westdeutsche Seite.

### 5.2.3.3 Politische und wirtschaftliche Krisen als Chance

Ökonomische oder politische Krisen stellen für beide deutsche Staaten eine Chance dar, um schnell deutschlandpolitisch „Boden zu gewinnen“. Dabei buhlen Ostberlin und Bonn teilweise in „auktionsähnlichen Zuständen“<sup>642</sup> mit entwicklungs- und handelspolitischen Zuwendungen um die Gunst der jeweiligen Regierung.

#### a) Ostdeutsche Erfolge in Guinea, Sansibar und Ägypten

Die DDR kann sich dabei deutlich häufiger durchsetzen, so geschehen in der wirtschaftlichen Notlage Guineas nach der Unabhängigkeit: Charles de Gaulle initiiert 1958 ein verfassungspolitisches Referendum, in dessen Kontext die überseeischen Gebiete über die weitere Kooperation mit Frankreich in Form einer *Communauté* abstimmen sollen. Bei einem Wahlkampfauftritt in Conakry versichert de Gaulle, Paris wolle bei einem entsprechenden Abstimmungsergebnis zugunsten der Unabhängigkeit „keine Schwierigkeiten“<sup>643</sup> machen. Sekou Touré, damals Bürgermeister der Hauptstadt und Abgeordneter für Guinea in der französischen Nationalversammlung, prägt daraufhin die Formel, er bevorzuge „Armut in Freiheit“ anstelle von „Reichtum in Sklaverei.“<sup>644</sup> Am 28. September 1958 stimmt Guinea mit einer Mehrheit von fast 96% gegen die *Communauté* und das Land erklärt am 2. Oktober 1958 offiziell seine Unabhängigkeit. Frankreich reagiert prompt mit der wirtschaftlichen und politischen Isolation des Landes: Binnen acht Wochen zieht Paris tausende Angestellte aus Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Verwaltung ab und streicht darüber hinaus essentielle Kredite.<sup>645</sup> DER SPIEGEL berichtet, dass selbst die Telefonapparate aus den Regierungsgebäuden abmontiert worden seien, so dass der neue Präsident Touré in den ersten Tagen der

---

<sup>642</sup> BOOZ, 1995, S.88.

<sup>643</sup> „Ich sage es hier noch deutlicher als anderswo, daß die Unabhängigkeit zur Verfügung Guineas steht. Guinea kann sie am 28. September erhalten, indem es ‚Nein‘ sagt [...] In diesem Fall garantiere ich, daß das Mutterland keine Schwierigkeiten bereiten wird.“ Vgl. AdG 1958, 7260 A.

<sup>644</sup> AdG 1958, 7323 C.; *Feindseliger Empfang de Gaulles in Westafrika*. In: DIE WELT, 27. August 1958, S.1.; AdG 1958, 7260 A.

<sup>645</sup> *Erklärung des französischen Gouverneurs Französisch-Westafrikas*. In: AdG 1958, S.7323.; KILIAN, 2001, S.84 f.

Unabhängigkeit nicht einmal einen Telefonanschluss besessen habe.<sup>646</sup> Offenbar soll an Guinea ein Exempel statuiert werden, um Unabhängigkeitsbestrebungen anderer Gebiete abzuschrecken.<sup>647</sup> Der radikale Bruch mit Frankreich erhöht die Chancen Ostberlins, zum Zuge zu kommen. In dieser Situation benötigt der Präsident dringend Hilfe aus dem Ausland und bittet in Telegrammen um die Anerkennung und wirtschaftliche Unterstützung seines Landes: „Wenn der Teufel selbst käme und uns einen Vertrag anböte, der für uns vorteilhaft wäre, würden wir diesen Vertrag abschließen“<sup>648</sup>, zitiert DER SPIEGEL Touré. Doch statt mit dem Teufel kommt Guinea mit dem in Bonn gefürchteten „Spalter der deutschen Nation“ ins Geschäft: So importiert die DDR 1959 einen Großteil der guineischen Bananenproduktion, nachdem Paris die Einfuhr verweigert hat.<sup>649</sup> Am 17. November, nur sechs Wochen nach der Unabhängigkeit, wird das erste Handels- und Kulturabkommen zwischen der DDR und Guinea unterzeichnet.<sup>650</sup> Großbritannien, die USA und die Bundesrepublik hatten dem Land erst knapp zwei Wochen zuvor, am 1. November 1958, die Anerkennung ausgesprochen, während die ostdeutsche Delegation bereits spezifische Vertragsbestimmungen mit Conakry aushandelt.<sup>651</sup> Ostberlin verpflichtet sich unter anderem dazu, „Fachleute und Wissenschaftler zur Verfügung zu stellen und Studenten und Fachleuten Guineas weitere Qualifizierungsmöglichkeiten an den Bildungsstätten und in den Betrieben der DDR zu bieten.“ Mit einem Seitenhieb auf Bonn heißt es:

„Diese Abkommen zeigen die großen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit, die zwischen einem Industriestaat und einen jungen unabhängigen Staat, der sich von der Kolonialherrschaft befreit hat, bestehen, wenn die Grundsätze der nationalen Souveränität, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils respektiert werden.“<sup>652</sup>

Dass man infolge dieser „Hilfe in der Not“ in der „Schuld“ der DDR stehe, thematisiert der guineische Botschafter der Bundesrepublik auch während des Höhepunkts der Botschaf-teraffäre 1960.<sup>653</sup> DIE WELT bezeichnet die Vorgehensweise, wirtschaftliche Krisen durch handels- und entwicklungspolitische Zugeständnisse zur Ausweitung des internationalen Netzwerks zu nutzen, als „klassisches Beispiel kommunistischer Taktik“<sup>654</sup>, bei dem man

<sup>646</sup> *Wenn der Teufel kommt*. In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.20.

<sup>647</sup> REIME, 1972, S.14.

<sup>648</sup> *Wenn der Teufel kommt*. In: DER SPIEGEL Nr.49/1958, S.54.

<sup>649</sup> *Guinea-Bananen jetzt nur nach dem Ostblock*. In: DIE WELT, 16. Mai 1959, S.1.

<sup>650</sup> *Informationspapier vom 3. Dezember 1958*. In: PA/MfAA A 11245.

<sup>651</sup> AdG 1958, 7371 D.

<sup>652</sup> *Unterzeichnung eines Kulturabkommens, eines Handelsabkommens und einer Vereinbarung über den Austausch von Handelsvertretungen zwischen den Regierungen der DDR und der Republik Guinea*. In: DA DDR 1958, S.310.

<sup>653</sup> *Guinea-Botschafter: Ich bin noch im Amt*. In: DIE WELT, 10. März 1960, S.2.

<sup>654</sup> *Die Einladung an Ulbricht kam nicht von ungefähr*. In: DIE WELT, 2. Februar 1965, S.4.

„durch die Küche in die gute Stube oder in den Salon“<sup>655</sup> kommen wolle. In den kommenden Monaten konstatiert man mit Sorge, dass Guinea „immer mehr in das kommunistische Fahrwasser“<sup>656</sup> komme und man daher reagieren müsse, auch entwicklungspolitisch.

Im Falle Sansibars und Ägyptens sind es eher politische Krisen, die den Ausbau der Beziehungen zu Ostberlin befördern. So kann die DDR während der Wirren des sozialistischen Umsturzes 1964 kurzfristig die Anerkennung durch einen ersten afrikanischen Staat verkünden, wenngleich dieser Schritt nach der Unionsbildung wieder rückgängig gemacht wird. Der westliche Militäreinsatz während der Suezkrise 1956 war von der DDR als „Politik der Unterdrückung, der nackten Gewalt, des Feuers und des Schwerts“<sup>657</sup> geißelt worden und Ostberlin hatte sich mit Kairo solidarisch erklärt. In einer Regierungserklärung verspricht die DDR, Ägypten „mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln [zu] unterstützen“<sup>658</sup> und ordnet die Entsendung von Schiffslotsen, medizinischem Personal und Studienangeboten an. Paul Scholz wird „Sonderbevollmächtigter“<sup>659</sup>, um die schnelle Abwicklung zu verantworten. Zur Koordinierung dieser Hilfe kann ein permanenter „Bevollmächtigter der DDR“ in Kairo installiert werden, der nach der Krise enge Kontakte zu arabischen Regierungskreisen aufbaut. KILIAN bezeichnet dies als „beste[n] Schachzug“<sup>660</sup> der ostdeutschen Anerkennungsoffensive in Nahost. So beschwert sich auch Staatssekretär Carstens gegenüber dem ägyptischen Botschafter Sabri, dass der so genannte „Bevollmächtigte“ seine Tätigkeit in der VAR immer stärker ausgeweitet habe und ihr einen dezidiert „politischen Charakter“<sup>661</sup> verliehen habe. In dieser Phase verzichtet das MfAA ganz bewusst darauf, einen Ausbau der konsularischen oder diplomatischen Beziehungen zu thematisieren.<sup>662</sup> Nach ostdeutschen Angaben versichert Nasser Grotewohl in einem Telegramm, er werde die Hilfe „in der Stunde der Not“<sup>663</sup> nicht vergessen und habe das Interesse, „die Beziehungen zu vertiefen.“ Der Vorsitzende des Ministerrats reist im Januar 1959 persönlich nach Kairo und erreicht die Zusage,

<sup>655</sup> *Im Wettlauf um die Gunst der Völker*. In: DIE WELT, 14. Januar 1961, Das Forum der Welt.

<sup>656</sup> *Schreiben aus Paris vom 7. Oktober 1959*. In: PA/AA B34 Bd.86.

<sup>657</sup> GESCHICHTE DER AUBENPOLITIK DER DDR, Berlin (O): 1984, S.128.

<sup>658</sup> DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Berlin (O): 1985, S.61.

<sup>659</sup> Dies solle „einen deutlichen Beweis zu geben, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik entschlossen ist, sich in der Abwehr der Aggressoren an die Seite der ägyptischen Regierung zu stellen.“ Vgl.

*Aufzeichnungen zur Suezkrise 1956*. In: PA/MfAA A 11332.

<sup>660</sup> KILIAN, 2001, S.110.

<sup>661</sup> *Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem ägyptischen Botschafter Sabri vom 30. Januar 1964*. In: AAPD 1964 Dok.32, S.160.

<sup>662</sup> *Aufzeichnungen zur Suezkrise 1956*. In: PA/MfAA A 11332.

<sup>663</sup> GESCHICHTE DER AUBENPOLITIK DER DDR, Berlin (O): 1984, S.129.



gegenseitige Generalkonsulate in den Hauptstädten einzurichten.<sup>664</sup> Diese Ereignisse zeigen, dass es der DDR durch zeitlich und politisch wohlkalkulierte Schritte während Krisen auf relativ unbehelligte Weise gelingt, eine Aufwertung unterhalb der Anerkennungsschwelle zu erreichen. Wenige Jahre später, im Herbst 1964, leidet Ägypten unter einer Versorgungskrise und der Zweite Fünfjahresplan läuft in Folge hoher Auslandsschulden nur schleppend an. Der Jemenkrieg verschärft die innenpolitisch bereits angespannte Lage weiter.<sup>665</sup> Der Ulbricht-Besuch 1965 ist ebenfalls im Kontext dieser ökonomischen Krise und der Notwendigkeit von günstigen Krediten zu betrachten.

### **b) Westdeutsche Erfolge in Ghana**

Anders wirkt sich der politische Umsturz 1966 in Ghana für die DDR aus: Nach der Etablierung der wechselseitigen Handelsvertretungen stagnieren zunächst die Handelsbeziehungen und auch die entwicklungspolitische Kooperation: So war das Handelsvolumen mit Ghana 1964 im Vergleich zum Vorjahr um 4 Millionen DM gesunken, obwohl zuvor eine stetige Erweiterung angekündigt worden war.<sup>666</sup> Einen geplanten Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet Nkrumah nicht mehr: Am 24. Februar 1966 wird er während einer Asienreise durch das Militär gestürzt. Bereits wenige Wochen später werden sowjetische und chinesische Entwicklungshelfer des Landes verwiesen und verkündet, dass Ghana seine Handelsmission in Ostberlin schließen werde und diesen Schritt auch von der DDR für seine Vertretung in Accra erwarte.<sup>667</sup> Ostberlin reagiert empört: „Die [...] Maßnahmen sind völlig einseitig und durch nichts gerechtfertigt“<sup>668</sup> Hintergrund ist die Spionageschule in Accra, in der Nkrumah den Aufbau eines nationalen Geheimdiensts vorangetrieben hatte.<sup>669</sup> Der Leiter der Behörde, Staatssicherheitsmajor Jürgen Rogalla (Deckname: Krüger), wird zunächst in Ghana inhaftiert. Daraufhin erlässt die DDR Ausreiseverbote für die rund 350 ghanaischen Studenten und Praktikanten in der DDR und Missionschef Mensa-Bonsu steht drei Wochen lang unter Hausarrest, bis Rogalla schließlich das Land verlassen darf.<sup>670</sup>

---

<sup>664</sup> Nasser verzögert die Einrichtung der 1955 beschlossenen Handelsmission in Ostberlin um mehr als zwei Jahre. Die DDR richtet ein Generalkonsulat 1959 in Kairo und ein Konsulat in Damaskus ein. Vgl. *Telegramm aus Kairo vom 6. Januar 1959*. In: PA/AA B1 Bd.113.; *Schreiben Schwabs an den Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel Rau vom 28. April 1959*. In: PA/MfAA A 12770.

<sup>665</sup> WENTKER, 2007, S.280.

<sup>666</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.225.

<sup>667</sup> AdG 1966, 12400 A.

<sup>668</sup> *Zeittafel*. In: DA DDR 1966, S.1327.

<sup>669</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.201 ff.; BOOZ, 1996, S.64 f.

<sup>670</sup> *Schwarz und rot*. In: DER SPIEGEL Nr.22/1966, S.36.

Die zuvor erfolgte Annäherung Ghanas an den Ostblock erlebt infolge dieser Affäre einen herben Rückschlag.<sup>671</sup> Die ostdeutschen Afrikawissenschaften erklären dies mit dem „Zusammentreffen von imperialistischer und einheimischer konterrevolutionärer Aktivität.“<sup>672</sup> Bonns Botschafter Steltzer in Accra wertet den Militärputsch 1966 als „Zusammenbruch einer der stärksten und gefährlichsten Bastionen des Ostblocks in Afrika.“<sup>673</sup> Bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden des Nationalen Befreiungsrats General Ankrah betont dieser, „daß es für ihn nur ein Deutschland gäbe.“ Steltzer rät, dass die Bundesregierung dem General „jede nur mögliche Unterstützung“ zukommen lassen solle, denn das westdeutsche Alleinvertretungsrecht sei „wohl selten nach einem Umsturz so eindeutig von einer neuen Regierung anerkannt worden wie hier in Ghana.“<sup>674</sup> Schon am 6. April 1966 wird ein Kreditabkommen über 40 Millionen DM zwischen Bonn und Accra unterzeichnet, von dem eine Hälfte für den Ausbau des ghanaischen Elektrizitätsnetzes, die andere Hälfte für den Bezug „lebenswichtiger Güter“<sup>675</sup> bestimmt sind. Bei einem Treffen zwischen Erhard und Außenminister Rusk bemerkt dieser, dass es im Jahr 1966 kaum positive Entwicklungen für den Westen gegeben habe, außer in Ghana.<sup>676</sup> Erst im September 1969 kann die DDR ihre Handelsmission in Ghana wieder öffnen.

In politischen und wirtschaftlichen Krisensituationen gelingt es der DDR mehrfach die eigene Anerkennungsoffensive in Folge gezielter handels- und entwicklungspolitischer Kooperationsangebote voranzubringen. Das trifft für den gewaltsamen politischen Umsturz in Sansibar ebenso zu, wie für Guinea, das 1958 durch den Abzug der französischen Elite kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch steht. Die Suezkrise bildet im Falle Ägyptens den Ansatz für die Herstellung von Beziehungen, die nach und nach ausgebaut werden. In all diesen Situation agiert Ostberlin deutlich schneller und flexibler als Bonn. Ein Machtwechsel kann sich aber auch ins Gegenteil verkehren: So fallen dem Sturz Nkrumahs 1966 auch die gegenseitigen Handelsvertretungen zum Opfer und die Bundesrepublik kann sich zumindest vorerst wieder als „einziges Deutschland“ etablieren. Der Bruch Accras mit Ostberlin geht

<sup>671</sup> Auch eine große Zahl sowjetischer und chinesischer Experten werden des Landes verwiesen, die Botschaftsangestellten werden reduziert. Vgl. REIME, 1972, S.28.

<sup>672</sup> AFRIKA IM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF. Berlin (O): 1978, S.20.

<sup>673</sup> *Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 9. Juni 1966.* In: AAPD 1966 Dok.185, Anm.37, S.787.

<sup>674</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 17. Oktober 1966.* In: AAPD 1966 Dok.333, Anm.26., S.1379.

<sup>675</sup> AdG 1966, 12435 A.

<sup>676</sup> *Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 9. Juni 1966.* In: AAPD 1966 Dok.185, S.787.

allerdings nicht auf das westdeutsche Engagement, sondern auf innenpolitische Umwälzungen zurück.

#### 5.2.3.4 „Außenpolitik im Korsett?“ – Die Rolle der Bündnispartner

Sowohl in ost- als auch westdeutschen Medien wird ein Wettstreit der Supermächte um die Gunst der jungen blockfreien Staaten dokumentiert und ein Zusammenhang zum jeweiligen Engagement des deutschen Bündnispartners diagnostiziert.<sup>677</sup>

##### a) Ostdeutsche Dependenz

DOLEZAL konstatiert, sowjetische Kredite und Ausrüstungshilfen seien regelmäßig an die Bedingung einer Kooperation an Ostberlin geknüpft, so dass die DDR jeweils im sowjetischen „Windschatten“<sup>678</sup> agiere. Auch flankiere ostdeutsche „Entwicklungshilfe“ häufig sowjetisches Engagement: Leiste Moskau in einem Land Kapital- oder Militärhilfe, finanziere die DDR dort oft begleitende Ausbildungs- und Gesundheitsprogramme.<sup>679</sup> Auch zeitgenössischen Beobachtern bleiben entsprechende zeitliche Koinzidenzen nicht verborgen:

Eine Verdichtung der Beziehungen zwischen der DDR und Ägypten bis 1960 habe wiederum unmittelbar nach einem großen „Rubelkredit“<sup>680</sup> über 140 Millionen Rubel stattgefunden. Nachdem Kairo im November 1957 Wirtschaftshilfe in Höhe von 700 Millionen DM in Form eines sowjetischen Kredits erhält, reist Nasser im darauf folgenden Frühjahr für knapp drei Wochen in die Sowjetunion.<sup>681</sup> Es gelingt DDR im darauffolgenden Jahr ein Generalkonsulat in Kairo zu etablieren, womit ihr der höchste Status eingeräumt wird, den sie bis dahin auf dem afrikanischen Kontinent genießt. Bei Chruschtschows Besuch in Kairo im Mai 1964 sagt dieser laut DIE WELT dem Land, das sich in einer wirtschaftlichen Zwangslage befindet, weitere Unterstützung zu. Im Kommuniqué ist von der „deutschen Frage“ die Rede, wobei bemerkt wird, dass sich die VAR „mit den Auffassungen der Sowjetregierung

---

<sup>677</sup> Dabei stehen die Konflikte um den Bau und die Finanzierung des Assuan-Staudamms paradigmatisch für das Konkurrenzgebaren Washingtons und Moskaus in den frühen sechziger Jahren. Vgl. AdG 1960, 8153 B. sowie 8166 B und 8187 B usw.

<sup>678</sup> DOLEZAL, 1983, S.38.

<sup>679</sup> *Wohin der Rubel rollt*. In: DIE WELT, 23. Februar 1960, S.3.

<sup>680</sup> *Der Elefant*. In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.16.; KILIAN, 2001, S.125.

<sup>681</sup> *Kairo erhält Sowjethilfe*. In: DIE WELT, 22. November 1957, S.4.; *Der Präsident lässt sich Zeit*. In: DIE WELT, 5. Mai 1958, S.3.; Im Rahmen dieses Besuchs wird die Absicht zur „weitere[n] Entwicklung und Festigung der engen, sich ständig entwickelnden Beziehungen“ betont. Vgl. AdG 1958, 7069 B.

[...] vertraut<sup>682</sup> gemacht habe und darüber übereinstimme, dass eine „deutsche Friedensregelung“<sup>683</sup> notwendig sei. Im Dezember 1964 wird ein Kredit über etwa 1,2 Milliarden DM gewährt.<sup>684</sup> Dieses so genannte „Schelepin-Abkommen“ zielt auf den Aufbau von Industrieanlagen und beinhaltet auch Militärhilfe.<sup>685</sup> Walter Scheel vermutet, dass der Kredit auch an die Bedingung geknüpft sei, engere Beziehungen mit der DDR zu unterhalten.<sup>686</sup> Ähnlich vermutet Erich Mende, dies sei der eigentliche Hintergrund für die kurz darauf erfolgte Einladung Ulbrichts.<sup>687</sup> Im Auswärtigen Amt ist man indes überzeugt, dass das Engagement der Sowjetunion in Afrika auch dazu diene, „endlich die Anerkennung der sog. DDR zu erreichen.“<sup>688</sup> Dazu bescheinigt man ihnen „zweifelloso eine glänzende Ausgangslage, weil sie niemals Kolonien in Afrika besessen haben“ und „ihre schnelle Entwicklung vom rückständigen Agrarstaat zu einer führenden Industriemacht“ vorbildlich wirken müsse. DDR-Sonderbotschafter Hohmann bietet im September 1964 Kairo einen Kredit über 200 Millionen DM an und im Januar 1965 werden entwicklungspolitische Abkommen zur Ausrüstungs-, Kredit- und Technischen Hilfe zwischen Kairo und Ostberlin geschlossen, die als „Flankierung“<sup>689</sup> der sowjetischen Kredite verstanden werden können. In dieser Konsequenz bezeichnet Außenminister Schröder den DDR-Staatsratsvorsitzenden als „Speerspitze der Sowjetunion.“<sup>690</sup> Nasser bestreitet jedoch im SPIEGEL-Interview vehement jede äußere Einflussnahme.<sup>691</sup> Auch im Falle Guineas sei der kurzzeitige Botschafteraustausch durch den Moskaubesuch Tourés „planiert“<sup>692</sup> worden, so die Einschätzung der WELT. Touré sei dem „übermächtigem sowjetischen Druck erlegen“<sup>693</sup>, so auch die Einschätzung des Auswärtigen Amts. Guinea sei dabei die Zusage zur „Anerkennung der SBZ [geradezu] abgepresst“<sup>694</sup> worden. Die Aussage

---

<sup>682</sup> AdG 1964, 11244 D.

<sup>683</sup> AdG 1964, 11244 D.

<sup>684</sup> *Chruschtschow sagt Kairo jede Hilfe zu.* In: DIE WELT, 20. Mai 1964, S.1.; Port Said, die Stadt am Suezkanal, bezeichnet der Generalsekretär der KPdSU sogar selbstbewusst als „Stalingrad“ des westlichen Imperialismus. Vgl. *Verhört.* In: DIE WELT, 20. Mai 1964, S.1.

<sup>685</sup> *Chronologische Auflistung zum Abkommen vom 6. März 1964.* In: PA/AA B36 Bd.143.; WENTKER, 2007, S.280.

<sup>686</sup> „Moskau setzte Nasser unter Druck.“ In: DER SPIEGEL Nr.7/1965, S.22.

<sup>687</sup> *Mende: Einladung Ulbrichts nach Kairo auf sowjetischen Druck.* In: DIE WELT, 8. Februar 1965, S.2.

<sup>688</sup> *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner.* In: PA/AA B34 Bd.389.

<sup>689</sup> NEUES DEUTSCHLAND betont dieses Angebot erfolge „uneigennützig und ohne jede politische Bedingung.“ Vgl. *Zusammenarbeit wahrer Freunde am Nil.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Februar 1965, S.7.

<sup>690</sup> „Es handelt sich [...] um eine groß angelegte Offensive der Sowjetunion“ *Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit den Botschaftern der Drei Mächte vom 5. März 1965.* In: AAPD 1965 Dok.112, S.458.; „*Auftrag Ulbricht erfüllt.*“ In: DIE WELT, 3. März 1965, S.3.

<sup>691</sup> „Wir lassen uns von niemandem unter Druck setzen und dulden keine Einmischung“ *Tränen im Waldorf-Astoria.* In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.34 f.

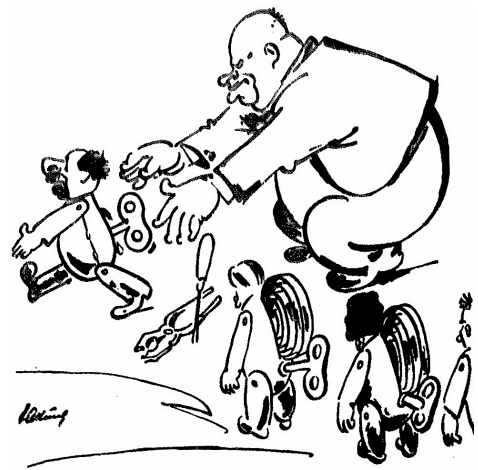
<sup>692</sup> *Pankows Weg führt über Afrika.* In: DIE WELT, 7. März 1960, S.3.

<sup>693</sup> *Telegramm aus Conakry vom 7. März 1960.* In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>694</sup> *Aufzeichnungen zur Guinea-Krise am 13. März 1960.* In: PA/AA B34 Bd.149.

des Präsidenten gegenüber dem SPIEGEL auf dem Höhepunkt der Affäre, dass er unter einem gewissen Druck stehe, auf den er „nicht näher eingehen“<sup>695</sup> wolle, stützt die These, dass Moskau das gerade geschlossene Kreditabkommen an politische Zugeständnisse gegenüber Ostberlin geknüpft haben könnte. Ähnlich verhält es sich im Falle Accras: Im Oktober 1961 unterzeichnen Vertreter der ghanaischen und ostdeutschen Regierung ein Handels- und Zahlungsabkommen sowie Vereinbarungen über kulturelle und technische Zusammenarbeit. Nur wenige Wochen später folgt ein ähnliches Abkommen mit der Sowjetunion.<sup>696</sup> Der dortige Besuch Nkrumahs im Sommer 1961 wird dabei von der westdeutschen Botschaft in Moskau aufmerksam verfolgt und insbesondere die Vereinbarungen zu Krediten und Bildungshilfe werden ausführlich dokumentiert.<sup>697</sup> Dabei wird erfreut festgestellt, dass Nkrumah eine explizite Positionierung in der Berlin- oder Deutschlandfrage vermieden habe, obwohl Moskau wohl darauf regelrecht dränge. Infolge solcher zeitlichen Zusammenhänge glaubt TROCHE, etwaige ostdeutsche Erfolge seien in der Regel dem politischen Druck Moskaus und weniger der ostdeutschen Eigeninitiative geschuldet.<sup>698</sup> Entsprechend zeigt DIE WELT Ulbricht als eines von vielen kleinen „Zieh-auf-Männchen“, das von Chruschtschow je nach Bedarf neu justiert und gelenkt werden kann, aber über keinerlei eigene Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten verfügt. Gegenüber dem Ausland bezeichnet das Auswärtige Amt die ostdeutsche Staatsspitze auch als „Marionettenregierung.“<sup>699</sup>

SCHOLTYSECK bezeichnet diese Abhängigkeit als „Ariadnefaden“<sup>700</sup>, der sich durch die Geschichte der ostdeutschen Außenpolitik ziehe. Diese Dependenz wird auf Seiten der Bundesrepublik bemerkenswerterweise als positiv für die „deutsche Frage“ eingeschätzt. Da Ul-



Neu aufgezogen

Abb.26: *Neu aufgezogen.*  
Aus: DIE WELT, 1. Juli 1963, S.2.

bricht als eines von vielen kleinen „Zieh-auf-Männchen“, das von Chruschtschow je nach Bedarf neu justiert und gelenkt werden kann, aber über keinerlei eigene Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten verfügt. Gegenüber dem Ausland bezeichnet das Auswärtige Amt die ostdeutsche Staatsspitze auch als „Marionettenregierung.“<sup>699</sup>

<sup>695</sup> *Der Elefant.* In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.16.

<sup>696</sup> AdG 1961, 9492 B.; Auch Ungarn, die Tschechoslowakei und China treffen im selben Jahr ähnliche Vereinbarungen. Vgl. AdG 1961, 9074 A, 9302 E, 9120 D.

<sup>697</sup> *Bericht der Botschaft in Moskau vom 28. Juli 1961.* In: PA/AA B34 Bd.237.

<sup>698</sup> TROCHE, 1996, S.45.

<sup>699</sup> *Entwurf einer Presseerklärung für das Ausland vom Februar 1965.* In: PA/AA B34 Bd.606.

<sup>700</sup> SCHOLTYSECK, 2003, S.6.

bricht auf Konsolidierung des *Status Quo* ziele, sei es der Vorrang der sowjetischen Interessen, der eine Chance auf die Wiedervereinigung biete.<sup>701</sup> LEMKE nennt die DDR einen „außenpolitischen Trittbrettfahrer“<sup>702</sup>, während SCHLEICHER von einem „Stellvertreter“<sup>703</sup> spricht und. Die frühe ostdeutsche Außenpolitik wird oft als bloßer „Reflex der sowjetischen“<sup>704</sup> charakterisiert. Gegen Ende des Untersuchungszeitraums ändert sich dies jedoch infolge der zunehmend erfolgreichen Performances in Guinea, Sansibar und Ägypten allmählich. Während man anfangs eher vom „Satellit[en]“ im „Sog der Sowjets“<sup>705</sup> habe sprechen müssen, sei Ostberlin mittlerweile wenigstens zum „Vasall[en]“<sup>706</sup> aufgestiegen, muss DIE WELT 1964 konsterniert feststellen. Auch WINROW spricht von Ostberlin in diesem Kontext als „Juniorpartner“ oder „surrogate“<sup>707</sup> Moskaus, was durchaus deren Interessen entspricht: Die DDR als westlicher Ausläufer des sozialistischen Blocks erscheint als eine Art Prüfstein, wo sich die Durchsetzung des eigenen Systems beweisen müsse. Entsprechend konstatieren LAMM/KUPPER mit zunehmender Konsolidierung der DDR einen steigenden außenpolitischen „Einfluss als Musterschüler“<sup>708</sup> des Ostblocks mit der Fähigkeit, eigene Akzente setzen zu können. Dabei machen sie sogar die mangelnde Unterstützung Moskaus für die schleppende Anerkennung Ostberlins verantwortlich. Ein sowjetischer Witz, wonach die DDR als neues Staatswappen drei Peperoni habe, da man sich als „die kleinsten, die rötesten und die schärfsten“<sup>709</sup> des Blocks sehe, offenbart, dass auch Moskau die zunehmende Verbissenheit Ostberlins in ideologischen und politischen Fragen zur Kenntnis nimmt.

## b) Westdeutsche Dependenz

Betrachtet man den Einfluss der Bündnispartner auf das entwicklungspolitische Engagement Bonns, ist zunächst darauf zu verweisen, dass die Bundesrepublik erst 1951 ein eigenes Außenministerium einrichten kann, wohingegen das MfAA der DDR bereits seit 1949 besteht:

<sup>701</sup> *Ulbrichts Status Quo*. In: DIE WELT, 12. Mai 1965, S.2.

<sup>702</sup> LEMKE, 2001 (B), S.68.

<sup>703</sup> SCHLEICHER, 1993, S.22.

<sup>704</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.38 f.

<sup>705</sup> *Im Wettlauf um die Gunst der Völker*. In: DIE WELT, 14. Januar 1961, *Das Forum der Welt*.; Dagegen behauptet SAEHRENDT, „die DDR sei „von ihrer Gründung bis zu ihrem Ende ein Satellit der UdSSR geblieben“, was sich insbesondere an den außen- und kulturpolitischen Ereignissen zeige. Vgl. SAEHRENDT, 2017, S.36.

<sup>706</sup> *Fühler nach dem Osten*. In: DIE WELT, 26. November 1964, S.1.

<sup>707</sup> WINROW, 1990, S.9.; Auch SCHLEICHER spricht vom „Juniorpartner“. Vgl. SCHLEICHER, 1998, S.101.

<sup>708</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.39 sowie S.63.

<sup>709</sup> Der Scherz stammt aus den siebziger Jahren. Vgl. WOLLE, 2001, S.90.

Die äußeren Abhängigkeiten der Frühphase offenbaren sich im Falle Bonns also deutlich offensichtlicher als im Falle Ostberlins.<sup>710</sup>

Schon die Gründung des BMZ 1961 zeugt vom Einfluss der USA. So fordert Walt W. Rostow von Bonn im Sinne seines „*Non-communist manifesto*“ ein verstärktes entwicklungspolitisches Engagement als westdeutschen Anteil an der „Aufrechterhaltung des Westens.“<sup>711</sup> Besonders während diplomatischer Krisen warnt Washington Bonn immer wieder dezidiert davor, diese Länder keinesfalls dem Ostblock zu überlassen.<sup>712</sup> Man fühlt man sich internen Aktenvermerken zufolge von Washington in vielen Situationen bedrängt, da die Amerikaner immer wieder dazu auffordern, „zu erkennen“<sup>713</sup> zu geben, was man „unter Umständen an Entwicklungshilfe [...] zu geben bereit“ sei. Auch solle Bonn dabei in „diskreter Weise“ auf eine Überprüfung der Beziehungen zur DDR versuchen hinzuwirken. Kalbitzer sieht 1961 den Ost-West-Konflikt sogar zunehmend vom „Nord-Süd-Konflikt“<sup>714</sup> abgelöst und verweist vor dem Plenum des Bundestags auf den Druck, den Amerika der deutschen Regierung in Sachen Entwicklungspolitik gemacht habe. MOLT führt als Erklärungsmuster die in dieser Phase offenbar werdenden Zahlungsbilanzprobleme der USA an.<sup>715</sup> Im Falle der westdeutschen Zurückhaltung gegenüber Guinea aus Rücksicht auf Frankreich, weist das „*Department of State*“<sup>716</sup> Bonn im Dezember 1958 darauf hin, dass man nun nicht mehr länger allein dem Ostblock das Feld überlassen dürfe. Dabei scheint auch die amerikanische Regierung deutschlandpolitisches Wohlverhalten der Entwicklungsländer zu honorieren. So schließen die USA und Guinea am 31. Oktober 1960, also kurz nach dem für den Westen befriedigenden Widerruf des Botschafteraustauschs mit der DDR, ein größeres entwicklungspolitisches Abkommen.<sup>717</sup> Washington reagiert auch sanktionär: Nach der Belgrader Blockfreien Konferenz, auf der Ghanas Präsident Nkrumah öffentlich fordert, „die Nationen der Welt“<sup>718</sup>

<sup>710</sup> Das Außenministerium wird in den ersten Jahren von Adenauer in Personalunion geführt. Vgl. ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.31.

<sup>711</sup> So eine Rede Rostows an der Universität Dayton, Ohio am 18. September 1963. Vgl. *Rostow betont die Rolle Deutschlands*. In: DIE WELT, 19. September 1963, S.4.

<sup>712</sup> *Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit den Botschaftern der Drei Mächte vom 5. März 1965*. In: AAPD 1965 Dok.112, S.457 ff.

<sup>713</sup> „*Deutsches Verhalten gegenüber Sansibar aus amerikanischer Sicht*“ vom 3. April 1965. In: PA/AA B34 Bd.22.; Ähnlich: *Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Stelzer am 6. September 1961*. In: AAPD 1961 Dok.328. S.1348 ff.

<sup>714</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9202 B.

<sup>715</sup> MOLT, 2017, S.89 f.

<sup>716</sup> *Bericht der Botschaft in Washington DC vom 5. Dezember 1958*. In: PA/AA B34 Bd.83.

<sup>717</sup> Das sowjetische Programm habe einen Umfang von 60 Millionen Dollar, was rund 252 Mill DM entspricht. Vgl. *Abkommen über US-Hilfe für Guinea*. In: DIE WELT, 1. November 1960, S.9.

<sup>718</sup> *Neutrale. Punkt 27*. In: DER SPIEGEL Nr.38/1961, S.77.

sollten die Existenz zweier deutscher Staaten anerkennen, verschieben die Vereinigten Staaten dagegen die Entscheidung über eine Unterstützung des Voltastaudamms.<sup>719</sup> Auch stimmt das US-amerikanische Repräsentantenhaus nur einen Tag nach der offiziellen Bestätigung des Ulbricht-Besuchs dafür, Lebensmittellieferungen nach Ägypten vorerst einzustellen und neuerlich seit langem in Aussicht gestellte Zusagen werden verzögert.<sup>720</sup>

Infolge des Dekolonisationsprozesses befindet sich die Bundesrepublik gegenüber seinen europäischen Nachbarn in einer Art postkolonialem Dilemma: Einerseits will Bonn die globale Etablierung der DDR verhindern und daher schnell gegenüber den gerade unabhängig gewordenen Staaten agieren. Andererseits droht ein zu unbefangener Umgang mit diesen Staaten auch zum „Fallstrick“ zu werden: Die zu rasche Anerkennung, Besuchsdiplomatie oder gar Gewährung entwicklungspolitischer Zuwendungen bergen die Gefahr, die ehemaligen Kolonialmächte und NATO-Bündnispartner zu brüskieren. So spricht DIE WELT von einer „Außenpolitik im Korsett.“<sup>721</sup> Der Algerienkrieg wird dabei zu einer Art „Bewährungsprobe“<sup>722</sup> für die noch fragilen deutsch-französischen Beziehungen. KILIAN glaubt allerdings, die Bundesrepublik befinde sich im Vorteil, da sie mit den ehemaligen Kolonialstaaten verbündet ist und daher den Alleinvertretungsanspruch auch in den Überseegebieten leichter durchsetzen könne.<sup>723</sup> Welche Bedeutung die Beziehung zu den NATO-Bündnispartnern hat, soll im Folgenden exemplarisch überprüft werden.

In der Frühphase scheint diese eher ein Hemmnis zu sein. So sagt Kanzler Erhard nach der Suezkrise seine Teilnahme an der Eröffnung der westdeutschen Industrieausstellung in Kairo 1957 aus Rücksicht auf Frankreich und England ab, was in der DDR scharf kritisiert und zum Ausbau der Beziehungen mit Kairo genutzt wird.<sup>724</sup> Außenminister von Brentano beklagt diese erzwungene „Spagatpolitik“ in einem Brief an Gerstenmeier:

„Unsere Politik gegenüber den jungen afrikanischen Staaten muss zwei Faktoren in Rechnung stellen, nämlich die Interessen, ja auch Empfindlichkeiten, befreundeter und verbündeter Nationen sowie die Bemühungen der SBZ, mit allen Mitteln der Verleumdung und

<sup>719</sup> *USA verschieben Hilfe für Ghana.* In: DIE WELT, 23. September 1961, S.4.

<sup>720</sup> *Stellen USA Verkauf von Lebensmitteln an Kairo ein?* In: DIE WELT, 28. Januar 1965, S.2.; *Keine Hilfe-Zusagen der USA an Kairo.* In: DIE WELT, 21. April 1965, S.1.

<sup>721</sup> Es wird sogar der Vorwurf formuliert, dass man dies aus Bequemlichkeit hinnehme, „damit der bundesdeutsche Michel sich [...] seinem Wohlstandsschlummer hingeben“ könne. Vgl. *Außenpolitik im Korsett.* In: DIE WELT, 8. Juli 1964, S.3.

<sup>722</sup> CAHN, 2010, S.147.

<sup>723</sup> KILIAN, 2001, S.171.

<sup>724</sup> *Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR am 10. April 1957.* DzD 1957, S.591.; Da die Beziehungen zu Frankreich und England nach der Suez-Intervention schwer geschädigt sind, haben diese andererseits sogar ein Interesse daran, dass ihr NATO- und EWG-Bündnispartner in Kairo präsent ist. Vgl. *Bonn will Abkommen umwandeln.* In: DIE WELT, 12. Februar 1965, S.4.



durch verlockende Angebote die afrikanischen Führer für eine diplomatische Anerkennung [...] zu gewinnen“<sup>725</sup>

MOLT verweist darauf, dass insbesondere Frankreich und Großbritannien Vorbehalte gegen eine bilaterale Ausrichtung der westdeutschen Entwicklungspolitik hätten, da sie eine Schmälerung ihres eigenen Einflusses fürchteten, wobei London in Folge des Commonwealth der Entkolonialisierung deutlich entspannter als Paris entgegenetrete.<sup>726</sup> Im Falle Sansibars kursieren allerdings Warnungen im Auswärtigen Amt, dass „gewisse Kreise in London daran Anstoß nehmen würden“<sup>727</sup>, wenn man das Land umgehend anerkenne. Der westdeutsche Botschafter in London solle das britische Außenministerium darüber aufklären, dass man „aufgrund der Aktivität der SBZ genötigt“ sei, schnell zu handeln. So bietet man vor der Anerkennung entwicklungspolitische Unterstützung an, was Sansibar allerdings zurückweist.<sup>728</sup> Vor dem Bundestag betont der Außenminister, man wolle keinesfalls „den Platz derer auszufüllen, die dort verdrängt worden“ seien und wehrt sich mit klaren Worten gegen „Eindruck als „Leichenfledderer aufzutreten.“<sup>729</sup> Er mahnt gegenüber Afrika zu „großer Behutsamkeit“, um die freundschaftlichen Beziehungen innerhalb Europas nicht zu belasten. Entsprechend verhält sich Bonn gegenüber den ehemaligen französischen Kolonien Guinea<sup>730</sup> sowie der ehemaligen britische Kolonie Ghana zunächst zurückhaltend. So klagt man im Auswärtigen Amt: „Wir mussten Rücksicht auf unsere Verbündeten mit Kolonialbesitz nehmen, während sich Pankow mit der Schützenhilfe des ganzen Ostblocks als das ideale Deutschland“<sup>731</sup> präsentiere. So eröffnet die DDR rund ein halbes Jahr vor der westdeutschen Botschaft eine Handelsvertretung in Conakry. Die französische Regierung hatte signalisiert, „dass sie zwar ihre Bedenken gegen die Anerkennung Guineas zurückstelle, es aber begrüßen würden, wenn die Aufnahme diplomatischer Beziehungen [...] noch hinausgeschoben würde.“<sup>732</sup> SCHWARZ hat in diesem Kontext darauf verwiesen, dass Adenauer die Auf-

<sup>725</sup> zitiert nach: EIKEL, 1999, S.453.

<sup>726</sup> MOLT, 2017, S.33.

<sup>727</sup> *Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 15. Dezember 1964.* In: PA/AA B159 Bd.22.

<sup>728</sup> *Sansibar weist Bonn zurecht.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Februar 1964, S.4.

<sup>729</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 119. Sitzung am 23. Juni 1960, S.6881 B.

<sup>730</sup> Man müsse die „Rücksichten auf Frankreich“ im Kopf behalten. Vgl. *Aufzeichnungen zur Guinea-Krise am 13. März 1960.* In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>731</sup> *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner.* In: PA/AA B34 Bd.389.

<sup>732</sup> *Bericht des Auswärtigen Amtes am 20. November 1958.* In: PA/AA B34 Bd.83.

rechterhaltung westlicher Positionen in Afrika als wichtiger empfunden habe als die vollständige Entkolonialisierung.<sup>733</sup> Für Adenauer steht „Europa [...] vor der Welt“<sup>734</sup>, während es bei seinem Amtsnachfolger Erhard umgekehrt erscheint. Der westdeutsche Botschafter moniert rund neun Monate später in einem seiner ersten Berichte nach Bonn, dass die „Vertreter der SBZ“<sup>735</sup> bis zur Eröffnung der westdeutschen Vertretung sehr aktiv gewesen seien und bis dahin „als die voll legitimierte Vertreter Deutschlands“ gegolten hätten. Dies erscheint entscheidend für die außenpolitische Wahrnehmung. Allein aus „Prestige Gründen“<sup>736</sup> solle nun schnellstmöglich ein Handelsvertrag geschlossen werden, um die DDR zurückzudrängen. Von Brentano betont in diesem Kontext, man wolle sich weder „mißbrauchen“ lassen noch sich „Zügel“ oder „Bremsen“ anlegen lassen: „Unsere eigene Entscheidungsfreiheit behalten wir selbstverständlich. Aber wir werden auch in Zukunft eine gewisse Zurückhaltung üben.“ Von afrikanischen Politikern würde diese Haltung zwar als „Selbstverständlichkeit“<sup>737</sup> deklariert werden, dennoch fürchtet der Außenminister, die hohen Erwartungen dort aus Rücksicht auf die Verbündeten nicht gänzlich erfüllen zu können und warnt, dies könne dazu führen, „daß die SBZ uns in Afrika den Rang ablauft.“ DIE WELT bilanziert bereits 1961, man sei infolge des Wirtschaftswunders „aus der Rolle eines verzogenen Mündels in diejenige eines Junior-Partners“<sup>738</sup> gewachsen: Dieser Prozess berge neben finanziellen Pflichten aber auch ein gewisses politisches „Mitspracherecht.“ Auch der stellvertretende US-Außenminister Dillon bejaht gegenüber DER SPIEGEL 1961 die Frage, ob die Bundesrepublik die Empfänger seiner „Hilfen“ frei auswählen könne, allerdings unter dem Zusatz „soweit es in das Gesamtschema passt.“<sup>739</sup> Bonn scheint also offenbar eine begrenzte Handlungsfreiheit innerhalb der Bipolarität zu besitzen, was beispielsweise in der selbstbewussten Entscheidung für diplomatische Beziehungen mit Israel im Zuge der Kairokrise deutlich

---

<sup>733</sup> SCHWARZ, 2010, S.129.

<sup>734</sup> LÖFFLER, 2010, S.124 und S.131.

<sup>735</sup> *Schreiben der Botschaft in Conakry vom 18. August 1959.* In: PA/AA B34 Bd.89; *Bericht des Auswärtigen Amtes vom 17. Dezember 1958.* In: PA/AA B34 Bd.83.

<sup>736</sup> *Schreiben der Botschaft in Conakry vom 18. August 1959.* In: PA/AA B34 Bd.89.

<sup>737</sup> von Brentano zitiert seinen namentlich nicht weiter bekannten Gesprächspartner mit den Worten: „Ich verstehe das nicht nur, ich halte das für gut.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 119. Sitzung am 23. Juni 1960, S.6881 B.

<sup>738</sup> *Der Junior-Partner.* In: DIE WELT, 15. Februar 1961, S.3.

<sup>739</sup> *Spielt Bonn mit falschen Zahlen?* In: DER SPIEGEL Nr.25/1961, S.26.

wird. Eine Karikatur aus DIE WELT zeigt den deutschen Michel als Skifahrer, der beim „diplomatischen Slalom“ zwischen den verschiedenen Parteien verzweifelt um sein Gleichgewicht kämpft und fürchtet, seine Abfahrt könnte eher als „Amoklauf“ in die Geschichte eingehen. Dass die Bundesregierung ihre Bündnispartner konsultiert, wird offen kommuniziert: So heißt es im offiziellen Kommuniqué zur Nahostpolitik, die USA, Frankreich und Großbritannien seien infolge ihrer „besonderen Verantwortung für Gesamtdeutschland“<sup>740</sup> vor allen wesentlichen

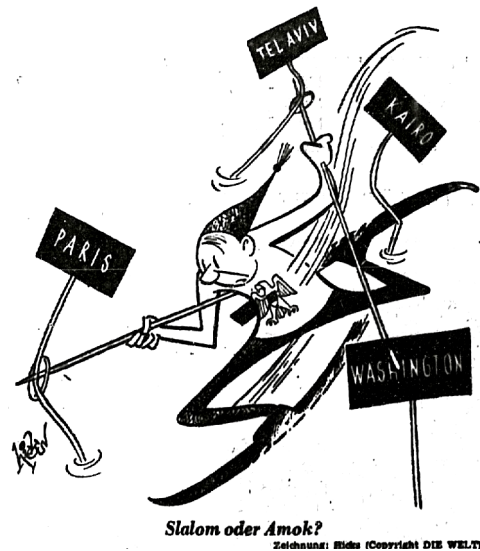


Abb.27: *Slalom oder Amok?*  
Aus: DIE WELT, 11. Februar 1965, S.2.

Schritten konsultiert worden. Das gemeinsame Auftreten von NATO-Partnern in Afrika erzeuge dort ohnehin schnell „Misstrauen“<sup>741</sup> und man solle sich vor allem auf Länder mit erhöhter ostdeutscher Aktivität“ konzentrieren, warnt das Auswärtige Amt. Vergleichbare Absprachen mit der Sowjetunion werden durch die DDR weniger offen thematisiert. Die infolge der Bündnispartner teilweise erzwungene Zurückhaltung und Zaghaftigkeit wird in vielen Fällen von der ostdeutschen Propagandamaschinerie ausgeschlachtet. DIE WELT jammert dabei, es sei für den Osten deutlich leichter, die Entkolonialisierung zu unterstützen, sie hätten schließlich „nichts zu verlieren.“<sup>742</sup>

Die DDR ist bei der Unterstützung von Unabhängigkeitsbewegungen und jungen Nationalstaaten keinen Rücksichtszwängen unterworfen und kann hier deutlich freier agieren. Auch dies erklärt die kurzfristigen Erfolge der DDR in den gerade unabhängig gewordenen Staaten Ghana, Guinea und Sansibar. Allerdrings gelingt es der Bundesrepublik, auch infolge der fordernden Grundhaltung der Amerikaner, diese Konstellation für einen begrenzten eigenen außenpolitischen Handelsspielraum nutzen, wie beispielsweise die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Tel Aviv zeigt. So argumentiert Erhard, es komme „der Quadratur des Zirkels gleich, ein Deutschland schaffen zu wollen, das unbedeutend genug ist, um sowjetische Befürchtungen in Europa beschwichtigen zu können, aber stark genug sein könnte, der

<sup>740</sup> *Das Kommuniqué zur Nahost-Politik.* In: DIE WELT, 8. März 1965, S.5.

<sup>741</sup> *Aufzeichnungen Stelzners vom 6. Februar 1964.* In: PA/AA B159 Bd.22.

<sup>742</sup> Weiter heißt es, „Die Kolonialmächte und ihre Freunde dagegen verlieren Besitz.“ Vgl. *Kampf um Afrika?* In: DIE WELT, 6. November 1959, S.2.

kommunistischen Offensive überall in der Welt verstärkt entgegenzutreten.<sup>743</sup> Dabei nennt er als eine der möglichen Maßnahmen auch konkret „Entwicklungshilfe.“ Häufig ist ein enger zeitlicher Zusammenhang zwischen den entwicklungspolitischen Zusagen der beiden deutschen Staaten und dem Engagement der Supermächte zu verzeichnen, die ebenfalls untereinander konkurrieren. Dabei scheint für die jeweiligen Bündnispartner auch die Tatsache, dass beide deutsche Staaten als kolonial unbelastete Staaten und unter „Ausnutzung des guten deutschen Rufs“<sup>744</sup> agieren können, von Nutzen zu sein.

### 5.2.4 Zusammenfassung

Welche Faktoren geben nun den Ausschlag für den „Erfolg“ des einen oder „anderen Deutschlands“ im Sinne des Ausbaus der Beziehungen zu den Entwicklungsländern bzw. einer eindeutigen deutschlandpolitische Positionierung dieser Staaten?

Die DDR erscheint mit ihrer „Politik der ganz kleinen Schritte“ deutlich agiler als die Bonner Republik. Dabei kann man von einer „Politik des langen Atems“<sup>745</sup> sprechen, bei der geduldig und schrittweise am Ausbau des Beziehungsnetzes gearbeitet wird. Diese Vorgehensweise wird im MfAA als „Kleinarbeit“<sup>746</sup> beschrieben, die darauf ziele, „vielseitige Kontakte und Verbindungen herzustellen, die die Grundlage für eine Verbesserung unserer Beziehungen“ bilden sollen. Dabei solle unbedingt vermieden werden, dass die Bundesrepublik etwas von „unseren konkreten Absichten“<sup>747</sup> erfährt. Dabei brächten auch „Varianten, die scheinbar einen Schritt zurück bedeutet, manchen Vorteil“<sup>748</sup>, so die pragmatische Einschätzung. Zunächst ist die reaktionsschnelle und umfangreiche Telegrammoffensive hervorzuheben, mit der sich die ostdeutsche Regierung immer wieder in Erinnerung bringt. Der rege, wenn auch teilweise einseitige Kontakt, der medial omnipräsent erscheint, transportiert das Gefühl der eigenen globalen Bedeutsamkeit, frei nach der Parole Ulbrichts „Wir sind auch wer.“<sup>749</sup> Die Bundesrepublik hinkt hier deutlich hinterher, obwohl das Auswärtige Amt diese Schwäche

---

<sup>743</sup> Rede des Bundeskanzlers Erhard vor dem „Council on Foreign Relations“ in New York am 11. Juni 1964. In: DzD 1964, S.683.

<sup>744</sup> REIME, 1972, S.11.

<sup>745</sup> DREI JAHRZEHNTE AUBENPOLITIK DER DDR, 1979, S.658.

<sup>746</sup> Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 15. Oktober 1962. In: PA/MfAA A 15867.; Auch will man nach dem misslungenen Botschafteraustausch bei den örtlichen Behörden „erst in einigen Monaten [...] wieder vorstellig zu werden.“ Vgl. Schreiben der Handelsvertretung aus Conakry vom 30. April 1963. In: PA/MfAA A 14330.

<sup>747</sup> Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Accra vom 25. März 1964. In: PA/MfAA A 15867.

<sup>748</sup> Handelsvertretung der DDR in der VAR an den stellvertretenden Außenminister Schwab über Beziehungen zur VAR am 8 Juni 1958. In: PA/MfAA A 12770.

<sup>749</sup> Notiz Ulbrichts vom 18. Juli 1963. In: PA/MfAA A 3048. (zitiert nach: KILIAN, 2001, S.31.)

anprangert und, allerdings erfolglos, ein Umdenken fordert. Das schnelle Agieren der DDR kann durchaus realpolitische Erfolge verbuchen, wie beispielsweise bei der kurzfristigen Anerkennung durch Sansibar 1964. Die Herstellung eines, wenngleich auch oft einseitigen, Kommunikationskanals gelingt Ostberlin damit meist deutlich rascher als Bonn. Die Telegrammoffensive bereitet den Boden für den zweiten Schritt, die meist prominent besetzten Besuchsreisen ostdeutscher Vertreter: Dabei werfen einige Länder der DDR eine Art „Überumpelungstaktik“ vor, wenn beispielsweise ein guineischer Diplomat in Ostberlin 1960 überraschend zum ersten Botschafter aus Afrika ernannt wird oder eine ostdeutsche Delegation vermeintlich „unangemeldet“<sup>750</sup> einreist. Sowohl die intensive Telegramm- als auch ausgedehnte Besuchs- und Einladungsdiplomatie erfahren eine besondere Wertschätzung der oft erst gerade unabhängig gewordenen Staaten, was zahlreiche Äußerungen afrikanischer Repräsentanten nahelegen. Bis auf wenige Ausnahmen erscheint die DDR auch auf diesem Feld deutlich aktiver als die Bundesrepublik, der auch von eigenen Spitzenpolitikern eine gewisse „besucherische Trägheit“ vorgeworfen wird. Dabei wird versucht, Erfolge der DDR öffentlich zu relativieren: So betont Außenminister Schroeder beispielsweise ausgerechnet anlässlich der Anerkennung durch Sansibar, „daß der internationale Fortschritt von Pankow [...] doch außerordentlich gering geblieben ist.“<sup>751</sup> In einem dritten Schritt setzt Ostberlin auf den Auf- und Ausbau handelspolitischer Beziehungen, wenn sie beispielsweise Guinea kurz nach der Unabhängigkeit eine große Menge an Früchten oder Ghana Kakao bohnen abnimmt: Da die Bundesrepublik selbst Handel mit der DDR treibt, kann sie kaum Kritik an den Entwicklungsländern üben und entsprechend werden die Handelsbeziehungen Ostberlins öffentlich heruntergespielt, meist unter Hinweis auf die bedeutend größere eigene Wirtschaftskraft. Die DDR nutzt die frisch initiierten Handelsbeziehungen sogleich zum Aufbau ostdeutscher Institutionen vor Ort: Die in diesem Kontext begründeten Büros werden immer wieder personell verstärkt, während die westdeutschen Vertreter in einer Art „nörgelnden Beobachterhaltung“, diese Entwicklungen genau dokumentieren und so versuchen, eine bessere technische und personelle Ausstattung der eigenen Einrichtungen zu erreichen. Eine weitere Eigenheit der ostdeutschen Vertretungen sind die Kampagnen, die ge-

---

<sup>750</sup> Stellenweise scheint dieses Narrativ jedoch eher als Vorwand gegenüber den zürnenden Bonner Vertretern vorgebracht zu sein.

<sup>751</sup> *Aus der Rede des Bundesministers Schröder auf dem 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover am 16. März 1964.* In: DzD 1964, S.423.

gen Bonn geführt werden und sich meist auf die Kooperation mit Südafrika oder eine Beteiligung am Algerienkrieg beziehen.<sup>752</sup> Diese begründen zwar nicht allein Fortschritte, stehen aber teilweise in einem auffälligen zeitlichen Zusammenhang zu ostdeutschen Erfolgen, wie der guineischen Botschafterernennung. In vielen Fällen gelingt es der DDR, wie beispielsweise in Kairo oder Conakry, den Handelsvertretungen auf dem Weg zur „Anerkennung“ immer mehr konsularische und politische Kompetenzen einzuverleiben.

Ein internes Papier zur Einschätzung der Lage in Afrika 1962 fasst demgegenüber die Vorzüge der westdeutschen Afrikapolitik zusammen, die sich bisher als „richtig“ erwiesen hätten: So halte Bonn „einige Trümpfe“<sup>753</sup> in der Hand, wozu neben der kolonialen Unschuld die Wirtschaftskraft zähle, die „von den Afrikanern sehr hoch eingeschätzt würde“ und außerdem höher als die von „Pankow“ wenn nicht des gesamten Ostblocks“ sei. Auch trete man überzeugend für das Selbstbestimmungsrecht ein und habe „alle jungen Staaten“ gleichmäßig und schnell mit „Entwicklungshilfe“ bedacht, ohne dabei die jeweilige „innenpolitische Struktur“ und Ausrichtung zu berücksichtigen. Die Schwerpunktbildung des Ostens habe dagegen „Misstrauen bei den Bevorzugten und Feindschaft bei den leer ausgegangenen Staaten“ erregt. Auch habe man sich nicht an „Hetzkampagnen“ beteiligt und stattdessen die „Pflege menschlicher Beziehungen“<sup>754</sup> in den Vordergrund gestellt. Bonn versucht während des Untersuchungszeitraums mit einer als „Gießkannenpolitik“ auch intern oft kritisierten breiten Streuung seiner Hilfe tiefergehende Kontakte mit der DDR zu verhindern: Diese Präventivstrategie wird durch deutlich größere ökonomische Leistungsfähigkeit ermöglicht, entsprechend ist eine vergleichbare Ausrichtung der ostdeutschen Seite nicht nachweisbar. Doch trotz ihrer finanziellen Inferiorität kann die DDR Bonn durch ihre „Politik der ganz kleinen Schritte“ in vielen Situationen unter einen bemerkenswerten Handlungs- Reform-, und Reaktionsdruck setzen, so dass von einer deutlich größerer Effizienz der ostdeutsches Engagements gesprochen werden muss, wenngleich die Bundesrepublik den Alleinvertretungsanspruch im Sinne der „Hallstein-Doktrin“ während des Untersuchungszeitraums aufrechterhalten kann. DIE WELT begründet die Erfolge der DDR mit ihrem geringen materiellen Aufwand, der auf einer so kleinen Insel wie Sansibar mit verhältnismäßig wenigen Ein-

<sup>752</sup> Streng vertrauliches Papier als „*Argumentation für Presse, Rundfunk, Fernsehen*“ anlässlich der (vermeintlichen) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Guinea und DDR vom März 1960. In: PA/MFAA A 14330.

<sup>753</sup> *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner*. In: PA/AA B34 Bd.389.

<sup>754</sup> Auch die Bildungshilfe und Besuche und Einladungen werden als Vorzüge genannt. Vgl. *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner*. In: PA/AA B34 Bd.389.

wohnern trotzdem eine große Auswirkung haben könne. Daneben werden die Hilfsbedürftigkeit sowie die Naivität und Unerfahrenheit der jeweiligen Regierung angeführt, die schlicht benötige, „was die mitteldeutsche Regierung“<sup>755</sup> anbiete. Beiden deutschen Staaten gemeinsam ist die Strategie, global- oder deutschlandpolitisches Wohlverhalten durch entwicklungspolitische Zuwendungen zu honorieren: So erhalten beispielsweise Sansibar nach einem sozialistischen Umsturz und Kairo nach der Suezkrise oder dem Ulbricht-Besuch großzügige Zuwendungen aus der DDR, während beispielsweise Guinea nach dem Ende der Botschaf-teraffäre mit entwicklungspolitischen Leistungen der Bundesrepublik bedacht wird. Während Bonn damit auf die Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs zielt, versucht Ostberlin ebendiesen mit gleichen Methoden zu durchbrechen. Die Bundesrepublik entwickelt darüber hinaus eine sanktionäre Praxis, die intern als besonders wirkungsvoll gilt, da erstens der Leistungsentzug bei den Empfängern besonders gefürchtet ist, zweitens dieser nicht im entsprechenden Maße von der DDR kompensiert werden kann und dies drittens abschreckende Wirkung für andere Staaten hat. Dabei sind verschiedene Stufen zu verzeichnen von der Androhung, über die Verzögerung und den Stopp zukünftiger oder aktueller Projekte bis hin zu bewussten Angeboten an andere Staaten, so geschehen nach dem Kairo-besuch Ulbrichts. Allerdings kann sich diese Praxis auch kurzfristig gegen die Bundesrepublik wenden, so geschehen bei der Absage der arabischen Staaten oder im Falle Tansanias, als Nyerere weitere „Entwicklungshilfe“ aus Bonn ablehnt, wenngleich auch in diesen Fällen die DDR ihre diplomatische Anerkennung nicht erreichen kann. Generell geht die Bundesrepublik gegenüber politisch und wirtschaftlich schwächeren Staaten, wie Guinea oder Tansania, deutlich härter vor, als gegenüber Ägypten, dem man relativ früh tiefergehende Beziehungen zur DDR ohne schärfere Sanktionen „durchgehen lässt“, was sowohl innerhalb der Bundesrepublik, als auch im Ausland scharfe Kritik hervorruft. In Bezug auf die ostdeutsche Entwicklungspolitik ist keine vergleichbare sanktionäre Vorgehensweise nachweisbar. Vielmehr versucht diese durch beständige öffentliche Hinweise auf ihr Engagement und Ausweitungsangebot den „*Status Quo*“ zu schützen oder bestenfalls zu stärken.<sup>756</sup> Ostberlin ge-

---

<sup>755</sup> *Scheidung in Ostafrika?* In: DIE WELT, 15. Mai 1964, S.3.

<sup>756</sup> „Sollte der Fall eintreten, daß die Schließung unserer Botschaft in Sansibar angeordnet wird, sind die Tätigkeit unserer Experten und die anderweitigen Beziehungen zwischen Sansibar und der DDR als Begründung für die Notwendigkeit eines Konsulats der DDR in Sansibar heranzuziehen“ Vgl. *Kurzanalyse zur Frage der zwischen-staatliche Beziehungen der DDR zur Vereinigten Republik Tanganjika und Sansibar vom 29. April 1964*. In: PA/MfAA A 15069.; *Verhandlungs-Direktive für den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Paul Scholz in Sansibar vom 30. April 1964*. In: PA/MfAA A 15069.

lingt es allerdings deutlich erfolgreicher, politische oder wirtschaftliche Krisen der Entwicklungsländer zur Ausweitung der handels- und entwicklungspolitischen Kooperation und den damit verbundenen personellen Ausstattung und Status ihrer Institutionen vor Ort zu nutzen, so geschehen in Ägypten, Guinea und Sansibar. Allerdings ist die politische Ausrichtung der Krise entscheidend, wie das Beispiel Ghana zeigt, wo der Sturz Nkrumahs in einer Zuwendung zur Bundesrepublik resultiert. Pflegt Bonn enge Beziehungen zu einem Land, kann sich Ostberlin kaum oder nur langsam etablieren. Die Bundesrepublik agiert allerdings oft zögerlicher, was zum einen mit den bürokratischen Hürden der projektgebundenen „Entwicklungshilfe“ zusammenhängt, zum anderen aber auch auf Rücksichten gegenüber den Bündnispartnern zurückzuführen ist: Während Bonn weder Paris noch London oder Tel Aviv mit einer vorschnellen Kooperation in Afrika vor den Kopf stoßen will, kann die DDR mit ihrer ohnehin in der Regel projektungebundenen „Entwicklungshilfe“ und ohne Rücksicht auf ehemalige Kolonialmächte rascher und unbefangener handeln. Beide deutsche Staaten agieren dabei „im Windschatten“ der Supermächte, wobei sich sowohl Bonn als auch Ostberlin den Ausbau eigener außenpolitischer Handlungsspielräume innerhalb der Blöcke erhoffen. Eine überraschende Beobachtung ist der verbissene bis alarmistische Umgang der westdeutschen Vertreter vor Ort gegenüber jeder Aktion, die eine Aufwertung der DDR auch nur implizieren könnte: So werden die Beflaggung, der Personalschlüssel und das gesamte Auftreten der ostdeutschen Akteure vor Ort nervös beobachtet, während die DDR den Status der Bundesrepublik dort gelassen zur Kenntnis nimmt und sich sogar über die große mediale Aufmerksamkeit, mit der das eigene Auftreten zur Kenntnis genommen wird, freut.

Die analysierten Fallbeispiele zeigen, dass die Vorgehensweise der Bundesrepublik die DDR nicht daran hindern kann, immer stärker im „Vorfeld der diplomatischen Beziehungsaufnahme“<sup>757</sup> zu agieren. Darauf wird schon ab Ende der fünfziger Jahre immer wieder verwiesen, wobei man vor allem geduldig bleiben müsse. Diese Vorgehensweise bietet für die Entwicklungsländer die „Möglichkeit einer aktiven Politik gegenüber Bonn bei gleichzeitigem Aufrechterhalten diplomatischer Beziehungen.“<sup>758</sup> Auf diese Taktik setzt das MfAA ab Anfang 1964 zunehmend, wenn es als zentrales „Ziel unserer außenpolitischen Tätigkeit“ festlegt, „eine beträchtliche Ausdehnung der faktischen Beziehungen vorzunehmen“<sup>759</sup> und auf diesem Weg die „maximale Ausweitung der staatlichen Beziehungen“ zu erreichen. Dies soll,

<sup>757</sup> *Runderlass des Staatssekretärs Carstens vom 18. Juni 1964.* In: AAPD 1964, Dok.171, S.688 ff.

<sup>758</sup> *Schreiben der Handelsvertretung der DDR in der VAR am 8. Juni 1958 an den stellv. Außenminister Schwab über Beziehungen zur VAR.* In: PA/MfAA A 12770.

<sup>759</sup> *Schreiben Lessings an die Handelsvertretung in Acra vom 8. Januar 1964.* In: PA/MfAA A 15867.



neben dem Ausbau persönlicher Kontakte, durch den Abschluss von Kultur-, Facharbeiter- und Kreditabkommen unterstützt werden. Entsprechend klagt Carstens kurz darauf in einem Runderlass, die DDR baue zwar kein diplomatisches, aber ein konsularisches Beziehungsnetz aus.<sup>760</sup> Mit dieser „Politik der gezielten Nadelstiche“ gelingt es Ostberlin die ökonomisch stärker auftretende Bundesrepublik unter Druck zu setzen, die oft erstaunlich wenig selbstbewusst auftritt. Nach dem Mauerbau scheint sich die westdeutsche Empfindlichkeit gegenüber Statuserhöhungen noch zu verschärfen und eine bereits bestehende Tendenz zur sanktionären Handhabung der „Entwicklungshilfe“ weiter zu verstärken. Eine Aufwertung zu einem Generalkonsulat in Tansania, wie es seit 1959 bereits in Kairo besteht, wird gegenüber dem politisch und wirtschaftlich weniger starkem Tansania kategorisch ausgeschlossen.<sup>761</sup> So setzt sich im Auswärtigen Amt die Ansicht durch, wonach nicht die Form der ostdeutschen Präsenz sondern sogar die Präsenz als solches als problematisch zu betrachten sei. So entstünden Präzedenzfälle, auf die sich andere berufen könnten: „Danach gäbe es auf dem afrikanischen Kontinent kein Halten mehr.“<sup>762</sup> Entsprechend muss eine Form der Verschärfung der „Hallstein-Doktrin“ konstatiert werden, wonach spätestens ab Mitte der sechziger Jahre jegliche Aufwertung als „unfreundlicher Akt“ empfunden und sanktioniert wird.<sup>763</sup> Kanzler Erhard argumentiert in einem Brief an Präsident Nyerere, dass das deutsche Volk und die Regierung auf jede Veränderung des *Status quo* seit dem Mauerbau 1961 sehr viel empfindlicher reagiere.<sup>764</sup> Jede Form der Aufwertung, auch im Ausland, erschwere den Weg zur Wiedervereinigung, so Erhard in seinem Schreiben.<sup>765</sup> Im MfAA nimmt man diese veränderte Haltung im Spätsommer 1963 verwundert zur Kenntnis, wonach Bonn „die afrikanischen Staaten sogar an der Aufnahme konsularischer Beziehungen zur DDR hindern sucht“<sup>766</sup>, während sie die ostdeutschen Generalkonsulate in einigen arabischen und asiatischen Staaten akzeptiert habe. Die vorherrschende Einschätzung, wonach diese Verschärfung erst 1964 eingesetzt habe, muss also dahingehend präzisiert werden, dass dies schon

<sup>760</sup> Runderlass des Staatssekretärs Carstens vom 18. Juni 1964. In: AAPD 1964, Dok.171, S.688.

<sup>761</sup> Nachricht des Auswärtigen Amtes an die Botschaft in Daressalam vom 14. Dezember 1964. In: PA/AA B159 Bd.22.

<sup>762</sup> Ressortbesprechung im Bundesministerium für Verteidigung vom 4. Mai 1964. In: AAPD 1964, Dok.119, Anm.6, S.504; Dies werde nach dem Motto verlaufen, „was Nyerere recht ist, ist uns billig.“ *Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker (Entwurf) vom 14. Januar 1965.* In: AAPD 1965, Dok.16, S.73.

<sup>763</sup> So heißt es in Bezug auf Ghana, dass „nicht nur die diplomatische Anerkennung, sondern bereits eine Aufwertung der SBZ unsere Zusammenarbeit in Frage stellen wird.“ *Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 16. August 1965.* In: PA/AA B34 Bd.573.

<sup>764</sup> Bundeskanzler Erhard an Präsident Nyerere vom 11. Februar 1965. In: AAPD 1965 Dok.68, S.294.; Die Bundesregierung werde eine „Aufwertung des Regimes der sowjetisch besetzten Zone“ nicht akzeptieren. Vgl. *Regierungserklärung Erhards vom 18. Oktober 1963.* In: DEUTSCHE GESCHICHTE 1962-1983. Band I, S.58.

<sup>765</sup> Bundeskanzler Erhard an Präsident Nyerere vom 11. Februar 1965. In: AAPD 1965 Dok.68, S.293.

<sup>766</sup> *Aktennotiz vom 20. September 1963.* In: PA/MfAA A 15934.

rund ein Jahr zuvor von Ostberlin zur Kenntnis genommen wird.<sup>767</sup> Im Übrigen steigt der Druck für die DDR-Regierung Erfolge vorzuweisen seit dem Mauerbau an, da man nun die Bundesrepublik nicht mehr so einfach für Probleme im eigenen Land verantwortlich machen kann. Die Bemühungen um die Aufwertung der Vertretungen in Ghana und Guinea in Generalkonsulate bleiben zunächst erfolglos. Außenminister Bolz begründet die Verschärfung der Bonner Haltung öffentlich mit dem voranschreitenden Ausbau der zwischenstaatlichen Beziehungen der DDR, die ein aggressives Verhalten der Bundesrepublik nach sich ziehe.<sup>768</sup> Ministerialdirektor Kraft macht auch den Interzonenhandel und das Passierscheinabkommen für die Erfolge der DDR mitverantwortlich: „Zweifelloos wird eine Politik der Intensivierung menschlicher Kontakte in der nichtpaktgebundenen Welt als Abweichen unserer Politik der Alleinvertretung interpretiert werden“<sup>769</sup>, so dessen Aufzeichnungen „Grundlagen der Deutschland-Politik der Bundesregierung 1964.“ Unter diesen Umständen müsse die „Entwicklungshilfe“ stärker miteinbezogen werden, so Staatssekretär Carstens: Sollten Länder „trotz der von uns geleisteten Hilfe“ in Zukunft der DDR Erfolge im wirtschaftlichen wie konsularischen „Vorfeld“ ermöglichen, zeigten sie damit, dass ihnen an den „Leistungen der Bundesrepublik nicht gelegen“ sei: Daher solle nun schon die Aufnahme „amtlicher Kontakte“ mit einer Reduzierung der „Entwicklungshilfe“ beantwortet werden. Auch wird die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Osteuropa erwogen, um eine größere „Bewegungsfreiheit in der Deutschland-Politik“<sup>770</sup> zu erlangen, so dass man vielleicht eher von einer nuancierten Verschiebung als Verschärfung in der sanktionären Lesart sprechen kann. Entsprechend fordert Außenminister Schröder in einem Rundschreiben im September 1964, die Entwicklungsländer ganz offen darüber zu informieren, „daß zwischen der Nichtanerkennungspolitik gegenüber der SBZ und unserer Entwicklungspolitik eine enge Verbindung besteht.“<sup>771</sup> Dönhoff interpretiert dies als „modifizierte Hallstein-Doktrin“<sup>772</sup>, die sie als Flexibilisierung und Verbesserung der Glaubwürdigkeit begrüßt. Allerdings sei bisher noch unklar, ob diese neue Form der „Hallstein-Doktrin“ „alternativ“ oder „additiv“ zur alten Form

<sup>767</sup> KILIAN, 2001, S.334.

<sup>768</sup> *Erklärung des Ministers Bolz vor der Volkskammer der DDR am 19. November 1964.* In: DzD 1964, S.1124.

<sup>769</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kraft vom 16. Juli 1964.* In: AAPD 1964, Dok. 201, S.853.

<sup>770</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kraft vom 28. Januar 1965.* In: AAPD 1965 Dok.42, S.203 f.

<sup>771</sup> *Rundschreiben des Bundesministers Schröder vom 4. September 1964.* In: AAPD 1964, Dok.241, S.996.

<sup>772</sup> *Leitartikel von M. Gräfin Dönhoff: Deutsches Dilemma. Die Zeit Nr.11 vom 12. März 1965.* In: DzD 1965, S.273.

stehe. Allerdings warnt das Auswärtige Amt anlässlich der Ereignisse in Sansibar auch deziert davor, „Formalfragen“<sup>773</sup> als entscheidend zu erachten: Die „Tatsachen [seien] entscheidend“, da die öffentliche Rücknahme der Anerkennung einen Gesichtverlust einzelner Politiker bedeute, den man nicht erwarten dürfe. Bonn lässt entsprechend durchblicken, dass man „sich auch noch einige weitere Monate damit abfinden würde, daß die sogenannte Botschaft der SBZ auf Sansibar unter dieser inzwischen offensichtlich absurd gewordenen Bezeichnung“<sup>774</sup> weiter tätig sei, solange die Auflösung sicher erfolge. Ab 1965 ist ein deutlich stärkeren außenpolitischer Pragmatismus erkennbar: So betont man, die Anerkennung der DDR sei eine „Reaktion erster Stunde gewesen“, die Sansibar bereits jetzt bereue: Durch die Zusicherung, dass die Union keine diplomatischen Beziehungen zur DDR aufnehmen werde, sei die vorherige Anerkennung ohnehin „gegenstandslos“<sup>775</sup> geworden. Auch könne die Anerkennung der DDR „nicht den Makel der Unfähigkeit, des Unrechts und der Unmenschlichkeit“<sup>776</sup> nehmen.

### **5.3 DIE REAKTIONEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER: „WIR SIND DIE NUTZNIEBER“**

Im Folgenden wird im Spiegel der deutschen Quellen untersucht, wie die Entwicklungsländer auf die innerdeutsche Konkurrenz und Befindlichkeiten reagieren und dabei etwaige Handlungs- und Argumentationsmuster herausgearbeitet. Dabei ist zu erwarten, dass die jungen afrikanischen Staaten durch die Verwicklung in den innerdeutschen Konflikt eher verstimmt sind, da sie eine Einmischung in innere Angelegenheiten fürchten, worauf sie insbesondere kurz nach der Unabhängigkeit besonders sensibel reagieren müssten. Außerdem soll überprüft werden, ob und unter welchen Umständen sie die deutsch-deutsche Sondersituation als Chance be- und ergreifen.

---

<sup>773</sup> Fernschreiben aus Daressalam vom 8. Februar 1964. In: PA/AA B159 Bd.22.

<sup>774</sup> Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 11. August 1964. In: AAPD 1964 Dok.228, S.957.

<sup>775</sup> Fernschreiben aus Daressalam vom 8. Februar 1964. In: PA/AA B159 Bd.22.

<sup>776</sup> Kommentar des „Bulletins“. Zur „autorisierten“ TASS-Erklärung vom 7. März 1964 vom 10. April 1964. In: DzD 1964, S.482.

### 5.3.1 Unverständnis

#### 5.3.1.1 (Un-)Kenntnis der Existenz und der Unterschiede zweier deutscher Staaten

Die deutsch-deutsche Sondersituation stößt in den Entwicklungsländern nach Darstellung der westdeutschen Medien häufig auf Unverständnis. So gibt Bundesminister Scheel offen zu, er sei in Afrika schon mehrfach gefragt worden, ob er „ein Vertreter des Herrn Ulbricht oder [...] ein Vertreter dieses westlichen Deutschlands sei.“<sup>777</sup> Ein ägyptischer Staatssekretär bekräftigt, „der Mann auf der Straße wisse zwischen Bundesrepublik und Ostzone nicht zu unterscheiden“<sup>778</sup> Auch Adenauer klagt, dass oft kein Unterschied zwischen DDR und BRD gemacht würde: „Das sind dort alle Deutsche.“<sup>779</sup> Diese Unsicherheit würde durch Ostberlin nach Darstellung des Westens ganz bewusst ausgenutzt: So berichtet ein Bundestagsabgeordneter vor dem Plenum des Bundestags, dass beispielsweise in Indien junge Menschen „plötzlich [durch] irgendwelche Deutschen“<sup>780</sup> für Praktika und Stipendien angeworben werden würden, wobei diesen oft nicht klar sei, dass „der Deutsche, der sie anspricht, in Wahrheit ein „Agent aus der sowjetisch besetzten Zone“ sei.

Ganz anders stellt NEUES DEUTSCHLAND die Situation dar: So heißt es in einem Bericht über Guinea, das man dort „in fast in jedem abgelegenen Dorf weiß, daß es zwei deutsche Staaten gibt.“<sup>781</sup> Außerdem sei allgemein bekannt, wie stark sich die DDR für die Anliegen der Entwicklungsländer engagiere, so dass die Existenz des „Arbeiter- und Bauernstaats“ von vielen Afrikanern als besonders bedeutsam erachtet würde.<sup>782</sup> Befriedigt bilanziert NEUES DEUTSCHLAND 1961 „Afrika kennt seine Freunde und Feinde“ und berichtet, dass man in den Entwicklungsländern für die „Aufklärung“ über das westdeutsche Agieren und deren Interessen beispielsweise in Südafrika oder Algerien durch die DDR dankbar sei. Kommt es zu Verwechslungen, so findet sich dies nur in internen Aktennotizen: So wird 1963 das Gepäck zusammen mit dem Einführungsschreiben des Leiters der ghanaischen Handelsvertretung in Ostberlin zunächst aus Versehen nach Westberlin geliefert. Als der Diplomat sich weigert, die Kosten für das Übergepäck zu bezahlen, die immerhin 151 Dollar betragen,

<sup>777</sup> *Milliarden in den Busch?* In: DER SPIEGEL Nr.20/1962, S.43

<sup>778</sup> *Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens vom 4. September 1964.* In: AAPD 1964 Dok.242, S.999.

<sup>779</sup> TEEGESPRÄCHE II, 20. Mai 1958, S.279.

<sup>780</sup> Er sieht in einer entsprechenden Gegenwehr eine „Aufgabe für die künftige deutsche Kulturpolitik“. „Wir sollten uns bemühen, diese jungen Menschen, die wir jetzt in Deutschland gewonnen haben teilweise durch Stipendien —, zu denen wir die Bindungen und den Kontakt haben, nicht loszulassen, wenn sie die Bundesrepublik wieder verlassen.“ Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestags. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 119. Sitzung am 23. Juni 1960, 6893 A.

<sup>781</sup> *Eine Schule für Guinea.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>782</sup> *Bedeutungsvoll für Afrika.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. Mai 1962, S.7.

übernimmt stillschweigend die DDR die Kosten.<sup>783</sup> Verwechslungen mit westdeutschen Vertretern und andere Missverständnisse tauchen in der ostdeutschen Berichterstattung dagegen nicht auf, da sie gegen die öffentlich immer wieder vertretene These der eigenen Signifikanz für das Ausland sprechen würden. Was dagegen häufiger verwechselt werden würde, sei das Auftreten und Gebaren Bonner Politiker mit dem führender Nationalsozialisten: So wird zunächst ein Zitat Hitlers zum Selbstbestimmungsrecht der Völker angeführt und dann ironisch klargestellt: „Damit keine Verwechslung eintritt: Das sagt Hitler, nicht Adenauer.“<sup>784</sup> Dem gegenüber diagnostiziert DIE WELT nicht nur „auf der Straße“, sondern auch in den jeweiligen Regierungsapparaten eine bemerkenswerte Unkenntnis der deutschen Sondersituation: Falsch angekommene Post, Besucher und Anrufe seien nur die Spitze des Eisbergs, so DIE WELT in einem kritischen Artikel.<sup>785</sup> So berichtet die Botschaft in Daressalam im März 1962 ein falsch zugestelltes Danktelegramm der Regierung Tanganjikas an Grotewohl, der zur Amtseinführung des Präsidenten gratuliert hatte, sei auf die deutschlandpolitische Unkenntnis eine Privatsekretärs zurückzuführen, der blindlings alle Glückwünsche beantwortet habe. Allerdings zweifelt der Diplomat an dieser Darstellung guineischer Seite und glaubt nicht, dass diese Angelegenheit „so gedankenlos“<sup>786</sup> wie dargestellt abgelaufen sei. Botschafter Schroeder in Tanganjika attestiert der dortigen Regierung sogar generell „wenig Verständnis für weltweite Vorgänge.“<sup>787</sup> So kursiert im Zuge der Botschafteraffäre die These, der Diplomat Conté habe ein Blanko-Bevollmächtigungsschreiben mit sich geführt und in Folge eines Missverständnisses selbst ausgefüllt.<sup>788</sup> Adenauer formuliert ironisch: „Der Vertreter von unserem guten Freund [Conté] hat, ohne daß unsere guter Freund [Touré] etwas davon wusste, etwas unterschrieben, von dem er nicht wusste, was drinsteht.“<sup>789</sup> BLASIUS spricht in diesem Kontext von einem „Formfehler.“<sup>790</sup> Dass die politische Gratwanderung durch das eigenmächtige Handeln eines Botschafters ausgelöst wird, erscheint allerdings eher unwahr-

<sup>783</sup> *Vermerk über ein Gespräch mit dem Mensab-Bonsu am 10. September 1963.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>784</sup> *Was ist Selbstbestimmung wirklich?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. März 1960, S.5.

<sup>785</sup> *Zweierlei Deutsche in Havanna.* In: DIE WELT, 31. Dezember 1960, S.3.

<sup>786</sup> *Schreiben der Botschaft in Dar-es-Salaam vom 23. März 1962.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>787</sup> *Schreiben der Botschaft in Daressalam vom 6. Januar 1962.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>788</sup> In einem vertraulichen Gespräch soll Touré einem ostdeutschen Diplomaten rückblickend berichtet haben, das von ihm unterschriebene Dokument sei in Guinea vergessen worden. Das Dokument sei dann sogar vorgezeigt worden. Vgl. *Streng geheimes Gedächtnisprotokoll Kurellas nach einem Gespräch mit Touré vom 25. März 1960.* In: PA/MfAA A 14330.

<sup>789</sup> TEEGESPRÄCHE III, 7. März 1960, S.232.

<sup>790</sup> BLASIUS, 1999, S.278.

scheinlich. Ähnlich berichtet der westdeutsche Botschafter in Ghana von einem „Zwischenfall“<sup>791</sup> vom Januar 1962, als er überraschend zu dringenden Gesprächen in den Präsidentenpalast geladen worden sei. Nach einigem Hin und Her sei vor dem verdutzten Mitarbeiterapparat schließlich deutlich geworden, dass eigentlich der „Botschafter von Ost-Deutschland“ erwartet worden sei und eine Verwechslung vorliege. Nachdem Lüders darauf verwiesen habe, dass er der einzige deutsche Botschafter im Land sei, habe man sich berichtigt und „den Handelsdelegierten der DDR“ gemeint. Diese Anekdote verdeutlicht, dass der westdeutsche Botschafter und der ostdeutsche Handelsvertreter in Statusfragen offenbar wenig differenziert betrachtet werden und dass die unter den beiden deutschen Staaten so hart umkämpfte „Namensgebung“ im Zweifelsfalle eher zweitrangig erscheint: Direkten Zugang zur obersten Regierungsebene besitzen offenbar beide Repräsentanten. Botschafter Lüders telegraphiert nach Bonn, dass der ostdeutsche Handelsvertreter in Ghana „oft“ sogar als „Botschafter der DDR“ bezeichnet werde, weshalb er dem ganzen Vorkommnis keine allzu große Bedeutung beimesse, aber auf Verhandlungen in Bezug auf potentielle ostdeutsche „Entwicklungshilfe“ schließe.

### 5.3.1.2 (Un-)Kenntnis des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs

Doch nicht nur Verwechslungen und Missverständnisse gehören zum Alltag, sondern auch die mangelnde Kenntnis des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs. So klagt Tansanias Präsident Nyerere kurz nach der Unabhängigkeit: „Wer weiß hier etwas von Hallstein-Doktrin? Auf Sansibar wusste kein Mensch davon.“<sup>792</sup> Auch führende Politiker wie Karume hätten nur „freundliche Vertreter“<sup>793</sup> aus Deutschland gesehen, die die neue Inselregierung sofort anerkannt hätten, versucht Nyerere die Wogen zu glätten. Selbst der ghanaische Präsident Nkrumah als einer der Führungsfiguren der „Blockfreien Bewegung“ gibt sich noch 1964 unwissend und „überrascht“<sup>794</sup> darüber, als Sansibar kurzfristig als einziger afrikanischer Staat diplomatische Beziehungen zur DDR aufnimmt: Entsprechend betont er gegenüber

<sup>791</sup> *Botschafter Lüders Accra, an das Auswärtige Amt vom 10. Januar 1962.* In: AAPD 1962 Dok.15, S.106.

<sup>792</sup> zitiert nach: SCHNEPPEN, 1999, S.418.

<sup>793</sup> Schroeders Angebot, über das „Zwangsregime des ‚Sultans‘ Ulbricht“ aufzuklären, lehnt Nyerere jedoch. Vgl. *Ressortbesprechung im Bundesministerium für Verteidigung vom 4. Mai 1964.* In: AAPD 1964, Dok.119, S.504.; Ähnlich auch ein Schreiben des Auswärtigen Amtes, wonach der Premierminister „über die Deutschlandfrage nur ungenügend informiert ist.“ Vgl. *Schreiben an die Botschaft in Daressalam vom 22. Februar 1962.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>794</sup> *Staatssekretär Labr, z.Z. Accra, an Bundesminister Schröder, z.Z. Santiago de Chile vom 30. April 1964.* In: AAPD 1964, Dok.116, S.498.

dem westdeutschen Staatssekretär, er sei der Meinung gewesen, dass auch andere afrikanische Staaten wie Guinea, die VAR und Mali diesen Schritt längst vollzogen hätten. Allerdings ist bei derlei Aussagen zweifelhaft, ob sie nicht formelhaft zur Beruhigung der diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik vorgebracht werden. In der ostdeutschen Darstellung sind sich die afrikanischen Politiker im Gegensatz dazu der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sehr wohl bewusst: Die DDR sei den Politikern „in Afrika als aufrichtiger Freund bekannt“<sup>795</sup>, betont NEUES DEUTSCHLAND. Entsprechend wird aus einer balinesischen Zeitung zitiert, dass man die DDR als „wahr[e]n Staat der Arbeiter und Bauern“<sup>796</sup> kenne und achte. Auch wird ausführlich über Reden berichtet, in der der DDR durch Vertreter Afrikas eine besondere Bedeutung zugesprochen wird. So wird beispielsweise eine in Berlin gehaltene Rede eines afrikanischen Gewerkschaftsgeneralsekretärs fast vollständig abgedruckt, in der die DDR als „Unterpfand des Friedens, der Brüderlichkeit und Freundschaft“<sup>797</sup> bezeichnet wird. Über Jahre hinweg wird wiederholt in der ostdeutschen Berichterstattung werden die Aussprüche der führenden Größen Nkrumah und Nehru auf der Blockfreien Konferenz von der „Existenz zweier deutscher Staaten“ und der DDR als „Tatsache des Lebens.“<sup>798</sup> Diese Aussagen scheinen geradezu existenzstiftende Bedeutung zu haben. Festzustellen bleibt, dass die Bundesrepublik auch nach eigener Darstellung bei den gerade unabhängig gewordenen und diplomatisch noch unerfahrenen afrikanischen Staaten im Gegensatz zu den NATO-Bündnispartnern deutlich weniger Verständnis für die Nichtanerkennungspolitik und innerdeutschen Befindlichkeiten erwarten kann, wobei fraglich erscheint, inwiefern dies dort bewusst oder unbewusst geschieht. Augstein gibt in diesem Kontext ironisch zu bedenken, man müsse nicht erst „unter die nackten Wilden gehen, um mit Hallsteins Logik auf Unverständnis zu stoßen“<sup>799</sup>. In der Darstellung von NEUES DEUTSCHLAND erscheinen dagegen sowohl die Bürger als auch die Regierungsmitarbeiter mit den Unterschieden zwischen beiden deutschen Staaten vertraut und orientieren sich entsprechend selbstsicher und bewusst an der DDR.

---

<sup>795</sup> *DDR ist in Afrika als aufrichtiger Freund bekannt.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Juli 1964, S.7.

<sup>796</sup> *Afrika will keine Bonner Hyänen.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. November 1963, S.2.

<sup>797</sup> Jedem müsse klar sein, dass „eine neue Gesellschaftsordnung, eine neue Generation, aus den Trümmern des Kapitalismus emporgewachsen“ sei und immer stärker werde. Vgl. *Diallo Seydou.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. Mai 1960, S.1.

<sup>798</sup> *Nkrumah: Friedensvertrag – DDR anerkennen [...].* In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. September 1961, S.7.; *Hinscheiden einer Doktrin.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. August 1962, S.1.; *Ghana feiert seine Unabhängigkeit.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. März 1963, S.5.

<sup>799</sup> *Der Elefant.* In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.12.

### 5.3.2 Ärger

Die deutsch-deutsche Sondersituation führt teilweise auch zu massiven Verstimmungen, wober in westdeutschen Medien ausführlich berichtet wird. So klagt ein Vertreter der arabischen Staaten auf der Belgrader Blockfreien Konferenz 1961 nach Darstellung von DIE WELT entnervt: „Berlin, Berlin, jeden Tag hören wir Berlin [...]“<sup>800</sup> Die deutsche Teilung und insbesondere das Beharren der Bonner Regierung auf dem Wiedervereinigungsziel wird als Störfaktor der außenpolitischen Beziehungen und stellenweise sogar als Kriegsgefahr charakterisiert. Die Entwicklungsländer hätten in Folge der Entkolonialisierung und den damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ohnehin genug eigene Probleme, so dass man nicht noch auf derartige Befindlichkeiten im Ausland Rücksicht nehmen könne, so der allgemeine Tenor.<sup>801</sup> Daher wollte man sich nicht in den „Streit hineinziehen“<sup>802</sup> lassen. Angesichts der enormen Entwicklungsaufgaben, vor denen sein Land stehe, betont der stellvertretende Außenminister Guinea schon 1959 gegenüber dem westdeutschen Botschafter, es komme Guinea „nicht auf Ideologien“<sup>803</sup> an, vielmehr müsse man mit allen Ländern zusammenarbeiten, die dem Land „von Nutzen sein“ könnten. Auch in dieser Äußerung schwingt ein gewisser Ärger der unzulässigen Belastung mit theoretischen Fragen mit. Außerdem habe selbst Bonn seine Beziehungen mit Moskau normalisiert und so sei es unverständlich, dass Guinea keine normalen Beziehungen zur DDR unterhalte, so der stellvertretende Außenminister. Botschafter Schroeder vermutet, Präsident Touré spiele mit dem Gedanken sich mit einer Annäherung an die DDR „eine neue Feder an den Hut zu stecken.“<sup>804</sup> Angesichts der Verwicklungen um die Botschafteraffäre habe man das Gefühl, „vor Gericht zu stehen.“<sup>805</sup> In der *Ghana Times* wird moniert, der Alleinvertretungsanspruch schränke die ohnehin schon beschränkte Handlungsfähigkeit der Neutralen unzulässig weiter ein.<sup>806</sup> Im Übrigen seien die Deutschen selbst verantwortlich für das Andauern der Teilung,

<sup>800</sup> *Wenn die Armut und die Angst nicht wären ...* In: DIE WELT, 2. September 1961, S.5.

<sup>801</sup> „Wenn ihr immer noch geteilt seid, ist das eure eigene Schuld, denn ihr führt ja die Teilung durch.“ Vgl. *Wenn die Armut und die Angst nicht wären ...* In: DIE WELT, 2. September 1961, S.5.

<sup>802</sup> *Fernschreiben aus Daressalam vom 4. Februar 1965.* In: PA/AA B34 Bd.606.

<sup>803</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 28. Dezember 1959.* In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>804</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 28. Dezember 1959.* In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>805</sup> BLASIUS, 1999, S.274.; Zorn des Diplomaten Conté aus Guinea: „Es gibt eben noch manchmal Menschen, die das Gefühl haben, daß die Völker in Afrika kleine Völker seien, die nicht in der Lage wären, eine eigene Diplomatie zu entwickeln.“ Vgl. *Aktenvermerk des MfAA vom 15. März 1960.* In: PA/MfAA A 14330.

<sup>806</sup> *Ghana legt sich nicht fest.* In: DIE WELT, 9. März 1960, S.2.



zitiert DIE WELT einen Vertreter Ägyptens: Deutschland habe schließlich „in zwei Weltkriegen fast Russland besiegt“<sup>807</sup> und die Bundesrepublik sei heute die „stärkste Wirtschaftsmacht des Kontinents.“ Bonn könne die Wiedervereinigung durch eigene Kraft herbeiführen, ohne „die ganze Welt“ mit der deutschen Frage zu belasten. Wenn sich die afrikanischen Staaten selbstständig aus den kolonialen Bindungen befreit hätten, so sei diese Aufgabe für ein Land wie die Bundesrepublik allein und vergleichsweise einfach zu stemmen. Die westdeutschen Medien transportieren die Kritik am Agieren Bonns offen, stellen diese aber in einem Licht

der „Überzogenheit“ dar: So klingt die Einschätzung des Ägypters einerseits schmeichelnd, andererseits demonstriert sie dem Leser die mangelnde Einschätzungsfähigkeit der deutschen Sondersituation im globalen Kontext des Kalten Kriegs. Auch die ständige Gefahr des Entzugs developmentspolitischer Zuwendungen bei Annäherung an Ostberlin führt zu Missmut.<sup>808</sup> DIE WELT verarbeitet die durch Vertreter der Entwicklungsländer bisweilen vorgebrachte Kritik der unangemessenen Belastung durch die „deutsche Frage“ auch, indem sie in Anspielung auf die Formel der „Bürde des weißen Mannes“ proklamiert, es sei gegenwärtig des „schwarzen Mannes Bürde“, solche Auswüchse des Kalten Kriegs bewältigen zu müssen. Entsprechend zeigt eine 1960 anlässlich der „Guinea-Krise“ erschienene Karikatur Ulbricht in Safarikluft und mit grimmiger Miene auf den Schultern eines riesenhaft erscheinenden Afrikaners sitzend. Der DDR-Politiker selbst hat sogar noch den grinsenden Chruschtschow zu tragen, was einerseits demonstriert, dass die DDR als „Vorreiter“ der Sowjetunion in Afrika wahrgenommen wird. Zum anderen wird deutlich, dass die westdeutschen Medien die Belastung der afrikanischen Staaten durch den Kalten Krieg wie in diesem Fall mehrheitlich dem Osten zuweisen. Infolge des unklaren Status der DDR-Vertreter komme es beispielsweise mitunter zu „peinlich[en]“<sup>809</sup> Situationen, wie die Durchsuchung eines Fahrzeugs des ostdeutschen Repräsentanten. Besonders genussvoll verweist das Aus-



Abb.28: *Des schwarzen Mannes Bürde.*  
Aus: DIE WELT, 10. März 1960, S.3.

<sup>807</sup> „Ihr müßtet brüllen wie Löwen, doch ihr piepst wie Mäuse.“ In: DIE WELT, 10. März 1962, S.5.

<sup>808</sup> BOOZ, 1995, S.71.

<sup>809</sup> *Erklärung des Bundesministers von Brentano vor dem 3. Deutschen Bundestag am 8. April 1960.* In: DzD 1960, S.717 f., Fußnote 3.

wärtige Amt auf die positive Entwicklung der Beziehungen zu Guinea nach der Botschafferaffäre, durch die Ostberlin sich massiv geschadet habe. So zitiert eine interne Einschätzung zur Lage in Afrika 1962 Präsident Touré, die ganze Angelegenheit sei „das Ergebnis böswilliger Machenschaften unserer Feinde.“<sup>810</sup> Damit wird auch sprachlich eine Interessengemeinschaft gegenüber Ostberlin geschaffen. Anlässlich der Unionsbildung zu Tansania erscheint Präsident Nyerere besonders unter Druck und gibt sich gegenüber beiden deutschen Staaten frustriert und verärgert. Nach eigener Aussage habe er den ostdeutschen Vertretern gesagt, „sie könnten sich zum Teufel scheren.“<sup>811</sup> Gegenüber Bonn lässt er zeitgleich verlautbaren: „Ich werde nicht nur, weil man in Bonn dumm ist, Ostdeutschland anerkennen.“<sup>812</sup> NEUES DEUTSCHLAND transportiert dagegen einseitig den Ärger der Entwicklungsländer über das Bonner Auftreten und bezieht sich nicht auf die Gesamtsituation der deutschen Teilung. So wird ein sansibarischer Diplomat zitiert, der proklamiert: „Wir wissen, in Bonn sind heute dieselben Kräfte am Werk, die die Welt zweimal in den Krieg gestürzt haben.“<sup>813</sup> Auch wird Karume mit den Worten zitiert, Bonn habe das Land durch entwicklungspolitische Angebote „bestechen“<sup>814</sup> wollen. Im Folgenden wird eine Reihe von Vorwürfen über die Kommandoführung in der NATO bis zu hin zum Vorwurf der Beteiligung am Mord Tschombes aufgelistet. Auch sei der westdeutsche Botschafter gegenüber der Regierung Sansibars „arrogant und dumm“<sup>815</sup> aufgetreten. Ein Kongolese fordert nach Angaben der Zeitung angesichts der Kontakte Bonns mit dem Apartheitsregime: „Bonn soll endlich seine Faschisten [...] zurückrufen!“<sup>816</sup> Generell sei in Afrika wohl „bekannt“<sup>817</sup>, dass die westdeutschen Politiker „nach Kolonien“ gierten. Ulbricht betont allerdings anlässlich seines Kairobesuchs, er halte es für „unanständig und unfair“<sup>818</sup> sowie „unangebracht und unstatthaft“, die Entwicklungsländer „mit unseren deutschen Streitigkeiten, mit den Gegensätzlichkeiten zwischen den deutschen Staaten zu behelligen.“<sup>819</sup> Daher habe er die Frage nach einem Bot-

<sup>810</sup> *Einschätzung der Lage in Afrika 1962 durch Steltzner*. In: PA/AA B34 Bd.389.

<sup>811</sup> *The Guardian vom 2. März 1965*. In: DzD 1965, S.230 Anm. 1.

<sup>812</sup> *Tansania wirft Bonn Undank vor*. In: DIE WELT, 3. März 1965, S.5.

<sup>813</sup> *Afrika kennt seine Freunde und Feinde*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. April 1961, S.6.

<sup>814</sup> *Aktenvermerk über Unterredung mit Präsident Karume am 23.4.1964*. In: PA/MfAA A 15069.

<sup>815</sup> *Information Kiesewetters über seinen Besuch in der VR Sansibar vom 19. bis 31. März 1964*. In: PA/MfAA A 15069.

<sup>816</sup> *Afrika kennt seine Freunde und Feinde*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. April 1961, S.6.

<sup>817</sup> *Afrika unterstützt unseren Plan*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Oktober 1960, S.5.

<sup>818</sup> „Möge die Regierung in Bonn Befriedigung und Beruhigung zugleich in der Feststellung finden, sie verfüge über mehr Botschafter als die DDR. In Kairo haben wir diese Frage gar nicht gestellt, weil es uns unzweckmäßig erschien.“ Vgl. *Vertreter des ganzen deutschen Volkes*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. März 1965, S.3.

<sup>819</sup> *Ziel des Staatsbesuchs in die Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Februar 1965, S.3.

schafteraustausch in Kairo gar nicht erst gestellt. Ähnlich bekräftigt auch NEUES DEUTSCHLAND, die DDR sei „nicht böse, wenn die Westzone normale/ friedliche Beziehungen zu anderen Staaten entwickelt und pflegt“<sup>820</sup>, sondern sei im Gegenteil sogar daran interessiert, dass Bonn seine aggressive Außenpolitik ablege. Damit erscheint Ostberlin in seiner eigenen Darstellung auch gegenüber den Entwicklungsländern deutlich souveräner und gelassener, wenngleich dies im Gegensatz zu den beständig gegenüber der Bundesrepublik transportierten Vorwürfen steht, mit denen sie afrikanische Repräsentanten zitiert. Kritik wird nur in internen Aktenaufzeichnungen deutlich, wie der Ärger Nkrumahs, der die Forderungen der DDR nach Anerkennung mit harschen Worten als „verfrüht“<sup>821</sup> ablehnt und moniert, der Ausbau sichtbarer Privilegien sei „nicht mit Ghana abgesprochen.“ Hier ist also ein deutlicher Unterschied der öffentlichen Darstellung und internen Wahrnehmung zu konstatieren. FIEDLER zitiert in diesem Kontext einen ehemaligen Journalisten des NEUEN DEUTSCHLANDS mit den Worten „Wer die DDR anerkannte, sollte absolut positiv dargestellt werden“<sup>822</sup>, auch wenn es sich um die „finstersten Länder der Welt“ handele, was sicher auch für die Vorstufen auf dem Weg zur Anerkennung gelten kann. Die Vertreter der Entwicklungsländer selbst äußern sich differenziert: So verweist Tansanias Präsident Nyerere gegenüber dem westdeutschen Botschafter Schroeder darauf, dass schon der Umgang mit Sansibar ihm „*daily headache*“ bereite, die durch die Prinzipien der Bonner Außenpolitik, die er stets zu berücksichtigen habe, noch weiter verschlimmert werde. Schroeder telegraphiert nach Bonn: „Wir bereiten unseren Freunden mehr Kopfzerbrechen als unseren Feinden.“<sup>823</sup> Hier schwingt eine implizite Warnung vor einer zu starken Belastung der Beziehungen zwischen Bonn und Daressalam mit, wovon schlussendlich auch die DDR profitieren könnte. So heißt es auch im Auswärtigen Amt, man solle entsprechende Forderungen nach einer Kontaktreduktion mit Ostberlin nur „in vorsichtiger Form“<sup>824</sup> vorbringen, damit nicht der Eindruck eines unzulässigen Einmischungsversuchs entstehe. DER SPIEGEL kritisiert in diesem Kon-

---

<sup>820</sup> *Deutsche Außenpolitik*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. Januar 1959, S.1.

<sup>821</sup> *Schreiben der Handelsvertretung in Accra an Stibi vom 9. März 1965*. In: PA/MfAA A 15867.

<sup>822</sup> Er selbst habe sich dabei oft gefragt: „Solchen Scheiß soll ich schreiben?“ Vgl. FIEDLER, 2011, S.135.

<sup>823</sup> *Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtige Amt vom 17. Mai 1965*. In: AAPD 1965 Dok.209, S.844.

<sup>824</sup> *Schreiben des Auswärtigen Amtes an die Botschaft in Daressalam vom 22. Februar 1962*. In: PA/AA B34 Bd.366.; Ähnlich auch: „*Deutsches Verhalten gegenüber Sansibar aus amerikanischer Sicht*“ vom 3. April 1965. In: PA/AA B34 Bd.22.

text, die „Hallstein-Doktrin“ verleite Drittstaaten „zu völkerrechtlich illegitimen Verhältnissen“<sup>825</sup> und fördere „eine gewisse internationale Unmoral.“ Gerstenmaier vergleicht die Beziehungen dieser Länder zu den beiden deutschen Staaten sogar mit „illegitimen Verhältnissen zwischen Mann und Frau.“<sup>826</sup> Gegenüber Vertretern der Bundesrepublik wird stellenweise moniert, man werde als Land überhaupt erst dann zur Kenntnis genommen, wenn sich Ostberlin oder Moskau dort engagierten. So bemerkt ein ghanaischer Minister sarkastisch, dass in Europa kaum ein Mensch wissen, wo Ghana überhaupt liege. Wenn aber ein Vertreter des Ostblocks zu einem Staatsbesuch komme, „dann lieben uns plötzlich alle Menschen im Westen und jeder kümmert sich um unsere Probleme.“<sup>827</sup> Tanganjikas Präsident Nyerere beschwert sich 1961 gegenüber der WELT über den Zusammenhang mit der westdeutschen Entwicklungspolitik, es müssten wohl erst engste Kontakte zum Ostblock geknüpft und quasi „eine Revolution vor der Tür stehen, ehe die Entwicklungshilfe“<sup>828</sup> fließe. Auch reagieren die jungen Staaten besonders kurz nach Erlangung der politischen Souveränität besonders sensibel auf jede Form der Einmischung.<sup>829</sup> Versucht Bonn Bedingungen zu diktieren, wie für eine ostdeutsche Präsenz in Daressalam, führt dies zu massiven Verstimmungen: Präsident Nyerere fürchtet sogar, eine Auflösung der DDR-Vertretung schade dem Prestige Karumes und könne die Union zerstören.<sup>830</sup> Als Außenminister Kambona vorgeworfen wird, der „Bügelhalter“<sup>831</sup> Ostberlins zu sein, reagiert dieser höchst verärgert und wirft dem Botschafter vor: „Ihr Land handelt doch auch mit der DDR.“<sup>832</sup> Dass sich Bonn nicht mit der Herabstufung in ein Generalkonsulat zufrieden gibt, erzürnt Kambona ebenfalls, da man „den deutschen Wünschen doch schon weitgehend entsprochen“<sup>833</sup> habe. Entsprechende Vorwürfe gegen die DDR sind weder in den ost- noch westdeutschen Medien in dieser Form nachweisbar. Lediglich in internen Aktenaufzeichnungen wird deutlich, dass man mit der Forderung nach gleichwertigen Beziehungen zu beiden deutschen Staaten auf Ablehnung

---

<sup>825</sup> „Wir leben ständig in der Gefahr der Erpressung.“ In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.38.

<sup>826</sup> „Wir leben ständig in der Gefahr der Erpressung.“ In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.34.

<sup>827</sup> *Kampf um Afrika?* In: DIE WELT, 6. November 1959, S.1.

<sup>828</sup> Er bezieht sich dabei auf die Förderzusagen des Westens für das entwicklungspolitische Großprojekt des Voltastaudamms in Ghana, das Nkrumah trotz oder offenkundig gerade in Folge sozialistischer Umgestaltungsmaßnahmen im Inneren und einer groß angekündigten Besuchsreise in den Ostblock erhält. Vgl. *Die zwei Gesichter Afrikas*. In: DIE WELT, 28. September 1961, S.1.

<sup>829</sup> HEIN, 2006, S.4895.

<sup>830</sup> Die Formulierung lautet „wreck the union“. Vgl. *Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtigen Amt vom 1. Mai 1964*. In: AAPD 1964 Dok.118, Anm.3, S.503.

<sup>831</sup> ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.155.; Auch: *Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen vom 13./15. Mai 1963* In: AAPD 1963 Dok.166, S.534.

<sup>832</sup> KILIAN, 2001, S.189.

<sup>833</sup> *Fernschreiben zu einer Besprechung mit Außenminister Kambona vom 9. Februar 1965*. In: PA/AA B34 Bd.606.

stößt. So verweist der ghanaische Außenminister Adjei mit Nachdruck auf die Souveränität seines Landes.<sup>834</sup> In all diesen Äußerungen schwingen Frustration und Ärger mit, wobei bemerkenswert erscheint, dass diese fast ausschließlich gegenüber der Bundesrepublik vorgebracht werden. Die fehlende korrespondierende Kritik am Agieren der DDR erklärt sich zum einen damit, dass diese ihre Entwicklungspolitik nicht sanktionär einsetzt und infolge des von westdeutscher Seite initiierten und aufrechterhaltenen Alleinvertretungsanspruchs eher in der Rolle des „benachteiligten Deutschlands“ auftritt: Bonn erscheint damit deutlich aggressiver und fordernder in seinem Auftreten und Ansprüchen als die DDR, die lediglich an der Herstellung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen interessiert erscheint und keinen umgekehrten Alleinvertretungsanspruch mit entsprechenden Forderungen vertritt. Damit befindet sich die DDR in einer vorteilhafteren Ausgangslage, um ihre Position in den entsprechenden Ländern zu stärken als die die Entwicklungsländer in einen ständigen Rechtfertigungszwang versetzende Bundesrepublik.

### 5.3.3 Taktieren

Die Regierungschefs der Entwicklungsländer scheinen sich trotz gelegentlich anders lautender Beteuerungen ihrer eigenen weltpolitischen Bedeutsamkeit durchaus bewusst zu sein und nutzen dieses Potential nach westdeutscher Darstellung, um mehr entwicklungspolitische Unterstützung zu erreichen, auch auf globaler Ebene. So karikiert DIE WELT 1961 einen jubelnden und sekt schlüpfenden winzigen Afrikaner, der offenbar gerade unabhängig geworden ist.



Abb.29: Entwicklungshilfe [...].  
Aus: DIE WELT, 17. Februar 1961, S.6.

Doch er feiert nicht nur seine Freiheit, sondern auch die großzügigen entwicklungspolitischen Zuwendungen, die ihm sogleich von beiden Blöcken, hier in Form des übergroß dargestellten amerikanischen Präsidenten sowie des sowjetischen Staatschefs, überbracht werden. Diese eilen sogleich mit entwicklungspolitischen „Care-Paketen“ heran, die so hoch sind, dass sie sie kaum überblicken können. Die daran heftenden Plakate „Vertraut nicht dem Osten [/Westen]! Nehmt unsere Hilfe [...]“

<sup>834</sup> Vermerk über ein Gespräch mit Außenminister Adjei vom 15. Mai 1962. In: PA/MfAA A 15934.

wecken Reminiszenzen an den Boykott jüdischer Geschäfte in der Nazizeit. Afrika erscheint in dieser Darstellung als eigentlich unterlegener, aber dennoch glücklicher Nutznießer des „Kalten Kriegs“.

Dies gelte sogar für den innersozialistischen Gegensatz zwischen China und der Sowjetunion, konstatiert DIE WELT: Entsprechend präsentiert sich der breit grinsende indonesische Präsident Sukarno 1962 als „Der nicht-mehr-Unterentwickelte“, der stolz grinsend seinen ausgeprägten Bizeps in Form von Mao- und Chruschtschow-Köpfen präsentiert, die offenbar von der Konkurrenz der beiden Unterstützer genährt worden sind.



Der nicht mehr Unterentwickelte

Zzeichnung: F. Behrend, Amsterdam

Abb.30: Der nicht mehr Unterentwickelte.  
Aus: DIE WELT, 20.1.1962, S.2.

### 5.3.3.1 „Verhandlungsmasse“ Deutschlandpolitik

DIE WELT moniert, dass die Konkurrenzsituation zwischen Ost und West von einigen Ländern schamlos ausgenutzt werde: „Sie spielen eine Firma gegen die andere, ein Land gegen das andere und schließlich den Westen gegen den Osten aus.“<sup>835</sup> Da-

bei ziele man darauf, „den Preis zu erhöhen“<sup>836</sup> und lege dabei regelrechte „Händlermethode[n]“ an den Tag. Das Auswärtige Amt spricht ärgerlich von „Schaukelpolitik.“<sup>837</sup> Entsprechend karikiert DER SPIEGEL einen grinsenden Afrikaner, der sowjetische Hilfe in eine Waagschale legt und den Westen dazu auffordert, diese „aufzuwiegen“. Enger werdende Kontakte zum Ostblock erscheinen als eine Art Katalysator für entwicklungspolitische Zuwendungen aus dem Westen. So heißt es in einem Bericht des Auswärtigen Amtes über Guineas Präsident Touré, dass dieser „in erster Linie afrikanische Politik betreibe und sich dabei des Westens und des Ostens zu bedienen“<sup>838</sup> versuche.



„Hier, bitte ...!“

Abb.31: „Hier, bitte...!“  
Aus: DER SPIEGEL  
Nr.20/1962, S.43.

<sup>835</sup> *Entwicklungshilfe fragwürdige Waffe.* In: DIE WELT, 10. März 1965, S.1.

<sup>836</sup> *Bonn und Afrika.* In: DIE WELT, 8. Februar 1960, S.1.

<sup>837</sup> *Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 16. August 1965.* In: PA/AA B34 Bd.573.

<sup>838</sup> *Aufzeichnung über den Staatsbesuch des Präsidenten der Republik Guinea in der Bundesrepublik vom 23. November 1959.* In: PA/AA B34 Bd.86.



Abb.32: „Kommt er aus Bonn oder Pankow...?“:  
Aus: DER SPIEGEL  
Nr.20/1962, S.43.

Für diese abwägende Haltung wird stellenweise in den westdeutschen Medien auch Verständnis geäußert. So erscheint es der WELT rational nachvollziehbar, dass die afrikanischen Nationalstaaten anfangen „zu rechnen und sehr sorgsam abzuwägen, auf welcher Seite sie für sich Vorteile“<sup>839</sup> finden. Der westdeutsche Alleinvertretungsanspruch ver helfe diesen Ländern allerdings zu einer zu „starken Verhandlungsposition“<sup>840</sup> gegenüber Bonn, in der diese explizit deutschlandpolitisches „Wohlverhalten [...] gegen Wirtschaftshilfe“ anböten, was nach Ansicht der westdeutschen Medien zu weit geht. DER SPIEGEL warnt, Bonn mache sich infolge der „Hallstein-Doktrin“ globalpolitisch „zum Narren“<sup>841</sup> als „zahlungswillige[s] Opfer für alle schwarzen Schaukel-Politiker.“ Dabei werden allerdings seltener empfänger- sondern fast ausschließlich geberspezifische Interessen angeführt. Der Vorwurf des ökonomisch motivierten Opportunismus wird zum taktischen Kalkül umgewertet, wenn sich ein traditionell gekleideter afrikanischer Staatsmann offensichtlich vor dem Besuch einer Delegation aus Deutschlands bei seinem Butler erkundigt, ob dieser „aus Bonn“ oder „aus Pankow“ komme, um dann das entsprechende Portrait Adenauers bzw. Ulbrichts an die Wand zu hängen. So moniert der westdeutsche Botschafter in Tanganjika, er habe den Eindruck, man führe dort „ein recht genaues Konto über die von uns gemachten Hilfszusagen“<sup>842</sup> und agiere entsprechend. In diesem Kontext wird auch vom Westen beklagt, immer mehr Entwicklungsländer teilten mit Ostberlin politisch oder ideologisch „das Bett“, mit Bonn aber ökonomisch den „Tisch“ und dass diese dabei „immer üppiger zu schlemmen“<sup>843</sup> verlangten. In einer ähnlichen Metaphorik fürchtet man 1965 im MfAA, dass infolge der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Ghana nun „auf wirtschaftlichen Gebiet Flitterwochen“<sup>844</sup> zwischen Bonn und Accra stattfinden könnten. Man ist sich auf ostdeutscher Seite

<sup>839</sup> *Kampf um Afrika?* In: DIE WELT, 6. November 1959, S.1.

<sup>840</sup> *Afrika will keine Geschenke.* In: DIE WELT, 29. September 1960, S.10.

<sup>841</sup> *Bratpfanne vor der Sonne.* In: DER SPIEGEL Nr.12/1965, S.33.

<sup>842</sup> *Schreiben der Botschaft in Dar-es-Salaam vom 28. März 1962.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>843</sup> *Die mißverständene Doktrin. Leitartikel von B. Dechamps.* In: FAZ vom 24. Februar 1965. In: DzD 1965, S.229.

<sup>844</sup> *Schreiben der Handelsvertretung der DDR in Accra an das MfAA am 28. Januar 1965.* In: PA/MfAA A 15867.

durchaus bewusst, dass das Verhältnis zur DDR für die Entwicklungsländer „ein willkommenes Druckmittel“<sup>845</sup>, darstellt, um bei Bonn „vorteilhaftere Bedingungen auf ökonomischem Gebiet zu erreichen.“ Beide deutsche Staaten würden nicht nur gegeneinander ausgespielt, den Entwicklungsländern wird dabei von westdeutscher Seite auch eine heuchlerisch-täuschende Grundhaltung vorgeworfen. So zeigt eine Karikatur aus dem Jahr 1964 einen mit diversen Reiseutensilien bepackten afrikanischen Stammesvertreter, der offenbar kurz vor dem Aufbruch in die Bundesrepublik steht. Dort soll er nach Absprache mit seinem „Stammeshäuptling“ zunächst den Mauerbau verurteilen und danach „knallhart“ verhandeln, um das maximale an finanzieller Unterstützung „herauszuholen“. Die chaotische Kleidung aus europäischem Anzug und afrikanischem Rock demonstriert die fehlende staatsmännliche Qualifikation des Afrikaners, wodurch der Eindruck des Ausgeliefertseins der Bundesrepublik noch verstärkt wird. Die Wirksamkeit dieses Kalküls scheint sich nach dieser Darstellung bis „in den letzten Winkel des afrikanischen Buschs“ herumgesprochen zu haben, wodurch Bonn nicht nur leicht erpressbar, sondern auch weltpolitisch blamiert erscheint. Es sei mittlerweile schließlich weithin bekannt, dass Bonn „keine Hilfe für solche Neger [genehmige], die nicht von Zeit zu Zeit Lippenbekenntnisse für die deutsche Einheit“<sup>846</sup> ablegten, kommentiert DIE ZEIT 1962 bissig. Kairo beweist dabei ein besonderes Gespür für das Symbolhafte: Kurz vor dem Besuch Ul-

brichts 1965 seien außerdem sämtliche westdeutsche Presseerzeugnisse aus den Auslagen ägyptischer Händler verschwunden und durch DAS NEUE DEUTSCHLAND und die BERLINER ZEITUNG ersetzt worden, so DIE WELT.<sup>847</sup>

In NEUES DEUTSCHLAND finden sich keine vergleichbaren Berichte, wonach die Entwicklungs-



Reisedirektiven — „Ich wiederhole, Herrlichkeit: Nicht gleich von Geld reden, sondern erst zur Mauer und tief beeindruckt sein. Dann aber knallhart aufs Blech hauen!“  
Simplicissimus

Abb.33: „Reisedirektiven [...]“:  
Aus: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.65.

<sup>845</sup> Schreiben der Handelsvertretung der DDR in der VAR am 8. Juni 1958 an den stellv. Außenminister Schwab über die Beziehungen zur VAR. In: PA/MfAA A 12770.

<sup>846</sup> Ziel: Selbstbestimmung. In: DIE ZEIT, 19. Januar 1962.

<sup>847</sup> SED-Zeitungen in Kairo. In: DIE WELT, 24. Februar 1965, S.1.



länder die beiden deutschen Staaten gegeneinander ausspielten: Afrika kenne schließlich seine „Freunde und Feinde“<sup>848</sup> genau und habe „die gleiche[n] Interessen“<sup>849</sup> wie die DDR. Das einzige Kalkül der Entwicklungsländer sei, die „Freiheit und Unabhängigkeit ganz Afrikas“<sup>850</sup> zu erreichen, wozu man untereinander Absprachen treffe, ohne dass sich diese gegen andere Staaten wendeten. So sei es vielmehr der Westen, der gezielt taktiere, um „Spaltung und Uneinigkeit unter die Freiheitskämpfer“<sup>851</sup> zu tragen: Vielmehr wolle Bonn „bestimmte afrikanische Staaten gegeneinander ausspielen.“<sup>852</sup> Wenn es also zu „Fehlentwicklungen“ komme, wird dies auf Erpressungs- oder Manipulationstaktiken des Westens zurückgeführt, die in den Entwicklungsländern angesichts ökonomischer Abhängigkeiten und diplomatischer Unerfahrenheit leicht fruchten könnten. In den Akten des ostdeutschen Außenministerium wird die „Hinhaltetaktik“, die beispielsweise von Ghana und Tansania betrieben werden, deutlich: So betont Außenminister Botsio anlässlich von Verhandlungen um die Statuserhöhung der ostdeutschen Handelsmission in Accra, „daß es nicht die Absicht der Regierung Ghanas ist, [dazu] eine Presseerklärung abzugeben.“<sup>853</sup> Auch in Bezug auf die Titelführung der ostdeutschen Vertreter will Ghana „keine Schritte“ unternehmen und als der Leiter der ghanaischen Handelsvertretung in Ostberlin Mensah-Bonsu am 1. September 1963 eintrifft, ist es der ausdrückliche Wunsch der ghanaischen Regierung, dass dessen Ankunft „in der Presse nicht ausgewertet“<sup>854</sup> werde. Abteilungsleiter Frisch schlägt trotzdem vor, „eine kurze Notiz“ veröffentlichen zu lassen. Allerdings empfiehlt er knapp vier Wochen später, eher wenig über die Aktivitäten der Handelsvertretung zu berichten, „um das Verhältnis der ghanaischen Regierung zu Westdeutschland nicht unnötig zu belasten.“<sup>855</sup> Der Wunsch nach einer geringen Publizität in diesen Fragen, der die DDR in der Regel auch entgegenkommt, impliziert eine taktisch-kalkulierte Vorgehensweise, um dem Westen nicht vor den Kopf zu stoßen. Der ghanaische Botschafter in Bonn hatte im Auswärtigen Amt kurz zuvor noch

---

<sup>848</sup> *Afrika kennt seine Freunde und Feinde.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. April 1961, S.6.

<sup>849</sup> *Afrika und DDR haben gleiche Interessen..* In: In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. November 1963, S.1.

<sup>850</sup> *Völkerkonferenz Afrikas begann.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Dezember 1958, S.6.

<sup>851</sup> „Einerseits versuchen die Imperialisten, Afrika und Asien voneinander zu trennen und Gegensätze zwischen ihnen aufzureißen. Auf der anderen Seite spielen sie ein verzweifelttes Spiel, um die solide Phalanx des arabischen Nationalismus zu spalten. Und schließlich wollen sie noch zwischen der arabischen und der afrikanischen Nationalbewegung auf dem Schwarzen Kontinent selbst eine Kluft schaffen.“ Vgl. *Afrika will frei sein.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. Dezember 1958, S.5.

<sup>852</sup> *Einmischung in Kenia.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 12. November 1963, S.5.

<sup>853</sup> *Brief Botsios an Winzger vom 9. Mai 1963.* In: PA/MfAA C 401/74.; *Bericht über den Besuch einer Delegation der Regierung der DRR ins Sansibar am 28. April 1964.* In: PA/MfAA A 15069.

<sup>854</sup> *Briefs Frischs an Schwab vom 28. August 1963.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>855</sup> *Brief Frischs an die Handelsvertretung in Accra vom 24. September 1963.* In: PA/MfAA A 15934.

versichert, er versuche, die Abreise Mensah-Bonsus und generell die Eröffnung der Vertretung zu verhindern.<sup>856</sup> Außerdem berichtet der Botschafter der Bundesrepublik in Accra, dass seit der offiziellen Eröffnung kein Tag vergehe, an dem man sich von ghanaischer Seite nicht „nach der Reaktion der Bundesregierung“<sup>857</sup> erkundigt habe. Kurz darauf wird er nach Bonn beordert. Dies spricht für ein bewusstes Ausloten der Lage von Seiten der Entwicklungsländer. Von ostdeutscher Seite wird bemängelt, dass die Vorstellung des nach Accra entsendeten „Genossen Heiderich“<sup>858</sup> beim Außenminister immer wieder verzögert worden sei und sich damit herausgeredet habe, der Minister sei „beschäftigt“ oder auf Auslandsreise. Auf dessen Nachfrage, wann die Beziehungen zur DDR denen zur Bundesrepublik gleichgestellt würden, reagiert der ghanaische Außenminister ausweichend auf die vage Formel, dies werde „bald“<sup>859</sup> geschehen, allerdings nicht innerhalb der nächsten Wochen oder Monate. Ähnlich verhält es sich im Falle Guineas: So begründet Touré kurz nach der Unabhängigkeit die Nicht-Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Ostberlin mit seiner Befürchtung Probleme mit dem Ausland zu bekommen und vertröstet die DDR: Man werde „nach gewisser Zeit“<sup>860</sup> die Beziehungen normalisieren, spätestens dann, wenn man Botschafter mit Bonn austausche, was allerdings nicht geschieht. Auch als ein ostdeutscher Vertreter Jahre später beim Präsidenten Guineas wegen der Aufwertung der örtlichen Handelsvertretung in ein Generalkonsulat vorspricht, erhält er trotz seiner Bemühungen keine befriedigende Antwort.<sup>861</sup> Allerdings wird auch die Bundesrepublik stellenweise hingehalten: So berichtet der westdeutsche Botschafter 1960, er sei vom Präsidenten Guineas zwar empfangen worden, habe aber „keine definitive Antwort“<sup>862</sup> auf seine Frage nach dem Status der Beziehungen zur DDR erhalten. Anlässlich seiner Einladung in die Bundesrepublik betont Touré gegenüber dem westdeutschen Botschafter, er wolle die Bundesregierung nicht durch einen Besuch Ostberlins „in Verlegenheiten zu bringen.“<sup>863</sup> Dennoch kommt es rund 4 Monate später zur Affäre um einen Botschafter Guineas in der DDR.

---

<sup>856</sup> *Aufzeichnungen Steltzners über die deutsch-ghanaischen Beziehungen vom 16. September 1963.* In: PA/AA B34 Bd.409.

<sup>857</sup> *Schreiben des Botschafters in Accra vom 11. September 1963 an das AA.* In: PA/AA B34 Bd.409.

<sup>858</sup> *Aktenvermerk über ein Gespräch mit Außenminister Adjei vom 15. Mai 1962.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>859</sup> *Aktenvermerk über ein Gespräch mit Außenminister Adjei vom 15. Mai 1962.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>860</sup> *Informationspapier vom 3. Dezember 1958.* In: PA/MfAA A 11245.

<sup>861</sup> *MfAA-Notizen vom 27. Juli 1965.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>862</sup> AdG 1960, 8274C.

<sup>863</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 14. November 1959.* In: PA/AA B34 Bd.86.

### 5.3.3.2 Forderungshaltung

Bei Verhandlungen über entwicklungspolitische Zuwendungen wird den afrikanischen Staaten von westdeutscher Seite häufig eine unzulässige Forderungshaltung attestiert. Die dabei proklamierten Ansprüche seien „unlogisch“ und würden noch dazu „in rüder Form“ vorgebracht. So notiert im Mai 1963 der westdeutsche Ministerialdirektor Sachs, dass die guineischen Regierung in Sachen „Entwicklungshilfe“ Wünsche habe, die „in keinem rechten Verhältnis zur bisherigen zivilen Entwicklungshilfe“<sup>864</sup> stehen. Diese Erwartungshaltung hänge mit dem Entgegenkommen Guineas bei der Affäre um die Ostberliner Botschafter zusammen. Bei einem Besuch Tourés im März 1964, bei dem auch über neue Kredite verhandelt wird, verweisen die deutschen Behörden darauf, dass Guinea, „das sich ursprünglich Moskau und auch dem Zonenregime zu nähern schien, inzwischen [...] in der deutschen Frage auf der Linie Bonns liegt.“<sup>865</sup> Die vage Perspektive, dass Guinea eines Tages die Beziehungen zur DDR doch vertiefen könnte, hält Touré allerdings auch bei diesem Besuch mit der Bemerkung offen, dass man schließlich nicht wisse, „was die Zukunft noch bringen kann.“<sup>866</sup> Ein knappes Jahr später bereist Touré die Sowjetunion, Ungarn, Jugoslawien und die VAR, die DDR lässt er dagegen aus, was ebenfalls als taktisches Manöver bewertet werden kann.<sup>867</sup> Das Nachbarland Ghana hatte diese Krise um den Botschafter 1960 wiederum genutzt, um höhere Kredithilfe bei Bonn anzufragen. Sollte diese nicht gewährt werden, müsse man sich wohl oder übel „nach Sowjetkrediten umsehen, was Rückwirkungen auf seine [*A. d. Verf.* Ghanas] Beziehungen zu Ostberlin haben könnte“<sup>868</sup>, so die ghanaische Darstellung. Diese explizite Drohung, bei ausbleibender Unterstützung eine engere Kooperation mit dem Osten und insbesondere der DDR zu suchen, avanciert zum beständigen Ärgernis der Bonner Afrikapolitik. Als der westdeutsche Staatssekretär Lahr im Vorfeld der Kairoer Blockfreien Konferenz 1964 Nkrumah darum bittet, sich gegen die Behandlung der Deutschlandfrage auf dem Treffen auszusprechen, sagt der ghanaische Präsident dies zu und verweist im gleichen Atemzug auf die angespannte Devisenlage seines Landes.<sup>869</sup> Es sei Ghana bewusst, dass eine Steigerung der Kapitalhilfe vom Verständnis des Präsidenten für den deutschlandpolitischen Standpunkt der Bundesregierung abhängt, akzentuiert der ghanaische Botschafter

<sup>864</sup> *Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen vom 13./15. Mai 1963* In: AAPD 1963, Dok.166, S.533.

<sup>865</sup> *Staatspräsident von Guinea mit drei Ministern in Bonn.* In: DIE WELT, 25. März 1964, S.2.; AdG 1964, 11144 A.

<sup>866</sup> *Sekou Touré über Besuch in Bonn sehr befriedigt.* In: DIE WELT, 28. März 1964, S.2.

<sup>867</sup> AdG 1965, 12001 B.

<sup>868</sup> *Etzdorf in Sondermission nach Guinea.* In: DIE WELT, 31. März 1960, S.2.

<sup>869</sup> *Staatssekretär Lahr, z.Z. Accra, an Bundesminister Schröder, z.Z. Santiago de Chile vom 30. April 1964.* In: AAPD 1964, Dok.116, S.499.

kurz darauf in Bonn.<sup>870</sup> Hier wird ein direkter Zusammenhang zwischen dem außenpolitischen Agieren der Entwicklungsländer auf globaler Bühne, der entwicklungspolitischen Unterstützung sowie der „deutschen Frage“ im Sinne eines „*do ut des*“-Charakters konstruiert. Dies erhofft sich das Auswärtige Amt im Übrigen auch umgekehrt, wenn sich der neue Botschafter Tanganjikas in seiner Antrittsrede überzeugt gibt, dass „unsere Freunde in Afrika nach Erreichung ihrer eigenen Ziele nun auch ihrerseits [...die] Probleme unseres Volkes wohlwollend prüfen“<sup>871</sup> werden, wodurch indirekt Druck aufgebaut wird. NEUES DEUTSCHLAND stellt dabei gerne den Schaden heraus, den die Bundesrepublik sich selbst durch ihr ungeschicktes Agieren und ihre Forderungshaltung auslöse. So zitiert die Zeitung Nasser mit den Worten: „Bonn schneidet sich ins eigene Fleisch.“<sup>872</sup> Da die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ oft Aufträge an deutsche Firmen bedeute, erwartet Nasser einen ernstzunehmenden Schaden der westdeutschen Wirtschaft beim angedrohten Wegfall dieser Leistungen. Außerdem könne es sein, dass die Bundesregierung die Firmen entschädigen müsse.<sup>873</sup> Die Beobachtung, dass sich die Bundesrepublik mit ihrer Außenpolitik selbst blockiere und lähme, wird häufig proklamiert und der Leserschaft besonders gerne am Beispiel diplomatischer Verwicklungen rund um die „Hallstein-Doktrin“ demonstriert.<sup>874</sup> Von unzulässigen Forderungen der Entwicklungsländer ist in der ostdeutschen Darstellung dagegen keine Rede: Vielmehr suchten dies die Kooperation mit der DDR, da jene „keine politische Forderungen“<sup>875</sup> an sie stellten. Afrika verlange lediglich das Recht auf freiheitliche Entwicklung und eine friedliche Weltpolitik, was zwangsläufig zu einer kritischen Haltung gegenüber der Bundesrepublik führen müsse.<sup>876</sup> So erklärt Nkrumah seine Zurückhaltung gegenüber der DDR damit, dass Ghana ein armes Land sei und sich bei seiner weiteren ökonomischen Entwicklung nicht nur an eine Seite binden könne<sup>877</sup> und daher es nicht darauf ankommen lasse, mit einer Seite zu brechen. Auch der gescheiterte Botschafteraustausch mit Guinea könnte eine Ursache sein.<sup>878</sup>

<sup>870</sup> *Vermerk des Staatssekretärs Labr vom 15. August 1964.* In: AAPD 1964, Dok.233, S.971 f.

<sup>871</sup> *Entwurf der Antrittsrede des neuen Botschafters Schroeder vom 8. Februar 1962 zur Kenntnisnahme an das AA.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>872</sup> *Nasser: Bonn schneidet sich ins eigene Fleisch.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 27.02.1965, S.2.

<sup>873</sup> JETZLSPERGER, 2001, S.347.

<sup>874</sup> *Bonns „Selbstblockade“.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. Oktober 1957, S.2.; *Hallstein-Doktrin ging k.o.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. Mai 1961, S.1.; *Hallstein-Doktrin ist am Ende.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. März 1964, S.2.

<sup>875</sup> *Freies Afrika im Blickpunkt.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1960, S.4.

<sup>876</sup> *Afrika an Bonner Adresse: Weg mit Kernwaffen und Stützpunkten!* In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. Dezember 1960, S.5.

<sup>877</sup> *Schreiben der Handelsvertretung in Accra an das MfAA vom 29. Oktober 1963.* In: PA/MfAA A 15934.

<sup>878</sup> BLASIUS, 1999, S.25.

Zu der in der westdeutschen Darstellung kritisierten Handels- und Forderungsmentalität kommt das teilweise herablassende Auftreten einiger Akteure. So soll Guineas Präsident Touré angesichts des Vorwurfs der westdeutschen Unterstützung des Algerienkriegs und französischer Atombombentests behauptet haben, nicht er müsse Beweise für die Beteiligung der Bundesrepublik vorliegen, vielmehr müsse Bonn ihm seine Unschuld beweisen, was DIE WELT als Beweis für den „Hochmut“<sup>879</sup> vieler afrikanischer Politiker wertet. Kairos Selbstbewusstsein um die eigene Bedeutsamkeit geht sogar so weit, dass Nasser der Bundesregierung die Förderung bestimmter Projekte als „eine politische Geste [...] angeboten“<sup>880</sup> haben soll, wie beispielsweise 1962 den Bau eines Hafens und einer Werft. Ein ägyptischer Vertreter habe nach der Absage der Bundesregierung gegenüber dem westdeutschen Botschafter sein Bedauern geäußert und verkündet, dass man nun freilich überlegen müsse, welches andere Land ein solches Projekt stemmen könne: „Nach Lage der Sache könne das wohl nur die Sowjetunion sein“<sup>881</sup>, so die Mutmaßung in den Akten. In diesem Fall wird zumindest implizit mit einer Kooperation mit dem Ostblock gedroht, was auch eine Annäherung an das ostdeutsche Regime implizieren könnte. Bezüglich der Finanzierung des Assuan-Staudamms behauptet Nasser gegenüber DIE WELT sogar, er habe ein sowjetisches Hilfsangebot zum Bau des Assuan-Staudamms quasi annehmen müssen, da eben bedauerlicherweise kein Angebot der Bundesrepublik vorgelegen habe. Damit macht er die mangelnde Aktivität Bonns für den Erfolg der sowjetischen „Entwicklungshilfe“ direkt verantwortlich, da dies Ägypten „in die Arme“ Moskaus treibe. Außerdem kritisiert Nasser die Bedingungen der Kapitalhilfe und verwendet dabei, wie anlässlich der Krise um die Waffenlieferungen nach Israel nach Darstellung von NEUES DEUTSCHLAND auch drastische Worte, wonach Bonn Kairo „mit maßlosen Zinssätzen [...] das Blut“<sup>882</sup> aussauge. Auch die Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft wird durch die Entwicklungsländer häufig thematisiert: So verweist ein guineischer Diplomat im Kontext der Botschafteraffäre selbstbewusst auf die Bedeutung der eigenen Bauxitvorkommen für die deutsche Industrie.<sup>883</sup> Bonn solle dies bei den Verhandlungen „im Hinterkopf“ behalten. DIE WELT beurteilt solches Auftreten als „unverfroren“ und „aufbrausend“ und erklärt es mit der bisherigen „Schwäche, aus der sich die

<sup>879</sup> Der „Hochmut“ der jungen Völker. In: DIE WELT, 21. März 1960, S.1.

<sup>880</sup> Dieses Projekt wird der Bundesregierung mit Verweis auf den militärischen Charakter abgelehnt. Vgl. *Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt vom 27. Juni 1962*. In: AAPD 1962 Dok.266, S.1180 f.

<sup>881</sup> Später hieß es, Jugoslawien werde das Projekt übernehmen. Vgl. *Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt vom 27. Juni 1962*. In: AAPD 1962 Dok.266, Anm.6, S.1181.

<sup>882</sup> *Blutsauger! Verräter der Araberstaaten!* In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. Februar 1965, S.1.

<sup>883</sup> *Noch kein Bruch mit Guinea*. In: DIE WELT, 19. März 1960, S.2.

Länder nun erhoben hätten. „Leidenschaft und Haß“<sup>884</sup> seien notwendige Emotionen zur Mobilisierung und Solidarisierung der Bevölkerung, die in solchen Phasen eingeübt und aktiviert werden müssten. Diese Erscheinungsformen „nationaler Flegeljahre“ und politischen „Halbstarkentum[s]“ würden aber über kurz oder lang überwunden werden und es sei im Interesse der Bundesrepublik, sich zumindest kurzfristig damit zu arrangieren. Befriedigt zitiert DIE WELT



Die einzige Verbeugung, zu der Afrika den letzten Kolonialherren gegenüber noch bereit ist  
Zeichnung: Brier-Bert

Abb.34: „Die einzige Verbeugung [...]“  
Aus: NEUES DEUTSCHLAND, 2. Februar 1960, S.1.

Tanganjikas Präsidenten Nyerere, der resigniert gesagt haben soll: „Wir Afrikaner brauchen Europa, aber Europa braucht uns nicht.“<sup>885</sup> Dies scheint schon vielmehr dem Weltbild der globalen Machtkonstellationen zu entsprechen. NEUES DEUTSCHLAND dagegen lobt das selbstbewusste Auftreten Afrikas, das dazu diene, die Bonner „Kriegstreiber in die Schranken zu weisen“<sup>886</sup> und feiert die Phase der Entkolonialisierung anlässlich eines Jahresrückblicks 1960 als Teil eines „sagenhaftes Säkulum[s]“.<sup>887</sup> So zeigt eine 1960 erschienene Karikatur einen riesenhaften Afrikaner, der die winzigen Kolonialherren mit ihren Waffen und Peitschen aus einem Korb vom Kontinent ins Meer schüttet und dabei gehässig grinst. Berichte über unzulässige oder grob vorgetragene Forderungen von Seiten der Entwicklungsländer sind dagegen nicht nachweisbar: Vielmehr erscheint der Westen in der Rolle des wirtschaftlichen und politischen Erpressers Afrikas, der den Kontinent in Abhängigkeiten und Unfreiheit halten wolle.<sup>888</sup> Afrika verlange lediglich, was ihm ohnehin zustünde: Die Chance auf eine friedliche und freiheitliche Entwicklung sowie die Anerkennung beider deutscher Staaten im Sinne der globalen Entspannungspolitik.<sup>889</sup> Auch hier zeigt sich die Tendenz, immanente Faktoren mit der „deutschen Frage“ zu verstricken. Auch in den ostdeutschen Akten

<sup>884</sup> Der „Hochmut“ der jungen Völker. In: DIE WELT, 21. März 1960, S.1.

<sup>885</sup> Wohin treibt der Schwarze Erdteil? In: DIE WELT, 27. Januar 1962, Das Forum der Welt.

<sup>886</sup> Sender fürs freie Afrika. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Juli 1960, S.3.

<sup>887</sup> Ein sagenhaftes Säkulum. In: NEUES DEUTSCHLAND, 31. Dezember 1960, S.11.

<sup>888</sup> Afrika will unabhängig sein. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Oktober 1958, S.7.; Deutsche Außenpolitik. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. Januar 1959, S.1.

<sup>889</sup> Afrika fordert: Weg mit den Atomwaffen und Stützpunkten. In: NEUES DEUTSCHLAND, 11. Oktober 1959, S.6; Nkrumah: Friedensvertrag – DDR anerkennen [...]. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. September 1961, S.7.

wird das Agieren der Afrikaner kaum kritisiert, sondern vielmehr gelobt: So sei „sehr angenehm“<sup>890</sup>, dass die Regierung Sansibars keine Kompensation in Form von entwicklungspolitischen Zuwendungen für die Anerkennung erwarte. Auch NEUES DEUTSCHLAND zeigt keine mit der westdeutschen Darstellung vergleichbare Negativcharakterisierung der Afrikaner und attestiert dagegen den westdeutschen Repräsentanten ein hochmütig-herablassendes Auftreten, das von Rassismus nur so strotze.<sup>891</sup>

### 5.3.3.3 Verzögerungstaktik

Alle untersuchten Länder scheinen eine Verzögerungstaktik zu betreiben, insbesondere gegenüber Ostberlin bei der Einrichtung bzw. Umwandlung der ostdeutschen Vertretungen im Inland und bei der Eröffnung eigener Vertretungen in Ostberlin. So stellt Guineas Präsident Touré der DDR in seinem ersten Telegramm kurz nach der Unabhängigkeit die Anerkennung in Aussicht, vertröstet Ostberlin nach Abschluss des ersten Handelsabkommens aber immer wieder.<sup>892</sup> Auch eine 1959 beschlossene ghanaische Handelsvertretung in der DDR wird erst vier Jahre später eingerichtet und ein persönlicher Besuch in Ostberlin aus „Zeitgründen“<sup>893</sup> immer wieder verschoben. Diese Hinhaltetaktik thematisiert auch Tansanias Präsident Nyerere gegenüber Vertretern der Bundesrepublik völlig offen: Er brauche mehr Zeit für die „Gleichschaltung“<sup>894</sup> Sansibars und wolle nur auf den richtigen Zeitpunkt warten, um, so die Aufzeichnungen wörtlich, den SBZ-Vertretern vor Ort nach der Unionsbildung „den Hals abzdrehen.“<sup>895</sup> Da diese Aussagen bei Gesprächen um die künftigen entwicklungspolitischen Forderungen fällt, liegt auf der Hand, dass durch solche Zusagen weitere Zuwendungen erreicht werden sollen. Aber auch die Bundesrepublik wird durch vage Auskünfte und Aussagen im Unklaren gelassen, worüber in den westdeutschen Medien kritisch berichtet wird. So lässt Touré bei seinem ersten Deutschlandbesuch im November 1959,

<sup>890</sup> *Information Kiesevetters über seinen Besuch in der VR Sansibar vom 19. bis 31. März 1964.* In: PA/MfAA A 15069.

<sup>891</sup> *Buschklepper.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. März 1960, S.1.

<sup>892</sup> Er begründet dies damit, dass bei einer schnellen Anerkennung der DDR die Aufnahme zu anderen Staaten, wie beispielsweise Großbritannien, erschwert sein könne. Vgl. *Informationspapier des MfAA vom 3. Dezember 1958.* In: PA/MfAA A 11245.

<sup>893</sup> *Enge Zusammenarbeit DDR- Ghana.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Februar 1959, S.1.; *Dr. Nkrumah empfing Otto Winzer.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 7. April 1963, S.1.; *Schreiben Dölling an das MfAA vom 26. November 1959.* In: PA/MfAA A 1157.

<sup>894</sup> *Botschafter Schroeder, Daressalam, an das Auswärtigen Amt vom 1. Mai 1964.* In: AAPD 1964, Dok.118, S.503 f.

<sup>895</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Blech vom 30. April 1965.* In: AAPD 1965, Dok.195, Anm.1, S.775 f.; In einer „tödliche[n] Umarmung“ wolle er die sozialistischen Tendenzen auf Sansibar ersticken, so die Darstellung in der westdeutschen Presse. Vgl. *Tansania.* In: DIE WELT, 17. Februar 1965, S.1.

kurz nach der Eröffnung der „sowjetzone[n] Handelsvertretung“<sup>896</sup> in Conakry offen, ob und wann er mit der DDR diplomatische Beziehungen aufnehmen wird: „Alle Länder, die mit uns zusammenarbeiten wollen, werden bei uns ihren Platz finden.“<sup>897</sup> Auch die Frage des westdeutschen Journalisten, ob er auch Ostberlin besuchen werde, lässt Touré offen.<sup>898</sup> Schon damals nennt DIE WELT ihn den „Rebell[en] von Conakry“<sup>899</sup>, der mit der Angst des Westens vor einem kommunistischen „Brückenkopf“ in Westafrika spiele. In NEUES DEUTSCHLAND wird die lange Dauer der Verwirklichung versprochener Schritte auf dem Weg der Anerkennung nicht explizit thematisiert. Vielmehr werden die Ankündigungen, wie beispielsweise die Einrichtung wechselseitiger Handelsvertretungen mit Ghana vielfach verkündet<sup>900</sup>, ohne dass in den darauf folgenden Monaten oder gar Jahren auf die nach wie vor ausstehende Verwirklichung der ghanaischen Mission in Ostberlin eingegangen wird: Erst die tatsächliche Eröffnung 1963 wird dann wieder medial inszeniert.<sup>901</sup> Lange Zeit hatte die ghanaische Seite den Abschluss eines offiziellen Regierungsabkommens abgelehnt.<sup>902</sup> Auch empört man sich intern darüber, dass die ghanaischen Behörden der ostdeutschen Handelsvertretung in Accra trotz anderweitiger Versprechen keine Privilegien gewähre, die „als Anzeichen einer diplomatischen Anerkennung gesehen werden könnten.“<sup>903</sup> Der ghanaische Außenminister habe sich sogar angebliche Termine und Auslandsreisen vorgeschoben, um den neuen Leiter der Handelsvertretung nicht empfangen zu müssen.<sup>904</sup> Doch medial tritt der Westen in der Rolle des Verzögerers auf, der darauf die Unabhängigkeit Afrikas oder den „Siegesszug des Sozialismus“ verlangsamen wolle.<sup>905</sup> Meist verbleibt die mit der DDR verkündete Solidarität der afrikanischen Staaten auf der verbalen Ebene, wie die in NEUES DEUTSCHLAND vielzitierte Rede Nkrumahs zur Anerkennung der Existenz zweier deutscher

<sup>896</sup> *Kampf um Afrika?* In: DIE WELT, 6. November 1959, S.1.

<sup>897</sup> Er wolle bei beiden Blöcken eine „Vertrauensgrundlage“ für künftige Zusammenarbeit schaffen, habe aber „nirgendwo um finanzielle oder technische Hilfe gebeten.“ Vgl. *Touré: Alle finden bei uns Platz*. In: DIE WELT, 21. November 1959, S.2.

<sup>898</sup> „Bei meiner Abreise aus Guinea bestand kein Plan dafür, er besteht auch jetzt nicht. Es kann aber sein, daß ich eines Tages Ostberlin besuchen werde.“ Vgl. *Touré: Alle finden bei uns Platz*. In: DIE WELT, 21. November 1959, S.2.

<sup>899</sup> *Der Rebell von Conakry*. In: DIE WELT, 13. November 1959, S.3.

<sup>900</sup> *Zwei Jahre freies Ghana*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. März 1959, S.5.; *Enge Zusammenarbeit DDR- Ghana*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Februar 1959, S.1.

<sup>901</sup> WENTKER, 2007, S.293.

<sup>902</sup> *Aktenvermerk über ein Gespräch im ghanaischen Außenministerium vom 17. August 1963*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>903</sup> Darunter gehöre beispielsweise das Recht, das Staatswappen am Gebäude anzubringen. Vgl. *Schreiben Lesings an die Handelsvertretung in Accra vom 16. Juli 1964*. In: PA/MfAA C401/73.; *Schreiben der Handelsvertretung an das MfAA vom 11. Januar 1963*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>904</sup> *Aktenvermerk über ein Gespräch mit Außenminister Adjei vom 15 Mai 1962*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>905</sup> *Unsere Freiheit in der Sicht anderer*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. September 1962, S.10.



Staaten auf der Belgrader Blockfreien Konferenz. Solche Äußerungen werden durch die ostdeutsche Presse begeistert aufgenommen und über Jahre hinweg immer wieder zitiert, was dem proklamatorisch-ideologischen Charakter der Berichterstattung entspricht. Gegenüber der Bundesrepublik versuchen die afrikanischen Politiker stets die Wogen zu glätten, man dürfe die Äußerungen auf solchen Konferenzen „nicht allzu sehr auf die Waagschale legen.“<sup>906</sup> Diese Vorgehensweise zeigt sich im Übrigen auch gegenüber der Bundesrepublik. So kritisiert Nasser die Mauer zwar öffentlich als „*artificial line which divides the German people into two peoples hostile to each other*“<sup>907</sup>, dennoch baut er die Kontakte zu Ostberlin planvoll aus.

#### 5.3.3.4 Nationale Interessen

Generell versuchen die Entwicklungsländer die innerdeutsche Konkurrenzsituation zur Durchsetzung nationaler Interessen zu nutzen, was in der westdeutschen Darstellung offen thematisiert und kritisiert wird, in der ostdeutschen Darstellung jedoch als unzulässige Erpressung durch den Westen gedeutet wird. So versucht Nkrumah 1962, die geplante Einrichtung einer ghanaischen Handelsvertretung in Ostberlin dazu zu instrumentalisieren, Einfluss auf die von ihm kritisierte westdeutsche „Entwicklungshilfe“ für Togo zu nehmen, mit dem er in einem beständigen „Familienstreit“<sup>908</sup> liegt. Er interpretiert die Kapitalhilfe für den Hafen von Lomé als Parteinahme und warnt vor weiteren Schritten dieser Art. Er bringt dies mit deutschlandpolitischen Verflechtungen in Zusammenhang, wenn er im gleichen Kontext betont, dass die geplante Einrichtung einer ghanaischen Handelsmission in Ostberlin keine Anerkennung impliziere und er an guten Beziehungen zu Bonn interessiert sei. Auf die Bitte des westdeutschen Botschafters, diese Zusicherung schriftlich zu fixieren, entgegnet Nkrumah spitzbübisch, dies halte er vorerst „nicht für notwendig.“ Der Botschafter zitiert ihn in seinem Drahtbericht mit folgenden Worten: „Sie bitten mich um eine Klarstellung meines Verhaltens in Ostberlin, ich bitte Ihre Regierung um das Gleiche wegen ihres Verhaltens im Togo.“<sup>909</sup> Hier überträgt Nkrumah die deutsche Sondersituation auf den Konflikt zwischen Togo und Ghana, um seine nationalen Interessen durchzusetzen. Botschafter Lüders befürchtet in diesem Kontext, dass Nkrumah jede weitere „Entwicklungshilfe an das Nachbar-

<sup>906</sup> *Gespräch des Ministerialdirigenten Böker mit dem ägyptischen Außenminister Fawzi vom 9. Oktober 1964.* In: AAPD 1964, Dok.280, S.1144.

<sup>907</sup> “[...] despite the fact that by nature and history, each is a component part and extension of the other.” Vgl. *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 23. Dezember 1962.* In: AAPD 1963, Dok.146, Anm.11, S.482.

<sup>908</sup> *Botschafter Lüders, Acra, an das Auswärtige Amt vom 7. Dezember 1962.* In: AAPD 1962 Dok.475, S.2040 f.

<sup>909</sup> *Botschafter Lüders, Acra, an das Auswärtige Amt vom 7. Dezember 1962.* In: AAPD 1962 Dok.475, S.2040.

land „durch entsprechende Schritte in Ostberlin beantworten“ werde. Damit habe der ghanaische Präsident „den neuralgischen Punkt unserer Politik erkannt“ und werde dies „gegebenfalls als Druckmittel seiner eigenen Politik einsetzen“, so Lüders. Nkrumah verwende seine Kontakte nach Ostberlin als „Druckmittel gegen uns [...], sei es, um unsere ‚Entwicklungspolitik‘ gegenüber Togo zu beeinflussen, sei es, um selbst mehr Entwicklungshilfe von uns zu erhalten.“ Lüders empfiehlt in diesem Kontext, im Togo lieber mehrere kleine an Stelle eines großen Projekts zu fördern und diese Hilfe „publizistisch nicht so stark in Erscheinung treten zu lassen“, wozu Ministerialdirektor Müller-Roschach handschriftlich seine Zustimmung vermerkt.<sup>910</sup> Als die Eröffnung der Handelsvertretung tatsächlich kurz bevorsteht, betont ein ghanaischer Regierungsvertreter, Bonn habe durch seine entwicklungspolitischen Kontakte zum Togo „diesen Stein selbst ins Rollen gebracht.“<sup>911</sup> Ghanas Außenminister Botsio versteht es besonders, die innerdeutsche Konkurrenz für sich persönlich zu nutzen. So zeugen diverse Akten des MfAA von persönlichen Geschenken, die der Minister aus der DDR erhält, wie eine „Kristallsendung“<sup>912</sup> und eine sonderangefertigten „Persianerjacke“ samt Lieferschein und Ausfuhrgenehmigung für dessen Ehefrau. Generell sei die DDR mit den Geschenken recht „großzügig“, die westdeutsche Botschaft schätzt den Gegenwert 1963 auf rund 1000 DM, was im Gegensatz zu den sonst eher begrenzten Mitteln der Vertretung stehe, so der Kommentar.<sup>913</sup> Botsio lässt sich 1964 und 1965 sowohl in ostdeutschen als auch in westdeutschen Krankenhäusern behandeln und erhält eine Reihe prominenter Besucher: In Ostberlin erscheinen der stellvertretende Staatsratsvorsitzende Götting sowie die stellvertretenden Außenminister Winzer und Kiesewetter am Krankenbett. In einer Bonner Klinik kommen die Staatssekretäre Carstens und Vialon zu Besuch.<sup>914</sup> Die Kosten für „Krankenhaus- und Erholungsaufenthalt“<sup>915</sup> in Höhe von 5000 DM, zu dem auch Frau und Tochter anreisen, werden durch die Bundesrepublik übernommen, Blumenlieferungen angeordnet und ein Gespräch mit dem zuständigen Staatssekretär vorbereitet. In den

<sup>910</sup> Aus Bonn erhält die Botschaft kurz darauf die Mitteilung, dass bei Ausbleiben einer „Nichtanerkennungserklärung“ aus Accra keine wohlwollende Entscheidung in Bezug auf weitere „Entwicklungshilfe“ nach Ghana gerechnet werden könne. Vgl. *Botschafter Lüders, Accra, an das Auswärtige Amt vom 7. Dezember 1962*. In: AAPD 1962 Dok.475, S.2041, Anm.10.

<sup>911</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach vom 21. Dezember 1962*. In: AAPD 1962 Dok.495, S.2095, Anm.10.

<sup>912</sup> *Schreiben des MfAA an die Handelsvertretung in Accra vom 29. Mai 1961*. In: PA/MfAA A 14391.

<sup>913</sup> *Schreiben der Botschaft in Accra vom 25. Januar 1963*. In: PA/AA B34 Bd.473.

<sup>914</sup> *Vermerk des Staatssekretärs Labr vom 15. August 1964*. In: AAPD 1964 Dok.233, Anm.1, S.971, Anm.1.; *Zeittafel*. In: DA DDR 1964, S.1150.; PA/MfAA A 14391.

<sup>915</sup> *Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes vom 12. August 1965*. In: PA/AA B34 B 573.

Akten wird dies mit der westlichen Orientierung und Aufgeschlossenheit des Ministers gegenüber den westdeutschen Belangen begründet. Die ghanaische Regierung betont in diesem Kontext, dass der Aufenthalt Botsios rein „privaten Charakter“<sup>916</sup> habe und bittet um eine entsprechende Darstellung in den Medien. Bemerkenswerterweise stellt NEUES DEUTSCHLAND den Aufenthalt des Ministers in der DDR als „Besuchsreise“ dar und berichtet darüber auf der Titelseite, während man im Bonner Außenministerium sogleich eine „Aufwertung der Zone“<sup>917</sup> befürchtet. Noch ein Jahr zuvor hatte Staatssekretär Carstens Botsio bei Verhandlungen um die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen „nochmals den Standpunkt [...] in der Deutschlandfrage dargelegt“<sup>918</sup>, woraufhin dieser versprochen habe, die ostdeutschen Vertretungen nicht aufzuwerten. Im Falle Guineas hat man 1959 „den sehr deutlichen Eindruck“<sup>919</sup>, dass man als entwicklungspolitische Gabe einen Mercedes als „offizielles Staatsfahrzeug“ stiften solle. Botschafter Schroeder verspricht sich davon „eine sehr günstige politische Wirkung“ und argumentiert mit dem „Wohlverhalten“, das Touré angesichts der Wahl „zwischen der Bundesrepublik und der SBZ an den Tag gelegt habe.

Ein Meister des Taktierens ist allerdings der ägyptische Präsident Nasser, mit dem man wie mit einem „klugen orientalischen Großkaufmann“ handeln müsse, so DIE WELT: „kühl, zäh, zu gewissen Einsätzen bereit, aber stets auf Deckung bedacht.“<sup>920</sup> Die potentielle Ausweitung der Beziehungen zur DDR lässt Nasser wie ein „Damoklesschwert“<sup>921</sup> über der Bundesrepublik schweben. So hält sich Nasser alle Optionen offen, wenn er 1960 auf die Frage des Verhältnisses zu Ostberlin mit einem „spöttischen Lächeln“<sup>922</sup> und der vagen Formel reagiert, man plane „zur Zeit“ oder „bis jetzt jedenfalls“ keine Veränderung. Sein Selbstbewusstsein zeigt sich in seiner Einschätzung der Rolle Afrikas im Kalten Krieg, die „Entwicklungshilfe“ annehme, „wo man sie ihnen bietet“. In Anspielung auf die deutsche Teilung bemerkt er, Afrika wisse sehr wohl, „was in der Welt vorgeht, auch in Europa.“ NEUES

---

<sup>916</sup> *Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 16. August 1965.* In: PA/AA B34 Bd.573.

<sup>917</sup> „Der Außenminister der Republik Ghana, Kojo, Botsio, ist am Dienstag zu einem kurzen Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik eingetroffen.[...] Das Essen und die Gespräche verliefen in einer freundschaftlichen und herzlichen Atmosphäre. Vgl. *Minister Botsio in der DDR.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. Juli 1964, S.1.; *Vermerk des Staatssekretärs Labr vom 15. August 1964.* In: AAPD 1964, Dok.233, S.971.

<sup>918</sup> AdG 1963, 10848 B.

<sup>919</sup> *Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes vom 31. Oktober 1959.* In: PA/AA B34 Bd.86.

<sup>920</sup> *Wir lassen uns von jedem helfen.* In: DIE WELT, 1. Februar 1960, S.3.

<sup>921</sup> *Aufzeichnung Bökers über eine interne Diskussion zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen vom 5. Februar 1965.* In: PA/AA B35 Bd.143.

<sup>922</sup> *Wir lassen uns von jedem helfen.* In: DIE WELT, 1. Februar 1960, S.3.

DEUTSCHLAND freut sich darüber, dass Kanzler Erhard „kalte Füße“<sup>923</sup> bekomme und Nasser ihn „abblitzen“<sup>924</sup> lasse. Auf dem daneben gedruckten Artikel wird wiederum die Kommunikation zwischen der DDR als Ägypten „auf Augenhöhe“ durch den Titel „DDR und Araberstaaten gute Freunde“<sup>925</sup> suggeriert. Damit erscheint Ostberlin in einer überlegenen Position. Nasser betont, der afrikanische Kontinent sei kein „Spielball“ der Supermächte, sondern könne und wolle die Blockbildung selbstbestimmt und rational zum eigenen Vorteil nutzen. Dies stellt er bei der Einrichtung des ostdeutschen Generalkonsulats unter Beweis: Nachdem Otto Grotewohl im Januar 1959 bei einem Besuch in Kairo die Zusage wechselseitiger Generalkonsulate aushandeln kann<sup>926</sup>, wird dem ostdeutschen Generalkonsul Bierbach schon im September desselben Jahres die Exequatur verliehen, allerdings mit der Bemerkung, dieser Schritt bedeute „weder eine *de jure* noch eine *de facto* –Anerkennung.“<sup>927</sup> Diese Vorgehensweise und vor allem die spitzfindige Formulierung beweist den ausgeklügelten Umgang Ägyptens mit den Nuancen der „Hallstein-Doktrin“, bei der der genaue Wortlaut entscheidend ist. NEUES DEUTSCHLAND geht auf diese Feinheiten nicht ein und titelt ohne weitere Erläuterungen befriedigt: „Exequatur für DDR-Generalkonsul in der VAR.“<sup>928</sup> Das „Umschiffen“ der Fallstricke der Doktrin wird in der offiziellen ostdeutschen Darstellung nicht erwähnt, um den eigenen Erfolg nicht zu schmälern, vielmehr zeige dieser Schritt, dass sich die globale Anerkennung der DDR „unaufhörlich“<sup>929</sup> durchsetze und der Alleinvertretungsanspruch „im Gerümpel“ lande. Interne Aktennotizen kritisieren diese Vorgehensweise sei ein „rechtlicher und tatsächlicher Anachronismus“<sup>930</sup>, der auf die „Intervention“ Bonns zurückgeführt wird. Allerdings wird auch davor gewarnt, nun gleich neue Forderungen zu stellen. Nassers Kalkül geht auf: Die Ereignisse rund um den Generalkonsul werden vom Auswärtigen Amt eher nachrangig behandelt und beide deutsche Staaten scheinen zufrieden: Kairo erhält in den Folgejahren sowohl aus Ost als auch aus West großzügige

<sup>923</sup> *Erhards kalte Füße*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 7. Februar 1960, S.7.

<sup>924</sup> *So ließ Nasser Bonn abblitzen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. Februar 1965, S.7.

<sup>925</sup> *DDR und Araberstaaten gute Freunde*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. Februar 1965, S.7.

<sup>926</sup> *Volle Übereinstimmung DDR – VAR in wichtigen internationalen Fragen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Januar 1959, S.1.

<sup>927</sup> Nasser verzögert die Einrichtung der 1955 beschlossenen Ostberliner Handelsmission um mehr als zwei Jahre. Die DDR richtet ein Generalkonsulat 1959 in Kairo und ein Konsulat in Damaskus ein.; Exequatur im Wortlaut in: *Schreiben Bierbachs vom 15. September 1959*. In: PA/MfAA A 12770.

<sup>928</sup> *Exequatur für DDR-Generalkonsul in der VAR*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. September 1959, S.1.

<sup>929</sup> *Hallsteins Doktrin landet im Gerümpel*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. September 1959, S.7.

<sup>930</sup> *Vermerk über die 2. Direktive für den Generalkonsul in der VAR vom 1. Oktober 1959*. In: PA/MfAA A 12770.

entwicklungspolitische Zuwendungen.<sup>931</sup> Ähnlich geschickt geht auch Ghanas Außenminister Adjei gegenüber der DDR vor. Dieser hatte argumentiert, dass es „drei Arten von Beziehungen gibt, ökonomische, konsularische und diplomatische“<sup>932</sup>, wovon die ostdeutsche Handelsvertretung bereits über die beiden ersteren verfüge: Seiner Ansicht nach sei es „auch gar nicht so wichtig, ob diplomatische Beziehungen bestehen“, da man als sozialistisches Land im Aufbau vielmehr auf „praktische ökonomische Beziehungen“ setze, wie der „Entsendung von Spezialisten“ oder dem „Aufbau von Industrieunternehmen.“ Damit fordert er explizit die DDR zu stärkerem entwicklungspolitischen Engagement auf. Der Entgegnung des ostdeutschen Vertreters, dass man „keineswegs die politische Seite außer Acht lassen“<sup>933</sup> dürfe, begegnet Adjei mit der geschickten Wendung, dass Ghana keine Hierarchisierung der drei Beziehungsformen vornehmen und diplomatische Beziehungen eher symbolischen Charakter hätten und keineswegs an die Spitze zu stellen seien. Adjeis Nachfolger Botsio gewährt den Mitarbeitern der ostdeutschen Handelsvertretung schließlich diplomatische Privilegien, wie beispielsweise Steuerfreiheit, betont aber ausdrücklich, dass dies „keinerlei Absicht der diplomatischen Anerkennung“<sup>934</sup> einschlieÙe. So berichtet man nach Ostberlin, in ghanaischen Regierungskreisen werde einem entgegengebracht, dass man doch bereits „recht gute Beziehungen habe“<sup>935</sup> und auch die Handelsvertretung habe „einen guten Stand und gute Arbeitsmöglichkeiten und auf den Namen der Vertretung komme es doch nicht an.“ So versucht man die DDR zu beschwichtigen. Auch Guineas Präsident Touré beweist, dass er die im Kontext der „Hallstein-Doktrin“ erforderlichen sprachlichen und diplomatischen Feinheiten meisterhaft beherrscht. So betont er anlässlich der Affäre um einen Botschafter Guineas in der DDR gegenüber dem westdeutschen Botschafter Schröder, da er die diplomatischen Beziehungen nicht autorisiert habe, könne er sie auch nicht dementieren.<sup>936</sup> Die terminologischen und bürokratischen „Spitzfindigkeiten“ werden aufgenommen und gegen die beiden deutschen Staaten, insbesondere die Bundesrepublik, eingesetzt. DER SPIEGEL bilanziert resigniert, „Schaukelpolitiker[n] dieses Formats“ sei man „hilflos ausgeliefert.“<sup>937</sup>

<sup>931</sup> Carstens spricht lediglich von einem „Gefühl des Unbehagens“ Vgl. *Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem ägyptischen Botschafter Sabri vom 30. Januar 1964*. In: AAPD 1964 Dok.32, S.160.

<sup>932</sup> *Aktenvermerk über ein Gespräch mit Außenminister Adjei vom 15. Mai 1962*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>933</sup> *Aktenvermerk über ein Gespräch mit Außenminister Adjei vom 15. Mai 1962*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>934</sup> *Brief Botsios an Winzger vom 10. Mai 1964*. In: PA/MfAA C 401/74.

<sup>935</sup> *Brief der Handelsvertretung in Ghana an das MfAA vom 16. September 1962*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>936</sup> AdG 1960, 8275 C.

<sup>937</sup> *Tränen im Waldorf-Astoria*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.25.

### 5.3.4 Die „Umkehrung“<sup>938</sup> der Doktrin

Besonders zeigt sich das „Ausgeliefertsein“ Bonns 1965, als es Nasser gelingt, eine Art umgekehrte „Hallstein-Doktrin“ gegen den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik zu formulieren. Dies ist auf den westdeutschen „Spagat“<sup>939</sup> im Nahen Osten zurückzuführen, weshalb DIE WELT Kairo auch als „Achillesferse der Hallstein-Doktrin“<sup>940</sup> bezeichnet. BOOZ spricht in diesem Kontext von einem „Gordische[n] Knoten.“<sup>941</sup> Das Luxemburger Abkommen regelt seit 1952 Entschädigungszahlungen an Israel in Höhe von 3,5 Milliarden DM. Gleichzeitig forschen seit 1951 westdeutsche Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie. Nach der Einrichtung wechselseitiger Missionen in Tel Aviv und Bonn droht Nasser bereits 1956 erstmals mit der Anerkennung der DDR.<sup>942</sup> Anlässlich der Zehnjahresfeier der ägyptischen Revolution im Juni 1962 kann Nasser Raketen mit einer Reichweite bis Israel präsentieren, worin Golda Meir vor der Knesset infolge der Beteiligung deutscher Experten Parallelen zum Holocaust zieht.<sup>943</sup> Auch die Israel-Reise Gerstenmaiers wird von arabischen Staaten mit „Misstrauen“<sup>944</sup> beobachtet. Bereits damals ist man davon überzeugt, dass Kairo die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv mit der Anerkennung der DDR beantworten werde. Besonders schwer lasten die westdeutschen Waffenlieferungen an Israel auf den Nahostbeziehungen. „Aktion Geschäftsfreund“ wird im März 1960 zwischen Ben Gurion, Adenauer und Strauß unter größter Geheimhaltung vereinbart, wobei ab 1964 auch schweres Geschütz darunter fällt.<sup>945</sup> Am 26. Oktober 1964 werden die Lieferungen in einem Umfang von 350 Millionen DM in der FRANKFURTER RUNDSCHAU publik. In der Bundesrepublik schlagen die Wellen hoch: Günther Grass fordert Kanzler Erhard in einem offenen Brief zum Rücktritt auf.<sup>946</sup> DIE WELT kritisiert das Geheimabkommen als demokratisch nicht legitimierte „Kabinettpolitik im Stil des 18. Jahrhunderts.“<sup>947</sup> NEUES

<sup>938</sup> BOOZ, 1995, S.86.

<sup>939</sup> EIBL, S.214 f.

<sup>940</sup> *Bonn – Kairo*. In: DIE WELT, 28. Januar 1965, S.1.

<sup>941</sup> BOOZ, 1995, S.95.

<sup>942</sup> *Politik der Koexistenz trägt Früchte*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Juli 1956, S.5.: BOOZ, 1998, S.35.

<sup>943</sup> „Die deutsche Regierung kann nicht untätig bleiben, wenn 18 Jahre nach dem Sturz des Hitler-Regimes, das Millionen von Juden vernichtete, wieder einmal Angehörige dieses Volkes für Handlungen verantwortlich sind, die der Zerstörung Israels dienen“ Vgl. 35, 135 und 333. In: DER SPIEGEL Nr.19/1963, S.56.

<sup>944</sup> *Fernschreiben aus Kairo vom 4. Dezember 1962*. In: PA/AA B12 Bd.1031.

<sup>945</sup> Es gilt der Grundsatz, keine deutschen Fabrikate zu liefern. Israel erhält u.a. 60 Flugzeuge, 450 LKW, Fallschirme, 2 U-Boote und 60 Panzer. Vgl. *Tränen im Waldorf-Astoria*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.27 ff.

<sup>946</sup> Bundestagspräsident Gerstenmaier zeigt sich ungerührt und verteidigt die Militärhilfe an Israel, für die Nasser selbst verantwortlich sei, da er die diplomatische Anerkennung verhindere. Vgl. *Gerstenmaier: Entschuldigung wegen Israel-Hilfe nicht nötig*. In: DIE WELT, 15. Februar 1965, S.2.

<sup>947</sup> *Nassers Salami*. In: DIE WELT, 17. Februar 1965, S.3.

DEUTSCHLAND titelt: „Blutsauger! Verräter der Araberstaaten!“<sup>948</sup> und Ulbricht fordert „im Namen des ganzen deutschen Volkes“<sup>949</sup> einen sofortigen Lieferungsstopp. Ostberlin hatte israelische Wiedergutmachungsforderungen mit Hinweis auf die Debellationstheorie zurückgewiesen.<sup>950</sup> Das Luxemburger „so genannte Wiedergutmachungsabkommen“ diene laut DDR-Geschichtsschreibung „der Stärkung der ökonomischen Potenzen für die antiarabische aggressive Politik Tel Avivs“<sup>951</sup> Mit der militärischen Unterstützung Israels entziehe sich die Bundesrepublik der wahren Wiedergutmachung, die in der Beseitigung der „Ursachen für die Verbrechen des Faschismus“<sup>952</sup> und der „Entmachtung“ der dafür verantwortlichen Personen liege.“ In den westdeutschen Medien wird regelmäßig kritisiert, dass sich die DDR jeglicher Verantwortung für den Holocaust entziehe.<sup>953</sup> So behauptet DIE WELT, Ulbricht torpediere „mit satanischer Bosheit“<sup>954</sup> die Versöhnung Bonns mit Tel Aviv. Als unmittelbare Reaktion auf die Veröffentlichung der Waffenlieferungen lädt Nasser Ulbricht nach Kairo ein. Er begründet diesen Schritt öffentlich damit, dass man ohnehin schon lange „freundschaftliche Beziehungen“ pflege und die DDR sich infolge seiner Israel-Politik als der „wahre Freund der Araber“<sup>955</sup> gezeigt habe. Gegenüber Ulbricht thematisiert Nasser später dagegen offen den funktionalen Charakter der Einladung: „Wir möchten in Israel und Westdeutschland Missverständnisse erzeugen, wir möchten Westdeutschland in eine Lage bringen, wo es aufhört, Israel Waffen zu liefern.“<sup>956</sup>

Am 27. Januar 1965 verkündet NEUES DEUTSCHLAND den bevorstehenden Besuch, allerdings ohne Hinweis auf die gegenwärtig schwelende Krise der Beziehungen zwischen Bonn und Kairo.<sup>957</sup> Die Einladung wird vielmehr mit dem eigenen Engagement und außenpolitischen Prestige begründet.<sup>958</sup> Eine Karikatur aus DIE WELT zeigt Nasser in selbstzufriedener Pose beim Kartenspiel „Schwarzer Peter“ mit Kanzler Erhard, der sich düpiert abwendet.

<sup>948</sup> Vgl. GG Art. 26.; *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pauls vom 25. Januar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.34, S.179; *Blutsauger! Verräter der Araberstaaten!* In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. Februar 1965, S.1.

<sup>949</sup> DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Berlin (O): 1985, S.96.

<sup>950</sup> Es sei schließlich die beste „Entschädigung“, dass sich auf dem Boden der DDR niemals der Nationalsozialismus wiederholen könne. Vgl. DREI JAHRZEHNTE AUßENPOLITIK DER DDR, 1979, S.677.

<sup>951</sup> GESCHICHTE DER AUßENPOLITIK DER DDR. Berlin (O): 1984, S.80.

<sup>952</sup> *Kommuniqué über die 16. Sitzung des Staatsrates der DDR am 12. März 1965*. In: DzD 1965, S.276.

<sup>953</sup> *Mende: Einladung Ulbrichts nach Kairo auf sowjetischen Druck*. In: DIE WELT, 8. Februar 1965, S.2.

<sup>954</sup> *Gerstenmaier: Entschuldigung wegen Israel-Hilfe nicht nötig*. In: DIE WELT, 15. Februar 1965, S.2.

<sup>955</sup> *Wer ist der wahre Freund der Araber?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 22. Februar 1965, S.4

<sup>956</sup> *Gesprächsprotokoll vom 28. Februar 1965 zwischen Nasser und Ulbricht*. Bei: BLASIUS, 1998, S.784.

<sup>957</sup> *Walter Ulbricht in die VAR eingeladen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Januar 1965, S.1.

<sup>958</sup> *Die DDR – ein Freund aller Araber* In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. Februar 1965, S.2.

Nasser bildet aus den Waffenlieferungen aus Israel und seiner Reaktion darauf, der Einladung an Ulbricht, ein Kartenpaar, das er nun gegen Erhard ausspielt. Selbst in dieser angespannten Lage tariert Nasser die Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten allerdings klug kalkulierend aus. So zeigen sich ägyptische Regierungskreise öffentlich betont „erstaunt und betrof-

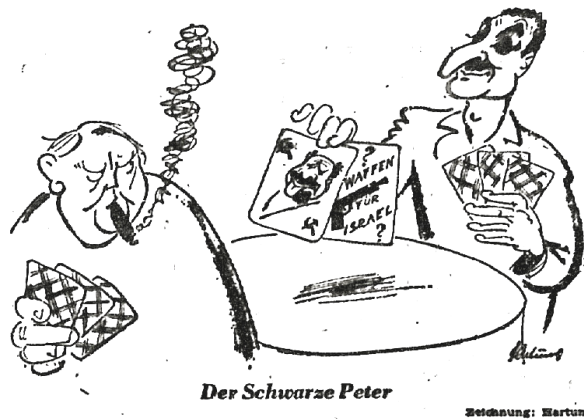


Abb.35: *Der Schwarze Peter*.  
Aus: DIE WELT, 10. Februar 1965, S.2

fen“<sup>959</sup> über die Aufregung in Bonn und unterstreichen, der geplante „Freundschaftsbesuch“ bedeute keine veränderte Haltung zur völkerrechtlichen Stellung der DDR. Man gibt sich über die Aufregung überrascht, da der Besuch Grotewohls einige Jahre zuvor auch ohne größere Proteste erfolgt sei.<sup>960</sup> So hatte man in Bonn damals von einer „merkwürdigen und unfreundlichen Situation“<sup>961</sup> gesprochen, allerdings nicht von einem „unfreundlichen Akt“, was Auswirkungen auf diplomatischer Ebene impliziert hätte. Außerdem wird darauf verwiesen, dass es sich um einen Kuraufenthalt Ulbrichts aus gesundheitlichen Gründen handle.<sup>962</sup> Nasser selbst stellt im SPIEGEL-Interview klar, dass die Einladung nicht die Anerkennung der DDR impliziere, denn er stehe „dem deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung mit großer Sympathie gegenüber.“ Gleichzeitig formuliert er gegenüber der Bundesregierung schwere Vorwürfe, die Araber fühlten sich „von Westdeutschland verraten“. Die Frage, ob die Waffenlieferungen an Israel der entscheidende Grund für die Einladung seien, beantwortet er entgegen der ostdeutschen Darstellung mit einem klaren „Ja.“<sup>963</sup> TETZLAFF charakterisiert die Einladung Ulbrichts als „Trotzreaktion.“<sup>964</sup> Dieser äußert kein Verständnis für die moralische Verpflichtung der Bundesrepublik gegenüber Israel, vielmehr sieht er eine solche

<sup>959</sup> *Erhard erörtert Besuch Ulbrichts in Kairo*. In: DIE WELT, 29. Januar 1965, S.1.

<sup>960</sup> DIE WELT erklärt diese Differenz in der Reaktion mit der politischen Bedeutung der beiden Politiker: Während Grotewohl rein „repräsentative Funktionen“ ausübe, stehe Ulbricht persönlich für die Spaltung Deutschlands. Vgl. *Nassers Salami*. In: DIE WELT, 17. Februar 1965, S.3.

<sup>961</sup> *Pressestelle des Auswärtigen Amtes vom 7. Januar 1959*. In: PA/AA B1 Bd.113.

<sup>962</sup> KILIAN, 2001, S.111.

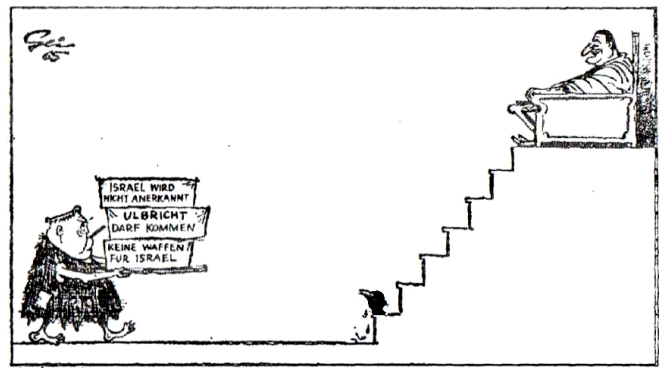
<sup>963</sup> *Tränen im Waldorf-Astoria*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.34.

<sup>964</sup> TETZLAFF, 1978 (B), S.29.



Verantwortung Bonns gegenüber den Arabern, die auch in Folge der deutschen Waffenlieferungen ihr Leben verlieren würden.<sup>965</sup>

Dies bedrohe Ägypten existenziell und sei deutlich schwerwiegender als das politische Verhältnis zwischen Kairo und Ostberlin für die Bundesrepublik.<sup>966</sup> Das Aus-



Canossa 1965

Westfälische Rundschau

Abb.36: *Canossa 1965*. Aus: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.36.

wärtige Amt bemüht sich daraufhin um einen „package deal“<sup>967</sup>, um den Besuch Ulbrichts und damit möglicherweise die zu implizierende Anerkennung zu verhindern. Eine westdeutsche Karikatur zeigt Erhard als Heinrich IV. im Büberhemd bei seinem „Gang nach Canossa.“<sup>968</sup> Auf dem sieben Stufen hohen Thron erwartet Nasser in der Rolle Papst Gregors VII. den Ausgleich für die Waffenlieferungen an Tel Aviv: Bonn soll eine diplomatische Anerkennung Israels ausschließen und Ulbrichts Besuch hinnehmen. Kairo fordert außerdem, die Waffenlieferungen sofort einzustellen, ansonsten werde man die diplomatischen Beziehungen zu Bonn abbrechen.<sup>968</sup> Weiterhin ist die Finanzierung einer atomar-betriebenen Meerwasserentsalzungsanlage durch Bonn im Wert von etwa 250 Millionen DM im Gespräch.<sup>969</sup> Botschafter Federer befürwortet außerdem eine Ausgleichszahlung über 500 Millionen DM sowie eine Einladung Nassers nach Bonn.<sup>970</sup> In einem Brief an Erhard spricht sich Außenminister Schröder ebenfalls für höhere „Entwicklungshilfe“ für die arabischen Staaten aus, die „einem Vergleich mit unserer Israel-Hilfe standhält.“<sup>971</sup> Nach Berechnungen des Auswärtigen Amtes müsste diese gemessen an Bevölkerung und Grad der Hilfsbedürftigkeit drei Mal höher sein als die Israel-Hilfe. Außerdem müsse man das bisherige entwicklungspolitische Engagements

<sup>965</sup> Man könne sich „doch nicht ewig [...] erpressen lassen“ sowie „Gewiß, die Juden haben unter Hitler gelitten, aber wir leiden unter den Juden. [...] 20 Jahre nach dem Krieg gibt es diese Verpflichtung nicht mehr.“ Vgl. *Tränen im Waldorf-Astoria*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.37.

<sup>966</sup> *Ägyptische Fassung des Gesprächs Nasser - Federer*. In: DIE WELT, 9. Februar 1965, S.4.

<sup>967</sup> *Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens vom 26. Januar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.38, S.194.; *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 27. Januar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.41, S.201.

<sup>968</sup> So die ägyptische Tageszeitung *Al Abram* am 8. Februar 1965. Vgl. *Botschaftsrat I. Klasse Müller, Kairo, an Staatssekretär Carstens vom 8. Februar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.61, S.275.

<sup>969</sup> Ministerialdirektor Jansen rät dazu, das Projekt gemeinsam mit Frankreich zu finanzieren, um eine Befremdung auf Seiten Israels zu vermeiden. Vgl. *Aufzeichnung des Ministerdirektors Jansen vom 13. November 1964*. In: AAPD 1964, Dok.332, S.1297; *Bundeskanzler Erhard an Bundestagspräsident Gerstenmaier vom 15. November 1964*. In: AAPD 1964 Dok.340, S.1335.

<sup>970</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 27. Januar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.40, S.199.

<sup>971</sup> *Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard vom 9. November 1964*. In: AAPD 1964 Dok.315, S.1247.

der DDR übertreffen.<sup>972</sup> Zwar erscheint in der Karikatur die Bundesrepublik überlegen, die Forschung geht aber davon aus, dass Heinrich IV. auf diesem Weg die Herrschaft seines Geschlechts, im Umkehrschluss Erhard den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch, auf geschickte Art und Weise sichern kann.<sup>973</sup> Bonn bemüht sich, die Waffenlieferungen an Israel durch eine finanzielle „Ablösung einer restlichen Verpflichtung ohne materielle Benachteiligung“<sup>974</sup> zu beenden, doch Israel pocht auf vorzeitige Vertragserfüllung.<sup>975</sup> Nach dem Scheitern diverser Vermittlungsversuche erklärt Nasser am 1. Februar gegenüber dem westdeutschen Botschafter Federer, der Besuch Ulbrichts stehe nicht mehr zur Disposition und droht nun doch bei einer Anerkennung Israels durch Bonn mit der Anerkennung der DDR.<sup>976</sup> Damit formuliert Nasser eine Art „umgekehrte Hallstein-Doktrin“ gegenüber der Bundesrepublik in Zusammenhang mit ihrem Agieren gegenüber Tel Aviv. BOOZ spricht in diesem Kontext von einer „Imitation“<sup>977</sup> der Doktrin. Botschafter Federer bezeichnet die Beziehungen Kairo zu Ostberlin entsprechend als „Hebel“<sup>978</sup> gegen Bonns Israelpolitik. Nasser scheint damit den Nerv seiner Bürger zu treffen. So berichtet Botschafter Weber bereits 1963, dass in der ägyptischen Öffentlichkeit die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel ebenso empfunden würden wie aus westdeutscher Sicht die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und der DDR.<sup>979</sup> Er glaubt außerdem, dass Kairo bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv, Pankow anerkennen und die diplomatischen Beziehungen zur BRD abbrechen werde.<sup>980</sup> Die ägyptische Zeitung *Al Gumbouria* freut sich diebisch: „Wer hätte gedacht, daß einmal der Tag kommen würde, an dem Kairo spricht und die westlichen Hauptstädte nicht nur zuhören, sondern vor Angst

---

<sup>972</sup> „Zur Durchsetzung unserer politischen Ziele in der VAR wird es erforderlich sein, mit unserer Entwicklungshilfe an die VAR über die Leistungen der SBZ hinauszugehen.“ Vgl. *Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.32, S.175 f.

<sup>973</sup> WEINFURTER, 2004, S.156.

<sup>974</sup> *Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vor dem Vierten Deutschen Bundestag vom 17. Februar 1965*. In: DzD 1965, S.206.; *Bonn will die Araber wieder betrügen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 13. Februar 1965, S.1.

<sup>975</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 15. Februar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.77, S.325.; BLASIUS, 1998, S.759.

<sup>976</sup> Botschafter Federer berichtet, der Besuch sei „eine völlig entschiedene Sache“ *Botschafter Federer, Kairo, an das Auswärtige Amt vom 1. Februar 1965*. In: AAPD 1965 Dok.48, S.229 f.; Die geplante Reise des Entwicklungshilfeministers Scheel nach Kairo wird abgesagt. Am 12. Februar verkündigt Erhard die flexible Anwendung der Hallstein-Doktrin. Vgl. *Aus der Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vor dem Verein der Auslandspresse in Bonn vom 12. Februar 1965*. In: DzD 1965, S.185 f.

<sup>977</sup> BOOZ, 1995, S.89.

<sup>978</sup> *Botschafter Federer, Kairo, an Staatssekretär Carstens vom 4. September 1964*. In: AAPD 1964 Dok.242, S.999.

<sup>979</sup> *Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt vom 20. Juni 1963*. In: AAPD 1963, Dok.198, S.642.

<sup>980</sup> *Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt am 11. Dezember 1962*. In: AAPD 1962 Dok.479, S.2052, Anm.2.

zittern?<sup>981</sup> Man habe Bonn und Washington eine „Lehre erteilt.“<sup>982</sup> In DIE WELT spuckt das Nassersche Kamel auf die von Uncle Sam und dem deutschen Michel angebotenen „Entwicklungshilfe“-Tüten, da es sich zwischenzeitlich mit östlicher Unterstützung quasi „eingedeckt“ hat. Die VAR knickt trotz Druck und „Verlockungen“ nicht ein und weigert sich den Besuch Ulbrichts abzusagen. Der westdeutsche



Abb.37: *Mit der neuen Decke spuckt es sich leichter!*

Aus: DIE WELT, 30. Dezember 1964, S.2.

Botschafter in Kairo erklärt dies mit der „arabischen Mentalität.“<sup>983</sup> Diese mache einen Rückzieher, wie er in Guinea oder Sansibar vollzogen worden ist, unmöglich. Die Bundesrepublik reagiert sanktionär und kündigt neben der Einstellung künftiger „Entwicklungshilfe“ und der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Israel auch die entwicklungspolitische Unterstützung für arabische Staaten an, die sich von Kairo distanzieren.<sup>984</sup> Dies entspricht im Übrigen nicht dem offiziellen Maßnahmenkatalog der „Hallstein-Doktrin“, was deren Flexibilität nochmals unterstreicht.<sup>985</sup>

Als Reaktion auf die diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv brechen zwischen dem 12. und dem 15. Mai 1965 neun arabische Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab.<sup>986</sup> Nasser, der zuvor angekündigt hatte, maximal ein Generalkonsulat in Tel Aviv hinzunehmen, titulierte die Bundesrepublik öffentlich als „unverschämtes Volk“<sup>987</sup> Das Kommuniqué der Außenminister der Arabischen Liga droht mit dem „Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen“ zu Bonn und spricht offen vom „Boycott“<sup>988</sup> westdeutscher Unternehmen, wozu es jedoch nicht kommt. Im Jemen und Irak ereignen sich Brandanschläge auf westdeutsche Botschaften.<sup>989</sup> Ulbricht drängt während des Besuch unter

<sup>981</sup> *Blick in die Weltpresse*. In: DIE WELT, 13. Februar 1965, S.4.

<sup>982</sup> *Blick in die Weltpresse*. In: DIE WELT, 13. Februar 1965, S.4.

<sup>983</sup> *Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt am 5. Juni 1963*. In: AAPD 1963 Dok.189, S.611.; JETZLSPERGER, 2001, S.364.

<sup>984</sup> *Runderlass des Staatssekretärs Carstens vom 19. Mai 1965*. In: AAPD 1965 Dok.203, S.812 f.

<sup>985</sup> BOOZ, 1995, S.85.

<sup>986</sup> Mit Ausnahme von Tunesien, Marokko, Libyen bricht die Arabische Liga die Beziehungen ab: VAR, Algerien, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien, Sudan. Vgl. *Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem tunesischen Botschafter Ben Ayed und dem marokkanischen Botschafter Boucetta am 14. Mai 1965*. In: AAPD 1965, Dok.207, S.834 f.; KILIAN, 2001, S.148.

<sup>987</sup> *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 9. März 1965*. In: AAPD 1965 Dok.119, Anm.4, S.483.

<sup>988</sup> *Kommuniqué des Rates der Außenminister der arabischen Staaten vom 15. März 1965*. In: DzD 1965, S.279 f.

<sup>989</sup> TROCHE, 1996, S.74.

Hinweis auf die Kompensation wegfallender westdeutscher „Entwicklungshilfe“ auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen, doch Kairo weicht aus: Der stellvertretende Ministerpräsident Fawzi versichert lediglich vage, „daß der Tag kommen werde, wo die VAR auch diesen letzten Schritt tun wird.“<sup>990</sup> Der Leiter der Israel-Mission Shinnar betont in diesem Kontext gegenüber Kanzler Erhard, er halte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Nasser und Ostberlin für sehr unwahrscheinlich, da Nasser „wegen einer Geste“<sup>991</sup> nicht die große entwicklungspolitische Förderung des Westens verlieren wolle und unterstellt Nasser damit eine rein taktische Drohkulisse. Gegenüber Nasser deutet Ulbricht das Generalkonsulats von 1959 als stillschweigende *de facto* Anerkennung, woraufhin Nasser nicht widerspricht.<sup>992</sup> Am ersten Tag des Ulbricht-Besuchs in Kairo frohlockt Minister Bolz: „Es wird Nacht um die Hallstein-Doktrin“<sup>993</sup> Die ostdeutsche Geschichtsschreibung behauptet, Nasser habe durch die Einladung „seine Haltung zur Existenz zweier deutscher Staaten klar dokumentiert“<sup>994</sup> Allerdings steht lediglich die Einrichtung des ägyptischen Generalkonsulats in der DDR fest.<sup>995</sup> Ein Gegenbesuch Nassers in Ostberlin wird vereinbart, allerdings ohne konkreten Termin. Auch die von Nasser angedrohte Anerkennung der DDR findet nicht statt, lediglich Ägypten, Jemen, Algerien, Irak und Syrien votieren dafür, ohne dass dem konkreten Schritte folgen. Rückblickend erklärt Nasser gegenüber NEUES DEUTSCHLAND die unterbliebene Anerkennung mit der Gefahr einer „Spaltung der Arabischen Liga“<sup>996</sup> und äußert sein Bedauern darüber. Kanzler Erhard glaubt optimistisch, dass die diplomatische Funkstille „nur eine Episode ist und daß in absehbarer Zeit wieder die alte bewährte Freundschaft“<sup>997</sup> bestehen wird. Doch die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen dauert im Durchschnitt über 6 Jahre.<sup>998</sup> Tatsächlich beschließt das Auswärtige Amt bereits ein

---

<sup>990</sup> *Gesprächsprotokoll vom 27. Februar 1965 zwischen Fawzi und Bolz*. Vgl. BLASIUS, 1998, S.796.

<sup>991</sup> *Gespräch des Bundeskanzlers Erhard, mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, vom 4. November 1964*. In: AAPD 1964, Dok.312, S.1238.

<sup>992</sup> „Unsere Einschätzung ist es, daß beim Besuch von Ministerpräsident Grotewohl durch die Vereinbarung der über die Errichtung des Generalkonsulats der DDR in der VAR die *de facto*-Anerkennung erfolgt ist.“ *Gesprächsprotokoll Nasser – Ulbricht am 25.2.1965*. Vgl. BLASIUS, 1998, S.781.

<sup>993</sup> *Rundfunk- und Fernsehinterview mit dem Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, über den Verlauf und die Ereignisse des Staatsbesuchs in der VAR. Gewährt dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunk-Komitees, Prof. Gerhard Eisler am 7. März 1965*. In: DA DDR 1965, S.888.

<sup>994</sup> GESCHICHTE DER AUßENPOLITIK DER DDR. Berlin (O): 1984, S.214.

<sup>995</sup> *Gesprächsprotokoll Nasser – Ulbricht am 28. Februar 1965*. In: BLASIUS, 1998, S.798.

<sup>996</sup> *Konsequente Politik am Nil*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. Mai 1967, S.7.

<sup>997</sup> *Aus dem Interview des Bundeskanzlers Erhard für die Fernsehsendung „Meet the Press“ der „National Broadcasting Company“ vom 6. Juni 1965*. In: DzD 1965, S.634.

<sup>998</sup> Jordanien stellt als einziges Land der Arabischen vor 1970 die diplomatischen Beziehungen wieder her. Ägypten schickt erst am 8.6.1972 wieder einen Botschafter nach Bonn. Vgl. HEIN, 2006, S.96.

Jahr später eine langsame wirtschaftliche Wiederannäherung an Ägypten.<sup>999</sup> Augstein spottet bereits 1965, Ägypten werde schnell wieder „Entwicklungshilfe“ erhalten, „weil Nasser immer weiter drohen kann, Ulbricht, den er *de facto* längst anerkannt hat, auch *de jure* anzuerkennen.“<sup>1000</sup>

### 5.3.5 Zusammenfassung

Die Erwartung, wonach die Entwicklungsländer die deutsch-deutsche Sondersituation als Ärgernis begreifen, da diese eine Einmischung in innere Angelegenheiten impliziert, bestätigt sich nur teilweise. Diese Ablehnung lässt sich auf den formelhaften Vorwurf reduzieren, dass man in Afrika ganz andere und im Vergleich zur deutschen Teilung deutlich gewichtigere Probleme zu bewältigen habe und dadurch unzulässig eingeschränkt und belastet würde. Bemerkenswerterweise wird diese Kritik ausschließlich gegenüber der Bundesrepublik vorgebracht, die die Entwicklungsländer infolge ihres Alleinvertretungsanspruchs in einen beständigen Rechtfertigungszwang versetzt und der in diesem Kontext sogar Einmischung in innere Angelegenheiten vorgeworfen wird. Bonn versteht wiederum die Aufwertung der DDR als Einmischung in innerdeutsche Belange.<sup>1001</sup> Da die DDR keinen umgekehrten Alleinvertretungsanspruch vertritt, entsteht das Bild eines die Nachkriegsrealitäten anerkennenden und lediglich an gleichwertigen Beziehungen interessierten jungen Nationalstaats, der sich im globalen Beziehungsnetz erst etablieren muss: In dieser Hinsicht können Gemeinsamkeiten zwischen der DDR und den gerade unabhängig gewordenen afrikanischen Nationalstaaten konstruiert werden, wovon Ostberlin zu profitieren versucht. Außerdem ist festzustellen, dass es nach westdeutscher Darstellung um das Wissen um die deutsche Teilung und des Alleinvertretungsanspruchs Bonns weder bei den Bürgern noch der politischen Elite nicht allzu gut bestellt scheint. Dies demonstrieren zahlreiche Berichte über Unsicherheiten, Verwechslungen und Pannen, was in einem diametralen Gegensatz zur offiziellen ostdeutschen Darstellungsweise steht, die betont, wie bekannt nicht nur die DDR, sondern insbesondere der Unterschied zur Bundesrepublik auf dem afrikanischen Kontinent sei. Dies entspricht dem existenziell anmutenden Bedürfnis Ostberlins, die eigene weltpolitische Signifikanz nach innen zu demonstrieren, wobei sich in den Akten dagegen oft ein anderes Bild zeigt.

---

<sup>999</sup> *Aufzeichnung des Legationsrat I. Klasse Gebloff vom 12. August 1966.* In: AAPD 1966 Dok.257, S.1067 f.

<sup>1000</sup> *Tränen im Waldorf-Astoria.* In DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.20.

<sup>1001</sup> *Entwurf einer Presseerklärung für das Ausland vom Februar 1965.* In: PA/AA B34 Bd.606.

Die deutsche Teilung und der westdeutsche Alleinvertretungsanspruch bringen die Entwicklungsländer, insbesondere kurz nach der staatlichen Unabhängigkeit in eine starke Verhandlungsposition. Gegenüber Bonn wird implizit oder explizit gedroht, sich bei nicht zufriedenstellender entwicklungspolitischer Unterstützung dem Osten zuzuwenden, während man Ostberlin politische Aufwertungen bei etwaiger Förderung in Aussicht stellt. In der Kommunikation mit den Repräsentanten der Bundesrepublik fallen die unklaren und offenen Aussagen bezüglich der weiteren Beziehungen zum Osten auf, mit denen eine Art implizite Drohkulisse aufgebaut wird, um die Fort- und Weiterführung der entwicklungspolitischen Unterstützung Bonns sicherzustellen. Die westdeutschen Medien monieren, auch in karikierender Form, dass die beiden deutschen Staaten gezielt gegeneinander ausgespielt und dabei in hochmütiger Weise überzogene Forderungen im Tausch gegen deutschlandpolitisches Wohlverhalten angeboten würden. In der ostdeutschen Darstellung tauchen keine korrespondierenden Klagen über ein taktierendes Kalküls oder herablassendes Auftretens auf, generell fällt die idealisierende Darstellung Afrikas in der ostdeutschen Berichterstattung auf, wonach entweder keinerlei Unsicherheiten oder Missstimmungen gegenüber der DDR existierten oder auf das manipulative Auftreten des Westens zurückzuführen seien. HOLZWEISSIG konstatiert in diesem Kontext die Tendenz zur „Realitätsverdrängung“<sup>1002</sup> durch „Desinformation statt Informationsvermittlung“, deren Wirksamkeit gegenüber der eigenen Bevölkerung maßlos überschätzt worden sei.

Einige afrikanische Staaten betreiben eine Verzögerungstaktik gegenüber Ostberlin, bei der Zusagen, beispielsweise zur Einrichtung oder Aufwertung von Institutionen, nur schleppend oder gar nicht verwirklicht werden, was in der medialen Darstellung des Ostens jedoch nicht thematisiert wird. Dort gibt man sich vielmehr mit vielfach wiederholten Verbalbeteuerungen zufrieden und betont das Verständnis für die schwierige Lage der „Neutralen“. Die absurdesten Auswüchse sind die Krankenhaus- und Kuraufenthalten des ghanaischen Politikers Botsio, der sich mit Familie sowohl in Ost- als auch Westdeutschland behandeln und hofieren lässt.<sup>1003</sup> Akten des MfAA zeigen, dass dieser „fast täglich“<sup>1004</sup> bei der örtlichen Handelsvertretung vorsprechen lässt und dass man befürchtet, dass sich eine negative Entscheidung „unangenehm“ auswirken könne. Der „Meister“ des Taktierens ist Ägyptens Präsident

---

<sup>1002</sup> HOLZWEISSIG, 2002, S.3 ff. sowie S.101.

<sup>1003</sup> Das Auswärtige Amt empfiehlt, die Kosten in Höhe von 5000 DM zu übernehmen, wenn Botsio danach eine Informationsreise durch die Bundesrepublik unternimmt. Vgl. *Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes vom 12. August 1965*. In: PA/AA B34 Bd.573.

<sup>1004</sup> *Schreiben der Handelsvertretung in Ghana an das MfAA vom 28. Juli 1964*. In: PA/MfAA A 15867.

Nasser, der es versteht, die verbalen und diplomatischen Feinheiten der „Hallstein-Doktrin“ geschickt im nationalen Interesse auszunutzen und so jahrelang entwicklungspolitisch maximal von der Konkurrenz der beiden deutschen Staaten profitieren kann. Im Zuge der öffentlich werdenden Waffenlieferungen nach Israel formuliert und verwirklicht er gegenüber Bonn sogar eine umgekehrte „Hallstein-Doktrin“ mit der Drohung bei der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Tel Aviv die Beziehungen zu Bonn abzurechen. Die gleichzeitig transportierte Drohung, auch Ostberlin anzuerkennen, verwirklicht Nasser jedoch nicht: Selbst in dieser günstigen Lage gelingt es der DDR nicht, sich vollständig diplomatisch durchzusetzen. Man kann mit den Worten von Tansanias Präsident Nyerere die Situation der afrikanischen Staaten treffend beschreiben, die nicht die „Schiedsrichter“, sondern die „Nutznießer“<sup>1005</sup> im deutsch-deutschen Systemkonflikt sind.

---

<sup>1005</sup> zitiert nach: SCHNEPPEN, 1999, S.419.

## 6. DEUTSCHE SELBST- UND FREMDBILDER IM ENTWICKLUNGSDISKURS

### ZWISCHEN SELBSTSICHERHEIT UND PROSPERITÄTSÄNGSTEN

Die doppelte Staatsgründung und die darauf folgende Konsolidierung der beiden deutschen Staaten, die auch als „temporäre Verlustgeschichte“<sup>1</sup> charakterisiert wird, wirft die Frage nach der Entwicklung der jeweiligen Selbst- und Fremdbilder auf. BECKENBACH konstatiert für die sechziger Jahre die allmähliche Herausbildung differierender Identitäten, welche in der DDR eine stark „arbeiterschaftliche“<sup>2</sup> Prägung besessen habe, wohingegen er die Bundesrepublik als „differenzierte Moderne“ beschreibt. Ähnlich hält SABROW die Existenz einer spezifischen „DDR-Identität“ für „zweifellos“<sup>3</sup>, während WOLLE betont, diese sei erst in einer Art nostalgischen Retrospektive entstanden, nachdem die DDR bereits „gestorben war.“<sup>4</sup> Auch wenn die Tragfähigkeit oder gar Existenz dieser nationalen Sonderidentitätskonzepte insbesondere für die DDR nicht unumstritten ist<sup>5</sup>, soll im Folgenden untersucht werden, ob sich gleichermaßen konstituierende wie differierende Selbst- und Fremdbilder beider deutscher Staaten als Akteure gegenüber den Entwicklungsländern feststellen lassen. Dabei wird zunächst deren generelle behauptete Signifikanz für ebendiese Staaten (Kap.6.1) herausgearbeitet, bevor auf historisch (Kap. 6.2), ökonomisch (Kap.6.3) und gesellschaftlich geprägte Bezüge eingegangen wird. Insbesondere die Geschichtsbilder sind bereits als „Waffe“<sup>6</sup> und Mittel der „Legitimationsbeschaffung“ im innerdeutschen Konflikt nachgewiesen worden. Diese haben demnach nicht nur eine nach innen affirmativ wirkende „Binnenfunktion“<sup>7</sup>, sondern auch eine daraus resultierende „Außenfunktion“ als Geberländer. Als Quellengrundlage dienen hierbei primär Reden, Interviews und Debattenbeiträge sowie die Medienberichterstattung, da diese die öffentlichkeitswirksame Selbst- und Fremddarstellung erst ermöglichen. Eine Rekonstruktion des Selbstverständnisses aus den Aktenbeständen der Außenministerien und Auslandsvertretungen ist nur in begrenztem Umfang

---

<sup>1</sup> WOLFRUM, 2007, S.13.

<sup>2</sup> BECKENBACH, 2008 (B), S.129.

<sup>3</sup> SABROW, 2004, S.172.

<sup>4</sup> WOLLE, 2001, S.85.

<sup>5</sup> So argumentiert beispielsweise SCHROEDER, dass sich dort „keine eigenständige (nationale) Identität“ herausbilden kann. Vgl. SCHROEDER, 2001, S.120. GAUMANN dagegen behauptet, „dass die Existenz einer ostdeutschen Sonderidentität unbestreitbar“ sei. Vgl. GAUMANN, 2001, S.764.

<sup>6</sup> WOLFRUM, 2002, S.71.

<sup>7</sup> WOLFRUM, 1999, S.33.



möglich, da sich diese primär mit der Abwicklung konkreter Projekte oder dem Auf- und Ausbau von Kontakten befassen und dort kaum Debatten, beispielsweise über die historisch bedingten Vorzüge oder Belastungen, nachweisbar sind. Lassen sich implizite Bezüge oder beiläufige Annahmen nachweisen, werden diese angeführt und mit der öffentlichen Darstellung kontrastiert. Das „Selbstverständnis“<sup>8</sup> einer Nation, insbesondere einer pluralistischen Gesellschaft, ist allerdings nur schwer rekonstruierbar und infolgedessen werden paradigmatische Narrative, die den Entwicklungsdiskurs beider deutscher Staaten dominieren, aufzeigt. Als „Wechselspiel der Eigenwahrnehmung“<sup>9</sup> soll dabei auch dessen jeweilige Beurteilung durch Politiker und Medien des „anderen Deutschlands“ berücksichtigt werden. Dabei wird in Anlehnung an BECKENBACH die Annahme vertreten, dass das Selbstverständnis beider deutscher Staaten als Akteure gegenüber den Entwicklungsländern relativ unterschiedliche Züge trägt, während bei den jeweiligen Fremdzuschreibungen im Zuge des Abgrenzungskurses größere Konvergenzen zu erwarten sind. Allerdings muss kritisch angemerkt werden, dass insbesondere für die Bundesrepublik nicht von intendierten Selbstbildern ausgegangen werden kann, sondern dass diese Imaginationen aus den vorliegenden Quellen abstrahiert und interpretiert werden.

## 6.1 DIE GENERELLE SIGNIFIKANZ FÜR DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER

Sowohl ost- als auch westdeutsche Medien vermitteln ihrer Leserschaft den Eindruck, der eigene Staat sei von überragender Bedeutung für die Entwicklungsländer: So proklamiert DIE WELT, Bonn sei im so genannten „Spiel um den schwarzen Kontinent“<sup>10</sup> sogar „der wichtigste Staat des Westens“, da England und Frankreich nicht nur durch ihre koloniale Vergangenheit, sondern auch durch die Suezkrise bzw. den Algerienkrieg diskreditiert seien und die USA „in ihrem Auftreten häufig eine sehr unglückliche Hand“<sup>11</sup> hätten. Gerne transportiert NEUES DEUTSCHLAND Zitate afrikanischer Repräsentanten, wonach „die Geburt der DDR [...] von besonderer Bedeutung für die afrikanischen Völker“<sup>12</sup> sei. In Akten des ostdeutschen Außenministeriums wird außerdem behauptet, die „führende Rolle Ghanas in

---

<sup>8</sup> SCHWARZ, 2002, S.27.

<sup>9</sup> PAULMANN, 2004, S.67.

<sup>10</sup> *Planfieber in Afrika*. In: DIE WELT, 6. Oktober 1959, S.7.; *Kairo braucht Manager und Ersatzteile*. In: DIE WELT, 14. November 1961, S.5.

<sup>11</sup> *Bonn und Afrika*. In: DIE WELT, 8. Februar 1960, S.2.; TEEGESPRÄCHE II, 20. Mai 1958, S.279.

<sup>12</sup> *Bedeutungsvoll für Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. Mai 1962, S.7.

Afrika<sup>13</sup> bei einem Zurückweichen im Konflikt um den Ausbau der Beziehungen zu Ostberlin erheblichen Schaden nehmen würde, was von einem überbordenden Selbstbewusstsein der DDR zeugt. Der ghanaische Präsident Nkrumah wird in der ostdeutschen Presse mit einer Generalkritik an der „Hallstein-Doktrin“ zitiert: „Schluß endlich mit der Heuchelei! Jeder weiß doch, daß als Kriegsergebnis zwei deutsche Staaten entstanden sind!“<sup>14</sup> Doch nicht nur die Staatsführer, sondern auch die Bevölkerung sei wohl informiert. So weiß die Zeitung zu berichten, „daß man in Guinea fast in jedem abgelegenen Dorf weiß, daß es zwei deutsche Staaten gibt.“<sup>15</sup> Ein Regionalpolitiker habe sogar historische Expertise demonstriert, indem er gewusst habe, dass „Hitler [...] die Generale des Krieges nach Afrika“ gesandt habe, während die DDR „die Generale des Friedens, die FDJ“ schicke. Selbstbewusst wird über eine ostdeutsche Handelsvertretung in Ägypten, die in einem modernen Hochhaus „in der Scharia 'Al Horny 66“<sup>16</sup> residiert, berichtet, als handele es sich um die prestigeträchtige „Downing Street No.10.“ Generell sei die DDR „ein großer Magnet“<sup>17</sup> für die Entwicklungsländer und für diese von „großer moralischer, politischer, wirtschaftlicher und militärischer Bedeutung“<sup>18</sup>, da auch die ostdeutschen Afrikawissenschaften den „Befreiungskampf“<sup>19</sup> unterstützten. Dass die DDR innerlich wie „äußerlich“<sup>20</sup> immer mehr erstarke, sei überhaupt der Grund für den beständigen Hass der westdeutschen „Revanchepolitiker“, so der stellvertretende Außenminister Winzer. Dieses normative und glorifizierende Selbstkonzept steht im Zeichen der berühmten Stalin’schen Charakterisierung der ostdeutschen Staatsgründung als „Wendepunkt der Geschichte Europas.“<sup>21</sup> Entsprechend erscheint zeitweise beinahe wöchentlich ein längerer Beitrag, eine kürzere Meldung oder wenigstens ein Einzeiler, dessen Titel die Dankbarkeit der Entwicklungsländer gegenüber der DDR zum Ausdruck bringt: Dies können Meldungen über Dankeschreiben für ostdeutsche Telegramme anlässlich der Unabhängigkeit oder bestimmter Jahrestage sein oder auch die Wertschätzung für Verlautbarungen, Organisationsgründungen oder Projekte im Rahmen der ostdeutschen

<sup>13</sup> Schreiben der Handelsvertretung aus Accra vom 21. September 1963. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>14</sup> Die große Realität. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. September 1961, S.4.

<sup>15</sup> Eine Schule für Guinea. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>16</sup> DDR-Flagge in Alexandria. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Januar 1960, S.2.

<sup>17</sup> Die DDR ist ein großer Magnet für uns. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Oktober 1960, S.1.

<sup>18</sup> Das afrikanische Jahr. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>19</sup> Beitrag der DDR-Wissenschaft zum Befreiungskampf. In: NEUES DEUTSCHLAND, 12. November 1960, S.5.; Abkommen mit der DDR hilft Guinea. In: NEUES DEUTSCHLAND, 12. Dezember 1958, S.5.; Zusammenarbeit DDR - Mali von großer Bedeutung. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. September 1966, S.2.

<sup>20</sup> Rede des stellvertretenden Außenministers Winzer auf der 14. Tagung des ZK der SED am 25. November 1961. In: DzD 1961 II, S.983.

<sup>21</sup> SCHROEDER, 2001, S.109.; WETTIG, 2005, S.193.

Entwicklungspolitik.<sup>22</sup> Auch verweist der stellvertretende Ministerpräsident Leuschner gegenüber NEUES DEUTSCHLAND auf die zahlreichen Interviews und Pressekonferenzen, die aufgrund des großen Interesses an der DDR gegenüber den Vertretern der Entwicklungsländer gewährt werden müssten.<sup>23</sup> Dies soll offensichtlich bei der Leserschaft den Eindruck großer Bekanntheit und Bedeutsamkeit des eigenen Landes in den Entwicklungsländern erwecken. In dieser Konsequenz druckt NEUES DEUTSCHLAND im Mai 1960 eine vom Generalsekretär des afrikanischen Gewerkschaftsbunds in Ostberlin gehaltene Ansprache, die in idealtypischer Weise das Bild transportiert, wie die DDR von den Entwicklungsländern gesehen werden möchte: Dabei proklamiert Diallo Seydou, dass die „Begeisterung“<sup>24</sup> der ostdeutschen Bevölkerung und ihr „Glauben an den Sozialismus“ nicht nur für ihn deutlich zu verspüren sei, sondern auch zur Aufbauarbeit im Ausland beitrage:

„Der herrliche Anblick, der sich hier unseren Augen darbietet, dieser mächtige Vorbeimarsch der Werktätigen bestärkt uns und verpflichtet uns gebieterisch, in unserem Befreiungskampf nicht nachzulassen. Wir fühlen uns noch stärker, wir fühlen eure Hilfe, wir wissen, daß wir nicht mehr allein sind!“

Dass die DDR eigene Entwicklungsaufgaben habe, wird als nebensächlich abgetan („Gewiß bleibt noch vieles zu tun“) oder auf die extern angelegte Auseinandersetzung mit dem „Imperialismus“ reduziert. NEUES DEUTSCHLAND verweist in diesem Kontext lieber auf „Risse“ im westlichen Lager, wenn die Zeitung nach der Unabhängigkeit Ghanas einen handfesten Streit zwischen „Onkel Sam und John Bull“<sup>25</sup> feststellen will.

Auch die westdeutsche Presse suggeriert ein großes Interesse der Afrikaner an den Fragen des alltäglichen Lebens auf deutschem Boden und der Nationalgeschichte: So sollen sich nigerianische Schüler und Studenten intensiv darüber erkundigt haben, warum Bonn angesichts der hervorragenden Bildungs- und Wirtschaftslage überhaupt mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen habe und was die Farben „Schwarz-Rot-Gold“<sup>26</sup> bedeuteten. Dabei bemerkt DIE

---

<sup>22</sup> *Danketelegramme aus Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 11. Oktober 1960, S.7.; *Afrika dankt unserer Republik*. In: NEUES DEUTSCHLAND 24. Juli 1960, S.5.; So der Ministerpräsident der DRV, Pham van Dong: „Grüßen Sie die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik [...] Vermitteln Sie unseren Dank in jeden Betrieb, in jedes Dorf, in jedes Haus, in jede Schule. Aber grüßen Sie bitte auch die mutigen Menschen in Westdeutschland und Westberlin, die sich an unsere Seite stellen. Denn es gibt nichts Schöneres, als die Freundschaft des proletarischen Internationalismus, die der Deutsche Karl Marx die Welt lehrte. Das war das größte Geschenk, das je ein Mensch den Völkern geben konnte. In diesem Geist bleiben wir brüderlich verbunden.“ Vgl. *Auch unser Beitrag hilft siegen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1968, S.15.

<sup>23</sup> *Erfolg für die DDR - schwere Niederlage für Bonn*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Februar 1964, S.2.

<sup>24</sup> *Diallo Seydou*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 2. Mai 1960, S.1.

<sup>25</sup> *Onkel Sam und John Bull liegen im Streit*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. Februar 1957, S.5.

<sup>26</sup> *Und was bedeuten die Farben Schwarz-Rot-Gold?* In: DIE WELT, 7. Oktober 1963, S.16.

WELT erstaunt, dass teilweise sogar in Bezug auf den Mauerbau „eine aktive Auseinandersetzung und zum Teil recht solide Kenntnisse“<sup>27</sup> vorzufinden seien: Dies sei aber eher die Ausnahme: Im Gegensatz zur ostdeutschen Darstellung, wonach die Existenz zweier deutscher Staaten „in fast jedem abgelegenen Dorf“ bekannt sei, dominiert im westdeutschen Diskurs das Narrativ, wonach man in Afrika über die Details des „Deutschland-Problems“<sup>28</sup> auf Regierungsebene recht wenig und in der Bevölkerung beinahe gar nichts wisse. Felix von Eckhardt, seit 1958 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und enger Vertrauter Adenauers, vergleicht die Unwissenheit der Afrikaner um die deutsche Sondersituation mit der der amerikanischen Bevölkerungsmehrheit, die teilweise annehme, dass der Rhein an die „Zone“<sup>29</sup> grenze. SCHNEPPEN zitiert in diesem Kontext Guineas Präsident Nyerere: „Wer weiß hier etwas von Hallstein-Doktrin? Auf Sansibar wusste kein Mensch davon.“<sup>30</sup> Dies versuche das ostdeutsche Regime durch die Streuung von „Falschinformationen“ mit Hilfe entsprechender Broschüren, Interviews oder Büchersendungen gezielt auszunutzen: Allerdings dürfe es der westdeutschen Bevölkerung nicht „gleichgültig sein, ob die Jugend in Guinea aus ihren Schulbüchern ein im kommunistischen Sinne vorgefabriziertes Bild unserer deutschen Situation erhält.“<sup>31</sup> Der „Kampf um die Köpfe“ beginne also schon in den afrikanischen Klassenzimmern. Die westdeutsche Öffentlichkeit scheint stark darum besorgt, „wie die Entwicklungsländer uns sehen“<sup>32</sup> und DIE WELT kündigt in diesem Kontext sogar eine „geistige Offensive“<sup>33</sup> an, um im Ausland über die „wirklichen Verhältnisse“ in der DDR und deren Propagandamaschinerie aufzuklären. Nicht nur in der Kinder- und Jugendbildung, auch die Erwachsenen sollen durch entsprechende Informationsmaterialien über die westdeutsche Haltung in Bezug auf die deutsche Teilung unterrichtet werden: Entsprechend begrüßt DIE WELT eine vom Kairoer Informationsamt verlegte Broschüre, in der die Nichtanerkennungspolitik für die ägyptische Bevölkerung verständlich gemacht werden sollte, indem sie das schwierige Verhältnis der arabischen Staaten und Israel zum Vergleich heranzieht.<sup>34</sup> Auch

<sup>27</sup> *Und was bedeuten die Farben Schwarz-Rot-Gold?* In: DIE WELT, 7. Oktober 1963, S.16.

<sup>28</sup> *Deutsche Politik in Afrika.* In: DIE WELT, 3. März 1965, S.1.; Togos Ministerpräsident empfehle den Berlinern „hart zu bleiben und nicht nachzugeben und hofft, daß die Westmächte die Berliner niemals im Stich lassen werden.“ Vgl. *Afrikaner – selbstsicher in der UNO.* In: DIE WELT, 12. Oktober 1960, S.5.

<sup>29</sup> „Die wissen das einfach nicht, wie es in Wirklichkeit ist.“ Vgl. TEEGESPRÄCHE III, 19. Juni 1960, S.291.

<sup>30</sup> zitiert nach: SCHNEPPEN, 1999, S.417.

<sup>31</sup> *Die Reise nach Afrika.* In: DIE WELT, 23. Januar 1962, S.2.

<sup>32</sup> *Wie die Entwicklungsländer uns sehen.* In: DIE WELT, 26. Juli 1961, S.5. [Leserbrief]

<sup>33</sup> Unmittelbarer Anlass waren die Ankündigungen Moskaus einen Separatfriedensvertrag mit der DDR zu schließen. Vgl. *Bonn plant geistige Offensive.* In: DIE WELT, 23. Juni 1961, S.1.

<sup>34</sup> Dazu ist im übrigen zu bemerken, dass der Verfasser zuvor zwei längere Reisen in die Bundesrepublik und die DDR unternommen hatte. Vgl. *„Die deutsche Frage – ein Vulkan.“* In: DIE WELT, 5. Mai 1960, S.3.

hysterisch wirkende Titel in DIE WELT, wie „Wie sieht das Ausland die Bundesrepublik?“<sup>35</sup>, vermitteln diesen Eindruck. Die Auslandsvertretungen erstatten zum Teil in alarmistischen oder befriedigtem Ton Bericht darüber, wie „das andere Deutschland“ in Afrika betrachtet wird.<sup>36</sup>

In der Bundesrepublik begreift man sich zwar als einer der wichtigsten entwicklungspolitischen Geberländer, in Bezug auf das Auftreten gegenüber den Entwicklungsländer wird allerdings „Bescheidenheit“<sup>37</sup> angemahnt: „Übertriebene Aufwendigkeit und Repräsentation“ auf dem internationalen Parkett werden als unschicklich abgelehnt. Auch wenn im Zuge politischer Krisen gelegentlich auf die nach wie vor bestehende diplomatische Dominanz der Bundesrepublik verwiesen wird, zählt DIE WELT den eigenen Staat explizit nicht zu den „Großen“: Man sei vielmehr „Groß unter den Kleinen.“<sup>38</sup> Adenauer warnt in diesem Kontext mit Hilfe historischer Reminiszenzen an die „deutsche Großmannssucht“ davor, im Ausland könne bei einem zu starken auswärtigen Engagement der Eindruck entstehen, „daß die Deutschen hier wieder etwas vorbereiten sollten.“<sup>39</sup> OBERREUTER diagnostiziert bei seiner Untersuchung der Gründungsmythen beider deutscher Staaten einen „nüchterne[n] Pragmatismus“<sup>40</sup> auf Seiten der Bundesrepublik, was sich auch in der Entwicklungspolitik wiederzufinden scheint. Ähnlich schätzt PAULMANN die Bescheidenheit in Abgrenzung vom berüchtigten Kulturimperialismus des späten 19. und beginnenden 20. Jahrhundert als entscheidende Konstituente des neuen westdeutschen Selbstverständnisses ein.<sup>41</sup> Stolz klingende Bewertungen finden sich allemal in internen und als „geheim“ deklarierten Akten des Auswärtigen Amts, die dabei allerdings nüchtern und numerisch argumentieren.<sup>42</sup>

Einigen Repräsentanten in den Entwicklungsländern, allen voran den arabischen Staaten, erscheint die westdeutsche Zurückhaltung offenbar unpassend. So zitiert DIE WELT einen Ägypter, der Bonn mit markigen Worten vorwarf: „Ihr müßtet brüllen wie Löwen, doch ihr

<sup>35</sup> *Wie sieht das Ausland die Bundesrepublik?* In: DIE WELT, 9. September 1961, S.3.

<sup>36</sup> Exemplarisch: *Schreiben der Botschaft in Conakry vom 10. Januar 1964*. In: PA/AA B34 Bd.494.

<sup>37</sup> *Auf der Suche nach Tradition*. In: DIE WELT, 16. April 1962, S.2.; *Gefahr im freien Afrika*. In: DIE WELT, 27. Januar 1964, S.3.

<sup>38</sup> So verweist die Regierung im März 1965 auf die diplomatischen Beziehungen zu 97 Staaten, die ihrerseits keine Beziehungen zur DDR pflegten. Vgl. *Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, zur Lage im Nahen Osten am 7. März 1965*. In: DzD 1965, S.263.; *Groß unter den Kleinen*. In: DIE WELT, 12. Juni 1963.

<sup>39</sup> TEEGESPRÄCHE II, 4. Juni 1960, S.275.

<sup>40</sup> OBERREUTER, 2002, S.126.

<sup>41</sup> PAULMANN, 2005, S.1.

<sup>42</sup> „Die Zone unterhält heute mit 13 kommunistischen Staaten diplomatische Beziehungen, wir dagegen mit fast 100 Staaten [...]“. Vgl. *Aufzeichnung des Referats II 1 vom 29. Juli 1963*. In: AAPD 1963, Dok.251 vom 29. Juni 1963, S.831 f.

piepst wie Mäuse.“<sup>43</sup> Bei Adenauers TEEGESPRÄCHEN äußert einer der geladenen Journalisten kritisch: „Die Sowjetunion hilft viel weniger, aber sie macht alles groß bekannt.“<sup>44</sup> Auch Adenauer selbst verweist darauf, dass die USA allein im Jahr 1960 mehr „Entwicklungshilfe“ vergeben habe, als Chruschtschow in den vergangenen Jahren überhaupt versprochen habe, was allerdings „zu wenig [bekannt]gemacht“<sup>45</sup> würde. Dieses Missverhältnis zwischen tatsächlicher Leistung und öffentlicher Kommunikation erscheint so unverständlich, dass Staatssekretär Felix von Eckardt vorschlägt einen „Promillesatz“<sup>46</sup> der „Entwicklungshilfe“ für deren Bekanntmachung einzusetzen.

Auch wenn sich beide deutsche Staaten gleichermaßen von der grundsätzlichen Bedeutsamkeit ihres Staates und der von ihm erbrachten „Entwicklungshilfe“ überzeugt geben, bildet die betonte Zurückhaltung Westdeutschlands einen deutlichen Gegensatz zur beinahe selbstherrlich anmutenden Eigendarstellung der DDR.

## 6.2 DIE HISTORISCHEN BEZÜGE

### 6.2.1 Die Parallelen zwischen 1917 und 1960

Die behaupteten Sympathien der Entwicklungsländer für die DDR erklären sich nach ostdeutscher Darstellung nicht zuletzt daraus, dass der „Siegzug des Sozialismus“ unter der Führung Moskaus die Entkolonialisierung maßgeblich ermöglicht und den Weg einer „siegreiche[n] Entwicklung“<sup>47</sup> vorgezeichnet habe: So werden immer wieder Kontinuitäten zwischen 1917 und 1960 konstruiert. Der Zerfall des Kolonialsystems erscheint als ursprünglich „ausgelöst durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution“<sup>48</sup>, wobei die „Stunde Null“ 1945 ähnlich bewertet wird: So druckt NEUES DEUTSCHLAND Auszüge aus einer Rede des algerischen Politikers Bachir Hadj Ali, der behauptet, der „Nationale Befreiungskampf“ sei nicht „ohne den Sieg der Sowjetunion über den Faschismus möglich gewesen.“<sup>49</sup> Die Sow-

<sup>43</sup> „Ihr müßtet brüllen wie Löwen, doch ihr piepst wie Mäuse.“ In: DIE WELT, 10. März 1962, S.5.

<sup>44</sup> TEEGESPRÄCHE III, 19. Juli 1960, S.290.

<sup>45</sup> TEEGESPRÄCHE III, 19. Juli 1960, S.291.

<sup>46</sup> TEEGESPRÄCHE III, 19. Juli 1960, S.291.

<sup>47</sup> SPRÖTE/HAHN, 1965, S.5.; Es gibt keinen Zweifel, daß die Weltkarte heute noch ein ganz anderes Gesicht hätte, gäbe es nicht die sozialistische Welt, gäbe es nicht die Sowjetunion, die wieder und wieder als Hüter der Freiheit aufgetreten ist und den jungen Nationalstaaten mit Rat und Tat zur Seite steht.“ Vgl. *Drei Kontinente beraten Kampf gegen den Imperialismus*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Januar 1966, S.7

<sup>48</sup> USCHNER / WEIDEMANN, 1970, S.544.

<sup>49</sup> *Die sozialistische Weltrevolution und der Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die nationale und soziale Befreiung*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 29. September 1964, S.5.

jetunion erscheint damit als antikolonialistische Vorkämpferin, was Chruschtschow bei seinem legendärem Auftritt vor den Vereinten Nationen im Oktober 1960 inszeniert, als er, angeblich mit seinem Schuh bewaffnet, die Unabhängigkeit aller noch existierenden Kolonien fordert. Er proklamiert außerdem, dass sich die Entwicklungsländer allein durch die Existenz der Sowjetunion in einer sehr viel günstigeren Lage befänden als Moskau selbst vor rund vierzig Jahren.<sup>50</sup> Die DDR tritt als Unterstützerin dieser Initiative auf und betrachtet das eigene Engagement als Beitrag zum globalen „Triumphzug des Sozialismus.“<sup>51</sup> Auch wird das Scheitern des Botschafteraustauschs mit Guinea geschichtsdeterministisch erklärt, dass die „sozialistische Einheitsfront“ Afrikas erst im Bestehen begriffen und Rückschläge auf die bestehenden „antiimperialistischen Kräfte“ in diesen Ländern zurückzuführen seien. Entsprechend wird die Zurückhaltung Tourés „unter Berücksichtigung der internationalen Lage“<sup>52</sup> sogar als „richtig“ bezeichnet und der ostdeutsche Misserfolg in dieser Frage zum Beweis für das sozialistische Geschichtsbild umgedeutet.

Seit Ulbrichts prestigeträchtiger Rede vor dem diplomatischen Korps erfährt außerdem das Narrativ der DDR als „Vorposten“ des sozialistischen Lagers, nicht nur in Europa, sondern auch in den Entwicklungsländern, eine Art Institutionalisierung und taucht regelmäßig im entwicklungspolitischen Diskurs auf.<sup>53</sup> In diesem Kontext charakterisiert sich die DDR als politischer wie ökonomischer „Globalplayer“ und verweist mangels diplomatischer Kontakte auf die mit Entwicklungsländern geschlossenen Abkommen<sup>54</sup> sowie die diversen Besuchskontakte, die als Beweise für die wachsende internationale Autorität angeführt werden. In einem Rundfunkinterview betont Ulbricht, er persönlich könne in den Entwicklungsländern leicht Sympathien gewinnen, da er schließlich seit fast einem halben Jahrhundert im „Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus“<sup>55</sup> aktiv sei. Bonns Außenminister Schröder nimmt diese Formulierung auf, betont jedoch, da die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung das

<sup>50</sup> *Hilfe und „Hilfe.“* In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Februar 1960, S.7.

<sup>51</sup> So bewertet Bolz den Kairobesuch und die dabei getroffenen Vereinbarungen nicht als punktuellen Erfolg, sondern als „Ergebnis und Element“ eines „sich zu unseren Gunsten vollziehenden historischen Prozesses. Vgl. *Aus der Rede des Ministers Bolz in Ost-Berlin am 24. März 1965.* In: DzD 1965, S.324.

<sup>52</sup> *Schreiben Büttners an die Botschaft der DDR in China vom 16. August 1960.* In: PA/MfAA A 14330.

<sup>53</sup> Ulbricht bezeichnet die DDR als „Vorposten im Kampf gegen den westdeutschen Neokolonialismus.“ Vgl. *Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps am 26. September 1960.* In: DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, Berlin (O): 1984, S.81; *Aus den Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD am 12. Februar 1961.* In: DzD 1961, S.310.

<sup>54</sup> *DDR hilft jungen Nationalstaaten.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Juli 1957, S.5.; *Wachsende Handelsbeziehungen - steigendes Ansehen der DDR in aller Welt.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. November 1958, S.5.; *Besuch in Kairo bestätigt wachsende Autorität der DDR.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Februar 1965, S.7.

<sup>55</sup> *Aus dem Rundfunkinterview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Eisler am 7. März 1965.* In: DzD 1965, S.267

Regierungssystem ablehne, sei der vermeintliche „Vorposten“<sup>56</sup> auf Sand erbaut. Die DDR als innen- wie außenpolitischer „Anachronismus“<sup>57</sup>, wie Erler sie nennt, wisse sehr wohl, dass sie mit ihrer beschränkten Wirtschaftshilfe im Ausland wenig erreichen könne, so DIE WELT 1961. Doch die innenpolitische Wirkung sei nicht zu unterschätzen: Das seien alles „Brinkel, die Brot bringen.“<sup>58</sup> Entsprechende historische Kontinuitätsnarrative sind in der westdeutschen Öffentlichkeit nicht nachweisbar. Die Unabhängigkeit der Entwicklungsländer wird historisch lediglich zu einer der Spätfolgen des Zweiten Weltkriegs deklariert.<sup>59</sup>

### 6.2.2 Das Erbe der positiven deutschen Traditionslinien

Die Entwicklungsdiskurse beider deutscher Staaten zeichnen sich durch den exklusiv formulierten Anspruch aus, durch das eigene entwicklungspolitische Engagement die positiv konnotierten Traditionslinien der deutschen Geschichte fortzusetzen, während das als negativ erachtete historische Erbe dem „anderen Deutschland“ angelastet wird. So lässt sich die DDR zum elften Jahrestag ihrer Gründung durch den Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs in NEUES DEUTSCHLAND bescheinigen, dass sie „mit gutem Recht“<sup>60</sup> den grundsätzlichen Anspruch hege, „Erbe der schönsten Seiten in der Geschichte des deutschen Volkes zu sein.“ Nach SCHROEDER versuche die DDR als „Erbin alles Progressiven“<sup>61</sup> das Nationenverständnis nicht mehr ethnisch, sondern gesellschaftspolitisch umzuinterpretieren. WOLFRUM diagnostiziert in diesem Kontext den Versuch, eine „sekundäre Legitimation“<sup>62</sup> im sozialistischen Welt- und Geschichtsbild zu schaffen. Dazu gehören naturgemäß die revolutionären Traditionen Engels, Liebknechts und Thälmanns sowie die Repräsentanten des „realen Humanismus“ im Marx’schen Sinne, die sich gegen die durch gesellschaftliche Schranken auferlegte Unfreiheit des Menschen positionierten.<sup>63</sup> Paradoxerweise werden darunter primär Literatur- und Kulturschaffende, wie Goethe, Schiller, Heine, Beethoven und Herder subsumiert, die Ulbricht teilweise in einem Atemzug mit Marx und Luxemburg,

<sup>56</sup> Rede des Bundesministers Schröder auf dem 13. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf am 30. März 1965. In: DzD 1965, S.341 f.

<sup>57</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 147. Sitzung am 8. März 1961, S.8311 B.

<sup>58</sup> *Im Wettlauf um die Gunst der Völker*. In: DIE WELT, 14. Januar 1961, Das Forum der Welt.

<sup>59</sup> „Diese Völker sind — zum Teil ausgelöst durch den zweiten Weltkrieg — in den letzten Jahren und Monaten selbständig, souverän geworden, oder sie werden es noch. In: Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6821 D.

<sup>60</sup> *Möge in ganz Deutschland die Sache des Friedens und der Völkerfreundschaft triumphieren!* In: NEUES DEUTSCHLAND, 7. Oktober 1960, S.6.

<sup>61</sup> SCHROEDER, 2001, S.115 f.

<sup>62</sup> WOLFRUM, 2012, S.720.

<sup>63</sup> LERCHNER, 2000, S.277.; WILKE, 2003, S.31.



aber auch Martin Luther, als „Helden des Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus“<sup>64</sup> für die Erinnerungs- und Staatskultur des ersten deutschen „Arbeiter- und Bauernstaats“ vereinnahmt. WOLLE bezeichnet dies als Versuch Identifikationsangebote „jenseits der Staatsideologie“<sup>65</sup> zu schaffen. Der DP-Abgeordnete Schneider wettet in diesem Kontext, man überlasse es viel zu sehr der DDR, „die Meisterwerke deutscher Dichter und Komponisten im Ausland zu präsentieren.“<sup>66</sup> Dabei kann eine für die Ulbricht-Ära symptomatische „Überschätzung der Wirkungsmöglichkeiten“<sup>67</sup> von Kunst und Literatur für die konkreten gesellschaftspolitischen Ziele diagnostiziert werden, worunter der Staatsratsvorsitzende bekanntermaßen nicht weniger als die Schaffung eines „neuen Menschen“ gefasst habe. Diese historischen Kontinuitäten bemüht Ulbricht auch in seiner programmatischen Ansprache zur Entwicklungspolitik vor dem diplomatischen Korps, in der er betont, dass die DDR fußend auf der „guten humanistischen deutschen Tradition [...] die um Freiheit und Recht kämpfenden Völker“<sup>68</sup> unterstütze. Ähnlich heißt es auch anlässlich der Gründung der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft der DDR 1961, die beabsichtigte Form der Kooperation drücke „die besten Traditionen des deutschen Volkes aus.“<sup>69</sup> Gleichzeitig ereifert sich NEUES DEUTSCHLAND über deren Missbrauch durch die westdeutsche „Entwicklungshilfe“, insbesondere darüber, „wozu Goethe herhalten“ müsse: Die westdeutschen Sprach- und Kulturinstitute in den Entwicklungsländern dienten in Wahrheit der Verleugnung der DDR, dem „Neokolonialismus“ und der „kulturell drapierte[n] Spionage“, wodurch Goethes

---

<sup>64</sup> So Ulbrichts Reaktion auf ein Memorandum Bonns an Moskau im Mai 1957: „Es [Das SED-Programm, *Anm. d. Verf.*] beruht auf jenen Ideen des Friedens, der Völkerfreundschaft, der Demokratie und des Humanismus, die von [...] Lessing, Herder, Goethe und Schiller, Fichte und Feuerbach, Marx und Engels, Bebel und Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, von Ernst Thälmann und all den ungezählten Helden des Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus verfochten wurden.“ Vgl. *Walter Ulbricht antwortet Konrad Adenauer*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. Juni 1957, S.4.

<sup>65</sup> WOLLE, 2001, S.133.

<sup>66</sup> *Erklärung des Abgeordneten Schneider (Bremerhaven) (DP) am 30. Juni 1960*. In: DzD 1960, S.1311.

<sup>67</sup> EHRlich/MAI/ CLEVE, 2000, S.8.

<sup>68</sup> *Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960*. In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, S.81.; Ähnlich sah auch der stellv. ostdeutsche Außenminister Winzer die DDR als Fortführerin des „echten Humanismus, der Menschenliebe und Völkerfreundschaft“ Vgl. *Aufsatz des stellvertretenden Außenministers Winzer: Bonns Außenpolitik der Erpressung des Kriegs vom März 1961*. In: DzD 1961, S.373.

<sup>69</sup> *Die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. März 1961, S.1.; „Die Solidaritätssammlung entspricht dem humanistischen Geist der Gründer der Universität Alexander und Wilhelm von Humboldt [...] hatten sich stets gegen die Bildungsprivilegien und für eine Befreiung der Kolonien eingesetzt.“ Vgl. *Im Geiste der Gründer*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. Oktober 1960, S.4.

Name aufs ärgste „beschmutzt“<sup>70</sup> würde und lediglich als eine Art „Feigenblatt“<sup>71</sup> diene. DIETRICH nennt die SED in diesem Kontext ironisch „die Goethe-Pächter“<sup>72</sup> und zählt die Berufung auf Weimar zu den signifikantesten „Begründungs- und Orientierungsmythen“<sup>73</sup> der DDR. Außerdem proklamiert Ostberlin für sich die Weiterführung der antikolonialistischen Haltung der historischen deutschen Arbeiterbewegung:

„Die deutsche Arbeiterklasse hat große Traditionen im Kampf gegen die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus. Diese Traditionen finden heute ihre würdige Fortsetzung in der freundschaftlichen Außenpolitik des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates gegenüber den Völkern in den Entwicklungsländern.“<sup>74</sup>

Das Kontinuitätsnarrativ dient neben der historischen Verankerung und Rückversicherung der eigenen Politik auch der öffentlichen Akzeptanzschaffung sowie der forcierten Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik auf dem entwicklungspolitischen Feld: So bescheinigt NEUES DEUTSCHLAND Bonn und seiner als „Neokolonialismus“ kritisierten Entwicklungspolitik, ausschließlich „die schlechten und verderblichen Traditionen unserer Geschichte“<sup>75</sup> zu verkörpern. Dies zeige sich paradigmatisch an Personalkontinuitäten, wie dem in Ostafrika als Sohn eines deutschen Hauptmanns und Plantagenbesitzers geborenen Kai-Uwe von Hassel, der als „Kolonialhengst“<sup>76</sup> und „führender Neokolonialist“ der westdeutschen „Gesellschaft für Entwicklungshilfe“ vorsitze, was selbst im Westen nicht unumstritten sei. Nach Darstellung von NEUES DEUTSCHLAND würden sich westdeutsche Politiker, beispielsweise

<sup>70</sup> „Hinter dem schönen Namen [...] verbirgt sich eine der wichtigsten Stützen der neokolonialistischen Politik Bonns [...]. Das ‚Goethe-Institut‘ ist eine der [...] westdeutschen Organisationen, deren Aufgabe darin besteht, die Wirtschaftsexpansion des westdeutschen Imperialismus in Afrika, Asien und Lateinamerika zu forcieren.“ Vgl. *Millionäre beschmutzen den deutschen Namen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. Mai 1962, S.5.; Ähnlich auch: *Bonner Neokolonialismus bewiesen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. April 1961, S.2.

<sup>71</sup> *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>72</sup> DIETRICH, 2000, S.151 f.

<sup>73</sup> Für die DDR zählt spätestens seit Lukács Abhandlung zum *Fortschritt und Reaktion in der deutschen Literatur* (1947) die deutsche Klassik zu den positiven Traditionslinien, während die Romantik als Beginn der „Reaktion“ kritisiert wird, wie unter anderem der durch EHRlich/MAI herausgegebene Sammelband zur „Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht“ zeigt.

<sup>74</sup> *Richters Partnerschaft mit Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Juni 1960, S.5.; „Während sich schamlos und in aller Offenheit die herrschenden junkerlich-imperialistischen Kreise ihrer furchtbaren Verbrechen gegen afrikanische Völker rühmten, war es der unvergessene August Bebel, der [...] schärfsten Protest gegen diese kolonialen Praktiken erhob, ihre Schandtaten geißelte und deren Klassenwurzeln bloßlegte.“ Vgl. *Die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. März 1961, S.1.

<sup>75</sup> Dazu zählten die „räuberischen Tradition[en] der preußischen Junker.“ Vgl. *Bonn schießt Torpedo gegen Entspannung*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. März 1958, S.2.; Ulbricht stellt in seiner *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* dem ostdeutsche Humanismus eines „Goethe, Marx, Liebknecht und Thälmann“ das westdeutsche Erbe „irgendwelcher Karolingerkönige und der für zwei Weltkriege verantwortlichen Ostlandritter“ sowie den „Größenwahn Wilhelms II.“ gegenüber. Vgl. ULBRICHT, 1966, S.445.

<sup>76</sup> *Welche Traditionen gelten?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 16.11.1962, S.5.; *Führender Neokolonialist*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Februar 1965, S.6.

Willy Brandt, offen auf „auf die kolonialistischen Traditionen des wilhelminischen Deutschlands“<sup>77</sup> berufen. Außerdem werden gerne Pressemeldungen aus den Entwicklungsländern transportiert, die diesem Argumentationsmuster folgen. So wird die GHANAIAN TIMES zitiert, die 1963 berichtet habe, „daß die jetzt herrschenden Kreise [in der Bundesrepublik, *Anm. d. Verf.*] [...] immer noch vom Geiste der deutschen Armee unter Bismarck und Hitler besessen“<sup>78</sup> seien. Die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ wird in direkter Sukzession der aggressiven Außenpolitiken Preußens, des Kaiserreichs und Hitler-Deutschlands dargestellt, wobei die Bundesrepublik selbst als „letzte Formwandlung des Ausbeuterstaates auf deutschem Boden“<sup>79</sup> und damit dem Untergang geweiht gilt. Infolge negativer kolonialer Erfahrungen, wie der Niederschlagung des Herero-Aufstandes, sei die Bundesrepublik in Afrika verpönt, während die DDR große Sympathien erfahre, so NEUES DEUTSCHLAND:

„Da man sich in Afrika noch recht gut an die kaiserlich-deutschen Kolonialherren erinnern kann, die auf dem Schwarzen Kontinent den Nazis manches vorweggenommen haben (man denke nur an die Niederschlagung des Herero-Aufstandes), tut es den Afrikanern wohl, von einem anderen, einem antiimperialistischen Deutschland zu hören, einer Deutschen Demokratischen Republik.“<sup>80</sup>

Traurig bilanziert auch DIE WELT im September 1960, die Bundesrepublik werde tatsächlich im Ausland nicht mehr als „Land der Dichter und Denker“<sup>81</sup> wahrgenommen: Dazu polemisiert NEUES DEUTSCHLAND, es entstehe gegenwärtig vielmehr ein „Land der Killer und Henker.“<sup>82</sup> Der „Normalfall“<sup>83</sup> des Bezugs auf positiv konnotierte historische Ereignisse gilt für die Bundesrepublik nicht, die Abgrenzung vom Nationalsozialismus überlagert dies insbesondere kurze nach der Staatsgründung. Dabei bieten ab Ende der fünfziger Jahre der Wiederaufbau und wirtschaftliche Aufstieg neue Anknüpfungspunkte. So proklamiert die westdeutsche Presse zur Abgrenzung vom ostdeutschen Narrativ des neopreußischen Militaristenstaats, im Ausland werde man heute als das im Überfluss schwimmende „Land des Wirtschaftswunders“<sup>84</sup> und „Stehaufmännchen der Geschichte“<sup>85</sup> betrachtet. Dies biete zwar positive Bezugslinien, allerdings herrsche dort auch der Eindruck, dass man andere kaum an

<sup>77</sup> *Abenteurer Brandt steht am Pranger*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. Mai 1961, S.2.

<sup>78</sup> *Entwicklungshilfe der Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 22. Juni 1963, S.5.

<sup>79</sup> „Die Schicksale des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ und sein Zerfall, die Entwicklung Preußens [...] das Kaiserreich und die Weimarer Republik, das faschistische dritte [*sic!*] Reich, und die westdeutsche Bundesrepublik.“ Vgl. *Die Nation und wir*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. September 1964, S.5.

<sup>80</sup> *Afrikas starke Fäuste*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. Dezember 1958, S.5.

<sup>81</sup> *Niemand spricht mehr vom Land der Dichter und Denker*. In: DIE WELT, 8. September 1960, S.3.

<sup>82</sup> *Die Freiheit sitzt im Hungerturm*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. November 1959, S.2.

<sup>83</sup> WOLFRUM, 2012, S.717.

<sup>84</sup> Die Bewunderung in Tanganjikas für Wiederaufbau und Wirtschaftswunder. Vgl. *Instruktion für den neu ernannten Botschafter in Tanganjika vom 11. Mai 1965*. Merkblatt „Ostblock-Aktivität.“ In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>85</sup> „Ihr müßtet brüllen wie Löwen, doch ihr piepst wie Mäuse.“ In: DIE WELT, 10. März 1962, S.5.

seinem Wohlstand teilhaben lasse. Aus dem „Volk der Dichter und Denker“ seien die Deutschen in den Augen des Auslands zu einem egoistischen „Volk der Ingenieure und Manager“<sup>86</sup> geworden. Entsprechend fordert Gerhard Fritz, die Bundesrepublik dürfe als reiche Nation „kein Inseldasein“<sup>87</sup> führen und sollte den durch ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erworbenen Respekt bei den Entwicklungsländern durch globales humanitäres Engagement ergänzen: So könne am wirkungsvollstem dem im Ausland vorgeblich häufig angebotenen Eindruck begegnet werden, die Bundesrepublik sei „materialistisch.“<sup>88</sup> Auch Erhard glaubt, man könne durch eine Pflege der kulturellen Beziehungen und die Betonung positiver historischer Kontinuitäten im Zuge der „Entwicklungshilfe“ das Bild der ökonomisch erfolgreichen Bundesrepublik erfolgreich erweitern und so „vor der Welt deutlich machen, daß die deutsche Geschichte nicht nur Schande barg.“<sup>89</sup>

### 6.2.3 Die Bedeutung der nationalsozialistischen Vergangenheit

Beide deutsche Staaten werfen sich wechselseitig vor, durch eine defizitäre Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in ihrer Glaubwürdigkeit als Geber von „Entwicklungshilfe“ disqualifiziert und diskreditiert zu sein.<sup>90</sup> Einer der Hauptkritikpunkte der DDR lautet, dass Nationalsozialisten in führenden Positionen der westdeutschen Außen- und Entwicklungspolitik tätig seien, was eine „gefährliche Konservierung“<sup>91</sup> des rassistisch-nationalistischen Gedankenguts zur Folge habe. So berichtet NEUES DEUTSCHLAND beispielsweise regelmäßig über BMZ-Staatssekretär Vialon, der sich in erster Linie als einer „der obersten

---

<sup>86</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 100. Sitzung am 6. Dezember 1963, S.4645 C

<sup>87</sup> FRITZ, 1962, S.4.

<sup>88</sup> *Entwicklungsländer sollen einfach Produktion übernehmen.* In: DIE WELT, 13. März 1961, S.8.

<sup>89</sup> „In friedlichem Wettkampf messen die Nationen ihre Kräfte auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Kultur, der Kunst und des Sports. Das Bild des Deutschland von heute spiegelt sich nicht nur in wirtschaftlichen Leistungen wider, sondern wird in der Wertung anderer Völker wesentlich von dem Beitrag Deutschlands zur geistigen Neugestaltung der Welt geprägt.“ Vgl. Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 90. Sitzung am 18. Oktober 1963, S.4201 A-B.

<sup>90</sup> So wirft DIE WELT der DDR „eine unbewältigte deutsche Vergangenheit“ vor. Vgl. *Gestern braun, heute rot – das Parteibuch wechselte die Farbe.* In: DIE WELT, 9. April 1965, S.3.; NEUES DEUTSCHLAND bezeichnet Bonn als „Staat der unbewältigten Nazivergangenheit“, wo Altnazis neue „Verschwörungen gegen die Freiheit anderer Völker“ pflanzen. Vgl. *Hilfe für imperialistische Bastionen.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Februar 1965, S.5.

<sup>91</sup> *Aus dem Rundfunkinterview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Eisler am 7. März 1965.* In: DzD 1965, S.267.; Ein solches Narrativ hat WACHSMUTH schon für andere Politikbereiche ausgemacht. Vgl. WACHSMUTH, 2007, S.801 f.

Leichenfledderer des dritten [*sic!*] Reiches<sup>92</sup> die Berechtigung und Qualifikation für sein derzeitiges Amt erworben habe. „Unwiderlegbar“<sup>93</sup> sei außerdem, dass rund 90 Prozent der Mitarbeiter des in entwicklungspolitischen Fragen federführenden Auswärtigen Amt unter Leitung des „SA-Mannes Schröder“ nationalsozialistisch belastet seien. WOLFRUM spricht ironisch vom „Kunststück“<sup>94</sup>, sich zwar als „Negation des Nationalsozialismus“ zu präsentieren, aber gleichzeitig zentrale Stellen im Regierungsapparat mit belasteten Personal zu besetzen. STEGLICH hat in diesem Kontext auf die hohe personelle Kontinuität in verschiedenen Ressorts verwiesen.<sup>95</sup> Lübkes Afrikabesuch 1966 wird durch die DDR sogar als „Afrika-Reise des KZ-Aufsehers“<sup>96</sup> bezeichnet und behauptet, dieser habe den Anblick von Duschen in einer afrikanischen Bildungseinrichtung kommentiert: „Diese Leute müssen ja auch mal lernen, daß sie sauber werden.“ Erfreut behauptet NEUES DEUTSCHLAND, dass sich Lübke kritische Fragen zu seiner Vergangenheit im „Dritten Reich“ habe gefallen lassen müssen: So wird eine in Madagaskar erscheinende Zeitung zitiert, die die Bürger davor warne, dass Lübke ein „Komplice Hitlers“ und „Mörder antifaschistischer Häftlinge“ sei. Die Anwesenheit ehemaliger Wehrmachtsangehöriger im ostdeutschen Regierungsapparat rechtfertigt Ulbricht dagegen im legendären SPIEGEL-Gespräch am 25. September 1957 mit der berühmten Formulierung, diese hätten „umgelernt.“<sup>97</sup> Außerdem werden in NEUES DEUTSCHLAND gerne angebliche westdeutsche Publikationen zitiert, die „für die Inder lieber Gaskammern statt Hochöfen“<sup>98</sup> forderten und über das „unverschämte Auftreten einzelner westdeutscher

---

<sup>92</sup> „Auch der Staatssekretär der Adenauer-Regierung für neokolonialistische Entwicklungshilfe, Dr. Vialon hat sich die Legitimation für seinen heutigen Posten als hochgestellter Räuber der faschistischen Okkupanten in Osteuropa erworben.“ Vgl. *Neue Tatsachen über Naziverbrecher in Bonn*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 22. März 1963, S.18.; „Er ordnete zum Beispiel an, daß den in der Sowjetunion von den Nazis ermordeten Juden das Vermögen geraubt wird und einschließlich herausgebrochener Goldzähne und der vor der Ermordung abgelegten Kleidung der faschistischen Kriegswirtschaft zuzuführen ist.“ Vgl. *Hilfe für imperialistische Bastionen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Februar 1965, S.5.; Eine Anklage gegen Vialon endet 1971 mit einem Freispruch vor dem Koblenzer Landesgericht. Vgl. KLEE, 2007, S.640.

<sup>93</sup> *Heiligenschein für Nazis*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 16. Juli 1959, S.4.; *Nazivergangenheit ist Bonner Gegenwart*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 13. September 1960, S.5.; „Bonner Hitler-Erben“ wird synonym für das Kabinett verwendet. Vgl. *Von aller Welt angeklagt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. April 1961, S.1.; *Bonn sollte Eichmann-Stadt heißen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. April 1961, S.1.

<sup>94</sup> WOLFRUM, 2012, S.720.

<sup>95</sup> STEGLICH, 1999, S.279.

<sup>96</sup> *Die Afrika-Safari des KZ-Aufsehers*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. März 1966, S.7.

<sup>97</sup> Konkret geht es um den Fall des ehemaligen Wehrmachtsgenerals Vinzenz Müller, dem Stabschef der NVA und stellvertretendem Verteidigungsminister der DDR. Vgl. *Gesamtdeutsche Wahlen- Warum nicht schon morgen?* In: Der Spiegel Nr.39/1957, S.24 f.

<sup>98</sup> *Von aller Welt angeklagt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. April 1961, S.2.

„Herrenmenschen“<sup>99</sup> bei Entwicklungsprojekten berichten. Außerdem erscheinen regelmäßig Berichte über die in der Bundesrepublik stattfindende Diskriminierung afrikanischer und asiatischer Studenten.<sup>100</sup> Neben solch offensiv vorgebrachten Vorwürfen von Rassismus und Antisemitismus werden diverse entwicklungspolitische Akteure oder Handlungen implizit bis beiläufig als faschistoid charakterisiert, was regelmäßig auch direkt in die Entwicklungsländer transportiert wird.<sup>101</sup> So äußert der stellvertretende Außenminister Winzer gegenüber dem indischen Nachrichtenmagazin BLITZ, so wenig wie eine Katze „das Mäusen“ lasse, so wenig unterlasse ein Faschist „das Drohen und Vergewaltigen anderer Völker [...], auch wenn er sich freiheitlich und demokratisch drapiert, wie das heute bei den Bonner Nazis zum guten Ton gehört.“<sup>102</sup> Auf der 9. Tagung des Zentralkomitees verkündet Ulbricht das Sukzessor-Narrativ programmatisch: „Sie [Die westdeutschen Politiker, *Anm. d. Verf.*] fühlen sich als Nachfolger des dritten [*sic!*] Reiches und wollen dessen imperialistische Politik [...] mit veränderten Methoden durchführen“<sup>103</sup>, wozu auch die als „Neokolonialismus“ charakterisierte Entwicklungspolitik summiert werden kann. Dabei kann von einer einseitigen „Externalisierung historischer Verantwortung“<sup>104</sup> gesprochen werden, während FAULENBACH ironisch konstatiert: „Hitler war gleichsam ein Westdeutscher geworden.“<sup>105</sup> Der historische Antifaschismus avanciert auch in diesem Kontext zum tragfähigen historischen Kontinuum, auf das sich die SED-Führung regelmäßig beruft. Das noch junge System, das bisher kaum politische Erfolge vorzuweisen hat, befindet sich in einem besonders massiven „Legitimationszwang“<sup>106</sup>, infolgedessen die „Regimeloyalität und Identitätsbewusstsein“ der Bevölkerung gestärkt werden muss. Der damit verbundene „Entlastungseffekt“<sup>107</sup>, wonach man

<sup>99</sup> *Sinnbild soliden Schaffens*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. April 1961, S.5.

<sup>100</sup> *Für die Bibel nahmen sie unser Land*. In: NEUES DEUTSCHLAND 24. Oktober 1960, S.2.

<sup>101</sup> „[...] wurde unter Vorsitz Nazi-Gerstenmaier, [...] eine ‚Afrika-Gesellschaft‘ [...] geschaffen.“ Vgl. *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.; „Herr Heustager [...], der noch kürzlich erklärte, man dürfe die Entwicklungshilfe nur ‚unter strategischen Aspekten‘ sehen, wird sich [...] unwohl gefühlt haben, als Smirnow fragte, was denn dieser Hitler-General, Mitschuldiger [...] am Tode von Millionen sowjetischer Bürger, mit Freiheit zu tun habe.“ Vgl. *Das wahre Gesicht*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Oktober 1960, S.2.

<sup>102</sup> *Interview des Stellvertretenden Außenministers Winzer für die Zeitung „Blitz“ am 8. September 1962*. In: DzD 1962, S.1066.

<sup>103</sup> *Die nationale Mission der Deutschen Demokratischen Republik und das geistige Schaffen in unserem Staat*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. April 1965, S.3.

<sup>104</sup> POUTRUS, 2009, S.126.

<sup>105</sup> FAULENBACH, 1993, S.149.

<sup>106</sup> FÄBLER, 2005, S.142.

<sup>107</sup> IHME-TUCHEL, 2010, S.18.

schon immer „auf der richtigen Seite“ gestanden habe, steht einer kritischen Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit im Weg.

DIE WELT formuliert gegenüber der DDR konvergente Vorwürfe und kontert auch humoristisch: So zeigt eine wenige Tage nach Ulbrichts ZK-Rede und anlässlich des zwanzigsten Jahrestags des Kriegsendes erschienene Karikatur den sich sorgenvoll im Handspiegel betrachtenden deutschen Michel. Hinter ihm hängen die Portraits Hitlers und Ulbrichts mit identischen Gesichtszügen, die sich lediglich durch Parteiabzeichen, lichter Haar und anderer Frisur sowie einem stärkeren Bart und Gesichtsfalten unterscheiden. Das menschenverachtende und autoritäre System habe im Sinne der Totalitarismustheorie lediglich das äußere Erscheinungsbild geändert, so die Botschaft der Karikatur. Eine weitere Darstellung anlässlich des Kairobesuchs 1965 suggeriert, dass auch die Entwicklungsländer diese Wahrnehmung teilen: Ulbricht signiert auf einem Kamel sitzend Autogrammkarten mit dem Konterfei Hitlers, die ihm die jubelnde ägyptische Bevölkerung entgegenstreckt. Die Entwicklungsländer erscheinen kaum über das „andere Deutschland“ informiert und verwechseln, offenbar berechtigterweise, den „alten“ und „neuen Diktator“ auf deutschem Boden. Gleichzeitig wird so die in den arabischen Staaten teilweise vorherrschende Faszination bis Bewunderung für Hitler und Rommel karikiert.<sup>108</sup> Nationalsozialistische Reminiszenzen würden durch die DDR und deren auswärtiges Engagement gezielt ausgenutzt oder bewusst gestreut, so der implizite Vorwurf. Bemerkenswert erscheint, dass westdeutsche



Abb.38: „Zwanzig Jahre älter geworden - [...]“.  
Aus: DIE WELT, 8. Mai 1965, S.2.

„andere Deutschland“ informiert und verwechseln, offenbar berechtigterweise, den „alten“ und „neuen Diktator“ auf deutschem Boden. Gleichzeitig wird so die in den arabischen Staaten teilweise vorherrschende Faszination bis Bewunderung für Hitler und Rommel karikiert.<sup>108</sup> Nationalsozialistische Reminiszenzen würden durch die DDR und deren auswärtiges Engagement gezielt ausgenutzt oder bewusst gestreut, so der implizite Vorwurf. Bemerkenswert erscheint, dass westdeutsche



Abb.39: Ägyptischer Autogramm-Jubel.  
Aus: DIE WELT, 25.2.1965, S.2.

<sup>108</sup> So erklärt ein Ägypter gegenüber DIE WELT, man hege Sympathien für Bonn, weil „wir die Engländer und Franzosen hassen und ihr zweimal gegen sie Krieg geführt habt. Weil wir die Juden hassen [...]“ Vgl. *Hat das Ausland das Dritte Reich vergessen?* In: DIE WELT, 11. Dezember 1957, *Das Forum der Welt*.

Politiker, wie der spätere Innenminister Benda, die Überwindung des Nationalsozialismus nicht nur für das eigene Land, sondern dezidiert für „das ganze deutsche Volk, auch jenseits der Zonen-Grenze“<sup>109</sup> postulieren. Ausgenommen davon erscheint dagegen die SED, die Rudolf Augstein sogar als „Erbe des Hitlerkriegs“<sup>110</sup> bezeichnet. Verdrießlich muss die westdeutsche Botschaft in Conakry dagegen konstatieren, dass der Leiter der ostdeutschen Handelsvertretung Kirschey als Antikommunist im KZ interniert gewesen sei und daher ein „geeigneter Vertreter seines Landes“<sup>111</sup> sei.

Während Ulbricht bereits 1960 proklamiert, der außenpolitische Auftritt der DDR, auch auf dem entwicklungspolitischen Sektor, habe bereits dem „deutschen Namen wieder zu Ansehen in der Welt gebracht“<sup>112</sup>, glaubt DIE WELT noch Jahre später, dass das nach wie vor in den Entwicklungsländern existierende Bild der Bundesrepublik als „Ableger des nationalsozialistischen Reiches“<sup>113</sup> erst noch überwunden werden müsse. So dient das Politikfeld auch der Rehabilitierung im Ausland.<sup>114</sup> Dass die nationalsozialistische Vergangenheitsbewältigung der Bundesrepublik erst im Laufe des Untersuchungszeitraums in Schwung kommt, demonstrieren Adornos Vortrag um Vergangenheitsbewältigung aus dem Jahr 1959 und die vieldiskutierte Publikation Hannah Arendts zur „Banalität des Bösen“ 1963. Vier Jahre später erreicht diese Debatte durch den Essayband „Die Unfähigkeit zu trauern“ der Mitscherlichs, den FREIMÜLLER als „Schlüsseltext“<sup>115</sup> bezeichnet, eine bis dahin nicht dagewesene Tiefe und wird von der 1968er-Bewegung weitergeführt.

Ein genuin westdeutsches Narrativ ist die Angst davor, in den Entwicklungsländern als „häßlicher Deutscher“<sup>116</sup> zu gelten. Die Formel spielt auf das 1959 durch LEDERER/BURDICK veröffentlichte Schmähbuch über das Auftreten amerikanischer Entwicklungshelfer an und wird in verschiedenen Abwandlungen zu einem geflügelten Wort: So disqualifiziert wenige Jahre später auch DER SPIEGEL die russische „Entwicklungshilfe“ mit einer parallelen Formulierung.<sup>117</sup> DIE WELT argumentiert, dass beiden deutschen Staaten nach Kriegsende durch

<sup>109</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 170. Sitzung am 10. März 1965, S.8520 D.

<sup>110</sup> Man könne ihr nicht mit Gewalt sondern nur durch „Erkenntnis dessen, was sie ist“ begegnen. Vgl. *D-Mark-Diplomatie (West)*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.20.

<sup>111</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 18. August 1959*. In: PA/AA B34 Bd.89.

<sup>112</sup> *Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps über die Außenpolitik der DDR am 26. September 1960*. In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, S.80.

<sup>113</sup> *Der falsche Maßstab*. In: DIE WELT, 3. Januar 1962, S.2.

<sup>114</sup> VOGES, 2005, S.99.

<sup>115</sup> FREIMÜLLER, 2007, S.66.; WOLFRUM, 2002, S.111 ff.

<sup>116</sup> *Der häßliche Deutsche*. In: DIE WELT, 21. Juni 1962, S.1 f.

<sup>117</sup> *Der häßliche Russe*. In: DER SPIEGEL, Nr.40/1965, S.110 ff.



die Siegermächte gar keine reale Möglichkeit eingeräumt worden sei, dieses Bild zu überwinden, da man sofort wieder in die „Uniform des kalten Kriegs“ gesteckt worden sei, nachdem man die „braunen Monturen“ ausgezogen habe:

„So ist es dazu gekommen, daß heute zwei Deutsche existieren, die sich jeden Tag vor den Augen der ganzen Welt bescheinigen, daß sie häßlich sind und wie häßlich sie sind.“<sup>118</sup>

Die innen- wie außenpolitisch angelegte Konkurrenz der beiden deutschen Staaten und die wechselseitigen Angriffe und Verleumdungen schaden der Würde der Nation und dem Ansehen aller Deutschen, so Erler. Man vergesse so, „daß wir schließlich alle Deutsche sind“<sup>119</sup> und dass diese wechselseitigen Diffamierungskampagnen im Ausland Befremden hervorrufen müssen. TRAUTMANN hat in seiner Anthologie zum „hässlichen Deutschen“ darauf verwiesen, dass die Angst vor dem aggressiven „Hunnen“ im Europa der unmittelbaren Nachkriegszeit weit verbreitet ist und um 1989/90 eine kurzzeitige Reaktivierung erfährt, um dann zum Bild des außenpolitisch „faulen Deutschen“<sup>120</sup> zu avancieren, der sich in international nicht engagiere. In dieser Konsequenz müsse die Bundesrepublik ganz besonders bemüht sein, „der Welt den netten Deutschen [zu] zeigen“<sup>121</sup>, wozu sich das Feld der „Entwicklungshilfe“ in besonderem Maße eigne. Auch Adenauer glaubt, das Bild der Deutschen im Ausland durch entwicklungspolitisches Engagement „korrigieren“<sup>122</sup> zu können. Dieses Narrativ findet sich im ostdeutschen Diskurs nicht wortwörtlich, schwingt aber deutlich in der Darstellung Bonns als Nachfolger Hitlerdeutschland und „Feinde“ der Entwicklungsländer mit. Generell sei das Agieren der westdeutschen Regierung rufschädigend für das Bild des deutschen Volks im Ausland, so Ulbricht anlässlich seines Kairobesuchs.<sup>123</sup>

So muss REYELS These, wonach die eigene nationale Vergangenheit die „Entwicklungshilfe“ eines Landes entscheidend präge, für den deutschen Fall dahingehend präzisiert werden, dass beide deutsche Staaten eine klare Abgrenzung zu ihrem historischen Erbe anstreben, wobei dies auch als handlungsantreibend empfunden wird.<sup>124</sup> Dabei werfen sie sich ihre nationalsozialistische Vergangenheit wechselseitig vor, um „das andere Deutschland“ als Geberland

<sup>118</sup> *Der häßliche Deutsche*. In: DIE WELT, 21. Juni 1962, S.1 f.

<sup>119</sup> *Begründung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP durch den Abg. Aschenbach am 10. Februar 1960*. In: DzD 1960, S.317.

<sup>120</sup> TRAUTMANN, 1991, S.4 ff.

<sup>121</sup> „Wir wollen der Welt den netten Deutschen zeigen.“ In: DIE WELT, 27. Juli 1957, S.5.

<sup>122</sup> MOLT, 2017, S.21.

<sup>123</sup> „Die Tatsache, daß Bonn [...] die Regierung der VAR und Präsident Nasser mit einer Flut von Verunglimpfungen und Beleidigungen bedachte, hat übrigens nicht gerade zur Förderung des Ansehens des deutschen Namens im Ausland beigetragen. Vgl. *Aus dem Rundfunkinterview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Eisler am 7. März 1965*. In: DzD 1965, S.266.

<sup>124</sup> REYELS, 2009, S.158.

von Entwicklungspolitik zu diskreditieren. Gleichzeitig beziehen sie öffentlich eine unterschiedliche Haltung zur eigenen Vergangenheitsbewältigung, die in der DDR als abgeschlossen gilt, während die Debatten darum in der Bundesrepublik erst gegen Ende der Sechziger tiefergehend einsetzen.

### 6.3 DIE ÖKONOMISCHEN BEZÜGE

#### 6.3.1 Deutschland als „Entwicklungsland“

Beide deutsche Staaten charakterisieren sich wechselseitig als hilfsbedürftige Entwicklungsländer oder „Kolonialregime“, die folglich gar nicht in der Lage seien, „Entwicklungshilfe“ für Dritte zu leisten. So erklärt Gräfin Dönhoff in der ZEIT, die DDR stünde infolge mangelnder Freizügigkeit seiner Bürger sogar noch hinter dem „letzten unterentwickelten Staat“<sup>125</sup>, während DIE WELT dieser infolge sowjetischer Demontagen und Planvorgaben lediglich den Status einer subordinierten „Sowjetkolonie“<sup>126</sup> zubilligt, die nur durch westdeutsche Kredite und Lebensmittellieferungen am Leben erhalten werde. Entsprechend wird Ulbricht als abgemagerter böser Wolf karikiert, der vor dem Stacheldrahtzaun das Rotkäppchen

Adenauer mit seinem prallen Weidenkorb, welches als Klassenfeind gleichsam „verspeist“ werden müsste, um Geld anbettelt, um sich seine maroden Zähne behandeln lassen zu können. Darin steckt auch eine implizite Mahnung an Bonn, die dem eigenen System feindlich gesonnene DDR nicht übermäßig zu unterstützen, da sich ansonsten die Drohung des Wolfs aus Grimms Märchen und Ulbrichts Traum vom Überholen der Bundesrepublik bewahrheiten könnten. Adenauer behauptet



Abb.40: *Gib mir einen Kredit [...].*  
Aus: DIE WELT, 25. Mai 1962, S.2.

<sup>125</sup> *Leitartikel von M. Gräfin Dönhoff: Deutsches Dilemma.* In: DIE ZEIT Nr.11 vom 12. März 1965.; Ähnlich auch MdB Friedensburg, der monierte, dass kein Ostdeutscher „dieses erste und wichtigste Recht, das wir heute jedem Stamm im dunklen Afrika zusprechen, [...] besitzt.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 49. Sitzung am 21. März 1958, S.962.

<sup>126</sup> *Adenauer: Zone darf keine Sowjetkolonie bleiben.* In: DIE WELT, 21. März 1960, S.2.; *Ausführungen des Bundesvorsitzenden der FDP, Mende, und des Bundesministers Scheel auf der Pressekonferenz zum Abschluß des XIII. Ordentlichen Bundesparteitages der FDP in Düsseldorf am 25. Mai 1962.* In: DzD 1962, S.570.; *Kredithilfe?* In: DIE WELT, 24. Mai 1962, S.1.; *„Hilfe für die Zone im Notfall kostenlos.“* In: DIE WELT, 29. Januar 1961, S.1.

sogar, der Osten könne eigene Zusagen nicht einhalten, „ohne die Lage im eigenen Land zu gefährden.“<sup>127</sup> DIE WELT witzelt in diesem Kontext, das ostdeutsche Engagement in Afrika solle den Eindruck vermitteln, „als sei der Wohlstand ausgebrochen“<sup>128</sup>, was allerdings auf Kosten der Bewohner des technisch rückständigen „Mitteldeutschlands“ gehe, wie pedantisch vermerkt wird: Diese müssten auf Medikamente und Bedarfsartikel deutlich länger warten. Man weist auch gerne darauf hin, dass die DDR durch westdeutsche Kredite quasi Empfänger westdeutscher „Entwicklungshilfe“ sei.<sup>129</sup>

Um die ostdeutsche Abhängigkeit von der Sowjetunion zu demonstrieren, karikiert DIE WELT Ulbricht 1964 als vom Gärtner Chruschtschow angebundene und gedüngte Sonnenblume, die völlig bewegungsunfähig und abhängig vom Wohlwollen Moskaus erscheint. Während man im Westen „das andere Deutschland“ primär nach ökonomischen und politischen Kriterien zum „Entwicklungsland“ erklärte, nimmt die DDR die westdeutsche Kritik am „Bitterfelder Weg“ zum Beweis dafür, dass die Bundesrepublik „in kultureller Hinsicht tatsächlich ein „Entwicklungsland“ ist.“<sup>130</sup>

Man könne „noch nicht einmal der eigenen Intelligenz“<sup>131</sup> adäquate Ausbildungsmöglichkeiten bieten, was eine externe „Entwicklungs-“ oder gar Bildungshilfe absurd erscheinen lasse. So karikiert NEUES DEUTSCHLAND die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ als Knüppel des deutschen „Bildungsbüttels“, der potentiellen Anhängern Lumumbas drohe. Die Ausbildung afrikanischer Studenten in der Bundesrepublik sei



Abb.41: *Neu angebunden, gedüngt und begossen.*  
Aus: DIE WELT, 16. Juni 1964, S.2.

<sup>127</sup> TEEGESPRÄCHE II, 9. Juni 1956, S.99.

<sup>128</sup> ... *als sei der Wohlstand ausgebrochen.* In: Die Welt, 9. Mai 1960, S.3.; *Zone gibt technischen Rückstand zu.* In: Die Welt, 24. Februar 1964, S.2.

<sup>129</sup> *Kredithilfe?* In: DIE WELT, 24. Mai 1962, S.1.

<sup>130</sup> *Macht oder Ohnmacht der Kultur?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Juli 1964, S.6.; *Kulturell unterentwickelt.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Januar 1961, S.1.; *So opfert Bonn die junge Generation und ihre Perspektive, damit die Generale von gestern mit den Waffen von heute den Krieg von morgen vorbereiten können!* Vgl. *Ein unterentwickeltes Land.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Mai 1964, S.5.

<sup>131</sup> *Die Misere der bürgerlichen Ideologien.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 27. Januar 1957, S.2.



Abb.42: Bonner Studentenhilfswerk. Aus: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Februar 1961, S.2.

nicht mehr als eine blutige Gehirnwäsche, so die Botschaft. Dass auch im Westen Bildungshilfe als Beitrag zur Systemkonkurrenz betrachtet wird, demonstriert mustergültig die Schlagzeile aus DIE WELT, die sich der Frage widmete, „wie man fremde Studenten ködert.“<sup>132</sup> Dass die Bundesregierung Anti-Atomwaffen-Demonstrationen kritisch beäugt, wird von NEUES DEUTSCHLAND als „bedrohliches Zeichen demokratischer Unterentwicklung“<sup>133</sup> bezeichnet, während der CDU/CSU-Fraktion bereitwillig die „geistige Unterentwicklung“<sup>134</sup> attestiert wird. Besonders ausgeprägt seien die Versuche der Bundesrepublik, seit nunmehr fünfzehn Jahren die DDR in ihrer Entwicklung zu hemmen und vor der Weltöffentlichkeit herabzusetzen.<sup>135</sup> Da die ökonomische Potenz

des „Klassenfeinds“ vor der eigenen Bevölkerung unbestreitbar ist, wird offenbar primär mit kulturellen und innenpolitischen Faktoren beim Narrativ der „Unterentwicklung“ argumentiert. Überraschenderweise ist die Idee einer außenpolitisch von den US-Amerikanern abhängigen westdeutschen „Kolonie“<sup>136</sup> als Pendant zur Bonner Kritik nicht nachweisbar, vielmehr wird von „Statthaltertum“<sup>137</sup> gesprochen. Dies geht allerdings über Ironisierung der vermeintlichen Freiheit des Westens durch die Verwendung von Führungszeichen nicht hinaus.<sup>138</sup>

Eine offensivere öffentliche Darstellung hätte möglicherweise ungewollte Parallelen zum eigenen Verhältnis zur Sowjetunion haben können. NEUES DEUTSCHLAND transportiert dagegen regelmäßig Erfolgsmeldungen, wie die Äußerungen Chruschtschows über das „Wirt-

<sup>132</sup> *Wie man fremde Studenten ködert.* In: DIE WELT, 15. Dezember 1962, *Die Geistige Welt*.

<sup>133</sup> *Zehntausende säumten die Straßen.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. April 1963, S.2.

<sup>134</sup> *Die Unterentwickler.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 13. August 1961, S.6.

<sup>135</sup> *Aus der Rede des Ministerpräsidenten Stophs zur Eröffnung der Leipziger Jubiläumsmesse am 27. Februar 1965.* In: DzD 1965, S.233.

<sup>136</sup> GIBAS, 2004, S.87.

<sup>137</sup> *Höhere Qualität der Arbeit - Kettenglied im Kampf für Frieden und Sozialismus.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. Juni 1960, S.3

<sup>138</sup> „[...] der ‚westlichen ‚freien Welt‘“ Vgl. *Afrikawoche gegen Afrika.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 23. Oktober 1960, S.2.

schaftswunder in der DDR“, wonach das Land zu einem der „mächtigsten Industriestaaten“<sup>139</sup> gehöre und gemäß Ulbrichts Zielvorgabe die „alte westdeutsche Witwe“ bald überflügeln werde. Die DDR gehöre infolge ihres Industrievolumens „zu den 10 [sic!] meistentwickelten Ländern der Welt“<sup>140</sup>, so auch die Nachrichtenagentur TASS anlässlich der Sansibar-Krise: Die Existenz eines solchen Staats könne nicht langfristig ignoriert werden.

Bemerkenswerterweise charakterisieren auch westdeutsche Akteure den eigenen Staat zum „Entwicklungsland.“ So hat WENGELER darauf verwiesen, dass DER SPIEGEL 1961 unter dem Titel „Die Bundesrepublik – ein unterentwickeltes Land“<sup>141</sup> eine vierteilige Serie veröffentlicht, die proklamiert, dass „die Zivilisationsbauten, die für farbige Völkerstämme in Wüsten und im Dschungel mit Hilfe deutscher Steuergelder entstehen, [...] auch in Westdeutschland dringend benötigt“<sup>142</sup> würden, wobei auf die teilweise marode Infrastruktur, fehlende Krankenhäuser sowie Missstände in Schulen und Universitäten verwiesen wird. Dabei will DER SPIEGEL nachweisen, „daß die Bonner Auslands-Hilfe weniger Jahre [...] ausreichen würde“, um diese Probleme zu beheben. Die Bundesrepublik leide nach der WELT außerdem unter einem „starke[n] Zivilisationsgefälle zwischen Stadt und Land“<sup>143</sup>, was als strukturelle Heterogenität ein distinktives Merkmal der Entwicklungsländer darstellt. Bundesernährungsminister Schwarz bezeichnet sogar Subventionen der heimischen Landwirtschaft als „Entwicklungshilfe im Inneren.“<sup>144</sup> Auch wird unter dem Titel „Das unterernährte Dorf“<sup>145</sup> die schwierige Haushaltslage vieler deutscher Kommunen thematisiert. Solange im eigenen Land defizitäre Strukturen als existent betrachtet werden, was im übrigen trotz vielseitiger Reformen durchaus konstant der Fall sein kann, befindet sich die westdeutsche Entwicklungspolitik offensichtlich in einem permanenten innergesellschaftlichen Rechtfertigungszwang. So

<sup>139</sup> *Chruschtschow bei seinem DDR-Besuch anlässlich Ulbrichts siebzigsten Geburtstags im Juni 1963.* In: AdG 1963, 10672 C.; Ähnlich auch: Die DDR zähle infolge ihrer industriellen Entwicklung „zu den zehn meistentwickelten Ländern der Welt“, so TASS anlässlich der Sansibar-Krise. Vgl. *Erklärung der Nachrichtenagentur TASS zur Deutschlandfrage am 7. März 1964.* In: DzD 1964, S.351.

<sup>140</sup> *Erklärung der Nachrichtenagentur TASS zur Deutschlandfrage am 7. März 1964.* In: DzD 1964, S.351.

<sup>141</sup> WENGELER, 1995, S.694.

<sup>142</sup> *Die Bundesrepublik – Ein unterentwickeltes Land.* In: DER SPIEGEL Nr.36/1961, S.32.; Ähnlich auch der FDP-Abgeordnete Eilers, über die „Misere des Bildungssystem ausgerechnet beim „Volk der Dichter und Denker.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTS. 101. Sitzung am 12. Februar 1960, S.5472 C.; „Wenn in letzter Zeit ein Libanese etwa mit seinem Straßenkreuzer auf den Bundesstraßen 18, 30 oder 32 durch Baden-Württemberg gerollt wäre, hätte er sich wahrscheinlich in Zeiten zurückversetzt gefühlt, in denen der Libanon noch ein Land der Kameltreiber war.“ Vgl. *Die Bundesrepublik – Ein unterentwickeltes Land.* In: DER SPIEGEL Nr.39/1961, S.50.

<sup>143</sup> *Auch das reichte Dorf ist noch arm.* In: DIE WELT, 27. Mai 1961, S.8.

<sup>144</sup> „*Entwicklungshilfe für die Bauern*“. In: DIE WELT, 11. Februar 1961, S.1.; *Entwicklungshilfe für das Rubrrevier?* In: DIE WELT, 14. Dezember 1963, S.23.

<sup>145</sup> *Das unterernährte Dorf.* In: DIE WELT, 14. Mai 1958, S.3.

kommen stets bei innenpolitischen Krisen, wie der Flutkatastrophe 1962 oder generell für Westberlin, Vorschläge, die für „Entwicklungshilfe“ vorgesehenen Gelder anderweitig einzusetzen.<sup>146</sup> Politiker aller Parteien und die Presselandschaft der Bundesrepublik zeigen sich von Ängsten um die ökonomische Prosperität des Landes geplagt. Dieses intrinsisch angelegte Narrativ, das als permanentes Schreckensbild die Implosion des gerade stabilisierten Wirtschaftssystems vor Augen führt, spielt besonders in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine permanente Rolle in der Debatte um das entwicklungspolitische Engagement. Mit BÜRKI kann dieser Reflex als „indirekter Eigenbezug“<sup>147</sup> bezeichnet werden, wenn bei Betrachtung der Probleme Afrikas sofort die Sorge um die eigene Zukunft aktiviert wird. So verweist Adenauer bereits 1956 bei einer Diskussion um eine mögliche Unterstützung Indiens auf „die Vertriebenenfrage, die Wohnungsfrage, [...] die sozialen Fragen“<sup>148</sup> des eigenen Landes, deren Bewältigung „unsere erste Aufgabe“ sein müsse. So wird die „Entwicklungshilfe“ als besonders dünnes und forderndes Junges an den Zitzen von Finanzminister Starke karikiert, der als säugendes und bereits abgemagertes Muttertier über die geringen „Ressortkinder“ jammert. Ähnlich wünscht sich auch der als viehtreibender Bauer dargestellte Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard für das auswärtige Engagement der Bundesrepublik eine „Wirtschafts-Wunder-Wunsch-Kuh.“ Dabei warnt der Bundestagsabgeordnete Vogel, die Bundesrepublik sei keine „Kuh mit unerschöpflichem Euter.“<sup>149</sup> Zum



Abb.43: *Unvernünftige Kinder* [...].  
Aus: DIE WELT, 31.5.1962, S.5.

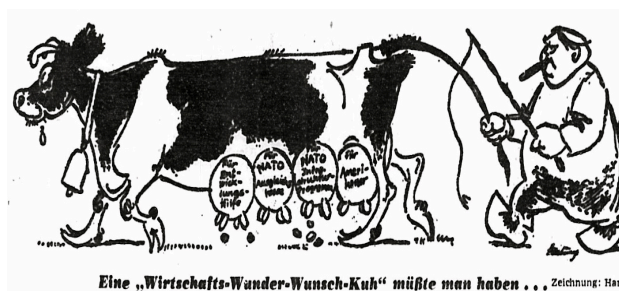


Abb.44: *Eine „Wirtschafts-Wunder-Wunsch-Kuh“* [...].  
Aus: DIE WELT, 23.11.1960, S.3.

<sup>146</sup> Mende: *Entwicklungshilfe kürzen*. In: DIE WELT, 3 Februar 1962, S.2.; *FDP für gezielte Berlin-Hilfe*. In: DIE WELT, 14. Februar 1962, S.2.

<sup>147</sup> BÜRKI, 1977, S.110.

<sup>148</sup> TEEGESPRÄCHE II, 18. Juli 1956, S.106.; Man könne schließlich nicht *allein* dafür zuständig sein, in Indien rund „400 Millionen Menschen zu ernähren.“ Vgl. TEEGESPRÄCHE III, 14. Februar 1961, S.455.

<sup>149</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 26. Sitzung vom 12. April 1962, S.1082 D.

Jahreswechsel 1960 spottet DIE WELT über den wohlgenährten deutschen Michel, dem von seinem Neujahrsbraten, auch durch die „Entwicklungshilfe“, wohl kaum etwas übrig bleiben werde und der vermutlich im neuen Jahr Hunger leiden müsse. Dennoch muss nach FÄBLER konstatiert werden, dass der ökonomische Erfolg ein großes Identifikationspotential für die westdeutsche Bevölkerung bietet, das außerdem frei von politischen Implikationen ist.<sup>150</sup>

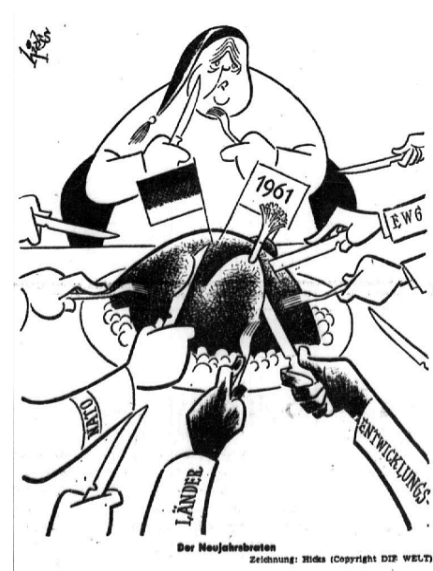


Abb.45: *Der Neujahrsbraten*.  
Aus: DIE WELT, 31.12.1960, S.9.

Beide deutsche Staaten charakterisieren sich wechselseitig als Entwicklungsländer, wobei dieses Narrativ durch die DDR in Bezug auf die Bundesrepublik politisch-kulturell ausgelegt wird, während auf westdeutscher Seite vor allem auf die ökonomischen Probleme jenseits der Grenze verwiesen wird. Im Gegensatz zur DDR werden in der westdeutschen Öffentlichkeit auch die eigenen Entwicklungsdefizite herausgestellt, woraus eine Debatte um die Begrenzung entwicklungspolitischer Leistungen entspringt.

### 6.3.2 Die Überforderungsdebatte

Regelmäßig wird in Westdeutschland die These proklamiert, wonach das Ausland die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik überschätze. Diese wird im Inland beinahe ängstlich in Frage gestellt. Schon 1959, als das Politikfeld ganz am Anfang steht, moniert DIE WELT, die Hilfeleistungen an Ghana seien schon jetzt „nicht gerade knauserig.“<sup>151</sup> Der Journalist Schulze-Vorberg stöhnt gegenüber Adenauer: „Wenn man diesen Aufwand überlegt, um die Schwarzen für den Westen zu gewinnen!“<sup>152</sup> und man bezweifelt sogar den generellen Nutzen entsprechender Hilfeleistungen.<sup>153</sup> DIE WELT fragt alarmistisch: „Noch mehr Entwicklungshilfe?“ und spielt damit auf den berühmten Nachkriegsschlagern an: „Wer soll das bezahlen?“<sup>154</sup> Auch interne Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes sind angesichts der amerikanischen Erwartungen von dieser Sorge gezeichnet.<sup>155</sup> Entsprechend

<sup>150</sup> FÄBLER, 2005, S.143.

<sup>151</sup> *Planfieber in Afrika*. In: DIE WELT, 6. Oktober 1959, S.7.

<sup>152</sup> TEEGESPRÄCHE III, 2. März 1961, S.486.

<sup>153</sup> SCHWARZ, 2010, S.31.

<sup>154</sup> *Wer soll das bezahlen?* In: DIE WELT, 4. März 1961, S.1.

<sup>155</sup> *Botschafter Grewe, Washington, an Staatssekretär Carstens am 1. März 1962*. In: AAPD 1962 Dok.14, S.103.



fordert Adenauer in einem Brief an Erhard schon 1958 neben der Bindung an den „außenpolitischen Aspekt“<sup>156</sup> ausdrücklich die Orientierung an der eigenen Leistungsfähigkeit, was in den Folgejahren stetig wiederholt wird.<sup>157</sup> Er betont in einem anderen Kontext, dass die Bundesrepublik auf dem Feld der „Entwicklungshilfe“ deutlich mehr leisten könne, wenn seine „Kräfte durch das Ringen um die deutsche Selbstbestimmung“<sup>158</sup>, zu der auch die Berlinhilfe oder Mittel für Flüchtlinge gezählt werden, nicht in so starkem Maße gebunden wären. Die deutsche Teilung wird als „entwicklungspolitischer Hemmschuh“ charakterisiert. So wird selbstkritisch die Geberkompetenz der Bundesrepublik angesichts eigener Probleme bezweifelt, denn man wisse ja nicht einmal selber „wie der Zusammenschluss Europas [...] und die Wiedervereinigung Deutschlands“<sup>159</sup> herbeizuführen sei. Diese Ängste deuten bereits auf die „Grenzen des Wachstums“ des *Club of Rome* 1972 voraus und die Forderung, Maß zu halten, wird zum grundsätzlichen Kennzeichen des westdeutschen Entwicklungsdiskurses.<sup>160</sup> So veröffentlicht DER SPIEGEL 1972 eine Umfrage, wonach sich fast drei Viertel der Befragten für eine Kürzung der „Entwicklungshilfe“ aussprechen.<sup>161</sup> US-Botschafter McGhee bezeichnet entsprechende Befürchtungen öffentlich allerdings als unbegründet und „schlichtweg falsch“:<sup>162</sup> Die Erwartungen der Entwicklungsländer seien außerdem eine „schmeichelhafte Anerkennung“ der dem Land zugeschriebenen Stärke. DIE WELT warnt in diesem Kontext davor, dass das Ansehen der Bundesrepublik nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch global und vor allem bei den Vereinigten Staaten sinken werde, wenn sie nicht höhere Entwicklungsbeiträge leiste. So wird gelegentlich sogar selbstkritisch bezweifelt, ob man sich überhaupt genug engagiere.<sup>163</sup> Man müsse die eigene „Leistungsbereitschaft und

<sup>156</sup> „Ein maßgebender Punkt ist naturgemäß auch der, daß wir uns nicht über unsere Kraft hinaus engagieren.“ Vgl. *Brief Nr. 140 vom 28. August 1958*. In: RHÖNDORFER AUSGABE. Briefe 1957-1959, S.150.

<sup>157</sup> So verweist von Brentano in einer Pressekonferenz nach dem Treffen mit Kennedy darauf, dass mehr „Entwicklungshilfe“ nur „im Rahmen der Leistungsfähigkeit“ geleistet werden könne. Vgl. *Aus der Pressekonferenz des Bundesministers von Brentano in Bonn am 20. Februar 1961*. In: DzD 1961, S.352.; Auch Brandt, der sich grundsätzlich positiv zu einer Erhöhung der „Entwicklungshilfe“ äußert, betont, dass diese mit den „eigenen Bedürfnisse“ in Einklang gebracht werden müsse. Vgl. *Fernsehinterview des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, für die Sendereihe „Meet the Press“ der „National Broadcasting Company“ am 13. März 1961*. In: DzD 1961, S.434.

<sup>158</sup> *Aus der Rede des Bundeskanzlers Erhard auf dem 14. Bundesparteitag der CDU in Bonn am 22. März 1966*. In: DzD 1966, S.373.; Ähnlich auch: *Aus der Denkschrift des Vorsitzenden des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Schütz: Reform der Deutschlandpolitik vom 23. September 1965*. In: DzD 1965, S.815.

<sup>159</sup> *Die Gretchen-Frage: Afrika*. In: DIE WELT, 18. Januar 1961, S.3.

<sup>160</sup> *Das Ende des Überflusses*. In: DIE WELT, 24. Februar 1963, S.1.

<sup>161</sup> *Was soll Bonn tun?* In: DER SPIEGEL Nr.44/1972, S.60.

<sup>162</sup> *Aus dem Vortrag des Botschafters der Vereinigten Staaten in Bonn, McGhee, in der Evangelischen Akademie Tutzing am 16. Juli 1964*. In: DzD 1964, S.827 ff.

<sup>163</sup> *Helpen wir genug?* In: DIE WELT, 16. Juli 1960, S.7.



[...] Leistungsfähigkeit<sup>164</sup> vor der Welt und vor allem vor seinen Bündnispartner unter Beweis stellen. Das Bundesfinanzministerium wird in diesem Kontext als „Bremse“<sup>165</sup> bezeichnet, da es beständig eine stärkere Privatisierung der „Entwicklungshilfe“ fordere oder gar die Ausschöpfung bereitgestellter Gelder verhindern wolle. Die Existenz des „anderen Deutschlands“ scheint als ständige Herausforderung empfunden zu werden, die Prävalenz der eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu präsentieren, so HOFMANN, der in diesem Kontext von „Abgrenzung als Staatsräson“<sup>166</sup> spricht. Dabei wolle man die nationale „Leistungsfähigkeit und Überlegenheit des eigenen Gemeinwesens in der außen-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Realität“<sup>167</sup> öffentlichkeitswirksam beweisen.

Selbst die DDR verweist, wenn auch nur implizit und mit einer Erfolgsmeldung verbunden, auf die Grenzen ihrer eigenen Leistungsfähigkeit, wenn sie proklamiert, dass das Land „ungeachtet der großen und komplizierten Aufgaben, die die Deutsche Demokratische Republik auf wirtschaftlichem Gebiet lösen muß“<sup>168</sup> großzügig „Entwicklungshilfe“ leiste. Dies ist allerdings höchst selten der Fall. Nach FÄBLER demonstrieren diese Erfolgsmeldungen die Hoffnung auf eine „*self-fulfilling prophecy*“.<sup>169</sup> Den „Fakt des Bestehens eines solchen Staats“ könne man nicht langfristig ignorieren. So verkörpere die DDR in quasi-heilsbringerischem Impetus „den Fortschritt in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wie auch in der Entwicklung des deutschen Volkes.“<sup>170</sup> Dass ausgerechnet die Bundesrepublik, die deutlich weniger Grund zu wirtschaftlichen Sorgen hat, diese Sorgen offensiver bekundet, erscheint einerseits paradox, ist aber infolge der gelenkten ostdeutschen Berichterstattung, die einen permanent optimistischen Tenor in Bezug auf die eigene Entwicklung proklamiert, nicht überraschend. WOLLWEBER führt in diesem Kontext an, dass Ulbricht das Wort „unmöglich“<sup>171</sup> am liebsten aus dem deutschen Wortschatz habe streichen wollen. Nichtsdestotrotz erscheint die Sorge um wirtschaftliche Nöte im Westen teilweise überzogen: So berichtet

---

<sup>164</sup> *Wir müssen sofort helfen*. In: DIE WELT, 1. März 1961, S.9.

<sup>165</sup> GROTE, 2004, S.28.; *Aufzeichnung des Staatssekretärs Labr am 30. September 1963*. In: AAPD 1963 Dok.369, S.1265.

<sup>166</sup> HOFMANN, 2001, S.169 f.

<sup>167</sup> HOFMANN, 2001, S.171.

<sup>168</sup> *Interview des Ministers Bolz für die indische Zeitschrift „Links“ am 19. März 1961*. In: DzD 1961, S.477.

<sup>169</sup> FÄBLER, 2005, S.145.

<sup>170</sup> *Aus dem Rundfunkinterview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Eisler am 7. März 1965*. In: DzD 1965, S.266.; *DDR verkörpert das Gesetz der Geschichte*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 7. Oktober 1964, S.6.

<sup>171</sup> WOLLWEBER, 1990, S.357.

DIE WELT 1963, die „Armut“ habe gegenwärtig ein anderes Gesicht, da sich die davon betroffenen Menschen „ein Radio und, wenn es hoch kommt, ein Fernsehgerät leisten“<sup>172</sup> könnten, aber dafür seelisch vereinsamen. Inwiefern dies Entwicklungspolitik erschwere, wird allerdings nicht erläutert. Eine weitere Form der „Not“ seien in den Zeiten der Vollbeschäftigung die vielen unbesetzten Arbeitsplätze. In diesem Kontext wird allerdings auf die Möglichkeit verwiesen, Afrikaner dort zu einzusetzen, was ebenfalls zur „Entwicklungshilfe“ gezählt wird.<sup>173</sup> Die Dramatisierung dieser „Luxusprobleme“ zeigt sich paradigmatisch an den Schlagzeilen, wie „Hilfe, wir sind zu reich!“<sup>174</sup> oder „Die Bürde des Wohlstands.“ Während sich beide deutsche Staaten wechselseitig charakteristische Merkmale der Entwicklungsländer zuschrieben, unterscheidet sich der westdeutsche Diskurs durch eine intensive Eigencharakterisierung als Land mit vielen eigenen Entwicklungsdefiziten, was wiederum eine kritische Sicht auf die eigene Leistungsfähigkeit in Sachen „Entwicklungshilfe“ offenbart.

### 6.3.3 „Made in Germany“ als umstrittenes Qualitätssiegel

In engem Zusammenhang mit den historisch angelegten Kontinuitätsnarrativen steht die extern ausgetragene Konkurrenz beider deutscher Staaten um das Qualitätssiegel „*Made in Germany*“, das nach Darstellung von DIE WELT speziell in Afrika eine große Bedeutung besitze.<sup>175</sup> Entsprechend bescheinigt US-Botschafter McGhee den Deutschen bei seinem Tutzingener Vortrag im Sommer 1964, die Entwicklungsländer hätten „größte Achtung vor Ihrer Tüchtigkeit, Ihrer Tatkraft und Ihrem Fortschritt.“<sup>176</sup> In den ehemaligen deutschen Kolonien komme noch hinzu, dass die Deutschen infolge ihrer alten Weltmachtstellung ohnehin respektiert und nach Aussage von DIE WELT „eine Legende“ seien. Die „Bewunderung, Anerkennung, Zuneigung, fast Verehrung“<sup>177</sup>, die den Deutschen in Afrika begegne, sei ein wohltuender Gegensatz zur Kühle und Misstrauen, mit der man nach den Weltkriegen häufig konfrontiert sei. Entsprechend karikiert DIE WELT den deutschen Urlauber, der in

<sup>172</sup> *Armut 1963?* In: DIE WELT, 12. Januar 1963, S.3.

<sup>173</sup> *Arbeitsplätze.* In: DIE WELT, 8. Juni 1960, S.1.

<sup>174</sup> *Hilfe, wir sind zu reich!* In: DIE WELT, 25. Mai 1960, S.1.; *Die Bürde des Wohlstands.* In: DIE WELT, 22. Oktober 1960, S.1. *Entwicklungshilfe - fragwürdige Waffe.* In: DIE WELT, 10. März 1965, S.1.; *Wohin mit dem Überfluß?* In: DIE WELT, 14.9.1963, Die Geistige Welt.

<sup>175</sup> „*Made in Germany*“ gilt in Afrika sehr viel. In: DIE WELT, 27. September 1961, S.10.

<sup>176</sup> *Aus dem Vortrag des Botschafters der Vereinigten Staaten in Bonn, McGhee, in der Evangelischen Akademie Tutzing am 16. Juli 1964.* In: DzD 1964, S.827 ff.; „*Deutsche – ein erstaunliches Volk*“. In: DIE WELT, 8. September 1958, S.3.

<sup>177</sup> *Deutsche Legende in Afrika.* In: DIE WELT, 11. März 1960, S.5.

Europa, und speziell seinem Lieblingsferienziel Italien, unerwünscht ist und stattdessen erwägt, nach Kamerun zu reisen: „da sind wir so beliebt...!“ Dieses Gefühl des Misstrauens aus den Nachbarländern könnte gerade anlässlich der 1960 tobenden Antisemitismusdebatte und dem im Jahr darauf erfolgenden Eichmann-Prozess Kompensation durch eine imaginierte Beliebtheit auf andere Kontinenten erfahren. Die in der westdeutschen Pressedarstellung überwiegend als positiv gezeichneten Erinnerungen der Afrika-

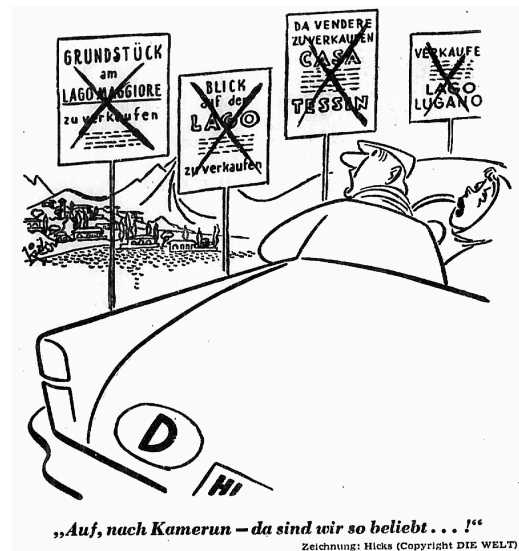


Abb.46: „Auf nach Kamerun [...]“.  
Aus: DIE WELT, 12. Januar 1960, S.2.

ner an die deutsche Kolonialherrschaft wird darauf zurückgeführt, dass das Deutsche Reich eine schnelle und nachhaltige Entwicklung seiner zahlenmäßig wenigen Kolonien betrieben habe. Auch dominiere ein positives Bild des deutschen Pioniergeists, wonach Deutsche es verstünden, „die Ärmel hoch[zu]krepeln“ und Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit zu haben.<sup>178</sup> So fordert der westdeutsche Botschafter in Tanganjika schnell und unbürokratisch zu helfen und argumentiert dabei mit dem „[guten] Ruf deutscher Tüchtigkeit und Gründlichkeit“<sup>179</sup>, den man nicht verspielen dürfe. Diese Sympathien stünden im Gegensatz zu dem Misstrauen und der Feindseligkeit, die den Deutschen infolge zweier Weltkriege teilweise in Europa entgegenschlugen. Ein amerikanischer Journalist berichtet sogar, er habe vor seiner Tätigkeit im Nahen Osten ein halbes Jahr in Bonn verbracht, da es „eine schlechte Visitenkarte“<sup>180</sup> sei, aus Paris, London und New York einzureisen. Das westdeutsche Bedürfnis nach Anerkennung und Sympathie im Ausland, das offenbar in Europa verweigert oder nicht ausreichend erfüllt wird, könnte durch engere Beziehungen zu den Entwicklungsländern wenigstens partiell kompensiert werden. Entsprechend fürchten einzelne Stimmen in der Bundesrepublik, dieses Prestige in Sachen Zuverlässigkeit und technischer Überlegenheit könnte durch den miserablen Auftritt der DDR in Sachen „Entwicklungspolitik“ nachhaltig geschädigt werden. So fragt DIE WELT im Herbst 1962 beunruhigt: „„Made in Germany“ – in

<sup>178</sup> REYELS, 2009, S.150.

<sup>179</sup> *Schreiben der Botschaft in Dar-es-Salaam vom 28. März 1962*. In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>180</sup> *Die Deutschen im Nahen Osten*. In: DIE WELT, 13. Mai 1958, S.1.

Gefahr?<sup>181</sup> Das Gütesiegel (west-) deutscher Wertarbeit solle nach FÄBLER nicht korrumpiert werden, was einen internationalen „Etikettenstreit“<sup>182</sup> zur Folge hat. Man fürchtet offenbar, die DDR könnte dieses Qualitätssiegel bewusst einsetzen, um vom „guten deutschen Ruf“ zu profitieren und um den Zuschlag für wirtschaftliche oder entwicklungspolitische Abkommen zu erhalten. Entsprechend karikiert DIE WELT Ulbricht als Leichtmatrosen, der auf dem Flaggschiff des deutschen Michels, welcher gleichsam als Galionsfigur dient, in Afrika jubelnd empfangen wird. Der am Hut leicht als Pirat zu erkennende Staatsratsvorsitzende scheint das Segelschiff unrechtmäßigerweise gekapert zu haben und segelt mit dem Versprechen „made in Germany“ demnach „unter falscher Flagge.“ Im ostdeutschen Diskurs wird die Formel „made in Germany“ lediglich als „ehemalige[r] Qualitätsbegriff“<sup>183</sup> behandelt und in dieser Konsequenz in der Regel nur in negativen Kontexten verwendet: So seien Atomwaffen oder „Öldollars“ durch die Beteiligung westdeutscher Wissenschaftler und Konzerne „made in Germany.“<sup>184</sup> Paradoxerweise scheint Ostberlin diese Formel dennoch für sich zu beanspruchen und betreibt teilweise eine Differenzierung zwischen einem im Ausland vorgeblich positiv konnotierten „made in GDR“<sup>185</sup> und zum bereits beschädigten „made in Western Germany.“ So erklärt NEUES DEUTSCHLAND speziell den deutschen Ingenieur zum weltweiten „Sinnbild soliden Schaffens“<sup>186</sup>, dessen globale Verantwortung nur durch den gut



Abb.47: *Unter falscher Flagge.*  
Aus: DIE WELT, 14. Januar 1961,  
Das Forum der Welt.

<sup>181</sup> „Made in Germany“ – in Gefahr? In: DIE WELT, 27. Oktober 1962, Das Forum der Welt.

<sup>182</sup> FÄBLER, 2005, S.139.

<sup>183</sup> *Teuerungswelle wie nie zuvor.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. April 1964, S.2.

<sup>184</sup> *Öldollars made in Germany.* In: NEUES DEUTSCHLAND 28. Februar 1957, S.2.; *Es bleibt dabei: Fort mit den Atomwaffen!* In: NEUES DEUTSCHLAND, 19. April 1957, S.1.

<sup>185</sup> „Kameras aus Dresden, Tuche aus Cottbus. Büromaschinen aus Erfurt und Sömmerda künden in allen Erdteilen von der Qualität der Erzeugnisse made in DDR. [...] Wie man sieht, haben nicht nur die Borgward-Pleite und der Rourkela-Skandal den Qualitätsbegriff ‚made in Western- Germany‘ ramponiert.“ Vgl. *Präzisionsarbeit.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 30. August 1961, S.1.; „In Tausenden Betrieben der DDR arbeiten Millionen Menschen an Waren, die ihre Reise ins Ausland antreten sollen und auf denen man dort lesen kann ‚Made in Germany.‘“ Vgl. *Wie steht es mit unserem Außenhandel?* In: NEUES DEUTSCHLAND, 22. August 1957, S.3.; „Auch wir sind stolz auf ‚Made in Germany.‘“ So ein ostdeutscher Ingenieur auf der Leipziger Messe. Vgl. *Bonn soll seine Tabus abbauen.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. März 1964, S.7.

<sup>186</sup> *Sinnbild soliden Schaffens.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. April 1961, S.5.

ausgebildeten und weltanschaulich geschulten ostdeutschen Techniker erfüllt werden könnte. Mit ihrer friedlichen Außenpolitik gewinne sie „Deutschlands guten Namen“<sup>187</sup> zurück, ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik, die diesen durch ihr aggressives Auftreten noch weiter ruiniere. Als Konsequenz für die eigene Entwicklungspolitik bilanziert DIE WELT, Bonn könne und müsse sich durch qualitativ bessere Angebote hervortun.<sup>188</sup> Im Zuge der diplomatischen Krise um Ulbrichts Kairobesuch 1965 kritisiert dieser im Interview, das Agieren Bonns, das sich in erster Linie durch eine „Flut von Verunglimpfungen und Beleidigungen“<sup>189</sup> ausgezeichnet habe, habe „nicht gerade zur Förderung des Ansehens des deutschen Namens im Ausland beigetragen.“ Damit wirft er Bonn Rufschädigung am gesamten deutschen Volk vor, als dessen Vertreter er sich inszeniert. Kanzler Erhard empört sich wiederum über den umgekehrten Alleinvertretungsanspruch des von ihm als „Mauermeister“<sup>190</sup> bezeichneten DDR-Staatsratsvorsitzenden.

Auf Seiten der DDR werden mögliche Zweifel an den Vorzügen der eigenen Entwicklungspolitik nicht geäußert, während man sich auf die Kritik der westdeutschen Praxis konzentriert. In diesem Kontext unterstellt man sogar, die Bundesrepublik werbe die hervorragend ausgebildeten ostdeutschen Ingenieure gezielt für Aufbauarbeit im eigenen Land ab.<sup>191</sup> Die Konflikte um das Qualitätssiegel „*made in Germany*“ und den „guten deutschen Ruf“ demonstrieren paradigmatisch den Streit der beiden deutschen Staaten um die Fortführung der als positiv erachteten Narrative von Deutschland im Ausland durch ihr eigenes entwicklungspolitisches Engagement. Augenscheinlich nimmt der ostdeutsche Entwicklungsdiskurs genuin westdeutsche Narrative auf und beansprucht diese für sich: Dies gilt auch für die „Sage vom Wirtschaftswunder“<sup>192</sup>, die nach Darstellung von DIE WELT „bis in den Urwald gedrungen“ sei, wobei NEUES DEUTSCHLAND den eigenen wirtschaftlichen Aufbau infolge der zu überwindenden Schwierigkeiten zum „wahr[e] Wunder“<sup>193</sup> deklariert. Ähnlich transportieren auch die Akten des Auswärtigen Amtes die „Bewunderung“ der Afrikaner für den

<sup>187</sup> DDR gewann Deutschlands guten Namen zurück. In: NEUES DEUTSCHLAND, 31.12.1959, S.6.

<sup>188</sup> „Deutsche – ein erstaunliches Volk.“ In: DIE WELT, 8. September 1958, S.3.

<sup>189</sup> Vertreter des ganzen deutschen Volkes. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. März 1965, S.3.

<sup>190</sup> „Das sei der Gipfel“, so Erhard. Vgl. *Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit den Botschaftern der Drei Mächte vom 5. März 1965*. In: AAPD 1965 Dok.112, S.458.

<sup>191</sup> Sinnbild soliden Schaffens. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. April 1961, S.5.

<sup>192</sup> Afrika-Woche im Oktober. In: DIE WELT, 23. Mai 1960, S.2.

<sup>193</sup> Dabei wird genüsslich *Times* zitiert: „Der Wiederaufbau von Zeiss ebenso wie der Wiederaufbau der deutschen Industrie östlich der Elbe schlechthin ist ein größeres Wunder als das besser bekannte westdeutsche Wirtschaftswunder, wenn man bedenkt, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren“ Vgl. *Die DDR – das wahre Wunder*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 30. August 1964, S.7.; Außenminister Schröder erkennt diese Leistungen zwar an, betont jedoch, dass diese ausschließlich auf die „Tüchtigkeit seiner Bevölkerung“ zurückgingen

westdeutschen Wiederaufbau, die gepaart mit der Hoffnung sei, diese Entwicklung dort wiederholen zu können.<sup>194</sup>

## 6.4 DIE GESELLSCHAFTLICHEN BEZÜGE

### 6.4.1 Die unitäre Friedens- und Zivilmacht

Eng mit den Vorwürfen der nationalsozialistischen Vergangenheit verbunden erscheint das durch beide deutsche Staaten proklamierte Anliegen, global als einzige deutsche Friedens- und Zivilmacht wahrgenommen zu werden. Das eigene entwicklungspolitische Engagement erscheint dabei als konstitutives Element dieses exklusiv formulierten Anspruchs, wohingegen man der „Entwicklungshilfe“ des „anderen Deutschlands“ die bewusste Stiftung oder Verschärfung von Unruhen in den Empfängerländern unterstellt.

BENSER bezeichnet die Devise „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen“<sup>195</sup> als dominierende Konstituente des ostdeutschen Selbstverständnisses, wobei offensichtlich auch das Politikfeld „Entwicklungshilfe“ im Dienste dieses Auftrags steht. So proklamiert der V. Parteitag der SED 1958 diese Idee zu einem elementaren Teil ostdeutscher „Friedenspolitik.“<sup>196</sup> Auch heißt es in den dort von Ulbricht verkündeten „zehn Geboten der sozialistischen Moral“ gleich im ersten Gebot: „Du sollst dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse [...] sowie die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.“<sup>197</sup> Diese Forderung an die ostdeutsche Bevölkerung wird beispielsweise in Form des zwei Jahre später gegründeten Solidaritätskomitees verwirklicht, in der sich insbesondere der FDG und die FDJ engagieren.<sup>198</sup> Generell wird die DDR zur „stärkste[n] Friedensmacht“<sup>199</sup> und „erste[n] deutsche[n] Friedensstaat“<sup>200</sup> stilisiert. Auch

---

und sogar „gegen die Erschwerung durch die kommunistische Regierung“ erbracht würden. Vgl. *Rede des Bundesministers Schröder auf dem 13. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf am 20. März 1965*. In: DZD 1965, S.341 f.

<sup>194</sup> *Instruktion für den neu ernannten Botschafter in Tanganjika vom 11. Mai 1965*. Merkblatt „Ostblock-Aktivität.“ In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>195</sup> BENSER, 2009, S.33.

<sup>196</sup> *Aus dem Bericht des ZK der SED an den V. Parteitag am 10. Juli 1958*. In: DZD 1958, S.1388.; *Von der DDR wird stets der Frieden ausstrahlen* In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. April 1961, S.1.; *Das Friedenswort der DDR bewegt die Völker*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 30. Dezember 1961, S.3.

<sup>197</sup> „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“. Vgl. [https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/havemann/docs/material/1958\\_zehn\\_gebote.pdf](https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/havemann/docs/material/1958_zehn_gebote.pdf) [25.6.2020]

<sup>198</sup> BRUNNER, 2015, S.66.

<sup>199</sup> *Bastion des Friedens im Herzen Europas*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. August 1957, S.1.; *Rede des Genossen Ulbricht*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Mai 1960, S.5.

<sup>200</sup> „Niemand kann übersehen, daß somit die DDR die rechtmäßige Vertreterin der friedlichen Interessen der großen Mehrheit der deutschen Nation geworden ist.“ Vgl. *Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der*

bezeichnet Ulbricht die DDR in seinem Referat auf dem V. Parteitag der SED als das „andere Deutschland“<sup>201</sup>, das sich international durch eine grundsätzliche differierende Außenpolitik auszeichne. Diese liege primär darin, dass man die Charta der Vereinten Nationen mit den Prinzipien der Nichteinmischung und friedlichen Konfliktbeilegung zur Maxime des außenpolitischen Handelns gemacht habe.<sup>202</sup> NEUES DEUTSCHLAND verweist darauf, dass die ostdeutsche Regierung ihre Frie-



Abb.48: *Titellose Karikatur.*  
Aus: NEUES DEUTSCHLAND, 14.11.1958, S.5.

denspolitik auch innerdeutsch vorantreibe und einseitig um die Verständigung mit der Bundesrepublik ersuche, wobei die regelmäßigen Schreiben Ulbrichts an westdeutsche Regierungspolitiker als „Beweise“ angeführt werden.<sup>203</sup> Nach WOLFRUM vertritt die DDR hier zumindest einen „moralischen Alleinvertretungsanspruch.“<sup>204</sup> Entsprechend erscheint die DDR in einer auch künstlerisch ideologisierten Karikatur als übermächtiger Staat der freundlichen Werktätigen, die einem sehr viel kleineren, aber mit einer Atomwaffe ausgestatteten Westdeutschen gegenüberstehen, der in Haltung und Zügen stark an Hitler erinnert.<sup>205</sup> Der Staatsratsvorsitzende verweist in der ägyptischen Zeitung AL AHRAM auch darauf, dass die Bundesrepublik durch „die Einführung einer Separatwährung“<sup>206</sup> allein für die deutsche Teilung verantwortlich sei: Auch wird regelmäßig der Druck beklagt, unter den Bonn die afrikanischen Staaten setze, wenn es um die Kontakte mit Ostberlin gehe.<sup>207</sup> Dies verdeutlicht

DDR, Walter Ulbricht, vor dem diplomatischen Korps am 26. September 1960: Vgl. DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, Berlin (O): 1984, S.81.; Ähnlich begreift sich Ulbricht auch bei seinem Besuch in Kairo als „Vertreter des ganzen friedliebenden deutschen Volkes.“ Vgl. Aus dem Rundfunkinterview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Eisler am 7. März 1965. In: DzD 1965, S.265.

<sup>201</sup> Aus dem Referat des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht. In: DzD, 1958, S.1395.

<sup>202</sup> Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR am 24. Oktober 1960. In: DzD 1960, S.454.

<sup>203</sup> „Die Deutsche Demokratische Republik tritt seit dem ersten Tage ihres Bestehens für eine Politik der Verständigung mit der westdeutschen Bundesrepublik ein und hat hierfür eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet.“ Vgl. Vortrag des Abteilungsleiters im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Kobl, über den Deutschlandsender. In: DzD 1964, S.808.

<sup>204</sup> WOLFRUM, 2002, S.119.

<sup>205</sup> Im gleichen Jahr stationiert allerdings die Sowjetunion Atomwaffen in Fürstenberg/Havel und Vogelsang, was in diesem Kontext keine Erwähnung findet.

<sup>206</sup> Interview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht für die Zeitung Al Abram am 23. Februar 1965. In: DzD 1965, S.220.

<sup>207</sup> Notiz Sibus vom 18. September 1963. In: PA/MfAA A 15934.

den Versuch, die Bundesrepublik im Ausland als Aggressor zu diffamieren, der sich im Gegensatz zur DDR gegen die Werte von Frieden und Völkerverständigung positioniere.

Auch Bonns Außenminister von Brentano proklamiert die Ambition, durch die eigene „Entwicklungshilfe“ „einen entscheidenden Beitrag für die Erhaltung [...] des Friedens und der Freiheit in der Welt und damit auch des Friedens und der Freiheit für unser deutsches Volk zu leisten“<sup>208</sup>, was auch dem Auftrag des Grundgesetzes entspricht. Bemerkenswert erscheint, dass dabei die Wiedervereinigung und partiell auch die Verständigung mit Osteuropa als Teil einer aktiven Friedenspolitik herausgestellt und damit ein indirekter Konnex zum entwicklungspolitischen Sektor konstruiert wird.<sup>209</sup> Dem gegenüber degradiert NEUES DEUTSCHLAND den Bundesadler anlässlich Lübkes Afrikareise von 1962 zu einem riesigbedrohlichen und dürftig als „Friedenstaube“ getarnten Aasgeier, der einen winzigen Sack entwicklungspolitischer Gaben über einem kleinen afrikanischen Dorf ausschüttet. Die Bildunterschrift „Geier bleibt Geier“ suggeriert die Vergeblichkeit der friedenspolitischen „Tarnung“ des militaristischen Aggressors Bundesrepublik, die auch von den Entwicklungsländern durchschaut würde. Die westdeutsche Regierung wird sogar mit „Hyänen“<sup>210</sup> verglichen. DIE WELT proklamiert mit ihrer Darstellung dagegen, dass Lübke es trotz der an den Schweißperlen sichtbaren Anstrengung „ausgezeichnet“ verstehe, auf dem „afrikanischen Flügel“ zu spielen, was im Übrigen ebenfalls einen instrumentellen Charakter des Kontinents impliziert. Die friedlichen Ambitionen werden auch durch die Botschafter öffentlich im Ausland erklärt.<sup>211</sup> Durch die DDR wird die Bundesrepublik dagegen als Aggressor gegen die Bemühungen um internationale



Abb.49: *Geier bleibt Geier.*  
Aus: NEUES DEUTSCHLAND,  
22. Januar 1962, S.2.

<sup>208</sup> Bemerkenswert erscheint in diesem Kontext auch die Orientierung am US-amerikanischen „Peace Corps“, die schon namentlich für diese Programmatik eintreten. Vgl. Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9225 C.

<sup>209</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 92. Sitzung am 24. Oktober 1963, S.4277 C.

<sup>210</sup> *Afrika will keine Bonner Hyänen.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. November 1963, S.2.

<sup>211</sup> „Wir verfolgen in Afrika keine anderen Ziele als die der Förderung des Friedens, des Fortschritts und der Selbstbestimmung“ Vgl. *Ansprache Schroeders bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens am 13. Dezember 1962.* In: PA/AA B34 Bd.366.



Entspannung und Frieden charakterisiert und öffentlich daran erinnert, dass dieser Politikstil „die Völker bereits zweimal in Weltkriege gestürzt habe.“<sup>212</sup> Entsprechend erklärt der Ostberliner Oberbürgermeister Ebert im März 1965, Bonn hätte Nasser anlässlich der Ulbricht-Einladung „am liebsten [...] den Krieg erklärt.“<sup>213</sup> Wer die DDR nicht anerkenne, bestärke außerdem „gewollt oder ungewollt“ den Revanchismus der Bundesrepublik, während enge Beziehungen wie „ein zusätzlicher Schutzwall“<sup>214</sup> dagegen wirkten. Nicht nur



Abb.50: *Spielt ausgezeichnet.*  
Aus: DIE WELT, 17. Januar 1962, S.2.

Bonn, sondern der Westen generell, wollten durch als Entwicklungshelfer getarnte Aktivisten innenpolitische Unruhen und Umstürze in den nichtpaktgebundenen Staaten schüren, so der stereotyp wiederholte Vorwurf.<sup>215</sup>

Von Brentano kritisiert im Gegenzug, die Entwicklungspolitik des gesamten Ostblocks ziele lediglich darauf, statt „Freiheit und Unabhängigkeit [...] systematisch Unruhe und Unordnung zu schüren“<sup>216</sup> und sei häufiger nicht mehr als reine „Militärhilfe.“ Hier zeigt sich exemplarisch das von WOLFRUM bereits aufgezeigte „ideologische Gegensatzpaar“<sup>217</sup> von „Frieden“ und „Freiheit“. Dabei wird auch regelmäßig auf die Inhaftierung politischer Gegner und die gewaltsam durchgesetzte Abschottung der DDR verwiesen, die das friedenspolitische „Feigenblatt“ Ostberlins, auch und gerade vor den Entwicklungsländern, klar demontiere. So äußert Erhard empört, dass in Bezug auf die Bundesrepublik „das Schreckensbild eines revanchelüsternen Deutschland“<sup>218</sup> verbreitet werde, aber der durch die DDR durchgeführte Mauerbau und die Ereignisse vom 17. Juni 1953 doch ganz und gar nicht „zum Bilde des ‚humanitären Kommunismus‘“ passe. So ergibt sich ein deutsch-deutscher

<sup>212</sup> *Erklärung der Regierung der DDR zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Guinea am 10. März 1960.* In: DzD 1960, S.503.

<sup>213</sup> *Rede des Oberbürgermeisters von Ost-Berlin, Ebert, auf der 21. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig am 6. März 1965.* In: DzD 1965, S.257.

<sup>214</sup> *Erklärung der Nachrichtenagentur TASS zur Deutschlandfrage am 7. März 1964.* In: DzD 1964, S.351 f.

<sup>215</sup> *Friedenskorps und Partisanenkrieg.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. März 1961, S.5.

<sup>216</sup> *Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9222 C.*

<sup>217</sup> WOLFRUM, 2002, S.85.

<sup>218</sup> *Rede des Bundeskanzlers Erhard vor dem „Council on Foreign Relations“ in New York am 11. Juni 1964.* In: DzD 1964, S.683.

Dualismus im Widerstreit um das exklusiv formulierte Narrativ einer glaubwürdigen deutschen Friedens- und Zivilmacht, wobei beide Seiten proklamieren, engere freundschaftliche Beziehungen zum eigenen Staat lägen im nationalen Interesse der Entwicklungsländer und stärkten den Weltfrieden.

#### 6.4.2 Der „wahre Freund“ der Entwicklungsländer

Eng mit diesem narrativen Konstrukt ist das in beiden deutschen Staaten vorherrschende Argumentationsmuster verbunden, der „wahre Freund“ der Entwicklungsländer zu sein. Dies demonstrieren die symptomatischen Titel und Zwischenüberschriften in NEUES DEUTSCHLAND, in denen sich die DDR in stereotypischer Weise als „selbstloser Freund Afrikas“<sup>219</sup>, „natürlicher Verbündeter“<sup>220</sup> und „zuverlässiger Partner“<sup>221</sup> charakterisiert. Ähnliche Wirkung sollen die zentral gelenkten Aktionen und Feiertage haben, wie die „Woche der Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf der Völker Afrikas“<sup>222</sup> im Mai, gefolgt von ähnlich gelagerten Aktionen für die arabischen Staaten im Juni.

Guy Mollet berichtet in einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bad Godesberg am 9. Januar 1964, dass Chruschtschow jegliche nationalen Intentionen der „Entwicklungshilfe“ vehement bestreite und eine Verlagerung auf multilaterale Hilfe mit folgenden Worten ablehne: „Wenn ihr Kolonialisten Geld leiht oder technische Hilfe gewährt, so tut ihr es, weil ihr Kolonialisten seid. Wenn ich Kredite gebe, so tue ich es unentgeltlich.“<sup>223</sup> Die DDR charakterisiert die Bemühungen um Multilateralisierung westlichen Engagements bissig als „moderne Form der Ausbeutung von Entwicklungsländern“<sup>224</sup> und spricht vom „kollektive[n] Kolonialismus.“ Auch Moskau inszeniert sich regelmäßig als „einzigsten wahren Freund der neuen unabhängigen Staaten in der Welt.“<sup>225</sup> So biete die Sowjetunion im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten Hilfe ohne politische Auflagen an.<sup>226</sup> NEUES DEUTSCHLAND proklamiert in dieser Konsequenz eine „natürliche“ Partnerschaft

---

<sup>219</sup> *DDR ein selbstloser Freund Afrikas.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. März 1961, S.5.

<sup>220</sup> FAULWETTER/LIEBSCHER, 1981, S.597.; *Wer den nationalen Befreiungskampf wirklich unterstützt.* In: Neues Deutschland, 23. Juli 1963, S.5.; *Die DDR ist unser Freund.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 7. April 1961, S.4.; *DDR steht an Afrikas Seite.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 1. März 1966, S.7.

<sup>221</sup> *Freies Afrika im Blickpunkt.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1960, S.4.

<sup>222</sup> BRUNNER, 2015, S.66.

<sup>223</sup> *Aus dem Vortrag des Generalsekretärs der Französischen Sozialistischen Partei, Mollet, vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bad Godesberg am 9. Januar 1964.* In: DzD 1964, S.121.

<sup>224</sup> *Das sind ihre Wirtschaftspraktiken zur Ausplünderung der Völker.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Oktober 1960, S.5.

<sup>225</sup> *Die Reise nach Afrika.* In: DIE WELT, 23. Januar 1962, S.1.

<sup>226</sup> *Moskau bietet Wirtschaftshilfe an.* In: DIE WELT, 28. Dezember 1957, S.2.

der Entwicklungsländer als „aufstrebende Welt“<sup>227</sup> und der DDR als „das Deutschland der Zukunft.“ Besonders deutlich zeige sich dies auf der alljährlichen Leipziger Messe, die als Forum eines fruchtbaren Austauschs diene, so die Zeitung.<sup>228</sup> Dort werde auch die Aufgeschlossenheit der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber den Entwicklungsländern deutlich, die sich klar von der eher abfälligen Haltung anderer Messebesucher, die lediglich als „ausländisch“ bezeichnet würden, absetze.<sup>229</sup> Bemerkenswert erscheint, dass NEUES DEUTSCHLAND stellenweise über Unwissenheit der eigenen Bevölkerung in Bezug auf die Entwicklungsländer berichtet („Können uns diese Länder überhaupt etwas anbieten?“), was allerdings gleich zum Anlass genommen wird, um in didaktischer Manier Aufklärung zu leisten und daher wohl eher als rhetorisches Mittel zu verstehen ist. Auch erscheint die DDR verständnisvoll und selbstlos, wenn rückblickend betont wird, man habe nicht darauf bestanden, „den bisher existierenden Status der staatlichen Beziehungen mit Sansibar auf ganz Tansania auszudehnen“<sup>230</sup>, um dem jungen Staat keine Schwierigkeiten in seinen Beziehungen zu Bonn zu bereiten. Generell wird ein Interessenskollektiv der DDR und der jungen Nationalstaaten stilisiert, die im Kampf gegen den Imperialismus „der gegenseitigen Hilfe“<sup>231</sup> bedürften. Ulbricht transportiert dies auch in die Entwicklungsländer, wenn er in einem Interview mit AL AHRAM anlässlich seines skandalträchtigen Kairobesuchs im Februar 1965 die Parallelen Nassers und seiner eigenen Person sowie der Spaltung der deutschen bzw. arabischen Nation herausstellt. So betont er, dass er den Werdegang Nassers schon lange verfolgt habe, da er selbst schon seit „über einem halben Jahrhundert“<sup>232</sup> gegen die von Ägypten nun bekämpften Kräfte vorgehe. Diese konstruierten Gemeinsamkeiten werden zur Schaffung eines kollektiven und die Entwicklungsländer einschließenden „Wir-Gefühls“ nutzbar gemacht, das auch symbolisch inszeniert wird. Entsprechend berichtet NEUES DEUTSCHLAND, man sei in

<sup>227</sup> *Deutschland der Zukunft*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. Oktober 1965, S.3.

<sup>228</sup> „[...] stündlich ein Beweis angetreten: Der uralte Traum von einem friedlichen Zusammenleben der Völker kann wahrgemacht werden“ Vgl. *Hallstein-Doktrin ging k.o.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 10. März 1961, S.1.

<sup>229</sup> „Na ja, diese Entwicklungsländer?“, meint ein ausländischer Messegast im fünften Stock des Messehofes. Ein Leipziger Mädchen dagegen gibt seiner Freude über die fremdländischen Messegäste lebhaft Ausdruck, fragt aber ihren Begleiter etwas erstaunt: „Können ans diese Länder überhaupt etwas anbieten?“ Vgl. *Freies Afrika im Blickpunkt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1960, S.4.

<sup>230</sup> GESCHICHTE DER AUßENPOLITIK DER DDR. Berlin (O): 1984, S.215.

<sup>231</sup> *Peter Florin: Die internationale Stellung der DDR und ihre Außenpolitik*. In: DzD 1958, S.1303.; So berichtet NEUES DEUTSCHLAND euphorisch über die UN-Vollversammlung am 14. Dezember 1960, auf der sich auf Chruschtschows Forderung nach einer lückenlosen Entkolonialisierung hin eine „Gemeinsame Front der sozialistischen Welt und der jungen Nationalstaaten gegen alte und neue Kolonialherren“ gebildet habe. Vgl. *Das afrikanische Jahr*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.; *Afrika und DDR haben gleiche Interessen*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. November 1963, S.1.

<sup>232</sup> *Interview des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht für die Zeitung Al Abram am 23. Februar 1965*. In: DzD 1965, S.219.

Ägypten „unter der Flagge unserer beiden Länder gefahren“<sup>233</sup> und die von den Entwicklungsländern geteilten Abrüstungsforderungen werden pathetisch formuliert: „[...] erheben wir gemeinsam mit den Völkern aller Staaten [...] unsere Stimme [...]“<sup>234</sup> Schon in seiner programmatischen Grundsatzrede hatte er den Ausspruch „Afrika den Afrikanern“<sup>235</sup> geprägt. Diese Formel soll die Achtung der territorialen Integrität der jungen Nationalstaaten und des Gebots der Nicht-Einmischung demonstrieren. Der Staatsratsvorsitzende betont in selbstloser Manier, dass die DDR nicht an freundschaftlichen Beziehungen zwischen Kairo und Ostberlin interessiert sei, sondern sogar „an guten und freundschaftlichen Beziehungen auch zwischen den Deutschen in der westdeutschen Bundesrepublik und den Bürgern der Vereinigten Arabischen Republik.“<sup>236</sup> Damit erscheint die DDR souverän und selbstlos und, im Gegensatz zur Bundesrepublik, „über den Dingen stehend.“ Um dennoch den Kontrast zu Bonn deutlich zu machen, zitiert NEUES DEUTSCHLAND genüsslich die ausländische Medien zur Sansibar-Krise, dass Bonn immer mehr als verlängerter Arm der „Feinde Afrikas“<sup>237</sup> erkannt würde, frei nach dem Motto: „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.“<sup>238</sup> Paradigmatisch werden die französischen Atomwaffenversuche in der Sahara sowie der Algerienkrieg angeführt, die durch die Bundesrepublik unterstützt würden.<sup>239</sup> Auch werden Bonns Verhalten während der Suezkrise<sup>240</sup> sowie die Kontakte zum Apartheid-Regime kritisiert.<sup>241</sup> Lübke erscheint dabei als „KZ-Experte und Verwoerd-Freund.“<sup>242</sup> Dass

<sup>233</sup> *DDR-Flagge in Alexandria*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. Januar 1960, S.2.

<sup>234</sup> *Otto Winzger: Beispiel für Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. Januar 1960, S.5.; Ähnlich auch: *DDR mit Afrika und Asien gegen Neokolonialismus*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1960, S.7.

<sup>235</sup> *DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN*. Berlin (O): 1984, S.81.

<sup>236</sup> *Ziel des Staatsbesuchs in die Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Februar 1965, S.3.

<sup>237</sup> *Fiasko für die Hallstein-Doktrin*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. Februar 1964, S.5.; *Bonn hilft Feinden Afrikas*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Februar 1965, S.1.; *Entwicklungshilfe ist Mittel der Erpressung*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. September 1965, S.7.; „Die afrikanischen Völker wissen: Was aus der Hand des Imperialismus kommt, ist vergiftet, soll die bröckelnden Positionen der Kolonialherren erhalten und die verlorenen zurückgewinnen helfen.“ Vgl. *Tunis ruft ganz Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. Februar 1960, S.5.

<sup>238</sup> *Aus der Rede des Ministers Bolz in Ost-Berlin am 24. März 1965*, In: DzD 1965, S.326.

<sup>239</sup> *Sie helfen Kolonialherren*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Dezember 1960, S.4.; *DDR mit Afrika und Asien gegen Neokolonialismus*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1960, S.7.

<sup>240</sup> *Erklärung der Regierung der DDR zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Guinea am 10. März 1960*. In: DzD 1960, S.503 f.

<sup>241</sup> „*Entwicklungshilfe*“ – *Teil des Bonner Neokolonialismus*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. April 1967, S.6.; „Südafrikas Tyrannen stammen aus Hitlers 5. Kolonne des zweiten Weltkrieges.“ Vgl. *Verschwörer und Ankläger*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 30. September 1964, S.1.; *DDR warnt mit Nachdruck vor dem Komplott Bonn — Pretoria*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. November 1964, S.2.

<sup>242</sup> *Lübkes Auftrag in Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Februar 1966, S.2.

Ostberlin selbst über Drittstaaten Rohstoffe aus Südafrika bezieht, wird dagegen nicht öffentlich thematisiert.<sup>243</sup> Entsprechend karikiert NEUES DEUTSCHLAND die „Bonner Entwicklungshilfe“ als einen mit nationalsozialistischen Orden geschmückten und grobschlächtigen Soldaten, der aus einer als entwicklungspolitische Lieferung deklarierten Kiste über Pretoria nach Leopoldville steigt und unbewaffnete Afrikaner kaltblütig tötet. Seine Physiognomie und Auftreten



Abb.51: *Bonner Entwicklungshilfe*.  
Aus: NEUES DEUTSCHLAND,  
16. Oktober 1964, S.5.

entsprechen der von SATJUKOW/GRIES entworfenen „Typologie des Bösen“<sup>244</sup> im Sozialismus. Ostdeutsche Medien und Politiker betonten trotz dieser offenkundig empfundenen Bedrohlichkeit, dass sich die Bundesrepublik in einer zunehmend isolierten Lage in den Entwicklungsländern befände: Dies sei einerseits das Ergebnis der westdeutschen Politik selbst, aber auch eine Bestätigung des ostdeutschen Engagements, das der „Entlarvung“ der westlichen Praxis diene und Sympathien durch das klar differierte Auftreten schaffe:

„Die Völker Afrikas sind im Verlauf ihres Unabhängigkeitskampfes reifer geworden, sie haben den Feind und seine Methoden, die von der Peitsche, dem MG, dem KZ und dem Kanonenboot bis zu präparierten ‚Unabhängigkeiten‘ reichen, besser kennengelernt. Die afrikanischen Völker wissen: Was aus der Hand des Imperialismus kommt, ist vergiftet, soll die bröckelnden Positionen der Kolonialherren erhalten und die verlorenen zurückgewinnen helfen.“<sup>245</sup>

Die Bonner Regierung erscheint als „von aller Welt angeklagt“<sup>246</sup> und infolge der voranschreitenden Entkolonialisierung, die sie durch ihr Bündnis mit den kolonialen Mutterländern grundsätzlich ablehne, auf verlorenem Posten. Auch sei deutlich geworden, dass es der Bundesrepublik lediglich darum gehe, den Ausbau der jeweiligen Beziehungen zur DDR zu verhindern.<sup>247</sup> Ulbricht will im Mai 1964 in dieser Folge einen „wachsenden Widerstand“<sup>248</sup>

<sup>243</sup> SCHOLTYSECK, 2010, S.87.

<sup>244</sup> SATJUKOW/GRIES, 2004, S.32 ff.

<sup>245</sup> *Tunis ruft ganz Afrika*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. Februar 1960, S.3.

<sup>246</sup> *Von aller Welt angeklagt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. April 1961, S.1.; *Aufsatz von Professor Kröger: Der Bankrott der Hallstein-Doktrin – eine Krise der ganzen imperialistischen Politik*. In: DzD 1965, S.462.; SPRÖTE/HAHN, 1965, S.7.

<sup>247</sup> *Schreiben der Handelsvertretung in Accra an das MfAA vom 7. Februar 1963*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>248</sup> *Aus der Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht auf einer Kundgebung in Budapest am 11. Mai 1964*. In: DzD 1964, S.557.

der Empfängerländer gegen die „Hallstein-Doktrin“ spüren. Außerdem wird, allerdings ohne die Nennung spezifischer Länder oder Politiker, behauptet, die Entwicklungsländer lehnten die westdeutsche „Entwicklungshilfe“ generell ab.<sup>249</sup> DIE WELT vermutet in diesem Kontext, dass die in ostdeutschen Zeitungen vermeldeten Zitate à la „Wir haben euer Land schon von fern geliebt“<sup>250</sup> den afrikanischen Repräsentanten in den Mund gelegt werden. DER SPIEGEL berichtet 1961 von Broschüren, die in Afrika verteilt würden, die behaupteten, dass es „zwei-erlei Deutsche“<sup>251</sup> gebe: Diejenigen, „die gut sind zu den Negern [...] wohnen in der DDR“, die anderen seien Vertreter einer neokolonialistischen Politik.

Im Gegensatz dazu deklariert auch Außenminister von Brentano die Bundesrepublik zum „wahren Freund“<sup>252</sup> der jungen Nationalstaaten. Um dies öffentlichkeitswirksam zu beweisen, dürfe man selbst nicht „mit Krücken“<sup>253</sup> helfen, sondern die Entwicklungsländer als gleichberechtigte Partner behandeln. Entsprechend fürchtet man anlässlich des Streits um die Zulassung eines ostdeutschen Generalkonsulats in Daressalam, was zum Bruch der Union führen könnte, dass die DDR daraus „ein propagandistisches Mittel“<sup>254</sup> machen würde, wonach Bonn die „Einheit Afrikas“ verhindern wolle. So weise die DDR beispielsweise Stipendiaten aus den Entwicklungsländern, die sich der ostdeutschen Propaganda verweigerten, systematisch aus. In der SPIEGEL-Berichterstattung wird das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik dagegen als echter „Neger-Freund“<sup>255</sup> und deutsche „Idealgestalt im Busch“ beschrieben. Anlässlich der Gründung des DED 1963 verkündet US-Präsident Kennedy, er könne sich kein Volk denken, „das diese Aufgabe mit größerem Erfolg und mit größerer Hingabe lösen könnte als das deutsche Volk.“<sup>256</sup> Warum sich die Bundesrepublik dazu besonders eigne, fasste DIE WELT treffend zusammen: „Weil sie keine Kolonien haben, weil sie gute Ingenieure sind, weil sie in dem Ruf stehen, hart zu arbeiten und weil sie als reich

---

<sup>249</sup> „Die Völker aber wollen nicht, daß es wegen der abenteuerlichen, revanchistischen Politik der westdeutschen Imperialisten und Militaristen zu einem Krieg kommt. Und die eben befreiten Kolonialländer wollen auch nicht das Joch ihrer gestürzten ‚Herren‘ mit dem neuen kolonialen Joch der westdeutschen monopolistischen ‚Entwicklungshelfer‘ tauschen.“ Vgl. *Von aller Welt angeklagt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. April 1961, S.1.

<sup>250</sup> ... *als sei der Wohlstand ausgebrochen*. In: DIE WELT, 9. Mai 1960, S.3.

<sup>251</sup> *Ohne Schecks im Busch*. In: DER SPIEGEL Nr.18/1961, S.57.

<sup>252</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 6. Sitzung am 6. Dezember 1961, S.71 A.

<sup>253</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 147. Sitzung am 8. März 1961, S.6351 D.

<sup>254</sup> *DP-A-Meldung vom 13. Mai 1964*. In: PA/AA B34 Bd.522.

<sup>255</sup> *Scheußlich beiß*. In: DER SPIEGEL Nr.3/1962, S.16.

<sup>256</sup> *Wie man Entwicklungshelfer wird*. In: DIE WELT, 21. April 1965, *Mensch und Umwelt*.

gelten.<sup>257</sup> FAULSTICH kritisiert, die „kollektive Amnesie“<sup>258</sup> des deutschen Kolonialismus, die primär mit dessen kurzer Dauer begründet werde. Auch US-Botschafter McGhee konstatiert, dass „der Argwohn gegenüber den Motiven eines aktiven deutschen Interesses an diesen Gebieten [...] deshalb geringer“<sup>259</sup> sei. EIKEL spricht in diesem Kontext von der „natürliche[n] Vermittlerrolle.“<sup>260</sup> Selbst der führende Modernisierungstheoretiker Rostow stellt die Bedeutsamkeit der Bundesrepublik als Geberland heraus.<sup>261</sup> In Reaktion auf diesen, wenn auch positiv formulierten Druck, karikiert DER SPIEGEL den zögerlichen deutschen Michel, der zum einen aufgrund seiner „kolonialen Abstinenz“ und dem geringeren Argwohn, der ihm infolgedessen entgegenschläge, von seinen durch Kolonialismus und Blockkonflikt belasteten NATO-Bündnispartnern mit einem Sack voller „Entwicklungshilfe“ postwendend „to the front“ geschickt werde. Auch SCHMIDT bezeichnet Bonn in ihrer Untersuchung zur westdeutschen Entwicklungspolitik bis 1971 als „pushed to the front.“<sup>262</sup> Auch Tanganjikas Premierminister soll sich „sehr anerkennend“<sup>263</sup> über die „deutsche Vergangenheit“ gegenüber dem westdeutschen Botschafter geäußert und diese zum Grundstein der freundschaftlichen Beziehungen erklärt haben. Generell könne man in Tanganjika an die guten Erinnerungen an die deutsche Kolonialvergangenheit anknüpfen.<sup>264</sup> PAEFFGEN spricht von der „reinen[n] Kolonialweste“<sup>265</sup>, über die die Deutschen verfügten, wodurch der „weltpolitische Zwerg“<sup>266</sup> Bonn bei allen nennenswerten schwereren Krisen der fünfziger und sechziger Jahre außen vor und deshalb in Afrika besonders handlungsfähig erscheint. Im Auswärtigen Amt glaubt man, Tanganjika erwarte nun „als ehemaliges deutsches Schutzgebiet besonderes deutsches



Abb.52: „The Germans to the front...!“ .  
Aus: DER SPIEGEL  
Nr.32/1962, S.33.

<sup>257</sup> In Kamerun träumt man von der großen Eisenbahn. In: DIE WELT, 20. Januar 1963, S.2.

<sup>258</sup> FAULSTICH, 2008, S.69.

<sup>259</sup> Rede McGhees vor der Evangelischen Akademie Tutzing am 16. Juli 1964. In: DzD 1964, S.829.

<sup>260</sup> EIKEL, 1999, S.453.

<sup>261</sup> Rostow betont die Rolle Deutschlands. In: DIE WELT, 19. September 1963, S.4.

<sup>262</sup> SCHMIDT, 2003, S.473-507.

<sup>263</sup> Schreiben der Botschaft in Dar-es-Salaam vom 28. März 1962. In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>264</sup> Instruktion für den neu ernannten Botschafter in Tanganjika vom 11. Mai 1965. Merkblatt „Ostblock-Aktivität.“ In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>265</sup> PAEFFGEN, 1976, S.50.

<sup>266</sup> Beispielsweise Suezkrise, Algerienkrieg und Unruhen im Kongo. Vgl. TETZLAFF, 1978 (B), S.30 f.

Interesse<sup>267</sup> in Form von „Entwicklungshilfe.“ Auch die friedliche Entlassung in die Unabhängigkeit durch die Briten bereite den Boden für eine Sympathie gegenüber dem Westen. Entsprechend äußert sich Legationsrat Steltzer 1963: „Vielleicht liege hier eine Chance, den Einfluss des Westens [...] zu stärken.“<sup>268</sup>

Rainer Barzel gibt in diesem Kontext zu bedenken, dass die Bundesrepublik infolge ihrer ökonomischen Stärke von seinen Bündnispartnern zu stärkerem globalpolitischen Engagement gedrängt werde, infolge der deutschen Teilung aber nur eingeschränkt handlungsfähig sei.<sup>269</sup> Der Bundestagsabgeordnete Kühn erinnert außerdem kritisch daran, dass man sich nichts „darauf einzubilden“<sup>270</sup> brauche, dass man frei vom „Odium des Kolonialismus“ sei:

„Denn das ist nicht unser moralisches Verdienst, es ist vielleicht die Gunst, oder, wie manche meinen, die Ungunst der Geschichte, die uns die Kolonien verlieren ließ, als wir den ersten Weltkrieg verloren haben.“<sup>271</sup>

Von Brentano konstatiert in diesem Kontext, man könne sich glücklich schätzen, „daß andere diese Amputation rechtzeitig vorgenommen“<sup>272</sup> hätten. Ähnlich argumentiert auch Peter Florin, der glaubt, die länger zurückliegende koloniale Vergangenheit werde durch Bonn zur bewussten Verschleierung ihrer neokolonialistischen Absichten missbraucht.<sup>273</sup> Im westdeutschen Diskurs gilt als Kehrseite der kolonialen „Unschuld“, dass einem mehrere Jahrzehnte „unmittelbare politische Erfahrungen“<sup>274</sup> im Umgang mit Afrika fehlten. Von Brentano warnt darüber hinaus, dass die Ambitionen der Entwicklungsländer, nach der formalen Unabhängigkeit, diese auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet verwirklichen zu wollen, von „falschen Freunden mißbraucht werden“<sup>275</sup> könnten, um diese in ein „totalitäres System der Unfreiheit und Unterdrückung“ eingliedern zu können. Dabei wird zwar die DDR nicht explizit genannt, jedoch auf die autoritären Strukturen des Ostblocks angespielt. Gerade die unabhängig gewordenen Staaten müssten grundsätzlich „gegen den

---

<sup>267</sup> *Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes vom 26. Juli 1962.* In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>268</sup> *Deutsch-amerikanische Koordinierungsbesprechungen vom 13./15. Mai 1963.* In: AAPD 1963, Dok.166, S.534.

<sup>269</sup> *Konsequenzen.* In: DIE WELT, 19. Januar 1965, S.1 f.

<sup>270</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 119. Sitzung am 23. Juni 1960, S.8670 B.

<sup>271</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 36. Sitzung vom 27. Juni 1958, S.2040 C.

<sup>272</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 119. Sitzung vom 23. Juni 1960, S.6881 A.

<sup>273</sup> *Peter Florin: Die internationale Stellung der DDR und ihre Außenpolitik.* In: DzD 1958, S.1304 f.

<sup>274</sup> *Deutsche Politik in Afrika.* In: DIE WELT, 3. März 1965, S.1.

<sup>275</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 159. Sitzung am 5. Mai 1961, S.9217 C.



Versuch, in einer Zeit, in der überall auf dem Erdenrund Kolonialherrschaft zusammenbricht, ein Kolonialregime mitten in Europa gegen den Willen der Bevölkerung aufrechtzuerhalten<sup>276</sup> wehren, so der Abgeordnete Erler. Damit werden die Entwicklungsländer zu „natürlichen Verbündeten“ der demokratisch legitimierten Bundesrepublik stilisiert. Ein implizites Konkurrenzverhältnis zur DDR schwingt mit, wenn während Adenauers TEEGESPRÄCHEN die Ansicht geäußert wird, dass Bonn in Afrika deshalb besonders große Sympathien genieße, da man selbst im steten Kampf um „Freiheit, Existenz und Selbstbehauptung“<sup>277</sup> stehe.

Ebenso wie die Bundesrepublik gilt Ostdeutschland als kolonial unbelastetes Land und damit als Gegenspieler Bonns.<sup>278</sup> Die Kontakte zum noch bestehenden Kolonialreich werden dabei selbst vom Auswärtigen Amt als „Stolperstein“<sup>279</sup> betrachtet und vom MfAA entsprechend kritisch beobachtet.<sup>280</sup> Dass die westdeutsche Öffentlichkeit selbst darüber Erklärungen verlangt, demonstrieren die in regelmäßigen Abständen erscheinenden Artikel mit programmatischen Titeln, wie „Bonn erläutert seine Politik in Afrika.“<sup>281</sup>

#### 6.4.3 Der programmatische (Anti-)-Rassismus

Ein spezifisch ostdeutsches Argumentationsmuster zur Unterstützung des „Freund/Feind-Dispositiv“ ist die Degradierung der Bundesrepublik zu einem Land des offenen Rassismus, während gleichzeitig auf den programmatischen Antirassismus des eigenen Landes verwiesen wird. In dieser Konsequenz erscheint die externalisierte „Völkerfreundschaft“ in Form westdeutscher „Entwicklungshilfe“ gleichermaßen diskreditiert wie disqualifiziert. So wird beispielsweise genüsslich berichtet, dass afrikanische Studenten bei der Zimmersuche in der Bundesrepublik immense Probleme hätten.<sup>282</sup> Rassismus und übersteigter Nationalismus gelten im sozialistischen Weltbild als ein Mittel zur Ablenkung der eigentlich vorherrschenden Klassenkonflikte und zur Legitimierung imperialistischer Politik.<sup>283</sup> Außerdem werden

<sup>276</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 147. Sitzung am 8. März 1961, S.8311 B.; Ähnlich auch Majonica, der monierte, durch enge Beziehungen zur DDR, die das Selbstbestimmungsrecht ihrer Bevölkerung missachte, mache sich Afrika zu „Helfershelfern für einen neuen Kolonialismus.“ Vgl. *Artikel des Abg. Majonica (CDU/CSU): Der Spaltervertrag und die Neutralen vom 7. August 1962*. In: DzD 1962, S.908.

<sup>277</sup> TEEGESPRÄCHE III, 7. Juni 1961, S.518.

<sup>278</sup> „Man muß die DDR in Afrika gegen die Bundesrepublik aktivieren, wenn man die Bundesrepublik (und damit den Westen) treffen und aus dem Felde schlagen will.“ Vgl. SCHATTEN, 1961, S.29.

<sup>279</sup> *Aufzeichnung der Politischen Abteilung I vom 19. September 1963*. In: AAPD 1963 Dok.347, S.1147.

<sup>280</sup> *MfAA-Notizen vom 27. Juli 1965*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>281</sup> *Bonn erläutert seine Politik in Afrika*. In: DIE WELT, 5. Dezember 1963, S.4.

<sup>282</sup> *Für die Bibel nahmen sie unser Land*. In: NEUES DEUTSCHLAND 24. Oktober 1960, S.2.

<sup>283</sup> HONOLKA/GÖTZ, 1999, S.16.

westdeutsche Presseartikel zitiert, in denen sich die Auffassung offenbare, dass die „halb-starken Völker“ Afrikas „den weißen Mann“ noch bräuchten, worin sich „der alte Adam der nazistischen Rassentheorie“ offenbare, so NEUES DEUTSCHLAND: „Sogar das Vokabularium ist unverändert. Wieder einmal wird der wissende ‚weiße Mann‘ dem ‚unwissenden Schwarzen‘, der ‚Herrenmensch‘ den zur Selbstbestimmung und Selbstregierung unfähigen ‚Untermenschen‘ gegenübergestellt.“<sup>284</sup> Auch im Bildungssystem wird der Bundesrepublik eine bestimmte „psychologische Taktik“<sup>285</sup> bescheinigt, mit der Rassismus und Stereotype über Afrika aufrechterhalten würden. Außerdem wird die Berichterstattung über afrikanische Politiker harsch kritisiert: So behauptet NEUES DEUTSCHLAND, dass der guineische Präsident Touré als „unverschämter, größenwahnsinniger Gernegroß, Emporkömmling [und, *Anm. d. Verf.*] Buschneger, der aus dem Urwald kommt“<sup>286</sup> titulierte worden sei. So finden sich in den Akten des Außenministeriums ganze Sammlung westlicher Presseerzeugnisse, in denen Afrikaner als „kleine Analphabeten“<sup>287</sup>, „Neusouveräne“ oder „Habenichtse“ titulierte oder Regierungschefs, wie Guineas Präsident, als „schwarzer Diktator und Potentat“ bezeichnet werden. Diese werden offenbar an die Auslandsvertretungen zur Unterstützung der „Informationskampagnen“ verteilt.

Dabei ist zunächst zu konstatieren, dass in der Bundesrepublik relativ offen und kritisch über rassistisch motivierte Vorfälle im Zusammenhang mit der „Entwicklungshilfe“ des eigenen Landes berichtet wird. Bundestagspräsident Gerstenmaier bemüht sich dabei zu betonen, dass diese Vorfälle nicht verdecken dürften, dass in der deutschen Bevölkerung eine „alte, stille Liebe zu Afrika und seinen Menschen“<sup>288</sup> weit verbreitet sei. Allerdings schildert DIE WELT, dass afrikanische Stipendiaten, die im Zuge eines entwicklungspolitischen Förderprogramm in Deutschland studierten, sich teilweise „bestaunt wie im Zirkus“<sup>289</sup> fühlten oder eine Art „Schmarotzerhaltung“ unterstellen lassen müssten. Ein ständig wiederkehrender

---

<sup>284</sup> So NEUES DEUTSCHLAND über den INDUSTRIEKURIER: „Die dünne Intelligenzschicht in den afrikanischen Ländern ist nicht das Volk“, höhnt das Blatt am 27. August. Vgl. *Alte Rezepte der Bonner Neokolonialisten*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. September 1960, S.2.

<sup>285</sup> So wird aus einem westdeutschen Schulbuch zitiert: „Erst wird den Afrikanern (stets als „Neger“ bezeichnet) rassische Minderwertigkeit und Unfähigkeit zu eigener politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Leistung bescheinigt. Unter der Leitung von Europäern [...] seien sie jedoch fähig, körperliche Arbeit zu leisten.“ Vgl. *Die weiße Herrenrasse und die Afrikaner*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. April 1960, S.4.

<sup>286</sup> *Bonnas koloniale Eroberungspolitik*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Oktober 1960, S.5.

<sup>287</sup> Zusammenstellung vom Frühjahr 1960 in: PA/MfAA A 14330.

<sup>288</sup> *Bisher zwei Milliarden DM deutsche Entwicklungshilfe für Afrika*. In: DIE WELT, 16. November 1960, S.2.

<sup>289</sup> *Bestaunt wie im Zirkus*. In: DIE WELT, 1. Februar 1960, S.3.; „Geld allein genügt nicht.“ In: DIE WELT, 3. Mai 1960, S.5.; Der Deutsche haben „mürrisch“ gefragt: „So, Sie studieren hier? Also für unser Geld?“ Vgl. „*Aus dem Sudan? Und sie studieren hier?*“ In: DIE WELT, 24. April 1962, S.7.

Kritikpunkt sind angebliche „Gefälligkeits-Examina“<sup>290</sup>, wonach unzureichend qualifizierte Studenten aus den Entwicklungsländern ihre Abschlussprüfung nur bestünden, da die deutschen Universitäten diese „loshaben“ wollten, was zu einem Vertrauens- und Ansehensverlust im Ausland führen und außerdem vom Ostblock ausgenutzt werden könnte: Nicht wenige ehemalige Stipendiaten kehrten „mit Abneigung, ja, mit Haß“<sup>291</sup> gegen den Westen in ihre Heimatländer zurück, da sie sich als „europareif“<sup>292</sup> erwiesen hätten. Dies berge die „Gefahr“<sup>293</sup>, dass sich diese Teile der Elite radikalieren und dem Ostblock zuwenden könne. Dort bekämen auch und gerade die Bewerber die Chance auf ein Stipendium, die in der Bundesrepublik abgelehnt worden oder gescheitert seien.<sup>294</sup> Fälle, wie die eines in Kamerun eingesetzten Landwirtschaftsexperten, der im „Hitlerstil“<sup>295</sup> geschimpft haben soll, dass man aus der Haut der Afrikaner „Schuhe machen“ würde, wäre das „Dritte Reich“ nicht untergegangen, finden sich, wie BÜSCHEL darstellt, nur in den Akten der diplomatischen Vertretungen. Auch wenn derartige rassistische Ausfälle wohl eher nicht die Regel sind, fühlt sich nach Darstellung der WELT die Mehrzahl afrikanischer und arabischer Studenten und Auszubildenden durch die deutsche Gesellschaft ausgegrenzt.<sup>296</sup> So hätten Praktikanten, beispielsweise eine ganz übliche Aufforderung, beispielsweise den Fußboden zu reinigen als „politischen Affront“<sup>297</sup> begriffen. Entsprechende „Bekanntnisse“ bilden entsprechende Steilvorlagen für die ostdeutsche Presse, die den politischen Repräsentanten der Bundesrepublik eine unbewältigte nationalsozialistische Vergangenheit und jovial-herablassendes bis arrogantes Auftreten bei öffentlichen Auftritten in den Entwicklungsländern bescheinigt.<sup>298</sup> Selbst der damalige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Lemmer mahnt in einer Rundfunkansprache 1961, als Geber von „Entwicklungshilfe“ nicht in den „Hochmut und die Arroganz des allzu Wohlhabenden“<sup>299</sup> zu verfallen. Vielmehr verfolge die Bundesrepublik

<sup>290</sup> *Falscher Liebedienst für Ausländer.* In: DIE WELT, 25. Juni 1963, S.7.

<sup>291</sup> *Farbig.* In: DIE WELT 26. November 1959, S.6.

<sup>292</sup> *Entwicklungshilfe ist kein Ablassbandel.* In: DIE WELT 16. Juni 1961, Die Geistige Welt.

<sup>293</sup> *Wenn Hilfe Gefahr bringt.* In: DIE WELT 9. April 1964, S.3.

<sup>294</sup> *Wie man fremde Studenten ködert.* In: DIE WELT 15. Dezember 1962, Die Geistige Welt.

<sup>295</sup> BÜSCHEL, 2010, S.34.; BÜSCHEL, 2008, S.356.

<sup>296</sup> *Wie die Entwicklungsländer uns seben.* In: DIE WELT, 26. Juli 1961, S.15. [Leserbrief]

<sup>297</sup> *Die „Leiden“ der jungen ägyptischen Praktikanten.* In: DIE WELT, 5. September 1963, S.3.

<sup>298</sup> „Die Inder kennen das schon, denn Erhard hatte nur wiederholt, was er schon 1958 auf indischem Boden, jovial lächelnd und dicke Zigarren rauchend, verkündet hatte: [...]“ Vgl. *Indien ist um eine Erfahrung reicher.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 26. August 1960, S.5.; „Er [Erhard, *Anm. d. Verf.*] betonte, es gehe nicht an, daß sich die westliche Welt von den Entwicklungsländern vorschreiben lassen müsse, wie der künftige Weltmarkt zu ordnen sei. ‚Darin haben wir etwas mehr Erfahrung‘ verkündete er in arrogantem Tone.“ Vgl. *Erhard: Weltmarkt muß Konzernen gehören.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. April 1964, S.1.

<sup>299</sup> *Ansprache des Bundesministers Lemmer im Hessischen Rundfunk am 24. Januar 1961.* In: DzD 1961, S.223.

das Ziel der Rehabilitierung im Ausland, um als „geläuterte Nation“<sup>300</sup> erscheinen zu können. Dass der Bundespräsident Stipendiaten aus den Entwicklungsländern bei einer Festrede im Juli 1963 explizit dazu auffordert, nach Studienabschluss schnellstmöglich in ihre „Heimatländer“<sup>301</sup> zurückzukehren, kann dabei als Widerspruch zum europäischen Ideal der Selbstbestimmung, Freizügigkeit und integrativen Offenheit interpretiert und kritisiert werden. Dagegen wird gegenüber der DDR der Vorwurf formuliert, dass die Stipendiaten, die sich nicht „Pankows Propaganda zur Verfügung“<sup>302</sup> stellten, ausgewiesen würden.

Dagegen betonen ostdeutsche Repräsentanten den programmatische Antirassismus, wonach „in der DDR [...] die Wurzel des Antisemitismus so wie jeder anderen Äußerung von Rassismus ausgerottet“<sup>303</sup> sei. Die Probleme mit in der DDR lebenden Ausländern werden entweder tabuisiert oder auf Eingewöhnungs- oder Anlaufschwierigkeiten sowie Mentalitätsunterschiede reduziert.<sup>304</sup> Dies hätte auch nicht in die von WOLLE als „heile Welt der Diktatur“<sup>305</sup> beschriebene Gesellschaftsordnung gepasst, wonach sich Konflikte immer nur im Ausland abspielten: „Interne Probleme gab es so gut wie keine.“ Entsprechend wird berichtet, dass viele Stipendiaten Bonns infolge diskriminierender Erfahrungen ihr Studium in der DDR weiterführen würden: Der für die Bundesrepublik imaginierte Rassismus spiele der DDR indirekt in die Arme.<sup>306</sup> LAURÉ AL-SAMARAI zitiert in diesem Kontext eine ostdeutsche Polizistin mit den Worten „Bei uns in der DDR gibt es so was nicht. Hier sind alle Menschen gleich.“<sup>307</sup> Ostdeutsche Entwicklungshelfer berichten in NEUES DEUTSCHLAND, dass die gleichberechtigte Behandlung der Afrikaner diese oft zu Tränen gerührt hätte, denn „die Kolonisatoren hatten sie oft ‚schwarze Affen‘ genannt.“<sup>308</sup> Nicht Ausländer, sondern die „innere[n] Feind[e] des Sozialismus“, symptomatisch dargestellt als Wirtschaftssaboteur „Otto Murks“<sup>309</sup>, gelten als die eigentlichen „Fremden.“ Diese Idee ist demnach nicht an rassistisch-ethnischen Kriterien geknüpft, sondern ein politisch-ideologisches Konstrukt.

---

<sup>300</sup> Der Westdeutsche erscheint generell als „geläutertes Bürger“, der sich von Nationalismus und Imperialismus deutlich distanzieren. Vgl. REYELS, 2009, S.150.

<sup>301</sup> *Bundespräsident mahnt Stipendiaten*. In: DIE WELT, 18. Juli 1963, S.2.

<sup>302</sup> *DPA-Meldung vom 13. Mai 1964*. In: PA/AA B34 Bd.522.

<sup>303</sup> *Brüderlichkeit*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. März 1960, S.2.; „Fremd ist unserer Jugend nationale Überheblichkeit oder gar Rassenhaß.“ *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>304</sup> KRÜGER-POTRATZ, 1991, S.7.

<sup>305</sup> WOLLE, 2001, S.126 f.

<sup>306</sup> *DDR mit Afrika und Asien gegen Neokolonialismus*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 15. April 1960, S.7.

<sup>307</sup> LAURÉ AL-SAMARAI, 2004, S.204.

<sup>308</sup> *Eine Schule für Guinea*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 24. Dezember 1960, S.10.

<sup>309</sup> SATJUKOW/GRIES, 2004, S.59.

In der westdeutschen Presse wird, wenn auch weniger scharf, ebenfalls ein Rassismus-Vorwurf gegenüber dem Ostblock formuliert, wobei allerdings eher die Sowjets als die Ostdeutschen konfrontiert werden. So berichtet beispielsweise DER SPIEGEL, dass sich sowjetische Vertreter in den Entwicklungsländern wie „Kolonialherren zweiter Klasse“<sup>310</sup> aufführten, die kaum mit „Eingeborenen verkehrten“, sich in ihren Häusern verschanzten und in der Regel ohnehin „Agenten“ seien. Der üblicherweise den Europäern vorgeworfene Rassismus wird auch den Farbigen zugeschrieben. So berichtet der westdeutsche Journalist Wolfgang Bretzholz gegenüber Adenauer, dass der Pressechef Kwame Nkrumahs seinen Interviewwunsch abgelehnt habe, da er weiß sei und kommentiert dies mit den Worten: „In dem Moment, die Angst vor den Weißen weg ist, ist die Achtung weg!“<sup>311</sup>

Beide deutsche Staaten stilisieren sich zu „natürlichen“ und „wahren“ Verbündeten der Entwicklungsländer, wobei dem „anderen Deutschland“ dies jeweils abgesprochen wird, wobei die DDR deutlich offensiver mit Rassismus-Vorwürfen argumentiert und im Gegensatz zur Bundesrepublik über Rassismus der eigenen Landsleute nicht berichtet.

#### 6.4.4 Das Selbstbestimmungsrecht

Nicht nur wirtschaftliche oder soziale, auch völkerrechtliche Sorgen plagen die Bundesrepublik: So proklamieren westdeutsche Politiker fraktionsübergreifend, dass das deutsche Volk in Bezug auf die staatliche Einheit und das Selbstbestimmungsrecht sogar noch hinter den Entwicklungsländern rangiere, denen man dieses nachdrücklich und bereitwillig gewähre, was DIE WELT zu einer Karikatur inspiriert, in der Afrikaner den „deutschen Michel“ verspotten.<sup>312</sup> So verbietet eine in stereotyper Nacktheit dargestellte Mutter in Stammes schmuck und Lendenschurz ihrem Kind hochmütig den Umgang mit „so einem ohne Selbstbestimmungsrecht“, so dass der sehr viel kleinere deutsche Michel traurig und alleine abseits steht. Dass es dem Deutschen an etwas mangelt, was diese augenscheinlich von der Zivilisation noch weitestgehend unberührten Stammesangehörigen für selbstverständlich erachten,

---

<sup>310</sup> *Der hässliche Russe*. In: DER SPIEGEL, Nr.40/1965, S.120.

<sup>311</sup> *Wir wollen keine Mulatten als Enkel*. In: DIE WELT, 20. Juli 1964, S.3.

<sup>312</sup> Dazu der SPD-Politiker Ollenhauer: „Schließlich kann man in einer Zeit, in der in aller Welt das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundlage des Verhältnisses der Staaten zueinander anerkannt wird, dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht auf die Dauer nicht verweigern.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 87. Sitzung am 4. November 1959, S.4701 A.; von Brentano, CDU: „Die Bundesregierung verlangt für das deutsche Volk nicht mehr, aber auch nicht weniger an Rechten, als allen anderen Völkern in der Welt heute eingeräumt wird.“ Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 122. Sitzung am 30. Juni 1960, S.4042 D.

erscheint paradox und impliziert eine Art versteckten westdeutschen Minderwertigkeitskomplex gegenüber den Entwicklungsländern. Adenauer führt in diesem Kontext die desolante politische und rechtliche Lage der Menschen in der DDR an und zeigt sich davon überzeugt, dass bei gleicher Behandlung von Afrikanern „ein Aufstand in der Welt sein [würde], und die UNO würde Gott weiß was für ein Spektakel machen.“<sup>313</sup> Es sei völlig unbegreiflich, „in welcher verrückter Welt wir leben.“ Die Teilung Deutschlands mache darüber hinaus das gesamte deutsche Gebiet quasi zum „Krisenherd.“<sup>314</sup> Allerdings wird das Ringen um Selbstbestimmung vom Auswärtigen Amt auch als verbindende Erfahrung der Afrikaner und Deutschen verstanden, was die Grundlage für eine besondere Beziehung biete. In dem neuen westdeutschen Botschafter in Daressalam anlässlich seines Amtsantritts zugegangenen „*Merkblatt: Ostblock-Aktivität*“<sup>315</sup> heißt es, die afrikanischen Länder müssten aufgrund ihrer eigenen Lage eine „lebendige Vorstellung“ von der Situation in Deutschland haben. Auch erinnert der westdeutsche Botschafter in Tanganjika in einer Rede zu seinem Amtsantritt daran, dass das Selbstbestimmungsrecht, was weite Teile Afrikas in die Unabhängigkeit geleitet habe, „einem Teil des deutschen Volkes, der fast doppelt so groß ist wie die Bevölkerung Tanganjikas, noch immer versagt“<sup>316</sup> sei. Nach Bonn berichtet er, das Außenministerium Tanganjikas habe um die Streichung dieses Passus, angeblich „aus Zeitgründen“ gebeten, worauf er allerdings verzichtet habe, um dem Alleinvertretungsanspruch Nachdruck zu verleihen. Das Bemühen um Aussparung der „deutschen Frage“ demonstriert den Balanceakt, den die jungen afrikanischen Staaten zwischen Ost und West unternehmen.

Die ostdeutsche Regierung nimmt die Guinea-Krise 1960 zum Anlass, um auf die mangelnde Glaubwürdigkeit Bonns als Partner der Entwicklungsländer zu verweisen, da man zwar das

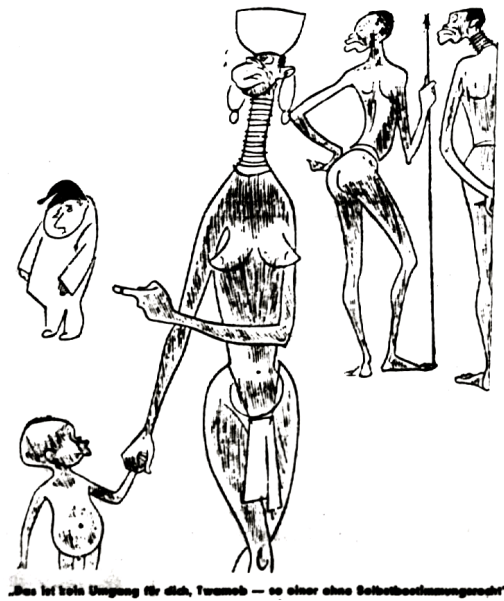


Abb.53: „Das ist kein Umgang [...]“.  
Aus: DIE WELT, 1. August 1960, S.5.

<sup>313</sup> TEEGESPRÄCHE IV, 8. Februar 1962, S.99.

<sup>314</sup> *Der falsche Maßstab*. In: DIE WELT, 3. Januar 1962, S.1.

<sup>315</sup> *Instruktion für den neu ernannten Botschafter in Tanganjika vom 11. Mai 1965*. *Merkblatt „Ostblock-Aktivität“*. In: PA/AA B34 Bd.366.

<sup>316</sup> *Ansprache Schroeders bei Übergabe seines Beglaubigungsschreibens am 13. Dezember 1962*. In: PA/AA B34 Bd.366.

Selbstbestimmungsrecht für das eigene Volk einfordere, dieses aber nicht den Afrikanern in ihren Beziehungen zur DDR zugestehe.<sup>317</sup> So verurteilt eine Erklärung der ostdeutschen Regierung vom 10. März 1960 das Handeln Bonns, als „grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten“<sup>318</sup> und räumt dem Versuch, den Botschafteraustausch rückgängig zu machen „keinerlei Aussicht auf Erfolg“ ein. Die westdeutsche Ankündigung, die „Entwicklungshilfe“ an Guinea überprüfen zu wollen, offenbare außerdem den „heuchlerischen Charakter seiner Beteuerungen über die angebliche Bereitschaft zur Hilfeleistung ohne politische Bedingungen.“ Außenminister Bolz proklamiert unmittelbar vor dem Mauerbau 1961, dass die Bundesrepublik das Selbstbestimmungsrecht im deutschsprachigen Gebiet durch die „Hallstein-Doktrin“ ohnehin beständig untergrabe.<sup>319</sup> Das Selbstbestimmungsrecht sei für Bonn nicht mehr als eine „Phrase“, die nur solange Geltung habe, bis die Kolonialstaaten danach verlangten. Ministerpräsident Stoph verkündet gar, es werde vor der Weltöffentlichkeit schnell deutlich werden, wer wirklich „Freund und wer Feind der Selbstbestimmung sei.“<sup>320</sup> Auch heißt es in einer Aktennotiz, ausgerechnet vom August 1961, die ostdeutsche Delegation habe bei einem Besuch in Guinea mit Präsident Touré ein neunzigminütiges Gespräch über das Selbstbestimmungsrecht und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Weltpolitik geführt.<sup>321</sup>

Beide deutsche Staaten proklamieren das Selbstbestimmungsrecht zum verbindenden Glied zu Afrika, wobei sie die Verwirklichung dieses Grundsatzes dem „anderen Deutschland“ infolge seiner politischen Dispositionen absprechen.

#### 6.4.5 Die defizitäre Zivilisierung

In engem Zusammenhang mit diesem Narrativ steht der beiderseitig vorgebrachte Vorwurf, sich im Wettstreit um die Gunst der Entwicklungsländer unzivilisiert und barbarisch zu ge-

---

<sup>317</sup> *Erklärung der Regierung der DDR zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Guinea am 10. März 1960.* In: DzD 1960, S.503.

<sup>318</sup> *Erklärung der Regierung der DDR zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Guinea am 10. März 1960.* In: DzD 1960, S.503 f.

<sup>319</sup> *Erklärung des Minister Bolz am 11. August 1961.* In: DzD 1961, 1566.; Ähnlich auch Grotewohl: *Aus dem Aufsatz des Ministerpräsidenten Grotewohl: Zehn Jahre Deutsche-Demokratische Republik – erster Arbeiter- und Bauern-Staat in der deutschen Geschichte.* In: DzD 1959 III, S.215.

<sup>320</sup> *Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten Stoph vor der Volkskammer der DDR am 24. September 1964.* In: DzD 1964, S.1023.

<sup>321</sup> *Göttings Besuch in Mali, Gabun, Guinea und Ghana vom 22. Juli bis 15. August 1961.* In: PA/MfAA C 906/74.

bärden. So spricht der FDP-Abgeordnete Achenbach sarkastisch von „deutschen Stammesfehden“<sup>322</sup>, die in Afrika ausgetragen würden, während DER SPIEGEL Walter Ulbricht als „Häuptling einer von der Sowjet-Union ausgehaltenen Bürgerkriegsbande“ charakterisiert. Anlässlich der guineischen Botschafteraffäre 1960 karikiert DIE WELT Ulbricht als halbnackten Buschmann im Baströckchen, der sich wie ein Kind oder ein anhängliches Äffchen an den deutlich größeren Präsidenten Guineas schmiegt. Touré setzt sich im traditionellen Gewand und angestecktem DDR-Orden „Stern der Völkerfreundschaft“ mit selbstbewusster Geste und einem schadenfrohen Grinsen repräsentativ in Szene. Am Ende der Treppe des Bonner Bahnhofs warten Lübke, Adenauer und von Brentano, die im Gegensatz zu Ulbricht staatsmännisch mit Schärpe und Smoking bekleidet sind und mokiert die beiden Ankömmlinge betrachten. Der Untertitel „Der Mohr hat seine Arbeit getan. Sie können geh'n...“ kann sowohl auf Ulbricht als auch auf Touré bezogen werden und demonstriert einerseits, welch instrumentellen Charakter die Beziehungen zu Afrika für die beiden deutschen Staaten besitzen, aber auch wie die Entwicklungsländer sich die innerdeutsche Konkurrenz zu Nutze machen. Statt mit der erwarteten Dankbarkeit und Bittstellerhaltung erscheint der afrikanische Politiker als riesenhafter staatsmännischer Rebell, der sich schon insgeheim mit dem „Buschmann“ Ulbricht auf ein abgekartetes Spiel eingelassen hat. In den Akten des Auswärtigen Amtes ist auch vom Kampf zwischen dem „russische[n] Bär[en]“<sup>323</sup> und dem „chinesische[n] Drache[n]“ die Rede, wobei die DDR als „sowjet-deutsche Hyäne“, die in Afrika wüte, bezeichnet wird.



„Der Mohr hat seine Arbeit getan, Sie können geh'n . . .“  
Zeichnung: Hicks (Copyright DIE WELT)

Abb.54: „Der Mohr hat [...]“.  
Aus: DIE WELT, 8. März 1960, S.2.

<sup>322</sup> Begründung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP durch den Abg. Aschenbach am 10. Februar 1960. In: Dzd 1960, S.317.; Ulbricht und der Stimmzettel. In: DER SPIEGEL Nr.19/1966, S.26.

<sup>323</sup> Schreiben der westdeutschen Botschaft nach Bonn vom 8. Mai 1964. In: PA/AA B34 Bd.522.



Während diese Darstellung auch ein kritisches Bild auf die Politiker der Bundesrepublik wirft, die passiv und überrumpelt wirken, konzentriert sich NEUES DEUTSCHLAND bei der Darstellung des gleichen Sachverhalts ausschließlich auf die Karikierung des „anderen Deutschlands“. Am 9. März 1960 erscheinen Adenauer, Strauß und Schröder als kriegerisch tobende und Baströckchen tragende Buschmänner aus „Bonnesien“ auf der Titelseite, die dem zivilisiert auftretenden und staatsmännisch gekleideten Präsidenten Touré einen Aufstand bereiten. Die Bundesrepublik wird vor allem durch das Schild und die Bewaffnung des Verteidigungsministers als aggressive Atommacht und Nachfolger des nationalsozialistischen „Dritten Reichs“ gezeigt, die barbarisch gegenüber den vernünftig handelnden Afrikanern agiere. Während die westdeutsche Karikatur auch Kritik am taktischen Kalkül und „Größenwahn“ der Entwicklungsländer übt, zeigt die ostdeutsche Tageszeitung einen rational handelnden und gelassen auftretenden Repräsentanten Guineas, der lediglich sein Recht auf Souveränität und Selbstbestimmung wahrnehme. Außerdem spielt die Bezeichnung „Bonnesien“ auf den 1948 erschienenen Schlager „Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien“ an, der verdeckt die Besatzer als neue Kolonialisten kritisiert.<sup>324</sup> Generell stilisiert NEUES DEUTSCHLAND die westdeutsche Regierung durch Vergleiche mit wilden Dschungeltieren zum unberechenbaren Aggressor: So wird proklamiert, die „Bonner Finanzhyänen [träten] in Afrika unter dem Gazellenfell Entwicklungshilfe‘ auf“<sup>325</sup>, an anderer Stelle ist von den „Bonner Kolonialwölfen“<sup>326</sup> die Rede, die sich an einen antiquierten und neokolonialistischen Politikstil klammerten: Die Bundesrepublik sei sogar „gefährlicher als alle Kolonialstaaten“<sup>327</sup>, da sie



Abb.55: *Die Wilden aus Bonnesien.*  
Aus: NEUES DEUTSCHLAND, 9. März 1960, S.1.

<sup>324</sup> „Ein kleines Häuflein Diplomaten macht heut die große Politik. Sie schaffen Zonen, ändern Staaten. Und was mit uns hier im Augenblick?“ Karl Berbuor: „Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien“ (1948)

<sup>325</sup> *Afrika will keine Bonner Hyänen.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 4. November 1963, S.1.

<sup>326</sup> *Bonner Kolonialwölfe.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 17. Januar 1962, S.2.; *Ohne Samthandschuhe.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Dezember 1962, S.7.; *Auf jede Frage eine Antwort.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 25. Dezember 1958, S.4.; Ähnlich auch: „sich immer fester in den Schwarzen Erdteil einkrallen wollen.“ Vgl. *Das afrikanische Jahr.* In: NEUES DEUTSCHLAND, 28. Dezember 1960, S.7.

<sup>327</sup> „Bundesrepublik“ gefährlicher als alle Kolonialstaaten. In: NEUES DEUTSCHLAND, 5. April 1961, S.1.

diese bisher stets auf verdecktem Wege unterstützt habe und eine dieser Praktiken heute als „Wirtschaftshilfe“ deklariere. Im Gegensatz zur westdeutschen Darstellung Ulbrichts als nicht ernst zu nehmender Buschmann, der lediglich unnötigen Ärger verursache, demonstrieren diese Metaphern die Gefährlichkeit, die man Bonn zuzuschreiben scheint. Im Übrigen bedient sich die westdeutsche Presse auch selbstironisch ähnlicher Metaphern. So wird Bundesminister Scheel als „Dschungel-Entdecker“ charakterisiert, der „sich rühmen darf, fast sechzig „unterentwickelte“ Länder auf gefährvollen Wegen durchquert zu haben, beherzter als einst der Großwildjäger Tatarin, der aus Afrika mit einem Kamel zurückkehrte, das ihn keinesfalls verlassen wollte, und mit dem Fell eines blinden Zirkuslöwen.“<sup>328</sup> Die hier mitschwingende Kolonialromantik versetzt die Deutschen allerdings wieder in die Rolle des überlegenen Entdeckers. So freut sich DIE WELT 1964 auch zu berichten, dass im vor fast einem halben Jahrhundert verlorenen ehemaligen deutschen Kolonialbesitz „Deutsch-Südwestafrika“ deutsche „Ruhe und Ordnung“ herrschten. Generell wird in den deutschen Kolonien mit einer gewissen Zufriedenheit eine „Anhänglichkeit an alles Deutsche“<sup>329</sup> diagnostiziert.

## 6.5 ZUSAMMENFASSUNG

Sowohl in den Eigen- als auch Fremdzuschreibungen zeigen sich große Konvergenzen, die sich durch kleine, aber teilweise gewichtige Nuancen unterscheiden. Während sich beide Seiten von der Bedeutung des eigenen Staats für die so genannte „Dritte Welt“ überzeugt geben, zeichnet sich der ostdeutsche Diskurs durch die deterministische Konstruktion direkter historischer Kontinuitäten zwischen der Oktoberrevolution bzw. dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Entkolonialisierung aus, wohingegen sich die Bundesrepublik deutlich bescheidener präsentiert. Dabei ist festzustellen, dass sich die DDR dezidiert als „Vorposten“ der Sowjetunion in Bezug auf den afrikanischen Kontinent betrachtet, wobei in der Bundesrepublik eher von einer Beteiligung in Form des westlichen Lastenausgleichs („*Burden-Sharing*“) gesprochen wird. Darüber hinaus ist festzustellen, dass beide deutsche Staaten die selektive Kontinuität der positiv konnotierten historischen Traditionen sowie den „guten deutschen Ruf“ beanspruchen, während das „negative Erbe“ vom „hässlichen Deutschen“ dem anderen Deutschland und seiner Entwicklungspolitik angelastet wird. Dieses Politikfeld

---

<sup>328</sup> *Der Tatarin von Bonn*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 21. Oktober 1962, S.7.

<sup>329</sup> *Bundestagsabgeordnete sehen in Afrika Entwicklungsaufgaben*. In: DIE WELT, 25. August 1959, S.7.

scheint für beide Seiten geeignet, um die wirtschaftliche und kulturelle Prosperität sowie die politische Konsolidierung ihres eigenen Systems zu demonstrieren. Des Weiteren bescheinigt man sich wechselseitig, in den Entwicklungsländern als Nachfolger des „Dritten Reichs“ wahrgenommen zu werden, was die jeweilige Entwicklungspolitik automatisch diskreditiere, wobei anzumerken ist, dass die eigene Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik als unabgeschlossen, in der DDR dagegen als überwunden gilt. Weiterhin beanspruchen beide Seiten die Narrative der deutschen Friedens- und Zivilmacht und des „wahren Freundes“ der Entwicklungsländer ausschließlich für sich, wobei sich die DDR dezidiert auf das sowjetische Vorbild beruft. Als ostdeutsches Spezifikum muss auch die aggressiv anmutende Tendenz herausgestellt werden, die Bonner Regierung unter Verweis auf ihre diversen außenpolitischen Kontakte als zunehmend isolierten „Feind Afrikas“ darzustellen. Eine Besonderheit des westdeutschen Diskurses ist wiederum der offene Umgang mit rassistischen Vorfällen im Zuge des eigenen entwicklungspolitischen Engagements, wohingegen sich die DDR auf ihren verfassungsmäßigen und programmatischen Antirassismus beruft und über vergleichbare Vorfälle schweigt. Außerdem werfen sich beide deutsche Staaten wechselseitig vor, selbst in kultureller, wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht auf dem Status eines unzivilisiert auftretenden „Entwicklungslands“ zu verharren und daher unfähig zu externer Hilfe zu sein. Bemerkenswert erscheint, dass Bonn sich entsprechende Defizite auch selbst zuschreibt, wobei die Ängste um das Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit und Prosperität von der Idee einer selbst diagnostizierten „Wohlstandsarmut“ Buddenbrock'scher Ausmaße begleitet sind. Beide Staaten stilisieren das Ringen um Selbstbestimmung zur verbindenden Erfahrung zwischen Afrika und dem eigenen Staat, ziehen daraus aber unterschiedliche Konsequenzen.

Grundsätzlich bemühen sich beide Seiten zu betonen, dass die in der jeweiligen Öffentlichkeit transportierten Selbst- und Fremdbilder auch von den Entwicklungsländern geteilt würden, wobei besonders NEUES DEUTSCHLAND im Sinne des wissenschaftlichen Geschichtsbilds zum Beweis gerne und häufig entsprechende Zeitungsartikel oder Politiker zitiert. Die westdeutsche Tendenz zur geringen Beachtung, Verspottung bis Ausblendung des ostdeutschen Akteurs kann im Vergleich zur ausführlichen Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik im ostdeutschen Diskurs ebenso festgestellt werden wie die auf beiden Seiten vorzufindende Neigung zur Differenzierung zwischen der als schuldlos betrachteten Bevölkerung

und der jeweiligen politischen sowie wirtschaftlichen Elite.<sup>330</sup> In der Bundesrepublik gilt dabei speziell die Person Ulbricht als „Exponent jenes unmenschlichen Zwangsregimes in der Zone“<sup>331</sup> und „Repräsentant einer kommunistischen Minderheit“<sup>332</sup>, was die Differenz zur Bevölkerung hervorhebt.

Doch wie sind die großen Übereinstimmungen der Selbst- und Fremdbilder zu erklären? Das Zusammengehörigkeitsgefühl der beiden Teile Deutschlands scheint ab Anfang der Sechziger im Schwinden begriffen. So fragt DIE WELT 1964 in einem ganzseitigen Beitrag kritisch: „Sind wir noch eine Nation?“<sup>333</sup> Es entsteht sogar bereits eine „Erinnerungskultur“ um die deutsche Teilung, als beispielsweise in der Bundesrepublik 1963 der 17. Juni anlässlich des zehnten Jahrestages des Aufstands zum nationalen Gedenktag erklärt wird.<sup>334</sup> Aus der zunehmenden Zementierung der Teilung kann das Bedürfnis nach prestige- wie identitätsstiftenden Narrativen bei gleichzeitiger Abgrenzung abgeleitet werden. Dabei ist es bezeichnend, dass beide deutsche Staaten wechselseitig ihre Legitimität in Frage stellen, die Schuld bei der jeweils anderen Regierung suchen und ihre Handlungsoptionen versuchen auszuweiten.<sup>335</sup> Ebenso wie WARNKE den deutschen Kolonialdiskurs als „Identitätsdiskurs“<sup>336</sup> bezeichnet, scheint dies auch für den Entwicklungsdiskurs zu gelten. WEIDENFELD/KORTE interpretieren die beständige Hinterfragung der eigenen Identität ähnlich als „beste Versicherung gegen alle nationalistischen Ausfälle.“<sup>337</sup> Diese Form auswärtiger Politik stärkt das nationale Selbstverständnis, was Sternberger und Habermas später „Verfassungspatriotismus“ nennen. Auch wenn in der Bundesrepublik kein vergleichbarer verfassungspolitischer Auftrag existiert, wird „Entwicklungshilfe“ doch als „staatspolitische Aufgabe“<sup>338</sup> betrachtet. Eine ähnliche Intention kann auch für die DDR gelten: Die Förderung noch jüngerer und bedürftigerer Staaten scheint in besonderer Weise dazu geeignet. Beide deutsche Staaten

---

<sup>330</sup> So NEUES DEUTSCHLAND über westdeutsche Hilfe: „So edel der gute Wille des einzelnen auch ist, unter den Bedingungen der Herrschaft des Imperialismus dient auch dieser Wille entgegen den Vorstellungen ihrer Träger nicht dem gesellschaftlichen Fortschritt in anderen Ländern, sondern ihrer kolonialen Unterdrückung.“ Vgl. *Sinnbild soliden Schaffens*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 9. April 1961, S.5.

<sup>331</sup> Verhandlungen des Vierten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 164. Sitzung am 17. Februar 1965, S.8103 C.

<sup>332</sup> *Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, zur Lage im Nahen Osten am 7. März 1965*. In: DzD 1965, S.263.

<sup>333</sup> *Sind wir noch eine Nation?* In: DIE WELT, 27. Juni 1964, Die Geistige Welt.; *Verstehen die Deutschen einander nicht mehr?* In: DIE WELT, 23. April 1963, S.2.

<sup>334</sup> AdG 1963, 10629 B.

<sup>335</sup> HOFMANN, 2001, S.171.

<sup>336</sup> WARNKE, 2008, S.3 f.

<sup>337</sup> WEIDENFELD/KORTE, 1991, S.11.

<sup>338</sup> BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTS DER BUNDESREGIERUNG 14 (1967), S.107.

nutzten die in diesem Themenfeld inhärenten Narrative und Metaphern gleichermaßen, was auch die großen Übereinstimmungen erklärt: So kann man sich einerseits als paternalistischer Philanthrop präsentieren und andererseits einen Konnex zu der als im Ausland vermeintlich positiv wahrgenommenen inneren Entwicklung zu schaffen. Der Kontrast zu den rudimentären wirtschaftlichen Strukturen sowie der dort meist vorherrschenden politischen Instabilität eignet sich insbesondere für die von ökonomischen Problemen wie politischen Legitimationsdefiziten gekennzeichneten DDR zur Demonstration ihrer viel beschworenen Fortschrittlichkeit. So kann man beispielsweise mit großer Zufriedenheit berichten, dass die Lieferungen der „industriell hochentwickelten DDR“<sup>339</sup>, zu denen unter anderem die „modernste Druckerei Afrikas“<sup>340</sup> gehöre, für die Entwicklung der jungen Nationalstaaten „selbstverständlich [...] von größter Bedeutung“ seien. Die DDR erscheint damit als treibende Kraft, die in ein Land, das sich bisher nur durch „Palmen, Bananenstauden oder Papayas“<sup>341</sup> sowie „ungepflasterte Wege“ auszeichne, „Lastwagen“ und „Kräne“ bringe und feste Siedlungen errichte. Dieses entwicklungspolitische Engagement erfülle „den sozialistischen Deutschen mit Stolz“, so NEUES DEUTSCHLAND. Auch innerhalb der Bundesrepublik scheint das entwicklungspolitische Engagement als positives Identifikationsangebot wahrgenommen worden zu sein, wie die exemplarisch vom DGB am „Tag der Arbeit“ 1960 ausgelobte Aktion mit dem programmatischen Titel „Wir helfen“<sup>342</sup> demonstrierte. So schwanken beide zwischen „Überlegenheitsgeföhle[n] und Rechtfertigungspositionen.“<sup>343</sup> Das bisher fast ausschließlich ökonomisch produzierte Gefühl „Wir sind wieder wer“<sup>344</sup> kann mit Hilfe der global angelegten „Entwicklungshilfe“ um einen humanitären Aspekt ergänzt und damit die friedliebende Außenpolitik der Bundesrepublik gemäß der Formel „Bonn ist nicht Weimar“ unterstützt werden. KILIAN hat darauf verwiesen, dass Ulbricht im Juli 1963 als Randnotiz auf einer außenpolitischen Akte als Pendant zum westdeutschen geflügelten Wort notiert hat: „Wir sind auch wer.“<sup>345</sup>

---

<sup>339</sup> *Freies Afrika im Blickpunkt*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 6. September 1960, S.4.

<sup>340</sup> *DDR baute modernste Druckerei Afrikas*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 3. Oktober 1961, S.7.

<sup>341</sup> *Impressionen in Sansibar*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 20. Dezember 1964, S.6.

<sup>342</sup> *Wir helfen*. In: DIE WELT, 1. April 1960, S.1.; RICHTER, 1960, S.257 ff.

<sup>343</sup> WACHSMUTH, 2007, S.808.

<sup>344</sup> WOLFRUM, 2004, S.183.

<sup>345</sup> KILIAN, 2001, S.31.

## 7. SCHLUSSBETRACHTUNG

## 7.1 ERGEBNISSE

Im zweiten Kapitel wurde untersucht, ob die „Entwicklungshilfe“ in einer Art evolutionärem Prozess durch die „Hallstein-Doktrin“ vereinnahmt wurde oder ob diese ideengeschichtlich von Anfang an als eines ihrer wesentlichen Handlungsfelder feststand. Dabei ist festzustellen, dass weder die Namensgebung noch der unmittelbare Entstehungskontext der Doktrin 1955 einen direkten Zusammenhang zur „Entwicklungshilfe“ aufweisen, da dieses Politikfeld zu diesem Zeitpunkt überhaupt erst in der Entstehung begriffen ist. Bezüge zu den Entwicklungsländern sind allerdings bereits in dieser Frühphase zu erkennen, wobei das Auswärtige Amt die generelle Bedeutung der Anerkennung der DDR durch die „nichtgebundenen Staaten“<sup>1</sup> erst ab Beginn der sechziger Jahre explizit als Teil der allgemeinen Problemstellung aufgreift. Darüber hinaus werden durch Wilhelm Grewe bereits 1956 handels- und kulturpolitische Beziehungen als besonders angreifbare „Grauzone“ erkannt, woran das sich in den Folgejahren ausdifferenzierende Feld der „Entwicklungshilfe“ anknüpft, das zwar altruistisch inszeniert, aber klar politisch intendiert erscheint. Eine neue Stufe der Systematisierung stellt der „Mobilmachungsplan“ des Auswärtigen Amtes aus dem Jahr 1964 dar. Die Frage, ob dies den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch stärkt oder schwächt, wird sowohl in Ost- als auch Westdeutschland leidenschaftlich diskutiert. Während für beide deutsche Staaten als „Fernziel“<sup>2</sup> die internationale Durchsetzung des eigenen Gesellschafts-, Politik- und Wirtschaftssystems gelten kann, ist das politische „Nahziel“ die internationale Anerkennung der DDR zu erreichen bzw. zu verhindern. Die von Ulbricht entwickelte „Deutsche Friedensdoktrin“ konstatiert einen reziproken Alleinvertretungsanspruch für alle „friedliebenden Kräfte“ auf deutschem Boden, der auch explizit gegenüber den „jungen Nationalstaaten“ kommuniziert und auch durch entwicklungspolitisches Engagement verwirklicht werden soll. Allerdings wird dieser ideelle Anspruch nicht durch einer dem westdeutschen Modell vergleichbaren Sanktionskette eingefordert. Vielmehr appelliert das ostdeutsche Gegenprogramm an nichtpaktgebundene Staaten, ihre Neutralität auch in Form gleichberechtigter diplomatischer Beziehungen zu beiden deutschen Staaten zu verwirklichen, wodurch

---

<sup>1</sup> *Aufzeichnung des Referats II 1 vom 29. Juli 1963*. In: AAPD 1963 Dok.251, S.830 f.

<sup>2</sup> „*Außenpolitik*“. In: DDR-HANDBUCH, 1985, S.104 ff.

sie auch durch eine entsprechende entwicklungspolitische Förderung und Würdigung der DDR ermutigt werden sollen, während Bonn vor einem Neutralitätsverlust durch ebendiesen Schritt warnt und mit reziproken Mitteln dagegen vorgeht.

Im dritten Kapitel wurden die terminologischen Symptome der von beiden Staaten beanspruchten Deutungshoheit im Entwicklungsdiskurs untersucht, wobei sich ein regelrechter „Sprachkrieg“<sup>3</sup> mit divergierenden, aber auch analogen sprachlichen Strategien offenbart: Parallelen zeigen sich exemplarisch an der Kollektivbezeichnung „Entwicklungsländer“, die trotz der beidseitig beständig vorgetragenen Kritik an der Unzulänglichkeit des Begriffs Teil des allgemeinen Sprachgebrauchs in Ost und West ist und auf die Vorstellung eines gewissen, wenn auch unterschiedlich definierten, „Rückstands“<sup>4</sup> der bezeichneten Staaten schließen lässt. Auf ostdeutscher Seite scheint allerdings ein deutlich höherer Rechtfertigungsdruck vorzuliegen, was sich in Wortneuschöpfungen sowie der intensiven Auseinandersetzung mit der westdeutschen Begrifflichkeit offenbart: Dieser diskursive Begriffsprägungsstreit zeigt sich besonders deutlich an den unterschiedlichen Bezeichnungen für den Kooperationsprozess. Die Neologismen der „antiimperialistischen Solidarität“ und „sozialistischen Bruderschaft“ demonstrieren den ostdeutschen Versuch, die behauptete Differenz zum Westen auch sprachlich zu manifestieren und ideologisch zu untermauern.<sup>5</sup> Von den jeweiligen Begrifflichkeiten des „anderen Deutschlands“ distanzieren sich beide deutsche Staaten, wobei die Form der Ablehnung völlig unterschiedlich ausgeprägt ist: So wird in der DDR „Entwicklungshilfe“ zur Charakterisierung der „neokolonialistischen“ Praxis des Westens ausgiebig rezipiert und als verschleiender Euphemismus kritisiert. Auf westdeutscher Seite scheint die DDR als Geber von „Entwicklungshilfe“ nicht wahrgenommen werden zu wollen, was sich exemplarisch an der fehlenden öffentlichen Rezeption der ostdeutschen Begrifflichkeiten offenbart. Zur Legitimierung der terminologischen Differenzen wird durch die DDR auf konzeptionelle Unterschiede mit begriffsprägender Kraft verwiesen. Das sprachskeptische Bewusstsein der DDR konzentriert sich in externalisierter Form auf die westdeutsche Begrifflichkeit, die Bundesrepublik setzt sich dagegen ausschließlich mit der eigenen Terminologie kritisch auseinander, was in einer sprachlichen Präzisierung über „Entwicklungspolitik“

<sup>3</sup> *Vorwort*. In: SBZ VON A BIS Z. 1953 f., S.4. Vgl. HELLMANN, 2001, S.59.

<sup>4</sup> Weiterhin gemeinsam ist der gleichzeitig gesamtstaatlich wie selektiv angelegte „Deutschland“-Begriff, der die Eliten in Politik und Wirtschaft des jeweils „anderen Deutschlands“ dezidiert ausschließt.

<sup>5</sup> Dies gilt auch für den in der westdeutschen Öffentlichkeit verwendete Begriff „Dritte Welt“, der in der DDR kaum rezipiert wird, da dort ideengeschichtlich ein „Dritter Weg“ lediglich als Übergangsstadium zum Sozialismus verstanden wird.

bis hin zur „Entwicklungszusammenarbeit“<sup>6</sup> resultiert. Diese skeptisch-differenzierende Haltung zeigt sich auch an der Unterscheidung entwicklungspolitischer und sonstiger Beziehungen auf westdeutscher Seite, wohingegen in der ostdeutschen Darstellung beinahe jeder Kontakt in der öffentlichen Darstellung im Licht „sozialistischer Bruderhilfe“ erscheint. Die ständigen terminologischen Rechtfertigungs- und Differenzierungsversuche gegenüber Bonn als entwicklungspolitischem Akteur demonstrieren, wie empfindlich die DDR auf den Abgrenzungskurs nach außen pocht. Deutlich entkrampfter zeigt sie sich dagegen bei der sprachlichen Auseinandersetzung mit der generellen Existenz des „anderen Deutschlands“: Während in ostdeutschen Darstellungen das westdeutsche Geberland recht selbstverständlich als „Bundesrepublik“<sup>7</sup> bezeichnet wird, wenngleich oft mit diffamierenden Epitheta, vermeidet man vor allem in Bonner Regierungskreisen jede Form von Staatlichkeit suggerierender Bezeichnung der „SBZ“, wenn von dessen entwicklungspolitischen Engagement die Rede ist. Von den westdeutschen Medien wird dieser Kurs weniger konsequent eingehalten, was zum einen durch die nachrichtenbedingte Verkürzung, die angestrebte abgrenzerische Eindeutigkeit sowie mit der nicht zugeschriebenen staatstragenden Verantwortlichkeit erklärt werden kann. Dies spiegelt die generelle Weigerung der Bonner Regierung wider, die ostdeutsche Regierung, wenn auch nur als „Sprachregime“<sup>8</sup>, anzuerkennen. Der genuin westdeutsche „Blick nach innen“ mit einer Haltung der terminologischen Selbsthinterfragung und -kritik bei gleichzeitigem Ignorieren des „anderen Deutschlands“ steht im Gegensatz zum ausschließlich „nach außen“ gerichteten Blick der DDR, der weder Kritik an sich selbst noch den idealisiert dargestellten Entwicklungsländern zulässt. Nach OTTO berichtet die ostdeutsche Presse generell nur über „gewöhnliche [und] gesetzmäßige“<sup>9</sup> Entwicklungen, die sich ideologisch entsprechend verorten und interpretieren lassen. Die Bevölkerung des „anderen Deutschlands“ ist dabei auf beiden Seiten von jeglicher Kritik ausgenommen, es geht stets um die jeweiligen Eliten in Wirtschaft und Politik.

---

<sup>6</sup> Dieser Terminus ersetzt die beiden anderen Bezeichnungen im allgemeinen Sprachgebrauch bis heute nie voll, sondern ergänzt sie lediglich.

<sup>7</sup> Das ostdeutsche „Sprachregime“ (BECKENBACH, 2008 (A)) versucht sogar, wenngleich recht erfolglos, die zum ostdeutschen Kürzel komplementäre Formel „DBR“ gegenüber den Entwicklungsländern zu etablieren, was die angestrebte Deutungshoheit im Entwicklungsdiskurs und die Annahme, dass die beiden deutschen Staaten gleichberechtigt betrachtet werden sollten, demonstriert.

<sup>8</sup> BECKENBACH, 2008 (A), S.120.

<sup>9</sup> OTTO, 1979, S.19.



Im ersten Abschnitt des vierten Kapitels wurden die öffentlich propagierten Motive des entwicklungspolitischen Engagements charakterisiert und einer vergleichenden Betrachtung unterzogen. Diese weisen deutliche Divergenzen auf: Als spezifisch westdeutsche Muster können Analogien zur Nachkriegssituation und dem Wiederaufbau mit amerikanischer Hilfe („Marshallplan“) sowie Verweise auf bündnispolitische Verpflichtungen („*Burden Sharing*“) identifiziert werden.<sup>10</sup> Auf ostdeutscher Seite finden sich keine Reminiszenzen an die eigene Nachkriegsnot und sowjetische Verdienste beim Wiederaufbau, was ideologisch mit dem geschichtsdeterministischen Weltbild und realpolitisch mit den nach wie vor existierenden ökonomischen Problemen im eigenen Land sowie der Demontagepolitik begründet werden kann. Der ausbleibende wirtschaftliche Erfolg der DDR scheint dabei den Druck zu erhöhen, wenigstens auf internationalem Parkett „Boden wett zu machen.“ Allerdings soll wohl der Eindruck äußerer Einflussnahme möglichst vermieden werden, während Bonner Politiker eifrig die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für nicht-inländische Zwecke mit eben solchen Forderungen auswärtiger Akteure vor der eigenen Bevölkerung zu legitimieren versuchen.<sup>11</sup> Weitere westdeutsche Spezifika sind christliche Begründungsmuster und das Narrativ der kolonialen Wiedergutmachung.<sup>12</sup> Während Bonn eine Mitverantwortung für koloniale Schäden anerkennt und als handlungsantreibend empfindet, lehnt die DDR dies strikt ab: Diese negative Traditionslinie wird allein der Bundesrepublik angelastet und an die Stelle christlicher Motive treten ideologische Beweggründe.<sup>13</sup> Letztere zeigen sich auch in dem der sozialistischen Krisentheorie entsprechenden Narrativ Bonns als „Opfer“ der Amerikaner, was als Indiz für die inneren Zerfallserscheinungen des westlichen Lagers gewertet wird. Beide deutschen Staaten heben den handelspolitischen Ansatz des wechselseitigen Nutzens („*aid by trade*“) hervor, wobei die DDR eine deutlich breitere Definition von „Entwicklungshilfe“ unter Zuzählung fast sämtlicher ökonomischer Kontakte vertritt. Die ökonomischen Interessen Bonns dienen Ostberlin wiederum als Anknüpfungspunkt für den beständig wiederholten „Neokolonialismus“-Vorwurf. Dieses spezifisch ostdeutsche Narrativ wird durch die Bundesrepublik aufgenommen, wobei es jedoch auf das Verhältnis Moskaus zur DDR

---

<sup>10</sup> Damit ist die Idee der Wiederholbarkeit des westdeutschen „Wirtschaftswunders“ verbunden, dem ein Rollentausch vom Hilfebedürftigen zum Helfer aus eigener Kraft vorangegangen ist.

<sup>11</sup> Diese Darstellung des eigenen Engagements als Kompensationsleistung gegenüber den NATO-Partnern kann als wahltaktisches Manöver erklärt werden.

<sup>12</sup> Dabei wird jedoch stets auf die allgemeine Verantwortung der westlichen Welt und nicht auf eine spezifisch deutsche Schuld verwiesen. KORFF erklärt in diesem Kontext die Kolonialpolitik zum „Vater“ und den europäischen Wiederaufbau zur „Mutter“ der westlichen Entwicklungshilfe. Vgl. KORFF, 1998 S.39.

<sup>13</sup> Die Ablehnung des Wiedergutmachungsnarrativ erhöht den selbstlosen Impetus.

übertragen und zum Schreckensbild für die gerade von der Kolonialherrschaft freien Länder stilisiert wird, die in dieser Konsequenz jegliche Förderung des Ostblocks ablehnen müssten. Auf beiden Seiten wird „Entwicklungshilfe“ als sicherheitspolitische Maßnahme verstanden: Ostberlin erhofft sich die Förderung des Sozialismus auf globaler Ebene und kritisiert gleichzeitig den analog angelegten „*Containment*“<sup>14</sup>-Ansatz Bonns. Auch werden in beiden deutschen Staaten deutschlandpolitische Motive thematisiert, wobei die Bundesrepublik damit offensiver und gleichzeitig selbstkritischer umgeht. Während auf ostdeutscher Seite „politische Hintergedanken“ eher ungenügend eingestanden werden, tragen westdeutsche Politiker zur Akquirierung von Haushaltsmitteln ebendiese Argumentation „vor sich her“. Eine weitere Gemeinsamkeit ist der wechselseitige Vorwurf, die gegnerische „Entwicklungshilfe“ sei qualitativ mangelhaft. Während die ostdeutsche Presse Bonn bewusste Sabotage vorwirft, behandelt die westdeutsche Seite diese Missstände als Indiz für die Mängelwirtschaft der DDR, wodurch diese sich selbst im In- und Ausland diskreditiere, was wiederum dem Ansehen der Bundesrepublik nütze. Dominierend erscheint der Anspruch - im Gegensatz zum anderen deutschen Staat - „wirkliche Entwicklungshilfe“ zu leisten, was sich in dem Versuch manifestiert, die Entwicklungspolitik des Gegenspielers als minderwertig, ausbeuterisch und sogar schädlich zu charakterisieren.

Im zweiten Abschnitt des vierten Kapitels wurde untersucht, ob und wie sich die Narrative von „Entwicklung“ und „Unterentwicklung“ gleichen. Dabei bestätigt sich die Annahme, dass sich die Indikatoren und Erscheinungsformen der „Unterentwicklung“ kaum unterscheiden. Diese sind mit den Truman'schen Strukturdefiziten weitestgehend konvergent<sup>15</sup>, was für die stets auf Abgrenzung bedachte DDR zunächst überraschend erscheint. Allerdings weisen die normativen Bewertungs- und Begründungsmuster massive Differenzen auf: So gilt „Hunger“ zwar auch in der DDR als Haupterscheinungsform der „Unterentwicklung“, wird aber gleichzeitig als Keimzelle für einen Umsturz des als dafür ursächlich betrachteten kapitalistischen Systems bewertet, wodurch diesem ein quasi-notwendiger Charakter zugeschrieben wird. Dagegen erscheint „Hunger“ in der westdeutschen Öffentlichkeit als globale Bedrohung naturgewaltähnlichen Ausmaßes, die sich der menschlichen Handlungsfähigkeit tendenziell entzieht. Während man in der Bundesrepublik ein ganzes Bündel exogener als auch endogener Kausalfaktoren abwägt und diskutiert, erscheint in der DDR

---

<sup>14</sup> In diesem Kontext: Kommunismusprävention bei gleichzeitiger Absicherung des westlichen Wohlstands.

<sup>15</sup> Differenzen zeigen sich erwartungsgemäß nur bei der Definition „politischer Unterentwicklung.“

der Kolonialismus und das daraus entspringende gegenwärtige Welthandelssystem als eigentliche Wurzel der „Unterentwicklung“, die alle andere Faktoren zu Symptomen degradiere. Die „Entwicklungshilfe“ des Westens trage zur Aufrechterhaltung dieser ungerechten Strukturen bei, so der beständig wiederholte Vorwurf. Insbesondere geographische oder klimatische Faktoren werden unter Verweis auf vergleichbare Schwierigkeiten des Ostblocks negiert. Generell werden in der DDR im Gegensatz zur eher skeptischen Bundesrepublik keine Zweifel an der baldigen Überwindung dieser Probleme - im Zuge eines als sicher erwarteten sozialistischen Entwicklungswegs - artikuliert. Dabei zeigt sich, dass beide deutschen Staaten „Unterentwicklung“ als primär technisches Defizit erachten, das durch den Transfer von Technologie- und *Know-How* gelöst werden könne. Darüber hinaus begreift die DDR „Unterentwicklung“ sehr viel stärker als die Bundesrepublik auch als politisches Problem. Damit erscheint die ostdeutsche Entwicklungskonzeption, ungeachtet der schablonenhaft wirkenden sozialistischen Lösungsmuster, auch im Sinne der *Post-Development*-Debatte ungleich progressiver und vielschichtiger als das recht technisierte Entwicklungsverständnis der Bundesrepublik.<sup>16</sup> Dies ist angesichts des durchaus kritischen und debattenfreudigen westdeutschen Entwicklungsdiskurses umso überraschender. In Bezug auf die Finalitäten und Wege zu „Entwicklung“ überwiegen die Konvergenzen: So betrachten beide deutsche Staaten die schnelle Nachahmung selbst bereits vollzogenen Industrialisierungsmaßnahmen für notwendig, gehen von einem Stufenprozess aus, werfen sich wechselseitig falsche Konzeptionen vor und betonen die Bedeutsamkeit der Technischen Hilfe sowie von Infrastrukturprojekten, wobei der Westen private Initiativen der von der DDR geförderten staatlichen Steuerung vorzieht. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die skeptische Haltung gegenüber den Selbstentfaltungskräfte der Empfängerländer, die sich in der Haltung offenbart, dass externe Hilfe unerlässlich sei und dass die bisherigen Entwicklungsschritte relativiert werden. Die politischen Zielperspektiven, deren quasi-automatische Erfüllung man infolge ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungen erwartet, orientieren sich jeweils am eigenen politischen System und differieren entsprechend. Außerdem ist zu konstatieren, dass ab Mitte der sechziger Jahre eine kritische Debatte um das Industrialisierungsparadigma und die Ausbildung und Rekrutierung der Akteure in der Bundesrepublik beginnt. Diese wird von der DDR zwar zur Kritik der westdeutschen Praxis aufgenommen, jedoch nicht gleichermaßen für die eigene Vorgehensweise geführt. Beide deutsche Staaten schätzen die Entwicklungschancen der

---

<sup>16</sup> ZIAI, 2004.

„Dritten Welt“ in den gegenwärtigen Welthandelsstrukturen als problematisch ein, ziehen aber unterschiedliche Konsequenzen: Während die DDR in dependenztheoretischer Manier einen sozialistischen Separatmarkt erwartet, verbleibt die Bundesrepublik bei der praktisch folgenlosen Debatte um Protektionismus- und Subventionsabbau Europas. Besonders deutliche Differenzen manifestieren sich bei den Verlaufsformen von „Entwicklung“, die einerseits teleologisch-dirigistisch, revolutionär und kollektiv-universal, andererseits offen, evolutiv und individuell-partikular charakterisiert werden. Das Propagieren einer, notfalls auch gewaltsamen, Revolution steht in einem ständigen Spannungsfeld mit dem Selbstbild der DDR als erster deutscher Friedensstaat, wobei auch die westdeutsche Idee einer schrittweise geordneten Entwicklung einen Widerspruch zur Forderung der „beschleunigten“ Nachahmung bildet. Während in der westdeutschen Öffentlichkeit die Forderung nach stärkerer Eigeninitiative der Entwicklungsländer aufkommt, sind keine vergleichbaren Aussagen innerhalb der DDR nachweisbar, wobei beide deutsche Staaten anstreben, dass sich die „Entwicklungshilfe“ selbst überflüssig machen sollte, wobei dies in verschiedenen Formeln erscheint.<sup>17</sup> So muss konstatiert werden, dass sich neben den Erscheinungsformen auch die Überwindungsstrategien und Zielperspektiven von „Entwicklung“ bzw. „Unterentwicklung“ trotz anderslautender öffentlicher Proklamationen kaum unterscheiden. Differenzen bestehen vielmehr in Bezug auf die öffentliche Bewertung der darunterfallenden Phänomene sowie die jeweils konkret empfohlenen Maßnahmen.<sup>18</sup>

Im dritten Abschnitt des vierten Kapitels wurde untersucht, ob und inwiefern sich die Narrative über Afrika und die Afrikaner als potentielle sowie konkrete Empfänger entwicklungspolitischer Leistungen gleichen und welche Bedeutung diesen für die „deutsche Frage“ zugemessen wird. Dabei wurde deutlich, dass beide deutsche Staaten der Entkolonialisierung positiv gegenüberstehen und beständig das enorme Ressourcenreichtum des Kontinents beschwören, wobei sich die jeweiligen Deutungsmuster jedoch klar unterscheiden: Während man in der DDR den Unabhängigkeitsprozess ideologisch als Krisensymptom des westlichen Systems interpretiert und auch Gewalt als notwendiges Mittel charakterisiert, warnt man in der Bundesrepublik ausdrücklich vor einer entsprechenden Entwicklung. Nachdem sich die Lage der Blöcke auf der nördlichen Hemisphäre verfestigt hat, scheint man in der

---

<sup>17</sup> „Afrika den Afrikanern“ vs. „Hilfe zur Selbsthilfe“

<sup>18</sup> Wie stark diese Konzeptionen mit den Praktiken vor Ort korrelieren, lässt sich aus der Analyse des politischen und medialen Diskurses nicht bestimmen und müsste anhand von Selbstzeugnissen der Helfer bzw. den „zu Helfenden“ evaluiert werden. Vgl. BÜSCHEL, 2008, S.339.

DDR die Hoffnung auf den sozialistischen Durchbruch auf der Südhalbkugel und einer daraus resultierenden „Einkreisung“ des Kapitalismus zu legen. Dieses Schreckensbild eines mehrheitlich sozialistischen Afrikas scheint man auch im Westen zu teilen und so wird dessen Bedrohungspotential in teilweise alarmistischen Tönen thematisiert. Infolgedessen erscheint die ökonomisch starke Bundesrepublik in ihrem Selbstbewusstsein deutlich „angekratzt“ und aufgeschreckt. Für die ostdeutsche Öffentlichkeit scheint der „Blick nach Afrika“ infolge seiner „Fernlage“<sup>19</sup> gleichermaßen unverfänglich wie ermutigend, da man den verführerischen Blick vom „Schaufenster des Westens“ auf einen Kontinent lenkt, der von existentiellen Unsicherheiten geprägt ist. Gleichzeitig erscheinen die eigenen Fortschritte beim Lebensstandard in diesem Kontext ungleich größer. So berichtet ein ehemaliger ostdeutscher Journalist, dass der „Spielraum“<sup>20</sup> in der auswärtigen Berichterstattung „am größten“ gewesen sei und dass er oftmals intensiv über Ereignisse und Zustände im Ausland berichtet habe, „ohne je dort gewesen zu sein.“ Infolgedessen müssen die Lebensqualität in der DDR um ein Vielfaches höher und mögliche Probleme im eigenen Land als nichtig erscheinen, was auch die große Präsenz der Thematik in der ostdeutschen Presse erklärt. Bei der Darstellung der Afrikaner als Individuen offenbart sich beiden deutschen Staaten eine eindeutige „Persistenz kolonialer Stereotype“<sup>21</sup>, die sich in der Betonung von körperlicher Kraft und Ursprünglichkeit zeigt, die äußerer Anleitung bedürften. Dabei begreift die DDR diese Form der Anleitung sehr viel stärker politisch als das stärker eindimensional-technische Unterweisungsverständnis im Westen. Dort herrscht allerdings ein vielschichtigeres und kritischeres Bild der Afrikaner vor, das sich in Vorwürfen mangelnder Eigeninitiative, offensichtlicher Überforderung und einem Ausruhen auf entwicklungspolitischen Zuwendungen offenbart.<sup>22</sup> Im ostdeutschen Entwicklungsdiskurs scheinen solche Probleme nicht zu existieren, dagegen dominiert das statisch-schablonenhafte Menschenbild des fleißigen und wissbegierigen Afrikaners unter der Anleitung des Ostens, frei nach dem Motto „Anderssein gab es nicht.“<sup>23</sup> Eine Gemeinsamkeit stellt wiederum die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ in Form der differierenden Darstellung der Nordafrikaner dar, die sich durch Stolz und Bildung abgrenzen. Beide deutsche Staaten räumen den afrikanischen Entwicklungsländern eine hohe Bedeutung für eine mögliche Lösung der „deutschen Frage“ ein und verweisen

---

<sup>19</sup> BEHRENDT, 2004, S.104.

<sup>20</sup> FIEDLER/ MEYEN, 2011, S.61.

<sup>21</sup> MAC CON ULADH, 2005, S.211.

<sup>22</sup> Nach SCHUBERT sind das Parallelen zur Deutschen Kolonialzeitung, was er als „Diskurs der Differenz“ bezeichnet. Vgl. SCHUBERT, 2008, S.265 ff.

<sup>23</sup> KRÜGER-POTRAZ, 1991.

dabei auf die gewichtiger werdende Rolle dieser Staaten in der UN-Generalversammlung, wo diese Problematik verhandelt werden könnte.<sup>24</sup> Dabei scheint der „*donor interest*“<sup>25</sup> über den „*recipient interest*“ zu stehen: Beide verbinden mit Entwicklungspolitik eine Art „doppeltes Mandat“ von Hilfe bei gleichzeitiger Gegenleistung und Kontrolle. Die konkrete Erwartungshaltung im Sinne der „*do ut des*“-Idee unterscheidet sich jedoch: Während die DDR zur Ausweitung politischer bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen drängt, warnt die Bundesrepublik vor eben diesem Schritt gegenüber der DDR ausdrücklich. Auch hier offenbart sich die Tendenz des westdeutschen Diskurses, der stetig zwischen der bewussten Ausblendung und Verharmlosung des „anderen Deutschlands“ und der nicht zu verkennenden Furcht vor dem steigenden globalpolitischen Gewicht der DDR schwankt.

Im ersten Abschnitt des fünften Kapitels wurde untersucht, ob und inwiefern während des Untersuchungszeitraums eine größere Flexibilität des noch jungen Politikfelds infolge geringerer institutioneller Hemmnisse vorliegt und welche Rolle die Existenz des „anderen Deutschlands“ dabei spielt. Das im Kontext der *Containment*-Politik durch Truman in der Frühphase des Kalten Kriegs entstandene und durch Kennedy im Zuge des „*Burden-Sharings*“ immer vehementer eingeforderte Engagement der Bundesrepublik wird von Beginn an im Kontext der deutschen Teilung betrachtet. So wird die Notwendigkeit der „Entwicklungshilfe“ bereits in den frühesten Bundestagsdebatten zu dieser Thematik mit der Konkurrenz zur DDR begründet.<sup>26</sup> Das infolge von „Koalitionsarithmetik“<sup>27</sup> 1961 begründete Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) verbleibt im Untersuchungszeitraum bis auf wenige koordinierende Funktionen bei allen politischen Ausrichtungsfragen unter dem Primat des Außenministeriums, das mit den Auslandsvertretungen auch über das Kommunikationsmonopol verfügt. Die beständigen Versuche Scheels, seinem Ressort mehr Befugnisse einzuverleiben, werden mit Hinweis auf die systemische Bedeutung der Entwicklungspolitik im Verhältnis zur DDR durch das Auswärtige Amt geradezu abgeschmettert. Auch die überwiegend projektgebundene Kredithilfe und Technische Hilfe werden explizit mit dem Ziel des außenpolitischen Prestigegewinns eingesetzt, da man damit entwicklungspolitische Projekte mit einem „Bonner Stempel“ versehen kann. Aus Perspektive des BMZ bestätigt sich die erwartete institutionelle Flexibilität nicht: Diese kann sich erst im Zuge des

---

<sup>24</sup> GROTE, 2004, S.30.

<sup>25</sup> LACHMANN, 2010, S.12.

<sup>26</sup> Verhandlungen des Zweiten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 138. Sitzung am 23. März 1956, S.7130 C.

<sup>27</sup> *Entwicklungshilfe. Kreuz und quer*. In: DER SPIEGEL Nr.8/1964, S.49.

zunehmenden Emanzipationsprozesses vom Einfluss des Außen- und Wirtschaftsministeriums nach dem Untersuchungszeitraum einstellen und liegt infolge der überwiegenden Projektbindung überhaupt nur in geringerem Ausmaß vor. Bemerkenswerterweise nutzt das BMZ allerdings ausgerechnet den Hinweis auf die Bedeutsamkeit der Entwicklungspolitik als „Erfüllungsgehilfen“<sup>28</sup> im innerdeutschen Konflikt als zentrales Argumentationsmuster für die eigene Kompetenz-, Personal- und Etatausweitung. Dahingegen erscheint aus Perspektive des Auswärtigen Amtes das Politikfeld als flexiblere Form der „Nebenaußenpolitik“, da man gegenüber den Entwicklungsländern deutlich selbstbewusster und unabhängiger als gegenüber den ehemaligen Alliierten auftreten kann. In der DDR wird durch die Vierte Außenpolitischen Abteilung 1959 und Ulbrichts programmatische Rede vor dem diplomatischen Korps 1960 das Politikfeld etwa zeitgleich institutionalisiert, wobei kein vergleichbares Ministerium geschaffen wird. In dem scherzhaften Kommentar der WELT, dass Ulbricht „auch der Außenminister“<sup>29</sup> sei, wird die zentralisierte Steuerung sämtlicher auswärtigen Kontakte der DDR deutlich. In Bezug auf die institutionelle Flexibilität der DDR zeigen sich einige Widersprüche: Intern herrschen im Zuge der auf den Staatsapparat kennzeichnenden zentralisierten Entscheidungs- und Kommunikationsinstanzen zwar starre Strukturen, nach außen kann man jedoch gerade dadurch deutlich schneller und flexibler gegenüber den Entwicklungsländern, aber auch der Bundesrepublik reagieren. Auch im ostdeutschen Entwicklungsdiskurs wird mit der Existenz der Bonner Republik argumentiert, dennoch erscheint die Haltung der DDR in ihrer Zielperspektive deutlich losgelöster vom Blick auf das „andere Deutschland“ als die westdeutsche Perspektive, der eine beinahe zwanghafte Fixierung auf die Ausschaltung des ostdeutschen Konkurrenten bescheinigt werden kann. Dabei sind insbesondere die nationalen Interessen der DDR von Bedeutung, die primär die Entwicklung vorteiliger Handelsbeziehungen<sup>30</sup> und einer globalen „Zur-Kennntnisnahme“ anstreben. Im zweiten Abschnitt des fünften Kapitels wurde untersucht, ob bestimmte Handlungsmuster in der entwicklungspolitischen Praxis beider deutscher Staaten vorliegen und ob die Bundesrepublik in diesem Politikfeld erwartungsgemäß von Anfang an erfolgreicher aufzutreten vermag. Allerdings gelingt es ausgerechnet der DDR sehr viel schneller und effizienter, Kontakte zu den gerade unabhängig werdenden Staaten zu etablieren und auszubauen. Dabei geht Ostberlin nach einem Dreiphasenmodell vor: In einem ersten Schritt werden in einer

<sup>28</sup> DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM JAHRE 1964. Bonn, 1965, S.5f.

<sup>29</sup> *In Wirklichkeit ist Ulbricht auch der Außenminister*. In: DIE WELT, 19./20. April 1962, S.3.

<sup>30</sup> Beispielsweise erkennbar in der Lieferbindung an ostdeutsche Waren.

Art „telegraphischem Aktionismus“ schematisch formulierte Glückwunschschriften, in der Regel gepaart mit handels- und entwicklungspolitischen Kooperationsgeboten, zu allen möglichen Anlässen, sei es Unabhängigkeit, Nationalfeiertag oder ein Geburtstag, in die Entwicklungsländer gesendet. Diese „verpuffen“ in der Regel zwar regelmäßig ohne realpolitische Wirkung, die formelhaften Antwortschriften werden jedoch propagandistisch in der ostdeutschen Presse „ausgeschlachtet.“ Nach FÄBLER ist die erhöhte Aktivität der DDR in diesem Bereich der „Imagepolitik“<sup>31</sup> als „Instrument der Herrschaftsstabilisierung“ zu begreifen, wodurch die politische, ökonomische und diplomatische Inferiorität kompensiert und systemstabilisierende Wirkung nach innen entfaltet werden soll. Im Zuge der bis 1961 beständig wachsenden Fluchtbewegung und nach dem Mauerbau dürfte dies ein zentrales Bedürfnis im Untersuchungszeitraum gewesen zu sein. Bei dieser ostdeutschen „Politik der ganz kleinen Schritte“ wird jeder noch seine kleine Positionsgewinn medial überhöht und geschichtsdeterministisch als Beweis für die Überlegenheit des eigenen Systems gewertet. Außerdem hat man durch den brieflichen Kontakt bereits einen „Fuß in der Tür“ und kann die zweite Phase in Form einer ausgedehnten Besuchs- und Einladungsoffensive vorbereiten. Die Erfolge der DDR in der „Dritten Welt“ seien ein Indiz für die Konsolidierung des sozialistischen Regimes, so die offiziell transportierte Deutung in NEUES DEUTSCHLAND. Diese „Teilerfolge“ demonstrieren auch, dass sich die Beziehungen der DDR-Bürger zu ihrem Staat weiter gefestigt hätten und Ostberlin sich infolge einer wirtschaftlichen Stabilisierung zum Partner der UdSSR auf politischem, ökonomischen und kulturellem Gebiet entwickelt habe.<sup>32</sup> Die Entwicklungsländer werfen der DDR in diesem Kontext teilweise eine Art „Überrumpelungstaktik“ mit unangemeldeten Besucherdelegationen vor.<sup>33</sup> Ob diese Erklärungsmuster nicht primär zur Beschwichtigung der aufgeregten Bonner Vertreter vorgebracht worden sind, erscheint allerdings fraglich. Ein Vorteil der DDR ist, dass sie infolge ihres administrativen Apparats fast jede Delegation hochrangig mit mindestens einem stellvertretenden Minister besetzen kann, was als besondere Form der Wertschätzung gegenüber den Entwicklungsländern inszeniert werden kann. Dass es sich hierbei um eine bewusste

---

<sup>31</sup> FÄBLER, 2005, S.140 f.; DOLEZAL, 1983, S.33.

<sup>32</sup> *Die Wahrheit und das Risiko*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 13. Januar 1966, S.6.; Ebenso BECKENBACH, der auch die sportlichen Erfolge anführt. Vgl. BECKENBACH, 2008 (B), S.134.

<sup>33</sup> Guineas Präsident spricht im Falle des voreilig durch die ostdeutsche Presse gemeldeten Botschafteraustauschs 1960 sogar von einem „*fait accompli*.“



„Technik“<sup>34</sup> handelt, durch die eine „Veränderung unseres Status erreicht werden“ soll, beweisen diverse interne Aktenaufzeichnungen. Dagegen ist auf Seiten der Bundesrepublik im gesamten Untersuchungszeitraum eine besucherische Trägheit festzustellen, die zwar intern kritisiert, aber nicht reformiert wird: Im Gegenteil werden geplante Reisen sogar im Rahmen des Hallstein'schen Sanktionierungsmodus abgesagt. In einem dritten Schritt bemüht sich die DDR um den Auf- und Ausbau entwicklungs- und handelspolitischer Kontakte, wobei sich ein Dreistufenmodell zeigt, was DER SPIEGEL als „Pankows Umwege zur Anerkennung“<sup>35</sup> titulierte: Zunächst wird ein Vertrag zur Abnahme landesspezifischer Überschussprodukte geschlossen, wobei die DDR, wie im Falle Ghanas, „Fertigwaren aller Art“<sup>36</sup> sowie Maschinen liefert. Gleichzeitig wird zur Abwicklung die Einrichtung einer ostdeutschen Handelsvertretung vor Ort gefordert und in einem zweiten Schritt initialisiert. Der Bundesrepublik sind in diesem Kontext die Hände gebunden, da sie selbst Handel mit der DDR betreibt und gegenüber anderen Ländern schwerlich ökonomische Kontakte ohne politische Implikationen kritisieren kann. Gelingt dies, wird in einer dritten Phase versucht, diese personell und funktionell immer weiter auszubauen. Dieser Prozess ist von einer erhöhten auslandspropagandistischen Tätigkeit vor Ort begleitet, bei der versucht wird, die Bundesrepublik zu diskreditieren, beispielsweise mit Vorwürfen der Kooperation mit dem Apartheidregime oder der Unterstützung des Algerienkriegs. Die Bundesrepublik scheint in diesem Feld kaum eigenen Handlungsbedarf zu sehen und beschränkt ihre Aktivität trotz intern wie öffentlich anderslautender Forderungen nach mehr „Leuchtreklame“<sup>37</sup> weitestgehend auf das Anprangern ostdeutscher „Verleumdungen“ und einige wenigen Gegeninformationskampagnen, wodurch sie bereits in der Initialisierungsphase deutlich passiver erscheint. Des Weiteren wurde untersucht, ob die Erfolge der DDR tatsächlich primär auf sowjetischen Druck und widrige wirtschaftliche Verhältnisse der Entwicklungsländer zurückzuführen sind. Diese These hat sich nur teilweise bestätigt. Zwar war festzustellen, dass die jeweilige entwicklungs- politische Strategie maßgeblich durch die finanzielle Potenz bestimmt wird, was zunächst als Nachteil für die DDR erscheint: So ist es Ostberlin infolge der finanziellen Inferiorität lediglich möglich, ein honorierendes Prinzip anzuwenden, bei dem zum einen sozialistische Um-

---

<sup>34</sup> So fragt beispielsweise ein in Accra ansässiger ostdeutscher Vertreter in Ostberlin 1962, ob bald eine Persönlichkeit „höherer Ebene“ in Ghanaerscheinen werde, um auf diesem Gebiet weiterzugekommen. Vgl. *Brief Heiderichs an Lessing vom 29. Mai 1962*. In: PA/MfAA A 15934.

<sup>35</sup> *Der Elefant*. In: DER SPIEGEL Nr.12/1960, S.18.

<sup>36</sup> *Protokoll über die Errichtung der Handelsvertretung der DDR in Ghana 1959*. In: PA/MfAA C 401/74.

<sup>37</sup> *Bonn für „etwas Leuchtreklame“*. In: DIE WELT, 22. August 1959, S.4.

gestaltungsmaßnahmen, aber auch die Stärkung bzw. Schwächung der ost- bzw. westdeutschen Positionen vor Ort entwicklungspolitisch gewürdigt wird. Dieser realpolitisch einzig mögliche Ansatz wird ideologisch mit der Verpflichtung zur Unterstützung von „Befreiungsbewegungen“ untermauert und hat seinen Schwerpunkt in der Technischen und Bildungshilfe. Mit dieser recht unilateral angelegten Strategie der gezielten „Nadelstiche“ gelingt es der DDR allerdings trotz ihrer deutlich geringeren Mittel das ökonomische Schwergewicht der Bundesrepublik in Bedrängnis zu bringen, was für eine deutlich höhere Effizienz und Treffsicherheit auf Seiten Ostberlins spricht. Beispielhaft zeigt dies die Kritik des Bundestagsabgeordneten Fritz, der davor warnt, dass die DDR „mit ihrem relativ geringen Einsatz“<sup>38</sup> doch eine „muntere Tätigkeit“ in den Entwicklungsländern entfalte und dadurch eine „relativ große Wirkung“ erreiche. Politische oder wirtschaftliche Krisen in den Entwicklungsländern stellen dabei tatsächlich eine Chance dar, die insbesondere die DDR durch ihr schnelles, und im Zuge ihres zentralisierten Entscheidungssystems weniger bürokratischen Verfahren für sich nutzen kann, um „Boden zu gewinnen.“ Die Bundesrepublik erscheint generell deutlich behäbiger, was zum einen auf administrative Verzögerungen, beispielsweise durch Projektbindungen, andererseits durch die Rücksichten auf die eigenen Bündnispartner zu erklären ist. So geht schon die Institutionalisierung des Politikfelds auf den Druck Washingtons zurück, das in Krisensituationen Bonn zu bestimmten entwicklungspolitischen Reaktionen drängt. Insbesondere gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten und jetzigen NATO-Bündnispartnern Paris und London befindet sich die Bundesrepublik in einer Art „postkolonialem Dilemma“, so dass von einer „Außenpolitik im Korsett“ gesprochen werden kann, die sich insbesondere im Nahen Osten bei der Verwicklung mit Tel Aviv besonders deutlich offenbart. Die DDR muss dabei keine vergleichbaren Rücksichten nehmen und deutlich freier und unbefangener agieren. Die ostdeutsche Vorgehensweise übt erheblichen Reform- und Reaktionsdruck auf Bonn aus, so dass unter Hinweis auf die ostdeutsche Aktivität beispielsweise die Entbürokratisierung der Verfahren, höhere Mittel oder eine gezieltere Ausrichtung gefordert werden, um die „Schlagkraft“<sup>39</sup> zu erhöhen. Für die Bundesregierung ist die Entwicklungspolitik in erster Linie ein wesentliches Instrument im Rahmen und zur

---

<sup>38</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestags. STENOGRAPHISCHE BERICHTER. 118. Sitzung am 22. Juni 1960, S.6843 B.

<sup>39</sup> So heißt es beispielsweise, es sei „bisher vielfach nicht gelungen, die wirtschaftliche Hilfe an der richtigen Stelle zum richtigen Zeitpunkt einzusetzen“, was man ändern müsse. Vgl. *Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krappf vom 16. Juli 1964*. In: AAPD 1964, Dok 201, S.854.

Aufrechterhaltung der „Hallstein-Doktrin“. Dies kann auch als Folge der schrittweisen Statuserhöhungen der DDR im Ausland begriffen werden, die dazu führen, dass der Alleinvertretungsanspruch gerade angesichts der Zementierung der deutschen Teilung infolge des Mauerbaus ab 1961 durch andere Mittel als bisher abgesichert werden muss. Die flexible Handhabung, die politisch und wirtschaftlich gewichtigere Staaten nachsichtiger behandelt und abschreckende „Exempel“ an weniger bedeutsamen Ländern statuiert, erscheint dabei zum einen als realpolitische Stärke, zum anderen im Zuge der Nicht-Stringenz als Schaden für die globalpolitische Glaubwürdigkeit. Allgemein ist auf Seiten der Bundesrepublik eine „Triple“-Strategie festzustellen, die nicht nur honorierend, sondern je nach Situation auch präventiv und sanktionierend ausgerichtet und damit deutlich breiter aufgestellt ist als die ostdeutsche Praxis. Diese werden zur höheren Wirksamkeit auch gekoppelt. Augstein fasst dies mit der Formel zusammen: „Mit der Zuckerrübe locken – Entwicklungshilfe – und mit dem Stock drohen – Entzug dieser Hilfe.“<sup>40</sup> In Reaktion auf die schnelle und systematisierte Kontaktaufnahme und -ausweitung der DDR, entwickelt die Bundesrepublik als präferiertes und dominierendes Prinzip eine präventiv angelegte und breit aufgestellte „Gießkannentaktik“. Ziel ist es, die Zuwendung zum Sozialismus im Allgemeinen und engere Kooperationen mit der DDR im Speziellen durch eine großzügige Förderstrategie vorzubeugen und die Entwicklungsländer damit auf eine Linie mit der Bundesrepublik zu bringen und diese an sich zu binden. Der sanktionäre Entzug bei deutschlandpolitischem Fehlverhalten der Empfänger stellt ebenfalls ein westdeutsches Spezifikum der „D-Mark-Diplomatie“ dar. Dabei sind verschiedene Eskalationsstufen festzustellen, wobei zunächst die Verzögerung von Projekten angedroht und dies dann verwirklicht wird. In einem weiteren Schritt wird mit dem Entzug von Hilfeleistungen gedroht und dies in einem weiteren Schritt – wenn auch nur für zukünftige Hilfe - realisiert, bevor in einer höchsten Stufe anderen Staaten, entweder politischen Gegnern oder Verbündeten, bewusste Hilfsangebote gemacht werden. Diese Strategie ist als kurzfristig überaus effektiv zu beurteilen, da die realpolitische Wirksamkeit in Bezug auf die „Entwicklungshilfe“ erst verzögert eintritt, der Druck auf den betroffenen Staat selbst jedoch umgehend steigt und auch andere Länder von etwaigen Annäherungen an die DDR abgeschreckt werden können. Die Bonner Strategie bezieht ihre Schlagkraft auch aus ihrer Finanzstärke, so dass es der DDR kaum möglich ist, weggefallene westdeutsche Hilfe ausreichend zu kompensieren.<sup>41</sup> Infolge ihrer begrenzten Mittel kann Ostberlin weder präventiv

---

<sup>40</sup> *D-Mark-Diplomatie*. In: DER SPIEGEL Nr.9/1965, S.20.

<sup>41</sup> Im Falle Ägyptens bietet Ulbricht dies allerdings im Zuge seines Besuchs 1965 an.

noch sanktionär vorgehen, sondern kann die Mittel lediglich zukünftig an aussichtsreichere Kooperationspartner verteilen. Beim Versuch, den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch aktiv zu verteidigen, versetzt die Bundesrepublik allerdings in den Modus des „Getriebenen“, der beständig auf Handlungen Ostberlins und der Entwicklungsländer reagieren muss und außerdem Gefahr läuft, insbesondere durch den nicht-konsistenten sanktionären Einsatz massive Verstimmungen hervorzurufen und sich, wie im Falle Ägyptens und Tansanias, zumindest kurzfristig selbst zu isolieren. Dieses „Spiel mit dem Feuer“ kann auch zu einem bizarren Kleinkrieg werden, bei dem insbesondere die westdeutschen Vertreter vor Ort kritisch das Auftreten der DDR in den Entwicklungsländern beobachten und jede Beflaggung, Titelführung und Einladung in teilweise alarmistischen Tönen nach Bonn vermelden, wobei sich Ostberlin über diese Aufmerksamkeit freut und Ulbricht sich sogar dafür bedankt, dass so die Wahrnehmung Ostberlins in der Welt gesteigert werde.<sup>42</sup> Dieses nervöse Agieren erscheint gerade angesichts des diplomatischen und ökonomischen Übergewichts der Bundesrepublik bemerkenswert, allerdings ist festzustellen, dass die westdeutschen Auslandsvertretungen diese Argumentationsmuster häufig auch bewusst dazu nutzen, um mehr Personal oder bessere Ausstattung in Bonn zu erbitten. Die DDR erscheint in diesem Kontext vielfach entspannter und zielgerichteter, da diese keinen umgekehrten Alleinvertretungsanspruch vertritt und im Zuge ihrer ausschließlich honorierenden Entwicklungsstrategie weitestgehend unabhängig vom Agieren Bonns ihre Mittel verteilt.

Im letzten Abschnitt des fünften Kapitels wurde im Spiegel deutscher Quellen untersucht, wie die Empfänger auf den deutschlandpolitischen Wettstreit im Bereich der Entwicklungspolitik reagieren. Diverse Äußerungen drücken zwar Unmut und Verärgerung aus, dies wirkt aber in vielen Fällen toposartig und zur Einforderung von mehr entwicklungspolitischen Engagement der einen oder anderen Seite vorgebracht worden zu sein. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede in der öffentlichen Darstellung: Während in der Bundesrepublik offen bis belustigt über Verwechslungen, Missverständnisse und Pannen im Umgang mit Vertretern der beiden deutschen Staaten berichtet wird, wüssten laut NEUES DEUTSCHLAND nicht nur afrikanische Politiker, sondern auch die Bürger sehr wohl zwischen DDR und BRD zu unterscheiden. Anderenfalls würde dies gegen die These der globalen Signifikanz des ei-

---

<sup>42</sup> Ulbricht: „Ohne die enorme propagandistische Vorbereitung durch Bonn hätte mein Besuch in der VAR in der Welt längst nicht ein solches Aufsehen erregt. Vgl. *Vertreter des ganzen deutschen Volkes*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8.März 1965, S.3.

genen Staats sprechen. Auf westdeutscher Seite wird den Empfängern ein regelrechtes Taktieren um höhere entwicklungspolitische Zuwendungen unterstellt, dass sich im wechselseitigen Auspielen, bewusstem Verzögern, vagen Aussagen, zu hohen Forderungen und einem herablassenden Auftreten einzelner Politiker offenbare. Der Vorwurf reicht vom politischen Opportunismus bis zum heuchlerischen Kalkül. Die wie auch immer geartete Aufwertung der DDR hängt dabei wie ein „Damokles-Schwert“<sup>43</sup> über der Bunderegierung. Auf ostdeutscher Seite zeigen sich keine vergleichbaren Berichte, vielmehr wird die Kritik aufgenommen und beinahe wortgleich auf die Bundesrepublik übertragen. Generell ist festzustellen, dass das Verhalten der Entwicklungsländer einseitig und tendenziell beschönigt erscheint und damit nicht nur ein unkritisches Selbstbild, sondern auch idealisierte Fremdbilder öffentlich transportiert werden. Dies entspricht der Bestandsaufnahme WOLLES zur „heile[n] Welt der Diktatur“<sup>44</sup>, wonach man nach fünf Minuten der Lektüre von NEUES DEUTSCHLAND wisse: „Die Welt ist in Ordnung“. Konflikte und Fehlverhalten finden sich demnach nur auf der Seite des Kapitalismus, während auf der eigenen Seite alles im „ewigen Gleichklang“ verlaufe. Als besonders geschickter Taktierer erweist sich Ägyptens Präsident Nasser, der nicht nur sämtliche verbalen und bürokratischen Spitzfindigkeiten im Rahmen der „Hallstein-Doktrin“ austariert, sondern den Sanktionierungsmechanismus im Zuge der öffentlich gewordenen Waffenlieferungen Bonns an Israel aufnimmt und sich mit der Einladung an Ulbricht gegen die Bundesrepublik wendet. Nach der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Tel Aviv kehrt Nasser die Doktrin sogar um und bricht die Beziehungen zu Bonn ab, wobei der DDR der diplomatische Durchbruch allerdings selbst in dieser günstigen Ausgangslage nicht gelingt. Generell lässt sich resümieren, dass sich die afrikanischen Staaten nach den Worten von Tansanias Präsident Nyerere nicht als die „Schiedsrichter“, sondern die „Nutznießer“<sup>45</sup> im innerdeutschen Systemkonflikt begreifen.

Im sechsten Kapitel wurden die Selbst- und Fremdbilder der beiden deutschen Staaten als Geberländer untersucht, wobei trotz der ideologischen Unterschiede nur partielle Differenzen bei den historisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich geprägten Narrativen festgestellt werden können. So zeigen sich teilweise massive Übereinstimmungen, wie bei der Vorstellung der überragenden Signifikanz des eigenen Lands für die Entwicklungsländer, dem Vorwurf, aufgrund der mentalitären oder personellen Kontinuitäten zum Nationalsozialismus

<sup>43</sup> „Damokles-Schwert der Aufnahme von Beziehungen zu Pankow“. Vgl. *Aufzeichnungen zur Guinea-Krise vom 13. März 1960*. In: PA/AA B34 Bd.149.

<sup>44</sup> WOLLE, 2001, S.126 f.

<sup>45</sup> zitiert nach: SCHNEPPEN, 1999, S.419.

als Geberland diskreditiert zu sein, sowie den Anspruch als einzige deutsche Friedens- und Zivilmacht und „wahrer Freund“ der Entwicklungsländer zu gelten. Der „gute deutsche Ruf“ des kolonial unbelasteten Staats der Ingenieure ist aus Sicht beider Blöcke dabei von besonderer Attraktivität. Doch zeigen sich auch feine Unterschiede: Die Freundschaft zu den Entwicklungsländern führt die DDR auf ein ideologisch begründetes Interessenskollektiv, die Bundesrepublik auf die Tatsache ihres Wohlstands und den frühen Verlust der Kolonien zurück. Beide erklären allerdings das Selbstbestimmungsrecht zum entscheidenden Bindeglied zu den jungen afrikanischen Nationalstaaten. Außerdem begreifen sich beide als Fortsetzer der von ihnen positiv konnotierten historischen Traditionslinien der deutschen Geschichte, wobei diese jeweils unterschiedlich definiert werden. Weitere Differenzen zeigen sich bei der Debatte um Rassismus: Während man in der Bundesrepublik kritisch über entsprechende Vorfälle und Probleme berichtet, scheinen derartige Konflikte bei DDR-Projekten nicht zu existieren. Vielmehr treibe der offene westdeutsche Rassismus die jungen Nationalstaaten „in die Arme“ der programmatisch antirassistisch ausgerichteten DDR. Das Narrativ, wonach sich beide deutsche Staaten wechselseitig als Entwicklungsländer mit unzivilisiert gebarenden Politikern charakterisieren, unterscheidet sich lediglich in den Begründungsmustern: So bescheinigt die DDR der Bundesrepublik eine kulturelle „Unterentwicklung“, während diese die politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten der DDR vom Ausland zum entscheidenden Indikator für „Unterentwicklung“ erhebt. Außerdem erscheint das ostdeutsche Regime im Spiegel der westdeutschen Darstellung als nicht ernstzunehmend und lächerlich, während auf der Gegenseite die westdeutsche Regierung als gefährlicher Aggressor auftritt. Ein westdeutsches Spezifikum stellt die teilweise überzogen wirkende Debatte um die eigene Überforderung mit entwicklungspolitischen Leistungen dar, die keine Entsprechung im ostdeutschen Entwicklungsdiskurs findet, da im Sinne des positivistischen Geschichtsbilds Probleme lediglich als „Startschwierigkeiten“ relativiert werden. Ein weiterer narrativer Richtungsstreit entbrennt um das Qualitätssiegel „*made in Germany*“, wobei die Bundesrepublik diesen durch die vermeintliche ostdeutsche Misswirtschaft im Bereich der Entwicklungspolitik bedroht sieht, während man auf ostdeutscher Seite eine negativistische Umdeutung als Symbol für eine ausbeuterische Entwicklungspolitik betreibt. BECKENBACH konstatiert in diesem Kontext eine regelrechte geistige „Verminung“<sup>46</sup> der Sachverhalte, die mit Bonn konnotiert werden. Der ideologisch fundierte Internationalismus kann die Pflege

---

<sup>46</sup> BECKENBACH, 2008 (A), S.123.

eines genuin ostdeutschen Nationalgefühls aber offenbar nicht vollwertig ersetzen, was nun offenbar auf dem Feld der Entwicklungspolitik im quasi-internationalistisch-solidarischen Kontext kompensiert werden soll.<sup>47</sup> Dieser steht darüber hinaus in einem fundamentalen Gegensatz zur faktischen „Abgeschlossenheit des eigenen Staats“<sup>48</sup>, wie BEHRENDT konsequent konstatiert. DETTMAR betont in diesem Kontext, dass Stereotype der „Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung“<sup>49</sup> dienen und sich zur Herstellung wie Wahrung „kollektiver Identität“ eignen. Die DDR nutzt dafür ihr staatlich gelenktes Informationsmonopol.

## 7.2 FOLGERUNGEN

Anfangs wurde die Hypothese formuliert, dass beide deutsche Staaten das Feld der „Entwicklungshilfe“ zu einem ritualisierten Instrument der Systemauseinandersetzung entwickeln, um sich öffentlichkeitswirksam als Friedensmacht zu inszenieren, nach außen abzugrenzen und so ein höheres Maß an innerer wie äußerer Legitimation zu erreichen. Der erste Teil der Annahme hat sich grundsätzlich bestätigt, so dass dieses Politikfeld als eine Art „Nebenaußenpolitik“ erscheint. Die Entwicklungspolitik wird dabei als „Schlupfloch“ der „Hallstein-Doktrin“ und Zwittergeschöpf wirtschaftlicher wie politischer Kooperation erkannt, ab 1957 aktiviert und mit Beginn der sechziger Jahre stärker systematisiert und ausdifferenziert. Dabei dominiert die Vorstellung, dass eine Vielzahl auswärtiger Beziehungen die „langfristige Überlegenheit“<sup>50</sup> des eigenen Systems vorantreibe und öffentlichkeitswirksam demonstriere. Die politische Praxis der „Entwicklungshilfe“ als „Hebel“<sup>51</sup> des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs und des ostdeutschen Versuchs ihrer Unterlaufung wird schrittweise konzeptionell implementiert. Generell kann die „Hallstein-Doktrin“ als eine Art Katalysator für die Institutionalisierung des Politikfelds in beiden deutschen Staaten betrachtet werden, wobei Bonn darauf zielt, den Alleinvertretungsanspruch zu festigen und zu verteidigen, während die DDR auf gleichem Wege versucht, die primär diplomatisch formulierten außenpolitischen Haltelinien zu untergraben. Dabei spielt die institutionelle Flexibilität des noch jungen Politikfelds eine entscheidende Rolle, wobei die DDR mit ihren zentralisierten Entscheidungsinstanzen schneller reagieren kann, da sie auch deutlich weniger Rücksichten

---

<sup>47</sup> KRÜGER-POTRATZ, 1991, S.47.

<sup>48</sup> BEHRENDT, 2004, S.7.

<sup>49</sup> DETTMAR, 1989, S.64 f.

<sup>50</sup> REIME, 1972, S.11.

<sup>51</sup> TETZLAFF, 1978 (B), S.29.

unterworfen ist als die Bundesrepublik: Diese ist nach außen mit den ehemaligen Kolonialmächten verbündet und muss entsprechend zurückhaltend agieren, gerät aber gleichzeitig im deutsch-amerikanischen „*Burden-Sharing*“ zunehmend unter Druck, während im Inneren die sich teilweise widerstreitenden Interessen von Wirtschafts-, Außen- und Finanzministerium in einem anfangs rein koordinativen BMZ sorgsam austariert werden müssen. Allerdings zeigt sich, dass beide deutsche Staaten zur wechselseitigen Abgrenzung und Selbstinszenierung nicht nur auf das Narrativ vom deutschen „Friedensstaat“ zurückgreifen, sondern dass die konstitutiven Selbstbilder deutlich differenzierter erscheinen, da sowohl auf historische, ökonomische als auch gesellschaftlich geprägte Eigen- und Fremdwahrnehmungsmuster Bezug genommen wird. Die Wertschätzung durch die Entwicklungsländer fungiert offenbar als eine Art Kompensation für die jeweils als defizitär betrachtete diplomatische Anerkennung. Den Selbst- und Fremdbildern kommt dabei eine umfangreiche Orientierungsfunktion innerhalb der beiden sich erst konsolidierenden Systeme zu. Da die untersuchten afrikanischen Staaten nicht als direkte Kriegsschauplätze in den Zweiten Weltkrieg involviert waren, eignen sich diese ganz besonders dafür, um dort unbelastet an die Narrative von deutscher Ingenieurskunst und Prosperität anzuknüpfen.<sup>52</sup> Beide Seiten scheinen infolge der Existenz des „anderen Deutschlands“ von einem latenten „Minderwertigkeitskomplex“<sup>53</sup> geplagt, den die Bundesrepublik weitestgehend durch das Ignorieren der DDR überspielt, während Ostberlin eine offensive Angriffsstrategie verfolgt. Diese zielt offenbar darauf, interne Spannungen zu überdecken und den eigenen Zusammenhalt nach den Erschütterungen des Weltkriegs und der staatlichen Teilung zu befördern.<sup>54</sup> Laut LEPSIUS wirkt die westdeutsche „positive Vergleichsgesellschaft“<sup>55</sup> dabei „entlegitimierend und destabilisierend“, während WOLFRUM dazu das Konzept der systemstabilisierenden „positiven Vergleichsgesellschaft“<sup>56</sup> ergänzt: Kurzfristig nutzt die DDR letzteres mit der Möglichkeit eines scharfen Abgrenzungskurses, wobei dies kein langfristiges Identifizierungspotential bietet. Doch nicht nur die DDR, auch die Bundesrepublik ist sorgsam um ihre Außenwirkung bemüht: Schon Zeitgenossen haben die Beschäftigung mit dem eigenen Bild im Ausland als westdeutsche „Obsession“<sup>57</sup> kritisiert.

---

<sup>52</sup> Während dabei für Ostberlin die weltpolitische Aufmerksamkeit als Voraussetzung für eine langfristige Anerkennung im Fokus steht, scheint Bonn eher an einer „Aufpolierung“ des angekratzten deutschen Rufs interessiert zu sein.

<sup>53</sup> *Mit der Gießkanne*. In: DER SPIEGEL Nr.49/1964, S.58.

<sup>54</sup> SATJUKOW/GRIES, 2004, S.21.

<sup>55</sup> LEPSIUS, 1993, S.215.; Im Vergleich dazu konzentriert sich die westdeutsche Kritik besonders stark auf die Person Walter Ulbrichts, der als Symbolfigur für die deutsche Teilung gilt.

<sup>56</sup> WOLFRUM, 1999, S.33.

<sup>57</sup> PAULMANN, 2004, S.66.



Die anfangs in Bonn vorherrschende Maximalforderung, das „einzig“ im Ausland anerkannte bzw. vertretene Deutschland zu sein, entpuppt sich relativ schnell als unhaltbar und muss pragmatisch modifiziert werden. Wenn man schon nicht das „einzig Deutschland“ sein kann, so will man doch wenigstens das „echte“ oder „richtige Deutschland“<sup>58</sup> sein. Auch die DDR hegt diesen Anspruch, verlangt aber gerade nicht die Alleinvertretung, sondern inszeniert sich mit Verweis auf historische, ökonomische und gesellschaftliche Bezugslinien als „das bessere Deutschland.“<sup>59</sup> Dies entspricht im weiteren Sinne auch der Idee Ulbrichts, das westliche Pendant zu „überholen ohne einzuholen.“ Beide inszenieren im Zuge ihres jeweiligen Umgangs mit dem Erbe der deutschen Geschichte als eine Art „geläuterte“ Nation, was als Grundlage für die Rückkehr auf die Weltbühne bedeute.<sup>60</sup>

Außerdem wurde die Erwartung formuliert, wonach infolge der „geistigen Auseinandersetzung“ des Kalten Kriegs massive Auswirkungen auf das gesamte Politikfeld zu erwarten sind, was sich erstens sprachlich in Form eines von der „Verflochtenheit“<sup>61</sup> der deutschen Sondersituation stark geprägten Entwicklungsdiskurs offenbare. Dies hat sich für die Bezeichnungen der Geber- und Empfängerländer und insbesondere für die Terminologie des politischen Kooperationsprozesses bestätigt, wobei die westdeutsche Begrifflichkeit im Gegensatz zum ostdeutschen Vokabular eine sprachkritische Ausdifferenzierung und Präzisierung erfährt. Die in diesem Kontext festgestellten Wechselwirkungen demonstrieren, dass die beiden deutschen Staaten den entwicklungspolitischen Diskurs des jeweils anderen Deutschlands aufmerksam verfolgen und sich in einer beständigen Auseinandersetzung befinden.

Die terminologischen Differenzen führen wiederum zu der zweiten Annahme, wonach auch die dahinterstehenden entwicklungspolitischen Konzeptionen von der innerdeutschen Konkurrenz beeinflusst werden. Dabei zeigen sich vielfältige Auswirkungen auf die öffentlich vorgebrachten Motive, das jeweilige Entwicklungsverständnis und die Afrikabilder. So erscheinen unter anderem Nachkriegsreminiszenzen und der Anspruch kolonialer Wiedergutmachung als spezifisch westdeutsche Begründungsmuster, wohingegen in beiden deutschen Staaten ökonomische, sicherheits- und deutschlandpolitische Beweggründe angeführt werden, die teilweise komplementär, teilweise antagonistisch angelegt sind. Weniger Differenzen

<sup>58</sup> *Auslandspropaganda der Zone ist recht erfolgreich.* In: DIE WELT, 17. April 1959, S.3.

<sup>59</sup> Erst in Phasen außenpolitischen Erfolgs wird eine Art „Alleinvertretungsanspruch“ artikuliert. Damit ist jedoch gerade nicht die diplomatische Vertretung gemeint, sondern vielmehr der politische Anspruch, für das ganze friedliebende deutsche Volk zu sprechen. Vgl. Kapitel 2.5 und 6.4.1.

<sup>60</sup> HAWEL, 2007, S.47 f.

<sup>61</sup> ECKERT, 2015, S.31.

zeigen sich – mit Ausnahme der politischen Dimension – bei den Ideen von Unterentwicklung und den dafür erforderlichen Überwindungsstrategien. Stärkere Unterschiede werden dagegen in den Bildern und Bedeutungszuschreibungen des afrikanischen Kontinents deutlich, wobei sich beide Seiten einig sind, dass die Position der afrikanischen Länder einen entscheidenden Einfluss auf die Lösung der „deutschen Frage“ habe. Generell fällt auf, dass sich ostdeutsche Presse und Politik sowohl terminologisch als auch konzeptionell auf die Kritik der „Entwicklungshilfe“ des „Klassenfeinds“ konzentrieren und das eigene Engagement sowohl quantitativ als auch informativ randständig thematisieren. Nach PFEIL demonstriert dies die „Bonner Sogwirkung.“<sup>62</sup> Die auf Seiten Ostberlins deutlich schärfer betriebene Diffamierungs- und Differenzierungskampagne zielt auf die Herstellung von „Binnenintegration durch Außenabgrenzung.“<sup>63</sup> Auch deutet die eher geringe Informationsfülle darauf hin, dass auf ostdeutscher Seite nur wenig nennenswerte Erfolge zu verzeichnen sein könnten, weshalb man sich in die Kritik des „anderen Deutschlands“ flüchtet. Dabei ist weniger bei der DDR, wie man erwarten würde, sondern vielmehr bei der Bundesrepublik eine Art Minderwertigkeitskomplex festzustellen. Dieser offenbart sich in einem schizophren anmutenden entwicklungspolitischen Diskurs, der zwischen Ignoranz, Relativierung und Spott einerseits und einem trotz anderweitiger Darstellung existierenden Bedrohungsgefühl schwankt und teilweise geradezu panische und alarmistische Züge annimmt.<sup>64</sup>

Drittens wurde angenommen, dass die entwicklungspolitische Praxis von der „deutschen Frage“ geprägt ist. Der Stand der Beziehungen zum „anderen Deutschland“ erweist sich in diesem Kontext als „Gretchen-Frage“<sup>65</sup> entwicklungspolitischer Förderung oder Abstrafung. Während beide deutsche Staaten „Entwicklungshilfe“ in honorierender Form einsetzen, um (deutschland-)politisches Wohlverhalten zu belohnen, verwendet die Bundesrepublik dieses Instrument auch präventiv und sanktionär, um eine Annäherung an die DDR zu verhindern oder zu bestrafen. Dies bildet die Grundlage für einen bemerkenswerten Rollentausch: Der

---

<sup>62</sup> PFEIL, 2005, S.107.; WOLFRUM bezeichnet die Fixierung auf das „andere Deutschland“ als „systemimmanente[s] Handicap“ der DDR. Vgl. WOLFRUM, 1999, S.35.

<sup>63</sup> Nach JESSEN sei das allerdings wenig erfolgreich. Vgl. JESSEN, 2011, S.136 und S.148 f.; Nach POLLACK offenbart dieser Kurs die „konstitutive Widersprüchlichkeit“ des ostdeutschen Systems. Vgl. POLLACK, 1998, S.119 f.

<sup>64</sup> In diesem Kontext haben bereits Zeitgenossen eine irrational anmutende Angst Bonns vor einer Übermacht an Staaten in der UN-Generalversammlung diagnostiziert, als würde die Wiedervereinigung dort entschieden. Vgl. Verhandlungen des Dritten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 118. Sitzung vom 22. Juni 60, S.6821 D.

<sup>65</sup> *Bericht der Botschaft in Conakry vom 28. Dezember 1959.* In: PA/AA B34 Bd.149.

DDR eröffnet sich die Möglichkeit, sich zunehmend aus der Rolle des diplomatischen Reakteurs zu lösen, in die sie 1955 durch den offensiv formulierten westdeutschen Alleinvertretungsanspruch gedrängt worden war, und gegenüber Afrika souverän und energisch „eigene Akzente“<sup>66</sup> zu setzen. So gelingt es Ostberlin zur entwicklungspolitischen Faktizität aufzusteigen, die die Bundesrepublik insbesondere in politischen oder wirtschaftliche Krisensituationen in der „Grauzone“ der „Hallstein-Doktrin“ zunehmend in Bedrängnis bringen und diese wiederum in die von ihr nie beabsichtigte Rolle des „Getriebenen“ zu drängen. Das schnelle Agieren der DDR angesichts der Entkolonialisierung zeichnet sich durch eine intensive Telegramm- und Besuchsoffensive, den geduldigen und systematischen Ausbau handelspolitischer Institutionen und deren Personal sowie eine aktive „Auslandsinformationskampagne“ aus. Dem steht das sehr viel langsamere und behäbig wirkende Auftreten der Bundesrepublik gegenüber, die aufgrund dezentralisierter und bürokratischer Verfahren sowie Rücksichten auf die ehemaligen Kolonialmächte deutlich zurückhaltender agiert. So hinkt die BRD der aktiveren DDR mühsam hinterher und erscheint auch deshalb gezwungen, mehr materielle Mittel in Form des viel kritisierten „Gießkannenprinzips“ zum Einsatz zu bringen. Ihre geringeren ökonomischen Mittel kompensiert DDR zum einen durch eine intensive terminologische und ideengeschichtliche Auseinandersetzung, die sie bis zum Letzten ausfechten zu wollen scheint. Zum anderen verfolgt sie praktisch eine „Politik der gezielten Nadelstiche“ mit realpolitisch erreichbaren Minimalzielen unter dem strategischen Fernziel der Anerkennung: Diese „Politik der ganz kleinen Schritte“ bringt die Bundesrepublik immer wieder massiv in Bedrängnis. Die „Entwicklungshilfe“ als „Waffe des kalten Krieges“<sup>67</sup> und Instrument der „Hallstein-Doktrin“ erscheint infolgedessen als zweischneidiges Schwert: Einerseits hat es das Machtpotential der Nicht-Anerkennungspolitik erhöht und deren langen Bestand ermöglicht, andererseits wird die Bundesrepublik so in einen reaktiven Modus des nervösen Beobachters versetzt, der auf jede Handlung der DDR reagieren muss und sich in einen zunehmend ermüdenden und nicht-zielführenden „Kleinkrieg um Wimpel und Fahnen“<sup>68</sup> verstrickt. Die Einschätzung JETZLSPERGERS, wonach die Entwicklungspolitik ein „ungeeignetes Mittel der Deutschlandpolitik“<sup>69</sup> sei, erscheint folglich äußerst fragwürdig: Diese ist vielmehr besonders wirkungsvoll, um die eigene Position gegenüber

---

<sup>66</sup> BRUNNER, 2015, S.65.

<sup>67</sup> *Tarnmantel „Entwicklungshilfe“*. In: NEUES DEUTSCHLAND, 18. Juni 1961, S.6.

<sup>68</sup> TROCHE, 1996, S.17;

<sup>69</sup> JETZLSPERGER, 2001, S.323.

der Bundesrepublik zu stärken. Den Entwicklungsländern kommt in dieser Phase der verhärteten Fronten und Immobilität in Europa eine Art „Schrittmacher-Rolle“<sup>70</sup> zu: Die West- bzw. Ostintegration ist Mitte der Fünfziger weitestgehend abgeschlossen und die „Neue Ostpolitik“ bzw. „Neue[n] Westpolitik“<sup>71</sup> von Seiten der DDR setzt erst ab Ende der sechziger Jahre ein: In dieser Zwischenphase der erstarrten Blöcke erlangt die Südpolitik gegenüber den Entwicklungsländern zunehmende Bedeutung: Diese geraten zwar stellenweise unter erheblichen wirtschaftlichen und politischen Druck, können aber von der Konkurrenz der beiden Lager profitieren.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Feld der Entwicklungspolitik mehr als nur „Deutschlandpolitik“ darstellt. Es erscheint vielmehr als externalisierte und potenzierte „Deutschlandpolitik“ mit einer höheren Flexibilität und identitätsstiftenden Wirkung bei gleichzeitig möglichst scharfer Außenabgrenzung. Auch entfalten die relativ geringen dafür einzusetzenden Mittel eine hohe mediale Wirksamkeit. Auf diesem Weg kann die politisch wie ökonomisch schwächere DDR das Schwergewicht Bundesrepublik unter Druck setzen, ganz wie in der Geschichte vom Hasen und Igel, der den stärkeren Kontrahenten mit seiner Formel „Ich bin schon da“<sup>72</sup> zur Verzweiflung bringt. Die Hoffnung Ostberlins auf einen „spill-over-Effekt“ auf die „hard politics“ erfüllt sich allerdings nicht: Keiner der unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten erkennt die DDR an, sieht man von den kurzen Zwischenspielen in Guinea und Sansibar ab. So ist der Einsatz der „Entwicklungshilfe“ als Instrument im innerdeutschen Konflikt aus Sicht der Bundesrepublik trotz aller Defizite langfristig eine Erfolgsgeschichte: Selbst unter günstigen Voraussetzungen und trotz des beständigen Ausbaus entwicklungspolitischer und konsularischer Kontakte erreicht Ostberlin zwar kurzfristig Stellungsgewinne, kann aber im Untersuchungszeitraum nicht den Durchbruch zur völkerrechtlichen Anerkennung erreichen. Allerdings muss man auf die langfristige Wirksamkeit der ostdeutschen Taktik verweisen, die zur Erosion des Alleinvertretungsanspruchs beiträgt. So gibt Egon Bahr, Architekt der „Neuen Ostpolitik“, 1969 zu bedenken,

---

<sup>70</sup> LAMM/KUPPER, 1976, S.64.

<sup>71</sup> Wenn Brandt eine neue Ostpolitik betreibe, „dann machen wir eine neue Westpolitik, und zwar eine, die sich gewaschen hat“, so Ulbricht laut der Mitschrift seines Mitarbeiters Berger in der Politbürositzung vom 30. Oktober 1969. In: DzD 1969 Bd.1, S.38.

<sup>72</sup> Auch verliert die DDR den „ökonomischen Dauerlauf“, der langfristig entscheidender für die innere Stabilität des Lands zu sein scheint als äußere Anerkennungs- und Prestigefragen. So fechtet die DDR, bleibt man bei der Metapher vom Hasen und Igel, im „falschen Feld“ des außenpolitischen Sprints einen verbissenen, wenngleich vergeblichen Kampf aus.

dass Ulbricht „immer stärker geworden“<sup>73</sup> sei „bis zu dem Punkt, an dem er, vielleicht ohne jede Gegenleistung international bekommt, was will.“ Jetzt habe Bonn immerhin noch etwas anzubieten und sei gut beraten, entsprechend zu handeln. Die im Kontext des Grundlagenvertrags und der internationalen Entspannungspolitik vollzogene internationale Anerkennungswelle der siebziger und achtziger Jahre steht 1989 in paradoxem Missverhältnis zur fehlenden inneren Legitimation und wirtschaftlichen Lage und kann den Mauerfall „um keine Sekunde“<sup>74</sup> verhindern. Man kann in diesem Kontext von einem „Pyrrhussieg“ Ostberlins sprechen: Die Annahme, dass die außenpolitische Positionsgewinne einen systemstabilisierenden Effekt haben, erweist sich als fataler Trugschluss.<sup>75</sup> Dies ist auch damit zu erklären, dass die internationale Anerkennung für die Bürger der DDR de facto keine praktischen Auswirkungen hat: Während sich die politische Elite nun auch international bei Auslandsreisen hofieren lassen kann, bleibt der Alltag für die Bevölkerung, insbesondere infolge der eingeschränkten Reisefreiheit, weitestgehend unberührt. Dieser ist vielmehr durch ökonomische und sozialpolitische Fragen und Mangelerscheinungen bestimmt, für die die veränderten äußeren Rahmenbedingungen kaum eine Rolle spielen. Nachdem der Abgrenzungskurs zur Bundesrepublik durch den Grundlagenvertrag an Schärfe verloren hat, leitet Honecker ein Umdenken ein und versucht mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ Systemloyalität durch die Illusion eines funktionierenden Wohlfahrtsstaats zu erzeugen – mit finanziell fatalen Folgen für die DDR. Die außenpolitischen Positionsgewinne und Anerkennungserfolge haben langfristig sogar den gegenteiligen Effekt: So trägt die Unterschrift unter die KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 dazu bei, dass sich ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger auf die im berühmten „Korb III“ festgehaltenen Menschenrechte, wie z.B. das Recht auf Ausreise aus einem Land, berufen können und infolgedessen erhöht sich sogar der Druck auf das Regime, das 1989 schließlich kollabiert.

### 7.3 AUSBLICK

Abschließend wird ein summarischer Ausblick auf die in der Forschung bereits rezipierte Weiterentwicklung der Entwicklungspolitik in Ost und West bis zur expliziten Aufgabe des

---

<sup>73</sup> zitiert nach: WOLFRUM, 2006, S.295.

<sup>74</sup> Die DDR unterhält 1989 mit 139 Staaten diplomatische Beziehungen. Vgl. SCHOLTYSECK, 2003, S.35.

<sup>75</sup> STEGLICH, 1999, S.287.; Dies gilt auch für die kontrollierte Presse. Vgl. ZAHLMANN, 2010, S.17.

Alleinvertretungsanspruchs durch den Grundlagenvertrag 1972 unternommen. Da das Politikfeld danach kaum noch von deutschlandpolitischen Erwägungen geprägt ist<sup>76</sup>, werden die anschließenden Phasen bis zur Wiedervereinigung lediglich kurz skizziert.

### 7.3.1 Weiterentwicklung bis zum Grundlagenvertrag 1972

Im September 1964 hatte Ulbricht vor dem Volkskongress noch angekündigt, die internationalen „Beziehungen [...] maximal zu erweitern.“<sup>77</sup> Der stellvertretende DDR-Außenminister Kiese Wetter muss in seiner Bestandsaufnahme „Fünfzehn Jahre friedliche deutsche Außenpolitik“ allerdings indigniert feststellen, dass nach wie vor eine deutliche „Diskrepanz zwischen der Übereinstimmung [...] der DDR und einer Vielzahl afro-asiatischer Staaten, zwischen dem Bestehen freundschaftlicher, faktischer Beziehungen und ihrer äußeren, juristischen Form“<sup>78</sup> besteht. So unterhält die Bundesrepublik in diesem Zeitraum mit 102 Staaten diplomatische Beziehungen und verfügt über Handelsmissionen in Bulgarien, Polen und Rumänien, sowie 35 Generalkonsulate und 46 Konsulate. Die DDR pflegt dagegen gerade einmal zu zwölf sozialistisch geprägten Staaten diplomatische Beziehungen, außerdem existieren neun Generalkonsulate, zwei Konsulate sowie unter anderem 32 Handelsvertretungen, teilweise mit konsularischen Funktionen.<sup>79</sup> Infolge der frustrierenden Erfahrungen auf dem afrikanischen Kontinent bis Mitte der sechziger Jahre wendet sich die ostdeutsche „Solidarität“ danach vermehrt sozialistischen Staaten in Lateinamerika und Asien zu. WENTKER spricht von einer Phase der außenpolitischen „Ernüchterung.“<sup>80</sup> Eine besondere Rolle nehmen dabei die RGW-Staaten Vietnam und Kuba ein, die für die kommenden Jahrzehnte zu den wichtigsten Empfängern ostdeutscher Hilfeleistungen werden. Im Jahr 1966 stellt die DDR selbstbewusst einen Aufnahmeantrag bei den Vereinten Nationen, der allerdings abgelehnt wird.<sup>81</sup> Die Einführung einer eigenen Staatangehörigkeit 1967 verschärft darüber hinaus den innerdeutschen Abgrenzungskurs.<sup>82</sup> Die im gleichen Jahr verkündete „Ulbricht-Doktrin“ fordert von den Staaten des Warschauer Pakts, nur dann mit der Bundesrepublik

<sup>76</sup> BOHNET spricht in diesem Kontext davon, dass die „Hallstein-Doktrin“ als prägendes Momentum vollständig „begraben“ worden sei. Vgl. BOHNET, 2015, S.65.

<sup>77</sup> *Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 1. September 1964 aus Anlass des 25. Jahrestags des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges und des 50. Jahrestags des Ausbruchs des ersten Weltkrieges.* In: DA DDR 1964, S.103

<sup>78</sup> zitiert nach: SPANGER / BROCK, 1987, S.166.

<sup>79</sup> *Bericht des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten der WEU über die Lage in Berlin und die deutsche Frage vom 10. Mai 1965.* In: DzD 1965, S.593.; AdG 1965, 11733 B.

<sup>80</sup> WENTKER, 2007, S.317.

<sup>81</sup> *Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 25. Mai 1966.* In: AAPD 1966 Dok.165, S.704 f.

<sup>82</sup> HOFMANN, 2001, S.183.

diplomatische Beziehungen aufzunehmen, wenn diese zuerst die DDR und die Oder-Neiße-Grenze anerkenne. Erst im Zuge der innerdeutschen Annäherung in den Jahren 1969 und 1970, also rund zwanzig Jahre nach ihrer Gründung, gelingt Ostberlin der Durchbruch in der so genannten „Dritten Welt.“ Als bahnbrechend gilt dabei die Anerkennung der DDR durch Kambodscha als erster nicht-sozialistischer Staat 1969, woraufhin Bonn die Beziehungen nicht abbricht, sondern lediglich vorübergehend einfriert.<sup>83</sup> Insgesamt vierzehn Staaten, darunter Ägypten, Somalia, Sudan, Irak, Kongo, Guinea und Algerien, erkennen die DDR in der Folgezeit diplomatisch an. Die zuvor erfolgte Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien war global bereits als implizite Aufgabe des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs verstanden worden. 1973 werden beide deutsche Staaten Vollmitglieder der Vereinten Nationen. Die DDR selbst deutet die Anerkennung dabei allein als Erfolg ihrer eigenen jahrelangen Bemühungen.<sup>84</sup> Den von der Regierung Brandt/Scheel angestrebten „Wandel durch Annäherung“ soll Außenminister Otto Winzer als besonders heimtückische Form der „Aggression auf Filzlätschen“<sup>85</sup> bezeichnet haben, wobei Egon Bahr diese Einschätzung rückblickend bestätigt hat. Dabei wird die Entspannung auf der nördlichen Halbkugel zum Anlass genommen, um das „antiimperialistische Engagement“ auf der südlichen Hemisphäre umso entschiedener anzugehen. SPAN-GER/BROCK erklären dies mit der besonderen Notwendigkeit der Abgrenzung infolge der Entspannungspolitik, die „den Systemkonflikt zwischen Ost und West zu verwischen drohte, dessen konstitutive Bedeutung für das Selbstverständnis“<sup>86</sup> der DDR kaum überschätzt werden könne. Institutionell bleibt die ostdeutsche Entwicklungspolitik auf eine Vielzahl von Akteuren zersplittert, die bereits im fünften Kapitel dargestellt worden sind und bis zum Grundlagenvertrag keine bemerkenswerten Veränderungen erfahren. In gestalterischen Richtungsfragen entscheidend bleibt dabei das ostdeutsche Außenministerium. Ein eigenes Ministerium wird paradoxerweise erst zur „Abwicklung“ des Politikfelds im Zuge der Wiedervereinigung geschaffen.

Nach den entwicklungspolitischen „Krisen“ 1965 bemüht sich das Bonner Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zunehmend um eine Emanzipation von

---

<sup>83</sup> WOLFRUM, 2006, S.240.

<sup>84</sup> „Die konsequente antiimperialistische Politik und die solidarische Unterstützung der DDR für die nationalen Befreiungsbewegungen und die national befreiten Staaten fand in den folgenden Jahren ihren Ausdruck in der Tatsache, daß es eben diese Staaten waren, die nach den sozialistischen Staaten mit als erste volle diplomatische Beziehungen zur DDR aufnahmen“ In: DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN, Berlin (O): 1984, S.44.

<sup>85</sup> BAHR, 1996, S.157.

<sup>86</sup> SPAN-GER/BROCK, 1987, S.169.

deutschlandpolitischen Fragen. HEIN spricht in diesem Kontext vom „apologetische[n] Stadium der bundesdeutschen Entwicklungspolitik.“<sup>87</sup> Walter Scheel (FDP), der bis dahin sein Ressort stets als ein Handlungsfeld der Nichtanerkennungspolitik betrachtet hat, fordert dabei, Entwicklungspolitik dürfe „keine Feuerwehr für augenblickliche Krisensituationen“<sup>88</sup> sein. Im Außenministerium steht man der intendierten „politischen Sterilisierung“<sup>89</sup> kritisch gegenüber und ereifert sich, dass „Entwicklungshilfe“ in Zukunft „Herr Minister Scheel [zufolge zwar] Freunden zugute kommen“ solle, aber nicht „mit der Hallstein-Doktrin in Verbindung gebracht werden“ solle. Diese „Verwässerung“ führe zu der „seltsame[n] Folgerung [...], daß Staaten, die die sogenannte DDR anerkennen, immer noch als Freunde betrachtet werden können.“<sup>90</sup> Die Zuständigkeit für Kapitalhilfe und Technische Hilfe liegen zunächst weiter beim Wirtschafts- und Finanzministerium sowie dem Auswärtigen Amt, wobei je nach Projekt weitere Ministerien involviert sind und das personell mit rund 300 Mitarbeitern noch recht schmal ausgestattete BMZ lediglich koordinierende Funktion erfüllt.<sup>91</sup> Als Scheel am 28. Oktober 1966 infolge von Budgetstreitigkeiten zurücktritt, übernimmt nach einer Übergangszeit Hans-Jürgen Wischnewski (SPD) das Ministerium, der aufgrund seiner engen Kontakten zur arabischen Welt durch Willy Brandt den Spitznamen „Ben Wisch“ erhält. Er erkennt die deutschlandpolitische Ausrichtung der „Entwicklungshilfe“ zwar an, schränkt aber ein, dass man nur dann für das „Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volks eintreten“<sup>92</sup> könne, wenn man dieses Prinzip auch für andere Völker respektiere. NEUES DEUTSCHLAND reagiert spöttisch und behauptet, der „große Araberfreund“ sei auch nichts anderes als „ein Handlungsgehilfe des westdeutschen Monopolkapitals bei der Durchsetzung seiner neokolonialistischen Politik.“<sup>93</sup> Im Zuge der Studentenbewegung entsteht außerdem eine gesamtgesellschaftlichen Kontroverse um die Motive und Ziele. Diese Debatte um das Scheitern

---

<sup>87</sup> HEIN, 2006, S.93.

<sup>88</sup> Der Fokus solle auf langfristigen Projekten bewährter Partner liegen, so Scheel. Dies schließt eine deutschlandpolitische Färbung zwar nicht aus, betont aber stärker die Beständigkeit der Partnerschaft im Kontrast zu den kurzfristig-reaktiven Mustern der vorangegangenen Jahre. Vgl. ENTWICKLUNGSPOLITIK I/4, S.2.

<sup>89</sup> Dies ermögliche die paradoxe Situation, wonach Staaten, „die die DDR anerkennen, noch immer als Freunde betrachtet werden“ könnten, so eine empörte Aktennotiz. Vgl. *Aufzeichnung des Staatssekretärs Labr vom 13. März 1965*. In: AAPD 1965 Dok.127, Anm.19, S.51.

<sup>90</sup> *Aufzeichnung des Staatssekretärs Labr vom 13. März 1965*. In: AAPD 1965, Dok.127, Anm. 19., S.518.

<sup>91</sup> Wischnewski: „Fast 73 Prozent meines Etats werden vom Wirtschaftsministerium verwaltet.“ Vgl. *Streit*. In: DER SPIEGEL Nr.13/1968, S.24.; GROTE, 2004, S.32.

<sup>92</sup> WISCHNEWSKI, 1989, S.51.

<sup>93</sup> „Entwicklungshilfe“ – Teil des Bonner Neokolonialismus. In: NEUES DEUTSCHLAND, 8. April 1967, S.6.



der Modernisierungstheorie zieht sich bis in den Bundestag, wo die bisherige Entwicklungsstrategie der Bundesrepublik von einzelnen Politikern zu einem „totalen Misserfolg“<sup>94</sup> erklärt wird. Auch Wischnewski gibt im SPIEGEL-Interview eine gewisse „Ernüchterung“<sup>95</sup> zu, die Jahresberichte der Bundesregierung halten allerdings trotz der neu durch den Minister eingeführten Projektevaluierungen klar an modernisierungstheoretischen Prämissen fest.<sup>96</sup> Zu dieser konzeptionellen Debatte kommen die ersten konjunkturellen Einbrüche nach den prosperierenden Jahren des „Wirtschaftswunders.“<sup>97</sup> Die Kapitalhilfe zielt infolgedessen vermehrt darauf, die Exporte westdeutscher Unternehmen in Entwicklungsländer handelspolitisch abzusichern.<sup>98</sup> In der westdeutschen Presse wird außerdem die Furcht vor ausbleibenden Kredittilgungen im Zuge entwicklungspolitischer Kapitalhilfe genährt, wobei die Zahlungsausfälle Ägyptens nach der Sinai-Krise im Mittelpunkt der öffentlichen Befürchtungen stehen.<sup>99</sup> In seinen Memoiren begründet Wischnewski die stark handelspolitische Ausrichtung dieser Phase damit, dass er so die gesellschaftliche Akzeptanz der „Entwicklungshilfe“ habe steigern wollen, was er rückblickend jedoch als „falsch“<sup>100</sup> bezeichnet. So lässt er sogar eine Schallplatte besprechen, auf der der Kabarettist Jürgen von Manger, der als „Tegtmeier“ der deutschen Öffentlichkeit bekannt ist, betont, dass „die Herrschaften [...] die Mäuse nur geborgt“<sup>101</sup> bekämen. Dabei werden rassistische Plattitüden und Vorurteile im Ruhrdialekt ironisiert und gemahnt, sich bewusst zu machen, „wat wir diese Leute im Laufe der nächsten Jahre noch alles verkloppen wollen.“ Dies zeigt, dass deutschlandpolitische Motive weiter in den Hintergrund rücken, was auch mit der allmählichen Annäherung im innerdeutschen Verhältnis unter Kanzler Kiesinger begründet werden kann, der bei seiner Rede am 17. Juni 1967

---

<sup>94</sup> CDU-Abgeordneter Heinrich Gewandt während einer Bundestags-Fragestunde zur Entwicklungshilfe-Politik der Bonner Regierung. Zitiert nach: DER SPIEGEL Nr.44/1967, S.226.; DER SPIEGEL äußert im selben Jahr, „Entwicklungshilfe“ „stifte mehr Schaden als Nutzen, weil sie in vielen Ländern eine parasitäre Führungsschicht begünstigt und den Selbsthilfewillen lähmt.“ Vgl. *Wer niemals eine Schraube sab.* In: DER SPIEGEL Nr.42/1967, S.98.

<sup>95</sup> „Die Ernüchterung ist da.“ In: DER SPIEGEL Nr. 46/1968, S.84.

<sup>96</sup> „Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist die Förderung eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums und der damit verbundenen technischen und gesellschaftlichen Veränderungen in den Ländern der Dritten Welt.“ *Jahresbericht der Bundesregierung*, 1967, S.512. zitiert nach: HARNISCH, 2012, S.49 f.

<sup>97</sup> So schrumpft 1967 das Bruttosozialprodukt erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik um knapp 0,3 Prozentpunkte und die Arbeitslosigkeit steigt auf 2,2 Prozent an. Vgl. BOHNET, 2015, S.70.

<sup>98</sup> *Jahresbericht der Bundesregierung*, 1966, S.328 f., zitiert nach: HARNISCH, 2012, S.50.

<sup>99</sup> „Bonn sitzt heute auf der höchsten westlichen Forderung an Ägypten: eine Milliarde Mark. [...] Für maximal 800 Millionen Mark muß der Bund eintreten. In dieser Höhe müßte mithin der Steuerzahler Westdeutschlands Ägypten-Exporte selbst bezahlen.“ Vgl. *Wer niemals eine Schraube sab.* In: DER SPIEGEL Nr.42/1967, S.100.

<sup>100</sup> WISCHNEWSKI, 1989, S.52.

<sup>101</sup> *Tegtmeier als Entwicklungshelfer.* In: DER SPIEGEL Nr.44/1967., S.105.; BOHNET, 2015, S.56.

verkündet, „ohne Scheuklappen“<sup>102</sup> mit den „Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands“ in Kontakt zu treten zu wollen und einen Briefwechsel mit Stoph beginnt. Auch Wischnewskis Nachfolger Erhard Eppler (SPD), der das BMZ ab Oktober 1968 knapp sechs Jahre lang führt, ist mit ökonomischen Schwankungen konfrontiert, was seinen Versuch einer „kopernikanische[n] Wende“<sup>103</sup> nachhaltig behindert. Der Pearson-Bericht 1969 und die Studie des „*Club of Rome*“, der 1972 die „Grenzen des Wachstums“ konstatiert, die sich durch die ein Jahr später ausbrechende erste Ölkrise vor den Augen der westdeutschen Öffentlichkeit bestätigen sollten, läuten eine konzeptionelle Neuausrichtung ein.<sup>104</sup> Die Wachstumsorientierung weicht schrittweise dem Ansatz, wonach die Befriedigung der Grundbedürfnisse nicht als Folge, sondern als Voraussetzung für Entwicklung erscheint.<sup>105</sup> Eppler gelingt es, dem BMZ fundamentale Kompetenzzuwächse in den Bereichen der Lebensmittel- und Kapitalhilfe zu erstreiten und spricht sich für ein Abrücken vom „Gießkannenprinzip“ zur stärker konzentrierten Förderung weniger und langfristiger Projekte aus.<sup>106</sup> Im Zuge der auch die Bundesrepublik ergreifenden Umweltbewegung wird erstmals die Idee der Nachhaltigkeit bei entwicklungspolitischen Projekten Teil der Debatte. Eppler betont außerdem die politische Unabhängigkeit der Empfänger, indem er konstatiert, die Bundesrepublik solle „anderen beim Finden des eigenen Wegs [...] helfen, auch wenn es nicht der unsere ist.“<sup>107</sup> Er prägt im Zuge des Kriegs in Pakistan die Formel der „Friedenspolitik“ sowie der „Weltinnenpolitik“<sup>108</sup>, was einen dezidierten Gegensatz zur zuvor betriebenen Entwicklungspolitik als „Nebenaußenpolitik“ darstellt. Außenpolitisch fällt Epplers Amtszeit in die Phase der „Neuen Ostpolitik“, die mit der dezidierten Aufgabe des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs eine neue Phase der innerdeutschen Beziehungen einleitet. Der nun als Außenminister tätige

---

<sup>102</sup> Kurt Georg Kiesinger Rede beim Staatsakt der Bundesregierung zum Tag der Deutschen Einheit im Bundestag, 17. Juni 1967. Vgl. [https://www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0077\\_kre\\_de.pdf](https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0077_kre_de.pdf) [15.5.2020]

<sup>103</sup> MESSNER, 2011, S.398.

<sup>104</sup> „Die Bundesregierung wird sich bemühen, das dort vorgesehene Ziel für die öffentlichen Leistungen an der Entwicklungshilfe durch eine Steigerungsrate von durchschnittlich 11 % im Jahr zu erreichen. [...] Die Zahl der deutschen Entwicklungsexperten und Entwicklungshelfer wird erhöht mit dem Ziel, sie bis zur Mitte der 70er Jahre zu verdoppeln.“ REGIERUNGSERKLÄRUNG VON BUNDESKANZLER WILLY BRANDT VOR DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG IN BONN AM 28. OKTOBER 1969. Vgl. [https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_de&dokument=0021\\_bra&object=translation&l=de](https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0021_bra&object=translation&l=de) [17.7.2020]

<sup>105</sup> Diese Idee ist der zentrale Ansatzpunkt der von den Vereinten Nationen 1970 ausgerufenen zweiten Entwicklungsdekade. Weltbankpräsident McNamara fordert dabei in seiner berühmten Nairobi-Rede 1973 die Bekämpfung der Armut durch eine verstärkte Förderung der Landwirtschaft Vgl. BODEMER, 1974, S.354 f.

<sup>106</sup> BOHNET, 2015, S.67.; GROTE, 2004, S.32.

<sup>107</sup> EPPLER, 1972, S.22.

<sup>108</sup> FALK, 1985, S.36 f.

Scheel erklärt 1970 im SPIEGEL: „Die *Hallstein-Doktrin* ist tot.“<sup>109</sup> An ihre Stelle tritt die pragmatischere „Scheel-Doktrin“, wonach in den Worten Egon Bahrs, „der Hallsteinsche Imperativ [...] nicht mehr kategorisch, sondern unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessenlage“ befolgt werden soll. BOOZ spricht ironisch von der „halbierte[n] Hallstein-Doktrin“<sup>110</sup>, während KILIAN diese als „Interimsdoktrin“<sup>111</sup> bezeichnet. Scheel selbst äußert gegenüber der ZEIT, dass jeder Staat „souverän entscheiden könne“, man jedoch „sehr dankbar [sei], wenn der schwierige Prozess der Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten berücksichtigt wird.“<sup>112</sup> Er betont außerdem die Flexibilität mit der formelhaften Kritik an der Namensgebung, die Grundidee stamme zwar von ihm, das Ganze sei „aber keine Doktrin“<sup>113</sup>, so wie die „Hallstein-Doktrin“ auch nicht von Hallstein stamme. Generell wird nun an Drittstaaten appelliert, mit etwaigen Anerkennungsschritten bis zum Abschluss der innerdeutschen Verhandlungen abzuwarten. Die außenpolitische Konkurrenz, die schon seit Amtsantritt der Großen Koalition verblasst ist, hat mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags am 21. Dezember 1972 an Schärfe und Relevanz weitestgehend verloren. So heißt es in Artikel 4, „unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen [...] zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage:“

„Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen davon aus, dass keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann.“<sup>114</sup>

Außerdem betont Artikel 6, dass „die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten“ respektiert werde. Das Feld der „Entwicklungshilfe“ wird zwar nicht explizit erwähnt, dennoch läuten insbesondere diese beiden Artikel einen fundamentalen Wandel im Verhältnis beider deutschen Staaten als außenpolitische Akteure ein. Das Bekenntnis zu „gutmachbarlichen Beziehungen [...] auf Grundlage der Gleichberechtigung“<sup>115</sup> soll auch in der Entwicklungspolitik verwirklicht werden. Der ostdeutsche Versuch Systemloyalität über außenpolitische Erfolge zu erzielen wird fast gleichzeitig durch ein Umschwenken auf soziopolitische Reformen abgelöst, was vom

<sup>109</sup> *Hallstein-Doktrin: Durchlöcherter Anspruch*. In: DER SPIEGEL Nr.17/1970, S.31.

<sup>110</sup> BOOZ, 1995, S.95.

<sup>111</sup> KILIAN, 2001, S.351.

<sup>112</sup> *Gerät Brandt in Zeitnot?* In: DIE ZEIT am 18. Februar 1972.

<sup>113</sup> *Zitate*. In: DER SPIEGEL Nr.23/1971, S.19.

<sup>114</sup> GRUNDLAGENVERTRAG. Vgl. <http://www.documentarchiv.de/brd/grundlvertr.html> [22.5.2020]

<sup>115</sup> Egon Bahr kommentiert diese Entwicklung mit seinem berühmt gewordenen Ausspruch: „Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben, das ist der Fortschritt.“

VII. SED-Parteitag unter dem programmatischen Namen der „Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik“<sup>116</sup> verabschiedet wird.

### 7.3.2 Emanzipation bis zur Wiedervereinigung 1990

Eine entscheidenden Wegmarke stellt der bereits erwähnte „doppelte Beitritt“<sup>117</sup> der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen als 133. und 134. Mitglied im September 1973 dar. Schwierig gestalten sich für Bonn dabei die wirtschaftlichen Verbindungen zu Südafrika und Rhodesien, so dass sich im Vorfeld des Beitritts sogar DER SPIEGEL sorgt, dass einige afrikanische Staaten mit „Nein“<sup>118</sup> bei der entscheidenden Abstimmung in der Generalversammlung votieren könnten. Infolge der Verabschiedung des Grundlagenvertrags erlebt die DDR eine globale Anerkennungswelle, die im September 1974 in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Vereinigten Staaten gipfelt. WENTKER diagnostiziert für die Folgejahre ein „unaufgeregtes Nebeneinander“<sup>119</sup> der beiden deutschen Staaten in internationalen Organisationen. Seit dem 7. Oktober 1974 kommt dem entwicklungspolitischen Engagement der DDR sogar Verfassungsrang zu. So heißt es in Artikel 6, Absatz 3:

„Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt die Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, in ihrem Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt. Die Deutsche Demokratische Republik [...] pflegt auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung die Zusammenarbeit mit allen Staaten.“<sup>120</sup>

Dabei wird Antiimperialismus offen als Voraussetzung für ostdeutsche Unterstützung formuliert. So engagiert sich die DDR im angolanischen Bürgerkrieg und unterstützt gemeinsam mit der Sowjetunion die sozialistisch orientierte MPLA. Daneben steigen Mosambik<sup>121</sup>, Guinea-Bissau, Zimbabwe und Namibia neben den RGW-Staaten Mongolei, Vietnam und Kuba zu den wichtigsten Empfängerländern auf. Entsprechend führt auch die erste Afrikareise Honeckers als Staatsratsvorsitzender 1979 nach Angola und Mosambik. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Militärhilfe, die sich allerdings weniger in Ausrüstungslieferungen, als vielmehr durch Ausbildungs- und Beratungshilfe zeigt. Die höchste Kooperationsstufen

---

<sup>116</sup> STEINER spricht von einer „Beschwichtigungspolitik“, wonach „die Arbeiter [...] mit besserer Versorgung zu stabilen Preise und einer ausgeweiteten Sozialpolitik“ zufriedengestellt werden und in dieser Folge höhere Produktionsleistungen erzielen sollten. Vgl. STEINER, 2004, S.165.

<sup>117</sup> STEIN, 2011, S.169 ff.; ENGEL/SCHLEICHER, 1998, S.104.

<sup>118</sup> *Nein zum UNO-Beitritt*. In: DER SPIEGEL Nr.33/1973, S.17.

<sup>119</sup> WENTKER, 2008, S.256.

<sup>120</sup> VERFASSUNG DER DDR (1974) Vgl. <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html#KAPITTEL%201-1> [22.5.2020]

<sup>121</sup> „ES GEHT UM UNSERE EXISTENZ“, 1999; GRONAU/KUNZE, 2010.

stellen die „Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit“ dar, die ab 1977 mit einer zunehmenden Zahl von Entwicklungsländern geschlossen werden. DOLEZAL verweist darauf, dass der Stellenwert der so genannten „Dritten Welt“ bei außenpolitischen Verlautbarungen der SED-Parteitage ab Ende der siebziger Jahre deutlich zurückgeht und erklärt dies mit den zunehmenden wirtschaftlichen Problemen der DDR.<sup>122</sup> Ein weiteres Indiz dafür sind die relativ geringen Beiträge der DDR zu den internationalen Sonderorganisationen der UNO, die DOLEZAL für 1978 mit 100.000 Dollar beziffert und dem einen über vierzig Mal höheren Wert der Bundesrepublik (ca. 4,2 Millionen Dollar) kontrastierend gegenüberstellt.<sup>123</sup> Wie die Sowjetunion legt die DDR erstmals im Jahr 1982 den Vereinten Nationen einen Bericht mit konkreten Zahlen in Bezug auf ihr entwicklungspolitisches Engagement im Rahmen von 1 529,7 Millionen Mark vor.<sup>124</sup> SCHULTZ spricht in diesem Kontext von einer erstaunlich anmutenden „Publizitätskampagne“<sup>125</sup>, die in den Folgejahren fortgesetzt wird. Zu bemängeln bleibt allerdings, dass nicht zwischen zugesagten und bereits erfolgten bzw. laufenden Projekten differenziert wird und auch keine genaue Auflistung der einzelnen Posten und Länderverteilung erfolgt. Das von den Vereinten Nationen proklamierte Ziel, dass die Industriestaaten 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts in entwicklungspolitische Projekte investieren sollten, verfehlt die DDR nach Rechnungen der OECD mit knapp 0,12 Prozent im Jahr 1983 eindeutig, wobei auch die Bundesrepublik im gleichen Jahr mit 0,49 Prozent deutlich darunter liegt.<sup>126</sup> In DDR-eigenen Verlautbarungen wird allerdings mit dem Nationaleinkommen gerechnet, so dass man für das gleiche Jahr auf einen Wert von 0,79 Prozent kommt, was die internationale Zielvorgabe sogar noch übertrifft.<sup>127</sup> Allerdings sind auch diese Werte infolge der unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise rückzahlbare und unentgeltliche Hilfe, unterschiedliche Kreditkonditionen, das Hinzuzählen militärischer Hilfe und Handelskontakte) kaum vergleichbar. Festhalten lässt sich jedoch, dass sich die DDR bis zum Ende ihres Bestehens wenig an multilateralen Projekten beteiligt. Die Schwerpunkte der ostdeutschen Entwicklungspolitik bleiben auch in den achtziger Jahren relativ konstant die personelle Hilfe im Bereich der Expertenentsendung zur Unterstützung staatlicher Institutionen und Ausbildungshilfe in Form von Studienplätzen und Weiterbildungsmaßnahmen. Hinzu kommen die so genannten „Solidaritätsspenden“ des FDGB und des

---

<sup>122</sup> DOLEZAL, 1983, S.32.

<sup>123</sup> DOLEZAL, 1983, S.36.

<sup>124</sup> SPANGER/BROCK, 1987, S.205.

<sup>125</sup> SCHULTZ, 1986, S.11.

<sup>126</sup> zitiert nach: SCHULTZ, 1986, S.12.

<sup>127</sup> KIPKE, 1988, S.30

Solidaritätskomitees, die materieller Hilfe in Form von Kleidungsspenden, Medikamenten- und Lebensmittellieferungen umfasst.

In der Bundesrepublik erfährt die Entwicklungspolitik in dieser Zeit eine deutliche Stärkung, zum einen durch das kontinuierliche Wachstum des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) und die zunehmenden Kompetenzen des BMZ im Bereich der Nahrungsmittel- und Technischen Hilfe.<sup>128</sup> Bonn engagiert sich, auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, zunehmend multilateral. Dies trägt dazu bei, das Politikfeld zu „entpolitisieren“<sup>129</sup>, wofür sich OECD und Weltbank öffentlich aussprechen. Nach dem Rücktritt Eppers in Folge von Budget- und Ausrichtungsstreitigkeiten führt Egon Bahr (SPD, 1974-1976) das Ministerium.<sup>130</sup> Er bemüht sich, die Erfahrungen der Entspannung im Verhältnis zwischen Ost und West auch auf den Nord-Süd-Konflikt zu übertragen und sieht damit keinen Widerspruch von außen- und entwicklungspolitischen Interessen.<sup>131</sup> Marksteine sind die Entstehung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) 1975 sowie das im gleichen Jahr beschlossene und seither regelmäßig erneuerte Lomé-Abkommen, das den AKP-Staaten erleichterten Marktzugang sowie nicht rückzahlbare Hilfen zusichert, nachdem sich im Zuge der Ölkrise eine zunehmende Ausdifferenzierung der Entwicklungsländer gezeigt hat.<sup>132</sup> Unter ihm zeigt sich eine gewisse „Renationalisierung“<sup>133</sup> der Entwicklungspolitik, wenn er die wichtigen Rohstofflieferanten der Bundesrepublik zu den bevorzugten Empfängern aufsteigen lässt.<sup>134</sup> Unter Bahrs Nachfolgerin Marie Schlei (SPD, 1976-1978), der ersten Frau an der Spitze des Ministeriums, wird die Förderung von Frauen, beispielsweise durch die Erhöhung weiblicher Stipendiatinnen sowie der Implementierung von speziellen Projekten zur Bildung von Mädchen, zu einem neuen Ansatz der westdeutschen Entwicklungspolitik, wobei durch die zunehmende innenpolitische Bedrängnis infolge des Linksterrorismus das Politikfeld in der öffentlichen Aufmerksamkeit eher zurücktritt. Rainer Offergeld (SPD, 1978-1982) Amtszeit prägen die zweite Ölkrise und die in der Folgezeit stark ansteigende Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik auf zwischenzeitlich 9,3 Prozent im Jahr

<sup>128</sup> Obwohl sich die entwicklungspolitischen Leistungen in absoluten Zahlen zwischen 1968 und 1974 um knapp 30 Prozent erhöhen, sinkt der Anteil am Bruttosozialprodukt im gleichen Zeitraum von 0,37 auf 0,31 Prozent, womit eine deutliche Entfernung vom 0,7 Prozent-Ziel der Vereinten Nationen festzustellen ist. Vgl. HARNISCH, 2012, S.68.

<sup>129</sup> *Entwicklungshilfe ohne politischen Streit*. In: DIE WELT, 12. März 1964, S.11.

<sup>130</sup> HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK, 1975, S.737 f.

<sup>131</sup> HARNISCH, 2012, S.78.

<sup>132</sup> Zum einen durch die zunehmende Machtposition der OPEC-Staaten, dem Ausbrechen der Schwellenländer sowie der dahinter zurückbleibenden AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik).

<sup>133</sup> FALK, 1985, S.49.

<sup>134</sup> BELLERS, 1988, S.8

1985.<sup>135</sup> Besondere Akzente setzt Offergeld in Reaktion auf den Brandt-Bericht 1980 bei der Förderung der Landwirtschaft und dem Schutz der natürlichen Ressourcen.<sup>136</sup> Außerdem wird regelmäßig über die Menschenrechtssituation in den Empfängerstaaten diskutiert, wobei insbesondere der Umgang mit dem Apartheitsregime in Südafrika und der Diktatur in Nicaragua thematisiert wird. Es gelingt Offergeld das BMZ personell als auch finanziell zu stärken, so dass die Entwicklungspolitik zu Beginn der Achtziger 0,46 Prozent des BIP beträgt und knapp 550 Mitarbeiter unter ihm arbeiten. Mit Jürgen Warnke (CSU, 1982-1987) übernimmt erstmals ein CSU-Minister das Ressort. Prägend erscheint in dieser Phase die Verschuldungskrise, in deren Folge NUSCHELER von einem „verlorenen Jahrzehnt“<sup>137</sup> für die Entwicklungsländer spricht. Warnke betont die ökonomischen Interessen Bonns, wie der Arbeitsplatzsicherung oder Exportförderung, wenn er konstatiert, „Entwicklungshilfe“ sei „keine Einbahnstraße“<sup>138</sup>, sondern müsse Gebern und Nehmer gleichermaßen symbiotisch nutzen. Die von vielen erwartete „geistig-moralische Wende“ in der Entwicklungspolitik mit einer neuen Ideologisierung im Zuge des wieder erstarkten Kalten Kriegs durch den Afghanistankrieg der Sowjetunion bleibt allerdings weitestgehend aus, was auch an der Vielzahl sozialistischer Empfängerstaaten, wie China, Somalia und Mosambik deutlich wird.<sup>139</sup> Der Bestseller „Tödliche Hilfe“ (1985) der BMZ-Mitarbeiterin Brigitte Erler führt zu einer gesamtgesellschaftlichen Debatte über den Mehrwert von Entwicklungspolitik. Unter Hans Klein (CSU, 1987-1989) dominieren die Debatte um den Umgang mit dem südafrikanischen Apartheitsregime sowie die Entschuldungs- und Strukturanpassungsprogramme des IWF das Politikfeld. Im Zuge der Tschernobyl-Katastrophe werden außerdem eine stärkere Berücksichtigung von Umweltschutz und Nachhaltigkeit gefordert. Nach der zweijährigen Amtszeit Kleins übernimmt erneut Jürgen Warnke (CSU, 1989-1991) die Leitung des BMZ, das im Zuge des Golfkriegs, des Zerfalls Jugoslawiens und des Bürgerkriegs in Somalia zunehmend mit den Themen Konflikt- und Krisenprävention konfrontiert ist. Die blutige Niederschlagung der Studentenproteste in China führt zu einer grundlegenden Hinterfragung der entwicklungspolitischen Unterstützung dieses Landes.

---

<sup>135</sup> Diese ist primär den Strukturwandelerscheinungen zuzuschreiben, die auch auf das Erstarken der Schwellenländer in der Textil- und Elektronikindustrie zurückzuführen ist.

<sup>136</sup> Die protektionistische Landwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft wird zwar problematisiert, allerdings werden keine konkreten Schritte zum Abbau von Handelshemmnissen implementiert.

<sup>137</sup> NUSCHELER, 1991, S.29.

<sup>138</sup> Verhandlungen des Zehnten Deutschen Bundestages. STENOGRAPHISCHE BERICHTE. 217. Sitzung am 16. Mai 1986, S.16766 D.

<sup>139</sup> HARNISCH, 2012, S.114.

Als größte organisatorische Herausforderung kann die Integration der ostdeutschen „Entwicklungshilfe“ in die Strukturen des BMZ im Zuge der Wiedervereinigung bezeichnet werden. So wird in der DDR im Frühjahr 1990 ein Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (MWZ) unter Hans-Wilhelm Ebeling gegründet, das in Kooperation mit eigens vom BMZ abgestellten Mitarbeitern diese Aufgabe nach Beginn der Wahlen recht zügig bewältigen soll. Damit soll der institutionellen Zersplitterung der ostdeutschen „Entwicklungshilfe“ auf eine Vielzahl von Ministerien und Organisationen begegnet werden, die eine Bestandsaufnahme erschweren. Generell stellen die stark differierenden Strukturen in Ost und West eine Herausforderung dar: Während in der DDR die Handelsbeziehungen und Produktlieferungen zu Präferenzpreisen eine zentrale Rolle spielen, finden die westdeutschen Ansätze der Armutsbekämpfung, Frauenförderung und Ressourcenschutz dort keine wirkliche Entsprechung.<sup>140</sup> Einen weiteren genuin ostdeutschen Schwerpunkt stellt die Ausbildung von Fachkräften und die Beschäftigung von Vertragsarbeitern aus Entwicklungsländern in ostdeutschen Betrieben und Hochschulen sowie die Entsendung von Experten dar. Dabei stehen insbesondere sozialistische Staaten, wie Äthiopien, Angola, Nicaragua, Kuba und Vietnam im Fokus. Nach einigen Evaluierungsmissionen, bei denen zum einen eine zu starke ideologische Ausrichtung ausgeschlossen und die Wirksamkeit überprüft werden sollen, werden von den 106 laufenden ostdeutschen Projekten in fünfzehn Ländern 64 durch das BMZ übernommen, die mit rund 120 Millionen DM primär der Landwirtschafts-, Gesundheits- und Bildungsförderung zuzuordnen sind.<sup>141</sup> Jeweils vier weitere Projekte werden vom Auswärtigen Amt und zivilgesellschaftlichen Organisationen übernommen. NUSCHELER bilanziert in diesem Kontext, dass „das meiste [...] nicht erhaltungswürdig [sei], aber manches doch.“<sup>142</sup> Auch wolle man infolge der Einheit im Ausland keine „Entwicklungsrüinen“<sup>143</sup> hinterlassen. In der Folgezeit sollen neue gesamtdeutsche Akzente bei der Rauschgiftbekämpfung und dem Ressourcenschutz in den Entwicklungsländern erfolgen. Auch Schuldenerlassprogramme rücken in den Fokus. Bei einem gemeinsamen Besuch mit seinem westdeutschen Amtskollegen Warnke bei den Vereinten Nationen in New York und in Nicaragua

---

<sup>140</sup> BOHNET, 2015, S.138.; SCHLEICHER, 1993, S.247.

<sup>141</sup> HARNISCH, 2012, S.131.

<sup>142</sup> NUSCHELER, 1996, S.387.

<sup>143</sup> BOHNET, 2015, S.139.



verkündet der ostdeutsche Entwicklungsminister Ebeling gegenüber dem SPIEGEL pathetisch: „Wir wollen vor der Welt kundtun, daß wir ein Volk sind.“<sup>144</sup> Süffisant stellt das Nachrichtenmagazin aber auch bei diesem Versuch, Einheit zu demonstrieren, eine innerdeutsche Schiefelage fest, wonach „der eine [...] das Geld und das Sagen“ habe, der andere lediglich „wie eine Puppe“ nur zustimmend nicken und Phrasen bemühen dürfe. Diese Einschätzung sowie die süffisante Spitze, wonach Ebeling nicht darlege, wie er „seine Entwicklungshilfe“ finanzieren wolle, demonstriert, dass man in der Bundesrepublik selbst im Zuge des Wiedervereinigungsprozesses immer in den Worten und Grabenkämpfen der innerdeutschen Systemkonkurrenz verhaftet ist, die das Politikfeld seit seinem Entstehen geprägt haben.<sup>145</sup>

---

<sup>144</sup> *Wie eine Puppe*. In: DER SPIEGEL Nr.18/1990, S.52.

<sup>145</sup> ZIAI hat dagegen darauf verwiesen, dass mit dem Ende des Kalten Kriegs „die strategische Bedeutung“ der Entwicklungspolitik entfalle. Vgl. ZIAI, 2004, S.8.

## 8. QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

### 8.1 QUELLENVERZEICHNIS

#### 8.1.1 Archivmaterialien und Quellensammlungen

AKTEN ZUR AUSWÄRTIGEN POLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Hrsg. Institut für Zeitgeschichte. Hans-Jürgen Schwarz, Horst Möller, Andreas Wirsching. Berlin: [u.a.]: 1989 ff. [**AAPD**].

AKTEN DES POLITISCHEN ARCHIVS DES AUSWÄRTIGEN AMTS. Akten des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland [**PA/AA**]

AKTEN DES POLITISCHEN ARCHIVS DES AUSWÄRTIGEN AMTS. Akten des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik [**PA/MfAA**]

ARCHIV DER GEGENWART. Die weltweite Dokumentation für Politik und Wirtschaft. Hrsg. Heinrich von Siegler. Bonn [u.a.]: 1931 ff. [**AdG**]

BULLETIN DES PRESSE UND INFORMATIONSAMTS DER BUNDESREGIERUNG. Hrsg. Durch das deutsche Presse- und Informationsamt. Bonn: 1951 ff.

DEUTSCHE GESCHICHTE 1962-1983. Dokumente in zwei Bänden. Hrsg. und kommentiert von Irmgard Wilharm. Frankfurt a.M.: 1985.

DIE DDR UND DIE ARABISCHEN STAATEN. Dokumente 1956 – 1982. Hrsg. Solidaritätskomitee der DDR. Ausgewählt und eingeleitet von Wolfgang Bator. Berlin (O): 1984.

DOKUMENTE ZUR AUßENPOLITIK DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK. Hrsg. Institut für Zeitgeschichte und Institut für Internationale Beziehungen in der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“, Potsdam-Babelsberg. Berlin (O): 1965 ff. [**DA DDR**]

DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK. Hrsg. Bundesministerium des Inneren. Begründet durch Ernst Deuerlein, Helmut Altrichter, Michael Hollmann. Frankfurt a. M. [u.a.]: 1961 ff. [**DzD**]

DREI JAHRZEHNTE AUßENPOLITIK DER DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder. (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Bonn; 44 : Reihe Internationale Politik und Wirtschaft) Hrsg. Hans-Adolf Jacobsen: Gert Leptin, Ulrich Scheuner, Eberhard Schulz. München [u.a.]: 1979.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE DEBATTENBEITRÄGE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG. 1. Bis 9. Wahlperiode. [Findbuch] Hrsg. Bundestag. Bearbeitet von Eckhard Reiche. Bonn: 1985.

KABINETTSPROTOKOLLE DER BUNDESREGIERUNG. Wortprotokolle. Hrsg. für das Bundesarchiv von der Bundesregierung. München [u.a.] : 1949 ff.

MOSKAU - BONN. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955 – 1973. Dokumentation . Hrsg. Boris Meissner. Köln: 1975.

STENOGRAPHISCHE BERICHTE. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Plenarprotokolle. Hrsg. Bundestag. Bonn: 1949 ff.

### **8.1.2 Nachschlagewerke und Handbücher**

AFRIKA UND DIE DEUTSCHE SPRACHE. Ein kritisches Nachschlagewerk. Hrsg. Susan Arndt, Lann Hornscheidt. Münster: 2004.

BROCKHAUS-ENZYKLOPÄDIE in zwanzig Bänden. Hrsg. Karl Pfannkuch; Heinrich Abel. Wiesbaden<sup>17</sup>: 1966 ff.

DAS GROßE LEXIKON DES DDR-ALLTAGS. Von Aktivist und Altstoffsammlung über Dederon, Kaufhalle, Rondo und Subbotnik bis zum Zirkel schreibender Arbeiter. Hrsg. Stefan Sommer. Berlin: 2003

DER GROßE BROCKHAUS. Völlig neubearbeitete Auflage in zwölf Bänden, zwei Ergänzungsbänden und einem Atlas. Wiesbaden<sup>16</sup>: 1952 ff.

DDR-HANDBUCH. Hrsg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen. Wissenschaftliche Leitung: Hartmut Zimmermann. Köln<sup>3</sup>: 1985.

EPPLER, Erhard: Der Politik aufs Maul geschaut. Kleines Wörterbuch zum öffentlichen Sprachgebrauch. Bonn: 2009.

GESELLSCHAFT UND STAAT. Lexikon der Politik. Hrsg. Hanno Drechsler; Wolfgang Hilligen; Franz Neumann. Baden-Baden<sup>2</sup>: 1971.

HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK. Hrsg. Hans-Peter Schwarz. München [u.a.]: 1975.

HANDBUCH DER DRITTEN WELT. Hrsg. Dieter Nohlen; Franz Nuscheler, Bonn:<sup>2</sup> 1982 ff.

HANDBUCH DER DRITTEN WELT. Hrsg. Dieter Nohlen; Franz Nuscheler, Bonn:<sup>3</sup> 1992 ff.

HANDWÖRTERBUCH DES POLITISCHEN SYSTEMS DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Hrsg. Uwe Andersen, Wichard Woyke. Opladen<sup>2</sup>: 1995.

KLEE, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Frankfurt am Main: 2007.

KLEINES POLITISCHES WÖRTERBUCH. Hrsg. Gerhard König [u.a.]. Berlin (O): 1967.

KONTROVERSE BEGRIFFE. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. (Sprache, Politik, Öffentlichkeit Bd.4) Hrsg. Georg Stötzel [u.a.] Berlin: 1995.

LEXIKON DRITTE WELT. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. rororo-Sachbuch ; 60684) Hrsg. Dieter Nohlen. Reinbek bei Hamburg<sup>11</sup>: 2000.

SACHWÖRTERBUCH DER POLITIK. Hrsg. Reinhart Beck. Stuttgart: 1977.

SBZ VON A BIS Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn: 1953 f.

SCHLÜSSELWÖRTER DER WENDEZEIT. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90. Hrsg. Dieter Herberg, Doris Steffens, Elke Tellenbach. Berlin: 1997.

SPRACHE IN DER DDR. Ein Wörterbuch. Hrsg. Birgit Wolf. Berlin [u.a.]: 2000.

WÖRTER UND WORTGEBRAUCH IN OST UND WEST. Ein rechnergestütztes Korpus-Wörterbuch zu Zeitungstexten aus den beiden deutschen Staaten; Die Welt und Neues Deutschland 1949 – 1974. (Forschungsberichte des Instituts für deutsche Sprache Bd.69) Zusammen mit einer Arbeitsgruppe im Institut für Deutsche Sprache erarb. von Manfred W. Hellmann. Tübingen: 1992.

WÖRTERBUCH ZUR POLITIK. Hrsg. Manfred G. Schmidt. Stuttgart<sup>2</sup>: 2004.

WÖRTERBUCH DER AUßENPOLITIK UND DES VÖLKERRECHTS. Hrsg. Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR. Redaktionskollegium: Werner Hänisch. Berlin: 1980.

### 8.1.3 Memoiren und Briefe

ADENAUER, Konrad: ADENAUER. BRIEFE 1947-1959. Rhöndorfer Ausgabe. Bearbeitet von Hans-Dieter Mensing. Paderborn: 2000.

Adenauer, Konrad: TEEGESPRÄCHE. Hrsg. Hanns-Jürgen Küsters, Hans-Peter Mensing. Berlin: 1984-92

BAHR, Egon: Zu meiner Zeit. München: 1996.

BARING, Arnulf: Machtwechsel der Ära Brandt-Scheel. In Zusammenarbeit mit Manfred Goertemaker. Stuttgart: 1982.

BRENTANO, Heinrich von: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler. Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964. Hrsg. Arnulf Baring. Hamburg: 1974.

CARSTENS, Karl: Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung. Stuttgart: 1971.

EPPLER, Erhard: Wenig Zeit für die Dritte Welt. Stuttgart5: 1972.

ERLER, Brigitte: Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe. Freiburg i. Br.: 1986.

GERSTENMAIER, Eugen: Das neue Afrika. In: Afrika heute. Jahrbuch der deutschen Afrika Gesellschaft 1960, S.7-13.

GREWE, Wilhelm: Die Arten der Behandlung internationaler Konflikte. Einleitung zur deutschen Ausgabe von Wilhelm Grewe. In: Strategie und Taktik des diplomatischen Verhandels. Hrsg. Fred Charles Iklé. Gütersloh: 1965, S.11-41.

GREWE, Wilhelm: Rückblenden 1976 bis 1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt. Frankfurt/Main [u.a.]: 1979.

GREWE, Wilhelm: Spiel der Kräfte in der Weltpolitik. Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen. Düsseldorf: 1970.

GREWE, Wilhelm: Warum Nicht-Anerkennung? In: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit. Stuttgart: 1960, S.139-163.

KLEMPERER, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen. S.36. Leipzig<sup>16</sup>: 1996-

NYERERE, Julius K.: *Freedom and socialism. A selection from writings and speeches.* 1965-1967. Dar es Salaam [u.a.]: 1968.

SCHRÖDER, Gerhard: *Frieden, Freiheit, Ordnung. Grundlinien der deutschen Außenpolitik.* Bonn: 1962.

TRUMAN, Harry S.: *Years of trial and hope.* 1946 - 1953. New York: 1956.

ULBRICHT, Ulbricht: *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.* Berlin (O): 1966.

WISCHNEWSKI, Hans Jürgen: *Mit Leidenschaft und Augenmaß.* In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren. Berlin: 1989.

#### 8.1.4 Dokumente und Internetquellen

BMZ-INFORMATIONEN 1/1991, Hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) Bonn: 1991.

DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM JAHRE 1964. Hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Bonn: 1965.

DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK IM JAHRE 1965. Hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Bonn: 1966.

ENTWICKLUNG UND ENTWICKLUNGSPOLITIK IN OSTAFRIKA. TANZANIA. Hrsg. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Luebbe Schnittger. München: 1965.

ENTWICKLUNGSPOLITIK. Hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Bonn: 1965.

ENZYKLIKA „MATER ET MAGISTRA“ von Papst Johannes PP. XXIII  
[http://w2.vatican.va/content/john-xxiii/de/encyclicals/documents/hf\\_j-xxiii\\_enc\\_15051961\\_mater.html](http://w2.vatican.va/content/john-xxiii/de/encyclicals/documents/hf_j-xxiii_enc_15051961_mater.html)

GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND vom 23. Mai 1949.  
[https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_de&dokument=0014\\_gru&object=pdf&l=de](https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0014_gru&object=pdf&l=de) [25.5.2020]

GRUNDLAGENVERTRAG vom 21. Dezember 1972.  
<http://www.documentarchiv.de/brd/grundlvertr.html> [22.5.2020]

HOMEPAGE DES BMZ

<https://www.bmz.de/de/service/glossar/E/entwicklungszusammenarbeit.html>  
[29.8.2018]

INAUGURATIONSREDE KENNEDYS am 20. Januar 1961.

<http://www.inaugural.senate.gov/swearing-in/addresses> [29.8.2018]

INAUGURATIONSREDE TRUMANS am 20. Januar 1949.

<http://www.inaugural.senate.gov/swearing-in/addresses> [23.4.2019]

JOURNALISTEN-HANDBUCH ENTWICKLUNGSPOLITIK. Hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Bonn: 1981.

KURT GEORG KIESINGER REDE BEIM STAATSAKT DER BUNDESREGIERUNG ZUM TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT im Bundestag am 17. Juni 1967.

[https://www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0077\\_kre\\_de.pdf](https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0077_kre_de.pdf) [15.5.2020]

PROTOKOLL DER VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGS DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS (SED). Hrsg. SED. Berlin (O): 1947 ff.

REGIERUNGSERKLÄRUNG VON BUNDESKANZLER WILLY BRANDT VOR DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG IN BONN AM 28. OKTOBER 1969.

[https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_de&dokument=0021\\_bra&object=translation&l=de](https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0021_bra&object=translation&l=de) [17.7.2020]

VERFASSUNG DER DDR vom 7. Oktober 1949

[https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_de&dokument=0232\\_ddr&object=pdf&st=&l=de](https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0232_ddr&object=pdf&st=&l=de) [25.5.2020]

VERFASSUNG DER DDR in der Fassung vom 7. Oktober 1974

<http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html#KAPITEL%201-1> [22.5.2020]

### **8.1.5 Zeitungen und Zeitschriften**

BERLINER ZEITUNG. Hrsg. Erich Böhme [u.a.]. Berlin (O): 1945 ff.

DER SPIEGEL. Hrsg. Spiegel-Verlag. Hamburg: 1946 ff.

DIE WELT. Unabhängige Tageszeitung für Deutschland. Hrsg. Springer-Verlag. Berlin: 1946 ff.

DIE ZEIT. Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur. Hrsg. Zeitverlag Bucerius. Hamburg: 1946 ff

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG. Zeitung für Deutschland. Hrsg. Jürgen Jeske [u.a.]. Frankfurt a.M.: 1949 ff.

NEUES DEUTSCHLAND. Sozialistische Tageszeitung. Hrsg. Günther Schabowski, Joachim Hermann [u.a.]. Berlin (O): 1949 ff.

## 8.2 LITERATURVERZEICHNIS

AFRIKA IM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF. Probleme eines Kontinents. (Studien über Afrika, Asien und Lateinamerika Bd.23) Hrsg. Zentraler Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik. Autorenkollektiv unter Leitung von Hans Kramer. Berlin (O): 1978.

AUßENPOLITIK DER DDR. Sozialistische deutsche Friedenspolitik. Hrsg. Institut für Internat. Beziehungen. Autorenkollektiv unter Leitung von Stefan Doernberg. Berlin (O): 1982.

ALMOND, Gabriel A.: Politische Systeme und sozialer Wandel. In: Theorien des sozialen Wandels. (Neue wissenschaftliche Bibliothek Bd.31) Hrsg. Wolfgang Zapf. Köln/Berlin 1969, S.211-227.

ALTENDORFFER, Otto: Das Mediensystem der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: 2004.

AMOS, Heike: Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989: Ziele, Aktivitäten und Konflikte 2015, Göttingen: 2015.

BÄBLER, Heinz: Das Bild der Dritten Welt im Neuen Deutschland und in der Neuen Zürcher Zeitung. Ein Vergleich zwischen östlicher und westlicher Berichterstattung über die Dritte Welt. Saarbrücken [u.a.]: 1984.

BACHMANN-MEDICK, Doris: *Cultural turns*. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften. Reinbek bei Hamburg: 2010.

BÄR, Martin; SCHRÖTER, Olaf: Eine Kopffagd. Deutsche in Ostafrika. Spuren kolonialer Herrschaft. (Schlaglichter der Kolonialgeschichte Bd.1) Berlin: 2001.



BANGE, Oliver: Die Außenpolitik der DDR. Plädoyer für ein neues Forschungsfeld. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S.492-500.

BARTH, Boris: Die Grenzen der Zivilisierungsmission. Rassevorstellungen in den europäischen Siedlungskolonien Virginia, den Burenrepubliken und Deutsch-Südwestafrika. In: *Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert*. Hrsg. Boris Barth, Jürgen Osterhammel. Konstanz: 2005, S.201-228.

BALBIER, Uta A.; RÖSCH, Christiane: Mehr als eine Fußnote. Das Verhältnis zwischen der DDR und den Vereinigten Staaten von Amerika. In: *Umworbener Klassenfeind. Das Verhältnis der DDR zu den USA*. Hrsg. Uta A. Balbier, Christiane Rösch. Berlin: 2006, S.11-25.

BAUMANN, Antje: Das „Neue Deutschland“ im neuen Deutschland. Vom Zentralorgan der SED zur sozialistisches Tageszeitung. In: *Vorwärts und nichts vergessen. Die Sprache der DDR – was war, was ist, was bleibt*. Hrsg. Ruth Reiher, Antje Baumann. Berlin: 2004, S.282-292.

BAVENDAMM, Dirk: Erfolgsfaktoren in einem Medienkonzern. Die Firma Bertelsmann in Gütersloh unter Leitung von Reinhard Mohn und familienfremden Managern. In: *Geschäft mit Wort und Meinung. Medienunternehmer seit dem 18. Jahrhundert. (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit Bd.22)* Hrsg. von Günther Schulz. München: 1999, S.211-330.

BECKENBACH, Niels: Ideologische Ursprünge der deutschen Teilung. In: *Fremde Brüder, Der schwierige Weg zur deutschen Einheit (Zeitgeschichtliche Forschungen Bd.22)*. Hrsg. Niels Beckenbach. Berlin: 2008 (A), S.99-126.

BECKENBACH, Niels: Gegensatz und Differenz. Wie sich West- und Ostdeutsche mental veränderten. In: *Fremde Brüder, Der schwierige Weg zur deutschen Einheit (Zeitgeschichtliche Forschungen Bd.22)*. Hrsg. Niels Beckenbach. Berlin: 2008 (B), S.127-178.

BEHRENDT, Jan Peter: Zwischen Proletarischem Internationalismus und Sicherheitsdenken. Afrikabilder in den Lehrplänen und Schulbüchern der DDR. Hamburg: 2004.

BELLERS, Jürgen: Entwicklungshilfepolitik in Europa. Eine vergleichende Untersuchung. (*Studien zur Politikwissenschaft Bd.21*) Münster: 1988.

BERGSDORF, Wolfgang: Politischer Sprachgebrauch und totalitäre Herrschaft. In: *German Studies Review* 17 (1994), S.23-26.

BEYME, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a.M.: 1994.

BISPINCK, Henrik: Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 53.4 (2005) S.547-570.

BENDIX, Reinhard: Modernisierung in internationaler Perspektive. In: Theorien des sozialen Wandels. Hrsg. Wolfgang Zapf. Köln [u.a.]: 1969, S.505-512.

BENSER, Gunter: Zum Selbstverständnis der DDR und der Suche nach ihrem Platz in der Geschichte. In: Hefte zur DDR-Geschichte 119 (2009), S.32-44.

BENNING, Kirsten: Die Geschichte des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ von 1946 bis 1949. Die Waffenlieferanten im Kampfe gegen die Reaktion und ihre Verwirrungsmanöver. Münster: 1997.

BLASIUS, Rainer A.: DDR-Anerkennung aus dem Urwald? Zur deutsch-deutschen Guinea-Krise im Frühjahr 1960. In: Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag. Hrsg. Peter Weilemann. Paderborn: 1999, S.269-280.

BLASIUS, Rainer A.: „Völkerfreundschaft“ am Nil. Ägypten und die DDR im Februar 1965. Stenographische Aufzeichnungen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten über den Ulbricht-Besuch bei Nasser. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 H.4 (1998), S.747-805.

BODEMER, Klaus: Entwicklungshilfe. Politik für wen? Ideologie und Vergabep Praxis d. deutschen Entwicklungshilfe in der ersten Dekade. (Studien zu Entwicklung und Politik Bd.4) München: 1974.

BOHNET, Michael. Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Zeitzeugen, Herausforderungen. Konstanz: 2015.

BOOZ, Rüdiger M.: „Hallsteinzeit“. Deutsche Außenpolitik 1955 – 1972. Bonn: 1995.

BREYER, Karl: Moskaus Faust in Afrika. Stuttgart: 1979.

BRUNNER, Detlev: DDR „transnational“. Die „internationale Solidarität der DDR“. In: Deutsche Zeitgeschichte transnational. (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd.53) Hrsg. Alexander Gallus, Axel Schildt, Detlef Siegfried. Göttingen: 2015, S.64-80.

BRUNS, Wilhelm: Bundesrepublik Deutschland und DDR in der internationalen Politik. In: Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Beide deutsche Staaten im Vergleich. Hrsg. Eckhard Jesse. Berlin: 1985, S.377-383.

BUCHHOLZ, Matthias: Anmerkungen zur Problematik der DDR-Archive. In: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hrsg. Hermann Weber, Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach, Ulrich Mählert. Paderborn: 2003, S.383-390.

BÜRKI, Jean-Francois: Der Ethnozentrismus und das Schwarzafrikabild : eine Begriffsbestimmung, gefolgt von einer Analyse des Schwarzafrikabildes in drei großen europäischen Tageszeitungen: Neue Zürcher Zeitung, Die Welt, Le Monde. Bern [u.a.]: 1977.

BÜSCHEL, Hubertus: Entwicklungszusammenarbeit und westliche Werte in Afrika. Zur Geschichte einer komplexen Beziehung. In: Jenseits der Millenniumsziele. Werteorientierung für die künftige Entwicklungspolitik. Hrsg. Gerhard Wahlers. Sankt Augustin: 2009, S.99-106.

BÜSCHEL, Hubertus: Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika 1960 – 1975. (Reihe „Globalgeschichte“ Bd.16) Frankfurt [u.a.]: 2014.

BÜSCHEL, Hubertus: In Afrika „helfen.“ Akteure westdeutscher „Entwicklungshilfe“ und ostdeutscher „Solidarität“ 1955 – 1975. In: Archiv für Sozialgeschichte 48 (2008), S.333-365.

CAHN, Jean-Paul: Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und der Algerienkrieg (1954–1962). In: Die Herausforderung des Globalen in der Ära Adenauer. Hrsg. Eckart Conze. Bonn: 2010, S.147-155.

CIESLA, Burghard: Zwischen den Zeilen. Geschichte der Zeitung „Neues Deutschland“. Berlin: 2009.

CLASSEN, Christoph: DDR-Medien im Spannungsfeld von Gesellschaft und Politik. In: Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR. Hrsg. Stefan Zahlmann. Berlin: 2010, S.286-407.

DAS GUPTA, Amit: Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin. Die bundesdeutsche Südasienpolitik unter Adenauer und Erhard 1949 bis 1966. (Historische Studien Bd.479) Husum: 2004.

DAVIS, Wolfgang: „Der Neger denkt ja nicht“. Fremde im deutschen Fernsehen. In: Menschenfresser, Negerküsse. Das Bild vom Fremden im deutschen Alltag. Hrsg. Marie Lorbeer; Beate Wild. Berlin: 1991, S.96-103.

DETTMAR, Erika: Rassismus, Vorurteile, Kommunikation. Afrikanisch-europäische Begegnung in Hamburg. Berlin: 1989.

DIETRICH, Gerd: „Die Goethepächter. Klassikmythos in der Politik der SED. In: Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht. Hrsg. Lothar Ehrlich, Gunther Mai. Köln [u.a.]: 2000, S.151-174.

DIRMOSER, Dietmar: Das „Projekt Entwicklung“. Eine Polemik. In: Mythos Entwicklungshilfe. Analysen und Dossiers zu einem Irrweg. Hrsg. Dietmar Dirmoser, Reimer Grone-meyer, Georgia A. Rakelmann. Gießen: 1991, S.13-27.

DOLEZAL, Joseph: Entwicklung, Ziele, Methoden und Instrumente der DDR-Außenpolitik in der Dritten Welt. In: Die Dritte Welt und die beiden Staaten in Deutschland. Hrsg. Siegfried Baske. Asperg: 1983, S.29-60.

FÄBLER, Peter: „Antifaschistisch“, „friedliebend“ und „fortschrittlich“: Botschaften und Formen außenwirtschaftlicher Repräsentation der DDR während der 1950er und 1960er Jahre. In: Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945. Hrsg. Johannes Paulmann. Köln: 2005, S.139-161.

FREUNDSCHAFTSBANDE UND BEZIEHUNGSKISTEN. Die Afrikapolitik der DDR und der BRD gegenüber Mosambik. Hrsg. Hans-Joachim Döring. Frankfurt am Main: 2005.

DIE DDR ALS CHANCE. Neue Perspektiven auf ein altes Thema. Hrsg. Ulrich Mählert im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Berlin: 2016.

DÜWELL, Kurt: Christliche Mission und Entwicklungshilfe. Wort und Brot der Rheinischen und Westfälischen Landeskirchen als Hilfsdienste in Übersee in den 1950ern und 1960ern. In: Kirche im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft. Festschrift für Günther van Norden. Hrsg. Hermann de Buhr, Heinrich Küppers, Volkmar Wittmütz. Köln: 1993, S.447-458.

ECKERT, Andreas: Westdeutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika. Ein Blick auf die 1950er bis 1970er Jahre In: Deutsche Zeitgeschichte transnational. (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 53) Hrsg. Alexander Gallus, Axel Schildt, Detlef Siegfried. Göttingen: 2015. S.27-44.

EHRlich, Lothar; MAI, Gunter; CLEVE, Ingeborg:: Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht. In: Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht. Hrsg. Lothar Ehrlich, Gunther Mai. Köln [u.a.]: 2000, S.S.7-32.

EIBL, Franz: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961 – 1966. München: 2001.

EIKEL, Markus: Das Dilemma des „natürlichen Vermittlers:“ Die bundesrepublikanische Außenpolitik und die französische Dekolonisation in Schwarzafrika 1958 – 1962. In: Revue d'Allemagne 31 H.3/4 (1999). S.453-462.

END, Heinrich: Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949 – 1972. (Bibliothek Wissenschaft und Politik Bd.1) Köln: 1973.

ENGEL, Ulf; SCHLEICHER, Hans-Georg: Die beiden deutschen Staaten in Afrika. Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949 – 1990. (Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde Bd.57) Hamburg: 1998.

ENTWICKLUNGSPOLITIK. HILFE ODER AUSBEUTUNG? Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe. Hrsg. Gerhard Braun: Freiburg: 1978

„ES GEHT UM UNSERE EXISTENZ.“ Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien. Hrsg. Hans-Joachim Döring. Berlin: 1999.

ESTEVA, Gustavo: Entwicklung. In: Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Hrsg. Wolfgang Sachs. Reinbek: 1993, S.89-121.

FALK, Rainer: Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt. Köln: 1985.

FAULENBACH, Bernd: Zur Funktion des Antifaschismus in der SBZ/ DDR. In: Getrennte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft. Ausgewählte Dokumente, Zeitzeugenberichte und Diskussionen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags 1992-1994. Bd.1. Hrsg. Ingrid Drechsler [u.a.]. München: 1997, S.144-154.

FAULSTICH, Katja: Deutscher Kolonialismus. (K)ein Thema der Sprachgeschichtsschreibung? In: Deutsche Sprache und Kolonialismus. Aspekte der nationalen Kommunikation 1884 und 1919. Hrsg. Ingo Warnke. Berlin: 2008, S.65-96.

FAULWETTER, Helmut; LIEBSCHER, Gertraud: Zum unüberbrückbaren Gegensatz zwischen „Entwicklungshilfe“ und sozialistischer Hilfe für Entwicklungsländer. In: Asien, Afrika, Lateinamerika 4 (1981), S.593-601.

FIEDLER, Anke; MEYEN, Michael: Jenseits von Gleichförmigkeit und Propaganda. Warum es sich lohnt, DDR-Zeitungen zu untersuchen. In: Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen. Hrsg. Anke Fiedler; Michael Meyen. Berlin [u.a.]: 2011, S.7-24.

FIEDLER, Anke: Wenn aus Feinden plötzlich Freunde werden. DDR-Presse im Spiegel der politischen Großwetterlage 1950-1989. In: Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument : Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen. Hrsg. Anke Fiedler; Michael Meyen. Berlin [u.a.]: 2011, S.135-164.

FRANCOIS, Etienne: Die Dialektik der geteilten Vergangenheit als historiographische Herausforderung. In: Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts. Hrsg. Hans Günter Hockerts. München: 2004, S.325-336.

FRANK, Andre Gunder: Die Entwicklung der Unterentwicklung. In: Kritik des bürgerlichen Anti-Imperialismus. Entwicklung der Unterentwicklung. Acht Analysen zur Revolutionstheorie in Lateinamerika. Hrsg. Andre Gunder Frank, Che Guevara, Maura Martini, Luis Vitale [u.a.] Berlin: 1969, S.30-45.

FREIMÜLLER, Tobias: Der versäumte Abschied von der Volksgemeinschaft. Psychoanalyse und „Vergangenheitsbewältigung“. In: 50 Klassiker der Zeitgeschichte. Hrsg. Jürgen Danyel, Jan-Holger Kirsch, Martin Sabrow. Göttingen: 2007, S.66-70.

FREY, Marc: Indoktrination, Entwicklungspolitik und „State Building“. Die Vereinigten Staaten in Südostasien 1945-1961. In: Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert. Hrsg. Boris Barth, Jürgen Osterhammel. Konstanz: 2005, S.335-362.

FRITZ, Gerhard: Entwicklungspolitik als Aufgabe. Bonn: 1962.

GAUMANN, Cortina: Ost-Identität: Mehr als Troztnostalgie? In: Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre. (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen 93) Hrsg. Heiner Timmermann, Berlin: 2001, S.763-779.

GESCHICHTE AFRIKAS. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band I: Afrika von den Anfängen bis zur territorialen Aufteilung Afrikas durch die imperialistischen Kolonialmächte. Hrsg. Autorenkollektiv u. Leitung von Thea Büttner. Berlin (O): 1984, S.7.

GESCHICHTE DER AUßENPOLITIK DER DDR. Abriss. Autorenkollektiv unter der Leitung von Werner Hänisch. Berlin (O): 1984.

GIBAS, Monika: „Bonner Ultras“, „Kriegstreiber“ und „Schlotbarone“. Die Bundesrepublik als Feindbild der DDR in den fünfziger Jahren. In: Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus. Hrsg. Silke Satjukow, Rainer Gries. Leipzig: 2004, S.75-106.

GOLZ, Hans-Georg: Jenseits der Bundesrepublik. Die DDR und der Westen. In: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hrsg. Hermann Weber, Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach, Ulrich Mählert. Paderborn: 2003, S.327-332.

GOOD, Colin H.: Zeitungssprache im geteilten Deutschland. Exemplarische Textanalysen. (Analysen zur deutschen Sprache und Literatur) München: 1989.

GÖLTENBOTH, Dieter H.: Nickneger und betende Hände. Der Exot im kirchlichen Hilfsprogramm. In: Menschenfresser - Negerküsse. Das Bild vom Fremden im deutschen Alltag. Hrsg. Marie Lorbeer, Beate Wild. Berlin: 1993, S.124-129.

GRAEWE, Wolf-Dieter: Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der DDR. In: Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Hrsg. Hans-Jörg Bücking. Berlin: 1998, S.81-90.

GRAY, William Glenn: Die Hallstein-Doktrin: Ein souveräner Fehlgriff? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 17 (2005), S.17-23.

GRAY, William Glenn: *Germany's cold war. The global campaign to isolate East Germany 1949 – 1969*. Chapel Hill, NC [u.a.]: 2003.

GREINER, Bernd: Heiße Kriege im Kalten Krieg. (Studien im Kalten Krieg Bd.1) Hamburg: 2006.

GRONAU, Lina; KUNZE, Thomas: Das Wohnzimmer im Park. Ehemalige DDR-Vertragsarbeiter in Mosambik. In: Ostalgie international. Erinnerungen an die DDR von Nicaragua bis Vietnam. Hrsg. Thomas Kunze, Thomas Vogel. Berlin: 2010, S.79-80

GRONEMEYER, Reimer: Vom weißen Kreuzzug gegen den schwarzen Müßiggang. In: Der faule Neger. Vom weißen Kreuzzug gegen den schwarzen Müßiggang. Hrsg. Reimer Gronemeyer. Hamburg: 1991, S.15-79.

GROTE, Hendrik: Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik: Voraussetzungen, Strukturen und Mentalitäten der bundesdeutschen Entwicklungshilfe 1949 - 1961. In: Vorgänge 43.2 (2004) S.24-35.

GRUNDFRAGEN DES ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPFES der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart. Bd.I Autorenkollektiv unter der Leitung von Lothar Rathmann. Berlin (O): 1974

HAACK, Jessika: Ausländer in der DDR im Spiegel der überregionalen DDR-Tagespresse. Eine Analyse der Berichterstattung von den Anfängen der DDR bis zur Wiedervereinigung. In: Transit – Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945-1990. Hrsg. Kim Christian Priemel. Dresden: 2011, S.247-271.

HAHN, Silke: Vom zerrissenen Deutschland zur vereinigten Republik. Zur Sprachgeschichte der „deutschen Frage“. In: Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. Georg Stötzel, Martin Wengeler. Berlin: 1995, S.285-353.

HAIKAL, Mohammed: Das Kairo-Dossier. Aus den Geheimpapieren des Gamal Abdel Nasser. Wien: 1972.

HARNISCH, Sebastian [u.a.]: Auf Augenhöhe. 50 Jahre Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 1961-201. Hrsg. von Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Baden-Baden: 2012.

HARTMANN, Heinrich A.: „In einem gewissen Sinne politisch belastet.“ Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik zwischen Entwicklungshilfe und bundesrepublikanischer Sozialpolitik (1960er und 1970er Jahre). *Historische Zeitschrift* 303 H.1 (2016), S.98-125

HAWEL, Marcus: Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland. Hannover: 2007.

HEIN, Bastian: Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959-1974. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd.65) München: 2006.

HELLMANN, Manfred W.: Das Bild von der „Sprache der DDR“ in der alten Bundesrepublik oder: Haben sie gesprochen? In: *Deutsche Sprach- und Kommunikationserfahrungen zehn Jahre nach der „Wende“*. Hrsg. Gerd Antos, Ulla Fix, Ingrid Kühn. Frankfurt [u.a.]: 2001, S.57-80.

HELLMANN, Manfred W.: Zwei Gesellschaften – zwei Sprachkulturen? Acht Thesen zur öffentlichen Sprache in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. In: *Das einigende Band? Beiträge zum sprachlichen Ost-West-Problem im geteilten und wiedervereinigten Deutschland*. Tübingen: 2008, S.125-158.

HELLMANN, Manfred W. Sprache. In: *DDR-Handbuch*. Band 2. Hrsg. Hartmut Zimmermann. Köln: 1985. S.1261-1266.

HILLEBRAND, Ernst: Das Afrika-Engagement der DDR. (Münchener Studien zur internationalen Entwicklung Bd.5) Frankfurt a. M.: 1987.

HOCKERTS, Hans Günter: Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder. In: *Zeitgeschichte in Deutschland*. *Historisches Jahrbuch* 113/I (1993), S.98-127.

HOFFRICHTER, Arnem; SCHIEßL, Sascha: „Tor zur Freiheit“ – „Schauplatz erschütternder Tragödien“. Die Lager Friedland und Uelzen in der lokalen, niedersächsischen und bundesdeutschen Erinnerungskultur. In: *Gedächtnisräume. Geschichtsbilder und Erinnerungskulturen in Norddeutschland*. Hrsg. Janina Fuge, Rainer Hering, Harald Schmid. Göttingen: 2014, S.325-350.

HOFMANN, Daniel: Abgrenzung als Staatsräson? Bundesrepublik, DDR und die „deutsche Frage“ in den 50-er und 60-er Jahren. In: *Bilanz. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*.



(Schriftenreihe Geschichte, Politik & Gesellschaft der Stiftung Demokratie Saarland Bd.5)  
Hrsg. Marie-Luise Recker. St. Ingbert: 2001, S.169-183.

HONOLKA, Harro; GÖTZ, Irene: Deutsche Identität und das Zusammenleben mit Fremden.  
Fallanalysen. Opladen [u.a.]: 1999.

HOLZWEISSIG, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR.  
Köln: 2002.

HOLZWEISSIG, Gunter: DDR-Medien und Medienpolitik. In: Bilanz und Perspektiven der  
DDR-Forschung. Hrsg. Hermann Weber, Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach, Ulrich  
Mählert. Paderborn: 2003, S.113-116.

HÜTTMANN, Jens: „De-De-Errologie“ im Kreuzfeuer der Kritik. Die Kontroversen um die  
„alte“ bundesdeutsche DDR-Forschung vor und nach 1989. In: Deutschland-Archiv 4  
(2007), S.671-680.

IHME-TUCHEL, Beate: Die DDR. 3. Auflage. (Kontroversen um die Geschichte)  
Darmstadt: 2010.

ITALIAANDER, Rolf: Schwarze Haut im Roten Griff. Düsseldorf: 1962.

JARAUSCH, Konrad: „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen  
Nachkriegsgeschichten. In: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), S.10-30.

JESSEN, Ralph: Diktatorische Herrschaft als Kommunistische Praxis. Überlegungen zum Zu-  
sammenhang von „Bürokratie“ und Sprachnormierung in der DDR. In: Akten, Eingaben,  
Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin:  
1997, S.57-75.

JESSEN, Ralph: Einschließen und Ausgrenzen. Propaganda, Sprache und symbolische In-  
tegration der DDR-Gesellschaft. In: Politische Wechsel – sprachliche Umbrüche. Hrsg. Ulla,  
Fix, Bettina Bock, Steffen Pappert. Berlin: 2011, S.135-152.

JETZLSPERGER, Christian: Die Emanzipation der Entwicklungspolitik von der Hallstein-  
Doktrin. Die Krise der deutschen Nahostpolitik von 1965, die Entwicklungspolitik und der  
Ost-West-Konflikt. In: Historisches Jahrbuch 121 (2001) S.320-366.

JUDT, Matthias: Deutschland- und Außenpolitik. In: DDR-Geschichte in Dokumenten. Be-  
schlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagzeugnisse. Hrsg. Matthias Judt. Berlin: 1997  
(A), S.493-558.

JUDT, Matthias: „Nur für den Dienstgebrauch“. Arbeiten mit Texten einer deutschen Diktatur. In: Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Hrsg. Peter Becker, Alf Lüdke. Berlin: 1997 (B), S.29-38.

KIELMANSEGG, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland. (Die Deutschen und ihre Nation) Berlin: 2000.

KILIAN, Werner: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955 – 1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien. (Zeitgeschichtliche Forschungen Bd.7) Berlin: 2001.

KIPKE, Rüdiger: Die Entwicklungshilfe der DDR. Grundsätze und Strukturen. In: Entwicklungshilfepolitik in Europa. Eine vergleichende Untersuchung. (Studien zur Politikwissenschaft Bd.21) Hrsg. Jürgen Bellers, München: 1988, S.26-38.

KLESSMANN, Christoph: Konturen und Entwicklungstendenzen der DDR-Forschung. In: Promovieren in deutsch-deutscher Zeitgeschichte. Ein Handbuch. Hrsg. Daniel Hechler. Berlin: 2009, S.40-54.

KLEINSTEUBER, Hans J.: Stereotype, Images und Vorurteile – Die Bilder in den Köpfen der Menschen. In: Die hässlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn. Hrsg. Günter Trautmann. Darmstadt: 1991, S.60-68.

KOCKA, Jürgen: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. In: Abgrenzung und Verflechtung. Deutsch-deutsche Geschichte seit 1945. Hrsg. Ulrich Mähler, Frank Möller. Berlin: 2008, S.143-152.

KORFF, Rainer: Der Stellenwert der Entwicklungspolitik in der BRD. In: Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Hrsg. Hans-Jörg Bücking. Berlin: 1998, S.37-48.

KRÄMER, Anna Maria: Repräsentationen von Staat in Afrika. Postkoloniale Kritik eines Diskurses. (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 19) Baden-Baden: 2019.

KRÜGER-POTRATZ, Marianne: Anderssein gab es nicht. In: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR. Hrsg. Marianne Krüger-Potratz. Münster [u.a.]: 1991, S.1-128.

KRUIP, Gudrun: Das „Welt“-Bild des Axel-Springer-Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen. München: 1999.

KUPPER, Siegfried: Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern Bd.V: Arabische Staaten und Israel. (Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik) Bonn: 1971.

LACHMANN, Werner: Entwicklungshilfe. Motive, Möglichkeiten und Grenzen, Problemfelder. München: 2010.

LAMM, Hans Siegfried; KUPPER, Siegfried: Die DDR und die Dritte Welt. (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn : Reihe: internat. Politik u. Wirtschaft Bd.39) Berlin: 1976.

LANDWEHR, Achim: Historische Diskursanalyse. Frankfurt [u.a.]: 2018.

LAPPENKÜPER, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: 1949 bis 1990. (Enzyklopädie deutscher Geschichte 83) München: 2008.

LAPPENKÜPER, Ulrich: Ein besonderes Verhältnis. Konrad Adenauer und Frankreich (1949-1963). (Rhöndorfer Hefte 4) Bad Honnef: 1997.

LAURÉ AL-SAMARAI, Nicola: Unwegsame Erinnerungen. Autobiographische Zeugnisse von schwarzen Deutschen aus der DDR. In: AfrikanerInnen in Deutschland und schwarze Deutsche - Geschichte und Gegenwart. Beiträge zur gleichnamigen Konferenz vom 13.-15. Juni 2003 im NS-Dokumentationszentrum Köln. (Encounters / Begegnungen Bd.3) Hrsg. Marianne Bechhaus-Gerst. Münster: 2004, S.197-211.

LEDERER, William J; BURDICK, Eugene: *The Ugly American*. New York: 1958.

LEHMANN, Monika: Stereotype. Die Bilder in unserem Kopf. In: Menschenfresser – Negerküsse. Das Bild vom Fremden im deutschen Alltag. Hrsg. Marie Lorbeer, Beate Will. Berlin: 1993, S.8-11.

LEMKE, Michael: Die Außenbeziehungen der DDR (1949-1966). Prinzipien, Grundlagen, Zäsuren und Handlungsspielräume. In: Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989. Hrsg. Ulrich Pfeil. Berlin: 2001 (A), S.63-80

LEMKE, Michael: Jugoslawien und Rumänien im Konzept der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR 1949 bis 1967. In: Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre. (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen Bd.93) Hrsg. Heiner Timmermann. Berlin: 2001 (B), S.67-90.

LEPENIES, Philipp H: Lernen vom Besserwisser: Wissenstransfer in der „Entwicklungshilfe“ aus historischer Perspektive. In: Entwicklungswelten. Globalgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit. Hrsg. Hubertus Büschel, Daniel Speich. Frankfurt a. M.: 2009, S.33-59.

LEPSIUS, Mario Rainer: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd.100) Göttingen: 1993.

LERCHNER, Gotthard: „Nation“ und „Sprache“ im Spannungsfeld zwischen Sprachwissenschaft und Politik in der Bundesrepublik und der DDR. In: Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. Andreas Gardt. Berlin: 2000, S.273-302.

LETTOW-VORBECK, Paul von: Afrika wie ich es wiedersah. München: 1955.

LEUCHT, Melanie; MENNE, Franz Rudolf. Konstruktion und Konzeption von Menschen afrikanischer Herkunft in Sammelbildern. In: Koloniale und postkoloniale Konstruktionen von Afrika und Menschen afrikanischer Herkunft in der deutschen Alltagskultur. (Afrika und Europa ; 1) Hrsg. Marianne Bechhaus-Gerst. Frankfurt a. M. [u.a.]: 2006, S.285-296.

LÖFFLER, Bernhard: Globales Wirtschaftsdenken vor der Globalisierung. Weltwirtschaftliche Ordnungsvorstellungen bei Konrad Adenauer und Ludwig Erhard: In: Die Herausforderung des Globalen in der Ära Adenauer. Hrsg. Eckart Conze. Bonn: 2010, S.113-146.

LOTH, Wilfried Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Berlin: 1994.

LÜDTKE, Alf: Sprache und Herrschaft in der DDR. Einleitende Überlegungen. In: Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Hrsg. Alf Lüdtke, Peter Becker. Berlin: 1997, S.11-26.

MAAßEN, Ludwig: Die Zeitung. Daten, Deutungen, Portraits. Presse in der Bundesrepublik Deutschland. Heidelberg: 1986.

MAC CON ULADH, Damian: Studium bei Freunden? Ausländische Studierende in der DDR bis 1970. In: Ankunft, Alltag, Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft. Hrsg. Christian Th. Müller, Patrice G. Poutrus. Köln: 2005, S.175-200.

MÄHLERT, Ulrich; WILKE, Manfred: Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989. In: Angrenzung und Verflechtung. Deutsch-Deutsche Geschichte seit 1945. Hrsg. Ulrich Mählert, Frank Möller. Berlin: 2008, S.123-142.

MAß, Sandra: „Eine Art sublimierter Tarzan.“ Die Ausbildung deutscher Entwicklungshelfer und -helferinnen als Menschentechnik in den 1960er Jahren. In: WerkstattGeschichte 42 (2006), S.77-90.

- MATTHIS, Volker: Wird Afrika rot? Kommunismus als Bedrohungsvorstellung deutscher Afrika-Politik. In: Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik. Hrsg. Helmuth Bley, Rainer Tetzlaff. Hamburg: 1978. S.169-191.
- MENZEL, Ulrich: Entwicklungstheorie. In: Entwicklungspolitik. Theorien, Probleme, Strategien. Hrsg. Reinhard Stockmann, Ulrich Menzel, Franz Nuscheler. München: 2009, S.11-206.
- MESSNER, DIRK: Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik. In: Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen. Hrsg. Thomas Jäger, Alexander Höse, Kai Oppermann. Wiesbaden: 2011, S.393-422.
- MEYEN, Michael: Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR. (Forschungen zur DDR-Gesellschaft) Berlin: 2003.
- MEYEN, Michael; FIEDLER, Anke: Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR. Berlin: 2011.
- MITSCHERLICH, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München<sup>23</sup> [u.a.]: 1994.
- MOLT, Peter: Die Anfänge der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 69) Düsseldorf: 2017.
- NOHLEN, Dieter; NUSCHELER, Franz: Was heißt Unterentwicklung? In: Handbuch der Dritten Welt. Band 1: Grundprobleme - Theorien - Strategien. Bonn<sup>3</sup>: 1992, S.31-54.
- NUSCHELER, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Bonn<sup>4</sup>:1996.
- NYE, Joseph S.: *Soft power. The means to success in world politics*. New York: 2004.
- NYERERE, Julius K.: Tanganjika. Ein kleiner Spiegel der heutigen Welt. In: Afrika heute. Jahrbuch der deutschen Afrika Gesellschaft 2 (1960), S.25-28.
- OBERREUTER, Heinrich: Gründungsmythen und Legitimationsmuster der beiden deutschen Teilstaaten. In: Die zweite gesamtdeutsche Demokratie. Ereignisse und Entwicklungslinien, Bilanzierungen und Perspektiven. Hrsg. Peter März. München: 2002, S.125-138.
- OTTO, Elmar Dieter: Nachrichten in der DDR. Eine empirische Untersuchung über „Neues Deutschland“. Köln: 1979.

PAEFFGEN, Manfred: Das Bild Schwarz-Afrikas in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1972. (Materialien zu Entwicklung und Politik Bd.12) München: 1976.

PAULMANN, Johannes: Deutschland in der Welt: Auswärtige Repräsentationen und reflexive Selbstwahrnehmung nach dem Zweiten Weltkrieg – eine Skizze. In: Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West Konflikts (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 55) Hrsg. Hans Günter Hockerts. München: 2004, S.63-78.

PETERSSON, Niels P.: „Großer Sprung nach vorn“ oder „natürliche Entwicklung“? Zeitkonzepte der Entwicklungspolitik im 20. Jahrhundert. In: Entwicklungswelten. Globalgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit. (Globalgeschichte Bd.6) Hrsg. Hubertus Büschel. Frankfurt/M. 2009, S.89-112.

PFEIL, ULRICH: Von der Hallstein- zur Ulbricht-Doktrin. Die deutsch-deutschen Beziehungen (1955-1969). In: La République fédérale d'Allemagne. De la souveraineté retrouvée à la souveraineté partagée (1955–1974). Hrsg. Jean-Paul Cahn [u.a.]. Nantes: 2005, S.106–118.

POLLACK, Detlef: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? In: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S.110-131.

POUTRUS, Patrice G: Die DDR, ein anderer deutscher Weg? Zum Umgang mit Ausländern im SED-Staat. In: Zuwanderungsland Deutschland. Hrsg. Rosmarie Beier de Haan. Berlin: 2005, S.120-133.

POUTRUS, Patrice G.: Die DDR als „Hort der internationalen Solidarität“. Ausländer in der DDR. In: Friedensstaat, Leseland, Sportnation? Hrsg. Thomas Großbölting. Berlin: 2009, S.134-154.

PREIBINGER, Tanja; PODEVINS, Olivier: Zwischen Hallstein-Doktrin und sozialistischer Solidarität. Das französische Schwarzafrika in den außenpolitischen Konzepten der beiden deutschen Staaten. In: Revue d'Allemagne 31 H.3/4 (1999). S.377-390.

PÜRER, Heinz; RAABE, Johannes: Medien in Deutschland. München: 1994.

REICHARDT, Achim: Nie vergessen - Solidarität üben! Die Solidaritätsbewegung in der DDR. (Edition Zeitgeschichte 23) Berlin: 2006.

REIME, Sibylle: Die Tätigkeit der DDR in den nicht-kommunistischen Ländern. Bd.VIII Schwarzafrika. Bonn: 1972.

REMPE, Martin: Ambivalenzen aller Orten. Neue Forschungen zur Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit. In: Archiv für Sozialgeschichte 58 (2018), S.331-353.

REMPE, Martin: Crashkurs zum europäischen Entwicklungsexperten? Das Praktikantenprogramm der EWG-Kommission für afrikanische Beamte in den 1960er Jahren. In: Der Europäer - Ein Konstrukt. Wissensbestände, Diskurse, Praktiken. Hrsg. Lorraine Bluche. Göttingen: 2009, S.207-228

REYELS, Lili: Nationale versus europäische Identität am Beispiel von Entwicklungspolitik bis Mitte der 1970er Jahre. In: Die „Nation auf dem Prüfstand.“ Hrsg. Rainer Hudemann, Manfred Schmeling. Berlin: 2009, S.147-158.

RICHTER, Willi: Internationale Solidarität ist unser Grundgesetz. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 11 H.5 (1960), S.257-259.

RÖDDER, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990. München: 2004

ROESLER, Jörg: „DDR und DBR.“ Sprachpolitik im Kalten Krieg. In: Utopie kreativ 187 (2006), S.389-396.

ROOS, Ulrich. Einleitung. Arenen, Diskurse und grundlegende Handlungsregeln deutscher Außenpolitik. In: Deutsche Außenpolitik: Arenen, Diskurse und grundlegende Handlungsregeln. Hrsg. Ulrich Roos. Wiesbaden: 2017, S.1-12.

ROTH, Margit: Zwei Staaten in Deutschland. Die sozialliberale Deutschlandpolitik und ihre Auswirkungen 1969-1978. (Studien zur Sozialwissenschaft Bd. 50) Opladen: 1981.

ROSTOW, Walt Whitman: Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie. Göttingen: 1960.

SABROW, MARTIN: Die Diktatur des Paradoxons. Fragen an die Geschichte der DDR. In: Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts. Hrsg. Hans Günther Hockerts. München: 2004, S.153-174.

SABROW, Martin: „Fußnote der Geschichte“, „Kuscheldiktatur“ oder „Unrechtsstaat“? Die Geschichte der DDR zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. In: Die Musealisierung der DDR. Wege, Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Zeitgeschichte in stadt- und regionalgeschichtlichen Museen. Hrsg. Katrin Hammerstein, Jan Scheunemann. Berlin: 2011, S.13-53.

SACHS, Wolfgang: Entwicklung – Wettlauf auf der Welt als Wirtschaftsarena. In: Zur Archäologie der Entwicklungsidee. Acht Essays. Hrsg. K. Friedrich Schade. Frankfurt: 1992, S.25-31.

SAEHRENDT, Christian: Kunst im Kampf für das „Sozialistische Weltsystem“. Auswärtige Kulturpolitik der DDR in Afrika und Nahost. Stuttgart: 2017.

SALIN, Edgar: Unterentwickelte Länder. Begriff und Wirklichkeit. In: *Kyklos. Internationale Zeitschrift für Sozialwissenschaften* 12 (1959), S.402-427.

SATJUKOW, Silke; GRIES, Rainer: Feinbilder des Sozialismus. Eine theoretische Einführung. In: *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*. Hrsg. Silke Satjukow, Rainer Gries. Leipzig: 2004, S.13-74.

SCHATTEN, Fritz: *Afrika – Schwarz oder Rot?* München: 1961.

SCHABOWSKI, Günter: Kommunistisches Medienverständnis und Praxis der DDR-Presse. In: *Die Westlinke und die DDR*. Hrsg. Änne Bäumer-Schleinkofer. Frankfurt a.M. [u.a.]: 2005, S.47-63.

SCHILDT, Axel: Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre. In: *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. Jürgen Wilke. Köln: 1999, S.635-648.

SCHLEICHER, Hans-Georg: Afrika in der Außenpolitik der DDR. In: *Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und Neuem Denken*. Hrsg. Ulrich van der Heyden, Ilona und Hans-Georg Schleicher. Hamburg: 1993, S.10-31.

SCHLEICHER, Ilona und Hans-Georg: *Die DDR im südlichen Afrika. Solidarität und Kalter Krieg*. Hamburg: 1997

SCHLEICHER, Hans-Georg: Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik der DDR. Das Beispiel Afrika. In: *Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*. Hrsg. Hans-Jörg Bücking. Berlin: 1998, S.95-110.

SCHLEICHER, Hans Georg: Spurensuche im Süden Afrikas. Die Zusammenarbeit mit den Befreiungsbewegungen wirkt nach. In: *Ostalgie International*. Hrsg. Thomas Kunze, Thomas Vogel. Berlin: 2010, S.47-56.

SCHLOSSER, Horst Dieter: *Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen*. Köln: 1999.

SCHMEITZNER, Mike: Was war die DDR? Anmerkungen zum Selbstverständnis einer „Diktatur des Proletariats“. In: *Deutschland Archiv* 42 H.6 (2009), S.1042-1051.

SCHNEPPEN, Heinz: Eine Insel und zwei deutsche Staaten. Sansibar und die Hallstein-Doktrin 1964-1966. In: *Deutschland Archiv* 32 H.3 (1999) S.409-419.

SCHOELLGEN, Gregor: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. (Beck'sche Reihe Bd.1291) München: 2004.



SCHOLTYSECK, Joachim: Die Außenpolitik der DDR. (Enzyklopädie deutscher Geschichte Bd.69) München: 2003.

SCHOLTYSECK, Joachim: Im Schatten der Hallstein-Doktrin: die globale Konkurrenz zwischen Bundesrepublik und DDR. In: Die Herausforderung des Globalen in der Ära Adenauer. Hrsg. Eckart Conze. Bonn: 2010, S.79-97.

SCHROEDER, Klaus: Die DDR – Sozialistische Alternative oder sowjetische Kolonie? In: Die zweite gesamtdeutsche Demokratie. Ereignisse und Entwicklungslinien, Bilanzierungen und Perspektiven. Hrsg. Peter März. München: 2002, S.105-125.

SCHROEDER, Wolfgang M.: „Mission impossible“? Begriff, Modelle und Begründungen der „Zivilisierungsmission“ aus philosophischer Sicht. In: Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert. Hrsg. Boris Barth, Jürgen Osterhammel. Konstanz: 2005, S.13-32.

SCHUBERT, Michael: Kolonialpropaganda als Kolonialdiskurs. Die Disponibilität des „Negerbildes“ in der Deutschen Kolonialzeitung 1884-1914. In: Deutsche Sprache und Kolonialismus. Aspekte der nationalen Kommunikation 1884 und 1919. Hrsg. Ingo Warnke. Berlin: 2008, S.265-291.

SCHÜLE, Anngret: „Die ham se sozusagen aus dem Busch geholt. Die Wahrnehmung der Vertragsarbeiter aus Schwarzafrika und Vietnam durch Deutsche im VEB Leipziger Baumwollspinnerei. In: Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Hrsg. Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Berlin: 2003, S.309–324.

SCHULZ, Brigitte: *Development Policy in the Cold War Era. The two Germanies and Sub-Saharan Africa 1960 – 1985*. Boston: 1991.

SCHULZ, Brigitte: Die zwei deutschen Staaten und das subsaharische Afrika. In: Ökonomie im Kalten Krieg. Hrsg. Bernd Greiner. Hamburg: 2010, S.163-180.

SCHULTZ, Siegfried: Die Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Die Dritte Welt und die beiden Staaten in Deutschland. Hrsg. Siegfried Baske, Asperg bei Stuttgart, 1982, S.9-27.

SCHULTZ, Siegfried: Die Entwicklungshilfe der DDR Von der Qualität zur Quantität? In: Vereinte Nationen 1 (1986), S.11-14.

SJØSTEDT, Gunnar: *The external Role of the European Community*. Farnborough: 1977.

REISE INS ANDERE DEUTSCHLAND. Hrsg. Theo Sommer. Hamburg:, 1986.

SPANGER, Hans-Joachim; BROCK, Lothar: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR - Eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland? Opladen: 1987.

SPRÖTE, Wolfgang; HAHN, Gerhard: DDR-Wirtschaftshilfe contra Bonner Neokolonialismus. Studie über die wissenschaftlich-technische Unterstützung der Nationalstaaten durch die DDR und die staatsmonopolistische Förderung der neokolonialistischen Expansion des westdeutschen Monopolkapitals. Berlin (O): 1965.

STEGLICH, Peter: Gegensätze und Konkurrenz in den außenpolitischen Positionen der DDR und der BRD im Lichte ihrer gegenseitigen Beziehungen. In: Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte. Hrsg. Gerhard Fischer. Schkeuditz: 1999, S.278-287.

STEIN, Mathias: Der Konflikt um Alleinvertretung und Anerkennung in der UNO. Die deutsch-deutschen Beziehungen zu den Vereinten Nationen von 1949 bis 1973. Göttingen: 2011.

STEINER, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München: 2004.

STOCKMANN, Reinhard: Einleitung: Entwicklung. In: Entwicklungspolitik. Theorien - Probleme – Strategien. Hrsg. Reinhard Stockmann, Ulrich Menzel, Franz Nuscheler München: 2010, S.1-10.

STOLLHOF, Johannes: Zwischen Biafra und Bonn Hungerkatastrophen und Konsumkritik im deutschen Katholizismus 1958-1979. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Bd.135) Leiden [u.a]: 2019

STORKMANN, Klaus: „Aktive Solidarität?“ Akteure und Motive des politischen Entscheidungsprozesses zu Militärhilfen der DDR für die sogenannte Dritte Welt. In: ZdF 24 (2008), S.131-153.

SCHWARZ, Hans Peter: Die Welt des Bundeskanzlers. Weltwahrnehmung und globale Ordnungsvorstellungen Konrad Adenauers. In: Die Herausforderung des Globalen in der Ära Adenauer. Hrsg. Eckart Conze. Bonn: 2010, S.16-34.

SCHWARZ, Hans Peter: Die Bundesrepublik. Selbstverständnis und internationale Einbindung. In: Die zweite gesamtdeutsche Demokratie. Ereignisse und Entwicklungslinien, Bilanzierungen und Perspektiven. München: 2002, S.27-40.

TETZLAFF, Rainer: Afrika. Daten, Fakten und Problemdimensionen. In: Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik. Hrsg. Helmuth Bley, Rainer Tetzlaff. Hamburg: 1978 (A). S.13-27.

TETZLAFF, Rainer: Grundzüge und Hintergründe Bonner Afrika-Politik. Eine Einführung. In: Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik. Hrsg. Helmuth Bley, Rainer Tetzlaff. Hamburg: 1978 (B). S.28-69.

TROCHE, Alexander: Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins „Kampf“ gegen die Bonner „Alleinvertretungsanmaßung“. (Erlanger Studien zur Geschichte Bd.2) Erlangen [u.a.]: 1996.

TRAUTMANN, Günter: Die hässlichen Deutschen? Die Deutschen im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn. Einleitung. In: Die hässlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn. Hrsg. Günter Trautmann. Darmstadt: 1991, S.1-28.

UNFRIED, Berthold: Instrumente und Praktiken von „Solidarität“ Ost und „Entwicklungshilfe“ West: Blickpunkt auf das entsandte Personal. In: Praktiken von Internationaler Solidarität und Internationaler Entwicklung. Hrsg. Berthold Unfried, Eva Himmelstoss, Leipzig: 2012, S.73-98.

USCHNER, Manfred; WEIDEMANN, Diethelm: Zu einigen Grundfragen der antiimperialistischen Befreiungsrevolution in Afrika, Asien und Lateinamerika. In: DAP 4 (1970), S.547 ff.

VAN DER LAAK, Dirk: Entwicklungspolitik, Entwicklungshilfe und Entwicklungskooperation in der Ära Adenauer. Tradition und Neuansätze. In: Die Herausforderung des Globalen in der Ära Adenauer. Hrsg. Eckart Conze. Bonn: 2010, S.156-178.

VON OPPEN, Achim: „Hilfe zur Selbsthilfe“ als Geschichte und Anti-Geschichte. Deutsch-deutsche Entwicklungshilfe im postkolonialen Afrika. Neue Politische Literatur 60 H.2 (2015), S.185-202.

VOGES, Stefan: Hilfe in der Not. Nachkriegserfahrungen in der Begründung der Entwicklungshilfe. In: Zwischen Kriegs- und Diktaturerfahrung. Katholizismus und Protestantismus in der Nachkriegszeit. Hrsg. Andreas Holzem, Christoph Holzapfel. Stuttgart: 2005, S.91-109.

WIR HABEN SPUREN HINTERLASSEN! Die DDR in Mosambik; Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten. (Die DDR und die Dritte Welt Bd.6) Hrsg. Matthias Voß. Münster: 2005.

WACHSMUTH, Iris: Selbst- und Fremdbilder zwischen Ost- und Westdeutschen im familialen Kontext. In: Deutschland-Archiv 40 H.5 (2007), S.799-808.

WARNKE, Ingo H.: Deutsche Geschichte und Kolonialismus. Umriss eines Forschungsfelds. In: Deutsche Sprache und Kolonialismus. Aspekte der nationalen Kommunikation 1884 und 1919. Hrsg. Ingo H. Warnke. Berlin: 2008, S.3-62.

WEBER, Hermann: Zum Stand der Forschung über die DDR-Geschichte. In: Deutschland-Archiv 31 (1998), S.249-257.

WEBER, Petra: Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945-1989/90 Berlin: 2020.

WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band. 5. Bundesrepublik und DDR 1949 - 1990. München: 2008.

WEIßGERBER, Ulrich: Giftige Worte der SED-Diktatur. Sprache als Instrument von Macht-ausübung und Ausgrenzung in der SBZ und der DDR. (Diktatur und Widerstand Bd.15) Berlin [u.a.] 2010.

WEINFURTER, Stefan: Das Jahrhundert der Salier (1024 - 1125). Ostfildern: 2004.

WENGELER, Martin: Von der Hilfe für unterentwickelte Gebiete über den Neokolonialismus zur Entwicklungszusammenarbeit. Der sprachliche Umgang mit dem Nord-Süd-Konflikt. In: Kontroverse Begriffe, Hrsg. Georg Stötzel, Martin Wengeler. Berlin: 1995, S.679-710.

WENTKER, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949 - 1989. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd.72) München: 2007.

WENTKER, Hermann: Doppelter UN-Beitritt. Deutsch-deutsche Konkurrenz auf der internationalen Bühne. In Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Berlin: 2008, S.235-258.

WENZEL, Claudius: Südafrika-Politik der Bundesrepublik Deutschland. 1982 – 1992. Wiesbaden: 1994

WESEL, Reinhard: Kognitive Strukturen im Phänomenbereich „Dritte Welt“ und ihre „symbolische Politisierung“ zwischen euphorischer Projektion und Bedrohungsängsten. In: Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung. Hrsg. Manfred Opp de Hipt, Manfred, Erich, Latniak. Opladen: 1991, S.66-90

WETTIG, Gerhard: Adenauers Moskau-Besuch aus sowjetischer Sicht. Wende der sowjetischen Deutschlandpolitik nach Stalins Tod. In: Historisch-Politische Mitteilungen 12 (2005), S.193-202.

WIETERS, Heike: Die Debatten um das „Welternährungsproblem“ in der Bundesrepublik Deutschland, 1950-1975. In: Handeln in Hungerkrisen. Neue Perspektiven auf soziale und klimatische Vulnerabilität. Hrsg. Heike Wieters. Göttingen: 2012, S.215-241.

WINROW, Gareth M.: *The Foreign Policy of the GDR in Africa*. Cambridge 1990.

WILKE, Manfred: Die DDR. Wandlungen der historischen Deutung. In: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hrsg. Hermann Weber, Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach, Ulrich Mählert. Paderborn: 2003, S.27-37.

WOLFRUM, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart: 2006.

WOLFRUM, Edgar: Geglückte und missglückte Erzählungen über die Bundesrepublik. In: Vorgänge 46 (2007), S.12-21.

WOLFRUM Edgar: Konrad Adenauer –Politik und Vertrauen. In: Charismatische Führer der deutschen Nation. Hrsg. Frank Möller. München: 2004, S.171-191.

WOLFRUM, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung. Göttingen: 2002.

WOLFRUM, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 - 1990. Darmstadt: 1999.

Wolfrum, Edgar: Vom Wandel des Selbstbildes. Zur Erinnerungs- und Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Handbuch Föderalismus – Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland, Europa und der Welt. Band III: Entfaltungsbereiche des Föderalismus. Hrsg. Ines Härtel. Berlin: 2012, S.717-748.

WOLLE, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Düsseldorf: 2001.

WOLLWEBER, Ernst: Aus Erinnerungen. Ein Portrait Walter Ulbrichts. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990), S.350-378.

WINDMÖLLER, Eva: Leben in der DDR. Hamburg: 1980.

WÜLKER, Gabriele: Der Beginn der Entwicklungspolitik. Stellungnahmen der Wissenschaft in den 1950er Jahren. In: Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft seit der Industrialisierung. Festschrift für Wolfgang Köllmann zum 65. Geburtstag (Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte 8). Hrsg. Dietmar Petzina, Jürgen Reulecke. Dortmund: 1990, S.249-260.

YEO, Lacina: „Mohr“ „Neger“, „Schwarzer“, „Afrikaner“, „Schwarzafrikaner“, „Farbiger“ - abfällige oder neutrale Zuschreibungen? In: Muttersprache 211 H.2 (2001), S.110-138.

ZAHLMANN, Stefan: Medien in der DDR. Medienproduktion und Medienrezeption als kulturelle Praktiken. In: Wie im Westen, nur anders. Hrsg. Stefan Zahlmann. Berlin: 2010, S.9-34.

ZAHLMANN, Stefan: Lust auf Anderes. Selbst- und Fremdbilder in den Spielfilmen der DDR. In: Kollektive Identitäten und kulturelle Innovationen. Hrsg. Werner Rammert, Gunther Knauth. Leipzig: 2001, S.93-106.

ZIAI, Aram: Imperiale Repräsentationen. Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs. In: Sozialistische Positionen 4 (2004), S.3-10.

ZURMÜHL, Ute: Der „koloniale Blick“ im entwicklungspolitischen Diskurs. Welt-Bilder und Bilder-Welten in der Entwicklungszusammenarbeit. Saarbrücken: 1995.